

**B O H E M I A**

**J A H R B U C H**  
des  
**C O L L E G I U M C A R O L I N U M**

**BAND 5**

Verlag Robert Lerche München, vormals Calve'sche Universitätsbuchhandlung Prag

München 1964

Die Jahrbücher des Collegium Carolinum / Forschungsstelle für die böhmischen Länder / erscheinen in zwangloser Reihenfolge in Fortsetzung der vom ehemaligen Verein für Geschichte der Deutschen in Böhmen herausgegebenen Jahrbücher. Für Form und Inhalt der einzelnen Beiträge tragen die Verfasser die Verantwortung.

---

Auslieferung April 1965

Satz, Druck und Einband:

Buchdruckerei Michael Laßleben, Kallmünz über Regensburg

## INHALT

	Seite
Bosl, Karl: Zum 60. Geburtstag von Archividirektor Dr. Heribert Sturm, dem hochverdienten Finanzreferenten des Collegium Carolinum . . . . .	9

### ABHANDLUNGEN

Bosl, Karl: Deutsche romantisch-liberale Geschichtsauffassung und „Slawische Legende“ . . . . .	12
Werlin, Josef: Ein bedeutsames Denkmal der Prager Bibelliteratur aus dem späten Mittelalter . . . . .	53
Wolf, Herbert: Beiträge zur Mathesius-Bibliographie . . . . .	77
Kißling, Hans Joachim: Militärisch-politische Problematiken zur Türkenfrage im 15. Jahrhundert . . . . .	108
Sieber, Siegfried: Der böhmische Zinnbergbau in seinen Beziehungen zum sächsischen Zinnbergbau . . . . .	137
Otruba, Gustav: Die älteste Manufaktur- und Gewerbestatistik Böhmens . .	161
Pontz, Peter: Die Entwicklung und das Wesen der beruflichen Schulen in den Ländern der heutigen Tschechoslowakei . . . . .	242
Preradovich, Nikolaus v.: Sudetendeutsche in „Innerösterreich“ . . . . .	285
Beranek, Franz J.: Grundzüge der binnenhochdeutschen Konsonantenschwächung in den Sudetenländern . . . . .	299
Wierer, Bohumila: Die Voraussetzungen für die Außenpolitik der ersten Tschechoslowakischen Republik . . . . .	313
Hilf, Rudolf: Die Stellungnahme der Komintern und der KPČ zur Frage der Deutschen in den Sudetenländern . . . . .	334
Lemberg, Eugen: Wandlungen im Marxismus-Leninismus Ostmitteleuropas	408
Schmied, Erich: Grundsätze des neuen tschechoslowakischen Strafrechts . .	431

### MISZELLEN

Bachmann, Harald: Raphael Pacher und die deutschradikale Bewegung in den Sudetenländern . . . . .	447
Bosl, Karl: Die Auslösung des Ersten Weltkrieges vor 50 Jahren . . . . .	459

### BUCHBESPRECHUNGEN

H. Preidel: Slawische Altertumskunde des östlichen Mitteleuropas im 9. und 10. Jahrhundert. Teil I. (Rudolf Grenz). . . . .	467
H. Preidel: Slawische Altertumskunde des östlichen Mitteleuropas im 9. und 10. Jahrhundert. Teil II. (Rudolf Grenz) . . . . .	470
V. Nekuda: Zaniklé osady na Moravě v období feudalismu (Ferdinand Seibt)	472

F. Hertz: The Development of the German Public Mind. Bd. 2. (Rudolf Wierer) . . . . .	473
P. Lamatsch: Prager Tragödie (Karl Jering) . . . . .	478
I. Birnbaum: Tschechoslowakei (Karl Richter) . . . . .	482

#### GEDENKTAGE UND NACHRUFE

Prälat Prof. D. Dr. Dr. Adolf Kindermann (Augustinus Kurt Huber) . . . . .	489
Rudolf Schreiber zum Gedächtnis (Josef Hemmerle) . . . . .	490
Josef Nadler — † 17. 1. 1963 (Josef Dünninger) . . . . .	493

ZUSAMMENFASSUNGEN DER ABHANDLUNGEN IN ENGLISCHER SPRACHE . . . . .	496
--	-----

ZUSAMMENFASSUNGEN DER ABHANDLUNGEN IN FRANZÖSISCHER SPRACHE . . . . .	512
---	-----

PERSONENREGISTER DER ABHANDLUNGEN UND MISZELLEN . . . . .	528
---	-----

STICHWORTREGISTER DER ABHANDLUNGEN UND MISZELLEN . . . . .	538
--	-----

## MITARBEITER DES JAHRBUCHES

- Bachmann, Harald, Dr. phil., Studienprofessor, Fürth.  
Bosl, Karl, Dr. phil., o. Prof. a. d. Universität München.  
Beranek, Franz J., Dr. phil. habil., apl. Prof. a. d. Universität Gießen.  
Dünninger, Joseph, Dr. phil., o. Prof. a. d. Universität Würzburg.  
Grenz, Rudolf, Dr. phil., Referent f. polnische Archäologie im J. G. Herder-Institut,  
Marburg/Lahn.  
Hemmerle, Josef, Dr. phil., Oberarchivrat, München.  
Hilf, Rudolf, Dr. phil., München.  
Huber, Augustinus Kurt, Dr. theol., Leiter des Königsteiner Instituts f. Kultur u.  
Geschichte Ostmitteleuropas, Königstein/Taunus.  
Jering, Karl, Dr. phil., München.  
Kißling, Hans-Joachim, Dr. phil., o. Prof. a. d. Universität München.  
Lemberg, Eugen, Dr. phil., o. Prof. a. d. Hochschule f. internationale pädagogische  
Forschung, Frankfurt a. M.  
Otruba, Gustav, Dr. phil., Mittelschulprofessor, Wien.  
Pontz, Peter, Diplom-Handelslehrer, Passau.  
Preradovich, Nikolaus von, Dr. phil., Dozent f. Allgemeine neuere Geschichte a.  
d. Universität Graz.  
Richter, Karl, Dr. phil., München.  
Schmied, Erich, Dr. jur., Senatspräsident, Mannheim.  
Seibt, Ferdinand, Dr. phil., Priv. Doz. a. d. Universität München.  
Sieber, Siegfried, Dr. phil., Studienrat i. R., Aue in Sachsen.  
Werlin, Josef, Dr. phil., Mannheim.  
Wierer, Bohumila, Dr. jur., Orinda/Cal., USA.  
Wierer, Rudolf, Dr. jur., früher Prof. a. d. Tschechischen Universität in Brünn,  
z. Zt. Orinda/Cal., USA.  
Wolf, Herbert, Dr. phil., Kustos d. Forschungsstelle f. geschichtliche Landeskunde  
a. d. Universität Marburg.



Archivdirektor Dr. Heribert Sturm

ZUM 60. GEBURTSTAG VON ARCHIVDIREKTOR  
DR. HERIBERT STURM, DEM HOCHVERDIENTEN  
FINANZREFERENTEN DES COLLEGIUM CAROLINUM

Am 22. Juli 1964 konnte Archivdirektor Dr. Heribert Sturm, der nimmermüde und umsichtige Leiter des Bayerischen Staatsarchivs in der alten Residenzstadt Amberg/Opf., seinen 60. Geburtstag feiern. Aus allen Kreisen gingen dem verdienten Historiker des Egerlandes im engeren und weiteren Sinn Zeichen herzlicher Verbundenheit zu. In der Runde der Gratulanten hat das Collegium Carolinum nicht gefehlt. Es erfüllt eine besondere Pflicht des Dankes und der hohen Anerkennung, wenn es in diesem Bohemia-Jahrbuch dieses Gelehrten gedenkt.

Heribert Sturm ist seiner Abstammung nach ein Oberpfälzer; denn der erste nachweisbare Vorfahre, Oswald St., der sich 1653 in Petlarn in der Herrschaft Tachau auf dem „Neubauerhof“ ansiedelte, kam vermutlich aus der damals wieder bayerischen Oberen Pfalz. Bauern und Handwerker waren die Ahnen, die dann bis zum Ende des 19. Jahrhunderts im benachbarten Purschau auf einem Hofe lebten. Heribert Sturm wurde am 22. Juli 1904 in Chodau bei Karlsbad als Sohn des Veterinärrates Josef Martin St. und der Julie St., aus der Familie der Pachmann, geboren, die meist Herrschaftsamtleute, Handwerker und Bürgermeister egerländischer Kleinstädte waren. Der frühest bekannte mütterliche Ahn war am Ende des 16. Jahrhunderts Ratsherr in Iglau. Der Jubilar ist seit 1938 mit Frau Edith, einer geborenen Viehweger, verheiratet, die ihm zwei Söhne und zwei Töchter schenkte.

Nach dem Besuch des Staatsrealgymnasiums in Kaaden/Eger, das er mit Auszeichnung absolvierte, bezog Heribert Sturm 1923 die Universität Prag und widmete sich dem Studium der Geschichte und der historischen Hilfswissenschaften, der Germanistik und Kunstgeschichte. Hans Hirsch, Theodor Mayer, Ottokar Weber und Wilhelm Wostry, Erich Gierach und Adolf Hauffen sowie Alois Grünwald waren seine Lehrer. Mit Auszeichnung promovierte er 1927 mit einer wirtschaftsgeschichtlichen Arbeit; Theodor Mayer war sein Doktorvater. An der staatlichen Bibliothekarsschule zu Aussig/Elbe legte er schon 1924 als Externist die Staatsprüfung ab. Seine Ausbildungszeit schloß Heribert Sturm 1928 mit einem fünfmonatigen Studienaufenthalt im Zentralarchiv der Vereinigten westfälischen Adelsarchive in Velen bei Coesfeld und im Graf Ansemburgischen Schloßarchiv in Diestette bei Beckum ab.

Sturms Dissertation über die Montanherrschaft Pressnitz im Westerzgebirge prädestinierte den jungen Historiker zur Übernahme des Stadtarchivs der alten Zentrale des Silberbergbaus und der Talerprägung Joachimsthal (1928—1934). Den vielseitig begabten Jünger der Klio interessierten dort nicht

nur der reiche Archivbestand des staatlichen Bergoberamtes St. Joachimsthal, der noch nicht erschlossen war, sondern vor allem auch die alte wertvolle Bibliothek der Lateinschule aus dem 16. Jahrhundert, deren Katalog er, mit einer historischen Darstellung der Schule versehen, in einer mustergültigen Ausgabe nach verschiedenen Vorarbeiten in seiner Joachimsthaler Zeit, 1964 vorgelegt hat. Bevor er aber seinen Plan eines westerzgebirgischen Städteverbandes zur Archivbetreuung verwirklichen konnte, wurde dem kaum Dreißigjährigen die Nachfolge des am 31. Januar 1934 in hohem Alter zurückgetretenen, verdienten Direktors des Stadtarchivs Eger, Regierungsrats Dr. Siegl, angetragen. Das war eine hohe Ehre, galt doch dieses Institut, das Kürschner, Prökl und Gradl (*Monumenta Egrana*) geleitet hatten, als eines der ersten Archive des Sudetenlandes; aber sie traf keinen Unverdienten und Unvorbereiteten. Hier konnte der Neuberufene nicht nur sein reiches Wissen bewähren, sondern auch seine brillianten organisatorischen Fähigkeiten entfalten. Er führte die reichen Schriftenbestände des 19. Jahrhunderts dem Archiv zu; bei der Durchmusterung der alten Quellen stieß er auf kaum beachtete Bestände, entdeckte unbekannte Chronisten. Sturm ordnete auch das Egerer Museum neu.

Neu war sein Plan eines „Sudetendeutschen Städtebuches“. Der Egerländer lehnte Berufungen nach Reichenberg und Prag ab. Doch traf ihn 1940 die Einberufung zur Wehrmacht, bei der er bis 1945 diente. Mit pflichtbewußter Selbstlosigkeit holte der Archivar, dem seine Bestände ans Herz gewachsen waren, nach der Entlassung aus dem Wehrdienst 1945 das Archiv- und Museumsgut aus den Bergungsdepots zurück und übergab es geordnet den neuen Prager tschechischen Verwaltern; dann traf ihn mit seiner Familie 1946 das harte Los der Aussiedlung. Im nächsten Jahr, 1947, aber finden wir den kenntnisreichen Wissenschaftler bereits wieder im bayerischen Archivdienst in Neuburg an der Donau. Und auch hier begann er mit der Sichtung und Ordnung des ausgelagerten Archivgutes und wurde dabei zum Kenner der Quellen zur schwäbisch-bayerischen Geschichte. Er legte ein Archivinventar an, das als erstes seiner Art gedruckt wurde. Zur gleichen Zeit arbeitete er an einem kleinen Handbuch für Schriftkunde mit Schreibproben und Texttafeln aus allen Jahrhunderten als Hilfsmittel für Heimatforscher und die Adepten der Geschichtswissenschaft, das 1961 in zweiter Auflage erschien. Heribert Sturm aber hat in der Neuburger Zeit sich redlich abgemüht, mit seinem Vertriebenenschicksal geistig fertig zu werden. Die Frucht dieses Ringens mit sich selber und dem harten Los ist die zweibändige Geschichte der Reichsstadt Eger (1951/2), auf deren Einband das kanzellierte Egerer Stadtwappen mit dem halben Reichsadler prangt. Der letzte deutsche Archivar des Stadtarchivs schrieb sie als Vermächtnis an die Egerländer und das Egerland und mit der echten Leidenschaft des Historikers, der aus den Traditionen den Mut für den Schritt in eine dunkle Zukunft schöpft.

Seit November 1953 wirkt Heribert Sturm mit nimmermüdem Fleiß als Leiter des Staatsarchivs Amberg, aus dessen Beständen er unterdessen viel Unbekanntes hervorgeholt hat. Dem liebevollen Betreuer junger Historiker,

die an seinem Archiv das Material für ihre Dissertationen suchen und bearbeiten, wie auch Rat suchender Heimatforscher und Gelehrter, gilt ein besonderes Wort des Dankes und hoher Anerkennung. Galten die Neuburger Jahre vielfach noch der Rückbesinnung auf die alte Heimat, so wuchs der Egerländer oberpfälzischer Herkunft in der alten oberpfälzischen Residenzstadt an der Vils sehr bodenfest auch in die Geschichte des Landes seiner Ahnen wieder hinein. Ihm verdankt der Landkreis Tirschenreuth, das alte Stiftsland von Waldsassen, eine Darstellung seiner Geschichte und von ihm erwartet die Kommission für Landesgeschichte bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in Bälde den Historischen Atlas des Landkreises Tirschenreuth. Viel beachtet wurde sein Regensburger Vortrag über die Archivverluste in der Oberpfalz, der unterdessen auch im Druck erschienen ist. Eine besondere Kostbarkeit aber sind Sturms 1961 erschienenen „Egerer Relieftarsien“, eindrucksvolle Schaustücke barocker Kleinkunst von Egerer Kunsttischlern des 17. und 18. Jahrhunderts. Es wird hier eine archivalische Geschichte und Prosopographie dieses Handwerkes und seiner Meister sowie eine Bestandsaufnahme und phototechnisch hervorragende Wiedergabe der bekanntgewordenen Schaustücke geboten. Sturm hat damit auch der Kunstgeschichte einen mustergültigen Dienst getan, den er der neunhundertjährigen Wiederkehr der Ersterwähnung des Egerlandes widmete. Die Nordgaehrenplakette der Stadt Amberg (1953) und die Balthasar-Neumann-Plakette des Egerer Landtages (1954) waren nicht nur Ausdruck des Dankes für Geleistetes und Vorschußlorbeer für Erwartetes, sondern diese Verleihungen trafen den bedeutendsten und würdigsten Historiker des Egerlandes.

Wenn der 5. Band des Bohemia-Jahrbuches diesem seit 1956 allzeit getreuen und pflichtbewußten Gründungs- und Vorstandsmitglied des Collegium Carolinum gewidmet wird, so möge unser lieber Direktor Sturm dies als Bekundung herzlichsten Dankes für alles Geleistete, als Zeichen höchster Anerkennung für sein stattliches wissenschaftliches Werk, das jeden Gelehrten ziert, und als Ausdruck der Hochschätzung seiner Person und Menschlichkeit annehmen, auch wenn ihm seine Bescheidenheit das verbieten sollte. Das Collegium Carolinum schätzt sich glücklich, in Heribert Sturm nicht nur den gewissenhaftesten Schatzmeister, sondern auch einen guten Geist zu haben, der mit selbstloser Hingabe der Bewahrung und Belebung großer Traditionen dient. Ad multos annos!

Karl Bosl

DEUTSCHE ROMANTISCH-LIBERALE  
GESCHICHTSAUFFASSUNG  
UND „SLAWISCHE LEGENDE“

Germanismus und Slawismus. Bemerkungen zur Geschichte zweier Ideologien

*Von Karl Bosl*

William E. Griffith<sup>1</sup> hat vor kurzem die Feststellung getroffen, daß die tschechischen Lande, die der klassische Boden von Nationalitätenkämpfen in der österreichisch-ungarischen Monarchie waren und, die Slowakei eingeschlossen, auch während der ersten tschechoslowakischen Republik blieben, ja noch mehr mit der Sudetenkrise von 1938, der Nazibesetzung des Landes und der Vertreibung der Sudetendeutschen 1945 in der Geschichtsschreibung stärker als jemals der Tummelplatz polemischer Vorurteile geblieben und geworden sind und dies vor allem in der westlichen Welt (Briten, Amerikaner, Franzosen, Deutsche) ebenso wie bei den Tschechen selber. Unter Hinweis auf die Angriffe gegen E. Wiskemann<sup>2</sup> oder auf H. Raschhofers<sup>3</sup> verschiedene Studien über die bis heute bestehende Rechtsgültigkeit des Münchener Abkommens von 1938 im Völkerrecht wirft er deutschen Publizisten und fast allen Sudetendeutschen vor allem „Kulturarroganz“ gegen die Tschechen und Slawen, Wut über die Nachkriegsaustreibung, emotionale Polemik unter der Devise der Geschichte oder einer politischen Analyse vor. Dieses harte Urteil, das nicht sehr psychologisch anmutet, verliert nur dadurch an Schärfe, daß es die anderen westlichen Völker einschließt. Griffith belobt wegen ihrer ausgezeichneten wissenschaftlichen Bemühungen in polnischen und tschechischen Untersuchungen das Institut für politische Wissenschaft und das Ost-europainstitut in Berlin, das Institut für Zeitgeschichte in München und

<sup>1</sup> Griffith, William E.: Myth and Reality in Czechoslovak History. East Europe 11 (1962) Nr. 3, S. 3—11 = Bespr. von Taborsky, Edward: Communism in Czechoslovakia 1948—1960. Princeton, N. J. 1961, 628 S.

<sup>2</sup> Wiskemann, Elizabeth: Germany's Eastern Neighbors. Problems relating to the Oder-Neisse Line and the Czech frontier regions. London-New York-Toronto 1956, 309 S. — Dies.: Czechs and Germans. A study of the struggle in the historic provinces of Bohemia and Moravia. London-New York-Toronto 1938, 299 S.

<sup>3</sup> Raschhofer, Hermann: Die Sudetenfrage. Ihre völkerrechtliche Entwicklung vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart. München 1953, 310 S. — Ders.: Massenvertreibungen. In: Das östliche Deutschland. Würzburg 1959, S. 97—126. — Ders.: Das „Münchener Abkommen“ und die sowjetische Note vom 10. Januar 1959. In: Die Sudetenfrage in europäischer Sicht. München 1962, S. 201—224. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 12.) — Vgl. Korkisch, Friedrich: Zur Frage der Weitergeltung des Münchener Abkommens. Ztschr. f. ausl. öffentl. Recht u. Völkerrecht 12 (1944) 83—105.

Schieders<sup>4</sup> Dokumente der Vertreibung. Dagegen wirft er Arbeiten des Göttinger Arbeitskreises<sup>5</sup> Tendenz und oft bewußte Verdrehung vor und findet in den meisten Publikationen, die in Polen und der ČSR über „Westdeutschen Revanchismus“ erscheinen, mehr Propaganda als Tatsachenberichte. Ein Überblick über das Schrifttum über die ČSR in England und Frankreich, und zwar das historische und politische, zeige als Autoren meist Freunde dieses Landes; auch sie hätten zur Mythenbildung über tschechoslowakische Geschichte beigetragen, doch habe vor allem Táborský<sup>6</sup> nichts zur Beseitigung der Mythenbildung getan und sei vor allem der Frage ausgewichen, warum die ČSR nicht wie Polen und Ungarn gehandelt habe. Der Amerikaner findet dagegen den tschechischen Volkscharakter und die tschechische Mentalität durch Táborský richtig gezeichnet<sup>7</sup>. Als deren besondere Züge werden erdhafter Realismus, Mißtrauen gegen doktrinäre Schibboleths, übergroße Vorsicht, Abneigung gegen zweifelhafte Risiken, das Fehlen eines romantischen Heroismus hervorgehoben und ihm nachgesagt, daß er gegenüber einer vermeintlichen Übermacht ausweichend reagiert und sich lieber unterwirft, als daß er eine aufrechte frontale Opposition wagt, daß er seine Kraft lieber für seine Sache und Überzeugung aufhebt und zwar so stark wie jeder andere, daß er aber im Gegensatz zu seinen fanatischen hussitischen Vorfahren dieses nur tue, wenn er eine realistische Chance des Erfolges sähe.

Das um Sachlichkeit bemühte Urteil des Amerikaners Griffith aus ozeanischer Weite und Sicht mag den Deutschen, soweit sie in Frage stehen, zum Teil schwer eingängig sein; es veranlaßt aber doch zur nüchternen, wenn auch engagierten Überlegung, was die historische Forschung zur Lösung des deutsch-tschechischen Problems beitragen, wie deutscherseits einer Mythenbildung gesteuert und einer gerechten und objektiven Würdigung der Taten und Leistungen, der Geschichte und des Geistes beider Völker und Nationen vorgearbeitet werden kann. Es müßte dieses möglich sein, nachdem ein geistig-psychologisch so festgefahrenes Verhältnis wie das deutsch-französische trotz Krieg und Niederlage auch einer Auflockerung entgegenzugehen scheint. Es gibt wohl heute keinen mehr, der Frankreich nicht neidlos die unbedingte Führung im geistig-kulturellen Erwachen des 11./12. Jahrhunderts zuerkennen würde, der nicht Verständnis aufbrächte für die Deutschlandkonzeption des absolutistischen und dann konservativ-legitimistischen Frankreich vom Westfälischen Frieden bis zum Ersten Weltkrieg mit seiner vorrangigen Betonung der Sicherheit<sup>8</sup>. Mauern des Mißtrauens müssen nach allen und auf allen

<sup>4</sup> Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. In Verbindung mit W. Conze, A. Diestelkamp, R. Laun, P. Rassow und H. Rothfels hrsg. von Th. Schieder. Bd. 1/1 u. 2 (o. J.), Bd. 2 (1956), Bd. 3 (1957), Bd. 4/1 u. 2 (1957).

<sup>5</sup> Das östliche Deutschland. Ein Handbuch. Hrsg. vom Göttinger Arbeitskreis. Würzburg 1959.

<sup>6</sup> S. Anmerkung 1.

<sup>7</sup> Vgl. die Charakteristik in dem Sammelwerk: Böhmen. Land und Volk. Geschildert von mehreren Fachgelehrten [darunter Palacký, Rieger, Tomek]. Prag 1863/64, S. 265 f.

<sup>8</sup> Vgl. Bainville, Jacques: Histoire de deux peuples (1915), deutsch: Geschichte

Seiten niedergelegt werden, damit Europa entstehen kann, geschichtliche Ideologien, die historischer Nachprüfung nicht standhalten, sind auszuräumen; dies Werk muß in erster Linie und in vorderster Front eine der Wahrheit verpflichtete Geschichtswissenschaft tun, die darum nicht blutleer sein muß. Wir haben alle am eigenen Leibe das Gift und den chaotischen Sprengstoff geschichtlicher und nationaler Ideologien gespürt. Die vielbeklagte Flucht unserer deutschen Jugend aus der Geschichte ist kein Flieden aus der Geschichte als solcher — die zieht jeden Menschen immer an, weil sie einer Naturanlage entspricht —, sondern eine Flucht vor den Ideologien und Irrtümern in der Geschichte, deren Beschreibung, Analyse und Erkenntnis ihrer Geschichtsmäßigkeit ein wissenschaftliches Anliegen ist. Ideologien, die im geschichtlichen Denken, in der lebendigen Erinnerung des Volkes haften oder sich festgefressen haben, Ideologien, die zu Traditionen und damit auch zu Wertkategorien geworden sind, erscheinen schwer ausrottbar, meist nur durch Katastrophen oder tiefgreifende Ereignisse, die einen unvergeßbaren Anschauungsunterricht geben und nolens volens zum Nachdenken zwingen.

Ideologien, die das Verhältnis der Deutschen sowohl nach West wie Ost und die Beziehungen der Slawen, hier vor allem der Tschechen, auf die sich meine Ausführungen besonders einschränken, nach Westen zu den Germanen nicht nur schwer beeinflußt, sondern vergiftet und bis zur kriegerischen Auseinandersetzung getrieben haben, sind die romantisch-liberale deutsche Geschichtsauffassung in der besonderen Prägung des (Pan-)Germanismus, der neben sich den Romanismus und Slawismus erzeugte oder nährte, und dann die romantische slawische Legende, hier in ihrer tschechischen Form, die wie der Germanismus ein geistig-politischer Motor der Politik bis zur Bildung der ersten Republik und darüber hinaus war. Vergleichend zu zeigen, was ihr Inhalt ist, wie verwandt sie in ihrer Struktur und Geburt waren, zu welchen Folgen sie führten und wie sie die Träger sowohl wie die Außenwelt erregten, das scheint mir ein wichtiges Problem auf dem Wege zu einer Entgiftung der Atmosphäre und einer Entspannung der Verkrampfung auf beiden Seiten zu sein. Den Gesamtumfang dessen, was die beiden Ideologien beinhalten, kann und will ich in dieser Studie, die im wesentlichen einen Vortrag im Wiener Institut für den Donaauraum (Ende Oktober 1963) wiedergibt, nicht abmessen, sondern nur einige Gedanken dazu äußern, wobei der deutsche Historiker der Selbstbesinnung wegen vom Germanismus ausgeht, dessen Analyse den Weg zur Erkenntnis des Fremden und Neuen freimacht. Für den Historiker, den die Probleme Ostmitteleuropas interessieren, steht der Germanismus auch darum im Vordergrund, weil politische Gedanken und Ideen aus diesem Ideologiekreis bis fast in unsere Tage herein auch die Ostmitteleuropaforschung in bestimmte Richtungen gelenkt, Themen gestellt und Wertungen bestimmt haben, die heute kaum mehr Gültigkeit beanspruchen können. Ortsbestimmung ist also die erste Aufgabe dieser Studie.

---

zweier Völker. Frankreichs Kampf gegen die deutsche Einheit. Übers. v. F. Grimm (1939/40). — Ders.: Les Conséquences politiques de la Paix (1920), deutsch: Frankreichs Kriegsziel. Übers. v. F. Grimm (1939/40).

Es ist eine historische Tatsache, daß die von wissenschaftlicher Tätigkeit ganzer Generationen genährten und beflügelten nationalen Ideologien bei unseren östlichen Nachbarn den Ausgang des Ersten Weltkrieges mit den großen deutschen Gebietsverlusten im Osten und vor allem den Zusammenbruch der Donaumonarchie wenn nicht herbeigeführt, so doch stark gefördert haben. Fr. Palacký hat 1848 die Teilnahme an der Frankfurter Nationalversammlung abgelehnt, der polnische Historiker Oskar Halecki fungierte 1919 als Generalsekretär der polnischen Expertenkommission bei der Pariser Friedenskonferenz. Unsere östlichen Nachbarn haben seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts immer historisch argumentiert und die Belege aus dem Arsenal der slawischen Legende, einer historischen Ideologie, geholt<sup>9</sup>. Um slawischen Feststellungen und Ideologien wirksam auf gleicher Ebene begegnen zu können, mußten die Deutschen besonders seit 1918 sich auch auf das Feld der Geschichte und Geschichtsforschung begeben. Sie kamen dabei zur Vorstellung eines „kulturellen Dauernahkampfes Aug in Aug“<sup>10</sup>, dessen Grundproblem so ausgedrückt wurde: Die Welt ist kein Warenhaus, in dem die Kulturgüter aus aller Welt zur Wahl bereitstehen, sondern an seinen Grenzen steht das Volk, das im Binnenreich in seinem Volkstum lebt und webt, jeweils einem bestimmten Nachbarn gegenüber. Dort erhebt es sein Volkstum in schicksalsmäßiger Frontstellung, in einem ganz bestimmten Gegensatz zu Andern, Fremden. Es erlebt den ständigen Druck eines fremden Volkstums, vorwärts gestoßen von staatlicher Macht, dargelebt in lebendigen Menschen- und Gesellschaftsgruppen, denen gegenüber das instinktive Wissen um die eigene Art eine eigentümliche Bewußtwerdung, ja eine bewußtseinsmäßige Übersteigerung erfährt, die vom Grenzkampf untrennbar ist. In den Sudetengebieten ist man nicht Deutscher schlechthin, sondern man ist und bleibt es, soweit man sich der Verlockung zur Tschechisierung widersetzt. Man hat auch keinen Anlaß, die eigene angestammte Art heute mit der französischen, morgen mit der spanischen, übermorgen mit der des Angelsachsen in kontemplativer Ruhe kosmopolitisch aufgeschlossenen Gelehrtentums zu vergleichen, sondern man ist täglich und stündlich vor den Vergleich der eigenen Art mit einer bestimmten andern, nämlich der des tschechischen Volkes, gestellt<sup>11</sup>. Man ist ge-

<sup>9</sup> Plaschka, Richard Georg: Von Palacký bis Pekař. Geschichtswissenschaft und Nationalbewußtsein bei den Tschechen. Graz-Köln 1955. (Wiener Archiv für Geschichte des Slawentums und Osteuropas 1.) — Raupach, H.: Der tschechische Frühnationalismus. Ein Beitrag zur Gesellschafts- und Ideengeschichte des Vormärz in Böhmen. Essen 1939. — Masaryk, Tomáš G.: Die Weltrevolution. Erinnerungen und Betrachtungen 1914—1918. Berlin 1925. — Leger, Louis: La renaissance tchèque au dix-neuvième siècle. Paris 1911. — Lades, Hans: Die Tschechen und die deutsche Frage. Erlangen 1938. — Hipman, Charles: Les Tchèques au XIX<sup>e</sup> siècle. Prag 1900. — Heidler, Jan: Antonín Springer a česká politika v letech 1848—1850 [A. Springer und die tschechische Politik i. d. Jahren 1848—1850]. Prag 1914.

<sup>10</sup> Böhm, Max Hildebert: Die Krise der Volkskunde. DALVF 1 (1937) 907—932, bes. 930 f.

<sup>11</sup> Gierach, Erich: Katechismus für die Sudetendeutschen. 5. Aufl. Eger 1920, 24 S. (Böhmerland-Flugschriften für Volk und Heimat 3.) mit Anhang: Die zehn Gebote des tschechischen Volkes.

neigt, mit diesem Vergleich blutigen und blutigsten Ernst zu machen und sich für die eigene Volksart und ihre Rechte nicht nur theoretisch oder als Soldat während der Dauer vorübergehender Kriege, sondern jeden Augenblick im gesamten Lebensbereich des einzelnen, in Familie und Beruf kämpferisch einzusetzen. Dabei verblassen die erkenntnistheoretischen Überlegungen des Binnenlandes, ob eine Wissenschaft vom Volke politisch sei oder nicht, zu einer merkwürdigen Gegenstandslosigkeit. Die Tschechen warten nämlich nicht auf den Ausgang dieser erkenntnistheoretischen Erörterungen, sondern sie lassen nicht den mindesten Zweifel darüber, daß im Kampfgebiet deutschen und tschechischen Volkstums auch die wissenschaftliche Betrachtung des einen oder andern eine durchaus politische Angelegenheit ist. Mackensens<sup>12</sup> Anspruch politischer Tragweite für die Volkskunde mag im Mutterland umstritten sein: in Riga ist er selbstverständlich. Im Kampf gibt es kein „bloßes Sein“ des Volkstums, sondern es ist „schicksalhaft und unerbittlich mitten in die stürmische existenzhafte Dynamik hineingestellt“. Diese kämpferische Auffassung einer politischen Wissenschaft, die auf der Gegenseite ihre Entsprechung hat, kann uns heute nicht hindern, nachdem sie gegenstandslos geworden ist, zu sehen, daß sie die Begegnung zweier Völker sich nur als Kampf und nicht als friedlichen Ausgleich vorstellen kann. Bekanntlich ist das Grenz- und Grenzererlebnis ein Teil des amerikanischen Nationalbewußtseins und Nationalcharakters geworden<sup>13</sup>. Aber während in Europa Grenzen Völker und Nationen scheiden, waren sie in Amerika, Australien, Südafrika und Südamerika bewegliche, nicht feste Linien, vor allem Siedlungsgrenzen gegenüber der Wildnis<sup>14</sup>. Die in Amerika stimulierende und prägende Wirkung der offenen Grenze, die zu Individualismus und Demokratie führte, verwandelte sich in Europas dichtbesiedeltem Kontinent zur stets umkämpften Starrheit, zu kollektivem Zusammenschluß und extremem Nationalbewußtsein auf der Grundlage aggressiven Volksgeistes bei allen Nationen. Doch ist es gut daran zu erinnern, daß tragender Grund des Nationalgefühls im 19. Jahrhundert vielfach ein vornationalistischer Patriotismus ist, der auf den (Landes-) Staat und auf das Ideal einer regulierten staatsbürgerlichen Gesellschaft gerichtet war. Dieser Patriotismus öffnete sich gelegentlich schon jenem nationalromantischen Verständnis, das dem Herderschen Volksbegriff im 19. Jahrhundert Dauer gegeben hat. Aus letzterem wurden Germanismus und Slawismus geboren oder gespeist. Mit politischer Dynamik<sup>15</sup> füllten sie

<sup>12</sup> Mackensen, Lutz: *Volkskunde in der Entscheidung* (1937).

<sup>13</sup> Commager, H. St.: *Living ideas in America* (1951), bes. S. 72—80.

<sup>14</sup> Turner, F. J.: *The significance of the frontier in American history* (1893).

<sup>15</sup> Thomson, Samuel Harrison: *Czech and German. Action, Reaction and Interaction. Journal of Central European Affairs* 1 (1941) Nr. 3. — Wiskemann, Elizabeth: *Czechs and Germans*. — Rádl, Emanuel: *Der Kampf zwischen Tschechen und Deutschen*. Reichenberg 1928, IV + 208 S. — Kaendl, Raimund Friedrich: *Der Völkerkampf und Sprachenstreit in Böhmen im Spiegel zeitgenössischer Quellen*. Wien-Leipzig 1927, VII + 72 S. — Krofta, Kamil-Kafka, Bruno: *Die Deutschen in der Tschechoslowakei*. Warnsdorf-Haida 1928, 74 S. (Veröffentlichungen des deutschpolitischen Arbeitsamtes 30.) = *Zs. f. Politik* 16 (1926) H. 5, S. 377—453.

sich an den Grenzen der nationalen Volkstümer, in den echten, unfertigen oder vermeintlichen Nationalstaaten, und verhinderten dort den natürlichen Fluß menschlicher Kommunikation und geistig-kultureller Bewegung, hemmten eine gegenseitige Achtung und eine Sicht gemeinsamen Schicksals in Raum und Zeit. Während sich andererseits im national einigen oder national befriedeten Binnenland oft Entfremdung des einzelnen von der Gemeinschaft und vom Staate einstellte<sup>16</sup>, schloß sich der „nationale Grenzkämpfer“ im Denken und Handeln immer stärker an die „Volksgemeinschaft“ und einen starken Staat an, weil er sich bedroht fühlte oder weil er Hilfe für seine nationalbewußte Expansion brauchte. Auf deutscher Seite führte man den nationalen Volkskampf um die Volksgrenze oft im selbstgefälligen Gefühl kultureller Überlegenheit und im beruhigten Bewußtsein, aus seinem Kulturreichtum freiwillig allen gesendet zu haben, die dann undankbar und unduldsam dem einstigen Wohltäter begegneten. Man sprach vom nutzlos vergeudeten deutschen „Kulturdünger“, der alle Welt befruchtet und zur Einschränkung deutscher „Volkssubstanz“ geführt habe. Verstärkte Ressentiments auf beiden Seiten haben der deutschen Ostforschung wie der slawischen Forschung die ideologiefreie und offene Sicht für die Tatsachen häufig geraubt.

Am Urteil über die mittelalterliche „Ostkolonisation“ schieden sich die kämpfenden Geister; die einen sahen sie als Vorgang der Überlagerung und Germanisierung und bezeichneten ihre deutschen Nachbarn im gleichen Staat als Fremdlinge und Gäste, die kein Heimatrecht hätten; die anderen aber forderten im Bewußtsein ihrer *kulturellen Überlegenheit* größere Rechte und erhöhten Anspruch. W. Schlesinger<sup>17</sup> hat erstmals mit glücklichem Griff von einer „Ostbewegung“ gesprochen und damit einen komplexen historischen Vorgang seiner nationalistischen „Teleologie“ entkleidet. Im gleichen Sinne hat bald darnach auch Th. Schieder<sup>18</sup> vom „unfertigen“ Nationalstaat des Bismarckreiches geschrieben und festgestellt, daß der „Nationalstaat“ nicht als Ziel deutscher Geschichte schlechthin zu begreifen sei. Man sah in der Ostbewegung raumpolitische Wirkung, Lebensraum und Heimfestwerden durch Siedlung, die ein Heimatrecht begründet haben. In romantischem Gefühl schrieb man von der „Großtat des deutschen Volkes“. Die slawische Siedlungsbewegung in Ostdeutschland wurde bagatellisiert, man sprach von germanischer „Wiederbesiedlung“ des Ostens und stellte eine *germanische Kontinuität* fest. Der „Kulturträgertheorie“ war eine volksgeschichtliche Grundlage und ein völkisches Selbstbewußtsein immanent. Die Leistung des ganzen

<sup>16</sup> Schmid, Karl: Unbehagen im Kleinstaat. Zürich-Stuttgart 1963, bezeichnet solche Entfremdung als Charakteristikum der Schweizer Geschichte im 19./20. Jahrhundert und verweist auf C. F. Meyer, H. F. Amiel, J. Schaffner, M. Frisch, J. Burckhardt.

<sup>17</sup> Schlesinger, Walter: Die geschichtliche Stellung der mittelalterlichen deutschen Ostbewegung. HZ 183 (1957) 517—542. — Ders.: Die mittelalterliche deutsche Ostbewegung und die deutsche Ostforschung. Manuskript (1963).

<sup>18</sup> Schieder, Theodor: Das deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat (1961). — Vgl. Plessner, H.: Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit des bürgerlichen Geistes (2 1959).

Volkes im Gegensatz zu seinen führenden Männern wurde in der Ostbewegung nach dieser älteren Auffassung sichtbar. Die deutsche Mediävistik nahm von dieser Ostbewegung in den 20er Jahren kaum Notiz; der Kulturhistoriker S. Hellmann<sup>19</sup> erkannte in ihr eine Ausweitung des europäischen Kulturkreises, nur der Balte Johannes Haller<sup>20</sup> pries sie in höchsten Tönen als folgenschwerste Epoche der deutschen Geschichte, die den östlichen Nachbarn die Zivilisation vermittelte. Ungestört von ernstesten Forschungsergebnissen von K. Hampe über R. Kötzschke, H. Aubin bis zur Brackmann-Festschrift von 1942<sup>21</sup> tat sich im Reiche Hitlers ein schwunghafter „Ostrummel“ auf. Wenn die Ostbewegung als gesamtdeutscher Vorgang gesehen wurde, dann konnten die Ostvölker nur als Objekte der Kolonisation erscheinen. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung haben sich bis heute behauptet, trotz ihres einseitigen Aspektes. Es gab aber so wenig eine Ostmitteleuropaforschung in Deutschland, wie es auch, von F. Naumann im Ersten Weltkrieg abgesehen, eine Ostmitteleuropapolitik oder ein Konzept dafür gab. So schnell war die Erinnerung daran seit der Schlacht von Königgrätz 1866 verschwunden. Die deutsche Ostforschung sah nur sich selbst und nicht die Slawen und überließ deren Erforschung der Gegenseite. Der Forschung stellte man politische Ziele: Revision, Konservierung, Autonomie der deutschen Minderheiten in den 1919 erstandenen Nationalstaaten des ostmitteleuropäischen Raumes oder straffe politische Zusammenfassung sollten historisch begründet werden. Und dabei stieß man immer wieder auf die Probleme der Ostbewegung des Mittelalters.

In Böhmen aber wurde der Geisteskampf am entschiedensten ausgetragen. Die Tschechen sahen seit Palacký in den Deutschen nur Eindringlinge, die Gastrecht zu beanspruchen hatten. Das führte zum Zusammenschluß des „Sudetendeutschums“, das ein durch „geschichtliche Leistung“ erworbenes „Heimatrecht“ forderte. Die historische deutsche Forschung in Böhmen/Mähren ließ sich seit Palacký das Gesetz des Handelns vorschreiben mit der einen Ausnahme von B. Bretholz, der zu beweisen suchte, daß die Deutschen länger im Lande seien als die Tschechen, weil die germanischen Völker niemals zur Gänze ausgewandert seien. Zycha und Wostry traten dem entgegen, E. Schwarz widerlegte 1931 schlüssig die Urgermanentheorie. Als die Polen die Lausitzer Kultur als slawisch bezeichneten und der *Urgermanen-* eine *Urslawentheorie* gegenüberstellten, da zeichneten deutsche Ostforscher den ganzen Kolonisationsvorgang als Wiederbesiedlung. Die Slawen verstärkten ihre Position durch die *Ausrottungstheorie*: Die Slawen seien im deutschen Osten zum größten Teil von den Deutschen ausgerottet oder auf die schlechtesten Böden abgedrängt worden. Der Russe Jegorov aber behauptete speziell für Mecklenburg, daß die Träger des dortigen großen Rodungs- und Siedlungswerkes in der Hauptsache die einheimischen Slawen gewesen seien und

<sup>19</sup> Hellmann, Siegmund: Das Mittelalter bis zum Ausgang der Kreuzzüge. (2 1924), S. 341 u. 377.

<sup>20</sup> Haller, Johannes: Die Epochen der deutschen Geschichte, S. 144.

<sup>21</sup> Deutsche Ostforschung. Ergebnisse und Aufgaben seit dem ersten Weltkrieg. Hrsg. von H. Aubin, O. Brunner, W. Kohte, J. Papritz. 2 Bde. Leipzig 1942.

daß eine nennenswerte deutsche bäuerliche Einwanderung dort nicht erfolgt sei; daraus aber sei einsichtig, daß es sich um keinen Siedelvorgang, sondern um einen *Germanisierungsprozeß* handle. Man muß sagen, daß nur Forschungslücken so entgegengesetzte Auffassungen entstehen lassen konnten. Neben Kulturträger-, Urgermanen- und Ausrottungstheorie traten sich in der Städteforschung *Evolutions-* und *Kolonisationstheorie* scharf gegenüber; die Deutschen vertraten die letztere, die Tschechen die erstere, wenn auch niemals in ihrer extremen Form. Es ging hier um die Frage, ob die Stadt als etwas fertiges, als westliches Kulturprodukt im Laufe der Ostbewegung den Slawen einfach aufgepfropft worden sei, oder ob es bei den Slawen bereits praeurbane, nichtagrарische Siedlungen von der Art der germanischen östlich des Rheines gegeben habe, die durch die Deutschen nur eine Beschleunigung ihrer Entwicklung erfuhren oder gar durch eine Überfremdung in ihren originären, individuellen Wachstumstendenzen und -möglichkeiten gestört oder aufgehalten wurden. Kolonisations- und Kulturträgertheorie verbanden sich besonders bei Johannes Haller sehr stark und prägten die deutsche Ostforschung zwischen den beiden Weltkriegen. In diesem Zusammenhang erschien das Bild vom faulen Slawen ohne sittliche Stärke oder von der großen politischen, geistigen und materiellen Kulturscheide um 800, vom politischen „Vakuum“ im Osten, von der erschütternden Primitivität slawischer Kulturmittel. Diese Übertreibung der Kulturträgertheorie und des Kulturbewußtseins beantworteten die Slawen mit dem Vorwurf des verwerflichen deutschen „*Dranges nach dem Osten*“<sup>22</sup>, dessen Spuren mit Blut und Tränen gezeichnet seien. Seit Palacký bürgerte es sich ein, von der germanischen Welt der Herrschaft, des Kampfes und der Unterdrückung, von der slawischen Welt der Freiheit, des Friedens, des Rechts zu sprechen und die Ostbewegung als Vorgang einer tausendjährig-kontinuierlichen Aggression der Deutschen anzuprangern, die das Ziel der Eroberung des slawischen Bodens und der Ausrottung oder Versklavung slawischer Bevölkerung gehabt hätte; der Deutsche erschien als brutaler Machtmensch und grausamer Barbar. Trotz mannigfacher Anerkennung deutscher Kulturleistung und slawischen Kulturniveaus auf beiden Seiten, kam es zu keinem Verstehen, vor allem nicht zu einer deutschen Ostmitteleuropaforschung.

Die Völker sind Träger wichtiger geschichtlicher Prozesse, nicht aller. Seit dem Frühmittelalter ist das stämmisch-gentile Prinzip ein Leitmotiv, das sich im Patriotismus der Länder verändert und dann zum modernen Nationalismus sich wandelt. Das imperiale, universale und hegemoniale Prinzip war sein Gegenpol und Widerpart. Im Absolutismus wurde das Verhältnis der Völker zum Staat problematisch. Die Schlacht von Königgrätz riß das Dilemma zwischen Staatsnation und Kulturnation auf, das umso heikler war,

<sup>22</sup> Dvornik, J. schreibt im *Cambridge Historical Journal* 7 (1943) dieses Schlagwort den Deutschen selber zu. — Meyer, Henry Cord: *Der „Drang nach dem Osten“ in den Jahren 1860—1914. Welt als Geschichte* (1957). — Ders.: *Mitteleuropa in German thought and action 1815—1945. The Hague 1955, XV + 378 S.* (International Scholars Forum 4.)

als Staats- und Volksgrenzen sich vielfach verzahnten. Die Folge war eine Umvolkung beträchtlichen Ausmaßes, die dem modernen Nationalgedanken Unglück oder Verrat war. Während sich im Baltikum oder in Siebenbürgen das Deutschtum seit der Siedlerzeit zäh behauptete, wurden in Polen und Böhmen viele Deutsche polonisiert oder tschechisiert. So kam es, daß die verschiedenen Nationalisten das Ergebnis der Ostbewegung unter dem Aspekt des *Volkstumskampfes* als Gewinn oder Verlust zu Buch schrieben<sup>23</sup>. Das Buch Eduard Winters<sup>24</sup> ist Zeugnis dafür, daß die deutsche Ostforschung neben der politischen auch die geistige Auseinandersetzung von Volk zu Volk zum Gegenstand ihrer Untersuchung machte. Es wurde eine „*Volkstheorie*“ entwickelt, die man auf das Verhältnis von Volk, Nation, Staat und Sprache anwandte, man schrieb von der Eigenständigkeit des Volkes; gegen Staatsgeschichte setzte man *Volksgeschichte*, entwickelte eine volkliche neben der rein staatlichen Auffassung der deutschen Geschichte (Srbik) und forderte ein gemeinsames deutsches *Volksbewußtsein* auf der Grundlage eines gemeinsamen Geschichtsbewußtseins. Der Gegensatz zwischen deutschem Binnenland und dem Deutschland der beiden Großmächte wurde herausgearbeitet. Die mittelalterliche deutsche Ostbewegung wurde so unter volksgeschichtlichem, anstatt unter herrschafts- und gesellschaftsgeschichtlich-kulturellem Aspekt erforscht. Daß Volkstum, Volks- und Landesgeschichte viel zu einer gerechten Würdigung deutscher Wesensart beigetragen haben, ist unbestreitbar. Aber diese Thematik wurde auch zu einer gefährlichen Triebkraft, als seit 1919 die Volksgrenze hinter der Staatsgrenze zurückblieb und das mittelalterliche Vorseilen der Staatsgrenze vor der Siedlung rückläufig wurde<sup>25</sup>. Schon vorher und zur gleichen Zeit aber etatisierte sich der tschechische Volksbegriff nach französischem Muster und verband sich dabei mit dem Nationalismus. Der Nationalsozialismus kümmerte sich um das Volksbewußtsein weder politisch noch wissenschaftlich. Die Ergebnisse seiner Machtpolitik in Osteuropa haben die heutige Situation geschaffen. Seine Rassenideologie, die einen biologisch-darwinistischen Volksbegriff ausprägte, seine *Herrenrasse-* und *Herrenvolkideologie* mit ihrer totalen Überschätzung der Züchtung und Erziehung trieben auch in Forschung und Darstellung manche seltsame Blüte und schreckten vor Fälschungen nicht zurück. Man führte das Westlertum der Tschechen auf ihre starke deutsche Blutbeimischung zurück.

<sup>23</sup> Lemberg, Eugen: Geschichte des Nationalismus in Europa. Stuttgart 1950, 319 S. — Ders.: Grundlagen des nationalen Erwachens in Böhmen. Geistesgeschichtliche Studie, am Lebensgang Josef Georg Meinerts (1773—1844) unternommen. Reichenberg 1932, 181 S.

<sup>24</sup> Winter, Eduard: Tausend Jahre Geisteskampf im Sudetenraum. Das religiöse Ringen zweier Völker. 1. Aufl. Salzburg 1938. 2. unver. Aufl. München 1955, 442 S. — Pfitzner, Josef: Das Erwachen der Sudetendeutschen im Spiegel ihres Schrifttums bis zum Jahre 1848. Augsburg 1926, 409 S. (Ostmitteldeutsche Bucherei). — Bittner, Konrad: Deutsche und Tschechen. Zur Geistesgeschichte des böhmischen Raumes. Brünn-Prag-Leipzig-Wien 1936, XVI + 239 S.

<sup>25</sup> Pfitzner, Josef: Die Geschichte Osteuropas und die Geschichte des Slawentums als Forschungsprobleme. HZ 150 (1934) 21—85.

Es blieb nicht aus, daß die volksgeschichtliche Betrachtung der deutschen Ostbewegung dabei völlig in Mißkredit geriet und nach dem Zweiten Weltkrieg die Ostforschung auf völlig neue geistig-ideelle, konkret geschichtliche Grundlagen zu stellen war. Zusammenbruch, Vertreibung, Vernechtung wandelten den alten aggressiven Charakter der Kulturträgertheorie; Revision, Wiedervereinigung, Heimatrecht wurden friedliche, defensive Aspekte der Ostforschung, auch wenn sie zur Ideologie des deutschen „Revanchismus“ immer wieder abgestempelt werden. Die heutige ernsthafte deutsche Ostforschung ist rein wissenschaftlich, apolitisch und distanziert sich von den Ideologien. Wer heute die Urgermanentheorie nochmals aufwärmt, erweist der Forschung keinen Dienst. Dabei ist es nicht zu leugnen, daß die tschechische und polnische Forschung, auch die Exilforschung, heute noch vielfach nationalistisch denkt, auch wenn ernsthafte Versuche eines nüchternen Standpunktes in der Analyse und Darstellung zusehends Platz ergreifen. Die Befürchtungen der Tschechen um die ehemals bewohnten deutschen Randgebiete sind eine historische Realität, die sich im historisch-politischen Denken niederschlägt. Im Gegensatz zum politischen Urteil Oskar Haleckis<sup>26</sup>, daß die mittelalterliche deutsche Kaiser- und Ostpolitik imperialistisch im Sinne des 19./20. Jahrhunderts und die Ostkolonisation in Schlesien ein Verhängnis war, spricht Dvornik<sup>27</sup> zwar von einer deutschen Gefahr im 12./13. Jahrhundert, leugnet aber die positiven Wirkungen der deutschen Ostbewegung nicht. Eine *Entpolitisierung des historischen Urteils* hat auf beiden Seiten eingesetzt, wie sich am Wandel der Kulturträgertheorie bei den Deutschen deutlich zeigt. Der selbständige Beitrag der Slawen zur Bildung der europäischen Kulturwelt wird heute nicht nur mehr von Tschechen und Polen gewürdigt, sondern auch bei uns von H. Ludat<sup>28</sup> und W. Schlesinger<sup>29</sup> entscheidend betont. Wir wissen heute, daß es ein vorkoloniales westslawisches Städtewesen gab, dessen wirtschaftliche und rechtliche Entwicklung durch die Ostbewegung beschleunigt wurde. Die tschechische Forschung erkennt heute die Christianisierung aus dem Westen und den fränkischen Einfluß im böhmisch-mährischen Raum an, der noch nicht vor allzu langer Zeit übergangen wurde<sup>30</sup>. Beide Seiten haben

<sup>26</sup> Halecki, Oskar: Borderlands of western civilization. A history of East Central Europe (1952) = Grenzraum des Abendlandes (1956).

<sup>27</sup> Dvornik, Francis: The Slavs. Their early history and civilization. Boston 1956, VIII + 394 S. (Survey of Slavic civilization 2.) — Ders.: The making of Central and Eastern Europe. London 1949, IV + 350 S.

<sup>28</sup> Ludat, Herbert: Die Slaven und das Mittelalter. Die Welt als Geschichte 12 (1952) 69—84. — Ders.: Vorstufen und Entstehung des Städtewesens in Osteuropa. Zur Frage der vorkolonialen Wirtschaftszentren im slawisch-baltischen Raum. Köln 1955, 53 S. (Osteuropa und der deutsche Osten 4.); Neuabdruck in: Studien zu den Anfängen des europäischen Städtewesens (1958). — Ders.: Frühformen des Städtewesens in Osteuropa. Saeculum 4 (1953) 288—312. — Ders.: Die ältesten geschichtlichen Grundlagen für das deutsch-slawische Verhältnis. In: Das östliche Deutschland. Würzburg 1959, S. 127—164.

<sup>29</sup> Schlesinger, Walter: Die deutschen Territorien. Der Osten. In: Gebhardt-Grundmann, Handbuch d. deutschen Geschichte. Bd. 2. Stuttgart 1955, S. 532—617.

<sup>30</sup> Bosl, Karl: Der Eintritt Böhmens und Mährens in den westlichen Kulturkreis im

die gehobene Stellung der Deutschen in Prag auf Grund schiefer Interpretation des Sobieslaum unrichtig verallgemeinert; das deutsche Selbstgefühl sah darin seine Bestätigung, die tschechische Historie wertete es als Beweis der Ausbeutung der Unterschichten durch die Deutschen.

Auch wenn unsere östlichen Nachbarn keine unterentwickelten Völker waren und der schillernde Begriff „Kolonisation“, der vor allem Kulturfunktion bei unterentwickelten Völkern meint, deshalb mißverständlich und abwertend ist, bleibt doch die historische Tatsache des *westöstlichen Kulturgefälles* bestehen, die nicht Ausbeutung durch Eindringlinge, sondern Kulturbewegung in Raum und Zeit mit verschiedener Intensität ist. Gerade wenn und weil die Völker und Nationen Ostmitteleuropas zum Westen und Abendland gehören und gehören wollen, was man auch von Rußland unter bestimmten Voraussetzungen sagen muß, kann mit der obigen Feststellung des Kulturgefälles keine Wertung verbunden sein für den ideologiefreien, wertfreien historischen Forscher; denn Deutschland steht an Frankreich gemessen genau so wie die Westslawen unter dieser Kulturbewegung. Die nationale Überheblichkeit eines Giesebrecht und der konservativen Deutschen des Bismarckreiches gegenüber Frankreich entsprang dem gleichen Minderwertigkeitskomplex, der unsere slawischen Nachbarn bedrückt. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß das Abendland und seine Kultur auf dem Boden der weströmischen Provinz Gallien unter fränkischer Herrschaft entstanden<sup>31</sup>, daß das hochmittelalterliche Frankreich der Kulturherd Europas war und zum Teil im Zeitalter von Barock und Rokoko wieder war. Gegen die Tatsache des Kulturgefälles wandte sich u. a. auch die Urslawentheorie und in deren Rahmen die tschechische Datierung des sog. „Prager Typus“ prähistorischer Keramik, die in Innerböhmen wie zwischen unterer Saale und Mulde, wie auch im Havelland gefunden wurde; man hat diesen Typus in graue Vorzeit gelegt. In Böhmen aber kann er nicht älter als 6. Jahrhundert, im Norden sogar noch jünger sein<sup>32</sup>.

Zum Beschlusse unserer Standortbestimmung der deutschen Ostforschung und der slawischen Westforschung sei noch zur Verständigung ein Wort über

---

Lichte der Missionsgeschichte. In: Böhmen und Bayern. München 1958, S. 43—64. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 1.) — Ders.: Kyrill und Method. Ihre Stellung und Aufgabe in der römischen Kirchenorganisation zwischen Ost und West. ZBLG 27 (1964) 34—54. — Ders.: Probleme der Missionierung des böhmisch-mährischen Herrschaftsraumes. In: Cyrill-Method-Festschrift d. Görresges. (1964). — Dvornik, Francis: Les Slaves, Byzance et Rome au IX<sup>e</sup> siècle. Paris 1926. — Ders.: Western and eastern tradition in Central Europe. Rev. of Politics 9 (1947) 463—481. — Graus, František: L'empire de Grand Moravie, sa situation dans l'Europe de l'époque et sa structure. Prag 1963.

<sup>31</sup> Bosl, Karl: Weltgeschichte des Abendlandes. Gütersloh 1964. (Bertelsmanns Illustrierte Weltgeschichte). — Prinz, Friedrich: Die monastische Bewegung in Gallien, im Frankenreich und in Bayern als gesellschafts- und kulturgeschichtliches Problem. Ms. Habil. Schrift München 1964.

<sup>32</sup> Über technische Einflüsse der slawischen Welt auf den Westen s. Hielscher, K.: Technische Beziehungen der Deutschen zu ihren Nachbarn im Osten während des Mittelalters. Ostdeutsche Wissenschaft 10 (1963) 241—254.

den Begriff „Volk“ gestattet<sup>33</sup>. „Volk“ ist viel älter als der moderne Staat und bedeutet eine geschichtliche, vorab eine verfassungsgeschichtliche Tatsache. Zu keiner Zeit decken sich Volks- und Kulturgrenzen. Aus diesem Grunde hat die Prähistorie es schon seit längerer Zeit aufgegeben, ihre Funde ethnisch festzulegen. Sie spricht von großen Kulturen, deren Grenzen nur in Umrissen festlegbar sind. So hat J. Werner die Reihengräberkultur beschrieben und ist dabei, die südrussische Tscherniagowkultur zu analysieren. Ob Bodenfunde überhaupt Kulturgrenzen sichtbar machen können, hängt vom Inhalt des Begriffes „Kultur“ ab. Jedenfalls ist die Sprache kein allgemein gültiges Kriterium für die Unterscheidung von Völkern, obwohl sie relativ am deutlichsten eine Differenzierung möglich macht. Insofern Volksbewußtsein<sup>34</sup> als Ergebnis gemeinsam historischen *Schicksals* und als *Willensentscheidung* verstanden wird, drückt es am klarsten die Unterscheidung aus. Geschichte und geschichtliches Schicksal müssen dabei nicht nur als Gemeinschaft der Handelnden und Kämpfenden, sondern noch viel mehr als Solidarität der Leidenden und Arbeitenden<sup>35</sup> verstanden werden. Das Selbstbewußtsein des Volkes schafft so lange eine überdauernde Volksverfassung und intentionale Gemeinschaft zugleich, als Normen entwickelt werden und vorhanden sind, die von einer Eliteschicht vorgelebt und repräsentiert und bzw. oder die auf Grund gemeinsamen Schicksals eine so feste *communis opinio*, einen *common sense* erzeugt haben, daß jede Übertretung der Normen, jedes Ausschneiden aus dem Kreis als Verrat und Untreue durch Ächtung und Ausschluß nicht kraft Gesetzes primär, sondern durch Boykott auf Grund freier Übereinkunft und des *common sense* geahndet werden<sup>36</sup>. Insofern unterscheidet sich Volks-

<sup>33</sup> Vgl. Francis, E. K.: Einige Grundbegriffe zu einer Theorie der ethnischen Gebilde. Kölner Zs. f. Soziologie 6 (1953/4) 91—103. — Ders.: Volkstum und Kirche in Neumexiko. In: Spanische Forsch. d. Görresgesellschaft. 1. Reihe. Bd. 20 (1962) 1—50. — Mace, C. A.: National stereotypes, their nature and function. Sociol. Rev. (Brit.) 35 (1943). — Schlesinger, Walter: Die Grundlegung der deutschen Einheit im frühen Mittelalter. In: Die deutsche Einheit als Problem der europäischen Geschichte. Hrsg. von C. Hinrichs und W. Berges (o. J.).

<sup>34</sup> Zatschek, Heinz: Das Volksbewußtsein. Sein Werden im Spiegel der Geschichtsschreibung. Brünn-Prag-Leipzig-Wien 1936, V + 106 S.

<sup>35</sup> Das Entstehen eines Gemeinschaftsbewußtseins des Arbeiters in der modernen Industriegesellschaft aus objektiven Kriterien und internationalen Daten schildert Rosenstock-Huessy, E.: Soziologie. Bd. 1: Die Übermacht der Räume (1956). Zum Vergleich sei auf das Zitat verwiesen: „Die brüderliche Solidarität, die in der Schichtarbeit zum Ausdruck kommt, ist nicht die klassenbewußte Solidarität des Marxisten und auch nicht die Brüderlichkeit aus Schillers Glocke. Sie ist eine entsagende Selbstbescheidung wie der Gleichschritt mit dem Vordermann bei einem Marsch in Reih und Glied. Sie bedarf kaum des Selbstbewußtseins. Dieses Gefüge von Arbeitskräften ist prähistorisch in dem Sinn, daß weder mein Wille, noch mein Bewußtsein es herbeiführen, sondern es ist ja umgekehrt. Aus dem Vollzug der Arbeit bei einer Apparatur in dem mir gestellten Rahmen ergibt sich überhaupt erst das Muß, indem ich da aufgeweckt und zum eigenen Willen aufgefordert werde.“

<sup>36</sup> Exempli gratia verweise ich auf Sutter, Berthold: Theodor Mommsens Brief „An die Deutschen in Österreich“ (1897). Ostdeutsche Wissenschaft 10 (1963) 152—213.

bewußtsein prinzipiell nicht vom Stolz des *civis Romanus* oder des Yankees, auch wenn diese noch andere Wurzeln haben. Bei Slawen und Germanen gibt es Kleinstämme und Großstämme, die sich wieder in Teilstämme aufsplittern, gibt es Völker und Nationen. Selbst wenn die Tschechen im 9./10. Jahrhundert erst auf der Integrationsstufe des Großstammes analog den Bayern und Alemannen gewesen sein sollten, sind sie im Laufe ihrer Geschichte zum Volk und zur Nation geworden, das die Mährer integrierte, die Deutschen wie die Slowaken zu assimilieren und so aus der Staatsnation eine Volksnation zu machen versucht. Immerhin ist interessant, daß die Deutschen in Böhmen sich weder verschmolzen, noch einen Neustamm wie die Mecklenburger oder Pommern nach der Mischung von Slawen und Deutschen bildeten. Die Deutschen Böhmens blieben Deutsche; es bleibt eine Aufgabe zu untersuchen, warum das so war. Das Sudetendeutschtum ist eine späte Form des Gemeinschaftsbewußtseins, das sich ethnosoziologisch noch einer Einordnung entzieht. Auf jeden Fall wird man den Erscheinungen und Gründen des *Distanzgeföhls* und *Kontrastbewußtseins* gerade im böhmisch-mährischen Raum noch gründlicher nachgehen müssen<sup>37</sup>.

Der Historiker unserer Tage, der sich mit Problemen des böhmisch-mährischen Raums, des Ostens und der Begegnung zwischen Slawen und Deutschen befaßt, muß offen sein, d. h. hier übernational denken; Rankes Idee, daß Romanen und Germanen allein Europa und seine Geschichte gemacht hätten, kann keine Gültigkeit mehr beanspruchen. Geschichte steht für uns nicht unter einem teleologischen Zwang, sie muß nicht zum Nationalstaat führen. Historische Rechte lassen sich schwer beweisen und ergründen auf beiden Seiten. Völker und Stämme sind keine romantischen Gebilde, sondern verfassungsgeschichtliche Realitäten; Völker und Stämme sind vor allem auch soziale Gebilde mit Ober- und Unterschichten, in denen sich oft vielfache gentilische und volkliche Bewußtseinsgehalte überlagern und mischen und manchmal unvermerkt sich unter anderem Vorzeichen entladen. Wer überhaupt den neueren Auffassungen von Stammes- und Volksbildung<sup>38</sup> zustimmt, der wird sehr vorsichtig in der historischen Beurteilung von Nationsbildung und Nationalbewußtsein<sup>39</sup>. Trotzdem hat ein Thema, wie das hier zur Debatte gestellte, auch einen politischen Charakter, weil es im Sinne Leopold von Rankes in das Leben von Völkern und Nationen hineingreift und hineinleuchtet, das bis an die Schwelle unserer Gegenwart von Ideologien bestimmt oder beherrscht war, von Ideologien, die wir als Germanismus und Slawische Legende, als Pangermanismus und Panslawismus bezeichnen.

<sup>37</sup> Vgl. Zatschek: Das Volksbewußtsein. — Johansson, Paul: Nationale Vorurteile und Minderwertigkeitsgefühle als sozialer Faktor im mittelalterlichen Livland. In: Alteuropa und die moderne Gesellschaft. Festschrift f. O. Brunner. Göttingen 1963, S. 88—117.

<sup>38</sup> Wenskus, Reinhard: Stammesbildung und Verfassung. Das Werden der frühmittelalterlichen gentes. Köln-Graz 1961, X + 656 S.

<sup>39</sup> Barraclough, Geoffrey: The Genesis of National State. Vortrag im Institut für Politische Wissenschaften an der Universität München (1961).

Auf die eigentliche Wurzel des Mißverständnisses zwischen Deutschen und Slawen führt die skizzenhaft durchgeführte Selbstprüfung und Standortbestimmung der deutschen und westslawischen Ost-, bzw. Westforschung nicht. Sie enthüllte uns nur politische Zielsetzung und Absicht und das im wesentlichen nur für den engen Zeitraum zwischen den zwei Weltkriegen. Weiter führt die Frage nach den ideologischen und weltanschaulichen Grundlagen der Aspekte und Anliegen der Wissenschaft, nach den Ideologien, die Denken und Handeln der Deutschen und Slawen seit der Wende vom 18./19. Jahrhundert bestimmten, nach den Traditionen und Bewußtseinsgehalten, die das Verhältnis der Völker zueinander leiteten, und nach den Quellen dieser nationalen Bewußtseinsgehalte. Eine vergleichende Betrachtung soll Gemeinsamkeiten und Verschiedenheiten aufzeigen und zu einer historischen Phänomenologie des modernen Nationalismus beitragen.

Wir stellen zuerst die soziologische Vorfrage nach den Trägern der Traditionen und Bewußtseinsgehalte, vor allem bei den Westslawen. Entdecker und erster Repräsentant des Nationalgedankens und seiner Ideologie ist bei Deutschen und Slawen die Intelligenz, die Schicht der Gebildeten und ihre weltanschauliche Verankerung. Ein Blick auf die Struktur der ostmitteleuropäischen Staaten zeigt, daß Polen und Ungarn, zwei Reichsnationen, früher große nationale Minderheiten beherrschten; Ungarn zwischen 1919 und 1939 und nach 1945, Polen nach 1945 sind aber nur mehr von einer Nation bewohnt. Die ČSR hat zwei Nationen, Tschechen und Slowaken, sie umfaßte bis 1945 große deutsche, ungarische und ruthenische Minderheiten<sup>40</sup>. Polen wurde nach 1945 fast ganz und Ungarn zum großen Teil römisch-katholisch. Die polnische und ungarische Intelligenz war bis 1945 primär gebildet und erfaßt vom Christentum, obwohl es in beiden Ländern auch eine große Schicht jüdischer Intellektueller gab. Die tschechische Intelligenz war weiterhin eine antiklerikale und freigeistige Minderheit in einer katholischen Mehrheit der Bevölkerung; sie war von Anfang an zumeist protestantisch. Polen, Ungarn und die Slowakei waren bis 1945 überwiegend Agrarstaaten, wenn auch nicht in dem Ausmaß wie Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien. Die Länder Böhmen und Mähren dagegen waren hochindustrialisiert und waren damit ihrer gesellschaftlichen und kulturellen Struktur und Tradition nach mitteleuropäisch wie Deutschland und Österreich. Ungarn nahm daran nicht ganz teil, Polen war eher ost- als mitteleuropäisch. Weder Polen noch Ungarn hatten längere Zeit ein wirksames demokratisches System und eine demokratische Gesellschaft. Die ČSR dagegen entwickelte zwischen den beiden Weltkriegen eine demokratische Staatsform<sup>41</sup>, die relativ funktionierte,

<sup>40</sup> Walter, F.-Steinacker, H.: Die Nationalitätenfrage im alten Ungarn und die Südostpolitik Wiens. München 1959. (Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission 3.) — Steinacker, Harold: Austro-Hungarica. Ausgewählte Aufsätze und Vorträge zur Geschichte Ungarns und der österreichisch-ungarischen Monarchie. München 1963. (Buchreihe der Südostdeutschen Historischen Kommission 8.)

<sup>41</sup> Birke, Ernst: Das neue Europa in den Kriegsdenschriften T. G. Masaryks 1914—1918. In: Zur Geschichte und Problematik der Demokratie. Festgabe für Hans Herzfeld. Berlin 1958.

bis sie von Hitler und dem sowjetischen System beseitigt wurde. Die Traditionen der polnischen (Fürst Czartoryski)<sup>42</sup>, ungarischen und slowakischen Intelligenz waren primär *aristokratisch*<sup>43</sup>, die der Tschechen dagegen *bürgerlich-bourgeois*<sup>44</sup>. Die Aristokratie gab den von ihr geführten Völkern, ihren Historikern — gegenüber den Minderheiten, z. B. den Slowaken — ein starkes *Herrenvolkbewußtsein* und eine bewußte *Kulturvolkidee* und dies auch bei den Tschechen, deren erster großer Nationalhistoriker Fr. Palacký als Historiker der böhmischen Stände begann<sup>45</sup>. Hervorragendste Vertreter der Herren- und Kulturvolkidee bei den Tschechen waren Palacký, der Dichter A. Heyduk, die Historiker Fr. Pastrnek, J. L. Pič, Zd. Tobolka, bei den Ungarn die Historiker G. Beksics, G. Ballagi, H. Marczali, J. Karátsony, die Slawisten J. Melich und St. Kniezsa. Polen wie Ungarn waren aus Tradition antirussisch, die Tschechen dagegen russophil<sup>46</sup>. Polen und Ungarn haben eine große Tradition nationaler Aufstände und Erhebungen gegen fremde Herrschaft, die Tschechen aber waren schon mit ihrer ersten hussitischen Revolution siegreich, deren Ergebnisse erst am Weißen Berg zusammenbrachen. Die Freiheitskriege gegen Napoleon, die Restauration, die Revolution von 1848, die Reaktion schufen in Deutschland im Fahrtwind des bürgerlichen Liberalismus eine große nationale Tradition, die sich im Bismarckreich durchsetzte trotz der antiliberalen Politik des Kanzlers. Ihr Bundesgenosse wurde der industrielle Aufschwung und die Großmachtspolitik, die den alten Liberalismus teils national befriedigten, jedoch auch die neuen Kräfte des Arbeitertums sozial und politisch weckten und zur parlamentarischen Demokratie mit monarchischer Spitze schon seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts führten. Mit Ausnahme von Preußen trat die Aristokratie in den Parteien des Reichstages seit den 80er Jahren ständig zurück. Die national-expansiven Kräfte sammelten sich im Alldeutschen Verband, dessen Wirken vielfach im Ausland mit „Pangermanismus“ bezeichnet oder verwechselt wurde<sup>47</sup>.

<sup>42</sup> Handelsman, Marcelli: Adam Czartoryski. (Aus dem Nachlaß hrsg. von Stefan Kieniewicz.) 3 Bde. Warschau 1948, 1949, 1950.

<sup>43</sup> Gogolák, Ludwig von: Die politische Führung bei den Slowaken. Bohemia-Jahrbuch 2 (1961) 250—281.

<sup>44</sup> Birke, Ernst: Frankreich und Ostmitteleuropa im 19. Jahrhundert. Beiträge zur Politik und Geistesgeschichte. Köln-Graz 1960, XV + 527 S. (Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart 6.) — Ders.: Franz Ladislaus Rieger in Frankreich. Ostdeutsche Wissenschaft 3/4 (1958) 20—47.

<sup>45</sup> Prinz, Friedrich: František Palacký als Historiograph der böhmischen Stände. In: Probleme der böhmischen Geschichte. München 1964, S. 84—94. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 16.) — Palacký, Franz: Die Grafen Kaspar und Franz Sternberg und ihr Wirken für Wissenschaft und Kunst in Böhmen. In: Leben des Grafen Kaspar Sternberg von ihm selbst beschrieben. Prag 1868, S. 193—228.

<sup>46</sup> Jirásek, J.: Češi, Slováci a Rusko. Studie vzájemných vztahů československoruských od r. 1867 do počátku světové války [Tschechen, Slowaken und Rußland. Studie über die tschechoslowakisch-russischen Beziehungen vom Jahre 1867 bis zum Beginn des Weltkrieges]. Prag 1933.

<sup>47</sup> Nadolny, Rudolf: Germanisierung oder Slawisierung? Eine Entgegnung auf Matoryks Buch „Das Neue Europa“. Berlin 1927, 208 S.

Germanismus und Slawismus, Pangermanismus und Panslawismus sind keine durch das 19./20. Jahrhundert feststehenden Größen, sondern haben sich in ihrem ideologischen Gehalt entwickelt und gewandelt. Die stärkste politische und polemische Dynamik schwelt in den Begriffen Pangermanismus<sup>48</sup> und Panslawismus<sup>49</sup>. Wesentlich kultureller, volkstümlicher und landeskundlicher sind die Begriffe Germanismus und Slawismus. Sie beide ruhen auf dem Grunde der romantisch-liberalen Geschichtsauffassung der Deutschen aber auch der Slawen sowie auf der eingeprägten „Slawischen Legende“; mit beiden letzteren will sich vorliegende Studie vor allem befassen. Doch hören wir zunächst, was ein so prominenter Zeuge wie T. G. Masaryk unter Pangermanismus und Panslawismus als Elemente politischen Denkens und (erfolgreicher) politischer Propaganda versteht. In seinem Buche „Das neue Europa“, das er „eine systematische Bearbeitung jener politischen Grundsätze, welche das Programm unserer auswärtigen Propaganda gebildet haben“, nennt, warnt er vor der Gefahr des deutschen imperialistischen *Pangermanismus* und des deutschen Dranges nach dem Osten und fordert als Wall dagegen die staatliche Verselbständigung der in den Übergängen zwischen dem alten Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland von der Ostsee bis zum Balkan wohnenden nichtdeutschen Nationalitäten. Masaryk versteht unter „Pangermanismus“ die einheitliche Zusammenfassung der Deutschen

<sup>48</sup> Gaidoz, Henri: Les Ambitions et les Revendications du Pangermanisme. (Statistique de la race et de la langue allemande dans les États européens, par M. Richard Boeckh, carte de M. Kiepert.) Revue des Deux Mondes vom 1. 2. 1871. — Reuner, J. L.: Ein pangermanisches Deutschland. Versuch über die Konsequenzen der gegenwärtigen wissenschaftlichen Rassenbetrachtung für unsere politischen und religiösen Probleme (1905); S. 345 Losungswort: „Germanische Proletarier aller Länder vereinigt euch, vereinigt euch im pangermanischen Weltreich deutscher Nation!“ — Arkolay (Pseudonym für Straeubel, Waldemar): Das Germanenthum und Oesterreich. Oesterreich und Ungarn. Eine Fackel für den Völkerstreit. Darmstadt-Leipzig, Zernin, 1872, 282 S. (Motto: „Das Deutsche muß verdrängt und die Sprache der Hausknechte werden.“ Pöbelstimme aus dem ungarischen Reichstag.)

<sup>49</sup> Fischel, Alfred: Der Panslawismus bis zum Weltkrieg. Ein geschichtlicher Überblick. Stuttgart-Berlin 1919. — Cyprien, R.: Les deux Panslavismes. Situations actuelles des peuples slaves vis-à-vis de la Russie. Rev. d. D. M. 6 (1848). Deutsche Ausgabe mit Anmerkungen von J. P. Jordan. Leipzig, Slawische Buchhandlung. — Klaczko, Julian: Le Congrès de Moscou et la propagande panslaviste. Rev. d. D. M. vom 1. 9. 1867. — Frič, Josef Vaclav: Glanz und Kehrseite der Wallfahrt nach Moskau. Berlin 1867. — Prelog, Milan: Pout' Slovanů do Moskvy roku 1867 [Die Reise der Slawen nach Moskau im Jahre 1867]. Prag 1931. — Leger, Louis: La renaissance tchèque au dix-neuvième siècle. Paris 1911. — Ders.: Le panslavisme et l'intérêt français. Paris 1917. — Ders.: Russes et Slaves. Etudes politiques et littéraires. 3 Bde. Paris 1890—1899. — Masaryk: Die Weltrevolution. — Ders.: Das neue Europa. Der slavische Standpunkt. Autorisierte Übertragung aus dem Tschechischen von Emil Saudek. Berlin 1922, XII + 143 S. — Dagegen Nadolny: Germanisierung oder Slawisierung? — Thomson, H. S.: A century of a phantom. Panslavism and the western Slavs. Journal of Central European Affairs 11 (1951). — Kohn, Hans: Pan-Slavism. Its history and ideology. Deutsch: Die Slawen und der Westen. Die Geschichte des Panslawismus. Wien-München 1956.

oder im weiteren Sinne der Germanen überhaupt ähnlich den Termini Pan-slavismus, Panskandinavismus usw. In seiner Zeit verstand er darunter eine Geschichtsphilosophie, eine Philosophie der Geschichte des deutschen Volkes und der ganzen Menschheit, einen Versuch, die historische Stellung des deutschen Volkes unter den anderen Völkern systematisch zu studieren und festzulegen, zugleich auch den Inbegriff aller aus dem Pangermanismus fließenden politischen Bestrebungen. Als Vater und Träger dieser Philosophie und Politik der Deutschen bezeichnet er Lagarde — als den führenden philosophischen und theologischen Streiter; in Treitschke sah er den Historiker, in Kaiser Wilhelm II. den Politiker dieser Ideologie. Masaryk weist auf Vereine und Gesellschaften zur Verbreitung dieser Lehre durch Schriften, Landkarten, Zeitschriften, Revuen, Flugblätter als das System des theoretischen und praktischen Germanismus hin. Als die radikalsten Pangermanisten bezeichnete er die Deutschen in Österreich. Bismarck habe sich klugerweise von ihnen losgesagt, aber eine pangermanistische Studentenabordnung aus Österreich ermuntert, slawische Sprachen zu lernen, wenn sie die slawischen Völker beherrschen wollten. Im Entwicklungsgang Deutschlands seit 1866/70 und dem Vordringen seines politischen Einflusses in Europa und der ganzen Welt sah er die Ideale des „pangermanischen Imperialismus“ verwirklicht. Besonders prangert er ein „Zentraleuropa unter deutscher Führung“ an und weiter das politische Schlagwort: Berlin-Bagdad. Er malt die Gefahr eines föderativen Anschlusses der skandinavischen Länder, Hollands, Belgiens und der Schweiz an die Wand, die ja in besonderem Sinne einem pangermanischen Reich zugehörten. Doch dächten die Pangermanisten auch an den Vormarsch der altgermanischen „Warägen“ auf Konstantinopel und an die Annexion des westlichen Rußland, der Ukraine, des Baltikums und Litauens. „Die erfolgreiche *Industrialisierung* und der über die ganze Welt sich erstreckende deutsche *Handel* gaben den Gedanken einer *Weltherrschaft* ein und stärkten so die traditionelle Idee des *deutschen Imperialismus* des römischen *Kaiser-tums*<sup>50</sup>.“ Deutsche und germanische Einheit, Imperialismus und Weltherrschaft auf Grund des Faustrechts, dazu Auserwähltheit, seien die Kernpunkte der Ideologie des Pangermanismus, wie Masaryk ihn verstand und erlebte. Dazu gehörte der deutsche „Drang nach dem Osten“, der sich gegen die slawischen Nachbarn wendet, die östlich Saale und Elbe bereits seit Jahrhunderten germanisiert und kolonisiert worden sind. Pangermanismus und Drang nach dem Osten waren die Hauptslogans antideutscher Propaganda bei den Slawen, auch im politischen Katechismus Masaryks<sup>51</sup>, der die deutsche Kultur nach eigenem Zeugnis stets geschätzt, sich aber in ihr selten heimisch gefühlt hat, der die Preußen vor allem nicht liebte, ihnen aber gerecht zu werden suchte.

<sup>50</sup> Masaryk: Das Neue Europa S. 6 (während des Ersten Weltkrieges geschrieben).

<sup>51</sup> Masaryk, T. G.: Das Problem der kleinen Völker in der europäischen Krisis. Prag 1922 = Vortrag zur Eröffnung der Schule für slawische Studien am Kings College der Universität London 1915: „Ein Gelehrter verzichtet nicht auf seinen Patriotismus, jedoch darf dieser Patriotismus nicht blind oder stumm sein, er muß zur Äußerung bringen, was er als Wahrheit befunden hat.“

Nach der Meinung des Gründers des modernen tschechischen Staates entstand der *Panslawismus* nach Analogie der Bestrebungen des Pangermanismus, -romanismus, -skandinavismus<sup>52</sup>. Doch scheint hier eine irrtümliche Chronologie vorzuliegen; denn der Panslawismus scheint das Vorbild für die anderen Pan-Bewegungen abgegeben zu haben. Masaryk charakterisiert diesen ersten bewußten Zusammenschlußversuch einer ganzen „Rasse“ gegenüber anderen Völkern, der als einziger in der Geschichte eine große politische Rolle gespielt und heute sogar seine politische Erfüllung gefunden hat, folgendermaßen<sup>53</sup>: Er leugnet einen planmäßig durchdachten und organisierten aggressiven Panslawismus, richtig Panrussismus. Das *Zusammengehörigkeitsgefühl* der slawischen Völker kraft Abstammung, Sprache, Lebensanschauung ist ebenso natürlich wie das *Schutzbedürfnis* und *-verlangen* der kleineren unter ihnen an Rußland gegen deutsche, magyarische und türkische Aggression. Slawische Philosophen, Historiker, Politiker verstanden darunter immer literarische und kulturelle Gegenseitigkeit. Die Identifizierung von *Panslawismus* mit *Panrussismus* sucht der gelehrte Staatsmann mit dem Hinweis zu erledigen, daß die Tschechen immer entschieden russophil waren, Palacký und Havlíček, ihre großen Führer, aber gegen einen Panslawismus unter zaristischem Absolutismus ihre Stimme erhoben; der Zarismus habe aus legitimistischen und kirchlich-konfessionellen Gründen von sich aus den Panslawismus abgelehnt. Das politische Programm des Panslawismus war nicht einheitlich, konnte es bei der Verschiedenheit der politischen Verhältnisse und Interessen der einzelnen Slawenvölker in den einzelnen Ländern gar nicht sein. Man unterschied zwischen einem russischen und einem westslawischen, besser donauslawischen (Illyrismus, Austroslawismus) Panslawismus; den ersteren repräsentiert Danilewsky (Rußland und Europa), den letzteren Masaryk. Der Donauslawismus baut auf der Nationalitäts- und Humanitätslehre Herders auf, die einen Anstoß zum nationalen Erwachen der slawischen Völker und ihrer Einigungsidee gab. Der Tscheche wünschte aber nur eine ideelle Einigung zur Befreiung der westslawischen Nationalitäten. Danilewsky, der Vater des russischen Panslawismus, zielte auf einen föderativen allslawischen Bund unter Rußlands Führung (Ostblock!), der die Aufgabe haben sollte, den unvermeidlichen Kampf der geeinten slawischen Welt gegen Europa durchzufechten und nach Eroberung Konstantinopels die slawische Kulturherrschaft anstelle der germanisch-romanischen, vorab vom Deutschtum vertreten, aufzurichten. Die junge slawische Kultur setzte er dabei in Gegensatz zur verfallenden germanisch-romanischen, die im Sinne Rankes die europäische schlechthin war. Im Gegensatz zum imperialistisch-expansiven russischen Programm war das donauslawische Masaryks national und humanitär, es beanspruchte die Hilfe des Allslawentums nur zur eigenen nationalen Befreiung. Dem ersteren ist der Panslawismus Ziel, dem anderen Mittel der Politik der nationalen Emanzipation.

<sup>52</sup> Masaryk, T. G.: Zur russischen Geschichts- und Religionsphilosophie. Bd 1. Jena 1912, S. 258.

<sup>53</sup> Ebenda 117.

Aus diesem Grunde löste Masaryk die Fäden historisch-romantischer Hoffnung zwischen westslawischem und russischem Panslawismus und baute in richtiger Einschätzung der Trieb- und Sprengkraft des Nationalismus seine donauslawische Freiheitsidee geistig auf Herders Lehre von der Nation als der natürlichen Grundlage der Gesellschaft gegenüber dem künstlichen Gebilde des Staates auf. Beide Spielarten des Panslawismus waren sich in der hohen Einschätzung der slawischen Völkergemeinschaft für ihre politischen Ziele, im Gegner und ihrer Aggressivität zur Änderung des Status quo einig; gemeinsam war ihnen vor allem die Gegnerschaft gegen den deutschen Nachbarn im Westen, auf der überhaupt die Entstehung des Panslawismus gründete. Sein Wegbereiter und Schrittmacher war die Slawophilie bei Deutschen, Franzosen und anderen Völkern des Westens<sup>54</sup>. Herders Bedeutung für den deutschen Nationalismus wird weit überragt von seiner Wirkung auf das Slawentum; die Deutschen führte er zur Erkenntnis ihrer Nation, den Slawen gab er nicht nur den Nationalismus, sondern zeigte ihnen auch den Weg zur nationalen Emanzipation und lehrte sie, ein starkes Rassegefühl zu pflegen. Seitdem setzte eine bewußte Pflege des slawischen Volksgeistes bei den einzelnen Stämmen wie ihrer Gesamtheit ein. Das Westslawentum begann zu schwanken zwischen der Hoffnung auf Befreiung durch den großen russischen Bruder aus fremder Gewalt und der Hochschätzung westlicher Kultur und des westlichen Liberalismus; man wünschte dabei ein Eigenleben ohne Bindung an die russische Vormacht. Der letztere Wunsch machte sich unter dem Vorbild der deutschen Bewegung von 1848 Luft im Prager Slawenkongreß im gleichen Jahr, der im Zeichen der Selbstbestimmung der Nationalitäten zusammentrat. Der kleine Panslawismus oder Austroslawismus, der an die Stelle des großen trat, forderte die Umwandlung Österreichs in einen Bund gleichberechtigter Nationen und verlangte die Gleichstellung der slawischen Völker mit den Deutschen und Ungarn und ihre Verstaatung als nationale Bundesstaaten. Unter dem Eindruck wachsender Kraft und der nahen Erreichung des Zieles schob Masaryk den historischen Romantizismus der Befreiung aus dem Osten zur Seite und begründete die Emanzipation allein auf Herders Dogma von der natürlichen und realen Lebensnotwendigkeit der Nation, das er in den Friedensverträgen des ersten Weltkrieges verwirklichte. Der nun aufkommende Neu(-Pan-)Slawismus sprach nicht mehr von slawischer Gemeinschaft, sondern von Wechselseitigkeit der Stämme unter Wahrung der Unabhängigkeit ihrer nationalen Entwicklung. Dieser neue Panslawismus wurde im 20. Jahrhundert eine gewaltige Triebkraft europäischer Politik;

<sup>54</sup> Bittner, Konrad: J. G. Herders „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit“ und ihre Auswirkungen bei den slawischen Hauptstämmen. *Germanoslavica* 2 (1932/33). — Ders.: Herders Geschichtsphilosophie und die Slawen. Reichenberg 1929, 150 S. — Birke, Ernst: Frankreich und Ostmitteleuropa im 19. Jahrhundert; dazu Bespr. von K. Bosl in *Bohemia-Jahrbuch* 2 (1961) 611—618. — Birke, Ernst: Herder und die Slawen. In: *Schicksalswege deutscher Vergangenheit. Beiträge zur geschichtlichen Deutung der letzten hundertfünfzig Jahre. Festschrift für S. A. Kachler*. Hrsg. von W. Hubatsch. Düsseldorf 1950.

der Erste Weltkrieg hat das westslawische Ziel verwirklicht; die pangermanische Übersteigerung Hitlers hat auch das große Ziel realisiert, einen Herrschaftsbereich slawischer Staaten in allen von Slawen bewohnten oder jemals bewohnten oder beherrschten Gebieten unter der Führung Rußlands im „Ostblock“ aufzurichten.

Wenn wir Pangermanismus und Panslawismus, die ich kurz zu analysieren versuchte, kritisch miteinander vergleichen, so ist festzustellen, daß Panslawismus ebenso wie z. B. Panamerikanismus Bestrebungen ausdrückt, die gesamten Völker einer Gruppe oder Rasse aus politischen, wirtschaftlichen, kulturell-geistigen Absichten zusammenzufassen. Das Schlagwort vom „Pangermanismus“ jedoch, der den Deutschen zum Vorwurf gemacht wird, steht realiter nicht auf der gleichen Stufe. Germane ist ein Gruppen- oder Rassenbegriff, deutsch ein Volksbegriff für den Zusammenschluß von Großstämmen verschiedener Provenienz (Alt- und Neustämme). Wer den Deutschen Pangermanismus, von Hitler und seinem „Großreich“ abgesehen, vorwirft, verwechselt Germanen und Deutsche. Das taten nicht nur die Slawen, sondern auch die romantisch-liberale deutsche Geschichtsschreibung selber. Das Wort „Pangermanismus“ ist also mindestens mehrdeutig, in Wirklichkeit meinte man, auch Masaryk, damit nicht ein *Allgermanentum*, sondern ein *Alldeutschtum*, das Bestreben, die Deutschen politisch zusammenzufassen<sup>55</sup>. Masaryk will unter diesem Alldeutschtum nicht das Streben der Deutschen nach nationaler Einheit in einem gemeinsamen Vaterland verstanden wissen, sondern er meint, wie oben gesagt, ein von Deutschland beherrschtes Zentraleuropa, Weltherrschaft, eine neue Organisation Europas und der Menschheit auf der Grundhaltung eines deutschen Sendungsbewußtseins. Diese Auffassung war nicht nur tschechische Meinung, sondern in der ganzen westlichen Welt seit 1866 und 1870/71 weit verbreitet, wie E. Birke<sup>56</sup> überzeugend dargelegt hat; es war dies, wie wir heute sagen müssen, die völkerpsychologische und politische Wirkung der Bismarckschen Reichsgründung, die von dem Meister der Politik nicht vorausberechnet wurde oder vorbedacht werden konnte. Diese Wirkung wurde umso tiefgreifender, je mehr sich Deutschland, besonders seit den 90er Jahren, vor allem seit den Handelsverträgen Caprivis (1890/3), zum Industrie- und Handelsstaat, zur imperialistischen Kapitalmacht aufschwang. Mit dem alldeutschen Schlagwort „Pangermanismus“ verband sich der Propagandaslogan „Borussianismus“, in dem der Gedanke schwang, daß das alte Deutschlandkonzept der Weltmächte von dem Bund deutscher Staaten, der die Rivalität der beiden Großstaaten ausglich, durch die Bismarcksche Lösung der Einigung Deutschlands unter preußischer Hegemonie und Ausschluß Österreichs zerstört war und die politisch geeinte Mitte des Kontinents nun bisher ungewohnte Kraft ansammelte und entfaltete. Das

<sup>55</sup> Während das Wort „Panslawismus“ offenbar erstmals von dem Slowaken Johann Herkel 1826 in seinem Buch „Elementa universalis linguae slavicae e vivis dialectis eruta“ erwähnt wird (verus panslavismus), scheint das Wort „Alldeutsch“ auf ein Gedicht von E. M. Arndt aus dem Jahre 1840 zurückzugehen.

<sup>56</sup> Birke: Frankreich und Ostmitteleuropa im 19. Jahrhundert.

deutsche Reich von 1870/71 war dabei kein fertiger Nationalstaat, sondern eine realistische Teillösung, mit der Bismarck die Entwicklung wohl als abgeschlossen ansah. Man kann den Reichsgründer nicht als Pangermanisten oder Alldrutschen abstempeln.

Es ist aber unbestreitbar, daß sich seit der Reichsgründung, besonders seit den neunziger Jahren imperialistische und expansive Äußerungen und Strömungen in Deutschland mehrten, die systematisch eine Ausdehnung deutscher Machtsphäre über den Rahmen des Reiches und der alten Reichsidee hinaus und in der Welt vertraten und verkündeten<sup>57</sup>. Hauptträger dieser Bewegung war der Alldrutsche Verband<sup>58</sup>, dessen Ziele sich so umschreiben lassen: in der Heimat Weckung des vaterländischen Bewußtseins und Bekämpfung aller antivölkischen Tendenzen, Pflege und Förderung deutsch-völkischer Bestrebungen in allen Ländern mit Volkstumskampf der Deutschen und Zusammenfassung aller Deutschen auf der Welt, Förderung deutscher Machtpolitik in Europa und Übersee.

Diese Zielsetzung hat viel Mißtrauen gegen Deutschland gesät, besonders durch ihre brutale und geräuschvolle Proklamation, die sich auf H. v. Treitschke berufen konnte<sup>59</sup>. Dahinter steckt teilweise ein Herrenbewußtsein und Kulturdünkel gegenüber Slawen und Romanen, die sich oft widerlich Luft machten. In ihnen gehen irrtümlich Germanentum und Deutschtum ineinander über. In dem Buch von Arkolay (Deckname) von 1872<sup>60</sup>, das eine „Fakkel für den Völkerstreit“ sein will, stehen Sätze wie der: „Die eklatante Machtüberlegenheit Deutschlands über jeden einzelnen der europäischen Kontinental-Staaten: das war und ist das europäische Gleichgewicht“ oder „Auch die schlechtesten deutschen Fürsten und Minister sind immer noch erträgliche Gestalten gegenüber den schlechtesten Fürsten und Ministern anderer europäischer Staaten. So groß Deutschland ist und so mannigfaltig seine Geschichte war: es hat nie Bleidächer von Venedig, nie Bagno's, nie Inquisition (im strengen Sinne), nie Bastillen, nie Towers, nie Cayenne's und Lambessa's, auch nie ein Sibirien, es hat ferner nie eine Katharina von Medici, nie eine Isabella die Katholische, oder einen Philipp II., nie einen Ludwig XIV., nie eine

<sup>57</sup> Andler, Ch.: Collection des documents sur le Pangermanisme (Paris 1915), eine während des Ersten Weltkrieges veranstaltete Sammlung aller deutschen Äußerungen und Zeugnisse des „Pangermanismus“, der nach A. auf der Universalidee des alten Reiches, der militärischen Kraft Preußens, der hanseatischen Herrschaft über die Meere beruht, ein darauf sich gründendes Machtstreben und ein metaphysischer Glaube an die Sendung des deutschen Geistes ist.

<sup>58</sup> Bonhard, Otto: Geschichte des Alldrutschen Verbandes. Berlin 1920. — Werner, Lothar: Der Alldrutsche Verband. Ein Beitrag zur Geschichte der öffentlichen Meinung in Deutschland in den Jahren vor und während des Weltkrieges. Phil. Diss. 1935. — Hobohm, Martin-Rohrbach, Paul: Die Alldrutschen. Berlin 1919. — Kruck, Alfred: Geschichte des Alldrutschen Verbandes 1890—1939. Wiesbaden 1954. (Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte Mainz 3.)

<sup>59</sup> „Nur durch die Überhebung konnte ein so unpolitisches Geschlecht wieder zur rechten Schätzung des Heimatlichen, zum nationalen Selbstgefühl erzogen werden.“

<sup>60</sup> Vgl. Arkolay: Das Germanentum und Oesterreich S. 4 ff., bes. S. 66 ff.

Maria, nie einen Carl I. oder Iwan den Schrecklichen, auch nie einen Napoleon I. oder Napoleon III. besessen. [Heute muß man wenigstens aber sagen, einen Hitler und Konzentrationslager wie Auschwitz, Belsen und Mauthausen.] Dagegen war Deutschland an Helden und an großen Geistern verhältnismäßig viel reicher wie alle anderen Staaten. Das ist kein Zufall gewesen: es lag an der besseren Konstruktion der Rasse und an deren höherer und soliderer Kultur.“ Wegen ihrer verheerenden Wirkung auf die slawische Welt und ihrer Angst vor den Deutschen, ihrem Ruf nach dem Befreier von deutscher Gewalt und Überhebung muß man sich die Worte ansehen: „Dem Slawentum fehlt gänzlich jede höhere, innere oder eigentliche Kulturkraft, mit der allein ein Volk oder Stamm auf die Dauer Großes vollbringt . . . Das Slawentum kann sich nie individualisieren, es braucht immer, um ein wenig zu wirken, den Autoritätsglauben und das herdenweise Zusammenstehen. Darum ist es auch der Freiheit nie sehr gefährlich, obwohl es stets (selbst in demokratischer Form) bewußt oder unbewußt dem Despotismus dient.“ Der großsprecherische-bramarbasierende Glaube an die eigene überlegene, gewaltige, unbesiegbare Kulturkraft hat dem Verfasser unserer „Fackel für den Völkerstreit“ (S. 66 ff.) Worte eingegeben, die nach zwei Katastrophen als Sünde wider Geist und Menschlichkeit erscheinen, Worte, die jedem ein Schamgefühl wecken, der an den Satz zu denken vermag „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht“. Daß in dem Buche Bismarck als „Halbslawe“ angeprangert, die Freiheit der Magyaren und Tschechen als ein Anstoß zur „Verpreußung“ Deutschlands betrachtet wird, stempelt es u. a. zu einem Dokument des deutschbewußten Germanismus in Österreich, das uns die Geschichte der Donaumonarchie und ihr Schicksal seit 1866 psychologisch allzu verständlich macht. Die Lektüre dieses Buches beweist, wie recht Masaryk mit seiner Behauptung hatte, daß die Deutschen Österreichs die radikalsten Pangermanisten seien.

Ein Kerngedanke der romantisch-liberalen Geschichtsauffassung war das *Germanische*, der Germanismus, die eigentliche Folie zur „Slawischen Legende“ und zum Slawismus. Wir sind damit bei der Hauptfrage nach den geistes- und ideengeschichtlichen Grundlagen unserer politischen Ideologien angelangt. Im Germanischen wollte man dem deutschen Wesen seine unvermischte und ungebrochen urkräftige Gestalt im Heldenzeitalter der Römerkriege, der Völkerwanderung und in der Sage vorbehalten; man wünschte das Deutsche in seinem größeren Familienzusammenhang mit den anderen Völkern germanischer Abkunft zu sehen und versuchte damit die politischen Bündnisse und Anschlüsse, die man gerne verwirklichen wollte, historisch zu begründen. Der Begriff der „Deutschheit“ erweiterte sich damit gewaltig; man konnte dadurch die alten kosmopolitischen Wünsche, in die Deutschheit im 18. Jahrhundert eingebettet war, im Sinne des in Deutschland durch die Napoleonischen Kriege geweckten Nationalismus<sup>61</sup> umdeuten und befriedigen.

<sup>61</sup> Langsam, W. C.: The Napoleonic war and German nationalism in Austria. New York 1930.

Es äußerte sich darin ein weltmissionarischer und welterobernder Drang des Inhalts, daß das germanische, d. h. vor allem das deutsche Element zur Führung in der Welt berufen sei oder völkerpsychologisch-geistesgeschichtlich ausgedrückt: „Am deutschen Wesen sollte die ganze Welt genesen.“ Wenn wir uns vorzustellen versuchen, wie die Germanenidee bei den Deutschen aufkam, dann stoßen wir zuerst auf den undifferenzierten Gebrauch der Begriffe Deutschland und Germanien, Deutsch und Germanisch. Man bezeichnete Tatsachen und Dinge als deutsch, die man heute nur als germanisch ansprechen kann. Nach Leibniz (um 1700) waren die Skandinavier Norddeutsche, sie mochten sich krümmen und wenden, wie sie wollten. Der Philosoph sprach von deutschen Elementen in der Sprache der europäischen Völker und nannte sogar deutsch, was für uns indogermanisch ist<sup>62</sup>. Klopstock und seine Zeitgenossen befriedigten ihr erwachendes deutsches Nationalgefühl durch die Lektüre der römischen Berichte über ihre germanischen Gegner, wie man es auch in der Humanistenzeit getan hatte. Man las die Germania des Tacitus und studierte die Geschichte der Wandervölker, die das Abendland erobert hatten. Herder meinte, daß allüberall im Abendland die Länder Verfassungen und Gesetze „nach deutscher Art“ erhielten, daß die „deutschen“ Völker alle heutigen Königreiche in Europa gestiftet hätten. Solche Auffassungen führten dazu, den Slawen jede staatsschöpferische Begabung abzusprechen und nach fremden Gründern ihrer Staaten zu suchen. In seinem „Briefwechsel zweier Deutscher“ rühmt Paul Pfizer die alten Deutschen als vorbildliche Kosmopoliten, die ganz Europa regenerierten, deutsches Leben und deutsche Einrichtungen in allen Ländern verbreiteten und allen Völkern des Abendlandes eine Familienähnlichkeit aufdrückten. Weltberuf der Deutschen. Auf literarischem Felde entdeckte das 18. Jahrhundert die Idee eines gemeingermanischen Wesens. E. M. Arndt ging noch einen Schritt weiter und erklärte den Protestantismus zu einer echt germanischen Religion.

Nachdem Rousseau den Deutschen Volkstum und Volksgeist, die Revolution den Völkern die Volkssouveränität nahegebracht hatte, forschte man nach dem Walten eines „*Volksgestes*“ in den Einrichtungen und geistigen Schöpfungen der Völker und witterte gemeingermanischen Volksgeist auch bei anderen Völkern. Es war oft viel leichter gemeingermanische Züge bei Völkern diesseits und jenseits der Grenze als gemeindeutsche Züge in den Verschiedenheiten deutscher Stämme zu entdecken. Bei der Entdeckung des Volkstums, d. h. der Eigenart, half viel die Sprache als Ausdruck der Volksseele. Wenn Deutsche sich untereinander als gegensätzlich in der Art empfanden, so schloß man daraus auf nichtgermanische, keltische oder slawische Beimischung. Das fremdartige wurde als ungermanisch, das Verwandte als germanisch abgestempelt. Seit den Befreiungskriegen schärfte in zunehmendem Maße der gemeinsame Gegensatz zum „Welschen“ oder „Romanischen“ das Bewußtsein vom Germanischen und vom Protestantischen. Dabei wurde

---

<sup>62</sup> Leibniz, Gottfried W.: Unvorgreifliche Gedanken über die Ausübung und Verbesserung der deutschen Sprache. U. a. von Gottsched abgedruckt und vielberühmt.

das Franzosentum zum Romanentum erweitert und mit ihm der Katholizismus auf eine Stufe gestellt, während man Germanisch, Deutsch und Protestantisch zusehends identifizierte. Da aber die romanischen Völker auch germanisches Blut und ihre Kultur auch germanisches Erbe aufgenommen hatten, forschte man nach Umfang und Ausmaß des germanischen Erbes, seiner Wirkung und Verwandlungskraft, nach den Formen der Auseinandersetzung zwischen Romanischem und Germanischem. Die Antwort auf diese Fragen gab dann der Germanenidee (Germanismus) ihre eigenartige Bedeutung. E. M. Arndt<sup>63</sup> sah den Kern Italiens in Ober- und Mittelitalien, weil dort die germanische Einwanderung ein neues Leben geweckt habe; hier „fast allein“ seien die ritterlichen Helden, die großen Charaktere, die Genies der Kunst und Wissenschaft geboren. Auch Spanien gewann nach seiner Meinung seine Kraft und Kulturblüte aus seinen germanischen Teilen; sein Verfall war eine Folge der Auswanderung seiner kühnsten und wertvollsten Menschen nach Amerika. Spanien habe in den am stärksten germanischen Landschaften noch heute „den alten nordischen, germanischen, westgotischen Ernst, die gotische Erhabenheit und Ritterlichkeit“. Das arabische Erbe, meint Arndt, lasse sich auf der Iberischen Halbinsel schwer feststellen. Den germanischen Anteil in französischen Landschaften will er aus Denkweise und Körperbeschaffenheit feststellen. Die hohen, blonden, blauäugigen Gestalten im Nordosten, auch im Wesen deutschähnlich, sind ihm die Träger germanischen Erbes. In der Languedoc aber entdeckt er am meisten philosophisch grübelndes germanisches Gemüt. Als Teil seines Volkes, als sächsisch und skandinavisch, versteht der alte Freiheitssänger alles Große und Tüchtige im Britischen Weltreich. In England und Schottland versucht er germanische und welschromatische Züge auseinanderzuklauben.

Unter dem Einfluß solcher Ideen sah man die Geschichte der romanischen Völker als *Kampf zwischen romanischem und germanischem Wesen*. Doch ist es auch leicht möglich anzunehmen, daß den Anlaß dazu französische Publizisten gaben, die als Inhalt französischer Geschichte den Kampf der romanisierten Gallier gegen die Einrichtungen der fränkischen Eroberer und die Rechte ihrer Nachkommen proklamierten. Während französische Aristokraten ihr Geschlecht von den Franken und ihre Adelsfreiheiten von den fränkischen Eroberern ableiteten, bekannten sich Bürgerliche stolz als Abkömmlinge der unterworfenen Träger der lateinischen Zivilisation, welche die germanischen Barbaren zerstört oder in Unordnung gebracht hätten. Erst die grande revolution habe die barbarie feudale des Mittelalters mit ihrer monarchischen Spitze gestürzt. Die Helden der Revolution wollten die Nachkommen der Eroberer in die Wälder Germaniens zurückgejagt sehen. Seit 1814 erhob sich das Gerede vom *unversöhnlichen Gegensatz der zwei Nationen*, die sich auf Frankreichs Boden gegenüberstünden. Am wirkungsvollsten trug diese Gedanken Augustin Thierry, der Historiker, vor, der in dieser Schau der fran-

<sup>63</sup> Arndt, Ernst Moritz: Versuch in vergleichenden Völkergeschichten. 2. Aufl. Leipzig 1844.

zösischen Geschichte eine mächtige Waffe gegen die Restauration erblickte; sein Bruder Amédée stand ihm darin nicht viel nach. Gleich Madame de Staël, die den Franzosen eine Vorstellung von germanischer und deutscher Art und Geistesschöpfung gab, beantwortete der protestantische, in deutschem und englischem Geist erzogene Guizot die Frage nach dem besonderen Beitrag des römischen, christlichen und germanischen Elements zur französischen Kultur mit der Feststellung, daß die Welt dem Germanischen den *Sinn für persönliche Freiheit* und das Verlangen nach ihr verdanke. Auf die französischen Stimmen seit dem Ende der 20er Jahre erfolgte in den 40er Jahren eine eifrige deutsche Debatte über einen weltgeschichtlichen Kampf zwischen germanischem und romanischem Wesen, die eine zahlreiche, heute vergessene Literatur hervorgebracht hat<sup>64</sup>. Diese Deutschen faßten „Germanismus“ als ein Prinzip, das sich durchsetzen will und das vom Gegenprinzip „Romanismus“ bekämpft wird. Diese „pedantisch großartige Geschichtskonstruktion“ (F. Meinecke), die zur Ideologie wurde, aufzulösen und zu bereinigen, versuchen wir heute gerade. Als Ziel dieses Kampfes erschien der Aufbau der großen Lebensordnungen, des Staates vor allem, aber auch das Verhältnis des Einzelnen und Besonderen zum Ganzen. Was kraft eigenen Rechts besteht, seinen selbständigen Kreis hat, nach seinem inneren Gesetze handelt und daraus eine umschließende Gesamtordnung schafft, wurde als Germanisch bezeichnet. Das alte deutsche Reich konnte, so meinte man, in der Idee die alte Bedeutung nicht mehr behaupten, seitdem in Frankreich und Italien die germanischen Elemente zurücktraten; die anderen Nationen wären darum dem fremden Prinzip gefolgt<sup>65</sup>. Der Kampf der Päpste gegen die Kaiser wurde als ein Kampf für das Romanentum gegen das Germanentum gedeutet. Auf französischem Boden habe sich in der Reformation die großartige, Jahrhunderte dauernde Auseinandersetzung der beiden Mächte abgepielt, die schließlich mit der Romanisierung Frankreichs geendet habe. Seit dem 17. Jahrhundert habe dann das neue Frankreich das romanische Wesen auch über Deutschland ausgebreitet. Mit dieser Geschichtsdeutung verbindet sich der Glaube, daß die Romanen sich mit der Zurückdrängung des Germanischen ihr eigenes Grab geschaufelt hätten und dekadent geworden seien; deshalb müßten sie ihren Weltberuf nun der *jungen germanischen Manneskraft* abtreten. Das Germanentum erschien als das männliche, schöpferische Prinzip der neueren Geschichte. Im weiteren Verlauf sah Richard Wagner das deutsche (= germanische) Wesen als wahren Quell fortwährender Erneuerung und verkündete Graf Gobineau mit manchem Irrtum die Idee, daß über den Gehalt einer Kultur *die Rasse* entscheide, daß Volkseartung durch

<sup>64</sup> Moltke, Helmuth v.: Die westliche Grenzfrage. Deutsche Vierteljahresber. (1841). — Gervinus, Georg Gottfried: Einleitung in die Geschichte des 19. Jahrhunderts (1853). — Bauer, Bruno: Rußland und das Germanentum (1853). — Einschlägig ist hier auch eine Reihe von Schriften des 1848er Demokraten Gustav Diezel aus den Jahren 1852—1857, der im Kampf um den deutschen Staat diese Ideen besonders herausgearbeitet hat.

<sup>65</sup> Perthes, Klemens Theodor: Das deutsche Staatsleben vor der Revolution (1845).

Blutsveränderung Kulturuntergang heraufführe. Daß die Deutschen der Gegenwart vollbürtige Nachkommen der Vorzeitgermanen seien, blieb die unbewiesene, naive Voraussetzung der Germanen-Idee, der G. Freytag in seinen „Bildern aus der deutschen Vergangenheit“, Richard Wagner in seinen Dramen beredtesten Ausdruck verliehen haben.

Weil die Deutschen vornehmlich die Germanenidee für ihre Nation in Anspruch nahmen, konnten sich andere germanische Völker damit nicht befrenden. Der Walliser H. St. Chamberlain, ein heimatlos aufgewachsener Europäer und dann Wahldeutscher, der überzeugteste Vorkämpfer der Germanenidee, hat sich in England nie zuhause gefühlt. Arndt weiß zu berichten, daß die Schweden aus Widerspruch gegen Deutschland den Germanennamen ablehnten. Der Däne Hinrichsen schrieb 1848 ein gereiztes Buch gegen die „Germanisten“ in Deutschland, die meinten, es sei alles, was Lebenskraft und historische Bedeutung im neuen Europa habe, germanischen Ursprungs und die Deutschen seien als Hauptvertreter des Germanentums zur Welthegeemonie prädestiniert. Das Gedicht „Thors Hammerwurf“ von Felix Dahn ist ein beredtes Zeugnis. Die Nordländer fanden die Atmosphäre in Deutschland mit dem „Germanismus“ bis zum Ersticken geschwängert, besonders in den 60er Jahren. Seit den 40er Jahren sah man die Gruppierung der europäischen Mächte unter dem Gesichtspunkt der Gegensätze der Abstammung: Germanentum, Romanentum, Slawentum und begriff das geschichtliche Leben dieser Völker und auch die politischen Situationen als Kampf der germanischen mit den slawischen Völkern. Dagegen bildeten sich Reaktionserscheinungen in Ost und West, der Romanismus und der Slawismus gegen den Germanismus. Geschichte wurde als Folge des Zusammenschlusses der Völker zu den großen Einheiten und als deren Ringen um die Weltstellung gedeutet. So dachte vor allem Friedrich List auf deutscher Seite. Die Germanen hätten unter englischer Führung die Aufgabe, die Welt zu leiten; Frankreich und Rußland aber fänden sich zusammen, um die Germanenkraft in Deutschland auszubeuten und gegen England zu kehren. Moltke nannte 1841 das Bündnis Napoleons I. mit dem Zaren das große Schutz- und Trutzbündnis des Romanismus und Slawismus zur Niederhaltung des Germanismus. Die russischen Pläne, die als Bedrohung für Österreich, Deutschland, Skandinavien und das Britische Weltreich empfunden wurden, die Slawenbewegung in Österreich, die französische Politik unter Napoleon III. (besonders in Italien), der englisch-französische Gegensatz und die französisch-russische Annäherung weckten in Deutschland das Bedürfnis nach einem Bund mit England und der Germanismus bot die ideelle Begründung dafür. In den 30er Jahren dagegen standen die Meinungen in Deutschland noch unter dem Gegensatz Absolutismus-Freiheit, Ordnung-Revolution. So stark war der Wandel in den 40er Jahren gewesen.

Das Jahrhundert seit 1770 gab auf die Frage nach *Wesen und Leistung der Germanen* die Antwort: einen neuen Sinn für Freiheit, für den Wert und das Recht des einzelnen. Hegel deutete Geschichte als Fortschreiten des Bewußtseins der Freiheit. Das romantisch-liberale Bürgertum projizierte seine

politischen Wunschvorstellungen und Sehnsüchte in die Germanenidee und sah die ganze deutsche Vergangenheit, besonders Frühzeit und Mittelalter, mit seiner rosigen Brille<sup>66</sup>. Ein Menschenalter deutscher Verfassungs- und Sozialgeschichte seit A. Dopsch und Gg. von Below, besonders aber O. Brunner<sup>67</sup>, hat die falschen Vorstellungen der Germanenlegende abgebaut, deren staatliches Urbild die bescheidene Bauern- und Kleinstadtrepublik mit einfachen Verhältnissen, festen Sitten und wenig auswärtiger Politik war. Man wollte deshalb sogar in Rousseaus Staatsutopie einen germanischen Zug entdecken. In den 50er Jahren schlug Gervinus die Auflösung der deutschen Großstaaten in Föderationen selbständiger kleiner Landschaften vor. Die weltgeschichtliche Sendung der Germanen bestand nach solchen Auffassungen von jeher in der Kraft und im Geschick zu herrschen und auch über große Räume einen Staat zu errichten (Franken, Normannen, Engländer). Von deutschem Standpunkt aus verwies man auf die durchgreifende Gewalt, welche die großen Hohenzollern unter den widerspenstigen Deutschen begründet hätten. Am Zeitalter der Freiheitskriege zeigte man die fruchtbare Verbindung germanischer Ordnungskraft mit Freiheit. England war das große Vorbild, seitdem Montesquieu in seinem „Esprit des Lois“ 1748, dem Lehrbuch für den politischen Geist der neuen Zeit, die englische Verfassung als Muster für die Sicherheit der Freiheit pries und unter Berufung auf Tacitus hervorhob, daß diese Staatsordnung „in den Wäldern Germaniens erfunden worden sei“. Der aristokratische Charakter der Freiheit, eingebettet in den Privilegiengeist des Mittelalters, sei germanisches Erbe und Gesinnung<sup>68</sup>, die Germanen (nach Br. Bauer 1853) das Adelsvolk der Weltgeschichte. Diese „konservative“ *Note des Germanismus* führte dazu, daß ihre Vertreter meinten, daß die Liberalen und Demokraten antigermanisch seien, weil ihr Freiheitsverlangen nach französischem Vorbild auf Gleichheit ziele und die Lösung des einzelnen aus seinem organischen Zusammenhang bezwecke. Für die deutsche Einigung fordere „Germanenart“ einen föderativen Aufbau im Geiste germanisch freier Einigung. Kurz vor der Bismarckschen Reichsgründung schrieb O. Gierke in der Einleitung seines berühmten Werkes über das deutsche Genossenschaftsrecht (1868), dieses großen Denkmals für den bündischen Geist der Deutschen: „Die Germanen sind unerschöpflich darin, Gemeinschaften zu bilden, die der Allgemeinheit gegenüber als Besonderheiten erscheinen, ihren Gliedern gegenüber aber selbst Allgemeinheiten sind.“

Als Gegensatz zum germanischen Geist der Freiheit und Genossenschaft erschien den „Germanisten“ das *Romanentum* im altrömischen Kaiserreich, in der katholischen Kirche, im Spanien der Gegenreformation, im neuen

<sup>66</sup> Mayer, Theodor: Die Königsfreien und der Staat des frühen Mittelalters. In: Das Problem der Freiheit in der deutschen und schweizerischen Geschichte. Lindau-Konstanz 1955, S. 7—56. (Vorträge und Forschungen 2.)

<sup>67</sup> Brunner, Otto: Land und Herrschaft (3 1959).

<sup>68</sup> In unseren Jahren hat diesen Gedanken ohne die germanische Note aus ethnosozio-logischer und kulturmorphologischer Sicht wieder aufgenommen: Arendt, Hannah: Vita activa (deutsch 1960).

Frankreich, sowie das *Slawentum* vornehmlich repräsentiert durch Rußland. Dort, so sagte man, sei das Einzelne nur als eine Ableitung aus dem Ganzen gedacht und empfangen nur von dort sein Recht und seine Uniform. Die französische Revolution wurde als Auflehnung germanischen Geistes in den Franzosen interpretiert, ihr Verlauf aber als ungermanisch abgelehnt; vor allem sei ihre Gleichmacherei zum ärgsten Absolutismus ausgeartet; die letzte sei der Kommunismus gewesen, der in den 40er Jahren in Frankreich gepredigt wurde. Der schon erwähnte Diezel erklärte den „Romanismus“ zum Symptom des erlahmenden und sich auflösenden Lebens. Das geschah, kurz bevor Alexis de Tocqueville in seinem Werk über die amerikanische Demokratie, das in Deutschland einen starken Eindruck machte, *Gleichheit*, nicht Freiheit, seiner Schilderung französischen Strebens unterlegte. Für die Prägung des nationalen Selbstbewußtseins und der nationalen Ideologie der Deutschen wurden entscheidend die *moralischen Akzente*, die eine politische Charakteristik der Romanen, Slawen, Germanen herausstellte. Galloromanische „Freiheit“ wurde als Zügellosigkeit, germanische als Ordnung, in der jeder das Seine tut, gewertet. Als edelsten Grund des germanischen Freiheitstriebes sah man mit Hegel die „*Persönlichkeit*“, die ihre eigene Überzeugung zum Maßstab des Denkens und Handelns macht. Der Romane, Kelte, Slawe nimmt eine Autorität von oben an oder zerstört sie, der Germane verwandelt das Autoritäre in eine Kraft seines inneren Wesens und läßt es aus der Freiheit seines Wesens umgebildet wirken, wie es in der Reformation des 16. Jahrhunderts gewesen sei. Seine Heimat aber hat das innere Wesen im Ewigen und Göttlichen. Freiheit im höchsten Sinn ist deshalb Herrschaft des Ewigen durch das Innere über die sittliche Welt: Fichtes Ich. Das Gefühl des Persönlichen, das hinter den Erscheinungen steht, ist Kern und Geheimnis der Germanenart. Von dieser Persönlichkeitsidee empfangen Ehrgefühl und vielberufene, aber auch ebenso häufig angefochtene „Germanische Treue“ ihren Sinn<sup>69</sup>. Wer von germanischer Treue sprach, bezog sich immer auf das Gefolgschaftswesen der Frühzeit, in dem die Treue zum selbstgewählten Herrn an die Stelle einer bloßen Machtbeziehung oder eines äußerlichen Rechtsverhältnisses trat<sup>69</sup>. Vieles ist dabei übertrieben und überschätzt worden, manches aber wird wissenschaftlicher Untersuchung standhalten. Im Sinne Leopold von Ranke, der in der Treue „den alles durchdringenden Kitt“ der ganzen neueren Geschichte sah, wurde germanische Treue als Hingabe an eine Person oder Sache, die man sich selbst erwählt habe, als Bekenntnis zu seinem höheren Selbst verstanden, auf das sich der Wert der Person<sup>70</sup> gründe; diese

<sup>69</sup> In unserer Zeit erst ist eine äußerst fruchtbare Diskussion über die germanische Treue in Gang gekommen, die von Walter Schlesinger und František Graus getragen wird, wenn auch nicht mehr unter den Kategorien „Germanismus“ und „Slawismus“. Graus, František: Über die sogenannte germanische Treue. In: *Historica*. Bd. 1. Prag 1959, S. 71—121. — Schlesinger, Walter: Randbemerkungen zu drei Aufsätzen über Sippe, Gefolgschaft und Treue. In: *Alteuropa und die moderne Gesellschaft*. Festschrift f. O. Brunner. Göttingen 1963, S. 11—59.

<sup>70</sup> Über Persönlichkeit vor allem und über Person gibt es ein zahlreiches modernes

Treue aber sei die „Ehre“, sie beide seien das geistige Element der christlich erzogenen Germanenherzen, die allein das Christentum in seinem innersten Kern erfaßt hätten; darauf sei auch Luthers Glaubenserneuerung begründet, die alles auf den inneren Menschen gestellt habe. Als zweite große Frucht germanischer Christlichkeit von noch größerer politischer Tragweite wurde der englische Puritanismus herausgestellt, weil er als Prinzip einer politischen Neuordnung nach germanischem Geist wirksam geworden sei. In diesem Sinne feierte man die Verfassung der USA als Form des puritanischen, protestantischen, germanischen Prinzips.

Das 19. Jahrhundert entwickelte die Auffassung einer urtümlichen Begabung der Germanen zu einer besonderen Art von *Glauben und Frömmigkeit*, mit der sie das orientalistisch-hellenistisch-romanische Christentum in ihr eigenes Wesen verwandelten. Sybel<sup>71</sup> sprach als Quelle germanischer Religion den tiefen und warmen Sinn für die *Natur* an, den dieses Volk überhaupt erst in die Geschichte und Bildung der Menschen eingeführt habe. Sogar Askese und Mönchsfrömmigkeit hätten ein deutsches Gepräge erhalten, in dem Gewalttätigkeit und lyrischer Schwung der südlichen Völker gedämpft worden seien. Seit Lessing, Herder und dem jungen Goethe empfand man den vorwaltenden Sinn für den inneren Gehalt zum Unterschied von der äußeren Form, das Gepräge für Eigenart und Reichtum der Wirklichkeit als germanische Besonderheit. Dies aber stellte man der französischen civilisation, dem esprit latin gegenüber; man begriff darunter Herrschaft des Gesetzmäßigen, in Sprache und Dichtung vor allem. Germanen- und Romanentum wurden als Freiheit und Form kontrastiert. Die Deutschen, die für germanische Freiheit, Selbständigkeit des einzelnen, der Stände, für Dezentralisation gegen romanischen Absolutismus und romanische Zentralisation eintraten, merkten nicht, daß sie dabei Gedanken aus der letzten Zeit des ancien regime, der Revolution, des zweiten Kaiserreiches übernahmen, daß die Engländer und Amerikaner es waren, die den Menschen möglichst frei vom Staate halten wollten. Im Widerspruch gegen den fürstlichen Absolutismus, den allmächtigen deutschen Beamten- und Polizeistaat wurde das liberale Bild des germanischen Staates angelsächsisch gefärbt.

Das Bild der „Germanenart“ und das romantische Bild der deutschen Vergangenheit enthielten ein *deutsches Ideal und Leitbild*, die im Fluß der Politik zur Ideologie und zum Idol wurden. Nicht allgemein, aber auch nicht zu selten wurde fremde Eigenart, die als Hintergrund und Gegensatz diente, einseitig und unfreundlich dargestellt; zu einem wirklichen Vergleich reichten die gemachten Erfahrungen und allgemeinen Kontakte noch nicht aus. Dieses germanische Ideal war vorwiegend das Leitbild des protestantisch erzogenen, an unserer klassischen Dichtung und Philosophie gebildeten und orientierten bürgerlich-liberalen Deutschland. Zu diesem Leitbild gehörte die

---

philosophisches und psychologisches Schrifttum. Der Begriff der Persönlichkeit scheint fragwürdig geworden zu sein.

<sup>71</sup> Sybel, Heinrich v.: Die Deutschen bei ihrem Eintritt in die Geschichte (1863).

Erkenntnis, daß sich das germanische Wesen in der Glaubenserneuerung des 16., in der Aufklärung des 18. und im bürgerlich-liberalen Kampf um den Staat des 19. Jahrhunderts von der Herrschaft romanischer Formen befreit habe; in ihm schwang die Überzeugung mit, daß die Fürstenhöfe Deutschlands Träger des Romanentums in Staat, Kunst, Sitte waren, daß der „Volksgeist“ im Sinne der Romantik und der Demokratie aber die Germanenart ausprägte. Mit dem „Romanismus“ belastet und deshalb undeutsch in der Wertung waren auch die preußischen Könige des 19. Jahrhunderts. J. G. Droysen schrieb in der Einleitung zu seinen Vorlesungen über die Freiheitskriege 1842/3 den Satz: „Die Germanen vergaßen in der Zucht der römischen Kirche ihre eigenste Natur, ihre Geschichte und ihre Gesetze wie ihre Sagen und Lieder; sie wurden in ihrem innersten Wesen zerbrochen.“ Daß A. J. Toynbee in seiner „Study of history“ auf den spätantiken Kulturbereich ausgeweitet den Germanen Mangel an innerer Kraft der Verwandlung und der Durchsetzung ihrer Sprache beim Eintritt in das Römerreich vorwirft, ist aus anderem Grund eine eigenartige Parallele zu J. G. Droysen. Der Zweifel an germanischer Schöpferkraft seit der Völkerwanderung plagte aber auch schon gar manche Zeitgenossen Droysens<sup>72</sup>. Man sah, daß man infolge der Mischung die Volkselemente kaum mehr unterscheiden konnte, man zweifelte, daß ein stets sich gleich bleibender Volksgeist der Bildner der Geschichte sei, daß das Germanentum das wichtigste Element bei der Bildung der neuen romanischen Völker und der neuen abendländischen Kultur war. Man anerkannte, daß vor allem die französische und italienische Nation bis in die Reformationszeit hinein die abendländische Kultur führend bestimmten, daß Kirche, Theologie und Mönchtum, Rittersium, Kreuzzüge, Künste, Feudalstaat und z. T. auch das Städtewesen ihrer Herkunft und Ausbildung nach überwiegend ungermanisch seien. Und man sagte auch, daß die stärkeren Völker und Rassen die gemischten seien und führte darum das englische Wesen und seinen politisch-sozialen Bildungstrieb vornehmlich auf die Einflüsse des französisch-normannischen Elementes zurück. Man schrieb, daß die Mischung gallich-keltischer, römisch-provinzialer und germanischer Elemente dem französischen Charakter seine geistige Beweglichkeit und Organisationskraft gegeben habe, wodurch so oft die europäische Geschichte führend bestimmt wurde. Die vergleichende Völker-, Kultur- und Gesellschaftsgeschichte hat viele germanische Legenden und Vorurteile zerstört und auch der Wissenschaft Wege wertfreier Erkenntnis geschaffen, die darum nicht unpolitisch sein müssen.

Nachdem die Deutschen in ihrem Nationalstaat Macht und Geltung gewonnen hatten, schwellte ihr Selbstgefühl da und dort über Gebühr an. Die Zeitschrift „Neues Reich“, die er gemeinsam mit Gustav Freytag herausgab, leitete Alfred Dove mit dem Gedanken ein: Den Deutschen gebührt die führende Stellung unter den ersten Nationen, die wir nun erstritten haben und täglich neu erstreiten wollen. Das französische Volk wird uns dereinst, wenn

<sup>72</sup> Rümelin, Gustav: Jahrbücher der Gegenwart (1846).

ihm je lichte Augenblicke reuiger Selbsterkenntnis wiederkehren, für die erlösende Strafe danken, die wir voller Zorn, aber ohne Hohn, beinahe widerwillig an ihm vollzogen haben. Viele glaubten, es würde nun eine Blütezeit wahrhaft nationaler Kultur anbrechen. Was vor allem kam, war das Jagen nach möglichst mühelosem Gewinn und Genuß, die kalte Ausbeutung in Handel und Gewerbe. Es kam der Kampf der Parteien gegen die römisch-katholische Kirche, die als Hauptfeind des deutschen Reiches und deutscher Art angeprangert wurde<sup>73</sup>. Am Ende der 70er Jahre setzte mit dem allgemeinen Rückschlag gegen die liberale zum ersten Male in der neueren Geschichte eine entschiedene Bewegung gegen das Judentum ein, zu der H. v. Treitschke und Stöcker hinführten. Eugen Dühring<sup>74</sup> machte Eindruck, Paul de Lagarde, Sohn einer hugenottischen Mutter, predigte den Deutschen die Idee von der aristokratischen Persönlichkeit, von der heldenmäßigen Gesinnung, von der deutschen Religion. Richard Wagner und Bayreuth haben den Germanismus noch stärker verankert. Weit waren die Wirkungen Langbehns, des „Rembrandtsdeutschen“ und H. St. Chamberlains, der in seinen „Grundlagen des 19. Jahrhunderts“ den Deutschen ein Ideal germanischen Wesens vorzeichnete. Die Deutschheitsbewegung, die den Wert des Heimatlichen besonders hervorhob, erfaßte weite Kreise, sie rief zur Auseinandersetzung mit dem Erbe auf, das die Deutschen aus der alten Welt aufgenommen hätten, besonders mit Antike und Christentum. Friedrich Lange, der Führer des Deutschbundes, suchte im Kampf gegen das Bildungsgut der Antike und das Gymnasium die Volksschullehrer und die gesamte Lehrerschaft zu einem Kerntrupp des nationalen Gedankens zu gewinnen. Die Deutschheitsbewegung hat zweifellos ihre Verdienste. Daß im nationalen Gedanken immer eine Versuchung zum religiösen Kult liegt, weil der Gegensatz zu Fremdem und Feindlichem emotional macht, wurde besonders in Deutschösterreich sichtbar. Das Deutschtum wurde als „Heiland der Welt“ gepriesen. Um alle diese Ideen zur Wirkung zu bringen, wurde der „Alldeutsche Bund“ begründet, der als einer der stärksten Träger des Germanismus in der Politik des Kaiserreiches auftrat. Dieser Germanismus, der neben sich die nationalen Bewegungen der Slawen wie der Romanen nährte und schürte und indirekt bestätigte, gewann im Dritten Reich als Ideologie und rassisches Glaubensbekenntnis eine vernichtende Wirkung, sofern er von den Machthabern überhaupt ernst genommen wurde.

Die Musterung des Gedankengehalts der „Germanischen Legende“ und der mit dem Wort „Germanismus“ umschriebenen Bewegung soll uns nun instand setzen, vergleichend den Sinngehalt der „Slawischen Legende“, ihre Formen und Träger auf tschechischem Boden und den gemeinsamen Mutterboden beider Ideologien zu zeichnen. Auch wenn es zum eisernen Bestand des politi-

<sup>73</sup> Buchheim, Karl: Ultramontanismus und Demokratie. Der Weg der deutschen Katholiken im 19. Jahrhundert. München 1963, 545 S.

<sup>74</sup> Dühring, Eugen: Die Judenfrage als Frage der Rassenschädlichkeit für Existenz, Sitte und Kultur der Völker (1880). — Ders.: Sache, Leben und Feinde. Karlsruhe 1882.

schen Wissens gehört, sei hier doch an den Anfang Herders Geschichtsdeutung der Slawen gestellt, da sie alle Elemente der „Slawischen Legende“ enthält<sup>75</sup>. „Die slawischen Völker nehmen auf der Erde einen größeren Raum ein als in der Geschichte, unter anderen Ursachen auch deswegen, weil sie entfernter von den Römern lebten. Schon unter Karl d. Gr. gingen jene Unterdrückungskriege, die offenbar Handelsvorteile zur Ursache hatten, los, ob sie gleich die christliche Religion zum Vorwand gebrauchten; denn den heldenmäßigen Franken mußte es freilich bequem sein, eine *fleißige, den Landbau und Handel treibende Nation als Knechte* zu behandeln, statt selbst diese Künste zu erlernen und zu treiben. Was die Franken angefangen hatten, vollführten die Sachsen; in ganzen Provinzen wurden die Slawen *ausgerottet* oder zu *Leibeigenen* gemacht und ihre Ländereien unter Bischöfe und Edelleute verteilt. *Unglücklich* ist das Volk dadurch geworden, daß es bei seiner *Liebe zur Rube und zum häuslichen Fleiß* sich *keine dauernde Kriegsverfassung* geben konnte, ob es ihm wohl an *Tapferkeit in einem hitzigen Widerstande* nicht *gefehlt* hat. Das Rad der ändernden Zeit dreht sich indes unaufhaltsam; und da . . . es wohl auch nicht anders zu denken ist, als daß in Europa die Gesetzgebung und Politik statt des kriegerischen Geistes immer mehr den stillen Fluß und den ruhigen Verkehr der Völker untereinander befördern muß und befördert wird, so werdet auch ihr so *tief versunkenen*, einst fleißigen und glücklichen Völker, endlich einmal von euerem langen trägen Schlaf ermuntert, von eueren Sklavenketten befreit.“ Hier gibt Herder nicht nur seine allgemein bekannte Charakteristik der Slawen und ihres geschichtlichen Schicksals, deren Quellen hier nicht darzustellen sind, begründet also damit die „Slawische Legende“, sondern spricht zugleich die Prophetie einer künftigen Vernunft-, anstelle einer Gewaltpolitik aus, die man nach der Bildung der ostmitteleuropäischen Demokratien 1918 als bestätigt erachten konnte. So hat Herder nicht nur die slawische Wiedererweckung im 19. Jahrhundert wenn nicht angeregt, so doch vorbereitet, die der deutschen parallel oder in ihrem Gefolge läuft, sondern auch die Hochschätzung der westslawischen Demokratien im westlichen, besonders französischen Lager vor und nach 1918 vorbereitet. Aufklärung und Romantik haben in gleicher Weise auf das nationale Erwachen von Slawen und Deutschen gewirkt<sup>76</sup>.

Daß die „Slawische Legende“ einer kritischen Geschichtsbetrachtung ebenso wenig wie die „Germanische“ standhält, liegt für jeden auf der Hand<sup>77</sup>. Es ist

<sup>75</sup> Herder, Johann Gottfried: Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit (1784/91), Teil 4, Buch 16, Kapitel 4.

<sup>76</sup> Matl, Josef: Die Bedeutung der deutschen Romantik für das nationale Erwachen der Slawen. Deutsche Hefte f. Volks- u. Kulturbodenforschung 4 (1939) 20—40. — Ders.: Slawische und deutsche Romantik. In: Deutschslawische Wechselseitigkeit in sieben Jahrhunderten. Eduard Winter zum 60. Geburtstag dargebracht. Berlin 1956. (Veröff. d. Instituts f. Slawistik 9.)

<sup>77</sup> Graus, František: Origines de l'état et de la noblesse en Moravie et en Bohême. Annales (1963) 47: „Les anciens Slaves n'étaient naturellement ni démocrates, comme s'imaginait Palacký, ni tellement pacifiques, comme s'imaginait jadis Herder. En un mot, l'idéalisation pratiquée, jusqu'alors ne correspondait pas à la réalité“.

jedoch etwas anderes, sie beide als Ausdruck zeitbedingter Ideen und Ideologien und als geschichtliche Kraft zu deuten. Ich darf nur auf die frühe Verfassungs- und Sozialgeschichte verweisen, die wir heute ganz anders sehen und das nicht sehr viel anders, wie die der Germanen, wenn man Formen und Strukturen meint. Die tschechische Forschung wollte und will die Existenz eines frühmittelalterlichen Adels mindestens nicht in Rechnung stellen<sup>78</sup>. Festzustellen ist, daß Herders Bild der Slawen vor allem ein philosophisches ist, Ausfluß seines Humanitätsideals. Die Menschheit ist ihm ein Geschlecht von Brüdern, veranlagt zu Vernunft, Humanität, Religion. Die einzelnen Völker sind ihm genetische Verzweigungen dieses Genius der Menschheit; ihre Entwicklungsgesetze will er feststellen. Deshalb stellt er natürliches Wesen, natürliches Daseins- und Betätigungsrecht der Nation in den Mittelpunkt. Für Herder ist die Geschichte „ein trauriges Gemälde von Menschenjagden und Eroberungen“, Zeugnis für den Sieg der Leidenschaft über Vernunft und Humanität. Da der *natürliche Staat*, aufgebaut auf Familien, *ein Volk* mit einem Nationalcharakter ist, ist dem Zwecke der Geschichte und des Staates jede unnatürliche Vergrößerung, die wilde Vernichtung der Menschengattungen und Nationen unter einem Zepter zuwider. Solche Auffassungen konnten beherrschte Völker elektrisieren, das Evangelium der natürlichen Nationalität mußte die Emanzipationswünsche dieser Völker wecken. Vor Herder hatte schon der Göttinger Schlözer auf die Unterdrückung der westslawischen Völker hingewiesen; er hatte den Grund zum Glauben an die Weltmission der Slawen gelegt. Aber Herder tat mehr, als er den Westslawen Ziel und Weg ihres nationalen Strebens zugleich wies.

Die Wirkung, die Herder für die Slawen und ihre Geschichtslegende gewann, hatte vorher schon Rousseau für Herder und die Deutschen. Es ist von eigenem Reiz, in dem Buch des schon obengenannten französischen Historikers J. Bainville<sup>79</sup> die Sätze zu lesen: „Herder, der aus Rousseau schöpfte, bekennt sich zu einem Kosmopolitismus, in dem die Keime zu den großen Konflikten der Nationalitäten und der Rassen liegen. Dieser Kosmopolitismus sagt, daß in allen Völkern etwas Heiliges lebt, an das keiner rühren darf; das ist der nationale Charakter, die Seele der Rasse . . . Diese Idee war wunderbar neu und trüchtig in einem grenzenlos zerstückelten Deutschland, dem jedes nationale Leben bisher mehr als irgend einem anderen Volke vorenthalten war. Die Deutschen hatten die Überzeugung verloren, daß sie als Nation existieren konnten. Diese Überzeugung brachte ihnen die Revolution, aber sie brachte sie ihnen in einer verschärften Form. J. J. Rousseau . . . hatte gelehrt, daß ein Volk umso besser sei, je jünger und neuer es sei; je weniger es in der Zivilisation fortgeschritten sei, um so tugendhafter sei es. Dieser Gedanke wurde von den Deutschen mit Begeisterung aufgenommen. Er rächte, er rehabilitierte Deutschland, dessen Beitrag zur allgemeinen Zivilisation bis dahin gleich Null war; auf dieses Nichts konnte es stolz sein, wie auf seine

<sup>78</sup> Eben da wendet sich Graus gegen die ältere Auffassung.

<sup>79</sup> Bainville: Geschichte zweier Völker S. 134.

Jungfräulichkeit.“ Daher rührt *die Legende vom reinen und tugendhaften Deutschland*, eine Legende, an die Frankreich so lang geglaubt hat, dank Madame de Staël! Herder und nach ihm Fichte und die Vorkämpfer der nationalen Erhebung Deutschlands haben sich dieses Gedankens bedient. Sie haben gelehrt, „daß Deutschland jetzt an die Reihe komme, daß es nicht nur sein Geschick, sondern auch seine Sendung zu erfüllen habe. Das deutsche Volk wird nun das auserwählte Volk, das Volk des Herrn, dessen Aufgabe es ist, die Welt auf den Weg der Sittlichkeit und des Fortschritts zu führen.“ Man kann in dieser Deutung des französischen Historikers aus dem Ersten Weltkrieg bis in feinste Nuancen des Mitleids und Verstehens hinein die allgemeinen Grundelemente der slawischen Legende im Gewande der germanischen entdecken. Das konservative Frankreich hatte ein gleiches Verständnis für die Deutschen wie Herder und Schlözer für die Slawen und zwar aus gleichem Grund. E. Birke<sup>80</sup> hat uns dies an Taillandier überzeugend darge-  
 tan. Die Wirklichkeit der kleindeutschen Reichsgründung hat dieses Bild der Deutschen in den Augen Frankreichs endgültig durch das des brutalen Borussen ersetzt. Da trat dank Czartoryski, dank Leger und Denis die Legende vom reinen, aber unterdrückten und darum zutiefst bemitleidenswerten slawischen, bzw. tschechischen Volk an die Stelle der Legende vom reinen und tugendhaften Deutschland, das auserwählt wurde, seine Sendung zu erfüllen, nachdem ihm länger als jedem anderen Volk ein nationales Leben zu führen versagt war. Aus Rousseau und aus Herder sind mit Zeitphasenverschiebung Germanismus wie Slawismus hervorgegangen.

Wie die deutsche Geschichtsdeutung des Germanismus ihr Selbstverständnis aus Tacitus' Germania interpretierte, konnte oder kann der Slawismus wesentliche Züge dem byzantinischen Schriftsteller Prokop<sup>81</sup> entnehmen. In einem Sammelwerk des Jahres 1864<sup>82</sup> präsentiert sich die slawische Legende tschechischer Prägung wie folgt: „Die böhmische Geschichte ist die Geschichte eines slawischen Volksstammes, der unter allen slawischen Stämmen am weitesten westlich und gleichsam im Herzen Europas seinen Wohnsitz nahm und in Form einer Halbinsel mitten im Ozean des deutschen Elementes sein eigenes Dasein behauptete. Hieraus folgt unmittelbar, daß auf diesem Schauplatz zwei Elemente, das slawische und das deutsche, zusammenfließen, sich bekämpfen und wechselseitig durchdringen von der Urzeit an bis zum heutigen Tage. Ein Hauptmerkmal des Slawentums zur Zeit seines ersten Auftretens auf der historischen Bühne war die *Freiheit* des ganzen Volkes;

<sup>80</sup> Birke: Frankreich und Ostmitteleuropa S. 235 ff.

<sup>81</sup> Prokop, De bellis. lib. VII. cap. 14: „τὰ γὰρ ἔθνη ταῦτα, Σκλαβηνοὶ τε καὶ Ἄνται, οὐκ ἄρχονται πρὸς ἀνδρὸς ἑνός, ἀλλ' ἐν δημοκρατία ἐκ παλαιοῦ βιοτεύουσιν, καὶ διὰ τοῦτο αὐτοῖς τῶν πραγμάτων αἰεὶ τὰ τε ξύμφορα καὶ τὰ δύσκολα ἐς κοινὸν ἄγεται. ἔστι δὲ καὶ μία φωνὴ ἀτεχνῶς βάρβαρος οὐ μὴν οὐδὲ τὸ εἶδος ἐς ἀλλήλους τι διαλλάσσοσιν.“

<sup>82</sup> Böhmen. Land und Volk. Geschildert von mehreren Fachgelehrten. [Erben, Kořistka, Krejčí, Maloch, Malý, Palacký, Rieger, Spatný, Rud. v. Thurn u. Taxis, Tieftrunk, Tomek, Wocel, Zap u. a.] Prag 1863/64, S. 265 f.

das Hauptmerkmal des Deutschtums war zur Zeit des ersten Zusammenstoßes mit den Tschechen die *geordnete Macht*. Der Slawe gebrauchte niemals die Waffen zum Angriff, sondern nur zur *Abwehr*, er strebte nicht nach der Herrschaft, aber er wehrte sich gegen *Unterjochung*, er wünschte nichts als in *Ruhe und Frieden* die Früchte seines Ackerbaus und Gewerbes zu genießen und fühlte sich unbehaglich, wenn er in Verhältnisse geriet, die über jene der Familie und der Gemeinde hinausgehen. Bei ihm faßte die ungezügelte Demokratie leicht Wurzel, und insofern auch die *Freiheit und Gleichheit aller* Mitbürger; aber ebenso auch die Ungebundenheit und der Mangel an Unterordnung des einen unter den anderen, der Abgang jeder höheren Autorität, Centralisation und Bildung und deshalb auch politische Unreife und Schwäche. Nur durch die Autorität entsteht und gedeiht in der Gesellschaft Einheit und Ordnung, Macht und Regierung, staatliche Organisation und Größe; nur eine höhere politische Umsicht erkennt den Wert und das Bedürfnis jener Civilisation, welche von Volk zu Volk, von Jahrhundert zu Jahrhundert überliefert, höher wächst als die edelste Blüte und das teuerste Erbteil des menschlichen Geistes.“ Das zwei Jahre vor Königgrätz erschienene Sammelwerk zeigt, daß die Legende vom freien, friedlichen<sup>83</sup>, nur sich verteidigenden, niemals herrschsüchtigen, gesunden, tugendhaften Volk mit seinen allgemein menschlichen Zügen sich entwickelt und emporrankt am Vergleich mit den Deutschen, die der slawischen Freiheit, Demokratie, Unterordnung ihr Machtgebot und ihren Herrschaftsdrang entgegenstellten. Es zeigt den Tschechen einen Weg zu Einheit und Ordnung, Macht und Regierung, Staat und Größe auf im Zuge der Evolution einer höheren Zivilisation. Deutlich schließt die zitierte Stelle mit der Hoffnung auf den kommenden geschichtlichen Tag der Slawen, der vorher zu den Deutschen kam. Rousseau, Herder, das romantische Erwachen der Völker, der Slawen, deren Vorkämpfer Kollár, Šafařík, Palacký waren, klingen hier zusammen; ein Ton der Besinnung auf die eigene Geschichte, ihren Fehlgang, ihre Schwächen mischt sich in die Melodie; ein Programm wird sichtbar zur Überwindung der Schwäche, auch der unberührten Jungfräulichkeit, um sich 1864 im bereits stark brandenden Meer der Deutschen behaupten zu können. Im kosmopolitischen Lied erklingt ein Ton des Nationalstolzes, ein Sendungsbewußtsein wie im Germanismus.

Dieses Sendungsbewußtsein weckte die Erinnerung an den Hussitismus, der Vorbilder und Märtyrer vor Augen stellte, der Gedanken und Modelle hatte, die zur modernen Ideologie führten. An Hieronymus von Prag und seiner Äußerung auf dem Konzil zu Konstanz läßt sich das leicht zeigen. Der Magister hatte eine besondere Begabung zur politischen Ideologie und berief sich darum auf die Legende, die griechische Ahnenreihe der Slawen: „ . . . et descendendo ad speciem dixit, quod per neminem condemnaretur, nisi per suos de Bohemia, et Teutonicos, qui odio ipsum haberent. Et allegando causam odii dixit incipiendo, qualiter regnum Bohemiae fuisset constructum et Bo-

<sup>83</sup> Seifert, J. L.: Die slawische „Friedfertigkeit“. Forsch. zur Völkerpsychologie u. -soziologie 3 (1927).

hemi descendissent a Graecis. Et quomodo fuisset invidia inter Graecos et Teutonicos<sup>84</sup>." Am Ende des 13. Jahrhunderts hatte Alexander von Roes über eine trojanische Urverwandtschaft die Germanen als Blutsverwandte der Römer zu erweisen versucht und damit einen Anspruch auf das imperium legitimieren wollen. In der Frührenaissance wog die geistige Überlegenheit der griechischen Antike mehr als der römische Staat. Hieronymus scheint mit seinem Stammbaum einen Anteil an der kulturellen Überlegenheit der Griechen postulieren zu wollen, um die antike Zweiseitigkeit von Reich und Kultur auf das Verhältnis von Deutschen und Slawen übertragen zu können: ein ganz neuer, lebendiger Gedanke!

Daß Hieronymus seinen eigenen Wert verteidigt, ist in der böhmischen Historiographie seit Cosmas von Prag und besonders bei Dalimil nicht neu, jedoch schlägt er einen ganz neuen Ton an<sup>85</sup>. Es ist wichtig, daß 1416 in Konstanz von einer Erbschaft und indirekt von einer ererbten geistigen Überlegenheit über die deutschen Inhaber des Imperiums und deren politische Macht in einer ersten kühnen Konstruktion gesprochen wurde. Solche Ideen müssen nicht kontinuierlich im tschechischen Volk seit der hussitischen Bewegung weitergewirkt haben. Jedoch glaube ich festzustellen, daß in der *Hussitischen Tradition*, die vor allem Palacký wieder aufnimmt, ein neues historisches Element der „Slawenlegende“ bereits steckt, das der *Erbfeindschaft* und *kulturellen Überlegenheit*, die sich auch in der Germanenideologie mit dem Weltmissionsgedanken verbanden. Zeuge dafür ist Ludevít Štúr<sup>86</sup>, ein Slowake, der auf die Tschechen unmittelbar wirkte und 1848 als Politiker hervortrat. Aus dem überlegenen Denkschema des „*jugen Volkes*“ wird hier ein Weltsendungsgedanke der Slawen formuliert, der bei den Westslawen immer noch am *Humanitätsideal* orientiert ist. Polen und Russen waren dagegen die Träger eines messianischen Sendungsbewußtseins (Drittes Rom).

Daß im böhmischen Raum das *historische Bewußtsein* die Slawenlegende besonders entwickelt und gefördert hat, zeigt uns die Auswirkung der *Handschriftenfälschungen* Hankas<sup>87</sup> (Königinhofer und Grünberger Hss.) auf Palackýs Interpretation der frühen slawischen Rechtsgeschichte. Die Königinhofer Hs. wurde für die Tschechen ein nationales Palladium und ein literarisches Heiligtum. Den beiden Handschriften folgten noch weitere gefälschte

<sup>84</sup> Har dt, H. v. d.: Magnum oecumenicum Constantiense concilium. Tom. IV, pars III. Mainz 1698, S. 757.

<sup>85</sup> Seibt, Ferdinand: Die Hussiten. Struktur einer Revolution. Ms. Münchener Habil. Schrift 1964. — Ders.: Die Hussitenzeit als Kulturepoche. HZ 195 (1962) 21—62.

<sup>86</sup> Štúr, Ludevít: Die Slawen und die Welt der Zukunft. 1. deutsche Aufl. 1867.

<sup>87</sup> Der vom Vater der Slawistik Josef Dobrovský (1753—1829) an seinen Schüler Bartholomäus Kopitar (1780—1844), den slowenischen Sprachforscher und -erneuerer des illyrischen Raumes, empfohlene, seit 1813 in Wien Jura studierende Václav Hanka (1791—1861), Sammler und Nachahmer slawischer Volkslieder, wurde 1817 Bibliothekar des böhmischen Landesmuseums, das Graf Sternberg zur Ausbildung aller patriotischen und kulturellen Bestrebungen gegründet hatte. Hemmerle, Josef: Die tschechische Wiedergeburt und die Fälschungen nationaler Sprachdenkmäler. Stifter Jb. 7 (1962) 51—82.

Fragmente, obwohl Dobrovský schon 1824 ein solches Spurium entlarvt hatte; auch Šafařík meldete um 1848/9 Zweifel an anderen Machwerken an. Dobrovský nannte die auf das 9. Jahrhundert gefälschte Grünberger Hs. ein „Bubenstück“, womit man aus übertriebenem Patriotismus und Haß gegen die Deutschen andere und sich täuschen wolle; auch Kopitar hatte die Königihofener Hs. als Nachahmung serbischer Lieddichtung verworfen und wurde dafür als Söldling der Wiener Regierung beschimpft. Trotzdem waren Hauptverfechter dieser sog. Heldengesänge der slawischen Vorzeit die beiden Sprachforscher und klassischen Stilisten der Tschechen: Pavel Josef Šafařík<sup>88</sup> und František Palacký<sup>89</sup>. Letzterer, Schüler von Dobrovský, Landeshistoriograph, der führende Kopf der tschechischen Wiedererweckung, von Šafařík mit romantischer Vaterlandsliebe und glühendem Enthusiasmus für die tschechische Vergangenheit erfüllt, wußte, daß man ein Volk mit geschichtlichem Bewußtsein erfüllen müsse, wenn man es erwecken wolle. Darum beschloß er, Historiker zu werden. Sudins Nationalstaatslehre regte ihn dabei zu einer Geschichte des tschechischen Volkes an. Palackýs Ideologie, deren Geschichtsbild auf den Fälschungen beruhte, hat die Volkwerdung und Nationalisierung der Tschechen entscheidend beeinflußt; ihm ging es darum, die „Slawische Legende“ in ihrem Inhalt festzulegen: die alten Slawen als Ideal der Humanität, als Verkörperung der Menschlichkeit, als Volk mit großer Zukunft. Aus den Fälschungen nahm er die Belege für die frühe Verfassungsstruktur des Landes, die Fürstengewalt, die Stände, die Vorrangstellung einiger führender Familien, das Landtagswesen, das Erbrecht, für das Fehlen von Sklaverei und Leibeigenschaft, für die Geltung der bei Südslawen und Russen heimischen „Hauskommunion“, des Familiengemeinschaftsbesitzes. Er zeichnete damit ein teilweise falsches Bild tschechischer Verfassungszustände in der Frühzeit. Er wollte seinem Volke damit zeigen, daß es schon in der Frühzeit eine demokratische Verfassung und Rechtsordnung besaß; er stellte die urslawische Demokratie dem deutschen Feudalismus gegenüber, obwohl die deutsche Romantik ebenfalls demokratische Freiheit an den Anfang germanischer Geschichte stellte. Daraus entwickelte Palacký seine Theorie vom *ewigen Sinn der tschechischen Geschichte*, den er im Kampf zwischen Slawentum und Deutschtum sah<sup>90</sup>. Dazu kam noch die religiöse Tradition des

<sup>88</sup> Šafařík (1795—1861), Universitätsbibliothekar in Prag, ein gefeierter Slawist, idealisierte die Vergangenheit der Slawen in seinen „Slawischen Altertümern“ (1837). Er schrieb 1830 mit Palacký eine Verteidigung der beiden Fälschungen; 1857 erkannte er den Fälschungscharakter.

<sup>89</sup> Die ältere Literatur bei Pfitzner, Josef: Heinrich Luden und František Palacký. HZ 141 (1930) 54—96. — Plaschka: Von Palacký bis Pekař. — Palacký, Franz: Die altböhmisches Handschriften und ihre Kritiker. HZ 1 (1859) 100. — Prinz: František Palacký als Historiograph der böhmischen Stände.

<sup>90</sup> Palacký, Franz: Die Geschichte des Hussitentums und Prof. Constantin Höfler. Kritische Studien. 2. Aufl. Prag 1868: „Die böhmische Geschichte ist der Boden, wo von jeher die Gegensätze des Germanismus und Slawismus am stärksten aufeinander platzen und am klarsten zum Vorschein kommen; ihr Gesamthalt ist ein ständiges Ringen des deutschen und slawischen Elements.“

Hussitismus, den er als Heldenzeitalter seines Volkes ansah, in dem die beiden nationalen Prinzipien der urslawischen Demokratie und des deutschen Feudalismus zusammenstießen.

Die „Slawische Legende“ und die Hussitische Ideologie in der Fassung Palackýs haben fortan Geschichtsbild und Nationalbewußtsein der Tschechen geprägt und beherrscht. Max Büdinger, der 1872 auf eine historische Lehrkanzel in Wien berufen wurde, hat erstmals 1859 in der ersten Nummer der neugegründeten Historischen Zeitschrift die epischen Gedichte für Fälschungen erklärt und betont, daß diese den Eindruck machen, daß sie einem Gemüt entsprungen seien, das rohe Gehässigkeit unter dem Mantel empfindlicher Weichlichkeit zu verbergen suchte; beides sei echter Volksdichtung fremd<sup>91</sup>. Palacký bezeichnete in der Erwiderung die Echtheit der Hss. als Ehrensache des ganzen tschechischen Volkes und warf den Deutschen Mißgunst vor; sie seien von jeher geneigt gewesen, den Slawen, ihren nächsten Nachbarn in der Genealogie der Völker, das Recht der Ebenburt streitig zu machen und sie als Rasse niederer Art zu behandeln. Er verwies auf die bekannte Cosmasstelle, die von der „innata Teutonicis superbia“ sprach, „quod semper tumido fastu habent despectui Slavos et eorum linquam“. Obwohl mit Palackýs Tod (1876) der Glaube an die Handschriften ins Wanken geriet, gab es noch immer genug Leute, denen nationale Voreingenommenheit die Aufgabe solcher Meinung verbot. Die Hauptkritiker waren der Historiker Tomek, der erste Rektor der tschechischen Universität in Prag, der slowenische Kopitarschüler Franz Miklosich (1813—1891), der kroatische erste Inhaber der Berliner Lehrkanzel für Slawistik Jagič (1838—1923), Jan Gebauer (1838—1907), bedeutendster Erforscher und Lehrer der alttschechischen Sprache und Literatur<sup>92</sup>, Jaroslav Goll (1846—1929), Schüler von Tomek und Höfler, Vater einer berühmten historischen Schule in Prag, der bei Waitz in Göttingen studierte, vor Josef Pekař, dem führenden tschechischen Geschichtswissenschaftler. Ein Hauptvorkämpfer gegen die Echtheit aber war T. G. Masaryk selber (1850—1937), seit 1882 Soziologe an der Prager Universität<sup>93</sup>. Nur der erste Inhaber des Lehrstuhls für böhmische Geschichte an der tschechischen Prager Universität, Josef Kalousek (1838—1935), blieb unbelehrbar<sup>94</sup>. Auch das tschechische Volk hielt an seinen Handschriften bis in unsere Tage fest, da es den Kampf gegen sie als Intrige der Wiener Regierung zur Erötötung des tschechischen Selbstbehauptungswillens ansah; Wien, so fürchtete man, wolle den Tschechen die Legitimation einer uralten, individuellen Kultur und Ebenbürtigkeit mit den anderen Völkern nehmen.

Die Königinhofer Hs. ist eine Fälschung von weltgeschichtlichem Aus-

<sup>91</sup> Büdinger, Max: Die Königinhofer Handschrift und ihre Schwestern. HZ 1 (1859) 149. In der gleichen Nr. der HZ erwiderte Palacký (s. o.).

<sup>92</sup> In der Zeitschr. Athenäum 1886 (Herausgeber T. G. Masaryk).

<sup>93</sup> Masaryk, Tomáš G.: Skizze einer soziologischen Analyse der sog. Grünberger und Königinhofer Handschriften. Archiv f. slaw. Phil. 10 (1887) 54—101.

<sup>94</sup> Vgl. Staroslovan. Vierteljahrsschrift z. Pflege der altslawischen Sprache, Geschichte und Kultur 2 (Kremsier 1914).

maß. Sie hat Palacký bestimmt. An seinem Werk aber orientierten sich die offizielle französische Geschichtsschreibung und ihre Arbeiten über böhmische und österreichische Geschichte. Es genügt ein Hinweis auf die Publizisten E. Charrière und Saint René Taillandier; besonders zu nennen ist der große französische Slawist Louis Leger (1843—1923), zu rühmen Ernest Denis, der durch die Gründung der Zeitschriften „La nation tchèque“, „Le Monde Slave“ und die Errichtung des Pariser Institut d'Etudes Slaves (1915) sogar maßgeblich die ČSR aus der Taufe hat heben helfen; ein besonderer Helfer war dabei der Professor für slawische Geschichte an der Sorbonne, Louis Eisenmann. Doch bleibt noch ein Wort über den stärksten Vorkämpfer des unabhängigen tschechischen Staates, T. G. Masaryk, zu sagen. Für ihn, der die falsche nationale Romantik im Handschriftenstreit mit nüchternem Realismus zerstörte, war das nationale Erwachen eine historisch-kontinuierliche Weiterentwicklung (Evolution) der religiösen Reformation in Böhmen. Für den tschechischen Geschichtsphilosophen war das Muster der modernen Humanität die hussitische Brüderidee, die durch böhmische Emigranten (Comenius) im Westen, vor allem in England und Holland, verbreitet worden war. Doch blieb für den Philosophen und Politiker Masaryk Palackýs Grundthese vom Kampf des Deutschtums gegen das Tschechentum die politische Leitlinie im Ersten Weltkrieg. Der hussitische Aufklärer Masaryk sah in der habsburgischen Theokratie den Gegenpol zur slawischen Demokratie. Seine Ideologie hat offenbar das Kriegsziel der Entente im Ersten Weltkrieg wesentlich beeinflußt, das auf die Zerschlagung der Donaumonarchie ausging, um die kleinen slawischen Völker vom „Joch des Germanismus“ zu befreien. Masaryks Interpretation des friedlichen, demokratischen Wesens der Tschechen beruhte auf einer Gleichsetzung von Hus, Chelčický und Komenský (Comenius) mit dem tschechischen Volkscharakter<sup>95</sup>.

Das Geschichtsbild der bürgerlichen tschechischen Emigration von heute ist bestimmt von der Erweiterung der vorerwähnten Identifikation um Masaryks humanitären Liberalismus. In Josef Pekař (1870—1937) aber hat das Tschechentum nicht nur seine romantische „Legende“ überwunden, sondern auch die These von der natürlichen Feindschaft zwischen Germanen und Sla-

<sup>95</sup> Masaryk, Tomáš G.: Die tschechische Frage. In: Aus Masaryks Werken. Hrsg. von G. Flusser. Prag 1921, S. 46: „Das Humanitätsideal, verkündet durch Dobrovsky und Kollarsch, unser Wiedergeburtsideal, hat für uns Tschechen einen tiefen nationalen und historischen Sinn — durch die voll und wahrhaft erfaßte Humanität, durch die wir an unsere beste Zeit in der Vergangenheit anknüpfen, durch die wir den geistigen und moralischen Schummer mehrerer Jahrhunderte überwölben und durch die wir an der Spitze des menschlichen Fortschrittes schreiten wollen. Die Humanität bedeutet für uns unsere nationale Aufgabe, die für uns durch die Brüdergemeinde ausgearbeitet und uns vererbt wurde: Das Humanitätsideal ist der gesamte Sinn unseres nationalen Lebens. . . . Das Humanitätsideal erfordert, daß wir systematisch überall in allem und immer dem Übel feindlich gesinnt seien, nämlich der eigenen und fremden Unhumanität der Gesellschaft und ihren aufklärerischen, kirchlichen, nationalen und allgemeinen Organen. Die Humanität ist keine Sentimentalität, sondern Arbeit und wiederum Arbeit.“

wen realistisch widerlegt. Gute Nachbarschaft ist für Pekař die Voraussetzung von Friede und Glück<sup>96</sup>. Seit 1948 schien die nationale Selbsteutung romantisch-liberaler Provenienz bei den Tschechen abgebrochen. Es gibt keine Wesensdefinitionen mehr und man befließigt sich der Hochschätzung der evolutionären Leistung und des Gleichheitsprinzips. Grundsätzlich ist damit trotz mancher Relikte ein wesentlicher Abbau alter Geschichtsideologien, die ich hier als „Slawische Legende“ und „Slawismus“ auch in der Interpretation Masaryks zusammengefaßt habe, in Gang gekommen. Wer das beklagt, muß sich das Wort George Santayanas' (1863—1952) vor Augen halten: „Die, die die Vergangenheit nicht beherzigen, sind verdammt, sie zu wiederholen.“ J. Pekař hat den Satz geprägt: „Wir glauben an keine hohe, ursprünglich altslawische Kultur . . . und wir betonen, daß vielleicht alles, was wir unter dem Begriff Kultur zusammenfassen, in das tschechische Volk seit Beginn seines staatlichen Lebens aus der Fremde hereingetragen worden ist.“ Er betonte, daß der deutsche Einfluß *europäische Maßstäbe* und Gedankengänge bei den Tschechen einführte, und hob hervor, daß das tschechische Übergewicht vor den anderen Völkern im Osten auf industriellem und administrativem Gebiet sowie in der Arbeitsleistung deutscher Erziehung zu danken sei. Diese Worte können uns heute nicht mehr überheblich machen; denn auch wir müssen zugeben, daß die westlichen Völker die alten Germanen mit dem terminus technicus „Barbaren“ in ihrer Geschichtsschreibung bezeichnen. Das romantische Germanenbild hat die germanische und frühmittelalterliche Vergangenheit mit den Maßstäben von Sehnsüchten gemessen, die einer Reaktion entsprangen. Ihre Interpretation ist nicht aufrechtzuerhalten. Der mediävistische Konstanzer Kreis um Theodor Mayer hat auf dem Gebiete der Verfassungsgeschichte wesentlich zur Bereinigung unseres romantischen Geschichtsbildes beigetragen, die im vollen Fluß ist. Der zusehends sich verstärkende europäische Aspekt deutscher Geschichtsdeutung führt uns an immer größere Tatsachenreihen heran, die eine Kulturübernahme auf vielen Gebieten von Franzosen und Italienern aufzeigen. Wir lernen es, von Perioden und Räumen intensiver und extensiver Kulturübernahme und schöpferischer Einschmelzung des Fremden zu sprechen, und anerkennen eigenschöpferische Leistung, wo sie zu erweisen ist. Wir stehen voll Bewunderung vor den Ergebnissen der großmährischen Ausgrabungen aus dem 9. Jahrhundert und hoffen auf Verständnis, wenn wir daran gehen, die Bedeutung Regensburgs mit seinen zahlreichen Kirchen im 8./9. Jahrhundert näher zu untersuchen. Vielleicht haben die Kyrill-Methodfeiern des Jahres 1963 Spuren einer früh-europäischen Gemeinsamkeit bis hinüber nach Byzanz und eines Bewußtseins davon hinterlassen<sup>97</sup>.

Die Väter des romantisch-liberalen Germanen- und Slawenbildes schöpfen aus der gemeinsamen Quelle des romantisch-idealistischen Volksbegriffes, wo-

<sup>96</sup> Pekař, Josef: *Smysl českých dějin*. Prag 1929. Deutsch: *Der Sinn der tschechischen Geschichte*. Brünn-Leipzig-Wien 1937.

<sup>97</sup> Bosl, Karl: *Kyrill und Method. Ihre Stellung und Aufgabe in der römischen Kirchenorganisation zwischen Ost und West*. ZBLG 27 (1964) 34—54.

nach Recht, Sprache, „Geist“ eines Volkes gleichermaßen aus der dichtenden, schaffenden „Volksseele“ hervorgehen. Deshalb haben sie einseitig die erzählenden Quellen für Rechtsgeschichte und Mythologie interpretiert und das ohne Rücksicht auf Entwicklung und Begriffswandel. Jakob Grimm stützte sich vornehmlich auf Märchen und Sagen, besonders aus dem nordischen Kreis, um seine Mythologie auszuarbeiten. Bei der Unzulänglichkeit dieser Methode ist es nicht einmal so wichtig, ob die Edda echt und die Königshofer Handschrift falsch ist; denn mit der Methode gelten auch die Ergebnisse als unrichtig, müssen so gelten<sup>98</sup>. Am Schlusse bieten sich als Weg europäischer Aspekt, vergleichende Sprach- und Religionsgeschichte, Mythologie und Literaturwissenschaft, Ethno- und Religionssoziologie, vor allem vergleichende Gesellschafts-, Wirtschafts- und Verfassungsgeschichte an. Sie heben die Ideologien auf und setzen neue Wertmaßstäbe. Das weitverbreitete Mißtrauen gegen Geschichte, ja Geschichtsmüdigkeit, ist keine Flucht vor der Geschichte als solcher, sondern vor den Irrtümern und Ideologien in ihr, die politisch so explosiv gewirkt haben. Solche Ideologien waren germanische und slawische Legende, die aus gleicher Wurzel kamen und mit gleichen Denkmodellen, Wunsch- und Wertvorstellungen, politischen Zielsetzungen messend zum Volks- und Geschichtsbewußtsein, zur nationalen Tradition der Völker wurden.

In zwei Weltkriegen kamen nationale Ideologien und politische Weltherrschaftsgedanken zum Austrag. Die Jahre 1918, 1938/9, 1945 und 1948 waren für Deutsche und Tschechen ein harter Anschauungsunterricht. Es gilt heute Ideologien abzubauen, Geschichtsirrtümer auszumerzen und feste, unumstößliche Tatsachen zu ergründen, die aus apolitisch-universaler und vergleichender Geschichtsforschung zuerst gewonnen werden müssen. Geschichtsforschung darf keiner politischen Zielsetzung sich beugen, damit sie die große und wahrhaft politische Wirkung erzielt, die ihr gebührt. Für die Demokratie jedenfalls ist Geschichte die notwendigste, wenn auch gefährliche Wissenschaft. Kein Politiker, kein Volk, keine Kultur lebt ohne wahre Geschichte.

<sup>98</sup> Rothacker, Erich: Savigny, Grimm, Ranke. Ein Beitrag zur Frage nach dem Zusammenhang der historischen Schule. HZ 128 (1923). Vgl. Betz bei W. Stammeler: Deutsche Philologie im Aufriß. Bd. 3 (1955) mit Stellungnahmen zu W. Grönbech: Kultur und Religion der Germanen (5 1954). Betz wie Dumézil, Georges: Loki (deutsch 1959) lassen erkennen, daß die Mythologie noch tiefe prinzipielle Differenzen zeigt, so daß man vorsichtig vermuten darf, daß sich auch hier eine Korrektur des Germanenbildes ergeben wird. Dumézil bezweifelt, daß der Brockhaus 1954 recht sieht, daß die „nächtliche, chthonische“ Seite germanischer Religiosität ein Verfallsprodukt unter südlichem Kultureinfluß sei.

## EIN BEDEUTSAMES DENKMAL DER PRAGER BIBELLITERATUR AUS DEM SPÄTEN MITTELALTER

*Von Josef Werlin*

Mit der Gründung der ersten deutschen Universität in Prag im Jahre 1348 durch Kaiser Karl IV. erlebte die Literatur und Geistesgeschichte des deutschen Mittelalters ihren letzten, aber umso bedeutungsvolleren und epochalen Höhepunkt. Kaiser Karl IV. bewirkte mit diesem Werk nicht nur eine äußerliche Befriedigung seiner intensiven geistigen Interessen und persönlichen Initiative bei der Förderung der Wissenschaften, sondern legte damit auch den Grundstein für eine zentrale Stätte deutscher Gelehrten-tätigkeit in Wissenschaft und Forschung aller damals bekannten Disziplinen und den Ausgangspunkt und das Vorbild für gleiche Einrichtungen im Dienste des universalen Bildungswesens im mittelalterlichen Kaiserreich. Was in den Jahrhunderten zuvor an wissenschaftlicher und schriftstellerischer Arbeit geleistet wurde von Männern des geistlichen wie auch weltlichen Standes, blieb mehr oder weniger auf die großen Klöster, theologischen Hochschulen und die Gelehrtenstuben an den Höfen von fürstlichen Mäzenen beschränkt. Nun erhielt die Geisteswissenschaft von höchster Instanz die öffentliche Legitimation und Sanktion. Nach dem frühen Niedergang des wirkungsmächtigen Geisteslebens in Prag durch den Ausbruch der Hussitenkriege bald nach 1400 übernahm die im Jahre 1364 gegründete Universität Wien den Rang als führende Bildungsstätte im deutschen Kaiserreich, an der bereits seit dem Ausgang des 14. Jahrhunderts zahlreiche berühmte Theologen, Artisten und Juristen aus Süddeutschland und Österreich, zum Beispiel Nikolaus von Dinkelsbühl, Heinrich von Langenstein, Johann Nider, gewirkt hatten. Prag und Wien waren die Anziehungspunkte für die Gelehrten aus allen Gebieten nördlich der Alpen.

Prag als das Zentrum der neuen deutschen Schriftsprache sowie als Literatur- und Geisteszentrum übte in Böhmen eine so große Strahlungskraft aus, daß gerade in diesem Land die erste deutsche Prosadichtung, „Der Ackermann aus Böhmen“ des Stadtschreibers Johannes von Saaz, und eine ausgedehnte Übersetzertätigkeit mit den bekanntesten Denkmälern der Bibelübersetzung — dem Codex Teplensis und der Wenzelsbibel — entstehen konnte. Darauf beruhte der Ruf der böhmischen Hauptstadt als erster Bildungsmetropole in der deutschen Geistesgeschichte.

Diese Tatbestände sind gewiß zutreffend, sie geben jedoch ein teilweise einseitiges Bild von der wirklichen geistigen Situation in der Kaiserresidenz des 14. Jahrhunderts. Verzerrt bleibt dieses Bild außerdem immer noch, solange man die Literatur des Mittelalters durchweg mit den Maßstäben mißt,

die nach der poetischen Dichtung der hochmittelalterlichen Klassik des 12. und 13. Jahrhunderts ausgerichtet sind, und die Dichter des 14. und 15. Jahrhunderts in ihrem literarischen Wert von dieser Warte aus beurteilt, während man das ganze übrige Schriftwesen in Prosaform und mit praktischen Themen für den täglichen Gebrauch in die zweite Linie abschiebt oder sie gänzlich außer Acht läßt<sup>1</sup>. „Wenn man der geschichtlichen Wirklichkeit gerecht werden will, muß man neben ihnen vor allem jene Schriftsteller würdigen, die den Bedürfnissen ihrer eigenen Generation entsprachen und die Samenkörner für die Zukunft ausstreuten. Die höfischen Dichter, die im 13. Jahrhundert in Böhmen lebten, verdienen gewiß unsere liebevolle Beachtung, sie repräsentieren jedoch nicht die eigentliche, große Leistung dieses Landes. Das 14. Jahrhundert bringt eine steile Aufwärtsentwicklung, die ihre Blüte um 1400 erreicht; dann wird der Aufstieg durch die Hussitenkriege beendet. Unsere Großen heißen nicht Ulrich von Etzenbach und Heinrich von Freiberg, sondern Johann von Tepl und Siegmund Albich“<sup>2</sup>. Und an anderer Stelle erklärt Gerhard Eis, einer der Begründer und der führende Vertreter der Prosaforschung des Mittelalters, warum und auf welche Weise es zu dieser Entwicklung kam. „Seit der Mitte des 14. Jahrhunderts trat die Reimdichtung immer mehr zurück und die Prosa wurde die beherrschende Form. Auch die bedeutendste aller Dichtungen, die das mittelalterliche Sudetendeutschtum hervorgebracht hat, der „Ackermann aus Böhmen“ des Johann von Tepl, ist in Prosa abgefaßt. Diese Entwicklung wurde nahegelegt, ja wohl erst recht eigentlich ermöglicht durch die Tatsache, daß es schon immer neben der Versdichtung eine ansehnliche Prosaliteratur gab. Warum diese gerade im späten 14. Jahrhundert einen solchen Aufschwung nahm, daß sie auf die gesamte Dichtung die Anziehungskraft eines nachahmenswerten Vorbildes ausübte, dürfte durch mehrere Umstände verursacht sein, die wir noch nicht sämtlich überschauen. Bestimmt hat dabei die Gründung der Prager Universität . . . mitgewirkt. Die Lehrsprache war zwar an allen Fakultäten das Lateinische, aber die Tatsache, daß nun erstmals viele der besten deutschen Gelehrten aller Wissenschaften an einer Stätte des höchsten Ansehens versammelt waren und auch außerhalb ihrer Lehrstühle als Schriftsteller auf das geistige Leben der Stadt, des Landes und des ganzen Reiches Einfluß nahmen, führte zu einer vorher noch nicht erreichten Steigerung des literarischen Schaffens, auch des landessprachlichen“<sup>3</sup>.

Es bedurfte in der Germanistik großer Geduld und Beharrlichkeit, bis

---

<sup>1</sup> Bernt, Alois: Altdeutsche Findlinge aus Böhmen (1943); Eis, Gerhard: Aufgaben der Sudetendeutschen Literaturgeschichtsforschung. Stifter-Jahrbuch 1 (1949) 9—22; Ders.: Die Sudetendeutsche Literatur des Mittelalters. Ostdeutsche Wissenschaft, Jahrbuch des Ostdeutschen Kulturrates 6 (1959) 71—116; Ders.: Mittelalterliche Fachliteratur. In: Realienbücher für Germanisten, Abteilung D Literaturgeschichte. Sammlung Metzler 1962.

<sup>2</sup> Eis: Sudetendeutsche Literatur 73.

<sup>3</sup> Eis: Sudetendeutsche Literatur 87.

Ihesus sprach zu seinen ungen ist  
 das ir in mir bleibet so bleiben  
 meine wort in euch und was ir  
 dann wolt das püet das wort ge  
 geben in dem ist mein vater ge  
 eret da ir vil frucht bringet und  
 bleibet mein ungen als euch der  
 watec hec hat gehabe in memec  
 heb ist das ir meine gepot be  
 haltet So bleibet ir in memec  
 heb als ich memec vaterc gepot  
 behalten hab und bleibet in sein  
 heb das han ich mit euch geret  
 das mein freud in euch sein und  
 euer freud erfüllet werde Dan  
 R den freitag 20m iohem  
 letzten grossen veyertagen stund  
 ihus und schrey und sprach wen  
 da durstet der kün zu mir und  
 amct wer in mich glaubet als  
 die schreift sprichet auß seinem  
 leib werden fließen puch des le  
 bentigen wasserc aber das spricht  
 er von dem heiligen geist die sie  
 werden nemen die in in glauwe  
 wann der heilig geist was noch  
 nicht gegeben wann ihus was  
 noch nicht erhobet In dem pfingst  
 hüs sprach zu abet 2m iohem  
 seinen ungen ist das ir mich  
 hec hat so behalt ir mein gepot  
 so bit ich den vater so wret er  
 euch emen andern troster geben  
 das er mit euch pleib ewiglich  
 den geist der wöheit den die  
 welt nicht empfaen mag und  
 ir weit in erkennen und er wret  
 bey euch bleiben und in euch  
 Ich las euch nicht wissen ich kün  
 wider zu euch noch ein cleme

wolt und die welt sichte mich  
 wo nicht ir weit mich aber se  
 hen wann ich lebe und ir weit  
 leben in den selben tagen weit  
 ir erkennen das ich pün in mir  
 nem vater und ir in mir und  
 ich in euch wer mem gebot hat  
 und sie behelt der ist der der  
 mich hec hat der wret hec ge  
 habe von memem vater und ich  
 wil in hec haben und wil in of  
 fenbaren mich selber In dem  
 Ihesus pfingsttag 2m iohem  
 sprach zu seinen ungen were  
 mich hec hat der behelt mem  
 rede und mem vater wort in  
 hec haben wann wir werden zu  
 in komen und werden ein wo  
 nung bey in machen wer mich  
 nicht hec hat der behelt mem  
 rede nicht und die red die ir ge  
 hort habt die ist nicht mem  
 sinder des vaterc der mich ge  
 sant hat und das han ich mit  
 euch geredt do ich mit euch was  
 oder der troster der heilig geist  
 den der vater senden wret in  
 memem namen der wret euch  
 alle dinct leren und wret euch  
 ein gebe alles das ich euch sag  
 Wegen seid ir ich euch nicht  
 sah in die welt ir ich euch  
 Euer herts sol nicht becrubt wer  
 den noch sich vorchten ir habe  
 gehort das ich euch gesant hab  
 Ich gee und kün zu euch hec  
 ir mich hec und freuet mich  
 mit euch fruebe wann ich gee  
 zu dem vater wann der vater  
 grosser ist denn ich wo han ich

auch die mittelalterliche Prosa die ihr gebührende Beachtung gefunden hat. Erst in den letzten Jahrzehnten hat sich das Vorurteil vieler Fachleute beseitigen lassen und die Bearbeitung der Prosawerke durchzusetzen begonnen<sup>4</sup>. Manche der zahlreichen Prosawerke, die am Hofe Kaiser Karls IV. oder jedenfalls in Böhmen unter dem Einfluß der literarischen Blüte in der Metropole entstanden, sind durch die intensiven Forschungen von Konrad Burdach, Alois Bernt, Josef Klapper und anderer Forscher erschlossen worden. Unbeachtet blieb aber ein großer Teil von Prosaschriften aller Fakultäten, die noch unbearbeitet in den Bibliotheken und Handschriftensammlungen vor allem in der Tschechoslowakei, in Österreich und in den Städten Deutschlands ruhen. Von der Erforschung der gesamten Prosaliteratur ließen sich jedoch nicht nur neue Erkenntnisse über die deutsche Literatur des ausgehenden Mittelalters gewinnen, sondern auch eine Erhellung vieler historischer Grundlagen auf anderen Gebieten, so der Volkskunde, der Medizin, des Rechtswesens, der Musik und der Naturwissenschaften bis hin zu Astronomie und Astrologie. „Jene Literatur, die alle deutschen Kulturlandschaften pflegten und fortentwickelten, sobald sie nur erst einmal das Schreiben erlernt hatten, war die praktische Fachliteratur der lehrenden und lernenden, der erwerbstätigen und verwaltenden Menschen, das heißt das wissenschaftliche, praktisch-technische und juristische Schrifttum und dazu die Literatur der Prediger und geistlichen Volksschriftsteller. Dieses Schrifttum war weitgehend unabhängig von Modeströmungen. Es vertrug keine Vernachlässigung, denn es war für den Lebenskampf des Einzelnen und der Gemeinschaft notwendig. Da sein Inhalt wichtig war, mußte man auch für eine klare, gute Form sorgen. Alle Worte mußten sorgfältig gewählt, die Wirkung genau vorausbedacht werden; die Sprache mußte also gerade für diese Denkmäler zuchtvoll durchgebildet werden. Auch unter diesen Schriften gibt es daher sprachliche Meisterwerke, ja Kunstwerke“<sup>5</sup>.

In Böhmen sind im 13. und 14. Jahrhundert alle literarischen Gattungen und Sachbereiche, die man in der mittelalterlichen Geisteswelt kannte, gepflegt worden. Entsprechend den vier Fakultäten an der Prager Universität läßt sich der Bestand der böhmischen Literatur in vier Hauptgebiete einordnen: Theologie, Artistik, Jurisprudenz und Medizin. Die meistverbreiteten und damit auch meistgelesenen Schriften stammen zum größten Teil von Verfassern, die sich als Fachgelehrte an der Prager Universität einen Namen gemacht haben. Nach der Anzahl der überlieferten Handschriften zu schließen, stellen die Artes liberales, das Rechtswesen und die geistliche Schriftstellerei die umfänglichsten und wirkungsmächtigsten Prosaschriften<sup>6</sup>.

<sup>4</sup> St a m m l e r, Wolfgang: *Journal of English and Germanic Philology* 48 (1949) 15; K u h n, Hugo: *Germanistische Handbücher. Deutsche Vierteljahresschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte* 29 (1955); F i s c h e r, Hanns: *Neue Forschungen zur deutschen Dichtung des Spätmittelalters (1230—1500)*. *Deutsche Vierteljahresschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte* 31 (1957) 24 f.

<sup>5</sup> E i s: *Sudetendeutsche Literatur* 71.

<sup>6</sup> E i s, Gerhard: *Vom Werden altdeutscher Dichtung* (1962).

Der geistlichen Literatur aus der Prager Schule soll in dieser Arbeit unsere Aufmerksamkeit gewidmet sein. Neben einem Überblick über den gegenwärtigen Stand der Forschung soll vor allem ein bedeutendes Denkmal aus dem Kreis der Prager Bibelübersetzungen vorgestellt werden, das erst in den letzten Jahren durch meine Bearbeitung der Germanistik und anderen Wissenschaften zugänglich gemacht wurde<sup>7</sup>.

In allen vier Fachgebieten, an die sich der Ruf Prags als Literaturzentrum in erster Linie knüpft, taucht ein Name auf: Johann von Neumarkt. Neben seiner Tätigkeit als Bearbeiter und Übersetzer zahlreicher geistlicher Werke aus dem Lateinischen ins Deutsche ist der Olmützer Bischof und kaiserliche Hofkanzler Johann von Neumarkt selbst Autor mehrerer Schriften geistlichen Inhalts und künstlerisch geformter Gebete, die über das ganze deutsche Sprachgebiet verbreitet sind. Nach ihm sind eine Reihe weiterer Prager Gelehrter aus seinem Kreis zu nennen, die sich vor allem durch ihre Homilien, Sermones, Kommentare oder erbaulichen Traktate, teils als Bearbeiter von Schriften älterer Autoren und teils als Verfasser selbständiger schriftstellerischer Originalwerke einen ruhmvollen Namen erworben haben.

Konrad von Waldhausen ist hier zuerst zu nennen, der im Jahre 1358 von Kaiser Karl IV. in die böhmische Residenz berufen wurde und dort bis zu seinem Tode im Jahre 1369 wirkte. Wenngleich von ihm nur wenige Schriftstücke überliefert sind, so ist dennoch bekannt, daß er besonders mit seinen deutschen Predigten auf die der lateinischen Sprache unkundigen Bevölkerungskreise großen Einfluß ausübte. Er wurde auch von den tschechischen Bürgern Prags geschätzt und beeinflusste die tschechische Predigtliteratur. An Durchschlagskraft wird er von Heinrich von Sankt Gallen noch übertroffen, dessen lebendig-realistische Darstellung des Lebens Jesu zu den meistgelesenen Schriften seiner Zeit zählte<sup>8</sup>. Der Text ist uns in 136 Handschriften überliefert und reiht sich damit unter allen mittelalterlichen Literaturwerken in deutscher Sprache, die in Reimversen oder in Prosa abgefaßt sind, an vorderste Stelle ein. Dieser „Prager Meister“, wie Heinrich von Sankt Gallen in vielen Überlieferungen genannt wird, ist außerdem Verfasser deutscher Traktate über das Magnificat, über die Hindernisse für einen vollkommenen Christenmenschen sowie von Predigten über die acht Seligkeiten. Ein Fragezeichen steht allerdings noch hinter dem Namen des Autors von Predigten für das ganze Kirchenjahr, die in einer Karlsruher Handschrift aufgezeichnet sind. Die Nachrichten über die Person des Heinrich von Sankt Gallen sowie über sein Leben, Wirken und seinen Aufenthalt

---

<sup>7</sup> Die Evangelien der guten Meister von Prag. Untersucht, eingeleitet und herausgegeben von Josef Werlin. Gräffling b. München 1962, 193 S. (Veröffentlichungen d. Wissenschaftlichen Abteilung d. Adalbert Stifter Vereins 7).

<sup>8</sup> Ruh, Kurt: Der Passionstraktat des Heinrich von Sankt Gallen. Diss. Zürich 1940; Ders.: Baseler Theologische Zeitschrift 6 (1950) 17—39; Ders. in: Zeitschrift für schweizerische Kirchengeschichte 47/48 (1953/54) 216—230 und 241—271; Werlin, Josef: Heinrich von Sankt Gallen. Stifter-Jahrbuch 6 (1959) 131—147; Eis: Sudetendeutsche Literatur 110; Ders.: Vom Werden altdeutscher Dichtung 53.

sind äußerst spärlich. Seit den ersten intensiven Forschungen von Wieland Schmidt in den dreißiger Jahren und vor zwei Jahrzehnten von dem Schweizer Germanisten Kurt Ruh ist bekannt, daß er in den Akten der Prager Universität in der Zeit von 1371 bis 1397 als Studierender und als Magister nachweisbar ist. Das Geburtsjahr wird zwischen 1345 und 1350 angesetzt. In der Germanistik hat sich fast allgemein die Ansicht durchgesetzt, daß der Prager Meister Heinrich zufolge seines Cognomens „von Sankt Gallen“ aus der schweizerischen Stadt stammt, doch liegen dafür bis heute keinerlei beweiskräftige und zwingende Anhaltspunkte vor. Vielmehr ist der Gedanke, den Gerhard Eis zur Diskussion gestellt hat, ernsthaft in Erwägung zu ziehen, daß sich das Cognomen „von Sankt Gallen“ nicht auf die Stadt Sankt Gallen beziehen muß, sondern möglicherweise die Prager Pfarrkirche Sankt Gallus als Wirkungsstätte dieses Mannes meint, an der bekanntlich die namhaftesten deutschen Prediger des Mittelalters ihre Tätigkeit ausgeübt haben. Eine besondere Stütze für diese Ansicht liefert die Explicitphrase in der Wiener Handschrift 12546, in der die Bezeichnung des Verfassers vollständig lautet: „*Das buch hat zu deutsch gemacht Maister Hainrich von sand Gallen ze Prag*“. Von den Nachforschungen in der Schweiz sind bis heute ebenfalls keine beweiskräftigen Feststellungen erzielt worden, welche die Annahme, daß die schweizerische Stadt der Heimatort des Prager Meisters Heinrich sei, rechtfertigen würden.

Ein weiterer einflußreicher Prediger des 14. Jahrhunderts in Böhmen war Stephan von Kolin, der zwischen 1383 und 1415 als Professor an der Prager Universität nachzuweisen ist. Deutsche und lateinische Schriften sind uns von ihm überliefert, sie sind jedoch zum Teil noch nicht erschlossen.

Einen nicht zu unterschätzenden Rang in der böhmischen Literatur des späten Mittelalters nehmen die mystischen Schriften ein. Das bedeutendste Werk ist der „Granatapfel“ des Abtes Gallus von Königssaal, das, ursprünglich lateinisch verfaßt, sehr bald ins Deutsche übertragen wurde und lange Zeit zahlreiche spätere Schriftsteller in ganz Deutschland beeinflusst hat. Noch der Straßburger Prediger Geiler von Kaysersberg beschäftigte sich damit; 1510 erschien unter seinem Namen eine gedruckte Bearbeitung, die streckenweise ganze Auszüge aus dem Originalwerk enthält. Nicht unerwähnt bleiben dürfen andere theologische Schriftsteller, die stilistisch und rhetorisch stark unter dem Einfluß des Johann von Neumarkt stehen. An erster Stelle ist hier Martin von Amberg zu nennen, der um die Wende vom 14. zum 15. Jahrhundert in der böhmischen Hauptstadt wirkte und in seinem „Gewissensspiegel“ sich über weite Passagen an die Darstellung des Hieronymuslebens des Johann von Neumarkt anlehnte. Militsch von Kremsier ist vor allem als Bearbeiter von Gebeten im Sprachgewand des großen Prager Lehrmeisters bekannt geworden. Die Schriften von Johann von Iglau und Mathias von Judenburg sind noch unerforscht und dadurch weitgehend unbekannt. Von Johann von Iglau ist in der Wiener Handschrift 2646 eine Darstellung verschiedener Stellen des Alten und Neuen Testaments in Briefform überliefert. Von dem Kartäusermönch Mathias von Judenburg

aus Königsfeld bei Brünn stammt eine deutsche Bearbeitung der „Expositio decalogi“ aus dem Jahre 1464 seines Wiener Lehrers Nikolaus von Dinkelsbühl<sup>9</sup>. Die uns von diesen gelehrten Geistlichen überlieferten Schriften harren zum großen Teil noch der Erforschung, Bearbeitung und Edition.

Im Rahmen all dieser literarisch beachtenswerten und teilweise sehr einflußreichen geistlichen Prosawerke nimmt die Bibelübersetzung im geistigen Leben der Prager Schule zur Zeit der luxemburgischen Herrscher einen besonders breiten Raum ein. Der „Codex Teplensis“ und die „Wenzelsbibel“ sind die bekanntesten Zeugnisse der Bemühungen um die Verdeutschung von weiten Teilen des Alten und Neuen Testaments oder der gesamten Bibel überhaupt. Auch auf diesem Gebiet wurde in Prag grundlegende Arbeit für die Zukunft geleistet, denn es ist bekannt, daß der Codex Teplensis, der um 1400 verfaßt wurde und vielleicht Teil einer vollständigen Bibelübersetzung gewesen ist, zur Grundlage für den ersten deutschen Bibeldruck wurde, der im Jahre 1466 bei Johann Mentelin in Straßburg erschien. Nicht minder bekannt ist die „Wenzelsbibel“, eine Verdeutschung von Teilen des Alten Testaments, die im Auftrag von König Wenzel im Jahre 1392 von dem Prager Bürger Martin Rotlew hergestellt wurde. — Eine kommentierte Übersetzung der Bücher Genesis, Exodus, Daniel und der Kapitel Tobias und Susanna<sup>10</sup> wurde Heinrich von Mügeln zugeschrieben, der auch eine Übersetzung der lateinischen Auslegungen des Psalters von dem Franziskaner Nikolaus von Lyra verfaßt hat<sup>11</sup>.

Aus den zahlreichen weiteren Bibelhandschriften aus Böhmen, die in der Zeit zwischen 1300 und 1500 hauptsächlich in Form von Perikopensammlungen für einen begrenzten Zeitraum des römischen Kirchenjahres oder auch als Plenarien angelegt wurden und oft längere Predigten oder sonstige exegetische Texte enthalten, aber vielfach noch unerforscht in den östlichen Bibliotheken und Handschriftensammlungen ruhen, (so in Prag, Krummau, Hohenfurth und in anderen böhmischen und österreichischen Orten), ragt eine Sammlung der Evangelienperikopen zu sämtlichen Festtagen des römischen Kirchenjahres heraus. Die ersten Hinweise auf dieses Denkmal in der Wissenschaft gab in zwei Veröffentlichungen Gerhard Eis<sup>12</sup>. Solange eine eingehende Untersuchung fehlte, war es jedoch nicht möglich, diese Perikopensammlung in die bekannte Bibelliteratur Böhmens aus dem späten Mittel-

<sup>9</sup> Über die einzelnen Personen siehe die zusammenfassende Darstellung mit den entsprechenden Literaturhinweisen bei Eis: *Sudetendeutsche Literatur* 110 ff.

<sup>10</sup> Die beiden letztgenannten Kapitel gehören zu den apokryphen Teilen des AT.

<sup>11</sup> Klimesch, Philipp: *Codex Teplensis*, enthaltend die Schrift des neuen Gezeuges (1884); Walther, Wilhelm: *Die deutsche Bibelübersetzung des Mittelalters* (1889 ff.); Rost, Hans: *Die Bibel im Mittelalter. Beiträge zur Geschichte und Bibliographie der Bibel* (1939); Eis, Gerhard: *Frühneuhochdeutsche Bibelübersetzungen, Texte von 1400—1600* (1949); Bergeler, A.: *Das deutsche Bibelwerk Heinrichs von Mügeln*. Diss. Berlin 1938.

<sup>12</sup> Eis, Gerhard: *Stifter-Jahrbuch* 1 (1949) 9—22; Ders.: *Altdeutsche Bibelübersetzungen aus Böhmen*. In: *Sudetendeutsche Blätter für Kunst und Wissenschaft* 1 Nr. 4 (1949) 10 ff.

alter einzuordnen und sie als Beweisstück für die Filiation von Bibelhandschriften der Prager Schule heranzuziehen. Vor wenigen Jahren habe ich die Bearbeitung dieser Bibelfassung vorgenommen und sie mit einer Reihe weiterer geistlicher Handschriften verglichen<sup>13</sup>.

Der Schreiber der Perikopensammlung, welche bis heute nur in einer einzigen Überlieferung vorliegt, beruft sich in der Explicitphrase zu den Perikopen ausdrücklich auf Prager Meister als Verfasser: *Hie haben die ewangelia ein ende als sie gut meister zcu Prag gemacht haben*. Beginnend beim ersten Adventsonntag sind in dem Register alle Evangelienperikopen zu den Sonn- und Festtagen, zu den Mittwochen und Freitagen sowie zu einigen Montagen und Samstagen aufgezeichnet; außerdem enthält die Sammlung alle vier Passionsdarstellungen. Obwohl den Perikopen in dieser Überlieferung sonst keinerlei kommentierende oder exegetische Abschnitte angeschlossen sind, sind zum Karfreitag und zum Fronleichnamstag zwei Predigten beigefügt. An die Evangeliensammlung zum Kirchenjahr ist eine Perikopensammlung zu ausgewählten Heiligtagen angeschlossen. Es war jedoch von vornherein nicht sicher, ob auch diese Evangelien von den „guten Meistern von Prag“ verfaßt worden sind, da die Explicitphrase zu diesem Teil keinerlei Angaben über Verfasser oder Herkunft enthält.

Überliefert ist uns diese Bibelfassung in Form einer Perikopensammlung bis jetzt nur in der folioformatigen Papierhandschrift Cod. lit. 146 der Staatlichen Bibliothek zu Bamberg, die nach mehreren Besitzereintragungen und der Datierung im Jahre 1477 in dem Benediktinerkloster Michelsberg bei Bamberg hergestellt wurde. Der Codex setzt sich im ganzen aus vier Textgruppen zusammen. Auf Bl. 1—24 ist die Ordensregel des Heiligen Benedikt aufgezeichnet, dann folgen auf Bl. 25—85 die Evangelien für das ganze Kirchenjahr und zu ausgewählten Heiligtagen. Auf Bl. 87—102 finden sich mehrere kleinere Texte geistlichen Inhalts. Den Hauptbestandteil des Codex bildet auf Bl. 104—259 das mystische Erbauungsbuch „Die 24 Alten“ von Otto von Passau. Der umfangreiche Papiercodex ist von zwei Schreibern zweiseitig geschrieben worden, wobei die zweite Hand nur ein kurzes Stück in dem Werk des Otto von Passau aufgezeichnet hat. Die Schrift ist kräftig und zeigt die Merkmale der gotischen Buchschrift. Außer einer ganzseitigen Darstellung des Ordensgründers Benedikt in kräftigen Wasserfarben auf einem Pergamentblatt, das als erstes Blatt dem Band beigefügt ist, und einigen farbigen Federzeichnungen eines betenden alten Mannes als Illustration zu den „24 Alten“ enthält die Handschrift keinerlei graphischen Schmuck.

Für die Klärung der Filiationsfrage der „Evangelien der guten Meister von Prag“, mit denen wir uns hier kurz befassen wollen, war die Datierung und Lokalisierung der Originalfassung die entscheidende aber auch

<sup>13</sup> Werlin, Josef: Die Evangelien der guten Meister von Prag. Ms. Diss. Heidelberg 1960; Ders.: Eine Perikopenhandschrift aus Sankt Emmeran-Regensburg (1372). In: Ostbairische Grenzmarken. Passauer Jahrbuch 4 (1960) 207—211.

schwierigste Frage. Um die Bamberger Niederschrift in die gesamte Bibelliteratur des späten Mittelalters und speziell die aus Böhmen einordnen zu können, mußte geklärt werden, wann und wo die Vorlage anzusetzen ist und welche Personen sich hinter der Bezeichnung „gute Meister von Prag“ verbergen. Die Explicitphrase zu der Perikopensammlung für das ganze Kirchenjahr gab zwar den Hinweis, daß die Verfasser an der Prager Schule gewirkt haben, aber es waren keine näheren Anhaltspunkte, auf Personen oder Ereignisse bezogen, zu finden, aus denen auf die genauere Lokalität und den Zeitraum der Abfassung Rückschlüsse gezogen werden konnten oder die erlaubten, gewisse bereits in der Literaturgeschichte bekannte Verfasser geistlicher Texte aus Böhmen in den Kreis der „guten Meister von Prag“ einzubeziehen.

Die Untersuchungen waren von Anfang an dadurch erschwert, daß die „Evangelien der guten Meister von Prag“ bis heute in keiner Parallelfassung zu dem späten Bamberger Codex vorliegen und auch in anderen geistlichen Handschriften keine richtungsweisenden Vermerke gefunden wurden. Auf Grund unserer Kenntnis der historischen Entwicklung und des Geisteslebens in Böhmen, insbesondere in Prag im 14. und 15. Jahrhundert, konnte die Vermutung angestellt werden, daß die Originalfassung der Bamberger Perikopensammlung rund hundert Jahre früher anzusetzen ist und damit in die Blütezeit der Übersetzertätigkeit von Bibelteilen unter den luxemburgischen Herrschern Karl IV. und Wenzel fällt. Mit dem Ausbruch der politischen, nationalen und religiösen Gegensätze in den ersten Jahrzehnten des 15. Jahrhunderts, die den Auszug eines großen Teils der deutschen Gelehrten von der Prager Universität und aus Böhmen überhaupt vorwiegend nach Leipzig (1409) zur Folge hatten, kam die Blüte des gesamten literarischen Lebens in Prag sehr rasch zum Erliegen. Mit Sicherheit konnte angenommen werden, daß die deutschen Verfasser der Evangelienperikopen, die „als gute Meister von Prag“ bezeichnet werden, vor diesen einschneidenden Ereignissen in der böhmischen Metropole gelebt und gewirkt haben.

Die nächstliegende Frage war nun, ob eine textliche Verwandtschaft zwischen der Bamberger Bibelfassung und dem bekanntesten Bibelwerk aus Böhmen, dem Codex Teplensis, nachgewiesen werden kann. Eine positive Antwort darauf hätte bereits einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zur Lösung der Filiationsfrage bedeutet. Die ausgedehnten Textvergleiche ließen jedoch eindeutig erkennen, daß zwischen diesen beiden Denkmälern keine Verbindung besteht. Einige Textproben sollen das Verhältnis der beiden Denkmäler zueinander verdeutlichen.

Matth. 3, 5—6:

Da ging aus zcu im das volck von Jherusalem und aller kreiß über den iordan und peicht ir sund.

Da gieng aus zu im Jherusalem und alles Jude und alle die gegen umb den jordan und wurden getaufft von im und begehent ir sund.

Tunc exiebat ad eum hierosolyma et omnis iudaea et omnis regio circum iordanem et baptizabantur in iordane ab eo confitentes peccata sua.

Luk. 1, 36:

Und sich Elizabeth dein mume die hat enpfangen einen sun in irem alter und das ist der sechst monet das sie unfruchtbar hies.

Und sich Elizabeth dein niftel die do ist geheissen unberhaftig und sy selb hat enpfahe einen sun in irem alter und dirr monet ist ir der sechst.

Et ecce Elisabeth cognata tua et ipsa concepit filium in senecta sua et hic mensis est sextus illi quae vocatur sterilis.

Joh. 1, 19:

Es santen die iuden von Jherusalem prister und leuiten zcu Johannes und leukent nicht.

Und ditz ist der gezeug Johannes das die iuden von Jherusalem santen zu im pfaffen und ambechter das sy in fragten Du wer bistu Und er begacht und laugent nit.

Et hoc est testimonium iohannis quando miserunt iudaei ab hierosolymis sacerdotes et leuitas ad eum ut interrogarent eum tu quis es? et confessus est et non nagauit.

Luk. 2, 1:

Ain keiserlich gepot ging aus von dem keiser octo viano das man alle werlt beschreiben solt.

Wann es wart gethan in den tagen ein gebot gieng aus von dem keiser Augusto das aller der umbring wurd geschriben.

Factum est autem in diebus illis exiit edictum a caesare Augusto ut describeretur uniuersus orbis.

Aus der Gegenüberstellung von Textproben aus B und dem Codex Teplensis ergibt sich eindeutig, daß in keinem Fall gleiche Lesarten festzustellen sind, die nur durch die Benutzung derselben Bibelvorlage zu erklären wären. Die Bamberger Perikopensammlung kann also auf keinen Fall ein Auszug aus dem Codex Teplensis sein, wir haben hier zwei verschiedene Überlieferungen aus Böhmen vorliegen.

Im Verlaufe meiner weiteren Untersuchungen und Textvergleiche mit zahlreichen Bibelhandschriften stieß ich auf eine Reihe von Codices aus

Österreich, Bayern, Franken und Schlesien, die im 14. und 15. Jahrhundert geschrieben wurden. Bei dem Vergleich der Lesarten ihrer Bibeltex-te mit B stellte sich eine auffallende Ähnlichkeit im gesamten Wortlaut heraus. Bei diesen Handschriften handelt es sich durchweg um Literaturwerke geistlichen Inhalts, die neben homiletischen, exegetischen und anderen theologischen Texten noch deutsche Perikopen für das ganze Kirchenjahr oder auch nur für einen bestimmten Jahresabschnitt enthalten. Von diesen Überlieferungen konnte eine Hilfestellung für die Lösung der Provenienzfrage der Vorlage zu den Bamberger Perikopen und eine gewisse Nachzeichnung dieses Überlieferungswesens erwartet werden.

Aus den Handschriftenvergleichen ließ sich ein Kreis von sieben Denkmälern herauskristallisieren, in den auch B eingeordnet werden konnte. Nicht allein die textlichen Übereinstimmungen rechtfertigten diese Zusammenstellung, sondern auch die in vielen Fällen weitgehende Identität der Perikopenregister. Neben B gehören in diesen Kreis die Wiener Handschriften Nr. 2845, 3057, die Cgm. 530, 636, 1150, 56 und die Sankt Gallener Handschrift Nr. 982. Die beiden Wiener Handschriften und der Cgm. 636 wurden bereits in anderem Zusammenhang von Friedrich Maurer untersucht<sup>14</sup>. Maurer konnte nachweisen, daß die Perikopentexte in sechs mittel-deutschen Handschriften, darunter die Wiener Codices 2845, 3057 und der Cgm. 636, nicht in den Übersetzerkreis gehören, aus dem das Evangelienbuch von Mathias von Beheim hervorging, was zuvor von mehreren Seiten behauptet worden war. Meine Untersuchungen im Zusammenhang mit der Quellenforschung zu B bestätigten die Ergebnisse von Friedrich Maurer. Allerdings ließ die Wiener Handschrift Nr. 3063, die von Friedrich Maurer bei seinen textkritischen Untersuchungen mit den oben genannten Handschriften in engen Zusammenhang gebracht wurde, bei meinen Untersuchungen so erhebliche Varianten zu den übrigen Perikopenfassungen erkennen, daß sie aus dem Handschriftenkreis um B ausschied und zu einem anderen Überlieferungsstrang gestellt werden konnte.

Von den insgesamt acht Handschriften der Gruppe um B erschienen drei für die Festlegung der Filiationswege der Prager Bibelübersetzung bis zur Bamberger Fassung besonders wertvoll. Die Wiener Handschrift Nr. 2845, die ihrer Sprache nach in Schlesien verfaßt wurde, erwies sich als das älteste aller Denkmäler des ermittelten Kreises und ist nach sprachlichen und handschriftlichen Kriterien in die zweite Hälfte des 14. Jahrhunderts zu datieren. Der Cgm. 636 gibt von allen Codices die exaktesten Auskünfte bezüglich Entstehungsort, Abfassungszeit und Schreiber sowie außerdem über historische Ereignisse zu dieser Zeit in der Kaiserstadt Prag. Auf Bl. 452 wird mitgeteilt, daß „Nicolaus hoppfe von Crossen“

<sup>14</sup> Walther: Bibelübersetzung des Mittelalters; Vollmer, Hans: Bibel und deutsche Kultur, Bd. 7 (1937); Maurer, Friedrich: Studien zur mitteldeutschen Bibelübersetzung vor Luther (1929); Haupt, Josef.: Beiträge zur Literatur der deutschen Mystiker. Sitzungsberichte der Wiener Akademie der Wissenschaften, phil.-hist. Klasse 76 (1874) 51—104 und 94 (1879) 235—334.

in Schlesien den Band im Jahre 1421 geschrieben hat, und zwar zu einer Zeit, da im Nachbarland Böhmen erbitterte Auseinandersetzungen auf dem kirchlich politischen Sektor stattgefunden hatten und viele Christen von der römischen Kirche abgefallen sind. Dabei spielt der Schreiber unter anderem direkt auf den Erlaß der sogenannten vier Prager Artikel vom Jahre 1420 an, in denen die Grundforderungen der Hussiten, freie Predigt, Abendmahl in beiderlei Gestalt, Verzicht der Geistlichen auf weltlichen Besitz, Beseitigung der Todsünden, anerkannt wurden. Der Bamberger Cod. lit. 146 ist insofern von besonderer Wichtigkeit für die Quellenforschung, als die Aussage in der Explicitphrase, die Evangelien stammten von „guten Meistern von Prag“, als einzige Stelle die direkte Richtung angegeben hat, in welcher Gegend und in welchem Kreis die Autoren der Bibelübersetzung gefunden werden konnten. Die übrigen Handschriften der Gruppe, die alle in der Mitte oder in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts verfaßt wurden, gaben keine Auskünfte über Verfasser oder Herkunft der Texte, so daß ihnen bei der Lösung der Quellenfrage nur eine untergeordnete Bedeutung zukam.

Die weiteren Untersuchungen und Vergleiche zeigten aber auch, daß keine der acht Handschriften die Vorlage für die übrigen Fassungen gewesen sein konnte; vielmehr konnten sie alle nur auf einer Bibelübersetzung beruhen, von der wir heute keine Kenntnis mehr haben, die aber als Quelle in Böhmen und den angrenzenden Gebieten geschätzt und viel benutzt wurde. Wenn man die Herkunft der acht Handschriften betrachtet, die zu unserer Überlieferungsgruppe zählen, so läßt sich der Kreis mit weitem Radius skizzieren, innerhalb dessen die Prager Bibelübersetzung gewirkt hat: Schlesien, Franken, Oberpfalz, Nieder- und Oberbayern und Österreich.

Die handschriftenkundlichen wie auch textkritischen Gemeinsamkeiten unter den verschiedenen in ihrer Anlage von einander unabhängigen Codices ließen die Schlußfolgerungen ziehen, daß in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts, also in der Blütezeit des Geisteslebens und der Übersetzertätigkeit in Prag unter Kaiser Karl IV. und König Wenzel aus dem Hause Luxemburg, eine Bibelübersetzung bestanden haben muß, die im 14. und vor allem im 15. Jahrhundert die Vorlage für zahlreiche Bibelhandschriften in Böhmen und den benachbarten Ländern gewesen ist. Nicht mehr feststellbar ist, ob diese Quelle selbst eine Perikopensammlung wie die acht Handschriften der Stemmegruppe darstellte, oder ob sie möglicherweise eine zusammenhängende Verdeutschung ganzer Bibelbücher oder der gesamten Bibel war. Aus den geringen Varianten in den Registern der Perikopen ist zu schließen, daß die Vorlage ein zusammenhängender Bibeltext zumindest des Neuen Testaments gewesen sein muß.

Dieser Fassung haben die „guten Meister von Prag“ die Evangelienperikopen für das ganze Jahr für ihre Sammlung entnommen, die bis heute nur in der vermutlich fast hundert Jahre jüngeren Kopie im Cod. lit. 146 vom Jahre 1477 aus dem Benediktinerkloster Michelsberg bei Bamberg überliefert ist. Die Verfasser haben sich jedoch bei ihrer Arbeit keineswegs

nur als Abschreiber betätigt, wie das die Schreiber der übrigen Handschriften bei der Wiedergabe des kanonischen Wortlauts getan haben, sondern sie haben die eintönigen Perikopen durch einen persönlichen Darstellungsstil, soweit dies im Rahmen des gegebenen Bibeltextes möglich war, zu beleben versucht. Zu den auffälligsten Charakteristika des Stils der „guten Meister von Prag“ gehört der Parallelismus der Satzglieder. Dieses Stilmerkmal ist für die lokale Zuweisung des Originals des Bamberger Bibelwerks von besonderer Bedeutung, denn es zählt zu den wesentlichsten Stilkennzeichen der Prager Schreiberschule um Johann von Neumarkt im 14. Jahrhundert. Alois Bernt hat es besonders bei Heinrich von Freiberg und Kurt Ruh im Passionstraktat des Heinrich von Sankt Gallen nachgewiesen<sup>15</sup>. In der Bamberger Evangelienüberlieferung erstreckt sich die Anwendung der Parallelitas membrorum vom Parallelismus einzelner Vokabeln bis zum Parallelismus ganzer Satzteile. Wir lassen hier einige Beispiele folgen: *Und da er aus ging, da sach er leut alpeu sun siczen an der maut ader an dem zcoll; Und er zeunt darumb einen zcaun und grub darein ein press, ein kalter, da mit man den wein aus want; Wo wirt er hin gen, das wir in nicht werden finden, wirt er in der beyden strewung gen, das ist in der beiden wuesten; Da sprach Jhesus: lat sie das behalt pis zcu meiner peijkraft, das ist mein begreptnus; . . . und wirt zornig und gab in den kestigern, das ist der putel; Ich sag euch aber, das manch kumen werden von orient und von occident, das ist da die sunn auf get und nyder get; Ir sult nymantz leidigen noch leid thun; Sehent ewer haus sol wust sten und verwust werden; Do Jhesus hort, das Johannes verraten was, da flob er und waich in Gallileam; Da ging Jhesus hin pett die selben red und die selben wort; Und begund sich zcu vorchten und angst zcu haben; Und der engel sprach zcu in: ir sullet nicht erschrecken noch euch vorchten; Und Jhesus sprach zcu in: was rett ir und was sprecht ir dar unter ein ander.* Unter den Sammelbegriff des Parallelismus der Satzglieder fällt auch die Tendenz zum häufigen Gebrauch der Annomination, die ebenfalls in der Perikopensammlung der „guten Meister von Prag“ zu beobachten ist. Zum Beispiel: *Und mit dem urteil ist er geurteilt; Ich hab ein essen zcu essen; Was zeichen zeichenstu uns; Und da sie den stern sahen, da freuten sie sich mit grossen freuden; Sag es nymant, sich und ertzeig dich pristern und opffer das opffer, das Moyses gepoten hat.*

Die „Prager guten Meister“ scheuten sich nicht, auf verschiedene Weise leichte Veränderungen des biblischen Wortlauts anzubringen. So haben sie an verschiedenen Evangelientexten Bearbeitungen in der Weise vorgenommen, daß sie verschiedene Aussagen der Evangelisten durch präzisierende Zusätze, zum Beispiel über die Anzahl der Tiere, durch Hinzufügung eines Namens, Hinweise auf Zeitpunkt oder Ort oder durch sonstige rhetorische Erweiterungen, auszumalen und realistischer zu ge-

<sup>15</sup> Bernt, Alois: Die Entstehung unserer Schriftsprache. Vom Mittelalter zur Reformation 11 (1934) 51; Ruh, Kurt: Zeitschrift für schweizerische Kirchengeschichte 215—217.

stalten versuchten. Auch hierfür seien einige Beispiele angeführt, wobei Erweiterungen von seiten der Verfasser in einfache Apostrophierung gesetzt sind: *Mercket bey der liligen ,und bey der rosemn' die da wachsen; Habt auf euer augen ,sehbet mein bend und mein fus'; Darumb werden sie euer richter ,an dem iungsten tag'; Gegrusset seistu meister und kust in ,an sein munt'; Da nam er das brot und segent es und prach es ,vor iren augen'; Do sprach Maria zcu dem engel: wie geschicht das, wann ich mannes nicht erkenn ,noch nye begert han'. Drei Beispiele seien hierfür angeführt, welche die Wiedergabe des Bibeltextes nach dem persönlichen Willen der Prager Autoren am deutlichsten zeigen, wobei ganze Nebensätze den Perikopen angehängt sind, die teilweise den Sinn des evangelischen Berichtes verändern können. Math. 12, 48: *Da sprach er: welches ist mein muter ,mein vater' und mein pruder ,und sprach: du weist nicht welches dein finger an deiner hant sint'. Da sprach er: sich ,mein vater' und mein muter und mein pruder sein die, die da den willen meins vaters tun, der da in hymel ist.* Mark. 5, 9: *Da sprach Jhesus: ,wie vil ist euer und' wie ist dein nam; da sprach er: ein finster ist bei mir ,der ist sechs tausent sechs hundert und sechs und sechtzig'. Matth. 25, 28: Do sprachen sie: herr nim das pfunt wider zcu im und gib es dem, der da funf pfunt hat gewonnen ,wann der selb het funf sun'. Die hier von den Prager Meistern angeschlossenen Sätze, die weit über die Form rhetorischer Erweiterung allgemeiner Art hinausgehen und klare und präzise Zusatzangaben zu dem evangelischen Bericht sind, erweisen sich als persönliches Rankenwerk — und, was die Zahl 6666 betrifft, als ein gewisser spielerischer Gedanke der Verfasser —, das in keiner älteren lateinischen oder deutschen Bibelfassung, die den kanonischen Wortlaut wiedergibt, überliefert ist. An anderen Stellen der Bibel verfahren die Prager Meister bei der rhetorischen Belebung des evangelischen Erzählstils in der Weise, daß sie bei Wiederholungen gleicher Formulierungen oder längerer Satzabschnitte oder auch ganzer Sätze Kürzungen und Zusammenfassungen vornahmen, was an Hand folgender Beispiele verdeutlicht werden soll, wobei eine Unterteilung nach drei Gruppen, Freie Nacherzählung, Textverkürzung und Textveränderung, vorgenommen werden konnte.**

a) Freie Nacherzählung:

Matth. 12, 40—41:

Jonas was in dem pauch des waltfisch drey tag und drey nacht. Also gebot er dem volck zcu nyuiue drey tag und drey nacht zcu vasten vich und leuten, wann sie heten rew von Jonas predig und sich dieser ist dann Jonas.

Sicut enim fuit Jonas in ventre ceti tribus diebus et tribus noctibus: sic erit filius hominis in corde terrae tribus diebus et tribus noctibus. Viri Ninevitae surgent in iudicio cum generatione ista, et condemnabunt eam: quia poenitentiam egerunt in praedicatione Jonae. Et ecce plus quam Jona hic.

Matth. 26, 42:

Mein vater, mag ich der marter nit uberig sein, so geschee dein will.

Luk. 17, 7—10:

Sunder wer hat unter euch ein ackernden knecht oder der die ochsen oder die kwe an die weid treibt, wenn er kumt, man mus im zcu hant zcu essen geben und tut furbas nit mer und er sein nicht. So sprech wir es sein un-nutz knecht aber wir haben getun was wir tun sullen.

b) Textverkürzung:

Matth. 3, 16—17:

Und er sach den heyligen geist her nyder faren als ein tauben und kam uber in und seines vaters stymme wart von im gehort.

Luk. 10, 31—32:

Do gepurt es sich, das ein prister und ein leuit da fur gingen und liessen in ligen.

Matth. 25, 22—23:

Also traten sie alle dar und sagten im was sie gewunen heten.

Pater mi, si non potest hic calix transire, nisi bibam illum, fiat voluntas tua.

Quis autem vestrum habens servum arantem aut pascentem, qui regresso de agro dicet illi: statim transi, recumbe et non dicet ei: para quod cenem et praecege te, et ministra mihi donec manducem et bibam, et post haec manducabis et bibes? Numquid gratiam habet servo illi, quia fecit quae sibi imperaverat? Non puto, sic et vos cum feceritis omnia, quae praecepta sunt vobis, dicite: servi inutiles sumus, quod debuimus facere fecimus.

Et vidit spiritum Dei descendentem sicut columbam venientem super se: et ecce vox de caelis dicens: hic est filius meus dilectus, in quo mihi complacui.

(31) Accidit autem ut sacerdos quidam descenderet eadem via et viso illo praeterivit. (32) Similiter et leuita cum esset secus locum et videret eum pertransiit.

(22) Accessit autem et qui duo talenta acceperat et ait: domine duo talenta tradidisti mihi ecce alia duo lucratus sum. (23) Ait illi dominus eius: euge serve bone et fidelis quia super pauca fuisti fidelis supra multa te constituam intra in gaudium.

In dem Evangelium zum Montag nach dem ersten Fastensonntag hat der Verfasser die Sätze Matth. 25, 42—45 nicht mehr wiederholt: *Esurivi enim et non dedistis mihi manducare, sitivi et non dedistis mihi potum, hospes eram et non collegistis, me nudus et non operuistis, me infirmus et in carcere et non visitastis me. Tunc respondebant et ipsi dicentes: domine, quando te vidimus esurientem aut sitientem aut hospitem aut nudum aut infirmum vel in carcere et non ministravimus tibi.* Dieselbe Beobachtung können wir im Evangelium zum Freitag nach dem ersten Fastensonntag machen, wo die Sätze Joh. 5, 11—13 nicht mehr wiederholt werden: *Qui me fecit sanum, ille mihi dixit: tolle grabatum tuum et ambula. Interrogaverunt ergo eum: Quis est ille homo, qui dixit tibi, tolle grabatum tuum et ambula? Is autem qui sanus fuerat effectus nesciebat quis esset. Ihesus enim declinavit turba constituta in loco.* — Diese fehlenden Wiederholungen gleicher Satztheile oder ganzer Sätze lassen sich nach den bisherigen Feststellungen über den freien Stil der „guten Meister von Prag“ damit erklären, daß den Verfassern die zweite Aufzählung nicht etwa zu mühsam gewesen wäre, sondern daß ihnen die Wiederholung überflüssig schien. Durch das Zusammenfassen des Inhalts und Übergehen gleicher Formulierungen wird die Aussage des Evangeliums weder geschmälert noch verändert.

c) Textveränderung:

Matth. 4, 16—17:

Das volck, das in der vinster wonet, das sach ein gross licht und die sahen in den schatten.

Populus, qui sedebat in tenebris lucem magnam vidit, et sedentibus in regione et umbra mortis, lux orta est.

Joh. 5, 4:

Das wasser regent von dem engel gottes, und in den see da kam ein bewegung davon die sichen gesunt wurden, was seuche sie heten.

Angelus autem Domini secundum tempus descendebat in piscinam, et movebatur aqua. Et qui prior descendisset in piscinam post motionem aquae, sanus fiebat, a quacumque detinebatur infirmitate.

Matth. 16, 2—3:

Wenn es abent ist und der himel rot ist, so spricht ir, es wil morgen schon werden, und wenn es des morgens rot ist, so spricht ir, es wil hin zcu nacht regen.

Facto vespere dicitis: serenum erit, rubicundum est enim caelum. Et mane: hodie tempestas, rutilat enim triste caelum. Faciem ergo caeli diiudicare noctis: signa autem temporum non potestis.

Als gewissenhafte Theologen gingen die „guten Meister von Prag“ bei der Abfassung ihrer Perikopensammlung durch das ganze Jahr trotz ihrer freien Textbehandlung jedoch nicht so weit, daß aus ihrer Fassung die quellenmäßige Provenienz des Textes nicht mehr erkennbar wäre. Die Bamberger Überlieferung der „Evangelien der guten Meister von Prag“ ist immer noch so wortgetreu, daß sie durch Textvergleiche mit den übrigen sieben Handschriften, welche Perikopensammlungen nach dem reinen Bibeltext darstellen, ohne Schwierigkeiten und Zweifel zu einer filiatorischen Gruppe zusammengefaßt werden konnte. Nach den Untersuchungsergebnissen muß die Frage, wer sich unter der summarischen Bezeichnung „gute Meister von Prag“ verbirgt, von einem anderen Standort aus gestellt werden. Die Vergleiche der Perikopentexte in den verschiedenen Überlieferungen erlaubten die Feststellung, daß die Schreiber ihren Bibeltext alle aus der gleichen Quelle bezogen haben. Während jedoch sieben Schreiber sich nur als Kopisten des reinen Bibeltextes erweisen, haben die Verfasser der Vorlage zu dem Bamberger Cod. lit. 146 sich als selbständige Bearbeiter der Evangelienperikopen gezeigt. Diese „guten Meister von Prag“ können also nicht gleichzeitig als die Übersetzer der Bibelvorlage, aus der die Evangelienperikopen aller acht Handschriften entnommen wurden, betrachtet werden.

Wie bereits oben ausgeführt wurde, haben die „guten Meister von Prag“ sich nicht mit der buchstabengetreuen Wiedergabe des Bibeltextes in ihrer Perikopensammlung begnügt, sondern versucht, durch Bearbeitung in Form von Verkürzungen bei Satzwiederholungen, rhetorischen Erweiterungen in der realistischen Erzählweise, leichte Kontamination zweier gleicher Berichte verschiedener Evangelisten, besonders bei der Aufzeichnung der vier Passionen, ihrer Bibelfassung ein gefälligeres und lebendigeres Stilgewand anzulegen. Beim Lesen der Perikopen in der Bamberger Handschrift kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß den geistlichen Verfassern die Aufzeichnung von Predigten, Traktaten oder Sermones über theologische Themen mehr Freude bereitet hätte und ihr größeres Interesse gefunden hätte als das bloße Wiedergeben der evangelischen Berichte in mehr oder minder strengem Wortlaut. An vielen Stellen und über weite Strecken, so besonders in den vier Passionen, dringt der homiletische Unterton sehr stark hervor.

Von diesem Aspekt aus läßt sich teilweise erklären, warum mitten in der Perikopensammlung der Prager Meister am Karfreitag und am Fronleichnamstag neben der Tagesperikope zwei Predigten aufgezeichnet sind, obwohl dem Werk ansonsten keinerlei homiletische, exegetische oder kommentierende Texte weder zu Beginn noch am Schluß beigelegt sind. Die beiden Predigten tragen die Titel: „*Eine schone lere und predig an dem karfreytag von den sibem worten, die got sprach an dem heiligen creutz, Vere langwores nostros ipse tulit*“ (Bl. 54—56) und „*Die epistel schreib ich nicht, sunder ich schreib ein schone lere, die uns beschreibet Sanctus Johannes aus dem munde*“ (Bl. 63—64).

Die Autoren stellen dazu Betrachtungen über die heilsgeschichtlichen Taten und Wirkungen Jesu Christi entsprechend der Tagesperikope an. Über die Autoren der Predigten herrschte von Anfang an keine Klarheit, denn es mußte mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß es sich um Zusätze von Seiten späterer Kopisten handelt.

Da von den übrigen Handschriften dieses Kreises mehrere Codices kommentierende und homiletische Texte in viel größerer Anzahl als der Bamberger Codex enthalten, zum Teil zu jedem Festtag, lag die Vermutung nahe, daß beide Predigten in B vielleicht in einer der Handschriften, und zwar in den Wiener Codices 2845, 3057, 3063 und in Cgm. 636 wiederzufinden wären. In allen Fällen bestätigte sich die Hoffnung jedoch nicht; alle Handschriften sind in dieser Hinsicht von einander unabhängig. Eine Identifizierung der beiden Predigten in B war also nur durch die Stiluntersuchung möglich.

Bei diesen Untersuchungen ergab sich folgendes Bild. In der allgemeinen Stilistik, im Wortschatz, in Syntax und in vielen Formulierungen zeigten sich zwischen den beiden Predigten und den sie umgebenden Perikopen mehr Zusammenhänge und Übereinstimmungen als Kontraste, die auf die Herkunft der Evangelien und Predigten aus verschiedenen gegenseitig unabhängigen Quellen hätten schließen lassen. In ihrem Aufbau, ihrer Form und Tendenz nach, sind die Predigten auf die Einreihung und Kontinuität mit den Perikopen zugeschnitten, so daß sie eher als Bindeglied denn als nachträgliche Einschübe erscheinen. Vermutlich waren die evangelischen Ereignisse an den beiden Tagen den Theologen so wichtig, daß ihnen die kurzen Perikopentexte zu knapp erschienen und sie die heilsgeschichtliche Bedeutung der Taten Jesu Christi aus ihrem priesterlichen Pflichtbewußtsein heraus durch homiletische Betrachtungen unterstreichen und kommentieren wollten.

Wir können also feststellen, daß die Predigten zum Karfreitag und zum Fronleichnamstag ebenfalls aus der Feder der „guten Meister von Prag“ geflossen sind und nicht erst im Laufe der Überlieferung oder gar erst von dem Bamberger Benediktinermönch beigelegt worden sind. Beide Texte können zwar nicht als literarisch bedeutsame Leistungen bezeichnet werden, aber sie zählen zu der erbaulichen Predigtliteratur des guten Durchschnitts, wie wir sie in großer Zahl besonders als exegetische Zusätze in Bibelhandschriften aus dem späten Mittelalter kennen. Es lag nicht in der Absicht der Verfasser, brillante schriftstellerische Proben eigener künstlerischer Prägung der Perikopensammlung beizufügen, sondern nur eine Anleitung zur intensiveren Beschäftigung mit den beiden im Leben und Wirken Jesu Christi entscheidendsten Ereignissen zu schaffen.

Eine Stelle in der Karfreitagspredigt enthielt noch besonderes Gewicht für die Frage der Identifizierung der in der Explicitphrase zu dem Gesamtwerk als die „guten Meister von Prag“ genannten Verfasser. Die realistische Schilderung des Kreuzigungsvorganges zeigt nämlich in Wortwahl, verschiedenen Formulierungen und Syntax erstaunliche Ähnlichkeit mit dem

gleichen Darstellungsstil und dem Wortlaut in dem weitverbreiteten „Leben Jesu“ des bereits genannten Heinrich von Sankt Gallen. Wenngleich die Beweiskraft einer solchen inhaltlichen und stilistischen Parallele nur begrenzt ist, so kann doch der Gedanke in Betracht gezogen werden, daß Heinrich von Sankt Gallen, der in vielen Handschriften, die seine Passionsdarstellung überliefern, als Prager Meister bezeichnet wird, mit in den Kreis dieser „guten Meister von Prag“ gehört.

Ebenfalls unbestimmt war zunächst, ob die auf Bl. 79 bis 85 überlieferten Perikopen zu verschiedenen Festtagen zusammen mit evangelischen Berichten über die zwölf Apostel, über Gleißner und Beichtiger, von den „guten Meistern von Prag“ stammen oder in späterer Zeit von fremder Hand angehängt wurden. Dieser Textteil schließt sich mit der Incipitphrase *„Hie bebet an ein commun, das sind ewangelia uon sunderlichen heiligen und hebt sich an dem aduent und zcu dem ersten uon Sand Lucia der iunckfrauen“* unmittelbar an die Jahresperikopen mit der Explicitphrase über die Prager guten Meister an. Über Verfasser, Herkunft oder Vorlage zu den Heiligtagsperikopen werden weder direkte noch indirekte Angaben gemacht, so daß auch hier letztlich nur textvergleichende Untersuchungen weiterhelfen konnten.

Einen Anhaltspunkt dafür, daß auch dieser Evangelienteil in der Prager Schule geschrieben sein könnte, gab die Feststellung, daß der Codex Teplensis ein ähnliches Perikopenregister mit in der Mehrzahl den gleichen Fest- und Heiligtagen wie B an das Perikopenregister durch das ganze Kirchenjahr anschließt, allerdings ohne die Zusatztexte über die zwölf Apostel, Gleißner und Beichtiger. Auch manche Namensformen wie Jorge für Georg und Lorenz für Laurentius stimmen in beiden Denkmälern überein, obgleich in der Bibelübersetzung, wie bereits beschrieben, zwischen dem Tepler Codex und der Bamberger Fassung keine Verwandtschaft besteht. Auch die Wiener Handschrift Nr. 3063, die durch ihren Prolog des Heinrich von Mügeln Prager Einfluß erkennen läßt, enthält ein solches Perikopenregister zu ausgewählten Heiligtagen, das mit denen in B und im Codex Teplensis starke Übereinstimmung zeigt. Obwohl auch diese Handschrift, wie bereits erwähnt, nicht in den engeren Handschriftenkreis um B gehört, kann aus der Beobachtung über das Zusatzperikopenregister gefolgert werden, daß aus uns unbekanntem Gründen in der Prager Schule die Gewohnheit herrschte, an das Jahresregister eine Perikopensammlung zu bestimmten Heiligtagen anzuschließen.

Glücklicherweise enthielten die Heiligtagsperikopen in B einige Bibelabschnitte, die bereits in den Jahresperikopen aufgeführt sind, so daß eine genaue Textgegenüberstellung vorgenommen werden konnte. Allerdings stellte sich sofort einschränkend heraus, daß an eine wörtliche Übereinstimmung nicht gedacht werden konnte, da eben die „guten Meister von Prag“ ihren Bibeltext recht freizügig behandelten. Selbst gleiche Bibelstellen innerhalb der Evangelien durch das ganze Kirchenjahr zeigten keine wörtliche Übereinstimmung.

Drei stilistische Besonderheiten erlaubten die Feststellung, daß die Evangelien durch das ganze Jahr und die Evangelien zu verschiedenen Heiligentagen aus der gleichen Quelle stammen: die *Parallelitas membrorum*, die rhetorischen Zusätze und die freie Textbehandlung. Diese drei Punkte stellen wir als die wesentlichsten stilistischen Charakteristika der Bibelfassung der „guten Meister von Prag“ heraus. Auch alle übrigen inhaltlichen, sprachlichen und textkritischen Untersuchungen weisen eindeutig auf eine gemeinsame Abfassung und die gleiche Vorlage hin und nicht auf zweierlei Provenienz. Die Frage, warum dann nicht die Explicitphrase mit der Nennung der „guten Meister von Prag“ am Schluß des Gesamtwerkes eingetragen wurde, kann vielleicht in der Weise beantwortet werden, daß die Evangelien „*von sunderlichen heiligen*“ erst nach gewisser Zeit nach der gleichen Vorlage abgefaßt wurden, wobei eine nochmalige Nennung der Verfasser nicht unbedingt erforderlich erschien, da sie den Zeitgenossen und den Kreisen, in denen diese Bibelfassung benutzt wurde, bekannt waren.

Die „Evangelien der guten Meister von Prag“, die uns bis heute nur in der Bamberger Handschrift aus dem Jahre 1477 des Benediktinerklosters Michelsberg bei Bamberg abschriftlich überliefert sind, stellen, wie dargelegt wurde, wahrscheinlich eine rund hundert Jahre jüngere Überlieferung des Originaltextes dar. Aus dieser späten Fassung lassen sich keine Spuren der Mundart der Verfasser oder irgendwelcher dazwischenstehender Kopisten nachweisen. Da außerdem der gesamte Evangelientext und die beiden Predigten in Prosa abgefaßt sind, konnten auch keine metrischen und reimtechnischen Kriterien für die Vorlagenforschung herangezogen werden.

Nachdem nun feststeht, daß die „Evangelien der guten Meister von Prag“ auf eine selbständige Bibelübersetzung, die in Prag im 14. Jahrhundert bestanden haben muß, zurückzuführen sind, ist die Frage nach dem stilistischen Rang dieser Übersetzung von besonderem Interesse, wobei vor allem das Verhältnis zu den bedeutendsten Bibelverdeutschungen des ausgehenden Mittelalters, nämlich zum Codex Teplensis und zur Lutherbibel, im Vordergrund steht. Aus der Tatsache, daß die unbekannte Prager Bibelübersetzung im Laufe des 14. und 15. Jahrhunderts durch zahlreiche Abschriften vor allem in Form von Perikopensammlungen in entfernten Gebieten des nord- und südöstlichen deutschen Sprachraumes weite Verbreitung fand, können wir sagen, daß wir hier nicht eine einfache und nur lokal begrenzt gültige und bekannte Fassung, sondern ein weitwirkendes und vielbenutztes Bibeldenkmal anzusetzen haben. Trotz der bereits nachgewiesenen Unabhängigkeit bezüglich des Überlieferungsweges gegenüber dem Codex Teplensis, wäre bezüglich der Sprache und Stilstil eine Verbindung zu diesem Denkmal, das ja im gleichen Literaturzentrum und in der gleichen Epoche entstanden ist, eher zu erwarten als zu der rund 150 Jahre später und völlig neu geschaffenen Übersetzung Martin Luthers. Vergleichen wir zu diesem Zweck zunächst einmal die Übersetzung einzelner Wörter in den drei Bibelüberlieferungen.

V	CT	B	L
sacerdos	pfaffen	priester	priester
leprosus	missliger	aussetziger	aussetziger
salus	behaltsam	heil	heil
fructus	wucher	frucht	frucht
salvator	behalter	heilant	heiland
nuptiae	brautlaufft	hohtzeit	hochzeit
pusillum	lutzel	wenig	wenig
minister	ambechter	diner	diener
dexter	zesem	rechte	rechte
sinister	winster	lincke	linke
magnus	michel	groß	groß
petere	aischen	bitten	bitten
usque ad	untz	bis	bis
simul	entzamt	miteinander	miteinander
arguere	berespen	zuchtigen	zuchtigen

Aus der Zusammenstellung können wir klar erkennen, daß B der lutherischen Übersetzung viel näher steht als CT. Diese Beobachtung läßt sich aber nicht etwa nur bei Substantiva oder Verba machen, die oft mundartlich gebunden sind, sondern auch bei den einfachen Vokabeln. Es fragt sich nun, ob sich auch syntaktisch eine Verwandtschaft zwischen B und der lutherischen Fassung ermitteln läßt. Die folgenden Textvergleiche sollen darüber nähere Auskunft geben.

CT	B	L
Mark. 10, 15: Gewerlich sag ichs euch: ein ieglicher der nit ist als ein lutzeler, der empfecht nit daz reich gotz noch geet in es.	Furbar ich sag euch: wer nicht nymet gotes reich als die kindlein, der wirt nicht dar ein gen.	Warlich ich sage euch: wer nicht empfahet das reych gottis als eyn kindlin, der wirtt nicht hyneyn komen.
Matth. 5, 20: Wann ich sag euch, wan neur begung ewer gerechtikeit nit mer denn der schreiber und der phariseer ir get nit in daz reich der himel. Ir hort das gesait ist den alten nit derschlach, wann der do derschlecht, der wirt schuldig zu dem vrteil.	Furbar ich sag euch: es sey denn das euer gerechtikeit grosser sey denn der schreiber und der gleisner ir kumt nicht in das himelreich, habt ir gehort was zcu den alten gesprochen ist du solt nymant toten wer aber tottet, der wirt schuldig des gerichtes.	Denn ich sage euch: es sey denn ewr gerechtickeit besser denn der schriftgelerten und Pharisier so werdet yr nit in das hymelreych komen. Ir habt gehort, das zu den alten gesagt ist du solt nicht todten, wer aber todtet, der sol des gerichtis schuldig sein.

Luk. 17, 25:

Wann im gezimpt zem ersten zeleiden manige ding wan werden versprochen von disem geschlecht.

Er mus aber zcu dem ersten vil leiden und versmecht werden von den geslechten.

Zuvor aber mus er viel leyden und verworffen werden von diesem geschlecht.

Luk. 17, 30:

Also wirt es an dem tag so der sun der meid wirt eroffent.

Also wirt es in den tagen wenn des menschen sun offennbar wirt.

Auff diese weyße wirt auch gehen an dem tage wenn des menschen son sol offinbart werden.

Matth. 13, 41:

Der sun der meid sent seine engel und sy lesen alle trubsal von scim reich und alle die do thunt die unganckheit und legent sy in den aitofen des feurs.

An der werlt ende wirt des menschen sun sein engel senden, die werden auß seinem reich alle ergerung clauben die da ubel tat thun und werden sie senden in einen feurigen offen.

Des menschen son wirt seyne engel senden und sie werden samlenn aus seynem reych alle ergebnisse unnd die da unrecht thun unnd werden sie ynn den fewurfen.

Im Satzbau zeigt sich ebenfalls eine Zusammengehörigkeit zwischen B und der Lutherbibel. Wir finden in dem Werk der Prager Meister bereits die dem Neuhochdeutschen sehr nahe stehende und gegenüber CT ganz modern klingende Ausdrucksweise, ferner den gegenüber dem lateinischen Text weitgehend selbständigen und eleganteren Satzbau. Diese Punkte galten bisher als die entscheidenden und charakteristischen Neuerungen bei Luthers Übersetzung. Die erste syntaktische und vokabulare Modernisierung der vorlutherischen Bibelübersetzung, die der Augsburger Drucker Günther Zainer in seinem Bibeldruck aus dem Jahre 1475 vornahm, zeigt ebenfalls eine starke Beziehung zum Wortschatz und Sprachteil der Prager Fassung. Daß diese Übereinstimmungen nur zufälliger Natur sein sollen, ist schwerlich anzunehmen. Im Gegenteil, daß hier eine entscheidende Entwicklungsphase der deutschen Sprache deutlich zu verfolgen ist, hat bereits Walther Ziesemer in seiner Untersuchung über eine ostdeutsche Apostelgeschichte ausgesprochen<sup>16</sup>; er konnte einen engen sprachlichen Zusammenhang zwischen dieser Handschrift, der Zainerbibel und der Lutherübersetzung nachweisen. Ziesemer erklärt dies mit der Einwirkung des dem Neuhoch-

<sup>16</sup> Ziesemer, W.: Studien zur mittelalterlichen Bibelübersetzung. Schriften der Königsberger Gelehrten Gesellschaft 5 (1928).

deutschen nahestehenden ostmitteldeutschen Sprachstils, die schon im 14. Jahrhundert lange vor Luther begonnen hatte: „Luther, selbst in Thüringen im ostmitteldeutschen Sprachgebiet aufgewachsen, schrieb an der alten elbischen Sprachgrenze Wittenberg das Deutsch des kolonialen Ostens. Durch seine Bibelübersetzung befördert er eine Bewegung, die schon lange vor ihm im besten Fluß war. — So möchte ich auch behaupten, daß die Änderungen Zainers, an Mentelin im Wortschatz und Satzbau zum großen Teil unter dem Einfluß der ostdeutschen Schriftsprache entstanden sind“<sup>17</sup>. Diese Vermutung, die auch von anderen Germanisten bei ähnlichen Untersuchungen vertreten wird<sup>18</sup>, erhält eine gewisse Bestätigung durch meine Untersuchungen. Durch die über die Bamberger Perikopensammlung ermittelte Prager Bibelübersetzung erhalten wir ein wichtiges Zeugnis für die sprachschöpferische Wirkung dieses böhmischen Literaturzentrums, denn das Originalwerk ist gerade in der Zeit der Hochblüte der dortigen Gelehrten Tätigkeit am Hofe Kaiser Karls IV. entstanden.

Die bisherigen Ergebnisse in den wenigen Einzeluntersuchungen lassen erkennen, daß die neue Sprachintensität aus dem böhmischen Literaturzentrum schon sehr früh wirksam wurde, und daß die biblischen Literaturdenkmäler, die in diesem modernen Sprachgewand erscheinen, voran die Bibeldrucke seit Zainers Ausgabe und die Plenardrucke<sup>19</sup>, nicht mehr zu den ersten Zeugnissen des neuen Sprachstils gehören, sondern nur Fortsetzungen der handschriftlichen Überlieferung seit dem 14. Jh. darstellen. Daß auch Luther von dieser Welle erfaßt wurde und sich diesen Strömungen nicht entziehen konnte, zumal er im ersten Einflußgebiet lebte und wirkte, ist nicht zu bezweifeln. Jedenfalls scheinen die Forschungsergebnisse immer mehr darauf hinzuweisen, daß von den Bibelverdeutschungen, die im 14. Jh. im ostmitteldeutschen Raum oder in dessen Einflußbereich entstanden sind, eine kontinuierliche Linie in der sprachlichen Verwandtschaft bis zu Luthers selbständiger Arbeit führt.

Mit der Bibelfassung in Form einer Sammlung der Evangelienperikopen durch das ganze Kirchenjahr sowie einem Zusatzteil von Perikopen für einige Heiligentage, wobei die ausgewählten Heiligentage zu den am höchsten gefeierten Festen der römischen Kirche gehören und keine Heiligengestalten einbezogen sind, die als Schutzpatron eines Sprengels oder einer Diözese die Brauchbarkeit der Sammlung für eine bestimmte Landschaft beschränken würden, ist uns ein bedeutendes Denkmal aus der Epoche der literarischen Blüte in Prag unter den Luxemburgern Karl IV. und Wenzel und speziell aus dem Bereich der Bibelübersetzung überliefert. Gerade durch die rege Förderung der Verdeutschung und Verbreitung der Bibel in einzelnen Teilen oder als Gesamtwerk hat sich Kaiser Karl IV. mit seinen Gelehrtenkreisen

<sup>17</sup> Ziese mer 14.

<sup>18</sup> St a m m l e r, Wolfgang: Zur Ostdeutschen Bibelübersetzung des Mittelalters. In: Kleine Schriften zur Literaturgeschichte des Mittelalters (1953), S. 187; M a u e r e r 1.

<sup>19</sup> P i e t s c h, Paul: Evangelij und Epistel Teutsch, die gedruckten hochdeutschen Perikopenbücher (Plenarien) 1473—1523 (1927).

ein besonderes Verdienst erworben und in der deutschen Geistesgeschichte noch vor dem epochalen Werk Martin Luthers bahnbrechend gewirkt. Noch ruhen manche literarischen Kostbarkeiten gleicher oder ähnlicher Gestalt und ebensolchen Gehaltes in deutschen, österreichischen und böhmischen Bibliotheken. Es ist zu erwarten, daß eine systematische und umfassende Erforschung dieses Materials ein fortschreitend klareres Bild von vielen bereits bekannten Gelehrten gestalten aus Böhmen oder von wichtigen Zusammenhängen in der Literatur des Spätmittelalters gewinnen läßt, ja daß überhaupt noch manche unbekanntes Dinge dadurch erst ans Licht kommen werden.

## BEITRÄGE ZUR MATHESIUS-BIBLIOGRAPHIE

Von Herbert Wolf

### *Schrifttum*

Den Ausgangspunkt für die Erforschung von Leben und Werk des Joachimsthaler Bergpredigers Johannes Mathesius bildet noch immer Georg Loesches zweibändige Monographie<sup>1</sup>, die bis heute noch nicht ersetzt ist. Ihr Wert liegt nicht zuletzt darin, daß ihr der damals zugängliche Briefwechsel diplomatisch treu beigelegt und eine bisher nicht erweiterte oder verbesserte Bibliographie der Mathesius-Veröffentlichungen, einschließlich späterer Auflagen und Nachdrucke, vorgelegt wurde. Es soll die Bedeutung dieses verdienstvollen Werkes keinesfalls geschmälert werden, wenn wir an ihm zwei Äußerlichkeiten bedauern: die beim Orientieren über Einzeldaten in der anschaulichen Biographie auftretenden Schwierigkeiten und die in Loesches eigene Formulierungen fast nahtlos eingefügten Mathesius-Worte, die leider nicht in der Originalfassung wiedergegeben sind — wohl mit Rücksicht auf einen breiteren Leserkreis.

Das Buch ist damals von der Forschung freudig begrüßt und wohlwollend aufgenommen worden. Die wichtigsten Rezensionen stammen aus der Feder von Knaake<sup>2</sup>, Bossert<sup>3</sup> und Wolkan<sup>4</sup>. Loesche hat auch andernorts das Lebenswerk des Mathesius gewürdigt: u. a. schrieb er den betreffenden Artikel für Herzogs Realencyklopädie<sup>5</sup> sowie für die RGG in der 2. Auflage. Für die 3. Auflage dieses theologischen Nachschlagewerks verfaßte Hans Volz den Beitrag über Mathesius.

Seiner Gesamtdarstellung hatte Loesche wichtige Mathesius-Abhandlungen vorausgeschickt, andererseits hat er sich auch nach 1895 wiederholt mit Mathesius befaßt. Abgesehen von der gebührenden Berücksichtigung des Mathesius in seiner „Geschichte des Protestantismus im vormaligen und im neuen Österreich“<sup>6</sup> und einer Anzahl unten aufgeführter Aufsätze sind einige Werke des Joachimsthaler Predigers durch den Wiener Kirchenhistoriker in zuverlässigen Neuausgaben herausgebracht worden (siehe unten im Bericht über die Quellen!).

<sup>1</sup> Loesche, Georg: Johannes Mathesius. Ein Lebens- und Sitten-Bild aus der Reformationszeit. 2 Bde. Gotha 1895.

<sup>2</sup> Theologische Studien und Kritiken 69 (1896) 373 ff.

<sup>3</sup> Theologische Literaturzeitung 20 (1895) 258 ff.

<sup>4</sup> MVGD 34 (1896) Literaturbeilage S. 12 ff.

<sup>5</sup> Realencyklopädie für protestantische Theologie und Kirche. Begründet von J. J. Herzog. 3. Aufl. Hrsg. von Albert Hauck u. a. Bd. 12. Leipzig 1903, S. 425 ff. und Bd. 24. Leipzig 1913, S. 71.

<sup>6</sup> Zuletzt in 3. Aufl. Wien-Leipzig 1930, S. 385—387.

Im Jahre 1910 hat Loesche<sup>7</sup> nochmals eine ausführliche Gesamtcharakteristik Johannes Mathesius' gegeben, die jedoch nur wenig neue Angaben gegenüber Loesches Monographie bringt. Wichtig ist hierin der Hinweis auf die Auseinandersetzungen in Joachimsthal, die in den Akten des Prager Statthaltereiarchivs festgehalten sind. Demzufolge soll Mathesius die Knappen an einem heimlichen Ort im Bergwerk zum Widerstand gegen den böhmischen König angestachelt haben. Loesche erhellt das Zwielicht, in das Mathesius wegen seines Verhaltens Ferdinand und Maximilian II. gegenüber gekommen war. Korrespondenz und persönliche Kontakte mit einem großen Kreis hochgebildeter Männer bezeugen des Mathesius geistige Aufgeschlossenheit und menschliche Lauterkeit, die sich zuweilen sogar über konfessionelle Schranken hinwegsetzen konnte — man denke nur an sein vertrautes Verhältnis zu dem katholischen Arzt und Naturkundigen Georg Agricola. Loesche erwähnt ferner die von Mathesius abgeschlagenen Berufungen an die Universität Königsberg und in das angesehene Merseburger Pfarramt. Kleine Ergänzungen zu der 1895 vorgelegten Bibliographie sind eingestreut: waren zunächst nur fünf Auflagen der Predigten über das Leben Jesu genannt, so werden jetzt acht aufgeführt. Im Anschluß an eine eingehende Analyse der „Sarepta“ bringt Loesche aufschlußreiche Zeugnisse über die künstlerische Behandlung des Bergbauthemas. Auf den kulturgeschichtlichen Gehalt der Kausalreden des Joachimsthaler Predigers wird nachdrücklich hingewiesen. Endlich lenkt Loesche die Aufmerksamkeit noch auf den Einfluß von Luthers Sprache auf die des Mathesius.

Loesche verdanken wir einen kürzeren Bericht<sup>8</sup> über das Mathesius-Schrifttum um die Jahrhundertwende, worin er u. a. das seither noch nicht wieder aufgegriffene Thema „Pädagogisches von J. M.“ erwähnt, das Paul Zinck<sup>9</sup> gleichzeitig behandelt hatte, ohne es voll auszuschöpfen.

Wir kommen zu Untersuchungen, die auf die *Lebensgeschichte* des Mathesius eingegangen sind. Eine allgemeinverständliche Biographie in pastoralem Stil bringt G. F. Fuchs<sup>10</sup>. In diesem Beitrag fehlt es nicht an falschen Angaben und schiefen Urteilen. Ein anschauliches Lebensbild zeichnet Paul Zinck in seinem Aufsatz „J. M., der Bergprediger von Joachimsthal“<sup>11</sup>, der sich im wesentlichen auf Loesches Werk stützt. Mathesius wird zu Unrecht als „vorzüglicher Kirchenliederdichter“ gepriesen. Doch wird berechtigterweise auf seine Bemühungen hingewiesen, Luthers kleinen Katechismus für den Schulunterricht heranzuziehen und in der Joachimsthaler Kirchenordnung

<sup>7</sup> In: Die Wunderstadt St. Joachimsthal. Bd. 6. Weipert 1910, S. 55—128.

<sup>8</sup> Jahrbuch der Gesellschaft für die Geschichte des Protestantismus in Österreich 25 (1904) 275—280.

<sup>9</sup> Zinck, Paul: Pädagogisches von Johannes Mathesius. Der Praktische Schulmann 53 (1904) 22 ff.

<sup>10</sup> Fuchs, G. F.: Johannes Mathesius als Prediger. Zeitschrift für Pastoral-Theologie „Halte was du hast“ 25 (1902) 366—373.

<sup>11</sup> In: Bunte Bilder aus dem Sachsenlande. 2. Aufl. Bd. 3. Leipzig 1903, S. 258—266.

den Weisungen des Reformators treu zu folgen. Zinck schildert Mathesius als äußerst gewissenhaften Seelsorger, der durch sein Vorbild sowie mit Liebe und Strenge die unbändige Bergbaugemeinde zusammenhielt. Er gehörte zu den wenigen Führern der Reformation, die in den harten Auseinandersetzungen der Zeit immer einen gütlichen Ausgleich erstrebten. Wir sind der Meinung, daß in diesem Zusammenhang auch seine — allerdings nicht befolgte — Delegation zum Trienter Konzil zu beachten ist.

Die Familie, zu der der Joachimsthaler Prediger gehört, war mehrfach Gegenstand genealogischer Abhandlungen. So hat E. Mathesius<sup>12</sup> den Stammbaum und das Wappen der Familie Mathesius untersucht. Ab 1908 erschien sogar ein eigenes, dieser Sippe gewidmetes Organ, die „Verbandsblätter der Familien Mathesius — Matthesius — Matthäsius“. Wertvolle Details führt W. Klemens Pfau vor<sup>13</sup>. Der verdiente Lokalforscher vermutet, daß der Joachimsthaler Prediger als erster seiner Familie die Namensform „Mathesius“ eingeführt hat, während vorher Matz, Matteß u. a. bei dem Rochlitzer Geschlecht üblich waren. In der gleichen Zeitschrift<sup>14</sup> schreibt Loesche in Zusammenarbeit mit G. Bossert, O. Clemen und P. Flemming einen Beitrag „Vallensia“, der auf Grund neuer Handschriftenfunde Ergänzungen zur Lebensgeschichte des Mathesius bringt; ein eigenhändiger deutscher Brief und ein Schreiben von 1553 mit Eindrücken über seinen Besuch bei Melanchthon sind wichtige Zeugnisse. Unter demselben Titel berichtet Loesche<sup>15</sup> im Jahre 1916 über Mathesius-Nachkommen und das Schicksal posthumer Drucke des Pfarrers. R. Buchwald<sup>16</sup> stellt zwei Angaben Loesches<sup>17</sup> in Frage, die den Bruder und den Mädchennamen der Mutter von Mathesius betreffen. Adolf Hauffen ist der Verfasser des kurzen Lebenslaufs für die „Sudetendeutschen Lebensbilder“<sup>18</sup>, Sup. Meyer knüpft bei seiner Darstellung des Lebenslaufs von Mathesius<sup>19</sup> an lokalgeschichtliche Begebenheiten an. Er schildert die von einigen Schicksalsschlägen erschütterte Jugend des Mathesius in der Muldestadt Rochlitz, mit der Mathesius auch später noch manche Verbindung hatte und wo ihm 1904 ein Denkmal gesetzt worden ist. Der Aufsatz berichtet dann in enger Anlehnung an Loesches Biographie vom verdienstvollen Wirken des Pädagogen und Predigers, der sein Joachimsthaler Amt trotz ehrenvoller Berufung und politischer Anfechtungen nicht aufgegeben hat. Unter

<sup>12</sup> Mathesius, E.: Stammbaum und Wappen der Familie Mathesius. Archiv für Stamm- und Wappenkunde 4 (1904) 182 f.

<sup>13</sup> Pfau, Klemens: Beiträge zur Familienchronik von Johannes Mathesius. Jb. f. Gesch. Prot. Österr. 29 (1908) 163—171.

<sup>14</sup> Jb. f. Gesch. Prot. Österr. 34 (1913) 38—54.

<sup>15</sup> Loesche, Georg: Vallensia. Jb. f. Gesch. Prot. Österr. 37 (1916) 81—87.

<sup>16</sup> Buchwald, R.: Zur Mathesius-Forschung. Archiv für Reformationsgeschichte 20 (1923) 67.

<sup>17</sup> Mathesius-Biographie Bd. 1, S. 5 f.

<sup>18</sup> In: Sudetendeutsche Lebensbilder. Hrsg. von Erich Gierach. Reichenberg 1926, S. 103—106.

<sup>19</sup> In: Buch der Landschaft Rochlitz. Hrsg. von Bernstein. Rochlitz 1936, S. 167—170.

dem Titel „Rochlitz und der Kreis um Luther“ ist Georg Buchwald in der gleichen Rochlitzer Schrift auf das Verhältnis zwischen Mathesius und dem Reformator näher eingegangen. Auf Grund einer archivalischen Nachricht liefert Buchwald hier auch den Nachweis, daß Mathesius noch einmal im Jahre 1560 seine Vaterstadt aufgesucht hat. Die Verbundenheit des Mathesius mit dem humanistischen Wortführer des Protestantismus, Melanchthon, legt Rudolf Ríčan dar<sup>20</sup>. Seit der Wittenberger Studienzeit waren die beiden Anhänger der Reformation freundschaftlich verbunden und haben zahlreiche Briefe ausgetauscht. Über Mathesius spricht Melanchthon den vom böhmischen König arg bedrängten Protestanten Mut zu — kennt er doch den Joachimsthaler Pfarrer als treuen Anhänger des lutherischen Bekenntnisses, der die nationalen Gegensätze auf böhmischem Boden im Geiste des Evangeliums zu überbrücken weiß. Otto Eduard Schmidt<sup>21</sup> gibt einen biographischen Abriss mit besonderem Augenmerk auf die Wittenberger Jahre und auf die Verdienste, die sich Mathesius in der Bergmannsseelsorgé erworben hat. Ein von H. Breite<sup>22</sup> veröffentlichter Beitrag zeigt Mathesius als unerschrockenen Vorkämpfer für das lutherische Bekenntnis in Böhmen. Dem gleichen Thema geht P. Lethaus nach<sup>23</sup>. Er weist darauf hin, daß Mathesius schon durch den Beruf seines Vaters die besten Voraussetzungen zum Seelsorger der Joachimsthaler Bergbaugemeinde mitbrachte; für das unruhige Volk des Städtleins war sein vorbildliches Familienleben ein leuchtendes Beispiel; bewundernswert ist sein Bemühen, der Gemeinde das Alte Testament näherzubringen. Ein Lebensbild, das Mathesius vor allem als bedeutenden Luther-schüler würdigt, gibt Hermann Löscher im „Glückauf-Kalender“ (Schwarzenberg 1926) aus Anlaß des Reformationstages. Dem Aufsatz ist ein lebendiges Porträt des Joachimsthaler Predigers beigelegt, das dem Monogramm zufolge dem Kupferstecher J. J. Boissard (geb. 1528 in Besançon) zu verdanken ist. Diesen Stich hatte schon Loesche in der Mathesius-Biographie veröffentlicht. Er steht dem Porträt nahe, das wir nach einem bislang noch nicht publizierten Original dieser Bibliographie beigelegt haben (siehe S. XXXX). Eine biographische Skizze von Johannes Meier im „Chemnitzer Tageblatt“ vom 20. 6. 1944, Nr. 168, sei nur am Rande erwähnt. Einen Überblick über die wichtigsten Lebensdaten des Mathesius bietet Hans Prescher als Teil einer Artikelserie „Sächsische Naturforscher“<sup>23a</sup>. Einige kleine Versehen darin seien richtiggestellt: Mathesius war Hauslehrer in Odelzhausen (nicht Oldezhausen); sein Todestag ist der 7. 10. 1565, nicht der 8. 9.; die Bergpredigten wurden nicht 1561, sondern erst ein Jahr später zur „Sarepta“ zusammengefaßt.

<sup>20</sup> Ríčan, Rudolf: Melanchthon und die böhmischen Länder. In: Philipp Melanchthon 1497—1560. Bd. 1: Humanist, Reformator, Praeceptor Germaniae. Berlin 1963, S. 237—260.

<sup>21</sup> Mitteilungen des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz 26 (1937) 114—118.

<sup>22</sup> Breite, H.: Johannes Mathesius, ein Zeuge Jesu Christi. Furche 25 (1939) 41—46.

<sup>23</sup> Lethaus, P.: Johannes Mathesius, der sudetendeutsche Reformator. Die Diakonie 15 (1940) 64—69.

<sup>23a</sup> Prescher, Hans: Sächsische Naturforscher. 3. Folge: J. Mathesius. In: Heimatkundliche Blätter der Bezirke Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt (1956) 92.



Johannes Mathesius  
unsignierter Kupferstich im Besitz von Dr. Wolf

O. Michaelis schildert in einem Beitrag<sup>24</sup> die freundschaftliche Verbundenheit des Predigers mit seinem begabten Kantor Nikolaus Herman(n). Dieser hatte dem lutherischen Bekenntnis in Joachimsthal den Weg gebahnt, nicht zuletzt mit seiner 1524 gedruckten Epistel „Ein Mandat Jesu Christi an alle seine getreuen Christen“. Sein glaubensstarkes Zeugnis wurde in die von Robert Stupperich herausgegebene Sammlung „Reformatatorische Verkündigung und Lebensordnung“<sup>25</sup> aufgenommen, in der man allerdings schmerzlich jeglichen Beitrag aus dem reicheren Werk des Johannes Mathesius vermißt. Zu den dort abgedruckten Beiträgen hätte wenigstens seine „Oeconomia oder Bericht, wie sich ein Hausvater halten soll“ gehört, die vollständig oder auszugsweise über 50 mal gedruckt und sogar in fremde Sprachen übersetzt worden ist. Der Freundschaftsbund zwischen dem Joachimsthaler Kantor und dem Prediger wird uns auch vorgestellt in „Vom silbernen Erzgebirge. Kreis Annaberg. Geschichte, Landschaft, Volkstum“<sup>26</sup>. Ein Gespräch zwischen den beiden hat Otfried Preussler ersonnen<sup>27</sup>, um die Joachimsthaler Verhältnisse zu veranschaulichen; in diesem fingierten Dialog lehnt Mathesius Melanchthons Angebot auf Lehrstühle in Leipzig oder Wittenberg ab unter Hinweis auf seine wichtigere Aufgabe im Tal. Am Rande sei eine unrühmliche Darstellung erwähnt: im „Deutschen Literatur-Lexikon. Biographisch-bibliographisches Handbuch“ von Wilhelm Kosch<sup>28</sup>. So dankenswert und nachahmenswert die Berücksichtigung in einem germanistischen Nachschlagewerk ist — so ärgerlich sind die falschen Angaben: der Geburtsort Rochlitz wird nach Böhmen verlegt, Mathesius zu Unrecht als geistlicher Lyriker hervorgehoben und ihm das Morgenlied „Aus meines Herzens Grunde“ fälschlich zugeschrieben: es ist jedoch nach den Ermittlungen von Paul Althaus, der auch das druckfertige Manuskript aus dem Jahre 1588 entdeckt hat, eindeutig Georg Niede zu verdanken; die „Sarepta“ wird unverständlicherweise „Handpostille“ genannt. Schließlich möchten wir noch eine poetische Darstellung der Lebensgeschichte des Johannes Mathesius nennen, J. Norrmanns fünftaktiges Schauspiel „Der Pfarrer im Tal“, Wolfenbüttel 1904, dem allerdings kein nachhaltiger Erfolg beschieden war — nicht zuletzt wegen des romantischen Tones in der von den Fakten oft abweichenden Handlung.

Eine zu knappe Berücksichtigung findet Mathesius in den von Ernst Lehmann u. a. veröffentlichten „Evangelischen Bausteinen zum sudetendeutschen Geschichtsbild“, die den Obertitel „Um Glaube und Heimat“ tragen (Melsungen 1957). Unter Anlehnung an Loesches Werk werden des Mathesius Verdienste um die Reformation in Joachimsthal vorgestellt. Sein weitreichender

<sup>24</sup> Kirche. Evangelische Wochenzeitung 3 (1948) Nr. 9, S. 2.

<sup>25</sup> In: Reformatatorische Verkündigung und Lebensordnung. Bremen 1963, S. 319—332. (Sammlung Dieterich 268.)

<sup>26</sup> Bd. 1. Schwarzenberg 1938.

<sup>27</sup> Große Sudetendeutsche. Geistestaten, Lebensfahrten, Abenteuer. Hrsg. v. Josef Schneider. München 1957, S. 41—45.

<sup>28</sup> 2. Aufl. Bd. 2. Bern 1953, S. 1659 f.

Einfluß auf den böhmischen Protestantismus, sein erfolgreiches Bemühen um die Zusammenführung der Gläubigen beider Nationen im Geiste des Evangeliums, seine Haltung im Schmalkaldischen Krieg und die daraus resultierende Verantwortung vor König Ferdinand bleiben unerwähnt. In einem Beitrag geht Reinhold Jauernig<sup>29</sup> auf Mathesius als den Vorkämpfer des lutherischen Bekenntnisses in Böhmen ein. Neben einem kurzen Literaturbericht bringt Jauernig wichtige Korrekturen und Nachträge zur bisherigen Forschung. So wird eine Angabe des Joachimsthaler Predigers in Frage gestellt, derzufolge er selbst Luthers Predigten über 2. Moses 19 und 20 in Wittenberg gehört haben will. Den in der Weimarer Lutherausgabe vorgetragenen Ergebnissen zufolge hat der Reformator aber schon einige Jahre vor dem Eintreffen des Mathesius an der Leukorea über diesen Text gepredigt. Dann ruft Jauernig Luthers Vorwurf (WA TR V, 644) in Erinnerung: sein Joachimsthaler Schüler verwende zu viele schmückende Ausdrücke und Fremdwörter beim Predigen, die das Volk nicht verstehen könne. Aus Luthers Tischreden erfahren wir auch, daß Mathesius häufiger Gast bei Melanchthon gewesen ist.

Wir wollen im Folgenden das Schrifttum betrachten, das Mathesius im Zusammenhang mit seinem Wirkungsort *Joachimsthal* zeigt. Karl Knopf beschreibt diesen in einem anschaulichen und ansprechend ausgestatteten Bändchen „Die Wunderstadt St. Joachimsthal“<sup>30</sup>. Bei der Schilderung von Kultur und Bergbau berücksichtigt er auch Mathesius, der als strenger Lutherschüler und kontaktreicher Humanist auftritt. Einen anschaulichen Bericht über die kirchlichen Verhältnisse in der westböhmisches Bergstadt und über die freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Nikolaus Herman und Johannes Mathesius gibt Otto Frenzel in einer kleinen Abhandlung<sup>31</sup>. Mathesius als Joachimsthaler Chronisten schildert Karl Siegl<sup>32</sup>. Dabei handelt es sich um eine kommentierte Neuauflage der „Joachimsthaler Chronik von 1516—1617“<sup>33</sup>, der eine Lebensbeschreibung von Johannes Mathesius beigefügt ist. Am gleichen Ort erschien 1925 die materialreiche Arbeit von Hans Lorenz „Bilder aus Alt-Joachimsthal. Umriss einer Kulturgeschichte einer erzgebirgischen Bergstadt im 16. Jahrhundert“. Mathesius begegnet uns hier in seiner mannhaften Haltung bei den Unruhen des Schmalkaldischen Krieges; als bewußter Protestant rechtfertigt er sich 1546 vor König Ferdinand in Prag; seine Funktion als Ortschronist, Lutherbiograph, Bergbaukundiger, Seelsorger und Pädagoge und vor allem seine fruchtbare Zusammenarbeit mit dem Kantor Nikolaus Herman werden dargestellt. Viele seiner kulturgeschichtlichen Bilder hat Lorenz

<sup>29</sup> Jauernig, Reinhold: Luther und Böhmen. In: Heimat und Kirche. Festschrift für Erich Wehrenfennig. Heidelberg 1963, S. 47—77.

<sup>30</sup> Bd. 1. Weipert 1910.

<sup>31</sup> Frenzel, Otto: Vom Südhang des Erzgebirges. Ein Bild aus dem evangelischen Gemeindeleben Joachimsthal im 16. Jahrhundert. Leipzig 1916. (Sonderabdruck aus der Sächsischen Kirchenzeitung.)

<sup>32</sup> Siegl, Karl: Mathesius als Joachimsthaler Chronist. In: Unsere Heimat. Beilage zu den Gemeindeamtlichen Nachrichten. St. Joachimsthal 1923.

<sup>33</sup> Joachimsthal 1923.

direkt aus Mathesius-Werken entnehmen können; wenn wir so gut über damalige Joachimsthaler Verhältnisse unterrichtet sind, so verdanken wir dies nicht zuletzt der vielseitigen Umsicht dieses Pfarrers, der seine eigenen Beobachtungen dann auch überall in die Druckfassung seiner Predigten eingearbeitet hat. Mathesius besaß die lobenswerte Gabe, seiner Gemeinde die Augen für die besonderen Vorgänge im Tal zu öffnen — Lorenz hat darauf auch in einem kurzen Aufsatz hingewiesen<sup>34</sup>. Des Mathesius Bemühungen um die Reformation, das Bildungswesen und den Bergbau in Joachimsthal hat Wilhelm Weizsäcker 1932 in einem Vortrag hervorgehoben<sup>35</sup>.

Der Reformationsforscher Hans Volz würdigt „St. Joachimsthals Bedeutung für die Überlieferung reformatorischen Schrifttums“<sup>36</sup>. Demnach war Mathesius der geistige Mittelpunkt des Ortes und sorgte dafür, daß die Bücherei durch Gewerkspenden ausgebaut werden konnte; ferner berichtet Volz über den Mathesius-Schüler Peter Vogel (Avianus), der wichtiges Material zur Reformations- und Familiengeschichte zusammengetragen hat. Des Mathesius Beiträge auf dem Gebiet von Erziehung und Bildung am Ort schildert Heribert Sturm in einer Studie mit überregional geistesgeschichtlichem Blick<sup>37</sup>. Darin schreibt Sturm, daß erst Mathesius in der Stadt der Reformation zum Durchbruch verholfen und das kulturelle Leben geweckt hat. Acht Jahre leitete er die rasch aus dem Nichts aufblühende Lateinschule, in der er die humanistischen Bildungsgüter auf die lutherische Lehre abstimmte. Sturm erinnert ferner an die Bedeutung der „Joachimsthalischen Kirchen-, Schul- und Spitalordnung“ von 1551, die wesentlich auf Mathesius zurückgeht, der auch die musikalische Tätigkeit N. Hermans förderte. Der Anregung von Mathesius folgend besuchten bedeutende Humanisten und Reformatoren die Stadt im unwirtlichen Gebirge, eine umfangreiche Korrespondenz des Pfarrers stellte die Verbindung mit dem Kulturgeschehen im Reich her. Die Stadtväter waren sich seiner Meriten bewußt, wenn sie an Melanchthon über Mathesius schrieben: „des lehr, wesen vnd wandel alhier bekant vnd geliebt werde“. Zunächst wirkte Mathesius in Joachimsthal als Rektor der Lateinschule, nach seinem Theologiestudium zog es ihn wieder dorthin, günstige Angebote damals wie später ehrenvolle Berufungen ausschlagend. Um auf Sturms engeres Thema zurückzukommen: Mathesius ist zugleich der geistige Vater der Joachimsthaler Bibliothek. Er hielt Ausschau nach wichtigen Neuerscheinungen und ging die finanzkräftigen Bergeleute um Spenden an. Nach seinem Tode erhielt die Sammlung nur wenig bedeutende Zugänge und fiel durch die Gegenreformation gänzlich in einen Dornröschenschlaf, aus dem sie eigentlich

<sup>34</sup> Lorenz, Hans: Mathesius als Heimatbildner und Heimatforscher. Unser Egerland 30 (1926) 136—139.

<sup>35</sup> Gedruckt unter dem Titel: Weizsäcker, Wilhelm: Die kulturelle Bedeutung des erzgebirgischen Bergbaus im 16. Jahrhundert. In: Heimat und Kirche. Festschrift für Erich Wehrenfennig. Heidelberg 1963, S. 139—146.

<sup>36</sup> MVGDB 70 (1932) 27—37.

<sup>37</sup> Sturm, Heribert: Die Bücherei der Lateinschule zu St. Joachimsthal. Joachimsthal 1929. (Nordwestböhmisches Heimatbücher 2.)

erst wieder durch Sturms Monographie gerissen wurde. Heribert Sturm verdanken wir weiterhin einen „Abriß der geschichtlichen Entwicklung von Stadt und Bezirk Joachimsthal“<sup>38</sup>, der hier nicht unerwähnt bleiben darf; wir können nur wünschen, daß der Verfasser als bester Sachkenner schließlich doch noch seinen Plan einer umfassenden Geschichte von Joachimsthal zur Vollendung bringt — und das gewiß auch zum Nutzen der Mathesius-Forschung!

Wir kommen nunmehr zur Literatur über die *Werke* des Mathesius. Seine erfolgreichste Veröffentlichung (schon an der ungewöhnlich hohen Auflagezahl abzulesen), erschienen 1566 in erster Auflage unter dem Titel „Historien / Von des ehrwürdigen in Gott Seligen thewren Manns Gottes / Doctoris Martini Luthers / anfang / lehr / leben vnd sterben . . .“, ist auch zum häufigsten Gegenstand der Sekundärliteratur geworden. Diese Predigtsammlung behandelt Georg Loesche — von seiner Gesamtdarstellung und der Einleitung zu der unten erwähnten Neuausgabe abgesehen — in einem Aufsatz „Von Luthers ersten Biographen“<sup>39</sup>. Darin weist er auf den Quellenwert dieser Predigtsammlung hin, vergißt aber daneben nicht, ihre Grenzen abzustecken. Eine mustergültige und umfassende Arbeit legt Hans Volz vor<sup>40</sup>. Von den Fragen der Stoffgrundlagen an über die eigenartige Vortragsform bis zur Nachwirkung hin wird eine völlig erschöpfende Abhandlung über dieses reizvolle Werk geboten. Diese Untersuchung war dann die günstige Ausgangsbasis für die von Volz angeregte Berliner philosophische Dissertation von Wolfgang Herrmann<sup>41</sup>, die Mathesius' Einfluß auf die gleichzeitig begonnene, aber später abgeschlossene Predigtreihe des Mansfelder Superintendenten Spangenberg aufzuspüren sucht. Wie wichtig diese beiden Sammlungen für die Geschichte der Bergmannspredigt sind und wie Spangenberg und Mathesius es verstanden, das Leben des Reformators in geistlich-bergbaulicher Sicht zu zeigen, habe ich in dem Aufsatz „Das Montanwesen in zwei frühen Lutherbiographien“ dargestellt<sup>42</sup>. Den Fragen nach „Originalität und Abhängigkeit in den Lutherpredigten von Mathesius und Spangenberg“ bin ich in der Festschrift für Erich Wehrenfennig<sup>43</sup> im Einzelnen nachgegangen. Darin habe ich den Einfluß der „Sarepta“ auf Spangenberg zur Debatte gestellt, ferner den theologischen Standort und die homiletischen

<sup>38</sup> Joachimsthal 1932.

<sup>39</sup> Luther. Mitteilungen der Luther-Gesellschaft 1921, S. 56 ff.

<sup>40</sup> Volz, Hans: Die Lutherpredigten des J. Mathesius. Kritische Untersuchungen zur Geschichtsschreibung im Zeitalter der Reformation. Leipzig 1930. (Quellen und Forschungen zur Reformationsgeschichte 12.) Es handelt sich dabei um eine Berliner philosophische Dissertation (1929), von der zunächst ein Teildruck in Halle erschienen war.

<sup>41</sup> Herrmann, Wolfgang: Die Lutherpredigten des Cyriacus Spangenberg. Mansfelder Blätter 39 (1934/35) 5—95.

<sup>42</sup> Der Anschnitt. Zeitschrift für Kunst und Kultur im Bergbau 13 (1961) Nr. 6, S. 17—20.

<sup>43</sup> Heidelberg 1963, S. 147 ff.

Ansätze der beiden Lutherbiographen erörtert. Ein mit den Initialen E. M. C. unterzeichneter Beitrag „Luthers erster Biograph“<sup>44</sup> nimmt die Wiederkehr von Mathesius' 375. Todestag zum Anlaß, diese volkstümliche Lutherbiographie in Vergleich zu anderen Mathesius-Predigtsammlungen zu setzen. Welche Bedeutung dem Mathesius-Werk auch unter sprach- und stilkünstlerischem Gesichtspunkt zukommt, wird aus einer Arbeit von Arnold E. Berger deutlich, in der eine dieser Lutherpredigten abgedruckt wurde<sup>45</sup>. In der sprachgeschichtlichen Einleitung wird hier Mathesius für das 16. Jahrhundert, insbesondere für den Frühprotestantismus hohe Bedeutung zugemessen — nicht zuletzt wegen seiner getreuen und dabei ebenso schöpferischen Luther-nachfolge. Berger gibt das 7. Stück der Sammlung nach dem Text der Erstausgabe als besonders reizvolle Probe, handelt es doch von Luthers Vorliebe für die Fabel. Mathesius als Lutherbiograph erscheint schließlich in Ernst Walter Zeeden's Freiburger historischer Habilitationsschrift<sup>46</sup>. Zeeden betrachtet die Predigtsammlung in drei Abschnitten: Persönliches über Luther; Luthers Hauptleistung; Zur Charakteristik der Luther-Historien. Dabei betont er des Mathesius Interesse an Luthers praktisch-lehrhaften Absichten, seinem Grundsatz des leidenden Gehorsams, der papstfeindlichen Einstellung; wichtig ist für Zeeden auch die von Mathesius gegebene Deutung: Luther als deutscher Prophet; von hier aus öffnet sich der Weg zum orthodoxen Luthertum. Im Lebensabriß scheint Zeeden den Studienbeginn im Jahre 1529 und den -abschluß 1540/42 zu übersehen, wenn er schreibt: „Mathesius studierte zu Wittenberg in dem entscheidenden Jahrzehnt der Reformation, zwischen 1520 und 1530.“

Kaum geringer ist die Wirkung, die von der anderen Predigtsammlung des Mathesius „Sarepta oder Bergpostill . . .“ (Nürnberg 1562) ausging. Mit diesen Predigten hatte er als erster Protestant Montanwesen und christlichen Glauben in Beziehung gebracht, und zwar mit Hilfe der ihm geläufigen bergmännischen Terminologie. Ernst Göpfert beutet diese einzigartige philologische Fundgrube gründlich aus<sup>47</sup>. In Form eines Wörterbuchs führt er diese Fachausdrücke mit sachlichen und sprachwissenschaftlichen Deutungen vor, legt aber bedauerlicherweise eine späte Ausgabe (Freiberg 1679) zugrunde, in der natürlich die ursprüngliche Wortgestalt nicht immer beibehalten ist. Den inhaltlichen und formalen Fragen dieses Werkes geht Johannes Zeißig in seiner Leipziger philosophischen Dissertation nach<sup>48</sup>. Er wirft den wich-

<sup>44</sup> Das Evangelische Deutschland. Kirchliche Rundschau 17 (1940) 239 f.

<sup>45</sup> Berger, Arnold E.: Deutsche Kunstprosa der Lutherzeit. In: Reihe Reformation. Bd. 7. In Sammelwerk Deutsche Literatur in Entwicklungsreihen. Leipzig 1942, S. 200—211.

<sup>46</sup> Zeeden, Walter: Martin Luther und die Reformation im Urteil des deutschen Luthertums. 2 Bde. Freiburg/Br. 1950—52.

<sup>47</sup> Göpfert, Ernst: Die Bergmannssprache in der Sarepta des J. Mathesius. Zeitschrift für deutsche Wortforschung. Beiheft zum Bd. 3. Straßburg 1902.

<sup>48</sup> Zeißig, Johannes: Das Künstlerische in den Sareptapredigten des J. Mathesius und die Stellung der Sareptaidee innerhalb der Predigtliteratur. Manuskript. Leipzig 1921.

tigen Gesichtspunkt in die Debatte, daß zwischen der Kanzel- und der Druckfassung der „Sarepta“ erhebliche Unterschiede bestehen. Zeißig bemüht sich, einzelne Stileigenheiten herauszuarbeiten, sowohl von der Form (Allegorie, Metapher, Sprichwort usw.) als auch von der seelischen Haltung (Humor, Ironie, Satire) her gesehen. Bei der Untersuchung des Nachlebens dieser Sammlung gibt er einen ersten, sehr sporadischen Überblick über Bergmannspredigten, zumeist aus dem Erzgebirge. Hinter dem Titel Hermann Weinreichs „Wort und Werkzeug in den Predigten des J. M.“<sup>49</sup> vermutet man ebenfalls eine philologische Untersuchung. Es handelt sich aber um eine schlichte Inhaltsangabe der „Sarepta“ mit kurzer Einleitung über das Leben des Verfassers. Dabei geht es nicht ohne Fehler ab: sein Todesjahr wird mit 1568 (statt 1565) angegeben, die Zahl der Sareptapredigten irrtümlich auf 20 erhöht, sein Verhältnis zu Georg Agricola zu persönlich gesehen. Doch stellen wir uns hinter Weinreichs Urteil: Mathesius hat als Laie eine erstaunliche Kenntnis über das Montanwesen seiner Zeit an den Tag gelegt. Diese Sachkenntnis und sein vorbildliches Bemühen um die Seelsorge der Joachimsthaler Bergbaugemeinde stehen im Mittelpunkt der Betrachtung einiger kleinerer Beiträge: L. Rüger in der Zs. „Glückauf“ 68 (1932) 71—73; in der Zs. „Das Werk, Monatsblätter der Siemens-Rheinlbe-Schuckert-Union“ 14. Jahrgang; im „Siegerländer Heimatkalender“ 28 (1953) 94; von Franz Kirnbauer in den „Blättern für die Geschichte der Technik“ 16 (1954) 51—67. Kirnbauer schrieb auch für seine „Leobener Grünen Hefte“ 1954 als Nr. 15 ein Mathesius-Bändchen, das vor allem den engen Beziehungen des Bergpredigers zum Montanwesen nachspürt und eine ausführliche Inhaltsangabe der „Sarepta“ bringt. Daraus geht hervor, daß Mathesius über das engere Montanwesen hinaus einen „bedeutenden kulturgeschichtlichen Querschnitt durch die Welt der Technik um die Mitte des 16. Jahrhunderts“ gegeben hat. Einige Irrtümer sind Kirnbauer unterlaufen: die „Luther-Historien“ sind nicht zuerst in Wittenberg, sondern in Nürnberg erschienen; die früheste der dann in der „Sarepta“ gesammelten Bergmannspredigten erschien 1551, nicht erst 1553; die Berichte über Zarpath stehen nicht im Buch Hiob, sondern in 1. Könige 17, 9 ff. und Obadja 20. An Stelle der auch hier wieder aufgestellten Behauptung: Mathesius habe seine berufsbezogenen Kanzelansprachen in bergmännischer Tracht gehalten (Sigismund von Sallwürk hat auf seinem 1943 geschaffenen, jetzt im Bochumer Bergbau-Museum befindlichen Mathesius-Porträt den Prediger mit der Bergbarte in der Hand dargestellt), wünscht man sich endlich einmal einen glaubhaften Nachweis. Das reich ausgestattete Mitteilungsblatt der „Vereinigung der Freunde von Kunst und Kulturen im Bergbau“ (Der Anschnitt) hat in Heft 4/6 seines 5. Jahrgangs (1953) 13—15 einen Beitrag von Walter Heise „Geistliches Bergwerk“ gebracht. Unter diesem Titel stellt Heise die „Sarepta“ vor und weist rechtens auf das hohe Arbeitsethos hin, das in diesen Predigten den Bergleuten zugesprochen wurde. Leider nimmt es auch dieser Aufsatz mit Einzelheiten nicht allzu genau: die

<sup>49</sup> Deutsches Museum. Abhandlungen und Berichte. Jg. 4, Heft 2. Berlin 1932.

Erstauflage der Bergpostille erschien nicht „1571 posthum“, sondern drei Jahre vor Mathesius' Tod bei Johann von Berg und Ulrich Neuber in Nürnberg; auch ist die von Heise benutzte Ausgabe von 1587 nicht die 2., sondern bereits die 7. Auflage des Buches; und wie kommt der Verfasser zu der Behauptung: „Man merkt seinen Predigten die reformatorische Erneuerung im Grunde nicht an“? Eine gediegenere Analyse legt Walter Vogel vor<sup>50</sup>. Hier wird geschildert, wie Mathesius der exzeptionellen Geltung des Bergmannsstandes mit seinen Sareptapredigten entgegenkam, die am Anfang und als nie wieder erreichtes Vorbild eines verbreiteten bergmännischen Erbauungsschrifttums stehen. Vielleicht geht Vogel aber doch ein wenig zu weit, wenn er die hier vorgenommene, unmittelbar auf die soziale Verfassung der Gemeinde bezogene Bibelexegese allein vom evangelischen Schriftverständnis her zu erklären versucht. Der Rangfolge seiner Sicht, zuerst „den gesellschaftlichen Zweck und den mit ihm zusammenhängenden religiösen Sinn“ gleichsam sekundär zu betrachten, können wir uns nicht anschließen. An einigen Beispielen illustriert Vogel das Abgleiten der ursprünglichen Mathesius-Allegorien bei seinen Epigonen, das er mit der zunehmenden gegenseitigen Abschließung der Stände im absolutistischen Staat begründet. Daß Mathesius die bergmännische Allegorie nicht als erster auf die Kanzel gebracht hat, habe ich in meinem Aufsatz „Die ‚Himmlische Fundgrube‘ und die Anfänge der deutschen Bergmannspredigt“<sup>51</sup> gezeigt: Luthers Erfurter Lehrer, der Augustiner-Eremit Johann von Paltz, verwendet in einer 1490 gedruckten Predigt bergmännische Anspielungen, auf die er schon im Titel hinweist: „DIß büchlein wirt genannt die hymliche funtgrub darumb dz man hymlich ertze darynn mag vinden od' graben . . .“

Neben den beiden Predigtsammlungen, die wir in den vorangegangenen Abschnitten behandelt haben, hat besonders die Überlieferung einiger Tischreden Martin Luthers den Namen des Mathesius lebendig erhalten. Mit einer Einleitung, die ihrem Verhältnis zu den Aufzeichnungen von anderer Hand nachgeht, ist die Mathesius-Sammlung in der Weimarer Ausgabe von Luthers Werken<sup>52</sup> vorbildlich herausgegeben. E. Kroker hatte diese Sammlung bereits 1903 in Leipzig in einer Monographie vorgestellt.

Die außerhalb des *Montanwesens* liegende erstaunliche Sachkenntnis des Mathesius ist in zwei kleineren Abhandlungen dargelegt worden<sup>53</sup>, die nur als bescheidene Zeugnisse andeuten, welche kulturgeschichtlichen Aussagen

<sup>50</sup> Vogel, Walter: Die Bergbauallegorie des J. Mathesius. Deutsches Jahrbuch für Volkskunde 5 (1959) 350—360.

<sup>51</sup> Hessische Blätter für Volkskunde 49/50 (1958) 347—354. (Festschrift für Hugo Hepding.)

<sup>52</sup> Tischreden Bd. 4. Weimar 1916, S. XXVII—XLV und 557—705 sowie Bd. 5. Weimar 1919, S. 1—64.

<sup>53</sup> Heilmittel des Bergpredigers Mathesius. Pharmazie. Die Zeitschrift für Pharmazie, pharmazeutische Chemie 4 (1949) 289.

Das Buchgewerbe in der Bergpostille des J. Mathesius. Zeitschrift für Buchgewerbe. Jg. 69, S. 370.

im Werk des Joachimsthaler Predigers zu finden sind. Einige hat Paul Zinck zutage gefördert als „Kulturbilder aus dem Erzgebirge nach den Predigten des ersten Lutherbiographen Johannes Mathesius“<sup>54</sup>. Aus dem Themenkreis „Hygienisches und Medizinisches“ bringt er Belege, die Mathesius als achtbaren Ratgeber für eine gesunde und vernünftige Lebensführung ausweisen — finden sich doch bei ihm nützliche Verhaltensmaßregeln in Krankheitsfällen, insbesondere bei Seuchen. Es wird in erster Linie dem Rat seines vertrauten Arztes Georg Agricola zu verdanken sein, wenn er vor Kurpfuschern warnt. Als strenger Verfechter der lutherischen Lehre lehnt Mathesius auch die Anrufung von Heiligen bei bestimmten Krankheiten ab. In diesem Zusammenhang hätten des Mathesius Ausführungen über die Pest besondere Beachtung verdient, hat er doch über den „schwarzen Tod“, der vor allem im Anfang der fünfziger Jahre des 16. Jahrhunderts in Joachimsthal Einzug gehalten hatte, zwei ausführliche Predigten hinterlassen, die nicht zuletzt von seiner Vertrautheit mit medizinischen Fragen beredtes Zeugnis ablegen. Diese Pestpredigten, die nicht ohne Einfluß des einstigen Joachimsthaler Arztes Agricola sind<sup>55</sup>, müssen im Anschluß an „Pestschriften aus deutschen Bergstädten zu Beginn des 16. Jahrhunderts“ betrachtet werden, über die Gerhard Eis berichtet<sup>56</sup>. Im zweiten Teil seiner oben genannten Untersuchung greift Zinck das nahezu unerschöpfliche Thema „Mathesius als Bergbaukundiger“ auf und schildert des Joachimsthaler Predigers wissenschaftliches Bemühen um das Montanwesen. Durch seine Gespräche mit Bermann u. a. erwarb er sich fundierte technische Kenntnisse, machte sich mit den Berufsfragen seiner Pfarrkinder vertraut und studierte mineralogische Erscheinungen mit Hilfe seiner eigenen Handsteinsammlung. Immer wieder begegnet man in seinen Werken einer erstaunlichen Vertrautheit mit der Welt des Bergbaus, so daß nicht zu Unrecht bemerkt worden ist: „Seine Anschauungen ergänzen die bekannten Arbeiten Agricolas“ (S. 120). Zinck gründet seine Ausführungen auf zahlreiche Mathesius-Belege, bleibt uns aber die genaue Quellenangabe stets schuldig. Als erfahrener Seelsorger kannte sich Mathesius auch in den bergmännischen Glaubensvorstellungen gut aus. Zeugnisse dafür habe ich in dem Aufsatz „Sage und Volksglaube der Bergleute bei Mathesius“<sup>57</sup> gebracht. Dabei ging es mir darum, das Verhältnis des humanistisch gebildeten und glaubenstarken Predigers zu den neben oder gegen christliche Anschauungen stehenden Volksüberlieferungen aufzuhellen. Außerdem sollte dieser Beitrag darlegen, daß bergmännische Aussagen über das Gesamtwerk des Mathesius verteilt und nicht nur in der „Sarepta“ vertreten sind. Heinrich Stötzel berücksichtigt in seiner Kölner Phil. Dissertation „Die Bergmannsage“ (1936) nur einen Bruchteil des von Mathesius überlieferten Volkserzählguts aus dem Montanbereich. In einer kleinen Studie über den eigenartigen Bergmannsglauben vom „Wachsen des Erzes“ führt Ernst Schnei-

<sup>54</sup> Glückauf. Zeitschrift des Erzgebirgs-Vereins 37 (1917) 69—71, 118—120.

<sup>55</sup> Agricolas Studie „De peste“ wurde allerdings erst 1554 in Basel gedruckt.

<sup>56</sup> Der Anschnitt. Zeitschrift für Kunst und Kultur im Bergbau 14 (1962) 9 ff.

<sup>57</sup> Der Anschnitt 14 (1962) Nr. 5/6, S. 16 ff.

der u. a. Zeugnisse aus Mathesius vor<sup>58</sup>. Vor allem in der dritten Sarepta-predigt „Von vrsprung / zu vnd abnemen der Metallen / vnd Minerischen Bergarten vnd Ertzen . . .“ behandelt Mathesius derartige Volksüberlieferungen und ihre vermeintlich wissenschaftlichen Grundlagen, wobei er noch ganz den überkommenen absonderlichen Anschauungen verhaftet bleibt. Die vielfältige Bedeutung des Joachimsthaler Pfarrers für die Kulturgeschichte des Bergbaus ist auch in der folgenden Monographie noch nicht ausgeschöpft worden: Georg Schreiber „Der Bergbau in Geschichte, Ethos und Sakralkultur“<sup>59</sup>. Leider scheint der Verfasser kein Mathesius-Werk selbst benutzt zu haben, zitiert er doch stets aus der Sekundärliteratur, wodurch sich bei ihm zahlreiche Fehler eingeschlichen haben. So hält er auf S. 231 die „Sarepta“ und die „Bergpostille“ für zwei verschiedene Werke. Mißverständlich ist seine Aussage: „In den Spuren des Mathesius finden sich 1617 für die Bergleute zehn Gebote“ (S. 231); bei dem entsprechenden, von Schreiber auch abgedruckten Text handelt es sich um die bereits in der Erstausgabe der „Sarepta“ von 1562 niedergelegten geistlichen Forderungen des Joachimsthaler Predigers an seine Knappen. Mathesius' enge Verbundenheit mit dem erzgebirgischen Bergbau und zahlreichen seiner Fachleute klingt mehrfach an in Beiträgen der von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin herausgegebenen Festschrift „Georgius Agricola. 1494—1555, zu seinem 400. Todestag“ Berlin 1955. Eine gebührende Würdigung findet Mathesius in dem dort abgedruckten Aufsatz von Hans Prescher „Von Sammlern und Sammlungen des Mineralreiches im XVI. Jahrhundert“ (spez. S. 321 ff.). Der Vf. legt Nachdruck auf Mathesius' eigene Aussage, daß ihn die Lektüre von G. Agricolas „Bermannus“ veranlaßt habe, „zu fragen und selber einzufahren, auch sich oft in Hütten aufzuhalten und auch beim anlassen und ausstoßen oftmals zu verharren“. Zahlreiche seiner montanistischen Darlegungen hat Mathesius aus Agricolas „De re metallica“ in seine Sarepta übernommen. Mit welcher Aufgeschlossenheit er dem Bergbau anhing, wird deutlich aus seiner bedeutenden Mineraliensammlung. „In ihr fanden sich Stufen aus vielen bekannten Bergorten, und er konnte sich rühmen, Minerale zu besitzen, die selbst Agricola nicht hatte und nicht kannte“ (S. 323). Der Joachimsthaler Pfarrer spricht in seinen Predigten und Briefen oft von dieser Handsteinkollektion, die er durchaus nicht als Schmuck oder als nützliche Kapitalanlage, sondern als Studienobjekt betrachtete.

Wenden wir uns nun dem Schrifttum zu, das Mathesius aus philologischer Sicht betrachtet. Selbst dem Fachmann bereitet die Lektüre seiner Werke heute Schwierigkeiten, weil seine *Sprache* unermesslich reich an Eigenschöpfungen, Mundartaussdrücken, Fachtermini, Archaismen usw. ist. Abgesehen von den Kommentaren in seinen unten erwähnten vier Mathesius-Editionen hat

<sup>58</sup> Der Anschnitt 8 (1956) 18 ff.

<sup>59</sup> Wissenschaftliche Abhandlungen der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen 21. Köln-Opladen 1962.

Georg Loesche zwei Beiträge zum Verständnis schwieriger Mathesius-Stellen geschrieben<sup>60</sup>. Karl Reuschel hat einige sprachliche und sachliche „Bemerkungen zu Mathesius' Leichen- und Hochzeitspredigten“ veröffentlicht<sup>61</sup>. Eine für die philologische Forschung wichtige Stelle hat Max Hermann Jellinek zu interpretieren versucht<sup>62</sup>. In den „Luther-Historien“ hatte Mathesius geschrieben: „Meichsner, sagen auch die außländer, wenn sie vntern leuten gewesen, vnd jrs Landsmans vergessen, reden ein gut Deutsch, Drumb erwecket der Sone Gottes ein deutschen Sachsen, der gewandert war, vnd die Biblien Gottes in Meichsnische zung bracht“, das Jellinek so deuten möchte: „Meißner sagen, daß auch Ausländer (wie der aus dem Sächsischen stammende Luther einer war) . . .“ Dieser von Jellinek vorgeschlagenen Interpretation kann ich mich aus syntaktischen wie sachlichen Gründen nicht anschließen.

Einen Überblick über den Forschungsstand und Bericht über die einschlägigen lexikalischen Arbeiten habe ich unter dem Titel „Ein Mathesius-Wörterbuch“ vorgelegt<sup>63</sup>. Darin wird referiert, inwieweit der Mathesius-Wortschatz Eingang in die deutschen Lexika gefunden hat. Als wichtigster philologischer Beitrag wird das von uns oben schon genannte Fachwortverzeichnis von E. Göpfert gewürdigt. Ferner werden einige kleinere Beiträge vorgestellt, in denen der Mathesius-Wortschatz beiläufig mit herangezogen worden ist. Ergänzend dazu muß die Frage gestellt werden, ob und in welchem Maße die deutschen Wörterbücher von Kaspar Stieler (1691) und Christoph E. Steinbach (1725/34) Belege aus Mathesius-Predigten berücksichtigt haben; wir konnten das bislang noch nicht ermitteln, weil in diesem Werke keine Quellen genannt sind. Im Mittelpunkt meines Aufsatzes steht ein noch ungedrucktes Wörterbuch aus dem beginnenden 19. Jahrhundert, das den Mathesius-Wortschatz ausführlich bucht. Dieses Manuskript war der Forschung noch nicht bekannt, obwohl sein Verfasser wesentliche Beiträge für die Frühgeschichte der deutschen Philologie geleistet hat. Im Zusammenhang mit der Bedeutung des Mathesius für die deutsche Sprachgeschichte wird auf meine eigenen Untersuchungen zur wissenschaftlichen Erschließung seines Wortschatzes hingewiesen. Die Sammlung der wichtigen lexikalischen Zeugnisse aus seinen 1500 Predigten ist abgeschlossen. Bei der Auswertung bringen einige Sachbereiche besonders wertvolles Material. Die Erstbelege zeigen die Leistung des Mathesius auf dem Gebiet der Wortschöpfung, der Wortbildung und des Bedeutungswandels. In seinem regionalen Wortschatz spiegeln sich verschiedene Einflußwege, stand doch sein Wirkungsort Joachimsthal der mitteldeutschen und oberdeutschen Sprache gleichermaßen offen; daneben hat der ge-

<sup>60</sup> Zusammen mit Daniel Sanders in dessen Zeitschrift für deutsche Sprache 10 (1897) 138—144 sowie unter dem Titel: Mathesiana. Zeitschrift für deutsche Wortforschung 1 (1901) 235—238.

<sup>61</sup> Euphorion 7 (1900) 586 f. und 791.

<sup>62</sup> Jellinek, Max Hermann: Mathesius über Luthers Sprache. Zeitschrift für deutsches Altertum und deutsche Literatur 71 (1934) 186 f.

<sup>63</sup> Zeitschrift für deutsche Wortforschung. Neue Folge Bd. 4 (1963) 138—145.

bürtige Meißner während seiner Studienjahre in Oberdeutschland und im niederdeutschen Wittenberg viele Mundartausdrücke aufgenommen. Unter seinen Fremd- und Lehnwörtern bezeugen zahlreiche Slavica sein Bemühen um eine kulturelle Vermittlung im böhmischen Raum. All das beweist, daß Mathesius auch in der Handhabung der Sprache kaum seinem Lehrer Luther nachsteht. Die Verbundenheit des Joachimsthaler Predigers mit Böhmen habe ich in einem Beitrag mit dem Titel „Deutsch-slawische Begegnung zur Reformationszeit“<sup>63a</sup> untersucht. Darin wird gezeigt, welcher Anteil Mathesius am Ausgleich zwischen Deutschen und Tschechen zukommt. Auf Grund seines nachdrücklichen Bekenntnisses der Gleichheit aller Völker vor Gott hat er die beiden Bevölkerungsteile Böhmens zur gegenseitigen Achtung und Anerkennung ermahnt. Seine aufgeschlossene Haltung den slawischen Sprachen gegenüber wird am Beispiel zahlreicher Lehnwörter vorgeführt, unter denen einige erstmalig, andere einmalig in seinen Werken auftreten.

Betrachten wir endlich Arbeiten, die der *literaturgeschichtlichen Bedeutung* des Mathesius nachgehen. Rudolf Wolk an würdigt insbesondere den Liederdichter, und zwar zunächst in seiner großen „Geschichte der deutschen Literatur in Böhmen und in den Sudetenländern“ Augsburg 1925, dann in der spezielleren Untersuchung „Das sudetendeutsche Schrifttum des 16. Jahrhunderts“<sup>64</sup>. In seinem literaturgeschichtlichen Abriß „Das Schrifttum der Sudetendeutschen bis zur Schlacht am Weißen Berge“, Heidelberg 1924, behauptet Josef Nadler, die 13 geistlichen Lieder des Mathesius seien ganz von Nikolaus Herman beeinflusst worden; die Beweise dafür bleibt Nadler schuldig. Doch stellt er mit Recht das Verdienst des Predigers Mathesius vor das des Dichters. Wie in anderen Fällen hat Nadler aber den Einfluß des landschaftlichen Elements überschätzt, wenn er z. B. in der Sarepta „das farbengebende fränkische Wesen“ konstatieren möchte. Als Liederdichter ist Mathesius bisher oft überschätzt worden. Abgesehen von falschen Zuschreibungen ist kaum einem seiner Lieder ein langes Nachleben vergönnt gewesen. Eine Ausnahme bilden sein Wiegenlied „Nu schlaf, mein liebes Kindelein“ sowie seine Bergmannslieder „Gott Vater, Sohn, heiliger Geist“ und „Christ, König, Gott unser Heiland“. Gerhard Heilfurth hat in seiner Monographie „Das Bergmannslied. Wesen, Leben, Funktion. Ein Beitrag zur Erhellung von Bestand und Wandlung der sozial-kulturellen Elemente im Aufbau der industriellen Gesellschaft“<sup>65</sup> nachgewiesen, daß die beiden Choräle im erzgebirgischen Montanrevier lange überliefert worden sind. Die Geltung der „Sarepta“ erreichten sie indessen nicht. In einer eigenwilligen Studie „Ackermann und Bergleute aus Böhmen“<sup>66</sup> sieht Rudolf Alexander Schröder unter Hinweis auf Josef Nadler geistige Verbindungen zwischen Johannes von Saaz

<sup>63a</sup> Wolf, Herbert: Deutsch-slawische Begegnung zur Reformationszeit. Ihre Widerspiegelung bei J. Mathesius. In: Archiv für Kulturgeschichte (im Druck).

<sup>64</sup> Vorträge zur Kunde des Sudetendeutschums. Heft 2. Prag 1927.

<sup>65</sup> Kassel-Basel 1954, S. 596 und S. 658.

<sup>66</sup> Die Aufsätze und Reden. Bd. 2. Berlin 1939, S. 171—186.

und Johannes Mathesius, die uns nicht überzeugen können. Die literaturgeschichtliche Stellung des von Mathesius so gern in seine Kanzelansprachen eingeflochtenen Erzählgutes habe ich in dem Aufsatz „Das Predigtexempel im frühen Protestantismus“<sup>67</sup> untersucht. Hierbei erwies sich der Joachimsthaler Prediger als ein guter Kenner antiker Schriftsteller und volkstümlichen Erzählgutes, während er in den älteren deutschen Dichtungen wenig bewandert war.

Wir stehen am Ende dieses bis 1963 reichenden Schrifttumsberichts. Neben wissenschaftlich gediegenen Untersuchungen sollten Darstellungen für einen weiteren Leserkreis nicht unberücksichtigt bleiben, um zu zeigen, wie vielseitig und nachhaltig die von Mathesius ausgehende Wirkung ist. Dabei ist mehrfach angedeutet worden, daß das Lebenswerk dieses Mannes noch längst nicht erschöpfend ausgewertet wurde. Rudolf Wolkan hatte in seiner frühen Czernowitzer Zeit bereits den Plan gefaßt, die Mathesius-Predigten einer eingehenden philologischen Betrachtung zu unterziehen; andere Aufgaben haben den Plan nicht zur Verwirklichung kommen lassen. Dieses Desideratum habe ich gern aufgegriffen. Angesichts des nötigen Arbeitsaufwandes (es mußten gegen 1500 Predigten exzerpiert werden, deren Ermittlung in den Bibliotheken allein schon sehr mühevoll ist) wäre eine zu enge thematische Aufgabengrenzung unratsam: neben den philologischen sollen die volkskundlichen, kultur- und sozialgeschichtlichen Erscheinungen im Lebenswerk des Mathesius zutage gefördert werden; ich hoffe, die Arbeit in absehbarer Zeit abschließen zu können. Daneben bleibt Mathesius — trotz Loesches Gesamtdarstellung — ein immer noch lohnender Forschungsgegenstand für die Theologen.

### *Quellen*

Georg Loesche hatte seiner Mathesius-Biographie ein Verzeichnis der Werke des Joachimsthaler Predigers beigefügt, das erstmals dessen gesamtes umfangreiches Schaffen sichtbar werden ließ. Auf Grund von Umfragen in etwa 50 deutschen und ausländischen Bibliotheken ermittelte Loesche 56 verschiedene eigenständige Werke des Mathesius, deren Drucke er gewissenhaft mit allen erforderlichen bibliographischen Angaben (einschließlich des Nachweises über einige derzeitige Depots) verzeichnet hat. Daraus ergab sich, daß verschiedene Mathesius-Werke in Dutzenden von Auflagen bis ins 19. Jahrhundert hinein verbreitet waren; es fehlte nicht an Angaben über Editionen in fremden Sprachen. Diese reichhaltige Bibliographie diente Loesche als Grundlage für seine zweibändige Untersuchung über Leben und Werk des Mathesius. So hoch der wissenschaftliche Wert dieser Monographie ist, vermochte sie doch noch nicht die bereitstehenden Quellen ganz auszuschöpfen. Umso mehr hätte man erwarten dürfen, daß die von Loesche ermittelten

<sup>67</sup> Hessische Blätter für Volkskunde 51/52 (1960) 349—369. (Festschrift für Bernhard Martin.)

Veröffentlichungen des Mathesius die Forschung zu weiteren diesbezüglichen Arbeiten anregen würden. Unser voranstehender Schrifttumsbericht hat indessen gezeigt, daß in den letzten Jahrzehnten nur ganz wenige bedeutende Arbeiten über Mathesius erschienen sind — hier sei noch einmal nachdrücklich auf die Untersuchungen von Hans Volz hingewiesen.

Johannes Mathesius ist zunehmend in den Schatten anderer Persönlichkeiten des Reformationszeitalters getreten, und so ist es kein Wunder, daß in den nunmehr nahezu 70 Jahren seit dem Erscheinen von Loesches Monographie kein Versuch unternommen worden ist, die 1895 vorgelegte Bibliographie zu ergänzen — von Hinweisen auf einzelne Funde und von Hans Volz' Bemühen um das Briefwerk abgesehen. Wir halten es deshalb für erforderlich, im Anschluß an unseren Bericht über die Sekundärliteratur auch eine Zusammenstellung der Mathesius-Ausgaben zu geben, die Loesche noch nicht kannte oder falsch bzw. unvollständig zitiert hat.

Wir beginnen mit einem Bereich, den Loesche nicht genügend beachtet hat: mit den *Handschriften*. In seiner Darstellung ist Loesche auf die Frage nach den Handschriften der Mathesius-Werke überhaupt nicht eingegangen, und in der Bibliographie sind die spärlichen Angaben darüber vielfach unvollständig. Während Loesche bei dem Briefwechsel genaue Angaben macht, ob jeweils ein Druck, eine fremde Handschrift oder ein Autograph vorliegt, bleiben seine Angaben über die Provenienz der Handschriften anderer Mathesius-Werke meist unklar. Wo Loesche eine Handschrift ermittelt hat, sagt er gewöhnlich nichts über die Hand des Schreibers aus. Man vermutet dann ein Mathesius-Autograph — in Wirklichkeit handelt es sich aber um zeitgenössische Niederschriften von Amanuenses oder um spätere Abschriften.

So dürfte es sich auch mit allen sogenannten Mathesius-Handschriften im Germanischen National-Museum Nürnberg verhalten. Loesche verzeichnet sie alle vier<sup>68</sup>, aber ohne genauere Kennzeichnung. Unsere Ermittlungen ergaben, daß die Schreiber nicht bekannt sind; es lassen sich mindestens zwei Hände nachweisen. Alle vier Handschriften — es sind angeblich im Jahre 1558 gefertigte Abschriften — sind in einem Renaissance-Lederband zusammengebunden, der den alten handschriftlichen Besizervermerk „Pastor Teلمان (?), Tzschopau“ trägt. „Das Wasserzeichen, welches auf fol. 160 sehr deutlich zu erkennen ist, findet sich in beiden Handschriften Nr. 20 994 und 20 995 ziemlich durchgehend. Es entspricht Briquet Nr. 2334 und beweist die Herkunft des Papierees aus der Prager Papiermühle; es wurde seit 1553 benutzt<sup>69</sup>.“ Diese Zeitstellung des benutzten Papierees läßt es schon fraglich erscheinen, ob Mathesius selbst das Nürnberger Manuskript geschrieben hat, denn eine der in dem Handschriftenband enthaltenen Predigten hat Mathesius wahrscheinlich schon am Gregoriustag, das ist der 12. März, 1552 vorgetra-

<sup>68</sup> Nr. X A, XIV A, XXXIV A und LVI seiner Bibliographie.

<sup>69</sup> Freundliche Auskunft durch den zweiten Bibliothekar des National-Museums, Herrn Dr. Walther Matthey.

gen; und wir wissen, daß er seine Predigten immer gleich zu Papier gebracht hat.

Nicht weniger gesichert ist die Zuweisung der Manuskripte von Mathesius-Werken in der Österreichischen Nationalbibliothek. Jede der dort aufbewahrten drei Handschriften (Cod. 11. 564 fol. 1r—13v; Cod. 11. 578; Cod. 11. 580) ist von einer anderen Hand geschrieben<sup>70</sup>. Davon hat Loesche nur das zuletzt genannte Stück, das die Predigt auf die Krönung Kaiser Maximilians II. enthält, in seiner Bibliographie angegeben (Nr. LV), auch hier ohne jeglichen Hinweis darauf, daß Mathesius als Schreiber nicht in Frage kommt. Diese Feststellung kann aber schon aus sprachlichen Kriterien getroffen werden: der Text ist lautlich und orthographisch eindeutig einem oberdeutschen Schreiber zuzuweisen. Ein gemäßiger oberdeutscher Einschlag sowie einige orthographische Eigenheiten lassen auch bei der Papierhandschrift Nr. 128 der Bibliothek auf Schloß Fürstenau den sicheren Schluß zu, daß wir es dabei nicht mit einem Mathesius-Autograph zu tun haben. Vielmehr handelt es sich wahrscheinlich um die Abschrift eines späteren Druckes. Bei der entsprechenden Nr. XXXII in Loesches Bibliographie fehlen diese Angaben.

Das bisher Mathesius selbst zugeschriebene Manuskript der Syrachpredigten hat wiederholt den Besitzer gewechselt. Loesches Angaben (Nr. XXXIX A) zufolge trägt diese lateinisch und deutsch ausgefertigte Handschrift den Vermerk: „manus propria Matthesii“; sie hat Quartformat und umfaßt 515 Seiten. Wahrscheinlich war sie durch einen Nachkommen des Joachimsthaler Predigers, nämlich Chr. Gottfr. von Mathesien, aus Riga nach Petersburg gelangt, wo sie zu Loesches Zeiten in der Bibliothek unter Signatur Q I 287 aufbewahrt wurde. Meine Nachforschungen nach dem heutigen Verbleib dieses Stückes waren zunächst erfolglos. Der Direktor der heutigen Saltikow-Schtschedrin-Bibliothek, Herr V. Barasenkow konnte mir lediglich mitteilen, daß diese Handschrift „nach Polen übergeben worden ist“. Auf meine wiederholten Anfragen bei polnischen Bibliotheksbehörden schrieb mir schließlich dankenswerterweise der Direktor der Bibliotheka Narodowa in Warschau, Herr Dr. Witold Stankiewicz, am 11. November 1963, daß diese Mathesius-Handschrift durch glückliche Fügung der Vernichtung entgangen ist und nunmehr in der Warschauer Volksbibliothek unter Signatur 4027 liegt. Mit Hilfe eines Mikrofils konnte ich diese Syrachhandschrift mit anderen Mathesius-Autographen vergleichen. Dabei kam ich zu dem Ergebnis, daß der Vermerk „manus propria Matthesii“ nicht stichhaltig ist. Es wird sich vielmehr um eine noch im 16. Jahrhundert angefertigte Ab- oder Nachschrift handeln.

Loesche erwähnt bei den Predigten über das Leben Jesu eine in der heutigen Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel liegende deutsche Handschrift: diese Zuweisung ist falsch! Unsere Überprüfung ergab, daß dieses Manuskript mit der Signatur Cod. Guelf. 1192 Helmst. nicht mit dem Zyklus über das

<sup>70</sup> Freundliche Auskunft durch den Direktor der Handschriftenabteilung, Herrn DDr. Franz Unterkircher.

Leben Jesu oder auch nur einzelnen der darin enthaltenen Predigten identisch ist (in Loesches Bibliographie Nr. XXXIV). Diese Handschrift gehört vielmehr eindeutig zur Loesches Nr. XXXVI. Von diesem Werk kennt Loesche (vgl. Band I, S. 388 f.) nur Druckfassungen mit 17 Predigten. Die Wolfenbütteler Handschrift enthält aber 18 Stücke. In den Drucken ist die letzte Predigt weggeblieben, die am Ostersonntag „Von der auferstehung des Herrn“ handelte, im Ms. auf S. 285 ff. Loesche bringt keinerlei Hinweis auf den Schreiber der Handschrift. Ihr Titel und Schluß sind in lateinischer Sprache und von einer gänzlich anderen Hand abgefaßt: „Passionis et Mortis Domini nostri Jesu Christi Historia secundum quatuor Evangelistas, Explicata à M. Johanne Mathesij pastore olim zum Jochimsthal. Anno 1551.“ Diese Entstehungszeit der Predigten bestätigt Loesche I, S. 388 ff., und sie wird auch auf S. 4 der Handschrift im Anschluß an den deutschen Titel genannt: „Vom leiden vnsers herrn Jesu Christi, fasten predigten M. Johannis Mathesij. MDLI.“ Am Ende findet sich der (Besitzer-?) Vermerk: „Finis harum concionum / Johann Zacharias . . . Anno 1693.“ Die Handschrift ist nachträglich etwas beschnitten worden, wobei der Text nur geringfügig in Mitleidenschaft geriet. Das gesamte Werk hat ein Schreiber geschrieben, der die Feder wiederholt gewechselt hat. Vielleicht wurde für die Niederschrift ein längerer Zeitraum verwendet; sie zeigt nämlich Inkonsequenzen in der Orthographie bzw. Lautwiedergabe. So finden wir anfangs „pilde“ (S. 40, 130 a, 140 a), später „bilder“ (S. 284), häufig „Gebote“ steht vereinzelt S. 245 b „Gepot“ gegenüber usw. Wie sich schon an den Schriftzügen ablesen läßt, handelt es sich nicht um ein Mathesius-Autograph. Gegen den Verfasser als Schreiber sprechen auch eine ganze Anzahl Verschreibungen, die sich meist als Hörfehler erklären lassen. Die Erstausgabe der Fastenpredigten von 1570 steht dem originalen Mathesius-Text sicher näher als die Wolfenbütteler Handschrift. Das zeigt sich z. B. daran, daß das Exordium in der Druckfassung situationsgebunden und vollständig ausgearbeitet vorliegt, während es in der Handschrift summarisch verkürzt erscheint (etwa im Anfang der 7. und 11. Predigt). Ferner ersetzt die Handschrift das im Druck lückenlose Schlußgebet (so am Ende der 10. Predigt) durch ein inhaltraffendes „etc.“. Aufs Ganze gesehen ist der Druck auch sonst ausführlicher als die Handschrift — andererseits schließen alle bekannten Drucke den Zyklus mit der 17. Predigt ab (am Osterabend gehalten), während die Handschrift 18 Stücke umfaßt (s. ob.!).

In Loesches Bibliographie fehlt unter Nr. XVII jeder Hinweis auf den handschriftlichen Auszug „Ex Sarepta M. Joh. Mathesii“, der in der Sammelhandschrift Ms. 1153, S. 1—62 in der Universitätsbibliothek Erlangen liegt. Die vermutlich in Nürnberg entstandene Handschrift trägt ein großes G auf der ersten Seite, das wohl auf den im 17. Jahrhundert lebenden Zusammensteller hinweist; es handelt sich also nicht um ein Mathesius-Autograph<sup>71</sup>. Nachdem

<sup>71</sup> Vgl. Fischer, Hans: Die lateinischen Papierhandschriften der Universitätsbibliothek Erlangen. Erlangen 1936, S. 565 f. — Freundliche Auskunft durch Herrn Bibliotheksrat Dr. A. Dietzel.

wir festgestellt haben, daß auch die in der Sächsischen Landesbibliothek deponierte Handschrift der „Postilla Prophetica“ (Signatur A 175; aus dem Nachlaß von V. E. Löscher) kein Mathesius-Autograph ist, müssen wir zu dem betrüblichen Resultat kommen, daß keine einzige der etwa 1500 Predigten des Joachimsthaler Reformators im Original nachgewiesen werden kann.

Die angeführten Beispiele mögen zeigen, wie ungenügend Loesches Angaben über Mathesius-Manuskripte sind, wie schwierig oder aussichtslos andererseits in diesem Bereich die Ermittlungen sind.

Wir kommen zu den *Nachträgen und Korrekturen* der von Loesche zusammengestellten Mathesius-Veröffentlichungen. Dabei verzichten wir allerdings auf Ergänzungen zu Loesches Angaben über den Standort von Mathesius-Drucken. Immerhin wollen wir aber darauf aufmerksam machen, daß Loesche einige wichtige Bibliotheken unberücksichtigt ließ, die gute Mathesius-Bestände aufweisen. So liegen in der Zwickauer Ratsschulbibliothek allein neun verschiedene Drucke des Joachimsthaler Predigers, worauf Otto Clemen hingewiesen hat<sup>72</sup>. Die folgenden Angaben bringen wir der leichteren Orientierung wegen in der Reihenfolge und mit der Bezifferung von Loesches Mathesius-Bibliographie.

Zu II. Neben dem ermittelten Einzeldruck der „Predigt von dem Bergwerck vnd Bergkleuten“ existiert eine weitere Auflage ohne Jahresangabe, die Wolfgang Meyerpeck in Freybergk hergestellt hat. Eine Kopie dieses Druckes befindet sich im Bochumer Bergbaumuseum.

Zu IV. In der Bibliothek der Grafen zu Solms-Laubach in Laubach/Hessen liegt folgende Ausgabe der Pastoralregeln „Ad imaginem divi Christophori de offitio episcoporum et pastorum ecclesiae dei D. Joannis Matthesii Senioris“. Dieser in einem unsignierten Sammelband aufbewahrte Einzeldruck enthält die lateinische und deutsche Fassung der gereimten Predigerordnung. Als Verfasser der deutschen Übersetzung ist And. Werner genannt, den Loesche bei seinen entsprechenden Nachweisen in Bd. II, S. 206 nicht mit aufgeführt hat. Eine deutsche Fassung seiner Pastoralregeln, die möglicherweise auf ihn selbst zurückgeht, hat Wolkan<sup>72a</sup> in der Handschrift M 53 der ehem. Dresdner Kgl. Bibliothek, fol. 147, ermittelt.

Zu IX. Einen von Loesche nicht gebuchten Druck der Trostpredigt über Matthäus 9 vermerkt der Katalog des Britischen Museums<sup>73</sup> mit der Signatur 4426 df. 29. (6.). Diese Ausgabe erschien bei Johann vom Berg und Ulrich Newber 1591 zu Nürnberg im Quartformat.

Zu X. Georgis Bücherlexikon<sup>74</sup> führt u. a. drei Ausgaben der Fragepostille

<sup>72</sup> MVGDB 58 (1920) 105 f.

<sup>72a</sup> Wolkan, Rudolf: Böhmens Anteil an der deutschen Litteratur des 16. Jahrhunderts. Teil III. Prag 1894, S. 520.

<sup>73</sup> British Museum. General Catalogue of Printed Books. Vol. 155. London 1962, Sp. 605 ff.

<sup>74</sup> Theophili Georgi, Buchhändlers zu Leipzig, Allgemeines Europäisches Bücher-Lexicon . . . T. 3. Leipzig 1742, S. 37 f.

auf, die bei Loesche fehlen. Es ist einmal das „Fragstücklein über die Sonntags- und Festevangelien. 8° Nürnberg 1587 und 1605“, zum anderen eine mit Kupfern ausgestattete Ausgabe „Kern Evgl. Haus-Postille. 4° Nürnberg (bei) Tauber“. Ferner findet sich bei Loesche keine Angabe über „M. Joh. Mathesij Lehr vnd Trost in Sterbensläufften / aus dem 1. Chronic. 22. auß dem 19. Psalm. vnd 39. Cap. Esaiæ / Leiptzig / 1568. in 8.“ Dieser zu Loesch'schen Separatausgabe 1\* zu zählende Titel wird auf S. 313 in Drauds Bücherverzeichnis<sup>75</sup> zitiert. Die gleiche Quelle bringt weiterhin eine Ergänzung zu Loesch'schen Separatausgabe X, 2\* auf S. 48 „M. Jo. Matthesij Fragstück von der Beicht / Absolution vnd H. Abendmal. Item wie sich ein Christlich Beicht-kind Gottselig verhalten soll / Leiptzig / 1568. in 8.“ Unter diesem Titel kennt Loesch'sche Bibliographie nur eine Ausgabe, die im gleichen Jahr bei Dietrich Gerlatz in Nürnberg erschienen ist.

Zu XII. Eine Loesche unbekannte Ausgabe der Leichenreden des Mathesius hat Gerhard Eis in den „Sudetendeutschen Monatsheften“ (1942) 349—51 vorgestellt. Wie die anderen von Loesche genannten Auflagen besteht der Band aus drei Teilen; er ist 1571/72 bei Dietrich Gerlatz in Nürnberg erschienen. Umfang und Format entsprechen nahezu den bisher bekannten Ausgaben. Eine weitere, von Loesche noch nicht verzeichnete Auflage dieser Leichenpredigten liegt in der Zwickauer Ratsschulbibliothek; sie ist 1576 in Nürnberg erschienen. Somit erhöht sich die Zahl der im 16. Jahrhundert herausgekommenen Auflagen dieses Mathesiuswerkes von sieben auf neun.

Zu XIII. Eine Ausgabe der Ökonomia von 1594, die aber Loesch'schen Titel XIII. o. nicht entspricht, nennt der Katalog des Britischen Museums mit Signatur 3456. a. 74. Diese Ausgabe hat Duodezformat. Die Leningrader Saltikow-Schtschedrin-Bibliothek besitzt folgende Ausgabe: „OECONOMIA. Das ist: Bericht wie man christlich haushalten sol. Durch J. Mathesium. Hamburg, Th. Wolder 1598“, die mit 57 Seiten etwas umfangreicher als die meisten anderen Drucke dieses Werkes ist; sie trägt in der genannten Bibliothek die Signatur 16. 152. 7. 68. Auch der Katalog des Britischen Museums enthält diese Ausgabe im Format 16° unter Signatur C. 108. bb. 3. (7.). Nach seinen Angaben umfaßt sie allerdings nur 32 Seiten und ist „Mit zwanzig schönen Haussgebetlein gemehret“. Von der bei Loesche unter XIII. bb. gebuchten Fassung der Ökonomia liegt im Britischen Museum auch ein Druck aus dem Jahre 1614, Signatur C. 65. c. 8. Der gleiche Katalog führt ferner eine Ökonomiaausgabe von 1616 im Oktavformat auf, Signatur 1360 e. 6. (1.). Diese Auflagen kennt Loesche ebensowenig wie eine 1644 in Stralsund erschienene, die nachgewiesen ist bei E. Weller<sup>76</sup> S. 329. Ferner ist eine 1796 in Leipzig

<sup>75</sup> Bibliotheca librorum Germanicorum classica, Das ist: Verzeichnuß aller vnd jeder Bücher / so fast bey dencklichen Jaren / biß auff's Jahr nach Christi Geburt 1625. in Teutscher Sprach von allerhand Materien hin vnd wider in Truck außgangen / vnd noch den mehrertheil in Buchläden gefunden werden . . . Durch M. Georgium Draudium. Franckfurt am Mayn 1625.

<sup>76</sup> Annalen der poetischen Nationalliteratur der Deutschen im XVI. und XVII. Jahrhundert. Bd. 2. Freiburg/Br. 1864, S. 329.

veröffentlichte Ausgabe der *Ökonomia* nachzutragen, die Graesse S. 442 nachweist<sup>77</sup>. Ihr genauer Titel ist laut Katalog des Britischen Museums „Johannis Mathesii Oeconomia, oder Bericht vom christlichen Hauswesen, in deutsche Reime gebracht durch Nickel Hermann. Als eine Gelegenheits-Schrift . . . wieder aufgelegt im Jahre 1796, hg. v. C. F. Eberhard, Leipzig 1796“ im Oktavformat, VIII und 15 Seiten; Signatur 11 517, ee. 1. Die „Knihopis českých a slovenských tisků . . . IV“ [Bibliographie der tschechischen und slowakischen Drucke], Prag 1948, führt außer dem bereits bekannten Druck der *Ökonomia* (Prag 1574) noch eine Ausgabe von 1615 an.

Zu XIV. Loesche nennt eine 1584 erschienene Ausgabe zweier Schulpredigten „Gedruckt zu Thorun in Preussen bey Melchior Nering“. Eine Neuauflage davon soll in der gleichen Offizin drei Jahre später herausgekommen sein. Diese Angabe mit der Nennung des leicht variierten Titels verdanken wir Cless' Nachschlagewerk, das auch noch einige andere Mathesius-Drucke nachweist, die Loesches Bibliographie vermissen läßt<sup>78</sup>. Die gleiche Auflage von 1587 wird auch bei Draud S. 383 genannt.

Zu XVII. Laut Auskunft des Direktors der Warschauer Volksbibliothek liegt in der Bibliotheka Jagiellońska zu Krakau ein Druck der Sarepta, der Quartformat hat und 1621 bei Dietrich Gerlach in Nürnberg erschienen sein soll. Diese Angabe wird sicher auf einem Irrtum beruhen, denn der Nürnberger Drucker hat in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts gewirkt. Unserer Meinung nach wird es sich bei dieser Ausgabe um die von Loesche mit XVII. 3 bezeichnete handeln, die im Jahre 1571 herausgekommen ist — man hat wohl die lateinische Jahreszahl nicht richtig aufgelöst. Von der Sarepta führt Draud zwei Ausgaben aus den Jahren 1571 und 1578 an, die die Ortsangabe „Leiptzig“ tragen. Das muß eine Verwechslung mit Nürnberger Drucken der gleichen Jahre sein. Die Saltikow-Schtschedrin-Bibliothek Leningrad besitzt einen Separatdruck der Joachimsthaler Bergchronik unter Signatur 15. 8. I. 2<sup>b</sup>. Es handelt sich um einen Teildruck aus der Erstausgabe der Sarepta bei Berg und Neuber, Nürnberg 1562. Den Angaben des Katalogs des Britischen Museums, Signatur 452. a. 33, zufolge enthält auch die Leipziger Sareptaausgabe von 1618, bei Loesche XVII. 9, noch eine Auslegung des 133. Psalms — wie auch Loesche XVII. 1\* von dem Georgi eine Ausgabe aus dem Jahre 1560 kennt. Zu Loesche XVII. 4\* ist gewiß der bei Georgi nachgewiesene Titel „Joachimsthaler Chronika. 4<sup>o</sup>. Freyberg 1618“ zu stellen. Hingegen fehlt bei Loesche folgender Sareptaauszug „Ein Gebet Christlicher Bergleute zu Gott . . . Aus des Herrn Mathesii (seliger) Bergpostill genommen und zusammen gezogen durch Johannem Hermanum. Bei Abraham Lamberg, Leipzig 1605 in 8<sup>o</sup>“, den das Britische Museum besitzt, Signatur 3456. e. 57.

<sup>77</sup> J. G. Th. Graesse: *Trésor de livres rares et précieux ou nouveau Dictionnaire bibliographique*. Tome IV. Dresden 1863, S. 442.

<sup>78</sup> Cless, Johannes: *Catalogi Librorum germanicorum alphabeticum*, Das ist: Verzeichnuß der Teudtschen Bücher und Schrifften, in allerley Faculteten und Künsten, so seyther Anno 1564 biß auf die Herbstmeß Anno 1592 außgangen . . . secunda pars. Franckfort/M. 1592.

Zu XVIII. „Vom Artickel der Rechtfertigung unnd warer Anruffung. Nürnberg 1565“ ist ein ebenfalls von Loesche nicht gebuchter Separatdruck. Die im Format 4<sup>o</sup> hergestellte Ausgabe liegt in der Berliner Deutschen Staatsbibliothek unter Signatur E 2960. Loesche kennt aus diesem Jahre nur den der Mathesius-Predigtsammlung „De profundis“ einverleibten (zweiten) Druck des „Artikels“. Druckort und -jahr, aber nicht Offizin stimmen damit bei der folgenden Ausgabe überein: „JOHANNES MATHESIUS Vom Artickel der Rechtfertigung vnnd warer Anruffung. Eine Trostschrift für eine betrübte Matron. Ein bericht von der waren anruffung / sampt einer kurtzen außlegung des Vater vnsers. Eine Predigt von der Wage Gottes. Luce am XVIII.“ Dieser Zusammendruck verschiedener Mathesius-Werke lag in der Joachims-thaler Lateinschulbibliothek. Deren Beschreiber, Heribert Sturm, gibt dafür das Druckhaus Johann vom Berg und Vlrich Newber an (S. 130).

Zu XIX gehört möglicherweise der bei Georgi gebuchte Titel „Gottselige Gebete. 8<sup>o</sup>. 1598“, sofern es sich nicht um eine Sammlung von Gebeten handelt, die in Loesches Mathesius-Bibliographie überhaupt nicht nachgewiesen ist. Wolkan<sup>79a</sup> S. 442 kennt darüber hinaus noch eine Ausgabe von 1567.

Zu XX. Ebenfalls Georgi nennt eine undatierte Ausgabe der „15 Hochzeit-Predigten. 4<sup>o</sup>. Leipzig“, zu der bisher keine Angaben vorlagen. Die Österreichische Nationalbibliothek besitzt unter Signatur Cod. 11. 578 21 handschriftliche Blätter von Mathesius' „Hochzeitspredigt aus der Historien Esther“. Unseren Ermittlungen zufolge ist dieses Manuskript mit dem 11. Stück der zuerst 1563 herausgegebenen Predigtsammlung „Vom Ehestand“ identisch.

Zu XXII. Ergänzend zu der 1563 in lateinischer Fassung erschienenen Flugschrift ist der von Loesche nicht genannte Originaldruck einer deutschen Ausfertigung der „Tabula über 1. Johannis 2“ anzuführen, der im gleichen Jahr bei Berg und Neuber in Nürnberg herausgebracht wurde. Otto Clemen hat ein Exemplar davon in der Zwickauer Ratschulbibliothek ermittelt.

Zu XXV. Die letzte der 1564 zuerst in einem Zusammendruck erschienenen drei Predigten, nämlich die Predigt von der Waage Gottes, wurde im Folgejahr in die oben als Nachtrag zu Nr. XVIII verzeichnete Sammlung aufgenommen. Im gleichen Jahr 1565 wurde auch ein vollständiger Nachdruck aller drei, von Loesche als Nr. XXV bezifferten Predigten in Nürnberg hergestellt. Diese Angaben bringt Draud S. 153.

Zu XXVI. Das gleiche Nachschlagewerk<sup>79</sup> kennt auch eine 1583 in Nürnberg gedruckte Ausgabe der „Postilla Oder außlegung der Sontags Euangelien“. Dagegen handelt es sich bei den von Rudolf Wolkan herausgegebenen „Sontags-Euangelia“<sup>79</sup> nicht um diese Predigtsammlung von Mathesius, wie mehrfach aus Versehen mitgeteilt wurde, sondern um eine Liedersammlung des mit Mathesius befreundeten Joachimsthaler Kantors Nikolaus Herman. Laut freundlicher Angabe ihres Direktors besitzt die Warschauer Volksbibliothek unter Signatur XVI. F. 1965 einen Druck der (Evangelien-?) Postilla, der im Format 2<sup>o</sup>. 1593 von den Erben der Katharina Gerlachin in Nürnberg

<sup>79</sup> Bibliothek deutscher Schriftsteller aus Böhmen. Bd. 2. Prag 1895.

hergestellt worden ist. Draud S. 320 ergänzt zu diesem Titel noch folgende Angabe „Matthesij Senioris Postilla mit etlichen Predigten gemehrt. Nürnberg / bey Paul Kauffmann / in 4. 1613. vnd Wittenberg bey Seelfisch Teutsch vnd Sächsisch“. Aus der knappen Titelangabe ist nicht klar zu erkennen, um welche der vier Mathesius-Postillen es sich dabei handelt. Meines Erachtens kann es nur die Evangelien-Postille sein, deren 11. Auflage auch bei dem oben genannten Paul Kauffmann in Nürnberg erschien, Loesches Angaben unter Nr. XXVI zufolge im Jahre 1600. Dem obigen Nachweis bei Draud nach wird dann eine bislang unbekannte Neuauflage in der gleichen Offizin erfolgt sein. Loesche führt auch einen niederdeutschen Druck des Werkes an, allerdings nur einen von 1571, den Hans Lufft gedruckt hat. Es ist sehr fraglich, ob die bei Draud mit dem Namen Seelfisch auftretende Ausgabe mit der Lufftschen identisch ist. In Ergänzung zu dem Separatdruck XXVI, 1\* bei Loesche ist auf die zwei Pestpredigten des Mathesius hinzuweisen. Die umfangreichere handelt über den Text Lukas 17, 11 ff. und ist zuerst 1565 in der Evangelien-Postille erschienen. Ein Separatdruck kam laut Loesche 1597 in Hamburg bei Theodosius Wolderer heraus. Dieser scheint identisch zu sein mit dem Nachweis bei Draud S. 314 „Matthaesii Predigt von der Pest. Frobenius in 8.“, denn Format und Erscheinungsort decken sich. Nur mag in dem einen Fall der Drucker, in dem anderen Fall der Verleger angegeben worden sein. Hingegen wird es sich bei folgendem Draud-Titel (S. 311) kaum um dieselbe Predigt Ausgabe handeln „Matthaesii-Bericht von der Pestilentz Leisten in 16. Hamburg bey Frobenio“. Dem anderen Titel und Format zufolge könnte man an die zweite Pestabhandlung des Mathesius denken.

Zu XXVII. 1\*. Georgi zitiert eine von Loesche nicht berücksichtigte Ausgabe „Erklärung des Lobgesangs Simeonis. 4°. 1580“ ohne Nennung der Offizin und des Druckortes.

Zu XXVIII. Die Deutsche Staatsbibliothek in Berlin hat als zweites Stück unter der Signatur Cy 2580 folgenden Mathesius-Band in Verwahrung „Himliche Beiwohnung und Kundtschafft aller säligen unternander . . . In einer . . . Trostpredigt . . . Hamburg 1597“. Einen (weiteren?) Hamburger Druck des gleichen Werkes im Oktavformat nennt Draud S. 388, ohne Erscheinungsjahr und Offizin anzugeben. Dabei scheint es sich um einen Loesche nicht bekannten Einzeldruck der unter Nr. XXVIII seiner Bibliographie verzeichneten Trostpredigt zu handeln.

Zu XXX. Eine Nürnberger Ausgabe der Luther-Historien im Quartformat ohne Jahresangabe (vielleicht doch 1566?) liegt in der Bibliotheka Narodowa in Warschau mit Signatur XVI. Qu. 3112. Der bei Loesche als Nr. 6 gebuchte Druck, dessen Offizin nicht festgestellt wurde, hat sich Katharina Gerlach und Joh. von Bergs Erben zuweisen lassen. Er scheint also die unmittelbare Vorlage für die Fassung von Nürnberg 1580 gewesen zu sein. Georgi kennt auch eine bisher nicht bekannte Ausgabe „Leben Lutheri. 4°. 1681“. Im Anschluß an die 1621 bei Bartholomäus Voigt in Leipzig verlegte Ausgabe der Luther-Historien (Loesche XXX. 13) nennt Draud S. 265 eine (weitere, bisher unbekannt?) Ausgabe „Leipzig bey Gottfried Grossen in 4“. Bei Nr. 21 dieses

Mathesius-Werkes vermißt man in Loesches Text einen Hinweis darauf, daß Achim von Arnim auch eine Vorrede dazu geschrieben hat. Die Leningrader Saltikow-Schtschedrin-Bibliothek führt unter Signatur 15. 14. 3. 20 die oben erwähnte Arnimsche Ausgabe mit der Jahreszahl 1818 an. Sofern es sich hier nicht um einen Irrtum handelt, haben wir es mit einer Neufassung der Vorlage von 1817 zu tun.

Zu XXX. 1\* bringt der Katalog des Britischen Museums unter Signatur 12305. b. 9. einen Neudruck in 8<sup>o</sup> aus dem Jahre 1700. Von der in St. Louis/USA herausgekommenen Nr. 45 des gleichen Werkes ist eine Kommissionsausgabe bei H. J. Naumann in Dresden hergestellt worden. Außer der von Loesche als Nr. 46 eingereichten, von Georg Buchwald besorgten Reclam-Ausgabe gibt es noch zwei weitere vom gleichen Herausgeber. Die eine erschien 1904 in Stuttgart, die andere ohne Jahresangabe in Basel. Die von Loesche besorgte diplomatisch-treue Neufassung führen wir unten an.

Zu XXXI. Bei Draud S. 8 steht der folgende Titel „M. Joh. Matthesij Bekandtnuß vom H. Abendmal / Leiptzig 1568. in 8. in XVI Predigten verfast“. Loesche kennt aus dem gleichen Jahr nur eine Nürnberger Ausgabe.

Zu XXXII. In dem Frankfurter und Leipziger Buchmesse-katalog für das Jahr 1625 steht der Titel „Christlicher Vnterricht weiß sich Gottselige Vnterthanen verhalten können / zur Zeit der Verfolgung / verfertigt durch M. Joann. Matthesium, Nürnberg bey Abraham Wagenman / in 12.“. Den gleichen Titel nennt der Buchmesse-katalog für das Jahr 1628. In beiden Fällen ist es unsicher, ob der Druck auch in dem Jahr erfolgt ist, in dem er auf der Messe feilgeboten wurde.

Zu XXXIV. Bei Georgi werden folgende Ausgaben vermerkt „Historia Jesu Christi. Nürnberg 1583. 4<sup>o</sup>“ und „Leipzig bei Vogt 1590“. Aus diesen Jahren kennt Loesche keine Drucke. Das Verzeichnis der Frankfurter und Leipziger Buchmesse für 1621 bringt „Erster Theil warhaffte vnd eigentliche abbildung der Historien vnsers lieben HErrn vnd Heilandes Jesu Christi / aus den heiligen Evangelien genommen / durch M. Johannem Mathesium, Leiptzig bey Barthel Voigt in fol.“. Vielleicht ist diese Ausgabe identisch mit der laut Loesche XXXIV, 5 im Jahr 1622 herausgekommenen, zumal der Buchmesse-katalog für 1622 den gleichen Titel wie Loesche nennt, nur statt der Angabe des Druckers mit der des (Verlegers?) Barthol. Voigt. Einen zweiseitigen Nürnberger Druck aus dem Jahre 1588 enthält der Sammelband Nr. 221, der im Antiquariatskatalog Nr. 194 (1963) von H. Th. Wenner, Osnabrück, angeboten war.

Zu XXXVI. Bei der Erstausgabe der Fastenpredigten bringt Draud S. 303 nur den Leipziger (Verleger?) Bartholomäus Voigt, während Loesche den Nürnberger Drucker Dieterich Gerlatz meldet. Dennoch scheint es sich um ein und dieselbe Ausgabe zu handeln.

Zu XXXVII. Der Katalog von Cless verzeichnet von diesem Mathesius-Werk folgende Fassung „Erklärung deß Catechismi Lutheri / gestellt durch die Kirchendiener in S. Joachimsthal. Sampt einem bericht der fürnembsten Hauptstück M. Johan Mathesij. Nürnberg 1575“ in 4<sup>o</sup>. Der bei Draud S. 88

angeführte Titel „M. Joh. Matthesij Erklärung deß Catechismi Lutheri / gestellt durch die Kirchendiener in Jochaimsthal (!) / Leiptzig / in 4. bey Voigt“ scheint mit keiner der bei Loesche nachgewiesenen Ausfertigungen dieses Werkes identisch zu sein.

Zu XXXVIII gehört möglicherweise der im Britischen Museum unter der Signatur 765. aa. 11. (4.) befindliche Druck „Nikolaus Hermans und Johannes Mathesius geistliche Lieder, etc. 1855. 16<sup>o</sup>.“

Zu XXXIX. „Erklärung des Syrachs. 2 Theile. f. 1597“ findet sich bei Georgi. Eine weitere Ergänzung bietet der Katalog des Britischen Museums, wo unter Signatur 3165. aa. 1. „J. Hildebrands in deutsche Reime übersetzter Jesus Syrach“ von 1662 in 8<sup>o</sup> aufgeführt wird, der Glossen aus den Syrachpredigten von Mathesius enthält.

Zu XL. An die Leipziger Ausgabe der Katechismuspredigten von 1589 ist mit neuer Paginierung noch „der Apostolische Christliche Kinderglaube“ gefügt worden; Loesche macht keine Angaben darüber. Diese zwanzig Predigten sind wie die vorangegangenen Fassungen bei Johann Beyer in Leipzig hergestellt worden. Eine Quartausgabe des „Catechismus durch Predigten erklärt“ aus dem Jahre 1689 verzeichnet das Bücherlexikon von Georgi.

Zu XLI. Vermutlich ist die bei Draud S. 285 nachgewiesene „Newejahrspredigt“ des Mathesius mit dem bei Loesche genannten Beyerschen Druck von 1587 identisch, obwohl Draud nur den (? Verleger Bartholomäus) Voigt angibt.

Zu XLII. Des Mathesius Predigt über den Nicodemus-Text kennt Loesche nur in einer Leipziger Oktavausgabe von 1587. Draud wird sich geirrt haben, wenn er mit der gleichen Orts- und Jahresangabe eine Quartfassung zitiert.

Zu XLIII. Vom „Passionale“ des Mathesius aus dem Jahr 1587, aus dem auch Loesches Leipziger Erstdruck stammt, notiert Draud noch eine Nürnberger Ausgabe. Die von Loesche gebuchte Leipziger Neuauflage von 1601 ist Draud zufolge im Quartformat bei Voigt herausgekommen.

Zu XLIV. Cless verzeichnet eine Ausgabe der Diluvium-Predigten, die bereits ein Jahr (1586) vor der frühesten Ausgabe herausgekommen sein soll, die Loesche ermittelt hat. Von diesem Werk haben wir darüber hinaus noch zwei weitere Auflagen feststellen können. Eine ist (wie Nr. 2 bei Loesche) 1587 erschienen, aber nicht in Nürnberg, sondern in Leipzig. Daß es sich dabei nicht um einen Irrtum handelt, beweisen die Unterschiede im Wortlaut des Titels. Die unter Signatur 15.10.6.32 in der Leningrader Saltikow-Schtschedrin-Bibliothek aufbewahrte Leipziger Ausgabe lautet nämlich: „DILUVIUM, Historia der Sündflut. Dadurch Gott der Herr zum schrecklichen Exempel seines Zorns wider die Sünde, zu Noah Zeiten, die Erste unbußfertige Welt erseuft . . . Gepredigt inn S. Jochimsthal Anno 57 und 58. Durch den ehrwürdigen Herrn M. J. Mathesium.“ Die andere, bislang unbekannte Ausgabe wurde 1963 von dem Leipziger Zentralantiquariat angeboten: „Diluuium Mathesii, Das ist Auslegung und Erklerung der schrecklichen und hinwider gantz tröstlichen Historien von der Sündfluth, die sich zur Zeit Noë zugetragen und von Mose in seinem ersten Buch beschrieben“; Leipzig 1637, 9 Bl., 271 S., 6 Bl.

Zu XLVI. Die wiederholt genannte Leningrader Bibliothek besitzt unter Signatur 15. 1. 5. 66\* folgende Ausgabe dieses Mathesius-Werkes „POSTILLA Symbolica, oder Spruchpostill. Das ist Auslegung und Erklerung der fürnembsten Sprüche dess neuen Testaments auss der Evangelisten und Apostel Historien und Schriften genommen . . . Gehalten in S. Joachimsthal des 1563. Jahrs. Durch den alten Herrn M. J. Mathesium seligen . . . Leipzig, F. Schnelboltzs Erben, 1601“ / 16 / 476 Seiten. Die gleiche Auflage liegt auch unter Signatur 9. 28. 4. 555 in der Warschauer Universitätsbibliothek. Ferner ist sie nachgewiesen bei Georgi, der daneben noch zwei weitere Ausgaben bucht: eine 1667 bei Wächtler in Frankfurt sowie eine 1671 in Leipzig erschienene. Die Auflage von 1601 kennt auch Draud S. 320; nur ist sie seinen Angaben entsprechend bei (Bartholomäus) Voigt im Quartformat herausgekommen.

Zu XLVII. Loesche hat mit Recht den ersten Druck der „Postilla Prophetica“ in das Jahr 1588 gesetzt, obwohl diese Jahresangabe im Postillendruck nur am Ende des ersten und zweiten Teils, ferner auf dem Titelblatt des zweiten Teils steht. Das Haupttitelblatt des ersten Teils meldet hingegen das Jahr 1589. Der von Loesche angegebene Umfang der beiden Teile stimmt nicht; es sind vielmehr 327 und 149 (Doppel-)Seiten und ein Register. Draud erwähnt auf S. 320 seiner Bibliotheca noch die „Postilla Prophetica, Spruchpostill deß alten Testaments / dz ist / Erklärung der fürnembsten Spruch Mosis / der Propheten vnd Psalmen / etc. 4. Leiptzig / (15)88. bey Voigt.“ Wenn auch dieser Titel von Loesches Nr. XLVII. 1 abweicht, so scheint es sich doch um die gleiche Ausgabe zu handeln — nur bezeugt Loesche den Drucker Johann Beyer, Draud hingegen (den Verleger) Voigt.

Zu XLVIII. Der im europäischen Bücherlexikon<sup>74</sup> angegebene Titel „Erklärung der 1. Epistel Johannis Von der Menschwerdung Christi. 4<sup>o</sup> 1589“ enthält sicher einen Fehler: statt Epistel wird es Evangelium heißen müssen. Somit gehört diese Angabe unter Loesches Nr. XLVIII. Auch wird Draud auf S. 435 ein Irrtum unterlaufen sein, wenn er den Druck der 41 Predigten aus dem Johannes-Evangelium als Quartformat angibt, an Stelle des von Loesche vermerkten Oktavformats. Das Gleiche wiederholt sich bei Titel LIII. Die Österreichische Nationalbibliothek besitzt im Cod. 11. 564, fol. 1 r—13 v die Handschrift einer von Mathesius stammenden Predigt auf das erste Kapitel des Johannes-Evangeliums. Einem beigefügten Vermerk zufolge soll diese Predigt aus dem Jahre 1551 stammen. Loesches Bibliographie kennt aus dieser Zeit keine entsprechende Predigt. Also nehmen wir an, daß das fragliche Stück als Vorläufer zu den 1589 erst- und einmalig gedruckten 41 Predigten aus Joh. 1 gehört. Manuskripte dazu verzeichnet Loesche indes nicht.

Zu XLIX. Auf S. 348 seines Nachschlagewerks nennt Draud ohne Jahreszahl Mathesius-Predigten über den 51. Psalm, die bei Barth. Voigt herausgekommen sind. Dabei handelt es sich gewiß um Loesches Nr. XLIX, 1590 von Johann Beyer in Leipzig gedruckt.

Zu LI. In der Sächsischen Landesbibliothek Dresden wird die Predigt „Schola Danielis conscripta a. D. Mathesio et habita concio a. D. Bartholomeo Reinvelto pastore Scopensi, in nuptiis Joannis Seltenreich die 13. Aug. 1563“

verwahrt. Das Manuskript ist als Nr. 65 auf Blatt 547—553 der Signatur a 21 gebucht. Wir vermochten es zu identifizieren mit der 73. Predigt der in Mathesius' „Ehespiegel“ gesammelten Stücke. Loesche unterscheidet von dieser Sammlung zwei verschiedene Ausgaben: 1591 und 1592. Nach unseren Ermittlungen handelt es sich aber um ein und dieselbe Ausgabe der Offizin Johan(n) Beyer in Leipzig. Loesche ist dabei entgangen, daß am Anfang des Druckes 1592, am Schluß dagegen 1591 angegeben ist. Bei der Leipziger Ausgabe des „Ehespiegels“ bringt Draud S. 125 und 214 ohne Jahreszahl den Namen (des Verlegers Bartholomäus?) Voigt anstatt des Druckers Johann Beyer.

Zu LII. „Matthesij Gebet Jesu. Leiptzig bey Barthol. Voigt in 8.“, das die Bibliotheca<sup>75</sup> S. 161 aufführt, könnte mit der einzigen bei Loesche zitierten Ausgabe „ . . . 1591. Gedruckt zu Leipzig bey Johann Beyer“ übereinstimmen.

Zu LV. Die handschriftlich in der Österreichischen Nationalbibliothek — nicht von Mathesius selbst zu Papier gebrachte (s. oben S. XXX!) — überlieferte Predigt anlässlich der Krönung Maximilians ist erstmalig in Loesches „Handsteinen“ (s. S. XXX Nr. 4) S. 377—400 gedruckt worden.

Das schon oft herangezogene Nachschlagewerk von Draud bringt darüber hinaus noch einige Angaben über Mathesius-Werke, die in Loesches Bibliographie überhaupt nicht oder nur in Form anderer Kombinationen berücksichtigt wurden. So finden wir bei Draud S. 349 „M. Johan Matthesii Außlegung deß 103. Psalms / sampt etlichen Predigten von der Rechtfertigung / warer Anruffung / von der Wag Gottes vnd seliger Sterbkunst / Nürnberg 1565. in 4.“ Die zweite und dritte Predigt dieser Sammlung (von der Rechtfertigung und wahrer Anrufung) sind in einer Mathesius-Ausgabe nachgewiesen, die Loesche als Nr. XVIII bucht. Die Predigt von der Wag Gottes begegnet uns in Loesches Titel Nr. XXV. Die Predigt von seliger Sterbkunst ist das zweite Stück von Loesches Nr. XXVII. 1\*. Dagegen fehlt bei Loesche jeder Hinweis auf „Mathesij Kinder Bibel. 8. Barth. Voigt (in Leipzig)“, die Draud auf S. 240 angibt. Weiterhin vermissen wir in Loesches Bibliographie folgendes Mathesius-Werk. „Joh. Matth. Gegenwarnung / Neuwstatt bey Harnisch“. Diesen Nachweis bringt ebenfalls die Bibliotheca<sup>75</sup>, wobei nicht sicher ist, ob sich hinter dem abgekürzten Namen auch der Joachimsthaler Prediger verbirgt.

Bei dem nachstehenden Titel scheint eine falsche Zuweisung erfolgt zu sein. Weller nennt auf S. 578 „Ein Weihnachtlied, von Jesulein, Genesis. 3. Im Thon Nobis'est natus hodie, de pura virgine etc. Für die kinder in Sant Joachimsthal. M. D. LV. oO. 3 Bl. 8. mit Titelholzschnitt, 13 Str. von Joh. Mathesius. In W. v. Maltzahns Besitz“. Dieses Lied ist gewiß nicht mit den von Loesche unter Nr. XVI genannten Stücken identisch. Im Anschluß an die in Loesches Mathesius-Biographie, Bd. 2, S. 218 gemachten Angaben hat man das Lied wohl Nikolaus Herman zuzuschreiben.

Über die von Loesche verzeichneten Mathesius-Titel hinaus hatte Wolkan<sup>72a</sup> S. 425 noch folgende Werke genannt: Sammelpredigten sowie Kommentare zum Lukasevangelium, zum Galaterbrief und zur Apostelgeschichte. Bislang ist es nicht gelungen, Drucke davon nachzuweisen.

*Diplomatisch-treue Nachdrucke* ganzer Mathesius-Werke besitzen wir seit-her nur von Loesche. In der „Bibliothek deutscher Schriftsteller aus Böhmen“ hat er vier Mathesius-Bände vorbildlich ediert:

1. „Leichenreden. Nach dem Urdruck 1559“, gekürzt mit Kommentar und Lebensabriß des Verfassers. Prag 1896, 2. Aufl. Prag 1908;
2. „Hochzeitspredigten“. 15 Predigten „Vom Ehestandt / vnd Haußwesen“ nach der Erstausgabe von 1563. Prag 1897, 2. Aufl. Prag 1906;
3. „Luthers Leben in Predigten“. Nach der Erstausgabe von 1566. Prag 1898, 2. Aufl. Prag 1906;
4. „Handsteine“. Eine Sammlung aus verschiedenen Mathesius-Schriften, darunter drei Sareptapredigten sowie — von besonderem Belang für seine zeitgeschichtliche Beurteilung — drei Majestätsreden, schließlich Nachträge zum Mathesius-Briefwechsel. Prag 1904. Alle diese Editionen zeichnen sich durch sorgfältige Herausgebertechnik und nützliche Kommentare aus. Drei dieser Bände enthalten Reproduktionen alter Mathesius-Porträts.

Eine der auch von Loesche in den eben genannten „Handsteinen“ nachgedruckte Sareptapredigt, nämlich das 15. Stück „Vom Glaß vnd Glaßmachen / vnd der gefeß . . .“, wurde nach der Nürnberger Sareptaausgabe von 1578 als dritter Eligius-Druck der Ausstellung in München 1927 „Das Bayerische Handwerk“ in 500 Exemplaren nach den Angaben von Theodor Heller in der Werkstätte der Deukula zu München hergestellt. Einen anderen Nachdruck einer vollständigen Mathesius-Predigt — die siebente der Luther-Historien — mit Kommentar von A. E. Berger behandelten wir bereits im ersten Teil unserer Ausführungen<sup>45</sup>.

Ernst Göpfert bringt in den „Mitteilungen des Vereins für Sächsische Volkskunde“<sup>80</sup> eine Anzahl kulturhistorisch bedeutsamer Ausschnitte aus den Hochzeitspredigten. In der Textgestaltung hält er sich an die oben erwähnte Ausgabe von Loesche. In seinen einführenden Worten räumt Göpfert dem Joachimsthaler Pfarrer den ersten Platz unter den Kanzelrednern des 16. Jahrhunderts nächst Luther ein. Seine Skizze über Mathesius' Leben hält sich weitgehend an Loesches zweibändige Biographie.

Einzelne Stücke aus den Sareptapredigten sind in der wiederholt zitierten Zeitschrift „Der Anschnitt“<sup>42</sup> abgedruckt worden. Dabei hat man den Text des 16. Jahrhunderts der heutigen Sprache angeglichen. Neben weniger markanten Stellen<sup>81</sup> sind zu nennen: des Mathesius Bergsegn<sup>82</sup> und seine christliche Bergordnung nach den zehn Geboten<sup>83</sup> — diese allerdings mit der irr-tümlichen Angabe „wie sie Pfarrer Mathesius gepredigt hat im Jahre 1571“, Mathesius ist aber bereits 1565 gestorben!

Größere Partien aus den Luther-Historien bringt das von Martin Hürli-mann herausgegebene Sammelwerk „Martin Luther, dargestellt von seinen

<sup>80</sup> Bd. 7 (1918) 227—231, 257—262, 288—292.

<sup>81</sup> Jg. 4 (1952) Nr. 6, S. 10; Jg. 6 (1954) Nr. 1, S. 6.

<sup>82</sup> Jg. 5 (1953) Nr. 1, S. 13.

<sup>83</sup> Jg. 3 (1951) Nr. 1, S. 11.

Freunden und Zeitgenossen . . .“<sup>84</sup>; auch hier ist der Text modernisiert worden. Eine Adventspredigt von Mathesius über den Text Lukas 21, 25—33 finden wir bei E. E. Kock „Evangelische Hauskanzel . . .“ 1866 laut Angaben des Kataloges für das Britische Museum. Zwei Mathesius-Predigten über die Texte Lukas 7, 11—17 und 1. Kor. 13, 1—5, die wahrscheinlich aus Loesches Nr. XXVIII und L entnommen worden sind, fanden Aufnahme bei A. F. W. Beste „Die bedeutendsten Kanzelredner der älteren lutherschen Kirche . . .“ Bd. 1 (1856).

Wenden wir uns nunmehr dem *Briefwechsel* des Mathesius zu, soweit Loesches Sammlung<sup>85</sup> ergänzt werden muß. Einige Mathesius-Briefe hat Loesche noch später bekannt gemacht. So ein Schreiben des Joachimsthaler Pfarrers an Joachim Camerarius vom 2. 7. 1545<sup>86</sup> und einen Brief an Melanchthon vom 27. 12. 1556.

Der einzige erhaltene Lutherbrief an Mathesius war von Loesche auf den 14. 12. 1543 datiert worden. Darin hatte Luther, der von keinem anderen als Caspar Heydenreich (Loesche war nicht dieser Ansicht) einen Bericht über die Bedrängnisse seiner böhmischen Anhänger durch König Ferdinand gehört hatte, Mathesius empfohlen, bei Zuspitzung der Lage außer Landes zu gehen. Das Briefdatum ist in der Weimarer Ausgabe von Luthers Briefen durch Otto Clemen verbessert worden in 19. 8. 1543. In Ergänzung zu einem von Loesche in den „Handsteinen“ S. 512f. als Nr. 13 abgedruckten Schreiben des Mathesius an Paul Eber möchten wir auf das Faksimile des in der Nürnberger Stadtbibliothek liegenden Autographen hinweisen, das Georg Mentz in seinen „Handschriften der Reformationszeit“, Bonn 1912, bringt. Mentz datiert diesen Brief in Abweichung von Loesche mit dem 6. 6. 1548. Bei Loesche vermissen wir Angaben über einige Mathesius-Briefe, die die Sächsische Landesbibliothek zu Dresden heute besitzt. Einer freundlichen Auskunft des Leiters der Sondersammlungen, Herrn Deckerts, zufolge handelt es sich bei diesen Stücken indes nicht um Autographen des Joachimsthaler Pfarrers, sondern um Abschriften des 16./17. Jahrhunderts: Brief des Mathesius an eine ungenannte Frau, datiert Joachimsthal 1542 (Signatur R 60 Blatt 189v—192r); Mathesius an Dr. med. Balthasar Klein, 1557 (Sign. a 22 Blatt 82r—84v, so auch die Folgenden); an Caspar Apianus, Diaconus ex Sudetis, 8. 11. 1561; an Matthias Klingeyen Vallensis, datiert in die Viti 1543.

Den größten Schatz bisher unbekannter Mathesius-Korrespondenz hat Hans Volz ausfindig gemacht und an verschiedenen Orten veröffentlicht. Am Anfang steht ein Einzelfund „Aus den Sammlungen der Lutherhalle. Ein Brief von J. M. 1546“<sup>87</sup>: Mathesius berichtet seinem Freund Paul Eber, damals Professor in Wittenberg, von den Anfechtungen der Protestanten im Joachimsthaler Gebiet durch die kaiserlichen Truppen während des Schmalkaldischen

<sup>84</sup> Berlin 1933, S. 121—272.

<sup>85</sup> Mathesius-Biographie Bd. 2, S. 229—371 und „Handsteine“ 493—605.

<sup>86</sup> Zeitschrift für Kirchengeschichte 26 (1905) 391f. und 27 (1906) 111f.

<sup>87</sup> Jahrbuch der Luther-Gesellschaft 8 (1926) 197ff.

Krieges. „Zum Briefwechsel des J. M.“ heißt ein weiterer Beitrag von Volz<sup>88</sup>. Aus einem in der Preußischen Staatsbibliothek aufbewahrten Handschriftenband werden zwei bisher ungedruckte Empfehlungsschreiben des Mathesius vom Jahre 1549 ohne Empfängerangaben vorgestellt. Aus den Beständen einer ehemaligen Pariser Kirchenbibliothek fördert Volz die Abschrift eines Briefes Caspar Peucers an Mathesius zutage. Im Folgenden verweist er auf sieben verschollene Briefe des Joachimsthaler Pfarrers, die uns aus anderen Quellen bekannt geworden sind. Schließlich geht er dem Schicksal einiger Mathesius-Werke nach. *Umfassende Studien liegen den vier Abhandlungen zugrunde*, die Volz in der gleichen Zeitschrift veröffentlicht hat<sup>89</sup>. Zunächst stützt sich Volz auf eine handschriftliche Briefsammlung des Mathesius-Schülers Bartholomäus Schönbach, die u. a. etwa 150 Mathesius-Stücke enthält. Diese nach 1579 abgeschlossene, auf Originalen beruhende Niederschrift besteht aus Briefen, die Melanchthon, Luther, Eber, Major und Peucer an den Joachimsthaler Pfarrer geschrieben haben, während dieser seine hier wiedergegebenen Schreiben an Heydenreich, Beier, Melanchthon, Spindler, Cammerhöfer sowie einen Unbekannten gerichtet hat — eine ganze Anzahl davon kannte Loesche noch nicht. Volz druckt dann des Mathesius Promotionsrede vom 23. 9. 1540 ab, in der er schon auf Bergbaufragen eingegangen war. Ein zweiter, von verschiedenen Sammlern stammender Band enthält einen Brief, mit dem Mathesius Rat in einer Ehesache erteilt. Es folgen Schreiben an Melanchthon und Spindler sowie ein von verschiedenen Theologen an den Joachimsthaler Amtsbruder gerichteter Brief. Die hier vorgelegte schriftliche Mitteilung von Paul Eber über das „Bergpech“ hat Mathesius dann in seiner 5. Sareptapredigt verwertet. Eine weitere wertvolle Entdeckung ist die sogenannte Klitschdorfer Handschrift, die u. a. 20 Melanchthon-Briefe an Mathesius enthält. Als Nr. 65 druckt Volz ein sprachlich aufschlußreiches Dokument ab: einen in deutscher Sprache geschriebenen Mathesius-Brief — seine anderen Handschriften sind lateinisch abgefaßt. All das zusammengenommen hat Volz die Forschung um 30 von Mathesius stammende sowie 24 an Mathesius gerichtete Briefe bereichert, letztere z. T. von Korrespondenten, die bisher nicht als seine Briefpartner bekannt waren. Daneben hat Volz die von Loesche gesammelten Stücke oft durch wertvolle bessere Lesarten und Zusätze ergänzt. Einen kleinen, aber wichtigen Fund hat Volz in der Festschrift für Erich Wehrenfennig<sup>90</sup> vorgestellt. Es handelt sich um das früheste Stück des nunmehr aus etwa 340 Nummern bestehenden Mathesius-Briefwechsels, das sich in der Londoner Foliohandschrift Addit. 17 913 befindet. Der Altenburger Rektor Andreas Misenus informiert Ende August 1532 seinen Freund und ehemaligen Kollegen ausführlich über das Sterben des Kurfürsten Johann.

Es ist keine Frage, daß die Lebensgeschichte und das schriftstellerische Wirken des Mathesius durch diese bisher unbekanntesten Dokumente gelegentlich neue Aspekte erhalten.

<sup>88</sup> Archiv für Reformationsgeschichte 24 (1927) 302 ff.

<sup>89</sup> I. Ebenda 29 (1932) 97—132; II. Ebenda 260—284; III. Ebenda 30 (1933) 37—66 und 212—246; IV. Ebenda 31 (1934) 42—60.

<sup>90</sup> Heidelberg 1963, S. 131—138.

MILITARISCH-POLITISCHE PROBLEMATIKEN  
ZUR TÜRKENFRAGE IM 15. JAHRHUNDERT

*Von Hans Joachim Kießling*

In einem im Südosteuropa-Jahrbuch 5 (1961) 15—25 abgedruckten Vortrage „Die Donau als Schicksalsstrom des Osmanenreiches“ hat F. Babinger die geopolitische Rolle des Nibelungenstromes in der osmanischen Geschichte untersucht und dargetan, daß sich, vom ersten Dardanellenübergange der Türken nach Europa an, die osmanischen Eroberer unter dem Zwange der durch den Lauf der Donau bestimmten erdräumlichen Gegebenheiten befunden haben. Die Ausführungen sind durchaus einleuchtend und die bekannten Schicksale der europäischen Türkei von der Unternehmung des Kronprinzen Sülejmân, dem in den Jahren 1354—1358 die Festsetzung auf der Halbinsel Gallipoli gelang<sup>1</sup>, bis zur Auflösung des Osmanischen Reiches im Gefolge des Ersten Weltkrieges passen vorzüglich in die geopolitischen Theorien, so daß F. Babingers Darlegungen in mehr als einer Hinsicht an eine Betrachtungsweise erinnern, wie sie etwa in H. Stegemanns berühmtem und einst viel gelesenem Buche „Der Kampf um den Rhein“<sup>2</sup> am deutlichsten zum Ausdruck kommt. Wenn F. Babinger am Schlusse seines Vortrages sagte, man fühle sich fast versucht, zu glauben, daß „das türkische Staatswesen mit dem Verluste des Donaustrandes auch die sozusagen metaphysische Kraft, die der gewaltige Strom auszustrahlen den Anschein hat, eingebüßt hat und in der Folge seine einst so maßgebliche Rolle als Machtträger in Europa ausgespielt haben mußte“, so klingt hier der Gedanke an, daß die geschichtsbildenden Kräfte nicht allein von Menschen ausgehen, sondern daß die menschliche Willensfreiheit in der bewußten Beziehung beschränkt ist und in weitem Umfange durch außerhalb jeder Beeinflussungsmöglichkeit liegende Umstände und Gegebenheiten bestimmt wird. Zweifellos bewegen sich diesbezügliche Gedankengänge naturnotwendig im Niemandslande zwischen Geschichte, Philosophie und Metaphysik. Von der Fiktion menschlicher Willensfreiheit vermag sich indes schwerlich ein Mensch loszumachen, so daß innerhalb des von höherem Orte festgelegten Begrenzungsrahmens niemand seiner Verantwortlichkeit enthoben werden kann. Freilich schließt diese Feststellung das Recht aus, zu bewertende Tatbe-

<sup>1</sup> Vgl. F. Babinger: Beiträge zur Frühgeschichte der Türkenherrschaft in Rumelien (14.—15. Jahrhundert). Brunn-München-Wien 1944, S. 36 ff. (Südosteuropäische Arbeiten 34.)

<sup>2</sup> H. Stegemann: Der Kampf um den Rhein. Das Stromgebiet des Rhein im Rahmen der großen Politik und im Wandel der Kriegsgeschichte. Stuttgart-Berlin 1924.

stände je nach Standpunkt oder gar Machtmöglichkeiten in willensfreiheitliche auf der einen und schicksalhafte auf der anderen Seite aufzugliedern. Auf unsere Fragestellung übertragen, will dies besagen, daß die Erforschung der dem menschlichen Erleben zugrundeliegenden erdräumlichen Ursachen und Voraussetzungen uns, d. h. dem Geschichtsforscher, keineswegs die Notwendigkeit ersparen kann, zu untersuchen, ob und inwieweit die Schauspieler auf der Bühne des Lebens und der Geschichte die ihnen zugeteilten Rollen bewußt oder unbewußt spielen bzw. gespielt haben. In diesem Sinne möchten wir den — darüber sind wir uns keineswegs im Unklaren — manchem als verwegen erscheinenden Versuch machen, neben anderen Dingen der Frage nachzugehen, ob sich bei der türkischen Eroberung des südosteuropäischen Raumes bewußte Planmäßigkeiten nachweisen lassen. Weniger der Abendlandhistoriker, der ja im Vergleiche zum Morgenlandhistoriker über ungleich ergiebigeres Erkenntnismittel verfügt, als vielmehr unsere engeren Fachgenossen werden ob solchen Versuches verwundert die Köpfe schütteln und uns auf die beklagenswerte, oft bedauerte Dürftigkeit der frühosmanischen Quellen hinweisen, die uns nicht selten schon im niederen Bereiche der reinen Tatsachenwelt jämmerlich im Stiche lassen und daher für Fragestellungen wie die unsrigen kaum etwas zu bieten scheinen. Darüber — und damit auch über die zwangsläufige Bruchstückhaftigkeit unserer Ausführungen — ist sich niemand klarer als wir selbst. Als Sultan Mehmed II. (1451—1481) gegen das letzte griechische Fürstentum auf kleinasiatischem Boden, das Trapezunt der Komnenen, marschierte (1461), wagte sein Heeresrichter die Frage, wohin denn diesmal die Reise gehen werde. Der Sultan soll entgegnet haben: „Wüßte ein Haar meines Bartes um meine Absichten, so risse ich es aus und verbrennte es!“<sup>3</sup> Man mag den Vorfall als geschichtlich ansehen oder für einen Topos halten. Er nimmt sich ja in der Tat aus wie eine frühosmanische Spielart jener dem „Alten Fritz“ zugeschriebenen Anekdote, in welcher der Preußenkönig einem ihn taktlos ausforschenden Höfling die vertrauliche Frage stellt: „Kann Er schweigen?“, und auf die bejahende Antwort des Höflings erwidert: „Ich auch!“. Sei dem, wie dem wolle, das erwähnte Geschichtchen um Mehmed II. ist irgendwie doch bezeichnend und gestattet schwerlich günstige Erwartungen hinsichtlich ausgiebiger Stofffülle gerade für unseren Gegenstand. Wenn wir uns dennoch zu einer Untersuchung, wie sie sich aus dem Titel unserer Ausführungen ergibt, angereizt fühlen, so deshalb, weil unsere militärgeschichtlichen Erkenntnisse, was das Osmanische Reich betrifft, in vollem Umfange erst vergleichsweise spät einsetzen — etwa mit der Zeit Sultan Sülejmân's des Prächtigen (1520—1566) —, während der osmanische Frühstaat in dieser Beziehung noch verhältnismäßig wenig Beachtung fand. Einzelheiten, wie etwa die Riesenkanone, die der Siebenbürgener Büchsenmeister Urban dem Sultan Mehmed II. eigens für die Belagerung von Byzanz herstellte, die Sappeur-

---

<sup>3</sup> F. Babinger: Mehmed der Eroberer und seine Zeit. Weltentürmer einer Zeitenwende. München 1953, S. 204.

tätigkeit der osmanischen Angreifer vor Konstantinopel oder die Schiffs-  
rutschbahn, die Mehmed II. das Eindringen in das versperrte Goldene Horn  
ermöglichte, sind außerhalb des eng begrenzten Kreises der reinen Militär-  
historiker mehr als Kuriositäten denn als Marksteine in der Kriegsgeschichte  
oder, besser gesagt, in der Geschichte der Kriegskunst gewertet worden.  
Planmäßige, von vornherein auf ein bestimmtes Ziel abgestellte sine-ira-ac-  
studio-Darstellungen der osmanischen Streitmacht erscheinen im Abendlande  
voll ausgebildet erst im 17. Jahrhundert, während frühere Beschreibungen  
ad-hoc-Charakter tragen und nicht um ihrer selbst willen geschrieben er-  
scheinen<sup>4</sup>. An der Spitze der einschlägigen Forscher marschiert fraglos der  
ungeheuer vielseitig bewanderte und interessierte Bologneser Luigi Ferdi-  
nando Conte Masili (1658—1730), dessen Gesamtwerk noch der Sichtung  
und Bearbeitung harrt und auch den Vertretern der Militärgeschichte nicht  
warm genug ans Herz gelegt werden kann<sup>5</sup>. Sowohl des in österreichischen  
Diensten ergrauten bolognesischen Grafen einschlägige Arbeiten als auch  
die späteren Darstellungen der osmanischen Kriegsmaschinerie<sup>6</sup> waren aus  
den Erfordernissen der Praxis, d. h. den Auseinandersetzungen mit dem Os-  
manischen Reiche, geboren. Wenn manche belangvolle Einzelkapitel dabei  
entschieden zu kurz kamen, so vielleicht auch deshalb, weil die Türken, das  
muß einmal ausgesprochen werden, etwas völlig Neues in der Waffentechnik,  
wie es etwa die Erfindung der Artillerie, der Atomwaffe des Spätmittelalters  
und der Frühneuzeit, darstellte, nicht aufzuweisen hatten, wenn sie auch als  
geborenes Kriegervolk die Bedeutung der abendländischen Neuerungen auf  
dem Gebiete der Waffentechnik sofort erkannten und sich zunutze zu ma-  
chen verstanden, wobei allerdings dem stark aufkommenden Renegatentume  
ein nicht geringer Anteil zuzuschreiben ist. „Non facile gentem aliam minus  
piguit aliorum bene inventa ad se transferre. Testes maiores minoresque  
bombardae multaque alia, quae a nostris excogitata ad se advertunt“, sagte  
bereits der deutsche Gesandte A. G. v. Busbecq (1522—1592) in seinen  
berühmten „Vier Sendschreiben aus der Türkei“<sup>7</sup> und traf damit zweifellos  
ins Schwarze.

Die Kriegsgeschichtler haben, was die osmanische Streitmacht betrifft, bis-  
lang das Hauptgewicht ihrer Untersuchung auf die ausrüstungs- und aufbau-  
mäßige Seite der Angelegenheit geschoben und dabei auch den Austausch  
bzw. die gegenseitige Nachahmung zwischen den abendländischen und den  
türkischen Streitkräften betont. Türkische Fachausdrücke in abendländischen  
Heeren sind das weithin bekannte Zeugnis für solche Übernahmen vom Osten  
nach dem Westen, wie Termini wie Ulan (aus türkischem oghlan), Schabracke  
(aus türkischem çapraq), Kalpak (türkisch qalpaq), um nur wenige zu nen-

<sup>4</sup> Vgl. u. Anm. 7.

<sup>5</sup> Vgl. F. Babinger: Die Donau als Schicksalsstrom des Osmanenreiches. S. 21 f.

<sup>6</sup> Als besonders bekannt sei erwähnt J. C. G. Hayne: Abhandlung über die Kriegs-  
kunst der Türken. Wien 1788.

<sup>7</sup> A. Gislenii Bvsbequii: Omnia quae extant. Amstelodami 1660, S. 213.

nen, zeigen. Daß auf dem Gebiete der aus Deutschland kommenden Artillerie deutsche Fachausdrücke mit der Sache selbst und den häufig deutschstämmigen Stückgießern und Büchsenmeistern zu den Türken gewandert sind, glauben wir, trotz türkischer Zweifel, wahrscheinlich gemacht zu haben, und zwar am Beispiele des Terminus *baljemez*, eines Geschütznamens, in welchem wir aus Gründen, die wir ausführlich dargelegt haben, eine türkische Volksetymologie aus dem deutschen „Faulmetz“ sehen<sup>8</sup>.

Hinsichtlich der sogenannten Taktik der Türken sind wir, ebenso wie über Heeresaufbau und Bewaffnung, vergleichsweise gut unterrichtet, wobei allerdings betont werden muß, daß wir unter „Taktik“ das verstehen möchten, was sich aus dem Aufstellungsschematismus der türkischen Streitmächte in der geregelten Feldschlacht und den durch ihn bedingten Einzelzügen ergibt. Wie sich aus den Ausführungen etwa A. v. Pawlikowski-Cholewas in seinem bekannten Werke „Die Heere des Morgenlandes“ (Berlin 1940) S. 269—293 ersehen läßt, hat sich, seit sich osmanische Heere ihren Gegnern in offener Feldschlacht stellten, an der Standard-Aufstellung und damit an der Standard-Taktik im Grundsatz kaum etwas geändert, solange nicht in der jüngeren Neuzeit neue Erfordernisse an die Heere herantraten. A. v. Pawlikowski-Cholewas Hauptfrage ist demnach folgerichtigerweise eigentlich, soweit Standard-Aufstellung und Taktik in Geltung waren, lediglich die Einordnung der neu aufkommenden Artillerie. Ob und inwieweit diese in den frühen Türkenkriegen in der offenen Feldschlacht (die ja nur den Endpunkt vorhergegangener Bewegungsmanöver markierte) überhaupt zum Einsatz gelangte, ist ein Punkt, mit dem sich der bekannte Militärhistoriker nicht näher befaßt hat. Ihre eigentliche Hauptaufgabe dürfte nicht in der offenen Feldschlacht, die so gut wie ausschließlich die Domäne der Fuß- und Reitertruppen war, gelegen haben, sondern im Belagerungskriege, was sich allein schon aus der längst bekannten, insbesondere von M. Jähns<sup>9</sup> hervorgehobenen Tatsache ergibt, daß die Türken ihre „Feldschlangen“ erst am Einsatzort zu gießen pflegten, womit eine allfällige Verwendung in offener Feldschlacht oder gar im Bewegungskriege kaum mehr als wahrscheinlich angesehen werden kann. Auch spricht die geringe Feuergeschwindigkeit der damaligen Geschütze entschieden gegen die Annahme eines Einsatzes gegen rasch bewegliche Ziele. Als Sultan Bâjezid II. (1481—1512) bei seinem Feldzuge gegen die Moldau (1484) als erster Osmanenherrscher sich zu der ungewöhnlichen Maßnahme entschloß, bereits gegossene Geschütze auf dem Donau-Schiffswege an den Einsatzort zu bringen, erschien dies den militärischen Kreisen des Osmanenreiches außerordentlich bemerkenswert und zugleich

<sup>8</sup> H. J. Kießling: *Baljemez*. Zeitschrift der Deutschen Morgenländischen Gesellschaft 101 (1951) 333—340.

<sup>9</sup> M. Jähns: *Geschichte der Kriegswissenschaften*. Bd. 1. München-Leipzig 1889, S. 382 ff. und S. 589 ff. und ders.: *Handbuch einer Geschichte des Kriegswesens von der Urzeit bis zur Renaissance*. Leipzig 1880, S. 791 ff. Vgl. auch F. Lot: *L'art militaire et les armées au moyen âge en Europe et dans le Proche Orient II*. Paris 1946, S. 233.

fremdartig<sup>10</sup>. Die Riesenkanone des Siebenbürgers Urban, die Sultan Mehmed II. 1452 in Adrianopel hatte gießen und dann 1453 auf beschwerlichem Landwege vor die Mauern Konstantinopels hatte schleppen lassen, ist als Sonderfall zu werten und nur aus den Bedingungen der Belagerungstechnik heraus zu verstehen. Auch diese Belagerungstechnik, die infolge der verschiedenartigen Anlage und der stets wechselnden Gegebenheiten des Objektes eine allzu starre Ausrichtung auf ein Schema an sich verbot, kann nicht Gegenstand unserer Betrachtung sein, ebensowenig die durch Verpflegungsfragen und Probleme des Straßenzustandes bedingten kriegstechnischen Verhaltensweisen der Türken<sup>11</sup>. Die genannten Schematismen, als da sind: Aufbau des Heeres, Aufstellung in offener Feldschlacht, Belagerungstechnik und Organisation, berühren weit mehr, ja fast ausschließlich, das türkische Kriegswesen als innermilitärische Angelegenheit, während unsere Fragestellung sich auf der Grenzlinie zwischen Großstrategie und Politik bewegen muß, wobei freilich, wie stets, der Übergang von Strategie zu Taktik ebenso fließend ist, wie der Übergang zur reinen Politik. Es wird also ein Grenzgebiet erfaßt, das auch durch H. v. Moltkes lapidares Wort „Strategie ist die Anwendung des gesunden Menschenverstandes auf die Kriegsführung“ kein genaueres Profil erhalten kann, zumal bei unserem Gegenstande auch die bei reinen Militärs häufig nur in unterentwickeltem Zustande vorhandene Psychologie eine nicht geringe Rolle spielen muß.

Es ist eine an sich nicht unbekannte militärpsychologische Tatsache, daß festgefügte Heerestraktionen von größter Bedeutung für die moralische Haltung und Standfestigkeit einer Truppe sind und daher ihre bewußte Pflege nicht nur wichtig, sondern geradezu unerläßlich ist. Gleichwohl birgt ein allzu starres Festhalten an überkommenen Vorstellungen oder gar an überkommenen konkreten Dingen, wie sie in Bewaffnung, Ausrüstung und Formgrundsätzen zum Ausdrucke kommen, nicht unerhebliche Gefahren in sich. Was die altosmanischen Streitkräfte anbelangt, so waren sie verhältnismäßig vorurteilslos im Hinblick auf neuartige technische Möglichkeiten der Kriegsführung, so daß sie ohne Hemmungen sich Errungenschaften der Gegner zunutze machen konnten, was das bereits angeführte Zitat aus A. G. v. BusbECKS „Vier Sendschreiben aus der Türkei“ deutlich beweist. Abneigung gegen neuartige Bewaffnung oder Ausrüstung zeigen ja tatsächlich im all-

<sup>10</sup> Es ist bezeichnend, daß in den südslawischen Heldenliedern immer ausdrücklich hervorgehoben wird, daß eine Kanone von weither herbeigeschleppt wurde. Vgl. dazu A. Schmaus: Beiträge zur südslawischen Epenforschung. In: Serta Monacensia. Franz Babinger zum 15. Januar 1951 als Festgruß dargebracht. Leiden 1952, S. 150, 170, besonders S. 152. Häufig wurden die an Ort und Stelle gegossenen Geschütze nach dem Einsatz wieder zerschlagen und das Erz mitgenommen, um anderswo wieder zu einer neuen Kanone umgegossen zu werden. Nur ausnahmsweise überdauerten Kanonen längere Zeit, wie etwa die berühmte „Katzianerin“ (A. Schmaus).

<sup>11</sup> Wir erinnern uns mit Vergnügen eines diesen Gegenstand betreffenden Vortrages von R. Kiszling anlässlich der Tagung der Südostdeutschen Historischen Kommission in Eisenstadt im Herbst 1963.

gemeinen nur stark traditionsverhaftete, in Überreglementierung erstarrte Heere, ein Fehler, vor welchem die osmanische Armee der uns angehenden Zeiten durch das nur wenig überlieferungsträchtige Renegatentum im großen und ganzen bewahrt geblieben ist. Der Widerstand gegen die geplante Umformung der osmanischen Armee nach preußischem Muster, den im Jahre 1826 die Janitscharengarde leistete (und damit ihren eigenen Untergang herbeiführte), war wohl mehr in der Befürchtung, gewisser Vorrechte verlustig zu gehen, begründet, als in der Abneigung gegen militärische Neuerungen<sup>12</sup>. Um wie viel „fortschrittlicher“ schon in altosmanischer Zeit das türkische Heer gegenüber abendländischen Streitkräften in dieser Beziehung dachte, zeigt beispielsweise die Einstellung zur neuen Waffe der Artillerie. Diese wichtige Waffengattung wurde von den Osmanen sofort als vollgültige Formation ins türkische Gesamtheer eingereiht und stand in nicht geringerem Ansehen als die Janitscharengarde<sup>13</sup>. In den gleichzeitigen abendländischen Heeren hingegen war der Artillerist oder, wie man damals sagte, der „Büchsenmeister“ nebst seinen Gehilfen nicht ein Soldat, sondern ein zunftmäßig organisierter Handwerker, der nur von Fall zu Fall herangezogen wurde und seinen eigentlichen Platz im außermilitärischen Trosse hatte<sup>14</sup>. Zu seinem Ansehen trug auch keineswegs bei, daß ihm seit dem Erlaß der unrühmlich bekannten „Hexenbulle“ des Papstes Innozenz VIII. auch noch ein im Aberglauben der Zeit begründeter Haut-goût anhaftete<sup>15</sup>. Die abwertende Einstellung zur Artillerie bei den „klassischen“ Truppenteilen hat sich übrigens, wenn auch nur in Gestalt harmloser Waffengattungsrivalität, bis in die neueste Zeit erhalten, so daß besonders überzeugte Infanteristen und Kavalleristen geneigt waren, im Artilleristen mehr den „Schußknecht“ als den Soldaten zu erblicken. Mit all dem soll nun keineswegs behauptet werden, daß die osmanischen Streitkräfte von Waffengattungsrivalitäten vollkommen frei gewesen wären. Im Gegenteil: wir wissen von heftiger Gegnerschaft etwa zwischen den Janitscharen und Artilleristen (topçy) auf der einen und der Lehensreiterei (sipâhî) und den „leichten Reitern“ (aqyndschy) auf der anderen Seite. Gegnerschaften dieser Art beruhten indes ganz und gar nicht auf Traditionsrivalitäten oder neuerungsfeindlicher Einstellung, sondern auf viel tiefer gehenden, handfesteren Ursachen. Auf eine kurze Formel gebracht: Hier befehdeten sich das alte Türkentum und das aufsteigende Renegatentum im Rahmen der Heeresformationen, wozu sich später auch noch innerislamische religiöse Gegensätze gesellten<sup>16</sup>. Waren doch die Lehensreiterei und die Aqyndschy-Truppe noch vergleichsweise reinblütig-türkisch, während die Ja-

<sup>12</sup> Die blutige Janitscharenliquidierung durch Sultan Mahmûd II. im Jahre 1826 behandelt A. P. Caussin de Perceval: *Précis historique de la Destruction du Corps des Janissaires par le Sultan Mahmoud en 1826*. Paris 1833, nach einer Schrift des spättürkischen Historikers Es' ad Efendi.

<sup>13</sup> A. v. Pawlikowski-Cholewa.

<sup>14</sup> A. v. Pawlikowski-Cholewa.

<sup>15</sup> Vgl. W. Gohlke: *Geschichte der gesamten Feuerwaffen*. Leipzig 1911, S. 21.

<sup>16</sup> Allgemein orientierend: H. J. Kießling: *Das Renegatentum in der Glanzzeit des Osmanischen Reiches*. Scientia 55 (1961) 1—9 (auch französisch ebenda).

nitscharen als aus Christenjünglingen rekrutierte Truppe einen profilierten Exponenten des Nichttürkentums bildeten<sup>17</sup>. Die Artillerie bestand gleichfalls aus überwiegend nichttürkischen Soldaten. Es liegt durchaus nahe, in diesem Gegensatz auch den Grund für die immer wieder zu beobachtende Tatsache zu sehen, daß bei den Meutereien und Aufständen der Janitscharen-garde, an denen die osmanische Geschichte so überaus reich ist, die Artillerie-formationen fast jedesmal mit den Janitscharen gemeinsame Sache machten, kaum aber jemals die genannten Reitereinheiten<sup>18</sup>. In späteren Zeiten gab es innerislamische Zwiste zwischen den Heeresformationen, als die Janitscharen-garde Anlehnung bei den stark heterodoxen Bektaşî-Derwischen suchte und diesen einen teilweise geradezu beunruhigenden Einfluß auf die Truppe einräumte<sup>19</sup>. Es ist bezeichnend, daß die Sipâhî daraufhin sich dem Orden der „Tanzenden Derwische“ (Mevlevîje) näherten, einer Art Gegenpol zu den Bektaşî im Rahmen des Derwischtumes. Daß die für die Janitscharen-garde ausgehobenen balkanischen Christenknaben in scharfem islamischen Drill erzogen wurden, änderte nichts am Gegensatz zum Alttürkentume. Als Sultan Bâjezîd II. im Jahre 1481 den osmanischen Thron bestieg, forderten die Janitscharen von ihm ausdrücklich, er müsse das Gros seiner Truppen weiterhin aus den „Christensöhnen“ nehmen, womit die Janitscharen sich selbst meinten. Es war ihnen zu Ohren gekommen, daß der neue Sultan mit dem Gedanken umging, den Einfluß der Janitscharen-garde im Gesamtheere dadurch zu schwächen, daß er die noch leidlich türkischblütige Fußtruppe der 'Azâben verstärkte. All diese Gegensätze schwiegen freilich sofort, wenn es sich um kriegerische Einsätze gegen die christliche Welt handelte. Hier liegt ein Problem, dessen Auswirkungen in der Zeit der frühen Türkenkriege oft verkannt worden zu sein scheinen: nämlich daß der osmanische Sultan seine Auseinandersetzungen mit den Christenmächten durchwegs als Glaubenskrieg (dschihâd), also als, wie man heute sagen würde, ideologischen oder Weltanschauungskrieg führte oder sie doch mindestens auf dieses Gebiet jederzeit hinüberschieben konnte, wenn es galt, die entsprechende Kampfbegeisterung zu wecken, osmanische Kämpfe gegen islamische Mächte indes als reine „Kabinettskriege“ geführt wurden. Wir sind durchaus in der Lage, zu zeigen, daß sich z. B. Sultan Bâjezîd II. dieses Unterschiedes nicht nur bewußt war, sondern daß er sogar alle praktischen Folgerungen bis zur blutigsten Konsequenz daraus zog. Ein altosmanischer Chronist, der Zejnîje-Derwisch-Scheich 'Aşyqpaşazâde (1400 bis nach 1494), Verfasser der wohl gehaltvollsten altosmanischen Chronik<sup>20</sup> und Augenzeuge vieler Ereignisse, weiß zu berichten,

<sup>17</sup> Über die Janitscharen vgl. jetzt auch B. D. Papoulia: Ursprung und Wesen der „Knabenlese“ im Osmanischen Reich. Münchener Doktorschrift, München 1963. (Südosteuropäische Arbeiten 59.)

<sup>18</sup> Vgl. dazu C. Brockelmann: Geschichte der islamischen Völker und Staaten. München-Berlin 1939, S. 312.

<sup>19</sup> Allgemein orientierend: H. J. Kießling: Die islamischen Derwischorden. Zeitschrift für Religions- und Geistesgeschichte 12 (1960) 1—16, besonders S. 12 ff.

<sup>20</sup> Die altosmanische Chronik des 'Aşikpaşazâde. Herausgegeben von F. Giese. Leipzig 1929, S. 184.

was sich im Rahmen des Kampfes um den osmanischen Thron zwischen Sultan Bâjezid II. und seinem Halbbruder Dschem-Sultân abspielte. Schon beim ersten Zusammenstoß im Raume von Jeniſchir wurden einige Derwische, die sich als irreguläre Kämpfer auf seiten Dschem-Sultân's betätigt hatten, zusammengehauen mit der ausdrücklichen Begründung „Ihr Unseligen, bleibt bei Eurem Derwischtum, was habt Ihr im Kampf zwischen den beiden Prinzen zu suchen?“ (bire, bedbachtlar, siz derviſler olaysız, bu iki pâdiſâhzâde arasynda nejlersiz?). Noch schlimmer erging es jenen türkmenischen Stämmen, die den nach Südosten sich absetzenden Dschem-Sultân und seine Begleitung ausgeräubert und um ein Haar sogar gefangen hatten und nun von dem siegreichen Bâjezid II. für dieses erbärmliche „Verdienst“ Belohnung glaubten erwarten zu dürfen. Bâjezid II. ließ sie regelrecht ans Kreuz schlagen und begründete diese grauenvolle Maßnahme nach dem osmanischen Geschichtsschreiber Mehmed Sa'd-ed-Dîn (1536—1599) wörtlich folgendermaßen: „Dies ist der Lohn der Sklaven, die sich unbefugt in die Geschäfte der Sultane mischen. Ihnen steht nur zu, das Joch desjenigen zu tragen, der es ihnen auferlegt. Wenn zwei Erben des Reiches um dasselbe streiten, hat sich kein Außenstehender dareinzumengen. Was untersteht sich so niedriges Gesindel, die Hand nach dem Höchsten auszustrecken?“<sup>21</sup> Ein ganz ähnlicher Fall hatte sich bereits rund sechzig Jahre vorher im Osmanenreiche abgespielt. Als sich im Bruderkriege nach der Schlacht von Ankara (1402) in der europäischen Türkei die Teilsultane Mûsâ und Sülejmân um die Herrschaft stritten, wurde Sülejmân, der sich beim Volke unbeliebt gemacht hatte, in einem thrakischen Dorfe von aufsässiger Bevölkerung umgebracht. Mûsâ, weit entfernt, sich den Bewohnern des besagten Dorfes dafür dankbar zu erweisen, daß sie ihm den lästigen Nebenbuhler vom Halse geschafft, ließ die Unseligen kurzerhand massakrieren, weil sie sich in Dinge gemischt hätten, die sie nichts angingen<sup>22</sup>. Ein abgeblaßter Rest dieser fürstlichen Geisteshaltung drückt sich in der Äußerung jener habsburgischen Erzherzogin aus, die 1859, als die Wiener Presse Kritik am oberitalienischen Feldzuge übte, sagte: „Ich weiß nicht, was es das Volk angeht, wenn der Kaiser Krieg führt!“<sup>23</sup> Auch bei Kriegen der Osmanen gegen andere muslimische Herrschaften kam, da ja hier die Ausrufung des Dschihâd, des „Heiligen Krieges“, gegenstandslos war, schwerlich eine andere Form der Kriegsführung als die des „Kabinettskrieges“ in Frage. Aus der Verkenntung des grundlegenden Unterschiedes zwischen dem Dschihâd, also dem ideologischen Kriege gegen ungläubige Mächte, und dem „Kabinettskrieges“ gegen muslimische Mächte erwachsen abendländischerseits Probleme mit z. T. grotesken Auswirkungen. Sie traten vorzugsweise in der Frage des „Mehrfrontenkrieges“ gegen die Osmanen in Erscheinung, d. h. in der Frage, ob und inwieweit ein muslimischer Machthaber als Bündnispartner

<sup>21</sup> J. v. Hammer-Purgstall: Geschichte des Osmanischen Reiches. Bd. 1. Pesth 1834, S. 607.

<sup>22</sup> J. v. Hammer-Purgstall 275.

<sup>23</sup> G. Geißler: Von Metternich bis Sarajewo. Das Leben Kaiser Franz Josephs. Berlin 1939, S. 83.

in Betracht kommen konnte bzw. wie weit seine Einsatzfreude gegen einen muslimischen Standesgenossen zugunsten christlicher Staaten oder Fürsten überhaupt reichte. In der Tat zeigten die aus der frühosmanischen Geschichte bekannten Kriegsbündnisse des christlichen Westens mit muslimischen Osmanengegnern ausnahmslos die allen Koalitionskriegen beinahe naturnotwendig anhaftenden Unzulänglichkeiten in zwangsläufig gesteigertem Maße auf. Kein muslimischer Osmanengegner — es sei als typisch herausgegriffen der Fürst von Qaramân — führte einen solchen Koalitionskrieg jemals über seine persönlich-muslimischen Interessen hinaus im Hinblick auf ein ihm und dem christlichen Bündnispartner gemeinsam vorschwebendes höheres Ziel. Mit anderen Worten: es blieb für ihn beim Kabinettskrieg und er war nicht bereit, die Unterstützungen, die ihm von christlicher Seite zuteil wurden, über seine persönlichen Belange hinaus zu honorieren. Im Gegenteil: sobald die leisesten Zweifel am Erfolg des christlichen Partners auftauchten, ließ der Bündniseifer bedenklich nach und die Fäden zogen sich bereits wieder hinüber zum muslimischen „Freund-Feind“ und Glaubensgenossen. Muslimische Bündnispartner gegen die Osmanen waren also für den christlichen Westen in keinem Falle eine Hilfe, die wirklich eine Entscheidung hätte bringen können. Abgesehen davon, daß sie, wie schon gesagt, gegenüber ihren muslimischen Gegnern, den Osmanen eben, nur „beschränkte Kriegsziele“ verfolgten und auch nur verfolgen konnten, gestattete die erdräumliche Lage eine volle Auswertung eines solchen Bündnisses in militärisch-politischer Hinsicht nur in sehr begrenztem Ausmaße, indem die für die damalige Zeit nur schwer zu bewältigenden Entfernungen und Geländeverhältnisse nicht nur materielle Unterstützungsmaßnahmen, sondern bereits die bloße gegenseitige Verständigung gewaltig behinderten. Auch hätte dem christlichen Westen durchaus auffallen müssen, daß die osmanischen Sultane jeden Sieg über abendländische Mächte demonstrativ als Sieg des Islam feierten und dem recht sinnvollen Ausdruck zu verleihen pflegten, so etwa, wenn Sultan Murâd II. (1421—1451) nach seinem Siege bei Varna (1444) gefangene christliche Ritter in voller Panzerung bei seinen muslimischen fürstlichen Standesgenossen herumschickte, um diesen zu zeigen, welche „Eisenmänner“ er überwunden habe<sup>24</sup>. Mehmed II. besaß gar die Geschmacklosigkeit, das einbalsamierte Haupt des letzten byzantinischen Kaisers Konstantin XI., der bei der Eroberung Konstantinopels den Tod gesucht und gefunden hatte, in der islamischen Welt herumzeigen zu lassen<sup>25</sup>. Hochtrabend formulierte Siegesmeldungen an die muslimischen Fürsten waren jedenfalls das Mindeste, was nach Erfolgen gegen die „Ungläubigen“ durch die islamische Welt posaunt wurde, und wenn sich Bâjezîd I. aus gleichem Anlasse von einem in Kairo lebenden abbasidischen Schattenchalifen den Titel eines „Sultans von Rûm“ verleihen ließ, so war auch dies als betont islamische Demonstration zu werten. Gewiß war der alte Chalifatsgedanke spätestens seit 1258 tot, aber durch sein

<sup>24</sup> F. Babinger: Mehmed der Eroberer und seine Zeit. S. 41.

<sup>25</sup> F. Babinger: Mehmed der Eroberer und seine Zeit. S. 102.

Verhalten gegenüber dem Schattenchalifen zeigte Bâjezîd I., daß er den de facto wie de iure bedeutungslosen Titel „Sultan von Rûm“ als speziell gesamtislamische Auszeichnung für seinen „Glaubenskrieg“ aufgefaßt wissen wollte. Wie dem auch sein mag, in den Zeiten, die uns hier angehen, liefen der Gedanke einer Pax islamica und der einer Pax ottomanica noch durchaus parallel, sie bargen keinen Widerspruch in sich, und was immer es an Reibereien intern-islamischer Art gegeben haben mag, konnte auf die Einheitlichkeit des Wollens gegenüber dem christlichen Gegner keinen ändernden Einfluß ausüben.

In der Welt des Christentums sahen die Dinge ganz anders aus. Wir nehmen hier erstmals Bezug auf ein uns durch N. Iorga paraphrasierend erschlossenes, aber bislang unbeachtet gebliebenes Promemoria in lateinischer Sprache vom 1. XI. 1500 aus der gewandten Feder des Bischofs von Gallipoli (Unteritalien) Alexius Celadonius (gest. 1517 als Bischof von Molfetta), der unter dem frischen Eindruck der Eroberung von Modon durch Sultan Bâjezîd II. seinem einstigen Vorgesetzten, dem Princeps Sacri Senatus und einstigen Cardinalis Neapolitanus die bewußte Schrift übermittelte<sup>26</sup>. Es handelt sich um Vorschläge aller Art für eine wirksame Bekämpfung der Türken, wobei klar wird, daß an dem Bischof sichtlich ein Stratege und Politiker von hohen Graden verloren gegangen ist, von guter Sachkenntnis zu schweigen, die wohl auf die moreotische Herkunft des geistlichen Herrn zurückgeführt werden kann. Denkschriften zur Türkenbekämpfung hat es schon vor Alexius Celadonius gegeben und auch in späterer Zeit sind solche verbreitet worden<sup>27</sup>. Was indes das — von seinem Verfasser zugegebenermaßen aus eigenem Antriebe und ohne äußere Veranlassung gefertigte — Promemoria unseres Bischofs von den übrigen Erzeugnissen dieser Gattung abhebt, ist der Umstand, daß in ihm die tiefere Problematik der Türkenfrage jener Zeit klarer erfaßt ist als anderswo, da die vergleichbare Literatur durchwegs am rein „Technischen“ hängen bleibt, ohne zu erkennen, worauf es eigentlich ankam. Zwar ist Alexius Celadonius sichtlich noch im Kreuzzugsdenken befangen, was sich aus seinem geistlichen Stande erklärt und aus der ihm selbstverständlichen Voraussetzung kirchlicher Führung im gemeinsamen Türkenkampfe sich ersehen läßt. In dieser Beziehung gab sich der gallipolitische Bischof allerdings Illusionen hin. Der Kreuzzugsgedanke klassischen Stiles war lange schon tot, wenn auch der Terminus noch öfters auftauchte. Wenn überhaupt, so konnte höchstens das Unternehmen des Ungarnkönigs Sigismund, das 1396 mit der Katastrophe von Nikopolis endete, als letzter „echter“ Kreuzzug bezeichnet werden, und auch das nur cum grano salis. Alexius Celadonius widerspricht im Grunde in dieser Hinsicht sich selbst allein schon dadurch, daß er vorschlägt, diplomatische Fühler u. a. am Hofe des — Mam-

<sup>26</sup> N. Iorga: Notes et Extraits pour servir à l'Histoire des Croisades au XVe siècle. Bukarest 1915, S. 313—330 (Nr. CCCLXIII).

<sup>27</sup> Als besonders bekanntes Beispiel sei der „Advis“ des Giovanni Torcello, enthalten in Bertrandon de la Broquière's Voyage d'Outre-Mer. Paris 1884, S. 263—266, genannt.

lükensultans auszustrecken, in dessen Händen sich ja damals just das „klassische Kreuzzugsziel“, das Heilige Land mit seinen christlichen Heiligtümern, befand. Aber es geht dem Bischof jetzt nur darum, dem Osmanensultan Schwierigkeiten innerhalb des islamischen Bereiches zu bereiten, im Falle des Mamlüken dadurch, daß man ihn in der Cypernfrage gegen die Osmanen scharf machte, die angeblich nach dem Besitze der Insel trachteten. Alexius Celadonius geht so weit, zu empfehlen, man solle den Mamlüken in Sachen Cypern einen freiwilligen Tribut zahlen, wenn Kairo sich bereit finde, gegen die Osmanen zu den Waffen zu greifen. Die Zeche hätten freilich die Venezianer zu bezahlen gehabt, denen ja 1489 die Witwe des letzten Lusignan-Herrschers, Caterina Cornaro, in Besinnung auf ihre Heimat die Rechte auf die Insel übertragen hatte. Da Cypern seit 1426 praktisch Lehensstaat der Mamlüken war, konnten diese auch jetzt einen gewissen Anspruch auf die ja auch strategisch ungeheuer wichtige Ostmittelmeer-Insel erheben. So erklärt sich Alexius Celadonius' Satz: „ . . . nunc eosdem (d. h. die Osmanen) ad Cyprum insulam occupandam spectare, cuius imperium Soldanum (d. h. der Mamlüken-Sultan) ipsum pertinere sibi asseverare, idque christianis etiam notissimum esse, eoque pro illa quod satis fuerit tributi libenter offerre, modo bellum in communem hostem suscipiat.“ Auf ganz entsprechende Weise will Alexius Celadonius auch den Herrn der „Horde vom Weißen Hammel“ geködert wissen, dem man seine mütterlicherseits ihm zustehenden Rechte auf Trapezunt, das Mehmed II. 1461 sich einverleibt hatte, als Lockspeise hinwerfen solle („ . . . ad quem qua materno iure Trapezuntis imperium spectat, quod anno abhinc quadragesimo parens communis hostis occupaverat“)<sup>28</sup>. Sogar den moskowitzischen Zaren (Iwan III.) möchte Alexius Celadonius in das weltweite antitürkische Bündnis einbeziehen, wobei diesem die pontischen Städte als Belohnung winken sollten. In diesem Zusammenhang macht der Bischof auch belangvolle Ausführungen in der Frage der schismatischen Ostkirche (die ja in der Folge der Verhehlung Iwans III. mit einer Nichte des letzten byzantinischen Palaeologen-Kaisers in Moskau ein neues Zentrum gefunden hatte)<sup>29</sup>. Aus des Bischofs Vorschlägen geht auch hervor, daß ihm für den christlichen Westen die Eroberung der europäischen Türkei vorschwebte, wonach man mit den Moskowitern im Falle des Gelingens gute Nachbarschaft halten müsse („ad eum [d. h. den Zaren Iwan III.] spe(m) tollendae differentiae componendaeque unionis inter Orientis Occidentisque Ecclesiam, a qua regio illa pertinaciter dissentit, prima mandata contineant. Nam, etsi odio metuque Turcorum sollicitantur, tamen ita quidam errores opinionisque fatue apud illos invaluerunt, ut, nisi, proposita spe dissimulationeque quadam non admodum eos errare, demulceantur ac mitigentur, nihil unquam boni quod ad Occidentalis Ecclesiae salutem pertineat, facturi sint. Deinde ut, foedere cum Tartaris icto, Scytharum, et hi Parthorumque genus,

<sup>28</sup> Der Herr der „Horde vom Weißen Hammel“, Uzun Hasan, war mit einer Nichte des Komnenenkaisers von Trapezunt verhehlicht. Vgl. F. Babinger: Mehmed der Eroberer und seine Zeit. S. 204.

<sup>29</sup> Vgl. F. Babinger: Mehmed der Eroberer und seine Zeit. S. 340.

cum quibus illi simultates exercent, bellum simul Turco moveant seque ad recuperandas eas Ponti urbes, in quibus ius habere Scythae pretendunt, accingant, instantibus praesertim cum tantis viribus, parte altera, occiduis christianis et occasionem simul facultatemque dantibus occupandae magnae partis Ponti, tam utilis illis et commodae ac pernecessariae plagae, eiusque possessionem permittentibus et insuper stabilem nunc pacem ac foedus, Thracia vero recuperata, fidam acceptamque vicinitatem pollicentibus“). Schließlich fordert Alexius Celadonius eine Blankovollmacht für die Gesandtschaften in allen Dingen, die dazu dienten, die für ein antitürkisches Bündnis zu Gewinnenden zum Kriege gegen die Osmanen anzufeuern („Omnia denique legatorum iudicio permittantur, quibus nationes illas movere, irritare, accendere et inflammare in hostem possint“). Freilich dürfte die Phantastik dieser an sich genialen diplomatischen Planung dem Urheber schon beim Schreiben zum Bewußtsein gekommen sein, denn in einem Nachsatze gibt er sich keinen Illusionen hinsichtlich der Durchführbarkeit dieser Monster-Liga hin. Er meint, auch wenn diesen Gesandtschaften zu dem moskowitischen Zaren, zum Mamlûken-Sultan und zum Herrn der „Horde vom Weißen Hammel“ kein Erfolg beschieden sein werde, so würde doch durch diese Unternehmungen der Osmanensultan unter Druck gesetzt und zu Konzessionen veranlaßt werden können.

Von „Kreuzzug“ ist, wie gesagt, zwar die Rede, aber aus den übrigen Vorschlägen unseres Bischofs ergibt sich mit klarer Eindringlichkeit, daß die Kriegsbegeisterung gegen die Türken sehr mäßig war. Immerhin verspricht er sich einiges von kirchlichen Maßnahmen. Auch sonst macht der Bischof vernünftige Vorschläge, die davon Zeugnis ablegen, daß er die Hauptgründe für das große Versagen des christlichen Westens gegenüber dem Vordringen der Türken auf allen Linien seit der Wiederherstellung des Osmanenreiches nach der Katastrophe von Ankara (1402), d. h. vorab seit der Herrschaft Murâds II. und besonders zur Zeit Mehmeds II., erkannt hat. Diese Gründe lagen nicht allein, wie man denken möchte, im Militärischen, sondern vor allem im Psychologischen, Moralischen und Politischen. Hiefür stellt Alexius Celadonius' Promemoria eine erstrangige Quelle dar, da es sich von jeglicher Schönfärberei frei hält, die Mängel schonungslos aufdeckt und den Vorteilen der Türken aufschlußreich gegenüberstellt. Unser Bischof ist sich durchaus darüber im klaren, daß er sich in einer ungünstigen psychologischen Ausgangssituation befindet, da sich die fatalen Auswirkungen des allmählichen Absterbens des Kreuzzugsgedankens bereits allenthalben deutlich zeigten. Der Kreuzzugsgedanke, in seiner Zielrichtung ohnehin verlagert, lag nicht nur in Agonie, sondern war, was noch schlimmer ins Gewicht fiel, innerlich ungläubwürdig geworden, seit christliche Fürsten und Staaten, einzelne Päpste nicht ausgeschlossen, sich in der Türkenfrage als sehr kompromißfreudig erwiesen. War es schon ausgesprochen peinlich, daß sich die Kreuzzügler gegen die „islamische Barbarei“ um die Bundesgenossenschaft anderer muslimischer Herrschaften bemühten und diese auch materiell zu unterstützen trachteten, so mußte es um die Wirkung der Kreuzzugspropaganda nicht minder

böse bestellt sein, wenn deren Urheber gestern die Türken als den Schreckpopanz der ganzen gesitteten Welt hingestellt hatten, heute sich aber bei eben diesen Türken in recht würdelosen Formen anbiederten, und das wozumöglich auf Kosten des christlichen Nachbarn. Besonders fatal zeigte sich die innere Verlogenheit der Kreuzzugspropaganda jener Tage zur Zeit Mehmeds II. und seines Nachfolgers Bâjezid II. Die Tauwettervorstellung, die sich im Abendlande nach Mehmeds II. jähem Tode allenthalben breit machte und dem politischen Scharfsinn der meisten abendländischen Mächte — nur Papst Sixtus IV. und der Ungarnkönig Matthias Corvinus wußten es besser — ein herzlich schlechtes Zeugnis ausstellte, ist Alexius Celadonius besonders verderblich erschienen, weshalb er als Kernpunkt seines Promemoria feststellt, daß die türkische Politik in ihren Grundzielen unveränderlich sei und auf die Beherrschung der Welt ausgehe. „Neminem nisi Turcum imperare Turci hominibus patiuntur“, sagt eindringlich der Bischof, und malt das Endschicksal der christlichen Welt aus: „Passim, mihi credite, trucidabimur et sacri Deo et sancto inuncti chrismate insepulti quoque iacebimus, mox feris et volucris esca futuri!“ Folgerichtig tritt daher der Schreiber des Promemorias der — wohl auch im Absinken des Kreuzzugsgedankens begründeten — Neigung der Zeitgenossen entgegen, sich in der Türkenpolitik auf das Halten der den Türken noch nicht anheimgefallenen Gebiete zu beschränken, und verfißt das Ziel der Wiedergewinnung des Verlorenen: „. . . nec nostris finibus contineri, sed accingi ad ea recipienda quae hactenus amisimus, ad hostem fortiter invadendum, . . . ad templa et loca illa sacratissima, fedis hostium cerimoniais temerata, lustranda atque purganda.“

Hinsichtlich der von Alexius Celadonius vorgeschlagenen Maßnahmen organisatorischer und propagandistischer Art zur Vorbereitung eines Kreuzzuges muß gesagt werden, daß die organisatorische Seite sich im Grundsatz nicht von bereits früher Praktiziertem unterscheidet. Der Papst soll alle Vertreter der Christenheit zusammenrufen zu einem „conventus christianorum omnium, regum, principum, regulorum et urbium quae suis legibus vivunt“. Nur Krankheit oder Tod sollen als Entschuldigung gelten. Alle Fehden sollen aufgehoben oder wenigstens aufgeschoben werden, Geldbeiträge, gestaffelt nach sozialer Lage, Rolle im Kreuzzug und Entfernung vom Feind, eingetrieben werden usw. Die Kirche soll überall mit gutem Beispiele vorangehen, auf von ihr beanspruchte Rechte weitgehend verzichten und diese gewissermaßen als Belohnung für Kreuzzugseifer und -leistungen an entsprechend Würdige vergeben. Dazu sind die üblichen Sündenablässe und -vergebungen für künftige Kreuzzügler in Aussicht zu stellen. Nachdem diese Fragen alle auf dem besagten Conventus geregelt, sollen die Teilnehmer, jeder in seinem Bereiche und nach Maßgabe seiner Möglichkeiten, alles in die Wege leiten und insgesamt ein Kreuzzug von fünfjähriger Dauer vorbereitet werden. Besondere Bedeutung kommt der Propaganda zu und hier erweist sich Alexius Celadonius gleichfalls als fähiger Fachmann, denn was er vorschlägt, könnte aus der Schule neuzeitlicher Massenbeeinflussung stammen: man müsse zunächst durch eindringliche Schilderungen der Leiden der

Christen unter türkischer Fuchtel auf die Tränendrüsen drücken und Abneigung gegen die Osmanen erzeugen („ . . . dicendi quodam genere quam vehementissimo, ardore verborum et corde vultuque incenso . . .“), also schlichthin Greuelpropaganda betreiben, daneben solle man ruhig die der noch nicht von den Türken unterworfenen christlichen Welt drohende türkische Gefahr kräftig übertreibend darstellen. Der Uneinigkeit der christlichen Welt ist mit allen Mitteln entgegenzutreten („ . . . et sensim homines ad vigorem caloremque humanitatis deducantur . . .“ ) und den Streithähnen das Menschenunwürdige ihres Tuns klarzumachen („ . . . quandoquidem homo dumtaxat nullumque praeter id animal ob discordiam ad necem sui generis irruat . . .“). Und damit ja kein Mittel, und wäre es auch das krampfhafteste, unversucht bleibe, will der geistliche Herr sogar den weiblichen Sex-Appeal für das Kreuzzugsgeschäft einspannen, indem er unverblümt den Damen empfiehlt, ihre Schäferstündchen dazu zu benutzen, den jeweiligen Kavalieren etwas Kreuzzugsbegeisterung einzuimpfen. „Votis denique in Deum ac precibus post amplexus et oscula prosequantur“, heißt es im *Promemoria*. Die sonstigen Ausführungen des gallipolitanischen Bischofs zu den genannten Punkten sind mehr technischer Art und können hier unberücksichtigt bleiben, doch sei erwähnt, daß auch sie schon den Kernpunkt des Übels auf abendländischer Seite durchschimmern lassen: die Schwierigkeit, wenn nicht Unmöglichkeit, die auseinanderstrebenden Einzelinteressen zu koordinieren, der Mangel eines einheitlichen Oberbefehles und eines einheitlichen sprachlichen Verständigungsmittels, die durch Erschlaffung im Wohlleben begründete Unfähigkeit, Opfer zu höheren Zwecken zu bringen, Fehlen einer allgemeinen Wehrbereitschaft, so daß man mit Mietlingstruppen gegen einen weltanschaulich überzeugten, unter einheitlichem Befehle stehenden und durch und durch gestählten, unverweichlichten, jeder Strapaze gewachsenen Feind, eben die Türken, glaubt antreten zu können. Die Stärke der Türken, die im übrigen ausrüstungsmäßig den Christen keineswegs überlegen seien, beruhe auf ihrer Einheitlichkeit in Oberbefehl und Willen. Niemals duldeten die Türken, daß mehrere Herren über sie herrschten und wenn Thronstreitigkeiten aufträten, so ruhten sie nicht eher, als bis ein Sultan wieder über das Reich herrsche („ita quidem concordiae uniusque imperio assueti, quod, duobus vel pluribus liberis suo principi succedentibus, non antea conquiescunt quam in uno eorum summa imperii convolvatur“). Wie aber sehe es bei den Christen aus? Sie sind in ihrem blindwütigen Hasse jederzeit bereit, einander an den gemeinsamen Feind zu verraten („communi quoque hosti turpiter product“)!

Hier rührt nun Alexius Celadonius an den Kernpunkt der Türkenfrage seiner Zeit, ohne freilich zu erkennen, daß zwischen dem Sterben des Kreuzzugsgedankens und dem von ihm gerügten Zustande ein ursächlicher Zusammenhang bestand. Was immer die Ursachen für das Hinschwinden des Kreuzzugsgedankens gewesen sein mögen — der Terminus lebte, wenn auch mit gewandeltem Vorstellungsinhalt, durchaus noch weiter —, die Folge war zwangsläufig eine grundsätzliche Änderung in der Einstellung zum Osmanenreiche. Das verderblichste Moment war fraglos das Zurücktreten der welt-

anschaulichen Bewertung der Türkenfrage durch die Mehrzahl der abendländischen Mächte, eine „Aufweichung“, die unter den Päpsten Innozenz VIII. und Alexander VI. sogar die Kurie ergriff und diese zu einer „apertura all'oriente“ bewog. Die Folge dieser Veränderung, die nur von wenigen klarer Blickenden jener Zeit mißbilligt wurde, war, sub specie aeternitatis gesehen, daß nach dem Tode Mehmeds II. Gelegenheit zu einer „schöpferischen Pause“ gegeben wurde, aus der dann im 16. Jahrhundert die neue Offensivkraft des Osmanischen Reiches erwuchs, die dieses vor die Tore Wiens führte und zur unbestrittenen Vormacht des islamischen Orients und des Ostmittelmeer-Raumes machte. In der Praxis des politischen Alltags sahen die Dinge so aus, daß abendländische Mächte den türkischen Sultan als gleichgearteten und daher gleich zu bewertenden Partner im diplomatischen Spiel betrachteten und behandelten und sich der Illusion hingaben, der Sultan werde grundsätzlich ihren Vorstellungen entsprechend sich verhalten, weil er das diplomatisch-politische „Kleinspiel“ mitmachte. Nur aus solch völliger Blindheit vor den Tatsachen erklären sich Verhaltensweisen wie des Sigismondo Malatesta zu Rimini, der den Sultan Mehmed II. zur Landung auf seinem Gebiete einlud<sup>30</sup>, aber auch Naivitäten wie der Versuch des Papstes Pius II., den gleichen Mehmed II. zum Christentum zu bekehren und ihm als Lohn die Herrschaft über die gesamte Christenheit anzubieten<sup>31</sup>. Auf der gleichen Linie bewegten sich die kindlichen Vorstellungen von der angeblichen Christenfreundlichkeit, ja geradezu dem angeblichen „Kryptochristianismus“ der Sultane Mehmed II. und Bâjezid II., Vorstellungen, die aus dem dürftigen Argument erwuchsen, Mehmed II. habe sich das christliche Glaubensbekenntnis, Bâjezid II. die Reden des Bußpredigers Savonarola ins Türkische übersetzen lassen. In Wirklichkeit entsprang das Bedürfnis der Sultane, solche Christiana kennen zu lernen, rein politischen Erwägungen. Daß beide genannten Osmanenherrscher mit dem christlichen Westen, insbesondere mit der römischen Kurie, einen schwunghaften Reliquienhandel betreiben und für die Lieferung von „Heiltümern“ (über deren Echtheit man überdies geteilter Ansicht sein konnte) nicht nur dicke Gelder, sondern sogar politische Zugeständnisse einheimen konnten<sup>32</sup>, zeugt nicht minder von der, wie es schien, von allen guten Geistern verlassenem infantilen Geisteshaltung der Christenheit jener Tage als die bedenklichen, da oftmals bereits an Perversität grenzenden Turkophilismen, die sich auf breiterer Volksebene bemerkbar machten. Alles, was aus der Türkei kam, wurde, wenn nicht gerade geliebt, so doch zum mindesten für sehr interessant befunden. Wann immer eine türkische Gesandtschaft oder gar ein wirklicher oder vorgeblicher osmanischer Prinz im christlichen Westen auftauchte, so waren sie nicht nur Objekte hemmungsloser Neugier

<sup>30</sup> Vgl. F. Babinger: Mehmed der Eroberer und seine Zeit. S. 214.

<sup>31</sup> Vgl. F. Babinger: Mehmed der Eroberer und seine Zeit. S. 212 f.

<sup>32</sup> S. F. Babinger: Reliquenschacher am Osmanenhof im XV. Jahrhundert. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte der osmanischen Goldprägung unter Mehmed II., dem Eroberer. München 1956. (Sitzungsberichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, phil.-hist. Klasse 1956, Heft 2.)

des Volkes, sondern sogar der aufdringlichsten Zuneigung der Damenwelt, so daß sich die Vertreter des „nemico secolare“ vor der Begierde ihrer Verherrlichen kaum zu retten vermochten. Beim Karneval als „Türke“ zu erscheinen, war letzter Schrei der Mode, und den Türken seine Dienste anzubieten, galt keineswegs als anrühlich, geschweige denn landesverräterisch. Das Italien der Renaissance handelte in jenen Zeiten nach dem schönen Grundsatz *Servo chi mi paga* (ich diene dem, der mich bezahlt) und selbst seine hochstehendsten Vertreter machten sich kein Gewissen daraus, dem Osmanensultan sich anzubiedern und zur Ausbreitung seiner Macht beizutragen. In diesen trüben Rahmen gehört, um nur ein besonders bezeichnendes Beispiel zu erwähnen, das aufsehenerregende Angebot Leonardo da Vincis an Sultan Bâjezîd II., ihm eine Brücke über das Goldene Horn zu bauen, unter welcher Segelschiffe in voller Takelung hindurchfahren konnten. Auch als Windmühlenbauer wollte Leonardo da Vinci tätig werden<sup>33</sup>. Ähnliches soll auch Michelangelo Buonarotti im Sinne gehabt haben, wenn auch nicht, wie im Falle Leonardo da Vincis, ein diesbezüglicher Urkundentext vorliegt. Auf der gleichen oder wenigstens auf ähnlicher Linie lag die gewaltige Überschätzung, die man jenen teils echten, teils unechten Osmanenprinzen entgegenbrachte, die, auf abenteuerliche Weise nach dem Abendlande gelangt, als Schachfiguren im Spiel der christlichen Mächte herumgeschoben wurden. Wie nicht anders zu erwarten war, verschwanden die meisten von ihnen sang- und klanglos von der Bildfläche, nachdem sie ihren abendländischen Kostgebern für den Fall ihrer Einsetzung als osmanischer Sultan das Blaue vom Himmel herunter versprochen hatten, ohne indes auch nur den leisesten Rückhalt im Osmanenreiche selbst zu haben, wo man sie kaum dem Namen nach kannte<sup>34</sup>. Der einzige unter diesen Gestalten, dessen Echtheit über allen Zweifel erhaben ist und der auch entschieden der gefährlichste war, Bâjezîds II. Halbbruder Dschem-Sultân<sup>35</sup>, segnete in einem für Bâjezîd II. sehr gelegenen Augenblick das Zeitliche (1495). Ob er in Neapel eines natürlichen Todes verblich oder, wie behauptet wurde, am Gifte des Borgia-Papstes Alexander VI., der im Einvernehmen mit dem Sultan handelte, hat bis heute nicht eindeutig geklärt werden können<sup>36</sup>. Sollte letzteres der Fall gewesen sein, so

<sup>33</sup> S. F. Babinger: Vier Bauvorschläge Lionardo da Vinci's an Sultan Bâjezîd II. (1502/3). Göttingen 1952. (Nachrichten der Akademie der Wissenschaften in Göttingen, phil.-hist. Klasse 1952, Nr. 1.) Erweitert nachgedruckt bei F. Babinger: Spätmittelalterliche fränkische Briefschaften aus dem großherrschaftlichen Seraj zu Stambul. München 1963, S. 120 ff., ebenda S. 96 ff. (Südosteuropäische Arbeiten 61.)

<sup>34</sup> Über verschiedene solcher Gestalten hat F. Babinger gehandelt, so etwa Bâjezîd Osman (Calixtus Ottomanus), ein Vorläufer und Gegenspieler Dschem-Sultans. *La Nouvelle Clio* III (Brüssel 1951) 349—388. Ergänzungen in *Κρητικά Χρονικά* VII (Iraklion 1953) 457 ff. — Ders.: Dâwûd-Çelebi, ein osmanischer Thronwerber des 15. Jhdts. *Südost-Forschungen* 16 (1957) 297—311.

<sup>35</sup> Das Standard-Werk über diesen Prinzen ist nach wie vor L. Thuasne: *Djem-Sultan*. Paris 1892.

<sup>36</sup> Vgl. L. v. Pastor: *Geschichte der Päpste seit dem Ausgang des Mittelalter*. Bd. 3. Freiburg im Breisgau 1924, S. 418—419. Seit O. Ferraras Buch: *Alexander VI.*

hätte der Borgia aus purer Geldgier und aus Haß gegen den ihm den osmanischen Prinzen abzujagen im Begriffe stehenden französischen König Karl VIII. die Gesamtchristenheit eines wirksamen Druckmittels gegen den Großen herrn beraubt, eine für die damalige Zeit zwar besonders charakteristische, in der Weltgeschichte allerdings keineswegs einmalige Haltung. Dschemschidsch hatte ja tatsächlich dem Sultan jahrelang durch sein bloßes Dasein schlaflose Nächte bereitet, da er offenbar eine zahlreiche Anhängerschaft im Osmanenreiche besaß. Immerhin ist es nicht ganz untypisch, daß die zeitgenössischen altosmanischen Chroniken Dschemschidschs Schicksal nur bis zu seiner Flucht zu den Rhodiser Ritttern verfolgen und dann einhellig behaupten, niemand wisse, was weiterhin aus ihm geworden sei<sup>37</sup>.

Haperte es also mit der psychologisch-politischen Vorbereitung für erfolgversprechende Auseinandersetzungen mit den Türken schon bedenklich, so noch mehr in der Erkenntnis der tieferen Eigenart der türkischen Kriegsführungspsychologie. Einzig und allein der schon genannte Bischof Alexius Celandonius scheint den springenden Punkt bei der Sache erkannt zu haben, wenn er sagt, die eigentliche Stärke der Türken seien ihre unerschöpflichen Kriegslisten. Implizite ist damit zum Ausdruck gebracht, was sich eigentlich dem Militärgeschichtler bei einer Betrachtung der frühen Türkenkriege unbedingt aufdrängen müßte: daß nämlich die Erfolge der Osmanen in den großen Feldschlachten jener Zeit keineswegs auf deren Schlachtenschematismus an sich zurückzuführen waren, sondern auf Umstände, die außerhalb des militärischen Momentes lagen, auf Imponderabilien also, die der Stratege zwar in Rechnung setzen muß, die aber außerhalb seiner Kontrolle liegen. Dies gilt in hervorragendem Maße für Kosovo Polje (1389), Nikopolis (1396), Varna (1444) und das zweite Kosovo Polje (1448), die überwiegend durch Fehler auf christlicher Seite, teilweisen Verrat oder durch die Uneinigkeit in der Führung zugunsten der Türken ausschlugen. Ähnliches gilt für die große Belagerung von Konstantinopel (1453), die sich trotz ungleicher Kräfteverteilung und gewaltiger Handicaps auf byzantinischer Seite unverhältnismäßig lange hinzog und um ein Haar abgebrochen worden wäre. Hingegen scheiterte der 1456 erfolgte Versuch Mehmeds II., Belgrad zu nehmen, trotz Einsatzes neuartiger technischer Kampfmittel — sogar die erwähnte Schiffsrutschbahn sollte wieder verwendet werden —, was für die Türken um so blamabler war, als der christliche Sieg in erster Linie dem militärisch fragwürdigsten Haufen zu verdanken war, der je einem Türkenheere entgegengetreten war, während gerade erprobte Leute wie der ungarische Kämpfer Hunyadi János sich merkwürdig zurückgehalten hatten<sup>38</sup>.

---

Borgia. Zürich-Stuttgart 1957, wird allerdings das landläufige Borgia-Bild weitgehend revidiert werden müssen. Auch O. Ferrara bezweifelt die Vergiftung des türkischen Prinzen (S. 361).

<sup>37</sup> Vgl. etwa 'Âşyqpaşazâde S. 185: bilinmez qandalugy noldy.

<sup>38</sup> Vgl. F. Babinger: Der Quellenwert der Berichte über den Entsatz von Belgrad am 21./22. Juli 1456. München 1957. (Sitzungsberichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, phil.-hist. Klasse 1957, Heft 6.)

Es ist einigermaßen auffällig, daß Historiker wie Kriegsgeschichtler, wenn wir recht sehen, es bisher unterlassen haben, zu vergleichen, wie sich die türkischen Eroberungen der Frühzeit hinsichtlich der Kriegsmethodik zueinander verhalten. Eine solche Betrachtung ergibt, daß die Inbesitznahme all jener Festpunkte, die das spätere Reich tragen mußten, d. h. der Burgen und Städte des osmanischen Früheststaates in Anatolien und der Maritzalinie, der Basis für die spätere Westausdehnung des Osmanenreiches, fast ausschließlich auf „paramilitärischem“ Wege erfolgte, d. h. durch Bestechung oder Erpressung oder durch eine Kampfweise, wie sie in unseren Zeiten dem paramilitärischen Kleinkriege, der Guerilla, entspräche. Um nur einiges herauszugreifen, möchten wir etwa die Eroberung Brassas, Dimetokas und Adrianopels nennen, die durch Bestechung bzw. Erpressung der byzantinischen Befehlshaber genommen wurden<sup>39</sup>. Die Wegnahme Biledschiks aber war geradezu ein Muster von Guerillataktik: die türkischen „Glaubenskämpfer“ baten den Tekfür<sup>40</sup> im besten Einvernehmen, ihre Lasten im Burghof deponieren zu dürfen. In die Lastenhüllen waren jedoch keineswegs Waren, sondern türkische Ghâzis<sup>41</sup> eingewickelt, die sich à la Trojanisches Pferd in die Burghöfe einschleusten, die Wachen zusammenhieben und auf solche Weise die Feste in die Hände bekamen<sup>42</sup>. Die islamische Moral gegenüber „Ungläubigen“ und die „völkerrechtlichen“ Vorstellungen der islamischen Lehre, die Verträge mit Christen lediglich als jederzeit kündbaren Waffenstillstand ansahen, ermöglichten es den Türken, sich in dieser Weise dem Gegner auch im tiefsten Frieden plötzlich zu nähern und ihre Beziehungen zu ihm danach einzurichten, eine Bestätigung der Theorien W. Rentschs der, gestützt auf jüngste Kleinkriegserfahrungen, dargetan hat, daß die Guerilla in abstracto nicht möglich ist, sondern in das Netz der Politik und weltanschaulichen Bewegungen eingebaut sein muß, ja aus dieser Verflechtung heraus überhaupt nur verständlich werden kann. Ohne diese Verflechtungen sackt sie ins reine Räubertum ab, das mit der Festigung staatlicher Macht in eine auf die Länge aussichtslose Position gedrängt wird<sup>43</sup>.

Die abendländischen Heere standen hier einem Phänomen gegenüber, dem sie weder seelisch noch militärisch Ernsthaftes entgegenzusetzen hatten, da der Gegner sich nicht immer nach ihrem gewohnten „Comment“ richtete. Es ist gewiß nicht ohne Bedeutung, daß die christlichen Heere von den türkischen Gegnern keineswegs bereits an der Grenze abgefangen und gestellt wurden, sondern jedesmal weit ins Osmanenreich einzudringen vermochten. Gerade dies setzte die Türken instand, sich der ihnen besonders liegenden

<sup>39</sup> J. v. Hammer-Purgstall 85, 146, 147.

<sup>40</sup> Tekfür, wohl aus armenischem tagavor, hieß bei den alten Osmanen der Kaiser von Byzanz, doch benannte man auch die byzantinischen Burgherren und Festungskommandanten so.

<sup>41</sup> Ghâzi = Glaubenskämpfer für den Islam. Heute = Veteran.

<sup>42</sup> Vgl. 'Āšyqpašazâde S. 18.

<sup>43</sup> W. Rentsch: Partisanenkampf. Erfahrungen und Lehren. Frankfurt am Main 1961, besonders S. 47 ff.

Kleinkriegsweise zu bedienen, die ja durch die schier ins Endlose verlängerte und keineswegs nachdrücklich gesicherte Nachschublinie der Gegner ein lohnendes Betätigungsfeld erhielt und überdies ein erfolgreiches Abfangen des Gegners beim Zurückfluten erhoffen durfte. Hauptsächlich konnten sich hier die Aqyndschy auszeichnen, die als leichte Kavallerie rasch beweglich waren und durch ihre Taktik der „verbrannten Erde“ dem Gegner nicht nur sachlich, sondern auch seelisch schwer zuzusetzen vermochten. Wieder ist es Alexius Celadonius, der den Kernpunkt der Sache richtig erfaßt: überzeugt, daß die Türken der offenen Feldschlacht lieber zugunsten des „Kleinkrieges“ aus dem Wege gehen, ja sogar ihre Festungen nur selten — dann allerdings, wie er gesteht, recht hartnäckig — verteidigen, sieht er das strategische Heil in der bestmöglichen Verkürzung der Nachschublinien und in der Vermeidung all dessen, was dem türkischen „Bandenkampfstil“ günstige Bedingungen schafft, insbesondere das Detachieren kleiner Einheiten zur Verfolgung der Aqyndschy, deren rasche Beweglichkeit das einzige Moment darstelle, in welchem die Türken den christlichen Heeren überlegen seien. So verlangt der geistliche Stratege die Errichtung von Verpflegungslagern längs der ungarisch-türkischen Grenze, da eine auf dem Balkan-Landwege vorgehende Armee, die nicht über See versorgt werden könne, ihren Nachschub ohne einen solchen Rückhalt ernstlich gefährde, nachdem die Aqyndschy beim Rückzuge alles verwüsten würden. Insbesondere verderblich wäre es, sich zu leichtfertiger Verfolgung der türkischen Plänkler verleiten zu lassen, denn dies sei es eben, was sie durch ihren Kleinkrieg bezweckten. „Itaque nostros agmine incedentes, a fronte, a tergo, a lateribus, crebris modo aggressionibus, modo ictibus, ipse illesus, pernecitate equi ad suos se facile recipiens, pungit, cedit, ferit, infestat“, sagt Alexius Celadonius wörtlich und charakterisiert damit auf das treffendste das Wesen des türkischen Guerillastiles, dem er bei Nichtbeachtung seiner Vorschläge auf die Länge den Sieg prophezeit. „Et quoniam nostri hostis bellica ratio a nostra diversissima est, si singula considerabimus, longo intervallo illi cedere inveniemus“, heißt es in des Bischofs Promemoria. Auch darüber ist sich Alexius Celadonius im klaren, daß dem türkischen Plänkler der psychologische Rückhalt bei der einheimischen Bevölkerung entzogen werden müsse, eine Standardregel moderner Bandenbekämpfung. Alexius Celadonius hat insbesondere die Râja<sup>44</sup> im Auge und sonstige Bevölkerungsteile, die sich „des Verrates an ihren osmanischen Herren geneigt zeigen“. Diese, aber auch die Muslime müßten tunlichst geschont und ihre Anführer gewonnen werden, um keine unerwünschte Solidarität mit den Osmanen zu schaffen. Auch die Behandlung der Gefangenen habe sich nach den gleichen Grundsätzen zu richten. Prestigefragen hätten zurückzutreten. All diese Punkte muten erstaunlich modern an. Sie lassen darauf schließen, daß man in der bewußten Hinsicht vermutlich kräftig gesündigt und somit durch primitiv-unbeherrschte Rache- und Repressalienpo-

<sup>44</sup> Râja, eigentlich Ra'âjâ („Herde“), bezeichnet die nichtmuslimischen Untertanen eines muslimischen Herrschers, insbesondere des Osmanen-Sultans.

litik selbst ansonsten gutgesinnte Elemente den Türken in die Arme getrieben hatte. Insbesondere in Bezug auf die Râja war solches das Verfehlteste, was man tun konnte, umso mehr als die Lage der unfreien bäuerlichen Bevölkerung in den christlichen Anrainergebieten nicht dazu angetan war, die Râja ihre „Turkokratia“ als übermäßig drückend ansehen zu lassen<sup>45</sup>. Wenn Alexius Celadonius demgegenüber sogar die Schonung der Muslime und Duldsamkeit gegenüber ihrem Glauben fordert, weil man dadurch auch sie nach und nach gewinnen könne, so zeigt dies, daß er sich darüber klar war, daß dem Bandenkriegsstil nur durch die geistige Abwürgung seines ideologischen Hintergrundes wirklich erfolgreich beizukommen ist, eine Erkenntnis, die bis in die neueste Zeit das Fassungsvermögen der höheren Marsjünger aller Lager entschieden überschritten hat, zumal ein Zurückstecken in Prestigefragen große Anforderungen an das politisch-militärische Selbstgefühl stellt.

Wir haben oben gesagt, wir wollten den Versuch machen, darzutun, daß die Türken bei der Eroberung des südosteuropäischen Raumes sich durchaus von strategischen Gesichtspunkten haben leiten lassen. Daß schon Murâd I. sich über die Bedeutung der Donau-Linie im klaren war, zeigt der Umstand, daß er nach der Anbändigung Bulgariens als Satellit die Festung Silistria keineswegs dem bulgarischen Zaren beließ, sondern in eigene Hand nahm und damit die unteren Donauübergänge unmittelbar beherrschte. Den wohl klarsten strategischen Blick der osmanischen Herrscher in der uns angehenden Epoche aber zeigte Murâd II., der wohl wußte, daß der Besitz der Heerstraße Belgrad-Saloniki einschließlich ihrer beiden Endpunkte auf die Länge für das europäische Osmanenreich entscheidend sein mußte, daß diese Linie aber ohne Beherrschung wenn nicht Belgrads selbst, so doch des Donaulaufes unterhalb der „stolzen Feste“ sowie des albanischen Raumes, aus dem heraus die Heerstraße ständig bedroht werden konnte, niemals als wirklich gesichert gelten konnte. Verfolgt man unter diesem Gesichtspunkte seine Politik und die seiner Gegenspieler, so wird ganz klar, was Sultan Murâd II. vorschwebte. Die Donau-Linie zwischen Silistria und dem „Eisernen Tore“ hatte bereits Mehmed I., Murâds II. Vater, durch die Anlage der Festungen Jerkökü (jetzt Giurgiu), Ishâqtsche und Novo Selo zwar nicht sehr stark, aber doch leidlich abgesichert, zumal auch Turnu Severin zur gleichen Zeit in osmanischen Besitz übergegangen war<sup>46</sup>. Vergegenwärtigt man sich die damalige Lage unter dem Gesichtswinkel Murâds II., so ergibt sich daraus mit eindeutiger Klarheit folgendes: Saloniki gehörte noch zu Byzanz, Belgrad aber zu Serbien. Die Heerstraße führte, grob gesagt, über Nisch und Usküb (Skoplje), also durch türkisches Gebiet, nach Saloniki. Wohl kontrollierten die Osmanen den durch ihr Gebiet führenden Teil der Straße (was mit dem Eingang von Mautgebühren usw. verbunden gewesen sein dürfte), doch stand es im Belieben der Herren von Belgrad und Saloniki, der türkischen Wirtschaft je-

<sup>45</sup> Vgl. H. J. Kißling: Die Türken und das Abendland. Vorstellung und Wirklichkeit. Der Remter. Blätter ostdeutscher Besinnung (1956) Heft 4, S. 51—62, besonders S. 61.

<sup>46</sup> Vgl. F. Babinger: Die Donau als Schicksalsstrom des Osmanenreiches. S. 17.

derzeit das Wasser abzugraben, d. h. die Straße zu sperren und somit für die Osmanen wirtschaftlich völlig zu entwerten. Zugleich bedeutete unter solchen Umständen die Straße eine tödliche Gefahr strategischer Art, da hier die Möglichkeit einer Abschnürung von Süden und Norden her umso leichter gegeben war, als der Nordzug der Straße von Bosnien her, der Südzug aus dem albanischen Raume heraus feindlich bestrichen werden konnte. Ein feindlicher Einfall von hier aus in das Osmanenreich mußte überdies die Festungslinie an der unteren Donau ins Wanken bringen, da mit der Treue der widerwilligen Satelliten Walachei und Moldau dann nicht mehr zu rechnen war, von dem unsicheren Kantonisten Serbien ganz zu schweigen. Überdies stand in Gestalt der Via Egnatia<sup>47</sup> dem Westen ein weiteres Einfallstor zur Verfügung, das nur durch die Wegnahme Salonikis einigermaßen paralytisch werden konnte. Daß Murâd II. diese Überlegungen angestellt haben muß, zeigen nicht nur seine Maßnahmen, sondern auch die Gegenzüge der Byzantiner und der Serben und Andeutungen finden wir sogar in altosmanischen Chroniken. Wie bekannt, hat Byzanz, in der Erkenntnis, militärisch der Sache nicht gewachsen zu sein, den politisch-kaufmännischen Weg gewählt, um den Türken Saloniki aus den Klauen zu reißen. Es verhöckerte 1427 die Stadt schleunigst an Venedig, das mit dem Hafen nicht nur einen guten wirtschaftlichen Umschlageplatz, sondern auch einen für die Türken gefährlichen strategischen Stützpunkt erhielt. Daß fast zur gleichen Zeit der Serbenfürst Georg Branković seine Feste Belgrad den Ungarn übergab, bedeutet nichts Geringeres, als daß hier ein politisches Spiel im Gange war, das Murâds II. Pläne und Bedürfnisse empfindlich störte, ja ihm sogar an den Lebensnerv mindestens des europäischen Reichsteiles gehen mußte. Murâd II. reagierte zunächst nur mit kleineren Flottenunternehmungen gegen venezianische Niederlassungen im ägäischen Raume, um dann aber 1430 Saloniki im Sturm zu nehmen, und nur die unsichere Lage in Anatolien dürfte ihn bewogen haben, zunächst im südosteuropäischen Europa noch nichts Entscheidendes ins Werk zu setzen. Immerhin war mit der Wegnahme Salonikis wenigstens der vorläufig strategisch empfindlichere Südzug der Heerstraße Belgrad-Saloniki besser gesichert, nachdem man damit auch die Via Egnatia zum Teil unter Kontrolle hatte, aber ohne Belgrad war alles nur eine halbe Angelegenheit. Daß man am Hofe Murâds II. die Bedeutung Belgrads bzw. der Festen unterhalb der Stadt, insbesondere Semendrias (= Smederovo), genau kannte, ergibt sich bereits aus einschlägigen Äußerungen unseres oben erwähnten altosmanischen Chronisten 'Âşyqpaşazâde, der an den Unternehmungen selbst aktiv teilnahm. Er läßt sich wörtlich, wie folgt, vernehmen<sup>48</sup>: „Sultan Murâd (II.) hatte das ungarische Gebiet auskundschaften lassen und wußte daher, daß

<sup>47</sup> Die in der Antike als Via Egnatia berühmte Straße, die die Adria mit Konstantinopel verband und noch weit ins Mittelalter und die frühe Neuzeit hinein benutzt wurde. Ihre Westäste (von Dyrrhachium und Apollonia kommend) vereinigten sich beim heutigen Elbasan im Shkumbi-Tale. Die Straße führte in allgemeiner West-Ostrichtung nach Konstantinopel.

<sup>48</sup> S. 113.

dieses Belgrad das Tor zum Ungarland war. Dieses Tor gedachte er zu öffnen.“ (Sultân Murâd kim Engurûz vilâjetini sejr edti andan bildi kim bu Belgrâd Engurûz vilâjetinüñ qapusydur. Bu gez maqsûd edindi kim ol qapuyj aça.) Es handelt sich um den mißglückten Versuch Murâds II. vom Jahre 1440, Belgrad den Ungarn zu entreißen. Daß der Chronist ‘Âşyqpaşazâde das türkische Fiasko zu bemänteln sucht, indem er erklärt, das türkische Heer habe nur so getan, als wolle es Belgrad nehmen, habe es aber mehr auf Beute in der Umgegend der Feste abgesehen — der fromme Zejnîje-Scheich rühmt sich, selbst auch gewaltig am Beutemachen beteiligt gewesen zu sein —, ist natürlich nichts anderes als die Geschichte vom Fuchs und den sauren Trauben. Für uns kam es nur darauf an, zu zeigen, daß man sich auf türkischer Seite über die strategische Bedeutung der Feste Belgrad keinesfalls im unklaren war. Von dem gleichen Chronisten erfahren wir, daß man am Osmanenhofe wohl wußte, daß der Besitz wenigstens Semendrias (Smederovo) (unterhalb Belgrads) für die Haltung der Satelliten entscheidend war. Wir lassen wieder den Zejnîje-Scheich sprechen<sup>49</sup>: „. . . Da sagte Ishâq Bej<sup>50</sup>: O großmächtiger Sultan, solange der Vulq Oghly (= Georg Branković) in Semendria sitzt, wird weder der Qaramân Oghly (= der Fürst von Qaramân in Kleinasien, der ewige Gegenspieler der Osmanen) Ruhe geben noch wird uns Ungarn gehorsam sein. Halte auch den Draqula (= der Walachenfürst Vlad Dracul) nicht für einen zuverlässigen Freund . . .“ (Ishâq Bej ajdur: Hej devletlü sultânüm, mâdâmki Vulq Oghly Semendirede ola ne Qaramân Oghly epsem olur ne Engurûz bize mutî‘ olur, dedi, ve hem Dyraqulajy dahy dôst sanmañ ki munâfiqdur dedi . . .). Es handelt sich hier um die Wegnahme von Semendria im Jahre 1438.

Wie sehr Murâd II. unter dem Zwange stand, die Heerstraße Belgrad-Saloniki unter allen Umständen so gut wie möglich zu sichern, zeigt eine strategische Analyse seiner weiteren Maßnahmen gegen den Westen. Als sich 1443 die Albaner unter Führung des legendenumwobenen Skanderbeg (Georg Kastrioti) gegen die Osmanen zu stellen begannen, war es Murâds II. erstes Anliegen, die von den albanischen Bergen herabführenden Straßen freizukämpfen (‘Âşyqpaşazâde S. 112). Ein Blick auf die Karte läßt erkennen, daß ihm die Paralysisierung der Via Egnatia vorschwebte, die für die Albaner (und ihre venezianischen Hintermänner) das Einfallstor vor allem nach Üsküb (Skoplje), dem türkischen Wirtschaftsmittelpunkte an der Heerstraße Belgrad-Saloniki, darstellte<sup>51</sup>. Daß seine Ziele weiter gespannt waren, freilich durch die Niederlage von Jalovac gegen Ungarn (1443), die Folgen des Szevediner Waffenstillstandes (1444), und die seinen vorübergehenden Thronverzicht herbeiführende innere Staatskrise<sup>52</sup> vom gleichen Jahre unterbro-

<sup>49</sup> S. 114.

<sup>50</sup> Einer von Murâds II. Unterführern.

<sup>51</sup> Auch hiefür ist ‘Âşyqpaşazâde Gewährsmann. In Üsküb (Skoplje) wurden auch die Kriegsgefangenen und die sonstige Beute aus Westfeldzügen verschachert.

<sup>52</sup> Darüber vgl. F. Babinger: Von Amurath zu Amurath. Oriens III, 2 (1950) 229—265.

chen wurden, zeigt Murâds II. Politik nach seinen Siegen bei Varna (1444) und auf dem Amselfelde (1448): wäre ihm die Wegnahme des hartnäckig von den Türken belagerten, von den Albanern zäh verteidigten Kruja gelungen (1450), so wäre es den Venezianern schwer geworden, den albanischen Freiheitskampf nachhaltig zu unterstützen. Denn Kruja beherrschte die Verbindungsstraße vom venezianischen Skutari (Schkodra) zu den in das Drina- und Vardar-Tal hinüberführenden Verbindungswegen. Im Grunde der gleichen Zielsetzung diente Murâds II. Vorgehen gegen die von Paläologenfürsten beherrschte Peloponnes (1446). Die Paläologen konnten aus der Deckung des sogenannten Hexamilion-Walles heraus bedrohliche Vorstöße nach Norden machen und osmanische Kräfte binden. Überdies war die Möglichkeit gegeben, durch Verbindungen über See Fühlung mit den Albanern und Venezianern aufzunehmen. Wieder ist es 'Âşyqpaşazâde, der mehrfach angeführte Chronist und Derwischscheich, der sich nicht nur für seine Person strategisch-fachmännisch äußert, sondern auch die Gespräche Murâds II. mit seinem Unterführer Turahan Bej wörtlich wiedergibt<sup>53</sup>. Er bezeichnet das Festungssystem von Germe (= Hexamilion), das die Peloponnes gegen Attika abriegelte, ausdrücklich als „Mora vilâjetinüñ qapusy Germe hisâry“, also als „Feste Germe, das Tor nach Morea“ und berichtet folgendes Gespräch zwischen Murâd II. und dem Türkengeneral Turahan Bej: „Murâd Han Ghâzî sagte: Turahan, wie kann man diese Feste Germe, den Mund von Morea, nehmen? Sag mir das! Turahan Bej antwortete: Mein Sultan, diese Feste Germe ist ein merkwürdiges Bollwerk. Es reicht von einem Meere zum anderen (= Saronischen Golf zum Korinthischen Golf), so daß das Gebiet ganz vom Meere umflossen ist, d. h. es ist sozusagen eine Insel. Die Befestigungen von Germe bilden das Tor dazu. Man hat an fünf Stellen Befestigungen errichtet und jede ist stark bestückt. Man muß von drei Seiten angreifen, und zwar jede Befestigung einzeln.“ (Murâd Han Ghâzî ajdur: Turahan, bu Germe hisâry kim Moranuñ agzydur any ne sûretle almaq gerek baña haber ver, dedi, ve anuñ fethi ne sûretle ola, dedi. Turahan Bej ajdur: Sultanum, bu Germe hisâry bir garib hisârdur. Germesi bir deñizden bir deñize dek çekilmişdür ve deñiz bir vilâjeti tamâm tolanmyşdur ke'ennehü bu vilâjet bir ada gibidür. Şejle vâqi' olmuşdur ve Germedeki hisârlar aña qapu gibidür ve qapu olmuşdur. Ve bu Germeje beş jerde hisâr japylymyşdur ve her hisâruñ mu-bâlaga jaragyn görmüşlerdür. Ol hisâra üç jerden savaş vermek gerekdür her bir hisâra . . .). Der Durchbruch durch das Festungssystem von Hexamilion beraubte die moreotischen Paläologenfürsten ihrer „Meginot-Linie“ (wobei Korinth in Flammen aufging). Daß sich Murâds II. besondere Wut gegen den Hafen Patras richtete, der völlig verwüstet wurde, zeigt, daß er diesen als Basis einer Schiffsverbindung zwischen der Peloponnes und Albanien bzw. Venedig richtig erkannte.

Murâd II. hat die völlige Sicherung des europäischen Reichsteiles nicht vollenden können. Dies war seinem ihm ansonsten gänzlich unähnlichen

<sup>53</sup> S. 115 f.

Sohne und Nachfolger Mehmed II. vorbehalten. Sein Wirken ist uns in F. Babingers umfangreichem Buche über ihn mit aller wünschenswerten Ausführlichkeit geschildert worden<sup>54</sup>. Trotz seiner Gegnerschaft zu seinem Erzeuger hat Mehmed II. als Sultan das für die Osmanen zum guten Ende gebracht, was Murâd II. begonnen hatte. Die Bereinigung der Byzanz-Frage (1453), des Problems der Genueser-Frage (Wegnahme der genuesischen Ägäis-Inseln 1455, später, 1475, auch Kaffas) und verschiedener kleinasiatischer Angelegenheiten, alles Dinge, die ihm durch die Dummheit und Uneinigkeit des christlichen Abendlandes möglich wurden, gaben ihm freie Hand auch in Sicherung der europäischen Türkei und ihrer Mehrung. Auch hier stand neben der Donau die Heerstraße Belgrad-Saloniki im Hintergrunde. Sie führte zur Vernichtung der Paläologen-Herrschaft auf der Peloponnes und zur Annexion Bosniens (1463), dessen durchgreifende Islamisierung Mehmed II. nicht nur politisch-strategisch, sondern auch psychologisch einen starken Eckpfeiler für das Sicherungssystem der Heerstraße Belgrad-Saloniki und überdies ein neues Ausfallstor gegen die Adria und damit gegen Venedig verschaffte. Da er, unbeschadet seiner Niederlage vor Belgrad (1456), bereits 1458/59 Serbien unmittelbar zum Osmanenreiche schlagen konnte, war die Albanerfrage, trotz Skanderbegs zähem Kleinkriege, praktisch bereits damals gelöst. Als 1467 gar die Albaner durch Skanderbegs Tod ihres letzten Freiheitshortes beraubt wurden, konnte die Heerstraße als endgültig gesichert gelten, zumal durch den Fall von Skutari (Schkodra) auch die venezianische Unterstützung fraglich geworden war. Die 1467 in aller Eile erfolgte Errichtung von Elbasan<sup>55</sup> war freilich mehr als der gewählte Name (Elbasan = „Zwingburg“) vermuten ließ. Sie richtete sich nicht allein gegen die auch nach Skanderbegs Tod noch unruhigen Albaner, sondern vor allem gegen Venedig, Mehmeds II. Hauptgegner im Mittelmeer-Raume. Elbasan löste Kruja ab. Das Shkumbi-Tal völlig beherrschend und damit die sich dort vereinigenden Westäste der Via Egnatia paralysierend, entwertete es die in dem schmachvollen Frieden von 1479 bei Venedig verbliebenen albanischen Plätze Durazzo und Antivari strategisch so gut wie völlig und gestattete überdies die Unterhaltung eines türkischen Flottenstützpunktes in Valona. Durch den Fall von Skutari (Schkodra) war außerdem den Türken in Gestalt der damals bis Skutari hinauf schiffbaren Bojana ein wenn auch kleinerer Hafen zugefallen, der zusammen mit der Flottenbasis Valona die venezianischen Häfen Durazzo und Antivari jederzeit in eine gefährliche Zange nehmen konnte. Wie gut sich die Sache bewährte, zeigt die Tatsache, daß Mehmed II. kurz vor seinem jähen Tode (1481) von Valona aus einen Brückenkopf bei Otranto, also im Raume des unteritalienischen „Stiefels“, zu bilden vermochte.

Die politische Lage änderte sich mit einem Schlage durch den Tod Mehmeds II. (er wurde auf Veranlassung seines Sohnes Bâjezid II. beseitigt).

<sup>54</sup> Vgl. oben S. 109 Anm. 3.

<sup>55</sup> Vgl. dazu F. Babinger: Die Gründung von Elbasan. Mitteilungen des Seminars für Orientalische Sprachen 34 (1931) 2. Abt., S. 1—10.

Der Brückenkopf von Otranto brach zusammen, aber schon hatte die „Tauerwetterstimmung“ das christliche Abendland so sehr ergriffen, daß die Bemühungen Papst Sixtus' IV., die günstige Lage durch einen kräftigen Nachstoß gegen die türkische Flottenbasis Valona zugunsten des Westens auszuwerten, kläglich scheiterten<sup>56</sup>. Der Papst und Matthias Corvinus, der Ungarnkönig, waren die einzigen, die an das plötzliche Glück nicht glauben wollten. Die Auseinandersetzung Bâjezids II. mit seinem Halbbruder Dschem-Sultân in Kleinasien, die sich als Fernbeben bereits in der europäischen Türkei bemerkbar machte, hätte zum mindesten den äußersten Westen des Osmanenreiches „sturmfähig“ gemacht, aber jetzt drängelte niemand mehr nach dem Heldentode für die gefährdete Sache der Christenheit. In gänzlicher Fehlbeurteilung des neuen Sultans, der inzwischen seinen Halbbruder aus dem Lande gejagt, glaubten besonders optimistische Schönseher an das Erlöschen des Halbmondes. Obwohl Bâjezid II. es zuweilen ausgezeichnet verstand, den Friedensengel zu spielen, hätte die Entschlossenheit, mit der er 1484 der polnischen Südostausdehnung entgegentrat<sup>57</sup>, die Optimisten ebenso belehren können wie die Wegnahme der venezianischen Besitzungen Modon, Navarino und Koron (1500) sowie die Tatsache, daß Kärnten und Oberkrain mehrfach blutige aqyndschy-Einfälle über sich ergehen lassen mußten<sup>58</sup>. Venedig ward im Frieden von 1502 nun auch Durazzos ledig, womit, von den sonstigen Abtretungen ganz abgesehen, von einer etwaigen Aufbrechung der Via Egnatia-Sperre keine Rede mehr sein konnte. Türkische Vorstöße in der Herzegowina hatten die Adriaküste bereits weiter nördlich erreicht, womit die Möglichkeit einer im Belieben der Türken stehenden jederzeitigen Sperrung der Straße von Otranto und damit einer Handelsblockade gegen Venedig und andere italienische Staaten in drohende Nähe gerückt war. Vor dieser Situation stand der christliche Westen, als unser Bischof Alexius Celadonius, wütend über die Uneinsichtigkeit des Westens, sein Promemoria verfaßte. Das strategische Endergebnis des Versagens des Westens in einer Sternstunde war, daß, von der See-Situation abgesehen, grob gesehen, die Save- und Drau-Linie den Türken offen lag, und damit der Weg nach der Steiermark, Kärnten und Oberitalien. Belgrads Bedeutung aber war ins Ungemessene gestiegen. Es mußte um jeden Preis gehalten werden. Belgrad und die Donau-Linie blieben der wunde Punkt auch für die Türken, aber der blutige Kleinkrieg, der sich während Bâjezids II. Herrschaft — unter beiderseitiger Entfaltung aller erdenklichen Greuelthaten — rechts und links der Donau abspielte, brachte keinerlei Entscheidung.

Alexius Celadonius sah diese Dinge bereits zu seiner Zeit richtig und seine

<sup>56</sup> Vgl. L. v. Pastor II, 569 ff.

<sup>57</sup> Darüber die leider ungedruckte Münchener Doktorschrift N. Beldiceanu: Der Feldzug Bâjezid's II. gegen die Moldau und die Schlachten bis zum Frieden von 1486. München 1955. Ein Exemplar in der Bücherei des Instituts für Geschichte und Kultur des Nahen Orients und für Turkologie an der Universität München.

<sup>58</sup> Freilich wurden hier oft übertriebene Angaben gemacht. Vgl. dazu W. Neumann: Die Türkeneinfälle nach Kärnten. Südost-Forschungen 14 (1955) 84 ff.

Vorschläge, wären sie jemals zur Durchführung gelangt, hätten wohl zu einem nachhaltigen Erfolge geführt. Seine großlinigen strategischen Ideen beweisen es. Der Grundsatz „Getrennt marschieren, vereint schlagen“ steht über allem. Der bei allen vorhergegangenen Versuchen, gegen die Türken etwas zu unternehmen, zu beobachtende Fehler, daß man entweder nur zu Lande oder nur zu Wasser vorging, bzw. daß das Zusammenwirken von Landheer und Flotte fast niemals klappte, soll bei Alexius Celadonius dadurch vermieden werden, daß drei Armeen in völliger Unabhängigkeit voneinander marschieren sollen: zwei über Land, eine zur See. Die erste Landarmee soll den Weg über Ungarn nehmen, um in Moesien, also Serbien-Bulgarien, bzw. Thrakien einzubrechen. Sie hätte also der „klassischen“ Türkeifahrer-Route zu folgen, d. h. von Belgrad die Morava aufwärts über Nisch—Sofia—Philippopol—Adrianopol zu ziehen. Da zu erwarten ist, daß die Türken sich zurückziehen und „verbrannte Erde“ hinter sich lassen, verlangt der Bischof die erwähnten Verpflegungslager längs der Grenze, da diese Armee als einzige nicht über Wasser verpflegt werden könne. Für die Marschroute der zweiten Armee läßt Alexius Celadonius zwei Möglichkeiten offen: eine über Friaul, Istrien, Dalmatien, das Illyricum und den Epirus, „vel, quod brevius atque facilius magisque fieri consuevit, ad Salentinas et inde e Brundisio ad Apoloniam et Aulonem vel ad Dyrachium, transmisso mari supero, in Macedonia vel Thessalia“. Die großstrategische Konzeption des gallipolitanischen Bischofs ist klar: die erste Armee zielt letztlich auf Konstantinopel auf dem Wege über die klassische Heerstraße Belgrad-Konstantinopel<sup>59</sup>, während die zweite Armee eindeutig auf Saloniki angesetzt ist. Was den Marschweg der zweiten Armee angeht, so ist sich Alexius Celadonius über die Schwierigkeiten der ersten Möglichkeit (Friaul-Istrien-Dalmatien, Illyricum, Epirus) durchaus im klaren und ein Blick auf die Karte bestätigt dies. Da der Bischof in Bezug auf die erste Armee sagt, sie sei die einzige, die nicht über See versorgt werden könne, darf als sicher gelten, daß ihm für die Friaul-Epirus-Route der zweiten Armee der Weg längs der Adria-Küste vorschwebte; also etwa die heutige Route Triest - Rijeka - Senj - Šibenik - Šplit - Skutari (Schkodra) - Leš - Durazzo - Via Egnatia, wo die zweite Möglichkeit (über See von Brindisi aus) mit der ersten zusammenfällt. Der Vorteil der zweiten Möglichkeit, die Alexius Celadonius auch selbst für vorteilhafter hält, bestand darin, daß im Gegensatz zur ersten Möglichkeit die Armee erst auf der Via Egnatia mit Feindberührung zu rechnen hatte, während bei der ersten Möglichkeit spätestens im Raume der Herzegowina die ersten Zusammenstöße mit den Türken zu erwarten gewesen wären. Durazzo war zur Zeit der Abfassung des Promemorias noch venezianisch, ebenso das (allerdings nicht genannte) Antivari. Zweifellos rechnete Alexius Celadonius mit den noch immer nicht ganz von den Türken befriedeten Albanern, wenn er sagt, es gebe dort gute

<sup>59</sup> Über die Heerstraße vgl. immer noch C. Jireček: Die Heerstraße von Belgrad nach Constantinopel und die Balkanpässe. Prag 1877. Für die thrakischen Abschnitte vgl. auch H. J. Kießling: Beiträge zur Kenntnis Thrakiens im 17. Jahrhundert. Wiesbaden 1956. (Abhandlungen für die Kunde des Morgenlandes XXXII, 3.)

Verproviantierungsmöglichkeiten und zahlreiche kampfesfreudige Einwohner. Da er als vorläufiges Ziel dieser zweiten Armee Mazedonien und Thessalien nennt, kommt als Marschroute einzig und allein die Via Egnatia in Betracht und es blieb letztlich eine Geschmacksache, ob man die Landung in Durazzo oder Valona ansetzte, denn um die Sperrfeste Elbasan im Shkumbi-Tale kam man auf keinen Fall herum. Es ist übrigens bezeichnend, daß schon Papst Sixtus IV. 1481 das gleiche Konzept für den Nachstoß gegen Valona hegte<sup>60</sup>.

Eine eigene Versorgungsflotte soll die zweite Armee begleiten und, „si hostis classem Hellesponto emiserit“, die türkische Flotte bekämpfen oder, falls diese es vorziehen sollte, nicht zu erscheinen, die Küstenstädte plündern oder zur Unterwerfung zwingen. Auch aus dieser Bemerkung Alexius Celadonius' geht hervor, daß die zweite Armee die Via Egnatia marschieren sollte, zunächst bis Saloniki, dann aber wohl weiter durch das heutige Nordgriechenland bis an die Maritza, wo man sich vermutlich mit der ersten Armee vereinigen sollte. Daß die Türken an der Maritza-Linie den hartnäckigsten Widerstand leisten würden, war leicht vorauszusehen, da sich zwischen ihr und Konstantinopel nur noch unbedeutende Befestigungen befanden, die erdräumlich gesehen etwa der heutigen Çataldscha-Linie entsprächen<sup>61</sup>. Die noch näher gegen Konstantinopel zu gelegene alte „Anastasische Mauer“ war zur Zeit unseres Promemorias völlig veraltet und ohne Bedeutung<sup>62</sup>.

Interessant ist Alexius Celadonius' Rat, sich auf keinen Fall durch Belagerungen von Befestigungen aufzuhalten. Befänden sich die Kreuzzügler erst jenseits türkischer Burgen, so würden diese von selbst fallen, sei es durch Bestechung der Befehlshaber, sei es, daß die christlichen Râja sich einschalteten und die Burgen übergäben. Diese Taktik, die übrigens gelegentlich auch die Türken schon angewandt hatten — so ließ z. B. Kronprinz Sülejmân bei der Eroberung der Gallipoli-Halbinsel einige byzantinische Burgen unbeachtet „in ihrem eigenen Saft schmoren“, bis sie sich aus Verpflegungsmangel selbst ergaben —, war zum mindesten im Reichsinneren durchaus angebracht, da die Türken sogenannte Binnenlandfestungen grundsätzlich zu schleifen pflegten, um etwaigen Aufrührern keine Stützpunkte zu lassen. Aus dieser Gewohnheit erklärt sich vielleicht auch Alexius Celadonius' Behauptung, die Türken verteidigten ihre Burgen nur selten. Auch verschiedene andere taktische Ratschläge des Bischofs — wir greifen nur einiges heraus — zeugen von einem klugen taktischen Kopf, so etwa, wenn er empfiehlt, bei Standortwechsel durch ein Detachement die Türken solange zu beschäftigen, bis das Gros das neue Lager eingerichtet und bezogen hätte. Verderblich sei es, den türkischen Plänklern nachzusetzen oder sich gar voreilig zum Rückzug zu entschließen, da dies unweigerlich eine Panik bei den Kreuzzüglern zur Folge haben werde. Großen Wert legt Alexius Celadonius auf die Entsendung einer

<sup>60</sup> Vgl. L. v. Pastor II, 569 ff.

<sup>61</sup> Vgl. H. J. Kießling: Beiträge zur Kenntnis Thrakiens im 17. Jahrhundert. S. 42f.

<sup>62</sup> Vgl. neuerdings F. Dirimtekin: Anastase Surları. Belleten 12 (1948) 1 ff.

selbständig operierenden Flotte, die der türkischen Flotte auf jeden Fall überlegen sein müsse, um diese am Eingreifen zu verhindern bzw. diese zu vernichten. In Kenntnis der Tatsache, daß die türkische Flotte überwiegend von Renegaten durch die Wogen des Mittelmeeres gesteuert wurde<sup>63</sup>, hält Alexius Celadonius von ihr nicht allzu viel. Man traue türkischerseits diesen Leuten nicht, auch reiche ihre Zahl nicht aus, eine Entscheidung herbeizuführen. „Ut, etiam si multi ex nostris nautis ac fabris apud eos stipendia faciant, quod maiora quam a nobis praemia consequantur, vel quod timore supplicii ob parata apud nostros facinora ad hostes transfugerint“, meint der Bischof. Auch für die Flotte gibt Alexius Celadonius kluge Ratschläge, die wir jedoch hier übergehen können.

Ein besonders trübes Kapitel bildet die Spionage, die für die Christen sehr schwer sei, da man höchstens muslimische Gefangene dafür einspannen könne, die es aber nicht wagten, eine solche Mission zu übernehmen. In der Tat hatte Sultan Bâjezîd II. der christlichen Spionage durch seine fremdenfeindlichen Maßnahmen — er duldet auch keine „diplomatischen Vertreter“ mehr, da er sie nicht zu Unrecht für Spione hielt — einen starken Riegel vorgeschoben. Umgekehrt funktionierte seine eigene „Abwehr“ im Abendlande, wie schon zu Zeiten Murâds II. und Mehmeds II., ganz ausgezeichnet. Sie hatte ihre Fühler an allen Höfen und selbst bei der Kurie<sup>64</sup>. Unser Bischof drängt daher auf strikteste Geheimhaltung.

Daß die „Koalitions-Misere“ eines der bösesten Handicaps bei der Türkenbekämpfung darstellte, weiß Alexius Celadonius nur zu gut, weshalb er gute Ratschläge für die Zusammensetzung der Armeen gibt und für die Wahl der Anführer. Diese Ratschläge zielen durchwegs darauf ab, Eifersüchteleien und völkische Gegensätze tunlichst auszuschalten, und zugleich auf die besonderen Begabungen und ihren bestmöglichen Einsatz für das gemeinsame Ziel hinzuweisen. Die „Transalpinen“ und „Transrhenanen“ müßten aus diesen Gründen ihre eigenen Kommandeure haben, jedoch „praeter eos qui nunc Russi, olim Sarmatae vocabantur, quorum ob longinquitatem et mores non eadem habenda est ratio“. Unter „Transalpinen“ und „Transrhenanen“ versteht Alexius Celadonius die Germani, Boemi, Poloni, Ungari, Daces et Polachi. Sie sollen die erste Armee stellen. Als zweite Armee, die gallico nomine magna ex parte constabit, werden Leute aus Frankreich, dem Alpenraume, den Cevennen und dem Jura, dem „Ozean“, dem Rhein und den Britischen Inseln aufgestellt. Aus den „drei Königen“ soll deren Anführer gewählt werden.

Die Aufstellung der Flotte obliegt naheliegenderweise den Königen von Spanien, Portugal und Navarra, ferner sollen Genua, Venedig und Neapel dazu Beiträge leisten. Die Flotte soll überwiegend aus dem gängigsten Schiffstyp jener Zeit, Dreiruderern, bestehen. Das Kommando soll Ferdinand von

<sup>63</sup> Vgl. H. J. Kießling: Das Renegatentum in der Glanzzeit des Osmanischen Reiches.

<sup>64</sup> Vgl. F. Babinger: Mehmed der Eroberer und seine Zeit. S. 234.

Aragonien führen. Alexius Celadonius träumt in diesem Zusammenhange sogar, bei günstigem Verlauf der sonstigen Operationen, von einer Landung in Kleinasien, vel Caria, vel Pamphilia, vel Cilicia. Die Entsendung von allzu vielen Soldaten könne Spanien nicht zugemutet werden, da dieses seine neuen Untertanen von Granada und die „afrikanischen Könige“ zu überwachen habe. In der Tat hatte ja das „Katholische Königspaar“ Ferdinand von Aragonien und Isabella von Kastilien 1494 das letzte muslimische Fürstentum auf der iberischen Halbinsel, Granada, erobert und den letzten Fürsten Abû 'Abdallâh (Boabdil) ins nordafrikanische Exil geschickt. In Nordafrika hatten sich kleine muslimische Dynastien aufgetan, die noch immer nach Iberien schielten. Die Türken hatten auf dieses Ereignis mit lebhaften Flottenunternehmen im Westmittelmeer geantwortet, wobei sich der Renegat Kemâl Re'is besonders auszeichnete<sup>65</sup>. Alexius Celadonius hatte auch daran gedacht.

Die gutgemeinten Ratschläge Alexius Celadonius' wurden in den Wind geschlagen und kamen auch nicht andeutungsweise zur Durchführung. Als Bâjezîd II. mit dem aufsteigenden Sefevidenreich<sup>66</sup> in Konflikt geriet und 1512 von seinem Sohne Selîm I. (1512—1520) gestürzt und vergiftet wurde, sank das Abendland wieder in Gleichgültigkeit gegenüber der Türkenfrage zurück. Es sah mit verschränkten Armen zu, wie Selîm I. das Mamlûkenreich der Osmanenherrschaft angliederte (1517)<sup>67</sup> — womit der Sperriegel vor dem begehrten Rohstofflande Indien in einer Hand vereinigt war — und das Osmanenreich sich nach Bereinigung seiner inneren religiösen Gegensätze mehr und mehr konsolidierte. Sultan Sülejmân der Prachtige (1520—1566) brach planmäßig ein Bollwerk nach dem anderen aus der christlichen Abwehrfront heraus: Belgrad (1522), Rhodos (1522), Ungarn (1526). 1529 standen türkische Soldaten auf den Höhen des Wiener Waldes und türkische Korsaren (meist Renegaten) schufen in den „Barbareskenstaaten“ die Basis für die völlige Beherrschung des Mittelmeeres. Der Traum der Kreuzzügler war ausgeübt, das geflossene Blut umsonst gewesen.

<sup>65</sup> Über ihn H. A. v. Burski: Kemâl Re'is. Ein Beitrag zur Geschichte der türkischen Flotte. Diss., Bonn 1928. Dazu jedoch J. H. Mordtmann: Zur Lebensgeschichte von Kemâl Re'is. Mitteilungen des Seminars für Orientalische Sprachen 32 (1929) 2. Abt., S. 1 ff.

<sup>66</sup> Vgl. W. Hinz: Irans Aufstieg zum Nationalstaat im fünfzehnten Jahrhundert. Berlin-Leipzig 1936.

<sup>67</sup> Vgl. H. Jansky: Die Eroberung Syriens durch Sultan Selîm I. Mitteilungen zur Osmanischen Geschichte 2 (1923/26) 173—241.

## DER BÖHMISCHE ZINNBERGBAU IN SEINEN BEZIEHUNGEN ZUM SÄCHSISCHEN ZINNBERGBAU

*Von Siegfried Sieber*

Es soll hier nicht eine Geschichte des Zinnbergbaus in Böhmen vorgelegt werden, denn darüber sind Bücher und Aufsätze vorhanden<sup>1</sup>; auch über einzelne wichtige Zinnorte liegen Arbeiten vor<sup>2</sup>. Hier gilt es, die zu jeder Zeit engen Beziehungen der böhmischen Zinner zu Sachsen herauszuarbeiten. Sie ergeben sich aus der Natur des Erzgebirges, wo der Granit der hauptsächliche Träger des Zinnsteins (Zwitters) ist und besondere Zwittergänge oder Zwitterstöcke ausgebildet hat. Beiderseits der sächsisch-böhmischen Grenze dehnt sich der berühmte Karlsbad-Eibenstocker Granit aus, und im Osterzgebirge werden die Zinnvorkommen bei Graupen und Altenberg, die Granitinseln am Mückenberg, bei Sächsisch und Böhmisches Zinnwald ebenfalls von der Landesgrenze durchschnitten. Das Schlaggenwalder Bergbauggebiet gehört noch zum Erzgebirgsgranit, der hier im Gegensatz zum erzarmen Elbogener Granit stärker zinnhaltig ist<sup>3</sup>.

Bergleute wanderten zwischen Sachsen und Böhmen hin und her und brachten dabei auch Neuerungen in Bergbautechnik und Aufbereitung mit.

<sup>1</sup> Peithner, Joh. Anton: Versuch über die natürliche und politische Geschichte der böhmischen und mährischen Bergwerke. Wien 1780. — Sternberg, Graf Kaspar: Geschichte der böhmischen Bergwerke. 3 Bde. 1836—38. — Weizsäcker, Wilhelm: Geschichte des Bergbaus in den Sudetenländern. Reichenberg 1928. — Reyer, Eduard: Die erzführenden Tiefeneruptionen von Altenberg-Zinnwald und über den Zinnbergbau in diesem Gebiet. Jb. d. k. k. Geolog. Reichsanstalt 29 (1879) 1—60. — Ders.: Tektonik der Granitergüsse von Neudek und Karlsbad und Geschichte des Zinnbergbaus im Erzgebirge. Jb. d. k. k. Geolog. Reichsanstalt 29 (1879) 405—462. — Ders.: Zinn. Eine geologisch-montanistisch-historische Monographie. Berlin 1881. — Schurtz, Heinrich: Der Seifenbergbau im Erzgebirge und die Walensagen. Stuttgart 1890. — Dormizer, Maximilian und Schebek, Eduard: Die Erwerbsverhältnisse im Böhm. Erzgebirge. Bericht des Centralcomités. Prag 1862. — Urban, Mich.: Zur Gesch. d. Zinnbergbaus im nordwestl. Böhmen. Erzgebirgszeitung 25 (1904) H. 6/7. — Die Ortsnamen wurden nach der amtlichen Beschreibung des Orts-Repertoriums für das Königreich Böhmen, Prag 1886, vereinheitlicht.

<sup>2</sup> Gnirs, Anton: Bergchronik der Stadt Schlaggenwald. Elbogen. — Hallwich, Hermann: Geschichte der Bergstadt Graupen. Prag 1868. — Riedl, Alfred: Zur Gesch. d. Bergbaus um Neudek. Neudeker Heimatbrief 43/44 (1953). — Matthes, Erich: Die Anfänge der Bergstadt Platten. BohJb 1 (1961) 122—152.

<sup>3</sup> Nowicki, C.: Das Vorkommen des Zinnsteins bei Schlaggenwald und Schönfeld. Nat. Ztschr. Lotos 7 (1857). — Weckschmidt, Gerhard: Morphologie des Kaiserwaldes. Ein Beitrag zur Landeskunde von Böhmen. 1936. — Reyer: Granitergüsse.

Selbst Bergbauforscher wie Georgius Agricola<sup>4</sup>, hohe Bergbeamte wie Matthes Enderlein<sup>5</sup> oder Anton Peithner und viele andere haben auf beiden Seiten gewirkt. Daß auch Verkauf und Verarbeitung des Zinns für beide Länder unter gleichen Gesichtspunkten betrachtet werden müssen, wird die Untersuchung ergeben.

Die Frage, woher das erste mitteleuropäische Zinn stammte, bleibt umstritten. Treptow<sup>6</sup> sagt, daß mit Zinn aus dem Erzgebirge und Böhmen seit der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts zu rechnen sei. Der Preis für englisches Zinn, das seit dem Altertum sehr begehrt war, fiel 1241 in Köln, dem wichtigen englischen Handelsplatz, weil es aus Mitteldeutschland billiger angeboten wurde<sup>7</sup>. Kam dies aus Graupen oder Schönfeld in Böhmen oder aus Ehrenfriedersdorf in Sachsen? Wahrscheinlich war es „Seifenzinn“, das aus Anschwemmungen der Bäche „geseift“ wurde, denn die Zinnseifnerei ging meist dem eigentlichen Bergbau auf Zwitter voraus<sup>8</sup>. Nach meiner Ansicht dürften bereits vor Ausbildung der Seifentechnik Bewohner zinnreicher Täler die großen schwarzen schweren Zinngraupen aus dem hellen Sand der Bäche gesammelt und geschmolzen haben. Aber darüber fehlen natürlich alle Nachrichten. Die Schwemmkegel des Graupener Baches nahe der Prokopikirche<sup>9</sup> werden sehr früh ausgebeutet worden sein. Daher ist die sagenhafte Angabe, 1146 sei bei Graupen Zinn gefunden worden, nicht gänzlich von der Hand zu weisen. Aber ebenso könnten zinnführende Anschwemmungen bei Ehrenfriedersdorf und Geyer in Sachsen oder bei Schlaggenwald das erste mitteleuropäische Zinn geliefert haben. 1305 wird das Zinnbergwerk „crupa“ (Graupen) urkundlich erwähnt<sup>10</sup>, d. h. von der Seifenarbeit war man damals bereits zum Erschürfen von Erzgängen übergegangen. Vielleicht waren Bergleute aus dem 1168 gegründeten Freiberg auf dem Nollendorfer Paß übers Gebirge gekommen, hatten Zinngänge gefunden und Bergbautechnik gelehrt. Die Stadt Eger erhielt 1321 ein Privileg, alles durchgeführte Zinn zu „flößen“, d. h. nachzuschmelzen, um höhere Reinheit zu erhalten<sup>11</sup>. Hier könnte allenfalls Zinn aus Schlaggenwald oder dem Fichtelgebirge gemeint sein. Das angesehenen Handwerk der Kannengießer zu Eger brauchte besonders reines Material.

<sup>4</sup> Agricola, Georgius: Ausgewählte Werke. Gedenkausgabe des Staatl. Museums für Mineralogie und Geologie zu Dresden. 1956 ff.

<sup>5</sup> Löscher, Hermann: Bergebräuche. Freiburger Forschungshefte D 24 (1960) 24—28. — Weizsäcker, Wilhelm: Matthes Enderlein. In: Sudetendeutsche Lebensbilder. Bd. 3. Reichenberg 1934, S. 127—132.

<sup>6</sup> Treptow, E.: Die Mineralbenutzung in vor- und frühgeschichtlicher Zeit. Jb. f. d. Berg- und Hüttenwesen i. Kgr. Sachsen (1901).

<sup>7</sup> Sieber, Siegfried: Zinnbergbau. Forschungen und Fortschritte 36 (1962) 369.

<sup>8</sup> Ders.: Zinnseifen. Urania 18 (1955) H. 6. — Schurtz: Seifenbergbau.

<sup>9</sup> Hallwich, Anhang.

<sup>10</sup> Urban: Zinnbergbau.

<sup>11</sup> Ebenda.

## Zinnbergbau im Osterzgebirge

Geologisch bestehen für den Doppelort Zinnwald beiderseits der Grenze gleiche Verhältnisse<sup>12</sup>: Granit wird durchzogen von horizontalen Gängen, hier „Flötze“ genannt, aus Quarz und Zwitter. Auch der Quarzporphyr bei Jüden-  
dorf am böhmischen Abhang ist von Zinnerz durchsetzt, und am Mücken-  
türmchen wie bei Altenberg ist „Greisen“ der Erzträger. Ferner führte Felsit  
Zinn, z. B. in der großen Mückenberger Pinge, die durch Abbau von zwei  
Felsitgängen entstanden ist<sup>13</sup>.

Graupen scheint nach der Urkunde Wenzels II. von 1305 (*crupa . . in quo  
stannum nunc foditur*) außer Seifen schon Bergbau gehabt zu haben<sup>14</sup>. Es  
kam 1330 in den Besitz des Timo von Colditz. Von diesem „stetel vnder der  
vesten auff den Grupen“ stiegen die Bergleute rasch höher hinauf. Obergraupen  
hatte 1379 Bergbau und bekam für seine Ansiedler Allmende. Hier oben  
waren vier Brüder, genannt die Spitzhüte, tätig, die wohl von Norden zuge-  
wandert waren. Auf dem Mückenberge, von wo noch im 19. Jahrhundert das  
weithin hörbare Bergglöcklein morgens 4 Uhr die Häuer zur Schicht rief,  
stand schon 1370 eine Kapelle für St. Wolfgang, der auch in Sachsen als  
Bergmannsheiliger verehrt wurde<sup>15</sup>. Der Sage nach soll er dort in einer Höhle  
gehaust haben. Seine Kapelle wurde im Dreißigjährigen Krieg zerstört, aber  
1692 wieder aufgebaut. Kromayer<sup>16</sup> vermutet, daß der Bergbau von Geising  
schon im 14. Jahrhundert von Graupener Bergleuten aufgenommen und von  
Graupen aus betrieben worden sei. Seifen gab es noch 1446 unterhalb von  
Graupen, ja bis 1806 soll dort noch geseift worden sein. Nach den Nöten der  
Hussitenzeit wurden neue Bergreviere am Mückenberg, Preißelsberg, Klösen-  
berg und Knötel erschlossen, und der Zinnbergbau dehnte sich nun bis Eich-  
wald, Peterswald und Zinnwald aus. Von hier aus war das sächsische Müg-  
litztal leicht erreichbar<sup>17</sup>. Timo von Colditz bestätigte den Gewerken der  
Graupener Münzerzeche, daß sie ihre Zwitter zur Aufbereitung in Pochwerke  
und Schmelzhütten an der Müglitz führen durften, da auf dem Gebirgskamm  
selber keine Wasserkräfte vorhanden waren. Nachdem König Wladislaw den  
Transport des Graupener oder Mückenberger Zinnerzes zu den Zwitter-  
mühlen in Sachsen verboten hatte, wurde 1499 wieder erlaubt, daß Gewerke

<sup>12</sup> Reyer: Tiefeneruptionen 27.

<sup>13</sup> Ebenda 34. — Beck, Richard: Die Zinnerzlagerstätte von Graupen. Jb. d. k. k. Geolog. Reichsanstalt (1914).

<sup>14</sup> Weizsäcker, Wilhelm: Das alte Zinnbergrecht von Graupen. Ztschr. d. Savigny-  
stiftung f. Rechtsgeschichte. Germ. Abt. 50 (1930). — Ders.: Das Graupener  
Bergbuch von 1530. Reichenberg 1932. — Wolf-Beranek, Herta: Sitte und  
Brauch der Bergleute in Graupen. Ztschr. f. Volkskunde 52 (1955) 222—239.

<sup>15</sup> Sieber, Friedrich: Beil und Beilwurf. Jb. f. Volkskunde 6 (1960) 197—212.

<sup>16</sup> Kromayer, H.: Wirtschaftliches vom Altenberg-Zinnwalder Bergbau . . . Jb.  
f. d. Berg- und Hüttenwesen in Sachsen (1926). — Ders.: Sozialgeschichtliches  
aus dem osterzgebirgischen Bergbau. Glückauf 50 (1930) 169—171.

<sup>17</sup> Beckert, Hermann: Aus der Geschichte des Zinnbergbaus um den Geisingberg.  
Heimatkundliche Blätter. Dresden 1955, H. 2/3.

von Hans Mölzers Zeche auf Mückenberg ihr Erz in Sachsen pochen durften. Sie mußten aber je Zentner 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Groschen Maut zahlen<sup>18</sup>. Noch lieferte die Gebirgshöhe genügend Holz zum Auszimmern der Schächte. Die planmäßige Suche Graupener Bergleute machte um 1440 bis hinüber nach Sachsen Raupennest, Holekrone, Glatzel und Zinnwald fündig. Wenig später wurde Altenberg gegründet, und talwärts entstanden Geising, Lauenstein, Bärenstein, Bärenhecke als Zinnorte<sup>19</sup>. Als bei einer Krise des Silberbergbaus in Freiberg 1449 nicht genug Knappen Arbeit hatten, zogen Freiburger Bergleute „uf di Grüpen“.

Das Graupener Zinnerrecht von 1464, das bruchstückweise erhalten ist<sup>20</sup>, und die Bergordnung von 1487, die Ernst von Schönberg erließ<sup>21</sup>, zeigen Verwandtschaft mit sächsischen und Schlaggenwalder Berggebräuchen<sup>22</sup>, wie ja das Graupener Zinnbergrecht auf der Grundlage des Iglau-Kuttenberger Rechtes erwachsen, frühzeitig von sächsischem Recht beeinflusst war, ohne aber diesem gegenüber seinen selbständigen Charakter zu verlieren<sup>23</sup>. Wie in Sachsen gab es dort von 1475 an nur einen Bergmeister statt mehrerer. Berggeschworene werden erst nach 1480 genannt<sup>24</sup>.

Bis ins 16. Jahrhundert hinein waren Gewerke aus Freiberg, Meißen und andern sächsischen Städten in Graupen beteiligt. 1472 kaufte der Rat der Stadt Leipzig von Lukas von Schönberg 16 Kuxe in den Graupener Zechen „zu den Hasen“ und „auf der Hoffnung“ für 411 Schock Groschen. Leipzig zahlte allerdings bis 1505 über 888 Schock Zubuße und hatte nur 873 Schock Ausbeute<sup>25</sup>. Ulrich Schütz und seine Gesellschaft in Chemnitz werden 1479 als Kuxbesitzer in Graupen genannt, und die Gesellschaft des Zinnkaufs zu Dresden 1498 verlegte Bergteile des Timo von Colditz. Auch die Freiburger Bergherrenfamilie Alnpeck war am Graupener Zinnbergbau stark beteiligt, und Hans Alnpeck, der 1524 das Amt des Altenberger Zinnkäufers übernommen hatte, mußte oft nach Graupen reiten<sup>26</sup>. Die Mückenberger Gewerke lieferten damals ihr Zinn für 11 Gulden in die Altenberger Zinnwaage, soweit sie Untertanen des sächsischen Herzogs Georg waren. Andere Mückenberger und Graupener durften ihr Zinn außerhalb Sachsens verkaufen. Lieferten sie lieber, vielleicht des Transportes wegen, nach Altenberg, dann empfangen auch sie 11 fl je Zentner Zinn. Bezahlt wurde halb in böhmischer halb in sächsischer Münze. Der Name der „Freiberger Zeche“<sup>27</sup> im Jahre 1545 beweist

<sup>18</sup> Urban: Zinnbergbau.

<sup>19</sup> Beckert 19.

<sup>20</sup> Weizsäcker: Zinnbergrecht 289. — Dietrich, Richard: Untersuchungen zum Frühkapitalismus im Mitteldeutschen Erzbergbau. Jb. f. d. Gesch. Mittel- u. Ost-Deutschlands 8—10 (1959—1961).

<sup>21</sup> Wolf-Beranek 224.

<sup>22</sup> Weizsäcker: Zinnbergrecht 262. — Löscher 17.

<sup>23</sup> Weizsäcker: Zinnbergrecht 308.

<sup>24</sup> Ebenda 303.

<sup>25</sup> Dietrich 101.

<sup>26</sup> Strieder, Jakob: Studien zur Geschichte kapitalistischer Organisationsformen. 2. Aufl. 1925, S. 237.

<sup>27</sup> Weizsäcker: Zinnbergrecht 280.

starken sächsischen Anteil. Auch sei der Altenberger Erbstollen auf der Silberleiite erwähnt, dessen Mundloch oberhalb des oberen Graupener Stadttores lag<sup>28</sup>.

Auf sächsischer wie böhmischer Seite gibt es seit etwa 1500 den Bergwerksnamen „Wunderliche Köpfe“, an den sich auch eine Sage knüpft<sup>29</sup>. Eine „Zinnfeder“ im Dresdner Zinnmuseum des Zwingers zeugt von der Ausbeute einer Grube dieses Namens. Als südlichste Zeche des Zinnwalder Reviers wurde der „Köpfenschacht“ abgeteuft. Hier stießen Zinnwalder Häuer zuerst auf den Zinnwalder Granitstock<sup>30</sup>. Böhmisches Zinnwald, das damals entstand, gab Mitte des 16. Jahrhunderts, während Graupens Ausbringen nachließ, gute Ausbeute<sup>31</sup>. Deshalb veranlaßten die Herren von Büнау, die Besitzer von Geising, den Bau des „Tiefen Büнау Stollns“ von sächsischer Seite her. Er blieb über 300 Jahre die Lebensader des Zinnwalder Bergbaus, bis 1868 der „Tiefe Hilfe Gottes Stolln“ durchschlägig wurde. Während die böhmische Seite von Zinnwald zu den Herrschaften Clary und Bilin gehörte, drangen die Bünauschen Bergleute allmählich auf die böhmische Seite vor, so daß dieser Stollen, der durch seine großartigen unterirdischen Dome berühmt war, Sachsen und Böhmen unterirdisch verband. Er ist seit langem gesperrt. Goethe, von Teplitz kommend, befuhr ihn 1813 und staunte über die Schönheit der Reichtroster Weitung (60 m lang, 40 breit, 40 tief) und der Schwarzwänder Weitung. Sie sind durch Feuersetzen entstanden, womit der Zinnbergmann das allzu harte Granitgestein zermürbte, um es besser abschrämen zu können. Pulver wurde erst seit dem 17. Jahrhundert zum Sprengen benutzt. In der Schwarzwänder Weitung versammelten sich lutherische Bergleute aus Böhmischem Zinnwald um ihren mit eingefahrenen Pfarrer Kauderbach<sup>32</sup>. Als sie schließlich wegen ihres Glaubens Böhmen verlassen mußten, zogen sie auf die sächsische Seite, wo schon einige Häuschen standen.

Der „Tiefe Büнау Stolln“ erreichte 1400 m Streckenlänge, der „Tiefe Hilfe Gottes Stolln“, 30 m tiefer, 1800 m<sup>33</sup>. Auf böhmischer Seite war ein wichtiger Stolln der „Gewölbte Stolln“, 1530 beim Abendstern vorgetrieben. Den Mückenberg erschlossen Gewerke seit 1540 durch einen tiefen Stollen<sup>34</sup>. Wasser zur Aufbereitung gab es genügend auf sächsischer Seite. Daher waren böhmische Werke von sächsischen Pochwerken abhängig<sup>35</sup>. 56 Wasserräder gingen in Sachsen, um die Pochstempel der Zwittermühlen zu heben. Selbst die Schlacken aus Schmelzhütten wurden mit hohen Kosten über das Gebirge ins Müglitztal gefahren<sup>36</sup>. 1727—34 hatte Graupen außer zwei Hütten

<sup>28</sup> Ebenda. Über späteren Zinnbergbau vgl. Berggeist 94 (1871).

<sup>29</sup> Wolf-Beranek 237.

<sup>30</sup> Klengel, Arthur: Vereinigt Zwitterfeld-Fundgrube zu Zinnwald. Altenberg 1932, S. 30.

<sup>31</sup> Reyer: Tiefeneruptionen 35.

<sup>32</sup> Klengel 64.

<sup>33</sup> Ebenda 57.

<sup>34</sup> Weizsäcker: Zinnbergrecht 280.

<sup>35</sup> Reyer: Tiefeneruptionen 35.

<sup>36</sup> Hallwich, Anhang.

unterhalb der Stadt (Nievenheimer und Söldnerscher) vier Schmelzhütten im Müglitztal: Die Tietzsche, Müntzersche, Schützner und die der Göpler Gewerkschaft gehörige Nikolaier Hütte<sup>37</sup>. Die alte Zinnschmelze Graupens ist 1917 abgebrannt<sup>38</sup>.

In Böhmischem Zinnwald dürften seit Mitte des 15. Jahrhunderts Zinnwäschen, dann Bergwerke bestanden haben und erste Häuslein erbaut worden sein<sup>39</sup>. Die flache waldige Hochfläche, deren Holz in die Bergwerke wanderte, wurde zu Weideland umgewandelt, worin einige Hundert kleiner Bergmannshäuschen verstreut liegen<sup>40</sup>. In Sächsischem Zinnwald wohnten Bergleute mindestens seit 1585, und 1622 saßen dort schon 10 steuerpflichtige Familien<sup>41</sup>. Hierher kamen im Jahre 1728 Exulanten aus dem benachbarten Böhmischem Zinnwald, wie auch nach dem auf sächsischer Seite 1671 entstandenen Georgenfeld, in dem sich Bergleute aus Böhmen ansiedelten. Beide Siedlungen sind 1728/31 mit Erlaubnis des Kurfürsten erweitert worden<sup>42</sup>.

Kurz nach dem Zuzug böhmischer Bergleute nach Sachsen berichtet im Jahre 1736 Adolf Beyer<sup>43</sup> über einen „Bergmännischen Aufstand“ vom Zinnwalder Bergbau beider Seiten. Er weist darauf hin, daß auf Bünauscher Seite auch Bilinsche und Clarysche Zwitter gepocht wurden. „Hingegen, wenn wasserklamme Zeiten, oder die Bünauschen Bergbeamten mit denen Böhmischen in Uneinigkeit verfallen, müssen die böhmischen Gewerken der Bünauschen Pochmühlen mit großem Schaden und Verhinderung ihres Bergbaus entraten.“ Nach der Darstellung von Beyer um 1736 wurden offenbar schon vorher von Bergleuten in Sächsischem Zinnwald Lebensmittel aus Böhmen geholt, wogegen nach Böhmischem Zinnwald Gewürz, Leinen, Wollwaren und vor allem Tabak über die Grenze gebracht wurden<sup>44</sup>. Viele sächsische Bergleute fuhren auf böhmischer Seite ein. Allerdings schätzt Beyer die böhmischen Bergleute geringer, bergbaulich weniger ausgebildet, ein<sup>45</sup>. Am Hauptstollen hatte Bünau zwei, Bilin und Clary je einen Teil. Bünau baute die wichtigsten Zechen mit 400—700 Talern jährlicher Ausbeute. Auf Bilinschem Gebiet wurden 400—600, auf Claryschem 300 Taler jährlich gewonnen<sup>46</sup>. Für 1750/59 gibt Reyer<sup>47</sup> an: Sächsischem Zinnwald 560, Bilinisch 3—400, Clarysch Zinnwald 200. Immer weiter verminderte sich der Ertrag, so daß er in Sächsischem Zinnwald 1860/69 auf 35 Zentner gesunken war. Auf böhmischer Seite konsolidierte Lobkowitz 1848

<sup>37</sup> Ebenda.

<sup>38</sup> Erzgebirgszeitung 1928, Heft Graupen.

<sup>39</sup> Beyer, Adolf: *Otia metallica . . .* Abhandlungen von Berg-Sachen. 3 Teile. Schneeberg 1748—1758. II, S. 47—84, besonders S. 51.

<sup>40</sup> Reyer: Tiefeneruptionen 35.

<sup>41</sup> Landeshauptarchiv Dresden, Landsteuer 1585. 768 e pag. 229 b Loc. 41500 Vol. 0/11, 288 ff.

<sup>42</sup> Kuhfahl in den Mitteil. d. Ver. Sächs. Heimatschutz 9 (1920) 199/200.

<sup>43</sup> Beyer 47—84.

<sup>44</sup> Ebenda 51.

<sup>45</sup> Ebenda 55.

<sup>46</sup> Reyer: Tiefeneruptionen 26. — Beyer 80.

<sup>47</sup> Reyer: Tiefeneruptionen 39.

die Zinnwalder Zechen. Auf sächsischem Gebiet schlossen sich 1851 sieben Gewerkschaften zur „Vereinigten Zwitterfeld Fundgrube“ zusammen<sup>48</sup>. Sie kauften 1854 noch die böhmische Pfützerzeche hinzu, konnten sich aber auch nicht halten. 1856 erwarb das Wiener Handelshaus Jakob alle Anteile von Obergraupen und Böhmischem Zinnwald<sup>49</sup>. In Graupen wurden Gruben und Pochwerke vereinigt<sup>50</sup>. Die Mannschaft wurde auf die böhmischen Gruben angelegt, der Bau sächsischer eingeschränkt<sup>51</sup>. 1862 geriet Jakob in Konkurs, und der Verfall des Bergbaus setzte sich fort. Man legte jetzt mehr Wert auf das oft mit dem Zinnerz vorkommende Wolframit als auf Zinn<sup>52</sup>. 1867 kauften Altenberger Bürger die Zinnwalder Gruben für 6000 Taler, bildeten eine neue Gewerkschaft, brachten auch Wolfram, Quarz für böhmische Glasfabriken und Lithionglimmer aus. Dadurch kamen auch Hinterzinnwalder Zechen in die Hände sächsischer Unternehmer. Aber die Krise nach der Gründerzeit führte 1876 den völligen Zusammenbruch herbei. Die weitere sächsische Entwicklung schildert Kromayer<sup>53</sup>. Den böhmischen Anteil kaufte im Jahre 1865 Lobkowitz für 1000 fl. Die Zechen Alt Pfützer, Abendstern, Ursel, Daniel, Schwert bestanden noch, bis auch hier die Zinnerzeugung durch billiges malayisches und australisches Zinn unrentabel wurde. Der Militärschacht, in dem während des Ersten Weltkrieges Gefangene arbeiteten, wurde 1918 geschlossen, 1929 wieder aufgewältigt<sup>54</sup>. 1928 war eine sächsisch-böhmische Zinnbergbau AG mit dem Sitz in Aue gegründet worden. Sie hat jedoch nicht lange bestanden.

Hingewiesen sei noch auf den berühmten Aschergraben bei Altenberg, an dem einst Goethe von Zinnwald herüber wanderte. Er empfängt einen Teil seines Wassers von der böhmischen Seite, ist also ein oberirdisches Gegenstück zum Bünaustollen, der unterirdisch beide Gebirgsseiten verband.

### Die „Waldzinner“

Sieht man davon ab, daß nach Peithner<sup>55</sup> auf dem böhmischen Kamm Sebastiansberg und Sonnenberg die beiden kleinen Bergstädte nördlich von Kaaden neben Silber auch etwas Zinn ausgebracht haben, so entspricht dem bedeutenden sächsisch-böhmischen Zinnbezirk um Graupen und Altenberg im Osten der von Platten und Neudek im Westen. Karlsbader Granit hat auf beiden Seiten der Grenze reiche Zinnerzlager entstehen lassen. Zu den Zinnerorten auf sächsischer Seite gehörten in älterer Zeit vor allem Eibenstock, Ju-

<sup>48</sup> Klengel 32.

<sup>49</sup> Dormizer-Schebek 91.

<sup>50</sup> Süßmilch gen. Hörnig, M. von: Das Erzgebirge in Vorzeit, Vergangenheit und Gegenwart. Annaberg 1889, S. 230.

<sup>51</sup> Kromayer: Wirtschaftliches 98.

<sup>52</sup> Sieber, Siegfried: Zur Geschichte des erzgebirgischen Bergbaus. Halle 1954, S. 48. — Ders.: Wolframit. Urania. H. 8 (1952).

<sup>53</sup> Kromayer: Wirtschaftliches.

<sup>54</sup> Mahner, Eduard: Erzbergbau in Zinnwald. Erzgebirgszeitung 50 (1929) H. 10.

<sup>55</sup> Peithner, § 69.

gel, Breitenbrunn, Sosa, Bockau und Aue, wo 1662 lebhafter Zinnbergbau einsetzte<sup>56</sup>. Die böhmischen Bergwerke werden häufig als „wäldische“ bezeichnet, weil sie droben im Gebirgswald lagen. Von diesen gehörten die Städte Gottesgab, Platten und dazwischen am oberen Schwarzwasser gelegene Bergorte bis 1556 zu Sachsen. Neudek, Bäringen, Abertham und ihre Umgebung waren im Besitz böhmischer Herren, u. a. der Schlicks. Mehrere Orte erinnern im Namen an die Zinnseifnerei, so Seifen bei Gottesgab, Streitseifen am Schwarzwasser, Trinksaifen und Saifenhäusel bei Neudek, und die Besiedlung dieser Gegend mit ihren willkürlich aber malerisch verstreuten Häuschen ist aus Zinnseifnerei und Zinnbergbau zu erklären. Der Quellbach des Schwarzwassers, der vom Fichtelberg kommend bei Gottesgab auf böhmischem Gebiet weiterfließt, heißt Lauterseifen. Von der Gründung Gottesgabs im Jahre 1521 wird berichtet, man habe in Torfschichten Spuren alter Zinnseifen und Werkzeuge gefunden<sup>57</sup>. Raithalden als Reste alter Seifenarbeit fallen im Schwarzwassertal häufig auf, schon dicht bei Gottesgab. Erwähnt sei noch der Ortsname Zwittermühle am Schwarzwasser, wo gewiß Zinnpochwerke geklappert haben. „Irrgang“ bei Platten verrät in seinem Namen die schwere Schürfarbeit des Bergmanns, der manchmal von Erzgängen, die sich verloren oder teilten, irre geführt worden ist.

Geologisch gehört der größte Teil dieses Zinngebietes zum Karlsbader Granit. Besonders die Kontakthöfe um diesen sind erzeich. Bei Platten, das östlich vom breiten Karlsbader Graniterguß auf einer besonderen Granitinsel liegt (ähnlich den Graniten von Schwarzenberg, Lauter und Aue), und selbst wieder einen Kontakthof gebildet hat, ist die Granitkuppe des Plattenberges besonders erzeich gewesen und weist als großartiges Denkmal des Zinnbergbaus die tiefe Schlucht der Wolfspinge auf. Der Kalvarienberg bei Neudek und der Hertelsberg bei Frühbuß sind mächtige kuppige Massen von feinkörnigem Granit.

Die Besiedlung des rauhen Waldgebirges ist größtenteils durch Zinnseifner und Bergleute aus Sachsen, nach der Gründung von St. Joachimsthal auch von dort mit erfolgt. Jedoch hatten sich am warmen böhmischen Hang schon um 1273 bei Schönkind und Neudek deutsche Bauerndörfer heraufgewagt, wie die Reihe der „Grün“-Orte durch ihre Namen verrät: Heinrichsgrün, Voigtsgrün, Kammersgrün usw.<sup>58</sup>. In den Tälern, besonders der Rohlau, mögen schon zeitig Zinngrauen ausgewaschen worden sein. Beim Verkauf von Heinrichsgrün im Jahre 1340 wird der Zinnbergbau erwähnt, und 1341 gehörten zu Gut Neudek Zinnwerke. Riedl hält Neudek, Thierbach und Tiefenlohe für Gründungen von Zinnseifnern<sup>59</sup>. Der Lehensbrief für Hans Forster auf Herrschaft Neudek 1410 nennt Zinnwerke, ein Kaufbrief von 1446 Zinnwerke und Seifen<sup>60</sup>. Verhüttet wurde das Zinn wahrscheinlich in Elbogen,

<sup>56</sup> Sieber, Siegfried in: Festschrift „300 Jahre Auer Bergbau“. Aue 1962.

<sup>57</sup> Sternberg I, 468.

<sup>58</sup> Riedl: Gesch. d. Bergbaus.

<sup>59</sup> Ders. in: Neudeker Heimatbrief 82 (1958).

<sup>60</sup> Ebenda 24 (1951).



seit 1454 in Neudek. Die Urkunde über das Neudeker Waldzinnerrecht vom Jahre 1494 läßt ein Weistum erkennen, ähnlich dem Zinnerrecht von Ehrenfriedersdorf, Geyer und Thum in Sachsen um 1450. Es kann als bedeutende Schöpfung dieser Zinnbergleute angesehen werden. Sie besaßen ein Berggericht auf genossenschaftlicher Grundlage, bestehend aus einem Richter, der in Neudek wohnte, und zwölf Schöffen, von denen drei in Voigtsgrün, zwei je in Tüppelsgrün und Roßmeißel, je einer in Lichtenstadt, Alt-Rohlau, Griesbach, Stelzengrün, Taschwitz, also am Ausgang der zinnhaltigen Gebirgstäler, ansässig waren. Die im Sommer an den Gebirgsbächen bis hoch hinauf am Hange arbeitenden Zinner hatten sich ein eigenes Gericht geschaffen. Die Urkunde besagt außerdem, daß in Sakersak bereits ein Bergwerk in Betrieb war. Möglich, daß dieser so nahe bei Eibenstock liegende Ort von Eibenstocker Bergleuten angelegt worden ist, zumal das nahe sächsische Bergwerk „die Schmuge“, das später großen Ruhm erlangte, bereits 1480 aufgelassen worden war<sup>61</sup>. Der Frühbußer Paß gilt als ein sehr alter, möglicherweise in vorgeschichtliche Zeit zurückverfolgbarer Verbindungsweg zwischen Sachsen und Böhmen. Seifen bei Schönwind sind 1512 feststellbar<sup>62</sup>, und um diese Zeit drangen Bergleute in böhmisches Gebiet ein, wobei neue Orte entstanden.

In Heinrichsgrün ist 1525 der bedeutende Schneeberger Bergherr Kunz von Iphof an einem Bergwerk beteiligt<sup>63</sup>, und der andere Kuxinhaber, Glaser, ist wohl der Schwarzenberger und spätere Plattener Bergmeister Hans Glaser<sup>64</sup>. Heinrichsgrün führt, wie manch anderer Zinnerort, Seifengabel und Keilhaue im Wappen<sup>65</sup>. Agricola nennt Neudek in seinem 1530 herausgegebenen *Bermannus* einen Zinnerort<sup>66</sup>.

Inzwischen wurden Zinnlagerstätten auf dem noch zur Herrschaft Schwarzenberg gehörigen Gebiet entdeckt. Schon 1520 war der Zwickauer Bürger Georg Zolchner mit sämtlichen Zinnseifen am oberen Schwarzwasser belehnt, wofür er jährlich ein halb Schock Groschen bezahlte<sup>67</sup>. Um 1535 besaß er mehrere Seifen<sup>68</sup>, während ein zweiter Seifen am Schwarzwasser 1533 von dem Lichtenstadter Linhart Schaller betrieben wurde<sup>69</sup>. Seifen bei Gottesgab wurden gegen Pacht von 5—10 Groschen vergeben. Der Seifner Herold hatte dort auch eine Schmelzhütte. Später übernahm Georg Schmucker, erster Stadtrichter von Gottesgab, Seife und Schmelzhütte. Besonders erwähnt sei Hans Brenner, der an der Spitze einer Nürnbergischen Gesellschaft in Oberwiesenthal stand. Er bezog von einer Gottesgaber Seife 80—100 fl Über-

<sup>61</sup> Fröbe, Walter: Stadt und Herrschaft Schwarzenberg bis zum 16. Jahrhundert. Schwarzenberg 1930, S. 284.

<sup>62</sup> Riedl: *Gesch. d. Bergbaus*.

<sup>63</sup> Neudeker Heimatbrief 24 (1951).

<sup>64</sup> Fröbe 291.

<sup>65</sup> Neudecker Heimatbrief 24 (1951).

<sup>66</sup> Riedl, Alfred: Frühbuß und Sakersack. Neudeker Heimatbrief 24 (1951).

<sup>67</sup> Vgl. auch *Erzgebirgszeitung* 53 (1932) H. 6.

<sup>68</sup> Fröbe 297.

<sup>69</sup> Ebenda 281.

schuß<sup>70</sup>. 1520 wird der „Schwimmiger“ erwähnt<sup>71</sup>, ursprünglich „schwimmend Gebirg“ genannt, als Bezeichnung für die dortigen Erzlager. Nach 1525, als „St. Lorenz“ als Silberzeche bei Gottesgab gemutet war<sup>72</sup>, begann bald im oberen Schwarzwassertal der Zinnbergbau, so daß die Zehntrechnungen des Bergamtes Schwarzenberg 1533 solche Zechen bei Zwittermühle aufführen, das „Kaltenbrünlein“, die „Kieszech“, „uf der Platten“, ebenda „St. Wolfgang“, ferner gab das „Schwymmendige Gepirg“ Ausbeute. Zwischen letztem und der Zwittermühle bringt 1534 die „Eyssensicherung“ Zinn aus. 1531 verliehen die Tettaus auf Schwarzenberg den „Alten Irrgang“ auf 15 Jahre an Gewerke, die ihn schon vorher besessen hatten, darunter Frau von Rochau in Schneeberg und Georg von Leipzig. Eine eigene Schmelzhütte und ein Haus mit Schankrecht gehörten dazu<sup>73</sup>. 1534 war die Zeche der Frau von Rochau aus dem „Irrgang“ inzwischen an den Schwarzenberger Gastwirt Michael Winzberger gelangt<sup>74</sup>.

1537 wurden vom Bergrevier Schwarzenberg, das inzwischen kurfürstlicher Besitz geworden war, die Reviere Gottesgab und Platten abgetrennt. Zu Gottesgab gehörten Goldenhöhe, Kaff, Großer und Kleiner Hengst, Mückenberg, Schwimmiger, Irrgang und Zwittermühle, allesamt lange Zeit durch wichtige Zinnzechen berühmt, manche sogar von Mathesius in der IX. Bergpredigt und von Albinus genannt. 1532 erschürften Bergleute aus Schneeberg am Plattenberg Zinnerz und legten die Zeche St. Wolfgang an (heutige Wolfspinge), denn Wolfgang war der liebste Bergmannsheilige der Schneeberger. Kurfürst Johann Friedrich belehnte den Ritter Hans von Weißenbach mit dem Bergwerk und erteilte dem Schwarzenberger Bergmeister Spannseil den Auftrag, dort eine Stadt anzulegen. Bergleute zogen zu vom Schwimmiger, Hengst, Irrgang, Abertham und Frühbuß, später aus Schwarzenberg, Eibenstock und Breitenbrunn<sup>75</sup>. Eine Schmelzhütte, eine Mahlmühle, Kirche und Schule wurden erbaut. Die Bergordnung für Zinnbergwerke vom Jahre 1534, die Verordnung betreff Gottesgab und Platten (nicht gedruckt) vom 2. 11. 1534 und die 1535 in Zwickau gedruckte Bergordnung auf der Platte zeugen für den Eifer, mit dem Kursachsen das höffige Zinnerzgebiet erschloß<sup>76</sup>. Sogleich wurde auch eine neue Straße über Goldenhöhe angelegt<sup>77</sup>. Der Kurfürst besuchte Platten öfters. 1535 erhielt die Stadt ihren eigenen Rat<sup>78</sup>. Meltzer behandelt in seiner Schneeberger Chronik Platten besonders liebevoll, da er Gottesgab und Platten als Kolonien Schneebergs betrachtet<sup>79</sup>. Unter den wichtigsten

<sup>70</sup> Waehner, B.: Stadtgeschichte von Gottesgab. 1936, S. 109.

<sup>71</sup> Riedl: Gesch. d. Bergbaus.

<sup>72</sup> Süßmilch-Hörnig 452.

<sup>73</sup> Fröbe 297.

<sup>74</sup> Ebenda 283.

<sup>75</sup> Ebenda 298.

<sup>76</sup> Beyer I, 28—31.

<sup>77</sup> Fröbe 300.

<sup>78</sup> Fischer, Justine: Aus Plattens und Johanngeorgenstadts ältesten Tagen. Glückauf (1902) 38.

<sup>79</sup> Meltzer, Christian: Erneuerte Stadt- und Berg-Chronica . . . von Schneeberg. 1716, S. 15—19.

Plattener Zwitterbergwerken nennt er neben St. Wolfgang die Plattenzech, Hau Eisen, uffn kalten Brunnlein, Biermaul, Rheinischer Wein. Auch ein „Schlaggenwalder Lehen“ ist vorhanden. Der Bau des berühmten Plattengraben, der Wasser für die Bergwerke und Hütten um den Plattenberg herumführt, 1540 vollendet, beschäftigt den Schneeberger Chronisten besonders deshalb stark, weil er Vorbild für den Schneeberger Floßgraben 1556/9 geworden ist. Wir müssen uns diesen Graben und das ganze obere Schwarzwassertal mit Pochwerken und Schmelzhütten besetzt vorstellen. 1531 besaß die Gewerkschaft „Alter Irrgang“ eine Schmelzhütte. 1534 baute Platten ein Amtspochwerk. 1546 erhielt Gottesgab eine kurfürstliche Zinnhütte für 600 fl<sup>80</sup>. Platten verfügte 1534 über 3, 1546 über 12, 1581 sogar über 19 Zinnhütten<sup>81</sup>. Erwähnt sei noch, daß wegen der Nachbarschaft Böhmens in Platten und Gottesgab zum Teil mit böhmischer Münze gelohnt wurde, was die Bergordnung von 1534 erlaubte.

Platten soll hier aber nicht ausführlich behandelt werden, da schon Erich Matthes einen Aufsatz darüber veröffentlichte<sup>82</sup>. Über Gottesgab, das neben Silber auch Zinn ausbrachte, schrieb Waehner eine Monographie<sup>83</sup>. Dagegen soll von einigen sonst weniger berücksichtigten „waldischen“ Zinnorten etwas ausführlicher die Rede sein.

Als nach 1530 in der Herrschaft Schwarzenberg Siedlungen wie Gottesgab, Hengst, Irrgang, Platten entstanden waren, kam es mit der benachbarten böhmischen Herrschaft der Grafen Schlick zu einem Rainungsstreit. 1533 wurden Grenzsteine zerstört, und 1534 beanspruchten sowohl Sachsen wie die Schlicks den Irrgang. Nach einer Ortsbesichtigung wurde entschieden, daß die Zeche selbst sächsisch, das daneben stehende Haus schlickisch sein sollte. Ein weiterer Streit um Zechen am Platten wurde durch einen Kontrollritt zwischen Spitzberg und Hengst geklärt<sup>84</sup>.

Der Hengst wurde zu einem hochberühmten und lange ergiebigen Bergwerk. Die Sage erzählt, zwei Hengste hätten mit ihren Hufen Zinn entblößt, und daher hieße dies Zinn „Rößlzinn“<sup>85</sup>. Mathesius rühmt am Hengster Zinn den schönen Spiegel, und Albinus gibt an, der Hengst sei 1545 aufgekommen<sup>86</sup>. Tatsächlich ist er schon vor 1534 bekannt, denn da waren bereits Antwerpener und Breslauer Gewerke an ihm beteiligt<sup>87</sup>. Die Hengster Bergordnung hat Ferdinand I. 1548 für St. Joachimsthal, Schlaggenwald und Hengst erlassen.

<sup>80</sup> Fröbe 297.

<sup>81</sup> Sieber, Siegfried: Aus der Geschichte der Zinnschmelzhütten und Zinnschmelzer. Sächsische Heimatblätter. Bd. 8, S. 373—383.

<sup>82</sup> Matthes: Platten.

<sup>83</sup> Vgl. Waehner.

<sup>84</sup> Fröbe 47—59.

<sup>85</sup> Urban: Zinnbergbau.

<sup>86</sup> Albinus, Petrus: Meißnische Berg-Chronica. Dresden 1590, S. 69.

<sup>87</sup> Werner, Theodor Gustav: Das fremde Kapital im Annaberger Bergbau und Metallhandel des 16. Jahrhunderts. Neues Archiv für Sächs. Geschichte 57 (1936) und 58 (1937) 148. Leider ist die von Werner angekündigte Arbeit über den Hengst infolge Kriegseinwirkung verloren gegangen.

Die Nähe von St. Joachimsthal wirkte sich hier in jeder Weise aus. 1533 wird ein St. Anna Stolln samt Fundgrube auf dem Hengst genannt<sup>88</sup>. Von Adeligen besaßen Kuxe am Hengst Lamprecht von der Neuenburg, Christian und Katharina von Hausen, Hans von Hilst, Dr. Christian von der Weitz, Liborius von Dolerisch und Angehörige des Hauses Schlick<sup>89</sup>. 1539 besaßen Erfurter Kuxe am Hengst, 1540 der Breslauer Hieronymus Poß einen Kux. Das Chemnitzer Benediktinerkloster war beteiligt, und die Tochter eines Chemnitzer Bürgers hatte drei Kuxe inne<sup>90</sup>. Eine starke Gewerkengruppe bildeten Dresdner; Leute aus Eisleben, Halle, selbst aus Italien setzten Kapital ein; natürlich waren auch die Grafen von Schlick beteiligt<sup>91</sup>. In manchen Jahren lieferte der Hengst 3—4000 Zentner Zinn, er verfiel aber gegen Ende des 16. Jahrhunderts. Schon 1567 hatte die Baulust der Dresdner, Leipziger, Freiburger Gewerken nachgelassen. Die Nürnberger hielten sich zurück, und die Bürger von St. Joachimsthal waren nicht mehr kapitalkräftig<sup>92</sup>. Anordnungen über das Anfahren der Schichten und das Stollen-Neuntel des „Schafstollns“ ergingen von Joachimsthal aus<sup>93</sup>. 1558 war eine Zeche vom Setzfeuer ausgebrannt, auch der Göpel zerstört, und beim Löschen kamen drei Bergleute um<sup>94</sup>. 1586 brach eine Grube zusammen. 1590 verheerte ein Waldbrand die Gegend<sup>95</sup> und 1607 starb der Bergherr Sigismund Schlaginhauffen<sup>96</sup>. Nach dem Dreißigjährigen Kriege wurde von neuem begonnen. Der Große Hengst soll etwa dort gestanden haben, wo später die Häuser von Seifen standen. Außerdem gab es den Kleinen Hengst, Jungenhengst am Schwarzwasser und Hengstererben südlich von Seifen. Hier war die berühmte Mauritiuszeche, deren Gang aus Quarz und Letten bestand und außer Zinn Turmalin, Eisenglanz und Arsenkies führte, und der Mauriziteich als Wasserspeicher für das Bergwerk. Im 18. Jahrhundert standen in der Gegend noch 14 Pochwerke. 1805 kam Hengstererben in den Besitz der Stadt St. Joachimsthal, wurde aber verpachtet. 1820 gab der Zentner Erz 10—14 Pfund Zinn<sup>97</sup>. Um 1840 fuhren 80 Mann auf dem 200 m tiefen Bergwerk an und brachten jährlich 150 Zentner Zinn aus, bei 1500 fl Pachtgeld. 1854 wurde das Bergwerk stillgelegt, 1858 verkauft. 20 Jahre später übernahm eine englische Zinnengesellschaft für 130 000 fl die Mauritiuszeche, brachte Maschinen und Arbeiter aus England mit und ließ Dampf- und Schlämmwerke nach englischem Muster einrichten. Anfangs nahm man zur Verhüttung heimischen Torf, später Kohle,

<sup>88</sup> Ebenda 139.

<sup>89</sup> Ebenda 176.

<sup>90</sup> Ebenda 150, 159.

<sup>91</sup> Ebenda 153, 163, 166.

<sup>92</sup> Ebenda 153.

<sup>93</sup> Wilsdorf, Helmut: Die Joachimsthaler Chronik des David Hüter. Freiburger Forschungshefte D 18 (1957) 131—138.

<sup>94</sup> Lehmann, Christian: Schauplatz derer natürlichen Merkwürdigkeiten des Meißnischen Obererzgebirges. 1699, S. 433.

<sup>95</sup> Jahn, Robert: Auf der Platt. Johannegeorgenstadt 1932, S. 36.

<sup>96</sup> Meltzer 1073.

<sup>97</sup> Rüger, L.: Die Zinnerzlagerstätten von Hengstererben. Ztschr. f. angewandte Mineralogie 4 (1941) 98.

für deren Anfuhr je Zentner 40 Kreuzer aufgingen<sup>98</sup>. In Jungenhengst verringerte 1894 die Segen Gottes Gewerkschaft auf dem Gottholdstolln die Zahl der Bergleute von 80 auf 40 und stellte 1895 den Betrieb ganz ein. Ihre Gewerke saßen in Sachsen, z. B. in Schneeberg<sup>99</sup>.

Innerhalb der Herrschaft Schwarzenberg lagen noch Kaff, Mückenberg (nicht zu verwechseln mit dem Mückenberg bei Graupen), Irrgang, Zwittermühle, Schwimmiger, Ziegenschacht, Goldenhöhe und Halbmeil. Von den meisten ist wenig überliefert. 1655 waren viele Zechen liegen geblieben, als die Bergleute ihres Glaubens wegen auswanderten und Johanngeorgenstadt gründeten. Nach 1700 kamen manche wieder in Aufnahme, und um 1820 zählte das Revier Platten in diesen Orten noch 23 Bergwerke<sup>100</sup>. Vom Mückenberg erzählt Mathesius, dort sei eine Zinngraupe so groß wie ein Menschenhaupt gefunden worden. Von Goldenhöhe berichtet Peithner<sup>101</sup>, sein Großvater Christian, Stadtrichter in Gottesgab, habe dort gegen 1700 am Neuen Weg Zinnbergwerke besessen. 1860 brachte eine sächsische Gesellschaft die Zinngruben von Goldenhöhe wieder in Gang und errichtete dort eine Schmelzhütte<sup>102</sup>. Auf der Geologischen Spezialkarte vom Jahre 1883 sind noch die Zechen Kohlreuter, Segen Gottes, Johannes und Hermannschacht bei Goldenhöhe eingetragen. Hengst und Goldenhöhe lieferten viel Zinn an Karlsbader Zinngießer, an die Hammerwerke von Neudek, die es zur Weißblechherstellung brauchten, und an Plattener Löffelschmiede zum Verzinnen von Eisenlöffeln<sup>103</sup>.

Halbmeil hatte 1582 zwei Zinnzechen, und 1591 wird die St. Oswald Fundgrube erwähnt<sup>104</sup>, die von Bergleuten aus Breitenbrunn befahren wurde. 1647 seifte ein Gottesgaber Bergmann unterhalb Halbmeil auf sächsischer Seite und schmolz seine Zinngrauen in Breitenhof. Bei Seifen zeigt die erwähnte Geologische Karte am Schwarzwasser das Bergwerk „Allerseelen“, bei der Seifner Mühle „Glück mit Freuden“, am Totenbach nahe dem Plattengraben die „Hilfe Gottes Zeche“. 1715 brachte „St. Andreas“ am Totenbach 20 Zentner Zinn aus, „die Neue Fischzugfundgrube“ am Schwimmiger erzielte 30 Zentner und bei Ziegenschacht das Achtseifenlehn weitere 20 Zentner<sup>105</sup>. Während des Dreißigjährigen Krieges bestand in Ziegenschacht David Zobels Hammerwerk, was auf Eisenbergbau und Zinnzechen schließen läßt, da Zinn für die Weißblecharbeit im Hammerwerk nötig war<sup>106</sup>. Dicht am Gottesgaber

<sup>98</sup> Reyer: Granitergüsse 52—53. — Schwartz: Beiträge zur Gesch. d. Zinn- und Eisenbergbaus im Gebiet des Eibenstock-Neudeker Granitmassivs. Jb. f. d. Berg- und Hüttenwesen in Sachsen (1925), S. A 12.

<sup>99</sup> Industrie d. Erzgebirges und Vogtlandes 8 (1895) 75.

<sup>100</sup> Dormizer-Schebek 91.

<sup>101</sup> Peithner, § 68.

<sup>102</sup> Schwartz A 12.

<sup>103</sup> Dormizer-Schebek 91.

<sup>104</sup> Fröbe 283.

<sup>105</sup> Urban 162.

<sup>106</sup> Lehmann, Christian: Erzgebirgische Kriegschronik. Mitteil. d. Ver. f. Gesch. v. Annaberg u. Umgebung 4 (1916) 191.

Spitzberg lag die „Wunderblume“, ehemals Bergwerk und noch bis in den Zweiten Weltkrieg ein beliebtes Ausflugsziel sächsischer Skiläufer. Zu Charpentiers Zeit<sup>107</sup> waren noch Seifen bei den Försterhäusern und Irrgang in Betrieb.

Diese ganze zinnreiche Landschaft, für die Kurfürst Johann Friedrich 1534 eigens die Bergordnung auf den Schwarzenbergischen Wäldern erlassen hatte<sup>108</sup>, kam laut Abmachung zwischen Kurfürst Moritz und König Ferdinand I. an Böhmen. Dadurch schob sich die böhmische Grenze über die sonst allenthalben gewahrte Wasserscheide des Erzgebirges hinüber, und das obere Schwarzwassergab samt den Städten Gottesgab und Platten ging Kursachsen verloren<sup>109</sup>. Zunächst behielten die Wettiner noch die Hälfte an den Bergwerksnutzungen, besoldeten auch die Bergbeamten mit, und Moritz übernahm 1547 von seinem besieigten Vetter Johann Friedrich die Kuxe, die dieser dort oben gebaut hatte. Ein Gutachten des Rates der Stadt Zwickau, die von je der Nachschubplatz für die „wäldischen“ Bergorte gewesen war, gab 1550 zu bedenken, Platten habe jährlich 1000, Gottesgab 500 fl Einnahme gebracht, Schwimmend Gebirg, Mückenberg und Kaff seien „höffige“ Bergwerke<sup>110</sup>. Die Jahre, in denen noch nicht endgültig über die neue Grenze entschieden war, verliefen unruhig. 1554 drangen böhmische Bewaffnete unter Führung des Plattener Bergmeisters auf sächsische Bergwerke bei Breitenbrunn vor, wogegen Wolf von Schönberg, der Schwarzenberger Amtmann, mit 100 Mann nach Platten marschierte und dort einige Leute festnahm<sup>111</sup>. Erst 1556 wurden die Fragen der Abtretung des Gebietes und die neue Grenze geregelt. Die Bergordnung Ferdinands I. von 1548 erfaßte schon neben Lichtenstadt und Bärenen Platten, Gottesgab und den Hengst<sup>112</sup>. Fortan ergänzte dieser zinnreiche Gebirgstheil den Zinnbergbau der benachbarten böhmischen Herrschaften.

Auf diese kann nur kurz hingewiesen werden. Nächste Nachbarn Plattens sind Abertham und Bärenen. Erstes entstand durch Silberbergbau, hatte aber auch Zinnseifen<sup>113</sup>. Nach hier lieferten die Schwarzenberger Bäcker große Mengen Brot<sup>114</sup>. Bärenen heißt bei Albinus Perlinger<sup>115</sup>, oft Perninger, z. B. bei Peithner § 71, und häufig bei Christian Lehmann. 1532 gegründet, 1559 zur Stadt erhoben, betrieb Bärenen in Blütezeiten seines Bergbaus 72 Pochwerke<sup>116</sup>. Dieser Bergbau ist von Johann Endt ausführlich dargestellt worden<sup>117</sup>. Am Kaff, einer Streusiedlung zu Füßen des Pleßberges, war neben

<sup>107</sup> Charpentier, Joh. Friedr. Wilh. v.: Mineralogische Geographie von Sachsen. Leipzig 1778, S. 277.

<sup>108</sup> Beyer I, 28.

<sup>109</sup> Fröbe 66—67.

<sup>110</sup> Ebenda 68.

<sup>111</sup> Ebenda 70.

<sup>112</sup> Peithner, § 68.

<sup>113</sup> Reyer: Granitergüsse 439.

<sup>114</sup> Fröbe 199.

<sup>115</sup> Albinus 69.

<sup>116</sup> Süßmilch-Hörnig 465.

<sup>117</sup> Endt, Johann: Vom Bäringer Bergbau. Deutsches Vaterland 5 (1923) 150 ff.

Zinn auch Eisen fündig. Die Bergordnung von 1548 nennt Kaff, und Mathesius führt es in der IX. Bergpredigt an. Noch 1774 war hier der Bergbau ertragreich<sup>118</sup>. Übrigens heißt eine Höhe auf sächsischer Seite bei Tellerhäuser Kaffberg. Er hat Zinngänge.

Ganz nahe bei den sächsischen Zinnorten Eibenstock und Jugel liegt das böhmische Hirschenstand, von Schneeberger Bergleuten gegründet, mit Zinnseifen und Zinngruben, z. B. 1569 „Beschertes Glück“ und „Kohlgrub“, die noch 1837 befahren wurden<sup>119</sup>. Der Ortsteil Kronesberg, der bis 1796 eine eigene Gemeinde war, hatte noch 1908—1911 Zinnbergbau<sup>120</sup>. Nachdem 1813 zwei Zechen stillgelegt worden waren, setzte um 1850 der Verfall des Hirschenstander Zinnbergbaus so stark ein, daß die Einwohnerzahl zurückging.

Sauersak, genannt nach sauren, moorigen Wiesen, erklärt seinen Namen durch die Sage von einer Zinnseifnerfrau, die mühsam einen Sack Lebensmittel von unten aus dem Egertale heraufgeschleppt und gestöhnt habe „das ist ein saurer Sack“<sup>121</sup>. Hier war 1556 die „Namen Gottes Zeche“ in Gang. Um 1560 bestanden u. a. die Hirschbrunstzeche, Mückenzeche und andre Zinnbergwerke sowie Seifenlehn und 12 Pochwerke an der Rohlau. 1654 waren alle Einwohner Bergleute<sup>122</sup>. Spätere Zinngruben wie Rothemuth waren 1786 verfallen. Bis 1805 werden Zinnbergwerke betrieben<sup>123</sup>. Im 19. Jahrhundert fuhren Bergleute im „St. Josef Stolln“ ein, und 1839 wurde versucht, mit dem „St. Anton Stolln“ mehrere Zechen zu lösen. Nach Reyer<sup>124</sup> hatte Sauersak 60 Erzgänge.

Auch Frühbuß hat eine alte Namenssage<sup>125</sup>. Ursprünglich hätten die Bewohner weiter oben, wo heute der Kranichsee als Hochmoor beiderseits der Grenze sich ausbreitet, gewohnt, ihr Ort sei aber im Moor versunken. Den Neubau ihrer Hütten hätten sie dann nur früh vor Beginn ihrer Seifenarbeit ausführen können, Früharbeit heißt aber Frühbus. Tatsächlich lautet die älteste Form des Namens Fruepos. Ich leite ihn ab von dem bergmännischen Wort pos, poße, puse = eine nicht in vollen Schichten geleistete Bergarbeit, also Frührschicht<sup>126</sup>. Hier waren Beziehungen zu Eibenstock besonders eng und sind es bis 1945 geblieben. Eibenstocker Bürger, die freilich wieder vom Großverleger Gabriel Scheurl in Nürnberg abhingen, verlegten die Eigenlehner von Frühbuß<sup>127</sup>. Eine alte Bergkarte zeigt 45 Erzgänge. Mathesius erwähnt

<sup>118</sup> Reyer: Granitergüsse 439.

<sup>119</sup> Riedl: Gesch. d. Bergbaus.

<sup>120</sup> Erzgebirgszeitung (1898) 178 und 138.

<sup>121</sup> Köhler, Joh. Aug. Ernst: Sagenbuch des Erzgebirges. 1886, S. 459.

<sup>122</sup> Riedl: Neudeker Heimatbrief 24 (1951).

<sup>123</sup> Ebenda.

<sup>124</sup> Reyer: Granitergüsse 238.

<sup>125</sup> Erzgebirgszeitung (1898) 458.

<sup>126</sup> Löscher 251. — Zum Namen von Fribus vgl. Neudeker Heimatbrief 24 und Profous, Antonín: Místní jména v Čechách. Bd. 3. Prag 1951, S. 459 f. — Michler: Montangeologische Bearbeitung von Frühbus. Diplomarbeit 1940 im Geologischen Institut Freiberg.

<sup>127</sup> Dormizer-Schebek 54.

Zinn vom Hertelsberg, wo die Kluftabbaue gegen NO streichen. Der Ort war 1553 Sitz eines Bergamtes mit Bergmeister und Bergschreiber<sup>128</sup> und erhielt 1626 auch Zinnbegnadigung<sup>129</sup>. Eine abschriftlich in Eibenstock vorhandene Urkunde vom 11. 6. 1670 besagt: Wer sich niederlassen will, muß der Herrschaft einen Eid leisten. Freier Abzug ist gestattet. Der Zehnt beträgt für einen Zentner Zinn 2 fl 3 kr. Nur in der grälischen Schmelzhütte darf geschmolzen werden. Verlag für Zinn zu geben, steht frei, doch behält sich der Graf den Vorrang vor, wenn er selber verlegen will. Das Gerichtssiegel von „Friedboß 1677“ zeigt Schlegel, Eisen und Seifenrechen. Um 1770 fuhren noch Bergleute an<sup>130</sup>.

Ob Trinksaifen, der weitergestreute Zinnerort, nach einer Familie Trink als Lehenträger von Seifen benannt ist, ist fraglich<sup>131</sup>. 1556 wurden hier Fundgruben befahren, und im Zechengrunde stampften Pochwerke. 1805 werden die Zechen Maria Hilf, Kajetan und Laurentius genannt, 1813 aber mußten einige Bergwerke aufgelassen werden.

All diese Orte ließen in der Neudeker Zinnhütte ihre Erze schmelzen, die erst 1874 stillgelegt wurde. 1622 waren im Revier Neudek 55 Zinnzechen und 44 Seifenlehn bekannt. Neuhammer hatte eine Zinnzeche auf der „Kutte“, womit ein in Sachsen häufiger alter Bergwerksname auch hier nachgewiesen ist, und 1560 am Peindlberge St. Gregorius<sup>132</sup>. Doch gingen Neudek, Neuhammer und deren Nachbarorte im 17. Jahrhundert mehr zum Eisenbergbau über, wie auch Salmthal zu Füßen des von Sachsen aus vielbesuchten Wölfling ein Hammerwerk hatte. Eibenberg ist eine typische Streusiedlung, gewiß von Seifnern und Bergleuten angelegt. Dort wird 1556 am Hauknock eine Zinnzeche genannt. Am Trausnitzberge lagen Seifenlehn, in Ullersdorf am Höllberg eine Fundgrube, bei Hohenstollen, das ja seinen Namen vom Bergbau trägt, der „Schlosserseifen“ und die „Drei Jungen Zeche“. Im Neudeker Bergbuch, das ab 1556 vorhanden ist, läßt sich weiterer Zinnbergbau nachweisen<sup>133</sup>.

All diese Bergorte, besonders aber die bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts zu Sachsen gehörigen „Wäldischen“, haben durch Auswanderung in der Zeit der Gegenreformation stark gelitten. Außer nach Johanngeorgenstadt, das 1654 durch Bergleute aus Platten, Gottesgab und Joachimsthal gegründet wurde, sind „Wäldische“ nachweisbar in andere Bergbauorte Sachsens ausgewandert. So verdankt der Zinnbergbau in Aue, der 1661 begann, solchen zugewanderten Knappen viel<sup>134</sup>. Auch Eibenstock, Sosa, Bockau und Buchholz, wo Zinnbergbau in Gang war, haben Glaubensflüchtlinge aus den böhmischen Grenzorten aufgenommen, ähnlich wie im Osterzgebirge bei Zinnwald.

<sup>128</sup> Neudeker Heimatbrief 24 (1951).

<sup>129</sup> Reyer: Granitergüsse 479.

<sup>130</sup> Neudeker Heimatbrief 24 (1951).

<sup>131</sup> Riedl: Frühbuß.

<sup>132</sup> Riedl: Gesch. d. Bergbaus.

<sup>133</sup> Sternberg I, 436. — Reyer: Granitergüsse 439.

<sup>134</sup> Sieber in: „300 Jahre Auer Bergbau“.

### *Schlaggenwalder Zinn*

Albinus<sup>135</sup> sagt von Elbogen und Schönfeld, daß neben Silber auch Zinn „gemacht“ würde, und hält Schönfeld für sehr alt. „Sonderlich aber Schlackenwalde, auf welchem Bergwerk ein Ort die Hube heißt . . . wo man druffen eingeschlagen, man Zwitter gefunden.“ Angeblich hat Schlaggenwald 1242 Zinn ausgebracht<sup>136</sup>. Schönfeld bekam 1355 Berggericht und Zinnwaage, und Schlaggenwald war 1375 Pfarrort. Diese beiden Städte rivalisieren oft miteinander<sup>137</sup>, ähnlich wie die sächsischen Zinnstädte Geyer und Ehrenfriedersdorf. Kräftig entwickelte sich der Schlaggenwalder Zinnbergbau unter der Familie Pflug, litt aber unter den Hussiten. Im Elbogner Krieg 1460 drang Herzog Albrecht von Sachsen mit einem Heer bis in dieses Zinnländchen vor<sup>138</sup>. 1499 ließ einer der Pflugs den Wasserzufluß für Mühlwerke und Schmelzhütten bei Schönfeld und Seifertsgrün regeln<sup>139</sup>. Die Bergordnung für Schlaggenwald 1517<sup>140</sup> kennzeichnet den hohen Stand des Bergbaus, besonders in ihren sozialen Vorschriften (Knappschaftslade, Entschädigung von Bergleuten bei Unfällen usw.). Caspar Bruschi, 1518 in Schlaggenwald geboren, besang die „Hub“, wo 1516 der Bergbau begann, in 332 Versen<sup>141</sup>. Beteiligt am Schlaggenwalder Bergbau waren u. a. die Welser, die dort eine eigene Faktorei unterhielten<sup>142</sup>, und die Gewerkschaft der Schnöden aus Nürnberg, denen 1535 ein tiefer Erbstollen verliehen wurde<sup>143</sup>. Hans Pflug, der Schlaggenwalder Erbherr, der 1492 mit Timo von Colditz aus Graupen Kuxe im sächsischen Zinnbergbau von Geyer besaß<sup>144</sup>, veranlaßte den Bau des Floßgrabens von den Königswarter Teichen bis oberhalb Schönfeld, um Holz für das „Feuer setzen“ in den Gruben heranzufloßen. Er und später sein Nachfolger Caspar Pflug nahmen den Zehnt (Urbar) von den Städten ein, von jedem Zentner 1<sup>1</sup>/<sub>4</sub> fl und 2 Pfund Zinn in natura. Da sich Conrad Pflug auf die Seite des Kurfürsten von Sachsen gegen König Ferdinand gestellt hatte, nahm dieser dem „Rebellen“ nach Kaiser Karls V. Sieg bei Mühlberg den Besitz weg. Schlaggenwald und Schönfeld wurden königliche Städte, die erste auch Sitz des Bergamts, wogegen Schönfeld sein Berggericht behielt; denn hier hatte schon im Mittelalter das erste Zinnschöppengericht seinen Sitz gehabt<sup>145</sup>. Mathesius erzählt von gediegenem weißem Zinn im Schnödenstolln, das zwi-

<sup>135</sup> Albinus 69.

<sup>136</sup> Sternberg I, 278.

<sup>137</sup> Fischer, Rudolf: Bergbau und Besiedlung im westlichen Böhmen. *Wiss. Ztschr. d. Friedrich Schiller Universität Jena* (1952/53) 107—111.

<sup>138</sup> Lehmann: *Kriegschronik* 11.

<sup>139</sup> Sternberg I, 283 und 436. — Reyer: *Granitergüsse* 439.

<sup>140</sup> Reyer: *Zinn* 79—80.

<sup>141</sup> Gerlach, Wolfgang: Caspar Bruschi . . . *Glückauf* 56 (1936) 65—67.

<sup>142</sup> Werner 7, 23.

<sup>143</sup> Weizsäcker: *Zinnbergrecht* 246.

<sup>144</sup> Werner 176.

<sup>145</sup> Dormizer-Schebek 50.

schen schwarzem Zwitter gefunden wurde, und 1549 wurde ein Klumpen gediegen Zinn in Schlaggenwald ausgebracht, der zwei Zentner wog<sup>146</sup>.

Inzwischen war Lauterbach zur neuen Bergstadt herangewachsen und wurde wie die „Waldischen“ Bergwerke dem Berghauptmann von St. Joachimsthal unterstellt. Das Schlaggenwalder Zinn wurde dem in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts sehr begehrten Eibenstocker Zinn vorgezogen, wie 1542 die „Ordnung der Zinnarbeit“ für Eibenstock bedauernd feststellt<sup>147</sup>. Die Arbeit in Schlaggenwald war 1525 durch Einführung von Naßpochwerken verbessert worden. Aber nicht Hans Portner in Schlaggenwald dürfte deren Erfinder sein, sondern er benutzte gewiß die Erfindung des Sigmund von Maltitz, der 1507 in Kursachen eine Art Patent dafür besaß<sup>148</sup>. Auch sonst half das sächsische Erzgebirge den Schlaggenwaldern: 1559 wurde die Wasserhebekunst auf dem Huberstock dem Kunstmeister Bernhard Wiedemann in Schneeberg gegen eine Gebühr von 4 fl von der Gewerkschaft auf ein Jahr verdingen<sup>149</sup>. Wiedemann war 1549 Ratsherr in Schneeberg<sup>150</sup>, und der Schneeberger Bergherr Kunz von Iphof besaß Kuxe in Schlaggenwald<sup>151</sup>. Die Welser und Schnöden als wichtige Gewerke wurden schon genannt. 1567 bestätigte Kaiser Maximilian II. dem Hans Schnöden alte Freiheiten für den Tiefen Schnöden Stolln. Doch sprang schon 1568 Georg Sturm aus Nürnberg als Zinnkäufer ein, zahlte wöchentlich an Zehntner und Faktore 300 fl, damit die Bergleute entlohnt werden konnten, und mußte auch für die Holzflöße 3000 fl vorschießen. Als Gegenleistung bekam er Zinn zu 17 fl je Zentner<sup>152</sup>. Noch einige Zeit hielten Nürnberger Geldgeber den Bergbau im Zinnländchen aufrecht. Dann aber blieben auswärtige Gewerke Schlaggenwald fern, und der Verfall setzte ein. 1587 brachte der Durchschlag des Caspar Pflug Stolln in der Hub wieder eine Erleichterung, und in den Jahren 1601—08 konnte Schlaggenwald 14 220 Zentner, Schönfeld 6707, Lauterbach über 330 Zentner Zinn gutmachen. Im Jahr der Kipper und Wipper 1621 kaufte die Königliche Kammer selbst das Zinn, um das Einschleppen falscher Münzen zu verhindern<sup>153</sup>. Rückschläge brachte der Dreißigjährige Krieg, als sich 1625 die Bergleute erhoben und 1631 kursächsische Truppen über Elbogen ins Zinngebiet einfielen, bis dann die Kaiserlichen von hier zum Gegenstoß antraten<sup>154</sup>. Danach wanderten viele Einwohner infolge der Gegenreformation ab, wie sogar der bedeutende Bergrechtler Sebastian Span Schlaggenwald verlassen mußte. Er war „Syndikus der Kaiserlichen freyen Bergstadt“ gewesen und widmete ihr seinen „Bergrechtsspiegel“, als er nach Hartenstein im Erzgebirge ge-

<sup>146</sup> Matthesius, Johann: Sarepta. Nürnberg 1562, S. 130. — Albinus 131.

<sup>147</sup> Ernestinisches Archiv Weimar Reg. T 680.

<sup>148</sup> Sieber: Geschichte des erzgebirgischen Bergbaus 69.

<sup>149</sup> Aus einem Schlackenwalder Grubenbericht, schriftlich mitgeteilt von Gerhard Weckschmidt.

<sup>150</sup> Meltzer 427.

<sup>151</sup> Neudeker Heimatbrief 24 (1951).

<sup>152</sup> Urban: Zinnbergbau.

<sup>153</sup> Dormizer-Schebek 56.

<sup>154</sup> Lehmann: Kriegschronik 31.

flüchtet war. Anfang des 18. Jahrhunderts halfen neue Stollen dem Schlaggenwalder Bergbau wieder auf, z. B. der „egrische“. Immerhin fuhren 1715 noch 230 Bergleute an und brachten im Jahr etwa 300 Zentner Zinn aus<sup>155</sup>. Den inzwischen staatlich gewordenen Huberstock suchte man 1771 neu zu beleben, mußte aber nach fünf Jahren wieder davon Abstand nehmen<sup>156</sup>. Im 19. Jahrhundert hörte der Zinnbergbau auf. Goethe sagt 1823, das Werk werde nicht mehr schwunghaft betrieben. Er besuchte 1818 den Bergmeister Beschorner, um dessen Mineraliensammlung zu studieren<sup>157</sup>. 1831 besaß Gewerke Unger das Königliche Hauptbergwerk St. Hubert<sup>158</sup>. 1866 wurde es verkauft<sup>159</sup>.

Der Überblick über den Zinnbergbau von Schlaggenwald, Schönfeld und Lauterbach sollte nur das Nötigste bringen, um ihn in unser Thema einzuordnen. Es liegen viele Veröffentlichungen darüber vor<sup>160</sup>.

### *Zinnkauf und Zinnkartell*

Anders als beim Silber, das meist an den Landesherrn abzuliefern war, mußte für Zinn ein Käufer gesucht werden. Dieser sollte womöglich Vorschuß geben auf die lange Produktionszeit. Denn nach mühsamem Abbau des Zwitters in der Zeche erforderte die Fahrt ins Pochwerk Kosten (manchmal wurde sie mit Schlitten ausgeführt); das Pochen kostete Geld; danach wurde der Transport zur Zinnhütte nötig, mancherorts wie in Geyer, Ehrenfriedersdorf und Schlaggenwald war auch das „Flößen“ des Zinns noch vorgeschrieben. In Schlaggenwald wird noch 1576 ein Flößmeister erwähnt<sup>161</sup>. Dann erst wurde das „Kaufmannsgut“ bezahlt. Nur kapitalstarke Gewerkschaften konnten ohne Verlag auskommen. Die große Zahl kleiner Bergleute, die als Eigenlehner und als Seifner ihr Zinn ausbrachten, mußte manchmal ein Jahr lang Vorschuß empfangen, bis sie ihr Zinn verkauft hatten. In den meisten Zinnstädten Sachsens und Böhmens waren Verleger tätig, vor allem Leipziger und Nürnberger Metallhändler, Großeinkäufer wie die Amberger, die aus Schlaggenwald jährlich 500 Zentner Zinn für ihre Weißblechfabrikation brauchten<sup>162</sup>, und Zinngießer, die sich besonders gutes Zinn sicherten. Große Verleger gaben durch Faktoren Geld an kleine Bergunternehmer, die in den Bergstädten selber wohnten, dort unmittelbar die Eigenlehner verlegten und das Kaufmannszinn in der Schmelzhütte abnahmen.

Für das sächsische Zinn trat Herzog Albrecht bereits 1491 einer Dresdner

<sup>155</sup> Urban: Zinnbergbau.

<sup>156</sup> Reyer: Tiefeneruptionen 78.

<sup>157</sup> Goethe: Annalen auf das Jahr 1818.

<sup>158</sup> Urban: Zinnbergbau.

<sup>159</sup> Reyer: Tiefeneruptionen 78.

<sup>160</sup> Ausführlicher handeln darüber Peithner, § 73; Sternberg, Weizsäcker, Urban, Reyer. Von diesem noch über Schlaggenwald: Reyer, Eduard: Städtisches Leben im 16. Jahrhundert. Kulturbilder aus der freien Bergstadt Schlaggenwald. — Ferner Gnirs: Bergchronik. — Nowicki: Vorkommen d. Zinnsteins.

<sup>161</sup> Urban: Zinnbergbau.

<sup>162</sup> Strieder 270. — Strieder ist für das folgende grundlegend.

Zinnhandelsgesellschaft mit 2000 fl bei<sup>163</sup>. Sein Sohn Herzog Georg privilegierte 1498 eine Zinnhandelsgesellschaft, die 1500 durch Leipziger Verleger erweitert wurde<sup>164</sup>. Sie erwarb Zinn von den Zinnern und sorgte für dessen Absatz, gab ärmeren Gewerken oder Eigenlehnern Geld als Verlag, die dafür Zinn liefern und als Pfand Bergwerksanteile (Kuxe), manchmal auch Haus und Fluranteil einsetzen mußten. Das Zinn wurde nach Nürnberg und Breslau gebracht. Ein neues Privileg Georgs vom Jahre 1500 überließ auf drei Jahre alles Zinn des herzoglichen Landes monopolmäßig dieser Gesellschaft, deren Sitz und Generalversammlung von Dresden nach Leipzig übersiedelte. Dieses Zinnmonopol, in das freilich das kurfürstliche Zinn aus Eibenstock noch nicht mit eingeschlossen war, nützte dem sächsischen Bergbau, da die Zinnbergleute nicht gleich brotlos wurden, sobald der kleine Grubenbesitzer kein Geld mehr hatte; denn notfalls sprang die Gesellschaft ein. Aber trotzdem wünschten die Gewerke Aufhebung des Monopols. Um 1515 treten einzelne Großverleger hervor, darunter Martin Puffler in Leipzig und besonders Bartolomé Welsers Leipziger Gesellschaft<sup>165</sup>. 1518 wird ein großartiges Monopolprojekt erörtert, obwohl gerade damals in Deutschland ein Sturm der Entrüstung gegen alle Monopole entfacht worden war. Der neue Plan sah vor, Sachsen solle jährlich 2000—3000 Zentner Zinn liefern, seine weitere Produktion aber einschränken und fremdes, d. h. böhmisches Zinn fernhalten. Insgesamt wurde für dieses Projekt ein Kapital von 55000 fl veranschlagt. Davon sollte der Herzog 4000 fl zeichnen und Leipziger Bürger sich mit 25000 fl beteiligen. Auch aus Freiberg, Chemnitz und andren Orten wurde Geld erwartet, hauptsächlich aber auf die Hilfe der Welser vertraut<sup>166</sup>. Die Denkschrift sah im Schlaggenwalder Zinn die schärfste Konkurrenz, die besonders Schlesien und Osteuropa beliefere, während langer Landtransport und hohe Rheinzölle böhmisches Zinn im Westen benachteilige. Deshalb schlägt der Verfasser der Denkschrift vor, ein Kartell mit Schlaggenwald einzugehen. Dort sollten jährlich 2000—3000 Zentner gewonnen werden, während Altenberg bis 2000 und Ehrenfriedersdorf 1000 Zentner liefern könne. 2000 Zentner Schlaggenwalder Zinn würde Nürnberg abnehmen, 2000 Zentner sächsisches Zinn in den Niederlanden Absatz finden. Der Rest reiche für Sachsen und Böhmen aus. (Es fällt auf, daß Graupener Zinn nicht erwähnt wird. Das Wäldische und das Eibenstocker Zinn waren damals im Besitz des Kurfürsten; die Zinngewinnung kam dort übrigens gerade erst auf.) Die Denkschrift sagt weiter, daß bei einem Abkommen mit Böhmen die böhmische Zinneinfuhr nicht gesperrt werden brauche, wodurch auch eine Schädigung der Leipziger Messe vermieden werde. Für Schlaggenwald sei es besser, jährlich nur 3000 Zentner zu einem guten Preis zu verkaufen als bei 6000 Zentner keinen Profit zu haben. Dieses sächsisch-böhmische Kartell kam jedoch nicht zustande<sup>167</sup>.

<sup>163</sup> Werner 169.

<sup>164</sup> Strieder 213. — Dazu Weizsäcker: Zinnbergrecht 289. — Dietrich 112.

<sup>165</sup> Strieder 228.

<sup>166</sup> Ebenda 232.

<sup>167</sup> Ebenda 235.

Für Graupen hatte sich 1522 ein besonderer Zinnkauf entwickelt. Verleger trugen die Kosten der Herstellung bis zur Lieferung an die herrschaftliche Zinnwaage, wo das Zinn dem Käufer übergeben wurde. Der Grundherr sicherte sich ein Vorkaufsrecht für 14 Tage bei Barzahlung. Nach dieser Frist konnte das Zinn frei gehandelt werden<sup>168</sup>. Augsburger Welser kauften schon 1513 in Graupen Zinn. Teplitzer Juden verlegten Graupener Bergunternehmer<sup>169</sup>.

In Sachsen herrschte 1521—27 eine Zinnkaufsgesellschaft. Vom Staat privilegiert, besaß sie praktisch das Zinnmonopol im herzoglichen Herrschaftsbereich. Doch traten die Gewerke der Zinnstädte Ehrenfriedersdorf, Geyer und Thum gegen sie auf. Jeder dieser Orte brauchte einen Verlag, aber die Gesellschaft zahlte nur 11 fl je Zentner Zinn. Der handwerkerfreundliche Herzog Georg wünschte, daß die sächsischen Kandelgießer, die damals sehr angesehen waren, viel Gebrauchszinn lieferten, aber auch herrliche Kunstwerke hervorbrachten, genügend Zinn erhalten sollten. Deshalb fand im Januar 1525 eine Tagsatzung der Gesellschaft mit den Gewerken statt. 1527 tauchte in Leipzig ein neuer Monopolplan auf, wobei Leipziger Kaufleute auch Schlaggenwalder Zinn übernehmen sollten. Hans Pflug als Besitzer Schlaggenwalds versprach den mit ihm verhandelnden Räten Georgs, Leipzig soll „vor andern“ (d. h. Nürnbergern, deren Vertrag in Schlaggenwald 1529 ablief) Zinn bekommen. Doch wollten die Leipziger Metallhändler nur 4000 Zentner jährlich abnehmen und nur 12—13 fl je Zentner zahlen. Sie wünschten ferner, das Zinn bar zu kaufen und wollten für die ärmeren Gewerke nur bis zu 1500 fl Verlag bereitstellen. Schlaggenwald verlangte einen Vertrag für drei Jahre, 5500 Zentner Jahreserzeugung und keine Preisherabsetzung. Ohne Verlag könnten viele dortige Zinner nicht bestehen. Da schlugen die Verhandlungen fehl<sup>170</sup>. Aber 1530 mühte sich Herzog Georg abermals, alles sächsische und böhmische Zinn in eine Hand zu geben und die Konkurrenz zwischen Sachsen und Böhmen, Nürnberg und Leipzig auszuschalten, indem sowohl Leipziger wie Nürnberger Händler beteiligt werden sollten<sup>171</sup>. Bis 1538 blieb in Sachsen der Zinnkauf frei, und einem Kaufprivileg für Puffler in Leipzig entzogen sich die größten Altenberger Gewerke, besonders Alnpeck<sup>172</sup>. Im Jahre 1540 kündigte daher Puffler den Zinnkauf wegen „schlechter Zeiten“.

In Schlaggenwald hatten Hans Schnöd, die Welser und Scheurl aus Nürnberg vom Grundherrn und den Gewerken gegen Versprechen, tiefe Stollen zu bauen, sich wichtige Rechte gesichert<sup>173</sup>. Der Stollenbau begann 1539. Damals schlug Kurfürst August, der vorzügliche Wirtschaftskenner, vor, den in Schlaggenwald mit anfallenden Kupferkies nicht wie bisher in die Flut zu

<sup>168</sup> Weizsäcker: Zinnbergrecht 245.

<sup>169</sup> Ebenda 254.

<sup>170</sup> Ausführlich Strieder 248 ff.

<sup>171</sup> Ebenda 250.

<sup>172</sup> Ebenda 251 ff.

<sup>173</sup> Ebenda 25.

waschen, sondern seinen Untertanen Christoph Bogner in Hartenstein und Melchior Schellhammer in Waldenburg (Sachsen) zu gestatten, eine Kupferschmelze und Vitriolsiederei einzurichten<sup>174</sup>. König Ferdinand I. schloß, nachdem er der Familie Pflug das zinnreiche Schlaggenwalder Gebiet abgenommen hatte, mit den Gewerken von Schlaggenwald und Schönfeld einen Zinnkaufvertrag, der 1549 auf Hengst, Lichtenstadt, Platten, Gottesgab und Perniger sowie Graupen ausgedehnt wurde. Damit war alles böhmische Zinn erfaßt, auch das bisher sächsische von Hengst und Platten. Auf diese Erweiterung der böhmischen Zinngewinnung hin konnte er mit dem Augsburger Conrad Mayr, der für Jakob Fugger handelte, einen Zinnkaufvertrag schließen. Dieser sollte auf 20 Jahre alles böhmische Zinn bekommen, zu 18½ fl in Schlaggenwald, oder für 18 fl, falls vorher Verlag dafür aufgewendet worden war. Besonders Italien sollte mit Zinn beliefert werden. Doch machte die große Augsburger Firma Manlich, die als Teilhaber vorgesehen war, nicht mit. Mayr (für die Fugger) gewährte dem König sofort ein Darlehen von 30 000 fl. Dafür mußte König Ferdinand I. alles Zinn, das von den Gewerken für 17—18½ fl abzuliefern war, für 22—23 fl an Mayr abgeben. Die Gesellschaft des Amberger Zinnblechhandels bekam davon 500 Zentner, Zinngießer zu Graupen und Schlaggenwald 2—300 Zentner zum Erstehungspreis<sup>175</sup>. Gegenüber Sachsen, das die eben aufblühenden Zinnorte am oberen Schwarzwasser eingebüßt hatte, war König Ferdinands Stellung im Zinngeschäft sehr gestärkt, zumal ihm das Schlaggenwalder Gebiet zugefallen war. Zugleich spielt hier herein die Konkurrenz zwischen Amberg und dem von Andreas Blau aus Nürnberg seit 1536 bei Eibenstock in Gang gebrachten sächsischen Zinnblechhandel<sup>176</sup>. Mayr ließ sich im Kontrakt von 1549 auch versprechen, durch Verhandlung mit Kurfürst Moritz ein Kartell für sächsisches und böhmisches Zinn zu gründen. Man wollte sich über den Zinnpreis einigen oder darüber, wohin Sachsen und wohin Böhmen liefern sollte<sup>177</sup>. Aber Kurfürst Moritz stieß bei den sächsischen Zinnern auf Widerstand. Von den Gewerken in Altenberg und Geyer waren manche für ein Kartell, die übrigen, besonders die Ehrenfriedersdorfer und die Rölings als größte Gewerke, aber dagegen. Auch die Eibenstocker Zinner lehnten ab. Die Meinung war, Zinnkauf erschwere den Verlag, und im sächsischen Zinnbergbau wären viele Verleger mit insgesamt etwa 10 000 fl, die sie in Bergwerken investiert und Eigenlehnern vorgeschossen hätten, beteiligt, die nicht gleich ersetzt werden könnten. Kurfürst Moritz sah infolgedessen von einem Kartell mit Böhmen ab. Daraufhin setzte Mayr bei König Ferdinand I. im Jahre 1550 eine Grenzsperrung gegen sächsisches Zinn durch. Allerdings war es schwierig, die Gebirgsgrenzen so zu überwachen, daß kein böhmisches Zinn nach Sachsen gelangte, zumal die Zinnhütten nahe der Grenze lagen. Sofort setzte Schmuggel

<sup>174</sup> Werner 164.

<sup>175</sup> Strieder 259 ff.

<sup>176</sup> Riebel, Heinz: Beiträge zur Gesch. der sächsischen Eisenindustrie. Diss. Leipzig 1933, S. 48—49.

<sup>177</sup> Strieder 271.

ein. Um ihn zu erschweren, wurden den böhmischen Zinnhütten neue Zinnstempel anbefohlen, womit den Mautleuten die Kontrolle erleichtert werden sollte. 1551 wurde die Sperre verschärft. Sie half aber nicht. Auch beschwerte sich der sächsische Kurfürst über das Zinneinfuhrverbot und untersagte als Gegenmaßnahme die Durchfuhr böhmischen Zinns durch Sachsen, z. B. nach Leipzig zur Messe. Übrigens wohnten Gewerke böhmischer Zinnwerke in Leipzig<sup>178</sup>.

Mayr hatte das böhmische Zinn zunächst zurückgehalten, um den Preis zu steigern. Da kam sächsisches 5 fl billiger auf den Markt, und Mayr mußte seine Vorräte losschlagen. Dabei erlitt er etwa 100 000 fl Verlust<sup>179</sup>. Das Monopol brach zusammen. Anton Fugger soll 600 000 fl in das böhmische Zinngeschäft gesteckt haben. Leidtragende waren Gewerke und Bergleute<sup>180</sup>. Auch englisches Zinn kam wieder stärker auf den europäischen Markt.

Um nach diesem Zusammenbruch dem Zinnbergbau in Böhmen wieder aufzuhelfen, wurden im Jahre 1554 nach Schlaggenwald sämtliche Zinngewerke, auch die Graupener und Waldischen, zu Beratungen einberufen. Hier setzten diese den freien Zinnkauf durch<sup>181</sup>. Dabei war St. Joachimsthal auf den „Wald“ neidisch. Seine Bergbeamten wollten ein Weglaufen ihrer Knappen dorthin verhindern und verlangten, wie beim Silber sollte der Zehnt in natura, d. h. auf 10 Zentner einer, festgesetzt werden. Sie setzten auch wirklich eine Erhöhung des Zehnts auf 1 fl durch, natürlich zum Schaden des Zinnbergbaus<sup>182</sup>.

In Sachsen dachte Kurfürst August 1556 daran, den Verlag, den bisher Leipziger, Freiburger und Nürnberger Unternehmer beherrscht hatten, in eigne Hand zu nehmen<sup>183</sup>. Klagen über den hohen Zinnzoll in Schlesien und über das Verbot, sächsisches Zinn durch habsburgische Länder nach Venedig zu transportieren, kamen 1558 besonders aus Eibenstock. Kurfürst August sandte deshalb seinen Rat Bernstein zum Kaiser Ferdinand, gab in Sachsen den Zinnkauf frei und kaufte selbst viel, obwohl er sagte „zin wil haben geldt vil und bringet kleinen gewin<sup>184</sup>.“ in Schlaggenwald aber sah es 1562 trostlos aus. Die Lohnzahlung an die Bergleute verzögerte sich um viele Wochen, und bei den Vorgesetzten griff Korruption um sich<sup>185</sup>.

1565 übertrug Kurfürst August den Altenberger Zinnkauf an eine aus kurfürstlichen Beamten gebildete Gesellschaft, während Verleger und Gewerke in anderen Städten sich dagegen aussprachen. Nun bemühte sich Kaiser Maximilian II. seit 1569 wieder um ein gemeinsames Vorgehen und sandte seinen Rat Christoph von Carlowitz zu Kurfürst August: Der Zinnbergbau läge dar-

<sup>178</sup> Dormizer-Schebek 52. — Strieder 276.

<sup>179</sup> Strieder 278.

<sup>180</sup> Dormizer-Schebek 53. — Strieder 503—510.

<sup>181</sup> Urban: Zinnbergbau.

<sup>182</sup> Dormizer-Schebek 54.

<sup>183</sup> Strieder 282.

<sup>184</sup> Falke, Johannes: Die Geschichte des Kurfürsten August von Sachsen in volkswirtschaftlicher Beziehung. Preisschrift der Jablonowski-Gesellschaft 13 (1868) 297.

<sup>185</sup> Weizsäcker: Zinnbergrecht 289. — Dietrich 186.

nieder, die Ausbeute werde geringer, Unschlitt, Bergeisen, Fleisch und Brot in den Bergstädten hätten sich verteuert. In der Beratung erörterte August zwei Möglichkeiten: 1. böhmisches und sächsisches Zinn könnten in einer Hand vereinigt werden; 2. für jedes der beiden Länder könnte ein Kapitalist den Zinnkauf übernehmen, aber zugleich müßte ein Kartell unter Leitung ihrer Regierungen gebildet werden. Im Januar 1570 lehnte August endgültig ein Zusammengehen im Zinnkauf ab. Er wollte den sächsischen Zinnkauf nicht fremden, etwa Nürnberger Kaufleuten überlassen; denn inzwischen war Leipzigs Großhandel, besonders der Metallhandel, erstarkt. Ferner lag ihm daran, seine Zinn verbrauchenden Handwerker, die Kandel- und Rotgießer, Pfannenschmiede, Schlosser und Gürtler und die sich stark entwickelnde sächsische Weißblechindustrie, die viel Zinn brauchte, mit billigem Zinn zu versorgen. August mit seinem wohlgeordneten Haushalt brauchte nicht, wie Kaiser Maximilian II. in seinen Geldnöten, das Zinnmonopol. So blieb alles beim Alten. In Böhmen ging es nur den ärmeren Gewerken schlecht, und Bergleute gerieten in Not<sup>186</sup>. Aber bald darauf besserte sich die Lage wieder mit Hilfe des freien Zinnkaufs.

Von einem Kartell der beiden Länder verlautet später nichts mehr. Doch erließ Böhmen 1572 nochmals ein strenges Zinnausfuhrverbot<sup>187</sup>. Fortan entwickelte sich der Zinnbergbau in den beiden benachbarten Zinnerzeugerländern jeweils für sich. Er unterlag schweren Krisen, wie dem Dreißigjährigen Kriege, und ging in der Hauptsache im 19. Jahrhundert zu Ende. Nur Altenberg und Ehrenfriedersdorf im sächsischen Erzgebirge bringen heute noch mit modernsten Methoden Zinn aus.

<sup>186</sup> Strieder 291.

<sup>187</sup> Dormizer-Schebek 53.

## DIE ÄLTESTE MANUFAKTUR- UND GEWERBE- STATISTIK BÖHMENS

*Von Gustav Otruba*

Böhmen war im 19. Jahrhundert neben Niederösterreich das wichtigste Industriegebiet der Donaumonarchie. Die Grundlagen hierfür wurden in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gelegt. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts war Schlesien das wichtigste Industriegebiet. Erst der Verlust dieses Landes im Frieden zu Aachen 1748 und die endgültige Besiegelung dieses Zustandes im Frieden zu Hubertusburg 1763 zwangen Maria Theresia zu einer völligen Neuorganisation der österreichischen Wirtschaftspolitik, wozu im Geiste moderner merkantilistischer Grundsätze eine planvolle Industrialisierung Böhmens und Niederösterreichs in Angriff genommen worden ist. Dank der damals erstmals konsequent angewandten Methode statistischer Erhebungen, geplanter Generallandesaufnahmen und deren Erfassung in Kommerzial- und Manufakturtabellen, wofür die neugeschaffenen Kommerzbehörden verantwortlich waren, sind wir in der glücklichen Lage, die einzelnen Phasen dieses Wirtschaftsaufschwunges genau zu verfolgen.

### *Die Quellenlage*

Die Anfänge einer Gewerbestatistik in Böhmen stehen in Zusammenhang mit der 1715 erfolgten Gründung eines Kommerzkollegiums. Bis 1740 erhielt dieses mindestens 20 Anfragen der Wiener Regierung, wieviele Tuchmacher und Fabrikanten in Böhmen vorhanden seien, was sie fabrizierten und wo die von ihnen gefertigten Waren Absatz fänden. Die Bemühungen des Kommerzkollegiums, eine solche Statistik des Tuchmachergewerbes zu erlangen, sind lange — zum Beispiel 1722, 1725, 1727 — vergebens gewesen. Erst Ende des Jahres 1731 konnten die gewünschten Mitteilungen — freilich auch dann nicht in vollem Umfange — der Regierung übersandt werden. Die Zahl der ermittelten Tuchmacher und Tuchfabrikanten betrug 2397, die Zahl der gefertigten Tücher 38 974. (Vollständig veröffentlicht bei A. F. Pribram: Das böhmische Commerzkollegium und seine Tätigkeit. Prag 1898, S. 238—245.) Am 2. Mai 1739 empfahl ein Gutachten des Kommerzkollegiums an die Prager Statthalterei die Übersendung genauer Tabellen über den Stand des Kommerziums in allen Kreisen. Die dringend geforderte Übersendung der „genauen Tabellen“ zur Besserung des Kommerzwesens war aber 1741 noch immer nicht erfolgt, denn am 5. Mai dieses Jahres wiederholte das Kommerzkollegium sein dringendes Ersuchen an die Statthalterei. Im einzelnen kann auf diese ersten Versuche hier jedoch nicht eingegangen werden.

Vorliegende Untersuchung stützt sich vorzüglich auf die im Österreichischen Staatsarchiv / Hofkammerarchiv verwahrten Akten des Böhmisches Kommerz, wobei die beiden Faszikel 794—795 die „Generallandesaufnahme, Untersuchung, Kommerzial- und Manufakturtabellen für Böhmen 1756 bis 1813“ einen wohl lückenhaften, jedoch völlig ausreichenden Überblick der böhmischen Wirtschaftsentwicklung bieten. Dabei läßt sich auch deutlich die Methode der statistischen Erhebung und deren allmähliche Vervollkommnung verfolgen, wodurch die Glaubwürdigkeit besonders der späteren Erhebungen sich erhärtet. Seit 1749 lag die wirtschaftliche Berichterstattung bei den königlichen Kreisämtern, die jährlich an den „K. k. Consessus in Commercialibus et Manufacturistics“ sogenannte Individualtabellen abzuliefern hatte, der daraus für den „K. k. Commerzien Hof-Rath“ in Wien eine Haupt-Tabella verfaßte. Ursprünglich geschah dies in Form von Beschreibungen. Ein solcher Bericht aus dem Jahre 1756 *„Was in Böhmen neues erfunden und eingejübet worden, und wie sich die alten Manufacturen befinden, Tabella pro Anno 1756“*<sup>1</sup> bietet detaillierte Beschreibungen der in den einzelnen Kreisen bereits bestehenden, neugegründeten und geplanten Manufakturen, wobei deren Erfolgsaussicht und Unterstützungswürdigkeit kritisch gewürdigt wird (vgl. Beilage I). Neben dieser Beschreibung gab es überdies private statistische Detailerhebungen, von deren Existenz wir jedoch im Zusammenhang mit der ersten uns erhaltenen statistischen Generaltabelle aus dem Jahre 1761 erfahren. Diese *„General Tabelle aller in gesamtten Creißen des Königreich Böhmeims befindlichen Manufacturen, Fabriquen und Commercial Handwerker mit Benennung der von ihnen verarbeiteten rohen Materialis, aus selben verfertigten Fabricatorum und unmittelbaren Verschleiß sowohl in die Erb- als auch fremde Länder vor das 1761 te Jahr“*<sup>2</sup> war ein wenig geglückter Anfangsversuch, dem jede Übersichtlichkeit mangelt. Der Hauptfehler bestand aber — wie die Kritik des Wiener Commerzien-Hofrates feststellte — in der Unglaubwürdigkeit der Zahlenwerte. In den Loscanischen Particulartabellen für das Jahr 1756 finden sich wesentlich höhere Beschäftigtenzahlen<sup>3</sup>:

<sup>1</sup> Österr. Staatsarchiv, Hofkammerarchiv (zit. HKA), Böhmisches Kommerz Fasz. 794, fol. 2 ff.

<sup>2</sup> HKA, Böhm. Kommerz Fasz. 794, fol. 47 ff. Loscani, O. L. v.: Relation über alle in folgenden fünf Commerzialkreisen (Königgrätzer, Saatzter, Bunzlauer und Leutmeritzer und Stadt Prag) erhobenen Manufacturgattungen 1756. Hrsg. von A. Fournier. (Archiv für Österr. Geschichte 69 (1887) 466 ff.) — Vgl. hiezu die Haugwitz-Procop'schen Reflexionen (Ebenda 480 ff.). Diese behandeln die Manufakturen zu Kommotau, Oberleutensdorf, Dux, Prag, Kladrub, Heraletz und Neuschloß.

<sup>3</sup> HKA, Böhm. Kommerz Fasz. 794, fol. 96.

der Böhmischen Manufacturs Tabellen pro Anno 1761	Differenz				Und der Loscanischen Particular Tabellen pro Anno 1756	
	in nachstehenden Creysen					
	Tuchmacher		Zeugmacher		Lein Weber	
	1761	1756	1761	1756	1761	1756
Leutmerizer	241	200	1	54	1219	1348
Bunzlauer	484	684	69	10	637	5000
Saazer	64	147	16	86	—	710
Königgrazer	563	380	6	3	1462	4557
Summe	1352	1411	92	153	3318	11615

Die stark variierenden Angaben — Gesamtdifferenz 8297 — waren umso unangenehmer, als sie einen Rückgang der Wirtschaftsentwicklung anzeigten, den man seitens der Behörde für ausgeschlossen hielt. Man dürfte daher in den folgenden Jahren seitens des böhmischen Kommerzienkonsesses nurmehr Kreistabellen nach Wien weitergeleitet haben. So findet sich in den Akten für 1762 eine „Manufacturtabelle der Prager Seiden Fabrikanten“<sup>4</sup>, für 1763 „Bunzlauer Creyßer Manufactur und Fabriquen Haupt Tabella“<sup>5</sup>, „Glashüttentabellen im Chrudimer, Pilsner, Prachiner und Bunzlauer Creyß“<sup>6</sup>, „Tuchmacherei und Strumpfwürker Tabellen im Bunzlauer Creyß“, eine „Musterkarte von Reichenberg“<sup>7</sup> u. a., für 1765 „General Manufactur Tabelle des Leitmeritzer und eines Theils Bunzlauer Creyßes vor das 1765te Jahr. Worinnen der Personal-Standt, Material-Erfordernuß, Erzeugnuß und Verschleiß gesamter Manufacturen und Fabriquen ausgewiesen wird“<sup>8</sup>.

Erst aus dem Jahre 1766 ist uns wieder eine „General Landes Aufnahm und Manufacturs Tabella Des Königreichs Böhmeimb pro Anno 1766“<sup>9</sup> erhalten, die ihr Entstehen Joseph Graf Kinsky verdankt. Diese wurde am 7. Oktober 1766 in mehreren Exemplaren an den k. k. Commerzien Hof-Rat nach Wien mit folgendem Begleitschreiben übersandt: „Nachdeme aus denen über die hierländige Manufacta, Fabricata- und Natura-Producta von denen sammentlichen Königl. Creßämbtern eingebrachten Induividual-Tabellen eine Haupt-Tabella nach der Alphabetischen Ordnung verfaßet worden, alß sollen wir nicht ermanglen, ein solche Euer Excellenz und Einem Hochlöbl. Kays. Königl. Hoff Commercien Rath hiemit zu dero hohen Einsicht mit der Bemerkung, daß da bis nun zu uns sammentlichen diesfälligen Creyßen die abgeheichte Auskunften nicht eingelanget, das weiters auf diesfällig eröffnete

<sup>4</sup> HKA, Böhm. Commerz Fasz. 794, fol. 18 ff.

<sup>5</sup> HKA, Böhm. Commerz Fasz. 794, fol. 14 ff.

<sup>6</sup> HKA, Böhm. Commerz Fasz. 794, fol. 127 ff.

<sup>7</sup> HKA, Böhm. Commerz Fasz. 794, fol. 4 ff.

<sup>8</sup> HKA, Böhm. Commerz Fasz. 794, fol. 14 ff.

<sup>9</sup> HKA, Böhm. Commerz Fasz. 794, fol. 680 ff. u. 758 ff.

Erinnerung einkommende nachzutragen, nicht versäumen werden, gehorsambst einzusenden.“ Die ausdrückliche Feststellung einer gewissen Unvollständigkeit hinderte nicht daran, daß man diese „Tabella“ allgemein bewunderte. (Vgl. Beilage II). Sowohl Kaiser Joseph II. als auch Maria Theresia haben in Handbillets an Rudolph Graf Chotek den Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß diese Tabella den übrigen Kommerzienkonsessen der Länder zum Vorbild diene. K. Joseph an Graf Rudolph Chotek, den 6. Juni 1767<sup>10</sup>: „Ich teile Ihm die anliegende wohl ausgearbeitete Tabelle zu dem Ende mit, auf daß Mir von Seiten des Commerzien Rathes die etwa dabey zu machen findende Erinnerungen heraufgegeben werden mögen, und wäre übrigens zu wünschen, daß aus allen Creysen und Ländern dergleichen Tabellen verfertigt werden möchten (wegen unbäßlichkeit) Joseph.“ Maria Theresia an Graf Rudolph Chotek, den 26. Dezember 1767<sup>11</sup>: „Es ist Mir von Seiten des Commerzienraths über die von dem Kinsky eingereichte Böhmische Manufactur-Tabellen, und besonders über die zum Schluß der Tabellen gemachte Anmerkungen und respective Vorschläge die Wohlmeinung zu eröffnen. Gleichwie dann auch nöthig ist, daß das diesfällige Formulare den übrigen Commercien-Consessen mitgeteilet und aus jedem Lande nach den Umständen eine solche Tabelle mit den Anmerkungen verfasst und eingeschicket werde. Worauf dann, daß dieses ohnausbleiblich geschehe, von dem Commercienrath das Augenmerk zu richten seyn wird. Maria Theresia.“

Für 1768 veröffentlichte J. V. Göhlert „historisch-statistische Notizen über Böhmen“, welche Angaben über den Warenverkehr, die Anzahl der Spinner, Weber und Webstühle sowie die Leinwand-, Schafwoll- und Glasindustrie bringen (MVGDB 11 (1873) 292 ff.; MVGDB 12 (1874) 84 ff.). Derselbe hat auch Teile der von Staatsminister Graf C. Zinzendorf 1774 auf einer Reise durch Böhmen gesammelten wirtschaftsstatistischen Beobachtungen veröffentlicht, die Joachimsthal, Preßnitz, Kommotau, Oberleutensdorf, Schönlinde, Böhmisches-Kamnitz, Steinschönau, Turnau, Reichenberg, Starkenbach, Hohenelbe, Arnau und Kosmanos betreffen (MVGDB 11 (1873) 199 u. 289 ff.).

Die Manufakturtabellen für die folgenden Jahre fehlen leider, erst für 1775 findet sich wieder eine „Commerzial Landes Aufnams Tabella“<sup>12</sup> in den Akten. Für die Jahre 1775 bis 1783 ist für jedes Jahr eine Tabelle vorhanden<sup>13</sup>, seit 1780 tragen sie den Titel „Landes Aufnams Tabella über die Commerzial Fabricata, Manufacta und Producta im Königreich Böhmeim“<sup>14</sup>. Weiters existieren Tabellen für die Jahre 1786 bis 1788, 1790, 1794 und 1797<sup>15</sup> — letztere bereits auf gedruckten Formularen. Obgleich der Aktenbestand bis 1813 reicht, fehlen jedoch weitere Manufakturtabellen.

<sup>10</sup> HKA, Böhm. Commerz Fasz. 794, fol. 665.

<sup>11</sup> HKA, Böhm. Commerz Fasz. 794, fol. 701.

<sup>12</sup> HKA, Böhm. Commerz Fasz. 795, fol. 243.

<sup>13</sup> HKA, Böhm. Commerz Fasz. 795, fol. 274 (1776); fol. 300 (1777); fol. 333 (1778); fol. 404 (1779).

<sup>14</sup> HKA, Böhm. Commerz Fasz. 795, fol. 441 (1780).

<sup>15</sup> HKA, Böhm. Commerz Fasz. 795, fol. 491 (1781); fol. 529 (1782); fol. 593 (1783); fol. 789 (1787); fol. 848 (1788); fol. 980 (1790); fol. 1012 (1794); fol. 1137 (1797).

Von den vorgenannten Tabellen konnten bei dem zur Verfügung stehenden Umfang des vorliegenden Aufsatzes nur einige wenige ausgewertet werden: 1756, 1766, 1776, 1788 und 1797. Damit werden sowohl etwa Zehnjahresintervalle erfaßt als auch dabei charakteristische Musterbeispiele der Statistik berücksichtigt<sup>16</sup>. Die Tabelle von 1766 — wenn auch noch unvollständig — bietet Wertangaben, wie sie sich dann erst wieder in der Tabelle von 1797 finden. Die umfangreichste und damit wohl auch vollständigste Erhebung besitzen wir aus dem Jahre 1788, die mit jener von 1789 dem Fabrikeninspektor Josef Schreyer zur Grundlage seiner beiden Bände „Commerz, Fabriken und Manufakturen des Königreichs Böhmen“, Prag 1790<sup>17</sup> diente.

### *Die Gesamtentwicklung 1766—1797*

Auf Grund wechselnder Erhebungsgrundsätze lassen sich die Gesamtsummen nur zum Teil und bedingt vergleichen. Das rasche Anwachsen der Beschäftigtenzahlen ist jedoch zweifellos nicht nur eine Folge fortschreitender statistischer Erfassung sondern spiegelt tatsächlich einen großartigen Wirtschaftsaufschwung wider. Klar erkennt man diesen an der wachsenden Beschäftigtenzahl:

im Jahre	Gesamtbeschäftigte	Manufakturisten	Spinner	(spinnen beständig)
1766	251 274	45 740	205 534	(87 302)
1776	194 721	56 815	137 906	?
1788	435 641	121 799	313 842	?
1797	555 074	150 766	555 074	(123 952)

Eine Fehlerquelle liegt bei dieser Statistik darin, daß man in den Jahren 1766 und 1797 zwischen solchen Spinnern unterschied, die diese Tätigkeit als Hauptbeschäftigung während des ganzen Jahres ausüben, und jenen, die nur zeitweise als Nebenbeschäftigung spinnen; während in den Jahren 1776 und 1788 eine solche Unterscheidung nicht getroffen wurde. Darauf dürfte das starke Schwanken in den Spinnerzahlen beruhen. Ein wirklich großer Zuwachs vollzog sich ja nur bei dem die Spinnerei als Nebenbeschäftigung ausübenden Personenkreis. Zu berücksichtigen bleibt, daß die Entwicklung der Spinnerei in den einzelnen Sparten eine sehr verschiedene war:

<sup>16</sup> Der Bericht aus dem Jahre 1756 sowie die statistischen Tabellen von 1766 und 1788 sind im Anhang vollständig veröffentlicht. Vergleiche Beilage I, II und III.

<sup>17</sup> Schreyer, Josef: *Commerz, Fabriken und Manufakturen des Königreichs Böhmen*. 2 Bde. Prag 1790. Ebenda II, 152 ff. finden sich die Statistiken von 1785, 1788 und 1789 gegenübergestellt. Manufakturtabellen veröffentlichten weiters J. Riegger für 1780, 1785 und 1792; J. E. Fabri für 1784; A. Klíma für 1775, 1780 und 1782. Genaue Zitate darüber bei Hassinger, Herbert: *Der Stand der Manufakturen in den deutschen Erbländern der Habsburgermonarchie am Ende des 18. Jahrhunderts*. (Die wirtschaftliche Situation in Deutschland und Österreich um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert. Hrsg. von Lütge, Friedrich) Stuttgart 1964, S. 151. — Vgl. auch Hieke, W.: *Literatur zur Geschichte der Industrie in Böhmen bis zum Jahre 1850*. Prag 1893. No. 224 bis 228, 235, 237 bis 239.

im Jahre	Flachs u. Hanf	Schafwolle	Baumwolle
1766	176 452	22 590	7 267
1776	100 459	30 996	6 451
1788	234 008	51 087	28 747
1797	335 623	45 583	23 102

Anders verhält es sich mit den übrigen Manufakturen, wobei die Zahl der Fabrikanten zum Teil bis auf das Dreifache ansteigt. Die Manufakturtabellen von 1766 und 1797 bieten sogar hinsichtlich der Beschäftigtenzahl und des Geldwertes der Fabrikerzeugnisse eine unmittelbare Vergleichsmöglichkeit — sogar innerhalb der 17 böhmischen Kreise:

*Vergleich der Manufakturtabellen 1766—1797*

im Kreis	Summe der Fabrikanten		Summe aller Spinner		Geldwert der Fabrikserzeugnisse in fl.	
	1766	1797	1766	1797	1766	1797
Bunzlau	4 873	15 954	28 190	52 580	1 651 029	4 412 865
Königrätz	4 218	20 737	30 397	35 075	745 262	3 410 514
Bidschow	4 486	9 513	23 650	44 672	628 829	1 918 140
Chrudim	3 651	9 005	28 808	38 599	395 767	1 738 670
Czaslau	2 072	6 071	6 798	27 825	617 549	1 547 439
Kaurzim	524	1 511	1 346	8 068	107 737	204 153
Budweis	2 290	6 416	21 266	24 546	285 340	1 270 225
Tabor	2 241	7 079	11 506	25 850	300 631	1 574 885
Prachin	1 792	6 336	4 267	21 696	335 471	919 920
Pilsen	1 176	3 731	3 943	20 423	364 676	1 438 372
Klattau	1 101	5 406	6 751	22 911	138 587	1 330 808
Saaz	2 456	6 967	5 504	9 491	267 784	870 018
Elbogen	7 845	19 847	1 869	13 680	348 451	2 172 838
Leitmeritz	5 205	23 172	28 317	49 984	1 113 374	4 283 328
Rakonitz	327	976	1 905	5 558	47 728	169 207
Beraun	362	2 546	471	1 020	175 324	1 030 451
Prag	1 121	3 716	592	2 310	547 445	1 822 421
Summe	45 740	148 983	205 580	404 288	8 070 984	30 114 254

So eindrucksvoll auch die Steigerung von 45 740 auf 150 766 Fabrikanten zutage tritt, so muß dabei doch auf die Möglichkeit folgender Fehlerquelle hingewiesen werden: während die Beschäftigtenzahl von 1797 neben Meistern und Gesellen auch Lehrlinge und Gehilfen umfaßt, ist nicht bekannt, ob die „Fabrikanten“ von 1766 einen gleich weiten Personenkreis miteinbeziehen. Bei den Geldwertangaben sind die ständige Preisauftriebstendenz und der sinkende Geldwert mit einzukalkulieren, wonach einem nahezu vierfachen Geldwert wohl kaum eine dreifache erzeugte Warenmenge entspricht. Wenn auch in allen Kreisen eine beträchtliche Vermehrung feststellbar ist, so zeigt

sich diese ganz besonders im Bunzlauer, Leitmeritzer, Königgrätzer und Elbogener Kreis. Einerseits bilden sich gewisse Industriezentren deutlich aus, andererseits erfaßt die Industrialisierung bisher kaum erfaßte Gebiete, wie zum Beispiel den Kaurzimer und Berauner Kreis.

So sehr sich uns die Tabelle von 1766 als willkommene Ausgangsbasis für Vergleiche bietet, so darf man dabei nicht übersehen, daß sie zugegebenermaßen noch unvollständig ist. Viel zuverlässiger erweisen sich die detaillierten Ergebnisse der Tafeln von 1776, 1788 und 1797:

	Meister	Gesellen	Lehr- jungen	Gehilfen	Stühle	Bleichen	Hämmer	Hütten
1776	29 544	10 092	4 280	12 899	27 669	141	131	103
1788	52 508	18 924	8 400	41 967	51 987	311	290	135
1797	52 670	25 152	10 603	62 341	56 311	353	—	105

Die Zahlen spiegeln deutlich eine gesteigerte innerbetriebliche Konzentration wider, wie dies besonders das starke Anwachsen von Lehrlingen und Gehilfen beweist. Die Ein- und Zweimann Meisterbetriebe beginnen zu schwinden.

In der Manufakturtafel von 1776 werden bereits „28 Fabriken und 1789 Fabrikanten“ genannt, die Tabelle von 1788 zählt dann erstmals 95 Fabriken namentlich auf. Wir dürfen mit dem Begriff „Fabrik“ jedoch keine falsche Vorstellung verbinden und uns darunter nicht unbedingt einen maschinellen Großbetrieb in heutigem Sinne vorstellen. Die Bezeichnung „Fabrique“ war damals mehr eine rechtliche Qualifikation der Sonderstellung außerhalb der Zunftschranken, oft wechselte auch der Sprachgebrauch. So vermerkte zum Beispiel der Verfasser der Manufakturtafel von 1776: „Daß die Fabricanten Anno 1776 gegen 1775 um 1321 zugewachsen sind, ist die Ursach, weiln die Bleicher, Eisen-Fabricanten, Glasmacher, Leinwanddrucker, Leonische Fabricanten und Drathzieher, Papiermacher, Spizenklöppler und Verläger, Spiglmacher und Schleifer, Salitersüder und Vitriol-Fabricanten, so in der pro Anno 1775 jährigen Tabella unter der Rubrique Meister begriffen waren, in dieser aber in die Rubrique Fabricanten eingeschaltet worden sind.“

Weitgehende allgemeine Schlüsse zu ziehen oder weitere Vergleichswerte zu berechnen, erscheint mir zu gewagt, jedoch lassen sich für die einzelnen Industriezweige aus den statistischen Daten detaillierte Überblicke gewinnen.

## Spinnerei

### Verbreitung der Flachsspinnerei

im Kreis	1766		1788	1797	
	Spinnen zeitweise	spinnen beständig		spinnen zeitweise	spinnen beständig
Bunzlau	13 181	11 236	27 478	25 254	18 074
Königgrätz	5 130	22 321	32 806	13 378	18 818
Bidschow	1 317	16 728	32 684	29 661	11 571
Chrudim	16 855	5 655	31 654	25 302	7 386
Czaslau	2 295	2 000	5 181	19 741	437
Kaurzim	973	—	11 588	6 893	25
Budweis	10 679	3 712	24 330	16 000	5 237
Tabor	9 119	658	9 374	16 514	3 760
Prachin	1 759	855	2 446	20 409	671
Pilsen	2 074	374	7 520	16 995	569
Klattau	4 436	1 764	6 279	16 521	1 285
Saaz	4 679	133	280	5 755	1 022
Elbogen	1 125	—	4 891	4 000	300
Leitmeritz	13 902	10 982	25 526	33 182	11 354
Rakonitz	1 350	—	4 064	4 048	51
Beraun	210	—	7 600	300	200
Prag	—	—	307	310	600
Summe	89 084	76 418	234 008	254 263	81 360

### Verbreitung der Schafwollspinnerei

im Kreis	1766	1788	1797	
			spinnen beständig	spinnen zeitweise
Bunzlau	2 117	5 738	7 557	608
Königgrätz	1 770	1 868	1 717	418
Bidschow	235	813	316	166
Chrudim	1 071	2 120	1 386	2 583
Czaslau	2 211	5 539	1 646	2 749
Kaurzim	373	1 078	521	204
Budweis	5 177	6 867	148	3 000
Tabor	1 657	2 434	2 069	1 334
Prachin	1 453	2 380	406	200
Pilsen	1 440	2 347	907	1 311
Klattau	501	4 894	2 864	2 171
Saaz	692	592	877	94
Elbogen	689	6 339	3 800	400
Leitmeritz	2 096	5 911	3 505	1 491
Rakonitz	255	815	22	203
Beraun	261	1 029	300	200
Prag	592	323	400	300
Summe	22 590	51 087	28 441	17 432

Verbreitung der Baumwollspinnerei

im Kreis	1766	1788	1797	
			spinnen beständig	zeitweise
Bunzlau	1 656	404	723	664
Königgrätz	1 014	304	322	422
Bidschow	—	3 421	2 277	681
Chrudim	700	2 162	444	1 498
Czaslau	152	8 534	935	2 317
Kaurzim	—	1 507	282	143
Budweis	1 698	460	100	61
Tabor	—	2 086	1 375	708
Prachin	187	26	5	5
Pilsen	55	8	641	—
Klattau	50	20	24	46
Saaz	—	1 985	1 254	489
Elbogen	—	3 164	5 000	180
Leitmeritz	891	2 300	226	226
Rakonitz	300	738	313	921
Beraun	—	393	10	10
Prag	564	1 235	500	200
	7 267	28 747	14 431	8 571

Leinenindustrie

	im Jahr	Beschäftigte insgesamt	Stühle	Meister	Gesellen	Jungen	Gehilfen
Leinenweber	1766	20 331	21 329	.	.	.	.
	1776	26 713	21 415	16 731	4 207	1 791	3 984
	1788	53 386	37 292	28 141	7 358	3 245	14 642
	1797	59 667	38 272	27 212	8 748	4 488	19 219
Leinen-Da- mast, Gezoge- nes Tischzeug	1766	162	93	.	.	.	.
	1776	265	70	28	51	7	109
	1788	341	188	89	115	27	110
	1797	275	118	61	60	14	140
Schleier- Fabrique	1766	3	3	.	.	.	.
	1788	(siehe Battist)	.	.	.	.	.
	1797	1 182	748	274	435	96	377
Battist- Fabrique	1766	25	24	.	.	.	.
	1788	691	433	167	221	48	255
	1797	(incl. Schleier-Fabriken)	220	121	56	77	12
Merlin	1788	2	2	1	1	—	—
Zwillig	1797	241	175	109	49	17	66

	im Jahr	Beschäftigte Stühle		Meister	Gesellen	Jungen	Gehilfen
		insgesamt					
		Bleichen					
Bleichen		Leinw.		Garn			
	1766	1012	72	143	.	.	.
	1776	346		141	83	104	1
	1788	1996	109	222	286	213	191
	1789	2714	+ 3 574 Hausbleichen		353	410	317
Spitzen-Fabrique	1766	8 492					
	1776	2 859	—	661	5	20	2 173
	1788	14 147	—	1 727			12 420
	1797	16 783	—	272	1	—	16 510
Zwirn-Fabriken	1766	495					
	1788	265	—	37	48	36	144
	1797	2 667	—	239	—	—	2 428
Leinene Bandl	1766	390	388				
	1776	209	8	7	—	—	202
	1788	1 097	1 102	1 080	8	9	—
	1797	1 346	1 153	531	265	437	113
Blatbinder	1788	11	—	8	2	1	—
	1797	58	—	43	4	6	5
Wachsleinwandmanufaktur	1766	50					
	1776	51	—	1	—	—	50
	1788	36	—	1	—	—	35
	1797	136	77	47	29	1	59

### Produktion

	1766		1797	
	erzeugte Waren Stk.	Wert der Erzeugnisse in fl.	erzeugte Waren Stk.	Wert der Erzeugnisse in fl.
Leinenweber	64 813	2 160 694	757 913	9 609 179
	128 999			
	5 547			
	199 359			
Leinen-Damast, Gezogenes Tischzeug	1 782	30 264	2 403	63 126
	35	750	6 954	207 889
Battist-Fabrique	274	6 424	752	60 120
Zwillig			2 959	58 562

	1766		Wert der Erzeugnisse in fl.	1797	
	erzeugte Waren Stk.			erzeugte Waren Stk.	Wert der Erzeugnisse in fl.
Bleichen	104 140 Stk. Leinwand		31 711	205 564	140 000
	427 237 inl. Garn				
	212 060 ausl. Garn				
Spitzen-Fabriken	69 610		171 134		251 694
Zwirn-Fabriken	91 658		330 436		486 092
Leinene Bandl	125 571		6 366		207 515
Blatbinder					4 046
Wachsleinwandmanufaktur	5 800		22 000	2 926	58 520

### Hanfindustrie

	im Jahr	Beschäftigte Stühle insgesamt	Stühle	Meister	Gesellen	Jungen	Gehilfen
Hanf-Spinner	1766	5 515 beständig 5 333 zeitweise					
Sailer	1776	394	—	293	63	37	1
	1788	797	—	543	133	87	34
	1797	1 072		671	168	131	102

### Produktion

Sailer	Wert der Erzeugnisse in fl.	91 711
--------	-----------------------------	--------

### Schafwollindustrie

	im Jahr	Beschäftigte Stühle insgesamt	Stühle	Meister	Gesellen	Jungen	Gehilfen	Spinner
Woll-Spinnerei	1766	22 590	—	—	—	—	—	22 590
	1776	309 996	—	—	—	—	—	309 996
	1788	51 087	—	—	—	—	—	51 087
	1797	45 583						45 583
Tuchmacherei	1766	3 396	2 179					—
	1776	5 288	2 184	2 784	735	204	1 565	—
	1788	8 276	3 441	4 040	1 451	573	2 212	—
	1797	12 146	4 381	4 183	1 959	831	5 173	—

	im Jahr	Beschäftigte insgesamt	Stühle	Meister	Gesellen	Jungen	Gehilfen	Spinner
Tuch- scherer	1766	163	.	.	.	.	.	—
	1776	349	—	244	62	36	7	—
	1788	460	—	242	157	58	3	—
	1797	594	—	259	205	90	40	—
Tuch- walker	1766	82	88 Walken	.	.	.	.	—
	1776	58	—	46	9	3	—	—
	1788	162	—	115	30	8	9	—
	1797	212	—	104	43	15	50	—
Tuch- bereiter	1797	54	—	16	23	14	1	—
Zeug- macher	1766	1137	1137	.	.	.	.	—
	1776	1997	1201	743	517	177	560	—
	1788	4927	2630	1631	825	350	2121	—
	1797	4675	2311	1436	981	281	1977	—
Strumpf- Würkerei	1766	1414	1406	.	.	.	.	—
	1776	3590	2248	1060	656	328	1546	—
	1788	6517	3545	1825	1316	674	2702	—
	1797	6100	4037	1921	1379	662	2138	—
Strumpf- Strickerei	1766	1486	.	.	.	.	.	—
	1776	2511	—	1622	314	137	438	—
	1788	3509	—	2311	301	128	769	—
	1797	3301	—	1605	339	147	1210	—
Hut- macher	1766	675	.	.	.	.	.	—
	1776	624	—	437	108	71	8	—
	1788	912	—	608	188	100	16	—
	1797	1086	—	606	244	159	77	—

### Produktion

	1766		1797	
	erzeugte Waren Stk.	Wert der Erzeugnisse in fl.	erzeugte Waren Stk.	Wert der Erzeugnisse in fl.
Tuch- macherei	60613 Tuch 4047 Boy, Flanell	1734996	131765	5521593
Zeug- macher	25293	223735	10929	1090540
Strumpf- Würkerei	28611 Dzt.	282718	138708 Dzt.	1372205
Strumpf- Strickerei	29158 Dzt.	223298	83494 Dzt.	83494
Hut- macher	87015 Castorhüte	62857	245267	221267

## Baumwollindustrie

	im Jahr	Beschäftigte insgesamt	Stühle	Meister	Gesellen	Jungen	Gehilfen Arbeiter	Spinner	
Cotton Fabrique	1766	7 936	.	303	Weber, 24	Drucker	340	7 267	
	1776	6 577	—	6	80	2 Bleicher	21	6 451	
	1788	31 540	2 064	499	1 132	359	1 103	28 447	
	1797	26 817	1 303	674	1 354	188	1 499	23 102	
Museline	1797	323	802	12	181	11	119	—	
Pickè u. Wallis	1797	542	382	140	184	22	196	—	
Nanquine	1797	1 669	976	461	443	61	704	—	
Langletten	1797	12	10	1	10	1	—	—	
Moulton	1797	443	354	108	150	35	150	—	
Manschester	1797	129	60	39	25	5	60	—	
Barchet Fabriquen	1766	333	254	.	.	.	.	—	
	1776	259	113	14	79	29	137	—	
	1788	144	53	68	26	4	46	—	
	1797	137	89	31	49	10	47	—	
Bänder aus Baumwolle	1788	62	35	5	20	1	36	—	
	1797	383	118	20	61	52	250	—	
Flormacher Baumwollene	1788	5	4	2	2	—	1	—	
	1797	4	3	2	—	1	1	—	
Kanten- spitzen	1788	27	22	3	—	—	24	—	
	1797	6	—	3	2	—	1	—	
Watten- macher	1788	9	—	6	1	2	—	—	
Strumpf- fabriquen	1766	20	18	.	.	.	.	.	
Kotzen- macher	1788	(im Spinnhaus durch Arrestanten)							
	1797	5		2	1	—	2	—	

### Produktion

	1766		1797	
	erzeugte Waren Stk.	Wert der Erzeugnisse in fl.	erzeugte Waren Stk.	Wert der Erzeugnisse in fl.
Cotton Fabrique	18 178	304 982	47 331	712 011
Museline	.	.	156 692	423 150
Pickè u. Wallis	.	.	7 094	297 041
Nanquine	.	.	1 635	49 050
Langletten	.	.	820	4 970
Moulton	.	.	7 077	109 484

	1766		1797	
	erzeugte Waren Stk.	Wert der Erzeugnisse in fl.	erzeugte Waren Stk.	Wert der Erzeugnisse in fl.
Manschester	.	.	1817	71410
Barchet				
Fabriquen	6742	65012	2007	48050
Bänder aus Baumwolle	.	.	127817	42309
Flormacher	.	.	.	154
Kanten- spitzen	.	.	.	1130
Strumpf- fabriquen	209 Dzt.	2993	.	.
Kotzen- macher	.	.	.	350

### Seidenindustrie

	im Jahr	Beschäftigte insgesamt	Stühle	Meister	Gesellen	Jungen	Gehilfen
Bänder- fabriquen	1766	206	200	.	.	.	.
	1776	197	145	45	114	27	11
	1788	922	807	268	404	177	73
	1797	751	616	128	415	94	114
Seiden- zeugmacher	1766	143	103	.	.	.	.
	1776	92	95	25	38	29	—
Weber	1788	387	225	35	126	139	87
	1797	290	290	22	122	43	103
Strumpf- würker Seidene	1766	10	10	.	.	.	.
Seidene u. Harrasene Knöpfe	1788	33	—	3	13	4	13

### Produktion

	1766		1797	
	erzeugte Waren Stk.	Wert der Erzeugnisse in fl.	erzeugte Waren Stk.	Wert der Erzeugnisse in fl.
Bänder- fabriquen	38079	165449	.	264182
Seiden- zeugmacher	3097	108524	.	151790
Strumpf- würker	620 Dzt.	31000	.	.

## Gallonbortenerzeugung

	im Jahr	Beschäftigte insgesamt	Stühle	Meister	Gesellen	Jungen	Ghilfen
Posamentier- er	1766	88	74	.	.	.	.
	1776	145	154	61	43	35	6
	1788	205	149	65	94	30	16
	1797	240	199	77	79	38	46
Gold u. Silber Drathzieher	1776	18	—	8	5	5	—
	1788	84	—	16	26	8	34
	1797	40	—	6	10	2	22
Gold- schläger	1788	10	—	4	4	2	—
	1797	9	—	5	3	1	—
Gold- plätter	1788	2	—	1	—	—	1
	1797	1	—	1	—	—	—
Leonische Fabriquen	1766	200	—	.	.	.	.
	1776	161	—	82	20	—	59
Gold u. Sil- bersticker	1788	24	—	4	—	—	20
	1797	25	—	5	—	—	20

## Produktion

	1766		1797	
	erzeugte Waren Stk.	Wert der Erzeugnisse in fl.	erzeugte Waren Stk.	Wert der Erzeugnisse in fl.
Posamentier- er	.	61 529	.	62 159
Gold u. Silber Drathzieher	.	.	.	3 200
Gold- schläger	.	.	.	3 250
Gold- plätter	.	.	.	500
Leonische Fabriquen	.	4 000	.	.
Gold u. Sil- bersticker	.	.	.	3 000

## Druckerei und Färberei

	im Jahr	Beschäftigte insgesamt	Stühle	Meister	Gesellen	Jungen	Gehilfen
Kotton- drucker	1776	185	36	12	26	74	73
Leinwand- druck	1776	128	—	40	32	34	22
Kotton u. Leinwand- druck	1788	520	292	101	266	153	—
von Tücheln	1797	1855	390 Drucktische 573 Druckt. 70		424	261	1100
Schwarz- färber	1766	273	(174 Färbereien,	161 Mangeln)			
	1797	706		398	129	61	118
Schön- färber	1766	61	(51 Färbereien)				
	1797	108	—	44	22	7	35
Schwarz- u. Schönfärber	1776	610	(256 Färbereien) (125 Bleichen)	400	117	34	59
	1788	887	—	462	166	82	177
Seiden- färber	1788	12	—	3	4	3	2
	1797	25	—	6	6	1	12
Leder- färber	1788	1	—	1	—	—	—

## Produktion

	1766		1797	
	erzeugte Waren Stk.	Wert der Erzeugnisse in fl.	erzeugte Waren Stk.	Wert der Erzeugnisse in fl.
Kotton- drucker			133 126	787 073
Schwarz- färber	36 407	105 921		
Seiden- färber				12 000

## Papierindustrie und Buchdruck

	im Jahr	Beschäftigte insgesamt	Mühlen	Meister	Gesellen	Jungen	Gehilfen insgesamt
Papier- Macher	1766	267	72	.	.	.	.
	1776	295	73	73	129	49	44
	1788	556	.	94	258	92	112
	1797	706	95	92	263	81	270
Papiermasche- manufaktur	1788	79	—	4	15	34	26
	1797	6	—	2	3	1	—
Türkisch u. Goldpapier	1766	6	—	.	.	.	.
Buch- drucker	1776	55	—	11	33	11	—
	1788	112	36 Pressen	14	53	42	3
	1797	85	37 Pressen	20	40	18	7
Buch- binder	1776	80	—	38	24	18	—
	1788	108	—	55	34	19	—
	1797	233	—	145	53	32	3
Schrift- güßer	1788	5	—	1	2	2	—
Bilder- Druckerei (Kupfer- stecher)	1766	6	2 Pressen	.	.	.	.
	1776	14	—	6	6	2	—
	1788	33	—	6	9	6	12
	1797	19	—	7	4	2	6
Spielkarten- macher	1766	360	.	.	.	.	.
	1776	24	—	16	4	3	1
Bilder- fabricata (Maler)	1788	34	—	13	12	6	3
	1797	41	—	17	13	5	6

### Produktion

	1766		1797	
	erzeugte Waren Ballen	Wert der Erzeugnisse in fl.	erzeugte Waren Ballen	Wert der Erzeugnisse in fl.
Papier- Macher	6 200	81 493	12 695	225 276
Papiermasche- manufaktur	.	.	.	700
Türkisch u. Goldpapier	.	4 000	.	.
Buchdrucker	.	.	.	23 496
Buchbinder	.	.	.	36 112
Bilderdrucker	.	6 000	.	3 516
Kupferstecher	.	.	.	.
Spielkarten- macher	.	27 000	.	11 221

## Lederindustrie

	im Jahr	Beschäftigte insgesamt	Meister	Gesellen	Jungen	Gehilfen
Loh- (Rot-) Gerber	1766	855	.	.	.	.
	1776	1298	876	273	82	67
	1788	1762	1097	375	118	172
	1797	1820	1196	349	158	117
Weiß-Gerber	1766	425	.	.	.	.
	1776	729	507	118	75	29
	1788	1031	636	193	134	68
	1797	1029	684	184	121	40
Juchten- fabrik	1788	3	1	1	1	—
Handschuh- Macher	1766	56	.	.	.	.
	1776	208	139	40	29	—
	1788	452	246	95	58	53
	1797	532	303	120	83	26
Kürschner	1776	1103	860	173	61	9
	1788	1576	1129	310	128	9
	1797	1707	1229	283	140	55
Pergamenter	1766	11	.	.	.	.
	1776	22	11	9	2	—
	1788	14	9	4	1	—
	1797	9	5	3	—	1
Taschner	1788	3	2	—	—	1
	1797	42	20	4	6	12

## Produktion

	1766		1797	
	erzeugte Waren Stk.	Wert der Erzeugnisse in fl.	erzeugte Waren Stk.	Wert der Erzeugnisse in fl.
Loh-Gerber	159 980	420 774	391 645	563 525
Weiß-Gerber	125 009	100 841	389 120	327 174
Handschuh- macher	1 620 Dzt.	8 722	.	69 637
Kürschner	.	.	266 175	264 912
Pergamenter	2 000	1 820	.	650
Taschner	.	.	.	4 320

## Glasindustrie und Spiegelerzeugung

	im Jahr	Beschäftigte insgesamt	Hütten	Meister	Gesellen	Jungen	Gehilfen
Glas- Fabriquen (Hütten)	1766	554	57	.	.	.	.
	1776	1 452	80	308	502	154	488
	1788	1 445	68	69	501	120	755
	1797	1 960	77	67	593	86	1 214
Glasschneider, Glas- schleifer etc.	1766	24	—	.	.	.	.
	1788	1 531	—	801	430	202	98
Glasschneider	1797	330	—	192	61	60	17
Glasschleifer	1797	859	—	243	390	84	142
Glaskugler	1797	419	—	278	112	42	7
Glasmahler	1797	144	—	92	17	10	25
Glasvergolder	1797	94	—	54	14	7	19
Glasbohrer	1797	55	—	39	7	8	1
Glasspinner	1797	4	—	4	—	—	—
Gläserne Luster	1797	15	—	11	—	—	4
Glasflaschen- koller	1797	50	—	31	10	6	3
Glasperlen- macher	1797	149	—	77	5	1	66
Gläserne Knöpfe	1788	7	—	2	2	—	3
Glaserer	1776	392	—	318	43	31	.
	1788	886	—	688	124	65	9
	1797	514	—	393	77	40	4
Spiegel- Fabriquen	1766	190	2 Mühlen 6 Polier- tische	.	.	.	.
	1788	133	22 Tische	17	79	11	26
	1797	267	—	61	122	19	65

## Produktion

	1766		1797	
	erzeugte Waren Stk.	Wert der Erzeugnisse in fl.	erzeugte Waren Stk.	Wert der Erzeugnisse in fl.
Glas- Fabriquen (Hütten)	.	467 240	88 504	1 036 924
Glasschneider	.	.	.	19 237
Glasschleifer	.	.	.	54 012
Glaskugler	.	.	.	21 461
Glasmahler	.	.	.	13 604
Glasvergolder	.	.	.	4 644
Glasbohrer	.	.	.	2 728
Glasspinner	.	.	.	1 158
Gläserne Luster	.	.	.	10 575
Glasflaschen- koller	.	.	.	5 987
Glasperlen- macher	.	.	.	5 246
Glaserer	.	.	.	59 959
Spiegel- Fabriquen	.	55 000	.	79 163

## Erzeugnisse aus Erden und Steinen

	im Jahr	Beschäftigte insgesamt	Meister	Gesellen	Jungen	Gehilfen
Erdenes Geschirr	1797	1 527	954	322	134	117
Fayanzer Geschirr	1797	155	8	33	37	77
Granaten Fabricatur	1766 1776 1788 1797	54 117 207 244	. 13 45 78	. 29 72 76	. 69 55 25	. 6 35 65
Steinschneider u. Schleifer	1766 1776 1788 1797	358 1 041 575 156	. 616 427 62	. 251 33 85	. 77 4 9	. 97 111 —
Antiquen- Schneider	1788 1797	3 3	2 2	— —	1 1	— —
Diamanten- Schneider	1797	3	1	1	1	—

### Produktion

	1766	1797
	Wert der Erzeugnisse in fl.	Wert der Erzeugnisse in fl.
Erdenes Geschirr	.	101 694
Fayanzer Geschirr	.	66 560
Granaten Fabricatur	30 000	56 925
Steinschneider u. Schleifer	21 154	12 600
Antiquen- Schneider	.	400
Diamanten- Schneider	.	600

### Bergbau und Bergbauprodukte

	im Jahr	Beschäftigte insgesamt	Meister	Gesellen	Jungen	Gehilfen
Blei- Bergwerk	1797	598	23	266	90	219
Zinn- bergwerk	1797	908	77	15	—	816
Kupfer- bergwerk	1797	64	1	63	—	—

### Produktion 1797

	Förderung in Ctr.	Wert in fl.
Blei	15 092	120 736
Zinn	1 292	77 520
Kupfer	40	2 600

## Metallwarenindustrie

	im Jahr	Beschäftigte insgesamt	Hämmer	Meister	Gesellen	Jungen	Gehilfen
Eisen- fabriken (Hütten u. Werker)	1766	454	84	.	.	.	.
			31 Hochöfen				
	1776	837	—	159	299	124	255
	1788	2007	183	259	563	249	936
			60 Hütten				
	1797	2365	179	231	553	190	1391
Blech- hämmer	1766	.	4	.	.	.	.
Drath- zieher	1766	.	8 Mühlen.	.	.	.	.
	1788	213	—	69	94	25	25
	1797	275	—	72	101	28	74
Messer- schmiede	1766	12	—	.	.	.	.
	1788	81	—	47	21	11	2
	1797	78	—	42	21	13	2
Nagl- schmiede	1766	54	—	.	.	.	.
	1776	230	—	116	81	33	—
	1788	437	—	188	185	61	3
	1797	1053	—	523	346	175	9
Ringl- schmiede	1788	3	—	1	1	1	—
	1797	21	—	8	10	3	—
Rohr- schmiede	1788	26	—	6	13	1	6
	1797	21	—	8	10	3	—
Säg- schmiede	1788	64	—	26	10	11	17
Sensen- schmiede	1797	61	—	13	18	6	24
Zeug u. Zirkel- schmiede	1766	9	—	.	.	.	.
	1776	101	—	69	21		11
	1788	136	—	63	26	23	24
	1797	91	—	54	24	13	—
Feilhauer	1788	16	—	6	6	4	—
	1797	30	—	12	11	7	—
Nadler	1766	36	—	.	.	.	.
	1776	114	—	75	31	4	4
	1788	118	—	70	32	10	6
	1797	122	—	71	25	19	7
Scheiben- zieher	1797	12	—	8	—	—	4

	im Jahr	Beschäftigte insgesamt	Meister	Gesellen	Jungen	Gehilfen
Spengler (Klempner)	1776	362	322	20	20	—
	1788	146	80	39	27	—
	1797	123	78	23	21	1
Stahlschleifer	1788	17	2	7	5	3
	1797	37	14	18	3	2
Büchsen- macher	1767	74	61	8	5	—
	1788	122	60	38	18	6
	1797	340	178	99	57	6
Gewehr- fabriken	1766	113	.	.	.	.
	1797	36	1	14	5	16
Waffen- schmiede	1788	29	11	9	2	7
	1797	72	39	16	7	10
Schwerdfeger	1766	64	.	.	.	.
	1776	91	58	23	10	—
	1788	27	18	6	3	—
	1797	24	16	4	2	2
Spornen	1788	10	7	2	1	—
	1797	12	8	2	2	—
Galanterie- Arbeiter	1766	199	.	.	.	.
	1776	250	113	71	66	—
	1788	336	169	79	80	8
	1797	282	140	73	61	8
Graveurs	1788	10	8	—	2	—
	1797	10	8	—	2	—
Petschier- stecher	1776	8	8	.	.	.
	1788	11	9	1	1	—
Gürtler	1766	85	.	.	.	.
	1776	108	80	16	12	—
	1788	125	82	28	14	1
	1797	140	97	25	—	18
Instrumenten- macher mathematische	1788	6	.	.	.	.
	1797	5	.	.	.	.
Instrumenten- macher musikalische	1788	32	21	7	2	2
	1797	64	56	2	4	2
Goldwag- macher	1788	1	—	—	—	—
Metallen- knöpf- manufaktur	1776	55	31	11	4	9
	1788	90	33	6	4	47
	1797	478	123	89	41	225
Schnallen- Fabriken	1766	147	.	.	.	.
	1776	371	85	259	27	—
	1788	551	325	32	19	175
	1797	618	79	330	37	172

	im Jahr	Beschäftigte insgesamt	Meister	Gesellen	Jungen	Gehilfen	
Kupfer- hammer	1776	8	4	2	1	1	6 Hämmer
	1788	22	8	7	5	2	7 Hämmer
	1797	38	7	14	9	8	10 Hämmer
Kupfer- schmiede	1776	104	68	25	11		
	1788	151	85	44	19	3	3 Hämmer
	1797	144	78	43	18	5	
Messing- Fabriken	1766	20	.	.	.	.	
	1788	60	10	18	7	25	
	1797	66	4	20	2	40	
Messing- Hammer	1788	204	137	—	—	77	
Gelb- und Rotgießer	1776	12	7	2	2	1	
	1788	15	6	6	3	—	
	1797	15	7	6	2	—	
Glocken- gießer	1776	14	7	6	1	—	
	1788	29	10	6	3	10	
	1797	28	10	7	3	8	
Groß- und Klein-Uhr- macher	1766	74	.	.	.	.	
	1776	115	77	23	15	—	
	1788	140	92	28	20	—	
	1797	222	155	29	36	2	
Uhrgehäuse- macher	1788	3	2	1	—	—	
	1797	7	4	2	1	—	
Zinn- gießer	1776	57	38	14	5	—	
	1788	187	104	28	22	33	
	1797	201	104	56	25	16	
Folien aus Zinn und Blei	1797	3	.	.	.	.	

### Produktion

	1766		1797	
	erzeugte Waren Stk.	Wert der Erzeugnisse in fl.	erzeugte Waren Stk.	Wert der Erzeugnisse in fl.
Eisen- fabriken	51 280	Ctr. Roheisen		
	2 629	Ctr. Eisen- blech	223 419	Ctr. 1 623 521
Drath- zicher			2 785	Ctr. 81 545

	1766		1797	
	erzeugte Waren Stk.	Wert der Erzeugnisse in fl.	erzeugte Waren Stk.	Wert der Erzeugnisse in fl.
Messerschmiede	.	889	.	19 367
Nagelschmiede	.	3 266	.	104 416
Ringelschmiede	.	.	.	6 950
Rohrschmiede	.	.	.	8 220
Sensenschmiede	.	.	.	25 845
Zeug u. Zirkelschmiede	.	2 800	.	15 113
Feilhauer	.	.	.	2 950
Nadler	.	2 135	.	13 469
Scheibenzieher	.	.	.	2 400
Spengler	.	.	.	16 048
Stahlschleifer	.	.	.	4 499
Büchsenmacher	.	.	.	53 687
Gewehrfabriken	3 544	24 695	.	90 000
Waffenschmiede	.	.	.	18 199
Schwerdfeger	.	8 000	.	7 535
Spornier	.	.	.	1 550
Galanterie-Arbeiter	.	21 822	.	106 627
Graveurs	.	.	.	1 600
Gürtler	.	14 252	.	33 911
Instrumenten mathematische	.	.	.	1 500
Instrumenten musikalische	.	.	.	5 115
Metallknöpf- manufaktur	.	.	.	81 655
Schnallen- Fabriken	3 100 Dzt.	8 015	.	107 449
Kupfer- schmiede	.	.	.	97 168
Messing- Fabriken	1 400 Ctr.	7 933	480 Ctr.	26 580
Gelb- und Rotgießer	.	.	.	2 293

	1766		1797	
	erzeugte Waren Stk.	Wert der Erzeugnisse in fl.	erzeugte Waren Stk.	Wert der Erzeugnisse in fl.
Glocken- gießer	.	.	.	6 452
Groß- und Klein-Uhr- macher	.	8 329	.	19 835
Uhrgehäuse- macher	.	.	.	1 000
Zinn- gießer	.	.	.	25 109

### Chemische Industrie

	im Jahr	Beschäftigte insgesamt	Meister	Gesellen	Jungen	Gehilfen	Hütten Werke Öfen
Arkanum Duplicat	1797	3	1	2	—	—	—
Alaun- Siederei	1766	130	.	.	.	.	4 Hütten 21 Pfannen
	1776	77	2	7	11	57	11
	1788	111	6	9	8	88	7
	1797	145	7	5	—	133	7
Blaue Farbwerker (Schmalte)	1766	42	.	.	.	.	8 Hütten 10 Öfen
	1776	81	13	3	59	6	10
	1788	109	11	55	3	40	—
	1797	125	9	17	2	97	21
Berlinblau	1797	6	2	—	—	4	—
Berggrün- farb	1788	4	2	2	—	—	—
	1797	3	1	—	—	2	—
Khienruß- Fabrique	1788	4	1	—	—	3	—
	1797	1	—	—	—	—	—
Krapp u. Rötte Fabrique	1797	9	3	6	—	—	—
Mönich (Mennige Fabrique)	1788	7	1	3	—	3	1 Hütte
	1797	5	1	—	—	4	—
Pottasch Erzeugnuß	1766	294	.	.	.	.	213 Hütten
	1776	426	292	32	26	76	—
	1788	498	238	11	7	242	—
	1797	856	456	58	4	338	—

	im Jahr	Beschäftigte					Hütten Werke Öfen
		insgesamt	Meister	Gesellen	Jungen	Gehilfen	
Saliter	1766	7	.	.	.	.	1 Hütte
Siederei	1776	6	2	—	—	4	2 Hütten
	1788	59	24	13	1	21	—
	1797	70	18	7	6	39	—
Scheid- wasser- Brennereien	1766	3	.	.	.	.	.
	1788	4	3	—	1	—	1 Hütte
	1797	16	14	—	—	2	—
Schwefel- Siedereien	1766	10	.	.	.	.	2
	1788	8	1	3	4	—	1
	1797	11	2	1	—	8	—
Vitriol- Siederei	1766	15	.	.	.	.	4
	1776	15	8	—	—	7	1
	1788	44	6	6	—	32	1
	1797	31	2	6	—	23	—
Vitriolöl	1788	4	1	3	—	—	—
	1797	11	4	1	1	5	—
Sigllack- fabrique (Siglmacher)	1776	141	12	4	2	123	—
	1788	5	3	1	—	1	—
	1797	5	4	—	—	1	—
Wachs- zicher- manufaktur	1776	113	97	7	9	—	—
	1788	177	137	27	13	—	—
	1797	205	156	22	19	8	—
Haarpuder u. Stärke- erzeuger	1797	169	79	28	14	48	—

### Produktion

	1766		1797	
	erzeugte Waren Ctr.	Wert der Erzeugnisse in fl.	erzeugte Waren Ctr.	Wert der Erzeugnisse in fl.
Arkanum Duplicat	.	.	.	1008
Alaun- Siederei	2140	30 090	2182	24 092
Blaue Farb	2850	69 500	1874	44 815
Berlinblau	.	.	30	300
Berggrün	.	.	115	8 635
Khienruß	.	.	.	400
Krapp u. Rötte	.	.	296	7 584
Mönich	.	.	200	3 800
Pottasche	9 555	.	18 050	289 800

	1766		1797	
	erzeugte Waren Ctr.	Wert der Erzeugnisse in fl.	erzeugte Waren Ctr.	Wert der Erzeugnisse in fl.
Saliter	8	168	1455	24350
Scheid- wasser	.	1020	.	35520
Schwefel	1044	12440	1926	38542
Vitriol- Siederei	2849	8816	.	18224
Vitriolöl	.	.	.	12495
Sigllack	.	.	.	1360
Wachs- zieher	.	.	.	152580
Haarpuder u. Stärke	.	.	4386	31950

Diverse Manufakturen (aus Holz, Horn u. a.)

	im Jahr	Beschäftigte insgesamt	Meister	Gesellen	Jungen	Gehilfen	Wert der Erzeugn.
Büchsen- schifter	1776	16	10	4	2	—	.
Bleistift- Fabriquen	1766	4	.	.	.	.	.
	1788	7	1	3	1	2	.
	1797	4	1	2	1	—	2500 fl.
Bürsten- binder	1788	6	5	1	—	—	.
	1797	38	25	9	2	2	1549 fl.
Drechsler	1776	224	161	30	18	15	.
	1788	359	243	67	49	.	35 Stühle
	1797	589	358	128	67	36	68898 fl.
Kardeb- macher	1788	2	—	—	—	—	.
	1797	2	—	—	—	—	500 fl.
Kamp- macher	1776	89	59	17	12	1	.
	1788	88	60	18	10	—	.
	1797	170	102	34	25	9	16661 fl.
Kamm- setzer	1797	33	29	4	—	—	1940 fl.
Modl- stecher	1797	40	18	6	4	12	5791 fl.
Fischbein- manufaktur	1788	9	2	7	—	—	.
	1797	19	4	1	—	14	15730 fl.
Federbusch- macher							
Feder- schmucker	1788	5	4	—	—	1	.
	1797	10	4	—	—	6	2100 fl.

	im Jahr	Beschäftigte insgesamt	Meister	Gesellen	Jungen	Gehilfen	Wert der Erzeugn.
Blumen- erzeuger							
Wälische	1797	4	1	3	—	—	250 fl.
Darm- saiten erzeuger	1788	11	7	—	—	4	.
	1797	17	16	1	—	—	1 667 fl.
Gips- pusierer	1788	2	1	—	—	1	.
	1797	5	2	—	—	3	500 fl.
Wachs- pusierer	1788	8	5	—	—	3	.
Maler	1776	564	127	18	9	410	.
	1788	426	218	15	22	171	.
	1797	243	198	24	14	7	19 995 fl.

### Lebensmittelindustrie

	im Jahr	Beschäftigte insgesamt	Meister	Gesellen	Jungen	Gehilfen	Kessel
Zucker- Raffinery	1788	54	4	14	26	10	2 Fabr.
	1797	23	2	1	3	17	6 Kessel

### Produktion 1797

erzeugte Waren in Ctr.	Wert der Erzeugnisse in fl.
6785	519 237

Eine über die statistische Zusammenfassung hinausgehende Auswertung des gebotenen Materials muß einem nachfolgenden Aufsatz vorbehalten werden<sup>18</sup>. Dieser wird unter Verwertung zeitgenössischer Darstellungen (Schreyer, Keess u. a.) sowie der einschlägigen Literatur ein umfassendes Gesamtbild der Wirtschaft Böhmens an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert bieten, wobei lokale Verteilung und besitzgeschichtliche Details weitgehend berücksichtigt werden.

<sup>18</sup> Im Bohemia-Jahrbuch 6 ist ein Aufsatz „Die böhmischen Manufakturen von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zu den Anfängen der industriellen Massenproduktion“ vom Verfasser vorgesehen.

## Beilage I

### Was in Böhme Neues erfunden und eingeführt worden, und wie sich die alten Manufakturen befinden, Tabella pro Anno 1756

Österr. Staatsarchiv, Hofkammerarchiv, Böhm. Commerz Fasz. 53 (794), fol. 2ff.

- A) Ob die alte Manufacturen und Fabrikaturen annoch vorhanden? oder ob einige davon eingegangen seien?
- B) Ob in dem 1755ten Jahr etwas neues, und was erhoben worden?
- C) Was davon zu halten?

### Budweiser Kreis

- A) In diesem Creis befinden sich annoch die vorigen Fabricaturen, und bestehen solche 1 mo in Woll- und Flachs-Gespunst, 2 do Kniestreicher und Ontin Tüchern, 3 tio Wollenen Zeugen und 4 to Wollenen Strümpfen.
- B) Auf der Gr. Bouquoischen Herrschaft Gapplitz werden von zwei Socken-Strickern sowohl Wollene als Cameelhärene Winter-Peruquen gemacht. Wie ingleichen künstliche Stroh-Arbeit verfertiget, und wird auch die Pflanzung deren Weißen Maulbeer-Bäumen auf den Fürstlichen Schwarzenbergischen Herrschaften und auf dem Gut Umblowitz vermehret.
- C) Dieses ist kein sonderliches Objectum Commerciale und wird dahero, weil es mehr eine Curiositaet ist, auch nicht lang dauern. Diese findet gute Anwehr sowohl ad intra als extra.

### Taborer Kreis

- A) Die vorherige Manufacturen, als da sein: 1 mo Tuch- und Futter Boy, 2 do ordinari Haus- und gescheckigte, wie auch grobe Sack-Leinwand, 3 tio Papier, 4 to Färbereien und 5 to Röthe-Anbau werden bishero betrieben. Dahingegen ist bei der Herrschaft Neubistritz eine Glashütte. Bei der Herrschaft Tschernowitz aber zwei Glas-Hütten, und ein Eisenhammerwerk schon vor einigen Jahren eingegangen.
- B) Bei der denen Carmelitis discalceatis gehörigen Herrschaft Patzau und bei der Gr. Windischgratzischen Herrschaft Rothenthotta ist das Wayde Kraut angebauet. Bei dem Collartischen Gut Miroschau die Ocker-Farbe erfunden, und auf der Gr. Joseph Kinskischen Herrschaft Tschernowitz von der Obrigkeit sechs Tuchmacher nebst einem Tuchscherer angesetzt, die erforderliche Walcke errichtet. Item eine Garn- und Leinwand Bleiche nach der Zittauer Art angelegt worden. In der Stadt Tabor verfertiget ein Tuchmacher den sogenannten Donner und Blitz, wie auch Spaniolet.
- C) Wie dieses reussiren wird? muß sich im Herbst zeigen.  
Diese gelbe Erden dienet zum Häuser anstreichen und will nicht viel sagen.

Die Garn- und Leinwand-Bleiche wird dem dortigen Kreis, allwo dergleichen vormals nicht gewesen, trefflich zustatten kommen, und dem angrenzenden Pracheiner Kreis, allwo viel Haus-Leinwand gemacht wird, sehr nuzlich sein.

#### Berauner Kreis

- A) Die beträchtlichsten Manufakturen dieses Kreises seind: die Eisen-Hammer Werke, welche bishero betrieben werden.
- B) Auf der Gr. Eugeni Würbnischen Herrschaft Horzowitz ist 1 mo die Tuch, 2 do Wollene Zeug und 3 tio Leinwand Fabrikatur, dann 4 to Flachs-Spinnerei eingeführt. Ingleichen auf der Baron Nettolitzkischen Herrschaft Lochowitz die Flachs-Gespunst- und Leinwand-Weberei ordinari-Gattung aufgerichtet worden.
- C) Die Tücher, welche nur in ordinari-Sorten bestehen, verdienen alles Lob, dahero dann auch die Fabrikanten guten Abgang haben. Die wollene Zeuge seind noch nicht in rechter Perfection hingegen. Ist die Flachs-spinnerei sehr weit getrieben und ausgebreitet worden, also daß die Untertanen, so sehr sie zuvor diese Arbeit gescheuet haben, nun selbst darum bitten. Die Leinwanden seind zwar nur von ordinari-Gattung, jedoch wohl gearbeitet. Auch diese zwei Rubriquen haben einen guten Anfang, an deren weiteren Fortkommen nicht zu zweifeln ist.

#### Bunzlauer Kreis

- A) Dieses Kreises Manufakturen, nemlich 1 mo Tuch, 2 do ordinari-Zeug, 3 tio Mezolan und Calamanc, 4 to allerlei weiße, gescheckigte und rot gestreifte Leinwand, 5 to Papier und 6 to Glas-Fabrikatur, dann 7 mo Loth-Garn-Gespunst haben annoch ihren Fortgang, auch seind viele Composition- und Stein-Schneider, dann Glas-Vergolder vorhanden.
- B) Auf der Graf Joseph Pachtaischen Herrschaft Gabel ist eine Kunst- und Schönfärberei auf obrigkeitliche Kosten angeleget worden, und ist der Schönfärber sonderlich in Scharlach-Färben erfahren. Herrschaft Lyssa und Stadt Melnick vermehren die Maulbeer-Plantage.
- C) Dem Schönfärber fehlet es an Arbeit, nachdem denen Görlitzer und Zittauer scharf verboten worden, ihre Tücher in die Gabler-Färberei zu tragen, mithin muß sich derselbe schon mit denen allgemeinen Farben beschlagen. Ihme aber könnte geholfen werden, wenn von denen Montours-Tüchern, welche rot gefärbet werden müssen, einige Stück demselben überlassen werden möchten; maßen er in dieser Abfärbung, sonderlich was den Scharlach des Gobelins betrifft, excelliret.

#### Czaslauer Kreis

- A) In diesem Kreis werden annoch wie vorhero 1 mo Tücher, 2 do Leinwanden, 3 tio Hüte, 4 to wollene Strümpfe betrieben; 7 mo Flachs und Röte angebauet.

- B) Baron von Neffzer hat auf dessen Herrschaft Heraletz 1 mo 30 Zeugmacher-Stühle, 2 do Zwirn-Mühlen, Mangln und Pressen, 3 tio eine Leinwand-Bleiche, 4 to eine Stampfmühle zu Stampfung der Röte errichtet, und 5 to Wolle- und Flachs-Gespunnt eingeföhret.
- Freiherr Severin v. Langendorff hat zu Biela auf eigene Kösten eine wollene Zeug-Fabrique errichtet.
- Endlichen vermehret sich in diesem Kreis die feine Woll- und Garn-Gespunnt.
- C) Alle dort eingerichteten Fabrikata und Machinen seind in dem besten Zustand und versprechen viel Gedeihliches.
- Gehet bis Dato noch alla minuta, und ist dem Eigentümer der Herrschaft nichts als Beständigkeit zu wünschen.
- Hierinfalls gibt sich der Praelat von Seelau große Mühe.

#### Chrudimer Kreis

- A) Die vorherige Fabrikata werden annoch betrieben, und bestehen solche 1 mo in Tuch, 2 do ordinari Zeug, 3 tio Leinwand, 4 to Trillich, 5 to Canefas, 6 to ganz und Halb Cotton, 7 mo Mezolan, 8 vo Rasch, 9 no Wollene Felpa, 10 mo Eisen und 11 mo Glas.
- B) Auf der Herrschaft Leutomischel ist allerhand Barchet-Fabrikatur eingeföhret. Auf der Herrschaft Neuschloß hingegen Füll-Erde gefunden, und zwei Commercial-Bleichen erhoben worden.
- C) Die Barchet-Fabricatur ist schlecht conditioniret, und wird kein Bestand haben, und ist alles noch schlechter, dann die ordinari Arbeit, auch keine Bleiche, um die baumwollene Fabrikata in die Weiße zu bringen, vorhanden.
- Die Füll-Erde ist von keiner guten Qualitaet.
- Diese Bleichen sein vortrefflich, und ohnehin schon in dem diesfalls erstatteten alleruntertänigsten Bericht beschrieben worden.

#### Kaurzimer Kreis

- A) Die ordinari-Tuch und Mezolan-Fabrikatur ist in ihrer vormaligen Beschaffenheit.
- B) Auf dem Hochbergischen Gut Worlochowitz wird die Maulbeer-Bäumer Pflanzung stark vermehret.
- C) Von dieser Plantage ist sich recht viel zu versprechen, indem der Eigentümer derselben ein sehr industrioser und emsiger Mann ist, der besonders für das Seiden-Wesen ein particulaire Inclination bezeigt.

#### Königgrätzer Kreis

- A) In diesem Kreis hat bishero die vormalige 1 mo Tuch, 2 do allerlei Leinwand, 3 tio Halb Rasch, 4 to Castor-Zeugeln, 5 to Cron-Rasch, 6 to Zwilllich, 7 mo Leder, 8 vo Papier und 9 no Glasfabrikatur ihren Fortgang, wie ingleichen 10 mo die Flachs-Gespunnt.

B) Zu Kucusbaad ist ein Kunst- oder Damast-Weber-Stuhl errichtet worden. Auf der Graf Bredaüschischen Herrschaft Geyersberg hat sich ein Untertan anheischig gemacht, 1 mo den Principal zu einer Orgel von Glas, 2 do ein schönes Uhrwerk ebenfalls von Glas, 3 tio verschiedene Hölzerne Maschinen, und 4 to den allerfeinsten Carmin und Englischen Tombac zu verfertigen.

Fürst Piccolominische Herrschaft Nachod hat eine Commercial-Bleiche angelegt, item die Herrschaft Oppotschno, Wamberg und Kosteletz. Gr. v. Chamare hingegen hat 1 mo zwei große Commercial Bleichen angelegt, 2 do Schleyer- und Battist-Fabrikatur eingeführet und 3 tio Tisch-Zeug-Stühle aufgestellt.

C) Von dieser Fabrikatur ist nicht viel zu hoffen, weilen der Meister wenig Geschicklichkeit besitzt.

Dieser Mann scheinet mehr zu versprechen, als er zu praestiren capabel ist, und hat das Unglück, daß auf seine Worte niemand einen Geld-Vorschuß machen will.

Alle diese Bleichen seind wohl instruiert, und ohnehin in einem besondern Bericht alleruntertänigt beschrieben.

#### Bidschower Kreis

A) Die vorige Manufakturen werden annoch betrieben, und bestehen welche 1 mo Tuch, 2 do wollenen Zeug, 3 tio Flanell, 4 to Leinwand von allerlei Gattung, 5 to gezogener Ware, 6 to Schleyer, 7 mo Papier und 8 vo Lot-Garn-Gespunst.

B) Zu Rohlitz ist eine Zwirn-Mühle und eine Schönfärberei errichtet worden.

C) Die Zwirn-Mühle wird gute Dienste leisten, weilen in dortiger Gegend viel Lot-Garn gespunnen wird, welches zum Zwirnen appliciret werden kann. Von der Schön-Färberei muß sich erst künftig zeigen, was davon zu hoffen.

#### Leitmeritzer Kreis

A) Dieses Kreises vormalige Fabrikaturen bestehen 1 mo in Fein und ordinar Tüchern, dann denen Londres seconds, 2 do in allerlei feinen Weißen, dann mit Rot-Türkischen Garn eingezogenen Leinwänden, 3 tio in leinenen Bandeln, 4 to in halb Seidenen Tüchern, 5 to in Seidenen Strümpfen, 6 to in Gingan und Barchet, 7 mo in fein baumwollenen und wollenen Zeugen, 8 vo in Glashütten, 9 no in Papier- und Zwirn-Mühlen und 10 mo in einer Schmelz-Fabrique. Nebst deme werden auch die zu denen Tuch-Cartatschen benötigende Niederländer Disteln angebauet, und nur erwähnte Manufakturen bishero betrieben, wo lediglich auf der Herrschaft Bürgstein eine Glas-Hütte eingegangen ist.

B) Graf Joseph Kinsky hat zu Bürgstein auf eigene Kösten 1 mo eine Leinwand-Fabrique der sogenannten Tela cavalina und deren rot gestreiften

Leinwanden, dann 2 do eine von Tapeten oder gewixten Leinwand, und 3 tio eine Spiegel-Schleif-Mühle errichtet.

Nebst deme seind in diesem Kreis zu Liebeschitz einige Steiner gefunden worden, welche in der Mitten einen gewissen Kern haben, so wider die Febrilischen Krankheiten und zum Schwitzen dienlich sein soll. Graf Joseph von Salm hat auf dessen Herrschaft Hainspach 1 mo eine baumwollene Fabrique zum Futter-Barchet, 2 do allerlei geschnürleten Cane-fas, 3 tio blau-rot und braun gestreiften Beth-Barchet, dann 4 to weißen Köppern errichtet.

Die Rumburger-Handlungs-Societaet aber 5 to die gezogene Tischzeug-Fabrikatur zu Rumburg eingerichtet, allwo auch 6 to Trieb-Sammet verfertigt wird.

Zu Böhmisch Leippa werden gestrickte Manns-Röcke mit wollener Felpa durchgezogen, wie auch Berliner-Blau fabriciret.

Auf der Herrschaft Dux und zu Türnitz ist ein Stein-Kohlenbruch gefunden worden.

- C) Alle Graf Kinskysche Veranstaltungen seind zu beloben und hinterlassen keinen Zweifel eines guten Fortgangs, maßen sonderlich die gewixte Leinwanden recht schön ausfallen, und die Tischzeugs-Proben zu admiriren seind, mithin für den Debit sowohl als für die dort geschliffene Spiegel keine Sorge zu tragen ist.

Dieser Stein verdienet seiner artlichen Gestalt halber eine besondere Aufmerksamkeit, indem er von außen braun, und der inwendige Kern, welcher gleichsam wie in einer Nußschale liegt, weiß, jedoch sehr morbe ist, und in einer Höhle, worinnen sich ein tiefer Abgrund befindet, angetroffen wird; er ist fast durchaus rund in Form eines großen Apfels. Alle Graf Salmische Fabrikata fallen schön aus, und würden auch mehrere Anwehr finden, wenn selbige wohlfeiler im Preis wären. Diese verspricht einen guten Succesß.

Ist schlecht und brauchet mehrere Perfection. (Trieb-Sammet).

Dieser Fabrikant hat mit seinen Röcken große Anwehr.

Ist von guter Qualitaet. (Berlinerblau).

Diese haben einen starken Geruch und seind nicht so gut wie die Byliner.

#### Pilsner Kreis

- A) Die vorherige Manufakturen, nemlich 1 mo Tücher, 2 do wollene Zeuge, 3 tio ordinari Haus-Leinwand, 4 to Glas, 5 to Eisen und 6 to Draht haben annoch ihren Fortgang.
- B) Gr. Sigismund von Steinhausen hat auf seiner Herrschaft Kuttenplan eine Blauen Farbe-Fabrique.  
Gr. v. Kollowrat hingegen auf seiner Herrschaft Mayerhöfen einen in großer Vollkommenheit befindlichen weißen Blechhammer errichtet.
- C) Von dem Fortgang der blauen Farben-Fabrique muß sich künftig das weitere zeigen, jedoch ist an den guten Succesß nicht zu zweifeln, weilen

der Graf Steinhausen mit Nürnberg und Venedig ordentliche Lieferungs-Contracten geschlossen haben soll. Das Eisen sowohl als das Blech wird vor eines deren besten in Böhmen gehalten, und kan so viel nicht gemacht werden, als verlanget wird.

#### Klattauer Kreis

- A) Dieses Kreises Manufakturen als 1 mo Tuch, 2 do ordinari Leinwand, 3 tio Spiegel, und ordinari Glas, dann 4 to Papier-Fabrikatur, nicht minder 5 to Eisen-Waffen-Zeug, und Kupferhamer werden zwar bishero betrieben, dahingegen auf der Baron Linckerischen Herrschaft Ronsperg die leinenen Bandeln, und auf der Graf Philipp Stadionischen Herrschaft Gauth die Strümpf- und Beutel-Tuch-Fabrikatur in großen Abfall geratet.
- B) Auf der Graf Stadionischen Herrschaft Gauth ist eine Spiegel-Hütte, worinnen die Spiegeln nach der Juden Maß verfertigt werden, angeleget worden.
- C) Die Spiegelhütte ist im mittelmäßigen Ruf.

#### Prachiner Kreis

- A) Die vormalige Manufakturen werden bishero betrieben, und solche bestehen 1 mo in allerhand auf Holländisch- und Kniestreicher Art gearbeiteten Tüchern, 2 do in ordinari Haus-Leinwand, 3 tio in Glas und Glas-Katterlen, dann 4 to Papier und 5 to Eisen-Fabrikatur.
- B) Auf der Fürst Schwarzenbergischen Herrschaft Winterberg ist eine Glas-Hütte, zu Stubenbach aber eine Spiegelhütte errichtet worden.
- C) Auf dieser Hütten wird nur ordinari Glas gemacht. Wie weit es diese Fabrique bringen wird, muß sich in folgender Zeit erst zeigen.

#### Rakonitzer Kreis

- A) Dieses Kreises vormalige Fabrikata als da sein 1 mo ordinari Tücher, 2 do Haus-Leinwand, 3 tio Leder und 4 to Eisen, werden bishero betrieben. Auf der Graf Rudolf Chotekischen Insul hingegen die Maulbeer-Bäumer in großer Menge gepflanzt, maßen deren schon würklich 11.646 Stück vorhanden sind.
- B) Zu Brzewinow, P. P. Benedictinern gehörig, wird die Flachs-Spinnerei eingeführet.  
Auf der Fürst Fürstenbergischen Herrschaft Pürglitz ist ein Stein-Kohlen-Bruch entdeckt worden.
- C) Diese wird jezo besser dann zu vor getrieben, ist aber noch lange nicht in der erforderlichen Vollkommenheit.  
Diese Steinkohlen finden jezo in Prag bei denen Schmieden und Feuer-Arbeitern gute Anwehr, und wird der Strich pr. 30 kr gezahlet.

### Saazer Kreis

- A) Die vorherige Fabrikata dieses Kreises werden bishero betrieben, und solche bestehen 1 mo in Tuch, 2 do ordinari Leinwand, 3 tio Leder, 4 to Papier, 5 to in Eisen und 6 to Weißen Blech, dann 7 mo Feuer-Gewöhr und 8 vo Drat-Fabrikatur, item 9 no in baumwollener Gespunst. Wohingegen die auf der kays. Herrschaft Preßnitz befindliche Blauer-Farbe Fabrique bereits über zwei Jahr nicht gangbar ist. Bei der Stadt Brüx die Karten-Fabrique cassiret worden.

### Elbogner Kreis

- A) Alle die vorherige Manufakturen werden annoch betrieben, und bestehen solche, 1 mo in Schwarz-Seidenen und weiß-zwirnenen Spitzen, 2 do in feinen Hüten, 3 tio in allerhand wollenen Zeugen, 4 to in ordinari Tüchern, 5 to in ordinari Leinwänden, 6 to in Eisen- und Drathwerken, 7 mo in Papier, 8 vo in Messing und weißen Blech-Fabrique, 9 no in blauen Farb-Fabriken, 10 mo in Kunst-Färbereien und endlich 11 mo in allerhand wohl erfahrenen Professionisten, als Zinngießer, Spenadelmacher, Büchenschiftern, Messer-Klingen-Schmieden.
- B) Auf der Graf Franz Wentzel Nostitzschen Herrschaft Falckenau ist ein Schwefel-Kies, woraus quadrat-Steiner geschliffen werden können, gefunden, und bei der Stadt Carlsbad ein Stein-Kohlen-Bruch entdeckt worden.
- C) Wegen des Schwefel-Kies muß sich das weitere erst in Zukunft zeigen. Von diesen Stein-Kohlen ist noch keine Probe gemacht worden, welches jedoch des nächstens geschehen wird.

### Stadt Eger

- A) In dieser Stadt wird annoch wie vorhero 1 mo die Tuch, 2 do allerhand wollenen Zeuge, 3 tio feiner Hüte, 4 to ordinari Haus-Leinwand, 5 to Papier und 6 to Nürnberger Sack-Spiegeln Fabrikatur betrieben. Wohingegen die Verfertigung des Cottons, gedruckten Flannels, türkisch- und vergoldeten Papiers eingegangen, weil der dießfällige Appretur Mark sein Domicilium verändert hat.
- B) Zu Millbach ist ein Stein-Kohlen-Bruch entdeckt worden, item ein Alaun-Bergwerk.
- C) Die Qualitaet dieser Stein-Kohlen wird auch des nächstens probiret werden. Dieses Werk ist von keiner Beträchtlichkeit, und die Qualitaet kommet dem Commothauer bei weitem nicht bei.

## Beilage II

### General Landes Aufnahme und Manufakturs Tabella des Königreichs Böhmeim pro anno 1766

Österr. Staatsarchiv, Hofkammerarchiv,

Böhm. Commerz Fasz. 53 (794), fol. 680 ff.

#### Flachs- und Hanff-Erzielung

Namen der Creyße	Von Inländischen, Memler und Rigauer Leinsamen ist an Flachs erbauet worden Ctr.	An Hanff Ctr.
1) Buntzlauer	1 906	—
2) Königgrätzer	4 220	54
3) Bidschower	1 063	1 793
4) Chrudimer	3 759	756
5) Czaßlauer	1 549	74
6) Kaurzimer	8	10
7) Budweiser	4 631	48
8) Taborer	3 023	28
9) Prachiner	353	4
10) Pilsner	153	—
11) Klattauer	223	4
12) Saatzter	136	—
13) Elbogner	242	—
14) Leitmeritzer	2 139	—
15) Rackonitzer	12	—
16) Berauner	4	—
17) Prager Städte	—	—
Summa	23 421	2 771

#### Unterthänigste Anmerkungen

##### Flachs-Erzielung

Zu den ersponnenen Loth- und Weber Garn waren 42 691 Ctr. Flachs notwendig, im Lande werden jedoch nur 23 421 Ctr. angebaut, 19 270 Ctr. haben aus Mähren, Schlesien und Sachsen eingeföhret werden müssen. Vor allem im Berauner, Kaurzimer, Rackonitzer, aber auch Pilsner, Klattauer, Prachiner und Saatzter Kreis sollte Flachsbaum mehr verbreitet werden: 1. durch Prämien für die sich dafür einsetzenden Beamten, 2. durch Anstellung einiger aus der Commerzien-Cassa besoldeter Planteurs, die das Landvolk im Anbau fachkundig unterweisen, 3. Verteilung von inländischen Samen anstatt des kostbaren Rigaer Saatgutes, dafür kostenlos für das erste Anbaujahr, 4. Belohnungen für fortgesetzte Anbauversuche von 10 fl, besonders jenen, die 4 Metzen Land durch zwei Jahre neu bebauen, 5. Gespinnstschuldigkeiten sollen

die Grundherrschaften nicht mehr in Geld ablösen, sondern in natura einfordern.

### Hanff

Dermaliger Anbau von 2441 Ctr., Einfuhr von 304 Ctr. für die heimische Spinnerei erforderlich. Geringe Güte des Inlandshanfes soll durch Einfuhr Straßburger Hanf-Samen und Einleitung der ausländischen Hanf-Erzeugung gebessert werden.

### Spinnerei

im Kreis	Flachsspinnerei		Hanfspinnerei		Haben ersponnen			Wert des Loth Garns in fl.
	spinnen einige Zeit des Jahres	spinnen beständig	spinnen einige Zeit des Jahres	spinnen beständig	Weber Garne Stkz.	Loth Garne Stkz.	Hanf Garn Stkz.	
1	13 181	11 236	—	—	635 026	213 125	—	129 735
2	5 130	22 321	162	—	654 152	179 904	2 600	90 000
3	1 317	16 728	370	5 000	303 620	139 628	89 650	110 701
4	16 855	5 655	4 012	515	172 220	—	51 920	—
5	2 295	2 000	140	—	25 770	—	—	—
6	973	—	—	—	3 892	—	—	—
7	10 679	3 712	—	—	54 730	—	—	—
8	9 119	658	72	—	37 480	—	—	—
9	1 759	855	13	—	28 970	—	—	—
10	2 074	374	—	—	34 512	—	—	—
11	4 436	1 764	—	—	39 579	—	—	—
12	4 679	133	—	—	33 223	—	—	—
13	1 125	—	55	—	5 625	—	—	—
14	13 902	10 982	500	—	204 289	—	8 000	—
15	1 350	—	—	—	6 750	—	—	—
16	210	—	—	—	2 100	—	—	—
17	—	—	—	—	—	—	—	—
Summe	91 084	74 520	5 333	5 515	2 241 938	532 657	152 170	330 436

### Unterthänigste Anmerkungen

#### Flachs- und Hanff-Spinnerey

Nahezu überall eingeführt, gefördert durch Spinn-Schulenbetrag, der Ende März 1768 zu Ende geht; sollte verlängert werden. Gespinnst-Schuldigkeit soll wieder eingeführt werden.

### Zwirn Fabrique

im Kreis	Zwirner	Haben erzeugt Zwirn Stkz.	An Werth in fl.
1	.	.	129 735
2	.	.	90 000
3	.	.	110 701
14	495	91 658	—
Summe	495	91 658	330 436

### Unterthänigste Anmerkungen

#### Zwirn Fabrique

Großer Aufschwung. Versuche mit wohlgeratenem Klöppel-Zwirn-Erzeugniß durch Beihülff der Loth-Garn. Eigenes Reglament vorgeschlagen.

im Kreis	Stühle	Weber	Weeberey			An Werth ohngefähr in fl.
			Haben erzeugt			
			Haus-Leinwand Stkz.	Commerzial Leinw. Stkz.	Mehulan u. Halbzeigel Stkz.	
1	2348	1922	3488	23363	1013	349259
2	2773	2547	9495	32245	765	349196
3	3913	3854	5579	42177	1148	441369
4	3569	3432	10000	14454	538	220901
5	975	985	92	—	1016	15726
6	280	280	1400	—	30	11370
7	1238	1216	9529	—	—	113682
8	1312	1368	11828	—	850	130204
9	986	969	1706	—	420	21908
10	440	446	1352	—	68	14047
11	467	475	1618	—	345	17113
12	325	252	1943	63	—	21460
13	271	290	1332	265	—	22939
14	2284	2137	5288	16432	—	427897
15	131	131	30	—	204	2147
16	27	27	123	—	—	1476
17	—	—	—	—	—	—
Summe	21329	20331	64813	128999	5547	2160694

### Unterthänigste Anmerkungen

#### Leinenweeberey

Ertrag könnte noch um  $\frac{1}{3}$  größer sein. Ursache völliges Ausbleiben der schlesischen Händler als Folge der Einfuhrverbote. Errichtung einer Leinwand- und Garn-Handlungs-Association, die Abhilfe schaffen soll. Gespinst-Mangel, langte für 15 972 Stk. nicht. Verbot der Gespunstausfuhr soll diesem Mangel abhelfen.

#### Gezogenes Tisch-Zeug-Fabrique

im Kreis	Stühle	Weber	Haben erzeugt Tafelzeug Garnituren	An Werth fl.
2	13	22	269	2392
3	10	19	69	692
14	70	121	1444	27180
Summe	93	162	1782	30264

## Unterthänigste Anmerkungen

### Bezogene Tafel-Zeugs-Manufaktur

94 Stühle im Gang, was innerhalb drei Jahren eine Verdopplung bedeutet, staatliche Unterstützung von 4000 fl für die Fabrikanten sowie Frey-Pässe erforderlich.

### Leinene Bandl

im Kreis	Stühle	Weber	haben erzeugt Bänder Stk.	An Wert fl.
1	12	12	1 200	300
9	8	8	300	85
11	350	350	8 000	4 000
14	18	20	44 071	1 981
Summe	388	390	125 571	6 366

### Spitzen Fabrique

im Kreis	Klöppl- rinnen	haben erzeugt Spitzen Stk.	Wert an fl.
1	226	4 104	6 156
2	120	2 080	7 484
9	66	37	105
10	129	500	200
11	14	300	120
12	1 595	24 161	57 997
13	6 210	32 452	96 228
14	120	5 400	2 700
16	12	576	144
Summe	8 492	69 610	171 134

## Unterthänigste Anmerkungen

### Spitzen-Fabrique

Eine der beträchtlichsten Nahrungen der Landesinwohner, welche nebst gemeinen Zwirnen auch feine, die Elle a 1 fl 30 kr, alle Gattung der Neßel- und Seiden-Blond-Spitzen, Schumillier-Schmelz und gewürkte Spizen erzeugen. An die Verleger Lang und Comp. ein Vorschuß von 6000 fl vonnöten.

### Battist Fabrique

im Kreis	Stühle	Arbeiter	Haben erzeugt Battist Stk.	An Werth fl.
3	2	2	11	880
17	22	23	264	5 544
Summe	24	25	275	6 424

### Schleuer Fabrique

im Kreis	Stühle	Arbeiter	Haben erzeugt Schleuer Stk.	An Werth fl.
3	3	3	35	750
Summe	3	3	35	750

### Allerunterthänigste Anmerkungen

#### Battist und Schleuer

Neue eingeführte Erzeugnisse, vor ungefähr 1 Jahr vom Prager Banquier Zehnder von Reisdorff auf 3 Stühlen angefangen, nunmehr auf 22 Stühlen. Ware bereits in einer der ausländischen gleichkommenden Güte.

### Wachbleinwand Fabrique

im Kreis	Arbeiter	Haben erzeugt Wachß Leinwand	An Werth fl.
14	50	5 800	22 000
Summe	50	5 800	22 000

### Allerunterthänigste Anmerkungen

#### Wachs-Leinwand Fabrique

ist so weit vermehrt, daß sie nicht nur den erbländischen Inlandsbedarf deckt, sondern auch genug Vorrat für Besteller anhäuft.

### Schwartz Färbereyen

im Kreis	Färbereien	Mangeln	Färber	Haben erzeugt gefärbte und gedruckte Leinwand Stk.	An Werth fl.
1	24	24	29	400	3 205
2	22	26	30	823	7 205
3	16	15	35	812	5 806
4	25	25	25	2 500	4 500
5	7	7	7	250	200
7	6	4	6	130	390
8	12	7	14	215	470
9	13	12	21	2 570	4 200
10	30	14	38	450	670
11	1	1	2	50	139
14	14	22	54	14 307	25 536
17	4	4	12	13 900	53 600
Summe	174	161	273	36 407	105 921

## Unterthänigste Anmerkungen

### Färbereyen

Beträchtliche Steigerung auf 174, vorzügliche Qualität, besonders auch der Blaudruckerei.

### Bleichen

im Kreis	Leinwand Bleichen	Garn Bleichen	Bleich- Arbeiter	Haben gebleicht Leinwand	Garn u. Zwirn ausländisch	Zwirn inländisch	Ausländischer Bleicherlohn fl.
1	12	3	104	16 130	—	8 000	—
2	5	4	98	25 000	—	2 500	—
3	11	—	120	42 025	—	7 100	—
5	1	—	7	882	—	862	—
7	5	—	18	2 160	—	300	—
8	6	—	20	3 001	—	700	—
9	5	—	15	1 217	—	200	—
10	3	—	6	446	—	—	—
11	4	—	8	—	—	—	—
14	18	136	608	10 803	212 060	107 575	31 711
17	2	—	8	2 000	—	—	—
Summe	72	143	1 012	104 140	212 060	427 237	31 711

## Unterthänigste Anmerkungen

### Leinwand- und Garn-Bleichen

hat um mehr als die Hälfte zugenommen, steht sogar in Lohnarbeit für ausländische Unternehmen. Sachsen zahlte jährlich 31 711 fl Bleicherlohn für Garne. Könnte noch mehr ausgebaut werden, wenn man die den ausländischen Bleichen zugute kommende Holzausfuhr durch eigene, auf den Grenzen während der Winterszeit angestellte Holz-Revisores beschränken könnte.

## Wolle Erzielung Spinnerei

im Kreis	Einschurige Wolle Ctr.	Zweischurige Wolle Ctr.	Spinner zur ein- und zweischürigen Wolle
1	—	891	2 117
2	1 <sup>85</sup> / <sub>100</sub>	267	1 770
3	—	774	235
4	—	677	1 071
5	6	914	2 211
6	2	779	373
7	—	586	5 177
8	—	760	1 657
9	—	806	1 453
10	466	837	1 440

im Kreis	Einschürige Wolle Ctr.	Zweischürige Wolle Ctr.	Spinner zur ein- und zweischürigen Wolle
11	—	849	501
12	—	677	692
13	737	199	689
14	8 $\frac{1}{2}$	611	2096
15	—	1119	255
16	22	959	261
17	—	—	592
Summe	1243 $\frac{85}{100}$	11705	22590

### Unterthänigste Anmerkungen

#### Wolle-Erzüglung

Im Jahre 1766 riß in allen Kreisen ein großer Schaaf-Umfall ein, was sich in einer geringeren Wollproduktion auswirkte. 11705 Ctr. zweischürige und 1243 Ctr. einschürige Wolle reichen nicht aus, da 29197 Ctr. erforderlich sind; 16229 Ctr. mußten aus Mähren, Ungarn und Schlesien bezogen werden. Notwendigkeit der Beibehaltung des erhöhten Wollen-Ausfuhrs-Zoll. Weitere Empfehlungen: 1. Die Ursachen des oftmaligen Schaafvieh-Umfalls genauer zu untersuchen, 2. Prämien für jene Beamten auszusetzen, die neue Schäferereien anlegen, beziehungsweise einschüriges Schaafvieh dort einzuführen, wo zweischüriges nicht gedeiht, 3. in Ungarn die Schäferereien zu mehrerer Vollkommenheit zu bringen.

### Tuchmacherey

im Kreis	Stühle	Tuch= macher	Walken	Walker	Tuch= scherer	Schön= fär= bereien	Schön= färber	Haben Tuch	verfertigt Boy u. Flanell	An Wert fl.
1	437	738	9	9	32	4	4	16456	456	643601
2	553	514	10	10	18	3	7	5223	80	127664
3	20	42	3	3	6	—	—	169	70	4438
4	4	6	1	1	1	1	1	245	65	7401
5	—	410	3	3	4	3	3	22330	1008	387870
6	10	17	1	1	—	—	—	198	—	5264
7	82	150	8	7	12	1	1	2090	105	52400
8	344	488	13	11	28	3	3	4435	232	105951
9	102	176	7	7	10	2	4	1826	60	62473
10	170	187	5	4	4	2	4	2322	40	88986
11	10	21	3	2	1	—	—	150	—	3895
12	88	98	5	5	1	2	2	1129	—	47935
13	105	114	9	9	17	27	29	614	366	18878
14	184	319	8	7	25	2	2	2845	—	130887
15	28	51	1	1	—	—	—	224	212	6560
16	14	18	1	1	1	—	—	120	—	3000
17	28	47	1	1	3	1	1	228	1355	37793
Summe	2179	3396	88	82	163	51	61	60613	4047	1734996

## Allerunterthänige Anmerkungen

### Tuchmacherey

nimmt ansehnlich zu und gelangt wieder „zu ihren durch die betrübte Zeitläuffte und in die fremden Landen errichtete Fabriquen verlohrenen alten Ansehen“, verbessert durch beständige Aufmunterung und Nachsicht von Tag zu Tag ihre Erzeugnisse, liefert bereits wieder in fremde Länder, besonders das Römische Reich, steht aber außer Concurrrenz mit den schlesischen Erzeugnissen, da der inländische Wolle-Preis seit 12 Jahren um 10 fl pro Centner gestiegen ist.

### Zeugmachereyen

im Kreis	Stühle	Zeugmacher	Haben erzeugt verschiedene Zeuge	An Werth fl.
1	10	10	235	2 281
2	354	502	15 155	96 594
4	22	22	2 980	39 885
5	84	84	474	7 610
7	87	87	96	1 008
8	8	9	132	1 160
10	22	29	725	10 273
11	5	8	68	840
13	212	277	4 587	50 089
14	21	81	536	8 895
16	6	6	120	1 400
17	22	22	185	3 700
Summe	853	1 137	25 293	223 735

## Allerunterthänige Anmerkungen

### Zeugmacherey

In dem Königgratzer, Ellenbogner und Leitmeritzer Kreis ist auch diese verfallene Manufaktur wieder in Gang gebracht. Fabriken wurden zu Kladrub, Dobruska, Jenickau und Töppel errichtet, verfertigen Cronraschen, Futter-Zeug, Chälons, Mantel- und englischen Zeugen, denen es nur zum Teil an der Farbe und Zurichtung gebricht. Zur Vervollkommnung wäre eine Unterstützung des Elnbogner Zeugmacher und Verleger Kern und für die Königgratzer und Berauner Rasch-Handlungs-Compagnie zu verwilligen.

### Strümpf Würekerei

### Strümpf Strickerei

im Kreis	Stühle	Arbeiter	Haben erzeugt Strümpfe u. Müzen Dzt.	An Wert fl	Arbeiter	haben erzeugt Strümpfe u. Müzen Dzt.	An Wert fl.
1	401	380	8 985	56 321	148	2 548	26 400
2	30	25	460	3 680	118	1 024	4 314
3	24	21	151	1 878	192	2 127	17 339
4	9	9	229	2 511	27	2 320	18 350

## Strümpf Würcerei

## Strümpf Strickerei

im Kreis	Stühle	Arbeiter	Haben erzeugt Strümpfe u. Mützen Dzt.	An Wert fl	Arbeiter	haben erzeugt Strümpfe u. Mützen Dzt.	An Wert fl.
5	8	8	200	1800	129	6430	45220
6	8	10	262	2406	56	967	5800
7	2	2	80	830	42	1435	11465
8	2	5	187	2072	122	2090	14590
9	—	—	—	—	194	3874	27236
10	9	14	138	1532	57	702	6022
11	9	9	101	1054	22	224	1784
12	59	49	650	7621	34	1612	12248
13	54	56	624	5215	36	403	2807
14	752	787	15169	180477	130	2173	18936
15	3	3	29	384	68	328	3179
16	8	8	138	1246	46	461	3688
17	28	28	1215	13695	65	440	3920
Summe	1406	1414	28611	282718	1486	29158	223298

## Allerunterthänigste Anmerkungen

## Strumpf-Würcerei

Große Verbreitung, 1406 Stühle, besonders im Leitmerizer und Bunzlauer Kreis, erzeugt auch feinste Strümpfe von allen Farben in vollkommener Güte. Auf Wunsch Wiener Kaufleute wurde sogar die Erzeugung sogenannter Berliner- oder Harras-Strümpfe in gehöriger Güte und nach ihren Mustern aufgenommen, jedoch nunmehr nicht abgenommen.

## Wollene Strumpf-Strickerei

erzeugten bisher nur sogenannte Ordinaire-Strümpf oder Socken, nunmehr werden sie auch feine, sogenannte Hamburger Strümpfe herstellen.

## Huthmacher

im Kreis	Arbeiter	Haben erzeugt Halb- und Ganz-Castor Hüte Stk.	An Werth fl.
1	53	16092	9958
2	50	7992	4959
3	39	3384	2222
4	23	3684	2093
5	48	4296	3779
6	12	1548	1011
7	200	2724	3152
8	22	4280	3855
9	35	6297	4420
10	19	3760	2479
11	20	2970	1930
12	34	3876	3625

im Kreis	Arbeiter	Haben erzeugt Halb- und Ganz-Castor Hüte Stk.	An Werth fl.
13	49	11 640	2 807
14	37	5 718	4 225
15	13	1 308	624
17	21	7 446	11 718
Summe	675	87 015	62 857

#### Cotton Fabrique

im Kreis	Spinner	Weber	Drucker	Arbeiter	Bleicher	Haben erzeugt Ganze und halbe Cottons	An Werth fl.
1	1 656	130	22	320	1	18 000	303 950
2	1 014	—	—	—	—	—	.
4	700	—	—	—	—	—	.
5	152	7	2	20	1	178	1 032
7	1 698	166	—	—	—	—	.
9	187	—	—	—	—	—	.
10	55	—	—	—	—	—	.
11	50	—	—	—	—	—	.
14	891	—	—	—	—	—	.
15	300	—	—	—	—	—	.
17	564	—	—	—	—	—	.
Summe	7 267	303	24	340	2	18 178	304 982

#### Allerunterthänigste Anmerkungen

##### Cotton Fabrique

ist eine seit wenig Jahren erst in Böhmen eingeführte Manufactur, welche durch die darauf verwendete beträchtliche Geldsummen des Herrn Grafen von Bolza nunmehr zu einer ansehnlichen Größe gestieg und 4000 Personen ihren Unterhalt verschaffet; dermalen ist man auf die Erreichung der Vollkommenheit und besonders auf den Verschleiß dieser Waren in fremde Länder, vorzüglich aber in das weitläufige Pohlen und Ungarn bedacht.

#### Parchet Fabriken

im Kreis	Stühle	Arbeiter	Haben erzeugt verschiedene Parchet Stk.	An Werth fl.
1	130	156	3 800	34 400
2	31	31	484	5 908
5	2	2	117	2 072
14	67	120	1 441	15 432
17	24	24	900	7 200
Summe	254	333	6 742	65 012

### Allerunterthänigste Anmerkungen

#### Parchet Fabrique

Erst seit zwei Jahren Ausbau dieser schon seit geraumer Zeit eingeführten Erzeugung, große Verbreitung zu Bürgstein, Cosmanos, Pottenstein, Heinsbach, Schleb und in Prag. Bleiche und Zurichtung in Bürgstein in diesem laufenden Jahr zur Vollkommenheit gebracht. Absatz der Ware jedoch so lang nicht gesichert, als man den Handelsleuten Einfuhr-Pässe ausländischer Erzeugnisse gewährt.

#### Baumwollene Strümpf Fabrikatur

im Kreis	Stühle	Arbeiter	Haben erzeugt An Strümpf und Müzen Dzt.	Werth fl.
1	18	20	209	2 993
Summe	18	20	209	2 993

### Allerunterthänigste Anmerkungen

#### Baumwollene Strümpf- und Müzen Fabrique

neu eingeführt von Herrn Graf Franz Pachta. Das Weißwasserische Manufactur-Haus stellte im 1765 ten Jahr die ersten Stühle auf, die von Jahr zu Jahr vermehrt wurden, derzeit 18.

#### Seidene Bänderfabrique

im Kreis	Stühle	Arbeiter	Haben erzeugt Seidene Bänder Stk.	An Werth fl.
4	1	1	120	420
5	82	83	13 114	54 239
6	96	100	12 165	60 825
7	10	10	2 100	8 400
9	1	1	100	637
14	5	6	400	608
17	5	5	10 080	40 320
Summe	200	206	38 079	165 449

### Allerunterthänigste Anmerkungen

#### Seidene Bänder Fabrique

erst seit drei oder vier Jahren eingeführt zu Jenickau und in der Zehnderischen Fabrique zu Prag. Sogenannte Schweitzer-Stühle wurden erst im verflossenen Jahr hergestellt. Warenwert 165 449 fl.

### Seidene Weberey

im Kreis	Stühle	Arbeiter	Haben erzeugt ganz u. halb Seidenzeug Stk.	An Werth fl.
1	10	18	154	10 010
5	1	1	10	154
17	92	124	2933	98 360
Summe	103	143	3 097	108 524

### Posamentier Arbeit

im Kreis	Stühle	Arbeiter	Haben verfertigt an Borten und andere Posamen- tierarbeit	An Werth fl.
2	6	4	.	1 950
4	1	1	.	393
7	4	6	.	6 208
13	3	4	.	278
17	60	73	.	52 700
Summe	74	88	.	61 529

### Seiden Strumpf Wückererey

im Kreis	Stühle	Arbeiter	Haben erzeugt Seidene Strumpf Dzt.	An Werth fl.
17	10	10	620	31 000
Summe	10	10	620	31 000

### Allerunterthänigste Anmerkungen

#### Seiden Weberey und Strumpf-Wückererey

ist nur in den Prager Städten verbreitet, vormals gar nicht bekannt gewesen; auf 103 Stühle ansehnlich vermehrt.

### Weyß-Gärber

### Loh-Gerber

Weyß-Gärber		Loh-Gerber				
im Kreis	Arbeiter	Haben erzeugt Weiß- und Sämisch Leder Stk.	An Werth fl.	Arbeiter	Haben erzeugt Lohleder Stk.	An Werth fl.
1	27	9 385	6 468	48	7 532	10 524
2	57	12 242	7 468	22	9 536	10 680
3	25	6 466	2 722	27	4 859	9 267
4	11	9 150	9 135	15	13 700	54 270
5	10	6 960	2 693	58	2 841	17 877
6	1	249	235	11	2 500	18 050
7	37	6 500	4 880	235	9 387	36 097
8	16	4 680	3 663	44	6 144	19 436
9	17	4 710	4 710	17	14 710	35 411
10	33	6 950	5 304	52	3 950	8 464
11	12	2 560	1 809	32	2 860	4 124
12	34	8 751	6 153	65	8 669	19 016
13	42	7 950	9 539	95	7 877	28 333
14	66	24 596	27 049	88	10 125	10 901
15	24	7 860	5 913	15	1 290	6 324
17	13	6 000	3 100	70	54 000	132 000
Summe	425	125 009	100 841	855	159 980	420 774

### Pergament-Macherey

im Kreis	Arbeiter	Haben erzeugt Pergament	An Werth fl.
13	11	2 000	1 820
Summe	11	2 000	1 820

### Handschuh Macher

im Kreis	Arbeiter	Haben erzeugt Handschuh Dzt.	An Werth fl.
2	1	33	160
3	5	15	90
4	2	90	350
5	6	120	240
7	6	.	5 000
8	5	.	490
10	2	16	116
11	1	6	30
13	27	1 320	1 935
15	1	20	311
Summe	56	1 620	8 722

### Pappier Macherey

im Kreis	Mühlen	Arbeiter	Haben erzeugt Pappier Ballen	An Werth fl.
1	6	20	296	3 444
2	3	17	299	4 958
3	5	21	430	7 275
4	6	22	469	4 777
5	6	21	305	3 976
6	3	15	231	2 776
7	3	12	406	4 178
8	5	10	241	2 820
9	2	3	217	3 140
10	2	4	157	1 040
11	7	13	637	7 923
12	6	24	497	7 912
13	7	39	1 330	18 590
14	9	37	450	6 664
15	1	4	110	685
17	1	5	125	735
Summe	72	267	6 200	81 493

### Bilder Fabricata

im Kreis	Arbeiter	Haben erzeugt geschnittene und gemalte Bilder	An Werth fl.
13	360	.	27 000
Summe	360	.	27 000

### Bilder Druckerey

im Kreis	Preßen	Arbeiter	Haben erzeugt gedruckte Bilder	An Werth fl.
1	2	4	.	6 000
Summe	2	4	.	6 000

### Türkisch- u. Gold-Pappier

im Kreis	Arbeiter	Haben erzeugt Türkisch- und Gold-Pappier	An Werth fl.
1	6	.	4 000
Summe	6	.	4 000

## Allerunterthänigste Anmerkungen

### Bilder-Druckerey, Türkisch- und Gold-Pappier Fabrique

Im Weißwasserischen Manufakturhaus wurden diese Artikel im verflossenen Jahr eingeführt und bei 10 000 fl vorrätige Ware hergestellt, die auf Absatz wartet. Davon hängt auch deren Vermehrung ab.

### Glaß-Fabriken

im Kreis	Glaß-Hütten	Glaß-Macher	Glaß-Schneider, Schleifer	Haben erzeugt verschiedenes Glaß an Werth fl.
1	5	57	24	19 850
2	2	18	—	20 000
3	3	40	—	15 000
4	2	10	—	10 000
5	4	46	—	34 000
7	3	41	—	33 384
8	2	52	—	14 450
9	21	119	—	158 546
10	4	29	—	44 394
11	8	93	—	86 316
14	1	30	—	10 800
16	2	19	—	20 000
Summe	57	554	24	467 240

### Spiegel Fabriken

im Kreis	Spiegel-Mühlen	Polier-Tische	Arbeiter	Haben erzeugt Spiegel an Werth fl.
14	2	6	190	55 000
Summe	2	6	190	55 000

## Allerunterthänigste Anmerkungen

### Spiegel Fabrique

Auf der Herrschaft Bürgstein mit vielen Kosten errichtete Fabrique erreichte möglichste Vollkommenheit in der Schönheit und Preis der Ware, lieferte um 48 000 fl im verflossenen Jahr ins Ausland. Mit 1. Januar Aufstellung einer neuen Spiegel-Schleifmühle von 6 Polier-Tischen, Verdopplung des Arbeiterstandes.

### Granaten

im Kreis	Arbeiter	Haben verfertigt geschliffene Granaten an Werth fl.
5	54	30 000
Summe	54	30 000

### Steinschneider und Schleifer

im Kreis	Arbeiter	Haben geschliffene und geschnittene Steine verfertigt im Werthe fl.
1	358	21 154
Summe	358	21 154

### Blaue Farb

im Kreis	Hütten	Ofen	Arbeiter	Haben erzeugt An Schmalte Ctr.	Werth fl.
10	1	2	20	2 000	44 000
12	1	2	10	200	6 000
13	6	6	12	650	19 500
Summe	8	10	42	2 850	69 500

### Allerunterthänigste Anmerkungen

#### Blaue Farb oder Schmalte Fabrique

wird meist ins Ausland exportiert. Absatz könnte gesteigert werden, wenn das Joachimsthaler Kobalt auf einen billigeren und dem Sächsischen wenigstens gleich kommenden Preis herab gesetzt würde.

### Alaun-Siederey

im Kreis	Alaun- Hütten	Pfannen	Arbeiter	Haben erzeugt An Alaun Ctr.	Werth fl.
10	1	8	15	260	3 090
12	2	10	108	1 800	25 800
13	1	3	7	80	1 200
Summe	4	21	130	2 140	30 090

### Saliter-Siederey

im Kreis	Saliter-Siedereien	Arbeiter	Haben verfertigt Saliter Ctr.	An Werth fl.
5	1	7	8	168
Summe	1	7	8	168

### Pottasch Erzeugnuß

im Kreis	Fluß- hütten	Arbeiter	wird erzeugt jährlichen Pottasche Ctr.
1	2	2	186
2	2	2	24
3	5	14	168
4	1	1	180
5	29	32	742
6	15	21	793
7	4	3	305
8	10	13	580
9	59	80	2276
10	39	43	2133
11	23	38	913
12	7	21	296
13	7	9	110
15	6	11	673
16	4	4	176
Summe	213	294	9555

### Vitriol Siederey

im Kreis	Vitriol- hütten	Arbeiter	Haben erzeugt Vitriol Ctr.	An Werth fl.
4	1	9	2784	8491
10	2	4	63	315
11	1	2	2	10
Summe	4	15	2849	8816

### Schwefel-Hütten

im Kreis	Hütten	Arbeiter	Haben erzeugt Schwefel Ctr.	An Werth fl.
4	1	7	800	10000
13	1	3	244	2440
Summe	2	10	1044	12440

## Scheid Waßer Brennereyen

im Kreis	Arbeiter	Haben erzeugt Scheidwasser	An Werth fl.
1	3	.	1020
<hr/>			
Summe	3	.	1020

## Eisen-Fabrique

im Kreis	Hochöfen	Eisen- hämmer	Drath- mühlen	Blech- hämmer	Arbeiter	Haben erzeugt		An Werth fl
						Rohes Eisen	Eisenblech, Eisendrath	
3	2	2	—	—	18	1800	—	8400
5	2	3	—	—	13	850	—	6980
9	2	8	—	—	14	1600	—	12500
10	6	35	—	—	70	16500	—	132980
11	2	5	—	—	15	1000	—	7500
12	2	1	1	1	45	7400	1344	36355
13	2	4	7	2	58	3450	585	18991
15	1	2	—	—	5	3450	—	21601
16	12	24	—	1	216	15230	700	144370
<hr/>								
Summe	31	84	8	4	454	51280	2629	389677

## Allerunterthänigste Anmerkungen

### Eisen Fabrique

würde vielleicht beträchtlicher sein, wenn nicht der Raubbau an Wald verschiedene Hochöfen zur Einstellung zwingt. Graf von Wirben hat zu Horzawitz einen mit Steinkohle betriebenen Eisen-Blech-Hammer angelegt, auf welchen er die ansonsten im Sächsischen Erz-Gebürg verfertigten blechenen Gerätschaften in genugsamer Menge herstellen läßt.

## Gewehr-Fabriken

im Kreis	Arbeiter	Haben erzeugt Gewehre Stk.	An Werth fl.
4	8	150	810
5	2	30	180
12	79	2300	15566
13	24	1064	8139
<hr/>			
Summe	113	3544	24695

### Nagl-Schmid

im Kreis	Arbeiter	Haben erzeugt Nägel an Werth fl.
7	23	2 506
8	8	520
14	23	240
Summe	54	3 266

### Messing Fabriquen

im Kreis	Hütten	Arbeiter	Haben erzeugt Messing Ctr.	An Werth fl.
13	1	20	1 400	7 933
Summe	1	20	1 400	7 933

### Schnallen Fabriquen

im Kreis	Arbeiter	Haben erzeugt Schnallen	An Werth fl.
14	147	3 100	8 015
Summe	147	3 100	8 015

### Gürtler

im Kreis	Arbeiter	Haben erzeugt Gürtler Arbeit	An Werth fl.
2	5	.	650
4	2	.	200
5	26	.	1 733
7	5	.	700
8	1	.	150
10	2	.	64
13	14	.	1 755
17	30	.	9 000
Summe	85	.	14 252

### Nadler

im Kreis	Arbeiter	Haben erzeugt Nadeln	An Werth fl.
4	1	.	100
7	2	.	200
13	33	.	1 835
Summe	36	.	2 135

### Galanterie Arbeiter

im Kreis	Arbeiter	Haben erzeugt Galanterie Arbeit	An Werth fl.
4	3	.	400
8	1	.	300
17	195	.	21 122
<hr/>			
Summe	199	.	21 822

### Bleistift Fabrique

im Kreis	Arbeiter
16	4
<hr/>	
Summe	4

### Allerunterthänigste Anmerkungen

#### Bleistift Fabrique

ein von Graf von Kollowrath angefangenes Unternehmen erzeugt Beistifte von allen Gattungen und guter Qualitaet; Vermehrung nach Absatzmöglichkeit.

### Leonische Fabrique

im Kreis	Arbeiter	Haben erzeugt Leonische Arbeit	An Werth fl.
17	200		4 000
<hr/>			
Summe	200		4 000

### Allerunterthänigste Anmerkungen

#### Leonische Fabrique

durch den Commerzien Rat Westerholdt angelegt, deckt bereits die Landesbedürfnisse.

### Groß- und Klein Uhrmacherei

im Kreis	Arbeiter	Haben große und kleine Uhren verfertigt	An Werth fl.
4	7	.	680
7	2	.	700
8	1	.	500
17	64	.	6 449
<hr/>			
Summe	74	.	8 329

### Zeug Schmid

im Kreis	Arbeiter	Haben verschiedene Geschmeid verfertigt	An Werth fl.
4	1	.	100
7	1	.	160
17	7	.	2 600
Summe	9	.	2 800 (sic!)

### Messer Schmid

im Kreis	Arbeiter	Haben Messer- Arbeit verfertigt	An Werth fl.
17	12	.	889
Summe	12	.	889

### Schwerd Feger

im Kreis	Arbeiter	Haben Degen verfertigt	An Werth fl.
17	64	.	8 000
Summe	64	.	8 000

im Kreis	Summa aller Fabri- kanten	Summa aller Spinner	Ungefäher Wert aller Fabricato- rum	Verschleiß		Hierzu befinden sich	
				in die Erbländer	in fremde Länder	Kaufleute	Kramer
1	4 873	28 190	1 651 029	1 469 522	181 507	62	208
2	4 218	30 397	745 262	430 098	315 164	78	107
3	4 486	23 650	628 829	216 553	412 276	38	65
4	3 651	28 808	395 767	355 887	39 880	12	42
5	2 072	6 798	617 549	617 549	—	22	16
6	524	1 346	107 737	101 530	6 207	4	14
7	2 290	21 266	285 340	194 275	91 065	10	65
8	2 241	11 506	300 631	196 740	103 891	11	68
9	1 792	4 267	335 471	210 971	124 500	13	58
10	1 176	3 943	364 676	237 593	127 083	10	68
11	1 101	6 751	138 587	71 187	67 400	12	41
12	2 456	5 504	267 784	214 660	53 124	20	71
13	7 845	1 869	348 451	300 656	47 795	25	134
14	5 205	28 317	1 113 374	868 677	244 697	134	249
15	327	1 905	47 728	47 728	—	4	45
16	362	471	175 324	165 190	10 134	2	16
17	1 121	592	547 445	502 758	44 687	117	76
Summe	45 740	205 534	8 070 984	6 201 574	1 869 410	574	1 343

Nota

Die angesagte Leinwand-Erzeugniß ist, nach Verhältniß der Arbeiter, von denen bei allen Anzeig mißtrauischen Weebern zu gering angesaget worden, dann jeder Weeber in den Commercial-Creisen verfertigt alljährlich sicherlich vor 200 fl und ein Weeber in den andern Creisen wenigstens vor 100 fl Waare; nach welchen Überschlag die ganze Leinwand-Erzeugniß 3 422 300 fl und somit 1 161 606 fl mehr, als angesagt worden, betraget. Die auf den Glaß-Hütten verfertigte Gläser gehen ohngefehr die Halbscheid nicht anders als geschliffener, geschnittener und vergoldeter außer Land. Diese Arbeit lassen die Glaß-Händler vornehmen, von denen der Ertrag anzeiglich nicht zu erfahren ware; jedoch kann diese Zurichtung füglich auf 200 000 fl geschätzt werden. Diese beiden Summen wären dahero der Haupt-Summa zuzuschlagen, wornach die ganze Erzeugniß des Landes betraget 9 250 384 fl.

Joseph Graf Kinsky

Beilage III

Commerciens Manufacturs Tabella pro 1788

Österr. Staatsarchiv, Hofkammerarchiv,

Böhm. Commerz Fasz. 795, fol. 849—909

Manu- facturen	im Kreis	Meister	Gesel- len	Jun- gen	Gehil- fen	Hütten	Fabriken
Alaunsieder	6	—	—	—	8	1	—
	10	1	—	—	4	1	—
	11	1	—	—	—	1	—
	12	3	9	8	64	3	1 Chomotau
	13	1	—	—	12	1	—
	Summe	6	9	8	88	7	1
Antiquen- Schneider	17	2	—	1	—		1
						Stühle	
Baum- wollene	2	21	25	14	37	50	—
	3	114	48	17		156	—
Zeuge	4	2	93	25	41	93	1 Tupadler u.
(Cottone,	5	8	343	22	298	440	— Naßabreger,
Catinate,	6	6	4	—	—	8	— Fürst Auers-
Madrapas,	8	68	26	4	46	53	— perg gehörig

Manu- facturen	im Kreis	Meister	Gesel- len	Jun- gen	Gehil- fen	Stühle	Fabriken	
Musseline,	9	1	—	—	—	1	—	
Barchet,	11	1	2	—	1	1	—	
Pique,	12	27	86	45	75	184	1 Graf Roten-	
Manchester,	13	109	257	154	262	580	— hanische	
Kittai,	14	115	165	65	304	400	Pique-Fabrik	
Nanquin)							1 Rakonitzer Fabrik	
	15	6	36	5	8	33	1 Leutmeritz	
	17	21	47	8	31	64	— Maderische Fabrik	
Summe		499	1132	359	1103	2064	4	
Blaue Farb- werker (Schmol- ken- fabriken)	10	1	—	—	—		1 Kuttentplan (eingegan- gen)	
	12	2	8	—	—		1 Christophs- hammer	
	13	8	47	3	40		7 Joachimsthal, Platten (5), Graßlitz	
Summe		11	55	3	40		9	
Bleistift- macher	17	1	3	1	2		1 Prag, Friedr. Bising	
Manu- facturen	im Kreis	Meister	Gesel- len	Jun- gen	Gehil- fen	Garn- Bleichen	Leinwand- Bleichen	Haus- Bleichen
Bleichen	1	34	38	16	137	11	24	184
Commercial	2	17	18	1	118	—	16	12
u. Haus-	3	19	10	1	247	—	16	87
	4	—	—	—	—	—	—	546
	5	1	—	—	8	—	3	571
	6	10	8	—	76	—	2	46
	7	—	—	—	—	—	—	364
	8	2	—	—	6	—	2	162
	9	—	—	—	—	1	6	555
	11	—	—	—	—	—	—	624
	12	—	—	—	16	1	—	—
	13	—	—	—	—	—	—	200
	14	165	103	137	543	127	34	192
		36	36	36	144	38	—	—
	15	—	—	—	—	—	—	31
	17	2	—	—	11	—	2	—
Summe		286	213	191	1306	222	109	3574

Manu- facturen	im Kreis	Meister	Gesel- len	Jun- gen	Gehil- fen	Stühle	Fabriken	
Bänder Seidene	1	1	1	1	1	2		
	2	11	—	—	1	11		
	3	10	12	2	—	21		
	4	6	7	3	—	15		
	5	11	50	7	14	60		
	6	40	131	12	—	159		
	7	12	9	7	9	18		
	8	3	1	2	—	4		
	11	2	—	—	—	5		
	14	7	3	5	—	9		
			36	27	17	4	83	
	15	5	4	7	13	25		
	16	2	—	—	2	4		
	17	122	160	114	35	401		
	Summe		268	404	177	73	807	
	Bändl Leinene	1	3	3	5	—	9	
		11	1070	—	—	—	1070	
14		7	5	4	—	16		
Summe		1080	8	9	—	1102 (sic!)		
Bänder Wollene	10	1	1	—	—	4	1 Fabrik	
	11	3	18	1	16	19	— Biella, Imi- grant Justinus	
	14	1	1	—	20	12	1 Töplitz, Jude Nathan Herschl	
Summe		5	20	1	36	35	2	
Blatbinder	14	6	2	1	—			
	17	2	—	—	—			
Summe		8	2	1	—			
Bürsten- binder	17	5	1	—	—			
Buch- drucker	8	1	2	1	—	3	Pressen	
	10	1	—	1	1	1		
	17	12	51	40	2	32		
Summe		14	53	42	3	36		

Manu- facturen	im Kreis	Meister	Gesel- len	Jun- gen	Gehil- fen
Buchbinder	3	10	2	—	—
	4	1	1	1	—
	7	8	1	—	—
	8	2	1	—	—
	9	4	—	1	—
	11	5	—	2	—
	17	25	29	15	—

Summe 55 34 19 —

Büchßen- macher	4	1	—	—	—
	5	3	6	2	—
	6	1	—	—	—
	7	2	—	1	—
	10	2	—	—	—
	11	4	3	—	—
	12	4	3	4	—
	13	27	15	7	6
	14	9	—	—	—
	15	1	—	—	—
	17	6	11	4	—

Summe 60 38 18 6

Berggrün 4 2 2 — —

Manu- facturen	im Kreis	Meister	Gesel- len	Jun- gen	Gehil- fen	Stühle	Druck- tische	Fabriken
Drucker (Cotton- Leinwand- Tücheln-)	1	3	9	6	—	40	10	1 Fabrik Košmonož
	2	6	2	5	—	5	12	1 Opotschner Fabrik
	3	9	1	1	—	—	9	—
	4	4	3	4	—	13	4	—
	5	2	—	—	—	—	2	—
	7	2	—	—	—	1	2	—
	8	2	—	—	—	—	2	—
	9	3	—	—	—	—	3	—
	10	4	—	—	—	—	4	—
	11	13	—	—	—	3	13	—
	12	4	2	10	—	21	19	1 Roten- häuser
	13	4	—	—	—	—	4	Fabrik Graf von Rot- tenhan
	14	26	61	6	—	—	33	4 Pirkstainer Wernstädter
	15	2	1	—	—	—	2	—
	17	17	187	121	—	172	272	17 Schönlind- ner (2 Fa- briken) in Prag

Summe 101 266 153 — 292 390 24

Manu- facturen	im Kreis	Meister	Gesel- len	Jun- gen	Gehil- fen	Fabriken			
Drechsler	1	12	1	—	—	—			
	2	45	4	6	—	—			
	4	15	4	3	—	—			
	5	3	—	—	—	—			
	7	7	1	—	—	—			
	8	5	1	1	—	—			
	9	16	3	2	—	—			
	10	7	2	1	—	—			
	11	17	2	—	—	—			
	12	4	8	—	—	1			
	13	15	2	3	—	—			
	14	4	26	61	33	—			
	15	2	—	2	—	—			
	17	14	10	1	—	—			
	Summe		243	67	49	33	1		
	Drath- zieher (Gold-, Silber- Leonische)	13	10	18	6	30	—		
		17	6	8	2	4	—		
Summe		16	26	8	34	—			
Eißen- drat- zieher	9	1	1	—	—	—			
	12	7	21	—	—	3 Preßnitz (2)			
	13	11	67	11	21	— Klösterle			
	14	50	5	14	4	—			
Summe		69	94	25	25	3			
Eißen- Hütten u. Werker	1	20	49	11	51	Hämmer Hütten		—	
	2	3	6	2	6	1	2	—	
	3	9	8	—	96	2	1	—	
	4	2	6	2	2	3	1	—	
	5	5	19	5	21	1	1	—	
	6	2	4	4	20	2	2	—	
	7	1	6	1	3	1	—	—	
	8	4	6	1	—	1	1	—	
	9	7	15	12	9	4	—	—	
	10	45	97	82	130	7	2	—	
	11	6	11	4	8	43	4	1 Mayerhöfen	
	12	20	49	9	52	4	3	— Weißblech-	
	13	30	56	9	381	13	11	— fabrik	
	14	1	1	—	—	23	19	4 Neu-	
	15	9	—	9	12	—	—	deck (3)	
	16	95	221	98	143	8	5	— Heinrichs- grün	
Summe		259	563	249	936	183	60	1 Horzowitz Schwarz- Weißblech	

Manu- facturen	im Kreis	Meister	Gesel- len	Jun- gen	Gehil- fen	
Feill Hauer	7	1	—	—	—	
	13	1	1	1	—	
	17	4	5	3	—	
Summe		6	6	4	—	
Färber, Seiden	17	3	4	3	2	
Färber, Leder	17	1	—	—	—	
Färber, Schön-, Schwarz-,	1	30	12	9	12	
	2	38	12	8	11	
	3	34	10	3	—	
	4	37	13	10	3	
	5	21	5	3	2	
	6	4	3	2	—	
	7	43	12	4	4	
	8	34	11	2	7	
	9	24	5	2	2	
	10	47	8	2	7	
	11	23	4	4	38	
	12	8	3	—	1	
	13	49	17	1	61	
	14	45	35	29	9	
15	13	6	—	—		
16	4	—	1	—		
17	8	10	2	20		
Summe		462	166	82	177	
Flörmacher Baum- wollene	11	2	2	—	1	Stühle 4
Fischbein	17	2	—	—	7	
Federbusch- macher	17	4	—	—	1	
Gelbgüßer	17	6	6	3	—	
Gürtler	1	1	—	—	—	
	2	7	7	1	—	
	3	5	2	—	—	
	4	5	—	1	—	
	5	3	1	1	—	
	7	2	—	—	—	
	8	1	—	—	—	
	10	7	1	3	—	
	11	3	—	—	—	
	12	6	2	—	—	
13	22	3	1	—		
14	8	2	1	1		
15	2	—	—	—		
17	10	10	6	—		
Summe		82	28	14	1	

Manu- facturen	im Kreis	Meister	Gesel- len	Jun- gen	Gehil- fen	Hütten	Fabriken
Glaßhütten	1	8	55	17	56	7	
	2	1	3	—	3	1	
	3	2	18	9	47	2	
	4	1	8	4	3	2	
	5	20	80	19	92	9	
	7	6	51	10	24	6	
	9	19	176	34	387	24	
	10	5	42	21	28	7	
	11	6	61	8	115	9	
	14	1	7	8	—	1	
Summe		69	501	120	755	68	
Glaß- schneider Schleifer Kugler	1	86	96	42	31		
	2	3	2	—	—		
	5	3	2	—	—		
	7	4	9	1	—		
	10	2	—	—	—		
	11	4	—	—	—		
	13	4	5	2	11		
	14	695	316	157	56		
Summe		801	430	202	98		
Gläserne Composition Steinschnei- der, Schmelz- perlmacher	1	406	25	3	110		
	7	1	—	—	—		
	13	2	—	—	1		
	17	18	8	1	—		
Summe		427	33	4	111		
Granaten böhmische	5	8	42	14	32		1 Fabrik Swietla
	6	22	12	11	3		1 Zibochlew
	14	12	9	29	—		1 Dlaschko-
	17	3	9	1	—		— witz
Summe		45	72	55	35		3
Glaßerer	1	64	6	3	1		
	2	58	12	11	—		
	3	57	9	1	—		
	4	29	5	1	—		
	5	32	7	3	—		
	6	33	6	4	—		
	7	26	5	2	—		
	8	14	2	1	—		
	9	28	7	4	—		
	10	43	2	4	—		
	11	35	5	5	—		

Manu- facturen	im Kreis	Meister	Gesel- len	Jun- gen	Gehil- fen	Fabriken
	12	12	3	—	—	
	13	58	8	4	—	
	14	119	15	2	7	
	15	37	4	6	—	
	16	10	—	—	—	
	17	23	18	14	1	
Summe		688	124	65	9	
Gläserne Knöpfe	10	2	2	—	3	1 Fabrik Tachau
Glocken- güßer	2	1	—	—	1	
	7	1	—	—	1	
	10	1	—	—	1	
	13	1	—	1	2	
	14	1	—	—	—	
	17	5	6	2	5	
Summe		10	6	3	10	
Gold- und Silber- arbeiter	1	14	4	—	—	
	2	4	—	—	—	
	3	4	—	1	—	
	4	2	—	2	—	
	5	4	—	—	—	
	6	5	1	—	—	
	7	4	2	1	—	
	8	4	—	1	—	
	9	1	—	—	—	
	10	3	2	—	—	
	11	3	—	—	—	
	12	6	—	1	—	
	13	13	2	2	—	
	14	12	2	3	—	
	17	90	66	69	8	
Summe		169	79	80	8	
Gold- schläger	17	4	4	2	—	
Gold- u. Sil- bersticker	17	4	—	—	20	
Gold- plätter	17	1	—	—	1	
Gold- wagmacher	17	1	—	—	—	
Graveurs	17	8	—	2	—	

Manu- facturen	im Kreis	Meister	Gesel- len	Jun- gen	Gehil- fen	Fabriken
Gyps- pusierer	17	1	—	—	1	
Hutmacher	1	58	24	9	—	—
	2	55	9	1	—	—
	3	26	5	4	—	—
	4	28	10	9	1	—
	5	54	20	6	—	—
	6	14	1	1	—	—
	7	25	6	11	5	—
	8	30	11	2	—	—
	9	39	15	4	—	—
	10	48	6	6	1	—
	11	29	7	5	—	—
	12	33	9	3	—	—
	13	61	20	2	—	—
	14	52	22	8	3	—
	15	16	4	5	—	—
	16	21	5	6	1	—
	17	19	14	8	5	—
						1 Fabrik Lip- manische in Prag
Summe		608	188	100	16	1
Hand- schuh- macher	1	25	10	3	—	—
	2	10	2	—	—	—
	3	9	2	3	—	—
	4	7	4	—	—	—
	5	7	2	1	—	—
	6	13	—	2	—	—
	7	3	—	1	—	—
	8	5	1	—	—	—
	9	5	1	2	—	—
	10	11	1	2	—	—
	11	4	—	1	—	—
	12	20	13	2	1	—
	13	45	19	7	—	—
	14	49	16	14	2	—
	15	12	3	2	—	—
	16	2	2	—	—	—
	17	19	19	18	50	—
						2 Fabriken Lunoit u. Bulonoung in Prag
Summe		246	95	58	53	2 Fabriken
Instrumen- tenmacher, math.	17	6	—	—	—	

Manu- facturen	im Kreis	Meister	Gesel- len	Jun- gen	Gehil- fen
Instrumen- tenmacher, musik.	13	13	6	1	—
	17	8	1	1	2
Summe		21	7	2	2
Juchten- fabrik	6	1	1	1	—
Kampel- macher	1	5	3	1	—
	2	11	2	—	—
	4	3	2	—	—
	5	2	—	—	—
	7	5	1	1	—
	9	5	—	1	—
	10	4	1	—	—
	11	2	—	—	—
	13	10	—	2	—
	14	6	—	—	—
17	7	9	5	—	
Summe		60	18	10	—
Karten- mahler	2	1	—	—	—
	7	1	—	—	—
	8	1	4	2	—
	9	1	—	—	—
	10	1	1	—	—
	13	1	1	—	—
	17	7	6	4	3
Summe		13	12	6	3
Kirschner	1	94	26	8	—
	2	96	12	6	—
	3	76	12	7	—
	4	95	20	7	—
	5	101	30	7	—
	6	61	19	8	—
	7	57	22	4	—
	8	76	22	13	—
	9	68	16	10	—
	10	54	7	1	—
	11	30	5	5	—
	12	37	11	7	1
	13	67	13	11	—
	14	79	32	9	5
	15	46	8	10	—
	16	53	19	10	—
	17	39	36	5	3
Summe		1 129	310	128	9

Manu- facturen	im Kreis	Meister	Gesel- len	Jun- gen	Gehil- fen	Hütten	Fabriken
Kupferste- cher und Bilder- drucker	2 17	2 4	— 9	— 6	— 12		Kupfer- stichbilder- fabr. Joh. 1 Bolzer
Summe		6	9	6	12		1 Fabrik
Knöpf metallene	5 11 13 14 17	1 1 10 13 8	4 — 2 — —	1 — 3 — —	6 — — — 41	1 — — — 1	1 Fabrik Swietla  1 Fabrik Meßing- knöpfe Jeann Comoi
Summe		33	6	4	47	2	2 Fabriken
Knöpf Harrasene u. Seidene	1 2 10 12 14	8 8 — 2 12	5 — 4 — 4	1 1 — — 2	10 — — — 3		
Summe		30	13	4	13		
						Hämmer	
Kupfer- schmiede	1 2 3 4 5 7 8 9 10 11 12 13 14 17	10 11 4 2 3 2 2 6 5 3 8 9 12 8	3 4 1 — 1 4 3 1 1 3 5 1 5 12	1 5 — — — — — 1 1 — 1 1 3 6	— — — — — — 2 — — — — 1 — — —	— — — — — — 3 — — — — — — — —	
Summe		85	44	19	3	3	
						Hämmer	
Kupfer Hämmer	3 4 6 8 9 11 13	1 1 2 1 1 1 1	— — 5 — — 1 1	— 2 2 — — — 1	— — — — — — 2	1 1 1 1 1 1 1	
Summe		8	7	5	2	7	

Manu- facturen	im Kreis	Meister	Gesel- len	Jun- gen	Gehil- fen	Stühle	Fabriken	
Kotzen- macher	17	(werden im Spinnhauße durch die Arrestanten gemacht)						
Kartebon	17	2	—	—	—			
Khienruß Fabrik		1	—	—	3		1 Fabrik Klösterle	
Leinweber	1	2811	932	455	1000	4152		
	2	5421	1820	877	4770	7634		
	3	2553	472	162	2121	3207		
	4	3960	747	505	1338	5093		
	5	1086	227	104	289	1247		
	6	508	101	65	53	678		
	7	1456	472	184	984	1786		
	8	2730	—	—	—	2025		
	9	1475	242	95	567	1777		
	10	698	18	11	467	749		
	11	1163	188	66	74	1478		
	12	295	78	28	4	397		
	13	641	211	93	634	1011		
	14	2779	1750	535	2209	5265		
	15	167	62	33	14	236		
	16	382	52	28	102	515		
	17	16	13	4	16	22		
Summe		28141	7358	3245	14642	37292		
Leinen-Da- mastweber in Tisch- Zeugs	3	12	4	—	—	14	Stühle	
	4	4	1	3	6	6		
	6	5	6	1	1	14		
	8	2	3	—	—	4		
	14	55	99	21	102	146		
	15	1	2	2	1	4		
Summe		89	115	27	110	188		
Leinene Schleyer ü. Batist	2	28	39	6	55	77	1 Fabr. zu Grulich Susanne Donnerin	
	3	56	71	25	—	152	1 Fabr. zu	
		83	111	17	200	211	Starkenbach	
Summe		167	221	48	255	433	2 Fabriken	

Manu- facturen	im Kreis	Meister	Gesel- len	Jun- gen	Gehil- fen	Fabriken
Lohgärber	1	104	43	14	1	
	2	74	33	9	6	
	3	32	16	—	—	
	4	48	28	14	2	
	5	30	15	5	—	
	6	22	15	2	10	
	7	58	19	7	10	
	8	44	13	3	2	
	9	156	33	19	6	
	10	100	7	12	1	
	11	59	9	9	—	
	12	58	26	6	2	
	13	154	24	9	119	
	14	83	44	14	11	
	15	14	4	—	1	
	16	37	20	2	1	
	17	24	26	3	—	
Summe		1097	375	118	172	
Merlin	17	1	1	—	—	Stühle 2
Mahler	1	9	—	10	—	
	2	22	2	1	—	
	4	9	1	—	—	
	5	8	—	—	—	
	7	3	—	—	—	
	8	6	1	—	—	
	11	4	—	—	—	
	13	93	10	10	171	
	14	7	1	1	—	
	15	6	—	—	—	
17	51	—	—	—		
Summe		218	15	22	171	
Messer- schmid	4	1	—	—	1	
	5	1	—	—	—	
	13	31	4	2	—	
	14	5	—	—	1	
	15	2	14	4	—	
	17	7	3	5	—	
Summe		47	21	11	2	
Messing Hütten Messing Hammer	13	10	18	7	25	Fabrik 1 Graßlitz
	14	137	—	—	77	
Summe		147	18	7	102	
Mönich Fabrik	13	1	3	—	3	Fabrik 1 Joachims- thal

Manu- facturen	im Kreis	Meister	Gesel- len	Jun- gen	Gehil- fen
Nagel- schmiede	1	9	15	5	—
	2	8	12	4	—
	3	5	1	—	—
	4	1	1	—	—
	5	2	—	—	—
	7	8	14	5	2
	8	3	2	1	—
	9	6	2	1	—
	10	14	2	1	—
	11	7	3	3	—
	12	5	1	—	—
	13	19	13	4	—
	14	37	56	1	1
	15	2	5	2	—
	16	55	77	28	—
	17	7	11	6	—
	Summe		188	185	61
Nadler	2	4	1	—	—
	4	2	—	—	—
	5	2	1	2	6
	7	1	—	—	—
	8	3	—	—	—
	10	2	—	1	—
	12	3	1	—	—
	13	37	22	4	—
	14	6	1	—	—
17	10	6	3	—	
Summe		70	32	10	6
Papir- macher	1	6	16	6	5
	2	4	13	4	6
	3	5	18	7	—
	4	6	26	6	9
	5	7	21	8	19
	6	3	11	5	5
	7	3	19	5	3
	8	4	6	3	5
	9	10	4	5	—
	10	4	8	1	8
	11	8	21	7	6
	12	8	18	12	6
	13	17	54	16	30
	14	8	20	6	10
	15	1	3	1	1
Summe		94	258	92	112

Manu- facturen	im Kreis	Meister	Gesel- len	Jun- gen	Gehil- fen	Fabriken
Papier- mache- doßen	1	1	10	32	12	Fabrik 1 Reichenau 1 Fabrik Eger 1 Fabrik Prag
	13	1	—	—	7	
	17	2	5	2	7	
Summe		4	15	34	26	3
Potasche- süderey	1	8	1	—	1	
	2	1	—	1	—	
	3	1	—	—	—	
	4	1	—	—	2	
	5	40	—	4	13	
	6	59	—	—	59	
	7	13	2	1	12	
	8	35	1	1	11	
	9	45	5	—	39	
	10	—	—	—	57	
	11	46	—	—	18	
	12	1	—	—	—	
	13	12	—	—	12	
	15	21	2	—	18	
	Summe		238	11	7	242
Poßamen- tirer	1	2	10	1	3	Stühle 6
	2	5	3	4	—	10
	5	1	—	—	—	—
	12	8	13	—	6	27
	13	15	33	5	—	51
	17	34	35	20	7	55
Summe		65	94	30	16	149
Pargament- macher	13	7	1	1	—	
	17	2	3	—	—	
Summe		9	4	1	—	
Petschier- stecher	1	1	—	—	—	
	2	1	—	—	—	
	13	3	1	—	—	
	17	4	—	1	—	
Summe		9	1	1	—	

Manu- facturen	im Kreis	Meister	Gesel- len	Jun- gen	Gehil- fen	Fabriken	
Ringl- schmidt	17	1	1	1	—		
Rohr- schmidt	12 13	1 5	2 11	— 1	— 6		
Summe		6	13	1	6		
Sailler	1	63	11	9	3		
	2	40	17	4	—		
	3	9	—	2	—		
	4	35	5	6	2		
	5	32	6	3	—		
	6	33	4	3	—		
	7	17	15	6	7		
	8	14	2	2	—		
	9	35	10	6	3		
	10	37	6	1	1		
	11	26	3	3	1		
	12	18	5	3	—		
	13	48	7	4	5		
	14	62	15	5	11		
	15	29	3	2	1		
	16	30	3	5	—		
	17	15	21	23	—		
Summe		543	133	87	34		
Seiden- zeug- macher	2	2	3	1	3	Stühle 6	
	12	1	—	—	—	1	
	14	2	3	2	—	4	1 Fabr. Karl Haie, Nix- dorf
	17	30	120	136	84	214	1 Schwabach u. Wehle, Prag
Summe		35	126	139	87	225	2 Fabriken
Schrift- güßer	17	1	2	2	—		
Schwerd- fäher	5 17	1 17	— 6	— 3	— —		
Summe		18	6	3	—		
Saiten- macher	17	7	—	—	4		

Manu- facturen	im Kreis	Meister	Gesel- len	Jun- gen	Gehil- fen	Flachs	Schaf- wolle	Baum- wolle
Spinner	1	—	—	—	—	27 478	5 738	404
	2	—	—	—	—	32 806	1 868	304
	3	—	—	—	—	32 684	813	3 421
	4	—	—	—	—	31 654	2 120	2 162
	5	—	—	—	—	5 181	5 539	8 534
	6	—	—	—	—	11 588	1 078	1 507
	7	—	—	—	—	24 330	6 867	460
	8	—	—	—	—	9 374	2 434	2 086
	9	—	—	—	—	2 446	2 380	26
	10	—	—	—	—	7 520	2 347	8
	11	—	—	—	—	6 279	4 894	20
	12	—	—	—	—	280	592	1 985
	13	—	—	—	—	4 891	6 339	3 164
	14	—	—	—	—	25 526	5 911	2 300
	15	—	—	—	—	4 064	815	738
	16	—	—	—	—	7 600	1 029	393
	17	—	—	—	—	307	323	1 235
Summe						234 008	51 087	28 447
Spitzen- klöp- lerinnen	1	452	—	—	—			
	2	375	—	—	—			
	6	7	—	—	1			
	7	10	—	—	50			
	9	2	—	—	61			
	10	213	—	—	—			
	11	434	—	—	—			
	12	74	—	—	3 051			
	13	144	—	—	9 018			
17	16	—	—	29				
Summe	1 727	—	—	12 420				
Kanten- spitzen	17	3	—	—	24	Stühle	—	—
						22		
Spiegel- fabriken	10	2	4	2	23	Tische		1 Fabrik
	11	7	2	3	—	2		— Stubenpach
	14	5	73	6	1	12		2 Fabriken
	17	3	—	—	2	—		— Pirk- stein (2)
Summe		17	79	11	26	22		3 Fabriken
Spengler Klempner	1	1	1	—	—			—
	3	1	—	1	—			—
	5	2	—	—	—			—
	6	2	2	—	—			—
	7	5	1	—	—			—

Manu- facturen	im Kreis	Meister	Gesel- len	Jun- gen	Gehil- fen	Fabriken
	8	4	4	—	—	—
	9	1	—	—	—	—
	10	5	—	2	—	—
	11	3	—	—	—	—
	12	9	4	2	—	1 Fabrik
	13	15	4	4	—	— Preßnitz
	14	10	1	1	—	— Weiß-
	15	2	3	2	—	— blechene
	16	2	1	—	—	— Leistelfabr.
	17	18	18	14	—	—
Summe		80	39	27 (sic!)	—	1 Fabrik
Stahl- schleifer	12	1	4	5	—	Stahlperl- 1 fabrik Klösterle
	17	1	3	—	3	1 Stahl- u. Eisenge- schliffene Warenfabr. Graf Thun
Summe		2	7	5	3	2 Fabriken
Siegellack	14	1	1	—	1	—
	17	2	—	—	—	—
Summe		3	1	—	1	—
Seeg- schmied	13	5	2	1	5	
	14	21	8	10	12	
Summe		26	10	11	17	
Schnallen- macher	1	2	—	—	—	
	2	2	—	—	—	
	12	1	—	1	—	
	13	104	31	18	7	
	14	212	1	—	168	
	17	4	—	—	—	
Summe		325	32	19	175	
Sporner	10	2	—	—	—	
	17	5	2	1	—	
Summe		7	2	1	—	
Schwefel- siederei	4	1	3	4	—	Hütte 1 1 Fabrik Naßberg
Saliter- siederei	5	1	—	—	—	
	6	7	2	1	13	
	7	6	11	—	2	

Manu- facturen	im Kreis	Meister	Gesel- len	Jun- gen	Gehil- fen	Stühle	Fabriken
	8	5	—	—	1		
	10	1	—	—	—		
	11	1	—	—	—		
	17	3	—	—	4		
Summe		24	13	1	20		
Scheid- wasser	4	1	—	1	—	—	1 Fabrik
	17	2	—	—	—	—	— Pardubetz
Summe		3	—	1	—	—	1
Strumpf- wirker	1	382	248	95	576	711	—
	2	29	9	3	13	42	—
	3	32	7	3	—	33	—
	4	21	8	1	2	24	—
	5	12	5	1	8	12	—
	6	21	9	13	9	48	—
	7	13	20	—	8	16	—
	8	13	8	2	—	18	—
	9	3	6	3	6	13	—
	10	12	4	—	—	15	—
	11	7	1	—	—	8	—
	12	81	47	23	71	135	—
	13	104	88	44	86	221	—
	14	1056	799	457	1887	2149	—
	15	5	1	1	6	8	—
	16	2	—	1	—	2	—
	17	32	56	27	28	90	2 Imigranten Besler u. Mayer, Prag
Summe		1825	1316	674	2702	3545	2 Fabriken
Strumpf- stricker	1	238	41	7	7		
	2	170	13	3	13		
	3	211	21	17	—		
	4	174	26	20	1		
	5	145	20	11	16		
	6	72	25	10	19		
	7	70	11	5	31		
	8	225	—	—	—		
	9	296	30	12	440		
	10	127	7	5	—		
	11	85	16	13	—		
	12	37	5	1	6		
	13	67	12	3	—		
	14	159	22	1	115		
	15	66	13	2	104		
	16	54	25	12	6		
	17	15	14	—	11		
Summe		2311	301	128	769		

Manu- facturen	im Kreis	Meister	Gesel- len	Jun- gen	Gehil- fen	Stühle	Fabriken
Tuch- macher	1	936	394	113	634	842	—
	2	527	106	119	309	346	—
	3	37	7	1	17	17	—
	4	83	20	18	58	79	—
	5	501	90	61	121	441	—
	6	20	23	5	57	20	—
	7	115	128	20	67	157	—
	8	756	202	75	75	550	—
	9	190	76	31	84	150	—
	10	236	103	70	162	236	1 Fabrik
	11	32	6	—	8	19	— Manetin
	12	81	34	12	30	30	—
	13	209	67	19	152	193	—
	14	192	134	25	217	216	1 Fabrik
	15	46	20	4	118	46	— Oberleu-
	16	54	15	8	6	35	— tendorf
	17	25	26	2	97	25	—
Summe		4040	1451	573	2212	3441	2
Tuch- scherer	1	61	79	19	—	—	
	2	16	8	6	—	—	
	3	2	—	—	—	—	
	4	5	1	—	—	—	
	5	22	1	5	—	—	
	6	2	1	—	—	—	
	7	13	10	4	—	—	
	8	30	16	6	—	—	
	9	13	4	1	1	—	
	10	20	7	2	—	—	
	11	3	—	—	—	—	
	12	8	3	1	1	—	
	13	15	5	1	—	—	
	14	21	14	6	—	—	
	15	4	—	2	—	—	
	16	4	1	1	1	—	
	17	3	7	4	—	—	
Summe		242	157	58	3		
Tuch- walcker	1	14	10	2	3	—	
	2	30	—	2	—	—	
	3	1	—	—	—	—	
	4	4	1	—	—	—	
	5	10	3	—	—	—	
	6	5	—	—	—	—	
	7	8	1	1	—	—	
	8	11	10	1	—	—	
	9	7	1	—	1	—	
	10	8	1	—	—	—	
	11	2	—	—	1	—	
	13	4	—	—	—	—	

Manu- facturen	im Kreis	Meister	Gesel- len	Jun- gen	Gehil- fen	Fabriken
	14	6	—	—	2	
	15	1	—	1	—	
	16	3	2	1	2	
	17	1	1	—	—	
Summe		115	30	8	9	
Taschner	17	2	—	—	1	
Vitriol Fabrik	4	1	6	—	2	1 Fabrik zu
	10	1	—	—	2	— Naßberg
	13	4	—	—	28	— im Dorf
						Lukawetz
Summe		6	6	—	32	1
Vitriol Öhl	4	1	3	—	—	
Uhrmacher	1	7	—	—	—	
	2	2	—	—	—	
	4	4	—	—	—	
	5	2	—	—	—	
	6	5	1	—	—	
	7	9	—	—	—	
	8	4	4	1	—	
	9	4	—	—	—	
	10	5	2	—	—	
	11	7	1	1	—	
	12	3	—	—	—	
	13	8	2	1	—	
	14	13	4	3	—	
	15	1	—	—	—	
	17	18	14	14	—	
Summe		92	28	20	—	
Uhrgeheiß- macher	17	2	—	1	—	
Waffen- schmied	11	3	3	—	—	
	13	8	6	2	7	
Summe		11	9	2	7	
Wachs- zieher	1	12	2	—	—	
	2	13	4	—	—	
	3	10	2	2	—	
	4	5	—	1	—	
	5	6	—	—	—	
	6	1	—	—	—	
	7	6	4	—	—	

Manu- facturen	im Kreis	Meister	Gesel- len	Jun- gen	Gehil- fen	Fabriken
	8	5	—	—	—	
	9	7	1	2	—	
	10	10	—	2	—	
	11	5	—	—	—	
	12	10	—	2	—	
	13	12	—	—	—	
	14	10	6	—	—	
	15	3	—	—	—	
	16	12	2	3	—	
	17	11	6	1	—	
Summe		137	27	13	—	

Wachs- Leinwand	14	—	—	—	35	1 Fabrik / Pirkstein
Weiß- gärber	1	71	20	10	2	
	2	68	22	14	—	
	3	29	8	4	—	
	4	45	13	10	—	
	5	16	6	5	—	
	6	8	9	2	—	
	7	32	10	7	—	
	8	16	5	1	—	
	9	32	12	7	1	
	10	50	2	8	—	
	11	19	3	10	—	
	12	31	8	10	1	
	13	80	23	8	61	
	14	89	21	19	3	
	15	24	1	4	—	
	16	19	8	11	—	
	17	7	12	4	—	
Summe		636	193	134	68	

						Stühle	
Wollen- zeug- macher	1	133	40	21	2	174	—
	2	322	56	29	267	376	—
	3	50	8	2	—	60	—
	4	184	25	12	57	208	—
	5	7	10	—	30	17	1 Fabrik
	6	47	17	12	—	76	— Heralez
	7	4	—	—	2	4	—
	8	31	5	2	—	31	—
	9	127	21	12	79	167	—
	10	54	28	13	16	88	—
	11	58	191	77	428	324	1 Fabrik
	12	41	16	9	8	51	— Neugedein
	13	535	369	155	1150	1001	1 Fabrik Redwitz, Schöpß
	14	1	23	1	82	24	1 Fabrik

Manu- facturen	im Kreis	Meister	Gesel- len	Jun- gen	Gehil- fen	Stühle	Fabriken
	15	1	1	1	—	2	— Kloster
	16	10	6	2	—	18	— Oßeck
	17	8	9	2	—	9	—
Summe		1631	825	350	2121	2630	4
Watten- macher	17	6	1	2	—		
Wachs- fußierer	17	5	—	—	3		
Zeug- und Zirckl- schmiede	1	10	1	—	—		
	2	2	—	—	—		
	3	5	1	1	—		
	6	1	1	—	—		
	7	4	47	11	21		
	9	7	5	3	2		
	10	1	—	—	—		
	12	4	1	1	—		
	13	10	11	2	—		
	14	15	9	1	1		
	17	4	2	4	—		
Summe		63	86	23	24		
Zünnzüßer	1	2	—	—	—		
	2	2	1	2	—		
	4	1	1	—	—		
	5	3	—	—	—		
	6	2	—	—	—		
	7	4	—	—	—		
	9	2	—	—	—		
	10	5	1	1	—		
	11	3	—	—	—		
	12	7	5	1	7		
	13	46	13	11	22		
	14	11	3	—	—		
	17	13	4	5	4		
Summe		104	28	22	33		
Zwirn- macher	3 14	1 36	12 36	— 36	— 144		
Summe		37	48	36	144		
Zucker- Raffinery	2	2	6	1	8	Kessel —	1 Zucker- raffinerie in Neustadt ob der

Manu- facturen	im Kreis	Meister	Gesel- len	Jun- gen	Gehil- fen	Kessel	Fabriken
	16	2	8	25	2	8	Möltau, Leinwand- händler Střizschek 1 zu Königs- saal nächst Prag, von der Comp. Frieß u. Zobek
Summe		4	14	26	10	8	2

S u m m a : 95 Fabriken, 52 508 Meister, 18 924 Gesellen, 8400 Lehrjungen, 41 967 Gehilfen, 51 987 Stühle, 222 Garnbleichen, 109 Leinwandbleichen, 290 Hämmer, 135 Hütten; 234 008 Flachsspinner, 51 087 Schafwollspinner, 28 747 Baumwollspinner.

Gesamtpersonalstand: 313 842.

# DIE ENTWICKLUNG UND DAS WESEN DER BERUFLICHEN SCHULEN IN DEN LÄNDERN DER HEUTIGEN TSCHECHOSLOWAKEI

*Von Peter Pontz*

Die Beschäftigung mit dem beruflichen Schulwesen in der Tschechoslowakei verlangt klare Begriffsbestimmungen. Dabei erscheint es mir zweckmäßig, von dem heutigen Stand auszugehen und die Definitionen, die in der Bundesrepublik gelten, zugrunde zu legen.

Danach werden unter wirtschaftsberuflichem Schulwesen alle Schulen verstanden, die der Vorbereitung der Jugend auf die Tätigkeit in wirtschaftlichen Berufen dienen.

Diese Schulen werden eingeteilt in

1. Berufsschulen, die pflichtmäßig und gleichzeitig mit der praktischen Ausbildung (mit Lehr- oder Anlernverhältnis u. dgl.) oder von in Arbeit befindlichen jungen Menschen sowie von erwerbslosen Jugendlichen besucht werden.
2. Berufsfachschulen, die, ohne eine praktische Berufsvorbildung voraussetzen, freiwillig in ganztägigem Unterricht, der mindestens ein Jahr umfaßt, zur Vorbereitung auf einen handwerklichen, kaufmännischen oder hauswirtschaftlichen Beruf besucht werden.
3. Fachschulen, die der landwirtschaftlichen, gartenbaulichen, technischen, bergmännischen, gewerblichen, handwerklichen, kunsthandwerklichen, kaufmännischen, verkehrswirtschaftlichen, frauenberuflichen oder einer verwandten Ausbildung dienen; sie werden freiwillig besucht und zwar nur mit ausreichender praktischer Berufsvorbildung; ihr Lehrgang umfaßt mindestens einen Halbjahreskurs mit Ganztagsunterricht oder in der Regel insgesamt 600 Unterrichtsstunden; sie dürfen nicht als Hochschule anerkannt sein<sup>1</sup>.

In der Arbeit werden immer wieder österreichische Schultypen genannt, die entweder vor Besuch der beruflichen Schulen absolviert werden mußten oder deren Entwicklung für die Berufsfachschulen eine Rolle spielten oder die andere Bezeichnungen als die vergleichbaren Schulen in der Bundesrepublik tragen.

Dazu gehören

1. Die Bürgerschule. Das Gesetz von 1869 umreißt in § 17 ihre Stellung und Aufgabe: „Die Bürgerschule hat eine über das Lehrziel der allgemeinen

---

<sup>1</sup> Herder: Lexikon der Pädagogik. Freiburg-Basel-Wien 1960<sup>2</sup>, Band 4. Stichwort: wirtschaftsberufliches Schulwesen, Min.Erl. v. 29. 10. 1937.

Volksschule hinausreichende Bildung, namentlich mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Gewerbetreibenden und Landwirte, zu gewähren<sup>2</sup>.“

Sie vermittelte die Vorbildung für die Lehrerbildungsanstalten sowie für nahezu alle Berufsfachschulen.

2. Die Mittelschulen umfassen seit 1869 Gymnasium und Realschule, später auch das Realgymnasium und die Oberrealschule; sie sind also die deutschen höheren Lehranstalten.

Die Realschule schloß nach sieben und das Gymnasium nach acht Schuljahren mit der Reifeprüfung, in Österreich Matura genannt, ab. Man unterschied Untergymnasium bzw. Unterrealschule als Bezeichnung für die 1. mit 4. Klasse und Obergymnasium bzw. Ober-Realschule als Bezeichnung für die 5. mit 8. (7.) Klasse. Der Abschluß der Untermittelschule berechnete zum Besuch aller Berufsfachschulen.

In der vorliegenden Arbeit werden die kaufmännischen Schulen am ausführlichsten behandelt. Das liegt einmal daran, daß die Handelsschule, insbesondere die Handelsakademie, ein Typus der sudetendeutschen Berufsfachschule gewesen ist; zum zweiten wurden nach der Vertreibung von ehemaligen sudetendeutschen Handelsschulprofessoren private Handelsschulen in der Bundesrepublik errichtet, so daß dieser Schultyp auch hier bekannt geworden ist. Drittens ist das Material über die Handelsschulen am leichtesten zugänglich. Viertens brachten es Beruf und Neigung des Verfassers mit sich, daß dieser Zweig des beruflichen Schulwesens am ausführlichsten behandelt wurde.

### *Entwicklung in den Sudetenländern bis 1918*

Die Anfänge des beruflichen Bildungswesens in den Sudetenländern liegen in der Zeit des aufgeklärten Absolutismus. Bis dahin sorgten seit dem Mittelalter und dem Aufblühen der Städte die Zünfte für die Ausbildung der Lehrlinge. Diese war bis zur Gesellenprüfung eine rein praktische Unterweisung, an die sich während der Gesellenzeit eine mehrjährige Wanderschaft anschloß. Für den Kaufmannsberuf ersetzten Reisen und der Aufenthalt in fremden Ländern bei befreundeten Handelsherren die Wanderschaft der Handwerksburschen. Inwieweit den Stadtschulen, vor allem den deutschen Schreib- und Rechenschulen des 14., 15. und 16. Jahrhunderts eine Art beruflicher Vorbildung ihrer Schüler zuerkannt werden kann, ist in der Literatur umstritten. Tatsache ist, daß der Unterricht in diesen Schulen in den Fächern Rechnen, Schönschreiben und Korrespondenz Beispiele aus der Praxis verwertete<sup>3</sup>. Die

<sup>2</sup> Keil, Theo: Beispielhafte Schulpolitik. Heft 1 der Kleinen Schriftenreihe des Witikobundes. Frankfurt o. J., 47 S., hier S. 11.

<sup>3</sup> Unterschiedliche Meinungen bei Kádner, Otakar: Školství v republice československé [Das Schulwesen in der tschechoslowakischen Republik]. Prag 1931, 220 S., hier S. 20 (Československá Vlastivěda, Díl X, Osvěta); Arnold, Friedrich: Das kaufmännische Bildungswesen in Bayern. Kallmünz 1958, 250 S., hier S. 33; Thyssen, Simon: Die Berufsschule in Idee und Gestaltung. Essen 1954, 192 S., hier S. 12, Begriff „Vorläufer der Berufsschule“.

Herrscher der absolutistischen Staaten im 18. Jahrhundert bemühten sich unter dem Einfluß der Physiokraten und Merkantilisten um die Förderung von Handel und Gewerbe ihrer Länder und erkannten dabei, daß eine entsprechende Ausbildung des Nachwuchses aller Wirtschaftszweige nötig sei. In Österreich-Ungarn soll schon Kaiser Karl VI. die Absicht gehabt haben, eine Schule für die Förderung des „Handels und der technischen Geschicklichkeit“ zu errichten<sup>4</sup>. Verwirklicht wurde diese Idee jedoch erst unter seiner Nachfolgerin Maria Theresia.

Maria Theresia versuchte zuerst das Grundschulwesen neu zu ordnen. Dazu war 1774 der Abt des Klosters Sagan in Preußisch-Schlesien, Ignaz Felbiger, nach Wien berufen worden, dessen Pläne noch im gleichen Jahr als erste „allgemeine Schulordnung für Österreich“ verwirklicht wurden. Diese Schulordnung führte für alle Kinder von sechs bis zwölf Jahren die Schulpflicht ein. Sie sah drei Schultypen vor:

1. Die Trivialschule, die am Orte jeder Pfarr- und Filialkirche zu errichten war.
2. Die dreiklassige Hauptschule für jeden Kreis, die eine erweiterte Schulbildung zu vermitteln, aber auch der gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsausbildung zu dienen hatte.
3. Die vierklassige Normalschule sollte in den größeren Städten, vor allem in den Landes- und Bezirkshauptstädten eingerichtet werden. Sie hatte die Aufgabe der beiden anderen Typen besonders ausführlich zu erfüllen und diente darüber hinaus der Lehrerbildung<sup>5</sup>.

Kielhauser bezeichnet die 4. Klasse dieser Normalschule als Vorläufer *der beruflichen Fortbildungsschule*<sup>6</sup>. Sie wurde von Kindern im Alter von 11—16 Jahren besucht und hatte unter anderem Fächer wie Brief- und Stilkunde, eine Art technisches Zeichnen und angewandtes Rechnen. Sie erfüllte damit drei der von Thyssen aufgestellten Merkmale für einen Vorläufer der Berufsschule<sup>7</sup>: die 4. Normalschulklasse war Pflichtschule, schloß sich an eine Vorschule an, ihr Bildungsgut bezog sich daraus auf die Anforderungen der damaligen Berufspraxis. Sie wurde aber zur Realschule ausgebaut, so daß man sie eher als Vorläufer der Berufsfachschulen bezeichnen könnte<sup>8</sup>.

<sup>4</sup> Dlabáč, Friedrich - Gelcich, Eugen: Das kommerzielle Bildungswesen in Österreich. Wien 1910, 405 S., hier S. 11.

<sup>5</sup> Weiß, Anton: Das Werden unserer Volksschule. Beiträge zur österreichischen Erziehungs- und Schulgeschichte 6 (1904).

<sup>6</sup> Kielhauser, Ernst: Geschichte des gewerblichen Bildungswesens im alten und neuen Österreich. Klagenfurt 1931, 431 S., hier S. 131.

<sup>7</sup> Thyssen 12 nennt als Merkmale für einen Vorläufer der Berufsschule: 1. Pflichtschule, 2. auf der Volksschule aufbauende Schule, 3. berufsbegleitende, 4. das Bildungsgut muß dem Berufsleben entnommen sein.

<sup>8</sup> Ursprünglich war die Realschule eine berufsbildende Schule. Nach der Gründung der ersten technischen Lehranstalt mit Hochschulrang in Prag 1806, der späteren technischen Hochschule — sie war die erste ihrer Art in Europa —, sollten die Realschulen für diese Anstalten eine Vorstufe bilden. Die Realschulen waren aber nicht sehr beliebt, da sie zu große Ansprüche an die Opferwilligkeit der Länder und Städte stellten. Mehr Erfolg brachte diesem Schultyp die Gründung in Reichen-

Als Vorläufer der österreichischen Fortbildungsschule und der Berufsschule in unserem heutigen Sinne kann man daher mit größerer Berechtigung die schon 1774 im Schulgesetz verlangten sonntäglichen Wiederholungsstunden betrachten<sup>9</sup>. Die erste allgemeine Schulordnung für Österreich sagt dazu: „Für die bereits aus den Schulen ausgetretene Jugend auf dem Lande und in den Städten, besonders für Handwerkspurschen sollen . . . an den Sonntagen nach dem Nachmittagsgottesdienste in der ordentlichen Schule . . . zwei Wiederholungsstunden veranstaltet, und von dem Lehrer unter Aufsicht des Pfarrers oder seines Vikarius gehalten werden. In diesen Wiederholungsstunden sollen sich junge Leute, bis sie das 20te Jahr erreicht haben, einfinden, die Epistel, und das Evangelium des Tages vorlesen hören, sich im Lesen, Schreiben und auch im Rechnen üben, folglich sich befließigen, daß sie das Erlernte wieder auffrischen und im Gedächtnisse erhalten. Besonders sind bei diesen Wiederholungsstunden zu Leseübungen, die in den Schulbüchern befindlichen Stücke von der Religionsgeschichte, Sittenlehre, Anleitung zu der Rechtschaffenheit, Haus- und Landwirtschaft zu wählen . . . Zur Besuchung dieser Wiederholungsstunden wollen wir hauptsächlich auch die Handwerkslehrlinge dergestalt verbunden haben, daß keiner derselben freigesprochen werden möge, er habe sich denn durch ein schriftliches Zeugnis des Schulaufsehers ausgewiesen, daß er nach vorheriger Erlernung der Religion . . . auch diese Wiederholungsstunden von Zeit zu Zeit fleißig besucht habe“<sup>10</sup>.

Diese Wiederholungsschule brachte theoretisch eine Schulpflicht bis zum 20. Lebensjahr. Der Unterricht kann als berufsbegleitend bezeichnet werden, da das Bildungsgut dem beruflichen Leben, wenn auch vorzüglich der Landwirtschaft, entnommen wurde. Sie entspricht etwa der Sonn- und Feiertagschule Deutschlands im 18. Jahrhundert. Dort war sie in einzelnen Ländern früher als in Österreich entstanden: In Württemberg 1739, in Preußen 1763, in Bayern aber erst 1803<sup>11</sup>.

Der Erfolg des ersten Volksschulgesetzes war nicht überragend und hob die Allgemeinbildung des Volkes nur wenig. Einen unerwarteten Aufschwung nahm aber das Normalschulwesen in Böhmen. Zur Durchführung der Reform wurde in jedem Kronland ein Landesschuldirektor ernannt. Diesen Posten erhielt in Böhmen der Pfarrer von Kaplitz, Ferdinand Kindermann, spä-

---

berg 1837, die zum Muster für die später errichteten Realschulen wurde. Als Hauptfächer hatte sie Maschinenlehre, Baukunst und kaufmännischen Unterricht, war also berufsvorbereitend. Ab 1867 wurden in ihren Lehrplan aber viele allgemeinbildende Fächer eingeführt oder deren Unterricht erweitert, die rein gewerblichen Fächer zunächst gekürzt, dann gestrichen. Ab 1869 mußte der Absolvent beim Verlassen der Schule eine Matura ablegen, die zum Studium an Hochschule oder Universität berechtigte. Damit war die Umwandlung der Realschule zur allgemeinbildenden Schule abgeschlossen und erreicht. Gleichzeitig wurde aber dadurch der Weg frei für die Entwicklung und Vorbereitung eines mittleren beruflichen Bildungswesens. Vgl. dazu Keil 14, 15; Thyssen 24.

<sup>9</sup> Thyssen unterscheidet religiöse und gewerbliche Wiederholungsstunden, die als Vorläufer der Berufsschule in Frage kommen, S. 20 ff., 28 ff.

<sup>10</sup> Weiß: Das Werden unserer Volksschule 77.

<sup>11</sup> Vgl. Thyssen 22, 24, 63.

ter Bischof von Leitmeritz. Als Pfarrer hatte er sich der Kaplitzer Schule sehr angenommen. Seine Erfahrungen legte er 1774 in einem Bericht nieder, der unter folgendem Titel herauskam: „Nachrichten der Landschule zu Kaplitz in Böhmen, unter dem Schutze Sr. Excellenz des Herrn Grafen von Bouquoi, von dem dasigen Dechändt Ferdinand Kindermann herausgegeben“<sup>12</sup>. Diese Schrift hat sicher dazu beigetragen, daß Kindermann zum Landesdirektor des Normalschulwesens in Böhmen ernannt wurde. Er hatte dieses Amt von 1777 bis zu seiner Berufung als Bischof von Leitmeritz im Jahre 1790 inne, versah aber die oberste Kontrolle über das Schulwesen in Böhmen noch bis zu seinem Tode im Jahre 1801. Für seine Verdienste wurde er vom Kaiser als Ritter von Schulstein in den Adelsstand erhoben. In halbjährlichen Berichten legte er seine Erfahrungen und Erfolge beim Schulaufbau ganz Böhmens nieder. Für seine außerordentlich erfolgreiche Tätigkeit spricht, daß in der Zeit von 1775—1785 die Zahl der Kinder, die in Böhmen auf dem flachen Lande eine Schule besuchten, von 14000 auf 117000 stieg<sup>13</sup>.

Kindermann ist die weite Verbreitung der sonntäglichen Wiederholungsschulen zu verdanken, die unter seiner Leitung recht bald den Charakter von gewerblichen Fortbildungsschulen annahmen und sich nicht nur auf die von der Verordnung verlangten Wiederholungsfächer beschränkten<sup>14</sup>. Kindermann versuchte, die Jugendlichen zum Besuch der Wiederholungsstunden bis zu ihrem 20. Lebensjahr anzuhalten. In seinen Berichten finden sich immer wieder Hinweise über den Unterricht an den Sonntagsschulen, die sich auf die Gegenstände der Volksschule, in der Hauptsache aber auf die Unterweisung „den Feldbau zu verbessern“ beziehen. Für Handwerkslehrlinge wird teilweise schon in den Abendstunden einzelner Wochentage Unterricht erteilt, so in Ronnow und Kuttenberg<sup>15</sup>. Seine Industrialschulen standen an Sonntagen den in Arbeit stehenden Handwerkern zur Verfügung; sie waren also auch Handwerker-Sonntagsschulen<sup>16</sup>.

Für die Entwicklung der sonntäglichen Wiederholungsstunden zur beruflichen Fortbildungsschule war es von Nachteil, daß nach Kindermanns Tod diesem Unterricht wenig Aufmerksamkeit geschenkt und die Schulpflicht herabgesetzt wurde, so daß man zum Besuch für die Wiederholungsstunden 1827 nur Jugendliche bis zum 15. Lebensjahr anhielt<sup>17</sup>. Trotz der Vorarbeiten Kindermanns blieb es bis weit in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts fast ausschließlich bei den Wiederholungsstunden im Sinne der Verordnung von 1774, die nur auf dem Lande durch landwirtschaftlichen Unterricht ergänzt wurden.

<sup>12</sup> Weiß, Anton: Ferdinand Kindermann und die Landschule zu Kaplitz. Beiträge zur österreichischen Erziehungs- und Schulgeschichte 7 (1905).

<sup>13</sup> Hantsch, Hugo: Die Geschichte Österreichs. Bd. 2. Graz-Wien 1950, S. 317.

<sup>14</sup> Kádner 25 nennt für 1808 die Zahl von 2038 Wiederholungsschulen in Böhmen.

<sup>15</sup> Vgl. dazu Weiß, Anton: Geschichte der Theresianischen Schulreform in Böhmen. Zusammengestellt aus den halbjährlichen Berichten der Schuloberdirektion v. 17. Sept. 1777 bis 14. März 1792. Beiträge zur österreichischen Erziehungs- und Schulgeschichte 10 (1908); 12 (1910).

<sup>16</sup> Thyssen 27.

<sup>17</sup> Kádner 21.

Die erste gewerbliche Sonntagsschule in den Kronländern Böhmen und Mähren wurde 1833 in Prag gegründet<sup>18</sup>. Diese Schule war in Lehrplan und Gestalt noch auf keinen besonderen Beruf zugeschnitten. Erst um die Mitte des 19. Jahrhunderts führte man für kaufmännische Lehrlinge einen gesonderten Unterricht ein. Gründer der kaufmännischen Sonntagsschulen waren die örtlichen Handelsvereinigungen. Sie nannten ihre Schulen Gremialhandelschulen. Es waren aber Fortbildungsschulen, die von den Lehrlingen der Kaufleute besucht wurden, die in dem jeweiligen Handelsgremium zusammengeschlossen waren. Der Unterricht wurde ausschließlich an Sonn- und Feiertagen erteilt<sup>19</sup>. Die Vorgeschichte der ersten kaufmännischen Fortbildungsschule, die in Prag eröffnet wurde, beginnt 1830, als der Kaufmann Johann Bachheibl anregte, eine Handelsschule zu errichten, doch konnten sich die übrigen Kaufleute nicht dazu entschließen. 1849 wurde aus dem Prager Handelsvorstande ein Ausschuß gewählt, der die nötigen Mittel für die Schulgründung aufzubringen hatte. Die Summe reichte nicht aus, die geplante Handelsschule zu errichten, sondern nur dazu, eine Sonntagsschule für die „Handlungslehrlinge“ der Prager Kaufleute im Jahre 1850 zu eröffnen.

Nach ihrem Vorbild entstanden in den größeren Städten der Sudetenländer mehrere gleichartige Schulen. Der Unterricht wurde in drei Jahrgängen erteilt und umfaßte folgende Fächer: Religion, kaufmännisches Rechnen, Schriftverkehr, Handelswissenschaft, Handels- und Wechselrecht, Buchführung, Geographie, Handelsgeschichte und Schönschreiben. Die Schüler mußten in der Regel das 14. Lebensjahr erreicht haben und beim Handelsstande eingetragen sein, erst dann wurden sie in die Schule aufgenommen. Es waren aber keine Pflichtschulen, so daß die Eltern meistens sogar um die Erlaubnis baten, daß ihre Kinder zugleich mit der Lehre die Schule besuchen durften.

Seit 1859 bemühte man sich darum, für alle Lehrlinge eine Verpflichtung zum Besuch der Sonntagsschule zu erreichen. Durch kaiserliches Patent vom 20. Dez. 1859 wurde dann eine Gewerbeordnung erlassen, welche unter anderem die Lehrherren verpflichtete, sich die gewerbliche Ausbildung der Lehrlinge angelegen sein zu lassen und ihnen die hiezu erforderliche Zeit und Gelegenheit zu geben. Da in damaliger Zeit auch Kinder im volksschulpflichtigen Alter in eine Lehre aufgenommen werden konnten, bestimmte die Gewerbeordnung, daß die Lehrlinge zum Besuche des gesetzlich vorgeschriebenen Unterrichtes oder, wenn im Orte eine gewerbliche Fachschule für Lehrlinge bestand, auch zum Besuche dieser Schule anzuhalten seien<sup>20</sup>.

Eine Schulpflicht für die Lehrlinge war aber auch damit noch nicht festgesetzt. Die Gewerbeordnung von 1859 und später das Gesetz von 1883 gaben den Gewerbetreibenden ein Mittel in die Hand, den Schulbesuch für ihre Lehrlinge aus eigener Machtvollkommenheit zu erzwingen. Beide Gesetze enthielten die Beitrittspflicht der Gewerbetreibenden zu Genossenschaften, die unter anderem die Aufgabe hatten, für „die fachliche und religiös-sittliche

<sup>18</sup> Thyssen 51; zitiert nach Kielhauser.

<sup>19</sup> Vgl. Dlabáç-Gelcic 20—22.

<sup>20</sup> Ebenda 89.

Ausbildung der Lehrlinge zu sorgen“. Daraus ergab sich für die Lehrherren das Recht, eine Schulpflicht für ihre Lehrlinge einzuführen. Doch wurde davon lange Zeit kein Gebrauch gemacht. Der Schulbesuch bedeutete für den Lehrherrn den Verlust einer oder mehrerer Arbeitskräfte; dazu kam, daß die Erhaltung der Schulen vom Gewerbe- oder Handelsverein zu tragen war. Vielfach sträubte man sich in den Städten sogar gegen die Einführung der vom Gesetz geforderten Genossenschaften.

Erst das Gesetz von 1897, betreffend „die Abänderung und Ergänzung der Gewerbeordnung vom 20. Dezember 1859“ brachte die ersehnte Pflichtschule<sup>21</sup>. Von jetzt an entwickelte sich der gewerbliche und kaufmännische Fortbildungsunterricht gut. Führend im Aufbau dieses Schulzweiges war das nördliche Böhmen, über das sich sehr bald ein dichtes Netz von Fortbildungsschulen hinzog. Es entstanden damals neue kaufmännische Fortbildungsschulen in Bodenbach, Tetschen, Teplitz, Karlsbad, Eger, Leitmeritz und Aussig<sup>22</sup>.

Die Grundlage für die Organisation der Fortbildungsschulen bildete die Verordnung des Ministers für Kultus und Unterricht vom 24. Februar 1883. Danach teilte man die Fortbildungsschulen ein in

a) allgemein-gewerbliche Fortbildungsschulen, deren Unterricht sich auf Gegenstände erstreckte, welche den Lehrlingen verschiedener Gewerbebezüge gleichmäßig zugute kamen;

b) fachliche Fortbildungsschulen, die Gelegenheit für eine eingehendere fachliche Fortbildung in einem bestimmten Gewerbe oder für eine Gruppe verwandter Gewerbe boten.

Die Verordnung von 1883 versprach zur Förderung und zur Erweiterung des Fortbildungsunterrichtes staatliche Unterstützung bei der Errichtung neuer Schulen. Die Subventionen waren unter anderem davon abhängig, daß die Räume auch für die Belange einer gewerblichen Schule geeignet waren. Für den Sachbedarf hatte der örtliche Gewerbe- oder Handelsverein aufzukommen, der gleichzeitig meist Schulträger war. Der österreichische Staat griff damit verhältnismäßig früh auch in die Entwicklung des beruflichen Schulwesens ein und sicherte so dessen weiteren Ausbau.

Die Verordnung von 1883 enthielt auch Bestimmungen über einen Lehrplan, der dem Unterrichtsbetrieb aller Schulen zugrundezulegen war, wobei auf die örtlichen Bedürfnisse weitgehend Rücksicht genommen werden konnte.

<sup>21</sup> Diabač-Gelcich 90 zitieren § 99b des Gesetzes von 1897: „Die Lehrlinge sind, insofern sie den gewerblichen Fortbildungs- oder einen anderen, mindestens gleichwertigen Unterricht noch nicht mit Erfolg absolviert haben, verpflichtet, die bestehenden, allgemein gewerblichen Fortbildungsschulen, beziehungsweise Vorbereitungskurse sowie die fachlichen Fortbildungsschulen in der durch den bezüglichen Lehrplan vorgeschriebenen Weise regelmäßig zu besuchen.

Für jene Lehrlinge, welche den Unterricht wiederholt, und zwar aus eigenem Verschulden vernachlässigen, kann seitens der Gewerbebehörde auf Grund der von dem betreffenden Schulaufsichtsorganen erstatteten Anzeige die statuten- oder vertragsmäßig festgestellte regelmäßige Dauer der Lehrzeit verlängert werden.“

<sup>22</sup> Ebenda 59.

Dabei galt für die allgemein-gewerblichen Fortbildungsschulen: „Diese sind derart einzurichten, daß im Lehrplan nach Tunlichkeit auf alle im Orte vertretenen Gewerbe Rücksicht genommen wird“<sup>23</sup>. Methodische Hinweise fehlen in dem ersten Lehrplan für die Fortbildungsschule völlig. Für jedes Fach wird das Lehrziel, der Lehrstoff und die Zahl der zu schreibenden Schularbeiten angegeben. Zumindest die fachlichen Fortbildungsschulen waren dreiklassig, die Unterrichtszeit auf 8 Wochenstunden festgesetzt<sup>24</sup>. Die Fortbildungsschulen waren im allgemeinen autonome Anstalten mit eigenem Schulausschuß, eigener Leitung und eigenem Lehrkörper. An Orten mit zweiklassiger oder höherer Handelsschule war die kaufmännische Fortbildungsschule dieser angeschlossen. Die gewerbliche Fortbildungsschule war in ähnlicher Weise den Staats-Gewerbeschulen angegliedert<sup>25</sup>.

Der Unterricht von Mädchen an Fortbildungsschulen entwickelte sich erst spät. Die erste Mädchenfortbildungsschule wurde zwar schon 1870 in Prag eröffnet, aber erst in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg stieg die Zahl der weiblichen Lehrlinge. Die Fortbildungsschulen für weibliche Kaufmannslehrlinge, deren Zahl höher als die der übrigen weiblichen Gewerbelehrlinge war, waren den weiblichen Handelsschulen angeschlossen. Sie gaben auch jenen Frauen und Mädchen Unterricht, die schon in der Praxis standen und über das Lehrlingsalter und die Fortbildungspflicht hinaus waren. An den Fortbildungsschulen bürgerte sich aber im Gegensatz zu den Handelsschulen recht bald die Koedukation ein. Man konnte den weiblichen Lehrlingen an Orten, die nur eine Knaben-Fortbildungsschule besaßen, die Aufnahme nicht verweigern, da die Fortbildungsschule seit 1897 ja Pflichtschule für alle Lehrlinge war<sup>26</sup>.

Die Fortbildungsschulen stellten in den Sudetenländern den Nachwuchs für Kleinhandel, Kleingewerbe und Handwerk<sup>27</sup>.

Mit den *Handelsschulen* lernen wir einen Vertreter der Berufsfachschulen kennen, des Schultyps, der dem beruflichen Schulwesen Österreichs und damit der Sudetenländer das Gepräge gab. Ich stelle die Entwicklung der Handelsschulen getrennt von der der anderen Berufsfachschulen dar, da sie eine Sonderstellung einnahmen. Man unterscheidet noch heute in Österreich zwei Typen, eine niedere und eine höhere Handelsschule<sup>28</sup>. Beider Anfänge haben aber eine gemeinsame Wurzel, darum wird ihr Werdegang zusammen aufgezeigt.

<sup>23</sup> Ebenda 115f.: Für die fachlichen Fortbildungsschulen sagt die gleiche Verordnung, daß sich daher „der Lehrplan einer solchen Schule nach den Bedürfnissen des betreffenden Gewerbes richten muß.“

<sup>24</sup> Vgl. die Studentafeln für die kaufmännische Fortbildungsschule der Jahre 1888 und 1910 auf S. 279 dieser Arbeit.

<sup>25</sup> Vgl. Kielhauser 261.

<sup>26</sup> Vgl. Kádner 84; Dlabáček-Gelcich 232.

<sup>27</sup> Kielhauser 280; Dlabáček-Gelcich, Kapitel über Fortbildungsschule 89 f.

<sup>28</sup> Herder: Lexikon der Pädagogik führt in Band 3 unter Stichwort: Österreich unter 11. die kaufmännischen Lehranstalten an: „Sie umfassen die 4-jährige Handelsakademie und die 2-jährige kaufmännische Wirtschaftsschule, deren Abschlußzeugnis das Lehrverhältnis in einem Handelsgewerbe ersetzt.“

Der Beginn der Handelsschule reicht in die gleiche Zeit zurück wie der der Fortbildungsschule. Als nämlich das Gewerbepatent vom 10. Januar 1751 erlassen wurde, erhielt das Land-, Gewerbe-, und Fabrikenamt in Mähren den Auftrag, „eine pro bono publico so notwendige mechanische Lehrschul mit Unterricht in der Muttersprache“ einzurichten<sup>29</sup>. Der Manufakturenaminispektor Ludwig Ferdinand Procop von Rabstein schlug vor, an dieser Schule neben Zeichnen, Mechanik und Statik auch Buchhaltung, kaufmännische Korrespondenz, „Wechsel- und Handelsnegotium“, Geschichte und Geographie „mit Berücksichtigung des Gewerbes und Kommerzes“ zu lehren. Diese Schule sollte in Brünn eröffnet werden. Am 20. August 1751 genehmigte die Kaiserin den Plan Procop's in allen Stücken, befahl jedoch, mit der Ausführung einzuweilen zu warten und „vorerst die Abfassung guter Lehrbücher ins Auge zu fassen“. Zugleich wurde angeordnet, daß für die Anstalten des Handels und Gewerbes „nicht überall Geistliche zu Lehrmeistern bestellt, sondern die zu aktivierenden Institute mit weltlichen professoribus so viel als thunlich versehen werden möchten“. Dieser erste Plan kam nie zur Ausführung und wurde bald vergessen. Größere Aufmerksamkeit schenkte man dem kaufmännischen Bildungswesen erst wieder gegen Ende des Siebenjährigen Krieges. Es wurden Kurse über „Kameralwissenschaften“ eingerichtet, in denen Wechselrecht, Buchhaltung, „Kameralsystem, Kameralstil und praktisches Rechnen“ gelehrt wurden. Man dachte dabei nur an die Ausbildung von Steuer- und Verwaltungsbeamten. Der erste Kurs wurde 1762 in der Wohnung des Hofrechnungskammerpräsidenten Graf Zinzendorf abgehalten.

1769 wurde der k. k. böhmisch-österreichischen Hofkanzlei in Wien ein Plan des früheren Professors für Mathematik in Straßburg, Johann Georg Wolf, zur Errichtung einer Handelsakademie eingereicht. Am 19. November 1769 wurde der Plan Wolfs genehmigt und er selbst zum Rektor einer Schule ernannt, die am 11. Juni 1770 im Hause „am Stoß im Himmel“ in Wien eröffnet wurde. Die Schule hatte zu Beginn 22 Schüler im Alter von 15—20 Jahren. Ihren Zweck erläuterte die Eröffnungsankündigung: „Es wird das Hauptaugenmerk darauf gerichtet werden, die Jugend binnen 2 Jahren so zu bilden, daß sie mit allen zur Handlung gehörigen Hilfswissenschaften vorbereitet werden, um bei den Handlungsgeschäften, dem Kommerz- und Manufakturwesen dem Vaterlande einstens gute Dienste leisten zu können. Denn der geschickte Handelsmann soll sich vom Krämer unterscheiden, dies wird jedoch nur erzielt durch Unterricht der Söhne der erbländischen Handelsleute, die bei der Aufnahme den Vorzug haben, und zwar ohne Unterschied der Religion.“

Die Schule erhielt den Titel Realhandlungsakademie, und zwar mit der Begründung, daß es sich um eine Anstalt handle, in der „Jünglinge von hinreichender Beurteilungs- und Überlegungskraft eine vollständige Vorbereitung für eine Berufsklasse erlangen sollten . . . endlich aber auch deshalb, weil man eine Anstalt, von deren Lehrkräften man durchwegs eine höhere wissen-

---

<sup>29</sup> Dieses und die folgenden wörtlichen Zitate sind entnommen D l a b a ě - G e l - c i c h 11; vgl. dazu K á d n e r 12, 124.

schaftliche Bildung fordere, auch dem Namen nach vor den gewöhnlichen Schulen auszeichnen wolle<sup>30</sup>.“

Diese Schule ist die erste Handelsschule Österreichs und steht ihrem Gründungsjahr nach auch unter den deutschen Schulen voran. Sie folgte gleich auf die von Büsch 1768 in Hamburg gegründete Handelsschule. Ihre Bedeutung für die Handelsschulen in Österreich-Ungarn liegt darin, daß sie ihren Namen „Handelsakademie“ und ihre Stellung als höhere Handelsschule mit mehr als zweijähriger Unterrichtsdauer weitergab. Der Unterricht an der ersten Handlungsakademie erstreckte sich auf folgende Fächer: deutsche, französische, italienische Sprache und Korrespondenz, Geographie, Geometrie, Mechanik, Naturlehre, Buchführung, Handels- und Seerecht, praktische Handelswissenschaften, das Natur- und Zivilrecht, Vernunft- und Sittenlehre. Die Schule wurde bis 1796 von Wolf geleitet, danach bis zu ihrem Ende im Jahre 1804 von Gottfried Brand, Professor der kaufmännischen und Staatsrechnungswissenschaft<sup>31</sup>. 1804 wurde die Realhandelsakademie den allgemeinen Schulbehörden unterstellt, verlor ihren akademischen Charakter und ihre fachliche Richtung und wurde in eine Realschule umgewandelt. Sie hatte damit ihr Ende erreicht<sup>32</sup>.

Die weitere Entwicklung der Handelsschule erlitt nun eine längere Unterbrechung. Eine erste Wiederaufnahme des Handelsschulgedankens kann man in den Vorlesungen an der Prager und Wiener technischen Hochschule erblicken. In Prag wurden seit 1806 Unterricht in kaufmännischem Geschäftsstil, Schönschreiben, Handelsgeographie, „Merkantilrechnenkunst“, Handelsgeschichte, Warenkunde, Handels- und Wechselrecht und Buchhaltung erteilt. Dieser Unterricht wurde auch an der technischen Hochschule in Brünn gegeben. Die Handelsabteilungen nahmen aber nicht den gewünschten Aufschwung und blieben bald hinter den technischen Fächern der Hochschulen zurück<sup>33</sup>.

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde der Handelsschulgedanke von privater Seite aufgenommen. Die erste Privathandelsschule war die 1834 in Laibach von Jakob Franz Mahr gegründete zweiklassige Schule. Mahr hatte erkannt, daß eine Sonntagsschule nur ungenügende Kenntnisse für den kaufmännischen Beruf vermittelte. Seine Schule erlangte großen Ruf und wurde vor allem von Italienern, Kroaten und Serben besucht. Ihr folgten 1840 die Privathandelsschule des Großhandelsprokuristen Johann Geyer und die Abendschule des Karl Mühlbauer in Wien. 1856 errichtete Anton Skuvan in Prag eine Privathandelsschule mit deutscher und tschechischer Unterrichtssprache<sup>34</sup>. In ihren Lehrplänen und in ihrer Gestaltung knüpften die nun ent-

<sup>30</sup> zitiert nach Dlabač-Gelcich 12, 13.

<sup>31</sup> Vgl. ebenda 13.

<sup>32</sup> Die gleiche Erscheinung zeigt sich auch in Deutschland. Die ersten Gründungen in Hamburg, Würzburg, Berlin, Magdeburg usw. gingen auch in den ersten Jahren des 19. Jahrhunderts nach kaum mehr als 20-jährigem Bestand unter. Nach Heindl, Karl: Vorlesungen über Schulgeschichte für Diplom-Handelslehrer an der Münchener Universität im WS 1957/58.

<sup>33</sup> Dlabač-Gelcich 21, 22.

<sup>34</sup> Ebenda 23, 24; vgl. auch Österreichische Handelsschulzeitung 6 (1914) 423 ff.

stehenden Schulen an die Tradition der ersten Handelsakademie an. Unterricht wurde hauptsächlich in Rechnen, Buchhaltung, Schriftverker und Wechselrecht erteilt. Nach dem Vorbild der ersten privaten Handelsschulen entstanden an verschiedenen Orten in der Monarchie neue Schulen. Doch reichte ihre Zahl und ihr Unterricht nicht aus, den Bedarf des Landes an geschulten Kräften für Industrie und Handel zu decken. Die reichen Kaufleute und Industriellen in Böhmen waren bis 1856 gezwungen, ihre Söhne an die höheren Handelsschulen nach Sachsen zu schicken<sup>35</sup>.

Um den Übelständen abzuhelpfen, entschlossen sich die Großkaufleute Prags zur Gründung einer Handelsschule; ein Jahr später folgten die Kaufleute Wiens dem Beispiel von Prag. Damit wurde Prag zum ersten Mal in der Geschichte des kaufmännischen Bildungswesens Österreichs führend. Die notwendigen Mittel konnten bis zum Jahre 1855 aufgebracht werden, so daß im Frühjahr 1856 die Prager höhere Handelsschule ihre Pforten öffnen konnte.

Nach dem Willen ihrer Gründer sollte die Schule nur den Kaufleuten Prags, bestenfalls Böhmens offenstehen. Das gleiche gilt für die 1858 eröffnete Gremialhandelsakademie in Wien: sie war in erster Linie Lehranstalt für die Söhne der Wiener Kaufleute; die 1863 in Graz entstandene Schule des Vereins für Handel und Industrie war nur den alpenländischen Großkaufleuten und Industriellen zugänglich.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß sich diese ersten Handelsakademien — die Prager Schule erhielt diesen Namen 1866 —, die „für alle späteren derartigen Gründungen maßgebend wurden“, in ihrer Unterrichtsgestaltung und in pädagogischer Beziehung unterschiedlich aufbauten und entwickelten. Nur in ihrer Organisation glichen sich diese drei Institute: sie waren alle drei Aktiengesellschaften und standen unter dem Kuratorium des jeweiligen Handelsgremiums. Dieses brachte das Kapital auf und übernahm die Errichtung und Führung der Anstalt. Die Geschäfte besorgte ein von der Generalversammlung gewählter Verwaltungsrat, der der Schulaufsichtsbehörde und der Generalversammlung verantwortlich war. Der Verwaltungsrat ernannte den Direktor und die Lehrer der Schule und bestimmte Gehälter und Urlaub.

Auch über das Ziel, das eine höhere Handelsschule anzustreben hat, waren sich die Kaufleute der drei Städte einig. Die Schule sollte dem Nachwuchs jene höhere Fachbildung geben, „die von Tag zu Tag vom Kaufmanne immer gebieterischer gefordert wird, ihn aber auch in den Stand setzen, den Fortschritten unserer gesellschaftlichen Verhältnisse folgen zu können. Die höhere Bildung sollte den Kaufmann befähigen, sich unter den höheren Ständen der Gesellschaft zu behaupten, ihm zu jener sozialen Stellung verhelfen, die ihm nach seinen Leistungen dem Staate gegenüber gebührte. Die Handelsakademie ist also auch um 1850 noch als Schule eines Standes gedacht und knüpft somit an die Ziele der Wiener Realhandlungsakademie von 1769 an<sup>36</sup>.

<sup>35</sup> Vgl. Dlabáč-Gelcich 23—28. Auch alle übrigen Angaben und wörtlichen Zitate bis zur neuen Fußnote sind ebenda entnommen.

<sup>36</sup> Vgl. S. 250 dieser Arbeit.

In Prag war Dr. Carl Arenz aus Leipzig zum Direktor der Handelsakademie berufen worden. Die Schule war als eine Vorbildungsschule für den Großhandel gedacht. Die Schüler mußten drei Klassen einer Mittelschule durchlaufen haben und wurden dann drei Jahre lang an der Handelsschule unterrichtet. Der Lehrplan, den Arenz entwarf und für die Ausbildung zum Großhandelskaufmann zugrunde legte, war auf die Dreiheit der Tätigkeit des Kaufmannes ausgerichtet: „Auf das Kontor, das Warenlager und auf die Lenkung der Verkehrsströmungen“. Nach Arenz mußte sich der Unterrichtserfolg jeder Handelsschule im Musterkontor, „der unerläßlichen Forderung jeder kommerziellen Lehranstalt“ erproben. „Der Unterricht muß ein solcher sein, daß er unmittelbar von der Schule in das Berufsleben hinüberführt und in dieser Richtung durch nichts begrenzt ist, als durch den Unterschied, der zwischen der Schule und dem praktischen Leben selbst besteht. Aber außer dieser berufsmäßigen Bildung soll und muß die Anstalt den Schülern eine vaterländische, sittliche Bildung, eine Bildung des Charakters geben.“

Nicht nur der Großhandel hatte Bedarf an entsprechend geschulten Nachwuchskräften, sondern auch der Einzelhandel suchte nach kaufmännisch vorgebildeten Kräften. Von diesen Leuten wurde aber keine so lange und weitreichende Vorbildung verlangt, wie sie die Handelsakademie vermittelte, und so entstanden seit 1850 eine Reihe von zunächst einjährigen Tagesschulen; später waren diese Schulen meist zweijährig. Diese Schulen vermittelten neben den kaufmännischen Fächern auch Allgemeinbildung. Mit Ausnahme der 1863 in Reichenberg gegründeten Gremialhandelsschule waren es reine Privatunternehmungen, die sich bis zur Gründung der Tschechoslowakei eines guten Rufes und regen Zuspruches erfreuten. 1898 gab es in Österreich 20 Privat-Handelsschulen, 1914 44; davon lagen in den Sudetenländern 22; ein Zeichen für die Schulfreudigkeit aber auch für den Bedarf an Handelsschulen dieser Länder. In zunehmendem Maße war die Unterrichtssprache an diesen Schulen auch tschechisch. Die hohe Zahl der Privatschulen in den Sudetenländern läßt sich nicht immer auf wirtschaftliche Bedürfnisse zurückführen, sondern oft auf nationalen Ehrgeiz. Das zeigt sich daran, daß an vielen Orten zwei derartige Schulen nebeneinander bestanden, die eine mit deutscher, die andere mit tschechischer Unterrichtssprache, z. B. in Prag, Pilsen, Brünn<sup>37</sup>. Pädagogisch förderte die nationale Konkurrenz die Schulen nicht, die Privathandelsschulen waren aber durch Jahrzehnte hindurch die einzigen Schulen für die Pflege des kaufmännischen Unterrichtes der mittleren Stufe und Laufbahn und bildeten die Vorstufe der späteren zweiklassigen staatlichen Handelsschulen.

Eine einschneidende Änderung für die weitere Entwicklung der Handelsschulen brachte das Jahr 1868. In diesem Jahre wurde für Österreich-Ungarn die allgemeine Wehrpflicht eingeführt und für die Mittelschulen das Einjährig-Freiwilligenrecht in Kraft gesetzt. Auf dem beruflichen Schulsektor waren allein die Handelsakademien so gestaltet, daß man sie den Mittelschulen

<sup>37</sup> Österreichische Handelsschulzeitung 6 (1914) 423 f.

gleichstellen konnte und ihnen deshalb auch das Einjährig-Freiwilligenrecht verlieh. Demzufolge setzte ein Sturm auf diese Schulen ein, so daß in Prag zeitweilig mehr als 60 Schüler in einer Klasse unterrichtet wurden. Die ein- und zweijährigen Handelsschulen hatten dagegen unter Schülermangel zu leiden. Hier griff nun der Staat ein und ermöglichte die Gründung neuer Handelsakademien. An eine allgemeine gesetzliche Regelung war aber noch nicht gedacht, sondern man sorgte nur für die Handelsakademien, die den Charakter von Oberklassen der Mittelschulen bekamen<sup>38</sup>. Seit 1868 unterscheidet man zwischen höheren Handelsschulen (Handelsakademien) und niederen Handelsschulen. Die Handelsakademien wurden damals den Mittelschulen gleichgestellt. Das ist für die folgende Entwicklung ausschlaggebend und richtungweisend geworden und hat der Handelsakademie ihre überragende Stellung unter den kaufmännischen Schulen in den Sudetenländern verschafft.

Die Handelsakademien wurden von jetzt an mit Unterstützung des Staates ins Leben gerufen, allerdings ohne immer auf den Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Bedarf und Schule zu achten<sup>39</sup>. Der Bestand an Handelsakademien war aber gesichert. Dagegen wurde der Mangel an mittleren Schulen zur Vorbereitung für den Kaufmannsberuf sehr stark empfunden. Bisher hatte der Staat sich dieses Schulzweiges kaum angenommen, wie der Bericht zum Staatsvoranschlag für das Jahr 1892 erkennen läßt: „Die Hebung und Vermehrung der zweiklassigen Tagesschulen herbeizuführen, ist ein unabweisliches Bedürfnis, da für die Ausbildung von kaufmännischen Hilfskräften im engeren Sinne des Wortes in vielen Teilen der Monarchie nahezu gar nicht vorgesorgt ist. Es wird daher das Bestreben von Korporationen (Kommunen,

---

<sup>38</sup> Dłabač-Gelcich 37 zitieren vom Unterrichtsministerium aufgestellte Grundsätze für Schulen zur Erlangung des Einjährig-Freiwilligen-Rechtes: „Öffentliche Handelslehranstalten, die das Recht des Einjährig-Freiwilligendienstes für ihre Absolventen in Anspruch nehmen, müssen den Charakter der Oberklassen der Mittelschule haben. Es dürfen nur Schüler aufgenommen werden, die die Bürgerschule oder eine Untermittelschule zurückgelegt haben oder aus den Gegenständen, die an diesen Anstalten gelehrt werden, die Aufnahmeprüfung mit Erfolg bestanden haben und 14 Jahre alt sind. Die Lehranstalt muß drei Jahrgänge umfassen und in einer Abiturientenprüfung ihren Abschluß finden. Die Maximalzahl der in einer Klasse vereinigten Schüler darf 50 nicht übersteigen. Die Lehrkräfte mit Einschluß des Direktors müssen für kaufmännische Wissenschaften oder für die an den allgemeinen Mittelschulen vertretenen Fächer qualifiziert und speziell für die betreffenden Lehranstalten dauernd angestellt sein. Die Lehranstalt muß über ausreichende Lokalitäten verfügen und mit den erforderlichen Lehrmitteln ausgestattet sein. Die Lehranstalten werden einer speziellen, regelmäßig wiederkehrenden Inspektion seitens des Landesschulrates, namentlich bei Abhaltung der Prüfungen, bei der Aufnahme und beim Abgange der Schüler unterzogen. Den auf Grund einer solchen Organisation errichteten Lehranstalten kann das Recht zuerkannt werden, staatsgültige Zeugnisse auszustellen, woraus sich für die Abiturienten derselben die Berechtigung des Einjährig-Freiwilligendienstes ergibt.“

<sup>39</sup> Dłabač-Gelcich 58 f. berichten, daß viele Schulen aus nationalen Gründen errichtet wurden: 1872 die tschechische Handelsakademie in Prag, 1882 die in Chrudim. Dagegen fehlten in den industriereichen Bezirken Brünn und Reichenberg noch immer höhere Handelsschulen.

Handelskammern und kaufmännischen Vereinen) dort, wo sich ein geeigneter Boden für derartige Schulen findet, tunlichst unterstützt und demselben die Erhaltung solcher Anstalten zu erleichtern gesucht<sup>40</sup>."

Bis 1888, dem Jahr, in dem Dr. Ritter von Haymerle, der Reformator dieser Schulgattung, im Kultusministerium das Referat für das Berufsschulwesen übernahm, zählte man in der ganzen Monarchie 10 höhere Handelsschulen und 30 zweiklassige Schulen. Nicht zwei dieser Schulen waren gleichartig organisiert, es fehlte an einheitlichen Lehrmitteln, an einem Einheitslehrplan und der richtigen Ausbildung der Lehrer. Man unterzog daher alle bestehenden Schulen einer Inspektion, die zeigte, daß nahezu eine vollständige Neuorganisation notwendig war. Hatten früher die Kaufleute die vollste Unabhängigkeit vom Staate bei der Errichtung eigener Schulen verlangt, so wollten sie jetzt die Verstaatlichung des gesamten Handelsschulwesens. Dazu ging aber das Ministerium nicht sofort über, da es eine Einflußnahme der Kaufmannschaft auf ihr Schulwesen für notwendig erachtete. Für die Reform wurden daher neben Pädagogen auch Kaufleute zu Rate gezogen. Da nirgends gesetzliche Regelungen getroffen waren, konnte man ungehindert ans Werk gehen. Die alte Einteilung der kaufmännischen Schulen wurde belassen; man unterschied weiterhin zwischen den Handelsakademien, die dem Großhandel Nachwuchskräfte zu stellen hatten und Handelsschulen, die dem mittleren und Kleinhandel Hilfskräfte zuführen sollten. In die zuletzt genannte Aufgabe teilten sich die ein- oder zweijährigen Handelsschulen und die Fortbildungsschule.

Der Aufgabenkreis der Handelsakademie wurde erweitert. Sie hatten neben der Ausbildung der Nachwuchskräfte für Großhandel, Banken und Versicherungen im höheren Dienst, auch für die Befriedigung eines Bildungsbedürfnisses zu sorgen, das über das Ziel der Akademie hinausging. Hierher gehören in erster Linie die Abiturientenkurse, die seit 1888 jeder Handelsakademie angeschlossen wurden<sup>41</sup>. Für die Weiterbildung bereits berufstätiger Erwachsener wurden an den Handelsakademien Kurse für das Bank-, Versicherungs- und Verkehrswesen eingerichtet. Der „Spezialkurs für Heranbildung von Post-, Eisenbahn- und Telegraphenbeamten“, der 1877 der Prager Handelsakademie angegliedert wurde, wird als Vorläufer der genannten Kurse bezeichnet<sup>42</sup>.

Zum ersten Male wurden nun auch Satzungen und Lehrpläne, die für alle Handelsschulen verbindlich waren, herausgegeben. Um diese Lehrpläne vor der endgültigen Einführung an allen Schulen zu erproben, ging man in das nördliche Böhmen, „das mit seiner großen Industrie, seinem lebhaften Han-

<sup>40</sup> Österreichische Handelsschulzeitung 9 (1917) 218.

<sup>41</sup> Diese Einrichtung gibt es noch heute in Österreich; jetzt muß sie jeder besuchen, der sich nach Absolvierung einer Mittelschule nicht dem Studium zuwendet, sondern ein Handelsgewerbe eröffnen will. — Der erste Kurs dieser Art wurde 1877 an der Wiener Handelsakademie eingeführt und trug die Bezeichnung „einjähriger Fachkurs für Leute vorgeschrittenen Alters“. Entnommen Dlabač-Gelcich 55.

<sup>42</sup> Ebenda 55.

del, seiner intelligenten, opferwilligen Kaufmannschaft“<sup>43</sup> gerade damals von sich aus um die Hebung der Berufsausbildung bemüht, sich für die Versuche von selbst anbot. Die Versuche mit den neuen Lehrplänen waren erfolgreich, was sich aus den Neugründungen von Handelsschulen ablesen läßt. In den Jahren 1890—97 entstanden in Böhmen und Mähren 5 neue deutsche Handelsakademien (Aussig, Reichenberg, Olmütz, Brünn, Pilsen) und 4 tschechische (Proßnitz, Brünn, Königgrätz, Pilsen). An zweiklassigen Handelsschulen wurden errichtet: deutsche in Gablonz, Brüx, Teplitz, Budweis, Warnsdorf, Böhmisch-Leipa, Troppau; tschechische in Melnik und Kolin<sup>44</sup>. Die neuen Anstalten erhielten sofort den Normallehrplan, die schon bestehenden Schulen hatten sich anzupassen, so daß ab 1897 alle Schulen nach einheitlichem Lehrplan unterrichteten.

Die Bedeutung der Handelsschulen zeigt sich im Normallehrplan von 1902, der im Gegensatz zu dem der Fortbildungsschule Unterrichtsgrundsätze enthielt: „Es handelt sich hier um viele Spezialkenntnisse, deren Verarbeitung nicht einfach dem Schüler überlassen werden kann und deren Ineinandergreifen durch die Art des Unterrichtes selbst zum vollen Bewußtsein gebracht werden muß. Die Erreichung dieses Zieles setzt eine verständige Ausführung des Lehrplanes voraus, diese aber ruht fast völlig in den Händen der Lehrer, . . . Das erste Erfordernis, das an sie gestellt werden muß, besteht darin, daß sie den organischen Zusammenhang der einzelnen Handelsfächer genau überblicken und bei der Entwicklung des Lehrplanes in gegenseitigem Kontakt bleiben . . . Zur Erreichung dieses Zieles wird es notwendig sein, daß die Handelsfächer einer Klasse in der Hand eines und desselben Lehrers vereinigt und von ihm alle Jahrgänge hindurch gelehrt werden. Vereinigt und gefestigt wird alles Wissen in den kaufmännischen Fächern erst durch die Behandlung zusammenhängender Geschäftsgänge in allen ihren Phasen, welche Behandlung namentlich dort, wo die Schülerzahl keine allzu große ist, wohl am zweckentsprechenden im Wege des Übungskontors erfolgt. Allerdings sind die Meinungen über Einrichtung und Durchführung des Übungskontors noch geteilt, . . . so viel ist sichergestellt, daß das Übungskontor das besondere Interesse der Schüler erweckt und ihren Eifer und ihre Aufmerksamkeit erhöht. Notwendig ist es auf alle Fälle, die Schüler vor dem Übertritt in die Praxis mit dem Ineinandergreifen, mit der gegenseitigen Ergänzung der Fächer, mit ihrem Verhältnis zueinander, mit ihrer Bedeutung für die Praxis durch Gesamtübungen vertraut zu machen und sie, soweit dies in der Schule überhaupt möglich ist, zu einer gewissen Selbständigkeit zu führen . . .“<sup>45</sup>

Auch heute bekennt man sich zu den gleichen Unterrichtsgrundsätzen, auch wenn sie mit anderen Namen genannt werden: Konzentration der Fächer, Berücksichtigung der Praxis und Anschaulichkeit.

Der Lehrplan für die Handelsakademien sah dreiklassige Schulen mit einer

<sup>43</sup> Ebenda 58.

<sup>44</sup> Ebenda 59.

<sup>45</sup> Ebenda 203, 204.

Vorbereitungsklasse vor. Bis 1919 entwickelte sich daraus eine vierklassige Handelsakademie. Zur Aufnahme waren Jugendliche nach vollendetem 14. Lebensjahr und nach Besuch einer Untermittelschule oder einer Bürgerschule berechtigt. Während aber Schüler, die die Untermittelschule mit besonders gutem Erfolg abgeschlossen hatten, bereits in die 2. Klasse der Handelsakademie eintreten konnten, mußten sich Absolventen der Bürgerschule für den Eintritt in die 1. Klasse noch einer Aufnahmeprüfung unterziehen.

Bis 1860 wurden nur ganz vereinzelt Mädchen in den beruflichen Fächern und vor allem in den kaufmännischen Fächern unterrichtet. 1863 wurde in Klagenfurt zum ersten Male der Versuch gemacht, eine Fortbildungsschule für Mädchen zu errichten; er mißlang kläglich. Seit 1865 blieben die Schülerinnen aus und konnten auch durch die im Jahre 1873 erfolgte Neuorganisation nicht zu zahlreicherem Besuch angeregt werden. Daher kann als eigentlicher Gründer des Mädchenunterrichts in kaufmännischen Fächern der Frauenerwerbsverein in Prag bezeichnet werden, der 1869 einen einjährigen Handelskurs mit Vorbereitungsklasse für Mädchen einrichtete. Der Kurs hatte Erfolg und wurde dadurch zum Muster für Neugründungen in der ganzen Monarchie<sup>46</sup>.

Die Zahl der Mädchenhandelsschulen wuchs rasch an und ihre Absolventinnen erfreuten sich bald großer Beliebtheit in der kaufmännischen Praxis. Allerdings wurden diese Schulen auch von Schülerinnen besucht, die es gar nicht vorhatten, sich dem Kaufmannsberuf zu widmen, so daß man immer mehr Wert auf allgemeinbildende Fächer legte. Es wurden in den Lehrplan Fächer wie Literaturgeschichte, allgemeine Geschichte, Geographie und Naturwissenschaften aufgenommen. Da dieser erweiterte Bildungsstoff aber in einjährigen Kursen nicht genügend untergebracht werden konnte, ging man bald zu zweijährigen Schulformen über.

Nicht nur in die kaufmännische Praxis fanden die Mädchen aus den Handelsschulen bald guten Eingang, sondern sie widmeten sich auch bald dem Lehrberuf für diese Schulen. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde 1906 die erste weibliche Handelsakademie in Prag eröffnet; sie war ein Parallelinstitut zur tschechischen Handelsakademie der Stadt und an diese angeschlossen. Der Lehrplan der Mädchenhandelsschulen unterschied sich in den kaufmännischen Fächern nur unwesentlich von dem der Knabenschulen. Grundsätzlich bestand bis 1919 keine Koedukation an den Handelsschulen<sup>47</sup>.

Wie die Handelsschulen so haben auch die übrigen *gewerblichen Berufsfachschulen* ihre Vorläufer im 18. Jahrhundert. Das hängt damit zusammen, daß der Aufschwung von Gewerbe und Industrie erst um diese Zeit einsetzte und man begann, an den Nachwuchs höhere Forderungen zu stellen. Vor

<sup>46</sup> Ebenda 232 ff.; hier wird auch berichtet, daß der Schwesternverein in Wien eine ähnliche Anstalt im gleichen Jahr gründete; an der Privatschule Allina in Wien wurde 1870 der erste Versuch zu einer Mädchenhandelsschule auf privater Basis unternommen.

<sup>47</sup> Dlabač-Gelcich 232 ff.; Vergleiche hierzu auch die Studentafeln für die Handelsakademien und Handelsschulen S. 279—282 dieser Arbeit.

dieser Zeit waren selbst die reichen Industriegebiete Nordböhmen und Nordmähren in der Hauptsache landwirtschaftlich genutzt.

Als Vorläufer der gewerblichen Berufsfachschulen möchte ich die ständischen Schulen des ausgehenden 17. Jahrhunderts bezeichnen, die die Ausbildung für einen Stand als Lehrziel hatten. So etwa die 1693 in Wien gegründete Ritterakademie, die nur junge Adelige aufnahm, sie aber neben den ritterlichen Künsten auch in technischen Fächern und in Sprachen unterrichtete. Weiter ist die schon 1717 in Prag bestehende Militärakademie zu nennen, die die Ausbildung von Offizieren vorzunehmen hatte und in der Unterricht in Wasser- und Festungsbau erteilt wurde<sup>48</sup>. 1766 legte Staatskanzler Kaunitz der Kaiserin eine Denkschrift vor, in der die Grundzüge für den künftigen fachlich gegliederten Unterricht entwickelt wurden. Kaunitz verlangte, daß sich der Unterricht den Bedürfnissen der einzelnen Stände anzupassen habe. Er schlug deshalb Schulen für Landwirtschaft, Handel, Industrie und Bergbau vor. In erster Linie war an eine Unterrichtung der landwirtschaftlichen Bevölkerung gedacht, die den größten Anteil an der Gesamtbevölkerung hatte; aber auch den „Handwerkern und Kaufleuten sollte eine ihrem Berufe angemessene fachliche Bildung zuteil werden“<sup>49</sup>.

Auf diesen Vorschlag ist der Plan zur Errichtung einer höheren Landwirtschaftsschule in Prag 1767 zurückzuführen, der aber nicht verwirklicht wurde. Die 1791 gegründeten ersten Ackerbau- und Forstschulen in Nordböhmen führt man auch auf Kaunitz' Anregungen zurück. Dagegen ist die erste Bergbauschule Europas, die 1753 in Joachimsthal gegründet worden war, vor der Denkschrift des Staatskanzlers entstanden<sup>50</sup>.

Von der Errichtung von Ackerbauschulen sprechen aber auch die Berichte Ferdinand Kindermanns, des bereits erwähnten Normalschuldirektors für Böhmen<sup>51</sup>. Es erscheint mir daher richtig anzunehmen, daß jene oben erwähnten Schulen direkt auf Kindermann zurückgehen, zumal deren Entstehung sich auf die Fortentwicklung des Industrialschulgedankens zurückführen läßt. Damit sind wir bei der genialen Schöpfung Kindermanns, den Industrialschulen, angelangt, denen m. E. am ehesten das Recht gebührt, als Vorläufer des beruflichen Schulwesens angesehen zu werden.

Bekannter als Kindermann wurde in der Pädagogik sein Zeitgenosse aus der Schweiz, Johann Heinrich Pestalozzi. Auch er betonte die bildende Kraft der Arbeit, ein Gedanke, der auch Kindermann bei seinem Aufbau der Industrialschulen leitete. Kindermann hat seine Ideen unabhängig von Pestalozzi entwickelt, ja sogar vor ihm verwirklicht, denn seine ersten Versuche einer Industrialschule finden sich schon in der Landschule in Kaplitz aus dem Jahre 1772. Pestalozzis Armenanstalt auf dem Neuhof wurde erst 1774

<sup>48</sup> Dlabáč-Gelcich 13; vgl. auch Keil 14.

<sup>49</sup> Ebenda 12; vgl. auch Keil 15.

<sup>50</sup> Kádner 166 erwähnt den Plan zur Errichtung der höheren Ackerbauschule, die Gutsverwalter und Forstbeamte ausbilden sollte. S. 171 erklärt Kádner, daß es auch 5 niedere Bergschulen um diese Zeit gegeben habe.

<sup>51</sup> Weiß: Geschichte der Theresianischen Schulreform. Heft 10, S. 203.

eröffnet<sup>52</sup>. Kindermann hat aber auf die Theorie durch Veröffentlichung von pädagogischen Schriften nicht eingewirkt, sondern seine Gedanken sogleich in die Tat umgesetzt. Mit Recht sagt daher Weiß: „Ferdinand Kindermann, Ritter von Schulstein, war derjenige, welcher den Stand des Schulwesens eines reichen Kronlandes derart hob, daß die heutige Blüte desselben sich unschwer auf seine Arbeiten zurückführen läßt<sup>53</sup>.“ Um 1792 waren an 562 Volksschulen Industrialschulen angegliedert; also an ein Viertel aller Volksschulen Böhmens.

Kindermanns Gedanken entstammten der Aufklärung, dem Denken der Physiokraten und Merkantilisten. Sein Lehrer war neben Felbiger der Universitätsprofessor Johann Georg Seibt. Seibt war Professor für Pädagogik an der Prager Universität, Kindermann sein Schüler in den Jahren 1762 und 1763<sup>54</sup>.

Kindermann wollte mit der Verbindung von Volksschule und Industrialschule erreichen: 1) Die Erziehung der Schulkinder zur Arbeitsamkeit und Arbeitsfreudigkeit 2) Erziehung zur Handfertigkeit 3) wollte er sie während der schulfreien und unbeaufsichtigten Zeit beschäftigen, um damit einen Schutz gegen die Gefahren der Straße, des Müßigganges und der Bettelei zu bilden. Dazu kamen schultechnische Gründe: Kindermann erblickte in der Einrichtung von Arbeitsschulen das beste Mittel, den Schulbesuch an den neu gegründeten Volksschulen zu heben<sup>55</sup>.

Kindermann verfolgte mit der Einführung der Industrialschulen aber auch volkswirtschaftliche Ziele. Er suchte das Programm der Physiokraten und Merkantilisten, Industrie und Landwirtschaft des eigenen Landes zu fördern, durch die Erziehung in der Schule zu erreichen: „Durch den Arbeitsunterricht der Jugend in der Schule sollten die bestehenden Erwerbszweige vervollkommenet, neue Erwerbszweige eingeführt und im Volke verbreitet werden; . . . Im besonderen aber sollte schon den Schulkindern eine Verdienstgelegenheit gegeben und dem Schulmeister sowie seiner Frau ein Nebenverdienst verschafft werden als Ersatz, für die durch die allgemeine Schulordnung verbotenen Nebenbeschäftigungen<sup>56</sup>.“

<sup>52</sup> Driesch, Johannes von den - Esterhues, Josef: Geschichte der Erziehung und Bildung. Bd. 2. Paderborn 1954<sup>4</sup>, 540 S., hier S. 202 ff.

<sup>53</sup> Weiß: Das Werden unserer Volksschule 43.

<sup>54</sup> Vgl. Wotke Karl: Heinrich Seibt. Beiträge zur österreichischen Erziehungs- und Schulgeschichte 9 (1907) 1—174. Ders.: Heinrich Seibts Rede: Von dem Einflusse der Erziehung auf die Glückseligkeit des Staates. Beiträge zur österreichischen Erziehungs- und Schulgeschichte 8 (1906).

<sup>55</sup> Wiechowski, Friedrich: Ferdinand Kindermanns Versuch einer Verbindung von Elementar- und Industrieschule. Beiträge zur österr. Erziehungs- und Schulgeschichte 9 (1907) 175—205, hier S. 183. Kindermann beklagte sich schon in seinem Bericht über die Landschule in Kaplitz darüber, daß die Eltern ihre Kinder häufig deswegen zu Hause lassen, weil sie bei der Heimarbeit mithelfen müßten, um den nötigen Lebensunterhalt der meist sehr armen, aber kinderreichen Familien im kargen Böhmerwald mitzuverdienen: „Werden aber die Kinder zu diesen Tätigkeiten in der Schule angehalten, so können sie dieses besser erlernen, weil der Lehrer oder seine Frau die Kinder auf Fehler beim Spinnen und Nähen aufmerksam machen, und versäumen doch die Schule nicht.“

<sup>56</sup> Ebenda 184.

Die Grundlage zur Einführung des Industrialunterrichts bildete eine Verordnung Kindermanns, die am 28. Dezember 1780 von der Landesregierung Böhmens verkündet und für alle Volksschulen als verbindlich erklärt wurde. Im Herbst 1781 erschien ein Lehrbuch für die Unterweisung in den 4 Industrialien, das Kindermann unter dem Namen „Industriebüchlein“ an allen Schulen einführt<sup>57</sup>. In diesen Fächern wurden alle Knaben und Mädchen in der Volksschule unterrichtet; auf den Industrialunterricht entfiel die Hälfte aller Schulstunden einer Woche.

Es blieb aber nicht bei den 4 ‚Industrialien‘, die Kindermann eingeführt hatte; die einmal geweckte Begeisterung fand immer neue Mittel und Wege. Wir finden damals die ersten Ansätze zur Entstehung von Koch- und Dienstbotenschulen. Erwähnt wird die Einrichtung einer Schulwerkstätte für Holzbearbeitung an der Kuttenberger Hauptschule, die Einführung eines unentgeltlichen Wiederholungsunterrichtes für Handwerkslehrlinge in den Abendstunden an der Schule in Ronnow und für das Gesinde in den Gegenständen der Volksschule und in der Landwirtschaft auf den Dörfern der Gutsherrschaft Brandeis.

In Horazdiowitz wurde eine ordentliche Ackerbauschule eröffnet, an der Unterricht theoretisch und praktisch erteilt wurde; an der Schule in Grafenstein trat die praktische Unterweisung in der Landwirtschaft in Verbindung mit Erdbeschreibung und Geschichte<sup>58</sup>.

Findet sich nicht in der Erwerbsschule Kindermanns das Kennzeichen des österreichischen beruflichen Schulwesens, die Verbindung von Werkstätte und Theorie in der Schule als Vorbereitung auf den Beruf? Die Industrialschule Kindermanns zeigt alle Merkmale der Berufsfachschule: Sie baut auf die Volksschulpflicht auf, bringt Unterricht in allgemeinbildenden Fächern neben beruflichem Unterricht und fachlicher Unterweisung in der Schulwerkstätte<sup>59</sup>. Daß an diesem Unterricht Kinder im volksschulpflichtigen Alter, meist schon vom 9. Lebensjahr zur Arbeit herangezogen wurden, darf nicht verwundern, da in damaliger Zeit Kinderarbeit erlaubt und keine Seltenheit war.

Um die Jahrhundertwende verschwanden die Industrialschulen in den Sudetenländern wieder — 1808 zählte man nur mehr 35 Arbeitsschulen<sup>60</sup> —, doch hat sich ein Rest davon in dem Namen „Industriallehrerin“ für Handarbeitslehrerin noch bis 1920 erhalten. Kindermanns Arbeitsschule fand Anerkennung und Verbreitung in anderen europäischen Ländern. Vor allem in Rußland entstanden Arbeitsschulen und Spanien holte sich aus Böhmen Sachverständige, um sein Schulwesen zu verbessern<sup>61</sup>. Das Verschwinden der Ar-

<sup>57</sup> Ebenda 192. Unter den 4 Industrialien verstand Kindermann: 1) Flachs-, Baum- und inländische Wollspinnerey, 2) Seidenkultur, 3) Obst- und Gemüsebau und 4) Bienenzucht.

<sup>58</sup> Vgl. ebenda 203f.

<sup>59</sup> Wenn Thyssen 12 meint, daß ein Vorläufer nicht alle Merkmale der Fortbildungsschule aufzuweisen braucht, so läßt sich dies sinngemäß auch auf die Berufsfachschulen anwenden.

<sup>60</sup> Kádner 25.

<sup>61</sup> Wiechowski 204.

beitsschule in Böhmen ist aber auch darauf zurückzuführen, daß der Arbeitsunterricht immer mehr in die Zeit nach der Volksschule verlegt wurde und so zum Entstehen der Berufsfachschulen beitrug.

In diesem Schulzweig blieb Böhmen in Österreich führend. 1806 entstand in Prag die erste technische Lehranstalt, die spätere technische Hochschule. Auf den Besuch der Hochschule sollte die Realschule vorbereiten, die aber erst nach 1837, nach der Gründung der Reichenberger Schule in allen größeren Städten Österreichs Eingang fand. In Reichenberg wurde 1852 die erste Gewerbeschule Österreichs gegründet, in Steinschönau entstand 1855 die erste Glasfachschule. Die Landwirtschaft erhielt 1850 in Tetschen-Liebwerd ihre erste Hochschule, landwirtschaftliche Berufsfachschulen entstanden um die gleiche Zeit in Weißwasser, Kaaden und Chrudim (1862).

Stark gefördert wurde die Verbreitung von Berufsfachschulen durch die Umwandlung der Realschule 1867/68 in eine allgemeinbildende Schule. Gab es 1872 in Österreich-Ungarn nur 11 Berufsfachschulen, so waren es 1874 bereits 82<sup>62</sup>. Es wurden damals gewerbliche Schulen aller Art ins Leben gerufen: Staatsgewerbeschulen, niedere Fachschulen für Bau- und Kunstgewerbe, Schulen für das Maschinenwesen, die chemische Industrie, das Textilgewerbe; Werkmeisterschulen entstanden zur Heranbildung tüchtiger Arbeitskräfte für die gewerblichen und industriellen Betriebe<sup>63</sup>. Damals war auch die Geburtsstunde für jene Schulen, die für die sudetendeutsche Wirtschaft so kennzeichnend und bedeutend waren, die ersten Glas-, Porzellan- und Metallfachschulen, Fachschulen für Holzbearbeitung, Steinbearbeitung, Spitzenklöppelei und Korbflechterei, um nur die wichtigsten Typen zu nennen<sup>64</sup>.

Die bedeutendste Neuschöpfung der Unterrichtsverwaltung in den Jahren 1870—90 war die Staatsgewerbeschule. Sie bildete Fachschulingenieure für Maschinenbau, Hoch- und Tiefbau, Chemie und Elektrotechnik aus. Ausgelöst wurde die Gründung der Staatsgewerbeschule durch die Umwandlung der Realschule. Es fehlte eine höhere Schule, deren Abgänger für den unmittelbaren Eintritt in gehobene, nicht akademische Stellungen in Industrie und Gewerbe ausgebildet waren. Die Staatsgewerbeschule war eine Berufsfachschule mit spezialisiertem Lehrziel für die oben angegebenen 4 Hauptabteilungen. Sie vermittelte eine Allgemeinbildung und baute auf einer Untermittelschule, aber auch auf der Bürgerschule auf. Die praktische Ausbildung erstreckte sich auf Schulwerkstätte und auf eine Tätigkeit in einschlägigen Betrieben. Von 8 im Jahre 1876 gegründeten Staatsgewerbeschulen in Öster-

<sup>62</sup> Keil 16; vgl. auch Kádner 172ff.

<sup>63</sup> Vgl. Kielhauser 176, 190f.

<sup>64</sup> Keil 16 und Kádner 172f.; Kádner gibt als Gründungsjahr 1861 an. Der Name „Fachschule“ darf nicht irreführen. Diese Schulen waren von Anfang an Berufsfachschulen, da sie meist auf der Bürgerschule aufbauten und ihren Schülern Unterricht in allgemeinbildenden Fächern erteilten und sie in Schulwerkstätten zu Facharbeitern für das betreffende Gewerbe ausbildeten. Keil (S. 20) legt dar, daß man im Sudetenland keine Unterscheidung zwischen Fachschule und Berufsfachschule traf. Kádner (S. 172) verwendet den Ausdruck „Skolství Odborné“ = Fachschulwesen, zeigt aber, daß es sich um Berufsfachschulen handelt.

reich-Ungarn wurden 5 in den Sudetenländern errichtet und zwar in Pilsen, Reichenberg, Brünn, Bielitz und Czernowitz, ein weiterer Beweis für die wirtschaftliche und schulische Bedeutung dieser Gebiete<sup>65</sup>.

### *Entwicklung in der Slowakei bis 1918*

Die Entwicklung des beruflichen Schulwesens nahm in der Slowakei als Teil Ungarns bis 1868 den gleichen Verlauf wie in Österreich. Seit dieser Zeit entwickelte sich das ungarische Schulwesen selbständig. Es bildeten sich infolgedessen Unterschiede heraus. Diese sind aber auf dem Gebiete des beruflichen Schulwesens hauptsächlich in der Organisation und in der Bezeichnung für die einzelnen Schultypen festzustellen<sup>66</sup>.

Die 1. österreichische Schulordnung aus dem Jahre 1774 galt auch für Ungarn. Sie erreichte aber niemals die Bedeutung, die sie in Böhmen durch das Wirken von Ferdinand Kindermann erhalten hatte. Aus dem sonntäglichen Wiederholungsunterricht wurde aber auch hier im Laufe des 19. Jahrhunderts die gewerbliche Feiertagsschule = *Fortbildungsschule*. In Kásmark in der Slowakei gab es schon um 1845 eine kaufmännische Sonntagsschule.

Das 1. Ungarische Volksschulgesetz von 1868 brachte für alle Kinder im Alter von 6 bis 15 Jahren die Schulpflicht. Diese gliederte sich in die Elementarschulpflicht vom 6. bis zum 12. Lebensjahr und in die Fortbildungsschulpflicht vom 13. bis zum 15. Lebensjahr. Die Fortbildungsschule in Ungarn entspricht der österreichischen 7. und 8. Volksschulklasse. Die Schüler an einer ungarischen Fortbildungsschule hatten wöchentlich 5—7 Stunden Unterricht, der zunächst meist an Sonntagen, bald aber 2mal wöchentlich an Werktagen je 2 Stunden, der Rest an den Sonntagen gehalten wurde. In eine gewerbliche oder kaufmännische Lehre konnten die Jugendlichen auch nach 1868 schon mit 12 Jahren eintreten. Für die bereits in Lehre stehenden Jugendlichen trat nach 1868 an die Stelle der allgemeinen Fortbildungsschule die Berufsfortbildungsschule. Eine Berufsfortbildungsschule mußten alle Handels- und Gewerbelehrlinge bis zur Vollendung ihres 15. Lebensjahres besuchen und, sofern sie nicht innerhalb dieser Zeit freigesprochen wurden, auch darüber hinaus. Die Pflicht zur Errichtung der Lehrlingsschulen fiel, sobald die Zahl der Lehrlinge 50 an einem Orte erreicht hatte, der betreffenden Gemeinde zu. In kleineren Gemeinden wurden daher nur allgemeine Fortbildungsschulen unterhalten, während die größeren Gemeinden bald zu den fachlich gegliederten Schulen übergehen konnten. Zuerst waren es auch hier die Kaufleute, die für ihre Lehrlinge eigene Schulen anstrebten, deren Ausbildung über das Lehrziel der allgemeinen Berufsfortbildungsschule hinaus-

<sup>65</sup> Keil 16, 17; Kádner 172 ff. gibt für das Jahr 1876 9 Gründungen von Staatsgewerbeschulen an; an tschechischen Schulen wurden 1882 eine in Prag, 1885 in Brünn und Pilsen errichtet.

<sup>66</sup> Alle Angaben dieses Kapitels entnommen Schack, Bela: Das kommerzielle Bildungswesen in Ungarn. Wien 1913, S. 35 ff. Vgl. dazu die Angaben über die entsprechenden Schultypen Österreichs in dieser Arbeit.

ging. Der Organisationsplan von 1872 für das berufliche Schulwesen brachte für die Handelslehrlinge gesonderte Sonntags- oder Abendschulen. Der Organisationsplan von 1884/85 führte für diese Schulen die Bezeichnung Handelsschulen niederen Grades ein. Bemerkenswert ist die Bestimmung, daß ein Jugendlicher immer noch bereits mit 12 Jahren Handelslehrling werden konnte. Die Zahl der Unterrichtsstunden wurde auf 7 festgesetzt und eine Gemeinde verpflichtet, bei mehr als 20 kaufmännischen Lehrlingen eine niedere Handelsschule zu errichten. Die Verordnung von 1893 brachte abermals Änderungen: Der Name für diesen Schulzweig lautete jetzt Handelslehrlingschule; die Schulzeit umfaßte 3 Jahre; in jedem Jahrgang wurde in 7 Wochenstunden 10 Monate lang unterrichtet.

Die Entwicklung des *Handelsschulwesens* in Ungarn lief bis 1868 parallel zu der in Österreich. Als Vorläuferin der ungarischen Handelsschulen bezeichnet Schack die im Jahre 1779 von Johannes Teschedik gegründete wirtschaftliche und Gewerbeschule, in der sich erwachsene Schüler unter anderem auch kaufmännische Kenntnisse, Technologie, allgemeine Wirtschaftslehre und Buchhaltung aneignen konnten. Maßgebend für die Entwicklung in Ungarn wurde die Budapester Sonntagsschule für Handelslehrlinge von Julius Emanuel Bibancos, die später von seinem Schüler Hampel übernommen und zu einer Handelsschule ausgebaut wurde. Der erste Organisationsplan von 1872 unterschied außer der Sonntagsschule für Lehrlinge die dreiklassige Handelsmittelschule und Handelsschulen höheren Grades. Bis 1884 wurden gemäß diesem Organisationsplan in Ungarn 9 höhere und 20 niedere Handelsschulen errichtet. In der Slowakei lagen davon nur 4 Handelslehrlingsschulen und zwar in den Städten Käsmark (1845), Großsteffelsdorf (1865), Kaschau (1870), Munkacs (1883), also in Städten mit überwiegend deutscher Bevölkerung.

Eine Sonderheit des ungarischen Handelsschulwesens stellten die in Verbindung mit den sechsklassigen Bürgerschulen errichteten höheren Handelsschulen dar. Diese Möglichkeit wurde im Organisationsplan von 1884 festgelegt: „In Verbindung mit Bürgerschulen können auch Handelsfachkurse errichtet werden. Die dort unterrichteten Schüler haben die 6 Klassen der Bürgerschule abzuschließen und können nebenbei in Verbindung mit dem dort mitgeteilten allgemeinen Lehrstoff die für das Handelsfach nötigen Kenntnisse in dem Maße erlernen, als diese in den Handelsmittelschulen möglich sind.“

Ab 1885 konnten die V. und VI. Klasse Bürgerschule als 1. und 2. Jahr einer Handelsschule eingerichtet werden, auf die sich dann noch eine 3. Handelsschulklasse aufbaute. Diese Ordnung trug sehr zur Verbreitung der höheren Handelsschulen bei; man ersparte sich die Neueinrichtung von Handelsschulen, wo schon Bürgerschulen bestanden. Bis 1912 zählte man 18 derartige Institute, die den höheren Handelsschulen gleichgestellt wurden.

Die aus Österreich übernommene Bezeichnung „Handelsakademie“ für die höhere Handelsschule wurde nach 1895 verboten. Alle derartigen Anstalten hatten nun nur noch den Namen höhere Handelsschule zu führen. Die Bezeichnung „Akademie“ war von da an in der Slowakei hochschulartigen Einrichtungen vorbehalten, von denen es über den Handelsschulen 4 gab, davon

eine in Preßburg. Diese Handelsakademien waren zweijährige Kurse, die aber nicht einer österreichischen Handelshochschule entsprachen, sondern eher mit den Abiturientenkursen Österreichs zu vergleichen waren. Die höheren Handelsschulen Ungarns hatten ähnlich wie die in Österreich bis 1913 3 Klassen, die sich an 4 Klassen Mittelschule oder 4 Klassen Bürgerschule anschlossen. Ab 1913 sind sie vierklassig.

Bemerkenswert ist das Fehlen einer Zwischenform zwischen den Handelslehrlingsschulen und den höheren Handelsschulen, die der Stellung und den Aufgaben der österreichischen zweiklassigen Handelsschule gerecht geworden wäre. Sie wurde ersetzt durch die 5. und 6. Klasse Bürgerschule, in denen neben den allgemeinbildenden Fächern kaufmännisches Rechnen, Technologie und Teile der Rechtskunde unterrichtet wurden. Aus den Bürgerschulen konnten die Jugendlichen aber auch ohne den handelsschulartigen Aufbau, wie er oben dargestellt wurde, in den mittleren kaufmännischen Dienst aufgenommen werden.

Für Mädchen gibt es ab 1891 einjährige Handelsfachkurse zu je 13, später 18 Wochenstunden in zehnmonatiger Schulzeit. Sie sollten „diejenigen hauptsächlich Handelsfach- und Kontorkenntnisse und diejenigen praktischen Fertigkeiten vermitteln, deren die Frauen im Leben als Buchhalterinnen, Kassierinnen, Korrespondentinnen, und andere Handelsangestellte oder als Familienmitglieder in der Vertretung des Vaters oder des Gatten oder auch im Haushalt bedürfen“.

Außer den Handelsschulen gab es auch vierjährige *Gewerbe- und Landwirtschaftsfachschulen*, die später den Namen Fachmittelschulen trugen. Sie bauten entweder auf der Bürgerschule oder den ersten Klassen der Mittelschule auf und bereiteten auf das Hochschulstudium vor. In den Lehrplänen aller Fachschulen wurde großes Gewicht auf die Allgemeinbildung gelegt<sup>67</sup>.

#### *Die Zeit der Tschechoslowakischen Republik (1918—1938)*

In allen Nachfolgestaaten der Donaumonarchie ging man gleich 1918 daran, alles das abzuschaffen, was an Österreich-Ungarn erinnerte. Eine Einrichtung wurde nahezu ausnahmslos in allen Staaten beibehalten: das österreichische Schulsystem, „das sie längst mit ihrem Geiste erfüllt hatten und als ihr völkisches Eigentum betrachteten. Regierungssysteme wechselten in diesen Nachfolgestaaten, aber das anpassungsfähige Schulwesen blieb in seinen klaren, übersichtlichen und bewährten Elementen bestehen. Diese Bewährung umfaßt heute bereits einen Zeitraum von nahezu 90 Jahren. Welche politischen, geistigen, wirtschaftlichen, technischen Umwälzungen gab es doch in dieser Zeit! Ihnen allen hat sich dieses Schulwesen angepaßt, so wie ein gesunder Organismus in jeder Lebenslage neue Abwehr- und Aufbaukräfte bereitstellt<sup>68</sup>.“

<sup>67</sup> Herder: Lexikon der Pädagogik. Band 4, Stichwort Ungarn.

<sup>68</sup> Keil 40; zur Entstehung der Tschechoslowakei vgl. Hantsch 559 f.

In Einzelheiten machte die „Ent-Österreicherung“ nach 1918 in der Tschechoslowakei auch vor dem Schulwesen nicht halt. Das zeigte sich besonders dort, wo sich die Tschechen den Deutschen gegenüber in ihrem Staate benachteiligt fühlten. Das wirkte sich vorwiegend auf dem Gebiete des Grundschulwesens aus, wo man etwa 3000 deutsche Volks- und Bürgerschulklassen schloß. Das deutsche berufliche Schulwesen wurde durch die Schließung von einigen deutschen Spitzenklöppelschulen betroffen; die bis 1918 deutsche Bergbauschule in Příbram wurde nunmehr tschechisch. Bemühungen der Deutschen um eine Handelshochschule in Aussig gingen nie in Erfüllung<sup>69</sup>.

Von diesen Einzelfällen abgesehen entwickelte sich das berufliche Schulwesen in der ersten tschechoslowakischen Republik auf der gleichen Linie weiter, die ihm schon in Österreich-Ungarn gegeben worden war. Seine Eigenart und seine besonderen Merkmale zeigten sich schon um die Jahrhundertwende: Der theoretischen Vorbildung in einer Tagesschule vor Eintritt in den Beruf wurde der Vorzug gegenüber der geringeren Ausbildung durch die Fortbildungsschule während der Lehrzeit gegeben. Der Unterricht erstreckte sich daher in allen Zweigen des beruflichen Schulwesens auf Unterricht im Klassenzimmer und Unterweisung in der Schulwerkstätte, den Laboratorien und Übungskontoren. Daraus ergibt sich, daß schon seit 1900 in Österreich-Ungarn von allen beruflichen Schulen der Berufsfachschule die größte Bedeutung zukam<sup>70</sup>.

Das Jahr 1918 brachte also keine neuen Formen in den beruflichen Schulen, sondern eine gesetzliche Regelung, die für die ganze Republik galt. In der Slowakei wurden die Schulen an den Stand in den Sudetenländern angeglichen. Es wurden hier wieder die Bezeichnungen „Handelsakademie“ für höhere Handelsschule, „kaufmännische Fortbildungsschule“ für Handelslehrlingsschule eingeführt. Die Zahl der beruflichen Schulen in der Slowakei wurde entsprechend dem wirtschaftlichen Aufschwung erhöht. Im einzelnen zeigte das berufliche Schulwesen in der Ersten Tschechoslowakischen Republik folgendes Bild.

Der Krieg hatte die Zahl aller *Fortbildungsschulen* bis auf 40% des Vorkriegsstandes zum Verschwinden gebracht. Nach 1918 nahm sich der Staat dieses Schultyps an. Am meisten wurde das landwirtschaftliche Schulwesen gefördert, das bis auf die landwirtschaftlichen Hochschulen dem Landwirtschaftsministerium unterstellt wurde. Im Schuljahr 1927/28 zählte man 272 Ackerbauschulen mit rund 40 000 Schülern.

1929 wurde in Prag der Abend- und Sonntagsunterricht an den Fortbildungsschulen aufgehoben und durch Unterricht an einem Werktag ersetzt.

<sup>69</sup> Keil 18; Sudetendeutsches Jahrbuch (1925) 221; Jahrbuch (1937) 220 ff., 233 ff.; vgl. auch Kádner 197 f.

<sup>70</sup> So besuchten 1892 in Österreich 3800 Schüler die Handelsakademien, 7600 Schüler eine zweiklassige Handelsschule und nur 7000 Schüler die kaufmännische Fortbildungsschule; Zahlen bei Dlabáček-Gelcich. Das gleiche berichtet auch Schack: 1912 standen 54 höheren Handelsschulen in ganz Ungarn nur 108 Handelslehrlingsschulen gegenüber.

Ein vorläufiger Erlaß von 1930 setzte die Dauer des Unterrichts an den allgemeinen Fortbildungsschulen auf 2 Jahre, für die fachlich gegliederte Schule auf 3 Jahre fest. Zum Besuch einer Fortbildungsschule waren alle Lehrlinge, Knaben und Mädchen, verpflichtet, die im Umkreis von 6 km zum Schulort in Arbeit standen<sup>71</sup>.

Der Verein zur Förderung des deutschen Fortbildungsschulwesens in der tschechoslowakischen Republik stellte 1930 folgende Leitsätze für den Ausbau der gewerblichen Fortbildungsschule auf: „1. Ausdehnung der Schulpflicht auf die jugendlichen Hilfsarbeiter aller gewerblichen und Fabriksbetriebe wie in Deutschland. 2. Einführung des Unterrichts an einem Wochentag. 3. Beistellung von eigenen Räumen und Gebäuden für Fortbildungsschulen. 4. Errichtung von Schulwerkstätten, Schaffung von Lehrlingsheimen und -horten. 5. Verminderung der Schülerzahl durch Parallelisierung von Klassen von 40 auf 30<sup>72</sup>.“

Diese Forderungen wurden bis 1938 im großen und ganzen in der gesamten Republik verwirklicht. Die Fortbildungsschule gliederte sich in eine allgemein gewerbliche Fortbildungsschule an Orten, an denen eine fachliche Fortbildungsschule aus Mangel an genügend Schülern nicht in Frage kam. Die wichtigste fachliche Fortbildungsschule war die kaufmännische, die an Orten mit Handelsschule oder Handelsakademie an diese angeschlossen war. Der Besuch der Fortbildungsschule war Pflicht für alle nach 8 Klassen Volksschule entlassenen Lehrlinge des Kleinhandels, Handwerks und der Kleingewerbe<sup>73</sup>.

Der Verband der deutschen Handelsschullehrer stellte 1930 folgende Grundsätze auf:

„1. Die Lehrplanreform aller Schularten hat grundsätzlich das gesamte Bildungswesen, einschließlich der freien Bildungsarbeit als eine organische Einheit anzusehen, besonders dann, wenn die Schulen im Verhältnis von Vorbereitungs- und Weiterbildungsschulen stehen. Diese Fachschulen sind dem Unterrichtsministerium und nicht den einzelnen Fachministerien zu unterstellen.

2. Die Lehrpläne der einzelnen Schularten müssen ein klar herausgearbeitetes Bildungsziel zur Grundlage haben, auf das die einzelnen Fächer nach Stoffgehalt und Methode einzustellen sind, unter Wahrung der organischen Einheit des Unterrichtsbetriebes.

3. Es ist grundsätzlich eine Zusammenarbeit aller Beteiligten anzustreben. Die Schulen müssen organischer als bisher dem Leben eingegliedert werden, d. h. die Eltern und die Praxis sollen ebenso zu einträchtiger Arbeit mit den Schulorganen geführt werden, wie die Unterrichtsbehörden grundsätzlich alle Reformen in vollem Einvernehmen mit der Lehrerschaft durchführen sollen<sup>74</sup>.“

<sup>71</sup> Zahlen bei Kádner 180 f.

<sup>72</sup> Zitiert nach Pohl, Rudolf: 30 Jahre Deutsche Pestalozzi Gesellschaft. Erscheinungsort und -jahr unbekannt, S. 5.

<sup>73</sup> Vgl. Deutsche Handelsschulwarte. Jg. 1926, Nr. 1 und Jg. 1939.

<sup>74</sup> Pohl 6.

1931 gab das Staatsministerium für Schulwesen und Volkskultur, dem das gesamte Schulwesen unterstand, neue Lehrpläne für die *Handelsakademien und zweijährigen Handelsschulen* heraus, in denen die Vorschläge des deutschen Lehrervereins verwirklicht wurden.

Die Handelsakademie war eine öffentliche Lehranstalt, in die Absolventen der Untermittelschule und der Bürgerschule eintreten konnten. Sie hatte 4 Klassen und berechnete nach erfolgreichem Abschluß zum Besuch der Handelshochschulen.

Die zweijährige Handelsschule war staatlich und verdrängte die privaten Handelsschulen, von denen es noch 1914 44 gegeben hatte. Handelsschule und Handelsakademie ersetzten die Lehrzeit, die Absolvierung der Handelsakademie dazu noch ein Jahr Gehilfenzeit im Handelsgewerbe<sup>75</sup>.

Bei den übrigen *gewerblichen Berufsfachschulen* unterschied man niedere und höhere Schulen. Sie bauten auf der Bürgerschule auf und ersetzten ebenfalls die für das betreffende Fach vorgeschriebene Lehrzeit. Die höheren Berufsfachschulen waren meist vierklassig; es gab auch sechsklassige Typen. Die wichtigste Schule dieser Art wurde die Staatsgewerbeschule. Sie behielt ihre Form, die ihr vor 1918 in Österreich gegeben wurde<sup>76</sup>. Für die Landwirtschaft entstanden vierklassige höhere Landwirtschaftsschulen<sup>77</sup>.

Die wichtigste Maßnahme, die die erste tschechoslowakische Republik für das berufliche Schulwesen gebracht hatte, scheint mir die Verstaatlichung zu sein. Außer dem Staat waren öffentlich rechtliche Körperschaften Schulträger. Die nichtstaatlichen Schulen wurden von einem Kuratorium verwaltet, in dem der Staat, die Handelskammer, die Gemeinde, die ortsansässige Industrie, die Gewerkschaft, der Direktor und die Lehrerschaft der Schule vertreten waren. Die Schullasten der staatlichen Schulen waren, wie bei den allgemeinbildenden Schulen, so verteilt, daß der Staat für den Personalbedarf, die Gemeinden für den Sachbedarf, aufzukommen hatten. Die Lehrer waren auch an nichtstaatlichen Anstalten Staatsbeamte. Bei diesen Schulen schlug das Kuratorium zur Besetzung von Lehrerstellen dem Ministerium drei Bewerber vor, aus denen einer gewählt und vom Staate ernannt wurde<sup>78</sup>.

Das Ministerium für Schulwesen und Volkskultur erließ Einheitslehrpläne und einheitliche Schulordnungen, die alle inneren Schulangelegenheiten wie Lehrerkonferenzen, Ausflüge, Verteilung der schriftlichen Arbeiten, das Führen von Klassenbüchern und Zensurenlisten sowie die Berichte an Eltern und Behörden regelten. Auch die Lehrmittel mußten in der ganzen Republik einheitlich geführt werden. Dazu gab das Ministerium Listen aus, auf denen die vorgesehenen Bücher aufgeführt waren. Der Lehrerrat jeder Schule hatte dann freie Wahl, welche der vorgeschlagenen und genehmigten Bücher er einführen wollte<sup>79</sup>.

<sup>75</sup> Deutsche Handelsschul-Warte Jg. 1926, Nr. 1; Jg. 1929, Nr. 18. Vergleiche auch die Stundentafeln der kaufmännischen Schulen auf S. 279 dieser Arbeit.

<sup>76</sup> Deutsche Handelsschulwarte. Jg. 1929, Nr. 18.

<sup>77</sup> Kádner 180.

<sup>78</sup> Deutsche Handelsschulwarte. Jg. 1929, Heft 18.

<sup>79</sup> Ebenda Jg. 1926, Nr. 1 und Jg. 1937.

Alle Neuerungen bewegten sich auf dem Boden der ehemaligen österreichischen Schulordnungen und bildeten eine Weiterführung dieser Linie, ein Vertiefen und Ausbauen in der angegebenen Richtung.

### *Umgestaltungen in der Zeit von 1938—1945*

Nach dem Anschluß des Sudetenlandes an das Deutsche Reich im Oktober 1938 schien es zunächst, als sei das Ende des bisherigen Schulwesens gekommen. Die geplante Vereinheitlichung des gesamten Schulwesens in allen Gauen des Reiches mußte für ein so differenziertes und fortschrittliches Schulwesen wie das des Sudetenlandes besonders hart sein. Das sudetendeutsche Schulwesen war von der geplanten Angleichung an die Verhältnisse im Reich mehr betroffen, als das in gleicher Weise aufgebaute Schulsystem der Tschechen und Slowaken. Die Sudetendeutschen lebten jetzt in einem Reichsgau, während die Tschechen im 1939 errichteten Protektorat Böhmen und Mähren und die Slowaken in der nunmehr selbständigen Slowakei ihre Schulautonomie weitgehend behielten. Das berufliche Schulwesen im Protektorat Böhmen und Mähren blieb also unverändert, wurde aber von der deutschen Verwaltung nicht gefördert<sup>80</sup>.

Die Vereinheitlichung des Schulwesens im gesamten Deutschen Reich bedrohte also vor allem das berufliche Schulwesen des Sudetenlandes. Der Nationalsozialismus nahm sich vor allem deshalb in besonders starkem Maße der Berufserziehung an, weil die Erziehung zur Arbeit und die Arbeit selbst im Mittelpunkt seiner Ideologie standen. „Für uns Nationalsozialisten ist auch die Berufserziehung in höherem Maße Gemeinschaftswerk. Die Berufserziehung dient einzig und allein unserem Volk.“ Besonderer Wert wurde auf die Ausbildung im Betrieb gelegt. „Rein fachlich gesehen, werden wir zu einem lückenlosen Leistungsaufbau . . . allerdings erst dann gelangen können, . . . wenn die praktische Berufsausbildung in der Lehrzeit, der gleichgestaltete Berufsschulunterricht und auch die ergänzende Erwachsenenbildung durch die deutsche Arbeitsfront ein geschlossenes Ganzes bilden.“ „Berufs-, Wirtschafts- und Wirtschaftsoberschulen müssen zu einem Spiegelbild der Praxis hinüberleiten“<sup>81</sup>.

Diese Auffassung vom Erziehungsziel der beruflichen Ausbildung ließ sich mit dem im Sudetenland vorhandenen Schulsystem, das der rein schulmäßigen Berufsausbildung den Vorrang vor einer Ausbildung durch die Praxis gab, nicht vereinbaren. Das Berliner Reichserziehungsministerium wollte daher die Bürgerschule in eine deutsche Mittelschule verwandeln, die Staatsgewerbeschulen, die Handelsakademien, viele Textilschulen und andere Berufsfachschulen aufheben. Der Schulverwaltung des damaligen Reichsgaues Sudetenland gelang es jedoch, die Durchführung des Planes zu verhindern. Der

<sup>80</sup> Keil 19.

<sup>81</sup> Zitate aus Huyer, Erich: Die landwirtschaftlichen Fachschulen. (Der sudetendeutsche Erzieher. Heft 1, 1939.)

Reichsstatthalter hatte erkannt, daß ein Verzicht auf diese bewährten Schulformen und die Einführung der reichsdeutschen Schulgattungen für die nationalsozialistische Parteiführung in dem neuen Gebiete eine untragbare Belastung dargestellt hätte. Deshalb wurde das gesamte Schulwesen in der bisherigen Art beibehalten, nur die Namen geändert und denen der vergleichbaren Schultypen im Altreich angepaßt<sup>82</sup>.

Die *Fortbildungsschule* erhielt den Namen Berufsschule. Die Lehrer an diesen Schulen waren Reichsbeamte. Die Schullasten blieben nach wie vor geteilt: den Sachaufwand trugen die Kreise und kreisfreien Städte, die Personalkosten übernahm das Reich. Angestrebt wurde die Verbreitung der fachlich gegliederten Berufsschule, die, wenn nicht anders möglich, doch wenigstens in jeder Kreisstadt für den ganzen Kreis eingerichtet werden sollte. Auf dem Lande löste die ländliche Berufsschule die frühere allgemeine Fortbildungsschule ab. Gleichzeitig führte man die praktische Lehre auf dem Bauernhof ein. Während die fachlichen, gewerblichen Berufsschulen von den Lehrlingen durchwegs drei Jahre lang besucht werden mußten, erstreckte sich der Besuch der landwirtschaftlichen Lehrlinge in der ländlichen Berufsschule nach wie vor auf zwei Jahre.

Die *Handelsschulen aller Art* mußten ihren Namen ändern: aus der Handelsschule wurde die Wirtschaftsschule; aus der Handelsakademie die Wirtschaftsoberschule. Über die neue Aufgabenstellung der Handelsakademie heißt es in einem Aufsatz: „Wenn auch der Handelsakademiker künftig während der Ferienmonate oder besser zwischen je zwei Schuljahren eine für ihn lehrreiche Praxis im Betriebe wird durchmachen müssen, so wird sein Berufsbild als zukünftiger Wirtschaftsleiter oder selbständiger Unternehmer maßgeblich durch die Schule und das Führungsbeispiel seiner Lehrer geformt werden. Schon für die nächste Zukunft wird sich auf dem Gebiete der Wirtschaft der wahrhaft nationalsozialistisch handelnde und vor allem so denkende Mensch allgemein durchsetzen und damit die restlose Freiheit unserer Volkswirtschaft garantieren. Auf der ganzen Front muß und wird ein Wirtschaftsführertum herangezogen werden, das zum Wohle unserer ganzen Volksgemeinschaft alle wirtschaftlichen Fragen ebenso selbstverständlich lösen wird, wie dies auf dem Gebiete der Politik geschehen ist<sup>83</sup>.“ Der Lehrplan der Handelsschulen wurde vor allem durch die Einführung einer mehrwöchigen Kaufmannspraxis, die in den Ferien abgeleistet werden konnte, erweitert. An wirtschaftlich wichtigen Orten, an denen schon längst ein Mangel an Ausbildungsmöglichkeiten spürbar war, wurden neue Handelsschulen gegründet. So entstanden in Eger, Saaz, Trautenau, Troppau Wirtschaftsoberschulen, in Eger, Müglitz und Jägerndorf Wirtschaftsschulen.

Auch an allen übrigen sudetendeutschen *Berufsfachschulen* wurden längere Praxiszeiten für die Schüler eingeführt, um diese Schule den reichsdeutschen

<sup>82</sup> Keil 19.

<sup>83</sup> Alle Ausführungen dieses Kapitels lehnen sich an Wasgestian, Hugo: Die berufsbildenden Schulen im Sudetengau seit der Befreiung. (Der sudetendeutsche Erzieher. Heft 1, 1939.)

Fachschulen anzugleichen. Die Ausbildung zum Fachschulingenieur an den Staatsgewerbeschulen wurde durch eine einjährige praktische Tätigkeit in dem entsprechenden Gewerbe von bisher vier Jahren auf nunmehr fünf Jahre verlängert. Man konnte an den Staatsgewerbeschulen nach mindestens einjähriger Praxis, Aufnahmeprüfung und einem anschließenden sechssemestrigen Studium ebenfalls zum Fachschulingenieur ausgebildet werden. Diese Regelung machte die Werkmeisterschulen überflüssig, die eine mittlere gewerbliche Schule gewesen waren und eine längere praktische Tätigkeit vor der Schule vorgesehen hatten. Die Werkmeisterschulen an den Bauschulen wurden ebenfalls aufgelassen, nachdem an ihnen ein 2. Bildungsweg mit mindestens achtzehnmonatiger Praxis eingeführt worden war<sup>84</sup>.

Auch das *landwirtschaftliche Schulwesen* wurde neu geordnet und dem im Deutschen Reich angepaßt. Die Neuregelung der ländlichen Berufsschule wurde schon dargestellt. Die weitere Ausbildung der Jungbauern und Jungbäuerinnen wurde in der Landwirtschaftsschule fortgesetzt, die ihre Absolventen in die höhere Landbauschule bzw. Landfrauenschule entließ, die zum staatlich geprüften Landwirt führten. Die höhere Landbauschule sollte dem künftigen Leiter mittlerer und größerer Wirtschaften in verhältnismäßig kurzer Zeit eine ausreichende theoretische Fachbildung vermitteln. Voraussetzung für ihren Besuch war ein Mindestalter von 20 Jahren, Obersekundareife, mittlere Reife oder Absolvierung einer Landwirtschaftsschule mit „gut“.

Die schon bestehenden landwirtschaftlichen Fach- und Berufsfachschulen blieben erhalten und wurden zum Teil in die entsprechenden neuen Formen umgewandelt.

#### *Das berufliche Schulwesen in der Tschechoslowakei nach 1945*

Der Zusammenbruch des Dritten Reiches in den Maitagen des Jahres 1945 brachte für den sudetenländischen Raum große Veränderungen. Die Tschechen und Slowaken erhielten ihre nationale Freiheit und vertrieben die Deutschen, um endlich zu dem schon 1918 angestrebten Nationalstaat zu gelangen. In den frei werdenden Raum und in die Besitzungen der Deutschen rückten nun die Tschechen ein. Die Sudetendeutschen hatten in ihrem Siedlungsgebiet, das kargen Boden, dafür reiche Bodenschätze aufwies, eine vielgestaltige Industrie geschaffen<sup>85</sup>. Diese fortzuführen, fehlte es den Tschechen vielfach an geeigneten Arbeitern und Betriebsleitern. Man hatte daher einen Teil der deutschen Facharbeiter und Betriebsleiter zurückbehalten, die die neuen tschechischen Führungskräfte in die industrielle Erzeugung der übernommenen Betriebe einzuweihen hatten. Der gleiche Mangel an geeigneten Kräften zeigte sich auch bei den Berufsfachschulen, die der Ausbildung des Nachwuchses in

<sup>84</sup> Aufgaben und Ziel der Werkmeisterschulen vgl. Kielhauser 191 f.

<sup>85</sup> Über die Bedeutung der sudetendeutschen Industrie vgl. das Handbuch „Sudetenland“. Kitzingen 1954, S. 149 ff.; Blau, Josef: Landes- und Volkskunde der tschechoslowakischen Republik. Reichenberg 1927, S. 298 ff.

den vielgestaltigen und zum Teil einmaligen Industriezweigen der sudeten-deutschen Wirtschaft gedient hatten. Ein Teil dieser Schulen wurde aufgehoben, da die Berufszweige, für die sie geschaffen worden waren, durch die Vertreibung der Deutschen verkümmerten.

1948 gelang es den kommunistischen Kräften des Landes, die Tschechoslowakei zu einer Volksdemokratie umzugestalten, die in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht vollständig von der Sowjetunion abhängig wurde.

Die Ordnung einer Volksdemokratie vertrug sich nicht mit einem Schulwesen, das wie das alte System soziale Unterschiede schuf<sup>86</sup>. „In einem Lande, in dem 95% der Industrie verstaatlicht wurden, verstand sich eine grundlegende neue Beziehung zwischen Erziehung und Beruf von selbst. Zunächst galt es die noch immer vorherrschende Klassentrennung aufzuheben, die durch das überkommene Schulsystem geschaffen worden war.“

Noch 1948 besuchte nur ein sehr geringer Prozentsatz der Schüler von 11 bis 14 Jahren die Volksschule, ein weit größerer Teil aber die Bürgerschule und gegenüber 1927 die doppelte Anzahl von Kindern dieser Altersstufe die höhere Schule. Dabei wurden aus Kreisen der „Intellektuellen 81,9% aller Jungen und Mädchen in die höhere Schule gesandt, was sich natürlich nicht mit der Idee einer Volksdemokratie vereinbaren läßt, in der der Arbeiter in der Gunst der sozialen Gerechtigkeit entscheidet“. Gegen dieses Klassensystem, das noch durch die Schule gefördert wurde, gab es nur ein Mittel: die Einführung der Einheitsschule. Sie wurde im Schulgesetz von 1948 verwirklicht.

Die Einheitsschule erfaßte seither alle Jugendlichen im Alter von 3 Jahren bis zu 24 Jahren. Sie besteht aus einer Mutterschule für Kinder im Alter zwischen 3 und 6 Jahren, dann folgt die Schule der ersten Stufe von 6—11 Jahren, eine 2. Stufe von 11 bis 15 Jahren und eine 3. Stufe von 15 bis 19 Jahren. Auf der 3. Stufe unterscheidet man eine allgemeinbildende Erziehung, eine Berufserziehung und die Pflichtuniversität mit allen Fakultäten der reinen und angewandten Wissenschaften.

Die Staatsregierung behielt sich vor, den Besuch der Mutterschulen für Kinder ab 5 Jahren zur Pflicht zu machen. Die an die Mutterschule anschließende 1. und 2. Stufe (für Kinder im Alter von 6—15 Jahren) ist für alle Kinder ohne Ausnahme Pflichtschule. Die Unterstufe, ähnlich der bisherigen Volksschule hat 5 Klassen, die darauf aufbauende Mittelschule — sie ähnelt der bisherigen Bürgerschule — hat 4 Klassen, so daß alle Kinder 9 Jahre lang die gleiche Schule durchlaufen. Neben dem Schulunterricht verlangt der § 32 des Schulgesetzes von 1948 für die Schüler in der Mittelschule jährlich eine vierwöchige Arbeitsleistung in verschiedenen Wirtschaftszweigen.

<sup>86</sup> Alle Ausführungen dieses Kapitels sind teils wörtlich, teils sinngemäß entnommen: Pňihoda, Václav: Czechoslovakia. In: Yearbook of Education (London 1954) 507—523. Vgl. ferner: Die Tschechoslowakei nach 1945 in Karten und Zahlen. Hrsg. vom Johann Gottfried Herder-Institut. Marburg 1954; Zehn Jahre neue Tschechoslowakei. Zugest. von Dvořáček, Jaroslav - Novák, Antonín. Prag 1955.

Erst nach dem 15. Lebensjahr, also nach dem 9. Schuljahr, folgt auf der 3. Schulstufe eine Trennung des Unterrichtes nach Begabung und Neigung der Schüler. Es gibt vier Schularten, in die die Schüler aufgenommen werden können:

1. Die Berufsschule ist Zwang für alle Fünfzehnjährigen, die nicht eine der anderen Schulen der 3. Stufe besuchen. Die Berufsschule umfaßt drei aufsteigende Klassen, so daß die Schulpflicht in der heutigen Tschechoslowakei auf jeden Fall bis zum 18. Lebensjahr jedes Staatsbürgers dauert. Ähnlich wie in der Berufsschule vor 1948 werden auch hier die Lehrlinge nur tageweise unterrichtet; dabei gibt es für einzelne Industriezweige wöchentlich bis zu 16 Wochenstunden Unterricht. In anderen Industriezweigen wird der Unterricht zusammenhängend in 3 Monaten in der 1. und 2. Klasse, in der letzten Klasse in 4 Monaten täglich gegeben.

2. Schulen für Spezialberufe, wie Keramiker, Goldschmiede, Kaufleute, die 2 oder 3 Klassen haben, sind Fachschulen.

3. Höhere berufliche Schulen für die Landwirtschaft, die Industrie, den Handel, das Transportwesen sind als Berufsfachschulen eingerichtet. Sie haben mindestens 4 aufsteigende Klassen, deren Zahl bis auf 5 erhöht werden kann.

4. Die Gymnasien sind allgemeinbildende Schulen mit 4 aufsteigenden Klassen. Ihre Hauptaufgabe ist es, die Schüler auf den Besuch der Hochschulen und Universitäten vorzubereiten.

Das Gesetz bestimmt ferner: 1. Alle Schulen sind staatlich. 2. Alle Schulen haben Koedukation. 3. An keiner Schule auch nicht an der Universität wird Schulgeld erhoben.

„Dieses einheitliche und gutabgestimmte System repräsentiert das demokratische Erziehungswesen, wie es von Johann Amos Comenius in seiner *Didacta magna* gefordert wurde. Neun Jahre Vollschule der gleichen Art und drei Jahre mindestens zeitweise Erziehung auf verschiedenen Gebieten stehen in der Tschechoslowakei nicht nur auf dem Papier, sondern sind eine Wirklichkeit. In Bezug auf Universität und demokratische Gleichheit ist das tschechoslowakische Erziehungswesen einzigartig in der Welt von heute.“

„Die neue Generation der ganzen Nation geht durch die gleiche Schule. Sie ist nur der internen Auslese unterworfen, die sich durch den Erfolg in den verschiedenen Fächern zeigt. Nur ‚Schultod‘ hält die Kinder davon ab, die gemeinsame Erziehung nach neun Schuljahren zu beenden.“ Die Einheitschule verlangt auch ein neues Bildungsziel, das sich in vielfach erheblichen Änderungen des Lehrplanes ausdrückt.

Um nun den Jugendlichen den Beruf ergreifen zu lassen, der für ihn am geeignetsten erscheint, übertrug man dem tschechoslowakischen Amt für Arbeit die Lenkung der Berufswahl. Es hat bei der Beratung gleichzeitig auf den Bedarf der einzelnen Wirtschaftszweige an Nachwuchskräften zu achten. Die Jugendlichen werden im 9. Schuljahr von Beamten des Institutes für Arbeit beobachtet und auf ihre Fähigkeiten und Charaktereigenschaften getestet. Entscheidend für die spätere Berufslaufbahn soll nur die Begabung, nicht aber Ansehen, Stellung und Vermögen der Eltern sein.

Junge Leute, deren Eignung man im entscheidenden 9. Schuljahr nicht erkannt hat, haben, wenn sie später noch besondere Begabung und Fähigkeiten entwickeln, die Möglichkeit, auch ohne Besuch der Gymnasien an der Hochschule oder Universität zu studieren. Auch aus der großen Zahl von Werkschulen, die einen Teil des Schulwesens auf der 3. Stufe darstellen, können Jugendliche bei entsprechender Leistung nach Ablegen von Prüfungen an Hochschulen aufgenommen werden und in ihrem Fach weiterstudieren. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß 75 % der Jugendlichen mit 15 Jahren zur Arbeit in die Landwirtschaft, in die Fabriken und den Handel gehen und dabei die Berufsschule mit 3 Jahresklassen besuchen. 25 % der tschechoslowakischen Jugend verbleibt in den Vollschulen. Dabei werden rund 20 % in Berufsschulen für Spezialberufe oder in Berufsfachschulen mit vier bis fünf Klassen für verantwortungsvollere Posten in Landwirtschaft, Industrie, Verwaltung, Handel und Sozialbetreuung ausgebildet. Nur die restlichen 5 % aller fünfzehnjährigen jungen Leute werden in allgemeinbildenden Schulen auf das Universitätsstudium vorbereitet.

Am 24. April 1953 wurde ein zweites Schulgesetz erlassen<sup>87</sup>. Dieses erweiterte die neunjährige Einheitsschule zu einer elfjährigen Schule. Die Schulpflicht beginnt mit dem 6. Lebensjahr und endet mit dem 17. Lebensjahr<sup>88</sup>. Im Lehrplan wird besonderes Gewicht auf die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer gelegt. Daher wurde die Zahl der Mathematik-, Physik- und Chemiestunden gegenüber 1948 wesentlich erhöht.

Ziel der Schulbildung ist es, „Kämpfer für die Befreiung aus der Ausbeutung“ im Sinne Lenins heranzubilden, denn Lenin sagt: „Wir würden unsere Hoffnung nicht in einen Unterricht, eine Erziehung und eine Bildung legen, die nur in die Schule eingezwängt und vom regen Leben abgeschnitten wäre.“ Die Jugendlichen sollen durch die Einheitsschule eine Bildung erlangen, „die dazu genügt, daß sie aktive Faktoren der gesellschaftlichen Entwicklung werden, d. h. Persönlichkeiten im marxistischen Sinne, nicht aber selbständig denkende und selbständig entscheidende Menschen“.

Für das Schulwesen in der heutigen Tschechoslowakei ist eine Unterscheidung in beruflichbildende und allgemeinbildende Schultypen nicht mehr möglich. Es geht nicht mehr um eine Berufsbildung oder eine Allgemeinbildung, sondern darum, in allen „Kindern unbewußte Grundeinstellungen positiver Art zu schaffen, aus denen heraus sie gefühlsmäßig auf den kommunistischen Staat positiv reagieren“.

Das heutige Schulsystem in der Tschechoslowakei hat deshalb mit seiner früheren Entwicklung gebrochen und ist mit seinem ehemaligen Stand nicht zu vergleichen. Daß dies die Tschechen selbst spüren, geht aus der erstaunlich scharfen Kritik hervor, die das Schulgesetz von 1953 in der Fachpresse hervorrief: „Mit dem bestehenden Schulsystem ist die Mehrheit der Lehrer-

<sup>87</sup> Das Folgende wurde entnommen: Eichholz, Ludwig: Die Sowjetpädagogik im Spiegel des Gesetzes v. 24. 4. 1953 über das Schulsystem und die Ausbildung der Lehrer in der Tschechoslowakei. (Referat) Erscheinungsort und -jahr unbekannt.

<sup>88</sup> Gemeint ist wohl die gemeinsame Erziehung in der Einheitsschule.

schaft nicht zufrieden . . . Seit den Zeiten des Mittelalters genießen wir den Ruf, eines der gebildetsten Völker Europas zu sein . . . Daß dies [die Einführung des neuen Schulsystems] bei uns kein Schritt nach vorn war, sondern im Gegenteil zurück, was in anderen Ländern, z. B. in der Sowjetunion, ein unbedingter Fortschritt war.“

#### *Die Ausbildung der Lehrer für die beruflichen Schulen bis 1945*

Die Vielzahl von verschiedenartigen Schulen für die berufliche Ausbildung machte es nötig, schon bald für die Ausbildung eigener Lehrer an diesen Schulen Sorge zu tragen. Lange Zeit wurden die Lehrer für die österreichischen Schulen aus Deutschland geholt: Der Volksschulreformer von 1774, Ignaz Felbiger, kommt aus Preußen, der Württemberger von Hasner kann 1869 seine Ideen zur Neuordnung der Volksschule verwirklichen. Die erste Handelsschule Österreichs entstand 1769 nach dem Hamburger Vorbild Büschs und den Plänen des Straßburger Professors Johann Georg Wolf; die 1855 gegründete erste Handelsakademie Prags verdankt ihre Bedeutung und ihren nachhaltigen Einfluß auf die Entwicklung des Handelsschulwesens in den Sudetländern dem Wirken, der Erfahrung und dem pädagogischen Geschick ihres ersten Rektors, des Leipziger Arenz. Die Lehrer an den ersten österreichischen Staatsgewerbeschulen stammten ebenfalls aus Deutschland<sup>89</sup>.

Bis 1918 wurden Lehrer für die beruflichen Schulen aus anderen Schulgattungen genommen, so daß neben Mittelschullehrern auch Volksschullehrer und sehr viele Bürgerschullehrer an den beruflichen Schulen Unterricht erteilten. Daneben verwendete man auch ehemalige Handelsakademiker, Angestellte und Beamte von großen Betrieben als Lehrer für ihr Fach. Sie fanden Beschäftigung nicht nur an den Fortbildungsschulen, sondern auch an den Handelsschulen und Handelsakademien.

Die Volks- und Bürgerschullehrer, die sich dem Unterricht an den Fortbildungsschulen widmen wollten, wurden in meist vier- bis sechswöchigen Kursen mit den Grundzügen der Methode und der Literatur der an den beruflichen Schulen zu lehrenden Fächer vertraut gemacht, so daß sie sich das Fachwissen durch Selbststudium aneignen konnten<sup>90</sup>. Diese Kurse wurden meistens an den Handelsakademien abgehalten, z. B. 1910 an der Handelsakademie in Aussig für 42 Teilnehmer oder in Chrudim für 37 Teilnehmer. An der tschechischen Handelsakademie in Prag zählte man im X. Kurs 1909 99 Teilnehmer<sup>91</sup>. Der Unterricht umfaßte 36 Wochenstunden. Jeder Kurs endete mit einer Abgangsprüfung. Die Erfolge waren im allgemeinen befriedigend und die auf diese Weise ausgebildeten Lehrkräfte für den Unterricht an den Fortbildungsschulen wohl geeignet, wie sich aus den Leistungen ihrer Schüler ergab<sup>92</sup>.

<sup>89</sup> Kádner 172.

<sup>90</sup> Dlabač-Gelcich 312.

<sup>91</sup> Ebenda 313.

<sup>92</sup> Ebenda 312.

Für die zweiklassige Handelsschule enthielt seit 1870 eine Ministerialverordnung die Prüfungsvorschrift zur Erlangung der Lehrbefähigung an Handelsschulen. In Wien und Prag wurden Prüfungskommissionen für das Lehramt an Handelsschulen eingerichtet und an die Realschul-Prüfungskommissionen angegliedert. 1884 wurde dann eine eigene Prüfungskommission für das Lehramt an Handelsschulen aufgestellt, nachdem für Realschulen und Gymnasien eine einheitliche Prüfungsordnung erlassen worden war.

Die Anforderungen, die man an die Kandidaten für das Lehramt an Handelsschulen stellte, waren zu dieser Zeit keineswegs hoch. Man verlangte entweder die Absolvierung des Obergymnasiums bzw. der Oberrealschule oder die Absolvierung des Untergymnasiums bzw. der Unterrealschule und dazu einen mindestens zweijährigen Besuch einer Handelsschule. Die praktische Ausbildung in einem Betrieb war nicht erforderlich. Geprüft wurde in allgemeinbildenden Fächern: Unterrichtssprache, Geographie, Geschichte; in Fachgegenständen: Kaufmännische Arithmetik, Buchhaltung, Handels- und Wechselkunde. Zur Prüfung mußten Haus- und Klausurarbeiten in jedem Fach geliefert werden, danach hatte sich der Kandidat der mündlichen Prüfung in allen Fächern und einer Lehrprobe zu unterziehen.

Diese Ausbildung erwies sich als unzulänglich. Sie wurde im Jahre 1892 in einer ministeriellen Verordnung neu geregelt, die bis 1918 in Kraft blieb. Die Verordnung enthielt auch eine Prüfungsordnung für Lehrer an gewerblichen Berufsfachschulen, die der der niederen Handelsschule entsprach. Die neue Prüfungsordnung für die Handelsschullehrer verlangte eine mindestens dreijährige „befriedigende Kontorpraxis“ im Waren- und Bankgeschäft; der zukünftige Gewerbelehrer hatte eine dreijährige technische Fachpraxis nachzuweisen<sup>93</sup>.

Für die Ausbildung der Lehrer an den Handelsakademien galt bis 1892 dasselbe wie für die Ausbildung zum Lehrer an einer zweiklassigen Handelsschule. Die Prüfungsordnung von 1892 verlangte für die Lehrbefähigung an Handelsakademien die Prüfung für das Lehramt an Handelsschulen und dazu eine Ergänzungsprüfung. Eine neue Prüfungsordnung aus dem Jahre 1899 stellte dann so hohe Anforderungen an die Kandidaten, daß sich in Wien niemand, in Prag nur wenige Kandidaten der Prüfung unterzogen. Man griff deshalb auf die Regelung von 1892 zurück. 1907 wurde der Zugang zum Lehramt an den Handelsakademien neugeordnet. Dabei fiel die Bestimmung weg, nach der Lehrer an zweiklassigen Handelsschulen nur mit einer Ergänzungsprüfung zu Lehrern an den Handelsakademien aufsteigen konnten. Von nun an wurde für das Lehramt an der höheren Handelsschule eine hochschulmäßige Ausbildung verlangt.

Als Voraussetzung mußte jeder Kandidat die Untermittelschule, eine Handelsakademie besucht haben, eine zweijährige kaufmännische Praxis und ein

<sup>93</sup> Vgl. ebenda 46; siehe auch Pohl, Rudolf: Entwicklung und Bedeutung des kaufmännischen Schulwesens in Böhmen und Mähren (Erziehung und Beruf. Heft 4, 5, 6, Jg. 1955.)

zweijähriges Hochschulstudium nachweisen. Der Besuch der Untermittelschule und der daran anschließenden Handelsakademie konnte durch den Besuch und die Matura an einer Mittelschule ersetzt werden, wenn der Kandidat noch einen Abiturientenkurs an einer Handelsakademie besucht hatte.

Das viersemestrige Hochschulstudium umfaßte Handelsfachstudien, Vorlesungen über Philosophie, Pädagogik und Literaturgeschichte. Während man in Wien an der Exportakademie studieren konnte, wurden in Prag die entsprechenden Vorlesungen an der technischen Hochschule gehalten, so weit es sich um die handelswissenschaftlichen Fächer drehte. Diese Fächer wurden sowohl an der deutschen als auch an der tschechischen TH gelesen. In den Fächern Psychologie, Philosophie, Pädagogik und Literatur mußten die Lehrstudenten die entsprechenden Fachvorlesungen an der Universität hören.

Die Lehrer an den Handelsakademien wurden den Lehrern an den Mittelschulen gleichgestellt und führten den Titel „Professor“. In der Besoldung waren ihnen die Lehrer an zweiklassigen Handelsschulen gleich<sup>94</sup>.

Nach 1918 wurde die Ausbildung der Handelsschullehrer wieder einer Reform unterzogen. Die Zerteilung zwischen der Ausbildung für das Lehramt an zweiklassigen Handelsschulen und dem an den Handelsakademien wurde fallen gelassen. Für beide Schularten kamen in der ČSR von 1918 an nur noch akademisch ausgebildete Lehrer in Betracht, die den Mittelschullehrern gleichgestellt waren und den Titel „Handelsschulprofessor“ führten.

Der Ausbildungsgang eines Lehrerkandidaten war der gleiche wie vor 1918 für das Lehramt an den Handelsakademien. Eine Abschlußprüfung unmittelbar im Anschluß an das Studium gab es damals noch nicht. Wer einen ordnungsmäßigen Studiengang nachwies, wurde danach einer Schule als „suppliegender Professor“ zugewiesen. Innerhalb zweier Jahre hatte sich dann der „Supplent“ zur Staatsprüfung zu melden. Er hatte vier Hausarbeiten über Buchhaltung, Korrespondenz, Handelskunde und Rechnen, weiter 3 Klausurarbeiten aus diesen Fächern anzufertigen, und mußte sich außerdem in Volkswirtschaftslehre, Handelsrecht, Wechselrecht und Deutsch bzw. Tschechisch einer mündlichen Prüfung unterziehen. Über die pädagogische Befähigung des „Supplenten“ gab der vom Ministerium bestellte Fachinspektor ein maßgebendes Urteil ab. Wollte sich ein Kandidat unter Umgehung der Supplentenzeit sofort nach dem Studium prüfen lassen, so hatte er bei der Staatsprüfung auch eine Lehrprobe zu halten. Wer die Prüfung bestanden hatte, wurde zum provisorischen Professor ernannt. Nach 3 Jahren erfolgte dann meistens die Ernennung zum definitiven Professor. An allen Handelsschulen waren die Lehrer Staatsbeamte. Während der Zeit des Anschlusses an das Dritte Reich blieb die Ausbildung zum Handelslehrer in der beschriebenen Weise. Der Handelsschulprofessor wurde jetzt Reichsbeamter. Der Bildungsgang der Handelsschullehrer ähnelte inhaltlich stark dem bayerischen Lehramt für Wirt-

<sup>94</sup> Alle Angaben über die Ausbildung der Lehrer an Handelsakademien nach Diačbač-Gelcich 339 f.; siehe auch Fußnote 93.

<sup>95</sup> Für die Ausbildung der Lehrer nach 1918 vergleiche Deutsche Handelsschulwarte. Jg. 1929, Heft 18. Arnold 45, 32.

schaftswissenschaften; besoldungsrechtlich wurden die Handelsschulprofessoren durch Reichserlaß 1941 den Diplom-Handelslehrern gleichgestellt<sup>95</sup>.

Durch die Vertreibung kamen viele sudetendeutsche Handels- und Gewerbelehrer an Schulen in der Bundesrepublik Deutschland. Den Lehrern der Steinschönauer Glasfachschule gelang es sogar, im neuen Arbeitsort Rheinbach/Rhein ihre bewährte Schule wiederaufzubauen. Die hessische staatliche Glasfachschule steht unter der Leitung eines sudetendeutschen Fachmannes<sup>96</sup>. In Bayern sind einige der nach 1945 gegründeten Handelsschulen das Werk sudetendeutscher Handelsschullehrer<sup>97</sup>.

### *Schlußbetrachtung*

Die Entwicklung des beruflichen Schulwesens in der Tschechoslowakei zeigt deutlich den Einfluß Österreichs auf seinen Stand und seine Gestalt. Zu Beginn der Entwicklung schlugen sich Gedanken aus Deutschland im österreichischen Schulwesen nieder. Daß das berufliche Schulwesen in der Tschechoslowakei deutlich deutsche Züge zeigte, ist demnach außer Zweifel. Es wurde aber von zwei Völkern getragen und hatte auch beiden Völkern in gleicher Weise zu dienen. Der Einfluß der Tschechen auf das berufliche Schulwesen läßt sich aber nicht ohne weiteres feststellen. Gewiß stammen die Schulgesetze, die Lehrpläne und Satzungen weitgehend aus den Beratungen tschechischer Fachleute. Man war ja in der Zeit der ersten Republik bestrebt, den Einfluß der Deutschen auszuschalten. Doch diese Fachleute waren Beamte, die durch die österreichische Schule gegangen waren und daher dem alten Geiste verhaftet blieben. Auch zur Zeit Österreich-Ungarns war es nicht so, daß nur Deutsche an der Regierung, an der Beratung der Gesetze und an den Entwürfen für Neuordnungen beteiligt waren. In den Ministerien saßen Fachleute aller Nationalitäten. Dem verabschiedeten Gesetz war es aber nicht mehr anzusehen, welcher Referent seine Gestaltung am meisten beeinflusst hatte. Um hier einen eventuellen Einfluß von tschechischen Schulmännern bei der Beratung der Schulgesetze festzustellen, bedarf es eines genauen Studiums der Protokolle, was mir aber nicht möglich ist, da diese, wenn überhaupt vorhanden, nicht zugänglich sind.

Kádner stellt zwar bei der Beschreibung des Schulwesens fest, daß die Deutschen in den Sudetenländern vor 1918 bevorzugt gewesen seien, d. h. viel mehr Schulen gehabt hätten als die Tschechen, so daß sich die Schulpolitik nach 1918 bemühte, zu einer gerechteren Verteilung der Schulen zu kommen und den Vorsprung der Deutschen wett zu machen. Niemals sagt Kádner aber, daß das aus Österreich übernommene Schulwesen für den neuen Staat unbrauchbar wäre und zeigt keinen einzigen Weg, den tschechische Fachleute gegangen wären, um eigene bessere Gedanken zu verwirklichen<sup>98</sup>.

Selbst Johann Amos Comenius, der bedeutende tschechische Pädagoge,

<sup>95</sup> Keil 34.

<sup>97</sup> Vgl. Arnold 44 f.

<sup>98</sup> Kádner 166 ff.

konnte seine Pläne, seinem Volke durch Verbesserung der Erziehung neue Kräfte zu geben, nicht verwirklichen. Nach der Schlacht am Weißen Berge (1620) mußte Comenius aus Böhmen fliehen, kehrte niemals mehr zurück und konnte also das Schulwesen Böhmens und Mährens in seinem Sinne nicht reformieren<sup>99</sup>.

Im einzelnen läßt sich ein Einfluß der Tschechen auf die Entwicklung des Schulwesens in der Tschechoslowakei nicht erkennen. Den Einfluß, den die Sudetendeutschen genommen haben, kann man aber ebenfalls durch konkrete Einzelheiten nicht bestimmen. Zweifellos war auch dieser vorhanden. Das Schulwesen in der Tschechoslowakei war also übernational, d. h. so abgestimmt, daß es allen Volksteilen zu dienen vermochte. Es hätte ein Band zur Verständigung und zur Einheit unter den Nationalitäten in den Sudetenländern sein können.

Die Vertreibung gibt aber die Möglichkeit, daß das Schulwesen der Tschechoslowakei in seiner eigenartigsten Form, der beruflichen Schulen, für die Reform des Schulwesens in der Bundesrepublik richtungsweisend wird, wenn das Erbe, das die Sudetendeutschen mitgebracht haben, richtig genutzt wird. Jeder Zweig der sudetendeutschen Wirtschaft hatte seine eigene spezialisierte Berufsfachschule. Die Absolventen dieser Schulen waren Fachkräfte, die — dank der besseren Allgemeinbildung, der ausgezeichneten theoretischen Fachschulung und praktischen Ausbildung in Schulwerkstätten — geistig beweglich, wendig und anpassungsfähig bei neu an sie herantretenden Forderungen waren. Das Problem des Mangels an technischem Nachwuchs, unter dem nicht nur die Bundesrepublik leidet, könnte m. E. mit einer Ausbreitung der Berufsfachschule nach sudetendeutschem Muster durchaus gelöst werden<sup>100</sup>.

Die zahllosen Übergangsmöglichkeiten in dem System von Bürgerschule über Berufsfachschule zur Hochschule ermöglichten es auch dem Volksschüler, zum Hochschulstudium zu gelangen. Das Schulwesen in der Tschechoslowakei in seinem Stande von 1945 erfüllte die Forderung Kerschensteiners „ein wohlgeordnetes System von Bildungseinrichtungen, die jedem Begabten die Möglichkeit des Aufstieges zur höchsten ihm erreichbaren Bildungsstufe erlauben“<sup>101</sup>, zu sein.

<sup>99</sup> Thyssen 31 f.; vgl. Rattner, Josef: Große Pädagogen. München 1956. Kapitel über Comenius S. 46 ff.; Kádner 9.

<sup>100</sup> Fischer, Guido schreibt in einem Aufsatz in „Mensch und Arbeit“ Jg. 1956, Nr. 6: „Die Mehrzahl der Studierenden der Wirtschaftswissenschaften muß zur Hochschule gehen, weil für sie keine andere passende Schulgattung im deutschen Unterrichtswesen vorhanden ist.“

<sup>101</sup> Zitiert nach Keil 30.

## Anhang

Stundentafel der kaufmännischen Fortbildungsschule<sup>102</sup>

Normallehrplan von	1888			1910			1929			1934/35		
	1.	2.	3.	1.	2.	3.	1.	2.	3.	1.	2.	3.
Gegenstände	Klasse			Klasse			Klasse			Klasse		
Unterrichtssprache	3	—	—	3	—	—	3	—	—	2	2	1
Rechnen	2	2	1	2	2	2	2	2	2	2	1	1
Buchh. u. kfm. Korrespondenz	—	2	2	—	1	2 <sup>a</sup>	—	—	2 <sup>a</sup>	—	1	1 <sup>a</sup>
Handels- und Wechselkunde	—	—	2	—	2	—	—	2	—	—	1	2
Geographie und Bürgerkunde	1	2	1 <sup>b</sup>	1	1	2	1	2	1	1	2	2
Waren- und Verkaufskunde	—	—	2	2	2	2 <sup>c</sup>	—	—	2	3	3	2 <sup>c</sup>
Schönschreiben u. Dekoration	2	2	— <sup>d</sup>	2	1	— <sup>d</sup>	2	—	— <sup>d</sup>	1	1	—
Korrespondenz u. Kontorarbeiten	—	—	—	—	1	2 <sup>e</sup>	—	2	1 <sup>e</sup>	—	—	— <sup>e</sup>
Volkswirtschaftslehre	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
Gesundheitslehre	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—
Summe:	8	8	8	10	10	10	8	8	8	10	10	10

Der Lehrplan von 1910 sah noch folgende Wahlfächer vor: Stenographie, Maschinenschreiben und zweite Landessprache mit insgesamt 10 Wochenstunden verteilt auf die 2. und 3. Klasse.

<sup>a</sup> Hier nur Buchhaltungsstunden; <sup>b</sup> 1888 nur Geographie; <sup>c</sup> Wahlfach 1910, Verkaufskunde erst 1934/35; <sup>d</sup> Dekoration erst 1934/35; <sup>e</sup> 1929 nur Korrespondenz, 1934/35 Schriftverkehr unter Unterrichtssprache.

Stundentafeln der zweiklassigen Handelsschule für Knaben<sup>103</sup>

Normallehrplan von	1888		1910		1929	
Gegenstände	1.	2.	1.	2.	1.	2.
	Klasse		Klasse		Klasse	
Unterrichtssprache	4	3	4	3	3	3
Kaufmännisches Rechnen	4	4	4	4	3	4
Korrespondenz und Kontorarbeiten	3	4	3	1,5 <sup>a</sup>	3	2
Buchhaltung	3	4	3	2	4	3
Handels- und Wechselkunde	3	4	3	3	3	3 <sup>b</sup>
Geographie	3	3	3	3	2	3
Warenkunde	3	3	3	3	3	3

<sup>102</sup> Die Stundentafeln 1888, 1910 aus Dlabáč-Gelcich 61, 132.  
Die Stundentafeln 1929 aus Deutsche Handelsschulwarte. Jg. 1929, Nr. 18.  
Die Stundentafeln 1934/35 Sudetendeutsches Jahrbuch (1937) 233 f.

<sup>103</sup> Stundentafeln von 1888, 1910 aus Dlabáč-Gelcich 61, 132.  
1929 aus Deutsche Handelsschulwarte. Jg. 1929, Nr. 18.

Normallehrplan von	1888	1910	1929
Gegenstände	1. 2. Klasse	1. 2. Klasse	1. 2. Klasse
Schönschreiben	3 1	2 1	2 —
Stenographie	2 2	2 2	2 1
Bürgerkunde	— —	— 1	— 2
Übungskontor	— —	— 3,5 <sup>a</sup>	— —
Zweite Landessprache	6 6	6 5	5 6
Fremdsprache	— —	5 5	— —
Maschinenschreiben	— —	— 2	— —
	} Wahlfächer		
Summe:	34 34	38 39	30 30

<sup>a</sup> Nur in einem Semester gegeben; <sup>b</sup> Handelskunde.

#### Studentafeln von zwei- und dreiklassigen Handelsschulen für Mädchen<sup>103</sup>

Normallehrplan von	1910	1910 <sup>c</sup>
Gegenstände	1. 2. Klasse	1. 2. 3. Klasse
Unterrichtssprache	2 3	4 3 2
Kaufmännisches Rechnen	4 3	4 4 3
Handels- und Wechselllehre	2 2	2 2 —
Korrespondenz und Kontorarbeiten	3 3	— 2 2
Buchhaltung	3 2	3 4 —
Übungskontor	— 3	— — 8
Geographie und Bürgerkunde	2 2	2 2 2
Stenographie	2 2	— — —
Schönschreiben	2 1	2 2 2
Zweite Landessprache, Korrespondenz	5 5	3 6 6
Summe:	25 26	20 25 25

<sup>c</sup> Lehrplan der Handelsschule des Böhmisches Frauenerwerbsvereins Prag.

Dazu kamen bei der dreijährigen Schule noch: 3 Stunden Handelsgeschichte, 1 Stunde Handelsrecht und 1 Stunde Volkswirtschaftslehre. Wahlfächer waren bei dem dreijährigen Typ französische, englische, russische Sprache und weibliche Handarbeiten.

Die zweijährige Schule hatte als Wahlfächer: Fremde Sprache und Korrespondenz, Warenkunde, Maschinenschreiben, Wirtschaftskunde, Gesundheitslehre, Turnen und Gesang.

### Stundentafeln der Handelsakademien<sup>104</sup>

Lehrplan von	1856 <sup>a</sup>			1888			
	1.	2.	3.	Vor-	1.	2.	3.
Pflichtgegenstände	Klasse			Klasse			
Religion	2	2	2	—	—	—	—
Handelwissenschaften u. Musterkontor	3	5	8	—	2	—	3
Kaufmännische Arithmetik	4	3	2	4	4	3	4
Handelsgeographie	2	2	1	3	2	2	2
Handelsgeschichte	2	2	1	—	2	2	2
Volkswirtschaftslehre	—	—	2	—	—	—	2
Handelsgesetzgebung	—	—	2	—	—	1	2
Naturgeschichte	2	—	—	4	—	—	—
Physik und Chemie <sup>c</sup>	2	4	2	—	3	2	2
Warenkunde und Mechanische Technologie <sup>d</sup>	—	2	2	—	—	2	3
Enzyklopädie d. Künste u. Wissenschaften	—	—	1	—	—	—	—
Deutsche Sprache	4	3	2	6	3	3	2
Französische Sprache	5	4	4	4	5	4	5
Schönschreiben	2	2	—	3	2	1	—
Stenographie	2 <sup>b</sup>	—	—	—	2	1	—
Mathematik	—	—	—	4	2	2	1
Englische Sprache	4	4	3 <sup>b</sup>	—	5	5	4
Böhmische Sprache	1	2	1 <sup>b</sup>	—	5	4	4

<sup>a</sup> Prager Handelsakademie, Dlabáč-Gelcich 32; <sup>b</sup> Wahlfächer; <sup>c</sup> Physik und Chemie, Warenkunde und mechanische Technologie wurden vom Verfasser zu je einer Zeile zusammengefaßt.

### Stundentafeln der Handelsakademien<sup>105</sup>

Normallehrplan von	1902				1929			
	1.	2.	3.	4.	1.	2.	3.	4.
Gegenstände	Klasse				Klasse			
Handelskunde	2	2	—	—	3	2	—	—
Buchhaltung	—	2	3	2	—	3	3	3
Korrespondenz	—	2	3	1	—	2	2	2
Kaufmännisches Rechnen	3	3	3	3	3	3	3	2
Warenkunde u. mech. Technologie	—	—	2	2	3	3	3	3
Gesetzeskunde	—	—	—	2	—	—	2	2
Volkswirtschaftslehre	—	—	—	2	—	—	—	2

<sup>104</sup> Stundentafeln von 1856, 1888 aus Dlabáč-Gelcich 32, 60.

<sup>105</sup> Stundentafeln von 1902, 1929 aus Deutsche Handelsschulwarte. Jg. 1926, 1929.

Normallehrplan von Gegenstände	1902				1929			
	1.	2.	3.	4.	1.	2.	3.	4.
		Klasse				Klasse		
Geographie	2	2	2	2	2	2	2	2
Geschichte	2	2	2	2	2	2	2	2
Unterrichtssprache	4	3	3	2	3	3	3	2
2. Landessprache	4	4	4	4	3	3	4	4
Mathematik	2	2	2	2	3	2	2	2
Fremdsprache (Engl., Französ.)	—	4	5	5	3	3	4	3
Stenographie	2	2	—	—	2	2	—	—
Bürgerkunde	—	—	—	—	—	—	—	1
Schönschreiben	2	2	—	—	2	—	—	—
Geometrie	2	—	—	—				
Übungskontor	—	—	—	3				
Wechselrecht	—	—	1	—				
Naturgeschichte	3	—	—	—				
Physik	4	—	—	—				
Chemie	—	2	2	—				
Summe:	32	32	32	32	29	30	30	30

Dazu kamen noch Freigegegenstände 1902: Übungen aus Chemie, Warenkunde, Turnen und Fremdsprachen.

Der Lehrplan von 1931 brachte in der Tschechoslowakei gegenüber dem von 1929 eine Erweiterung des Faches Handelskunde und der Buchhaltung. In der 4. Klasse wurde Übungskontor wieder eingeführt.

Einen Unterschied zwischen Knaben- und Mädchenschulen gab es nach 1918 in den Stundentafeln nicht mehr. Vorher lagen die Unterschiede in einer stärkeren Betonung der Sprachen bei den Mädchen, während bei den Knaben die Stundenzahl für die mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächer höher war.

Die Entwicklung des beruflichen Schulwesens in den Sudetenländern und der Slowakei soll noch durch einige Zahlen veranschaulicht werden. Die Zeitpunkte 1928/29, 1933/34, 1935/36 sind deshalb gewählt, weil mir für die gesamten beruflichen Schulen nur aus diesen Jahren Unterlagen zur Verfügung standen. Aus dem Vergleich des Standes 1928/29 und dem von 1933/34 läßt sich erkennen, daß sich die Weltwirtschaftskrise auch auf die Fach- und Berufsfachschulen ungünstig ausgewirkt hat<sup>106</sup>.

<sup>106</sup> Sudetendeutsches Jahrbuch (1937) 233.

Zahlen der Jahre 1928/29 Pohl, Rudolf aus den Mitteilungen des Stat. Staatsamtes Wien.

Zum Vergleich Zahlen bei Kádner 220: Fortbildungsschulen insgesamt 2060 mit 163 822 Schülern; Handelsschulen 117 mit 34 085 Schülern; Gewerbliche Schulen 286 mit 54 881 Schülern.

Zahlen von 1933/34; 1935/36 aus Kratochvíl, Antonín: Die Neuordnung des tschechoslowakischen Hochschulwesens 1948—53 [tschechischer Titel unbekannt]. Diss. München 1954.

Berufl. Schulen	Schulen			Schüler		
	1928/29	1933/34	1935/36	1928/29	1933/34	1935/36
I. Fortbildungs- schulen	2934	2926	3038	207 545	125 401	177 233
a) landw. Volks- bildungsschulen	781	792	1017	33 471	24 626	46 574
b) kaufmännische Schulen	127	101	104	11 821	4 790	6 539
c) gewerbliche Schulen	2026	2033	1917	162 253	95 985	124 120
II. Berufsfach- u. Fachschulen	391 <sup>a</sup>	745	722	83 456	84 532	97 452
d) landwirtsch. Schulen	?	262	264	?	8 662	10 419
e) Handels- schulen	105	105	103	28 575	24 860	30 240
f) Staatsgewerbe- u. Industrie- schulen	144	291	276	29 954	44 479	51 640
g) Höhere beson- dere Schulen	1	8	9	173	1 312	751
h) Höhere Musikschulen	?	27	17	?	1 079	1 194
j) Priester- seminare	?	4	4	?	2 038	1 435
k) Schulen für Frauenberufe	141 <sup>b</sup>	48	49	24 754	2 102	1 773

<sup>a</sup> ohne landw. Schulen, Musikschulen, Priesterseminare. <sup>b</sup> keine nähere Gliederung.

#### Das berufliche Schulwesen der Sudetendeutschen 1945<sup>107</sup>:

Es gab rund 100 Berufsschulen aller Art. An Berufsfachschulen waren vorhanden: 6 Staatsgewerbeschulen mit Hauptabteilungen Maschinenbau, Hoch- und Tiefbau, Chemie und Elektrotechnik; 13 Schulen für die Bearbeitung von Glas, Holz, Porzellan, Metall und Stein; 1 Schule für Blasinstrumentenmacher in Graslitz, 1 für Geigenbauer in Schönbach, 11 zweiklassige Textilschulen, 2 höhere Textilschulen, 33 größere und kleinere Berufsfachschulen, die unter dem Namen „vereinigte Staatsschulen für gewerbliche Wertarbeit im Sudetenland“ in der Zentrale in Eger zusammengefaßt waren: darunter Schulen für Nachwuchsförderung für Klöppelspitze, Nähspitze, Tülldurchzug, Posametrie, Korbflechterei, Drechslerei, Kleintischlerei, Spielwarenerzeugung,

<sup>107</sup> Vgl. Keil 23 ff.

Kleinkunst und Holzmalerei. 11 Musikschulen bildeten Berufsmusiker aus, in Marienbad war eine Hotelfachschule, 22 zweiklassige Handelsschulen und 11 Handelsakademien sorgten für die Ausbildung von Kaufleuten. Für die Landwirtschaft standen 33 Landwirtschaftsschulen, 3 höhere landwirtschaftliche Lehranstalten und die landwirtschaftliche Hochschule in Tetschen-Liebwerd zur Verfügung.

## SUDETENDEUTSCHE IN „INNERÖSTERREICH“

Von Nikolaus v. Preradovich

Seit den österreichischen Teilungen gegen Ende des 14. Jahrhunderts sprach man von den niederösterreichischen (die beiden Österreich), den oberösterreichischen (Tirol und die Vorlande) und den innerösterreichischen Ländern. Diese letzte Bezeichnung faßte die Herzogtümer Steiermark, Kärnten und Krain sowie die Markgrafschaft Istrien unter einem Oberbegriff zusammen. Wir haben uns bereits mit den Leistungen der Sudetendeutschen in der österreichisch-ungarischen Monarchie<sup>1</sup> und in den unterschiedlichen politischen Gebilden nach dem Jahre 1918<sup>2</sup> beschäftigt, und uns speziell mit Söhnen des böhmisch-mährischen Raumes befaßt, die als Gelehrte an den Grazer Hochschulen wirkten<sup>3</sup>. Dieses Mal wollen wir in einem repräsentativen Querschnitt durch die unterschiedlichsten Berufssparten zeigen, daß Sudetendeutsche beträchtliche Erfolge auch in dem ihrer Ursprungsheimat fernen „Innerösterreich“ — das sich bis zum Quarnero erstreckte, dessen geistig-erwerbliche Mittelpunkte jedoch in Graz und Klagenfurt, allenfalls noch in Laibach zu suchen waren — aufzuweisen haben und hatten.

Unter den Deutschen der Doppelmonarchie treten die Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien als ein ungewöhnlich regsamer und begabter Bevölkerungsteil hervor. Sie bauten nicht allein in ihrer engeren Heimat Bedeutendes auf, sondern trugen ihre Tüchtigkeit auch weit über die Grenzen des Königreiches und der Markgrafschaft hinaus. Manche strebten wieder nach jenen Gebieten des Reiches, aus denen sie ursprünglich gekommen waren. Die Clausewitz zogen von Troppau über Sachsen nach Preußen<sup>4</sup>. Die Schill nahmen den Weg von Westböhmen in die Mark Brandenburg<sup>5</sup>. Ebenso sind die Generale v. Stieglitz<sup>6</sup> und v. Winckler<sup>7</sup> oder das Geschlecht

<sup>1</sup> Preradovich, Nikolaus v.: Die Leistungen der Sudetendeutschen in der Donaumonarchie 1848—1918. BohJb 1 (1960) 207—220.

<sup>2</sup> Preradovich, Nikolaus v.: Sudetendeutsche in den österreichischen Republiken 1918—1959. BohJb 2 (1961) 282—286.

<sup>3</sup> Preradovich, Nikolaus v.: Sudetendeutsche Gelehrte an der Universität Graz. BohJb 3 (1962) 384—401.

<sup>4</sup> Banniza v. Bazan, Heinrich - Müller, Richard: Deutsche Geschichte in Ahnentafeln. Bd. 2. Berlin 1942, S. 143—145; Preradovich, Nikolaus v.: Carl v. Clausewitz in der Sowjetunion. Graz 1961. (Neue Ordnung Heft 9)

<sup>5</sup> Banniza-Müller 89—91; Ernstberger, Anton: Johann Georg v. Schill. 1736—1822. München-Gräfelfing 1959; Preradovich, Nikolaus v.: Ferdinand v. Schill. Graz 1959. (Neue Ordnung Heft 4)

<sup>6</sup> Gothaisches genealogisches Taschenbuch der adeligen Häuser. Teil B 24. 1932, S. 608.

<sup>7</sup> Preradovich, Nikolaus v.: Die Führungsschichten in Österreich und Preußen (1804—1918). Mit einem Ausblick bis zum Jahre 1945. Wiesbaden 1955, 240 S., hier S. 128. (Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte. Mainz 11.)

des bekannten Kapitäns v. Mücke<sup>8</sup> aus Böhmen-Mähren wieder nach dem Norden des Reiches gewandert. Ein gewaltiger Strom aber ergoß sich nach den „beiden Österreich“ vor allem nach Wien selbst. Über dieser Vielzahl ist der Minderunterrichtete geneigt, jene Sudetendeutschen zu vergessen, die noch weiter nach dem Süden, nach der Steiermark, Kärnten oder gar bis Krain vorgestoßen sind. Dem Gedächtnis dieser Männer ist der vorliegende Aufsatz gewidmet.

Vier Männer von besonderer Bedeutung sollen ausführlicher behandelt werden: Feldzeugmeister und Botschafter Graf Prokesch v. Osten, Statthalter Freiherr Kübeck v. Kübau, der Gelehrte Ritter Jaksch v. Wartenhorst und der Kärntner Landeshauptmann, Florian Gröger. Eine Vielzahl anderer bedeutender Sudetendeutscher in „Innerösterreich“ kann hier nur skizzenhaft erwähnt werden.

Der Ort Groß-Seelowitz lag im Brünnner Kreis der Markgrafschaft Mähren. Dort lebte vor zwei Jahrhunderten der Handelsmann Franz Prokesch. Seine Gattin Anna bescherte ihm einen Sohn, der den Namen Maximilian erhielt. Dieser Max Prokesch wandte sich von seiner mährischen Heimat aus nach der grünen Mark. Er vermählte sich mit einer Tochter des Rentmeisters Anton Stadler. Dem Ehepaar wurde ein Sohn Anton geboren. Nach zurückgelegtem Gymnasialstudium inskribierte sich der junge Prokesch für die Fächer der Jurisprudenz und der Philosophie an der Universität Graz. Achtzehnjährig trat er in die Armee ein, um an der Befreiung Europas vom napoleonischen Joch teilzunehmen. Erzherzog Johann — der Steierische Volksprinz —, des Kaisers fortschrittlicher Bruder, wurde auf den jungen Offizier aufmerksam. Er bewog ihn, sich auch weiterhin dem aktiven Militärdienst zu widmen. Nach dem Kriegsende wurde Leutnant Prokesch Ordonanzoffizier bei Johanns anderem Bruder, Feldmarschall Erzherzog Karl, der damals Gouverneur von Mainz war. Kurze Zeit später wurde Prokesch nach Wien berufen. Er übernahm die Professur für Mathematik am Kadetteninstitut zu Olmütz. Aber auch hier blieb er nicht lange. Man hatte die überdurchschnittliche Begabung des jungen Offiziers offensichtlich frühzeitig erkannt. Der Hofkriegsratspräsident — Feldmarschall Karl Fürst zu Schwarzenberg — zog ihn in seine Nähe. In der Umgebung des Feldherrn verblieb Oberleutnant im Generalquartiermeisterstab Anton Prokesch bis zu dessen Tode. Zwei Jahre danach gab er Schwarzenbergs „Denkwürdigkeiten“ heraus. Sodann befaßte er sich mit der Vermessung Oberungarns und rückte später als Hauptmann zu einem in Triest stehenden Regiment ein.

Drei Jahre hindurch bereiste Anton Prokesch Griechenland, Vorderasien und Ägypten. Kaum zweiunddreißigjährig wurde er dem Kommandanten der K. K. Flotille in griechischen Gewässern, Admiral Graf Dandolo, als Chef des Generalstabs zur Seite gestellt. Drei Jahre hindurch versah Prokesch diesen überaus verantwortungsvollen Posten. Er kam auf diese Art mit Me-

<sup>8</sup> Genealogisches Handbuch des Adels. Bd. 17, S. 332.

hemed Ali von Ägypten — dem Begründer der kürzlich gestürzten Dynastie des Landes —, mit den Admiralen der verbündeten Flotten und mit dem Präsidenten des eben befreiten Griechenland — dem Grafen Capo d'Istrias — in enge Berührung. Es gelang ihm 1828 erstmals, griechische Gefangene aus osmanischer Sklaverei zu befreien. Ein Jahr später schloß er mit dem Pascha von St. Jean d'Acre ein Abkommen, welches die Lage der Christen in Palästina wesentlich erleichterte.

Nach diesen bedeutenden Erfolgen wurde Anton Prokesch nach Wien berufen. Kaiser Franz I. erhob ihn mit dem Prädikat „v. Osten“ in den Ritterstand. Zwei Jahre danach vermählte er sich in der Reichshauptstadt mit Irene Kiesewetter v. Wiesenbrunn. Die Braut war eine Tochter des verdienstvollen Hofrates und Musikschriftstellers Raphael v. Kiesewetter<sup>9</sup> aus Mähren. Der Verbindung erwuchsen in acht Jahren sechs Kinder. Drei Söhne verstarben im Kindesalter. Einer fand als Oberleutnant im Inf. Reg. Nr. 27 im Deutsch-dänischen Krieg vor Översee den Heldentod. Die einzige Tochter Irene vermählte sich mit dem rheinischen Kaufmann Freiherr v. Reyer in Triest. Nur Anton Prokesch der Jüngere setzte den Stamm fort. Er heiratete die bekannte Burgschauspielerin Friederike Goßmann. Dieser Ehe entsprossen vier Enkel des gelehrten Soldaten. Die drei Töchter verehelichten sich später mit den Grafen v. Stauffenberg und Pongracz v. Szent Miklos, sowie einem Freiherren v. Schleinitz. Der einzige männliche Sproß — Georg — verstarb elfjährig als Zögling der Maria-Theresianischen Ritterakademie zu Wien. Damit war das junge Adelsgeschlecht wieder erloschen.

Im Jahre 1833 wurde Oberleutnant Ritter Prokesch v. Osten zur Vermittlung zwischen dem Sultan und Vizekönig von Ägypten nach Kairo entsandt. Im darauffolgenden Jahr ist er, als einer der besten Kenner der Sprache, der Geschichte und der Politik Griechenlands, als k. k. Gesandter nach Athen beordert worden. Dort verblieb er ein und ein halbes Jahrzehnt. Prokesch wirkte überaus segensreich sowohl für das Kaisertum Österreich als auch für das junge Königreich der Hellenen. An äußeren Ehren erlangte er in diesem Zeitabschnitt: Die Aufnahme unter die Landstände des Herzogtums Steiermark, den Rang eines Generalmajors und die Erhebung in den Freiherrenstand. Wien hatte die ungewöhnliche diplomatische Begabung des Barons Prokesch erkannt. In einer Zeit kritischer Beziehungen zwischen Habsburg-Lothringen und Hohenzollern bekleidete Freiherr Prokesch v. Osten den Posten des k. k. Gesandten am Königlichen Hofe zu Berlin. Anschließend wurde er zum Präsidialgesandten beim Deutschen Bundestag in Frankfurt am Main ernannt. Anton Prokesch hatte damit die wichtigste diplomatische Stellung inne, die Wien zu vergeben hatte. Der Kaiserstaat war gerade damals bestrebt, seine Stellung innerhalb Gesamtdeutschlands nicht nur zu erhalten, sondern nach Möglichkeit zu verbessern. Im Verlaufe des Krimkrieges schrieb der preußische Politiker Leopold v. Gerlach an Otto v. Bismarck, der damals Preußens Gesandter in Frankfurt war:

<sup>9</sup> Wiener genealogisches Taschenbuch. 1937, S. 32—96.

„Ich glaube, daß Sie die Aufgabe haben, nach zwei Seiten hin für den richtigen Weg zu arbeiten. Einmal, daß Sie Prokesch die richtige Politik über den Kopf wegnehmen und ihm zu verstehen geben, daß jetzt jeder Vorwand wegfällt, Österreich in seinen russischen Kriegsgelüsten nachzugeben.“ Bismarck selbst bemerkt an anderer Stelle: „Königin Sophie von Holland, eine geborene württembergische Prinzessin, hatte, solange ich in Frankfurt war, viel für mich übrig, ermutigte mich in meinem Widerstand gegen Österreichs Politik und gab ihre antiösterreichische Gesinnung dadurch zu erkennen, daß sie ihm Hause Ihres Gesandten mich, nicht ohne Unhöflichkeit gegen den österreichischen Präsidialgesandten Baron Prokesch, tendenziös auszeichnete.“ Freiherr Prokesch v. Osten, der Nachfahre eines kleinen Handelsmannes aus Mähren, war in die Sphäre der großen Politik eingetreten.

In der Freien Reichsstadt Frankfurt blieb er jedoch nicht lange. Seit dem Jahre 1855 vertrat er den Kaiser von Österreich als dessen Botschafter bei der Hohen Pforte. Im Morgenlande, dem eigentlichen Gebiet seines Aufstieges, verblieb Anton Prokesch-Osten den Rest seiner Dienstzeit. In diesen Jahrzehnten erreicht er den Rang eines Feldzeugmeisters und den Titel eines Geheimen Rates. Er zählte zu jenen 39 ausgezeichneten Männern, die in das neugegründete Herrenhaus als lebenslängliche Mitglieder einzuberufen, der Kaiser sich vorbehalten hatte. Auf Grund seiner zahlreichen Werke, vor allem der „Erinnerungen aus Ägypten und Kleinasien“ wegen, aber auch im Hinblick auf die Bücher „Das Land zwischen den Katarakten des Nil“, „Denkwürdigkeiten und Erinnerungen aus dem Orient“ und die Zusammenstellung aller Erlebnisse und Erfahrungen aus seiner Frühzeit in der Arbeit „Geschichte des Abfalles der Griechen vom Türkischen Reich“ wurde Anton Prokesch-Osten als Mitglied in die Kaiserliche Akademie der Wissenschaften in Wien und in die Königlich Preussische zu Berlin aufgenommen. In jenem Jahr, in welchem sein alter Gegner aus der Frankfurter Zeit, Otto v. Bismarck, das Deutsche Kaiserreich begründete, ist der Militär-Diplomat und Gelehrte in den Grafenstand erhoben worden. Damit war der Enkel eines mährischen Handelsmannes in die höchsten Höhen der damaligen Gesellschaftsordnung aufgerückt. Eine besondere Ehrung sollte ihm noch vorbehalten sein. Im Sommer des Jahres 1876 wurde er, zusammen mit dem Staatsmann Anton Alexander Graf v. Auersperg — der sich als Dichter unter dem Namen Anastasius Grün bekannt gemacht hat — zum Ehrendoktor der Philosophie an der Karl-Franzens-Universität zu Graz promoviert. Kurz danach verschied der große Gelehrte, Diplomat und Soldat in Wien. Seine sterbliche Hülle wurde in einer im orientalischen Stil erbauten Grabkapelle auf dem Grazer St. Leonhards Friedhof beigesetzt<sup>10</sup>.

<sup>10</sup> Wurzbach, Constantin v.: Biographisches Lexikon des Kaisertums Österreich. Teil 23. S. 349—356; ADB Bd. 26. S. 631; Genealogisches Handbuch des Adels. Bd. 23. S. 314f.; Preradovich, Nikolaus v.: Anton Graf Prokesch v. Osten. (Rundfunkvortrag, Sender Graz 1 vom 20. Oktober 1961.)

Karl Kübeck wurde als Sohn eines Schneiders in Iglau geboren. Er ist einer der ersten Sudetendeutschen, die auf die Entwicklung des Gesamtstaates maßgeblichen Einfluß ausübten. Als Präsident des neuerrichteten Staatsrates verfügte er am Ende seiner Laufbahn über eine Machtfülle, die ihresgleichen suchte. Dieser Staatsmann hatte einen Bruder namens Aloys. Zuletzt brachte es dieser jüngere Sohn des Iglauer Schneiders, wenn er auch nicht die Bedeutung seines Bruders erreichte, immerhin doch zum Wirklichen Hofrat bei der Vereinigten Hofkanzlei. Adel und Freiherrenstand wurden ihm, allerdings erst erhebliche Zeit nachdem Karl Kübeck damit ausgezeichnet worden war, ebenfalls verliehen. Hofrat Baron Kübeck hatte zwei Söhne. Aloys brachte es bis zum Botschafter. Guido jedoch war nicht weniger als ein Vierteljahrhundert Statthalter im Herzogtum Steiermark. Ein weiterer Sudetendeutscher also, der Beträchtliches in „Innerösterreich“ geleistet hat.

Guido Kübeck wurde in Wien geboren. Dort besuchte er die Theresianische Ritterakademie, das sogenannte „Theresianum“. Eben einundzwanzigjährig, im Mai des Jahres 1850, trat Guido Freiherr Kübeck v. Kùbau als Konzeptspraktikant bei der Kriegsregierung in Innsbruck ein. Der junge Verwaltungsjurist sah sich nicht unbedeutenden Schwierigkeiten gegenüber, die aus der Umwälzung nach 1848 naturnotwendig erwachsen. Allerdings war gerade die Gefürstete Grafschaft Tirol von den revolutionären Ereignissen mit am wenigsten betroffen. Nach kurzer Zeit wurde Kübeck nach Bozen versetzt. Aber auch dort blieb er nicht lange. Bereits drei Jahre nach seinem Eintritt in den Verwaltungsdienst wurde er Vizesekretär im Präsidialbüro des Generalgouverneurs im Lombardisch-venezianischen Königreich. Der damalige Chef der Verwaltung in den oberitalienischen Gebieten war Erzherzog Ferdinand Max, des Kaisers jüngerer Bruder. Einige Jahre verblieb der junge Beamte in Mailand. Als er nach Wien in das Ministerium des Innern einberufen war, verlangte der Erzherzog-Gouverneur kurz darauf Kübecks neuerliche Versetzung nach der Lombardei. 1859 traf er wieder in Mailand ein. Das Wirken Kübecks nahm hier nach der Niederlage im Krieg gegen Frankreich-Sardinien bald sein Ende. Er wurde zuerst nach Mantua und dann als Landrat nach Laibach versetzt. Nach der Auflösung der krainischen Landesregierung führte ihn sein Weg nach Triest. In den folgenden Jahren pendelte der Freiherr zwischen Triest, Görz und Laibach hin und her. Zuletzt wurde er noch nicht achtunddreißigjährig zum Landespräsidenten in Kärnten ernannt.

Während seiner Laibacher Zeit hatte sich der ebenso junge wie hochgestellte Beamte mit der Gräfin Angelika v. Auersperg vermählt. Die Braut war die Tochter des Chefs der Gesamtfamilie, des Grafen Josef, der die Hofämter eines Oberst-Erblandmarschalls und eines Oberst-Erblandkammerers im Herzogtum Krain bekleidete. Aus der Ehe gingen drei Töchter und ein Sohn hervor. Dieser folgte zuerst den Spuren seines Vaters. Er erreichte den Rang eines k. k. Bezirkskommissärs. Später wanderte er nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika aus und brachte es in Arizona zum

Stellvertretenden Sheriff. Von den Töchtern ist Marie Kübeck zu erwähnen, die beim „Roten Kreuz“, der „Katholischen Frauenorganisation“ und als Präsidentin des „Paramentenvereins“ eine Rolle in der steierischen Öffentlichkeit spielte.

Die Krönung seiner Laufbahn erreichte Guido Kübeck, als er — erst Anfang der Vierzig stehend — zum Statthalter im Herzogtum Steiermark ernannt wurde. Mehr als ein Vierteljahrhundert hindurch, und zwar in Zeiten stärkster politischer Spannung — der Kampf zwischen Deutschen und Slowenen begann bedrohliche Formen anzunehmen —, stand er der Grünen Mark als der höchste Kaiserliche Beamte vor. Er war streng konservativ und bewußt katholisch, beides Eigenschaften, die ihm im betont deutsch-nationalen Graz das Verwalten nicht eben erleichtert haben. Dennoch schrieb die Grazer „Tagespost“ in ihrem Nachruf auf den Statthalter: „Sein Streben war auf ein kräftiges Gedeihen des Landes gerichtet. Seine edle Gesinnung, seine unbegrenzte Menschenfreundlichkeit und seine Treue zur Steiermark werden unvergessen bleiben. Kübecks Name wird eine Zierde im Ehrenbuch der Grünen Mark werden.“ Der Enkel eines Iglauer Schneiders hat sich offensichtlich auch bei seinen politischen Gegnern hohen Ansehens erfreut<sup>11</sup>.

Zahlreich sind jene sudetendeutschen Familien, die durch mehrere Generationen Bedeutendes geleistet haben: die Kuhn und Kübeck, die Gautsch und Baumgartner, die Beck und Bienerth; ganz zu schweigen von den zahlreichen Industriellen, die ihre Betriebe über Generationen hinweg nicht nur führten, das heißt erhielten, sondern wesentlich vergrößerten.

Ein weiteres Beispiel derartiger Tüchtigkeit bietet die Familie Jaksch. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts lebte in Wartenberg in Nordböhmen der Häusler und Schuhmacher Ignaz Jaksch. Seine Ehefrau Margarete geb. Fiedler — ebenfalls aus Wartenberg — gebar ihm am 11. April 1810 einen Sohn Anton. Dieser leitete den steilen Aufstieg der Familie ein. Er studierte unter großen Entbehrungen in Prag und Wien Medizin. Unter anderem war er Schüler der berühmten Professoren Ritter v. Skoda und Freiherr v. Rokitsky, die beide gleich ihm aus dem böhmischen Raum stammten. Er promovierte 1835 und bereits im Jahre 1842 hatte es der Häuslersohn aus Wartenberg zum Direktor der neuerrichteten Abteilung für Brustkrankheiten an der Prager Klinik gebracht. Er wurde im Jahre 1845 Ordinarius seines Faches und mit 35 Jahren zum Rector magnificus der Karls-Universität erwählt. Er erlangte den Titel eines Hofrates und wurde mit dem Prädikat „v. Wartenhorst“ in den Ritterstand erhoben. Professor v. Jaksch erfreute sich eines außerordentlichen Rufes. Sein hauptsächlichstes Verdienst ist die Einführung der physikalischen Methode bei Brustkrankheiten. Er wur-

<sup>11</sup> Wurzbach: Teil 13. S. 308—311; ADB Bd. 17. S. 279; Kadich, Heinz v. - Blažek, Conrad: Der mährische Adel. Nürnberg 1899, S. 65; Gen. Hb. d. Adels. Bd. 16. S. 234—236; Preradovich, Nikolaus v.: Guido Freiherr Kübeck v. Kübau. Statthalter der Steiermark. (Rundfunkvortrag, Sender Graz 1, vom 29. Juli 1960.)

de Vater von vier Söhnen. Der älteste, Friedrich, brachte es zum Hof- und Gerichtsadvokaten. Er war lange Jahre hindurch Reichsratsabgeordneter. Der nächste Sohn, Zdenko, erreichte den Rang eines Hofrates am Oberlandesgericht in Prag. Der dritte endlich, Rudolf, folgte in beruflicher Hinsicht den Spuren seines Vaters. Er studierte in Prag und Straßburg Medizin. Noch nicht dreißig Jahre alt habilitierte sich Rudolf Ritter Jaksch v. Wartenhorst zum Privatdozenten für Pathologie und Therapie an der Rudolfs-Universität zu Wien. Drei Jahre danach wurde Rudolf Jaksch als a. o. Professor an die Hohe Schule der steierischen Landeshauptstadt berufen. Hier blieb er jedoch nur kurze Zeit, um 1889 einem Ruf als Ordinarius nach Prag zu folgen. Dort wirkte Professor v. Jaksch d. J. durch mehr als dreieinhalb Jahrzehnte sowohl in der österreichisch-ungarischen Monarchie als auch in der Tschechoslowakischen Republik. Gleich seinem Vater wurde er mit dem Titel eines Hofrates ausgezeichnet und zum Rector magnificus der Karls-Universität gewählt.

Nach achtzehnjähriger Ehe wurde Prof. v. Jaksch d. Ä. und seiner ersten Gemahlin Karoline, der Tochter des Prager Apothekers Karl Ritter v. Helly, ein weiterer Sohn geboren, der den Namen August erhielt. Dem Beispiele des Vaters und des nur um vier Jahre älteren Bruders Rudolf folgend, belegte August Jaksch zunächst ebenfalls Medizin. Bald jedoch ging er nach Wien und hörte bei Professor Höfler Geschichte. In den Jahren 1879 bis 1881 studierte er im „Institut für österreichische Geschichtsforschung“, welches damals unter der Leitung des Preußen Theodor Sickel stand und sich eines ungemein guten wissenschaftlichen Rufes erfreute. Auf die Empfehlung dieses Lehrers hin übernahm August Jaksch v. Wartenhorst im Jahre 1882 bedeutende Ordnungsarbeiten für den Kärntner Geschichtsverein. Ein Jahr danach, kaum vierundzwanzigjährig, wurde er zum Vereinsarchivar bestellt und ein Jahr fünf später zum Ausschußmitglied gewählt. Jaksch stieg von Stufe zu Stufe. Er wurde zum Korrespondenten für Kunst- und Historische Denkmäler ernannt. Kurz vor der Jahrhundertwende ist ihm auf einstimmigen Beschluß des Kärntner Landtages der Titel Landesarchivar verliehen worden. Wenige Jahre danach wurde er zum ersten Wirklichen Landesarchivar befördert. August Jaksch v. Wartenhorst war Archivar aus innerer Berufung. Daneben wirkte er als Bibliothekar, Museumsleiter, Numismatiker und Schriftleiter wissenschaftlicher Zeitschriften. Seine ganze Lebensarbeit war der Kärntner Heimatforschung gewidmet. Als Quellenforscher und Geschichtsschreiber fand Jaksch auf diesem Gebiet nicht seinesgleichen. Das Schwergewicht seiner Forschungen lag auf dem Gebiete des Früh- und Hochmittelalters. Es gelang ihm, eine vollständige Quellensammlung bis zum Jahre 1269 unter dem Titel „*Monumenta historica ducatus Carinthiae*“ zu edieren. Erstmals verwandte er für die Erforschung eines lokalen Gebietes die Errungenschaften der modernsten Urkundenlehre. Ein und ein halbes Jahrzehnt hindurch leitete Ritter v. Jaksch den kulturwissenschaftlichen Teil der angesehensten kärntnerischen wissenschaftlichen Zeitschrift „*Carinthia*“, die er durch seine rastlose Arbeit

zu noch bedeutenderem Ansehen brachte. Daneben fand Jaksch von Wartenhorst auch noch Zeit, an der Neuherausgabe des „Historischen Atlas der Alpenländer“ mitzuwirken.

Zu seinen wichtigsten Werken zählen die folgenden: „Über Ortsnamen und Ortsnamenforschung mit besonderer Rücksicht auf Kärnten“, die zwei-bändige „Geschichte Kärntens bis zum Jahre 1335“, sodann vor allem anderen die schon erwähnten „Monumenta historica ducatus Carinthiae“, die in vier Bänden erschienen sind, und zuletzt die 1915 von ihm herausgegebene Jubiläumsschrift zur Erinnerung an die Kärntner Landesverteidigung in der Zeit der Franzosenkriege. Für diese wissenschaftlichen Leistungen wurde er auch ganz außergewöhnlich geehrt. Anlässlich seiner dreißig-jährigen Tätigkeit als Archivar des Kärntner Geschichtsvereins wurde ihm zu Ehren eine Festschrift veröffentlicht. Zuletzt hatte er den Rang eines Landesarchivdirektors und eines Landeskonservators von Kärnten inne. Noch nicht fünfzig Jahre alt, wurde er zum Korrespondierenden Mitglied der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in Wien erwählt. Kurz vor seinem Tode ehrte ihn die Königliche Akademie in München in der gleichen Weise. Bereits 1904 hatte ihm die Karl-Franzens-Universität in Graz das Ehren-Doktorat der Philosophie verliehen. Der aus dem Königreich Böhmen stammende Forscher hat nicht nur im Landesarchiv und in zahlreichen Privatarchiven mustergültige Ordnungsarbeit geleistet, sondern er kann mit Recht auch als der Begründer der modernen kärntnerischen Geschichtsschreibung bezeichnet werden<sup>12</sup>.

Im Jahre der Reichsgründung wurde dem Schuhmacher Gröger in Ober-Wildgrub bei Freudenthal ein Sohn geboren, der den Namen Florian erhielt. Nach der Volksschule begann er elfjährig bereits bei einem Förster zu arbeiten. Sodann ging er bei einem Hausweber in Braunseifen in die Lehre und ließ sich später als Leineweber in Ostrau nieder. Dort trat Florian Gröger dem Fachverband der Textilarbeiter bei. Er lernte die Arbeiterbewegung kennen und machte sich erstmals mit der sozialdemokratischen Literatur vertraut. Nach Mißerfolgen in Ostrau versuchte er in Wien, im Burgenland und in Österreich als Webergeselle sein Unterkommen zu finden. Nach diesen vergeblichen Versuchen kehrte er nach Mähren zurück. 1894 trat Gröger der Sozialdemokratischen Partei bei. Bald wurde er Mitarbeiter am „Volksfreund“ in Brünn und betätigte sich bereits in dieser Zeit als Redner bei kleineren Versammlungen seiner Partei. Schon drei Jahre nach dem Eintritt in die Sozialdemokratie wurde der Schlesier Parteivertrauensmann, Gewerkschaftssekretär und Redakteur des Blattes „Volkspresse“ in Czernowitz. Als diese Zeitung eingestellt werden mußte, arbeitete der junge Parteimann vorübergehend wieder als Weber. Aber be-

<sup>12</sup> Wiener gen. Taschb. 87—89; Carinthia I, 103 (1913) = Jaksch-Festschrift; Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde 72 (1932) 168; Almanach der Akademie der Wissenschaften. Wien 1932; Österreichisches biographisches Lexikon. 11. Lief. Wien 1961, S. 65 f.; Preradovich, Nikolaus v.: August Jaksch von Wartenhorst. (Rundfunkvortrag, Sender Graz 1, vom 12. Januar 1962.)

reits im darauffolgenden Jahr wurde Gröger, der als Krankenkassenbeamter in Mährisch-Schönberg versorgt worden war, Schriftleiter der „Wahrheit“. Florian Gröger gehörte offensichtlich zu den tüchtigsten Agitatoren der Arbeiterbewegung, denn er wurde 1901 erstmals nach Kärnten entsandt, um hier für die Gedanken der Sozialdemokratie zu werben. Zuerst war er wieder als Krankenkassenbeamter in Villach untergebracht, später leitete er die Parteiarbeit in Klagenfurt. Dieser erste Aufenthalt in dem alpenländischen Herzogtum dauerte jedoch nicht lange. Der Schlesier kehrte wieder in den Böhmischemährischen Raum zurück. Er redigierte die sozialdemokratische Zeitung „Wahrheit“ in Prag. Nach unterschiedlichen Verwendungen in Komotau, Falkenau und Karbitz kam Gröger endlich nach Aussig. Hier übernahm er die Hauptschriftleitung des Blattes „Volksrecht“. Er war es, der den sozialdemokratischen Wahlkampf im Jahre 1907 — also nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechtes — leitete und dabei — man wäre geneigt zu sagen natürlich — erfolgreich war. Seit 1910 lebte Florian Gröger, der damals noch nicht vierzig Jahre alt war, in Klagenfurt. In den Jahren 1897—1911 war er nicht weniger als zweiundzwanzig Mal wegen politischer Vergehen inhaftiert worden. Schon zwei Jahre nach seiner Ankunft in der neuen Heimat wurde Florian Gröger als Abgeordneter in den Kärntner Landtag gewählt und von diesem in den Reichsrat — das Zentralparlament in Wien — entsandt. Nach dem Auseinanderbrechen der Doppelmonarchie bewährte sich der Sudetendeutsche besonders in Kärnten. Er wurde neben dem Landesverweser und alten Innsbrucker Burschenschafter Dr. Arthur Lemisch zu dessen erstem Stellvertreter bestellt. Er war also — unbeschadet seiner sozialdemokratischen Einstellung — einer der Männer, die es in den Jahren 1918 bis 1920 verstanden haben, die Einheit Kärntens im Kampf gegen den slawischen Imperialismus zu bewahren. Kurz danach — 1921 bis 1923 — erreichte der Schusterssohn aus Schlesien den höchsten Rang, den seine nunmehrige Heimat zu vergeben hatte. Florian Gröger wurde zum Landeshauptmann von Kärnten erwählt. Seit 1919 war er Mitglied der Provisorischen und der Konstituierenden Nationalversammlung, später Abgeordneter im Nationalrat. Der Politiker war unermüdlich tätig, um jenen, die ihm vertrauten, dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Gröger war es, der den wichtigen Antrag auf Pächterschutz einbrachte, dessen Annahme auf parlamentarischem Weg durchgesetzt werden konnte. Noch nicht sechsundfünfzig Jahre alt, verstarb der unermüdliche Kämpfer für seine Sache in Klagenfurt<sup>13</sup>.

Am Beispiel dieser vier besonders bedeutenden Figuren haben wir gezeigt, daß Sudetendeutsche nicht allein im Böhmischemährisch-schlesischen Raum — ihrer engeren Heimat —, nicht allein in Wien, dem Zentrum des Reiches, sondern auch in dem entfernten Innerösterreich Außerordentliches geleistet haben. Es sei noch ein Schnitt durch die unterschiedlichsten

<sup>13</sup> Wer ist's? Unsere Zeitgenossen. Hrsg. v. A. L. Degener. 8. Ausg. Leipzig 1922, S. 521; Österr. biogr. Lexikon. Bd. 2. Graz-Köln 1959, S. 67; Arbeiter-Zeitung, Wien, 21. 5. 1927; Die Neue Zeit, Klagenfurt, 18. 5. 1952.

Berufe in aller Kürze gewährt, um den Eindruck zu vermeiden, die Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien hätten sich nur in der Politik oder der Wissenschaft hervorgetan.

Schon in der Mitte des 18. Jahrhunderts hat Maria Theresia, mit einem beträchtlichen Blick für wirtschaftliche Möglichkeiten, den Prager Bürger und Ratsverwandten Johann Ignaz Eissner v. Eisenstein — der zahlreiche Glashütten in Böhmen betrieb — veranlaßt, die Erzeugung dieser Handelsware nach der Steiermark zu verpflanzen<sup>14</sup>. Dieser wichtige Wirtschaftszweig ist bis heute ein Betätigungsfeld für Sudetendeutsche geblieben. Vor wenigen Jahren feierte Adolf Körbitz, der Besitzer der Glasfabriken zu Oberdorf-Voitsberg in der Weststeiermark, seinen 70. Geburtstag. Er wurde in Asch geboren. Nach Absolvierung der Höheren Staatsgewerbeschule in Reichenberg erhielt er den Titel eines Ingenieurs der Fachrichtung Farbchemie. Kurz vor dem ersten Weltkrieg vermählte sich Körbitz mit der Tochter des untersteierischen Glasfabrikanten Abel. Wenige Jahre danach trat er als Teilhaber in die „Vereinigte Glasfabriken AG“ ein. Dieses Unternehmen, welches bald unter der Leitung des Sudetendeutschen Körbitz stand, umfaßte fünf Glasfabriken, vier Kohlenbergwerke und zwei Steingutfabriken. Diese Industriebetriebe befanden sich nach 1918 alle im Königreich der Serben, Kroaten und Slovenen (SHS), wie Jugoslawien bis 1929 offiziell genannt wurde. 1939 übersiedelte Adolf Körbitz nach der Weststeiermark und erwarb die Glashütte in Voitsberg. Bereits ein Jahr danach nahm er die vollautomatische Erzeugung von Konservengläsern und Flaschen auf. Er war zu dieser Zeit und auf diesem Sektor führend im ganzen deutschen Wirtschaftsraum<sup>15</sup>.

Nicht minder tätig ist Franz Kandler aus Wiese am Fuße des Altvaters gewesen. Sein Vater war Mühlenbesitzer. Die Unterrealschule besuchte Kandler in Jägerndorf, die Handelsakademie in Graz. Sodann wendete er sich dem Militärdienst zu. Er diente bei dem k. k. Dragoner Regiment No 4. Als Oberleutnant erwarb er Schloß Lannach in der westlichen Steiermark, schied aus der Armee aus und widmete sich ausschließlich dem steirischen Wirtschaftsleben, dem er mehr als ein halbes Jahrhundert hindurch starke Impulse verlieh. Kurz nach dem Erwerb von Lannach entdeckte Franz Kandler, daß sich auf seinem Grund sehr brauchbare Tonerden fanden. Sogleich gründete er die „Lannacher Dachziegel- und Tonwarenfabrik“, die bald zu einem der namhaftesten steirischen Betriebe auf diesem Sektor wuchs. Nach dem ersten Weltkrieg, den er an verschiedenen Fronten mitgemacht hatte, widmete er sich dem Ausbau seiner Betriebe. Gleichzeitig beteiligte er sich an der Organisation der „Heimwehr“ im Bezirke Deutschlandsberg, die — damals noch durchaus unpolitisch — sich die Abwehr der Südslawen zur Aufgabe gesetzt hatte. Als Präsident der landwirtschaftlichen Gesellschaft wurde Franz Kandler bald in den Steiermärkischen Land-

<sup>14</sup> Gen. Taschb. der adeligen Häuser Österreichs. Wien 1905, S. 177.

<sup>15</sup> Südost-Tagespost, Graz, 25. 3. 1958, S. 5.

tag gewählt. Es gelang ihm, die bisherige Landwirtschaftsgesellschaft in eine vorläufige Kammer für Land- und Forstwirtschaft umzuwandeln. Auch die rasche Neuorganisation des landwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Kreditwesens wäre ohne die maßgebliche Mithilfe des Schlesiens kaum denkbar gewesen. Nach seinem Ausscheiden aus dem Landtag vertrat Franz Kandler die Steiermark drei Jahre hindurch im Bundesrat. Der Ausbau des Straßenwesens in der Grünen Mark, vor allem der Bau der Packerstraße, die Steiermark mit dem westlich benachbarten Kärnten verbindet, die Einführung der Zuckerrübe und der Futtersilowirtschaft ebenso wie die Errichtung der Landeshypothekenanstalt werden als Leistungen des Schlesiens Franz Kandler in seiner neuen steirischen Heimat stets unvergessen bleiben<sup>16</sup>.

1962 beging der Direktor der Steyr-Daimler-Puch AG, Ing. Dr. h. c. Wilhelm Rösche, seinen fünfundsechzigsten Geburtstag. Der bekannte Techniker stammt aus Österreichisch-Schlesien. Mehr als vier Jahrzehnte gehört er bereits den steirischen Puch-Werken als Mitarbeiter an. Seine ungewöhnlichen Leistungen auf diesem Gebiet wurden 1954 durch die Verleihung des Ehren-Doktorates der Technischen Hochschule Graz auch nach außen hin gewürdigt. 1922 hatte er die neue Fahrradfabrik ganz nach seinen Plänen aufgebaut. Zwölf Jahre danach fand der Zusammenschluß mit den Steyr-Werken statt, der eine großzügige Ausweitung der Erzeugung ermöglichte. Bei Kriegsbeginn wurde Wilhelm Rösche mit der Errichtung des neuen Werkes in Thondorf südlich von Graz betraut und nach dessen Fertigstellung zum Direktor ernannt. Das Thondorfer Werk gilt auch heute noch als eines der schönsten, technisch vollkommensten und baulich zweckmäßigsten in der ganzen Branche. Während des Krieges arbeiteten nicht weniger als 12000 Menschen in dieser Erzeugungsstätte. Nach Kriegsende ging Direktor Rösche mit wenigen Arbeitskräften, aber mit ungebrochenem Mut daran, den Betrieb wieder aufzubauen<sup>17</sup>.

Als Betriebsleiter der so überaus wichtigen Dynamit-Nobel-Werke in Sankt Lamprecht in Obersteiermark wirkt seit geraumer Zeit und mit bedeutendem Erfolg Dipl. Ing. Ritter Streer v. Streeruwitz, der anlässlich seines sechzigsten Geburtstages Gegenstand zahlreicher und herzlicher Ehrungen gewesen ist. Die Familie des Jubilars stammt aus Mies. Sie hat Österreich einen Bundeskanzler gestellt, den christlich-sozialen Politiker Dr. Ernst Ritter Streer v. Streeruwitz<sup>18</sup>.

Abschließend zur Wirtschaft und Technik sei noch der Straßenbaupionier Hofrat Regierungsbaudirektor Dipl. Ing. Josef Brix genannt. Er wurde 1878 in Bergstadt in Nordmähren geboren. Nach dem Studium an der Deutschen Technik in Brünn trat Brix als Adjunkt in den Baudienst des Landes Kärn-

<sup>16</sup> Ebenda 28. 9. 1957, S. 4.

<sup>17</sup> Ebenda 19. 10. 1957, S. 4.

<sup>18</sup> Ebenda 8. 11. 1957, S. 6; Meraviglia, Rudolf Joh. Graf.: Der böhmische Adel. Nürnberg 1886, S. 35; Knauer, O.: Österreichs Männer des öffentlichen Lebens von 1848 bis heute. Wien 1960, S. 88.

ten ein. Kurz nach dem Ersten Weltkrieg hatte er es zum Baubezirksleiter in Wolfsberg gebracht. Sodann wurde der Mährer zum Leiter der Hydrographischen Landesabteilung in Klagenfurt ernannt und in der Mitte der dreißiger Jahre zum Hofrat befördert. Damals vollbrachte er seine bedeutendsten Leistungen. Er entwarf sowohl die Wörtherseestraße als auch die Packerbundesstraße, die kräftige Ost-West-Verbindung des südöstlichen Österreich. An dem Bau der Groß-Glocknerstraße beteiligte sich Josef Brix als Leiter des Abschnittes zwischen Lienz und Heiligenblut. 1942 wurde der Nordmährer zum Regierungsbaudirektor in Graz befördert<sup>19</sup>.

Wissenschaftlicher Leistungen haben wir in unserem Aufsatz „Sudetendeutsche Gelehrte an der Universität Graz“, der in Band 3 des vorliegenden Jahrbuches erschienen ist, bereits gedacht. So wollen wir uns abschließend der Kunst zuwenden. Vor wenigen Jahren verstarb in Graz der „Altmeister des Portraits“ Prof. Leo Scheu aus Olmütz. Seine Blumen- und Aktstücke zeigen bedeutendes Können. Vor allem aber hatte er sich — wie sein Beiname anzeigt — der Bildnismalerei verschrieben. Die meisten Portraits der Rektoren der beiden Grazer Hochschulen stammen von ihm. Leo Scheu war Ehrenmitglied der Karl-Franzens-Universität zu Graz, Präsident des Künstlerhauses daselbst und Fachinspektor für Zeichnen und Handarbeit für Steiermark und Kärnten. Er war darüberhinaus Träger der Medaille der Stadt Graz und Inhaber dreier Staatspreise<sup>20</sup>.

Prof. Fred Hartig aus Gablonz ist zur Zeit Präsident des steirischen Künstlerbundes. Vor wenigen Monaten eröffnete der Kulturreferent der Steiermärkischen Landesregierung — Landesrat Univ. Prof. Dr. Hanns Koren — die „Fred-Hartig-Ausstellung“ in Graz. In seiner Eröffnungsrede führte der Politiker aus: „Fred Hartig, der gebürtige Gablonzer, hat als künstlerisch Schaffender stets einen geraden Weg verfolgt. Dadurch war er in der Lage, allen Versuchungen und Verirrungen seiner Zeit zu widerstehen. Sein Werk als Maler gedieh zur Erfüllung. Stets verlieh er seiner persönlichen Aussage das ihr eigene Profil. Die Wahlheimat Graz hat Prof. Hartig und sein Schaffen gerne bedankt und durch Ankäufe und Preise ausgezeichnet. Prof. Hartig, der Graz erst als reifer Mensch und Künstler betreten hat, kann die Versicherung entgegennehmen, daß die Stadt und ihre Bewohner sein Werk stets ehren werden“<sup>21</sup>.

Vor rund einem Vierteljahrhundert ist der letzte deutsche Musikdirektor der Philharmonischen Gesellschaft in Laibach — Hans Gerstner — verstorben. Er stammte aus Luditz im Egerland. Neunzehnjährig ist Gerstner der beste Absolvent des Prager Konservatoriums gewesen. Früh kam er nach der Metropole des Herzogtums Krain. Gerstner war in Laibach als Solist, Kammermusiker, Konzertmeister oder Dirigent mehr als achthundertmal öffentlich aufgetreten. Von 1872 bis 1918 gab Hans Gerstner jährlich vier

<sup>19</sup> Südost-Tagespost, 16. 5. 1961, S. 6.

<sup>20</sup> Partisch, H.: Österreicher aus sudetendeutschem Stamm. Wien 1961, S. 52 f.

<sup>21</sup> Südost-Tagespost, 29. 8. 1962, S. 5.

bis fünf Kammerkonzerte, im ganzen 154 Aufführungen. Erst mit 83 Jahren beendete er seine Lehrtätigkeit. Jahrzehnte lang gab er täglich zehn Unterrichtsstunden. Tausende von Schülern gingen durch seine Hände. Gar manche von ihnen — etwa Rupel und Leskovic — sind ausgezeichnete Musiker geworden<sup>22</sup>.

Zuletzt wenden wir uns den Schriftstellern zu, von denen wir wieder nur einige besonders bekannte herausgreifen wollen. Eine Zierde steirischer Dichtkunst ist der ehemalige Berufsoffizier Rudolf Hans Bartsch, der durch sein Buch „Zwölf aus der Steiermark“ bekannt wurde. Er ist in Graz geboren und hat sich stets als Steirer gefühlt. Dennoch ist er sudetendeutschen Stammes; sein Vater kam nämlich aus Jägerndorf. Er verfaßte noch — um nur einige Werke anzuführen — die Novellen „Vom sterbenden Roko“ und „Bittersüße Liebesgeschichten“ sowie den Schubertroman „Schwammerl“. Rudolf Hans Bartsch war Träger des Kulturpreises der Stadt Wien<sup>23</sup>.

Bruno Brehm wurde in Laibach geboren. Er lebt seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Aussee und ist Inhaber verschiedener steirischer Kulturpreise; somit — würde man meinen — der „Innerösterreicher“ par excellence. Dennoch stammt sein Vater aus dem Egerland und seine Mutter aus Bärzingen im Erzgebirge. Der Verfasser der bekannten Trilogie „Apis und Este“, „Das war das Ende“ und „Weder Kaiser noch König“ ist also reiner Sudetendeutscher. Im Ersten Weltkrieg aktiver Offizier, fiel er schwerverwundet in russische Gefangenschaft. Im Lazarett in Moskau lernte er den kgl. preuß. Dragoner-Fähnrich Edwin Erich Dwinger kennen. Aus der Begegnung der beiden entstand — Jahre nach dem Kriege — die oben erwähnte Trilogie. Nach dem Auseinanderbrechen der Doppelmonarchie studierte Brehm Kunstgeschichte und Philosophie in Wien. Bald machte er sich als Schriftsteller einen Namen. Den Zweiten Weltkrieg machte er wieder als Offizier mit. Nach dem Jahre 1945 verbrachte Major v. Brehm — sein Vater war 1916 geadelt worden — viele Jahre in dem Amerikanischen Lager Glasenbach bei Salzburg. Seine ersten Bücher nach dieser Zeit „Im Schatten der Macht“ und „Am Rande des Abgrundes“ veröffentlichte Bruno Brehm im Stocker-Verlag Graz<sup>24</sup>.

Der Prager Wolfgang Burghauser<sup>25</sup> brachte es im Rahmen der Steiermärkischen Landesregierung bis zum Hofrat. Er schrieb Gedichte, Romane und Novellen. Im Literaturleben der Stadt Graz spielte er in den zwanziger- und dreißiger Jahren eine nicht unbedeutende Rolle. Eine Stütze der schönen Literatur in der Grünen Mark war auch Karl Wilhelm Gawalowski aus Zubří in Mähren, der zuletzt den Rang eines Direktors der Steiermärkischen Landesbibliothek inne hatte. Er schrieb Lieder, Gedichte und Erzählungen. Besonders verdient machte er sich 1886 durch die Herausgabe des „Steiermärkischen Liederbuches“<sup>26</sup>.

<sup>22</sup> Ebenda 9. 1. 1959, S. 6.

<sup>23</sup> Partisch 95.

<sup>24</sup> Kleines österreichisches Literaturlexikon. Wien 1948, S. 41; Wiener gen. Taschb. 1925/26, S. 29.

<sup>25</sup> Partisch 99.

<sup>26</sup> Partisch 109.

Karl Adolf Mayer erblickte in Mährisch-Rothwasser das Licht der Welt. Nach dem Studium ergriff er den Beruf eines Gymnasiallehrers und kam als solcher zuerst nach Triest, sodann nach Graz. Er ist der Verfasser zahlreicher Novellen. Nach seinem Tode — 1957 — erschien, mit besonderer Unterstützung der Steiermärkischen Landesregierung, der gehaltvolle Gedichtband „Besonnte Steine“<sup>27</sup>. Zu den berühmtesten sudetendeutschen Dichtern in der Steiermark zählt Franz Nabl<sup>28</sup> aus Lautschin. Seine Kindheit verlebte er in Wien und Baden. Bereits im Jahre 1934 aber — vor fast einem Menschenalter — verlegte er seinen ständigen Wohnsitz nach der steirischen Landeshauptstadt. Sein Werk ist bekannt. Es ist daher nicht notwendig, es im einzelnen anzuführen. Franz Nabl erhielt den Literaturpreis der Republik Österreich, den Kulturpreis der Stadt Wien, den Bauernfeld- und den Mozartpreis. Im Jahre 1943 wurde er zum Ehren doktor der Grazer Universität promoviert.

Im rebenumkränzten steirischen Unterland, in der einst deutschen Stadt Marburg an der Drau, wurde Ottokar Kernstock geboren. Seine Familie aber stammt aus Prachatitz. Dort war einer seiner Vorfahren zu Beginn des 18. Jahrhunderts Primator. Von seinem Vater sagt der Dichter: „Deutsch war der Mann, kerndeutsch das Heimatland, eh' Slawenlist es Stück für Stück entwand.“ Kernstock wurde Vorauer Chorbherr. Zahlreich sind seine Dichtungen. Er war der Verfasser der Bundeshymne der ersten Republik Österreich. Zahllos sind die Ehrungen gewesen, die ihm zuteil wurden. Ottokar Kernstock war gleich Nabl Dr. phil. h. c. der Universität Graz. Das Haus in Wien III, Stuttgarter Straße 9, in dem der Dichter oft wohnte, trägt eine ihn ehrende Gedenktafel. Ein Platz im XVI. Wiener Stadt-Bezirk und ein Weg in der steirischen Landeshauptstadt sind nach ihm benannt<sup>29</sup>.

Diese kurze Zusammenstellung zeigt, daß Sudetendeutsche — und dies sei besonders hervorgehoben — auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, sei es das Militärwesen oder die Politik, die Wissenschaft, die Wirtschaft oder die Kunst, auch in jenem ihrer engeren Heimat entfernten „Inner-österreich“ wie stets Vorzügliches geleistet haben.

<sup>27</sup> Kl. österr. Literaturlexikon 273; Partisch 138; Südost-Tagespost, 10. 3. 1957, S. 6.

<sup>28</sup> Partisch 142 f.

<sup>29</sup> Partisch 127 f.

GRUNDZÜGE DER BINNENHOCHDEUTSCHEN  
KONSONANTENSCHWÄCHUNG IN DEN  
SUDETENLÄNDERN

*Von Franz J. Beranek*

Es ist gewiß Bescheidenheit am unrechten Platz, wenn gerade wir Deutschen die epochale lautgeschichtliche Entdeckung von Jacob Grimm vom Jahre 1820 einfach als die „germanische Lautverschiebung“ zu bezeichnen pflegen, während sie die Engländer „Grimm's law“, also das „Grimmsche Gesetz“ nennen, ähnlich wie wiederum wir die Ergänzung und Abrundung dieser Erkenntnis nach dem Dänen Karl Verner als das „Vernersche Gesetz“ bezeichnen. Vielleicht wird in Zukunft die binnenhochdeutsche Konsonantenschwächung, bis sie erst genügend tief in das Bewußtsein der Deutschkundler eingedrungen und ein fester Bestandteil ihres wissenschaftlichen Rüstzeuges geworden ist (was heute durchaus noch nicht der Fall ist), das „Lessiaksche Gesetz“ genannt werden, nach dem im Jahre 1878 im deutschen Grenzland Kärnten geborenen, 1937 verstorbenen Prager Altgermanisten Primus Lessiak, der auf diese Erscheinung bereits im Jahre 1910<sup>1</sup> aufmerksam gemacht hat. Eingehender befaßt sich Lessiak mit der binnenhochdeutschen Konsonantenschwächung, deren sprachgeschichtliche Bedeutung der der beiden Lautverschiebungen, der germanischen sowohl als auch der hochdeutschen, nicht nachsteht, in den „Beiträgen zur Geschichte des deutschen Konsonantismus“, die sein Schüler Ernst Schwarz herausgegeben hat<sup>2</sup>.

Unter der seit dem 13. Jahrhundert wirksamen binnenhochdeutschen Konsonantenschwächung verstehen wir einen Komplex von mehr oder weniger untereinander zusammenhängenden Veränderungen des mhd. Mitlautstandes, vornehmlich in den zentralen Landschaften des Hochdeutschen, einschließlich des größten Teiles des sudetendeutschen Sprachgebietes vor 1945/46. Die Verbreitungsgebiete der einzelnen Akte der binnenhochdeutschen Konsonantenschwächung fallen dabei durchaus nicht zusammen. Böhmen und Mähren-Schlesien — immer in ihrem ethnisch integren Zustande — werden von den unterschiedlichen Grenzlinien der einzelnen Veränderungen mehrfach durchzogen. Während jedoch der Verlauf anderer sprachlicher Grenzen in den Sudetenländern hinlänglich bekannt und festgelegt ist, wie etwa die der zweiten Lautverschiebung<sup>3</sup>, herrscht hinsichtlich der Abgrenzung der Wir-

<sup>1</sup> Im Anzeiger für deutsches Altertum und deutsche Literatur 34 (1910) 197.

<sup>2</sup> Als 14. Band der Schriften der Philosophischen Fakultät der Deutschen Universität in Prag. Brünn-Prag-Leipzig-Wien 1933.

<sup>3</sup> E. Schwarz: Sudetendeutsche Sprachräume. 2. Aufl. München 1962, S. 23 ff., bes. Abb. 1; S. 138 ff., bes. Abb. 29. (Handbuch der sudetendeutschen Kulturgeschichte 2.)

kungsgebiete der Konsonantenschwächung bislang Unklarheit, was sich bei ganzräumigen Untersuchungen wie etwa bei der umfassenden Arbeit des vom Verfasser geleiteten „Sudetendeutschen Wörterbuchs“ häufig als hemmend erwiesen hat. Der Zweck der vorliegenden Untersuchung ist die Herausarbeitung und Darstellung der wichtigsten der von der binnenhochdeutschen Konsonantenschwächung geschaffenen Grenzlinien innerhalb des Sudetenraumes. *Mundart und Umgangssprache*<sup>4</sup> werden hierbei keineswegs als gegensätzliche Sprachformen betrachtet, sondern im Sinne einer totalen Sprachauffassung als die beiden gleichwertigen Hälften der sudetendeutschen *Volkssprache*. Aus diesem Grund sollen hier auch nicht alle Einzelercheinungen der binnenhochdeutschen Konsonantenschwächung behandelt werden (was schon wegen der zahlreichen Durchkreuzungen der Regeln durch Ausgleichsvorgänge und örtliche Sonderentwicklungen keine leichte Aufgabe wäre), sondern nur jene Vorgänge, die sowohl in der Mundart als auch in der für die Sprechweise der Sudetenländer repräsentativen Umgangssprache<sup>5</sup> durchgedrungen sind und so die innere Einheit der sudetendeutschen *Volkssprache* erkennen lassen.

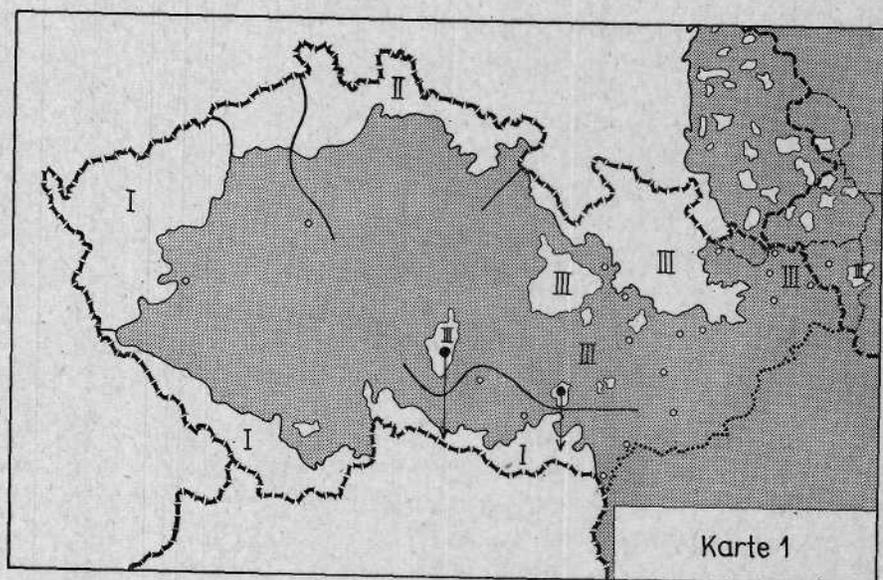
Die Darlegungen stützen sich in erster Linie auf die jahrzehntelangen eigenen Beobachtungen des Verfassers an der *Volkssprache* — *Mundart und Umgangssprache* — aller sudetendeutschen Landschaften. Einiges erbrachten auch die streng formulierten, zweckgerichteten Anfragen in den Sammellisten des „Sudetendeutschen Wörterbuchs“ sowie zusätzliche Umfragen in verschiedenen Heimatzeitschriften. Den Herausgebern dieser Blätter sei für ihr Entgegenkommen, den Beantwortern für ihre Mühewaltung an dieser Stelle herzlichst gedankt, wengleich die Auswertung der schriftlichen Auskünfte nur unter Anwendung größter Vorsicht möglich war. Sind doch die durch die binnenhochdeutsche Konsonantenschwächung bewirkten Veränderungen des Mitlautstandes trotz des umwälzenden Charakters des Gesamtvorganges — hat dieser ja, gleich der zweiten Lautverschiebung, das hochdeutsche Sprachgebiet in zwei Hälften geteilt — für das Ohr des Laien nur schwer faßbar und in der üblichen Schrift zumeist kaum darstellbar. Natürlich wurden auch die im einschlägigen Schriftum verstreut enthaltenen Angaben über den Gegenstand kritisch mit herangezogen, wengleich dessen Bedeutung dort zumeist gar nicht erkannt ist.

Die binnenhochdeutsche Konsonantenschwächung umfaßt das gesamte Mitteldeutsche mit Ausnahme des Schlesischen und Nordthüringischen im Osten, des Ripuarischen und westlichen Moselfränkischen im Westen, ferner das Oberdeutsche mit Ausnahme des Südoberdeutschen (Südbairischen und Hochalemannischen)<sup>6</sup>. Von den sudetendeutschen Landschaften hat sie somit den

<sup>4</sup> F. J. Beranek: Ein Atlas der sudetendeutschen Umgangssprache. Muttersprache (1951) 303 ff. — Ders.: Sudetendeutsche Umgangssprache. Stifter-Jahrbuch 4 (1955) 124—146. — Ders.: Die deutsche Umgangssprache der Sudetenländer. Sudetenland 4 (1962) 298—306.

<sup>5</sup> F. J. Beranek: Die Umgangssprache und ihre Erforschung. Muttersprache (1950) 65 ff.

<sup>6</sup> Lessiak (s. Fn. 2) 13.



größten Teil ergriffen. Wirklich von ihr freigeblieben sind nur das Adlergebirge sowie Sudetenschlesien, Nordmähren und im westlichen auch die mittelmährischen Inseln und Streusiedlungen. Ihre Wirkung in den übrigen Gebieten ist von Einzelvorgang zu Einzelvorgang verschieden.

### *Die Schwächung der anlautenden Verschlussfortes*

Das Kernstück der binnenhochdeutschen Konsonantenschwächung bildet die Lenisierung der Starklaute, die sowohl im Anlaut haupttoniger Silben als auch im In- und Auslaut eingetreten ist. Der Klarheit der Ergebnisse zuliebe beschränken wir uns jedoch auf die Darstellung des Schicksals der starken (und in zwangsläufigem Zusammenhang damit auch der schwachen) Verschlusslaute in diesen Stellungen, mit nur gelegentlichen Ausblicken auf die Reibelauten. Im Hinblick auf die Wirkung der Fortisschwächung im Anlaut gliedern sich die sudetendeutschen Rand- und Inselgebiete in drei in Karte 1 dargestellte, dort mit römischen Ziffern (I, II, III) bezeichnete Zonen.

Zone I umfaßt das geschlossene Südmähren mit der schon auf böhmischem Boden gelegenen Neubistritz-Neuhauser Sprachzunge<sup>7</sup> samt den Stadtmundarten von Brünn<sup>8</sup> und Iglau<sup>9</sup> und den auf diesen fußenden Umgangssprachen,

<sup>7</sup> F. J. Beranek: Die Mundart von Südmähren (Lautlehre). Reichenberg 1936, 1f. (Beitr. z. Kenntn. Sudetendt. Maa. 7.)

<sup>8</sup> Beranek: Südmähren 13. — F. J. Beranek: Die Mundart der Brüner deutschen Sprachinsel. In: Eine Stadt als Vermächtnis. Das Buch vom deutschen Brünn. Stuttgart 1958, S. 140—142, bes. S. 141. — E. Leitner: Brüner Mundart. Ebenda 123—124.

<sup>9</sup> H. K. Noë: Beiträge zur Kenntniß der Mundart der Stadt Iglau. Die deutschen Mundarten 5 (1858) 201 ff., 310 ff., 459 ff.

ferner die Umgangssprache von Lundenburg, Göding, Ung.-Hradisch (?; vgl. u.), Mähr.-Kromau und Trebitsch — die deutschen Stadtmundarten dieser u. a. Orte waren schon vor 1918 im wesentlichen verklungen und späterhin nur noch in Resten faßbar —, dann den Böhmerwald samt der Budweiser Insel, ferner Westböhmen, d. i. das Egerland im weiteren Sinne dieser Bezeichnung, einschließlich der Stadt Pilsen, und endlich Nordwest- und Nordböhmen bis knapp über die Elbe, u. zw. bis zu einer Linie, die von dem Grenzort Dittersbach über Windisch-Kamnitz, Sandau und Auscha nach Leitmeritz verläuft, also mit der von Schwarz<sup>10</sup> aufgezeigten Kamnitz-Leipaer Hemmstelle so gut wie zusammenfällt. In diesem ganzen Gebiet, zu dem schließlich auch noch Prag mit seiner an sich stattlichen Deutschengruppe gehört, ist die Schwächung der Anlauttenués restlos durchgeführt. Ungeschwächt geblieben ist lediglich mhd. *k* vor Vokalen, das in dieser Stellung stets aspiriert war und dank dieser Stütze der Schwächung Widerstand zu leisten vermochte; man spricht im ganzen Gebiet — die Beispiele sind der Umgangssprache entnommen — *kbü, kbalt, kbenən* u. ä. für „Kuh, kalt, kennen“. Hingegen sind anlautendes mhd. *p, t* sowie unaspiriertes *k* (vor Konsonanten und in Lehnwörtern) geschwächt worden und mit mhd. anlautendem, hier bereits stimmlos gewordenem *b, d, g* zusammengefallen, und zwar teils auf der Stufe der Lindlaute selbst, teils in zwischen beiden liegenden Mittellauten (Halbfortes), die hier mit den Kapitalchen *в, д, ѿ*<sup>11</sup> bezeichnet werden. Man spricht also in der Zone I die Wörter „Post, tun, tragen, Krone, klein, Knopf, Cognac, Kasch (Brei, < tsch. *kaše*)“ teils als *bost, dūn, drāgn, grōnə, glain, gnopf, goňak, gaš* u. ä., meist aber als *bost, dūn, drāgn, grōnə, clain, enopf, goňak, gaš* u. ä.; im Grunde sind dabei Laute aller Stärkegrade möglich, u. U. sogar unbehauchte Fortes: *post, tūn, kaš* u. ä. Umgekehrt heißt es hier natürlich auch neben *baum, dik, gēbm* u. ä. für „Baum, dick, geben“ meist *baum, vik, ēəbm* u. ä. und u. U. sogar *paum, tik, kēbm*<sup>12</sup>. Schwächung zu Halbfortis bis Lenis

<sup>10</sup> Schwarz 187 ff., Abb. 39.

<sup>11</sup> F. J. Beranek: Die fränkische Landschaft des Jiddischen. Jb. f. fränkische Landesforschung 21 (1961) 267—304 (= Ernst-Schwarz-Festschrift 2), schreibt diese Laute als *в, т, к*, was im Grunde das Gleiche ist. Die Wiener Schule pflegt für die Halbfortes die griechischen Zeichen *π, τ, κ* zu verwenden.

<sup>12</sup> Lessiak 14 ff.; E. Kranzmayer: Historische Lautgeographie des gesamtbairischen Dialektraumes. Wien 1956, S. 95 und K. 21; Beranek: Südmähren 17 f., 266 (In dieser Arbeit wird im Anlaut stets *p, t, k* geschrieben, da Verf. bei der Darstellung der konsonantischen Veränderungen den Nachdruck nicht auf die Schwächung der Fortes, sondern auf die Verhärtung der Lenes legen wollte.); H. Micko: Die Mundart von Wadetstift im Böhmerwald. 1. Lautlehre. Reichenberg 1930, S. 21 ff., bes. S. 23 f. (Beitr. z. Kenntn. Sudetendt. Maa. 5.) — R. Kubitschek: Die Mundarten des Böhmerwaldes. Pilsen o. J., S. 8, 21, 62 und auch passim. — O. Eichhorn: Die südegerländer Mundart. Reichenberg 1928. (Beitr. z. Kenntn. Sudetendt. Maa. 4.) — W. Roth: Die Mundart des engeren Egerlandes, Lautlehre. Reichenberg 1940, S. 122 f. (Beitr. z. Kenntn. Sudetendt. Maa. 9.) — A. Hausenblas: Grammatik der nordwestböhmisches Mundart. Prag 1914, S. 9, 18, 20 (Beitr. z. Kenntn. deutsch-böhm. Maa. 2.) — J. Seemüller: Deutsche Mundarten I (Wiener Sitz.-ber., Phil.-hist. Kl., 158/4, 1908) 11 ff.; III (167/3, 1911)

erfuhr auch die einzige mhd. anlautende spirantische Fortis *sch* < ahd. *sk*<sup>13</sup>, ferner die anlautenden Affrikaten *pf*, *z* (= *tß*), *tsch* sowie die anlautenden Gruppen *st*, *sp*. Dem mhd. anlautend vor Vokalen stimmhaften *s* stand in Lehnwörtern einst auch ein anlautendes *ß* gegenüber<sup>14</sup>, die ebenfalls beide in der stimmlosen Lenis oder in der Halbfortis (bis Fortis) zusammengefallen sind. In der Zone I gibt es also im Wortanlaut nur stimmlose *s*-Laute<sup>15</sup>. Mhd. anlautendes *v* hat seinen Stimmtone bereits seit etwa 1250 fast im gesamten Sprachgebiet verloren.

Zone II beginnt an der Kamnitz-Leipaer Hemmstelle und reicht bis zu dem bei Nachod in den Glatzer Kessel vorstoßenden tschechischen Keil, umfaßt also den zentralen Teil Nordböhmens vom Niederland bis zum Braunauer Ländchen samt der Böhm.-Aichaer Insel. Das Bild, welches dieses Gebiet hinsichtlich der Schwächung der Anlautfortes bietet, ist recht verworren, da natürlich nur Personen aus einer beschränkten Zahl von Orten befragt werden konnten, die schriftlichen Mitteilungen sich nicht selten widersprechen und auch das bereits vorliegende Schrifttum nur wenig zur Klärung beizutragen vermag. Sicher ist nur, daß hier ebenfalls lediglich mhd. vorvokalisches, also behauchtes *k* ungeschwächt geblieben ist (vgl. o.). Hinsichtlich der übrigen Anlauttöne sowie *sch* und den Affrikaten und *st*, *sp* scheinen die Dinge so zu liegen, daß diese Laute und Lautgruppen, genauso wie in Zone I, zu Halbfortes oder Lenes geschwächt worden und mit den entsprechenden Lindlauten zusammengefallen sind, jedoch nur dann, wenn sie im absoluten, d. i. im Satzanlaut oder nach stimmlosen Konsonanten standen; in denselben Stellungen erscheint auch mhd. vorvokalisch anlautendes *s* als stimmlose Lenis oder Halbfortis. In der Stellung nach Vokalen und Sonoren jedoch sind die mhd. anlautenden *b*, *d*, *g* einerseits, die *p*, *t*, die vorkonsonantischen *k* (vgl. u.), die *sch*, ebenso die Affrikaten und die Lautgruppen *st*, *sp* andererseits als Lenes bzw. Fortes erhalten, mhd. vorvokalisch anlautendes *s* als stimmhafter Laut<sup>16</sup>. Es stehen sich also in Zone II theoretisch etwa gegenüber:

<i>vost</i> / <i>bost</i> „Post“	und <i>di post</i> „die Post“
<i>baum</i> / <i>baum</i> „Baum“	und <i>dv baum</i> „der Baum“

38 ff.; V (187/1, 1918) 28 ff., 36 ff. — W. Steinhauser: Beiträge zur Kunde der bairisch-österreichischen Mundarten (Wiener Sitz.-ber., Phil.-hist. Kl., 195/4, 1922) 44 ff., 47 ff., 49 ff., 72 ff.

<sup>13</sup> Lessiak 15; Kranzmayer 95.

<sup>14</sup> Kranzmayer 94. Das Judendeutsche der Sudetenländer, von dem noch im Schlußkapitel die Rede sein wird, unterscheidet *ßamot* „Samt“ von *zant* „Sand“.

<sup>15</sup> Kranzmayer 95; Beranek: Südmähren 17 f., 266; Micko 119; Kubitschek 8, 21, 62; Eichhorn 77; Roth 37, 118; Hausenblas 19.

<sup>16</sup> F. Wenzel: Studien zur Dialektgeographie der südlichen Oberlausitz und Nordböhmens. Marburg 1911, S. 33 f., 39. (Deutsche Dialektgeographie 6.) — F. Festa: Die schlesische Mundart Ostböhmens. 1. Die Lautlehre. Prag 1926, S. 79, 86 (Beitr. z. Kenntn. Sudetentd. Maa. 3.), der aber für die Stärke des Lautes auch den Wortton verantwortlich machen möchte. — A. Prause: Die Laute der Braunauer Mundart. Reichenberg 1927, S. 18 f., 93. — W. v. Unwerth: Die schlesische Mundart in ihren Lautverhältnissen grammatisch und geographisch dargestellt. Breslau 1908, S. 41 f., 75, 90. (Wort und Brauch 3.) — Steinhauser 76 ff.

<i>wekvrāḡ</i> / <i>-drāḡ</i> „wegtragen“	und	<i>hīntrāḡ</i> „hintragen“
<i>is dik</i> / <i>dik</i> „ist dick“	und	<i>tsu dik</i> „zu dick“
<i>grīsoaš</i> / <i>-gaš</i> „Grießkasch“	und	<i>erdeplkaš</i> „Erdäpfelkasch“
<i>abčēbm</i> / <i>-gēbm</i> „abgeben“	und	<i>tsūgēbm</i> „zugeben“
<i>βīs</i> / <i>sīs</i> „süß“	und	<i>fil zīs</i> „viel süßer“

usw. Diese immerhin erkennbare Gesetzmäßigkeit, die wir die „bedingte Fortisschwächung“ nennen können, neigt im Munde des Einzelsprechers vielfach zum Ausgleich nach der einen oder nach der anderen Seite. Dabei scheint jedoch die „unbedingte Schwächung“, wie sie in Zone I gilt, auf dem Vormarsch zu sein; jedenfalls hat sie im Rumburger und im Friedländer Zipfel sowie in dem spät besiedelten Rochlitzer Gebiet bereits weitgehend die Oberhand<sup>17</sup>.

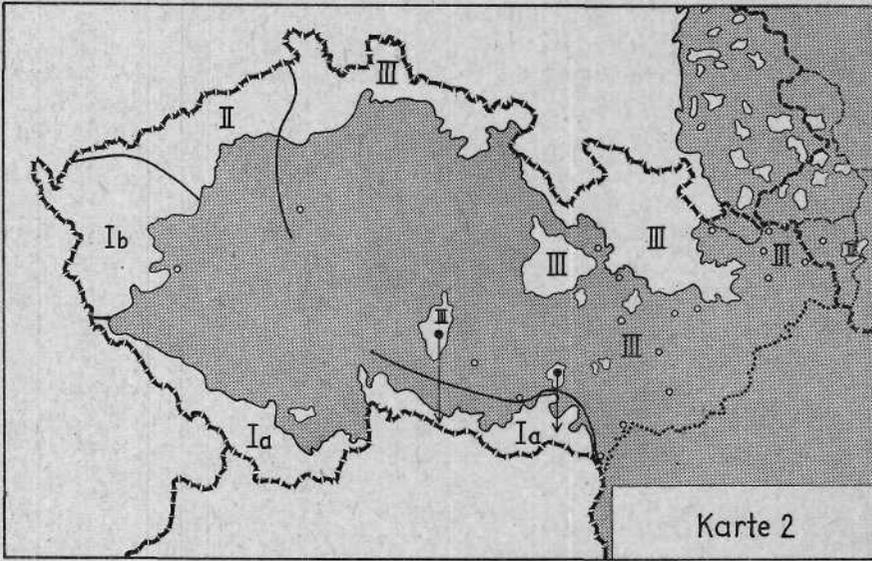
Mit dem Adlergebirge beginnt gegen Osten und Südosten hin Zone III, das konservative, also schwächungsfreie Gebiet. Es umfaßt außer dem Adlergebirge das geschlossene Gebiet Nordmährens und Sudetenschlesiens, die große Schönhengster, die Wachtl-Deutschbrodeker und die Olmützer Insel, die Bielitz-Bialaer Insel auf heute polnischem Staatsboden, die Umgangssprache der deutschen Streusiedlungen in Nordmähren und Ostschlesien bis einschließlich Kremsier oder Ung.-Hradisch, ferner die bereits dem Baierntum zuzurechnenden Volksinseln von Iglau<sup>18</sup>, Wischau und Brünn (ohne die Stadtmundarten und Umgangssprachen von Iglau und Brünn, die zu Zone I gehören; vgl. o.). In diesen Gebieten sind in der Stellung im Anlaut die historischen Verschluß- und Reibelaute (außer mhd. *v*; vgl. o.) in ihren mhd. Stärkegraden, also teils als Fortes, teils als Lenes erhalten<sup>19</sup>; mhd. *s-* ist also stimmhaft<sup>20</sup>. Man spricht daher etwa in Nordmähren-Schlesien (umgangssprachlich) außer *kbū* stets *post*, *trāḡ*, *kblain* (bezüglich der Behauchung des *k* in diesem Worte vgl. u.) und *baum*, *dik*, *gēbm* sowie *zīs* „süß“, *zīḡn* „singen“, *zomv* „Sommer“ usw., entsprechend auch in den Mundarten des Schönhengst usw. sowie der drei bairischen Inseln. Doch ist zu berücksichtigen, daß im Bairischen mhd. *b-* als *p-* voranzusetzen ist. Es heißt also etwa in der

<sup>17</sup> Festa 79; Prause 18, 89, 92, 94; Unwerth 42.

<sup>18</sup> Das nordöstlich der Iglauer Insel auf böhmischem Boden gelegene Libinsdorf ist 1789 mit Siedlern von der Herrschaft Binsdorf bei Tetschen angelegt worden. — F. J. Beranek: Deutschensiedlungen der Neuzeit im Innern von Böhmen und Mähren. Stifter-Jahrbuch 7 (1962) 147. — H. Weineit im Arch. f. vgl. Phonetik 4 (1940) 36 ff. — Schwarz 106 ff.

<sup>19</sup> Unwerth, passim. — F. Weiser: Lautgeographie der schlesischen Mundart des nördlichen Nordmährens und des Adlergebirges. Brünn-Prag-Leipzig-Wien 1937, passim. (Arbeiten zur sprachl. Volksforschung i. d. Sudetenländern 1.) — A. Rieger: Die Mundart der Bezirke Römerstadt und Sternberg (Lautlehre). Reichenberg 1935, passim. (Beitr. z. Kenntn. Sudetend. Maa. 8.) — J. Benesch: Lautgeographie der Schönhengster Mundarten. Brünn-Prag-Leipzig-Wien 1938, passim. (Arbeiten zur sprachl. Volksforschung i. d. Sudetenländern 3.) — Schwarz 95. — Beranek: Südmähren 226, 255. — Seemüller I, 15 ff., 18 ff., 22 ff.; II (161/6, 1908) 3 ff.; V, 6 ff., 13 ff., 18 ff., 44 ff.

<sup>20</sup> Unwerth 41 f., 75, 90; Weiser 86; Rieger 63; Benesch 139; Beranek: Südmähren 229; Seemüller s. Fn. 19.



Wischauer Insel wohl *dik*, *gēi·m*, *zīvs*, *zīnp*, *zumv*, aber *pām* „Baum“, *pūv* „Bub“, *prīnp* „bringen“ usw.<sup>21</sup>. Die hier ebenfalls vorkommenden *b-* sind durchaus anderer Herkunft, nämlich die Fortsetzung von mhd. *w-*<sup>22</sup>.

#### *Die Schwächung der inlautenden Verschußfortes*

Das Gebiet, in dem die Schwächung der inlautenden Starkklaute, von denen uns wiederum vor allem die starken (und implicite auch die schwachen) Verschußlaute interessieren sollen, zur Geltung gelangt ist, ist fast das gleiche wie das der Schwächung der Anlautfortes, dessen Umfang am Beginn des vorigen Abschnitts umrissen ist; ihm gehört also wieder der größte Teil der sudetendeutschen Landschaften an. Doch beginnt das konservative, also von der Schwächung der Inlautfortes freigebliebene Gebiet zum Unterschied von den im vorigen Abschnitt aufgezeigten Verhältnissen bereits bei der oben beschriebenen, rechts der Elbe von Dittersbach nach Leitmeritz verlaufenden Grenzlinie, die dem Linienbündel der von Schwarz so genannten Kamnitz-Leipaer Hemmstelle zugehört. Im Schwächungsgebiete ist die Lenisierung der Inlauttenues wiederum nicht überall in der gleichen Weise durchgedrungen. Ihre verschiedenen Auswirkungen in den sudetendeutschen Rand- und Inselgebieten veranschaulicht Karte 2.

Deutlich heben sich diesmal die dort als Zone I bezeichneten mittel- und

<sup>21</sup> Dieses *p* für mhd. *b-* reicht im wesentlichen bis in die Schönhengster und auch in die Olmützer Insel, ja sogar bis ins Mähr.-Neustädter Gebiet; s. Benesch 121 ff.; Rieger 60; Schwarz 295.

<sup>22</sup> Schwarz 34 ff., bes. Abb. 6.

nordbairischen Landschaften ab, also das geschlossene Südmähren mit der Neubistritz-Neuhauser Sprachzunge samt den Stadtmundarten von Brünn und Iglau (nicht aber die Umgangssprachen dieser und anderer südmährischer Städte; vgl. u.), dann der Böhmerwald samt der Budweiser Insel (nicht aber die Umgangssprache von Budweis; vgl. u.) sowie Westböhmen, d. i. das Egerland im weiteren Sinne, einschließlich Pilsen. Die Grenze der Zone I gegen Nordwestböhmen ist ungefähr durch das bei Schwarz<sup>23</sup> eingezeichnete Linienbündel bestimmt, das etwa bei Schönbach beginnt und im Bogen über Duppau gegen Jechnitz zieht. Es wird übrigens teils streckenweise, teils in seinem ganzen Verlauf auch noch durch weitere Grenzlinien verstärkt<sup>24</sup>. In dieser Zone I sind vor allem alle mhd. einfachen *p*, *t*, *k* in inlautender Stellung geschwächt worden und mit den mhd. einfachen *b*, *d*, *g* (soweit diese nicht zu Spiranten gewandelt wurden oder geschwunden sind, wie etwa in *gōwl* „Gabel“, *mōxn* „mager“, *lē·m* „Leben“, *rē·n* „reden“, *sē·η* „Segen“, *rāl* „Rädlein“) zusammengefallen, während mhd. *pp*, *tt*, *ck* (z. T. < vorhergegangenem *bb*, *dd*, *gg*) als Starklaute erhalten geblieben sind. Hinsichtlich des Zusammenfalls sind wiederum zwei Gebiete zu unterscheiden, die in Karte 2 mit a und b bezeichnet sind. Das Gebiet Ia reicht von Lundenburg bis zur Tauser Senke, umfaßt also das geschlossene Südmähren mit der Neuhauser Sprachzunge samt den Stadtmundarten von Brünn und Iglau sowie den Böhmerwald samt der Budweiser Insel, also im wesentlichen die mittelbairischen Gebiete des Sudetenraums. Hier bilden die Endstation des Zusammenfalls der Fortis- mit der Lenisreihe, der sich wohl auf der Zwischenstufe *b*, *d*, *g* vollzogen hat<sup>25</sup>, die Lindlaute *b*, *d*, *g*<sup>26</sup>. Man spricht hier (die Beispiele aus Südmähren)

mhd. * <i>gapel</i> „Gabel“ <sup>27</sup>	als <i>gōbl</i>
mhd. <i>kater</i> „Kater“	als <i>kbōdn</i>
mhd. <i>wēter</i> „Wetter“	als <i>wēdn</i>
mhd. <i>lēder</i> „Leder“	als <i>lēdn</i>
mhd. <i>bāke</i> „Haken“	als <i>bōgη</i> (jünger <i>bō·η</i> ; vgl. o.)
mhd. <i>zēker</i> „Zeker, Art Korb“ <sup>28</sup>	als <i>tsēgv</i>
mhd. <i>mager</i> „mager“	als <i>mōgv</i> (neben <i>mōxn</i> , <i>mō·v</i> ; vgl. o.)
jedoch	
mhd. <i>schoppen</i> „stopfen“	als <i>šopm</i>
mhd. <i>hütte</i> „Hütte“	als <i>bitn</i>
mhd. * <i>leitter</i> „Leiter“	als <i>lōtv</i>
mhd. <i>hacken</i> „hacken“	als <i>hōkη</i>
mhd. <i>merken</i> „merken“	als <i>minkv</i>
mhd. <i>rucke</i> „Rücken“	als <i>rukη</i>

<sup>23</sup> Abb. 1, 13.

<sup>24</sup> Schwarz Abb. 2, 13—18.

<sup>25</sup> Bei den 1622 aus dem östlichen Südmähren in die Westslowakei übersiedelten Habanern konnte Verf. diese Laute noch feststellen; vgl. F. J. Beranek: Die Sprache der Habaner in der Westslowakei. Karpatenland 13 (1943) H. 3/4.

<sup>26</sup> Kranzmayer 95; Seemüller III, 38 ff.; Steinhauser 44 ff., 47 ff., 49 ff.

<sup>27</sup> Beranek: Südmähren 207 f.

<sup>28</sup> Steinhauser 92; Beranek: Südmähren 254 f.; Micko 21 ff.

Der Unterschied zwischen diesen Starklauten und den Lindlauten ist hier so groß wie in der Schriftsprache. Dies ist wohl auch die Ursache, daß die von den Bildungsschichten getragene Umgangssprache der südmährischen Städte (und Budweis) hinsichtlich der inlautenden Verschlusslaute den Anschluß an die Zone III bewahrt hat. Im Gebiet Ib, d. i. im Egerland nördlich der Tauser Senke, also im geschlossenen nordbairischen Gebiet, erscheinen als Ergebnis der inlautenden Lenisierung zumeist die Halbfortes *в, ъ, њ* (die wir für Ia als Vorstufe der vollständigen Schwächung aufgezeigt haben); doch sind auch hier wiederum alle übrigen Stärkegrade möglich, insbesondere die Lenes *b, d, g*<sup>29</sup>. Man spricht also im Egerland (die Beispiele aus der Mundart; leider fehlen vielfach die Parallelen zu den aus Südmähren beigebrachten Beispielen)

*kbōvov / kbōdov* „Kater“

*wēov / wēdv* „Wetter“

*lēov / lēdv* „Leder“

*tsēov / tsēgv* „Art Korb, Einkaufstasche“

Die Fortes *p, t, k* sind hier aber zumeist den Entsprechungen der alten Geminaten vorbehalten<sup>30</sup>; man hört also im Egerland gegenüber den obigen Formen ähnlich wie in Ia

*šopm* „stopfen“

*bitn* „Hütte“

*lqitv* „Leiter“

*hōkŋ* „hacken“

*minŋ* „merken“

*rukŋ* „Rücken“

Doch ist der Unterschied zwischen den beiden Phonemreihen nur unbedeutend<sup>31</sup>, ja verschwimmend. Ausdrücklich sei betont, daß diese Verhältnisse hier nicht nur in der Mundart, sondern auch in der Umgangssprache herrschen, wie ja im Egerland die soziale Schwelle zwischen den beiden Sprachformen bedeutend höher liegt als in den anderen sudetendeutschen Landschaften.

Ungeschwächt geblieben sind in Zone I (a und b) im Inlaut auch die auf alte Geminaten zurückgehenden Reibelautfortes *ff, ʒ* und *cb*, ebenso *sch*, ferner die Affrikaten *pf, z* (= *tʃ*), *tʃb* sowie die Mitlautgruppen *ps, ks* (< *chs*), *ft, cht, sp, st*. Es heißt also im Egerland auch (mit deutlicher Fortis)<sup>32</sup> *šlojfm* „schlafen“, *mōxxŋ* „machen“, *essn* „essen“, *wōššn* „waschen“ usw.

Die Forteslenisierung, wie sie uns in den Zonen Ia und b entgegentritt, nennt Kranzmayer<sup>33</sup> die „mittelbairisch-nordbairische Konsonantenschwä-

<sup>29</sup> Eichhorn 17; Roth 38. — Beide möchten für Stärkeunterschiede den Wortton, also die Dauer des vorhergehenden Selbstlauts, verantwortlich machen, was nichts anderes wäre als eine Spiegelung der historischen Verhältnisse (vgl. Fn. 34). Vgl. ferner Seemüller I, 11; V, 28, 36.

<sup>30</sup> Kranzmayer 95.

<sup>31</sup> Roth 38.

<sup>32</sup> Kranzmayer 95.

<sup>33</sup> 94 ff.

chung“; die Bezeichnung „binnen(hoch)deutsche Konsonantenschwächung“ will er für die Wirkungsweise der Lenisierung vorbehalten wissen, wie sie uns etwa in Zone II begegnet. Diese unterscheidet sich von den Verhältnissen in Zone I darin, daß hier in die Fortisschwächung bzw. in den Konsonantenzusammenfall auch die alten Geminaten der Verschluss- und Reibelaute, die Affrikaten sowie die genannten Mitlautgruppen mit einbezogen wurden, die dort noch als Fortes erkennbar sind. (Das Gebiet Ib bildet also eine Art Übergang.) Die Ergebnisse des Zusammenfalls sind die Halbfortes bis Lenes<sup>34</sup>. Man spricht also in Nordwestböhmen (umgangssprachlich)

*avl* / *abl* „Apfel“ (mit unverschobenem *pp*)

*gāvl* / *gābl* „Gabel“

*hivə* / *hidə* „Hütte“

*wəvv* / *wedv* „Wetter“

*lāivv* / *laidv* „Leiter“

*kbāvv* / *kbādv* „Kater“

*lēvv* / *lēdv* „Leder“

*hacv* / *hacv* „hacken“

*mevcv* / *mevcv* „merken“

*ricv* / *ricv* „Rücken“

*hācv* / *hācv* „Haken“

*tsēcv* / *tsēcv* „Einkaufstasche“

*mācv* / *mācv* „mager“

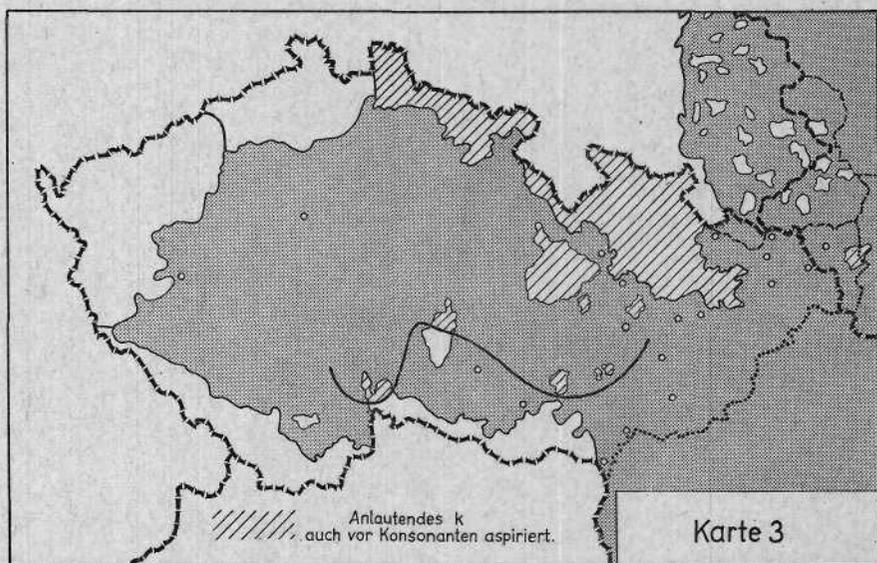
ebenso mit Halbfortis oder Lenis<sup>35</sup> *šlafm* „schlafen“, *maxv* „machen“, *esv* „essen“, *vašv* „waschen“ usw.

Die Zone III ist wiederum das konservative, schwächungsfreie Gebiet. Sie umfaßt, da sie bereits an der Kamnitz-Leipaer Hemmstelle beginnt, ganz Nordostböhmen, Nordmähren-Sudetenschlesien sowie die ostschlesischen und binnenmährischen Streusiedlungen einschließlich der Wischauer, Brüner und Iglauer Insel (ohne die Stadtmundarten von Iglau und Brünn, die zu Zone Ia gehören) sowie die Umgangssprache der südmährischen Städte von Ung.-Hradisch über Lundenburg, Brünn, Trebitsch bis zum südböhmischen Budweis. In diesem weiten Bereich sind wiederum alle Verschluss- und Reibelaute im Wortinnern in ihren mhd. Stärkegraden, also teils als Fortes, teils als Lenes erhalten, wobei jedoch die individuelle Neigung zur Schwächung auf nordostböhmischem Boden noch weiter nach Osten zu reichen scheint<sup>36</sup>. Man spricht also etwa in Nordmähren-Schlesien deutlich unterschieden (die Beispiele aus der Umgangssprache) *apl* „Apfel“, *hitə* „Hütte“, *wetv* „Wetter“, *lāivv* „Leiter“, *kbāvv* „Kater“, *hacv* „hacken“, *mevcv* „merken“, *ricv* „Rücken“, *hācv* „Haken“ (in der Mundart der Wischauer Insel auch *gōpl* „Gabel“

<sup>34</sup> Hausenblas 18, 20. Auch dieser (vgl. Fn. 29) will S. 9 die Stärkeunterschiede mit der Quantität des vorhergehenden Selbstlauts in Verbindung bringen.

<sup>35</sup> Kranzmayer 94f.; Steinhauser 72 ff.

<sup>36</sup> Unwerth 42; Wenzel 33, 39; Festa 79f.; Prause 18, 89, 92; Weiser, Benesch (s. Fn. 19); Schwarz 95; Beranek: Südmähren, passim; Seemüller I, 15 ff., 18 ff., 22 ff.; II, 3 ff.; V, 6 ff., 13 ff., 18 ff., 44 ff.; Steinhauser 76 ff.



< \**gapel*, *tseikn* „Art Korb“) und *gäbl* „Gabel“, *lēdn* „Leder“, *māgn* „mager“.

Im wesentlichen die gleichen Verhältnisse wie im Inlaut herrschen auch im Auslaut, doch sind sie nur in den intakten Mundarten noch klar erkennbar. In den Sprechweisen der ländlichen und städtischen gehobenen Schichten, also in den Verkehrsmundarten und besonders in der Umgangssprache neigen die Lenes im Auslaut zur Verhärtung und zum Zusammenfall mit den auch nicht mehr korrekt artikulierten Fortes, der sich häufig auf der Stufe der Halbfortes vollzieht.

#### *Der Verlust der Tenuesaspiration*

Als einen Teil der binnenhochdeutschen Konsonantenschwächung betrachtet Lessiak<sup>37</sup> auch das Aufgeben der Aspiration der starken Verschlusslaute *p*, *t*, *k*. Ohne auf die einstige Verbreitung der Behauchung dieser Laute einzugehen, sei nur festgestellt, daß gesamtsudetendeutsch lediglich die aspirierte Aussprache des anlautenden mhd. *k* vor Vokalen ist: *kbū* „Kuh“, *kbalt* „kalt“, *kbenən* „kennen“ (vgl. o). Die Aussprache *kū*, *kalt*, *kenən* ist fast nur von deutschsprechenden Tschechen (aber durchaus nicht von allen) zu hören, mitunter auch von in slawischer Umgebung aufgewachsenen Deutschen. Daß die Deutschen des Mähr.-Ostrau-Teschener Gebietes durchwegs unbehauchtes *k* sprechen, ist jedoch übertrieben.

Im nordostsudetendeutschen Gebiet wird anlautendes mhd. *k* auch vor Konsonanten mit einem nachfolgenden Hauch, also als *kb* gesprochen. Es

<sup>37</sup> 13.

heißt hier z. B. (umgangssprachlich) *kblain* „klein“, *kbrōnā* „Krone“, *kbnap* „knapp“, ebenso *bākwēm* „bequem“. Die westliche Begrenzung dieses Gebietes ist unscharf, sie liegt jedoch noch westlich von Reichenberg-Friedland. Es umfaßt, wie Karte 3 zeigt, außer Nordostböhmen<sup>38</sup> das geschlossene Nordmähren<sup>39</sup> und Sudetenschlesien, die Schönhengster, die Wachtl-Deutschbrodeker und die Olmützer Insel sowie die Streu- und Inselsiedlungen des Mähr.-Ostrauer Gebietes und Ostschlesiens einschließlich der Bielitz-Bialaer Insel. Der Umgangssprache der innermährischen Städte scheint diese Behauchung fremd zu sein. Hingegen findet sie sich noch weiter südlich in der Wischauer<sup>40</sup> und veraltet anscheinend auch in der Brünner Insel. In der Iglauer Insel gilt die vorkonsonantische Behauchung des anlautenden *k* nur in der Mundart des nördlichen Teiles<sup>41</sup>. Der in der Insel gültigen Umgangssprache fehlt sie ebenso wie der Mundart der südlichen Hälfte. Daß sie hier einmal ebenfalls vorhanden war, läßt sich wohl aus ihrem Vorkommen im Norden der Neuhaus-Neubistritzer Zunge<sup>42</sup> schließen. Das Prager Deutsch in seinem Grundstock kennt anlautend vor Mitlauten nur unbehauchtes *k*, doch war hier vor 1945 als Ergebnis jüngerer Zuwanderung auch *kb* vorhanden.

In der Umgangssprache des geschlossenen Nordmähren-Schlesien samt der Olmützer und der Bielitz-Bialaer Insel sind auch mhd. *p* und *t* in vorvokalischem Anlaut häufig als behauchte Laute zu hören: *phost* „Post“, *tbūn* „tun“. Mundartlich ist diese Aussprache nur im Kuhländchen anzutreffen<sup>43</sup>. Die Behauchung scheint hier aber nicht auf die Stellung vor Selbstlaut beschränkt, sondern auch vor Konsonanten möglich zu sein.

Auch die Behauchung des in- und auslautenden mhd. *ck*, *k* ist in den Sudetländern mundartlich sowohl als auch umgangssprachlich anzutreffen, u. zw. auslautend im nordmährischen Kuhländchen<sup>44</sup>, in- und auslautend im Norden der Neuhauser Zunge und bis ins Zlabingser Gebiet herein<sup>45</sup>.

#### *Der Übergang von Verschlussenes in Reibelaute*

In den weiteren Zusammenhang dieser Untersuchung gehört auch die Öffnung des Verschlusses der Explosivlenes, d. h. die Überführung dieser Laute in Dauerlaute = Reibelaute. Den Wandel von in- und auslautendem *b* > *w* und *g* > *x* (*cb*) kennen weite Teile des deutschen Sprachgebietes; seltener ist die Spirantisierung von *d*. Räumlich decken sich Öffnung des Lenisverschlusses und Fortisschwächung zum großen Teil. Trotzdem zögert Lessiak<sup>46</sup>, einen ursächlichen Zusammenhang zwischen beiden anzunehmen. Zum Un-

<sup>38</sup> Festa 88; Prause 19, 95; Weiser 90.

<sup>39</sup> Weiser 90; Rieger 64; Benesch 148.

<sup>40</sup> Beranek: Südmähren 243.

<sup>41</sup> Schwarz 95.

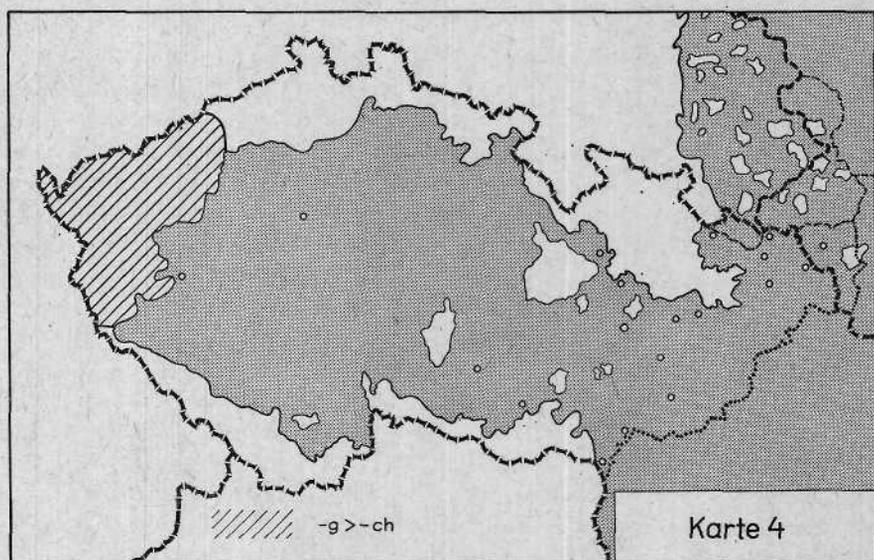
<sup>42</sup> Beranek: Südmähren 243.

<sup>43</sup> Schwarz 281; Seemüller V, 6 ff.

<sup>44</sup> Ebenda.

<sup>45</sup> Beranek: Südmähren 245.

<sup>46</sup> 23.



terschied von der auch in der Umgangssprache wirksamen Fortes- oder zumindest Tenuesschwächung ist die Öffnung des Lenisverschlusses vorzüglich in den Mundarten durchgeführt, was wohl wiederum mit der sprachwandelhemmenden Wirkung der in erster Linie die umgangssprachliche Schicht des Volkes beeinflussenden Schriftsprache zusammenhängt.

Auch in den sudetendeutschen Mundarten ist der Wandel von  $b > w$  und  $g > x$  im In- und Auslaut, der gebietsweise bis zum völligen Schwund dieser Laute gediehen ist, nicht selten. In die Umgangssprache übernommen, also der gesamten Volkssprache eigen ist nur der von auslautendem  $g > x$ , welches, im Anschluß an ein weit größeres westliches Spirantisierungsgebiet, wie Karte 4 zeigt, in ganz Westböhmen von der Tauser Senke bis etwa zu Schwarz' <sup>47</sup> Brüxer Hemmstelle gilt. Man hört also in diesem Gebiete in der Mundart <sup>48</sup> und weit mehr als in anderen sudetendeutschen Landschaften auch in der Umgangssprache  $w\bar{x}$  „Weg“,  $ts\bar{u}x$  „Zug“ usw. In inlautender Stellung scheint  $x$  umgangssprachlich seltener zu sein als im Auslaut, weshalb sich der Text von Karte 4 auf  $g > x$  ( $ch$ ) in dieser Stellung beschränkt.

#### Schlußbemerkungen

Abschließend sei zur Vermeidung von Mißverständnissen und daraus folgender gegenstandsloser Kritik nochmals betont, daß die vorliegende Untersuchung zur binnenhochdeutschen Konsonantenschwächung in den Sudeten-

<sup>47</sup> 185 ff., Abb. 39.

<sup>48</sup> Eichhorn 86; Roth 128; Hausenblas 48; jedoch Wenzel 42; Unwerth 53; Prause 20, 94; usw.

ländern dieses Thema durchaus nicht erschöpfen will, sondern sich bewußt auf die Verschlußlaute beschränkt und vor allem der Unterscheidung der alten Fortes und Lenes in der Volkssprache dieser Länder nachgeht, der bisher nicht das genügende Maß an tätiger Aufmerksamkeit zugewandt wurde. Bei den Reibelauten sollte lediglich die Frage der — stimmhaften oder stimmlosen — Aussprache des anlautenden *s* im gesamten Sudetenraum geklärt werden. All das ohne sprachpädagogisch-orthoepische Zielsetzung, sondern lediglich als kühl wissenschaftliche Bestandsaufnahme. In diesem Sinne möchte diese Arbeit mehr sein als eine engräumige Studie, nämlich Ansatz- und Angelpunkt einer gleichgerichteten Untersuchung des gesamten deutschen Sprachgebietes, wozu sie infolge der Lage der Sudetenländer an der Nahtstelle von Ober- und Mitteldeutsch sowie deren Zugehörigkeit sowohl zum Schwächungs- als auch zum Erhaltungsgebiet hervorragend geeignet ist. Ihr Ergebnis wäre eine Reihe von derzeit noch nicht existierenden Kartenbildern mit neuen Grenzlinien, deren Ansätze bereits in den Karten 1—4 enthalten sind.

Als einen Gewinn der Untersuchung möchte ich es auch betrachten, an zahlreichen Einzelheiten sprachlicher und geographischer Art die Abhängigkeit nicht nur der Mundart, sondern auch der Umgangssprache von der lebendigen gesamtsprachlichen Entwicklung und damit die Berechtigung des beide umfassenden Begriffes der Volkssprache aufgezeigt zu haben.

Noch ein Wort zum Sudetenjiddischen, d. i. zum Judendeutschen in Böhmen und Mähren-Schlesien. Ein solches erscheint im Hinblick auf unser Thema unerlässlich, da bei den Juden im benachbarten Franken und in Süddeutschland überhaupt Konsonantenschwächung, d. h. Zusammenfall von Fortes und Lenes im An- und Inlaut gilt<sup>49</sup>. Das Sudetenjiddische hat demgegenüber, wahrscheinlich wegen seiner stärkeren Bindung an das Ostjiddische, die binnenhochdeutsche Konsonantenschwächung in keiner Weise mitgemacht. Tenues und Mediä, Stark- und Schwachlaute sind in allen Stellungen deutlich getrennt, *p*, *t*, *k* werden stets mit Hauch gesprochen, mhd. *s* ist auch im Anlaut stimmhaft, auslautendes *g* ist immer Verschlußlaut. Für ein feines Ohr steht diese konservative Artikulationsweise in deutlich erkennbarem Gegensatz zur Sprache der Nichtjuden, der die binnenhochdeutsche Konsonantenschwächung ihre charakteristische Färbung verliehen hat.

<sup>49</sup> Siehe Fn. 11.

## DIE VORAUSSETZUNGEN FÜR DIE AUSSENPOLITIK DER ERSTEN TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

*Von Bohumila Wierer*

Die Existenz der Tschechoslowakischen Republik ist nicht nur historisch-genetisch, sondern auch ideologisch durch das Lebenswerk und durch das politische und philosophische Bekenntnis ihres ersten Präsidenten Thomas Garrigue Masaryk bedingt.

Masaryk baute auf seiner Auffassung der tschechischen Geschichte vor allem die ideelle Begründung bzw. das ideelle Programm der tschechischen Politik zu Österreichs Zeiten auf, stützte auf seine eigentümliche Auffassung der tschechischen Geschichte die moralische Begründung und die Hauptziele des Kampfes gegen Österreich-Ungarn während des Ersten Weltkrieges, um zuletzt anhand der erwähnten Interpretation der tschechischen Geschichte die Tschechoslowakische Republik ideell zu begründen und ideologisch aufzubauen.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, diese Anschauungen zu überblicken und zwar nicht nur den eigentlichen politischen oder gar staatspolitischen Teil der Anschauungen Masaryks, sondern auch die religiöse und im engeren Sinne philosophische Begründung seines politischen Programms, wie auch die auf Zweckmäßigkeiten ausgerichtete politische Einstellung Masaryks, die sozusagen das „Essentiale“ bildet, ohne das wir uns weder jene relativ beträchtliche Einigkeit, noch die Durchschlagskraft der tschechischen bzw. tschechoslowakischen revolutionären Einstellung während des Ersten Weltkrieges vorstellen können. Ohne Kenntnis dieser ideologischen Ausgangspunkte ist die Politik der Tschechoslowakischen Republik und insbesondere deren Außenpolitik nicht verständlich.

### *Die ideologischen Voraussetzungen von Masaryks Auffassung der tschechischen Geschichte und der tschechischen nationalen Sendung\**

Masaryk erkannte dem tschechischen Volke vor allem eine religiöse Sendung zu. Diese religiöse Sendung quillt nach Masaryk aus dem Vermächtnis der tschechischen Reformation d. h. aus der reformatorischen Tätigkeit des Magisters Johannes Hus und aus der hussitischen Revolution, ganz besonders aber aus der Lehre von Peter Chelčický<sup>1</sup>. Die Brüdergemeinde war praktisch

\* Von der für diese Arbeit verwendeten tschechischen Literatur sind in zahlreichen Fällen deutsche Übersetzungen vorhanden, die jedoch gegenüber den tschechischen Originalwerken vielfach verkürzt sind.

<sup>1</sup> Čapek, Karel: Hovory s T. G. Masarykem [Die Gespräche mit T. G. Masaryk]. Prag 1936, S. 130.

der bezeichnendste, durchschlagendste und erfolgreichste Träger dieser Sendung in größerem Ausmaß. Diese religiöse Gesellschaft knüpfte schon in der nachhussitischen Zeit an die Lehre von Chelčický an und erreichte im 16. und am Anfang des 17. Jahrhunderts einen mächtigen Aufschwung. Der letzte große Repräsentant dieser starken Tradition war der hervorragende Pädagoge von Weltformat, Johannes Amos Komenský (Comenius), der ideologisch der Zeit vor der Schlacht am Weißen Berge angehört, obwohl er seine Tätigkeit erst nach dieser Schlacht voll entwickelte<sup>2</sup>.

Die tschechische Reformation bedeutete für Masaryk eine humanistische Bewegung, d. h. eine Bewegung, die zur religiösen Veredelung und Emporhebung der ganzen Menschheit durch die Vermittlung der tschechischen Reformation der bzw. der religiösen Veranlagung des tschechischen Volkes führt. Nach Masaryk hat J. A. Komenský das Vermächtnis der tschechischen Reformation in die westliche Welt, vorzugsweise in die religiös-kalvinistisch orientierte Welt gebracht. Diese Welt hatte schon früher kirchliche Beziehungen zu der Brüdergemeinde und interessierte sich auch für sie. Masaryks Auffassung nach vereinigte Komenský ganz harmonisch, man könnte fast sagen organisch, in sich alle drei Gebiete seiner Tätigkeit: und zwar das religiös-kirchliche, das pädagogische und das politische Gebiet.

Masaryk stützt sich weiter auf die Tatsache des Zusammenhanges zwischen dem Wirken und den Ideen Komenskýs mit der späteren Brüdergemeinde des Grafen Zinzendorf im sächsischen Herrnhut, die die Mutterorganisation der anglo-amerikanischen religiösen Gemeinschaft der „Moravian Brethren Church“ war. Den Einfluß dieser religiösen Traditionen, getragen von der oben genannten religiösen Gesellschaft, findet Masaryk in der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte in den amerikanischen Kolonien vor und während des Konfliktes mit Großbritannien im 18. Jahrhundert. Offensichtlich stützt sich Masaryk auf das Ableiten der allgemeinen Menschenrechte aus dem religiösen protestantischen Fond der anglo-amerikanischen religiösen Gesellschaften nach der Auffassung des Staatswissenschaftlers Georg Jellinek<sup>3</sup>.

Die Reproduktion dieser Anschauungen Masaryks macht uns Verschiedenes klar, was in der tschechoslowakischen Außenpolitik eine wichtige Rolle spielte und was noch heute die starke Sympathie erklärt, die in einer gewissen Richtung ex post die Tschechoslowakei der Jahre 1918/38, durch Masaryk ideologisch spezifiziert, in der protestantischen und protestantisch bestimmten angelsächsischen Welt genießt.

<sup>2</sup> Masaryk, Thomas Garrigue: Die Weltrevolution. Erinnerungen und Betrachtungen 1914—1918. Berlin 1925, S. 516—18, 521—24.

<sup>3</sup> Jellinek, Georg: Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte. Ein Beitrag zur modernen Verfassungsgeschichte. 4. Ausgabe. München 1927; Masaryk: Weltrevolution 489 f.: „Ich bemerke, daß bei Jellinek, dem Juristen und Staatswissenschaftler, sehr oft die vereinheitlichende Idee fehlt, doch ist sie, sachlich und methodisch, durch die Erfassung der Theokratie, ihrer Entwicklung und Abwicklung, der allmählichen Entkirchlichung des Staates, des Rechtes und überhaupt der modernen Kultur gegeben.“

In diesem Zusammenhang kann man sich nicht mit den schwerwiegenden Einwänden gegen Masaryks Philosophie der tschechischen Geschichte befassen, die schon vor dem Ersten Weltkrieg im Jahre 1912 und später in einer mildernden Formulierung der hervorragende tschechische Historiker Josef Pekař und eine Anzahl von Theologen, Historikern und katholisch orientierten Ideologen erhoben<sup>4</sup>. Masaryks Ideologie bildet ohne Zweifel die Basis der tschechoslowakischen Politik und deshalb auch der Außenpolitik; diese objektive Feststellung ist die Folge einer richtigen Analyse dieser Politik.

Beim Feststellen der konkreten Konsequenzen seiner Ideen für die Gegenwart blieb Masaryk in seinem Mannesalter in der ideologisch-religiösen Frage ziemlich zurückhaltend, wurde jedoch in den späteren Jahren radikaler. Ähnlich macht Masaryk im politischen Programm eine gewisse Entwicklung durch und zwar nähert er sich vom Sozial-Reformdemokratismus der neunziger Jahre dem Sozialismus vor 1914 und geht nach 1918 zum Rechtssozialismus über<sup>5</sup>. Aber alle diese Nuancen sind für das Bild der ideologischen Grundrisse der tschechoslowakischen Außenpolitik nicht so wesentlich, da sie auf den Anschauungen des etwa sechzigjährigen Masaryk, also vor und nach dem Ersten Weltkrieg, bauen.

Aus Masaryks „Philosophie der tschechischen Geschichte“ folgt ganz logisch seine absolut negative Einstellung zur Zeit nach der Schlacht am Weißen Berg, d. h. konkret gesagt zum barocken Katholizismus und dadurch eigent-

<sup>4</sup> Pekař, Josef: Masarykova česká filosofie [Masaryks tschechische Philosophie]. Prag 1912. Gegenüber Masaryks religiöser bzw. humanitärer Auffassung der tschechischen Geschichte stellt Pekař die nationale Idee als Leitmotiv der tschechischen Geschichte in den Vordergrund; Ders.: Der Sinn der tschechischen Geschichte. Über eine neue Betrachtungsweise der tschechischen Geschichte. Prag 1929; Nový, Lubomír: Filosofie T. G. Masaryka. [Philosophie von T. G. Masaryk]. Spisy University J. E. Purkyně v Brně [Die Schriften der J. E. Purkyně Universität in Brünn]. Prag 1962, S. 10 f. Gegen Pekař siehe: Slavík, Jan: Pekař contra Masaryk. Prag 1929.

<sup>5</sup> Masaryk schreibt z. B. im Tagblatt „Čas“ [Die Zeit] vom Jahre 1891 in dem Artikel „Zum russisch-polnischen Streit“: „Ich kann keine Revolution gutheißen!“ Abgedruckt in dem Buch: Die slawischen Probleme. Prag 1928, S. 102; Čapek: Hovory 113: „Meine Anschauungen vom Sozialismus entstammen meiner Auffassung der Demokratie. Die Revolution, die Diktatur kann manchmal das Schlechte zerstören, sie schafft aber nichts Gutes und Dauerhaftes.“ (Eigene Übersetzung). Weiter 111: „In jenen neunziger Jahren kam ich zum Sozialismus in praktische Beziehungen: Ich ging unter die Arbeiter und hielt Vorträge vor ihnen. Als in Prag und Kladno Streiks ausbrachen, veranlaßte ich Vortragskurse und trug den Streikenden selbst vor; ich wollte ihre Gedanken ablenken, sie sollten nicht nur Hunger und Elend im Sinn haben. Ich regte die Gründung der ‚Arbeiterakademie‘ an, wo sich Arbeiter und ihre Journalisten für die Politik ausbildeten. Beim Feldzug für das allgemeine Wahlrecht — es war im Jahre 1905 — sprach ich in einer Volksversammlung auf dem Heuwagsplatz und marschierte mit meiner Frau im Demonstrationszug mit; schon vorher hatte man über mich geschrieben und gesagt, ich wäre Sozialist; man karikierte mich immer mit dem sozialistischen Schlapphut auf dem Kopf.“ (Eigene Übersetzung).

lich auch zur katholischen Habsburger-Dynastie und in weiterer Folge eventuell auch zu Österreich selbst<sup>6</sup>.

Diese Deduktion ist selbstverständlich auf den ersten Blick ganz logisch, da sie ohne Zweifel schon aus Masaryks positiver Wertung der tschechischen Reformation und der Zeit vor der Schlacht am Weißen Berge folgt. Diese Charakteristik der Haltung Masaryks und seiner Politik wird auch durch seinen Widerstand gegenüber Österreich und durch seinen Anteil an der Gründung der Tschechoslowakischen Republik begründet. Trotzdem darf man aber nicht vergessen, daß in Masaryks praktischer Politik in den Jahren 1891—1908, d. h. bis zur Annexion Bosniens und der Herzegowina, sein realistisches Rechnen mit Österreich klar zu sehen ist, was noch in seiner Parlamentsrede vom 17. 12. 1908 zum Vorschein kommt. Freilich nimmt Masaryk diese gemäßigte Haltung eher zum Wiener bzw. österreichischen liberalen und sozialistischen Lager als zur Monarchie selbst ein. Masaryks Haltung gegenüber Österreich verschärfte sich ab 1908 sowohl nach den Prozessen in Belgrad und Agram, als auch nach den Prozessen Friedjungs, die in ihm eine große Erbitterung hervorgerufen haben<sup>7</sup>.

Am Anfang des Weltkrieges, bereits im Mai 1915, nennt Masaryk in dem Memorandum „Independent Bohemia“ an den englischen Außenminister Grey Österreich die katholische Türkei. Seine ethnisch begründete Abneigung gegen die Dynastie erwähnt er bereits in der Vorkriegszeit, natürlich nur in der Korrespondenz mit Dr. Karel Kramář<sup>8</sup>.

Komplizierter ist Masaryks Verhältnis zu den Madjaren bzw. zu der madjarischen Regierungsschicht. In dieser Hinsicht als ideologischer und praktischer Verkünder der politischen Demokratie kritisiert er scharf die politischen Verhältnisse im Königreich Ungarn und dies umso mehr, da er immer die Zugehörigkeit der damaligen ungarischen Slowaken zum tschechischen bzw. tschechoslowakischen Volke entschieden verteidigte. Dieser Standpunkt ist in der Publikation „Das Problem des kleinen Volkes“ klar formuliert worden<sup>9</sup>.

<sup>6</sup> Masaryk: Weltrevolution 528 f.: „Comenius trieb zur Verteidigung seines Volkes eine wahre Welt- und allerdings Kulturpolitik. Aber die katholischen Habsburger katholisierten uns nach der Schlacht am Weißen Berge nicht nur, wie schon vorher, sondern germanisierten uns auch, und zwar mit Feuer und Schwert, durch Konfiskationen und Unterdrückung der Bildung; die katholischen Gegner des ‚Erzketzers‘ Hus lenkten auf das tschechische Volk den allgemeinen Haß als auf das Volk der Ketzer. Und dieses katholische und ultrakatholische Österreich unterlag politisch dem protestantischen Preußen und wurde zu seiner gehorsamen Avantgarde an der Donau.“

<sup>7</sup> Masaryk: Die österreichische Außenpolitik und Diplomatie. Prag 1911, S. 18—19, 41—42; Ders.: Der Agrarer Hochverratsprozeß und die Annexion von Bosnien und der Herzegowina. 2. Aufl. Wien 1909.

<sup>8</sup> Später im Kriege: Weltrevolution 140.

<sup>9</sup> Ein Vortrag vom Jahre 1905, neu herausgegeben in Prag 1937, S. 33 f.; Masaryk: Weltrevolution 234 ff.; Čapek: Hovory 118 f.: „Nach meiner Ankunft in Prag pflegten wir Professoren im Hotel de Saxe zusammenzukommen. In unseren Auseinandersetzungen vertrat ich die Ansicht, wir Tschechen müßten trachten, uns politisch mit den Slowaken zu vereinigen. Die anderen zitierten Rieger gegen

In seinem Verhältnis zu den slawischen Völkern spiegelt sich seine zentrale Philosophie der Geschichte etwas schwächer wider, schon wegen der verhältnismäßig geringen Verbreitung der Reformation unter den Slawen. In seinem großen Werk „Rußland und Europa“<sup>10</sup> äußerte Masaryk seine Ansichten über den Panslawismus und über das russische politische System. Er nimmt gegenüber dem zaristischen Rußland hier eine negative Stellung ein und lehnt den Panslawismus ab<sup>11</sup>, obwohl er seine humanistische ideologische Grundlage anerkennt<sup>12</sup>. Weiter lehnt er den Bolschewismus als revolutionären Primitivismus ab<sup>13</sup>, der in seinem Radikalismus nicht einmal in Rußland, geschweige im Westen bestehen könnte. Aus der Ablehnung des Panslawismus ergab sich für Masaryk als Schlußfolgerung die Notwendigkeit der Selbständigkeit der einzelnen slawischen Völker, wie z. B. der Ukrainer, die er für eine selbständige Nation hielt, wenn er auch, nicht ganz richtig, eine ziemlich nahe Verwandtschaft der russischen mit der ukrainischen Sprache betonte<sup>14</sup>. In dieser Hinsicht muß man aber anführen, daß Masaryk ziemlich inkonsequent das Recht der Ukraine auf die staatliche Selbständigkeit ablehnte und die Losung betonte: „Meiner Meinung nach bedeutet die Zerschlagung Rußlands eine direkte Arbeit für Preußen!“<sup>15</sup>

mich, die slowakische Frage sei eine *causa finita*. Sie hielten am historischen Staatsrecht fest; der böhmische Staat, das seien de jure nur die historischen Länder Böhmen, Mähren und Schlesien — auf die Slowaken verzichteten sie. Deshalb war ich gegen den ausschließlichen Historismus . . . Ich lehnte das sogenannte historische Recht niemals ab, vereinigte es aber mit dem Naturrecht. Nach dem historischen Staatsrecht hätten wir die Slowakei den Madjaren lassen müssen.“ (Eigene Übersetzung). Dazu noch T. G. Masaryk: Das neue Europa. Berlin 1922, S. 70 f.

<sup>10</sup> Teil 1, Bd. 1. Prag 1913; Bd. 2. Prag 1921.

<sup>11</sup> Masaryk: Weltrevolution 336: „Unser landläufiges Slawentum war mir unsympathisch. Dieses slawische Geschwätz, wie Neruda es einmal gebrandmarkt hat, stieß mich ab, ich konnte die Patrioten und Slawen, die nicht einmal das russische Alphabet gelernt hatten und mit Russen und Ausländern überhaupt deutsch sprechen mußten, nicht ruhig ertragen.“

<sup>12</sup> Masaryk: Nová Evropa [Neues Europa]. Prag 1920, S. 185—187; Ders.: Weltrevolution 149 f., 458.

<sup>13</sup> Masaryk: Über das Bolschewitentum. Prag 1920, S. 23 ff.; Ders.: Weltrevolution 185 f.

<sup>14</sup> Masaryk: Rusko a Evropa [Rußland und Europa]. Teil 1, Bd. 1. Prag 1913, S. 370 ff.; Ders.: Rußland und Europa. Studien über die geistigen Strömungen in Rußland. Bd. 1. Jena 1913; Ders.: Zur russischen Geschichts- und Religionsphilosophie. 2 Bde. Jena 1913, S. 264 ff.; Ders.: Das neue Europa 83 f.

<sup>15</sup> Masarykovy řeči a projevy za války. [Masaryks Reden und Erklärungen während des Krieges]. 2. Teil. Prag 1920, S. 201 f.; Ders.: Das neue Europa 84: „Nicht bloß die Ukraine, sondern auch die Polen und die übrigen kleinen Nationen im Osten brauchen ein starkes Rußland als Stütze, sonst werden sie unter der Form der Selbständigkeit wirtschaftlich und politisch unter die Botmäßigkeit Deutschlands geraten. Es wird von ausschlaggebender Bedeutung sein, wie und in welchem Maße diese Völker im Osten imstande sein werden, sich untereinander zu verständigigen.“ Weiter 140: „Rußland organisiert sich zu einer Föderation von Nationen. In dieser Föderation wären im Westen die Esthen, die Letten, die Litauer; die Ukraine wird ein autonomer Bestandteil Rußlands sein — ihr Selbständigkeitsversuch hat den Ukrainern gezeigt, daß die Trennung von Rußland sie in Abhängigkeit von den Deutschen bringt.“

Zu den Polen fühlte Masaryk in seinen jungen und reiferen Jahren beträchtliche Sympathien und er verteidigte sie gegenüber der zaristischen Russifikation. Das politische Postulat der polnischen staatlichen Souveränität tritt bei ihm erst in der Zeit des Ersten Weltkrieges hervor<sup>16</sup>, während er vor dem Krieg den Polen ein „realistisches“ Streben um die Autonomie im Rahmen des russischen Reiches empfahl<sup>17</sup>. In Masaryks späteren Jahren kommt seine protestantische und antiaristokratische Haltung völlig zur Geltung, die ihn gewissermaßen Polen gegenüber stellte.

Im Verhältnis zu den Südslawen begann Masaryk sich mit ihrem Problem erst in der Zeit des erhöhten Interesses um die kroatisch-bosnische und mazedonische Krise zu beschäftigen. Am Anfang hatte er keine so strikt ausgeprägten Sympathien für die Serben, wie in der Zeit des Krieges und seiner Präsidentschaft. Noch in seinem Vortrag „Österreich und der Balkan“, den er am 25. Februar 1914 an der Handelshochschule in München hielt<sup>18</sup>, betrachtete er die Niederlage Bulgariens vom Jahre 1913 und die bestehenden Grenzen am Balkan als provisorisch. Dabei aber übte er einen großen ideologischen Einfluß auf die jungen slowenischen, kroatischen und teilweise auch serbischen Akademiker aus, die in Prag studierten. Masaryk fand die Möglichkeit, dieser Generation seine demokratische, antiklerikale Überzeugung sowie seine zumindest bedingte Haltung gegenüber Österreich aufzupropfen.

In dieser Hinsicht hat er eine Atmosphäre mit geschaffen, in der später die serbo-kroatische Koalition im kroatisch-slawonischen Landtag nach 1905 und der Widerstand eines Teiles der kroatischen Akademiker sowie der Slowenen im Weltkrieg gegen Österreich geformt wurde. Ganz konsequent und energisch griff Masaryk in die Prozesse ein, die ihren Ursprung in dem gespannten österreichisch-ungarisch-serbischen Verhältnis hatten, und zwar sowohl in den Agramer und Belgrader als auch in den Wiener Prozeß in den Jahren 1909/10<sup>19</sup>. Während des Ersten Weltkrieges mahnte er seine ideologischen Anhänger, besonders den Kroaten Frano Supilo und den Slowenen Gustav Gregorin, in ihrem Widerstand der jugoslawischen Linie zu folgen, nicht nur dem Ideal der dreieinigen Nation im föderativen Staatsgebilde unter Führung von Karadjordjewich, sondern, wie Masaryk selbst sagt, sich sogar unter die serbische Führung zu stellen<sup>20</sup>.

In dieser Hinsicht blieb Masaryks Einfluß ziemlich bedingt, — die von ihm beeinflussten slowenischen Liberalen blieben in der Minorität und seine kroatischen Schüler verloren nach 1918 vollkommen ihren Einfluß. Die Oberhand gewannen die radikal antiserbischen Elemente, geführt von Stefan Radič. Seit dieser Zeit konnte man bei der Mehrheit der Kroaten eine entschiedene Ab-

<sup>16</sup> Masaryk: Weltrevolution 265.

<sup>17</sup> Masaryk: Slovanské problémy [Slawische Probleme]. S. 104; Ders.: Weltrevolution 117.

<sup>18</sup> In der Revue „Naše doba“ [Unsere Zeit]. Bd. XXI, S. 985.

<sup>19</sup> Čapek: Hovory 134 f.

<sup>20</sup> Masaryk: Weltrevolution 118 ff., 225, 260 ff.

neigung gegen Masaryk<sup>21</sup> und die Tschechoslowakei feststellen, die manchmal sogar in eine Antipathie gegen die Tschechen überhaupt ausartete.

Die Stellungnahme Masaryks den Deutschen gegenüber ist durch seine mehrfach veränderten Ansichten sehr interessant. Obwohl stark durch die deutschen Universitäten geformt, schloß er sich sehr bald den religiösen angelsächsischen Richtungen und der englischen Philosophie an, wodurch schon eine gewisse Reserve gegenüber dem deutschen Einfluß gegeben war<sup>22</sup>. In Masaryks Tätigkeit als Hochschullehrer spielt sein Bestreben, das tschechische geistige Leben von den übermäßigen deutschen Einflüssen zu befreien und es dem angelsächsischen Westen anzunähern, eine große Rolle.

Trotzdem aber ist Masaryk noch bei weitem kein Gegner des deutschen Kultureinflusses, insbesondere was die protestantisch orientierten Einflüsse betrifft. Er bewertet zwar Luther ungünstiger als Calvin, jedoch begrüßt er in der Zeit seines scharfen Gegensatzes zum österreichischen und tschechischen Katholizismus gewissermaßen die deutsch-protestantischen Einflüsse und würdigt auch die Los-von-Rom-Bewegung nicht nur nach ihrer politischen Substanz. Der tschechische nationalistische Dichter Viktor Dyk ließ in seinen „Erinnerungen und Kommentare“ durchblicken, daß, wie es scheint, Masaryk noch in den ersten Tagen des Weltkrieges Zweifel über die Widerstandsfähigkeit des katholischen Frankreich gegenüber dem protestantischen Deutschland hegte<sup>23</sup>. Jedoch treten diese sporadischen und vielleicht auch nicht ganz objektiven Zeugen in den Hintergrund gegenüber Masaryks großer Agitation in der Kriegszeit, die gegen den Pangermanismus gerichtet war.

Im Buche „Neues Europa“ wirft Masaryk den Deutschen mangelnde Humanität in ihrer Philosophie vor. An dieser Stelle muß bemerkt werden, daß er hier den Begriff „Pangermanismus“ nicht klar genug abgrenzt, sondern ziemlich breit auffaßt<sup>24</sup>. Nach seiner Auffassung zählte auch Bismarck zu den Anhängern der, nicht sehr starken, alldeutschen Bewegung, obwohl dieser als entschiedener und konsequenter Gegner der staatsrechtlichen Verbindung der österreichischen und böhmischen Deutschen mit dem Deutschen Reiche galt. Für Masaryk ergaben sich bestimmte praktisch-ideologische Schwierigkeiten bei der Festsetzung der Gefahrenstufen für das tschechische Volk. Nach dem Jahre 1918 stellte er als ideologisch geprägte Losung auf: „Entösterreichern!“<sup>25</sup>. Praktisch bedeutete diese Losung die Abtrennung der nun

<sup>21</sup> Masaryk : Weltrevolution 262: „Wenn ich trotzdem heute noch lese, Herr Radič schreibe das politische Übergewicht Serbiens in Südslawien meinem Einfluß auf die alliierten Staatsmänner zu, so bleibt mir nichts übrig, als die Sache einfach zu konstatieren und abzuwarten, bis die Geister sich beruhigen.“

<sup>22</sup> Masaryk : Weltrevolution 350 ff.

<sup>23</sup> Dazu Čapek : Hovory 142.

<sup>24</sup> Masaryk : Nová Evropa 185 ff.; Ders.: Das neue Europa 74 f.

<sup>25</sup> Masaryk : Weltrevolution 463: „Die Beseitigung des Streitiges zwischen uns und unseren Deutschen wird eine große politische Tat sein. Handelt es sich doch um die Lösung einer Jahrhunderte alten Frage, um die Regelung des Verhältnisses zwischen unserem Volk und einem großen Teile und damit dem ganzen deutschen Volke. Unsere Deutschen müssen sich dabei entösterreichern, müssen sich der

tschechoslowakisch gewordenen Deutschen von der ehemaligen Wiener Metropole. Auf diese, jetzt von dem in der Zeit 1918—1938 gewissermaßen verfallenden Wien abgetrennten Deutschen begann in erhöhtem Maße der reichsdeutsche, überwiegend protestantische Einfluß einzuwirken. Da die Umgebung der Prager Deutschen Universität, auf eine schmale soziale Basis beschränkt, kein Geistes- und Kulturzentrum der tschechoslowakischen Deutschen in Prag schaffen konnte, tauchte die Gefahr auf, daß das „entösterreichern“ bzw. „entwienern“ durch eine „Borussifikation“, bzw. „Berlinisation“ ersetzt werden könnte. Diese neuen Verbindungen, bedingt sowohl durch enge wirtschaftliche Beziehungen der Tschechoslowakei zu Deutschland als auch durch die Unzulänglichkeit der deutschböhmisches Städte (sogar Reichenberg!), die führende Kulturrolle unter den Deutschen in der Tschechoslowakei zu übernehmen, verursachten andererseits der Tschechoslowakischen Republik Schwierigkeiten<sup>26</sup>. Masaryks Ideologie, gehemmt durch ihre österreichfeindliche und antikatholische Haltung, hat keine ideologische Grundlage für eine tschechoslowakische Kulturpolitik gegenüber den Deutschen in der Tschechoslowakei geschaffen und konnte sie auch nicht schaffen. In seinem Verhältnis zum Westen wurde Masaryk durch seine Haltung zur tschechischen Reformation, eventuell zu ihrem angenommenen Einfluß auf die angelsächsische, ganz besonders auf die amerikanische Welt, bestimmt. Die angelsächsische Demokratie, der kirchliche Individualismus und der kalvinistische Presbyterianismus wurden von Masaryk immer als wünschenswertes Muster hervorgehoben, obwohl er als Präsident in den kirchlich-religiösen Fragen gegenüber der katholischen Kirche in seinen öffentlichen Reden und Äußerungen eine gewisse Zurückhaltung bewahrt hat<sup>27</sup>. An mehreren Stellen seiner „Weltrevolution“ zeigte er, daß er in erzieherischer Hinsicht den angelsächsischen Literatur- und Kultureinfluß viel mehr schätzte als den französischen<sup>28</sup>, der in der Tschechoslowakei in den Jahren 1918—1938 sehr in Mode war. Aus diesen Gründen pflegte Masaryk auch als Präsident intensive Beziehungen zur angelsächsischen, besonders amerikanischen Welt, während der Außenminister Dr. Eduard Beneš für ihn die ideologische Begründung der Freundschaft mit Frankreich übernahm.

Masaryk faßte ideologisch den Sinn des Resultates des Ersten Weltkrieges in eine bekannte, rednerisch oft wiederholte These zusammen, daß im Weltkrieg die drei theokratischen und caesaro-papistischen Kaiserreiche — das deutsche, österreichische und russische — unter den Schlägen der Weltdemo-

---

alten Gewohnheit der Vorherrschaft und der Vorrechte begeben.“

Im Gegensatz dazu 536: „Das Schlagwort ‚entösterreichern‘ bedeutet in erster Reihe die Trennung von Staat und Kirche.“ — Č a p e k : Hovory 312: „Sich entösterreichern, das bedeutet, den Sinn für Staat und Staatlichkeit, für die demokratische Staatlichkeit zu gewinnen. Das müssen wir nicht allein von der Bürokratie und von der Armee fordern, sondern von der ganzen Bevölkerung, und nicht nur von der tschechischen und slowakischen.“ (Eigene Übersetzung).

<sup>26</sup> M a s a r y k : Weltrevolution 464 ff.

<sup>27</sup> D e r s. : Weltrevolution 110 ff.

<sup>28</sup> D e r s. : Weltrevolution 242 ff.

kratie zusammengebrochen seien<sup>29</sup>. Diese These, obwohl terminologisch und objektiv ideengeschichtlich ziemlich umstritten, da man die Kaiseridee der Gothaer, die habsburgische-katholische Tradition und die russische orthodoxe Idee vom dritten Rom schwerlich auf einen Nenner bringen kann, spielte in der tschechoslowakischen Außenpolitik eine sehr wichtige Rolle. Man kann sie für die grundlegende ideologische These halten, mit der auch das Dasein der Tschechoslowakischen Republik, ihre *raison d'être* und ihre Stellung in der Welt nach dem Jahre 1918 begründet wurde.

Aus dieser These ergaben sich für die tschechoslowakische Außenpolitik drei Grundsätze, die sie bis zum Jahre 1938 beherrschten.

1. Die Restauration der Habsburger, sei es in Österreich oder in Ungarn, darf um keinen Preis zugelassen werden<sup>30</sup>.

2. In Deutschland sind immer die republikanischen Kräfte zu unterstützen.

3. Von der zahlreichen russischen Emigration, die nach dem Jahre 1918 in die Tschechoslowakei kam, sollten nach Möglichkeit demokratische und republikanische Elemente vor den monarchistischen bevorzugt werden<sup>31</sup>.

4. Im Donaauraum seien mit denjenigen Staaten Bündnisse zu schließen, die dieselben anti-habsburgischen Tendenzen verfolgen (Jugoslawien, Rumänien).

Masaryks Auffassung von der tschechischen Geschichte und der tschechischen nationalen Sendung bildete also ohne Zweifel die *conditio sine qua non* der Existenz der Tschechoslowakischen Republik.

Man kann bündig den Beweis für diese Ansicht folgendermaßen liefern: Vor dem Auftreten T. G. Masaryks in der tschechischen Politik gab es hier keine Bewegung, bzw. kein politisches System, das Anspruch auf eine gesamt-nationale Sendung erheben und sich dabei, von dieser Sendung ausgehend, gegen das böhmische staatsrechtliche Programm stellen konnte. Gegen diese These kann man die antistaatsrechtliche Haltung der tschechischen Sozialdemokratie nicht anführen<sup>32</sup>, da dieser programmatische Punkt nominell aus dem internationalen politischen Programm der Weltsozialdemokratie übernommen wurde. Weiter darf man nicht vergessen, daß sich schließlich die tschechische Sozialdemokratie nach ihrer Spaltung von der österreichischen Sozialdemokratie in den Jahren 1905—1910 dem staatsrechtlichen Programm annäherte. Das staatsrechtliche Programm verlangte die Sonderstellung der Länder der Böhmisches Krone: Böhmen, Mähren und Schlesien sollten ein Teilstaat in dem föderalisierten Österreich-Ungarn bilden. Dieses Programm, das von allen tschechischen nicht-sozialdemokratischen Parteien, mit Ausnahme der zahlenmäßig fortschrittlichen Partei Masaryks angenommen wurde, schloß a priori eine staatspolitische Verbindung mit der Slowakei

<sup>29</sup> Ders.: *Weltrevolution* 437 ff.; Ders.: *Les Slaves après la guerre*. Prag 1923, S. 12 f.

<sup>30</sup> Bekanntlich sagte Beneš: „Lieber Hitler als Habsburg“.

<sup>31</sup> Konsequenz dazu wurden auch die Ukrainer unterstützt, da sie ihren Staat nur auf republikanischer Grundlage restaurieren konnten.

<sup>32</sup> P e k a ř, Josef: *K českému boji státoprávnímu za války* [Zum tschechischen staatsrechtlichen Kampf während des Krieges]. Prag 1930, S. 14.

aus<sup>33</sup>. Die konservativ geschichtlich-traditionelle und dabei auch monarchistisch-ideologische Grundlage des böhmischen Staatsrechtes konnte nie einen ideologischen Ausgangspunkt der Revolution gegen die zentrale staatsrechtliche Institution, also gegen die Monarchie, die Dynastie und den Kaiser bieten.

Masaryk hob immer hervor, daß er das staatsrechtliche Programm nicht ablehne, daß er es jedoch in Einklang mit dem Naturrecht gebracht habe<sup>34</sup>, bzw. daß er dieses Programm durch das nationale Naturrecht vervollständigt habe. Praktisch bedeutete das den Anschluß der Slowakei an die historischen böhmischen Länder. Die logische Konsequenz dieser These kann man wohl unter Kritik stellen, da das staatsrechtliche und naturrechtliche Prinzip sich gegenseitig ausschließen. Man kann also nicht die historischen böhmischen Länder mit einem Teil der historischen ungarischen Länder zusammenschließen. Trotzdem wurde nach dieser unkonsequenten These die Tschechoslowakische Republik aufgebaut. Die sogenannte „Karpatoukraine“, ein kleiner, de jure autonomer Teil der Republik, wurde auf der Basis des Vortrags mit der karpatoukrainischen Emigration in Amerika angeschlossen<sup>35</sup>. Diesen Anschluß konnte man weder durch das staatsrechtlich-historische, noch durch das Naturrecht begründen.

#### *Die psychologischen Voraussetzungen*

Die psychologischen Voraussetzungen der tschechoslowakischen Außenpolitik stehen mit den ideologischen Voraussetzungen in enger Verbindung. Sie waren sowohl genetisch als auch logisch durch den tschechoslowakischen Befreiungskampf gegen Österreich-Ungarn bedingt. Dieser Befreiungskampf knüpfte faktisch an die Deduktion Masaryks an, daß die moderne Demokratie ideell durch die tschechische Reformation beeinflusst wurde. Nicht von ungefähr begann Masaryk formell seine revolutionäre Tätigkeit im Ausland mit der Johannes Hus-Feier in Genf am 4. Juli 1915<sup>36</sup>. Seine Helfer im Ausland

<sup>33</sup> Masaryk: Weltrevolution 393: „Ich weiß selbst am besten und erfuhr es lebhaft an mir draußen, daß der Anschluß der Slowakei keine leichte Aufgabe war: die Slowaken waren überall unbekannt, die Austro- und Magyarophilen beriefen sich gegen uns auf viele Erklärungen unserer führenden Männer (Dr. Rieger) und unsere offizielle Politik, die das historische Recht wiederholt nur für die, wie man zu sagen pflegt, historischen Länder reklamiert haben. Es ist bezeichnend, daß sich gegen den Anschluß der Slowakei ein Historiker stellte.“ Dazu Anm. d. Verfass.: Dieser Historiker war Josef Pekař.

<sup>34</sup> Masaryks Reden Bd. II, S. 22 f.; Čapek: Hovory 118 f.

<sup>35</sup> Čapek: Hovory 172.

<sup>36</sup> Čapek: Hovory 150: „Am fünfhundersten Jahrestag der Verbrennung des Hus, im Jahre 1915, trat ich im Reformationssaale in Genf zusammen mit Denis, unter dem Vorsitz Lucien Gautiers, öffentlich gegen Österreich auf. Ich wählte diesen Tag, um auch vor den Augen der Welt an die historische Kontinuität, an die Geschichte unseres Staates anzuknüpfen. Ich wußte schon: entweder werden wir siegen, oder ich werde nie mehr nach Österreich zurückkehren.“ (Eigene Übersetzung).

und in der Heimat waren zum größten Teile Anhänger seiner fortschrittlichen Partei, ferner die Anhänger der staatsrechtlich-fortschrittlichen Partei — also Anhänger der zwei kleinen Gruppen, die scharf gegen den politischen Katholizismus und den österreichischen Konservatismus kämpften. Diese Personen, die zum Teil aus evangelischen Pfarrersfamilien stammten, bildeten in der späteren Tschechoslowakischen Republik teilweise den Kader der tschechoslowakischen Diplomatie. Zu nennen wären z. B. die Namen Szalatnay, Osuský, Hurban, die unsere Behauptung nur beweisen. Dagegen nahmen die konservativen Elemente, besonders die katholisch orientierten, am Anfang des Weltkrieges eine austrophile Haltung ein, die im Ganzen auch von vielen liberalen Agrariern und den orthodoxen Marxisten unter den Sozialdemokraten eingenommen wurde, allerdings aus einem anderen Grunde. Die konservativen Elemente, die am Widerstand teilgenommen hatten, gruppierten sich um den agrarischen Reichstagsabgeordneten Josef Dürich, der als Vertrauensmann des jungtschechischen Führers Dr. Karel Kramář dessen russophile Linie vertrat<sup>37</sup>.

Einen russophilen Standpunkt, wenn auch fortschrittlich gefärbt, verteidigten auch die relativ starken Nationalsozialisten, die in enger Zusammenarbeit mit der russophilen Richtung der galizischen Ukrainer, geführt von Markow und Kurylowicz, standen. Im Ganzen kann man wohl sagen, daß unter den Widerstandsgruppen gegen Österreich, ob den entschlossenen oder mit diesen eher sympathisierenden, zahlenmäßig ganz entschieden die Russophilen überwogen. Trotzdem hat aber im tschechischen Widerstand sehr bald die „westliche“ Richtung, die sich zum zaristischen Rußland zumindest zurückhaltend verhielt, die Oberhand gewonnen. In dieser Richtung siegte Masaryk und setzte sich ohne Zweifel als Führer des Widerstandes durch, da er unter allen seinen Mitarbeitern durch Willenskraft und Intellekt hervorragte.

Obwohl Masaryk als Kritiker Rußlands sich an die führende Stelle setzen und dem gleich orientierten Dr. Eduard Beneš<sup>38</sup> eine Schlüsselposition sichern konnte, vermochte er nicht, das tschechische Russophilentum psychologisch zu dämpfen, das seit der nationalen Wiedergeburt in der tschechischen Nation lebendig war. Diese russophile Gesinnung kam zuerst der russischen Emigration während ihres Exils nach dem Ersten Weltkrieg in der Tschechoslowakei zugute<sup>39</sup>; in der späteren Entwicklungsphase des neuen Staates wandten sich tschechische, teilweise auch slowakische Sympathien in beträchtlicher Anzahl dem späteren Verbündeten, der UdSSR, zu. Diese Russophilie hemmte sogar den Entschluß zu einer Aktion der nichtkommunistischen tschechischen Elemente in den Jahren 1943—48.

Es ist ganz selbstverständlich, daß im Befreiungskampf gegen das dualistische, deutsch und magyarisch geführte Österreich-Ungarn, dessen Abhängig-

<sup>37</sup> Masaryk: Weltrevolution 52.

<sup>38</sup> Beneš, Edvard: „Détruisez l'Autriche-Hongrie!“ Le Martyre des Tchéco-Slovaques à travers l'histoire. Paris 1916, S. 64; Ders.: La Boemia contro l'Austria-Ungheria. Roma 1917, S. 93.

<sup>39</sup> Masaryk: Les Slaves 53.

keit von Deutschland im Ausland stark betont wurde, ungewöhnlich starke Antipathien gegenüber den Deutschen und Deutschland, wie auch gegen Österreich und speziell Wien, entzündet wurden. Der stereotype Satz: „Wien lebte gut von den Schwielen der tschechischen Arbeiter“ erschien später in verschiedenen Variationen in allen Geographie- und Geschichtslehrbüchern in den tschechoslowakischen Schulen<sup>40</sup>.

Die Befreiung brachte, hauptsächlich in ihrem späteren Stadium, eine anti-madjarische Gesinnung mit sich, die in erster Linie gegen die regierenden Magnaten und die Gentry gerichtet war und als praktische psychologische Folge eine fast feindliche Stimmung gegen das madjarische Volk hervorrief. Diese psychologischen Kontraste gegen die Deutschösterreicher und die Madjaren waren Faktoren, deren Einfluß auf die konkrete tschechoslowakische Außenpolitik man ganz und gar nicht unterschätzen darf. Diese Haltung beeinflusste stark die Politik der Kleinen Entente gegenüber Ungarn und vergrößerte, manchmal im Gegensatz zu den objektiven Interessen der Sicherheit des Staates, das Mißtrauen der tschechoslowakischen Außenpolitik gegenüber Österreich. Als dann die, hauptsächlich indirekte, Außenpropaganda des Dritten Reiches einsetzte, konnte die tschechoslowakische Außenpolitik ihre grundsätzliche Haltung gegenüber Österreich und Ungarn nicht so intensiv ändern, um rechtzeitig eine wirksame Grundlage für eine mitteleuropäische Zusammenarbeit und Verteidigung aufstellen zu können.

#### *Die geopolitischen Voraussetzungen*

Die geopolitischen Voraussetzungen der tschechoslowakischen Außenpolitik waren ein besonders wichtiger Faktor, wenn wir die charakteristische Eigentümlichkeit der geographischen Lage und der geographischen Zusammensetzung der Tschechoslowakischen Republik erwägen<sup>41</sup>.

Gebietsmäßig bildet die Tschechoslowakei, zumindest in ihrem böhmischen Teil, das engere Zentrum Europas. Sie liegt auf dem Schnittpunkt der alten internationalen Handelsstraßen, die seit je Mähren, etwas weniger Böhmen und ganz wenig die eigentliche Slowakei durchquerten. Wenn wir die Bedeutung der Verbindung zwischen der Mährisch-Schlesischen Pforte und der mittleren Donau, dem Lauf des Flußes March folgend, erwägen, dann begreifen wir, daß dieses Land allen europäischen Strömungen viel intensiver ausge-

<sup>40</sup> Mit Ausnahme der Geschichtslehrbücher von Josef Pekař.

<sup>41</sup> Dvorský, Viktor: Hranice ČSR [Die Grenzen der ČSR]. Prag 1920; Ders.: Základy politické geografie a československý stát [Die Grundrisse der politischen Geographie und der tschechoslowakische Staat]. In: Český čtenář [Der tschechische Leser]. Prag 1923; Ders.: Území českého národa [Das Gebiet des tschechischen Volkes]. Prag 1918; Koláček, František: Území československé republiky [Das Gebiet der tschechoslowakischen Republik]. In: Politika, Teil 1, Prag 1923; Ders.: Zeměpis Československa [Die Geographie der Tschechoslowakei]. Prag 1934; Machatschek, Fritz: Die Tschechoslowakei. Berlin 1928; Ders.: Landeskunde der Sudeten- und Westkarpathenländer. Stuttgart 1927; Hassinger, Hugo: Die Tschechoslowakei. Wien 1925.

setzt war als z. B. die Schweiz, die zwischen den beiden Weltkriegen ein bedeutendes, wenn auch von der europäischen Machtpolitik entferntes, politisches und kulturelles Zentrum bildete. Die Tschechoslowakei ist morphologisch aus den sogenannten Sudetenländern zusammengesetzt d. h. aus dem Quadrat im böhmischen Becken, das durch Riesengebirge, Erzgebirge, Böhmerwald und böhmisch-mährische Höhe begrenzt wird, sowie aus dem Flußgebiet der March, das zwischen den Ausläufern der Sudeten, der böhmisch-mährischen Höhe, der mährisch-österreichischen Hügellandschaft und den Karpaten eingebettet ist. Der östliche Teil der Tschechoslowakei — der Karpatenteil — umfaßt morphologisch gesehen jetzt den mährisch-karpatischen Teil, die Slowakei bis zur Grenze der Karpato-Ukraine. Früher erstreckte er sich weiter bis zur ebenfalls künstlichen karpato-ukrainisch-rumänischen Grenze. Während Böhmen ein durch die Natur ausgeprägtes Quadrat darstellt, das auch die „böhmische Festung“<sup>42</sup> genannt wird, bildet Mähren eine von der Natur schon weniger befestigte Einheit, hauptsächlich im Süden und auch im Nordosten bei der mährischen Pforte. Die Slowakei ist im ganzen nur im Karpatenbogen geographisch ausgeprägt, wogegen sie im Süden eigentlich gegenüber der kleinen ungarischen Tiefebene Kis Alföld geöffnet ist, während gegenüber der Großen ungarischen Tiefebene Nagy Alföld die Grenze das ungarische Mittelgebirge bilden könnte, das sich schon auf dem madjarischen Gebiet von Waitzen über Miskolcz nach Kaschau hinzieht. Die Karpato-Ukraine ist ähnlich nordöstlich, nicht aber südwestlich ausgeprägt.

Das Flußsystem der Tschechoslowakei<sup>43</sup> betont noch diese Tatsache. Böhmen wird von der Elbe, die nordwestlich in die Nordsee mündet, entwässert, Mähren dagegen durch die March in die Donau, ebenso wie die Slowakei und die Karpato-Ukraine. Die Tschechoslowakei bildet also hydrographisch zwei verschiedenartige geographische Räume, d. h. das Elbegebiet und das Donaugebiet. Damit sind die politischen und ökonomischen Voraussetzungen für die Tschechoslowakei in mancher Hinsicht bereits festgelegt. Es ist eine Tatsache, daß der natürliche Gebirgswall vor 1939 die Tschechoslowakei von ihrem einzigen slawischen Nachbarn, Polen, trennte. Die Grenze gegenüber Österreich und besonders gegen Ungarn war geographisch offen, so daß die der Donau zugewandten Täler eine natürliche Verbindung zwischen Mähren, Niederösterreich und Ungarn darstellen. Es ist interessant, daß die Tatsache der Zugehörigkeit Böhmens zum Elbesystem schon frühzeitig starke wirtschaftliche Bindungen mit Norddeutschland brachte, obwohl die österreichische Regierung sich sehr bemühte, die Ausfuhr aus Böhmen in stärkerem Umfang über Triest, anstatt über das reichsdeutsche Hamburg zu leiten<sup>44</sup>. Dies

<sup>42</sup> Sedlmeyer, Karl Adalbert: Die Festung Böhmen, ein Phantom und ihre Beziehungen zu den Sudetenländern. *BohJb* 2 (1961) 287—296; Ders.: Zur Wirtschaftsgeographie der Tschechoslowakei. In: *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 1959.

<sup>43</sup> Bažant, Jan: Československé řeky [Die tschechoslowakischen Flüsse]. In: *Jednota československá* [Die tschechoslowakische Einheit]. 2. Aufl., S. 112—122.

<sup>44</sup> Sogar nach dem Jahre 1948 und nach dem Zusammenschluß der sozialistischen Länder zur COMEGOM blieb Hamburg als Hafenstadt für die tschechoslowakische

stieß jedoch auf besondere Schwierigkeiten, da wesentliche Teile der Elbe und Moldau schiffbar sind, während die March und die slowakischen Flüsse der Schifffahrt nur in unbedeutendem Maße dienen können. Wegen ihrer Kostspieligkeit blieben bis zur Gegenwart die Pläne eines Donau-Oder-Kanals nur auf dem Papier, obwohl hervorragende Persönlichkeiten wie der österreichische Ministerpräsident Ernest von Koerber und die tschechischen Techniker — Reichstagsabgeordneter Prof. Ing. Jan V. Hrázký und Prof. Ing. Antonín Smrček<sup>45</sup> — sich stark dafür eingesetzt hatten. In den Jahren 1918—38 spielten die Eisenbahnverbindungen praktisch die Hauptrolle. Böhmen konnte sich im Verkehr mit seinen Nachbarn der alten Handelswege bedienen. Mähren wurde durch die Verbindung Wien-Krakau bzw. Wien-Mähr. Ostrau-Warschau besonders eng mit der österreichischen Hauptstadt verbunden. Da die Verkehrswege der Slowakei in der ungarischen Zeit ausgebaut worden waren, führten sie den damaligen Erfordernissen entsprechend wie die Flüsse in ungefähr nordsüdlicher Richtung nach Budapest<sup>46</sup>. Es fehlten daher engere Verkehrsverbindungen zwischen Mähren und der Slowakei, die vielfach erst geschaffen werden mußten, um die westlichen Teile des Staates mit den östlichen zusammenzuschließen.

Die Bevölkerungszusammensetzung der Tschechoslowakei prägte dem neuen Staat einen eigenartigen Charakter auf, der sich insbesondere in seiner Innen- und Außenpolitik niederschlug. Der tschechoslowakischen Statistik nach bildeten zwei Drittel der Bevölkerung die „Tschechoslowaken“, 65,5 %, während von den Minoritäten die Deutschen mit 23,4 %, die Madjaren mit 5,6 %, die Ukrainer mit 3,5 %, die Nationaljuden mit 1,4 %, und die Polen mit 0,6 % vertreten waren.

Die Tschechoslowakei wurde, wie schon erwähnt, ideologisch-politisch durch das tschechische und slowakische Element getragen, dessen offizielle Verbindung in der sogenannten tschechoslowakischen Nation<sup>47</sup> in der Wider-

---

Ausfuhr im Vordergrund stehen, trotz verschiedener Bemühungen, diese Ausfuhr über den polnischen Hafen Gdingen zu leiten.

<sup>45</sup> Smrček, Antonín: Projekt eines Elbe-Dniester-Kanals und sein Zusammenhang mit dem Donau-Oder-Kanal. Brünn 1903; Ders.: Dunaj jako základna československých vodních cest [Die Donau als Grundlage der tschechoslowakischen Wasserwege]. Brünn 1937.

<sup>46</sup> Masaryk: Les Slaves 25: „Die Eisenbahnlinien, die unter der österreichisch-ungarischen Regierung gebaut wurden, streben alle zu den Zentren der alten Monarchie: Wien und Budapest. Man muß sie durch neue Querstrecken ergänzen. Es ist wichtig, die Wasserwege, hauptsächlich die Elbe, die Donau und ihre Nebenflüsse zweckmäßig zu benützen. Verbindungskanäle sind notwendig.“ (Eigene Übersetzung).

<sup>47</sup> Holotík, L'udovít: Zjednotenie Čechov a Slovákov v spoločnom štáte roku 1918 [Die Vereinigung der Tschechen und Slowaken in einem gemeinsamen Staat im Jahre 1918]. In: Sborník materiálov z konferencie Historického ústavu SAV [Das Sammelwerk von Materialien über die Konferenz des Historischen Institutes der Slowakischen Akademie der Wissenschaften]. Preßburg 1956, S. 264—280; Jednota československá [Die tschechoslowakische Einheit]. In: Sborník politické, hospodárské a kultúrnei pospolitosti československé [Das Sammelwerk der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gemeinschaft]. 2. Aufl.

standszeit mit Rücksicht auf ältere Versuche proklamiert wurde. Die Verfassung und das Sprachengesetz gliederten die offizielle „tschechoslowakische“ Staatssprache in tschechisch und slowakisch. Dagegen erhob sich in der Slowakei ein Widerstand, getragen zuerst nur von Hlinkas katholischer Volkspartei, der dann in einer milderer Form die ideologisch liberalen bzw. sozialistischen Schichten ebenfalls ergriff. Die Slowaken hatten nach der langen Zeit der Madjarisierung im ungarischen Staat nach dem Umsturz im Jahre 1918 keine rein slowakischen Volksschulen, geschweige denn höhere Schulen<sup>48</sup>. Infolgedessen war auch die Zahl der slowakisch bewußten Intelligenz ziemlich gering. Hier stand an erster Stelle die lutherische Intelligenz, die Lutherischen machten 16% der Bevölkerung der Slowakei aus, die bei der stark autonomen Stellung der Kirchen in Ungarn im Schutzrahmen der kirchlichen Organisation weniger mit dem madjarischen Element verbunden war und sich gut entwickeln konnte. Das katholische slowakische Element genoß diesen Vorteil nicht, da es durch seine kirchliche Organisation mit den zahlenmäßig stärkeren madjarischen Katholiken verbunden war. Die Tschechoslowakei hat das slowakische Volks- und Mittelschulwesen und die Komenský-Universität in Preßburg aufgebaut. Nach der langen Zeit der nationalen Unterdrückung im ungarischen Staat konnte man an diesen Schulen nur wenige Slowaken als Lehrkräfte aufreiben. Es gab nur einen Teil slowakischer Volksschullehrer, die slowakischen Mittelschullehrer waren in der Minderheit und Lehrkräfte für die Universität mußten überhaupt erst herangebildet werden<sup>49</sup>. So sandte die tschechoslowakische Regierung viele tschechische Lehrkräfte an diese neuerrichteten Schulen. Erst allmählich wuchs an den slowakischen Mittelschulen, an der Preßburger Universität und der erst am Ende dieser Periode errichteten Kaschauer Technischen Hochschule die neue junge slowakische Intelligenz heran, die psychologisch und ideologisch völlig slowakisch orientiert war. Das bedeutete für die tschechoslowakische Außenpolitik die Notwendigkeit, slowakische Kräfte sowie slowakische Interessen und Ressentiments in der Außenpolitik allmählich mehr zu berücksichtigen.

Bei den Deutschböhmen, Deutschmähren und Deutschschlesiern, die in die Tschechoslowakei gegen den Willen ihrer Vertreter eingegliedert wurden<sup>50</sup>

<sup>48</sup> Masaryk: Les Slaves 19.

<sup>49</sup> Masaryk: Les Slaves 19: „Da es sehr wenige slowakische Lehrer und Studienräte gab, muß man Lehrer und Studienräte aus den böhmischen Ländern mit dem Unterricht dort beauftragen.“ (Eigene Übersetzung).

<sup>50</sup> Franzel, Emil: Sudetendeutsche Geschichte. Augsburg 1958, S. 330 ff.; Aschenbrenner, Viktor: Sudetenland. Ein Überblick über seine Geschichte. Bad Reichenhall 1959, S. 82 f.; Masaryk: Weltrevolution 325: „Dagegen beunruhigten mich die Meldungen über eine separatistische Bewegung unserer Deutschen und die Versuche, ein Deutschböhmen zu organisieren; als jedoch berichtet wurde, daß auch ein Sudetenland, später ein Deutschsüdmähren und sogar ein Böhmerwaldgau entstanden, schwanden meine Befürchtungen: solche Zersplitterung war allein schon ein starkes Argument gegen die Separation. Doch war die Frage unserer Deutschen stets ernst. Die Amerikaner und die Engländer bestanden auf einer abstrakten Formulierung des Selbstbestimmungsrechtes.“

S. 423: „Ein besonderes Problem bilden die separatistischen Versuche unserer Deut-

und die sich im Sinne des Manifestes des österreichischen Kaisers Karl zu einem deutsch-österreichischen Staat zusammengeschlossen hatten, blieb eine starke psychologische Zurückhaltung gegen die neue Republik bestehen, die durch den Schulkampf und die wirtschaftliche Konkurrenz noch verschärft wurde. Bei dem nationalen Charakter bzw. bei der revolutionären Entstehung der Tschechoslowakei verhinderte man eine dem Verhältnis entsprechende Beteiligung deutschen Personals<sup>51</sup> in zahlreichen Bereichen des Staatsdienstes, z. B. in der Armee und Diplomatie sowie in der Verwaltung. Das war eine psychologisch wichtige Maßnahme, weil gerade der österreichische Staat den Typ eines Staatsbeamten geschaffen hatte, dessen moralisches Selbstbewußtsein und folglich auch dessen soziale Stellung in den anderen Bevölkerungsschichten geachtet war.

Die Karpato-Ukrainer, deren Kulturpflege während der ungarischen Herrschaft stark vernachlässigt worden war<sup>52</sup>, erhielten auf dem Papier eine Autonomie, die die Tschechoslowakei sehr spät, eigentlich „in extremis“ ihrer Existenz, realisierte. Praktisch wurde für die Karpato-Ukrainer ein Schulwesen aufgebaut, das jedoch vom ukrainischen Standpunkt aus gesehen, nicht so sehr durch den sicher breiten Unterricht der tschechischen Sprache, als durch die anarchisch anmutenden nationalen, bzw. eher ethnischen Streitigkeiten des russischen und ukrainischen Emigrantenlehrpersonals, das von Prag aus in die Karpato-Ukraine geschickt wurde, litt. In diese Streitigkeiten griffen nun noch die nicht nationalbewußten einheimischen Elemente ein, die ihre Mundart auf eine Schriftsprache sui generis umbauen wollten (Karpatoruthenen). Allen diesen Streitigkeiten stand die tschechische Bürokratie machtlos gegenüber, die in dieses Gebiet versetzt wurde, unkundig der Probleme und der Psychologie dieses Volkes und teilweise mit den Wahlinteressen der politischen Parteien verbunden.

---

schen; ich habe mich schon über die Tatsache geäußert, daß sie sich auf vier Territorien als Deutschböhmen, Sudetenland, Süddeutsch-Mähren und Böhmerwaldgau organisierten. Diese Versuche geschehen nach dem Prager Umsturz; an politischer und administrativer Bedeutung lassen sie sich mit unserem Umsturz nicht vergleichen. Ich erblicke in dieser Unvollkommenheit einen Beweis, daß diese Teile der historischen Länder organisch mit uns zusammenhängen.“

S. 461: „Einmal wurde auch von der tschechischen Seite vorgeschlagen, einen Teil des deutschen Gebietes an Deutschland abzutreten; dieser Plan wurde auch in den Friedenskonferenzen erwogen. In England und Amerika gab es, wie ich berichtet habe, Anhänger des Programms genug, die neuen Staaten womöglich nach der Nationalität zu umgrenzen. Nach reiflicher Erwägung gaben mir zahlreiche Politiker, mit denen ich über die Sache verhandelte, darin recht, daß die wirtschaftlichen Interessen und die Zusammenhanglosigkeit bedeutender Teile der deutschen Minderheit für unser historisches Recht sprechen. Und dieser Gesichtspunkt errang auch in der Friedenskonferenz den Sieg.“

<sup>51</sup> Franzel: Sudetendeutsche Geschichte 341.

<sup>52</sup> Kadlec, Karel: Podkarpatská Rus [Karpatorußland]. Prag 1920, S. 5; Flachbart, Ernst: Die Völker und die staatsrechtliche Lage Karpatorußlands. In: Nation und Staat 2 (1928—29); Birčák, Wolodymyr: Karpatská Ukraina. Spomyny i perečyvanja [Karpatorukraine. Erinnerungen und Erlebnisse]. Prag 1939; Masaryk: Weltrevolution 270 ff.

Der kleine polnische Bevölkerungsteil an der polnischen Grenze kämpfte hartnäckig mit dem tschechisch-schlesischen Element<sup>53</sup>. Polens antitschechische Politik verschärfte die Gegensätze in der Bevölkerung.

So wurde die Außenpolitik der ČSR überwiegend vom tschechischen Element, das ungefähr die Hälfte der Gesamtbevölkerung bildete, getragen. Bei ihrem hohen Kultur- und Wirtschaftsniveau waren die Tschechen politisch ziemlich diszipliniert und neigten in der praktischen Politik eher zum Kompromiß als zum Radikalismus.

Was die religiöse Zusammensetzung der Bevölkerung der Tschechoslowakei betrifft, entstanden Veränderungen bei den Tschechen, wo sich nach 1918 eine radikal nationalistische, sogenannte „Tschechoslowakische Kirche“<sup>54</sup> von der katholischen Kirche trennte. Ferner wuchs die Zahl der Konfessionslosen ziemlich stark an<sup>55</sup>. Da aber die nichttschechischen Völker — die Slowaken inbegriffen — an dieser Bewegung nicht teilnahmen, entstand in der vielfach als hussitisch angesehenen Tschechoslowakei der Gegensatz zu ihren nichttschechischen Elementen, der sich auch auf die Nachbarn ausbreitete. Nach ziemlich radikalen Phasen entstand eine Ernüchterung, da es klar geworden war, daß die Trennung des Staates von der Kirche, wie es der Wunsch Masaryks war<sup>56</sup>, mit Rücksicht besonders auf die Slowaken unmöglich war<sup>57</sup>.

In wirtschaftlicher Hinsicht waren die böhmischen Länder schon in der österreichischen Monarchie sehr reiche und steuerkräftige Länder, die drei Fünftel der Industrie Österreich-Ungarns besaßen. Die hochstehende Landwirtschaft der böhmischen Länder konnte jedoch nicht die ganze Republik versorgen und man mußte Fleisch und Getreide schon deswegen importieren, weil die slowakische und karpato-ukrainische Landwirtschaft noch nicht fort-

<sup>53</sup> Masaryk : Les Slaves 55.

<sup>54</sup> Prášek, František: Vznik církve československé a patriarcha Gustav Procházka [Die Entstehung der tschechoslowakischen Kirche und der Patriarch Gustav Procházka]. Prag 1932.

<sup>55</sup> Masaryk : Weltrevolution 537: „Zugleich sind aus der katholischen Kirche (aus den anderen Kirchen nur wenige) 724 507 Mitglieder ausgetreten, die ohne Kirchenbekenntnis geblieben sind. In österreichischer Zeit gab es im Jahre 1910 in den historischen Ländern nur 12 981 Konfessionslose; auf die Slowakei entfallen jetzt 6818 von der angegebenen Zahl, auf Karpatorußland 1174.“

<sup>56</sup> Masaryk : M. Thomas G. Masaryk, Président de la République Tchécoslovaque à l'inauguration de l'Institut d'études slaves à Paris — Le 17 octobre 1923 [Die Rede zur Inauguration des Instituts für slawische Forschung in Paris am 17. Oktober 1923]. Prag 1923, S. 30; Čapek : Hovory 253 f.

<sup>57</sup> Masaryk : Weltrevolution 536: „Die Trennung von Staat und Kirche wird nicht bloß durch die Rücksichten auf unsere religiöse Entwicklung, sondern auch durch die kirchlichen Verhältnisse in der Republik empfohlen. Ich habe erwarten müssen, daß infolge der Vereinigung mit der Slowakei und des Anschlusses Karpatorußlands an unsere Republik die kirchlichen und religiösen Verhältnisse auch in unserem Volke verwickelter werden; und ich habe vorausgesehen, daß durch die politische Freiheit, wie es in anderen Ländern stets geschehen ist, die kirchliche und religiöse Frage verschärft werden wird und habe gerade deshalb diesen Prozeß auf das rein kirchliche und religiöse Gebiet beschränken wollen.“

schrittlich genug war, um alle ihre Produktionsmöglichkeiten auszunützen. Mit der Landwirtschaft hing sehr eng die Zuckerindustrie zusammen, die vom Beginn der Republik an unter der wachsenden Konkurrenz der Rohrzuckererzeugung und den hohen Zolltarifen zu leiden hatte. Sehr schwierig war die Lage in der Textilindustrie, die besonders im sudetendeutschen Gebiet vertreten war und früher ein Reich von 53 Millionen Einwohnern versorgte, während sie nun plötzlich auf einen Staat von nicht ganz 15 Millionen angewiesen war. Die Nachfolgestaaten bauten so rasch wie möglich eine eigene starke Textilindustrie auf. Dazu traten die Tendenzen zu einer Autarkie in den Oststaaten, die früher Abnehmer der nordböhmisches Textilindustrie gewesen waren. Infolgedessen entstand in diesen Textilbezirken eine chronische Arbeitslosigkeit, die einen verhängnisvollen Einfluß auf die tschechoslowakische Innen- und später auch auf die Außenpolitik hatte. Die slowakische Industrie war noch wenig entwickelt und konnte sich selbstverständlich bei der starken Konkurrenz der tschechischen und sudetendeutschen Industrie kaum entwickeln, was auch der wachsenden jungen slowakischen Intelligenz einen Grund zur Unzufriedenheit bot. Besonders betroffen war die Slowakei und die Karpato-Ukraine in ihrem Holzhandel, denn ihr natürliches Absatzgebiet, das bei niederem Wasserstand der slowakischen und karpatischen Flüsse in Ungarn lag, wurde durch die Zollgrenze abgeschnitten. Aus politischen Gründen versuchte Ungarn seinen Holzbedarf durch Importe aus anderen Ländern, oder aus seinen neu angepflanzten Akazienwäldern zu decken. Infolgedessen entstand eine Saisonarbeitslosigkeit des zahlreichen slowakischen und karpato-ukrainischen ländlichen Proletariats, das von der Waldarbeit lebte. Aus allen diesen Tatsachen ist ersichtlich, daß die Gründung der Tschechoslowakischen Republik sehr einschneidende Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur der tschechoslowakischen Länder mit sich brachte. Manche Schattenseiten der Existenz der relativ kleinen tschechoslowakischen Zoll- und Wirtschaftseinheit waren strukturell bedingt, was bedeutet, daß die Tschechoslowakische Republik sie infolge der bestehenden staatspolitischen Lage beim besten Willen gar nicht zu ändern vermochte.

Dazu kam noch eine weitere Problematik, die in jedem stark gemischten Nationalitätenstaat, und ganz besonders in einem zentralistischen Nationalitätenstaat, besteht, nämlich die Frage des ungleichmäßigen Steuerertrages der einzelnen Nationen, und eine weitere, noch gefährlichere Frage: die Budgetverteilung, oder vielmehr die Verteilung der öffentlichen Investitionen unter die einzelnen Nationen bzw. — vom Standpunkt des zentralistischen Staates — unter die Mitglieder der einzelnen Nationen. Hier handelt es sich um ein besonders wichtiges und schwerwiegendes Problem, das sich schon am Anfang des 20. Jahrhunderts im österreichisch-ungarischen Reich in seiner vollen Intensität entwickelt hatte. Damals klagten die Tschechen über die unverhältnismäßig hohe Steuerkraft der drei böhmischen Länder im Vergleich zu den übrigen österreichischen Ländern (mit Ausnahme von Niederösterreich). Die Sudetendeutschen, besonders der berühmte Statistiker Heinrich Rauch-

berg<sup>58</sup>, bewiesen ihr unverhältnismäßig hohes Steueraufkommen innerhalb der böhmischen Länder. Die tschechischen Beschwerden über die Reichsinvestitionen in Wien gingen also parallel mit den sudetendeutschen Beschwerden über die Landesinvestitionen in Prag. Aus dieser auf zwei Fronten geführten Diskussion wurde in der Tschechoslowakei de facto eine Diskussion auf drei Fronten. Die Sudetendeutschen wiesen auf ihr großes Steueraufkommen hin und beschwerten sich, daß ihre Überschüsse anderswo investiert würden. Die Tschechen lehnten die deutschen Beschwerden ab und hielten den Slowaken die zahlreichen Investitionen für Schulen, Gebäude und Eisenbahnen in der Slowakei vor. Die Slowaken beklagten sich über die zu hohe Zahl tschechischer Lehrer und Beamter in der Slowakei und über die, nach ihrer Meinung, unzureichend gewährten Mittel zur Entwicklung des Landes. Da die Industriellen deutscher und madjarischer Nationalität vielfach keine tschechoslowakischen Staatsbürger waren und ihren Sitz außerhalb des Staates hatten — in Wien und Budapest — konnten sie ihre Beschwerden über die tschechoslowakische Steuerpolitik in der feindlichen Auslandspresse und Auslandspropaganda zur Geltung bringen.

Ein sehr lebhaftes politisches und außenpolitisches Echo fand die tschechoslowakische Bodenreform und die Regelung der Krieganleihen. Die Sudetendeutschen waren an den österreichischen Krieganleihen sehr stark beteiligt, was nach dem Kriege zu einer schweren finanziellen Krise der kleinen sudetendeutschen Kreditinstitute führte, da die Tschechoslowakei die integrale Übernahme der österreichischen Krieganleihen ablehnte. Durch diese Teilhonorierung der österreichischen Krieganleihen wurde ein Teil des sudetendeutschen Mittelstandes radikalisiert, besonders die sozial deklassifizierten Rentner, die infolgedessen in Ressentiments gegen den neuen Staat verfielen.

Noch schwerwiegendere Folgen hatte die Bodenreform<sup>59</sup>. Die tschechoslowakische Bodenreform entstand aus dem Landhunger der landlosen landwirtschaftlichen Arbeiter und Häusler und wurde noch durch die starken sozialistischen, oder zumindest egalitären Neigungen der Kriegszeit genährt. Dem konnten die Großgrundbesitzer, überwiegend aristokratischer Abstammung, bei ihrer geringen Beliebtheit beim tschechischen Volk und beim slowakischen Volk, keine wirksame politische Kraft entgegen stellen. Die Bodenreform traf das deutsche Element in den böhmischen Ländern unverhältnismäßig schwerer als das tschechische, und in den beiden Karpatenländern traf sie nur das madjarische Element. Nicht nur die Aristokratie bzw. Hierarchie,

<sup>58</sup> Ra u c h b e r g, Heinrich: Der nationale Besitzstand in Böhmen. Leipzig 1905; D e r s.: Bürgerkunde der tschechoslowakischen Republik. 2. Aufl. Reichenberg 1925.

<sup>59</sup> M a c e k, Josef: Znárodnění a zlidovění české půdy [Die Nationalisierung und Aufteilung des tschechischen Bodens unter das Volk]. Prag 1918; K r ě m á ř, Jan: Zákon o zabírání velkého majetku pozemkového [Gesetz über die Beschlagnahme des Großgrundbesitzes]. Prag 1919; P e k a ř, Josef: Omyly a nebezpečí pozemkové reformy [Die Irrtümer und die Gefahr der Bodenreform]. Prag 1923, S. 26 ff., 58 ff.; V o n d r u š k a, Edvard: Czechoslovak Land Reform. Prag 1924; K o s e, Jaroslav: Les aspects sociaux de la réforme agraire en Tchécoslovaquie. Genf 1925, S. 25.

sondern noch intensiver stellte sich die deutsche und madjarische Minorität gegen die Bodenreform, sie beanstandeten die unverhältnismäßig geringe Entschädigung für größere Grundstücke<sup>60</sup>. Die Tschechoslowakische Republik beschlagnahmte und verstaatlichte umfangreiche Waldobjekte, die teilweise auch den Städten zuguteil wurden, dabei jedoch für die staatliche Verwaltung wenig rentabel waren. Dagegen nahm man jedoch gewisse Objekte von der Verteilung aus — die sogenannten „Restgüter“ —, deren Zuteilung an Politiker dann starken Widerspruch hervorrief. In den national gemischten Gebieten der Tschechoslowakei wuchs der Widerstand gegen die neuen, andersnationalen Gutsbesitzer, bzw. Forstbeamten, die in diese Gebiete kamen. Die Gesellschafts- und Familienbeziehungen der aristokratischen Großgrundbesitzer im Auslande waren einer der Gründe für das Mißtrauen, ja sogar die Antipathie, die die konservativen europäischen Elemente gegenüber der Tschechoslowakei hegten. Die Verstaatlichung der Wälder zusammen mit manchen Zuteilungen von „Restgütern“ erweckte den Eindruck einer Tschechisierung deutschen, bzw. Slowakisierung madjarischen Bodens. Damit wurde der Grund zu zahlreichen Beschwerden beim Völkerbund bzw. beim internationalen Gerichtshof in den Haag gegen die tschechoslowakische Bodenreform bereits in den Zwanziger Jahren gelegt<sup>61</sup>.

Wie ersichtlich, mahnten schon die geographischen Tatsachen die Tschechoslowakei zu vorsichtiger und zurückhaltender Politik, besonders wenn es sich um den Einfluß ideologischer Systeme bzw. Doktrinen auf diese Politik handelte. Ursache für gewisse strukturelle wirtschaftliche Mängel, deren Folgen besonders die Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht ausweichen konnte, war eben die besondere Struktur der Tschechoslowakei. Die soziale Politik der Zwanziger Jahre forderte kategorisch den Ausgleich der großen sozialen Differenzen auch auf dem Lande, bzw. in der Landwirtschaft, mit anderen Worten, sie forderte kategorisch eine Veränderung des Besitzes des Ackerbodens.

In der Nationalitätenfrage waren die Gegensätze, durch den Sprachenkampf entzündet, schon in der österreichischen Monarchie sehr scharf. Die ersten Jahre der tschechoslowakischen Republik versprachen wohl eine gewisse Milderung der Nationalitätenstreitigkeiten<sup>62</sup>, was günstig auf den demokratisch

<sup>60</sup> Worliczek, Camillo: Grundlagen, Grundgedanken und Kritik der tschechoslowakischen Bodenreform. Reichenberg 1925, S. 229 ff.; Dedektor [Popp]: Die tschechoslowakische Bodenreform, eine mitteleuropäische Gefahr. Wien 1925, S. 15 f., 23; Verdroß, Alfred: Die tschechoslowakische „Bodenreform“ im Lichte des Völkerrechtes. In: Neue Wirtschaft. Wien, 7. 5. 1925, S. 46 ff.

<sup>61</sup> Loewenfeld, W.: Der Prozeß des Fürsten von Thurn und Taxis gegen den tschechoslowakischen Staat. In: Neue Wirtschaft. 21. Juli 1925.

<sup>62</sup> Masaryk: Weltrevolution 464: „Politisch ist die deutsche Minderheit die wichtigste. Ihre Gewinnung für die Republik wird alle anderen Minderheitsfragen erleichtern . . .

Da wir im nationalen gemischten Staat leben, und eine so eigentümliche Stellung mitten in Europa haben, ist die Sprachenfrage für uns nicht nur politisch, sondern auch kulturell sehr wichtig.

Vor allem handelt es sich praktisch um die Kenntnis der im Staate gesprochenen

regierten großen Nachbarn — das Deutsche Reich — gewirkt hätte<sup>63</sup>, da für dessen Bewohner Tschechen und Slowaken nur ein Fibelbegriff waren. Die Tatsache, daß alle nichttschechischen und nichtslowakischen Volksgruppen in der Republik an Nationalstaaten grenzten<sup>64</sup>, die sudetendeutsche sogar an zwei — Deutschland und Österreich —<sup>65</sup>, gab der tschechoslowakischen Außenpolitik einen ganz spezifischen Charakter. Die Schwierigkeiten, die seinerzeit unter ähnlichen Voraussetzungen auch das ehemalige Österreich-Ungarn hatte, bestanden mutatis mutandis zwar auch für die Tschechoslowakische Republik, aber sie traten vorerst in den Hintergrund, dank dem Bedürfnis des psychologischen Aufatmens nach dem Kriege während der technischen und wirtschaftlichen Rekonstruktion. Alle diese Probleme erforderten in der Außenpolitik eine führende, verstehende Persönlichkeit mit vielseitigen Erfahrungen, hoher Perspektive und ein gut ausgebildetes, fähiges Personal im diplomatischen Außendienst. Die Demokratisierung der europäischen Welt nach dem Ersten Weltkrieg beseitigte viele konservative bzw. traditionelle Elemente und Institutionen, die früher manchen Gegensatz, wenigstens vorübergehend, dämpften oder zu dämpfen schienen. Nun lag es an den führenden Kräften des jungen Staates, sich mit dieser Wirklichkeit besonders in der Außenpolitik aktiv auseinandersetzen.

---

Sprachen. Es liegt im Interesse der Minderheiten, sich die Kenntnis der Staatssprache anzueignen; andererseits liegt es im Interesse der Mehrheit, die Sprache der Minderheiten, besonders die der großen Minderheit, zu können; danach wird der Sprachunterricht in den Schulen geregelt werden; auch hier gilt die Regel des administrativen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisses. Die deutsche Sprache ist für uns politisch wichtig, unsere Beamten müssen sie können, ja gut können, um auch in die Volksdialekte einzudringen. Das Deutsche ist eine Weltsprache und deshalb als Kultur- und Bildungsmittel von Nutzen.“

<sup>63</sup> M a s a r y k : Weltrevolution 447: „Das Verhältnis zu den Deutschen in Deutschland, im Reiche, ist für uns das ernsteste Problem. Unser Bestreben muß es sein, es korrekt und mit der Zeit auch freundschaftlich zu regeln: Die Deutschen haben keinen Grund zur Feindschaft.“

<sup>64</sup> M a s a r y k : Les Slaves 18.

<sup>65</sup> M a s a r y k : Weltrevolution 460 f.: „Unsere Deutschen haben das große Deutsche Reich hinter sich; sie grenzen auch an Österreich und dieses gleichfalls an Deutschland.“

Für das Verbleiben der deutschen Minderheit bei uns berufen wir uns auf das historische Recht und die Tatsache, daß unsere Deutschen niemals auf eine Vereinigung mit Deutschland Wert gelegt haben, nicht nur unter österreichischer Herrschaft, sondern auch nicht in der Zeit des Böhmisches Königreiches. Erst die neueste pangermanische Propaganda gewann Bekenner unter ihnen.“

DIE STELLUNGNAHME DER KOMINTERN  
UND DER KPČ ZUR FRAGE DER DEUTSCHEN IN  
DEN SUDETENLÄNDERN

*Von Rudolf Hilf*

*Der Marxismus und die nationale Frage*

Zu wissen „was die Welt im Innersten zusammenhält“, diese uralte Menschheitsfrage glauben die Marxisten gelöst und beantwortet zu haben. Sie sind dabei selbst Produkt einer europäischen geistigen Entwicklung und Geschichte, die vom gnostischen Weltbild und dem christlichen Heilsschema über die diversen Formen des Humanismus bis in den Materialismus unserer Tage reicht.

Unbestreitbar ist, daß der Marxismus die im 19. Jahrhundert einsetzende und die Gesellschaftsstruktur verändernde technische Revolution — wenn auch nur von einer Seite her — intensiver erfaßt und in Rechnung gestellt hat als andere philosophische Richtungen. Er hat auch die nach dem Zerfall der Dynastien und übernationalen Reiche sich bildende bürgerliche und nationale Enge zu überwinden versucht. Er tat dies allerdings unter dem begrenzten Blickwinkel des historischen Materialismus, nach dem sich die Geschichte nur als der Kampf der Klassen um die Produktionsmittel darstellt, der zudem im Sinne des Fortschrittsglaubens, analog der christlichen Heilsgeschichte, vorbestimmt wäre, in einer alle Völker umfassenden klassenlosen Gesellschaft — dem säkularisierten Gottesreich der christlichen Endzeit — zu münden.

Wenn die Geschichte lediglich als Klassenkampf aufgefaßt wird, so ist es logisch, daß alle anderen Werte und gewachsenen Formen den daraus entspringenden Erfordernissen untergeordnet und gegebenenfalls negiert werden können. Die Klasse geht quer durch die Völker und Rassen. So wie sie unerbittlich Klüfte aufreißt, so überbrückt und beseitigt sie auch andere, zumindest in der Theorie. Am Beispiel der kommunistischen Politik gegenüber den Sudetendeutschen läßt sich allerdings auch das Versagen dieser Auffassung oder der sie vertretenden Menschen verdeutlichen.

Für den Marxismus stellt die Nation keinen Wert an sich dar. Sie ist ein Durchgangsstadium der Geschichte. Nation und Nationalismus werden ausschließlich in ihrem „Klassencharakter“ begriffen. Das bedeutet nicht, daß man das nationale Moment immer und überall ablehnt und bekämpft. Im Geschichtsbild des historischen Materialismus hat es seinen legitimen Platz auf einer bestimmten Entwicklungsstufe.

Von seinem fortschrittsgläubigen und revolutionären Standort her urteilt der Marxist ganz verschieden über Nation und Nationalismus. Er wird beides dort bejahen, wo es gilt, die alten vorkapitalistischen „feudalen“ Formen zu zerbrechen und er wird beides dort verneinen, wo nach seiner Auffassung der Schritt zum „proletarischen Internationalismus“ getan werden muß. Soweit die Theorie. In der Praxis der Geschichte jedoch bestimmen Machtstrukturen und ihre Interessen über die Anwendung dieser oder jener Lehrsätze.

Im Gang der Geschichte ergeben sich unvermeidlich Widersprüche zwischen der absoluten, feststehenden „Wahrheit“ und der sich ständig verändernden lebendigen Wirklichkeit. Wenn wir bei den überkommenen Fortschrittsbegriffen bleiben, so zielt, bildlich gesprochen, die revolutionäre Entwicklungslinie nach „links“. Ganz links steht die Utopie der Endzeit, rechts davon „the dark and bloody ages“, nur durch ein paar Propheten sporadisch erhellt. In der Gegenwart der Politik, auf die der Marxist das gleiche Schema anwendet, erstreckt sich der Spannungsraum vom „rechten Opportunismus“ bis zum „linken Sektierertum“. Den Akzent setzt die momentane politische Zweckmäßigkeit. Es kann für den Praktiker der kommunistischen Linie erforderlich sein, sich irgendwelchen Gegebenheiten der Wirklichkeit anzupassen — das bedeutet dann, einen „Rechtskurs“ einschlagen. In einem solchen Fall hemmt allzuviel Dogmatismus. Diejenigen, die das Dogma dann über die momentane Notwendigkeit stellen, werden als „Linksabweichler“ kritisiert oder gar als „Linkssektierer“ verdammt. In dem Wort Sektierer liegt der Tadel, den Kontakt mit der Wirklichkeit der Geschichte verloren zu haben. Umgekehrt: setzt die Zentrale den Kurs auf revolutionäre Aktion, also nach „links“, so kommen die Dogmatiker zu Ehren, man glaubt die Wirklichkeit verändern zu können und alles was dann innerparteilich bremst, wird der „Rechtsabweichung“, des „Rechtsopportunismus“ und „Revisionismus“ bezichtigt.

Die Einstellung der Kommunisten zur nationalen Frage bewegt sich innerhalb dieser Begriffe. Von der Theorie her will man über die Nation hinaus, nach „links“, zur internationalen Klassensolidarität. Zu starke Betonung des nationalen Faktors trägt für den Kommunisten immer ein „opportunistisches“ Element in sich. Die Gefahr besteht, daß der linke Klassenkampf zugunsten einer „rechten“ nationalen Gemeinschaft zu kurz kommt; andererseits schließt ein „linkes“ internationalistisches „Voraus-eilen“ das Risiko ein, den Kontakt mit den Massen zu verlieren und im „nationalen Nihilismus“ zu enden. In der KPČ ergab sich ein prächtiges Beispiel für beide Abweichungen, wobei die Sudetendeutschen links, die Tschechen rechts standen, wie noch zu zeigen sein wird.

Ohne diese Grundbegriffe ist die Einstellung und Auseinandersetzung von Komintern und KPČ zur Frage der Deutschen in den Sudetenländern nicht verständlich, besonders da ich die Quellen weitgehend selbst sprechen lassen möchte, um ein polemisches Aneinandervorbeireden zu vermeiden.

Im Jahre 1913 verfaßte J. W. Stalin während seines Aufenthaltes in der

Österreich-Ungarischen Monarchie seine Schrift „Der Marxismus und die nationale Frage“. Stalin kämpft darin gegen die Auffassung des jüdischen Arbeiterbundes, der innerhalb der russischen Sozialisten eine nationale Autonomiepolitik betrieb und sich dabei auf die österreichische Sozialdemokratie berief. Bedeutsam ist diese Schrift für uns insofern, als in ihr

- a) gemäß der Marx'schen Auffassung der „proletarische Internationalismus“ herausgearbeitet wurde,
- b) Stalin die „rechten“ nationalen Schwächen des Austromarxismus untersucht hat,
- c) Stalin von allen Austromarxisten nur die sudetendeutsche Linke, wie sie sich in Reichenberg unter Josef Strasser entwickelte, gelten ließ, ja als vorbildlich hinstellte. (Aus ihr ging später die deutsche Sektion der KPC unter Karl Kreibich hervor.)

Bis 1896 bestand in Österreich noch eine einheitliche sozialdemokratische Partei. Mit diesem Jahr beginnt die Aufspaltung in Nationalitäten. Zuerst forderten die Tschechen auf dem Internationalen Kongreß in London eine eigene Vertretung. 1897 wird auf dem Wimberger Parteitag die einheitliche Partei formell liquidiert und an ihre Stelle ein föderativer Verband von sechs verschiedennationalen sozialdemokratischen Gruppen gesetzt. Aus den Gruppen werden in der Folge selbständige Parteien. Im Parlament bilden sich nationale Klubs. Auch die Gewerkschaften organisieren sich nach nationalen Gesichtspunkten.

„Dann kommen sogar die Genossenschaften an die Reihe, zu deren Zersplitterung die tschechischen Separatisten die Arbeiter auffordern. Wir wollen schon ganz davon schweigen, daß die separatistische Agitation das Solidaritätsgefühl der Arbeiter abschwächt und sie nicht selten auf den Weg des Streikbruchs treibt . . . Der Föderalismus in der österreichischen Partei hat zum Separatismus übelster Art, zur Zerstörung der Einheit der Arbeiterbewegung geführt.“<sup>1</sup>

Gegen den nationalistischen Zerfall nach rechts empfiehlt der junge Stalin den linken Internationalismus und die Zusammenfassung aller Arbeiter in einer straffen internationalistischen Partei. Die gleichen Ratschläge werden nach 1919 der sich formierenden KPC von Moskau gegeben werden. Stalin schreibt in seinem Werk:

„Das einzige Mittel dagegen ist die Organisierung nach den Grundsätzen der Internationalität. Lokale Zusammenfassung der Arbeiter aller Nationalitäten . . . zu einheitlichen und geschlossenen Kollektiven, Zusammenfassung dieser Kollektive zu einer einheitlichen Partei — das ist die Aufgabe. Es versteht sich von selbst, daß ein derartiger Aufbau der Partei eine weitgehende Autonomie der Gebiete innerhalb eines einheitlichen Parteiganzen nicht ausschließt, sondern voraussetzt.“<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Stalin, J. W.: Marxismus und nationale Frage. In: Ges. Werke. Bd. II. Berlin 1950, S. 311.

<sup>2</sup> Stalin, II, 311, 332.

Die Auseinandersetzung Stalins mit dem Austromarxismus ist nicht eine belanglose Episode, sondern besitzt geradezu symbolischen Charakter. Hier auf dem alten übernationalen Boden Österreichs wird zuerst die geschichtliche Frage des Verhältnisses von Nationalismus und Sozialismus in aller Schärfe gestellt. Der Prüfstand ist Böhmen. Auf dem Kongreß aller österreichischen Sozialisten in Brünn im Jahre 1899 entwickeln der Deutschböhme Seliger und der Tscheche Antonín Němec ein gemeinsames Programm des nationalen Ausgleichs, dessen Punkte sind:

„1. Österreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat. 2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, besorgt wird. 3. Sämtliche Selbstverwaltungskörper einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt. 4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt. 5. Wir anerkennen kein nationales Vorrecht, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine Vermittlungssprache nötig ist, wird ein Reichsparlament bestimmen.“<sup>3</sup>

Aber die Flut des Nationalismus ließ sich nicht kanalisieren. Von Jahrzehnt zu Jahrzehnt hatte sich die nationale Frage in Österreich verschärft. Sie drohte nicht nur den Staat zu sprengen, sondern auch die von der marxistischen Theorie geforderte proletarische Solidarität aller Nationalitäten aufzulösen. Die österreichischen Sozialisten unter der Führung von Otto Bauer und Karl Renner versuchten diese Entwicklung mit ihrer Theorie von der nationalen Selbstverwaltung und der „ökonomischen Unvermeidlichkeit des multinationalen Staates“ aufzufangen. Der Schritt von dieser Position bis zu einer Auffassung, die der Nation unabhängig von der Klasse Eigenwert beimißt oder sie gar überordnet, war nicht allzu weit. Der österreichische Sozialist Engelbert Pernerstorfer prägte den Satz: „Das Volk ist die Substanz, der Sozialismus die Form.“<sup>4</sup> Dagegen steht die spätere Formulierung der leninistisch-stalinistischen Nationalitätenpolitik: „Sozialistisch im Inhalt, national in der Form.“ Zwei grundverschiedene Akzentsetzungen, die einen Kreuzungspunkt der Entscheidung verkörpern. Der eine Weg führt nach rechts zum nationalen Sozialismus oder sozialistischen Nationalismus, der andere zum Marxschen Klasseninternationalismus, bei dem nur nationale Äußerlichkeiten gewahrt, vielleicht sogar gepflegt werden, ansonsten aber alles einem a-nationalen Zentralismus unterliegt. Daß allerdings die Wirklichkeit auch hier nicht immer mit der Theorie übereinstimmt, zeigt die Geschichte.

Stalin beruft sich nun in seiner Schrift auf die Ausführungen des Reichenberger Arbeiterführers Josef Strasser in „Der Arbeiter und die Nation“.<sup>5</sup> Strasser fragt hier:

<sup>3</sup> Jaksch, W.: Europas Weg nach Potsdam. Stuttgart 1958, S. 92.

<sup>4</sup> Pernerstorfer, E.: Zeitfragen. Wien 1917, S. 45.

<sup>5</sup> Strasser, J.: Der Arbeiter und die Nation. Reichenberg 1912.

„Was sollen wir in der Politik mit dem Nationalcharakter [Otto Bauers Nationsbegriff] anfangen? Es gilt nicht, der Nation eine Zensur zu erteilen, auf daß sie sich bessere, wir müssen ihr Entwicklungsgesetz suchen. Haben wir dieses gefunden, so wissen wir, daß die Nationen . . . gesellschaftliche Erscheinungen sind, daß sie in der bürgerlichen Gesellschaft verschiedene Wandlungen durchgemacht haben und den Kapitalismus in ihrer heutigen Gestalt nicht überdauern werden . . . Die Nation muß sich weiterentwickeln. Man mag sich nun diese Entwicklung vorstellen wie Otto Bauer, der glaubt, daß sich die Nationen in der sozialistischen Gesellschaft erst recht differenzieren werden, oder mit anderen Sozialisten annehmen, daß der Kollektivismus uns die Einheitssprache bringen wird: in jedem Fall nehmen wir an, daß die sozialistische Produktionsweise die Nationen verändern wird, daß sich die künftige Menschheit auch national von der heutigen ebenso sehr unterscheiden wird wie der Kollektivismus vom Kapitalismus. Und wir arbeiten . . . bewußt und mit Absicht an der Veränderung der Nation.“<sup>6</sup>

Diese marxistische Vorstellung von der Klassenbedingtheit der Nation, der Stalin Beifall zollte, wurde mit dem Sieg der revolutionären Internationalisten unter der Führung Lenins in Rußland Teil der theoretischen Grundlage aller kommunistischen Parteien.

Die Zweite Internationale scheiterte an der nationalen Frage. Als der Erste Weltkrieg ausbrach, zerfiel das Übergebäude der Klassensolidarität wie ein Kartenhaus. Die Nationen griffen gegeneinander zu den Waffen und die Sozialisten, die in den Parlamenten saßen, bewilligten die Kriegskredite anstatt solidarisch den Generalstreik auszurufen.

Nun aber entstand in den russischen Bolschewiki ein anderer Typ des internationalen Sozialisten. Er ordnete alle nationalen Fragen rigoros zunächst dem Dogma des internationalen Klassenkampfes unter und später dann den Interessen seines eigenen Machtzentrums, die man mit dem Fortschritt der internationalen Weltrevolution gleichsetzte. Er war so in der Lage, je nach Bedarf die uneingeschränkte und bedingungslose Selbstbestimmung der Völker bis zur Lostrennung von den bestehenden Staatsverbänden zu fordern oder auch die Nation als bürgerliches Überbleibsel völlig zu negieren. So kann der gleiche Stalin aussprechen: „Recht auf Selbstbestimmung, das heißt: Nur die Nation selbst hat das Recht über ihr Schicksal zu bestimmen; niemand hat das Recht sich in das Leben einer Nation gewaltsam einzumischen, ihre Schulen und sonstigen Einrichtungen zu zerstören, ihre Sitten und Gebräuche umzustößen, ihre Sprache zu knebeln, ihre Rechte zu schmälern.“<sup>7</sup> und: „Es gibt Fälle, wo das Selbstbestimmungsrecht in Widerspruch zu einem höheren Recht gerät, dem Recht der zur Macht gekommenen Arbeiterklasse auf Festigung ihrer Macht. In solchen Fällen — das muß man offen aussprechen — kann und darf das Selbstbestimmungsrecht nicht zum Hindernis zur Verwirklichung des Rechts der Arbeiterklasse auf ihre Diktatur

<sup>6</sup> Stalin II, 281.

<sup>7</sup> Stalin II, 283.

werden.“<sup>8</sup> und weiter: „All dies weist auf die Notwendigkeit hin, das Prinzip der Selbstbestimmung nicht als ein Recht der Bourgeoisie, sondern als Recht der werktätigen Massen der gegebenen Nation auf Selbstbestimmung auszulegen. Das Prinzip der Selbstbestimmung muß ein Mittel im Kampf für den Sozialismus sein.“<sup>9</sup>

Die marxistische Konsequenz ist auf Seiten der Bolschewiken. Gegenüber der „Klasse“ und ihrem revolutionären Weg zur Macht, gegenüber ihrer machtpolitischen „Avantgarde“ existieren keine selbständigen Wertordnungen mehr. Alles kann benützt und alles kann aufgehoben werden. Da man glaubt, damit das Entwicklungsgesetz der Geschichte zu kennen und zu erfüllen, ergibt sich eine neue Moral, die alle anderen Moralgesetze aufhebt und nach der alles gut und erlaubt ist, was diese Entwicklung fördert, alles böse und verbrecherisch, was ihr entgegensteht.

Durch Lenins Sieg strömt die unverbrauchte russische Glaubenskraft in diese aus der technischen Revolution West- und Mitteleuropas entstandene Theorie ein. Was Zeitanalyse und Zukunftsvision war, wird nun zu einer geschichtlichen, sich selbst bewegenden Tatsache und verändert, ob wahr oder falsch, im Gelingen und Versagen unsere ganze Welt mit.

#### *Die konkrete geschichtliche Ausgangslage*

Am Ausgang des Ersten Weltkrieges, mit welcher Zeit unsere Fragestellung beginnt, schienen alle Voraussetzungen für die Erfüllung der marxistischen Geschichtsvorstellungen gegeben. Die Mittelmächte hatten den Krieg verloren. Die Formen der alten Ordnung zerfielen. Im österreichischen Raum zerbarst das ganze Staatsgebäude. Die hungernden Massen der Arbeiter und Soldaten riefen nach der Revolution. Aber nicht im hochindustrialisierten Mitteleuropa kam es zur „Expropriation der Expropriateure“, wie es die Theorie verlangt hätte, sondern im agrarischen Rußland ergriff eine kleine Schicht von Berufsrevolutionären die Macht. Dieser erste Widerspruch der wirklichen geschichtlichen Entwicklung der marxistischen Geschichtstheorie gegenüber war den russischen Kommunisten selbst nicht geheuer. Der eigene Erfolg widersprach dem Dogma. Dauern konnte er also nur, wenn die Revolution die großen zentraleuropäischen Industriestaaten ergreifen würde. In diesem Sinne sah man sich ursprünglich nur als Initialzündung. Am 7. März 1918 sagte Lenin auf dem VII. Parteitag der KPdSU:

„Wenn wir, die bolschewistische Partei, allein das ganze Werk in unsere Hände genommen haben, so haben wir das in der Überzeugung getan, daß die Revolution in allen Ländern heranreift, daß die internationale sozialistische Revolution letzten Endes — und nicht gleich zu Anbeginn — ausbrechen wird, trotz aller Schwierigkeiten, die wir durchmachen werden, trotz aller Niederlagen, die uns beschieden sein werden — die internationale so-

<sup>8</sup> Stalin V, 232.

<sup>9</sup> Stalin IV, 27.

zialistische Revolution marschiert; denn sie reift und wird völlig ausreifen. Unsere Rettung aus all diesen Schwierigkeiten — das wiederhole ich nochmals — ist die Revolution in ganz Europa.“<sup>10</sup>

Auf Grund der zu Beginn des Weltkrieges offen zutage tretenden Handlungsunfähigkeit der Zweiten Internationale, gingen nun die Revolutionäre in Moskau daran, nahezu als erstes eine neue Internationale zu gründen, die die Fehler der Zweiten vermeiden und zur notwendigen revolutionären Aktion schreiten sollte. Sie sollte eine handlungsfähige Spitze bekommen und eine internationalistische, klassenkämpferische, zentralistisch geführte und disziplinierte Weltpartei sein. Am 2. März 1919 fand in Moskau der I. Weltkongreß statt, auf dem die Gründung der Komintern beschlossen wurde. Es wurde sofort ein Exekutivkomitee geschaffen, um unverzüglich die Arbeit aufzunehmen. Die Delegierten dachten dabei an Berlin als künftigen Sitz der Exekutive der Komintern. „Nur vorläufig — bis zur Errichtung der deutschen Räterepublik — wurde Moskau zum Sitz des Exekutivorgans der Komintern bestimmt.“<sup>11</sup> Die ganze Hoffnung der neuen Internationale und Moskaus selbst ruhte auf der Revolutionierung Zentraleuropas, des geschlagenen Deutschland und des zerfallenen Österreich-Ungarn.

Aber wiederum folgte die geschichtliche Entwicklung nicht der Theorie. Alle kommunistisch-revolutionären Ansätze in Zentraleuropa scheiterten. Die Niederlage von 1918 und der darauf folgende Diktatfriede hatten die Deutschen in ihrem Selbstgefühl gefährlich aber nicht tödlich verletzt. Die Heilung dieser Wunde begannen sie immer stärker und entschiedener in der Selbstvergötzung der Nation und im Aufstand gegen die fremdnationale Umwelt zu suchen. In Rußland läßt sich gleichzeitig genau der Weg verfolgen, der mit der Erwartung der internationalen Revolution in Mitteleuropa beginnt und 1925 enttäuscht in die Stalinsche Forderung und Theorie vom „Sozialismus in einem Land“ mündet. Noch auf dem III. Weltkongreß der Komintern hatte Lenin erklärt:

„Als wir seinerzeit die Revolution begannen, taten wir es nicht in dem Glauben, daß wir der Entwicklung der Revolution vorgreifen könnten, sondern deshalb weil eine ganze Reihe von Umständen uns veranlaßte, diese Revolution zu beginnen. Wir dachten: Entweder kommt uns die internationale Revolution zu Hilfe, dann ist unser Sieg ganz sicher, oder wir machen unsere bescheidene revolutionäre Arbeit in dem Bewußtsein, daß wir im Falle einer Niederlage immerhin der Revolution nützen, daß unsere Erfahrungen den anderen Revolutionen von Nutzen sein werden. Es war uns klar, daß ohne die Unterstützung der internationalen Weltrevolution der Sieg der proletarischen Revolution unmöglich ist. Vor der Revolution und auch nachher dachten wir: Entweder gleich oder wenigstens sehr schnell kommt die Revolution in den übrigen Ländern, in den kapitalistisch entwickelten Ländern, oder aber wir müssen zugrundegehen.“<sup>12</sup>

<sup>10</sup> Lenin, W. I.: Ausgewählte Werke. Bd. 2. Berlin 1952, S. 337.

<sup>11</sup> Die Kommunistische Internationale. Nr. 1/1919, S. 38.

<sup>12</sup> Lenin, W. I.: Sämtliche Werke. Moskau 1940, S. 557.

Auf dem XIV. Parteitag der KPdSU im Dezember 1925 verlangte nun der dem realen Machtdenken mehr als der Theorie verpflichtete Stalin, daß die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem Proletariat des Westens von Grund auf geändert werden müßten: „Die Arbeiterklasse Europas hat die moralische Verantwortung, unseren Staat gegen den Kapitalismus, unsere Interessen gegen den Imperialismus zu verteidigen.“<sup>13</sup> Damit wurde an die kommunistischen Parteien Mitteleuropas ein anderer Maßstab angelegt. Während bis dahin die aus der Situation sich ergebenden revolutionären Erfordernisse als Richtschnur galten, wurde nun das Interesse eines Staates mit dem Fortschritt der Weltrevolution gleichgesetzt. 1927 erklärte Stalin ganz offen, daß ein Internationalist sei, wer vorbehaltlos, ohne zu schwanken und ohne Bedingungen zu stellen, bereit sei, die UdSSR zu schützen<sup>14</sup>.

Die Einstellung der Komintern zur Frage der Deutschen der Sudetenländer hängt damit in erster Linie davon ab, welche negative oder positive Rolle der tschechoslowakische Staat innerhalb der weltrevolutionären Hoffnungen oder machtpolitischen Kalkulationen Moskaus übernimmt. Weiter natürlich von der Entwicklung der revolutionären Situation im benachbarten Deutschland und von der deutschen Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion. Schließlich von den Chancen, die man der KPČ gibt, bei den Deutschen und Tschechen der böhmischen Länder Fuß zu fassen.

Für die KPČ lag das Problem noch komplizierter. Die tschechoslowakische kommunistische Partei hinkte mit ihrer Gründung fast drei Jahre hinter den anderen mitteleuropäischen Parteien her. Eine der Hauptursachen war schon damals, daß man in der nationalen Frage (d. h. der deutsch-tschechischen) schwer zusammenfinden konnte. Die Schuld hatten eindeutig die tschechischen Kommunisten. Sie fürchteten, durch eine Vereinigung mit den sudetendeutschen Kommunisten in einer einheitlichen zentralistischen Partei, wie Moskau sie nach den Statuten der Komintern forderte, ihre Massenbasis bei den tschechischen Arbeitern zu verlieren, die den neuen Staat — ebenso wie das tschechische Bürgertum — als naße Republika ansahen. Die unter der Führung von Kreibich stehenden sudetendeutschen Kommunisten tendierten hingegen sehr weit nach „links“. Unter dem Eindruck der unfruchtbaren Nationalitätenkämpfe der Vergangenheit vertraten sie die marxistische Auffassung von der Klasse, die über der Nation steht, orthodox und mit äußerster Strenge. Im revolutionären Moskau der ersten zwanziger Jahre schätzte man sie mehr als die Tschechen und Lenin selbst hat auf dem III. Kongreß der Komintern vom 22. Juni bis 12. Juli 1921 in Moskau versucht, den tschechischen und sudetendeutschen Parteiführer entsprechend zu korrigieren. Lenin riet Kreibich, der das nationale Moment unterschätzte, einen Schritt nach „rechts“ zu gehen, dem tschechischen Parteiführer Šmeral hingegen, der in seiner Politik zu sehr auf die tschechischen nationalen Vorstellungen Rücksicht nahm, „drei Schritte nach links.“<sup>15</sup>

<sup>13</sup> Stalin VII, 247.

<sup>14</sup> Stalin X, 45.

<sup>15</sup> Gajan: Přispěvek ke vzniku KSČ [Beitrag zur Entstehung der KPČ]. Prag 1954, S. 220.

Grundsätzlich konnten die Sudetendeutschen bis in das Jahr 1933 — d.h. bis zu Hitlers Machtergreifung in Deutschland — damit rechnen, daß Moskau und damit die kommunistische Politik in ihren verschiedenen Formen ihren Forderungen positiv gegenüberstand. In diesem Zusammenhang darf man auch daran erinnern, daß die tschechoslowakische Regierung nach 1918 das antibolschewistische Argument gegen die Sudetendeutschen verwendete, um sich von den Alliierten die Herrschaft über die deutschen Gebiete der böhmischen Länder zu sichern und garantieren zu lassen. So berichtet Beneš:

„Ich legte Minister Pichon und den anderen Regierungen ein Memorandum vor, worin ich mich auf unsere Rechtsstellung als anerkannter verbündeter Staat mit historischen Grenzen und auf unsere Zusammenarbeit im Krieg berief. Ich wies darauf hin, daß rings um uns in Deutschland, Wien und Ungarn, der Bolschewismus drohe, daß wir in dem Willen, uns wirtschaftlich und finanziell rasch zu konsolidieren, eine Währungsreform vorbereiteten, bei der alle unsere Pläne durch die Tatsache gestört würden, daß bisher nicht wenigstens vorläufige Grenzen bestimmt seien. Es sei daher bedingungslos nötig, dem ein Ende zu machen und uns wenigstens zunächst unsere historischen Grenzen zu bestätigen . . . Davon hänge die Ordnung und Ruhe rings um uns in Mitteleuropa ab.“<sup>16</sup>

Das gleiche Argument kehrt im März 1919 wieder, als die tschechoslowakische Regierung versucht, den sudetendeutschen Ruf nach Selbstbestimmung vom 4. März in der Note vom 8. März an die französische Regierung und an die Alliierten als bolschewistischen Umsturzversuch hinzustellen<sup>17</sup>.

### *Die ursprünglichen Stellungnahmen der KPČ zur nationalen Frage in Böhmen*

*Deutsche „Dogmatiker“ und tschechische „Praktiker“.* Aus der Entstehungsgeschichte der KPČ ergibt sich ihre Grundeinstellung zur nationalen Frage in den böhmischen Ländern. Die Wirklichkeit der Nationalitätenkämpfe hatte Theorie und Praxis der sozialistischen Politik schon im alten Österreich tiefgehend beeinflußt. Bei Tschechen wie bei Deutschen war die nationalistische Komponente jeder Politik im Wachsen begriffen. Nun schien mit der Gründung der ersten Republik der Nationalismus des einen Volkes an sein Ziel gekommen zu sein. Es gab kaum einen Tschechen, der zu diesem Zeitpunkt nicht die Schaffung des tschechoslowakischen Staates bejaht hätte. Eine Partei, die dieser Grundströmung der Massen nicht Rechnung getragen hätte, würde sich zweifellos selbst zu einer einflußlosen Sekte degradiert haben. Man empfand diesen Staat ausschließlich als Nationalstaat, wenn auch die Basis die Fiktion der einheitlichen „tschechoslowakischen“ Nation war. Die anderen Nationalitäten waren jedenfalls nur geduldete Minderheiten.

<sup>16</sup> B o n s a l, St.: *Suitors and Suppliants — The little Nations at Versailles*. New York 1946, S. 685.

<sup>17</sup> R a b l, K.: *Das Ringen um das sudetendeutsche Selbstbestimmungsrecht 1918/19*. München 1958, S. 66, 67.

Als diese Republik entstand, machte sich der erneute Ruck nach rechts auch bei der tschechischen Sozialdemokratie bemerkbar. Sie verließ die bisherige Parteilinie, die eine Kollaboration mit den bürgerlichen Parteien ausschloß und trat ins Kabinett ein. Ein Parteikongreß wurde für den 27. Dezember 1918 einberufen, um die Rolle der Partei in der neuen Republik festzulegen. Das Programm der Sozialdemokratie war dabei in erster Linie die „Sicherung der Republik“ und eine „Evolution zum Sozialismus durch Demokratie“ — d. h. durch die westlich-parlamentarische Demokratie. Der linke Flügel der Partei, aus dem später die tschechische Sektion der KPČ entstehen sollte, bewegte sich weiter in den alten orthodoxen Bahnen der Sozialdemokratie. Er proklamierte nicht etwa die Revolution, aber er drängte darauf, daß die Partei die gesamt-nationale Koalitionspolitik verlassen und zu einer „sozialistischen-proletarischen“ Politik zurückkehren sollte. Die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei waren zwar hart und erbittert, aber auch die „Linke“ entfernte sich kaum einen halben Schritt von der nationalistischen Stimmung der Massen. Wenn sie die Akzente anders setzte als der rechte Parteiflügel, so wollte sie doch nicht ohne jede Rücksicht auf die Gegebenheiten eine revolutionäre Theorie verwirklichen, sondern vielmehr die Masse der Parteianhänger langsam auf ihre Seite ziehen. Zwei Jahre lang zögerte die „Rechte“, die „Linke“ aus der Partei zu vertreiben, und die „Linke“, die Partei aufzuspalten. Diese vorsichtige Praxis machte sich für die Kommunisten bezahlt. Als es schließlich doch zum Bruch kam (der Kampf um das Parteivermögen war dabei bestimmender als Theorien), ging die Mehrheit des Parteivolkes mit der „Linken“. Auf diesem Weg wurde die später daraus entstehende KPČ zu einer der mitgliedstärksten kommunistischen Parteien Europas, aber gleichzeitig auch zu einer an revolutionärem Elan schwächsten Sektion der Kommunistischen Internationale. Denn die „Voraussetzungen unter denen die Massen der ‚Linken‘ Gefolgschaft leisteten, waren nicht die des revolutionären Kommunismus. Es waren vielmehr die traditionellen orthodoxen sozialdemokratischen Grundlagen, von denen die ‚Rechte‘ anscheinend unter den neuen Bedingungen abgewichen war.“<sup>18</sup> „Aber auch die ‚Linke‘ wies auf die ‚Einzigartigkeit der tschechoslowakischen Situation‘ hin und rechtfertigte einen evolutionären, konstitutionellen Zugang zur Erfüllung der Forderungen der Arbeiter. Dieser weiche ‚Ausnahme-Weg‘ charakterisierte in der Folge auch die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei für mehrere Jahre.“<sup>19</sup> Vom Standpunkt der Moskauer Zentrale der Weltrevolution und der Erfordernisse eines echten bolschewistischen Kampfes machte sich die KPČ also von Anfang an einer „Rechtsabweichung“ schuldig.

Anders verlief die Entwicklung auf dem sudetendeutschen Sektor. Man hält Karl Kreibich immer wieder ein Wort vor, das er am 8. Dezember 1918

<sup>18</sup> Zinner, P. E.: *The Strategy and Tactics of the Czechoslovak Communist Party*. Harvard Univ. 1953. Übersetzung des Sudetendeutschen Archivs S. 8.

<sup>19</sup> Zinner: *Strategy* 5. — Vgl. Zinner: *Communist Strategy and Tactics in Czechoslovakia 1918—48*. New York 1963, S. 27.

gesprochen hat und das ganz im Einklang mit dem schärfsten sudetendeutschen Nationalismus zu sein scheint:

„Am Tage, da tschechoslowakische Truppen in unsere Stadt (Reichenberg) einziehen, darf in keiner Fabrik, in keiner Werkstatt gearbeitet werden, darf kein Haustor offen stehen, an diesem Tag darf kein Gasthaus, kein Geschäft geöffnet sein, darf kein Straßenbahnwagen und kein Fuhrwerk fahren, kein Eisenbahnzug verkehren. Die Tschechen müssen das Gefühl haben, als ob sie in eine tote, eine ausgestorbene Stadt kämen. Wir werden alles tun, um gegen die Gewalt zu protestieren und unser Recht zu wahren. Und nur im äußersten Falle, wenn es nicht anders gehen sollte unser Recht auf Selbstbestimmung zu wahren, werden wir zur Gewalt greifen. Wenn es nicht anders geht: haben wir drei oder vier Jahre den Krieg ausgehalten, auf den Schneebergen Tirols, in den Karpathen, an der Piave und auf den Sieben Gemeinden, um nichts und wieder nichts, so werden wir ihn auch auf dem Jeschken aushalten und auf dem Jabernitzer Berg.“<sup>20</sup>

Kreibich mag so angesichts des tschechischen Gewaltaktes der militärischen Besetzung der deutschen Gebiete gesprochen haben, mußte er doch in den tschechischen Soldaten die Handlanger des Imperialismus sehen. Aber man darf ihn auch zu dieser Zeit keineswegs als einen sudetendeutschen nationalen Sozialisten einschätzen. Er entstammte der von Josef Strasser geschulden Reichenberger Linken, die man als eine orthodox-marxistische Oppositionsgruppe innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie ansehen konnte. Für Kreibich galt allein der Klassenstandpunkt. Seit dem Jahre 1906 arbeitete er eng mit Strasser in der Redaktion des „Freigeist“ (Vorgänger des kommunistischen „Vorwärts“) zusammen. Bei Ausbruch des Krieges hatte er als einer der wenigen Sozialdemokraten in aller Welt gegen den „imperialistischen“ Krieg protestiert<sup>21</sup>. Kurz vor seinem Abgang an die Front veröffentlichte er in der Reichenberger Tagespost am 6. Juli 1915 anlässlich des 500. Jahrestages der Verbrennung des Jan Hus einen Hus-Artikel. Selbst die tschechische Presse traute sich damals nicht, den Reformator offen zu verherrlichen. Hus-Feiern waren verboten. Was Kreibich in Hus sah, machte eine kleine Schrift deutlich, die er 1920 in Reichenberg herausbrachte: „Tabor — eine Halbjahrtausendfeier des Kommunismus“. In den Taboriten, christlichen Apokalyptikern, die mit Feuer und Schwert und der Verneinung aller Unterschiede dieser Welt den Anbruch der Endzeit herbeiführen wollten, glaubte er die Vorläufer des proletarischen Sozialismus zu erkennen. Die innere Verwandtschaft läßt sich umso weniger leugnen, wenn man berücksichtigt, daß die marxistische Geschichtsauffassung im Kern das säkularisierte christliche Heilsschema ist. Kreibich versuchte nun mit einigem Recht, den internationalen Charakter der Hussitenbewegung herauszuarbeiten, und wies

<sup>20</sup> Sudetendeutsche Landsmannschaft: Was Prag verschweigt. München 1960, S. 9.

<sup>21</sup> Feyl, O.: Die böhmendeutsche Linke um den Reichenberger ‚Vorwärts‘ und ihre Vorarbeit für die Entstehung der Kommunistischen Partei der CSR. Wiss. Zeitschrift der Fr. Schiller Univ. 7 (Jena 1957/58) 535.

darauf hin, daß die Schrift „vor allem die deutschen Arbeiter der Tschechoslowakischen Republik mit dem für uns wichtigsten Abschnitt der Geschichte des tschechischen Volkes bekanntmachen und zur Annäherung des Proletariats beider Nationen beitragen soll.“<sup>22</sup>

Der Standpunkt Kreibichs scheint genügend erhellt. Er war Marxist und Internationalist. Wichtig war ihm die Aktionsgemeinschaft der deutschen und tschechischen Proletarier zur Revolutionierung des Staates, keinesfalls aber der Streit der tschechischen und sudetendeutschen völkischen Organismen. Wenngleich auch die Reichenberger Linke in den turbulenten Umsturzeiten bis zum Teplitzer Parteitag der sudetendeutschen Sozialdemokratie (Sept. 1919) für den Anschluß der deutschen Gebiete an Deutschland und gegen das Verbleiben bei der ČSR eintrat, so rückte das nationale Moment doch rasch wieder in den Hintergrund und wurde der Klassenkampftheorie und der proletarischen Solidarität mit dem tschechischen Arbeiter untergeordnet.

*Die Auseinandersetzung um die Gründung einer alle Nationalitäten umfassenden zentralistischen KPČ.* Da die Tschechoslowakei innerhalb des revolutionär aufgewühlten Mitteleuropa eine kapitalistische Barriere bildete, erschien es der Komintern besonders wichtig, auf dem Boden dieses Staates eine internationalistische, zentralistisch geführte, das Proletariat aller Nationalitäten umfassende kommunistische Partei zu haben. Moskau stieß dabei auf den Widerstand der Tschechen. Dies aus zwei Gründen: Die tschechische „Linke“ hatte peinlichst vermieden, sich von der Sozialdemokratischen Partei abzuspalten. Ihr ging es um die Masse der Parteianhänger, die man nicht mit der Neugründung einer „kommunistischen“ Partei abschrecken wollte. Sie nannte sich deshalb nur „Marxistische Linke“ und erklärte: „Die Marxistische Linke konstituierte sich als vorübergehendes Gebilde innerhalb der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die ursprünglich auf den Grundsätzen der Marxschen Lehre aufgebaut worden war, zu dem Zweck, diese Grundsätze in der Theorie und Praxis der Partei wieder durchzusetzen.“<sup>23</sup> Formal bekannte sich die Marxistische Linke wohl zur Dritten Internationale, aber von einem ordentlichen Beitritt und der Annahme der 21 Bedingungen war zunächst keine Rede.

Wenn also der erste Grund des Widerstandes gegen die Moskauer Forderungen die Weigerung war, mit der reformistischen Sozialdemokratie zu brechen (aus Furcht, die Massenbasis zu verlieren), so schien die Errichtung einer internationalen, die Angehörigen auch der nichtslawischen Nationalitäten des Staates umfassenden Partei der tschechischen Marxistischen Linken zu diesem Zeitpunkt des nationalen Sieges und Überschwanges völlig unannehmbar. Der Führer der Linken, B. Šmeral, erklärte, „daß für die nächste Zeitperiode die Schaffung einer einheitlichen, internationalistischen kommu-

<sup>22</sup> Kreibich, K.: Tabor — Eine Halbjahrtausendfeier des Kommunismus. Reichenberg 1920, S. 4.

<sup>23</sup> Veselý, J.: Entstehung und Gründung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Berlin 1955, S. 110.

nistischen Partei noch nicht möglich sei, daß man sich vorläufig damit werde begnügen müssen, einen gemeinsamen Überbau in Form gemeinsamer Aktionsausschüsse zu schaffen, ohne aber eine Verschmelzung der Organisationen durchzuführen . . . daß das Mißtrauen der Arbeiterklasse der verschiedenen im tschechoslowakischen Staat befindlichen Nationalitäten nicht auf einmal überwunden werden könne und es unter diesen Umständen unklug wäre, eine einzige Partei zu schaffen.“<sup>24</sup>

Die Komintern mußte mehrere Male direkt und sehr massiv eingreifen, bis sich die Tschechen zur Einheit mit ihren sudetendeutschen Genossen bereitfanden. Vor dem 10. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands griff Sinoviev als führender Funktionär der Komintern den tschechischen Parteiführer frontal an und wies darauf hin, daß „eine kommunistische Partei in der Tschechoslowakei notfalls auch ohne ihn gegründet werden müsse.“<sup>25</sup> Vor der Eröffnung des Kongresses sandte das Exekutivkomitee der Komintern einen scharfen Brief an die tschechischen Genossen; darin stand: „Wenn diese Elemente [die Führung der tschechischen Linken] bis jetzt Mangel an Mut hatten, um sich offen der Dritten Internationale anzuschließen — wobei sie ihre Tätigkeit mit den nationalistischen Gefühlen der Arbeiter entschuldigen, wenn sie nicht wagen sich offen mit den deutschen Arbeitern zu vereinigen, dann ist klar, daß sie ungeeignet sind, den Kampf mit der tschechischen Bourgeoisie zu führen. . . . Die Zeit für halbe Maßnahmen ist vorbei, wer zögert . . . ist ein Gegenrevolutionär.“<sup>26</sup>

Beim III. Kongreß der Komintern in Moskau (vom 22. Juni bis 12. Juli 1921) war die Tschechoslowakei auf Grund dieser Schwierigkeiten nicht durch eine einheitliche Partei vertreten, sondern durch: die „Kommunistische Partei Deutschböhmens“, die „Marxistische Linke der Tschechischen Sozialisten“, die „Sozialistische Partei der Slowakei“ und die „Internationalistische Sozialistische Partei der Ruthenischen Bevölkerung“.<sup>26</sup> Wiederum drängte die Komintern darauf, daß sich alle in einer einzigen Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei vereinigen sollten. Schließlich griff Lenin selbst ein und unterstrich, daß „die Tschechen ein allzu großes Verlangen hätten, Opfer zu vermeiden und somit ganz und gar der Revolution zu entsagen.“<sup>27</sup> Lenins Vorstoß brach den Widerstand der tschechischen Genossen. Im Oktober 1921 wurde ein „Vereinigungskongreß“ abgehalten, auf dem die KPČ — Tschechen, Slowaken, Sudetendeutsche, Ungarn, Polen und Ukrainer einschließend — entstand.

Wie verhielt sich die sudetendeutsche Linke in dieser Entwicklung? Am 9. Mai 1920 veranstaltete sie in Reichenberg eine Konferenz, auf der die taktischen Richtlinien festgelegt wurden. „Diese Richtlinien hatten ein volles und uneingeschränktes Bekenntnis zu den Grundsätzen der Dritten Interna-

<sup>24</sup> Zinner: Strategy 12. — Vgl. Zinner: Communist Strategy 31.

<sup>25</sup> Zinner: Strategy 16, 18. — Vgl. Zinner: Communist Strategy 34.

<sup>26</sup> Zinner: Strategy 18. — Vgl. Zinner: Communist Strategy 35.

<sup>27</sup> Zinner: Strategy 19. — Vgl. Zinner: Communist Strategy 35.

tionale zum Inhalt.“<sup>28</sup> Durch ein Aktionsprogramm ergänzt, wurden sie dem Karlsbader Parteitag vom 3. bis 7. Oktober 1920 vorgelegt. Zunächst wurde auch hier ein Kompromiß geschlossen, dahingehend, daß beide Richtungen innerhalb der Partei für ihre Auffassungen wirken könnten. In der Praxis aber war dieser Karlsbader Kompromiß nicht haltbar. Nach etlichen Auseinandersetzungen forderte die Reichenberger Parteivertretung am 18. Dezember die Einberufung eines außerordentlichen Parteitags. Die Forderung wurde auf einer Konferenz, die die sudetendeutsche Linke am 9. und 10. Januar 1921 nach Reichenberg einberufen hatte, wiederholt. Auf dieser Konferenz wurde bereits die provisorische Leitung der „deutschen kommunistischen Bewegung“ bestimmt<sup>29</sup>. Am 17. Januar schloß daraufhin die Partei die Reichenberger Opposition aus. Am 30. Januar tagte in Reichenberg die außerordentliche Kreiskonferenz. Sie forderte die sofortige Einberufung eines kommunistischen Parteitags. Am 12. März 1921 wurde sodann in Reichenberg der erste kommunistische Parteitag eröffnet. Er beschloß einstimmig die Annahme der 21 Punkte der Komintern und den „bedingungslosen Anschluß an die Dritte Internationale.“<sup>30</sup> Die Partei nannte sich „Kommunistische Partei der Tschechoslowakei, Sektion der Dritten Internationale, deutsche Abteilung“. In der Periode, die der Vereinigung der tschechischen, deutschen, ungarischen, slowakischen, polnischen und ukrainischen Kommunisten vorausging, „trat für eine gewisse Zeit die deutsche Bewegung an die Spitze.“<sup>31</sup> Die Grußbotschaft der Komintern betonte, daß „der provisorische Charakter der neuen deutschen Partei nichts an ihrem geschichtlichen Verdienst als unbezwingbare, zielbewußte Avantgarde ändert . . .“<sup>32</sup>

Nicht zuletzt also mit Hilfe der sudetendeutschen Kommunisten erreichte die Komintern dann am 30. Oktober des gleichen Jahres ihr Ziel: die Gründung einer internationalen vereinigten Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Auf diesem Vereinigungskongreß sprachen der tschechische Parteiführer Šmeral und der sudetendeutsche Kreibich. Šmeral betonte nochmals „die Notwendigkeit, sich den Massen nicht zu entfremden, eine Massenpartei zu bleiben und als Massenpartei zu wachsen.“<sup>33</sup> Kreibich hingegen hob den internationalen revolutionären Charakter der Partei hervor. In seinen Worten kam der erstmalige Sieg des Leninismus über den Austromarxismus und seine nationale Aufgliederung der Parteien zum Ausdruck<sup>34</sup>. Er „gedachte der Zeiten, als in Österreich eine einheitliche marxistische Partei ohne nationale Unterschiede bestand. Er betonte dabei, daß es die Schuld der verräterischen rechten Führer war, die der Bourgeoisie dienten, wenn später der Grundsatz

<sup>28</sup> Neurath, A.: Die Weltrevolution und das Proletariat der Tschechoslowakei. Vorwärts-Jahrbuch für die arbeitende Bevölkerung 2 (Reichenberg 1922) 37—41.

<sup>29</sup> Neurath 37—41.

<sup>30</sup> Neurath 37—41.

<sup>31</sup> Neurath 37—41.

<sup>32</sup> Feyl 543.

<sup>33</sup> Veselý 119.

<sup>34</sup> Feyl 543.

einer einheitlichen Partei der Arbeiterklasse ohne Rücksicht auf die Nationalität fallengelassen wurde.“<sup>35</sup>

Das Exekutivkomitee der Komintern begrüßte diesen Parteitag der Vereinigung mit den hoffnungsvollen Worten: „Mit größter Freude begrüßt das Exekutivkomitee der Dritten Internationale aus Anlaß dieses Parteitages, auf dem die revolutionären tschechischen, slowakischen, deutschen, ungarischen, polnischen und karpathoukrainischen Arbeiter versammelt sind, die Vereinigung aller kommunistischen Parteien der Tschechoslowakei. Es ist dies der erste und wichtigste Schritt zur Gründung der unverbrüchlichen proletarischen Einheitsfront gegen den Nationalismus. . . . Ihr seid in den Reihen des übrigen europäischen Proletariats in Hinblick auf die Lage eures Landes . . . die Vorhut der großen revolutionären Armee . . .“<sup>36</sup>

In der Tat war die KPČ außerhalb Rußlands eine der stärksten Parteien der Komintern. In ihren besten Zeiten zählte sie mehr als 300.000 Mitglieder, darunter mehr als 40.000 Sudetendeutsche. Darüberhinaus besaß dieses Land für Moskau eine Schlüsselposition, lag es doch zwischen Polen und Ungarn, die beide nach revolutionären Wirren wieder ein kommunistenfeindliches Regime bekommen hatten, und bildete Hindernis oder Brücke zwischen dem am Rande des Umsturzes stehenden Deutschland und Österreich. Die Revolutionierung der Tschechoslowakei hätte die Lage in ganz Mitteleuropa verändern und die Hoffnungen der Internationale, wie man sie ursprünglich hegte, erfüllen können. Die sudetendeutschen Kommunisten erkannten diese Aufgabe wohl. Schon auf dem Reichenberger Parteitag führte Kreibich aus: „Unsere Aufgabe, unsere Pflicht ist es, die Brücke zu sein zwischem dem deutschen und dem tschechoslowakischen Proletariat. Unsere Aufgabe ist es, alles daranzusetzen, um das Bündnis des deutschen und tschechoslowakischen Proletariats zustande zu bringen zum gemeinsamen Kampf für die proletarische Revolution. Wenn uns das gelingt, dann Parteigenossen, hat die letzte Stunde des Kapitalismus in Europa geschlagen.“<sup>37</sup> Aber zwischem dem „Bündnis des deutschen und tschechoslowakischen Proletariats“ stand die ungelöste nationale Frage der Deutschen der böhmischen Länder. Wie antwortete die KPČ in ihren Anfängen darauf?

*Der Klassenstandpunkt der Kommunisten zur nationalen Frage.* Es war ein unlösbares Problem. Denn, wie konnte sich das deutsche und tschechische Volk verbünden, wenn über drei Millionen Sudetendeutsche sich von eben diesem Nachbarvolk beherrscht und unterdrückt fühlten und wenn die Tschechen, nach langer Zeit erstmals wieder im Besitz einer eigenen Staatshoheit, nichts so sehr fürchteten als durch die deutsche Umklammerung von drei Seiten diese neu errungene Freiheit wieder zu verlieren? Kreibich versuchte auf diese Frage nicht nur die orthodox-marxistische Antwort von der Klassen-solidarität zu geben, sondern in diesem Sinne aus der konkreten histori-

<sup>35</sup> Veselý 200.

<sup>36</sup> Veselý 200, 201.

<sup>37</sup> Der Reichenberger Parteitag 1921. Reichenberg 1921, S. 25—27.

schen Situation auch praktische Schlußfolgerungen zu ziehen, die den tschechischen Nationalismus beruhigen und insofern den tschechischen Genossen helfen sollten, in gleicher Weise den bürgerlichen Nationalismus zu überwinden.

Die Auffassung Kreibichs, wie sie präzisiert erstmals auf dem Reichenberger Parteitag vom 12. März 1921 zutage trat und seitdem, trotz mancher Einsprüche gerade von Moskau, bis gegen Ende der zwanziger Jahre die Einstellung der KPC zur Frage der Deutschen der Sudetenländer bestimmte, verdient in den wesentlichen Passagen im vollen Wortlaut festgehalten zu werden:

„Wenn ein deutscher und ein tschechischer Arbeiter zusammenkommen, so werden die Ansichten wegen ihrer gleichen Lebensbedingungen sehr bald übereinstimmen, aber ein deutscher Proletarier und ein deutscher Kapitalist werden einander nie verstehen lernen, während ein deutscher mit einem tschechischen Proletarier, auch wenn der eine die Sprache des anderen nur radebrecht, sich rasch verstehen . . . Das Soziale ist eben immer das Bestimmende . . . Die sozialen Differenzierungen innerhalb einer Nation sind schon viel stärker als die Differenzen im Charakter verschiedener Nationen . . . Die Kommunisten beider Nationen . . . haben die Pflicht den Proletariern zu zeigen, wie die Kapitalisten beider Nationen den nationalen Zwist benützen, um das Proletariat zu verhetzen, wie sie sich hohnlächelnd über dem verhetzten Proletariat die Hände reichen zu dessen gemeinsamer Ausbeutung. Die Kommunisten beider Nationen haben auch die Pflicht, sich zu verbrüdern und die Ideologie aufzugeben, daß das Proletariat jeder Nation seine besonderen Interessen habe; sie haben durch die Tat, durch ihren politischen Zusammenschluß, durch ihren gemeinsamen politischen Kampf zu beweisen, daß die Proletarier aller Nationen nur ein Klasseninteresse haben. Wir haben die Pflicht zu erklären, wie wir es schon am Teplitzer Parteitag getan haben, daß wir uns entschieden dagegen verwahren, aus der deutsch-böhmischen Frage ein neues Elsaß zu machen, aus diesem Gebiet vielleicht einen Brandherd neuer nationaler Kämpfe und Kriege zu schaffen . . . Wenn ein siegreicher deutscher Kapitalismus über die Grenze marschiert käme, um die deutsch-böhmischen Gebiete vom tschechoslowakischen Staat loszulösen, glaubt ihr, daß die deutschen Proletarier in diesen Gebieten dann befreit würden? Nein! Ein siegreicher deutscher Kapitalismus und Imperialismus, der uns zu seinem deutschen „Vaterland“ hinzuschlagen würde, der würde uns noch schamloser ausbeuten . . .

Nun aber . . . kommt für uns noch eine andere Frage in Betracht. Das ist die Frage: Wie verhalten wir uns in diesem Gebiet gegenüber dem tschechoslowakischen Proletariat in den möglichen Phasen der Entwicklung der proletarischen Revolution in Europa. Es kann zweierlei eintreten: daß in der Tschechoslowakei die proletarische Revolution früher siegt, daß hier zuerst, vor Deutschland eine Sowjetrepublik aufgerichtet wird. Es kann aber auch umgekehrt der Fall eintreten, daß in Deutschland das Proletariat früher zur Herrschaft gelangt. Da brauche ich wohl kein Wort darüber zu verlieren, wie

wir uns in dem Fall zu verhalten hätten, wenn hier die Revolution früher käme. Es ist selbstverständlich, daß wir in den leidenschaftlichen Kampf für die Behauptung der proletarischen Diktatur in diesem Staat eintreten würden. Kritischer ist der zweite Fall, die Situation, daß einem proletarischen Deutschland eine kapitalistische Tschechoslowakei gegenüberstünde. Unsere Rechtssozialisten haben auch immer davon gesprochen, daß nur der Sozialismus die nationale Befreiung bringen kann. Aber das hat bei ihnen immer den Sinn gehabt, daß für sie der Sozialismus nicht über allem steht. Für sie ist der Sozialismus nur die erste beste Gelegenheit, um die deutsch-böhmische Frage zu regeln. Für uns ist die deutsch-böhmische Frage eine Sache, die wir der proletarischen Revolution unterordnen müssen. Und nun vergegenwärtigen wir uns die Situation: Auf der einen Seite eine deutsche Räterepublik, auf der anderen der kapitalistische tschechoslowakische Staat. Der Gedanke liegt darin sehr nahe und ist sehr bestechend für den ersten Augenblick, sich in diesem Fall sofort vom kapitalistischen Staat loszureißen und an das proletarische Deutschland anzuschließen. Untersuchen wir aber die Folgen eines solchen Schrittes, so ergibt sich Folgendes: Angenommen, wir kämen zu einer deutschen Sowjetrepublik, so fragt es sich zunächst: braucht ein Sowjetdeutschland uns ökonomisch? Kann es nicht ohne diese Randgebiete leben? Die Frage ist ohne weiteres zu verneinen. Ein proletarisches Deutschland braucht uns nicht zu seiner Existenz. Anders ist aber die Frage, welche Folgen aus diesem Schritt entstehen würden. Es ist ja ganz selbstverständlich, daß sich die tschechoslowakische kapitalistische Republik die Losreißung dieses Gebietes nicht gefallen ließe. Die nächste Folge wäre ein Krieg zwischen dem proletarischen Deutschland und der bürgerlichen Tschechoslowakei. Da an und für sich eine proletarische Diktatur stets vom Krieg bedroht ist, da Deutschland an und für sich vom Westen her mit Krieg bedroht wäre, wenn es eine Sowjetrepublik wird, so würde unser Schritt also nur eine Vergrößerung und Verstärkung der Kriegsgefahr für ein proletarisches Deutschland sein. . . . Was würde aber andererseits in diesem Staate hier geschehen? Eine Existenzfrage für die deutsche Räterepublik wäre es, wenn sie früher kommt, daß die Tschechoslowakei sobald wie möglich nachfolge. Denn die deutsche Revolution ist erst gesichert, wenn ihr die tschechoslowakische gefolgt ist. Wenn aber der Tag der Geburt der deutschen Räterepublik sofort verbunden wäre mit einer kommunistischen proletarischen Irredenta durch Losreißung dieses Gebietes, so würde die nationalistische Agitation, der nationalistische Rummel das ganze tschechoslowakische Volk ergreifen. Das kommunistische deutsche Proletariat würde als der ärgste und größte Feind der nationalen Selbständigkeit und Existenz des tschechischen Volkes hingestellt werden, und zwar auch als ein Feind des tschechischen proletarischen Staates. Dann eben in der Periode der Sicherung, des Aufbaues des proletarischen Staates können wir nicht sofort den internationalen Austausch, die Verschmelzung der Wirtschaftsgebiete so rasch durchführen, sondern sind zunächst wirtschaftlich auf dieselbe Grundlage gestellt wie ein kapitalistischer Staat . . . Es wäre also die Losreißung für eine tschechoslowakische Räterepublik.

publik ein vernichtender Schlag, es würde durch die ständige Gefahr des Verlustes der nationalen Existenz im tschechischen Volk eine derartige Stimmung des Hasses gegen die proletarische Revolution erzeugt werden, daß das tschechische Volk in seiner Gänze ins Lager der Gegenrevolution getrieben würde. Und die Kommunisten, die sich dem entgegenstellen würden, würden einfach weggefegt werden . . .

Was müssen wir also tun? . . . die Konsequenz aus diesen Erwägungen ist für unsere Taktik . . . die, daß es Pflicht nicht nur der deutschen Kommunisten, sondern auch der Kommunisten der anderen Minderheitsnationen in diesem Staate ist, . . . daß wir uns in unerschütterlicher Treue mit dem tschechischen Proletariat, mit dem tschechischen Kommunismus verbünden zum Siege der proletarischen Revolution in diesem Staate.“<sup>98</sup>

Im Aufruf des Reichenberger Parteitages zur Schaffung einer einheitlichen, internationalen, gesamtstaatlichen Kommunistischen Partei kehren diese Gedankengänge wieder. Dort heißt es:

„Aufruf des Parteitages an das tschechoslowakische, madjarische, polnische und ruthenische revolutionäre Proletariat der tschechoslowakischen Republik . . . Im Einvernehmen mit dem Exekutivkomitee in Moskau haben wir uns . . . konstituiert, . . . haben wir auch in unserem Beschluß ausgesprochen, daß unsere Partei nur eine vorübergehende Zusammenfassung des deutschen revolutionären Proletariats . . . sein kann, . . . die nur den Zweck haben kann, das deutsche revolutionäre Proletariat bereitzuhalten, damit es sich mit euch allen . . . zu einer großen einheitlichen internationalen Kommunistischen Partei vereinigen könne . . . Die tschechoslowakische Republik, deren Gebiet wir gemeinsam bewohnen, ist einer der wichtigsten Staaten für die Sache der proletarischen Revolution in Europa. . . Die Eingliederung der Minderheiten von vier Nationen . . . in diesen Staat soll es dem Kapitalismus ermöglichen, durch die stete Neubelebung nationaler Kämpfe und Reibungen . . . das Proletariat zu zersplittern und ohnmächtig zu machen.

Die Bourgeoisie der Minderheitennationen nützt alle nationale Unterdrückungspolitik der tschechischen Bourgeoisie aus, um das Proletariat zum nationalen Kampf gegen das tschechische Volk aufzuhetzen, damit es seine Kraft in einer Politik der nationalen Irredenta erschöpfe. Die tschechische Bourgeoisie aber benützt die nationalen Kämpfe . . . dazu, das tschechische Proletariat in steter Furcht vor der Gefahr eines Verlustes der nationalen Selbständigkeit und Freiheit zu erhalten und so ihren Interessen dienstbar zu machen . . . höhnisch triumphierend ob des gelungenen Werks der nationalen Zersplitterung des Proletariats, reichen sich die Kapitalisten aller Nationen dieses Staates die Hand zur gemeinsamen Ausbeutung . . . Wir müssen dem nationalistischen Schwindel die Maske vom Gesicht reißen . . . Unser Parteitag hat sich mit der nationalen Frage gründlich beschäftigt und er ruft euch zu:

<sup>98</sup> Der Reichenberger Parteitag 1921. Vorwärts-Jahrbuch für die arbeitende Bevölkerung 2 (1922) 62.

Ihr tschechoslowakischen Proletarier, löst euch los von der Gemeinschaft mit eurer Bourgeoisie und stellt die Zukunft eures Volkes, stellt eure nationale Freiheit und Selbständigkeit auf die feste Grundlage der proletarischen Revolution . . .

Ihr madjarischen, polnischen und ruthenischen Proletarier, weiset jeden Versuch der Bourgeoisie, euch in die Dienste des nationalistischen Kampfes und der nationalistischen Irredenta zu stellen, entschieden zurück und schließt euch unserer Losung an:

Keine Komplizierung und Schädigung der Sache der proletarischen Revolution in Europa durch die Aufwerfung von nationalen und staatlichen Grenzfragen. Unerschütterliches, treues Ausharren an der Seite des tschechoslowakischen Proletariats . . . Wir deutschen revolutionären Proletarier in der tschechoslowakischen Republik wollen die Brücken bilden vom proletarischen Deutschland zum tschechoslowakischen Proletariat, wir wollen die letzten Reste der Entfremdung beseitigen und helfen, den Bruderbund des deutschen und tschechoslowakischen Proletariats zu schließen . . . Revolutionäre Proletarier der Minderheitennationen dieses Staates! Folget unserem Beispiel! Helfet uns mit, diesen Bund der Treue und der proletarischen Solidarität zu schließen. Weiset alle Verlockungen des Nationalismus zurück und handelt im Sinne . . . der Dritten Internationale, indem ihr die Sache der proletarischen Revolution höher stellt als alle nationalen Interessen!

Euch tschechoslowakischen revolutionären Proletariern aber rufen wir zu: Schlaget ein in die euch dargereichte Bruderhand . . .<sup>39</sup>

Zu diesen beiden Dokumenten gehört ein drittes. In einem 1921 von Prof. Gustav Flusser herausgegebenen Sammelwerk „Deutsche Politiker an das tschechische Volk“ wandte sich Kreibich an die Tschechen mit folgenden Worten:

„Die Grundlage der tschechoslowakischen Selbständigkeit ist der Friede von Versailles, ist das Bündnis mit der Entente . . . Die Existenz der ČSR hängt ab von der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Machtverhältnisse der kapitalistischen Großmächte. Jede Verschiebung dieser Machtverhältnisse greift an die Existenzgrundlagen des tschechoslowakischen Staates . . . Sollte einmal der Tag kommen, wo die deutsche Bourgeoisie wieder die Überhand in Europa gewinnt, wo der deutsche Imperialismus wieder zur Herrschaft gelangt, dann würde er das tschechoslowakische Volk schon vermöge der geographischen Lage wie mit eisernen Klammern umfassen und seine staatliche Selbständigkeit erdrücken. Wer aber vermag zu sagen, daß in der kapitalistischen Gesellschaft die Machtverhältnisse zwischen den Staaten ewig die gleichen bleiben können? Die Politik der tschechischen Bourgeoisie hat also die nationale Selbständigkeit auf eine schwankende Grundlage gestellt . . . Wenn in den drei Staaten (Deutschland, Italien, Tschechoslowakei) die proletarische Revolution siegt, dann ist es um den Kapitalismus in Europa geschehen. Deutschland und die ČSR sind die beiden Angelpunkte der proletarischen Revolution in Mitteleuropa. Da wir als Kommunisten die Pflicht haben, die Revolution zu beschleunigen, müssen wir ihr auch alle Hindernisse

<sup>39</sup> Der Reichenberger Parteitag 1921, S. 37—40.

aus dem Weg räumen. Und diese Hindernisse sind die nationalen Gegensätze. Der Kapitalismus ist nicht imstande, die nationale Frage zu lösen; er löst die eine, um eine andere wieder aufzuwerfen, er löst die eine Irredenta, um an einem anderen Punkt eine neue zu schaffen. Es war für die Sudetendeutschen 1918/19 keineswegs ausgemacht, daß sie unbedingt zu Deutschland und Österreich gehören. Wirtschaftliche Gründe und die tschechischen Minderheiten im deutschen Gebiet ließen die Eingliederung in den tschechoslowakischen Staat durchaus nicht als ungeheuerlich erscheinen. Besonders das deutsche Proletariat hätte sich gewiß nicht im vorhinein in dieser Frage auf den rein nationalen Standpunkt gestellt. Aber es wurde von der tschechischen Bourgeoisie auch nicht der leiseste Versuch gemacht, die deutsche Bevölkerung dieser Gebiete für den tschechoslowakischen Staat zu gewinnen. Die Frage wurde ganz im imperialistischen Sinne gelöst, ohne auch nur die Bevölkerung zu befragen, wurden diese Gebiete gewaltsam angegliedert. Erst diese Form der Lösung der Grenzfrage hat den nationalen Gegensatz geschaffen, hat deutsche und tschechische Proletarier gegeneinandergeführt. So wurden die Grundlagen einer Irredenta im tschechoslowakischen Staat gelegt. Das deutsche klassenbewußte Proletariat konnte diese Form der Lösung der staatlichen Grenzfrage nicht ruhig hinnehmen, es mußte dagegen protestieren. Aber das deutsche klassenbewußte Proletariat mußte nach der Erledigung dieser Frage den Weg zu einer Liquidierung des nationalen Gegensatzes suchen. Dieser Weg konnte nur die strikte Ablehnung jedweder irredentistischen Politik sein. Von der Erkenntnis ausgehend, daß die Aufwerfung jeder nationalen und staatlichen Grenzfrage innerhalb der kapitalistischen Staatsordnung nur neue nationale Kämpfe, neue Kriege, aber keine Lösungen bringen kann, hat der Gründungsparteitag der deutschen Kommunisten der ČSR sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Proletarier der Minderheitsnationen dieses Staates sich mit allen Mitteln gegen ein neues Aufwerfen der Grenzfrage zur Wehr setzen müssen. Ein nationaler Kampf um die Staatsgrenze, der die Gefahr eines neuen Krieges in sich birgt, müßte den Weg zur sozialen Revolution bedeutend verlängern. Die kommunistisch gesinnten Proletarier der Minderheitsnationen werden daher gegen den Versuch einer nationalen Irredenta entschieden und energisch kämpfen. Das bedeutet natürlich für die Proletarier der Mehrheitsnation die Verpflichtung, den nationalen Unterdrückungsgelüsten ihrer Bourgeoisie ebenso energisch entgegenzutreten und so den Proletariern der Minderheitsnationen ihre kommunistische Politik in der nationalen Frage zu ermöglichen. Wenn die Proletarier beider Nationen diese ihre Pflicht erfüllen, dann werden sie nicht nur die äußere Kriegsgefahr verhindern, sondern auch dem nationalen Kampf im Interesse des Staates den Boden entziehen. In diesem Sinne kann also gesagt werden, daß die Politik der deutschen Kommunisten in der ČSR auf der Anerkennung der Grenzen dieses Staates, auf dem Bekenntnis zu diesem Staat, soweit der Staat ein territorialer Begriff ist, beruht.“<sup>40</sup>

<sup>40</sup> Flusser, G.: Deutsche Politiker an das tschechische Volk. Prag 1921, S. 33—44.

Es existieren keine kommunistischen Dokumente zur nationalen Frage in den böhmischen Ländern, die man mit dem in Kreibichs Worten zutage tretenden Bemühen, die nationale Kluft zu überwinden, vergleichen könnte. Gewiß ist die Komintern in den folgenden Jahren viel stärker, deutlicher und offener für die Rechte der Sudetendeutschen und aller Minderheitennationen eingetreten — die Parole „Selbstbestimmung bis zur Lostrennung“ wurde von Moskau ausgegeben —, aber es gelingt nicht, die bloß taktische Absicht dabei zu verbergen. Der Versuch, die nationale Frage in Böhmen vom „proletarischen Internationalismus“ her zu lösen, scheiterte. Einmal, weil sowohl bei Deutschen als auch Tschechen die geschichtlichen Kräfte des Nationalismus im Steigen begriffen waren und erst kurz vor bzw. nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Höhepunkt überschritten, zum anderen, weil sich nicht die tschechischen Kommunisten fanden, die in der gleichen Eindringlichkeit gegen den Nationalismus ihres eigenen Volkes aufgetreten wären, wie dies Kreibich getan hatte. Als die KPČ nach dem Sieg der Gottwald-Fraktion dazu bereit war, war es auf Grund der Entwicklungen im benachbarten Deutschland zu spät.

#### *Die Korrektur durch die Komintern*

Der II. Weltkongreß (Juli—August 1920) hatte noch die kommunistischen Parteien zum Kampf „mit allen Mitteln, auch mit den Waffen in der Hand“<sup>41</sup> aufgerufen. Inzwischen war jedoch der Vorstoß der Roten Armee vor Warschau gescheitert und im März 1921 eine revolutionäre Aktion der KPD von Reichswehr und Polizei blutig zusammengeschlagen worden. Der III. Weltkongreß der Komintern zog das Fazit. Die vereinigte KPČ, die einige Monate später entstand, glitt also schon in einem etwas ruhigeren Fahrwasser dahin. Aus inneren Gründen war die russische KP gleichfalls zu neuen revolutionären Anstrengungen nicht mehr in der Lage. Durch den Bürgerkrieg war das Land nahezu ausgeblutet. Da die Weltrevolution nicht zu Hilfe gekommen war, mußte sich Rußland selbst helfen. Es brauchte eine Ruheperiode. Lenin leitete nun zu seiner „Neuen Ökonomischen Politik“ über. Den europäischen Parteien wurde ebenfalls empfohlen, sich um die wirtschaftlichen Forderungen zu kümmern und die Ausgangsbasis für künftige Aktionen aufzubauen.

Der Ruck nach „rechts“ setzte sich auf dem IV. Weltkongreß (vom 5. November bis 5. Dezember 1922 in Petrograd und Moskau) fort. Nun wurde die „Einheitsfronttaktik“ proklamiert, die die kommunistischen Parteien zur Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten aufrief. Widerstände, die auf den linken Parteiflügeln auftauchten, führten zu einer Resolution des Kongresses über die „Internationale Disziplin“. Nikolai Bucharin forderte, daß der sowjetische Staat vom Proletariat der anderen Länder verteidigt werden müsse.

<sup>41</sup> Bibliothek der Komintern. Bd. 22. Hamburg 1920, S. 601.

Damit vollzog sich immer klarer eine entscheidende Wendung in der kommunistischen Politik.

Am Anfang hatte man sich selbst nur als die Initialzündung der Weltrevolution angesehen. Man war bereit sich zu opfern. Nun da diese ausblieb und der sowjetische Staat, an den man zuerst nicht so recht glauben konnte, sich behauptete, überwiegt von Jahr zu Jahr das Interesse dieses Staates in der Politik der Komintern. Setzt aber die sowjetische Außenpolitik, d. h. ihre konkreten Notwendigkeiten, die strategischen Ziele und die taktischen Aufgaben, so wird in der damaligen Lage logischerweise die Innen- und Außenpolitik des deutschen Staates für die Komintern das Interesse Nr. 1 beanspruchen.

Die KPC, die einmal Rücksicht auf die nationale antideutsche Stimmung der tschechischen Arbeiterschaft nehmen muß und zum anderen in ihrer deutschen Komponente unter Karl Kreibich erklärt, daß die „nationalen Gegensätze die Hindernisse für die Revolution sind“ und daß „wir diese Hindernisse wegräumen müssen“, kommt nun in eine schwierige Lage, sobald Stalin im Interesse des Sowjetstaates versucht, die Kluft zwischen den Deutschen und dem Westen, die durch den Versailler Diktatfrieden geschaffen wurde, zu vertiefen und eben diese nationalen Gegensätze in ganz Mitteleuropa zu benützen, um langfristig eine deutsch-sowjetische Kooperation einzuleiten.

Im Jahre 1922 geht man daran, die Isolierung, die die Weltrevolution nicht beseitigen konnte, auf staatspolitischem Weg zu durchbrechen. Am 16. April wird der Vertrag von Rapallo geschlossen und in den Jahren darauf die Zusammenarbeit zwischen Reichswehr und Roter Armee auf verschiedenen Sektoren intensiviert. Als 1923 Franzosen und Belgier das Ruhrgebiet besetzen, neigen in Deutschland weite nationale Kreise bis in die Reichsregierung hinein zu einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Ruhrbesetzung und Geldentwertung schaffen aber auch eine revolutionäre Situation in Deutschland. Der linke Flügel der KPD drängt zur Aktion. Die rechte Parteiführung, die von Stalin gedeckt wird, bremst. Stalin will zu diesem Zeitpunkt keinen Umsturz in Deutschland. Als aber im Herbst das geschieht, was Moskau am meisten fürchtete: der Versuch einer Verständigung zwischen Deutschland und dem Westen, entschließt man sich in Moskau zu einem überstürzten revolutionären Eingriff. Er scheitert an der Reichswehr. Im Januar 1924 stirbt Lenin. Das Schwergewicht der internationalen kommunistischen Politik verlagert sich nun immer rascher auf die Interessen des Sowjetstaates. Trotzki hatte die Theorie von der „permanenten Revolution“ geschaffen. Stalin verkündet nun die These vom „Sozialismus in einem Land“. Die Wirklichkeit der Geschichte gibt ihm recht. Diese Politik wirkt sich auf die Komintern insofern aus, als sie zu einer bloßen Agentur der Sowjetunion zu werden beginnt. Stalin hatte sie schon vorher verächtlich als „Lawotschka“ (Krämerladen) bezeichnet. Nun schmilzt er sie über den Weg des „demokratischen Zentralismus“, der den Nachdruck auf straffste zentrale Befehlsgewalt legt, völlig in seinen Machtbereich ein. Dazu ist jedoch nötig, daß sich die Sektio-

nen der Komintern, d. h. die nationalen kommunistischen Parteien, in sich „bolschewisieren“ — nämlich: alle jene Kräfte ausschalten, die nicht bereit sind, sich dem Befehlsweg des demokratischen Zentralismus bedingungslos unterzuordnen und jede Schwenkung der von den außenpolitischen Notwendigkeiten des Sowjetstaates diktierten Kominternpolitik mitzumachen. Der Konflikt zwischen Komintern und KPČ ist damit gegeben.

Die Komintern rechnet mit der kommenden Krise des Friedenssystems von Versailles, St. Germain und Trianon. Stalin will, daß die steigenden Fluten des Nationalismus in Mitteleuropa, vor allem des deutschen, sich in das Flußbett der sozialistischen Revolution ergießen. Aller Wahrscheinlichkeit nach bedeutet diese Entwicklung den Zerfall des tschechoslowakischen Nationalitätenstaates. Wie kann die KPČ für eine solche Politik eintreten, ohne die Massen der tschechischen Arbeiter zu verlieren? Man verlangt von der KPČ etwas, das nahe an Selbstmord heranreicht. Die Tschechen sträuben sich. Mit Worten stehen sie zu allen Kominternresolutionen, aber Taten lassen sie keine folgen. Die sudetendeutschen Kommunisten wiederum sind alles andere als in der Lage, dieser sowjetischen Politik der nationalen Verschärfung zu einem Erfolg zu verhelfen. Ihre Überzeugungen widersprechen dem, was Moskau nun von ihnen fordert. Auf der tschechischen Seite spielt zudem das alte sozialdemokratische Element noch eine große Rolle. Moskau erzwingt eine Säuberung nach der anderen. Die Prager Parteizentrale wechselt einige Male die Parteiführer und stolpert von einer Krise in die andere. Erst 1929 kommt eine junge Gruppe unter Gottwald zum Zug, die bereit ist, jede Kominternpolitik hundertprozentig durchzuführen. Bis dahin aber spielt sich ein innerer Kampf ab, der sich immer wieder um die beiden Themen „Bolschewisierung der Partei“ und „nationale Frage“ dreht.

Am 27. März 1925 ergreift Stalin in der Tschechoslowakischen Kommission des Exekutivkomitees der Komintern das Wort. Er unterzieht die KPČ einer schneidenden Kritik:

„. . . Der tschechoslowakische Staat stellt einen Staat des nationalen Sieges der Tschechen dar. Die Tschechen haben bereits ihren Nationalstaat, in dem sie herrschende Nation sind, erhalten, den Arbeitern geht es vorläufig nicht übel: es gibt keine Arbeitslosigkeit, alles schwelgt in der Idee des Nationalstaates. All das muß natürlich Illusionen des Friedens zwischen den Klassen in der Tschechoslowakei erzeugen . . . Darin ist auch die Ursache dafür zu suchen, daß die Rechten und die Linken [innerhalb der Partei] auf der nationalen Linie auseinandergehen, daß die Slowaken und die Deutschen, die unterdrückten Nationen, auf den linken Flügel gerieten, die Tschechen aber auf den entgegengesetzten Flügel. Genosse Šmeral hat von der Gefährlichkeit einer solchen Scheidung gesprochen. Das ist natürlich richtig. Richtig ist aber auch, daß eine solche Scheidung durchaus verständlich ist, wenn man die obenangeführten nationalen Besonderheiten des tschechoslowakischen Staates und die herrschende Stellung der Tschechen in Betracht zieht. Das sind die wichtigsten Ursachen, die die Gefahr von rechts in der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei zu einer besonders ernsten Gefahr ma-

chen. Wie muß der Kampf gegen die rechte Gefahr in der tschechoslowakischen Kommunistischen Partei geführt werden? Man sollte meinen, daß der Kampf gegen diese Gefahr mit größter Entschlossenheit und Unerbittlichkeit geführt werden muß. Aber bei den tschechischen Genossen ist das Gegenteil der Fall. Bekämpft Genosse Šmeral die Gefahr von rechts? Ja, er bekämpft sie. Aber er bekämpft sie so, daß statt einer Überwindung der Rechten bei ihm letzten Endes eine Kultivierung, eine Unterstützung, eine Verteidigung der Rechten . . . herauskommt . . . Was das Recht der Komintern und ihre Einmischung in die Angelegenheiten der nationalen Parteien betrifft, so bin ich absolut nicht einverstanden mit einigen Genossen, die sich für die Beschneidung dieses Rechtes ausgesprochen haben. Die Komintern kann nicht umhin, sich in die Angelegenheiten der einzelnen Parteien einzumischen

..<sup>42</sup>

Stalins Äußerungen geben die Gewitterstimmung wieder, die zwischen Moskau und der Prager Parteizentrale herrscht. Vorher hatte vom 17. 2. bis 8. 3. 1924 der V. Weltkongreß der Komintern in Moskau stattgefunden. Gegenüber der neuen von Moskau gewünschten Linie der Verschärfung des nationalen Kampfes gegen die Friedensverträge und für die Selbstbestimmung der unterdrückten Nationen und Volksgruppen in Mitteleuropa versuchte die KPČ eine Barriere zu bauen, denn sie mußte befürchten, mit dieser Politik stärksten inneren Belastungen ausgesetzt zu werden. Es war natürlich, daß man seitens der KPČ Kreibich vorschickte, diese Bedenken vorzutragen:

„. . . in der nationalen Frage haben wir in den letzten vier Jahren reichliche Erfahrungen gesammelt, wir sehen heute die verschiedenen nationalen Fragen, vor allem in Europa, klarer vor uns. Kurz nach dem II. Weltkongreß ist mit dem Ausgang des polnischen Krieges die Aussicht auf eine gradlinig aufsteigende revolutionäre Entwicklung zusammengebrochen und damit haben auch die nationalen Probleme für uns ein anderes Gesicht bekommen . . . Es ist aber zu wenig geschehen, um auch die verschiedenen nationalen Fragen und Probleme, vor allem die nationalen Bewegungen und Befreiungskämpfe als Hebel der revolutionären Entwicklung auszunützen. Das muß der V. Weltkongreß nachholen.

Die Behandlung der nationalen und Kolonialfrage auf dem V. Weltkongreß hat also nicht den Zweck, neue Entdeckungen prinzipieller Natur zu machen, sie soll in der Hauptsache den Sektionen der Kommunistischen Internationale den Weg zur praktischen Arbeit, zur praktischen Politik in diesen Fragen weisen. Die Thesen, die der Kongreß zu diesem Punkte annehmen wird, sollen die Grundlage bilden, auf der die kommunistischen Parteien ein nationales Programm auszuarbeiten haben . . . Es genügt nicht, nur im Prinzip und in der Theorie für die Befreiung der Kolonialvölker, für die Gleichberechtigung der Rassen, für die Befreiung der unterdrückten Nationen und gegen die Bedrückung der Minderheiten zu sein, man muß auch wirklich kämpfen. Die kommunistischen Parteien müssen in dieser Frage eine so ak-

<sup>42</sup> Stalin VII, 50.

tive Politik machen, daß sich . . . bei den unterdrückten Nationen und Minderheiten der Gedanke, die Überzeugung festsetzt, daß die kommunistische Partei die einzige Vertreterin und Verfechterin ihrer Befreiungsbestrebungen ist. Klar und deutlich werden wir allen unterdrückten Völkern und nationalen Minderheiten sagen, daß ihre Hoffnungen auf Befreiung in der kapitalistischen Gesellschaft und mit den Mitteln der bürgerlichen Politik vergeblich sind, daß es nur einen Weg zur wirklichen Befreiung und zur Beseitigung aller Unterdrückung, auch der nationalen Unterdrückung gibt: die proletarische Revolution . . . Erst in der sozialistischen Gesellschaft und in ihrer höchsten Form, der kommunistischen Gesellschaft, werden die nationalen Gegensätze schwinden und werden die Rassenunterschiede, die sprachlichen und nationalen Verschiedenheiten nicht mehr zu Gegensätzen werden können . . . Wenn diese Aufklärungsarbeit mit einer energischen und klugen Politik der kommunistischen Parteien in der nationalen Frage verbunden wird, dann wird es gelingen, die in den nationalen Freiheitsbewegungen . . . sich entwickelnden Energien in den Dienst der proletarischen Revolution zu stellen . . .

Die Minderheitenfrage weist einige Abstufungen auf, dazu ist noch die Erscheinung gekommen, daß in der Tschechoslowakei . . . die Bourgeoisie des einen Teiles der aus zwei . . . Teilen bestehenden Nation die „Einheit“ der Nation mit Gewalt erpreßt, um eine zentralistische Staatsgewalt aufzubauen . . . In allen diesen Fragen müssen die kommunistischen Parteien den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes bedingungslos aufstellen und proklamieren. Jeder Minderheit muß das Recht zuerkannt werden, über ihre staatliche Selbständigkeit selbst zu entscheiden; die Slowaken . . . haben selbst darüber zu entscheiden, ob sie mit den Tschechen . . . eine Nation bilden wollen oder nicht. In den politischen Kämpfen aber, die durch diese nationalen Fragen aufgerollt werden, darf für die jeweilige Stellung der Kommunisten nur das Interesse der proletarischen Revolution maßgebend sein. Jedes nationale Einzelinteresse ist dem Gesamtinteresse der Revolution unterzuordnen; stets aber müssen die Kommunisten den Zusammenhang zwischen der proletarischen Frage und der nationalen Frage aufzeigen . . . Das Proletariat erkämpft die politische Macht. Die arbeitenden Klassen konstituieren sich selbst als Nation, denn die Nation, das sind die arbeitenden Klassen.

Wir dürfen auch bei der nationalen Frage die Feststellung nicht unterlassen, daß die Lösung dieser Frage erst durch die proletarische Revolution nach dem Sieg des Proletariats möglich sein wird, denn es ist doch auch unsere Pflicht die Illusionen des nationalen Befreiungskampfes, so wie alle Illusionen, zu zerstören . . . die Proklamierung des Selbstbestimmungsrechtes bis zur Lostrennung vom Staate für die unterdrückten Nationen und nationalen Minderheiten ist wohl unter uns keine strittige Frage. Aber die Proklamierung dieses Rechtes bedeutet doch nicht, daß wir in jedem Falle, wo diese Frage praktisch akut wird, auch als Partei für die Lostrennung sein müssen. Wir werden in jedem einzelnen Fall prüfen müssen, welche Losung wir als Kommunisten ausgeben sollen. Entscheidend wird für uns dabei das prole-

tarische Klasseninteresse, die Interessen der proletarischen Revolution sein. Ich will das praktische Beispiel des tschechoslowakischen Staates herausgreifen. Da müßten wir vor allem beachten, daß ein neuer nationaler Staat wie die Tschechoslowakei, auch wenn er Minderheiten unterdrückt, nicht auf eine Stufe zu stellen ist mit alten mächtigen, imperialistischen Staaten . . . Natürlich können wir nur wirklich vorhandene nationale Bewegungs- und Befreiungskämpfe für unsere kommunistische Politik nutzbar machen, wir können solche Bewegungen und Kämpfe nicht erfinden und konstruieren. In der Slowakei z. B. ist eine starke Bewegung für die Autonomie, in dieser Bewegung können wir die Führung bekommen . . . Eine Lostrennungsbewegung gibt es aber in der Slowakei nicht, denn ein selbständiger slowakischer Staat in der kapitalistischen Gesellschaft würde ein Spielball zwischen Polen und Ungarn sein und die wirtschaftliche und politische Lage der arbeitenden Klassen in der Slowakei verschlechtern. In einem proletarischen Staatensystem würde die Slowakei fast selbstverständlich in das magyarische Wirtschaftsgebiet fallen und im Falle der proletarischen Revolution in Ungarn könnte eine slowakische Irredenta eine revolutionäre Rolle spielen in unserem Kampf gegen die kapitalistische tschechische Republik.

Ganz anders ist aber wiederum die Lage der deutschen Siedlungsgebiete in Böhmen, Mähren und Schlesien. Hier gibt es keinerlei irredentistische Bewegung. Das hängt damit zusammen, daß diese Gebiete seit dem Beginn der kapitalistischen Ära in keiner Weise mehr zu Deutschland gehören und daß sie mit den tschechischen Gebieten seit Jahrhunderten ein einheitliches Wirtschaftsgebiet sind. Es muß vor allem festgestellt werden, daß Deutschböhmen ein industriell hochentwickeltes Gebiet ist, sodaß es sich hier keineswegs um die Unterdrückung und Ausbeutung eines wirtschaftlich zurückgebliebenen Gebietes handelt. Die ganz besondere geographische, wirtschaftliche und strategische Lage Deutschböhmens macht die Frage der Lostrennung und Angliederung an Deutschland zu einer sehr komplizierten Sache. Für ein proletarisches Deutschland wäre ein von der bürgerlichen tschechoslowakischen Republik losgerissenes Deutschböhmen nur ein gefährlicher Ballast, denn seine Angliederung wäre nur durch einen Krieg mit der ČSR zu erreichen. Die deutsche Revolution hätte aber genug zu tun, um ihr eigenes Gebiet zu behaupten und die von Deutschland losgerissenen Gebiete zu befreien. Die Revolution in der Tschechoslowakei aber würde wertvolle Kampftruppen verlieren. Sollte aber die proletarische Revolution in der Tschechoslowakei früher als in Deutschland zum Sieg gelangen, so müßten wir eine Irredenta in den deutschen Gebieten, die doch nur einen gegenrevolutionären Charakter haben könnte, mit Gewalt niederhalten, denn die Abtrennung dieser Gebiete und ihr Anschluß an ein kapitalistisches Deutschland würden den proletarischen tschechoslowakischen Staat zur Kapitulation vor den tschechischen Kapitalisten zwingen.

Eine Lostrennung dieser Gebiete aber innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft würde einen nationalen Verzweiflungskampf bedeuten, denn eine Angliederung dieser Gebiete an ein kapitalistisches Deutschland müßte den

Untergang des tschechoslowakischen Staates und seine Umwandlung in eine Kolonie des deutschen Imperialismus bringen.

Wir werden als Kommunisten für die Selbstverwaltung der deutschen Gebiete, für die nationale Gleichberechtigung und für die Beseitigung der nationalen Vorherrschaft einer sogenannten Staatsnation, in Wirklichkeit der tschechischen Bourgeoisie, kämpfen, aber unser Kampf für die nationale Befreiung der unterdrückten Völker und Minderheiten kann nicht so geführt werden, daß er die Restaurierung der nationalen Unterdrückung der Völker zur Folge hätte, die wie die Tschechen und Slowaken, einen solchen Befreiungskampf schon geführt haben, der gewiß nicht minder berechtigt und revolutionär war als die nationalen Befreiungskämpfe, die wir jetzt zu den unseren machen wollen.“<sup>43</sup>

Zwei Dinge werden in Kreibichs Referat deutlich: 1. Die Rückzugsposition, die er gegenüber seinen früheren Thesen einnimmt, indem er davon spricht, daß „vor allem die nationalen Bewegungen und Befreiungskämpfe als Hebel der revolutionären Entwicklung ausgenützt“ werden müßten und daß „jeder Minderheit das Recht zuerkannt werden müsse, über ihre staatliche Selbständigkeit zu entscheiden“. 2. Die Hartnäckigkeit, mit der er versucht, gleichzeitig die praktische Anwendung dieser Thesen im Sinne seiner alten Auffassungen und bisherigen Politik der KPČ in der nationalen Frage auszu legen. Für die KPČ steht allerdings mit dieser Frage die Existenz auf dem Spiel. Die ganze Vorrede Kreibichs dient demnach dazu, schließlich zu unterstreichen, daß man im Falle der Deutschen der böhmischen Länder in keinem Fall eine Politik der „Selbstbestimmung bis zur Lostrennung“ betreiben könne und dürfe. Gegenüber Moskau führt er eine Art elastischer und hinhaltender Verteidigung. Wie früher stellt er fest, daß es nur einen Weg zur Beseitigung der nationalen Unterdrückung gebe: die proletarische Revolution. Wie früher legt er den orthodoxen Maßstab an: „Jedes nationale Einzelinteresse ist dem Gesamtinteresse der Revolution unterzuordnen“. Er geht sogar soweit, die Nation mit den arbeitenden Klassen allein gleichzusetzen, eine Auffassung, die später von Manuilski als linkssektiererisch verdammt wird. Während die Komintern, d. h. Moskau, die nationalen Befreiungskämpfe verschärfen und für ihre Zwecke benützen will, spricht Kreibich davon, daß es Pflicht der Kommunisten sei „die Illusionen des nationalen Befreiungskampfes zu zerstören“. Namens der Komintern antwortet der Vertrauensmann Stalins Dmitri Manuilski:

„. . . Wir sehen in Europa in den Staaten mit starken nationalen Minderheiten eine Zuspitzung der nationalen Konflikte. Der Versailler Frieden und die auf ihn folgenden ‚Friedens‘-Verträge haben Mitteleuropa balkanisiert. An Stelle der großen Staatengebilde mit einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet haben sie ein nationales Durcheinander durch Schaffung sogenannter nationaler Staaten gebracht . . . Imperialistische Cliques haben auf den Trüm-

<sup>43</sup> Internationale Presse-Korrespondenz. Zit. Inprecorr No. 25 (1924) 67. Die nationale Frage und die Kolonialfrage auf dem V. Weltkongreß.

mern von Österreich und Deutschland neue Staatsgebilde geschaffen, die typische Nationalitätenstaaten, von inneren nationalen Konflikten zerfleischt, darstellen . . . Nehmen wir ein . . . Beispiel: die Tschechoslowakei. Die Tschechoslowakei hat eine Bevölkerung von etwa 13,5 Millionen, wovon etwa 6 Millionen, d. h. 44,4% der Gesamtbevölkerung Tschechen sind. Der tschechoslowakische Staat hat Industriegebiete mit Textil-, Berg- und Glasindustrie annektiert, die ausschließlich von Deutschen — etwa 3,7 Millionen an der Zahl — bevölkert sind. Die Deutschen bilden somit 27,4% der Bevölkerung des tschechischen Staates. Ferner gehören dem tschechischen Staat die Slowaken, zwei Millionen an der Zahl, an, was 14,8% der Gesamtbevölkerung gleichkommt. 800.000 Ungarn, d. h. 5,9%, 400.000 Ukrainer in Karpathorußland, d. h. 2,9%, 360.000 Juden, d. h. 2,7% und sonstige 1,9%.

. . . Wir haben auf dem II. Kongreß das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker einschließlich der Lostrennung anerkannt. Wer aber ist der Träger dieses Selbstbestimmungsrechtes? Diese Streitfrage . . . ist bedauerlicherweise für sehr viele europäische Genossen noch nicht klar. Die russischen Genossen wissen, daß es auf unserem 8. Parteitag auch bei uns nihilistische Abweichungen in dieser Frage gegeben hat. Manche Genossen waren der Auffassung, daß der einzige Träger des Rechtes auf Lostrennung in der Epoche des Imperialismus nur das Proletariat des betreffenden Landes sein kann. Andere, die Ultralinken, gingen noch weiter und behaupteten, daß die Frage der Selbstbestimmung einschließlich der Lostrennung nicht der Kompetenz des einen oder anderen nationalen Proletariats, das diese Frage seinen nationalen Interessen entsprechend lösen würde, unterliegt. Die Selbstbestimmung meinten sie, muß den Interessen des proletarischen Kampfes im ganzen untergeordnet sein und der Träger des Selbstbestimmungsrechtes könne daher bloß die Internationale sein. Ihr seht, Genossen, zu welchen absurden Behauptungen man sich in unserer russischen Diskussion verstieg . . . Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Bourgeoisie im Rahmen des kapitalistischen Staates die nationale Frage nicht lösen kann. Hieraus folgt aber keinesfalls, daß wir die Verwirklichung des Rechtes der unterdrückten Völker auf Lostrennung bis zum Sieg der sozialen Revolutionen in der ganzen Welt hinausschieben müssen . . . Die Frage so zu behandeln, heißt daher, den aktuellen Problemen des gegenwärtigen Moments aus dem Wege zu gehen.

Die . . . Fragengruppe ist mit der Frage der Irredenta verknüpft und besitzt eine doppelte Form: es handelt sich um die Irredenta zwischen einem Arbeiter- und Bauernstaat und einem bürgerlichen Staat und um die Frage der Irredenta zwischen zwei bürgerlichen Staaten. Diese Fragengruppe ist von umso größerer Aktualität, weil die imperialistische Neuaufteilung der Welt, die nach dem europäischen Krieg stattgefunden hat, die Völker zerstückelt hat. Konkret wurde das Problem der revolutionären Irredenta in den Beziehungen der Sowjetunion und der ihr benachbarten Staaten gestellt. So hat die polnische Partei . . . beschlossen, die Bewegung der dem polnischen Staat angehörenden Ukrainer und Weißrussen für ihren Anschluß an die Arbeiter- und Bauernrepubliken der Sowjetunion zu unterstützen. Erklärungen

ähnlichen Charakters finden wir bei den estländischen Kommunisten, den Kommunisten in Karpathorußland usw. Gleichzeitig finden wir aber in der Praxis unserer kommunistischen Parteien auch Beschlüsse entgegengesetzten Charakters. So hat 1921 die Reichenberger Konferenz der tschechoslowakischen Partei, die damals noch als Opposition der Sozialdemokratischen Partei angehörte, bei der Erörterung der Frage der revolutionären Irredenta der dem tschechoslowakischen Staat angehörenden 3,5 Millionen Deutschen im Falle des Sieges der proletarischen Revolution in Deutschland gegen Lostrennung der deutschen Gebiete Stellung genommen und diesen Beschluß mit den Interessen der proletarischen Revolution in der Tschechoslowakei begründet. Sind aber unsere kommunistischen Parteien bereit, die Berechtigung der revolutionären Irredenta anzuerkennen, so herrscht in der Frage der Irredenta zwischen zwei bürgerlichen Staaten eine entschieden ablehnende Stellungnahme. So ist in den Thesen zur nationalen Frage, die auf dem 2. Parteitag der polnischen kommunistischen Partei angenommen wurden, kein Wort über die „Anerkennung des Rechtes auf Lostrennung“ für die zwei Millionen zählende deutsche Bevölkerung des gegenwärtigen Polen enthalten . . .

Ohne eine . . . Konkretisierung werden wir Fehler nicht vermeiden. Solche haben sich aber in der nationalen Praxis unserer kommunistischen Parteien in nicht geringer Anzahl angehäuft . . .

Welche praktischen Folgen hat eine solche (fehlerhafte) Behandlung dieser Frage? Die Folge kann bloß eine Passivität der kommunistischen Partei gegenüber einem der brennendsten Probleme sein. Wenn wir diesen Standpunkt gründlich durchdenken, werden wir feststellen müssen, daß solche Anschauungen aus der II. Internationale stammen. Die grundlegende Voraussetzung für eine solche Behandlung der nationalen Frage . . . ist der Gedanke, daß das Proletariat den bürgerlichen Staat in jenen Grenzen nehmen muß, die durch eine Reihe von Kriegen und Gewaltakten geschaffen wurden.“<sup>44</sup>

Es ist nicht verwunderlich, daß auf Grund dieser zum Teil offen zum Teil versteckt gegeneinanderstehenden Auffassungen der KPC und der Komintern in der nationalen Frage sich in den Reihen der tschechoslowakischen Partei eine Verwirrung ausbreitete. Das Exekutivkomitee der Komintern sah sich deshalb genötigt, nach Abschluß des V. Kongresses eine offizielle Erläuterung der Thesen zur nationalen Frage, soweit sie die Tschechoslowakei betrafen, herauszugeben. In ihr wird das „Selbstbestimmungsrecht bis zur Lostrennung“ nochmals nachdrücklich unterstrichen, dann aber, um der tschechischen Seite entgegenzukommen, durch die Losung einer „föderativen Vereinigung nationaler Staaten“ abgeschwächt:

„Das Exekutivkomitee der Komintern gibt die nachfolgende authentische Erläuterung zur Resolution des V. Kongresses zur nationalen Frage in Anpassung an die jetzigen besonderen Bedingungen des proletarischen Kampfes in der Tschechoslowakei:

---

<sup>44</sup> Manuilski, D.: Bericht über die Nationalitäten- und Kolonialfrage. Protokoll des V. Kongresses der Komintern. 1924, S. 620—623.

Nach der Meinung der Komintern hat die KPČ den Kampf der nationalen Minderheiten gegen die Unterdrückung von seiten der herrschenden tschechischen Bourgeoisie, die ein unmittelbarer Vasall des französischen Imperialismus ist, zu unterstützen. Indem die KPČ das Selbstbestimmungsrecht der Völker einschließlich der staatlichen Lostrennung anerkennt und alle Versuche, die nationalen Minderheiten mit Gewalt im Rahmen des gegenwärtigen Staatswesens zu halten, bekämpft, ist sie verpflichtet, die durch die nationalen Minderheiten aufgestellten Forderungen gegen die nationale Unterdrückung mit allen Mitteln zu unterstützen.

Die KPČ muß dabei mit ihrer Propaganda und Agitation darauf hinweisen, daß diese Forderungen selbst vom Gesichtspunkt einer konsequenten bürgerlichen Demokratie eine Halbheit sind. Dem demokratischen Gesichtspunkt würde gegenwärtig die Losung der föderativen Vereinigung der nationalen Minderheiten in einer Republik entsprechen. Die KPČ hat die Pflicht die aufgestellten Forderungen der Minderheiten in eine Losung einer föderativen Vereinigung nationaler Staaten zu erweitern. Je nachdem die KPČ aber in ihrem Kampf über die kapitalistische Ordnung hinausgehen und die Bildung einer revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung als unmittelbare Aufgabe bevorstehen wird, soll als zusammenfassende Losung für die nationale Frage die Forderung nach einer Union von Arbeiter- und Bauernrepubliken aufgestellt werden. Diese Losung ist eine eigene Losung der KP, denn nur die freiwillige Union der in den Arbeiter- und Bauernstaaten organisierten Nationen kann eine feste Grundlage für die Lösung der nationalen Frage bilden.<sup>45</sup>

Die Auseinandersetzung war damit aber nicht beendet. Sie wurde auf dem von Moskau geforderten Parteikongreß der KPČ (Oktober 1924) fortgesetzt. Vorher hatte der tschechische Parteiführer Šmeral auf einer Konferenz in Kladno am 28. September nochmals den tschechischen Standpunkt verteidigt:

„Jetzt sage ich einige Worte über die nationale Frage. Die Rüge des V. Kongresses, daß wir den nationalen Problemen der Tschechoslowakei nicht genügend intensive Aufmerksamkeit geschenkt haben, die diese Frage verdient, halte ich für berechtigt. Unsere Presse hat nicht genügend energisch die Unterdrückungspolitik der tschechischen Bourgeoisie und der Koalitionsregierung gegen die nationalen Minderheiten gebrandmarkt. Ein Teil der Schuld trägt auch der Parteiapparat in den Minderheitengebieten. Die Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes der nationalen Minderheiten bis zur Lostrennung ist eine der ersten Pflichten der tschechoslowakischen kommunistischen Arbeiter . . . Nun haben wir vor uns die komplizierte und verantwortliche Aufgabe, die allgemeine Sprache . . . auf die spezielle in jedem einzelnen Staat anzuwenden . . . Das ist keine leichte Sache und besonders müssen wir uns von Versuchen freihalten, mechanisch richtige Lösungen in einem Land auf einen anderen Staat zu übertragen. Mitteleuropa gehört zu

<sup>45</sup> Inprecorr No. 45 (1924) 1089. Der Parteitag der KPČ. Erklärung des EKKI zur nationalen Frage in der Tschechoslowakei.

dem Staatenkomplex, wo die nationalen Massen sehr empfindlich auf die nationale Frage reagieren und deshalb ist es sehr begreiflich, daß wir jedes Wort genau erwägen müssen, das wir den Thesen über die nationale Frage einfügen. Nach dem Krieg ist die nationale Empfindlichkeit in den mitteleuropäischen Staaten vielleicht noch größer als vor dem Krieg und das zwingt uns dazu, bei unserem Vorgehen sehr vorsichtig zu sein.

Auf dem Kongreß werden wir uns auch mit der nationalen Frage dieses Staates befassen und konkrete Parolen suchen, die die Partei in der gegebenen Situation aufstellt . . . Das, was wir unter den gegebenen Verhältnissen den tschechischen, deutschen, slowakischen und ukrainischen Arbeitern sagen, hängt von der konkreten Situation ab. . . daß eine mechanische Lösung nicht genügt, sondern daß wir die konkreten Verhältnisse betrachten müssen. Aus diesem Grunde meine ich, daß wir die Thesen über die nationale Frage annehmen, die die allgemeine Linie des Leninismus im nationalen Problem des Landes konkretisieren, eine gründliche Diskussion durchführen müssen, umso mehr, als Fehler auf diesem Gebiet unsere ganzen Positionen in der Tschechoslowakei schädigen könnten. Es wäre aber Opportunismus, wenn wir uns einfach den herrschenden Stimmungen anpassen und ein indirektes Kompromiß mit dem Sozialpatriotismus abschließen würden . . . Die Kommunisten müssen auch den Mut haben, unpopuläre Sachen zu verteidigen und alle Stimmungen der Arbeitermassen überwinden, wenn sie unrichtig sind, sie müssen den Mut haben gegen den Strom zu schwimmen. Aber gerade deshalb müssen wir eine richtige konkrete Lösung der nationalen Frage in der Tschechoslowakei finden . . .“<sup>46</sup>

Aus der Rede Manuilskis vor dem tschechoslowakischen Parteikongreß lassen sich die Ziele der Kominternpolitik deutlich erkennen. Manuilski fordert das Bündnis zwischen KPČ und den unterdrückten Minderheiten. Er ist bereit, dafür selbst das staatliche Verbot der Kommunistischen Partei hinzunehmen, weil nach seiner und das heißt Moskaus Meinung die verbotene kommunistische Partei dann innerhalb eines Jahres an der Spitze aller Befreiungsbewegungen des Staates stehen würde. Hier deuten sich die strategischen revolutionären Ziele Moskaus in Zentraleuropa an. Man darf auch nicht vergessen, daß zu dieser Zeit die Kommunistische Partei in Deutschland Millionen Anhänger, ja Kämpfer, hinter sich scharen konnte. Stalin rechnet, daß der Kampf gegen Versailles das deutsche Volk in einen unlöslichen Gegensatz zum Westen bringen wird, aus dem schließlich der Konflikt zwischen den europäischen Staaten und die Revolution in Zentraleuropa entstehen muß. Daher mußten unter allen Umständen die nationalen Gegensätze in der ČSR geschürt werden; daß sie dabei gleichzeitig in der internationalen Klassensolidarität überbrückt und überwunden werden sollen, ist eine theoretische Konstruktion. Dies zeigt deutlich den Zweckcharakter der Forderung des „Selbstbestimmungsrechtes bis zur Lostrennung“. Die Basis der

<sup>46</sup> Inprecorr No. 41 (1924) 970—977 Ref. des Gen. Šmeral auf der Kreiskonferenz in Kladno.

KPČ im tschechischen Volk darf natürlich nicht zur Gänze aufs Spiel gesetzt werden. Aber Manuilski zieht die Trennungslinie, wenn er sagt, daß die Partei vor der Wahl steht, sich auf Elemente hin zu orientieren, die den tschechischen Mittelstand repräsentieren, oder aber sich mit den unterdrückten nationalen Minderheiten zu verbünden. Die Entscheidung kann nur zugunsten der revolutionären Möglichkeit fallen:

„Es genügt in der Tschechoslowakei nicht, die Thesen der Komintern in wichtigen taktischen Fragen anzunehmen. Wir sind überzeugt, daß der Standpunkt des V. Kongresses in diesen Fragen hier einstimmig angenommen wird. Aber es ist notwendig, diese Fragen für die Tschechoslowakei zu konkretisieren. Diese Konkretisierung muß von gewissen Voraussetzungen ausgehen . . . Diese Voraussetzungen bestehen in erster Linie in der Schaffung eines engen Bundes der Arbeiterpartei mit der armen Bauernschaft und mit den unterdrückten nationalen Minderheiten. Die Schaffung dieses Bündnisses ist die politische Grundfrage der Tschechoslowakei. Es genügt nicht, daß wir uns politisch auf den Standpunkt des V. Kongresses stellen, sondern wir müssen eine praktische Politik einschlagen, um die Voraussetzungen dieses Blocks der Arbeiterpartei mit der Bauernschaft und mit den unterdrückten Minderheiten herzustellen.

Eine zweite Frage ist dann in diesem Zusammenhang die nationale Frage. Hierzu erachte ich für nötig, folgendes zu sagen: Heute ist eine Erklärung des Exekutivkomitees der Komintern zur nationalen Frage in der Tschechoslowakei erschienen. Diese Erklärung ist ausgegangen von den Schwierigkeiten, die die KPČ bei der Durchführung einer wirklichen kommunistischen Nationalpolitik zu überwinden haben wird. Wir müssen Euch erklären, daß wir dabei nicht an jene Schwierigkeiten denken, die vielleicht darin gesehen werden, daß die tschechoslowakische Bourgeoisie die Partei auf der Grundlage einer nationalen Politik auflösen möchte. Wir sind der Auffassung, daß, wenn die Bourgeoisie dies versuchen will, sie dies versuchen soll. Sie wird dann erleben, daß in einem Jahr die KP in der Tschechoslowakei der Grundpfeiler aller nationalen Bewegungen in der Tschechoslowakei sein wird. — Wenn wir von den Schwierigkeiten sprechen, auf die wir Rücksicht genommen haben, so denken wir vor allem an die Schwierigkeiten, die innerhalb der Partei noch selbst bestehen, um eine wirkliche kommunistische Nationalpolitik durchzuführen. Worin bestehen denn diese Schwierigkeiten? Daß die tschechischen Arbeiter, die jahrhundertlang einer unerhörten nationalen Unterdrückung in der österreichisch-ungarischen Monarchie ausgesetzt waren, heute noch nicht vollkommen das nationale Denken und Fühlen abgelegt haben. Es ist nicht einfach, diese Dinge zu beseitigen, es kann dies nicht mit einem Federstrich geschehen, nicht durch die Annahme einer Resolution, sondern es handelt sich um einen langen Prozeß. Aus dieser Erwägung heraus erachten wir es für notwendig, die nationale Politik in der Tschechoslowakei diesen Dingen anzupassen. Das bedeutet nicht, daß wir in wesentlichen Fragen im nationalen Problem irgendwelche Konzessionen machen, das werden wir nie tun, sondern es dreht sich darum, daß wir auf die

Stimmungen, von denen ich sprach, Rücksicht nehmen und die nationale Politik so stellen, daß sie diese Dinge überwinden kann.

Wir müssen aber sagen, daß es unmöglich ist, gerade weil wir in prinzipieller Hinsicht keine Zugeständnisse machen können, die Vorschläge, die Kreibich in der nationalen Frage gemacht hat, anzunehmen . . . Der erste Parteitag der KPČ hat in der nationalen Frage im Februar 1923 nicht einmal grundsätzlich eine Formel des Selbstbestimmungsrechtes bis zur Loslösung ausgesprochen. Das ist nicht das Schlimmste. Die Partei wird das jetzt tun. Es ist aber notwendig zu sagen, was diese Parole konkret bedeutet, was das Selbstbestimmungsrecht bis zur staatlichen Loslösung für eine Bedeutung hat. Hat es die Bedeutung, daß wir, wenn wir dieses Recht propagieren, aktiv einen Kampf für die Loslösung der einzelnen nationalen Minderheiten von der tschechoslowakischen Republik führen werden? Eine solche Auslegung dieses Rechtes ist unrichtig. Es geht nicht darum. Ich muß in diesem Zusammenhang auch auf einen Artikel des Genossen Stern hinweisen, wo er in der Frage auch etwas über das Ziel hinausgeschossen hat. Er hat in einem Artikel erklärt, daß die aktive Propaganda für das Selbstbestimmungsrecht bis zum Rechte der Loslösung nur in Karpathenrußland in Betracht komme, daß aber in dem deutschen Gebiet mit Rücksicht darauf, daß dort keine separatistische Bewegung bestehe, diese nicht in Betracht kommen könne. Ich sage: Wir stellen die Frage des Selbstbestimmungsrechtes bis zur Loslösung als eine prinzipielle Frage. Für uns ist dies ein Mittel zur sehr starken Agitation und Propaganda und auch zu einer großen Erziehungsarbeit unter den Arbeitermassen in nationaler Beziehung. Deshalb verteidigen wir dieses Recht unabhängig davon, ob nationale Bewegungen vorhanden sind oder nicht . . .

Was bedeutet die erzieherische Ausnutzung dieser Parole? Sie bedeutet, daß wir mit ihrer Hilfe die Überreste des nationalen Denkens, des Chauvinismus unter der tschechischen Arbeiterklasse überwinden können. Die Parole des Selbstbestimmungsrechtes bis zur staatlichen Loslösung gibt uns die Möglichkeit, die Massen so zu erziehen, daß sie sehen, daß die Verwirklichung der Parole auch die beste Garantie für die gemeinsame Zusammenarbeit der verschiedenen nationalen Arbeiterklassen auf einer gemeinsamen Grundlage darstellt, wenn das Proletariat an die Macht kommt.

Wir als Kommunisten haben, wenn wir zur Macht kommen, natürlich ein Interesse daran, möglichst große ökonomische Territorien, möglichst große Wirtschaftsgebiete zu erhalten, nicht sie zu zersplittern. Aber gerade durch die praktische Stellung und Verteidigung des Selbstbestimmungsrechtes bis zur Loslösung vermögen wir so ungeheure Erziehungsarbeit zu leisten, daß die nationalen Minderheiten im entscheidenden Moment ihre vollkommene Gleichberechtigung mit der größten Nation fühlen und gar kein Interesse haben, sich von ihr zu trennen, sondern im Gegenteil gewillt sind, in einer Föderation zusammenzuarbeiten . . . Auf diese Weise stellt sich heraus, daß die Parole des Selbstbestimmungsrechtes bis zum Rechte der staatlichen Loslösung die beste Garantie und Voraussetzung für die Ermöglichung der Zusam-

menarbeit vieler Nationen auf einer brüderlichen Grundlage in einem föderierten staatlichen Rahmen dargestellt.

Wir müssen aber sagen, daß wir nicht einverstanden sein können, trotzdem wir uns jetzt mit dem Genossen Šmeral in der nationalen Frage sozusagen auf einer Linie befunden haben, mit der Art und Weise der erzieherischen Fragestellung des Selbstbestimmungsrechtes bis zur Losrennung, wie er das in Kladno ausgesprochen hat . . . Genosse Šmeral hat auch den Gedanken ausgesprochen, daß wir bei der Nationalpolitik in der Tschechoslowakei so vorgehen müssen, daß wir die Legionärskreise, die für uns eine gewisse Bedeutung haben, nicht von uns abstoßen . . . Das ist schon eine Frage der praktischen Politik der Partei, wie sie das tun will. Aber es entsteht die Frage, ob wir, wenn wir der Partei eine politische Orientierung geben, uns dann mehr auf diese Elemente hin orientieren, die den tschechischen Mittelstand repräsentieren und ihn ideologisch verkörpern, oder aber auf die unterdrückten nationalen Minderheiten in der Tschechoslowakei. Wir glauben, daß wir diese Frage ganz entschieden in dem Sinne beantworten müssen, daß wir unsere Politik auf die unterdrückten nationalen Minderheiten orientieren müssen.“<sup>47</sup>

Am Ende des Kongresses ist die Komintern ihrem Ziel ein Stück näher gekommen. Zwar sind die jungen Radikalen noch nicht stark genug, die Macht zu übernehmen, aber doch finden einschneidende Veränderungen statt. Šmeral, jahrelang der große alte Mann und Führer der tschechischen Kommunisten, muß weichen. Er wird von der Komintern zunächst einmal nach China geschickt, um der chinesischen Kommunistischen Partei als politischer Berater zu dienen. Das ist zu dieser Zeit ein Posten bar jeden Einflusses, denn Tschiangkaischek geht gerade daran, seine Zusammenarbeit mit den Kommunisten aufzukündigen und die Partei härtesten Verfolgungen auszusetzen. Kreibich übt Selbstkritik und wird auf einen untergeordneten Posten nach Moskau abgeschoben. Viktor Stern, den Manuilski kritisiert hat, weil er behauptete, daß das Selbstbestimmungsrecht bis zur Loslösung für die deutschen Gebiete der Tschechoslowakei nicht in Frage käme, schreibt nach dem Parteitag in der kommunistischen Internationalen Pressekorrespondenz:

„Der Kampf um die unbedingte Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes bis zur Loslösung und um eine aktivere Politik des Kampfes gegen die nationale Unterdrückung stieß auf theoretische Einwände, hinter denen sich bewußt oder unbewußt das opportunistische Ausweichen vor allzu schroffer Herausforderung der Regierung oder eine allzu starke Konzession an sozialpatriotische Rücksichten auf ‚naše Republika‘ verbarg.“<sup>48</sup>

Welche Stellungnahme nimmt die KPC zu den sudetendeutsch-tschechischen Verständigungsversuchen außerhalb ihrer Reihen? 1926 wurde erstmalig von Regierungsseite der Versuch einer politischen Annäherung zwischen Tschechen und Sudetendeutschen unternommen. Die deutschen Landbündler

<sup>47</sup> Inprecorr No. 45 (1924) 1093—1095. Rede des Gen. Manuilski.

<sup>48</sup> Inprecorr No. 154 (1924) 2100—2102. Der Parteitag der KPC.

und die Christlichsozialen traten in das Kabinett Švehla ein. Für das Verhältnis innerhalb dieser Koalition wurde die gut klingende Formel „Já pán — ty pán“ gefunden. Aber von einem beginnenden echten nationalen Ausgleich konnte keine Rede sein. Die Kommunisten, die nicht nur das Selbstbestimmungsrecht, sondern letztlich doch auch die Vereinigung der Nationen der Republik auf ihre Banner geschrieben hatten, nahmen zu dieser Entwicklung der nationalen Frage naturgemäß eine Haltung ein, die ihrer Klassenkampftheorie und der Ausnützung der Schwächen des in seinen Anfängen stecken gebliebenen nationalen Ausgleichsversuchs gemäß der neuen Kominternlinie entsprach. Die kommunistische Internationale Pressekorrespondenz schreibt dazu am 31. Dezember 1925:

„Die tschechische Bourgeoisie sucht also eine ‚nationale Verständigung‘, die ihre gewaltsame Vorherrschaft unangetastet läßt. Diese Verständigung wird, wenn sie zustande kommt, von der ganzen Bourgeoisie und den Sozialreformisten aller Nationen als ein ‚gewaltiger Fortschritt‘ gepriesen und zur Einlullung der arbeitenden Massen ausgenützt werden. Sie wird natürlich nichts anderes sein, als eine Verständigung der verschiedenen Bourgeoisien zu dem Zweck, um die vom Proletariat drohenden Gefahren leichter abzuwehren und die Offensive der Bourgeoisie verstärken zu können. Aber diese Verständigung wird trotzdem zur Revolutionierung der Massen beitragen. In dem Augenblick, in dem Hlinka in die Regierung eintritt, werden die armen Bauern seiner Partei dem Kommunismus zugetrieben, weil sie dann erkennen müssen, daß nur dieser ehrlich gegen die Unterdrückung der Slowaken kämpft. Ähnliche Wirkungen müssen sich auch in den deutschen Gebieten zeigen, wenn deutsche Minister in der Regierung sitzen, die nationale Unterdrückung aber bleibt . . .“<sup>49</sup>  
und am 24. März 1926:

„In dieser Lage, in der die tschechische Bourgeoisie nach neuen Wegen sucht, um ihre Klassenherrschaft und nationale Vorherrschaft aufrecht zu erhalten, und die tschechischen Sozialpatrioten nach neuen Methoden, ihre Bourgeoisie bei diesem löblichen Unternehmen zu unterstützen, haben die Bourgeoisie der unterdrückten Nationen und die deutschen sozialdemokratischen Führer keine andere Sorge als die, der tschechischen Bourgeoisie ihre Mitarbeit in der demütigsten Weise anzubieten . . . Die deutsche Bourgeoisie ist also bereit, an der Regierung bedingungslos ohne die geringste Änderung im gegenwärtigen System der nationalen Unterdrückung teilzunehmen, sogar jetzt, wo die famose, jeder nationalen Gerechtigkeit hohnsprechende Sprachenverordnung in Kraft getreten ist, welche dieselbe Bourgeoisie zu einer groß angelegten nationalistischen Hetze ausnützte. Die deutschen Sozialdemokraten wieder betteln die tschechische Bourgeoisie an, doch ‚Vernunft‘ anzunehmen, einzusehen, daß ihre Politik den Staat ins Unglück stürze, und einen ‚nationalen Ausgleich‘ herbeizuführen . . . All dem gegenüber zeigen nur wir Kommunisten den Arbeitenden und den unterdrückten

<sup>49</sup> Inprecorr No. 52 (1925) 1522. Die Krise in der Tschechoslowakei.

Völkern den einzig möglichen Weg: Zusammenschluß der Arbeitenden und Unterdrückten aller Nationen zu gemeinsamem Kampf für eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage und gegen die nationale und jede sonstige politische Unterdrückung.“<sup>49a</sup>

In der Zeit der beginnenden Weltwirtschaftskrise entwickelte sich die zweite Linie des deutschen „Aktivismus“, indem die deutschen Sozialdemokraten in die Regierung eintraten. Die tschechische Sozialdemokratie hielt mit den übrigen Völkern des Staates einen sogenannten „Vereinigungskongreß“ ab. Es ging der Sozialdemokratischen Partei zweifellos nicht nur um die Verbreiterung und Stabilisierung ihrer Machtpositionen, sondern eben so sehr auch um die Abwehr einer kommunistischen Radikalisierungswelle gerade in den Minderheitsgebieten. Die schwache Seite der ganzen „Vereinigung“ war aber wiederum die nationale Frage, und die Kommunisten versäumten nicht, hier die Fassade niederzureißen. Am 31. 1. 1928 schrieb der ehemalige Parteiführer Šmeral von Moskau aus zur „Vereinigungskomödie der sozialdemokratischen Parteien der Tschechoslowakei“:

„Das Selbstbestimmungsrecht besteht für die tschechische Sozialdemokratie nicht. Im Gegensatz dazu waren ihre Reden besonders klar, als sie von der deutschen Sozialdemokratie die ‚Anerkennung des Staates‘ und der ‚Republik‘ forderten . . . In der Tschechoslowakei wird die KP noch mehr als zuvor für die wirtschaftlichen Tagesbedürfnisse der Arbeiter in den Fabriken und der werktätigen Massen auf dem flachen Land kämpfen. Sie wird noch klarer und tatkräftiger als zuvor in der nationalen Frage den leninistischen revolutionären Standpunkt verfechten.“<sup>50</sup>

Als dann der Kongreß am 28. und 29. Juni stattfand, goß die KPC ihren ganzen Hohn über die Unfähigkeit der Sozialdemokraten, die nationale Hürde zu überspringen:

„Der Kongreß war in Wirklichkeit ein deutsch-tschechischer Kongreß . . . Vollständiges Fiasko der nationalen Verständigung . . . Einen wirklichen Kampf gegen die Bourgeoisie zu organisieren, daran hatte natürlich keiner der Arrangeure dieses Kongresses ernstlich gedacht. Hingegen wäre es ihnen wahrscheinlich nicht unlieb gewesen, wenn sie sich in der Frage der nationalen Verständigung wenigstens mit einem kleinem Scheinerfolg hätten ausweisen können. Nicht einmal das konnte auf dem Kongreß erzielt werden. In dieser Hinsicht ist das Urteil über den Kongreß allgemein übereinstimmend. Die nationale Frage wurde einer Kommission übergeben, welche die ‚Voraussetzungen zu der Förderung ihrer Lösung zu untersuchen‘ hat und jedenfalls genauso enden wird, wie die seinerzeitige gewählte Kommission des Hamburger Internationalen Kongresses, die den Streit zwischen der tschechischen und der deutschen sozialdemokratischen Partei untersuchen sollte und nach langen vergeblichen Geburtswehen mit dem Eingeständnis des Bank-

<sup>49a</sup> Inprecorr No. 48 (1926) 655. Der Zusammenbruch der Koalition in der Tschechoslowakei.

<sup>50</sup> Inprecorr No. 11 (1928) 212. Vereinigungskomödie der soz. dem. Parteien der Tschechoslowakei.

rotts unverrichteter Dinge das Zeitliche segnete . . . Auch dieser Stabilisierungsversuch hat wie alle anderen eine zweite für die Bourgeoisie und Sozialdemokratie weniger erfreuliche Seite. Die Massen werden sehr rasch sehen, was ihnen an Stelle der versprochenen ‚Verständigung‘ . . . in Wirklichkeit geboten wird. Die Folge muß ein noch stärkeres Abschwenken der Massen von den reformistischen Führern sein, eine entschlossener und raschere Sammlung im Lager des Kampfes, zu dem die ganze Entwicklung treibt.“<sup>51</sup>

„Die tschechischen Sozialdemokraten haben auch dem deutschen Arbeiter unzählige Faustschläge ins Gesicht versetzt, sie haben ihnen, geradeso wie der reaktionäre Bourgeoisievertreter Dr. Kramář, das Selbstbestimmungsrecht abgesprochen und sich äußerst feindselig gegen sie erklärt. Als das ganz offenkundig gegen die nationalen Minderheiten und gegen die oppositionelle Bewegung gerichtete Gesetz zum Schutze der Republik zur Verhandlung stand, da sprach sich der deutsche Sozialdemokrat Dr. Czech sehr scharf gegen diesen Gesetzesentwurf aus, der tschechische Sozialdemokrat Dr. Meißner aber setzte sich entschieden für ihn ein. Jetzt ist es Sache der deutschen sozialdemokratischen Arbeiter zu prüfen, was Czechs ‚Anerkennung des durch Krieg und Frieden geschaffenen Zustands‘ bedeutet . . .“<sup>52</sup>

Auch der VI. Kongreß der Komintern in Moskau nahm noch einmal zur nationalen Frage der Tschechoslowakei Stellung. Der Delegierte Mondok erklärte:

„. . . In der Tschechoslowakei sind von 14 Millionen sechs Millionen Tschechen. Das ist von großer Bedeutung, wenn man berücksichtigt, daß die sogenannten Herrschernationen aller dieser Staaten bestrebt sind, sich die annektierten Gebiete in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht völlig zu unterwerfen und eine Politik der Entnationalisierung und Kolonisierung verfolgen. Diese Politik stößt auf große Schwierigkeiten und löst Entrüstung und Notwehr von seiten der breiten Massen aus, die diese annektierten Gebiete bewohnen. Die Erobererstaaten verschleiern Ausbeutungsmethoden hinsichtlich der annektierten Gebiete durch nationale Losungen und führen eine Politik der Entnationalisierung durch. Infolgedessen reift in den annektierten Gebieten der Ausbruch einer nationalen Befreiungsbewegung heran, die einen völlig revolutionären Charakter hat. Diesem Kampf schließen sich auch die nichtproletarischen Elemente an und versuchen, sich an seine Spitze zu stellen. Die Komintern überhaupt und die beteiligten Sektionen insbesondere stehen hier vor einer großen Aufgabe: sie müssen diesen Kampf zu einem restlos revolutionären machen, den nationalen Befreiungskampf in den Dienst des Klassenkampfes stellen, der Bourgeoisie nicht gestatten, diesen Kampf zur Untergrabung der proletarischen Solidarität zwischen den Werktätigen aller Nationen des betreffenden Staates auszunutzen. . .

. . . Es kann jedoch nicht behauptet werden, daß alles was möglich ist in

<sup>51</sup> Inprecorr No. 12 (1928) 231—232. Der sozialdemokr. ‚Einheitskongreß‘ in der Tschechoslowakei.

<sup>52</sup> Inprecorr No. 24 (1928) 465—466. Manöver der Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei.

der gegebenen Lage von unseren Parteien auch wirklich getan worden ist. Die elementare Unzufriedenheit der Massen erreicht in diesen Ländern ihren Höhepunkt, die Wellen der nationalen Befreiungsbewegungen . . . überschlagen sich. Alles das schafft eine revolutionäre Situation und müßte der Stärkung und Ausbreitung des Einflusses der kommunistischen Parteien dienen. Die Tschechoslowakei ist in nationaler Hinsicht sehr buntscheckig und die KPČ muß das bei ihrer Arbeit in Rechnung stellen. Indes zeigen sich in der praktischen Arbeit der KPČ große Mängel ihrer Nationalitätenpolitik . . .“<sup>53</sup>

In all dem zeigt sich die anhaltende Unzufriedenheit Moskaus mit der KPČ, der es nicht gelingen will, die nationalen Bewegungen für sich auszunutzen, obgleich sie zumindest seit 1929 jedem Wink der Komintern Folge leistet. So grüßt z. B. der VI. Parteitag der KPČ im März 1931 die KP Deutschlands mit folgenden Worten:

„Der Weg der KPD ist auch für die KPČ und ihre ansteigende bolschewistische Entwicklung ein Beispiel des erfolgreichen Kampfes für die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den revolutionären Kampf . . . Der VI. Parteitag der KPČ erklärt die Solidarität des Proletariats der Tschechoslowakei mit dem Kampf der deutschen Proletarier für ein Sowjetdeutschland. Diesen Kampf werden wir aktiv unterstützen durch den Kampf für die Sowjetmacht in der Tschechoslowakei, durch den Kampf für das Selbstbestimmungsrecht bis zur Lostrennung für jene Teile der deutschen Nation, welche auf dem Gebiet der Tschechoslowakei leben.“<sup>54</sup>

Keine Rede war mehr von Kreibichs Theorie über die nationale Frage. Die von Moskau angeordnete Zweckbestimmung hatte über die „linken Abweichler“ (Kreibich) ebenso gesiegt wie über die „rechten Opportunisten“ (Šmeral). Kopecký, nach dem zweiten Weltkrieg Minister und einer der führenden Funktionäre der kommunistischen Tschechoslowakei, der zusammen mit Gottwald, Šverma und Slánský in die Führung der Partei aufgerückt war, hielt auf diesem Parteitag das Referat über die nationale Frage:

„Die Krise des Versailler Systems betrifft auch den tschechoslowakischen Staat, der auf der Grundlage der Friedensverträge acht Millionen Menschen fünf verschiedener Nationen unterdrückt. Vor dem Proletariat der Tschechoslowakei steht in aller Schärfe die Aufgabe des internationalen Kampfes für die Zerschlagung der imperialistischen Friedensverträge und für den Sturz des imperialistischen Systems. Das tschechoslowakische Proletariat muß einen verschärften Kampf nicht nur gegen den tschechischen, sondern auch gegen den französischen, jugoslawischen, rumänischen und polnischen Imperialismus führen . . .

Das System der imperialistischen Friedensverträge, das unter der Parole des Selbstbestimmungsrechtes aufgerichtet wurde, hat die nationale Unterdrückung nicht gemildert, sondern im Gegenteil verschärft. Die Tschechoslowakei ist ein schlimmerer Kerker der Nationen, als es das alte

<sup>53</sup> Inprecorr No. 112 (1928) 2163—2165. Rede des Gen. Mondok.

<sup>54</sup> Inprecorr No. 23 (1931) 623. Der VI. Parteitag der KPČ.

Österreich war. Die nationale Frage gewinnt auch in der Tschechoslowakei im Zusammenhang mit der Krise des Versailler Systems und mit dem wachsenden Widerstand der national unterdrückten Massen, eine besondere Bedeutung für den revolutionären Befreiungskampf. Wir haben vor dem Parteitag darüber diskutiert, ob wir von einem tschechischen oder von einem tschechoslowakischen Imperialismus sprechen sollen. Der Parteitag muß betonen, daß der Träger der imperialistischen Macht in der Tschechoslowakei die tschechische Bourgeoisie ist, die auch die nationale Unterdrückung mit Hilfe der Bourgeoisie der unterdrückten Nationen . . . durchführt. Gerade während der jetzigen Wirtschaftskrise zeigt sich, wie groß die nationale Unterdrückung in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht ist, was für Privilegien das herrschende tschechische Volk hat und wie die tschechische Bourgeoisie die Krise auch durch verstärkte nationale Unterdrückung zu lösen sucht.

Ein Drittel sämtlicher offiziell gemeldeter Arbeitslosen befindet sich in den deutschen Gebieten Nordböhmens . . . Die furchtbare Not in den Gebieten der unterdrückten Nationen betrifft nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch die Kleingewerbetreibenden, die arbeitende Intelligenz und die ausgebeuteten Bauern. Die verschärfte wirtschaftliche Unterdrückung ist begleitet von einer gesteigerten politischen und kulturellen Unterdrückung, von einer Tschechisierung vor allem im Schulwesen, von einer gewaltsamen Unterdrückung der Nationalsprachen . . . Aber auch der Widerstand der national unterdrückten Massen wächst . . . Die Aktionen der KP werden immer mehr von der Solidarität der gesamten werktätigen Bevölkerung begleitet. Alle bürgerlichen und sozialfaschistischen Parteien der unterdrückten Nationen ohne Ausnahme wenden zwar die verschiedensten Formen der nationalen Demagogie an, stehen jedoch offen auf dem Boden der Integrität des tschechoslowakischen Staates, wobei sich die Parteien zum Teil offen an der Regierung beteiligen.

Die KPČ, die seit dem V. Parteitag auch in der nationalen Frage eine richtige bolschewistische Linie eingeschlagen hat, steht jetzt vor dieser Aufgabe, einen breiten Massenkampf für das Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Nationen zu entfalten.

. . . Die Wendung in der nationalen Frage von Agitation und Propaganda zur Massenarbeit muß in der Organisierung des Kampfes der breitesten Massen für Teilforderungen gegen die nationale Unterdrückung bestehen. Wir müssen den Massen auf diese Weise täglich zeigen, daß wir gegen die Unterdrückung durch die tschechische Okkupationsherrschaft und für die Zurückziehung des tschechischen Machtapparates aus den Gebieten der unterdrückten Nationen kämpfen . . .<sup>55</sup>

In den Protokollen des VI. Ordentlichen Parteitages der KPČ finden wir unter den Abschnitten V und VI die Basis der neuen Nationalitätenpolitik der Partei gemäß der Kominterndirektive abgesteckt:

<sup>55</sup> Inprecorr No. 25 (1931) 699—700. Die Agrarfrage und die nationale Frage auf dem Parteitag.

„Die wichtigste Aufgabe der KPČ auf dem Felde des nationalen Befreiungskampfes der Tschechoslowakei ist:

Die Beseitigung des Fehlers der früheren opportunistischen Führung der Partei in der Nationalitätenfrage, welcher hauptsächlich auf opportunistischer Passivität beruhte, in der Leugnung des imperialistischen Charakters der Tschechoslowakei und in Konzessionen an die ‚tschechoslowakische Staatsidee‘; im Sinne der Beschlüsse des V. Parteitag der KPČ, jede Erscheinung opportunistischer Passivität in den eigenen Reihen auf das Schärfste zu bekämpfen und auf diesem Felde bolschewistische Aktivität zu entwickeln, damit sich die Partei die Hegemonie im nationalen Befreiungskampf erkämpfe und in den Händen behalte. Rücksichtslos müssen opportunistische und ‚linke‘ Sektiererfehler und Abweichungen in der Nationalitätenfrage bekämpft werden, welche in den Reihen der Partei noch vorkommen. Solche Fehler und Abweichungen sind: Nihilismus in der Nationalitätenfrage, die im Befreiungskampf des Proletariats auf einen ‚reinen‘ Klassenkampf beschränkt wurde und wobei der nationale Befreiungskampf nicht als ein mächtiger revolutionärer Faktor in der sozialen Befreiung des Proletariats beachtet wird — eine Abweichung, die in ihrer Form typisch ‚links-sektiererisch‘, aber in ihrem Wesen opportunistisch ist; der ‚reine‘ nationale Kampf unter den arbeitenden Massen der unterdrückten Nationen ohne Verbindung mit dem revolutionären Kampf des Proletariats und ohne Unterordnung unter den Klassenkampf — eine kleinbürgerlich-nationalistische Abweichung; Beurteilung des Losungswortes des Selbstbestimmungsrechtes der unterdrückten Nationen als den Massen nicht sichtbar, ‚nicht konkret‘, als eine Losung entfernter Perspektiven und nicht als eine Losung praktischen Inhalts des täglichen Befreiungskampfes der Massen; die Ansicht, daß es möglich sei, durch Reformen auf dem Felde der nationalen Frage im Rahmen des bürgerlichen Staates die Lage der unterdrückten nationalen Massen zu bessern, und nicht zu sehen, daß jeder solcher Versuch einer solchen Reform ihre Stellung weiter verschlechtern muß; und schließlich der Opportunismus in der Praxis, der darin beruht, daß man zwar die revolutionären Prinzipien des nationalen Befreiungskampfes ‚im Prinzip‘ anerkennt, in der Praxis aber opportunistisch nationale Politik betreibt. Die oben angeführten Fehler und Abweichungen sind opportunistischen Charakters.

Gegen die bürgerlich-sozialfaschistische Verschleierung der Nationalitätenfrage und deren Reduzierung auf das kulturelle Problem muß mit Hinweis auf den tiefen sozialen Inhalt der Nationalitätenfrage und auf deren Verschärfung in der dritten Phase angekämpft werden . . . Ferner muß der tägliche Kampf der Volksmassen in den annektierten Gebieten mit dem Befreiungskampf verbunden werden, um auf diese Art die strategische Basis der KPČ bei diesen Massen zu verbreitern und politisch deren Mehrheit zu erlangen.

Die Aufgabe der Partei ist es, den Massen die nationale Demagogie der bürgerlichen und sozialfaschistischen Parteien zu beleuchten; gegen die rückschrittliche Forderung ‚kulturelle Autonomie‘ und die Forderung ‚Autonomie‘,

mit denen man in der Slowakei, in der Karpathoukraine und in Deutschböhmen gegen verschiedene Verfügungen der Bourgeoisie mit der Absicht auftritt, die nationale Frage mittels Reformen und ‚Revisionen‘ wegzuräumen, . . . gegen all dies muß das Losungswort des Kampfes für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen bis zur Losreißung vom Staate aufgestellt werden, wobei dieses Losungswort in sich die Möglichkeit des staatlichen Zusammenlebens einer Nation mit der anderen nach Erreichung des Selbstbestimmungsrechtes auf Grund von Autonomie und voller Gleichberechtigung aller beteiligten Nationen beinhaltet.

In der Agitation, Propaganda und im praktischen Kampf der Partei müssen die breiten Massen darauf verwiesen werden, daß der Kampf gegen die nationale Unterdrückung ein Teil des Kampfes um die proletarische Revolution ist und daß das Recht auf nationale Selbstbestimmung nur durch den Sieg der proletarischen Revolution verwirklicht werden könne . . .

Die Partei muß die verlogene und imperialistische These der tschechischen Bourgeoisie von der ‚tschechoslowakischen‘ Nation bekämpfen, welche als Mittel der nationalen Unterdrückung und Vertschechung der Slowakei dient. Die Partei muß ein konkretes Losungswort für die Räumung der Slowakei, der deutschen, der magyarischen, der polnischen und ukrainischen Bezirke von den Organen der tschechischen Okkupationsmacht und von der Sicherung der Rechte der unterdrückten Nationen aufstellen, damit sie über ihr Geschick frei entscheiden können . . .

In den besetzten Gebieten muß eine der Hauptaufgaben der Partei sein, im Zusammenhang mit der Entfaltung des Nationalitätenkampfes um die Befreiung den Klassenkampf der arbeitenden Massen gegen die eigene Bourgeoisie und die Sozialdemokratie zu verschärfen und ihr unlösliches Klasseninteresse und ihre Solidarität mit den arbeitenden Massen tschechischer Nationalität zu betonen. In den tschechischen Gebieten ist dagegen eine der wichtigsten Aufgaben der Partei, den arbeitenden Massen durch unermüdliche Aufklärungsarbeit und Kampf klarzumachen, daß die Befreiung der national unterdrückten Massen die bedingungslose Voraussetzung ihrer eigenen sozialen Befreiung sei, um auf diese Weise die arbeitenden Massen der tschechischen Gebiete zur Führung des Kampfes gegen die soziale und nationale Unterdrückung in den annektierten Gebieten zu mobilisieren, damit auf diese Art sowohl die arbeitenden Massen der unterdrückten Nationen als auch die der tschechischen Nation die Barrieren der nationalen Vorurteile und Illusionen überwinden können und damit sie in ihrer Internationalität gestärkt werden und damit auf diese Art gegen die vereinigte Bourgeoisie und Sozialdemokratie der Tschechoslowakei eine feste internationale Klassenfront der Arbeitenden aufgestellt werden könne . . .

Die bolschewistische Aktivität der Partei auf dem Gebiet der nationalen Frage erfordert es, daß die Partei in der Lage sei, in jeder konkreten Situation in der nationalen Frage eine führende Losung zu präsentieren und daß sie die entsprechenden Kampforgane der Massen ausbaue, damit sie auf diese Art die Führung der Massenbewegung in den Händen behalte . . .

Für die gegenwärtige Phase des Kampfes um die Befreiung der unterdrückten Nationen aus dem nationalen und sozialen Joch in der Tschechoslowakei stellt die KPC folgende Hauptthesen auf:

Gegen die Besetzung des deutschen Teiles von Böhmen, der Slowakei, der Karpathoukraine und des Teschener Gebietes durch die imperialistische tschechische Bourgeoisie und für deren Räumung von Organen der tschechischen Okkupationsmacht!

Gegen die imperialistischen Friedensverträge von Versailles, Trianon und St. Germain!

Für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen bis zur Losreißung vom Staate!

Gegen die nationale und soziale Unterdrückung durch den Block der Bourgeoisie und Sozialfaschisten!

...

Gegen den unerträglichen Steuerdruck in der Slowakei, in der Karpathoukraine und im deutschen Teil von Böhmen!

...

Gegen die obligatorische Staatssprache!

Gegen das rückschrittliche Sprachengesetz und für freie Verwendung der nichttschechischen Sprachen im amtlichen Verkehr und im öffentlichen Leben!

Gegen die nationalistische Schulpolitik der tschechischen Bourgeoisie; anstelle von tschechisierten Schulen eine genügende Anzahl von Schulen in der Muttersprache!

Gegen die Säuberung des staatlichen Apparates und der staatlichen Unternehmen von Angehörigen der unterdrückten Nationen!

Gegen die . . . nationalitätenfeindlichen Ernennungen von Mitgliedern in die Gemeinde-, Bezirks- und Landesvertretungen!

Gegen die . . . nationalitätenfeindliche Form der öffentlichen Verwaltung!

...

Gegen die nationale Unterdrückung in der Armee, für die Einführung der Kommandos in der Muttersprache, für das Ableisten der Militärdienstplicht im Heimatgebiet!

Kampf dem bürgerlichen sozialfaschistischen Betrug mit der Losung ‚Kulturautonomie‘!

Kampf dem Betrug mit der Losung ‚Autonomie‘ in der Slowakei, in der Karpathoukraine und im deutschen Teil von Böhmen!

Kampf dem imperialistischen Betrug mit der ‚tschechoslowakischen Staatsidee‘!<sup>56</sup>

Was die Komintern in langen Jahren mit vielen Mühen, Drohungen und Eingriffen angestrebt hat, die KPC hat es nun 1931 bedingungslos angenommen. Aber es war für diese Politik schon zu spät. In Deutschland lag die Macht zu dieser Zeit schon fast in Reichweite der Nationalsozialisten. Der

<sup>56</sup> Protokoll des VI. Ordentlichen Parteitages der KPC. Prag 1931, S. 299—302.

tschechoslowakische Staat hatte sich während der 13 Jahre zu keinem Ausgleich auf dem nationalen Sektor durchgerungen. Die tschechische Sozialdemokratie hatte versagt. Die Kommunisten aber, die einzige Partei im Staat, die alle Nationen in sich vereinigte und von ihrer Theorie her Voraussetzungen mitgebracht hatte, die nationale Kluft zu überwinden, sie hatten diese Frage immer mit halbem Herzen angepackt. Schließlich wurden sie von der Komintern in ein radikales Programm aus taktischen Gründen hineingestoßen. Aber wie hätte sich die nationalistische Flutwelle noch in marxistische Kanäle leiten und zähmen lassen? Es war ein aussichtsloses Beginnen. Jenseits der Grenzen näherte sich Hitler der Macht und das deutsche Volk ging daran, in einem Aufbruch und einem Rausch ohne Beispiel die nationale und soziale Not zu überwinden, indem es die eigene Nation zum Absolutum, zum Gott machte. Zu dieser Zeit verkündete die KPČ, daß der „Vorschlag der nationalen Kommission, eine gemeinsame Delegation der Vertreter aller unterdrückten Nationen in der Tschechoslowakei in die Sowjetunion zu entsenden, um sich zu überzeugen, wie dort die nationale Frage gelöst wird, mit Begeisterung aufgenommen wurde.“<sup>57</sup>

Die komplizierten Gedankengänge und wechselvollen Auslegungen vom „proletarischen Internationalismus“ und „Selbstbestimmungsrecht bis zur Losrennung“ sagten den deutschen Massen in den Sudetengebieten angesichts des offiziellen tschechoslowakischen Regierungsunverstandes und der brutal einfachen Entwicklung in Deutschland nicht das, was sich die KPČ und vor allem die Komintern vorstellte.

Die Komintern setzte jedoch diese Linie fort. Wenige Wochen bevor Hitler die Macht übernahm, fand in Essen anlässlich des bevorstehenden zehnten Jahrestages der Ruhrbesetzung eine Konferenz der Kommunistischen Parteien von Deutschland, Frankreich, Polen, Italien, der Tschechoslowakei, Österreich und Luxemburg statt. Die Kommunisten stellten sich dabei nochmals hinter die deutschen nationalen Forderungen und erklärten den „Kampf gegen die nationale Unterdrückung der Völker und Minderheiten in Mittel- und Osteuropa“. Es werden alle deutschen nationalen Ziele aufgezählt und unterstützt, darunter auch das „Recht der Selbstbestimmung für die Sudetendeutschen“:

„Eine der wesentlichsten Fragen, die im Mittelpunkt der Beratung der Konferenz standen, war die Frage des Kampfes gegen die nationale Unterdrückung der Völker und nationalen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa. Die Vertreter der polnischen, tschechischen, französischen, belgischen und italienischen Parteien brandmarkten auf der Konferenz die blutigen und grausamen Unterdrückungsmethoden der Imperialisten gegen die Völker Oberschlesiens, Pomerellens, West-Weißrußlands und der West-Ukraine, Elsaß-Lothringens und des Saargebiets, von Eupen-Malmedy, Südtirols und gegen die Sudetendeutschen und proklamierten den Kampf für das freie Selbstbestimmungsrecht dieser unterdrückten Nationen . . .

<sup>57</sup> Protokoll des VI. Ordentlichen Parteitages der KPČ. Prag 1931. Inprecorr No. 27 (1931) 752. Abschluß des Parteitages.

. . . Ausgehend von den Beschlüssen des XII. Plenums des Exekutivkomitees der Komintern erklärt die Konferenz, den unversöhnlichen Kampf gegen die imperialistischen Verträge von Versailles, St. Germain, Trianon, Neuilly usw. mit äußerster Verstärkung fortzusetzen und bis zur völligen Vernichtung dieser Verträge . . . zu führen.

. . . Die Konferenz der kommunistischen Parteien erklärt ihre brüderliche Solidarität mit dem Kampf des deutschen Proletariats unter der Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands . . .

Die Konferenz stellt fest, daß das revolutionäre Proletariat Frankreichs, Italiens, Polens, Englands, Belgiens, der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumäniens einen schonungslosen Kampf gegen die imperialistische und kriegerische Politik der eigenen Bourgeoisie und die nationale Unterdrückung entfaltet: gegen die Besetzung des Saargebietes, gegen die Unterdrückung Elsaß-Lothringens, gegen die Raubpolitik des polnischen Imperialismus gegenüber Danzig, gegen die nationale Unterdrückung in Oberschlesien, Pomerellen und Südtirol, gegen die Versklavung der Völker und nationalen Minderheiten in der Tschechoslowakei, gegen die Entrechtung des österreichischen Volkes . . .<sup>58</sup>

Vier Wochen später kommt in Deutschland der Mann an die Macht, der — glühender Nationalist und Rassenimperialist — wohl das Versailler System bekämpft und zum Einsturz bringen wird, der aber — wie eine lebendige Bestätigung der äußersten sowjetischen Befürchtungen — glaubt, mit britischer Rückendeckung eines Tages den Marsch nach Osten antreten zu können, um dort in den Weiten Polens, der Ukraine und Rußlands sein „Indien“ über eine rechtlos gemachte Bevölkerung zu gründen und der in seinem Buch geschrieben hatte:

„Nicht West- und nicht Ostorientierung darf das künftige Ziel unserer Außenpolitik sein, sondern Ostpolitik im Sinne der Erwerbung der notwendigen Scholle für unser deutsches Volk . . . Wir setzen dort ein, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten . . . Staatsgrenzen werden durch Menschen geschaffen und durch Menschen geändert . . . kein Volk besitzt auf dieser Erde auch nur einen Quadratmeter Grund und Boden auf höherem Wunsch und laut höherem Recht . . . Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, so können wir in erster Linie nur an Rußland und die . . . Randstaaten denken . . . Wir sind vom Schicksal ausersehen, Zeugen einer Katastrophe zu werden, die die gewaltigste Bestätigung für die Richtigkeit der völkischen Rassenlehre sein wird. Unsere Aufgabe, die Mission der nationalsozialistischen Bewegung aber ist es, unser eigenes Volk zu jener politischen Einsicht zu bringen, daß es sein Zukunftsziel nicht im berausenden Eindruck eines neuen Alexanderzuges erfüllt sieht, sondern vielmehr in der emsigen

<sup>58</sup> Inprecorr Nr. 3 (1933) 99—100.

Arbeit des deutschen Pfluges, dem das deutsche Schwert . . . den Boden zu geben hat.“<sup>59</sup>

Für Stalin zeichnet sich die schlimmste Möglichkeit am Horizont ab: die neue „Intervention“, das Bündnis zwischen westeuropäischen Kapitalisten und den deutschen Divisionen. Das Steuer der sowjetischen Mitteleuropapolitik muß nun radikal herumgeworfen werden. Die Bedeutung der Tschechoslowakei für Moskau wandelt sich. Beneš hat diese Lage rasch erkannt und beginnt von sich aus an der Brücke Paris-Moskau zu bauen. Bei den Kommunisten ist das Recht der Sudetendeutschen auf Selbstbestimmung nicht mehr lange gefragt.

### *Die neue Losung: „Verteidigung der Integrität der Republik“*

Die Machtübernahme durch den Nationalsozialismus in Deutschland hatte für die Sowjetunion die Lage in Mitteleuropa grundlegend geändert. Wenn gleich man zunächst in Moskau noch zu glauben schien, daß das „Hitler-Experiment“ zu einem raschen inneren Zusammenbruch Deutschlands und damit zur letzten Alternative der kommunistischen Revolution führen würde, so sollte sich doch bald herausstellen, daß jede Aussicht auf Umsturz oder Revolution in Deutschland zum Nichts zusammengeschrumpft war, ja daß von diesem Staate, zum ersten Mal seit der Intervention der Alliierten während der revolutionären Wirren in Rußland, die Gefahr eines offenen Angriffes drohte.

Nach diesem eklatanten Scheitern der „linken“ Revolutionspolitik in Zentraleuropa wurde, wie in allen solchen Fällen, die Generallinie bei der KPdSU und der Komintern ausgewechselt. Zu Ehren kam nun ein „Rechts“-Kurs, der auf Zusammenarbeit mit den sozialistischen, ja sogar mit den bürgerlichen Parteien gegen die „faschistische Gefahr“ abgestellt war. Die Sowjetunion trat in den vorher als konterrevolutionär beschimpften Völkerbund ein und versuchte vor allem in Frankreich, das auch die Sorge vor dem neuen Deutschland drückte, eine „Volksfront“ aufzubauen.

Der VII. Kominternkongreß, nach siebenjähriger Pause vom 25. Juli bis 20. August 1935 abgehalten, bestätigte die Direktiven des Exekutivkomitees der Komintern vom Frühjahr 1934: „Die Volksfrontpolitik aller Werktätigen gegen den Faschismus.“<sup>60</sup> In der Resolution „Über die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Zusammenhang mit der Vorbereitung eines neuen Weltkrieges durch den Imperialismus“ wurde mit noch größerem Nachdruck als bisher gefordert, „die Politik der Arbeiterklasse, den Kampf für den Frieden . . . unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung der Sowjetunion zu führen.“<sup>61</sup> Verteidigung der Sowjetunion hieß aber nicht wie bisher, die Fackel des „Selbstbestimmungsrechtes bis zur Lostrennung“ in das

<sup>59</sup> Hitler, A.: Mein Kampf. München 1940, S. 743.

<sup>60</sup> Nollau: Die Internationale. Köln 1959, S. 102.

<sup>61</sup> Nollau 103.

zentraleuropäische Pulverfaß zu werfen und die nationalen Forderungen der Deutschen zu begünstigen, sondern einen Ring der Verteidigung um das expansive Deutschland zu legen und damit den befürchteten deutschen Vorstoß nach Osten abzubremsen und aufzusplittern.

Der Tschechoslowakei war nun eine andere Rolle zugefallen. Es wurde das Interesse der Sowjetunion, diesen Staat als Ganzheit und als schlagkräftige Verteidigung gegen Deutschland zu erhalten. Beneš hatte die Chance, die für ihn in diesem Kurswechsel lag, rasch begriffen. Im Mai 1935 unterzeichnete er einen militärischen Bündnisvertrag mit Moskau und koppelte diesen mit dem französischen Beistandspakt. Die KPČ, die noch am 27. März 1931 erklärt hatte, daß die „tschechische Nation nicht sein kann, solange die Tschechoslowakei existiert“<sup>62</sup>, stellte sich nun hinter die Außen- und Verteidigungspolitik des tschechoslowakischen Staates. Gottwald versuchte diesen Widerspruch im Jahre 1936 im Prager Parlament folgendermaßen aufzulösen:

„Warum proklamierten die Kommunisten das Selbstbestimmungsrecht der Nationen bis zur vollständigen Lostrennung und warum erklären sie heute, daß sie nicht ein einziges Dorf an Hitler, Horthy oder Pilsudski abgeben werden? Eben darum, weil eine tatsächliche nationale Gleichberechtigung, die Durchführung dessen, was die Kommunisten vorschlugen, dazu geführt hätte, daß wir heute in der Republik weder einen Henlein noch einen Esterhazy, weder einen Sidor noch einen Fencik oder Wolf, kurz und gut niemanden hätten, der nach Berlin, nach Warschau oder nach Budapest schießt.“<sup>63</sup>

Der Kurs der Partei stand seit 1934 auf Erhaltung der Integrität der Republik und Stärkung ihrer Verteidigungskraft. Die Partei sagte sich zwar nicht ausdrücklich von den früheren Parolen los, münzte aber ihren Inhalt auf die neuen Zielsetzungen um. Gegenüber der deutschen Minderheit bot sich eine Unterscheidung an, die bereits dem Klassenkampfdogma zugrunde lag. So wie der linke Radikalismus seit jeher erklärt hatte: die Selbstbestimmung gilt nur, soweit sie die revolutionären Bestrebungen des Proletariats fördert, keinesfalls völlig unabhängig davon zugunsten einer sogenannten nationalen Gemeinschaft, so wurde jetzt dieser Trennungsstrich der marxistischen Theorie auf die sudetendeutsche Volksgruppe angewendet. Klement Gottwald erklärte:

„Wir sind für volle Gleichberechtigung der Sprachen aller Nationen der Republik. Jeder soll die Möglichkeit haben, sich mit den Behörden in seiner Muttersprache zu verständigen. Wir sind für eine volle Gleichberechtigung der Schulen, damit die Eltern ihre Kinder in die Schulen ihrer Nationalität schicken können . . . Wir sind dafür, daß soviel Millionen wie nötig sind, dazu aufgewandt werden, um den deutschen Arbeitern Arbeit zu beschaf-

<sup>62</sup> Korbel, J.: *The Communist Subversion of Czechoslovakia*. Princeton Univ. / N. Jersey 1959, S. 30.

<sup>63</sup> Hájek, M.: *Die Beziehungen zwischen der tschechoslowakischen und der deutschen Arbeiterbewegung (1918—1955)*. Parteihochschule Karl Marx b. ZK der SED. Berlin 1955, S. 15.

fen. Wir sind aber dagegen, daß dieses Geld den Henlein-Anhängern und Fabrikanten zur Verfügung gestellt wird . . . Kurz und gut, wir sind dafür, daß die Verhältnisse unserer deutschen Mitbürger verbessert werden, aber jeder muß verstehen, daß das nicht dadurch geschehen kann, daß wir sie an Henlein ausliefern.“<sup>64</sup>

Zum gleichen Thema sagt ein paar Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg ein tschechischer KP-Funktionär in einer Vorlesung in einer mitteldeutschen Parteihochschule:

„Angesichts der neuen Situation war es wichtig, nicht aus den Augen zu lassen, daß der Marxismus-Leninismus die nationale Frage nicht als eine selbständige, unabhängige Frage betrachtet, sondern als eine abgeleitete, eine Teilfrage. Genosse Stalin lehrt, daß die nationale Frage ein Teil des allgemeinen Problems der proletarischen Revolution, der Diktatur des Proletariats ist. Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei behandelte deshalb die nationale Frage vom Gesichtspunkt des allgemeinen Kampfes gegen den Faschismus, gegen die Gefahr der faschistischen Aggression. Sie orientierte sich auf einen scharfen Kampf gegen den Separatismus der sudeten-deutschen, slowakischen, ungarischen, ukrainischen und polnischen Faschisten . . . Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei kämpfte natürlich auch weiterhin für die Erweiterung der nationalen Rechte der Slowaken, Deutschen, Ungarn, Ukrainer und Polen, und bewies dem tschechischen Volke, daß diese Maßnahmen im Interesse der Erhaltung der Selbständigkeit der Republik lagen. Die Kommunistische Partei zeigte auch, daß es hierbei nicht um eine Änderung in den Prinzipien ihrer Politik geht.“<sup>65</sup>

Aus einer Partei, die noch wenige Jahre vorher den „tschechoslowakischen Imperialismus“ bekämpft hatte und von diesem Staat als von einem „Völkerkerker schlimmer als Österreich-Ungarn“ sprach, wurde nun der Verteidiger des status quo. Die KPČ sagt dazu:

„Im Beschluß des VII. Kongresses der Komintern . . . wurde darauf hingewiesen, daß, falls ein schwacher Staat von einem oder mehreren imperialistischen Großmächten angegriffen wird, die seine nationale Unabhängigkeit und Einheit vernichten wollen, der Krieg der nationalen Bourgeoisie des angegriffenen Landes den Charakter eines Befreiungskrieges annehmen kann, in den die Arbeiterklasse und die Kommunisten eingreifen müssen. Es ist die Aufgabe der Kommunisten eines solchen Landes, während sie unversöhnlich für die Sicherung der ökonomischen Interessen der Arbeiter, Bauern und der nationalen Minderheiten kämpfen, sich gleichzeitig in die ersten Reihen des Kampfes um die Schaffung der nationalen Unabhängigkeit zu stellen, den Befreiungskrieg bis zum Ende zu führen und die eigene Bourgeoisie daran zu hindern, mit den angreifenden Mächten auf Kosten der Interessen des eigenen Landes Geschäfte zu machen. Aus diesem Beschluß ergaben sich klar und deutlich die Aufgaben der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei.“<sup>66</sup>

<sup>64</sup> H á j e k 16.

<sup>65</sup> H á j e k 14, 15.

<sup>66</sup> H á j e k 14.

Ein kleiner Schritt ist es nur noch, bis die KPČ in völliger Umkehrung ihrer früheren Position selbst den tschechischen nationalchauvinistischen Parteien Verrat an der Republik vorwerfen wird und sich den enttäuschten Massen zum ersten Mal im Mantel des nationalen Kämpfers zeigt. Dieser Schritt wurde mit „München“ 1938 getan.

Die Aufgaben die der KPČ nach 1933 gestellt waren, hießen:

a) Kampf für die Integrität der Republik gegen jede revisionistische deutsche Politik diesseits oder jenseits der Grenzen.

b) Herstellung eines nationalen Friedens zwischen Tschechen und Sudetendeutschen durch einen die Republik unversehrt lassenden „nationalen Ausgleich“.

c) Auf der Basis des Klassenstandpunktes Schaffung einer quer durch die Nationen der Republik gehenden Volksfrontregierung gegen das nationalsozialistische Deutschland und seine gegen den Osten gerichteten Expansions Tendenzen.

Die Grundformel für diese Politik sollte aber auch weiterhin der „proletarische Internationalismus“ abgeben: Das Oktoberplenum des ZK der KPČ des Jahres 1933 befaßte sich in diesem Sinne eingehend mit der nationalen Frage. Der Partei wurde die Aufgabe gestellt, in der steigenden Flut des Nationalismus bei Tschechen wie Deutschen „das Banner des proletarischen Internationalismus umso höher zu erheben.“<sup>67</sup> Den unterdrückten Volksgruppen sollte durch die Kommunisten gezeigt werden, daß ihre Selbstbestimmung „nur im Klassenbündnis mit dem tschechischen Proletariat erkämpft werden und daß nur die proletarische Revolution jeglicher nationalen Unterdrückung ein Ende setzen könne.“<sup>68</sup>

Die gesamtstaatliche Konferenz der KPČ vom Ende Januar 1934 unterstrich diese Beschlüsse und wies darauf hin, daß die Kommunisten den Kampf um die Massen der unterdrückten Nationalitäten verstärken mußten, „um deren nationale Vorurteile und Illusionen in politischen und sozialen Fragen im gemeinsamen Kampf zu überwinden.“<sup>69</sup>

Das Ergebnis dieser Politik des „proletarischen Internationalismus“ war aber mager. Auf tschechischer Seite bezichtigten die sozialdemokratischen und bürgerlichen Parteien die KPČ des Hochverrats. Man behauptete, daß die Kommunisten durch ihr Eintreten für die Gleichberechtigung der Minderheiten und ihr Recht auf Selbstbestimmung bis zur Lostrennung denjenigen Kräften in die Hand arbeiteten, die die Integrität der Republik unterhöhlten und die Selbständigkeit der tschechischen Nation gefährdeten. Im deutschen Sprachgebiet hingegen war es für die Kommunisten nahezu aussichtslos, mit einem Nationalismus zu konkurrieren, der geschichtlichen Tiefen entsprang, an die die Klassenkampftheorien von Marx, so real sie in der industriellen Gesellschaft auch sein mochten, nicht heranreichten. Das mythische Erlebnis der „Volksgemeinschaft“ stand hier gegen die rationale Theorie

<sup>67</sup> Fuchs, G.: Gegen Hitler und Henlein. Berlin 1961, S. 112.

<sup>68</sup> Fuchs 113.

<sup>69</sup> Gottwald, K.: Spisy. Bd. 5. Prag 1953, S. 89.

von der internationalen Klassenzusammengehörigkeit. Dazu kam, daß zu der Zeit, als die Weltwirtschaftskrise in der ČSR mit einer gewissen Verspätung ihren Tiefpunkt erreichte — was sich besonders auf die exportempfindlichen deutschen Grenzgebiete auswirkte —, jenseits der Grenzen in Deutschland ein „nationaler Messias“ nicht nur die drückendste Not beseitigte, sondern dem gesamten deutschen Volk auch die Überwindung des Unrechtes von Versailles versprach. In ihrer nationalen und sozialen Not hätten die Sudetendeutschen mit Aussicht auf Erfolg nur von einer KPČ angesprochen werden können, deren deutscher Sektion auch die nationale Gemeinschaft etwas bedeutet hätte. Erinnern wir uns an die Entstehungsgeschichte der KPČ: Die tschechischen Kommunisten unterlagen immer einer Neigung zum „rechten Opportunismus“, d. h. einer Anpassung an die tschechischen nationalen Stimmungen und Nationalinteressen. Die sudetendeutschen Kommunisten hingegen tendierten zum „Dogmatismus“, ja zum „linken Sektierertum“. Sie waren ausgesprochene Internationalisten, jederzeit bereit, im Nationalismus des eigenen Volkes den Hauptfeind zu sehen — wie es sich für einen richtigen Marxisten gehört —, aber auch die Interessen der Nation ohne zu zögern über Bord zu werfen. Von Kreibich kennen wir das Bekenntnis:

„Weil . . . die proletarische Revolution einzig als Weltrevolution, als internationale Aktion, siegen kann, muß die kommunistische Partei jedes Landes, jedes Volkes die gemeinsame Sache der internationalen Revolution über die Erfordernisse des eigenen Staates, des eigenen Volkes stellen . . . In der kommunistischen Gesellschaft wird die Entwicklung der nationalen Verhältnisse zu einem einzigen Ziel fortschreiten: zu einer einzigen Nation der gesamten Menschheit. Welche Völker in dieser Entwicklung zugrundegehen, welche Sprache sich nicht länger wird halten können, ist für mich als Kommunist eine unbedeutende Frage. Es ist mir gleich ob das eine germanische, eine slawische, kaukasische oder mongolische Welt sein wird, Hauptsache es wird eine kommunistische Welt . . .“<sup>70</sup>

Kreibich hatte sich in den Auseinandersetzungen der zwanziger Jahre um die Kominternpolitik in der nationalen Frage auf die Seite Šmerals geschlagen. Die sudetendeutsche kommunistische Linke war mit diesen inneren Voraussetzungen somit nach 1933 erst recht nicht in der Lage, bei ihren Landsleuten einen wesentlichen Erfolg, und dies trotz der ungeheuren Wirtschaftsnot, zu erzielen. Ganz im Gegensatz dazu, konnten die tschechischen Kommunisten, die in der breiten Masse schon immer zur Unterstützung des tschechoslowakischen Nationalismus geneigt hatten und dafür von Lenin schon scharf getadelt worden waren, an ihre alte „rechte“, „national“-kommunistische Linie anknüpfen und damit wachsende Erfolge erzielen, je mehr die Bedrohung der Republik wuchs und je mehr es im sowjetischen Interesse lag, den status quo in Mitteleuropa zu verteidigen. Einen Hinweis auf diese unterschiedlichen Tendenzen innerhalb der KPČ zeigt noch das Oktoberplenium

<sup>70</sup> Brouček, M.: Československá Tragedie. New York 1956, S. 67.

des ZK im Jahre 1933, das feststellte: „... im tschechischen Gebiet kommt es immer noch zu Fällen des Zurückweichens von Kommunisten vor dem bürgerlichen Nationalismus, während im vorwiegend deutsch-besiedelten Gebiet die Kommunisten dem nationalen Problem überhaupt noch zu wenig Aufmerksamkeit widmen.“<sup>71</sup> Die Parlamentswahlen vom 19. 5. 1935 bringen demgemäß den Kommunisten eine Niederlage in den sudetendeutschen Gebieten und einen Stimmenzuwachs im tschechischen Landesinneren. Gegenüber den Wahlen von 1929 verlor die KPC knappe 36% der Stimmen bei den Deutschen, während sie in den tschechischen Industriegebieten durchschnittlich 40% dazugewinnen konnte.<sup>72</sup>

Zwischen dem Sommer 1935 und dem Herbst 1938 waren dann die Richtlinien gültig, die auf die Beschlüsse des VII. Kongresses der Komintern vom 25. Juli bis 20. August 1935 zurückgingen. Die KPC stellte nun die Losung „Verteidigung der Republik“ auf und trat für das von der Sowjetunion propagierte kollektive Sicherheitssystem ein, das den durch Versailles geschaffenen Zustand gegen die Deutschen garantieren sollte. In der Nationalitätenfrage, besonders hinsichtlich der Sudetendeutschen, versuchte die KPC die Politik der Verteidigung der Republik mit einer Propagierung des „nationalen Ausgleichs“ zwischen Tschechen und Sudetendeutschen zu verbinden, hauptsächlich um der alle Dämme überflutenden Sudetendeutschen Partei Konrad Henleins möglichst viel Wasser abzugraben. Nach der Niederlage bei den Maiwahlen in den deutschen Sprachgebieten hatte sich die KPC die Aufgabe gestellt, bei den Sudetendeutschen eine antifaschistische Massenbewegung ins Leben zu rufen. In den Beschlüssen des VII. Kominternkongresses in Moskau war nämlich besonders betont worden, daß zur Gewinnung der von Henlein beeinflußten Teile der deutschen Bevölkerung die „immer noch ungenügende Berücksichtigung der nationalen Gefühle der deutschen Werktätigen zu überwinden sei.“<sup>73</sup>

In dieser Richtung hatte die KPC bereits kurz nach der Wahlniederlage Mitte Juni 1935 ein umfangreiches Dokument der Öffentlichkeit übergeben, das den Titel trug: „Unverzögliche Hilfe für das werktätige sudetendeutsche Volk.“ Darin wurde neben vielen wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen für die Sudetendeutschen die volle Gleichberechtigung auf dem Gebiete der Sprache und Schule gefordert. Gegen die von der Henleinpartei verkündete „Volksgemeinschaft“ wurde eine deutsch-tschechische Verbrüderungskampagne eingeleitet. Gemeinsame „Volkstage“ fanden statt, so in Trautenau, auf dem Jeschken, in Teplitz und in vielen anderen Städten. Kommunistische tschechische Abgeordnete traten vor tschechischen Arbeitern für die Gleichberechtigung der Sudetendeutschen ein. So forderte Jan Šverma am 6. September 1935 vor 7000 Arbeitern in den Prager Lucerna-Sälen die nationale Gleichberechtigung der Deutschen, „weil dies eine der wichtigsten Voraus-

<sup>71</sup> Gottwald V, 236.

<sup>72</sup> Fuchs 133.

<sup>73</sup> Protokoll des VII. Weltkongresses der Komintern. 1935, S. 572..

setzungen zur erfolgreichen Verteidigung der Republik gegen den Faschismus sei".<sup>74</sup> Die KPČ stellte demonstrativ eine Kommission unter Leitung von Prof. Nejedlý (nach 1945 Minister in der volksdemokratischen ČSR) zusammen, die die Lage der Bevölkerung in den Randgebieten untersuchen sollte. Im Bereich dieser Kommission wurde die nationale Unterdrückungspolitik gegenüber den Sudetendeutschen angeprangert.<sup>75</sup> Auch um die deutsche Universität in Prag nahm sich die KPČ an. Das Rudé Právo veröffentlichte am 20. Oktober 1935 einen Beitrag, der die tschechische Politik in dieser Frage scharf angriff. Im Prager Stadtrat kam es wegen des Eintretens der tschechischen Kommunisten für die deutsche Universität sogar zu einem Tumult, sodaß die Sitzung abgebrochen werden mußte.<sup>76</sup>

In diesem Spätherbst 1935 begann die KPČ in den Grenzgebieten mit der Propagierung der sogenannten „Volksrechte“, die man in vier Punkten zusammenfaßte: 1. Das Recht auf Brot und Arbeit. 2. Das Recht auf nationale Gleichheit mit dem tschechischen Volk. 3. Das Recht auf politische Freiheit. 4. Das Recht auf Frieden. — In diesen vier Punkten sollten in einer riesigen Versammlungswelle den Sudetendeutschen alle Forderungen nahegebracht werden, die die KPČ gemäß den Richtlinien der Komintern hinsichtlich der nationalen Frage in der ČSR aufgestellt hatte. Die deutsche Volksgruppe sollte so für die Verteidigung der Republik gewonnen werden. Am Rande sei bemerkt, daß die Partei damals auch in Presse und Parlament die Errichtung einer eigenen deutschen Sendestation von der Regierung forderte.

Der VII. Parteitag der KPČ im April 1936 bekräftigte diese Politik: kollektive Sicherheit, Verteidigung der tschechoslowakischen Republik, Schaffung einer sozialistischen Einheitsfront und antifaschistischen Volksfront, nationale Gleichberechtigung für die Sudetendeutschen im Rahmen des Staates.

Aber nach den Wahlen von 1935 war es bereits klar, daß die KPČ in den deutschen Gebieten keine große Chancen mehr hatte. Alle Kampagnen, Massenaktionen und Forderungen konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Zeit rasch ihrem Ende näherte, wo ein Ausgleich innerhalb des Staatsrahmens noch möglich sein konnte. Gegenüber den sudetendeutschen Forderungen nach territorialer Autonomie und der wachsenden Anziehungskraft des Dritten Reiches hatten die „Volksrechte“ und der am 6. November 1936 in einem Memorandum der KP-Führung von der Regierung geforderte „nationale Ausgleich“ keine Durchschlagskraft mehr.

Das Memorandum der KPČ an die Regierung verdient jedoch als Dokument, das zwischen der Losung der „Selbstbestimmung bis zur Lostrennung“ von 1929/31 und der Austreibung der Deutschen von 1945 steht, eine besondere Beachtung. In der Präambel wird der Zweck der Herbeiführung eines nationalen Ausgleichs erklärt:

„Die Verletzung der bürgerlichen Rechte der deutschen Bevölkerung in

<sup>74</sup> Rote Fahne, 8. 9. 1935.

<sup>75</sup> Fuchs 148.

<sup>76</sup> Fuchs 150.

der Tschechoslowakei, die ihr durch die Verfassung der Republik gegeben wurden, die nationale Unterdrückung sowohl auf kulturellem wie auch auf sozialem Gebiet leiten heute den Agenten des deutschen Imperialismus Wasser auf die Mühlen. Deshalb ist es unumgänglich nötig, daß der bisherige Zustand der bürgerlichen Ungleichheit, der nationalen Ungerechtigkeit und Not in den Grenzgebieten radikal geändert wird, daß die Regierung den berechtigten politischen und nationalen Forderungen der deutschen Bevölkerung entgegenkommt . . . Dadurch würden das Verhältnis der deutschen Bevölkerung zur Republik verbessert und die Verteidigungspositionen der Republik gegen den deutschen Imperialismus verstärkt werden.“<sup>77</sup>

Gegenüber der Politik von 1929/31 hat jetzt die Erhaltung der Integrität der Republik den Vorrang. Das Dokument erklärt:

„Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei steht auf dem Standpunkt der konsequenten demokratischen Lösung der Nationalitätenfrage in der Tschechoslowakei, wobei sie entschieden alle Versuche, in die Nationalitätenfrage vom Ausland her einzugreifen, wie auch jeden Separatismus, Föderalismus und Autonomismus ablehnt . . . Die Forderungen, die die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei heute der Regierung vorlegt, beinhalten lediglich, die bürgerliche Gleichberechtigung der deutschen Bevölkerung sicherzustellen, sowie deren grundlegendste politische, kulturelle und soziale Forderungen, berühren aber keine der staatsrechtlichen Fragen der Tschechoslowakei. Deshalb würde die Erfüllung der im Memorandum enthaltenen Forderungen noch nicht die konsequente demokratische Lösung der Nationalitätenfrage im Sinne der vollen Gleichberechtigung des tschechischen und deutschen Volkes in der Republik bedeuten. Aber wir sind tief davon überzeugt, daß die Verwirklichung dieser elementaren Forderungen der bürgerlichen Gleichberechtigung sehr schnell das Verhältnis der deutschen Bevölkerung zur Verteidigung der Republik verbessern . . . und den Weg öffnen würde zum weiteren friedlichen demokratischen Ausgleich zwischen Tschechen und Deutschen bis zur völligen nationalen Gleichberechtigung zwischen dem tschechischen und dem deutschen Volk und zu ihrem brüderlichen Bund.“<sup>78</sup>

In sieben Punkten werden nun diese Forderungen zusammengefaßt und hinsichtlich dessen, was die heutige sozialistische, von der KPC geführte, Tschechoslowakische Republik den dort noch lebenden Sudetendeutschen an nationaler Gleichberechtigung zu bieten hat, und ebenfalls in Anbetracht der gegenwärtigen Propaganda, die die Sudetendeutschen ohne jeden Unterschied und ohne Rücksicht auf die geschichtliche Wahrheit als die böswilligen Zerstörer der „demokratischen“ Ersten Tschechoslowakischen Republik hinstellt, ist es angebracht, den vollen Wortlaut dieser sieben Punkte zu zitieren:

<sup>77</sup> Fuchs 307.

<sup>78</sup> Fuchs 307.

„Im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei erlauben wir uns, der Regierung der Tschechoslowakischen Republik folgendes Memorandum vorzulegen. [Es folgt die bereits zitierte Präambel — anschließend heißt es]:

Für die wichtigsten Maßnahmen, um die bürgerliche Gleichberechtigung der deutschen Bevölkerung herbeizuführen und ihren politischen, kulturellen und sozialen Grundforderungen entgegenzukommen, halten wir folgende:

1. Sicherung der bürgerlichen Gleichberechtigung der Deutschen in der Republik.

In der Verfassungsurkunde der Tschechoslowakischen Republik heißt es: „Alle Staatsbürger der Tschechoslowakischen Republik sind vor dem Gesetz vollständig gleich und genießen die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte unabhängig davon, welcher Rasse, Sprache oder Religion sie sind. Der Unterschied in Religion, Glauben, Bekenntnis und Sprache gereicht keinem Staatsbürger der Tschechoslowakischen Republik in den Grenzen der allgemeinen Gesetze zum Nachteil, insbesondere was den Zutritt zum öffentlichen Dienst, zu den Behörden und Würden, oder was die Ausübung jedweden Gewerbes oder Berufes betrifft.“

Im gleichen Sinne spricht auch der Wortlaut des Vertrages von St. Germain von der vollen bürgerlichen Gleichberechtigung aller Bürger der Republik ohne Unterschied der Sprache. Aber die wirkliche Praxis widerspricht, was die bürgerliche Gleichberechtigung der Deutschen der Republik anbelangt, diesen demokratischen Grundsätzen der Verfassung. Die bürgerliche Gleichberechtigung der Deutschen wird verletzt, was den Zutritt zum öffentlichen Dienst und zu den Behörden anbelangt, was die wirtschaftliche Hilfe und Unterstützung der sozial schwachen Schichten, was den Gebrauch der Sprache vor Gericht und bei den Behörden anbelangt usw.

Wir verlangen deshalb: Die Regierung möge Maßnahmen ergreifen, damit die bürgerliche Gleichberechtigung der Deutschen in der Republik sichergestellt wird; die Regierung möge alle Taten hintanhaltend und verfolgen, die eine politische oder wirtschaftliche Zurückstellung und Unterdrückung aus nationalen Motiven bedeuten, ebenso wie die nationale Hetze, jede Aufforderung zum Boykott der Bürger anderer Nationen usw.

2. Demokratische Novellierung des Sprachengesetzes.

Das Gesetz über den Gebrauch der Sprache in der Tschechoslowakei wurde seinerzeit als eine Konzession an die tschechischen chauvinistischen Hetzer angenommen und widerspricht dem Geist der demokratischen Verfassung der Republik. Dieses Gesetz ist ein ernstes Hindernis des Ausgleichs zwischen Tschechen und Deutschen und wird heute zu einem ernststen Hindernis im Kampf um die Gewinnung der deutschen Bevölkerung für die Sache der Verteidigung der Republik.

Wir fordern daher: das Sprachengesetz möge sofort im Geiste des demokratischen Ausgleichs zwischen Tschechen und Deutschen in der Weise no-

velliert werden, daß jeder Deutsche die Möglichkeit und das Recht hat, seine Muttersprache bei den Behörden und vor den Gerichten zu gebrauchen, daß seine Angelegenheiten in deutscher Sprache erledigt werden (deutsche Gesuche, Antworten und Entscheidungen der Behörden usw.). Alle diese Fragen mögen lediglich vom Standpunkt der Zweckmäßigkeit gelöst werden, und soweit im Verkehr mit den Ämtern Übersetzungen notwendig sind, mögen diese auf Kosten des Staates angefertigt werden. Was die Aufschriften und Bezeichnungen in den deutschen und in den gemischtsprachigen Gebieten anbelangt, so darf hier nicht vom Standpunkt des nationalen Prestiges vorgegangen werden, sondern im Geist der nationalen Verträglichkeit und zwar so, daß der Verkehr mit den Behörden für alle Bürger der Republik erleichtert wird.

### 3. Sicherung des Unterrichts für alle Kinder deutscher Nationalität in ihrer Muttersprache.

Die nationale Unterdrückung in Schulfragen war in Österreich eine der brennendsten Fragen des tschechischen nationalen Lebens. Die Forderung der deutschen Bevölkerung, daß jedes deutsche Kind die Möglichkeit seiner Ausbildung in seiner Muttersprache hat, ist heute für die deutsche Bevölkerung gleichermaßen dringend und muß als eine der Grundlagen des demokratischen nationalen Ausgleichs erfüllt werden.

Wir fordern daher: Die Lex Uhlíř möge annulliert und deutsche Schulen für nationale Minderheiten mögen, ebenso wie tschechische Minderheitenschulen überall dort errichtet werden, wo es notwendig ist. Im Rahmen der allgemeinen Gesetze und Verordnungen ist in allen Schul- und Unterrichtsfragen nach den Bedürfnissen der deutschen Bevölkerung zu entscheiden. Gleichzeitig möge eine verstärkte Kontrolle durchgeführt werden, damit der Unterricht dem Geist der Demokratie entspreche.

### 4. Sicherung der vollen Unterstützung der deutschen Kultureinrichtungen.

Die kulturelle Annäherung des deutschen Volkes an das tschechische möge von der Regierung mit allen Mitteln unterstützt werden. Zu diesem Zwecke mögen die kulturellen Einrichtungen und Unternehmungen der deutschen Bevölkerung der Tschechoslowakei (Theater, Literatur, Kunst, Volkserziehung, Sport usw.) im selben Verhältnis wie die tschechische Kultur unterstützt werden. Gegen die Hitlertendenzen und gegen die nationale Hetze in der Schule, im Theater, in der Literatur, in der Kunst und im Sport möge mit aller Schärfe vorgegangen werden.

### 5. Für die nationale Gerechtigkeit im Verwaltungsapparat und in den Staatsunternehmungen.

In allen Zweigen der Verwaltung — auf den Eisenbahnen, der Post, bei den Steuerämtern, bei den staatlichen Verwaltungs- und Sicherheitsämtern, bei den Gerichten, bei den Kommunalverwaltungen, in allen Staatsunternehmungen.

gen usw. — möge die Zusammensetzung der Staatsangestellten nach dem nationalen Schlüssel erfolgen, wobei der Verwaltungs- und Staatsapparat von den reaktionären Feinden der Republik und der Demokratie ohne Unterschied der Nationalität gereinigt werde. Dabei möge von den Beamten in den gemischtsprachigen Gebieten verlangt werden, daß sie die Sprache der Minderheit beherrschen und daß auch in dieser Sprache amtiert wird. Die nationale Gerechtigkeit im Verwaltungsapparat und in den Staatsunternehmungen darf nicht dadurch erzielt werden, daß etwa Beamte entlassen würden, sondern durch Verkürzung der Arbeitszeit, Erleichterung des Dienstes, Rückberufung der tschechischen Angestellten ins tschechische Gebiet und durch Beschäftigung neuer deutscher Beamter usw.

#### 6. Sicherung der nationalen Gerechtigkeit in wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen.

Die Staatsinvestitionen und staatlichen Beiträge für soziale Zwecke mögen mit besonderer Rücksichtnahme auf die Not in den deutschen Gebieten der Republik national gerecht aufgeteilt werden. Bei Notstandsarbeiten und Staatsinvestitionen im deutschen Gebiet möge die dortige Bevölkerung nach dem nationalen Schlüssel beschäftigt werden. Die deutschen Gewerbetreibenden dürfen bei Vergebung von Bauten, Lieferungen und Erteilungen von Konzessionen nicht übergangen, sondern müssen in gerechter Weise berücksichtigt werden. Für die großen Notstandsgebiete möge eine großzügige staatliche Hilfsaktion durchgeführt werden. Die Staatsmittel und die Mittel aus verschiedenen Hilfsaktionen mögen durch die Gemeinden und Bezirke in national gerechter Weise verteilt werden. Gesamtstaatliche Wirtschaftsorganisationen mögen von der Regierung dazu angehalten werden, daß sie im Rahmen ihres Wirkungskreises an den Hilfsaktionen in den deutschen Notstandsgebieten teilnehmen.

#### 7. Administrative Reformen zugunsten der deutschen Bevölkerung.

Bei allen Ministerien mögen deutsche Sektionen errichtet werden, welche die besonderen Angelegenheiten der Deutschen zu bearbeiten haben und welche für die national gerechte Durchführung der Gesetze und Verordnungen Sorge zu tragen haben. Im Rahmen der Regierung möge ein besonderes Kollegium der deutschen Minister errichtet werden, welches jedes Gesetz und jede Verordnung vor der Gesetzwerdung vom Standpunkt der Bedürfnisse und Rechte der deutschen Bevölkerung prüft. Das deutsche Ministerkollegium und die deutschen Sektionen in den Ministerien dürfen die Arbeit nicht in bürokratischer Weise erledigen, sondern haben in engster Verbindung mit der deutschen Bevölkerung deren Bedürfnisse im zentralen Verwaltungsapparat des Staates und in der Regierung geltend zu machen.

Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei legt diese Forderungen der Regierung und der gesamten Öffentlichkeit vor, indem sie deren Erfüllung im Interesse der Besserung der Verhältnisse der deutschen Bevölkerung in der Republik, im Interesse der Vertiefung und Erweiterung der Demokra-

tie in der Tschechoslowakei, im Interesse der Verteidigung der Republik gegen ihre äußeren und inneren Feinde fordert.

Prag, am 6. November 1936

Für das Zentralkomitee der KPC  
Klement Gottwald Bruno Köhler<sup>79</sup>

Von der Theorie her über der nationalistischen Verirrung stehend, war die Führung der KPC zweifellos hier klarsehender als die nationalistische bürgerliche Regierung dieses Staates, die im Vertrauen auf die Bündnisse nicht bereit war, ernsthaft einen nationalen Ausgleich zu versuchen, bestenfalls gewillt, wie Hodža gegenüber Henlein erklärte, aus einem „Postwenzel“ einen „Posthansel“ zu machen.

Mit dem Anschluß Österreichs im März 1938 war nun offensichtlich geworden, daß die Zeit für einen innerstaatlichen sudetendeutsch-tschechischen Ausgleich endgültig vertan war. Den Kommunisten ging es nun nur noch um die Verteidigung der Republik, also darum, zu verhindern, daß die Regierung kapitulierte. Denn die Kapitulation der ČSR würde nicht nur dem Deutschen Reich den Weg bis zum Schwarzen Meer und damit zur Südflanke der UdSSR öffnen, sondern möglicherweise auch das herbeiführen, was man im Kreml am meisten fürchtete: eine Vereinbarung zwischen dem Westen und Deutschland, die letzterem gegen die Sowjetunion freie Hand gibt.

Die KPC schwenkte jetzt ganz auf die rechte nationaltschechische Position ein. Am 16. März 1938 erklärten die deutschen Kommunisten Appelt und Kreibich im Prager Parlament: „Die Aufgabe der deutschen Werktätigen in der Tschechoslowakei besteht nun darin, sich mit dem tschechischen und slowakischen Volk auf Tod und Leben zu verbinden in der Verteidigung der Republik und der Demokratie gegen jeden Angriff von innen und außen ... Das ist heute die wichtigste nationale Frage, alles andere muß zurückstehen.“<sup>80</sup>

Als in der Maikrise die tschechoslowakische Regierung teilmobilisieren ließ, stellte sich die KPC voll und uneingeschränkt hinter diese Maßnahme: „Kommunisten der Tschechoslowakei, in die ersten Reihen der Verteidiger der Republik!“<sup>81</sup>, so schloß der Aufruf der Partei.

Anfang September 1938, als die Regierung unter dem Druck der Westmächte den sogenannten Vierten Plan vorlegte, waren die innenpolitischen Fronten im tschechischen Volk bereits weitgehend verschoben. Die KPC konnte der Regierung Verrat vorwerfen und durch den Mund Gottwalds erklären: „Es geht heute nicht in erster Linie um die Lösung der nationalen Frage, sondern um die Verhinderung der Aggression des deutschen Imperialismus gegen diesen Staat, um die Verteidigung der nationalen Selbständigkeit der Tschechen und Slowaken.“<sup>82</sup>

<sup>79</sup> Fuchs 307.

<sup>80</sup> Těsnopisecké zprávy o schuzích senatu IV. volební období, 6. zasedání, 107. schůze [Stenographischer Bericht der Senatssitzungen der IV. Wahlperiode, 6. Sitzung, 107. Tagung]. Prag 16. 3. 1938, S. 52.

<sup>81</sup> Gottwald: Spisy. Bd. VIII, S. 182.

<sup>82</sup> Gottwald VIII, 232.

Als am 19. September die Westmächte der tschechoslowakischen Regierung empfahlen, die Bezirke mit mehr als 50% deutscher Bevölkerung an das Deutsche Reich abzutreten, nahm Gottwald dazu im Ständigen Ausschuß der Nationalversammlung in folgender Weise Stellung: „Die Empfehlungen . . . der englischen und französischen Regierung erachten wir für die Tschechoslowakei als unannehmbar . . . Die tausendjährige Grenze der Tschechoslowakei wurde nach dem Weltkrieg durch die Friedenskonferenz als Garant des Friedens bestätigt . . . Nur der schützt die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei, der jede Verletzung ihrer Grenzen ablehnt . . . Freiwillig lassen wir uns die Republik nicht in Stücke schlagen . . . Die ganze Nation und das gesamte Volk stehen fest, entschlossen nicht zurückzuweichen, in einer eisernen Einheit . . .“<sup>83</sup>

Wie sehr die KPČ die Stimmung der tschechischen Massen traf, mag die Entwicklung der Auflagenziffer des Rudé Právo verdeutlichen. Jahre hindurch hatte es sich nur kümmerlich hingeschleppt. Nun stieg im Jahre 1938 die Auflage von 30 000 auf 140 000.<sup>84</sup> Die KPČ war zu einer echten Volkspartei der tschechischen Nation geworden.

Als dann in München unter Ausschaltung der Sowjetunion dem tschechoslowakischen Staat seitens Deutschlands und des Westens die Abtrennung der Sudetengebiete auferlegt wurde, war der Grundstein für die Umorientierung des tschechischen Volkes nach dem Osten geschaffen. Anders als es sich die Komintern zwischen den Jahren 1921 und 1932 vorgestellt hatte, war die Frage der nationalen Minderheiten doch zu dem Hebel geworden, der diesen Staat ins östliche Lager bewegen sollte. Mit der Kapitulation der westlich orientierten bürgerlichen Parteien stand die KPČ in den Augen des Volkes als die alleinige und unbestechliche Wahrerin der nationalen Interessen da. Es war ein eigentümlicher Umweg, den die Geschichte der von der Theorie her internationalistisch angelegten KPČ aufgezwungen hatte. Sie war nun eine nationale tschechische Partei geworden und 1945 steigerte sich das in Konkurrenz mit dem zurückgekehrten Beneš bis zu dem Punkt, wo man ihre in einem schreienden Gegensatz zum gesamten marxistisch-leninistischen Internationalismus stehende Politik nur noch mit dem wahnsinnigen Rassismus der deutschen Nationalsozialisten vergleichen kann.

Zuvor aber, 1938, wuchs Klement Gottwald in die Rolle des nationalen Volksführers, als er am 11. Oktober nach der Kapitulation von München im Parlament ausrief:

„Vor allem Volk und vor der gesamten Welt erklären wir, daß die Regierung weder verfassungsmäßig noch politisch das Recht hatte zu kapitulieren. Das Volk wollte kämpfen. Die ganze Nation wollte ihr Land mit allen Mitteln verteidigen. Die Armee war mobilisiert. An den Grenzen befanden sich hervorragende Befestigungen. Und das ganze Volk war bereit, das letzte zu opfern, sein Land, seine staatliche und nationale Existenz zu verteidigen.“

<sup>83</sup> Gottwald VIII, 252.

<sup>84</sup> Dolejší: Třicet let boju za socialismus [Dreißig Jahre Kampf für den Sozialismus]. Prag 1951, S. 108.

Wenn unser Volk mit Recht empört ist über die rücksichtslosen Taten des Angreifers, wenn es mit Recht erbittert ist über das Vorgehen der Londoner und Pariser Regierung, so fragt es sich gleichzeitig mit Recht, welches die inneren Kräfte sind, die diese schicksalshafte Kapitulation vom 30. September herbeiführten . . .

Es waren die Klasseninteressen der reaktionären Großbourgeoisie in England und Frankreich . . . es war die Klasse der reaktionären Bourgeoisie in der Tschechoslowakei, die befahl zu kapitulieren und die Interessen der Großbourgeoisie zu opfern. Wir haben es mit einer weitreichenden Verschwörung gegen das Volk, gegen die Republik und gegen die Demokratie zu tun.

Es war einzig die Kommunistische Partei, die die drohende Gefahr rechtzeitig gesehen hat, vor ihr warnte und sich bis zum letzten Augenblick der schicksalhaften Kapitulation bemühte das schlimmste abzuwenden.

. . . Wir haben das Recht und die Pflicht, das Urteil des Volkes und der Geschichte besonders über jene Elemente und Kräfte anzurufen, die diese schändliche Kapitulation seit langer Zeit maßgeblich vorbereiteten, die sich mit dem Feind gegen das eigene Volk, die Nation und die Republik verschworen hatten . . .

Glauben Sie mir: Ich war als Kommunist immer darauf stolz, daß ich Tscheche bin, ich war stolz auf das hussitische Volk, zu dem ich gehöre. Ich weiß, daß dieses tschechische Volk auch weiterhin das hussitische Volk bleibt. Aber ich kann weder als Tscheche noch als Kommunist stolz sein auf die Taten der Regierung, die das Volk zum 3. September und zu seinen jetzigen Folgen führte. Dessen müssen sich alle schämen, die auch nur einen Funken Ehre im Leib haben.“<sup>85</sup>

Wer erinnerte sich bei den tschechischen Massen schon an die Losungen vom „Selbstbestimmungsrecht bis zur Lostrennung“, die zehn Jahre zurück lagen? Die Tatsachen der Gegenwart sprangen in die Augen. Die bürgerlichen tschechischen Parteien hatten versagt, ebenfalls die Sozialdemokratie. Die westlichen Bündnispartner hatten die ČSR im Stich gelassen. Das Bündnis mit der Sowjetunion war auf Grund eines tschechischen Wunsches an die Bedingungen geknüpft, daß Frankreich seinen Beistandspflichten nachkommen müsse. Mit dem Versagen Frankreichs erloschen auch die Verbindlichkeiten der Sowjetunion. Der eine Teil der bürgerlichen Politiker bereitete sich auf eine zunächst hoffnungslose Emigration vor, der andere richtete sich darauf ein, mit dem Deutschen Reich zusammenzuarbeiten. Auf die Kommunisten schienen plötzlich alle jene nationalen Traditionen übergegangen zu sein, die seit dem vorigen Jahrhundert vom tausendjährigen Kampf gegen die Deutschen sprachen.

Aber der KPČ wurde nichts erspart. Im August 1939 schloß Stalin mit Hitler den Nichtangriffs- und Freundschaftspakt. Wenn die KPČ durch „München“ die große Chance bekam, sich dem tschechischen Volk als der einzige kompromißlose Kämpfer für die Freiheit der Nation und die Integrität des

<sup>85</sup> Gottwald VIII, 267.

Staates zu präsentieren, so hatte die Sowjetunion beim gleichen Problem doch mit ganz anderen Größenordnungen zu rechnen.

Zuerst einmal zeigt sich in der Sudetenkrise — gleichzeitig mit der Entschlossenheit Deutschlands, eine aggressive Ostpolitik zu betreiben — die Schwäche des Westens und seine Bereitschaft, für unumstößlich gehaltene Bastionen unter Druck aufzugeben. Für Moskau blieben unter diesen Umständen nur zwei Wege offen: 1. Es konnte versuchen, die Politik der Einkreisungsbündnisse, der kollektiven Sicherheit gegen Deutschland, verstärkt fortzusetzen. Dann mußte es aber damit rechnen, daß der Westen so taktieren würde, daß die Sowjetunion den ersten Ansturm der deutschen Waffen würde aushalten müssen. Wer konnte Moskau garantieren, daß der Westen nicht unschlüssig hinter der Maginot-Linie und jenseits des Kanals sitzen bleiben würde, trotz offizieller Kriegserklärung, wie es dann auch hinsichtlich des polnischen Bündnispartners geschehen ist? Augenscheinlich mußte es im Interesse des Westens liegen, wenn Deutschland und die Sowjetunion einander zerfleischten und gegenseitig zur Ausblutung bringen würden. Überhaupt: wer konnte Stalin garantieren, daß London und Berlin nicht zu einer echten Zusammenarbeit kommen, daß die Briten nicht den Deutschen den Weg nach dem Osten freigeben würden, womit sie nach russischer Ansicht bereits in „München“ begonnen hatten? Hitler hatte in seinem Buch offen von dieser Möglichkeit geträumt. Und Chamberlain jubelte nach München von dem „Frieden für unsere Zeit“. Alle diese gefährlichen Möglichkeiten überschauend, war es nur logisch, daß Moskau versuchen mußte, den 2. Weg für seine eigene Sicherheit zu erkunden. Worin konnte er bestehen? Zehn Jahre vorher war es die Politik Moskaus gewesen, die deutschen Forderungen in Zentraleuropa zu begünstigen, um aus dem Kampf gegen Versailles die neue revolutionäre Welle in Mitteleuropa entstehen zu lassen. Diese Politik war gescheitert. Nun blieb nichts übrig, als dem nationalsozialistischen antibolschewistischen Deutschland Hitlers den Zugriff auf Zentraleuropa zu gestatten. Der Gegenwert war nur die Hoffnung auf Verlängerung eines recht fragwürdigen Friedenszustandes und bestenfalls die Ablenkung des deutschen Angriffes gegen den Westen. Von der damaligen Lage her beurteilt, war die Politik Stalins dem Deutschen Reich gegenüber durchaus logisch und richtig. Die KPC, die soeben die Glorie eines nationalen Helden errungen hatte, mußte nun wieder zwischen die Mühlsteine der tschechischen nationalen Interessen und der sowjetrussischen Staatsraison kommen.

Die Sowjetunion hatte am Akt von München keinen Anteil. Sie hatte sich ihren Verpflichtungen nicht entzogen, aber sie hatte weder mit einem Eingreifen unabhängig von den vorhandenen Verträgen gedroht, noch zu vermitteln gesucht. Als der Westen die Abtretung des Sudetenlandes unterschrieben hatte, war für sie nach dieser Sachlage kein Anlaß gegeben, noch etwas zu tun. Am 30. September 1938, am Tag von München also, hatte Beneš noch dem sowjetischen Gesandten in Prag, Alexandrowski, die Frage vorgelegt, ob die CSR der Münchner Vereinbarung bewaffneten Widerstand entgegensetzen solle, d. h. ob sie mit der Hilfe der UdSSR in diesem Fall rech-

nen könne. Beneš zog dann aber am selben Tag diese Anfrage zurück, nachdem sich die tschechoslowakische Regierung entschlossen hatte, den Münchner Urteilsspruch anzunehmen. Der Sowjetunion wurde es also erlassen, diese heikle Frage zu beantworten.<sup>86</sup>

Nach München hielt die Sowjetunion ihre Beziehungen zu dem um das Sudetenland vergrößerten Deutschen Reich aufrecht und erkannte damit diese Regelung stillschweigend an. Als am 15. März 1939 deutsche Truppen die böhmischen Länder besetzten und die Slowakei sich unter deutscher Mithilfe selbständig machte, übersandte der sowjetische Außenminister noch eine Protestnote nach Berlin, worin stand, daß die Sowjetunion sich weigert, die damit geschaffenen Tatsachen anzuerkennen. Aber schon zwei Monate später, am 17. Mai, bat der sowjetische Geschäftsträger in Berlin, Astachov, das deutsche Auswärtige Amt, die Sowjetgesandtschaft in Prag als Teil der sowjetischen Handelsmission in Berlin anzuerkennen, was eine de facto Anerkennung der Schaffung des Protektorats bedeutete. Im September 1939 erkannte die Sowjetunion dann die Slowakische Republik an. Im November traf der slowakische Gesandte in Moskau ein und am 14. Dezember wurde der tschechoslowakische Gesandte in Moskau, Zdeněk Fierlinger, vom sowjetischen Außenministerium benachrichtigt, daß man seinen diplomatischen Status nicht länger anerkennen könne.

Die Häupter der KPC waren inzwischen ins Ausland emigriert. Gottwald, Slánský, Kopecký und Nejedlý nach Moskau; Nosek, Hodinová und Kreibich nach London; Šverma und Clementis nach Paris.

Bis zum Hitler-Stalin Pakt behielt die Partei die ihr zugefallene nationale Rolle bei. In einer „Direktive über die politische Auslandsarbeit der Partei“<sup>87</sup>, die als geheim im Juni 1939 erlassen wurde, spricht die Partei von ihrer führenden Rolle im Kampf um die Befreiung der Tschechoslowakei, von der Notwendigkeit einer Einheitsfront aller Tschechen und Slowaken im Ausland und der Zusammenarbeit mit Dr. Beneš: „Die Kommunisten müssen überall in der ersten Reihe für die Sache der tschechoslowakischen Unabhängigkeit stehen . . . und müssen die Ansicht verteidigen, daß man nicht einfach auf die Entwicklung des Freiheitskampfes, wobei die tschechische Nation die Unterstützung des mächtigsten Landes der Welt, der Sowjetunion, erhalten wird, warten darf.“<sup>88</sup>

Nach dem August 1939 aber herrschte nicht viel mehr als betroffenes Schweigen bei der KPC. Die heutige benešistische tschechoslowakische Emigration behauptet, im Besitz von Flugblättern zu sein, in denen das tschechische Volk gewarnt wurde, der Exilregierung Beneš zu folgen und den französischen und britischen Imperialisten zu trauen und worin sogar die „sowjetisch-deutsche Freundschaft als der Pfeiler der internationalen Situation gepriesen wird, an dem die imperialistischen Pläne des anglo-französischen

<sup>86</sup> Ministerium f. auswärtige Angelegenheiten der čsl. Republik: Neue Dokumente zur Geschichte des Münchner Abkommens. Prag 1959, S. 141.

<sup>87</sup> Korbel 36.

<sup>88</sup> Korbel 37.

Blocks bereits zersplitterten und die der Vereinigten Staaten auch noch in Stücke gehen werden . . . Beneš und seine Gruppe seien eine dauernde Gefahr, daß die tschechische Nation in tödlicher Weise mißbraucht wird und in einen tragischen Zusammenstoß mit den deutschen revolutionären Arbeitern und . . . mit der Sowjetunion hineingeführt würde.“<sup>89</sup> Auch wenn wir die Frage nach der Echtheit oder Unechtheit dieser Dokumente auf sich beruhen lassen, was hätte die KPC als stalinistische Partei zur neuen Konstellation in Mittelosteuropa schon sagen sollen? Bezeichnend ist jedenfalls, daß die Sammlung der Reden und Aufsätze Gottwalds, die nach dem Kriege von der Partei herausgegeben wurde, uns für diesen Zeitraum — und zwar bis zum 29. Juli 1941 — nicht einen einzigen Beitrag präsentieren kann.

Mit dem Angriff Hitlers auf die Sowjetunion kam die neue Wendung, wiederum im Sinne einer Verstärkung der „rechten“ nationalistischen Tendenzen der KPC. Der ungehemmte Patriotismus und der panslawische Nationalismus waren nun Motor auf dem Wege zur Macht. Am 10. August 1941 trat ein All-Slawischer Kongreß in Moskau zusammen. Alles was sich mit dem tschechoslowakischen Staat irgendwie verbinden ließ, von Jan Hus bis Masaryk und Beneš, war wieder zeitgemäß. Trotzdem schloß diese neue Wendung aber noch lange nicht den Plan der Deutschen-Austreibung in sich. Er entstand nicht in Moskau, sondern in London.<sup>90</sup>

Bis in den Spätsommer 1944 mußte die Sowjetunion, auf deren Territorium die deutschen Armeen standen, immer noch mit der Möglichkeit eines Sonderfriedens mit Deutschland rechnen. Sie hütete sich, den Kampf gegen „Hitler-Deutschland“ als Kampf gegen das deutsche Volk schlechthin zu deklarieren oder sich territorial bereits festzulegen. Noch im September 1943 wurde in Stockholm zwischen deutschen und sowjetischen Vertretern Fühlung über den Abschluß eines Waffenstillstandes genommen und es war Hitler, nicht Stalin, der diese Gespräche abbrechen ließ. Aber die Sowjetunion mußte in unserer Frage auch noch mit einer anderen Möglichkeit rechnen. Es hätte leicht der Fall eintreten können, daß die tschechoslowakische Exilregierung Beneš, die ja in London residierte, im Gefolge westlicher Armeen in Prag einziehen und dort eine Regierung ohne oder gar gegen die Kommunisten bilden würde. Für diesen Fall hielt man sowohl die Möglichkeit einer selbständigen Slowakei als auch sudetendeutsche Kommunisten in Reserve.

Wenngleich Beneš von Molotow schon am 9. Juni 1942, noch vor den Erklärungen der Westalliierten, die offizielle Zusicherung erhielt, daß die Sowjetunion die Republik in ihren Vor-Münchener Grenzen anerkennt, so ist es doch Tatsache, daß die Moskauer Politik bis zur Mitte des Jahres 1943 für uns erkennbar mit den Sudetendeutschen neben den Deutschen und Österreichern als einer eigenständigen Gruppe rechnete.

Wolfgang Leonhard, der zu jenen zehn führenden kommunistischen Funk-

<sup>89</sup> Korbel 44.

<sup>90</sup> Jaksch 385.

tionären gehörte, die im April 1945 mit Walter Ulbricht nach Deutschland geflogen wurden, berichtet, daß auf der Kominternschule in Kuschnarenkovo noch im Frühjahr 1943 drei deutschsprachige Gruppen getrennt unterrichtet und für den kommenden politischen Einsatz vorbereitet wurden: eine deutsche, eine österreichische und eine sudetendeutsche. Leonhard schreibt: „Der Unterricht fand meist getrennt nach den einzelnen nationalen Gruppen statt . . . Auch die drei deutschsprachigen Gruppen — Deutsche, Österreicher und Sudetendeutsche studierten getrennt. Das getrennte Studium der Österreicher war nicht erstaunlich, denn es war ja schon damals klar, daß Österreich wieder ein unabhängiger Staat werden sollte. Offensichtlich war aber damals über das Schicksal der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei noch nicht entschieden, denn sonst hätte es kaum in der Kominternschule eine besondere sudetendeutsche Gruppe gegeben.“<sup>91</sup>

### *Die KPC opfert die Sudetendeutschen im Wettlauf um die Macht*

Die Entstehungsgeschichte der Austreibung der Sudetendeutschen ist hinlänglich erforscht und bekannt. Die Politik des Kalten Krieges hat hier ein Schwarz-Weiß-Bild gezeichnet, das den Ursprung alles Bösen nur der einen Seite anlastet. Das ergab sich umso natürlicher, als die Massen der deutschen Heimatvertriebenen als Bürger der westdeutschen Bundesrepublik an der westlichen Politik gegen den Osten teilnahmen und der Osten wiederum aus Rücksicht auf gewisse nationalistische Interessen der Polen und Tschechen jeden Ausgleich, jedes unvoreingenommene Gespräch mit den deutschen Vertriebenen verweigerte.

In seinem Buch „Russia and the West under Lenin and Stalin“ schreibt dagegen George F. Kennan zum Beispiel über die Entstehung der Oder-Neiße-Linie: „Dieser Vorschlag Polen nach Westen zu bewegen, mit seinem völligen Mangel an Rücksicht auf die künftige politische Stabilität Osteuropas und mit der flagranten Verletzung der Grundsätze der Atlantik-Charta, deren Verfasser Roosevelt und Churchill waren, kam, es tut mir leid, dies sagen zu müssen, in erster Linie von ihnen [den Angelsachsen] und nicht von Stalin.“<sup>92</sup>

Der ungeheuerliche Gedanke, Millionen von Menschen ohne jede Habe einfach über die Grenze zu jagen, war eine Ausgeburt des zentraleuropäischen Nationalismus — sein Gipfel — und wie wir hoffen sollten, Wendepunkt. Er entstand in dem vorliegenden Fall in den Gehirnen rachsüchtiger Kleinbürger, die sich als tschechoslowakische Exilregierung in London etablierten.

Beneš konnte die Niederlage seines Lebens in München nicht überwinden. Auch bei sich selbst Schuld zu suchen, daran zu denken, daß vor 1938 zwanzig Jahre Zeit und Macht in die Hände der tschechischen Politik gegeben

<sup>91</sup> Leonhard, W.: Die Revolution entläßt ihre Kinder. Köln 1961, S. 159.

<sup>92</sup> Kennan, G. F.: Russia and the West under Lenin and Stalin. London 1961, S. 361.

waren, um den deutschen Mitbürgern die Versöhnung mit dem neuen Staat zu ermöglichen, dies lag ihm völlig fern. So wie für seinen Gegner Hitler, gab es auch für ihn kein Recht, das über der Macht stand. Die deutsche Niederlage im Zweiten Weltkrieg hinderte ihn an jeder Selbsterkenntnis und gab ihm die Gelegenheit, alle seine Fehler zu potenzieren, um sich selbst zu bestätigen.

Da 1938 die in den böhmischen Ländern lebende sudetendeutsche Volksgruppe von Deutschland als Hebel benutzt worden war, um den tschechoslowakischen Staat aufzubrechen, ergab sich für ihn die Schlußfolgerung, einer solchen Möglichkeit nun ein für alle Mal vorzubeugen. Beneš rechnete damit, daß die nächste tschechoslowakische Republik, analog der ersten, wieder auf den Trümmern einer deutschen Niederlage errichtet werden würde. Im Gegensatz zum Ausgang des Ersten Weltkrieges würde aber nun das sozialistische Rußland Machtfaktor ersten Ranges im ausgebluteten und zerschlagenen Zentraleuropa werden. So ging Benešs Konzeption davon aus, das antideutsche Bündnis der Sieger möglichst zu einer Dauereinrichtung zu machen und die neue Tschechoslowakische Republik als west-östliche Klammer in Zentraleuropa zu konstituieren. Wie bekannt war dies eine Fehlkalkulation. Was ihm aber in der Stunde der tiefsten deutschen Ohnmacht gelang, war, sich der deutschen Volksgruppe zu entledigen, die in guten und bösen Tagen über 700 Jahre mit dem tschechischen Volk zusammengelebt hatte.

Es war klar, daß er ohne die Billigung der Großmächte eine solche Ungeheuerlichkeit niemals durchführen konnte. Schließlich hatten Frankreich und Großbritannien selbst das Münchner Abkommen unterzeichnet und Beneš mußte sich wohl auch daran erinnern, wie die Komintern über ein Jahrzehnt immer wieder von den tschechischen Genossen verlangt hatte, für das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen einzutreten. Zu unserem Thema gehört die Frage nach der Einstellung der Sowjetunion, als der Zentrale der kommunistischen Macht, zur Austreibung der Sudetendeutschen. In einem Satz: Beneš hat sich die sowjetische Zustimmung erschlichen bzw. erpreßt, und zwar durch ein Spiel mit falschen Informationen und durch ein Ausspielen der Großmächte gegeneinander.

Im Frühjahr 1943 fuhr Beneš nach Washington. Vor dieser Reise hatte er in London durch den bei ihm akkreditierten sowjetischen Botschafter Bogomolow in Moskau anfragen lassen, ob die Sowjetregierung bereit sei, mit ihm einen Pakt abzuschließen, ob sie der Einbeziehung Polens in diesen Pakt zustimme und wie sie sich „zur Notwendigkeit der Aussiedlung der faschistischen Deutschen aus der Tschechoslowakei stelle.“<sup>93</sup> Damit deutete Beneš an, daß er für die Sowjets in der schwierigen polnischen Frage zur Unterstützung bereit wäre, wenn man ihm im letzten Punkt entgegenkommen würde. Trotzdem bejahte der Kreml nur die beiden ersten Punkte und schwieg zu diesem letzten. In seinen Memoiren spricht nun Beneš davon, daß er von Roosevelt „die volle Zustimmung zur Durchführung des Transfers der größtmöglichen Anzahl unserer Deutschen erhielt.“<sup>94</sup>

<sup>93</sup> Jaksch 385.

<sup>94</sup> Beneš, E.: Paměti [Erinnerungen]. Prag 1947, S. 285.

Darauffin sprach Dr. Ripka, der stellvertretende Außenminister der Exilregierung, wieder bei dem sowjetischen Gesandten vor und teilte ihm mit, daß die Amerikaner die vorbehaltlose Zustimmung zur Austreibung der Sudetendeutschen gegeben hätten.<sup>95</sup> Ripka telegrafierte an Beneš nach Washington: „Ich knüpfte daran an, daß nach der britischen nun auch die amerikanische Regierung ihre Zustimmung zum Transfer der Deutschen gegeben habe. Weiter legte ich Bogomolow dar, daß wir dasselbe von der Sowjetregierung erwarteten und daß es uns nicht genüge, wenn gesagt wird, das sei unsere innere Angelegenheit. Bogomolow sagte mir darauf freimütig, wenn die Sowjetregierung bisher gezögert habe, sich offen auszusprechen, so sei dies darauf zurückzuführen, weil sie noch nicht wisse, welche Politik sie Deutschland gegenüber verfolgen werde.“<sup>96</sup>

Die Erpressung blieb nicht ohne Erfolg. Eine Woche später, am 6. Juni, konnte Ripka ein zweites Telegramm nach Washington schicken: „Am Samstagabend telefonierte mir Bogomolow . . . er habe soeben ein Telegramm erhalten, daß die Sowjetregierung dem Gedanken des Transfers der Deutschen zustimme . . .“<sup>97</sup> Am Tag darauf hatte Beneš eine zweite Aussprache mit Roosevelt. Waren vorher die angeblich aussiedlungswilligen Amerikaner gegen die Russen ausgespielt worden, so nun die russische Zustimmung gegen die Amerikaner. Beneš berichtet der Regierung über dieses neue Gespräch mit Roosevelt: „Ausdrücklich fragte ich aufs neue, ob die Vereinigten Staaten dem Transfer unserer Deutschen zustimmen werden. Er [Roosevelt] bejahte dies. Ich habe ihm erneut mitgeteilt, daß England und die Sowjets uns ihren Standpunkt im gleichen Sinn bekannt gaben.“<sup>98</sup>

Trotz dieser Berichte muß aber festgehalten werden, daß — wie J. W. Brügel im Vierteljahresheft des Instituts für Zeitgeschichte in München schreibt — „weder Beneš noch ein anderer tschechischer Autor ein einziges diplomatisches Dokument zu zitieren in der Lage ist, in dem eine der drei Großmächte ihre Zustimmung zu Aussiedlungsplänen ausgesprochen hätte. Die einzige wirkliche Entscheidung der Großmächte in dieser Frage scheint in Potsdam im Sommer 1945 gefallen zu sein, also zu einer Zeit, als Aussiedlungsaktionen grausamster Art bereits seit Monaten im Gang waren. Die verfügbare Literatur über den Verlauf der Potsdamer Konferenz verzeichnet keine besondere Besprechung des Schicksals der Sudetendeutschen. Während es über die Behandlung der Deutschen durch die Polen lebhaft Auseinandersetzungen gab, scheint das Problem der Deutschen in der Tschechoslowakei überhaupt nicht diskutiert worden zu sein. Entgegen der weitverbreiteten Ansicht, daß die Potsdamer Konferenz eine ausdrückliche Zustimmung zu Aussiedlungsaktionen gegeben habe, sei festgestellt, daß sie lediglich der Meinung Ausdruck gab, sie seien unter den gegebenen Umständen unvermeidlich . . . Eine praktische Bedeutung hat das bewußte Vermeiden jeder Zustim-

<sup>95</sup> Jaksch 385.

<sup>96</sup> Jaksch 385.

<sup>97</sup> Jaksch 386.

<sup>98</sup> Jaksch 386.

mungserklärung freilich nicht gehabt. Trotzdem bleibt Tatsache, daß im Falle der Sudetendeutschen weder ein gemeinsamer Beschluß der drei Großmächte vorliegt, noch eine Stellungnahme einer einzigen von ihnen, die ein Aussiedlungsprogramm ausdrücklich gebilligt hätte.“<sup>99</sup>

Mit Kriegsende brach über die böhmischen Länder eine entsetzliche Welle von Revanchismus und chauvinistischer Verblendung herein. Innerhalb der tschechischen Nation begann gleichzeitig der Kampf um die Macht zwischen den Anhängern des Westens und den Kommunisten. Die Kommunisten hatten das Prestige der Sowjetunion und die Präsenz ihrer Macht hinter sich. In den Auseinandersetzungen hätten sie, trotz des gemeinsamen Kampfes, Beneš seine Kapitulation von München vorhalten können. Durch ihr Austreibungsprogramm und die Aufstachelung von Haß und Rache versuchte die Londoner Exilregierung das tschechische Volk hinter sich zu bringen. Es entwickelte sich ein Wettbewerb um die niedersten Instinkte der Massen. Zweifellos hatten die Kommunisten von Natur aus andere Vorstellungen von der Lösung des Nationalitätenproblems in der neuen Tschechoslowakei. Ihnen ging es um die sozialistische Revolution quer durch die Nationen und Volksgruppen dieses Staates. Aber nun bestand die Gefahr, daß die Kommunisten bei Beibehaltung einer konsequenten internationalistischen Politik alles das verspielt hätten, was ihnen durch München — und die deutsche Protektorspolitik — bei den tschechischen Massen zugefallen war, daß sie also gegenüber den tschechischen Nationalsozialisten Benešs in der Stunde des Sieges gewaltig ins Hintertreffen geraten würden.

Die KPČ konnte ihrer Theorie, ihren Grundsätzen, treu bleiben, aber dann würde die Macht ihren Händen in dem von Beneš entfachten Sieges- und Rachetaumel entgleiten. Oder die KPČ konnte den seit der Zeit vor München beschrittenen nationalistischen Rechtskurs verschärft weiterverfolgen und versuchen, die rachedurstigen Kleinbürger an Chauvinismus zu übertreffen, um die Macht im Staate gegen Beneš zu erobern. Die KPČ wählte seit dem Besuch Benešs in Moskau im Dezember 1943 bereits den zweiten Weg, und erklärte sogleich, Initiatorin der Austreibung zu sein. (Im übrigen rangen um diesen „Ruhmestitel“ auch die anderen Parteien mit Beneš, sogar katholische Politiker bemühten sich, ihre „Verdienste“ in dieser Hinsicht dem Volk darzulegen. Ein Beweis für die Verblendung, die ganze Nationen und Zeiten ergreifen kann. Wahrscheinlich hätte bei anderem Kriegsausgang die gleiche Art Menschen sich in Deutschland der Judenmorde gerühmt.)

In einem von der Parteihochschule der SED in Kleinmachnow/Berlin im Jahre 1955 gehaltenen Vortrag erklärte in diesem Sinne ein Sprecher der KPČ:

„Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei, die nach der Befreiung der Tschechoslowakei an der Spitze des volksdemokratischen Staates stand, schlug vor, die Frage der deutschen Minderheit durch die Umsiedlung nach

<sup>99</sup> Brügel, J. W.: Die Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei. Vierteljahressheft des Instituts für Zeitgeschichte 8 (1960) 162.

Deutschland zu lösen. Die Kommunistische Partei stützte sich hierbei auf die Hilfe der Sowjetunion. Der Vorschlag der Umsiedlung der Deutschen wurde einstimmig vom tschechoslowakischen werktätigen Volk unterstützt. Deshalb wagten die bürgerlichen Parteien und die Vertreter der Sozialdemokratie, die bis zum Jahre 1948 im Parlament und in der Regierung die Mehrheit hatten, nicht, sich gegen diesen Vorschlag zu stellen . . . Die tschechoslowakische Regierung, ebenso wie die Regierungen Polens und Ungarns, ersuchten die Regierungen der UdSSR, der USA und Großbritanniens, der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung der Tschechoslowakei . . . nach Deutschland zuzustimmen. Dank des Eintretens der Sowjetunion bestätigte die Potsdamer Konferenz die Umsiedlung . . . Bei der Durchführung der Umsiedlung stießen die Staatsorgane auf die Sabotage der Bourgeoisie. Die tschechoslowakische Bourgeoisie war nämlich gegen die Umsiedlung der Deutschen. Die bürgerlichen Politiker konnten öffentlich die Umsiedlung nicht ablehnen, ohne jegliches Vertrauen im Volke zu verlieren, sie waren aber bestrebt, diese mit allen Mitteln zu verhindern . . . Die tschechische und slowakische Reaktion sah in der vom Faschismus infizierten deutschen Minderheit ihre Stütze im Kampf um die Wiederherstellung der Bourgeoisie . . .“<sup>100</sup>

In Wirklichkeit war die Sache allerdings umgekehrt. Das tschechische nationalistische Bürgertum unter Führung Beneš war Initiator der Austreibung und die Kommunisten waren es, die fürchteten, das Vertrauen der revanchistisch aufgehetzten Massen zu verlieren, wenn sie sich an ihre Grundsätze vom proletarischen Internationalismus, ganz zu schweigen von ihren früheren Losungen zur Frage der deutschen Minderheit, halten würden. Das gibt derselbe Sprecher der KPC im gleichen Vortrag zu, wenn er etwas später sagt: „Die Reaktion sah, daß die Kommunisten eine nationale Unterdrückung einer Minderheit von drei Millionen nicht dulden würden. Die Reaktion hätte . . . eine chauvinistische Hetze gegen die Kommunisten geführt und diese eines Verrats an den nationalen Interessen beschuldigt. Unter solchen Bedingungen hätte die tschechoslowakische Arbeiterklasse die Bourgeoisie nicht schlagen und die Diktatur des Proletariats nicht errichten können . . . Die Presse der tschechischen Nationalsozialistischen Partei wimmelt von Rassentheorien darüber, daß die Wurzeln des Nazismus im deutschen Nationalcharakter, im Blut des deutschen Volkes liegen. Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei stimmte mit solchen Ansichten nicht überein. Sie konnte aber zu dieser Zeit keine große Kampagne gegen diese Erscheinungen führen. Das Mißtrauen des tschechoslowakischen Volkes gegenüber dem ganzen deutschen Volke war noch zu stark. In dieser Lage den ideologischen Kampf in dieser Frage aufzunehmen, hätte bedeutet, Kräfte vom entscheidenden Frontabschnitt — vom Abschnitt des Kampfes um die politische Macht — auf einen weniger wichtigen Abschnitt zu werfen. Unsere Partei beschränkte sich . . . auf die Wahrung der Prinzipien des proletarischen Internationalismus in der Parteipropaganda“<sup>101</sup>.

<sup>100</sup> H á j e k 19, 20.

<sup>101</sup> H á j e k 20.

Das nackte Machtstreben machte sich bezahlt. „Nach einer Erklärung von Gottwald waren 1,7 Millionen Tschechen in die Grenzgebiete gekommen, aus denen die Sudetendeutschen vertrieben worden waren, um dort Land zu den günstigsten Bedingungen zu erhalten. Die Kommunisten beanspruchten für sich das Verdienst für dieses riesige Kolonisationsprogramm . . .“<sup>102</sup> Als dann am 26. Mai 1946 in der CSR gewählt wurde, wurde die KPČ in der nach westlichen Begriffen freien Wahl zur stärksten Partei in den böhmischen Ländern. Gegenüber der wirklichen Initiatorin der Austreibungspolitik, der nationalsozialistischen Partei Benešs, die nur 18% der Wählerschaft für sich buchen konnte, erreichte die kommunistische Partei 38%. In den Grenzgebieten aber stimmten an manchen Orten bis zu 80% der Wähler für die KPČ.<sup>103</sup> Die KPČ war zu einer tschechischen nationalistischen Partei geworden und hatte auf diesem Weg, wie vor ihr andere in Mitteleuropa, gesiegt.

Ganz abschütteln ließ sich das nicht mehr. Die äußere Taktik verändert die innere Substanz. Wenn auch die KPČ nach der totalen Machtübernahme im Februar 1948 schrittweise die ärgsten Diskriminierungen gegenüber den dort noch verbliebenen Deutschen abbaute, wenn auch Gottwald als erster wieder erklärte: „Není němec jako němec“, so zeigt doch die Präambel der ersten tschechoslowakischen Verfassung nach der kommunistischen Machtübernahme, der Verfassung vom 9. Mai 1948, daß die „internationalistische“ KPČ die „bourgeois“ nationalistischen Thesen vom „tausendjährigen Kampf der Tschechen gegen die Deutschen“ übernommen hatte und in rassistischer Weise die gesamte sudetendeutsche Volksgruppe (ohne Rücksicht auf den Klassenstandpunkt) für den Überfall des deutschen nazistischen Imperialismus kollektiv verantwortlich machte. Die Präambel sagt: „ . . . Damit wurde dem Erbfeind der Weg für den heimtückischen Überfall auf unseren friedliebenden Staat geebnet, wobei die Nachkommen jener fremden Kolonisten eifrig halfen, die gleich uns alle demokratischen Rechte der Verfassung genossen. Nun haben wir uns entschlossen, aus unserem befreiten Staat einen Nationalstaat zu machen — ledig aller feindlichen Elemente . . .“

#### *In der Gegenwart: Erstarrung der Positionen von 1945*

Die Kommunisten haben hinsichtlich der Frage der Deutschen in den Sudetengebieten während des letzten halben Jahrhunderts einander völlig entgegengesetzte Positionen bezogen, wie aufgezeigt worden ist.

Die Spannweite reicht von der Parole des „Selbstbestimmungsrechtes bis zur Lostrennung vom Staate“ bis zum laut erhobenen Anspruch, Initiatoren und konsequenteste Verfechter eines eindeutigen Genozid-Verbrechens, der Austreibung und Zerstreuung dieser Volksgruppe, gewesen zu sein. Dazwischen liegen die Versuche des jungen Kreibich, auf der Basis des Klassen-

<sup>102</sup> Korbél 153.

<sup>103</sup> Korbél 162.

kampfes den unfruchtbaren Nationalismus beider Völker in Böhmen zu überwinden, und dazwischen liegt auch die Politik der 1929 endgültig „bolschewisierten“ Partei, die Massen der tschechischen Arbeiter im Geiste des „proletarischen Internationalismus“ zu erziehen und so beide Völker einander anzunähern.

Der „Proletarische Internationalismus“ — was blieb von ihm in Böhmen übrig? Der Grundgedanke des Marxismus-Leninismus: daß die Werktätigen aller Rassen, Nationen und Volksgruppen sich aus der wirtschaftlichen Versklavung befreien und als Gleiche zum gemeinsamen Wohl und in einem gemeinsamen Ganzen zusammenwirken würden, daß der Haß und Krieg erzeugende „bürgerliche Nationalismus“ damit überwunden würde — dieser Grundgedanke wurde in Böhmen im realen Kampf um die Macht verraten. Das Lied von der gemeinsamen Zukunft endete damit, daß Karl Kreibich 1945 schrieb:

„Es darf in der Tschechoslowakei keine organisierte, eigene nationalpolitische Gruppe geben, die eine deutsche Minderheit bildet, es darf keine deutsche Richtung geben, sei es wirtschaftspolitisch oder kulturell, kein eigenes deutsches nationales Leben. In den böhmischen Ländern darf es keine deutsche Politik geben . . . Ein patriotischer Bürger muß auch den rein tschechischen und slowakischen, den ausschließlich slawischen Charakter des Staates anerkennen . . . Es darf in der Tschechoslowakei keine deutsche Minderheit mehr geben . . . Die Kinder müssen tschechisch erzogen werden . . .“<sup>104</sup>

Waren die Versuche der Kommunisten, in der Zeit zwischen den beiden Kriegen eine Zusammenarbeit der beiden Völker in Böhmen herbeizuführen, die Trennung der Nationalismen zu überspringen, war dies alles nur Betrug, kalt geplante Täuschung, Mittel zum Zweck? Zu welchem Zweck?

Die Kommunisten legen an die Zeit den Maßstab ihres Dogmas an und ignorieren, was sich nicht in dieses Schema einfügt. Innerhalb dieses starren Rahmens aber heiligt der Zweck die Mittel. Und da der Zweck ungeheuer groß und erhaben ist — der Endzustand der Menschheit, das irdische Paradies —, sind alle Mittel erlaubt, wenn sie nur diesem Ziele dienen. Es begreifen aber die Erbauer dieser Endgesellschaft nicht, daß sie durch dieses wertfreie Handeln die Basis jeder Gesellschaft zerstören (auch der Gemeinschaft der Völker selbst), die immer auf dem beruht, was das Volk mit den Worten „Gerechtigkeit“ und „Treu und Glauben“ bezeichnet. Wo jeder Wert, jedes Wort, je nach dem augenblicklichen Zweck austauschbar und umkehrbar ist, löst sich alles in Nichts und Wertlosigkeit auf. Praktisch sind es dann Machtgesichtspunkte allein, die den Ausschlag geben, was man als „fortschrittlich“ und damit gut oder als „reaktionär“ und damit böse zu beurteilen hat. Die „Zukunft“ aber rechtfertigt alles. Wer dieser Zukunft gewiß zu sein glaubt, wendet bedenkenlos jedes Mittel an.

In unserem Fall also kann die kommunistische Politik die Unterstützung

<sup>104</sup> Tvorba (Prag) v. 22. 9. 1945, nachgedruckt in ‚Einheit‘ (London).

des sudetendeutschen, ja großdeutschen Revisionismus durch „Selbstbestimmung bis zur Loslösung“ befürworten, sie kann sich darauf hinter eine tschechische nationalchauvinistische Politik der Austreibung stellen und sie könnte eine erneute Schwenkung zur Verständigung beider Völker vornehmen, wenn es ihr dienlich erscheint. Die KPC würde dann erklären, wie es ein Sprecher dieser Partei in einem Vortrag in einer Parteihochschule der SED bereits getan hat: „Die Pflicht jedes Kommunisten, jedes Internationalisten besteht darin, vor allem den Nationalismus in der eigenen Nation zu bekämpfen.“<sup>105</sup>

Wir haben den Weg der kommunistischen Politik gegenüber den Sudetendeutschen drei große Perioden hindurch verfolgen können. In der ersten, von der Gründung der KPC bis zur Machtübernahme Hitlers in Deutschland, versuchte man zuerst, den Nationalismus auf beiden Seiten durch den „proletarischen Internationalismus“ zu überwinden und schließlich trat man im Interesse der sowjetischen Mitteleuropapolitik für das sudetendeutsche Selbstbestimmungsrecht ein. In der zweiten, zwischen 1934 und 1938 wurde die KPC zur staatserschaltenden Partei. Sie propagierte den „nationalen Ausgleich“ innerhalb des Staatsrahmens zum Zwecke der Verteidigung der Republik und verurteilte die sudetendeutsche Selbstbestimmung als „faschistischen Separatismus“. In der dritten, als sich die deutsche Niederlage im Osten abzeichnen begann und die Sowjetunion es nicht mehr nötig hatte, auf einen deutschen Machtfaktor Rücksicht zu nehmen, wurde das Schicksal der Sudetendeutschen ausschließlich vom innertschechischen Machtkampf bestimmt. Dem nationalistisch-chauvinistischen Wettlauf um die Macht im Staate fiel die sudetendeutsche Volksgruppe zum Opfer.

Seit dies geschehen ist, sind mehr als anderthalb Jahrzehnte verfllossen und am Ende dieser Nachkriegszeit beginnen sich die Dinge in Zentraleuropa erneut in Bewegung zu setzen. Die Aufteilung des deutschen und zentraleuropäischen Raumes und seine Zerreißung in eine Front des Westens und eine des Ostens wird immer unhaltbarer. Die Sowjetunion hat das Ringen um Deutschland eröffnet, und ob man dies beabsichtigt oder nicht, es werden daraus Entwicklungen folgen, die nach den Lösungen von 1918, 1938 und 1945 zu neuen Gestaltungen drängen. Was war, wird zu — durch die Geschichte verworfenen — Zwischenlösungen, gescheiterten Versuchen. In krisenhaften Wehen drängt es nun nach Dauer, nach der Stabilität, nach dem Frieden zwischen den Völkern dieses Raumes, einem Frieden, der weder in der bloßen Restauration des Vergangenen, noch im Einfrieren des Gegenwärtigen bestehen kann, sondern der neues Recht für die Zukunft aus tieferen Quellen setzt.

Die Frage stellt sich: ergeben sich heute schon neue Aspekte für die Einstellung der kommunistischen Politik gegenüber der nunmehr vertriebenen, überwiegend im westlichen Deutschland lebenden, sudetendeutschen Volksgruppe?

---

<sup>105</sup> Hájek 3.

In der Tschechoslowakei gibt es dafür noch kein Anzeichen. Die Politik der KPC gegenüber den Sudetendeutschen ist im Kern auf der Position von 1945, der Auslöschung der Deutschen in den böhmischen Ländern, erstarrt und stehengeblieben.

Die 1960 in Kraft getretene neue Verfassung gewährt den ca. 150 000 Sudetendeutschen, die heute noch in der Republik leben, keinerlei Gruppenrechte. Als Individuen unterliegen sie wohl den gleichen Pflichten und genießen die gleichen Rechte wie alle anderen Bürger der Republik, und wir wollen auch nicht vergessen, daß die einschneidenden nationalen Diskriminierungen der ersten Nachkriegsjahre gerade durch die Kommunisten schrittweise beseitigt wurden, als ethnische Gruppe aber sind sie von der Staatsführung eindeutig zum Untergang, zum Aufgehen im tschechischen Volk durch eine Zwangsassimilation, verurteilt. Die deutsche Jugend lernt ihre Muttersprache nur noch notdürftig in Sprachzirkeln. Es gibt für die nach amtlichen tschechoslowakischen Statistiken 165 000 Menschen zählende deutsche Volksgruppe nicht eine einzige deutsche Schule, geschweige denn eine politische Vertretung oder kulturelle Selbstverwaltung. Auch keine deutsche Sektion in der KPC oder in den Massenorganisationen. Zur neuen Verfassung erklärte am 8. April 1960 das ZK der KPC:

„Die Verfassung wird . . . davon ausgehen, daß die Tschechoslowakei ein einheitlicher Staat zweier gleichberechtigter Völker, der Tschechen und Slowaken ist, der auch den übrigen Nationalitäten eine freie sozialistische Entwicklung sichert. Ausdrücklich sollen in dieser Hinsicht die magyarische, ukrainische und polnische Nationalität angeführt werden. Sicher kann auch die Frage auftauchen, warum nicht auch die deutsche Nationalität angeführt wird. Dazu haben wir jedoch keine Veranlassung, weil wir die Frage der deutschen Nationalität bei uns seit den Jahren 1945/46 als auf Grund des Potsdamer Abkommens erledigt betrachten.“<sup>106</sup>

Auf der gesamtstaatlichen Konferenz der KPC vom 4./5. Juni 1960 wiederholte der Erste Sekretär und Staatspräsident A. Novotný diese Begründung:

„Was die Bürger der anderen, bei uns lebenden Nationalitäten betrifft, so gewährleistet der Verfassungsentwurf ihnen die gleichen Rechte und Pflichten wie allen anderen Bürgern der Republik. Ausgehend von der Tatsache, daß bei uns außer den beiden Völkern der Tschechen und Slowaken auch ethnische Einheiten magyarischer, ukrainischer und polnischer Volkszugehörigkeit wohnen, gewährleistet die Verfassung diesen auch die Erziehung und kulturelle Entwicklung in der Muttersprache. Was die Frage der früheren deutschen Minderheit betrifft, so wiederholen wir aufs neue, daß die Bürger deutscher Volkszugehörigkeit bei uns keine ethnische Einheit bilden. Die deutsche Frage ist für unsere Republik mit voller Zustimmung der vier Großmächte kraft des Potsdamer Übereinkommens ein für alle Mal geregelt worden . . .“<sup>107</sup>

<sup>106</sup> Rudé Právo. Prag, 17. 4. 1960.

<sup>107</sup> Rudé Právo. 6. Juni 1960.

Der einzige hohe Parteifunktionär der KPČ, der sudetendeutscher Abstammung ist, Bruno Köhler, nimmt zum gleichen Thema Stellung<sup>108</sup> und versucht diese nationalistische Haltung mit dem proletarischen Internationalismus auf einen Nenner zu bringen. Er erreicht dies durch ein Vertauschen der Vorzeichen. Wer sich auf deutscher Seite gegen diese Zwangsassimilation ausspricht, ist ein Nationalist und wer sie von tschechischer Seite befiehlt, ist ein Internationalist. Köhler gibt eine Zusammenfassung der Prinzipien, von denen sich die kommunistische Politik gegenüber der sudetendeutschen Volksgruppe hat leiten lassen. Sie gehören der Sphäre hemmungslosen Machtstrebens an. Bruno Köhler schreibt:

„Wie uns der Leninismus lehrt, gelten für eine richtige und gerechte Lösung der Nationalitätenfrage vor allem zwei Gesichtspunkte: die Nationalitätenfrage muß jeweils im Zusammenhang mit der politischen Situation gelöst und ihre Behandlung immer den Interessen des siegreichen Kampfes der Arbeiterklasse und des politischen Fortschritts untergeordnet werden.

Einige dumme deutsche Revanchisten . . . werfen uns manchmal . . . vor, daß die KPČ, die nach der Befreiung eine Politik des Abschubs der Deutschen durchgeführt hat, in der ersten Republik für eine völlige nationale Gleichberechtigung der Deutschen in der Tschechoslowakei gekämpft habe. Da sich die Situation von Grund auf verändert hatte, mußte auch die Politik unserer Partei in der deutschen Frage deswegen verändert werden, weil die Nationalitätenpolitik unserer Partei immer den Interessen der Arbeiterklasse und dem menschlichen Fortschritt diene und dient. Wenn früher die Interessen des Fortschritts und der erfolgreiche Kampf der Arbeiterklasse die nationale Aussöhnung unter allen Nationen im tschechoslowakischen Staat einschließlich der Deutschen erforderte, so änderte sich die Situation in der Frage der Deutschen nach der Zerschlagung unserer Republik und der Bedrohung der Existenz des tschechoslowakischen Volkes durch den Nationalsozialismus, an dem die überwiegende Mehrheit der Deutschen in der Tschechoslowakei beteiligt war, vom Grund auf.

Die Umsiedlung der deutschen Millionen-Minderheit ging selbstverständlich nicht ohne Schwierigkeiten von sich, besonders für jene, die vom Abschub betroffen waren. Die Notwendigkeit des gesamten Abschubs haben die Deutschen selbst verursacht . . . und daher sind für den Abschub der Deutschen und für alle Schwierigkeiten, die er verursachte, vor allem die Hitlerverbrecher verantwortlich . . .

Die Frage der deutschen Minderheit mußte auf der Grundlage der vollkommen andersgearteten Situationen auch anders als die Frage der magyarschen, ukrainischen und polnischen Minderheit in der ČSSR gelöst werden. Dieser Unterschied tritt auch in den Formulierungen der neuen Verfassung der Republik in Erscheinung . . . Es kann im neuen Verfassungstext keine Bestimmung darüber enthalten sein, was gar nicht existent ist, nämlich über eine deutsche Minderheit in der ČSSR. In unserer Republik gibt es keine deutsche Nationalitätenminderheit als ethnographische Gruppe, sondern es gibt Bürger deutscher Nationalität oder deutscher Herkunft.

Die Gleichberechtigung aller Bürger bezieht sich allerdings auch auf die 160 000 Bürger deutscher Nationalität und dies kann nicht anders sein, weil wir keine Chauvinisten und Rassisten, sondern Anhänger des Marxismus-Leninismus sind.

Gerade deswegen, weil wir keine bourgeoisen Nationalisten sind, sondern proletarische Internationalisten, unterstützt unsere Partei und Regierung bewußt den im Gang befindlichen Prozeß des völligen Zusammenlebens und der Assimilation der restlichen Deutschen in unserer Republik mit dem tschechischen oder slowakischen Volk. Sich gegen diesen Prozeß der freiwilligen Assimilation in dem Bestreben zu stellen — jede deutsche Seele zu erhalten — wäre nichts anderes als Nationalismus und nationale Beschränktheit . . .

Die Umsiedlung der deutschen Minderheit war daher eine einschneidende aber notwendige Lösung für eine gesunde und gerechte Ordnung der Nationalitätenverhältnisse in unserem Staate und für eine Sicherstellung einer erfolgreichen politischen Entwicklung in der befreiten Republik. Diese Lösung hat sich nicht nur für das tschechoslowakische werktätige Volk, sondern auch für die umgesiedelten Deutschen selbst voll bewährt.

Aus dem Kampf um den politischen Charakter unserer Republik wurde das deutsche Bürgertum ausgeschaltet, das . . . eine starke wirtschaftliche Kraft bedeutet hätte . . . Das tschechische und slowakische Volk konnte sich nach dem Abschub der Deutschen ungestört und konsequent mit dem eigenen Bürgertum auseinandersetzen . . . anstelle der abgeschobenen Deutschen haben tschechische und slowakische Menschen das Grenzgebiet besiedelt, eine Aktion, die zu einer Bastion für die von der KPC geführten Bewegung wurde.

Die konsequente und rechtzeitige Lösung des Problems der deutschen Minderheit erwies sich als besonders vorteilhaft in den ruhmreichen Tagen des Februars 1948 . . .

Als proletarische Internationalisten lehnen wir ein Verhalten ab, wie es die bürgerlichen Nationalisten gegen Völker anderer Nationalität praktizieren. Den Bürgern deutscher Nationalität, die bei uns leben . . . halfen wir insbesondere in sprachlicher Hinsicht bei der völligen Eingliederung . . .

Es gibt noch einige ältere Bürger deutscher Nationalität, die die tschechische oder slowakische Sprache nur ungenügend oder überhaupt nicht beherrschen. Für diese Bürger erscheint eine besondere Zeitung ‚Aufbau und Frieden‘ . . . Jener Teil der Bürger deutscher Nationalität, der eine solche Hilfe besonders benötigt, wird von Jahr zu Jahr kleiner, da die Zahl jener Deutscher oder Bürger deutscher Herkunft schnell anwächst, die gut oder in vielen Fällen vollkommen die tschechische oder slowakische Sprache beherrschen und sich mit beiden Völkern der ČSSR, den Tschechen und Slowaken, verschmelzen.

Der Prozeß der Assimilierung von Bürgern eines anderen Volkes mit einem Volk, mit dem es im eigenen Staate lebt, kommt überall in der Welt vor.“<sup>108</sup>

<sup>108</sup> Život Strany. Nr. 16/1960.

Ein Kommentar dazu ist überflüssig. Wo jeder Wert, jedes Prinzip austauschbar ist, jedem taktischen Zug um die Macht untergeordnet werden kann, da sagen Worte nichts mehr aus. Um des Sieges, um des glücklichen Endzustandes willen, wäre dies alles gerechtfertigt? Das Heil in der Zukunft löscht jede Lüge, jede Gewalttat, jede Gemeinheit der Gegenwart aus? Und außerdem: das alles wäre ein ehernes geschichtliches Gesetz, eine Notwendigkeit, die jeder Verantwortung im Gewissen enthebt?

Wir haben das alles schon einmal gehört. Auch damals galt die Macht allein, auch damals sollte die Zukunft alles rechtfertigen. Wir müssen uns deshalb, bevor wir über die kommunistische Politik gegenüber unserer Volksgruppe urteilen wollen, erst von einer Selbstgerechtigkeit befreien, die den Fehler immer und ausschließlich nur beim anderen sucht. Am Irrtum der Zeit haben wir alle in dieser oder jener Weise teilgenommen. Wir haben nur eines heute voraus: wir haben unseren Götzen schon stürzen sehen.

Der ehemalige nationalsozialistische Senatspräsident von Danzig, Hermann Rauschning, berichtet in seinem Buch „Gespräche mit Hitler“ über eine Tagung nationalsozialistischer Ostpolitiker, die im Sommer 1932 im Braunen Haus in München stattfand. Damals sprach Adolf Hitler die folgenden Worte:

„Wir werden niemals eine große Politik machen ohne einen festen, stahlharten Machtkern im Mittelpunkt. Ein Kern von achtzig oder hundert Millionen geschlossen siedelnder Deutscher. Meine erste Aufgabe wird es daher sein, diesen Kern zu schaffen, der uns nicht nur unbesiegbar macht, sondern ein für alle Mal das entscheidende Übergewicht über alle europäischen Nationen sichern wird . . .

Zu diesem Kern gehört Österreich . . . Es gehört dazu aber auch Böhmen und Mähren, und es gehören dazu die Westgebiete Polens bis an gewisse strategische Grenzen . . . In all diesen Gebieten wohnen heute überwiegend fremde Volksstämme. Und es wird unsere Pflicht sein, wenn wir unser Großreich für alle Zeiten begründen wollen, diese Stämme zu beseitigen. Es besteht kein Grund dagegen, dies nicht zu tun. Unsere Zeit gibt uns die technischen Möglichkeiten, solche Umsiedlungspläne verhältnismäßig leicht durchzuführen . . .

Das böhmisch-mährische Becken, die an Deutschland grenzenden Ostgebiete werden wir durch deutsche Bauern besiedeln. Wir werden die Tschechen nach Sibirien oder in die wolhynischen Gebiete verpflanzen, wir werden ihnen in den neuen Bundesstaaten Reservate anweisen. Die Tschechen müssen heraus aus Mitteleuropa. Solange sie dort sind, werden sie immer ein Herd hussitisch-bolschewistischer Zersetzung sein. Und erst wenn wir dies erreichen können und wollen, bin ich bereit, das abermalige Blutopfer einer ganzen deutschen Jugend zu verantworten. Ist dies aber unser Preis, dann werde ich nicht einen Augenblick zögern, zwei, auch drei Millionen toter Deutscher im Bewußtsein der Schwere des Opfers auf mein Gewissen zu nehmen . . . Es ist das Geheimnis unseres Erfolges, das Lebensgesetz echten Herrentums wieder in den Mittelpunkt des politischen Kampfes gestellt zu haben . . . Es gibt kein gleiches Recht für alle. Wir werden den Mut haben, dies nicht

bloß zur Maxime unseres Handelns zu machen, sondern uns auch dazu zu bekennen. Nie werde ich daher anderen Völkern das gleiche Recht wie dem deutschen zuerkennen . . .“<sup>109</sup>

Am 23. Juni 1950 unterzeichnete die Regierung der ČSR einen Vertrag mit der DDR, der den Frieden zwischen dem deutschen und dem tschechischen Volk herstellen sollte. Darin steht der Satz, daß die „durchgeführte Umsiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakischen Volksrepublik unabänderlich, gerecht und endgültig“ sei. Was „unabänderlich“ und „endgültig“ im Strom der Geschichte ist, wollen wir dahingestellt sein lassen. „Gerecht“ aber kommt nicht von „Rache“, sondern von „Recht“. Über das was „gerecht“ ist darf jedoch wohl nur derjenige mitreden, der an diesen über aller Zeit und über allen Zwecken, über allen Völkern und Rassen, Religionen und Weltanschauungen, über allen Einzel-, Klassen- und Nationalinteressen stehenden Wert glaubt und bereit ist, bevor er den anderen verklagt, sich selbst, seine Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft unter diesen Maßstab zu stellen.

---

<sup>109</sup> Rauschnig, H.: Gespräche mit Hitler. Nachgedruckt Zürich 1946, S. 35.

## WANDLUNGEN IM MARXISMUS-LENINISMUS OSTMITTELEUROPAS\*

*Von Eugen Lemberg*

Nach einer großen Zahl von Untersuchungen, die der Geschichte der ostmitteleuropäischen Völker gewidmet waren, der Rolle und Leistung des Deutschtums in Ostmitteleuropa und in zunehmendem Maße auch dem Prozeß und den Problemen der Sowjetisierung Ostmitteleuropas, ist es an der Zeit zu fragen: Welche Rolle spielt der Marxismus-Leninismus im Leben dieser ostmitteleuropäischen Völker? Wie verändert er sie und wie verändern sie ihn?

Dabei soll unter Marxismus-Leninismus nicht so sehr die Herrschaftsform, Gesellschaftsstruktur und Wirtschaft verstanden werden als vielmehr die kommunistische Ideologie, die als Marxismus-Leninismus bezeichnete Lehre, und diese wiederum nicht so sehr als ein gedankliches System an sich, sondern in ihrer Wirkung auf das Weltbild dieser Völker, auf ihre Möglichkeit, sich selbst und ihre Rolle unter den Völkern zu deuten: Wie ändert sich das Weltbild, wie ändern sich die Denkkategorien und geistigen Möglichkeiten dieser Völker, vor allem der Tschechen und der Polen, unter dem Einfluß dieser kommunistischen Ideologie? Was folgt daraus für die Möglichkeit geistiger Kontakte, die wir im Westen mit ihnen haben und haben werden? Werden solche Kontakte, wird eine geistige Zusammenarbeit in einer noch irgendwie als gemeinsam zu bezeichnenden Kultur möglich sein? Alle diese Fragen aber münden in die entscheidende Alternative, ob eine solche geistige Zusammenarbeit und Kultur auf dem Wege über eine Restauration der *uns* bestimmenden Gesellschaftsstrukturen, Werte- und Normensysteme, also nach einer Abwehr und Beseitigung des Kommunismus, einer Wiederherstellung der vorkommunistischen geistigen Welt möglich sein wird, oder — umgekehrt — auf dem Wege einer gradlinigen Weiterentwicklung vom Hintergrund und Boden des Kommunismus aus, nach einem Durchgang durch den Kommunismus, der diese Völker gewiß nicht ohne tiefe Veränderungen ihres Weltbildes, ihrer Denkkategorien und Möglichkeiten hinter sich lassen kann.

Diese Fragestellung schon zeigt, daß es sich bei den folgenden Betrachtungen nicht einfach um eine normale Aufgabe der Historie oder der Zeitge-

---

\* Bei den nachstehenden Ausführungen handelt es sich um einen Vortrag, der anläßlich einer Tagung des Collegium Carolinum am 23. Nov. 1963 in Regensburg gehalten wurde.

schichte handelt, sondern um ein methodologisches Problem: Muß nicht etwa versucht werden, über die uns geläufigen Kategorien, von denen aus wir die Rolle des Kommunismus in Ostmitteleuropa zu beurteilen pflegen, hinauszukommen, um überhaupt die Möglichkeit für einen geistigen Kontakt der erwähnten Art zu behalten?

Unsere Denkmöglichkeiten und Kategorien nämlich sind in vieler Hinsicht noch die des bürgerlichen Nationalismus und der Romantik. Uns gegenüber steht ein Weltbild, das mit den Denkmöglichkeiten und Kategorien des Marxismus begriffen wird. Es scheint also — wofern wir uns einer Restauration der vorkommunistischen Gedankenwelt in Ostmitteleuropa nicht absolut sicher sind — notwendig zu sein, eine Ebene der Denkkategorien und Möglichkeiten zu finden, die beide Begriffswelten, die bürgerlich-nationale wie die marxistisch-leninistische, relativiert, beide in ihrer Epochen- und Gesellschaftsbedingtheit begreift, eine Übersetzung aus der einen Begriffssprache in die andere erst möglich macht. Es gibt Anzeichen dafür, daß in der jüngeren Generation des kommunistischen Ostmitteleuropa ein solcher Prozeß der Relativierung im Gange ist. Das fordert auch uns auf, Abstand von unserer eigenen Denktradition zu gewinnen. Insofern handelt es sich hier mehr um methodologische, ich möchte fast sagen: philosophische Probleme als um die üblichen Aufgaben der Geschichts- und Sozialforschung.

Ich will versuchen, an einzelnen Beispielen aus dem Leben und Denken der ostmitteleuropäischen Völker — bei der Fülle und Verschiedenartigkeit des Materials ist anderes nicht möglich — Ansätze einer heute schon wahrnehmbaren Entwicklung zu zeigen, die in Ostmitteleuropa auf marxistischem, also kommunistischem Hintergrund im Gang ist, und die den Eindruck erweckt, daß wir uns die weitere geistige Entwicklung Ostmitteleuropas nicht im Sinne einer Restauration der vorkommunistischen Geistigkeit denken können, sondern im Sinne eines Durchgangs durch den Marxismus und einer Weiterentwicklung von ihm aus, wenn nicht in ihm selbst.

Das mag für viele schmerzlich sein, manchem sogar wie ein Verrat am abendländischen Erbe erscheinen. Aber sind nicht auch wir, mehr vielleicht als uns bewußt ist, in einer Entwicklung über die bürgerlich-nationalen Denkmöglichkeiten und Kategorien hinaus begriffen, über die Einteilung der europäischen Gesellschaft in Sprachvölker, über die Geschichtsbilder und Rollenvorstellungen hinaus, mit denen wir Völker Europas uns selbst konstituiert und von den andern abgegrenzt haben? Wir können doch nicht — um das an einem (*salva venia*) militärischen Bild zu verdeutlichen — wie die Küstenartillerie von einem festen Boden aus vorüberfahrende Schiffe beobachten, sondern wir fahren auch selber auf einem Schiff; wir schießen als bewegliches Ziel auf bewegliche Ziele. Auf der anderen Seite sind jene geistigen Entwicklungen innerhalb des Marxismus, die wir in Ostmitteleuropa beobachten, selbst wiederum als typisch europäische, abendländische Antworten dieses jahrhundertlang europäisch erzogenen Subkontinents auf die *challenge* des Marxismus in seiner sowjetischen, russischen Ausprägung zu erkennen. Es ist also gerade jenes sogenannte abendländische Erbe, das wir in diesen Ansät-

zen einer innermarxistischen Entwicklung beobachten und mit uns in Beziehung halten wollen.

Solche Erscheinungen und Ansätze innerhalb des Marxismus-Leninismus Ostmitteleuropas in den Griff zu bekommen — adäquat, und nicht einfach verurteilend — dazu bedarf es ungewöhnlicher Methoden. Wir sind dabei nämlich, wegen des Drucks, der dort auch auf der wissenschaftlichen Tätigkeit lastet, manchmal in einer Lage wie die Sozialgeschichte, Volkskunde und Religionswissenschaft, die sich um die Kenntnis vorchristlicher Kulturen und Religionen bemüht. Für diese vorchristlichen Kulturen und Religionen standen zunächst wenig Quellen zur Verfügung. So lernten wir sie hauptsächlich aus den Klagen über Reste des Heidentums kennen, aus Verboten und Gegenargumenten derer, die diese Reste in Glaube, Brauchtum und Moral auszurotten bestrebt waren. Der Kommunismus, der ja bewußt als Ideologie auftritt und ideologisch umerziehen will, hat für solche Erscheinungen eine bestimmte Sprachregelung. Er unterscheidet sowohl die bürgerlichen Gegenideologien als auch die auf seinem eigenen Boden erwachsenen Ketzereien durch bestimmte Bezeichnungen, ähnlich wie die alte Kirche die verschiedenen möglichen Abweichungen mit bestimmten Namen belegt hat. Eine Typologie solcher Abweichungen entwickelt unter anderem — vom Westen aus — Edward Táborský, tschechischer Emigrant und ehemaliger Sekretär des Präsidenten Beneš, in seinem Buch „Communism in Czechoslovakia 1948—1960<sup>1</sup>. Aber auch aus anderen Zusammenhängen ist diese Typologie der Ketzereien geläufig. Neben den alten Trotzkiismus, der heute schon wie eine konservativ-orthodoxe Verteidigung der ursprünglichen Konzeption gegen den aufsteigenden Stalinismus erscheint, ist inzwischen der Titoismus getreten, der mehr oder minder unter den großen Sammelbegriff des Revisionismus fällt. Diese Sammelbezeichnung geht auf die von Eduard Bernstein entwickelte und für die deutsche wie westliche Sozialdemokratie charakteristisch gewordene Antithese zum revolutionären Ansatz des ursprünglichen Marxismus zurück. Sie wurde um 1956 vor allem für die polnische Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus als Schimpfwort aufgegriffen und dient seither als Bezeichnung für jene Abweichungen, die man nicht als bürgerlich und reaktionär, also einer vergangenen Epoche angehörend, bezeichnen kann, eben weil sie durchaus auf marxistischem Boden stehen, weil sie sozialistisch sind und die Antwort auf eine neue, im ursprünglichen Entwurf des Marxismus nicht vorgesehene Situation darstellen. Der westliche Beobachter ist geneigt, in diesem Revisionismus die Züge des eigenen Weltbildes, eines Liberalismus, einer wissenschaftlichen Ideologiekritik zu erkennen und als Antithese gegen den Kommunismus zu bewerten. Gewiß sind solche Züge im Revisionismus vorhanden. Aber es wäre falsch, ihn deshalb mit einer Restauration des bürgerlich-liberalen Weltbildes zu verwechseln. Das wäre ähnlich, als wollte man die Patristik oder die Lehre des Thomas von Aquin wegen ihrer starken, dort

<sup>1</sup> Princeton 1961, S. 119—143.

platonischen, hier aristotelischen Elemente als eine Renaissance der heidnischen Antike deuten.

Vom Revisionismus deutlich unterschieden wird — für Ostmitteleuropa ebenfalls charakteristisch — der bürgerliche Nationalismus, dessen Pendant der bürgerliche Kosmopolitismus ist, beides in den Augen der orthodoxen Marxisten-Leninisten reaktionäre, einer vergangenen gesellschaftlichen und weltanschaulichen Stufe angehörige Denkweisen, die nicht weiter zu fürchten sind, höchstens willkommene Handhaben zur Verurteilung unbotmäßiger Kommunisten bieten. In diese Linie gehört auch der sog. religiöse Obskuranatismus, der als ein ebenfalls zum Untergang bestimmter Rest früherer Klassenideologien behandelt wird, wenngleich er eine den Kommunisten unverständliche Zähigkeit, ja unheimliche Regenerationskraft beweist.

Die wehmütige Erinnerung an ursprünglich marxistische, aber schon von Lenin abgelehnte Ideale des Sozialismus — bessere Arbeitsbedingungen, mehr Freizeit, Freiheit von Antreibersystemen, die Rolle der Gewerkschaften betreffend — werden als Sozialdemokratismus gebrandmarkt und mit dem Hinweis auf den straff organisierten und opfervollen Kampf für die verheißene Gesellschaft des Endkommunismus widerlegt. Es gibt noch andere Spielarten von Abweichungen auf dieser Skala von finsterster bürgerlicher Reaktion bis zu böswilliger Mißdeutung der schon auf dem Weg zum Kommunismus befindlichen Gesellschaft. Eine Bezeichnung mit -ismus ist für alle diese Abweichungen schnell zur Hand. Uns interessieren hier nur die verschiedenen Formen des Revisionismus oder aller jener Irrlehren, die man als Revisionismus bezeichnen kann. Sie und das große Gewicht, das man ihrer Bekämpfung beimißt, deuten darauf hin, daß es sich dabei um Erscheinungen handelt, die — im dialektischen Denken — nicht auf einer vormarxistischen, im Niedergang befindlichen Stufe stehen, sondern in der Gegenwart und Zukunft als eine (sagen wir:) Zwischenantithese gegen die These des Sozialismus, und gerade darum unheimlich und gefährlich sind.

Mit der Aufzählung dieser -ismen möchte ich keineswegs den Eindruck erwecken, als seien nur solche als Ketzereien verurteilte Abweichungen von der gültigen Lehre des Marxismus-Leninismus für unsere Fragestellung interessant. Wer solche zeitgenössischen Entwicklungen von einem anderen ideologischen Lager aus beobachtet, muß sich vor der Versuchung hüten, diese Ketzereien als Schwierigkeiten des Systems und Anzeichen seines Verfalls befriedigt festzustellen und zu überschätzen. Das mag auf dem Gebiet der Wirtschaft oder Politik als Selbstbestätigung hilfreich sein. Geistige Entwicklungen von der Art, wie wir sie hier zu studieren haben, treten aber auch innerhalb der Generallinie auf. Zwischen Ketzerei und Orthodoxie ist dann schwer zu unterscheiden. Auch kann, was heute Revisionismus heißt, morgen schon anerkannte Lehre sein. Das wissen wir aus der Kirchengeschichte und heute auch schon aus der Geschichte des Marxismus-Leninismus. Einige Beobachtungen dieser Art legen es nahe, die Grenzen zwischen Kommunismus und Antikommunismus nicht allzu scharf zu ziehen. Es ist methodisch richtiger, ideologische und wissenschaftliche Thesen im Bereich des Kommunis-

mus auf ihren Gehalt zu analysieren, ohne zunächst nach dem Grad ihrer Linientreue zu fragen. Wichtiger ist schon die Unterscheidung zwischen jener primitiven Funktionärsterminologie, die sich über die ganze Welt ergießt und bei manchem den Eindruck erweckt, der Marxismus-Leninismus sei wissenschaftlich nicht ernst zu nehmen einerseits, und jener wirklich wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den Problemen der Gesellschaft und des Denkens, die sich auf dem Boden des Marxismus-Leninismus unverkennbar vollzieht andererseits. Einige Beobachtungen an der wissenschaftsgeschichtlichen Entwicklung in Ostmitteleuropa legen diese Unterscheidung nahe:

Zunächst ist nicht zu übersehen, daß — nach einer ersten Welle marxistisch-leninistischer Propagatoren in Philosophie, Geschichtsforschung und ähnlichen Bereichen — eine jüngere Generation qualifizierter Forscher auf den Plan getreten ist. Sie haben ihre Methoden verfeinert und durchleuchten ihren Gegenstand mit Ernst und Wahrheitsstreben, wenn auch mit einer Haltung, die wir „engagierte Wissenschaft“ zu nennen pflegen. Die Kategorien, die sie dabei verwenden, sind marxistisch — aber nicht anders als die unseren bürgerlich-nationalistisch oder liberal sind. Darin haben sie recht, daß auch unsere Wissenschaft gesellschafts- und epochenbedingt und darum ideologiebeeinflusst ist — wie die ihre. Die ursprünglichen Ansätze des Marxismus mögen noch so vulgarisiert und überholt sein: es ist nicht zu leugnen, daß der Marxismus auf dem Gebiet der Geschichte, der Sozial- und Wirtschaftsforschung entscheidende Impulse vermittelt hat, aus denen wir zum Teil heute noch leben. Nun wagen sich — wie noch zu zeigen sein wird — einzelne dieser Forscher in ideologiegeschichtliche Bereiche vor, die der ursprüngliche und gar der vulgäre Marxismus, vor allem im Gefolge von Engels, kurzerhand als metaphysisch und als Klassenideologie im Sinne von Priestertrug und falschem Bewußtsein verächtlich gemacht hat. Sie kommen dabei — etwa in der Analyse des Hussitismus und der vor- wie nachhussitischen Reformationsbewegungen — zur Einsicht in die Verflechtung von ideologischen und soziologischen Faktoren, die nicht mehr in das schlichte Schema von Unterbau und Überbau passen, auch wenn in den großen Linien an der Engelsschen Begriffswelt und Terminologie festgehalten wird. Das tiefere Verständnis für diese Verflechtung ist uns ja nur in der geistigen Welt des Idealismus abhandengekommen. Es war vorher da — *gratia supponit naturam* ist eine alte Formel dafür. In dieser Entwicklung vom philosophischen Idealismus weg geht unsere Wissenschaft und die marxistische parallel. Wir können nicht mehr alles, was dort entwickelt wird, als Vulgärmaterialismus ablehnen.

Es ist zweitens nicht zu verkennen, daß gerade in Ostmitteleuropa einige gute Talente von der geisteswissenschaftlichen Forschung angezogen werden: von der Philosophie, von den historischen Wissenschaften, von der Kunstwissenschaft. Hier scheinen sie vor der Primitivität der Agitprop-Leute einigermaßen sicher zu sein. Darum wirken diese Wissenschaften wie ein Rückzugsgebiet für die freieren Geister, die etwas wie eine wissenschaft-

liche Überzeugung haben. Natürlich bewegen sie sich in den Kategorien des Marxismus. Sie bejahen sie vielfach und schreiben ihnen eine Schlüsselfunktion für die Erkenntnis jener ideologisch-soziologischen Zusammenhänge zu. Mit Recht, müssen wir sagen, weil doch jedes Begriffssystem, auch das marxistische, wie ein Koordinatensystem wirkt, das, auf immer die gleiche Wirklichkeit angelegt, jedem Punkt einen bestimmten Stellenwert gibt. Auch wir kommen ohne ein solches Koordinatensystem nicht aus. Der Streit geht nicht so sehr um wahr oder falsch als um die Zweckmäßigkeit und Richtigkeit dieses oder jenes Koordinatensystems. Auf dem Hintergrund solcher Relativität kann eine wissenschaftliche Diskussion fruchtbar sein.

Die Sammlung der Talente in den genannten parteiideologisch gewiß nicht irrelevanten Wissenschaftszweigen erinnert an die Rolle der Philosophie als Refugium derer, denen die Theologie am Ausgang des Mittelalters zu wenig Möglichkeiten geistiger Entfaltung bot.

Eine dritte, wissenschaftsgeschichtlich bedeutsame Erscheinung ist die allmähliche Klärung des Verhältnisses zwischen Ideologie und Wissenschaft, wie sie sich gerade in Ostmitteleuropa vollzieht und von den Parteiideologen als Revisionismus bezeichnet, ja als revolutionär empfunden wird. Der Anspruch des Marxismus, absolute, beweisbare Wissenschaft zu sein, löst sich hier vor der Erkenntnis auf, daß er in eine Sackgasse führt. Nun werden Ideologie und Wissenschaft gegeneinander abgegrenzt, wie wir Glaube und Wissen gegeneinander abgegrenzt haben: jedes der beiden mit einer spezifischen Funktion, die für die menschliche Gesellschaft unentbehrlich ist. Dabei wird von den Kritikern, die diese Unterscheidung treffen — ich brauche nur Georg Lukács, Ernst Bloch, Leszek Kołakowski und für die Tschechen etwa Robert Kalivoda zu nennen —, der Marxismus durchaus bejaht, aber eben nicht als Wissenschaft, sondern als Ideologie, als quasireligiöser Glaube.

Zugleich vollzieht sich unverkennbar ein Wandel des Ideologiebegriffs, der auch bei uns in ähnlichem Sinne im Gange ist. Dieser Begriff bewegt sich aus der Sphäre des falschen Bewußtseins und eines Gegenpols der Wahrheit heraus und läßt die Ideologie allmählich als eines der Instrumente der Welt-erfassung erscheinen: in ihrer Art gültig wie die Wissenschaft, der Analyse zugänglich und — das ist entscheidend — der Kontrolle durch die Wissenschaft bedürftig.

Es wäre einseitig, neben dieser wissenschaftsgeschichtlichen Entwicklung nicht auch die Rolle der Dichtung und Kunst im Bereich des Marxismus-Leninismus zu sehen. Auch sie ist symptomatisch für einen innermarxistischen Prozeß, wenn auch in anderer Weise als die Wissenschaft. Das verrät schon die Aufregung, mit der sie die Jugend in Ostmitteleuropa aber auch in der Sowjetunion erfüllt. In Romangestalten ist die Kritik am Stalinismus, ist das Tauwetter zuerst greifbar geworden. Die Lyrik hat dem lang aufgestauten Druck ein Ventil geöffnet und seelischen Kräften, die der Parteimarxismus ignoriert hatte, explosiven Ausdruck verliehen. Sie hat damit die Rolle angenommen, die sie immer gegenüber einem starren, dogmatischen System spielt: als Aufbruch des Menschlichen von unten her, als Verfechterin der

tiefsten menschlichen Hoffnungen und Sehnsüchte einem System gegenüber, das den Menschen — auch wo es zu seiner Befreiung installiert worden ist — zum Mittel degradiert hat. Das gilt für jedes System. Daher die kommunistische Neigung der Lyrik in bürgerlich-demokratischen Gesellschaften, die humanistische in kommunistischen.

Bevor ich daran gehe, die hier zunächst angedeuteten Entwicklungen an einigen konkreten Beispielen aus dem wissenschaftlichen und geistigen Leben insbesondere der Tschechen und Polen zu belegen, muß ich versuchen, die Voraussetzungen zu zeigen, die der Kommunismus bei seinem Eindringen in Ostmitteleuropa vorgefunden hat. Denn die hier angedeuteten Entwicklungen auf marxistischem Boden, in einem sowjetisierten oder doch im Sowjetisierungsprozeß befindlichen Ostmitteleuropa, sind nur auf dem Hintergrund jener eigentümlichen Ambivalenz zu verstehen, die diese verschiedentlich schon dargestellte Sowjetisierung hat sichtbar werden lassen. Zwar ist — so könnte man diese Ambivalenz beschreiben — der Marxismus-Leninismus im Gefolge militärischer Eroberung und politischer Machtergreifung hier zur Herrschaft gelangt, als eine Einfuhr fremden Gedankengutes also, von außen kommend und endogene Entwicklungen unterbrechend; dennoch ist dieser Marxismus-Leninismus nicht nach Ostmitteleuropa gekommen, ohne hier Voraussetzungen vorzufinden, Lücken auszufüllen, Lösungen für ungelöste Probleme anzubieten, in manchem die Rolle eines Fortsetzers und Vollenders lokaler Traditionen zu übernehmen. Es ist vor allem diese Ambivalenz, die die Sowjetisierung Ostmitteleuropas als einen Rezeptionsvorgang erscheinen läßt, ähnlich der Christianisierung, der Übernahme frühkapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsformen, der Ausbreitung bürgerlicher Produktionsweisen und Ideologien in diesem Teil Europas.

Hier soll von den Voraussetzungen nicht die Rede sein, die der Kommunismus in manchen Gebieten Ostmitteleuropas in Gestalt halbfeudaler Gesellschaftsstrukturen, des Fehlens eines politisch aktionsfähigen Bürgertums, der schleichenden Agrarkrise, der ungelösten Nationalitätenfrage vorgefunden hat. Das waren zugleich Voraussetzungen für die zahlreichen Diktaturen und Halbdiktaturen, in die fast alle noch so gut gemeinten Demokratien des Versailler Systems nach wenigen Jahren einmündeten; Voraussetzungen auch für jene Bewegungen und Gruppen, die im Reich Hitlers einen Ausweg aus der Not erblickten. Hier geht es mehr um die Philosophie, um die Selbstdeutung und das Geschichtsbild der ostmitteleuropäischen Völker, um ihre Bildungsziele, um ihre Dichtung und Kunst.

Hier nun ist — wir werden das später etwa an der tschechischen Lyrik, aber auch am tschechischen Geschichtsbild beobachten können — eine gewisse Enttäuschung über die 1918 erreichten oder wiedererreichten Nationalstaaten unverkennbar, ein Mißbehagen am Pragmatismus der neuen Führungsschichten. Wie jedesmal nach einer solchen Selbstkonstituierung — nach der Französischen Revolution etwa, nach der Gründung des Bismarckschen Reiches, ja auch nach dem Durchbruch der

bolschewistischen Revolution in Rußland — schien auch hier das Pendel der Anstrengungen und des Enthusiasmus zurückzuschwingen. Auch hier war unter den möglichen Gewinnern einer solchen Revolution nur eine bestimmte Gruppe in die politische und ideologische Führung gelangt, die Träger anderer Konzeptionen enttäuschend. Die um 1920 an vielen Stellen, auch in Deutschland, einsetzenden Staatsstriche und Putschversuche von Links und von Rechts, die um die gleiche Zeit erfolgenden Spaltungen der Sozialdemokratie in kommunistische und sozialdemokratische Parteien sind symptomatisch dafür. Man sollte sich nicht immer mit der zahlenmäßigen Schwäche und geringen Bedeutung der kommunistischen Parteien in den Staaten Ostmitteleuropas trösten, die überdies durch Stalins Kominternpolitik zersplittert und geschwächt worden sind. Im Widerspruch dazu steht die unheimliche Faszination, die der Kommunismus in den zwanziger und noch in den dreißiger Jahren vor allem auf die Intellektuellen Europas und Ostmitteleuropas ausübte.

Daran war gewiß der bürgerliche Nationalismus und der Pragmatismus der neuen Führungsschichten nicht ohne Schuld. Er hat die besten Geister enttäuscht und in revolutionäre Bewegungen gelockt, wo es noch Aufgaben, Gegner und Visionen gab. Wir werden das an der tschechischen Dichtung der zwanziger Jahre sehen, in der es neben starken Sympathien für den Kommunismus, für Experiment und Verheißung der bolschewistischen Revolution, auch eine leidenschaftlich katholische Bewegung gab, die mit der offiziellen, bürgerlich-katholischen, tschechischen Volkspartei nichts zu tun haben wollte und ihre Impulse von dem gegen den laizistischen Staat opponierenden französischen Katholizismus erhielt. Das Nebeneinander dieser beiden, doch so verschiedenen Bewegungen in der gleichen Front gegen den bürgerlichen Nationalstaat von 1918 verrät ein gemeinsames Motiv für sie beide: die erbitterte Ablehnung eben jenes Pragmatismus Masarykscher und Karel Capekscher Prägung, die faszinierende Wirkung einer Zukunftsvision wie sie das damals noch revolutionäre Rußland bot und wie sie auch der Katholizismus Otakar Březinas und Jaroslav Durychs mit sich führte. Die Gründe, sich für den Kommunismus zu entscheiden, waren nicht sehr verschieden von jenen, die manche zu radikalen Katholiken der erwähnten Art machten, andere zum Nationalsozialismus oder zu einer der ostmitteleuropäischen Formen des Faschismus trieben.

Die Deutung liegt nahe, daß wir es in allen diesen Erscheinungen der zwanziger und dreißiger Jahre mit der Suche nach neuen Konzeptionen zu tun haben, die in dem Augenblick fällig war, als das bürgerliche Risorgimento der ostmitteleuropäischen Völker mit der Konstituierung ihrer Nationalstaaten sein Ziel erreicht hatte.

Zu solchen Voraussetzungen des Kommunismus in Ostmitteleuropa ließen sich auch noch die Funktionen aufzählen, die er nach seiner Machtübernahme in diesem Raum an der dortigen Gesellschaft ausgeübt hat: etwa seine Rolle bei der Revolutionierung verschiedener Fachwissenschaften; etwa, daß er die bürgerlich-nationalen Geschichtsbilder des Risorgimento in eine vom

Anfang bis zum Ende der Welthistorie reichende Heilsgeschichte mit allgemeingültiger Phasenfolge und Eschatologie einbezog, daß er als Erfüller und Vollender der nationalen Emanzipationsbewegungen auftrat, indem er die erstrebte nationale Einheit durch die Überwindung des Klassencharakters der betreffenden Nation erst eigentlich zu verwirklichen vorgab. Aber die Beobachtung dieser Rolle des Kommunismus in Ostmitteleuropa möchte ich jenen Beispielen überlassen, die nunmehr sie und zugleich die aus dem Erbe der ostmitteleuropäischen Völker aufsteigende Antwort auf den Kommunismus, seine spezifische ostmitteleuropäische Abwandlung und Weiterentwicklung exemplifizieren sollen.

Ein Beispiel dieser Art bietet die Geschichte der *Philosophie* in Polen und die Rolle des Marxismus-Leninismus darin. In Polen hatte sich, im Zusammenhang mit der Prager und der Wiener Schule, eine hochstehende Fachphilosophie im Gefolge von Franz Brentano und im Stil des Neopositivismus entwickelt<sup>2</sup>. Twardowski hatte sie nach Lemberg verpflanzt. Von ihm ausgehend, aber im Gegensatz zu seiner Lemberger Schule, führte die sog. Warschauer Schule das philosophische Denken in Richtung auf eine formale Logik weiter. Leśniewski, Lukaszewicz und Tarski wurden die über Polen hinaus bekannten Logiker, Kotarbiński — bekannt geworden als Präsident der polnischen Akademie der Wissenschaften — und Adjukiewicz haben Wesentliches zur Erkenntnistheorie beigetragen. Eine beträchtliche Zahl ihrer Schüler hat die formale Logik und die Mathematik in Polen auf einen hohen, international anerkannten Stand gebracht.

Dieser Philosophie gegenüber hatte es der Marxismus-Leninismus nicht leicht, als er — wie überall in Ostmitteleuropa — zu Beginn der fünfziger Jahre von jungen, meist philosophisch kaum vorgebildeten Ideologen, Wissenschaftlern und Journalisten vertreten, in die Redaktion der philosophischen Zeitschriften und in die wissenschaftlichen Institutionen, zumal in die nach Moskauer Muster neu gegründete jeweilige Akademie der Wissenschaften, eingeführt wurde. Er wurde als Philosophie gar nicht ernst genommen. Es war auch in der Tat eine Ideologie, die, von festgelegten, nicht nachzuprüfenden Thesen aus, alle Fragen des Lebens, der Natur und der Gesellschaft zu klären und für die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung die einzig richtigen Anweisungen zu geben beanspruchte. Als Philosophie beruhte dieser Marxismus-Leninismus auf einem Stand des 19. Jahrhunderts, von den — wenn auch divergierenden — Schulen der Fachphilosophie weit überholt.

Mehrere Umstände verschafften ihm trotzdem Gehör und Respekt. Einmal die reale Macht der Partei, die bewährte Marxisten-Leninisten auf philosophische Lehrkanzeln setzen und anders Denkende davon — wenigstens zeitwei-

---

<sup>2</sup> Dazu und zum folgenden vgl. u. a. Z. A. Jordan: *Philosophy and Ideology. The Development of Philosophy and Marxism-Leninism in Poland since the Second World War.* Dordrecht 1963.

lig — entfernen konnte. So wurde Adam Schaff, in Lemberg und Paris geschult, zum Vorkämpfer der marxistisch-leninistischen Philosophie in Polen<sup>3</sup>. Er ist heute vielleicht der einzige glaubwürdige marxistisch-leninistische Philosoph im Land. Alles andere sind Gelehrte, zum Teil von internationalem Ruf wie der Soziologe Chałasiński, die sich zu einem mehr oder minder orthodoxen Marxismus bekehrten, oder junge, nun schon philosophisch geschulte Marxisten, die sich aber bald sehr selbständig mit der marxistisch-leninistischen Philosophie auseinandersetzten wie Leszek Kolakowski.

Es wäre freilich falsch, die Durchsetzung der marxistisch-leninistischen Philosophie in Polen nur auf den Druck der Partei zurückzuführen, der sich natürlich in den Jahren vor 1956 rigorosener auswirkte als nachher. Ob auf dem Niveau der modernen Fachphilosophie oder nicht: der Marxismus-Leninismus beantwortete Fragen, die die Gesellschaft der Philosophie seit jeher zu stellen pflegt, von denen sich aber die Fachphilosophie aus Gründen der erkenntnistheoretischen Methode und der wissenschaftlichen Strenge zurückgezogen hat. Mögen diese Antworten auch Sache des Glaubens sein und nicht der Wissenschaft: die marxistisch-leninistische Philosophie beansprucht sie als beweisbar und von ihr bewiesen. Sie steht und fällt mit diesem Anspruch, Wissenschaft zu sein.

Und nun das Europäische, das Unsovietische an der Geschichte der Philosophie im kommunistisch gelenkten Polen: Von den jüngeren, marxistisch-leninistisch geschulten Philosophen, also von einem innermarxistischen Standort aus, erhebt sich Kritik an diesem Wissenschaftsanspruch des Marxismus-Leninismus: Leszek Kolakowski hat sie formuliert. Sein Buch, auf deutsch unter dem Titel „Der Mensch ohne Alternative. Über die Möglichkeit und Unmöglichkeit, Marxist zu sein“<sup>4</sup> bekannt, setzt die Funktionen von Glaube und Wissen voneinander ab. Ähnlich wie Ernst Bloch und Georg Lukács bejaht er dabei den Marxismus, aber eben als einen Glauben, als ein System von Werten und Normen, ohne das keine Gesellschaft leben kann, aber nicht als Wissenschaft.

Kolakowski ist nicht der einzige, der diese Unterscheidung zwischen Ideologie und Wissenschaft getroffen hat. Sein polnischer Kollege Julian Hochfeld hat zu dem Problem Stellung genommen, Adam Schaff hat von einem orthodoxen Standpunkt aus Kritik geübt. Die Diskussion um den polnischen Revisionismus hat sich weitgehend auf dieses Thema des Ideologiebegriffs konzentriert, so daß auch die Pariser „Kultura“ in ihrer Berichterstattung über den Revisionismus darauf zu sprechen kommt<sup>5</sup>. Das Thema beschäftigt aber nicht nur die polnische Philosophie. In den tschechischen „Literární No-

<sup>3</sup> Vgl. insbesondere Schaffs Arbeiten: *Wstęp do teorii marksizmu* [Einführung in die Theorie des Marxismus]. Warschau 1948, und: *Narodziny i rozwój filozofii marksistowskiej* [Ursprung und Entwicklung der marxistischen Philosophie]. Warschau 1950.

<sup>4</sup> München 1960

<sup>5</sup> Zbigniew Jordan: *Rewizjonizm w Polsce*. In: *Kultura* 1961, Nr. 12 und 1962, Nr. 1/2.

viny“ fand 1956/57 eine eingehende Diskussion über das Verhältnis zwischen Ideologie und Wissenschaft statt, an der die Philosophen K. Kosík und I. Sviták beteiligt waren<sup>6</sup>. Ihnen wurden kurz darauf falsche Ansichten über die Beziehungen zwischen Philosophie und Politik vorgeworfen, Kosík insbesondere ein neuhegelscher Revisionismus und eine Spiritualisierung der ökonomischen Bedingtheit gesellschaftlicher Erscheinungen. Auch der Jugoslawe Mihailo Marković macht das Verhältnis zwischen Ideologie und Wissenschaft zum Thema seiner Arbeiten, so eines Aufsatzes „Nauka i ideologija“<sup>7</sup>.

Man sieht: der Marxismus-Leninismus steht in einer entscheidenden Phase der Entwicklung seines Ideologiebegriffs. Von der ursprünglichen Marx-Engelsschen Ideologielehre in der „Deutschen Ideologie“ ausgehend, hat sich der Marxismus nicht als Ideologie, sondern als Wissenschaft verstanden und proklamiert. Inzwischen aber ist klar geworden, was schon Karl Mannheim in seinem berühmten Buch „Ideologie und Utopie“<sup>8</sup> formulierte, daß auch der Marxismus, gerade mit seinem Anspruch, Wissenschaft zu sein, vor allem aber mit seiner Absicht, die Welt umzugestalten, nicht zu erklären, selber eine Ideologie ist. Kolakowski definiert das als eine „Evolution des Marxismus zur Ideologie“<sup>9</sup>. Denn, so formuliert Marković, „Ein Bewußtsein, das nicht bei der Feststellung von Tatsachen und der kalten leidenschaftslosen Voraussetzung stehenbleibt, . . . sondern auch etwas will . . ., ein solches Bewußtsein ist nicht rein wissenschaftlich . . ., sondern . . . ideologisch“<sup>10</sup>. Aber Kolakowski geht über die Ideologienlehre auch unserer Wissenssoziologie hinaus. „Der Unterschied zwischen Ideologie und Wissenschaft ist nicht der Unterschied zwischen Lüge und Wahrheit. Sie unterscheiden sich durch ihre soziale Funktion und nicht durch den Grad ihrer Wahrhaftigkeit“<sup>11</sup>. „Die Ideologie dient nach ihm einer sozialen Gruppe zur Organisierung der Werte, „die notwendig sind, damit die Gruppe erfolgreich tätig sein kann“. „Die Kenntnis der Wirklichkeit an sich kann niemanden zum Handeln veranlassen.“

Was hier vor sich geht, ist eine Erweiterung und Objektivierung des Ideologiebegriffes: Kolakowski wie Hochfeld nehmen den Marxismus, indem sie ihn als Ideologie und nicht als Wissenschaft erklären, gegen die Meinung in Schutz, daß er damit abgewertet sei. Gegenüber einer Ideologie des Antiideologismus bekennt Hochfeld, daß er „an die Zukunft des Marxismus als Ideologie glaube“<sup>12</sup>. Die „angebliche Entideologisierung“ deutet Kolakowski als ein Suchen nach einem Wertungspluralismus. Eine Liquidierung der Ideo-

<sup>6</sup> Dazu vgl. N. Lobkowicz: Marxismus-Leninismus in der ČSR. Die tschechoslowakische Philosophie seit 1945. Dordrecht 1961, S. 74 f. und 88.

<sup>7</sup> In: Naša stvarnost. Belgrad 1959, Nr. 1/8.

<sup>8</sup> 1. Aufl. Bonn 1929, 3. Aufl. Frankfurt/M. 1952.

<sup>9</sup> Der Mensch ohne Alternative, S. 26.

<sup>10</sup> Nauka i ideologija, zit. nach Ostprobleme 12 (1960) 24.

<sup>11</sup> Dieses und die folgenden Zitate aus L. Kolakowski: Der Mensch ohne Alternative, S. 24 und 25.

<sup>12</sup> J. Hochfeld und L. Kolakowski: Ideologia i świat współczesny. In: Argumenty. Warschau, 1. Nov. 1959. Zit. nach Ostprobleme 12 (1960) 88.

logie im Gemeinschaftsleben sei ein unerfüllbarer Traum. Dagegen sei die Verminderung des ideologischen Drucks im wissenschaftlichen Leben und der Übergang von universalen zu pluralistischen Ideologien möglich<sup>13</sup>. Die Wissenschaft werde sich nach und nach von der Kontrolle durch die Ideologie befreien, sagt er an anderer Stelle<sup>14</sup>. „In Polen wurde ihr Druck auf dem Gebiete der Naturwissenschaften ausgeschaltet, auf dem Gebiete des künstlerischen Schaffens in großem Maße eingeschränkt.“ Natürlich könne künstlerische Tätigkeit ohne ideologische Inspiration nicht existieren: aber Inspiration sei etwas anderes als die Leitung durch eine politische Organisation.

Das sind Auffassungen, wie sie auch sonst in Ostmitteleuropa zu hören sind. Ich nannte dafür Georg Lukács, auf den sich Kolakowski ausdrücklich beruft, Ernst Bloch und für die Tschechen neben Karel Kosík und anderen den hier noch zu charakterisierenden Robert Kalivoda.

Bloch ist in den Westen gegangen. Kolakowski wird des Revisionismus bezichtigt. Aber das hindert ihn nicht, wie J. Hochfeld, seine Thesen über die Ideologie in Schrift und Rundfunk zu verkünden. Es ändert auch nichts an der Tatsache, daß in Ostmitteleuropa eine innermarxistische Marxismuskritik möglich und — wir können heute schon sagen — typisch ist. Zwar hat auch in der Sowjetunion die Naturwissenschaft gewisse Dogmen und Tabus der marxistischen Lehre zunächst uminterpretiert, dann ignoriert, schließlich geleugnet. Aber in der sowjetischen Philosophie, Geschichte und Soziologie besteht das Dogma unangefochten. Auf den ideologisch empfindlichen Gebieten gegen dieses Dogma anzugehen, das ist heute vorerst nur in Ostmitteleuropa möglich und für Ostmitteleuropa charakteristisch.

Die ganze hier angedeutete Diskussion über den Ideologiecharakter des Marxismus-Leninismus und die Ablehnung seines Anspruchs, beweisbare Wissenschaft zu sein, ist für den Kommunismus und seine geistige Wirkung auf die Völker von zentraler Bedeutung. Man könnte sie mit der Rolle vergleichen, die in der kirchlichen Lehre des 17. Jahrhunderts die Frage gespielt hat, ob sich die Sonne um die Erde oder gar die Erde um die Sonne bewege. Wie damals die Glaubwürdigkeit der Kirchenlehre vom Festhalten am Geozentrismus abzuhängen schien, so hängt heute der Glaube an die Überlegenheit des Kommunismus über die Religionen und Ideologien der übrigen Welt von der These ab, er sei — im Gegensatz zu ihnen allen — beweisbare Wissenschaft.

Etwas Ähnliches wie diese innermarxistische Marxismuskritik geht auf dem Gebiete der *Erziehungswissenschaft* vor sich. Hier hat die sowjetische Bildungsreform von 1958 mit ihrem Leitwort „Verbindung von Schule und Leben“, verwirklicht in Gestalt der sogenannten polytechnischen Bildung — was immer man gegen sie einwenden möge —, eine Bildungskonzeption entwickelt, die die dialektische Antwort auf die Bildungskonzeption der bürger-

<sup>13</sup> Ebenda S. 89.

<sup>14</sup> Der Mensch ohne Alternative, S. 38.

lichen Länder des Westens darstellt: An Stelle des bürgerlichen Dualismus zwischen einer rein geistigen, intellektuellen Bildung einerseits, der volkstümlichen und Berufsbildung andererseits setzt sie eine Synthese dieser beiden, baut sie ein Stück Berufsbildung in den Prozeß der Allgemeinbildung ein, um die Jugend aller künftigen Berufsgruppen in die moderne Arbeitswelt einzuführen. Zugrunde liegt die alte europäische, nicht nur auf Marx zurückgehende Reformidee von der Bildung durch Teilnahme am Produktionsprozeß. Bei Dewey, bei Kerschesteiner, radikaler beim russischen, zum Kommunismus bekehrten Pädagogen Blonskij ist diese Idee entwickelt, ins Extrem und ad absurdum geführt gegen 1930 durch Sułgins Parole vom „Absterben der Schule“ — man merkt die Analogie zum Marx-Engelsschen „Absterben des Staates“ —. Nun, diese Extremform hätte sich nicht durchgesetzt, auch wenn die bildungspolitische Restauration unter Stalin nicht gekommen wäre. Aber die Chruschtschowsche Reform von 1958 hat die Idee von der Vereinigung von Bildungs- und Produktionsprozeß wieder aufgenommen und schafft damit ein Lösungsmodell für ein Problem, das alle Industrienationen der Welt im gegenwärtigen Stadium der Industrialisierung beschäftigt — auch, und besonders, uns Deutsche.

Was bleibt den unter sowjetischen Einfluß geratenen Nationen Ostmitteleuropas anderes übrig, als — ohne Rücksicht auf ihre eigene bildungspolitische Tradition — dieses Lösungsmodell von der polytechnischen Bildung auch ihrem Bildungswesen zugrunde zu legen. Während aber die sowjetische Pädagogik und Psychologie geradezu von einer Identität des Bildungs- und des Arbeitsprozesses ausgeht — in einer eben veröffentlichten pädagogisch gemeinten „Psychologie der Arbeit“ (Psychologija truda) von N. D. Levitov<sup>15</sup> erscheinen die Bildungsprobleme als Unterkapitel —, kommt aus Polen der Hinweis auf den grundlegenden Unterschied zwischen Bildungs- und Produktionsprozeß. Der Warschauer Pädagoge Ignacy Szaniawski, Schüler Chałasińskis und durchaus bemüht um eine sinnvolle Synthese von Produktion und Bildung im marxistischen Sinne, Autor verschiedener Untersuchungen über die polytechnische Bildung, arbeitet in seinem letzten Buch „Humanizacja pracy a funkcja społeczna szkoły“ [Die Humanisierung der Arbeit und die gesellschaftliche Funktion der Schule]<sup>16</sup> diese wesensgemäße Verschiedenheit zwischen Bildung und Produktion heraus und setzt damit der allzusehr in die Produktionserfordernisse eingespannten Sowjetpädagogik das Modell einer zwar auf die moderne Arbeitswelt ausgerichteten, trotzdem aber ihrer eigenen inneren Logik folgenden Schule entgegen. Bei ihm erscheint die polytechnische Bildung eingebaut in eine Dreiheit didaktischer Verfahren: Neben den Klassen-Lektionen, die die Didaktik von Herbart, Ziller und Rein zum klassischen Verfahren des Unterrichts erhoben hat, worauf sie bis heute in unserem Schulwesen als verbales, passives Kreide-Tafel-Verfahren einseitig vorherrschen, steht das vor allem für die naturwissenschaftlichen Fächer

<sup>15</sup> Moskau 1963.

<sup>16</sup> Warschau 1962.

charakteristische Labor-Experimentieren mit Selbstbeobachten und Entdecken durch die Schüler, und erst als drittes, wenn auch ebenso bedeutsames Verfahren die polytechnische Bildung durch Teilnahme am Produktionsprozeß, aber nicht dem Zweck der Produktion, sondern dem der Bildung untergeordnet. Szaniawski sagt kein Wort der Kritik an jener sowjetischen Bildungsideologie, ja, er beruft sich auf die Bildungskonzeption von Karl Marx, aber er stellt sie in Zusammenhang mit der europäischen Bildungsgeschichte und bringt deren Grundgedanken in Erinnerung.

Das Beispiel aus der Erziehungswissenschaft steht hier nicht um seiner selbst willen. In der deutschen Öffentlichkeit werden solche Bildungsprobleme ohnehin nicht als charakteristisch für die Gesamtkultur genommen, wie sehr sie es in Wirklichkeit auch sind. Aber dieses Beispiel zeigt das gleiche wie vorhin der philosophiegeschichtliche Exkurs: Ostmitteleuropa erlebt eine Rezeption des Marxismus-Leninismus. Es wäre falsch, diese Rezeption als bloßes Ergebnis von außen kommender Gewalt abzutun — so klein und geistig nicht gewachsen die sie propagierenden Gruppen, gerade etwa in Polen, waren. Denn schon an diesen zwei Beispielen aus Philosophie und Pädagogik ist zu merken, daß hier der Kommunismus auf ungelöste Probleme der bürgerlichen Epoche eine Antwort bedeutet hat. Aber Ostmitteleuropa erlebt diese Rezeption des Kommunismus nicht ohne dazu ein eigenes Wort zu sagen, nicht ohne eine innermarxistische Marxismuskritik, nicht ohne eine Humanisierung der Bildungsideologie. Was hier vor sich geht, ist nicht einfach eine geistige Abwehr des Marxismus-Leninismus — wie man sich das in einem westlich-bürgerlichen Wunschenken gern vorstellt —, sondern eher ein Durchgang durch ihn, eine Reaktion auf ihn aus den Formkräften einer jahrhundertelangen abendländischen Überlieferung und Erziehung.

Zu dieser Deutung des Vorgangs bringen andere Sachgebiete Parallelen bei. Ein solches betrifft den Wandel der nationalen *Geschichtsbilder*, die Ostmitteleuropa mit dem nationalen Erwachen seiner Völker so vielfältig hervor gebracht hat. Auf ihre Sowjetisierung habe ich in anderem Zusammenhang hingewiesen<sup>17</sup>. Der Herder-Forschungsrat hat sich auf einer wissenschaftlichen Tagung damit beschäftigt und darüber den Bericht „Geschichtsbewußtsein in Ostmitteleuropa“<sup>18</sup> veröffentlicht. Wir sind heute, so wird dort ausgeführt, aus der größeren Distanz vom Nationalismus des Risorgimento, nicht mehr so sehr damit beschäftigt, diese Geschichtsbilder zu widerlegen, sondern vielmehr sie als Ausdruck ihrer Epoche und Produkt eben jenes Risorgimento-Nationalismus zu verstehen, durch den auch wir hindurchgegangen sind. Deshalb erkennen wir die Einschmelzung der nationalen Geschichtsbilder in das marxistische Geschichtsschema nicht nur als Ergebnis einer zwangsweise durchgeführten Umerziehung. Freilich hat sie sich — ähnlich jener Rezeption der marxistisch-leninistischen Philosophie — mit Hilfe von Lehrstuhl-

<sup>17</sup> Z. B.: Eugen Lemberg: Die Sowjetisierung der nationalen Geschichtsbilder in Ostmitteleuropa. In: Die Sowjetunion in Ostmitteleuropa. Wiesbaden 1962, S. 11—32.

<sup>18</sup> Marburg/Lahn 1961.

umbesetzungen, Akademie- und Institutsgründungen vollzogen; hier schließlich auch mit Hilfe von Richtlinien — „Thesen“ genannt —, an die sich dann die um 1960 wirklich erschienenen offiziellen Gesamtdarstellungen der jeweiligen nationalen Geschichte halten mußten.

Aber diese marxistisch-leninistisch umgedeuteten Geschichtsbilder bedeuten doch noch etwas mehr. Sie füllen im Geschichtsbewußtsein der beteiligten Völker ein Vakuum aus; denn die einseitigen und engen, nur auf die Selbstbestätigung der aufsteigenden, bürgerlich-nationalen Gesellschaft ausgerichteten Geschichtsbilder jenes Risorgimento-Nationalismus waren nicht weltgeschichtlich konzipiert, nicht zwischen einen Anfang und ein Ziel der Geschichte eingespannt; sie hielten auch keine Antwort auf die Frage nach dem Sinn des einzelmenschlichen Lebens bereit.

Wie sehr also der Kommunismus, dem Nationalismus der ostmitteleuropäischen Völker Rechnung tragend, ihre Geschichtsbilder nicht widerlegt, sondern aufgenommen und nur in seine Geschichtsphilosophie eingebaut hat: er hat doch eine Lücke ausgefüllt, die das bürgerlich-nationale Geschichtsdenken in ihrem Geschichtsbewußtsein hinterlassen hatte. Auch an diesem Geschichtsbewußtsein kann er nicht spurlos vorübergegangen sein. Wenn überhaupt noch Geschichtsbilder im Bewußtsein der ostmitteleuropäischen Völker eine Rolle spielen werden, dann werden sie marxistisch-leninistisch überformt sein, das heißt: um Fragestellungen, Kategorien und Erkenntnisse des Marxismus bereichert — hier sagen wir besser nur „Marxismus“, weil Marx für die europäische Historiographie und Geschichtsphilosophie viel, Lenin dagegen kaum etwas bedeutet.

Diesmal möchte ich die Beispiele aus der tschechischen Geschichtsschreibung nehmen. Hier hat der alte — im Grunde aus der Tradition des bürgerlichen Risorgimento (obrození) kommende — Historiker, Masaryk- und Smetanabiograph Zdeněk Nejedlý, schon in den zwanziger Jahren Kommunist, nach Moskau emigriert und schließlich erster Kultusminister der kommunistischen Tschechoslowakei, nach 1948 lange Zeit den Ton angegeben. Unter seiner Führung und Förderung sind alle Ansätze einer moderneren, wissenschaftlichen Geschichtsschreibung über die Palacký-Masaryksche Geschichtslgende von der hussitisch-demokratischen Mission der Tschechen hinaus zunichte gemacht worden. Die Ergebnisse dieser Geschichtsforschung in der Art von Jaroslav Goll und Josef Pekař, die die tschechische Geschichte wieder in den Rahmen der Europageschichte eingefügt und gewisse, als anational verfemte Geschichtesepochen rehabilitiert hatte, wurden als reaktionär und volksverräterisch abgelehnt. Das Hussitentum, von den ersten marxistisch-leninistischen Historikern einseitig als sozialrevolutionäre Bewegung interpretiert, hatte wieder den zentralen Platz im tschechischen Geschichtsbild erhalten und war — mehr noch als im deutschen historiographischen Marxismus der Bauernkrieg — zum großen Thema der tschechischen, marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung wie des offiziell propagierten Geschichtsbildes geworden. Heute, wenige Jahre nach dem Tode Nejedlýs, sieht es schon anders aus.

Einmal zeichnet sich unter den jüngeren tschechischen Historikern — das wissen wir aber mehr aus vorsichtigen Formulierungen und aus Gesprächen — eine Rehabilitierung jener ernst zu nehmenden, ursprünglich positivistischen Historiographie vom Typ Goll, Šusta und Pekař gegen die erste, mehr ideologisch-propagandistische als wissenschaftliche Schicht der marxistisch-leninistischen Geschichtsschreiber in der tschechoslowakischen Volksrepublik ab. Die rüden und primitiven Angriffe und Materialsammlungen gegen die „Pekařovština“, auch gegen die Politik und Ideologie Masaryks, werden wissenschaftlich nicht mehr ernst genommen.

Was den Hussitismus anlangt, gewinnt man den Eindruck, als seien die jüngeren Historiker des von Nejedlý propagierten Kultes überdrüssig geworden. Wenn jetzt ein ernster Historiker über den Hussitismus schreibt, dann tut er es freier und abständiger als bisher. Ein bemerkenswertes Zeugnis dafür ist die Arbeit von Robert Kalivoda: *Husitská ideologie*<sup>19</sup>.

An der Auseinandersetzung über das Verhältnis zwischen Ideologie und Wissenschaft, die wir vorhin an der polnischen Philosophie in der Tschechoslowakei und in Jugoslawien beobachtet haben, ist Robert Kalivoda schon 1956 durch einen Aufsatz in den *Literární Noviny* beteiligt<sup>20</sup>. In der Arbeit über die hussitische Ideologie kann er an den jung verstorbenen tschechischen Marxisten Kurt Konrad anknüpfen, der sich schon vor dem Zweiten Weltkrieg mit einer marxistischen Interpretation des Hussitismus, vor allem seiner wirtschaftsgeschichtlichen Aspekte, beschäftigt hat. In dem schon von Engels abgesteckten Rahmen erscheint hier der Hussitismus als eine der seit dem Hochmittelalter immer wieder gegen den in Krise befindlichen Feudalismus aufsteigenden bürgerlichen Revolutionen. Die Aufstände in der flandrischen Tuchindustrie des 14. Jahrhunderts, die hussitische Revolution im 15. Jahrhundert und der deutsche Bauernkrieg im 16. stehen so schon bei Engels in einer Linie von Vorläufern der Französischen Revolution. Es waren vorkapitalistische Revolutionen, die allerdings keinen Kapitalismus installierten, dafür aber die Träger der feudalen Gesellschaft — Kirche, Adel, in dessen Funktionen zum Teil das Großbürgertum eintrat — zur Entwicklung gewisser kapitalistischer Züge zwangen, nämlich zur Verwandlung der Rente in Gewinn: in seiner Selbstverteidigung gegen diese Revolutionen, gegen den allgemeinen Übergang zu Warenerzeugung und Geldwirtschaft, sah sich der Feudalherr gezwungen, selbst aus einem Rentner zum Erzeuger von Waren (auch landwirtschaftlicher Waren) zu werden. Damit ist in Mittel- und Ostmitteleuropa eine Refeudalisierung verbunden, die ja die nachhussitische Epoche kennzeichnet.

Aber Kalivoda geht es nicht so sehr um die wirtschafts- und klassengeschichtliche Interpretation des Hussitismus, in der, nach der ursprünglich marxistischen Unterbau-Überbau-Lehre das Wesen solcher historischen Pro-

<sup>19</sup> Prag 1961.

<sup>20</sup> *Vztah stranickosti a vědeckosti, ideologie a vědy v marxistické filosofii a teorii* [Das Verhältnis von Parteilichkeit und Wissenschaftlichkeit, Ideologie und Wissenschaft in der marxistischen Philosophie und Theorie]. *Literární Noviny* 1956, Nr. 52.

zesse beschlossen war: so sehr, daß den marxistischen Historikern religiöse Kontroversen nur als epochengeschichtliche Verkleidungen in Wirklichkeit ökonomisch-gesellschaftlicher Gegensätze erschienen. Er nimmt die theologischen und also ideologischen Auseinandersetzungen ernst. Ihnen ist sein Buch gewidmet. Die verschiedenen Ausprägungen der kirchlichen Lehre: die Patristik mit ihren platonisch-augustinischen Zügen einerseits, der Thomismus andererseits, erscheinen ihm nicht einfach als sekundäre ideologische Widerspiegelung und Selbstrechtfertigung bestimmter gesellschaftlicher Ordnungen — dort der frühmittelalterlichen, hier der feudalen — sondern als geistige Grundlagen dieser Ordnungen. Darum widmet er ihnen und ihrer Bedeutung für die jeweilige Gesellschaftskonstruktion eine eingehende Analyse, die sich sehr von dem meisten unterscheidet, was von marxistischen Historikern darüber zu lesen war. Der Kampf gegen die feudale Gesellschaftsordnung erscheint so gleichzeitig und gleichberechtigt als ein geistiger Kampf gegen den Thomismus. In diesen geistigen Kampf reiht er Wiclif und seine Vorläufer und eben auch die Lehre des Johannes Hus ein; in gewisser Parallele dazu auch die volkstümlichen Ketzereien vom späten Mittelalter an, die auch im Hussitismus eine bedeutende Rolle spielen sollten.

Nach ideengeschichtlicher Eindringtiefe unterscheidet sich diese Analyse der vorhussitischen und hussitischen Lehren in ihrer Bedeutung für die gesellschaftliche und politische Entwicklung gar nicht mehr von den Interpretationen der sogenannten bürgerlichen Historiographie, mit denen sich Kalivoda eingehend auseinandersetzt. Nur das kategoriale Bezugssystem ist jeweils ein anderes: dort die Interpretation des Hussitismus als einer nationalen Bewegung, die Herausarbeitung seiner Originalität im Sinne eines vom Risorgimento bestimmten Geschichtsbildes oder auch die Herausarbeitung bzw. Hineininterpretierung moderner demokratischer, säkularreligiöser Züge auf der einen, mittelalterlich-katholischer auf der anderen Seite — hier die Verflechtung mit gesellschaftlichen Zuständen und Gruppierungen, an der nur noch die ökonomischen und soziologischen Kategorien im ursprünglichen Sinne marxistisch sind. Dabei verfährt Kalivoda mit der üblichen marxistischen Einteilung in Gut und Böse recht frei. Er gibt zum Beispiel Pekař gegen Palacký recht<sup>21</sup> wo es um die Zurückweisung der romantischen Vorstellung von der hussitischen Demokratie geht. Er anerkennt, was die sogenannte bourgeoise Wissenschaft an richtigen Erkenntnissen beigesteuert hat, auch wenn sie — mangels marxistischer Kategorien — das Ganze nicht richtig sehen könne. Er ist sich schließlich des ideologischen Charakters auch der marxistischen Interpretation des Hussitismus bewußt<sup>22</sup>.

Im Gesamteindruck unterscheidet sich Kalivodas Darstellung sehr von der oberflächlichen und absprechenden Art, in der marxistisch-leninistische Historiker die geistigen — die theologischen und philosophischen — Auseinandersetzungen in Mittelalter und Neuzeit als Aberglaube und Obskurantis-

<sup>21</sup> Husitská ideologie, S. 62.

<sup>22</sup> Ebenda S. 157.

mus, als Priestertrug und höchstens als epochengemäße Tarnung im Grunde ökonomischer und klassensoziologischer Gegensätze behandelten. Hier wird eine wirkliche Diskussion, wenn auch von verschiedenen kategorialen Bezugssystemen aus, möglich und fruchtbar. Eine Gefahr für die westliche Wissenschaft könnte eher darin liegen, daß sie, von der ursprünglichen primitiven Art der marxistisch-leninistischen Historiographie zu einer pauschalen Unterschätzung aller wissenschaftlichen Arbeiten aus diesem Lager verleitet, schließlich den Kontakt der geistigen Auseinandersetzung mit dem Gegner — militärisch würde man sagen: die Feindberührung — verliert und sich, mit nationalen Hussitismusinterpretationen im Sinne des Risorgimento oder konfessionellen Klassifizierungen beschäftigt, im Kreise dreht.

Die Entwicklung im Bereich des geschichtlichen Selbstverständnisses der Tschechen ist deswegen besonders interessant, weil das moderne tschechische Volk vor allem durch sein Geschichtsbild Gestalt gewonnen hat. Die sowjetische Führung wußte wohl, was sie tat, als sie dieses Geschichtsbild nicht einfach ablehnte und durch das marxistisch-leninistische Schema ersetzte, sondern auf seine ursprüngliche, ihm von Palacký gegebene Gestalt zurückführte und die Sowjetisierung als Weiterführung und Vollendung der nationalen Sendung erscheinen ließ. Nun aber vollzieht sich gerade in diesem Bereich des Geschichtsbewußtseins eine Entwicklung weit über jene geistige Auseinandersetzung mit dem Hussitismus hinaus. Es gibt Ansätze einer Geschichtsbetrachtung, die über die enge, ausschließlich nationale Thematik der tschechischen Geschichtsforschung hinausführt. Man kann sie etwa in der offenen Kritik erkennen, die Bedřich Loewenstein in der Zeitschrift „Dějiny a současnost“ an der eigenen tschechischen Historiographie übt<sup>23</sup>.

Loewenstein, der sich auch mit der neuesten westdeutschen Geschichtsschreibung auseinandergesetzt hat<sup>24</sup> — nicht ohne beachtliche, wenn auch von seiner Fragestellung typisch verzerrte Kenntnisse —, wendet sich scharf gegen den Provinzialismus, die falsche Volkstümlichkeit und den dogmatischen Schematismus der tschechischen, auch noch der neuen, marxistisch-leninistischen Geschichtsschreibung. Er befürwortet die Behandlung übergreifender, das Nationale transzendierender, nicht nur politisch-ökonomischer, sondern besonders ideengeschichtlicher Themen. Ein ausgesprochen geschichtsphilosophisches Interesse fällt an diesem Vertreter eines Volkes auf, das bisher philosophisch und geschichtsphilosophisch kaum besonders hervorgetreten ist. Dieses und andere Symptome deuten darauf hin, daß sich eine Überwindung der eigentümlichen, aus dem Risorgimento eines kleinen Volkes verständlichen Introvertiertheit, des Mangels an Weltblick und eben

<sup>23</sup> Jaká je naše historiografie? Polemické poznámky na téma provincialismus [Wie ist unsere Geschichtsschreibung? Polemische Bemerkungen zum Thema Provinzialismus]. *Dějiny a současnost* 5 (1963) Heft 9, S. 9—11.

<sup>24</sup> Kam jdou historici NSR? K politicko-ideologickým základům západoněmecké historiografie [Wohin gehen die Historiker der BRD? Zu den historisch-ideologischen Grundlagen der westdeutschen Geschichtsschreibung]. In: *Nové meze německého imperialismu*. Prag 1963, S. 83—121.

jenes nationalen Provinzialismus abzuzeichnen beginnt. Es wirkt wie ein Pendant zu all dem, daß auch jene so heftig bekämpfte Rehabilitierung des Barock durch die Pekař-Schule in der Kunstgeschichtsschreibung der kommunistischen Tschechoslowakei ihre Fortsetzung findet — wenn auch zunächst sozialhistorisch getarnt und in der offiziellen Terminologie vorgetragen. So hat, um ein Beispiel anzuführen, Jaromír Neumann die Barockkunst als Darstellerin des damaligen Klassenkampfes — wenn man so sagen darf — salonfähig gemacht. Auf dem Wege über das immer wache kunsthistorische und denkmalpflegerische Interesse auch der kommunistischen Tschechen ist Erstaunliches an objektiver Kunst- und Geschichtsinterpretation und an geistigen Kontakten auch mit Fachkollegen in der Bundesrepublik möglich geworden. Wir sollten diese Vorgänge nicht nur danach beurteilen, ob dabei die deutsche Herkunft der betreffenden Künstler und Kunstwerke auch richtig zugegeben wird — so berechtigt und notwendig es natürlich ist, sie in Erinnerung zu bringen. Dahinter steht doch der auf weite Sicht wichtigere Prozeß der europäischen Verarbeitung des marxistisch-leninistischen Geschichtsdenkens im ostmitteleuropäischen Geschichtsbewußtsein.

Ähnliches wie für die Kunstgeschichte gilt auch für die Vorgeschichte, die im Zeichen des bürgerlichen Risorgimento ein bevorzugter Tummelplatz der nationalen Kontroverse war, jetzt aber zu einer Kontaktzone der Prähistoriker einer — ich möchte fast sagen — postnationalitären Gesellschaft zu werden scheint. Man braucht nur an die Ausgrabungen in den Wirkungsstätten der Slawenapostel in Mähren, aber auch an Ausgrabungen in Polen zu erinnern und an die darüber zwischen Tschechen und Deutschen, Polen und Deutschen in Gang befindliche Diskussion.

Weit mehr noch als in der Philosophie, in der Pädagogik und im Geschichtsbewußtsein schien der Kommunismus auf ostmitteleuropäischem Boden im Bereich der *Dichtung und Kunst* die besten Voraussetzungen zu haben. Auch hier lassen Sie mich — zumal auf diese Dinge hin die polnische und magyrische Dichtung im Westen viel bekannter ist — die tschechische Dichtung, insbesondere die bedeutende tschechische Lyrik der ersten Jahrhunderthälfte, als Beispiel heranziehen.

In dieser tschechischen Dichtung ist die geistige Welt des Risorgimento schon seit der Jahrhundertwende als steril empfunden worden. Man muß sich die Lage vergegenwärtigen: geistig hatte sich die nationale Wiedergeburt gegen 1900 totgelaufen. Schon Masaryks „Realismus“ in den neunziger Jahren hatte ja einen Aufstand gegen den bürgerlichen Nationalismus vor allem jungtschechischer Prägung bedeutet. Aber auch er war — seine pragmatische Grundhaltung hat das gefördert — im Besitz der Staatsgewalt degeneriert. Das sieht man am besten an Masaryks späterer Philosophie, an Dichtern und Schriftstellern wie J. S. Machar und Karel Čapek. Dieses pragmatische, pseudosozialistische und pseudoreligiöse Bürgertum stieß die besten Geister ab. Sie hatten sich schon seit 1900 in zwei Lagern zu sammeln begonnen: in einem leidenschaftlichen, aus französischen Impulsen lebenden Katholizismus

und in einem immer eindeutiger kommunistischen Sozialismus. Hier lockten noch Aufgaben, Opfer, Gegner und Visionen.

Der Katholizismus, durch die hussitische Wendung des tschechischen National- und Geschichtsbewußtseins verfehmt, zum Verräter der Nation, zum Schoßkind gerade der Epochen nationaler Unterdrückung gestempelt, hatte Grund, gegen dieses offizielle Geschichtsbild zu revoltieren, die katholisch bestimmten Geschichtsepochen, vor allem das Barock, zu rehabilitieren, für die Dichtung wirklich religiöse Kräfte loszusprechen. Das tat der symbolistische Dichter Otakar Březina, später der Romancier Jaroslav Durych und eine beachtliche Gruppe von Dichtern und Schriftstellern vor allem ruralistischer Neigung. Der Zusammenhang mit der großen europäischen Bauerndichtung in der Art von Knut Hamsun und Wladyslaw Reymont ist unverkennbar. Das neue Verhältnis zum Barock stiftete der Historiker Josef Peřkař. Hier war der Weg aus der Enge des bürgerlich-nationalen Risorgimento in eine europäische Geistigkeit beschritten worden.

Der andere Sammelplatz der Talente war ein revolutionärer Sozialismus. In der tschechischen Wiedergeburt hatten immer sozialrevolutionäre Töne mitgeschwungen. Präkommunistisch verdichtet waren sie schon um die Jahrhundertwende in Petr Bezruč, der das tschechisch-polnische Zwischenvolkstum des Teschener Gebietes dichterisch gegen deutsche und jüdische Unternehmer mobilisierte. Das dem Nationalstaat zustrebende und schließlich in seinen Besitz gelangte tschechische Bürgertum deckte sich für solche Revolutionäre immer mehr mit den Unterdrückern, ob das nun Habsburg, die Kirche oder die Deutschen waren. So wurde — neben jenem Katholizismus Otakar Březinas und neben einer nationalen Romantik im Stil Viktor Dyks — der Kommunismus zur geistigen Heimat der zornigen jungen Männer von damals und der besten lyrischen Talente. Stanislav K. Neumann, Jiří Wolker, Josef Hora und andere, Repräsentanten der tschechischen Lyrik der zwanziger Jahre, waren Kommunisten der damals üblichen, avantgardistischen Proletkult-Art oder standen dem Kommunismus nahe. Das Heroische und Visionäre an diesem Kommunismus faszinierte auch den bedeutenden Literaturkritiker F. X. Šalda, der diese Dichtergeneration gegen das L'art pour l'art des Spätbürgertums und gegen seinen Pragmatismus führte.

Einige, wie Jiří Wolker und F. X. Šalda, haben den Kommunismus in seiner Herrschaftsform nicht mehr erlebt. Die ihn erlebten, sind ihm irgenwie zum Opfer gefallen, haben die Enttäuschung Majakovskijs und anderer illustrier Kommunisten der vorstalinistischen Epoche erlebt. Dem Selbstmord Majakovskijs und Alexander Bloks im Rußland der zwanziger Jahre entspricht der von K. Biebl und Jaroslav Teige in der kommunistisch gewordenen Tschechoslowakei. Andere haben das Schicksal Bertold Brechts erlitten oder haben sich auf ein stilles Gebiet zurückgezogen, wo die soziale und menschliche Befreiung des Einzelnen noch nachvollzogen werden konnte — soweit sie nicht, wie der Slowake Laco Novomeský, Jahre in den Kerkern des Stalinismus verbrachten.

Gegen 1930 hat sich die Scheidung der Geister vollzogen. Man kann die

Klassifizierung in Linientreue einerseits und Dekadente, Trotzlisten oder Westler andererseits in den noch stalinistischen Darstellungen der ersten fünfziger Jahre nachlesen<sup>25</sup>. Der früh verstorbene Jiří Wolker wird da für die Generallinie reklamiert, Majakovskij gilt als orthodox. Aber unter den Bedeutenden war fast nur Stanislav K. Neumann der Generallinie zum sozialistischen Realismus bedingungslos gefolgt. Josef Hora hatte sich von der Partei getrennt. Die meisten anderen waren wie er den Impulsen der revolutionären Poesie auch des Westens offen geblieben. Nun aber, in der kommunistischen Tschechoslowakei — allerdings schon in der Schlußphase des Stalinismus, um 1955 — schreibt der Dichter und Kritiker A. M. Píša, Schüler F. X. Šaldas und Freund Jiří Wolkers, einführende Würdigungen gerade auch jener Nicht-Orthodoxen wie Josef Hora, ja auch eines Nicht-Marxisten wie des tschechischen Germanisten, Dichters und Goetheübersetzers Otokar Fišer<sup>26</sup>.

Natürlich gibt es auch in der Tschechoslowakei die systemüblichen Gehefte zwischen politisch-ideologischer Führung und Künstlern. 1956 zum Beispiel hat Antonín Zápotocký, als die Schriftsteller seine freiheitlich klingenden Beteuerungen wörtlich nahmen, die Dichter Seifert und Hrubín der Demagogie bezichtigt. Hrubín hat 1957 Selbstkritik geübt. 1959 wurden die Zeitschriften *Nový Život* und *Květen* verboten. Die Schriftstellerkongresse 1956 und 1959 kennzeichnen das auch aus anderen Ostblockstaaten vertraute Aufdrehen und Zudrehen der Schraube für die künstlerische Freiheit.

Aber selbst die konservativ stalinistische Tschechoslowakei kann sich, wie die jüngsten Ereignisse lehren, dem allgemeinen Trend einer geistigen Liberalisierung nicht entziehen. Wieder, wie in den zwanziger Jahren, gärt es im Bereich der Kunst und der Dichtung, besonders der Lyrik — in Polen und Ungarn zunächst viel kräftiger als in der Tschechoslowakei.

In Wirklichkeit ist aber auch die Tschechoslowakei keineswegs so konservativ stalinistisch, wie es, vom Westen gesehen, lange den Anschein hatte. Der Schriftstellerkongreß von 1963 hat völlig veränderte Fronten gezeigt. Gegen die leidenschaftlichen, jenen Aufbruch der zwanziger Jahre heroisierenden Angriffe Novomeskýs und die schonungslose Kritik Mňáčkos, des Autors der (an Solženicyn erinnernden) *Opozdená reportáž*, fand sich Ladislav Štoll, vor kurzem noch stalinistischer Literaturpapst, in der Verteidigung. Die berühmte Kafka-Diskussion hat schließlich die Alternative zwischen einem perfekten, der Weiterentwicklung nicht bedürftigen Marxismus der „Konservativen“ und einem im Austausch auch mit nichtsozialistischen Denksystemen weiterzuentwickelnden Marxismus der fortschrittlichen, welt- und west-offenen Marxisten deutlich werden lassen. Das ist nicht die Alternative zwischen „Ost“ und „West“, zwischen Kommunismus und Kapitalismus, sondern zwischen einem konservativ-orthodoxen und einem reformerischen Marxismus, der für ganz Ostmitteleuropa charakteristisch ist.

<sup>25</sup> Vgl. Ladislav Štoll: *Třicet let bojů za českou socialistickou poesii* [30 Jahre Kampf um die tschechische sozialistische Poesie]. Prag 1950.

<sup>26</sup> A. M. Píša: *Stopami poezie* [Auf den Spuren der Poesie]. Prag 1962.

Vielleicht liegt es an der vorsichtig-nüchternen Art der Tschechen, daß sie die Abkehr vom Dogmatismus — wie der stalinistische „Personenkult“ in Ostmitteleuropa lieber genannt wird — weniger spektakulär vollzogen haben als die Polen und Ungarn. Man kann jetzt — da sich der Eiserne Vorhang an der tschechischen Grenze etwas gehoben hat — im Gespräch mit Tschechen einen gewissen Ehrgeiz bemerken, daß sie doch — wenn auch ohne äußere politische Aktion — den Stalinismus ebenso weitgehend überwunden hätten wie Polen und Ungarn, zunächst freilich deutlicher auf dem Felde der Dichtung und Wissenschaft.

Wenn heute in der Sowjetunion selbst ein Aufbruch der Dichter und Künstler über den Dienst am Kommunismus hinaus ins individuell Menschliche, ja eine Revolte gegen den sozialistischen Realismus zu beobachten ist — man braucht nur Jevtušenko und Nekrassov zu nennen und die radikaleren, halb illegalen jugendlichen Dichterkreise mit ihren hektographierten Zeitschriften —, so fällt eine gewisse Verwandtschaft zur frühkommunistischen Lyrik der zwanziger Jahre auf: der gemeinsame Nenner ist das Erwachen oder Aufbegehren des Menschlichen gegen die starre Gewalt eines ideologischen, politisch-gesellschaftlichen Systems, das alle zu Sklaven oder zu Heuchlern macht. In Ostmitteleuropa ist diese nichtstalinistische, frühkommunistische Linie in der revolutionären Dichtung immer lebendig gewesen. Sie ist hier länger vor dem Stalinismus bewahrt geblieben als die russische. Das zeigt nicht nur das Beispiel der tschechischen Dichtung. Das gilt auch für Polen, dessen Lage in dieser Hinsicht Czesław Miłosz theoretisch und psychologisch gedeutet hat. Sein Buch „Verführtes Denken“ ist ja ein klassisches Beispiel für die Reaktion der Intellektuellen Ostmitteleuropas auf den Stalinismus. Die ersten Anzeichen des Tauwetters haben in Polen bekanntlich zum explosiven Aufbruch jener Dichtung geführt, in der sich das westliche Europa — bei aller ihrer sozialistischen Grundhaltung — sofort wiedererkannt hat. Dieser Aufbruch, aber auch die moderne Malerei in Polen, hat zündend auf die russische Kunst und Dichtung gewirkt. Man kann den Vorgang wohl als eine Welle der Europäisierung im nachstalinistischen Rußland deuten. Da sich die ungarische Dichtung verwandter Art — wir kennen ja jetzt etwa Tibor Déry — dazugesellt, ist es sicher nicht falsch, gerade dem kommunistisch regierten Ostmitteleuropa eine Brücken- und Katalysator-Funktion für die sowjetische Entwicklung zuzuerkennen.

Das Gemeinsame an diesen vier, etwas willkürlich herausgegriffenen und notgedrungen skizzenhaft behandelten Beispielen aus dem geistigen Leben ostmitteleuropäischer Völker im kommunistischen Herrschaftsbereich stellt sich etwa auf folgende Weise dar: Bei seinem Eindringen in Ostmitteleuropa hat der Kommunismus gewisse Voraussetzungen vorgefunden. Bei aller Distanz beträchtlicher Bevölkerungsgruppen und bei aller Enttäuschung noch größerer Gruppen, ist doch etwas wie eine Rezeption des Marxismus-Leninismus vor sich gegangen. Was wir an allen diesen vier Beispielen beobachtet haben, war eine Antwort auf den in seiner sowjetischen Ausprägung rezi-

pierten Marxismus; eine Antwort aus geistigen Voraussetzungen, die eine jahrhundertelange europäische Erziehung hier in Ostmitteleuropa gestiftet hatte, aus abendländischem Erbe also, könnte man — vereinfachend und etwas pathetisch — sagen.

Aber diese Antwort vollzieht sich auf dem Hintergrund und Boden des Marxismus, marxistischer Denkmöglichkeiten und Kategorien. Was darum für Ostmitteleuropa zu erwarten ist, das ist nicht eine Restauration vorkommunistischer gesellschaftlicher und ideologischer Strukturen und Positionen, sondern eine Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus, ein Durchgang durch ihn, der sich natürlich nicht ohne eine gewisse Modifizierung, Komplizierung, wenn man so will: Europäisierung vollziehen kann.

Ansätze zu dieser Modifizierung sind besonders deutlich geworden im Bereich der Ideologieforschung. Eben weil hier, in der gegenseitigen Abgrenzung von Ideologie und Wissenschaft — nicht einfach als Lüge und Wahrheit — sondern in ihren verschiedenen gesellschaftlich notwendigen Funktionen — ein lebenswichtiges geistiges Anliegen der im Bereich des Marxismus tätigen Denker vorliegt, sind von dieser Auseinandersetzung Impulse zu erwarten, die über die gängige westliche Wissenssoziologie hinausführen. Eine solche Modifizierung — jetzt nicht mehr nur in Ansätzen — ist auch dort gegeben, wo, über das frühmarxistische Unterbau-Überbauschema hinaus, ideologische Entwicklungen und Kontroversen ernst genommen und in ihrer Verflechtung mit gesellschaftlich-wirtschaftlichen Strukturen studiert werden. Schließlich ist auch dort eine solche Modifizierung des Marxismus-Leninismus zu beobachten, wo sich — nicht zwar gegen ihn selbst, aber — gegen seine Erscheinungsform als dogmatisch-starres Herrschaftssystem aus tieferen, von ihm nicht erfaßten seelischen Bereichen das Menschliche leidenschaftlich zu Worte meldet.

Für unsere wissenschaftliche Beschäftigung mit diesen Vorgängen ist es wichtig, sich von dem offiziell verkündeten, freilich oft primitiven und rüden Vulgärmarxismus im Urteil über die geistigen Möglichkeiten einer Entwicklung auf marxistischem Hintergrund und in marxistischen Kategorien nicht irreführen zu lassen; etwa einen Vulgärmaterialismus mit einem Vulgäridealismus zu beantworten. Der bei den Völkern Ostmitteleuropas über seine Zeit hinaus konservierte Nationalismus des späten Risorgimento, der uns immer wieder entgegenschlägt, mag bei dem Studium dieser Entwicklungsmöglichkeiten hinderlich sein. Es wäre verhängnisvoll, wenn er, verbunden mit jener vor kurzem noch berechtigten, jetzt aber nicht mehr berechtigten Geringschätzung innermarxistischer Denkprozesse und Möglichkeiten, eine ernsthafte geistige Auseinandersetzung hintanhalten würde.

# GRUNDSÄTZE DES NEUEN TSCHECHOSLOWAKISCHEN STRAFRECHTS

*Von Erich Schmied*

Die Staaten des Ostblocks haben sich mit ihrem Recht weitgehend dem sowjetischen Recht angepaßt. Darum muß in Ausführungen zu dem Recht eines dieser Staaten immer wieder auf sowjetische Rechtseinflüsse Bezug genommen werden. Die folgenden Ausführungen gelten dem neuen tschechoslowakischen Strafrecht, betrachtet im Lichte unserer rechtsstaatlichen Begriffe.

Nach der kommunistischen Februarrevolution im Jahre 1948 wurde in der ČSSR<sup>1</sup> binnen zwei Jahren ein neues Strafrecht geschaffen, das eine schon fast unübersehbar gewordene Zahl von österreichischen, ungarischen und tschechoslowakischen Rechtsnormen ersetzte. Der Gesetzgeber nahm sich das sowjetische Strafrecht zum Vorbild. lehnte sich aber auch noch an das überkommene Recht und an die Reformarbeiten an, die zur Zeit der ersten Republik in aller Gründlichkeit durchgeführt worden waren. Das neue Strafrecht bestand aus vier Gesetzen: dem Strafgesetz<sup>2</sup>, dem Gesetz über das gerichtliche Strafverfahren (Strafprozeßordnung), dem Verwaltungsstrafgesetz und dem Gesetz über das Verwaltungsstrafverfahren (Verwaltungsstrafverfahrensordnung). Diese Gesetze waren im allgemeinen gut aufeinander abgestimmt, wiesen allerdings noch viele Unebenheiten auf, die sich leicht schon daraus erklären, daß das Gesetzeswerk in knapp zwei Jahren entstanden war und auf Vorarbeiten und Gedankengängen aus verschiedenen Zeit- und Rechtsepochen beruhte.

Nach dem Tode Stalins (1953) brach in der UdSSR und den Staaten des sowjetischen Einflußbereichs eine neue Entwicklungsphase des Rechts an. Auf

<sup>1</sup> In dieser Abhandlung werden folgende Abkürzungen verwendet:

ČSSR = Tschechoslowakische Sozialistische Republik,

KPČS = Kommunistische Partei der ČSSR,

KPDSU = Kommunistische Partei der Sowjetunion,

RSFSR = Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik,

Sb. = Sběrka zákonů [Sammlung der Gesetze], amtliche Sammlung der tschechoslowakischen Rechtsnormen,

StG = tschechoslowakisches Strafgesetz(buch) vom 29. 11. 1961,

StPO = tschechoslowakische Strafprozeßordnung vom 29. 11. 1961,

UdSSR = Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken,

Verf. = Verfassung der ČSSR vom 11. 7. 1960, Nr. 100 Sb.

<sup>2</sup> Gesetz vom 12. Juli 1950, Nr. 86 Sb.

dem 20. Parteikongreß der KPdSU im Februar 1956 übten Chruschtschow und Mikojan, langjährige Mitarbeiter Stalins, harte Kritik an Terror und Willkür des Stalinischen Regimes. Sie forderten eine Reform des Strafrechts, die einen wirksamen Schutz des Bürgers gegen Willkürmaßnahmen der Polizei gewährleisten sollte; die „flagranten Verletzungen der sozialistischen Gesetzlichkeit“ müßten aufhören. In der Tschechoslowakei fanden diese Forderungen im Juni 1956 ihr Echo auf der Gesamtstaatlichen Konferenz der KPČS in Prag. Schon wenige Monate darnach, am 19. Dezember 1956, wurden in der erklärten Absicht, die sozialistische Gesetzlichkeit zu festigen und zu vertiefen, vier Gesetze beschlossen: das Gesetz Nr. 63/56 zur Änderung und Ergänzung des Strafgesetzes, eine neue Strafprozeßordnung, ein neues Gesetz über die Prokuratur und eine Novelle zum Gesetz über die Organisation der Gerichte. Das neue Strafrecht, das einen Teil der geplanten großen Strafrechtsreform vorwegnahm, sollte dem Bürger augenfällig machen, daß die Stalinische Ära mit ihrer „Anwendung grausamster Unterdrückung“ (Chruschtschow) durch eine neue Zeit, in der der Bürger politisch freier als bisher leben könne, abgelöst worden sei. Andererseits gaben die Volksaufstände in der Sowjetzone und in Ungarn Anlaß, die Zügel nicht zu locker zu lassen. Aus diesem Grunde führte Justizminister Škoda bei der Vorlage der Gesetzentwürfe in der Prager Nationalversammlung aus: „Die Erfüllung der erzieherischen Funktion der Strafvorschriften darf aber nicht zu irgendeiner liberalen Haltung gegenüber den Feinden unserer volksdemokratischen Ordnung führen. Die Formen des Klassenkampfes können in gewissen Etappen noch heimtückischer werden als bisher. Darum bringt die Strafrechtsnovelle eine Änderung der Bestimmungen für mehrere strafbare Handlungen und führt einige neue Tatbestände ein, so daß es möglich sein sollte, gesellschaftsgefährliche Handlungen wirksamer als bisher zu erfassen.“

Am 26. Dezember 1958 wurden in Moskau die rahmenrechtlichen „Grundsätze der Strafgesetzgebung der UdSSR und der Unionsrepubliken“ beschlossen. Sie regten zu intensiven Reformarbeiten in der Sowjetunion und in allen Ostblockstaaten an. Auch in der Tschechoslowakei setzten nun die Vorarbeiten zu der großen Strafrechtsreform ein, durch die ein „sozialistisches Strafrecht“ geschaffen werden sollte. Eine Reform war ohnedies durch die neue tschechoslowakische Verfassung vom 11. Juli 1960 notwendig geworden. Gefördert wurden die Vorarbeiten durch das neue Strafgesetz und die neue Strafprozeßordnung, die am 27. Oktober 1960 in der RSFSR in Ausführung der rahmenrechtlichen „Grundsätze“ eingeführt wurden und den anderen Unionsrepubliken und den Ostblockstaaten als Vorbilder dienten. In der ČSSR stellte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei am 7./8. Dezember 1960 in Anlehnung an das neue sowjetische Strafrecht Leitsätze für die große Strafrechtsform auf<sup>3</sup>. Sie wurden bei den Reformarbeiten gewissenhaft beachtet. Im Oktober 1961 fand in Moskau der 22. Kongreß der KPdSU statt, auf dem in aller Öffentlichkeit die Verletzung der sozialistischen Gesetzlich-

<sup>3</sup> Vgl. Přenosil-Tolar in der Zeitschrift „Právník“ [Der Jurist] 1962, S. 88.

keit in den vergangenen Jahren angeprangert und eine Stärkung des sozialistischen Rechtssystems gefordert wurden. Die Beschlüsse dieses Parteitags gaben dem tschechoslowakischen Gesetzgeber noch in letzter Stunde vor der Reform Richtlinien und Weisungen.

Am 29. November 1961 beschloß die tschechoslowakische Nationalversammlung das neue „sozialistische“ Strafgesetz<sup>4</sup> und die neue Strafprozeßordnung<sup>5</sup>. Diese Gesetze bilden seit 1. Januar 1962 das Rückgrat des in der Tschechoslowakei gegenwärtig geltenden Strafrechts. Auf sie beziehen sich meine nachfolgenden Ausführungen.

In der amtlichen Begründung dieser Gesetze wird hervorgehoben, daß das neue Strafrecht wirksam zur Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit beitrage. Den gleichen Vorzug hatte man schon an der Strafrechtsreform 1956 gerühmt.

Der Begriff der sozialistischen Gesetzlichkeit ist aus der sowjetischen Rechtslehre übernommen worden. Lenin vertrat die Auffassung, daß mit der Verwirklichung des Sozialismus der Staat allmählich absterben werde. Deshalb gab man sich in der UdSSR für den Zeitpunkt eines Sieges über den Kapitalismus zunächst utopischen Vorstellungen über den Wegfall von Staat und Gesetzen hin. Aber die Erwartungen Lenins und der ersten sowjetischen Ideologen erfüllten sich nicht. Man kam vielmehr dazu, die Notwendigkeit des Staates und Rechtes zu bejahen. Jedenfalls in einer „imperialistischen Umwelt“ sei das Gesetz als eine wirksame Waffe zur Behauptung der Diktatur des Proletariats nicht zu entbehren. Man entwickelte zunächst die Theorie von dem „revolutionären Rechtsbewußtsein“. Der Einzelne wurde auf eine revolutionäre Generalklausel verpflichtet, die der Dynamik der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Rechnung trug. Neben dieser Generalklausel hatte das geschriebene Recht nur illustrative Bedeutung. Zunächst ließen sich mit dem „revolutionären Rechtsbewußtsein“ die errungenen Positionen verteidigen. Aber auf die Dauer erschien die Formel von einer permanenten Revolution nicht ungefährlich für das herrschende Regime. Stalin ging deshalb dazu über, die Bedeutung von Staat und Recht als „Überbau“ der veränderten Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu betonen. Hierauf entdeckte man vielfache Wechselwirkungen zwischen Überbau und Basis und erklärte, das Recht könne sich von der Basis „abschichten“ und unmittelbar zur Ausgestaltung der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung beitragen. Das Recht galt damit nicht mehr nur als ein Spiegelbild der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse, sondern erlangte Eigenwert und steigende selbständige Autorität. Die Lehre von dem allmählichen Absterben des Rechts wurde als Irrlehre und die strikte Erfüllung der Gesetze des sozialistischen Staates als Grundpflicht des Bürgers bezeichnet.

<sup>4</sup> Gesetz vom 29. 11. 1961, Nr. 140 Sb. — Deutsche Übersetzung mit Einleitung von Schmied in der Sammlung außerdeutscher Strafgesetzbücher. Bd. 57. Berlin 1964.

<sup>5</sup> Gesetz vom 29. 11. 1961, Nr. 141 Sb. über das gerichtliche Strafverfahren (Strafprozeßordnung).

Von ursprünglich rechtsnihilistischen Tendenzen war man so zu einem Gesetzespositivismus gelangt, der in der Stalinischen Ära die Anwendung von Macht und Gewalt ins Maßlose wachsen ließ. In dieser Zeit entstand der Begriff der sozialistischen Gesetzlichkeit, die nach der offiziellen sowjetischen Diktion zu den Grundmethoden für die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats gehört. Sie besteht in der bedingungslosen und strengen Durchführung der Gesetze und Verordnungen durch alle Organe des Staates, also auch durch die Justiz, und durch alle Bürger, gemäß den Zielen und Interessen des werktätigen Volkes, wie sie das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei festlegt. Damit wird das Recht zur politischen Direktive und zum Bollwerk der Privilegien der Kommunistischen Partei. Mit dem Wandel politischer Auffassungen ändert sich der Inhalt der sozialistischen Gesetzlichkeit; unverändert bleibt ihr Inhalt nur insofern, als er die strikte Einhaltung der jeweils geltenden Parteidirektiven verlangt.

Seit dem 20. Parteikongreß der KPdSU im Februar 1956 dient der Grundsatz der sozialistischen Gesetzlichkeit als Maßstab für das Verhalten des einzelnen und der staatlichen Organe, zur Begründung jeder Rechtsreform und vieler staatlicher Maßnahmen, und als Ausgangspunkt zur Kritik an politisch überholten Vorgängen und Zuständen<sup>6</sup>. Er sichert den Supremat von Staat und Partei.

In der ČSSR wurde der Grundsatz der sozialistischen Gesetzlichkeit in sowjetischer Prägung übernommen. Im offiziellen Lehrbuch des tschechoslowakischen Staatsrechts<sup>7</sup> versteht man darunter „den Ausdruck und die Folge der inhaltlichen Übereinstimmung der Interessen der Arbeiterklasse und des gesamten arbeitenden Volkes mit dem Wortlaut und Inhalt der Gesetze und anderen Rechtsvorschriften in der Volksdemokratie“. In der amtlichen Begründung der Strafgesetznovelle 86/1950 wird die Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit als „eine der wichtigsten Grundlagen für eine erfolgreiche Entwicklung des Sozialismus in unserem Lande“ bezeichnet. Nach § 1 StPO hat das Strafverfahren zur Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit beizutragen.

Was in der Praxis daraus gemacht wird, zeigt ein Ausspruch des tschechoslowakischen Justizministers Dr. Škoda<sup>8</sup>: „Die Kommunistische Partei überwacht laufend die Anwendung des Grundsatzes der sozialistischen Gesetzlichkeit durch die Gerichte.“ Damit wird jeder Ansatz zu dem hoffnungsvollen Gedanken, der Begriff der sozialistischen Gesetzlichkeit nähere sich unserem Begriffe der Rechtsstaatlichkeit, ausgeräumt.

Der Klassenkampf ist ein Kernstück der kommunistischen Ideologie. Er gilt den Kommunisten als Mittel zur Eroberung der politischen Macht

<sup>6</sup> So erfolgte zum Beispiel die Überprüfung der politischen Prozesse der Jahre 1951 bis 1954 und die Rehabilitierung der zum Tode verurteilten Slanský u. Gen. unter Hinweis auf den Grundsatz der sozialistischen Gesetzlichkeit.

<sup>7</sup> Čsl. státní právo [Tschechoslowakisches Staatsrecht]. Prag 1953, S. 335.

<sup>8</sup> Rudé Právo [Das Rote Recht], offizielles Tagesorgan der KPČS, vom 24. 7. 1958.

durch die Arbeiterklasse. Der Sieg der Volksdemokratie als Diktatur der Arbeiterklasse bedeutet ihnen noch nicht die Liquidation der Ausbeuterklassen und noch weniger die Liquidation der Klassen überhaupt. Es bedarf daher ihrer Meinung nach auch weiterhin eines erbarmungslosen Kampfes gegen die „Überreste der besiegten Klassen“, d. h. vor allem gegen die Kapitalisten, gegen die Gutsbesitzer und gegen die Bourgeoisie. In den Dienst dieses Klassenkampfes stellen sie auch das Recht, das ihrer Ansicht nach eine scharfe und besonders wirksame Waffe der jeweils herrschenden Klasse ist. Für die Zeit bis zur Erreichung der klassenlosen Gesellschaft fordern sie daher ein Klassenrecht und eine klassenbewußte Justiz. In diesem Sinne hat der tschechoslowakische Justizminister Dr. Škoda erklärt: „Ohne eine Untersuchung des Klasselementes kann der Richter den wahren Tatbestand nicht ermitteln und ein gerechtes Urteil nicht fällen“<sup>8a</sup>.

Der Klassencharakter des Strafgesetzes kommt schon in seinem § 1 zum Ausdruck. Darnach hat das Strafgesetz den Zweck, die gesellschaftliche und staatliche Ordnung der ČSSR, das sozialistische Eigentum, die Rechte und berechtigten Interessen der Bürger zu schützen und zur ordentlichen Erfüllung der bürgerlichen Pflichten sowie zur Einhaltung der Regeln des sozialistischen Zusammenlebens zu erziehen. Den Strafgerichten kommt damit die Aufgabe zu, einen unerbittlichen Kampf gegen die „Überreste der Ausbeuterklassen“, d. h. insbesondere gegen die Kapitalisten, Gutsbesitzer und die Bourgeoisie zu führen. Die arbeitenden Bauern stehen angeblich während der gegenwärtigen Phase des Übergangs zum Sozialismus zum Teil noch zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie. Auf dem Dorfe müsse daher noch ein scharfer Kampf gegen die Dorfreichen (Kulaken) geführt werden. Die Intelligenz, die nicht als Klasse, sondern als soziale Schicht gilt, habe früher größtenteils den Ausbeuterklassen gedient; jetzt diene sie — jedenfalls in ihrem gesunden und fortschrittlichen Kern — der Sache des werktätigen Volkes und des Sozialismus. Aber gegen die Überreste der bourgeoisen Intelligenz, die sich weiterhin mit den inneren und äußeren Feinden der Volksdemokratie verbinde, müsse ein unversöhnlicher Kampf geführt werden<sup>9</sup>. Eine besondere Form des Widerstands gegen die neue, kommunistische Gesellschaft wird im Widerstand des kleinstädtischen Elements gesehen, der angeblich in der Form von Undiszipliniertheit, laxer Pflichtauffassung, Bestechlichkeit und in dem Bestreben, sich der Kontrolle durch den sozialistischen Staat zu entziehen, zum Ausdruck komme<sup>10</sup>. Dagegen werden die Straftaten werktätiger Menschen mit der Erbmasse ihrer kapitalistischen Vergangenheit erklärt.

Der Klassencharakter des Strafgesetzes spiegelt sich auch in dem Strafsystem und in den Grundsätzen für die Festsetzung der Strafen. Ja selbst die Fragen nach dem objektiven Tatbestand und nach der Schuld des Angeklag-

<sup>8a</sup> Ebenda.

<sup>9</sup> Tschechoslowak. Staatsrecht (s. Anm. 7) S. 70.

<sup>10</sup> Čsl. trestné právo [Tschechoslowakisches Strafrecht]. Offizielles Hochschullehrbuch. 1956, Slowak. Ausgabe, S. 168.

ten werden unter dem Gesichtspunkt seiner Klassenzugehörigkeit betrachtet. Der klassenbewußte Richter prüft gewissenhaft die Herkunft des Rechtsbrechers, dessen „Klassenprofil“. Das Ergebnis dieser Prüfung ist entscheidend für die Beurteilung der Gesellschaftgefährlichkeit der Tat und des Täters und für die Bemessung der Strafe. So wird zum Beispiel bei jedem Verstoß gegen strafrechtlich geschützte Interessen des Staates der Umstand, daß der Täter in der Vergangenheit einmal Arbeitskräfte für sich beschäftigt hat, und er dadurch angeblich „die Mentalität eines Ausbeuters erworben hat“, die Tat zu einer gesellschaftsgefährlichen Tat stempeln und straferschwerend wirken. Immer wieder finden wir in den Strafurteilen den Satz: „Das Klassenprofil des Täters läßt den verlässlichen Schluß zu, daß der Täter zielbewußt seine Pflichten verletzt hat und deshalb schwere Strafe verdient.“

Da jede Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit nur unter dem Gesichtswinkel des Klassenkampfes, des Kampfes gegen die Feinde der neuen Gesellschaftsordnung, betrachtet wird, ist die frühere Unterscheidung der Rechtsverletzungen nach quantitativen Kriterien in Verbrechen, Vergehen und Übertretungen fallen gelassen worden. Das sozialistische Strafgesetz spricht nunmehr von gesellschaftsgefährlichen Handlungen. Die Straftat ist nach § 3 Abs. 1 StG „eine für die Gesellschaft gefährliche Handlung, deren Merkmale in diesem Gesetz angeführt sind“. Diese Definition ist neu gegenüber der früheren Fassung des § 2 StG; darnach galt als eine Straftat „nur eine für die Gesellschaft gefährliche Handlung, deren Erfolg, wie er im Gesetz angeführt ist, vom Täter verschuldet wurde.“ Die rechtstheoretischen Ausführungen zu diesem neuen Begriff in dem offiziellen Hochschullehrbuch des Strafrechts und im juristischen Schrifttum<sup>11</sup> zeigen, daß man sich mit dem neuen Strafrecht noch in einem ideologischen Gestrüpp befindet, daß man das „bourgeoise“ Strafrecht zwar halb vergessen, aber doch noch nicht bewältigt hat, und daß es in seltsamen Formen durch die Köpfe spukt. Wie anders wäre es zu verstehen, wenn in dem offiziellen Lehrbuch des Strafrechts zum Beispiel ausgeführt wird, daß der formelle Ausdruck der Gesellschaftsgefährlichkeit die Rechtswidrigkeit sei (S. 191), und wenn es dann heißt: „Aufgabe des Prokurators und des Gerichts ist es, den Grad der Gesellschaftsgefährlichkeit zu bestimmen; das hat Bedeutung sowohl für die Frage der Schuld als auch für die Frage der Strafe<sup>12</sup>.“

Die Strafbarkeit einer Tat, die im Zeitpunkt ihrer Begehung für die Gesellschaft gefährlich war, erlischt, wenn im Hinblick auf veränderte Verhältnisse oder auf die Person des Täters die Straftat nicht mehr gefährlich für die Gesellschaft ist.

Der Grad der Gesellschaftsgefährlichkeit kann verschieden hoch sein. Er wird nach dem Gesetz bestimmt vor allem durch die Bedeutung des geschütz-

<sup>11</sup> Vgl. Schubert: Rozbor prvkov skutkovej podstaty trestného činu [Analyse der Elemente des Tatbestands der strafbaren Handlung]. Právnické Studie [Jurist. Studien] VI, Nr. 2, S. 322.

<sup>12</sup> Tschechoslowak. Strafrecht (s. Anm. 10) S. 192.

ten Interesses, das durch die Tat berührt wurde, durch die Art der Tatausführung, die Folgen der Tat, die Umstände, unter denen die Tat begangen wurde, durch die Person des Täters, das Maß seines Verschuldens und seine Beweggründe. Wenn das Maß der Gesellschaftsgefährlichkeit nur gering ist, können drei Fälle eintreten: Entweder man nimmt an, daß nun — auch wenn im übrigen die Merkmale einer Straftat gegeben sind — eine Straftat überhaupt nicht mehr vorliege (§ 3 Abs. 2). Diese Auffassung, die schon vor der Geltung des neuen Strafgesetzes in der Rechtsprechung entwickelt wurde<sup>13</sup>, lehnt sich an das sowjetische Strafrecht an, in dem eine strafbare Handlung nicht angenommen wird, wenn die Handlung zwar formal die Merkmale eines Tatbestands verwirklicht, aber wegen ihrer offensichtlichen Geringfügigkeit und mangels schädlicher Folgen eines sozialgefährlichen Charakters entbehrt<sup>14</sup>. Oder aber es wird im Hinblick auf die Persönlichkeit des Täters von dessen Bestrafung abgesehen (§ 24 StG). Im dritten Falle wird der Täter wegen der für die Gesellschaft mindergefährlichen Straftat bestraft. Es muß bedenklich erscheinen, wenn ein Strafgesetz eine solche große Reichweite hat.

Der Zweck der Strafe besteht nach § 23 StG darin, die Gesellschaft vor dem Rechtsbrecher zu schützen, den Verurteilten an der Verübung weiterer Straftaten zu hindern und ihn dazu zu erziehen, das ordentliche Leben eines werktätigen Menschen zu führen, und damit zugleich erzieherisch auch auf die übrigen Mitglieder der Gesellschaft zu wirken.

Soweit das Gesetz auf einen Schutz der Gesellschaft vor dem Rechtsbrecher abhebt, handelt es sich vor allem um die Unschädlichmachung zur Sicherung der Gesellschaft und ihrer Ordnung. Das Strafgesetz 86/50 hat diesen Strafzweck klar und deutlich beim Namen genannt und hat ausgesprochen, daß es darum gehe, „den Feind des arbeitenden Volkes“ unschädlich zu machen. Diese Formulierung mußte fallen, nachdem Chruschtschow bei der Kritik an dem Regime Stalins mit harten Worten gerügt hatte, es habe früher genügt, jemanden als „Feind des arbeitenden Volkes“ zu bezeichnen, um ihn umzubringen. Die Todesstrafe ist geblieben und es ist kein wesentlicher Unterschied, ob sie angewendet wird „um den Feind des arbeitenden Volkes unschädlich zu machen“ oder „um die Gesellschaft vor dem Rechtsbrecher zu schützen“.

Die Auffassung, die Strafe diene auch der Vergeltung, wird als typisch bourgeoise Straftheorie hingestellt, die unvereinbar mit den Aufgaben des Klassenkampfes sei. Daß der Vergeltungsgedanke im Volksbewußtsein lebt, nie ganz vom Begriff der Strafe zu trennen sein wird und letzten Endes auch zum Ausdruck kommt, wenn die Strafe — wie im sozialistischen Strafrecht — in einer Relation zur Gesellschaftsgefährlichkeit der Tat und des Täters bemessen wird, will man nicht wahrhaben.

<sup>13</sup> Vgl. z. B. Nr. 90/51, 61/52, 63/53 Sbíрка rozhodnutí čsl. soudů [Sammlung der Entscheidungen der tschechoslowakischen Gerichte]. Prag.

<sup>14</sup> Nr. 6 StGB der RSFSR, in deutscher Übersetzung herausgegeben von Gallas, Sammlung außerdeutscher Strafgesetzbücher. Bd. 60. Berlin 1953.

Man behauptet, im sozialistischen Strafrecht sei die Strafe allein auf individual- und generalpräventive Wirkungen ausgerichtet. In den Vordergrund wird der Erziehungs- und Besserungsgedanke gestellt. Die Vorstellung, den Rechtsbrecher erziehen und bessern zu wollen und zu können, ist geradezu zu einer fixen Idee geworden, wenigstens in der politischen Propaganda, die alle strafrechtlichen Ausführungen beherrscht. Ich möchte aber nicht annehmen, daß die kommunistischen Machthaber und ihre Strafrechtler dabei in ideologische Illusionen abgeglitten sind. Sie wissen genau, daß man einen „Kulaken“ oder einen Pfarrer, die man einsperrt, nicht „erzieht“ oder „bessert“. Man kann sie höchstens einschüchtern, mundtot machen, zum Schweigen bringen. Ein Zyniker könnte hier von „sozialer Anpassung“ sprechen. Kein Mittel eignet sich zur Einschüchterung großer Massen besser als die Zwangsverpflichtung zur Arbeit. Darum werden Arbeitsstrafen auch in den Mittelpunkt des Strafsystems gestellt und zwar in verschiedenen Formen. Nebenbei und nicht zuletzt gewinnt man damit auch billige Arbeitskräfte, über die man nach Belieben verfügen kann. Es klingt harmlos und geradezu verdienstvoll, wenn man erklärt, mit diesen Strafen wolle man nichts anderes, als die Rechtsbrecher dazu zu erziehen, das ordentliche Leben eines werktätigen Menschen zu führen. Dabei übergeht man geflissentlich den Widerspruch, der darin liegt, daß der Täter einerseits nach seinem Klassenprofil beurteilt wird, andererseits durch die Strafen erzogen und gebessert werden soll. Wie kann man auch von einer Erziehung und Besserung des Täters sprechen, wenn man gleichzeitig davon ausgeht, daß in der Strafe keinerlei sittliche Wertung liege. Es geht hier nicht um Erziehung und Besserung, sondern um Unschädlichmachung und um Einschüchterung und Abschreckung gegenüber dem einzelnen und der Gesellschaft. Bemerkenswert ist, daß in neuester Zeit ein tschechoslowakischer Rechtsdogmatiker von Rang, der sonst sehr linientreu ist, erstmals, allerdings mit großen Einschränkungen, eingeräumt hat, daß die Strafe — „allerdings nur in geringerem Maße“ — auch der Abschreckung diene, „zum Beispiel bei besonders gefährlichen Rückfälligen, bei parasitären Elementen und bei Personen, die durch feindliche Elemente aus dem Ausland hierher entsandt wurden“<sup>15</sup>. Davon abgesehen meint er, daß die individual-präventive Wirkung der Strafe dahin gehe, den Rechtsbrecher zur aktiven Mitwirkung am Aufbau der sozialistischen Gesellschaft zu bringen und ihn damit zu einem Menschen zu erziehen, der eine ehrliche Beziehung zur Arbeit und Achtung vor den Gesetzen und Regeln des sozialistischen Zusammenlebens hat. Die generalpräventive Wirkung der Strafe zielt seiner Ansicht nach „im Wege einer negativen Wertung des Täters und seiner Tat durch das Urteil auf eine politische und moralische Isolierung des Täters, auf die Schaffung einer gesellschaftlichen Atmosphäre, die einer weiteren Begehung von Straftaten ungünstig ist, auf eine Warnung bzw. Abschreckung derer, die einen Hang zum Verbrechen haben, auf eine Aufforde-

<sup>15</sup> Tolar, Jan: Trest úhrnný a souhrnný [Die Gesamtstrafe und die nachträglich gebildete Gesamtstrafe]. Prag 1963, S. 30.

nung an die ordentlichen Bürger, sich aktiv am Kampfe gegen die Kriminalität zu beteiligen, sowie auf eine Verbreitung der Überzeugung von der Unabwendbarkeit einer gerechten Strafe für jede begangene Straftat.“

Erziehung und Besserung, auch im Sinne sozialer Anpassung, sind in der Regel auch in rechtsstaatlicher Sicht als Strafzweck zu billigen. Anderes gilt aber, wenn es sich dabei wie hier nur um eine politische Umerziehung handelt, um politische Zwangsmaßnahmen, die lediglich dazu dienen, die Macht der Partei zu stärken, jede Opposition zu unterdrücken und die Massen dem politischen Regime gefügig zu machen.

Das tschechoslowakische Strafgesetz kennt Strafen und Schutzmaßnahmen. Von einer echten Doppelspurigkeit kann aber nicht gesprochen werden, weil nur die Strafen an die Gesellschaftsgefährlichkeit der Tat anknüpfen, die Schutzmaßnahmen (Schutzheilung, Beschlagnahme einer Sache, Schutzerziehung von Jugendlichen) aber nicht durch eine Straftat ausgelöst werden, sondern davon unabhängig den Zweck haben, die Gesellschaft vor Straftaten zu schützen, zu denen es in Zukunft kommen könnte. Eine echte Doppelspurigkeit von Strafen und sichernden Maßnahmen könnte insbesondere dann angenommen werden, wenn die Besserungsmaßnahme der §§ 43 ff. StG nicht unter den Begriff Strafe fiel, sondern der Strafe als soziale Zweckmaßnahme gegenübergestellt würde. Das ist aber nicht der Fall. Die Besserungsmaßnahme erfüllt genau dieselben general- und spezialpräventiven Zwecke wie die Strafe.

Das Strafsystem umfaßt folgende Strafen: Todesstrafe, Freiheitsentziehung, Besserungsmaßnahme, Verlust von Ehrentiteln und Auszeichnungen, Verlust des militärischen Ranges, Tätigkeitsverbot, Verfall des Vermögens, Geldstrafe, Verfall einer Sache, Ausweisung.

Es läge im Geiste des tschechoslowakischen Strafgesetzes, ungeachtet der sog. Schutzmaßnahmen alle Strafen als „Maßnahmen“ zu bezeichnen, wie das ehemals im sowjetischen Strafgesetzbuch und 1921 im italienischen sozialistischen Strafgesetzentwurf Ferri geschehen ist. Aber nachdem man in der UdSSR von diesem Experiment, das manche nur als Etikettenschwindel empfunden haben, wieder abgekommen ist, folgte man dem sowjetischen Vorbild und verwendete den Ausdruck Strafe, auch soweit man darunter sichernde Maßnahmen aufgefaßt wissen will. Hierdurch wird auch nach außen der Unterschied gegenüber den Schutzmaßnahmen gekennzeichnet.

Die Unterscheidung von Haupt- und Nebenstrafen ist weggefallen. Früher konnten die Nebenstrafen nur neben einer Hauptstrafe verhängt werden. Jetzt kann fast jede Strafe sowohl selbständig als einzige Strafe als auch neben einer anderen Strafe verhängt werden. Nur der Verlust von Ehrentiteln und Auszeichnungen, der Verlust des militärischen Ranges und der Verfall des Vermögens können nur neben der Strafe der Freiheitsentziehung verhängt werden. Eine Geldstrafe kann nicht neben einer Besserungsmaßnahme oder neben Vermögensverfall, eine Besserungsmaßnahme nicht neben Freiheitsentziehung verhängt werden. Vom Wegfall der Unterscheidung von Haupt-

und Nebenstrafen verspricht sich der Gesetzgeber nach der amtlichen Begründung des Gesetzes, leichter die Möglichkeit zu haben, diejenige Strafe zu verhängen, mit der — im Hinblick auf alle Umstände des Falles und auf die Person des Täters — am besten der mit dieser Strafe verfolgte Strafzweck erreicht werden kann. Sehr überzeugend klingt diese Begründung nicht.

Die Todesstrafe soll künftig als „außerordentliche Strafe nur dann verhängt werden, wenn dies der wirksamste Schutz der Gesellschaft erfordert oder wenn keine Hoffnung besteht, daß man den Täter durch eine andere Strafe erzieherisch beeinflussen kann“. In einem politisch orientierten Strafrecht, in dem der Erziehungszweck der Strafe auf eine politische Einschüchterung und politische Umerziehung ausgerichtet ist, müssen diese Worte nicht bedeuten, daß die Todesstrafe nur in sehr eingeschränktem Maße anzuwenden ist. Die Todesstrafe ist schon seit der Novelle aus dem Jahre 1956 keine absolute Strafe mehr, sondern alternativ neben der Freiheitsentziehung vorgesehen. Über den Umfang ihrer Anwendung ist nichts bekannt geworden.

Die „Strafe der Freiheitsentziehung“ ist die Sanktion, die — zum Teil alternativ — in allen Strafbestimmungen vorgesehen ist. Sie ist „ein leicht anwendbarer Maßstab für die Grade der Gesellschaftsgefährlichkeit der einzelnen Arten strafbarer Tätigkeit“<sup>16</sup>. Die Höchstdauer der Freiheitsentziehung wurde durch das neue Strafgesetz von 25 Jahren auf 15 Jahre herabgesetzt mit der Begründung, daß eine länger als 15 Jahre dauernde Haftstrafe in vielen Fällen die erzieherische Wirkung der Strafe zunichte mache. Mit der gleichen Begründung wurde schon durch die Strafgesetznovelle aus dem Jahre 1956 die lebenslange Freiheitsentziehung beseitigt und durch eine Höchstfreiheitsstrafe von 25 Jahren ersetzt. Es gibt nach sowjetischem Vorbild nur eine einheitliche Freiheitsstrafe. Die Differenzierung dieser Strafart erfolgt lediglich durch Verwaltungsvorschriften, in denen bestimmt wird, in was für Besserungsanstalten die Strafe zu vollstrecken ist. Die Freiheitsentziehung wegen sehr schwerer Straftaten und an besonders gefährlichen Rückfälligen wird in besonderen Besserungsanstalten vollstreckt. Die Freiheitsentziehung an Jugendlichen wird in besonderen Jugendbesserungsanstalten vollstreckt. Bezeichnend ist, daß alle Besserungsanstalten nicht Einrichtungen des Justizministeriums, sondern des Innenministers (bei Soldaten des Ministeriums für nationale Verteidigung) sind. In allen Besserungsanstalten besteht Arbeitszwang. Leitsatz für den Strafvollzug ist, „den Verurteilten systematisch dazu zu erziehen, das ordentliche Leben eines werktätigen Menschen zu führen“.

Von besonderem Interesse ist die Besserungsmaßnahme, die im Gesetz unter den Strafen genannt wird und als solche gilt. Sie besteht darin, daß der Täter während der Strafzeit, die zwei Monate bis zu einem Jahr dauern kann, zwar in Freiheit, aber unter den vom Gericht festgesetzten Bedingungen gegen einen um 10—25 v. H. verminderten Arbeitslohn ihm vorgeschriebene, meist niedrige Arbeiten verrichten muß. Das Gericht darf diese Strafe nur gegen arbeitsfähige Personen verhängen, sofern das Strafgesetz in seinem

<sup>16</sup> Tolár (s. Anm. 15) S. 25.

besonderen Teile diese Strafe vorsieht und dem Gericht diese Strafe anstelle der Freiheitsentziehung ausreichend erscheint, um den Täter bessern zu können. Wenn der Verurteilte die vorgeschriebenen Arbeiten nicht frist- oder ordnungsgemäß ausführt, kann das Gericht die Besserungsmaßnahme in eine Freiheitsentziehung umwandeln. Es scheint, daß die Strafe der Besserungsmaßnahme in der Praxis häufig dazu mißbraucht wird, politisch unbequeme Personen gefügig zu machen und damit zugleich billige Arbeitskräfte für besondere Aufgaben zu gewinnen.

Der Gedanke der Bewährung findet Ausdruck in folgenden Einrichtungen: in der bedingten Verurteilung, in der bedingten Entlassung und in dem Absehen vom Vollzug eines Strafrestes beim Tätigkeitsverbot (Berufsverbot). Wenn das Gericht auf eine höchstens zweijährige Freiheitsentziehung erkennt, kann es den Angeklagten bedingt verurteilen: die Vollstreckung der Strafe wird ausgesetzt und dem Verurteilten wird eine Probezeit von einem Jahre bis zu fünf Jahren gewährt; wenn der Täter innerhalb dieser Bewährungszeit „das Leben eines werktätigen Menschen geführt hat“, wird die Verurteilung als ungeschehen betrachtet. Er gilt als nicht vorbestraft. Die bedingte Verurteilung besteht darin, daß der Verurteilte nach Verbüßung der halben Strafzeit entlassen wird; das Gericht setzt eine Bewährungsfrist von einem Jahre bis zu sieben Jahren fest; bewährt sich der Verurteilte innerhalb dieser Frist, wird die Verurteilung hinsichtlich des nicht verbüßten Strafrestes als ungeschehen betrachtet. Ähnliches gilt sinngemäß für das Tätigkeitsverbot. Voraussetzung für die bedingte Entlassung ist, daß der Verurteilte während des Strafvollzugs „durch musterhaftes Verhalten und durch eine ehrliche Einstellung zur Arbeit eine Besserung gezeigt hat und von ihm erwartet werden kann, daß er in Zukunft das ordentliche Leben eines werktätigen Menschen führen wird“.

Ähnliche Bewährungsinstitute wie die bedingte Verurteilung und die bedingte Entlassung gibt es auch in den Ländern des freien Westens. Bezeichnend für die vorliegende Regelung ist aber, daß die Bewährung fast ausschließlich am Maßstab der Arbeitsleistung gemessen wird. Das birgt die Gefahr in sich, daß die Bewährung zur Aussetzung der Arbeitskraft mißbraucht wird<sup>17</sup> und damit den Sinn verliert, den man ihr in einem Rechtsstaat beimißt.

In der amtlichen Begründung der neuen Strafprozeßordnung wird ausgeführt: „Die erreichte Stufe der Entwicklung unserer Gesellschaft ermöglicht eine Vertiefung der sozialistischen Demokratie auch auf dem Gebiete der Strafgerichtsbarkeit. Sie ermöglicht es insbesondere auch, die wachsende Aktivität der Werktätigen für eine weitere Einschaltung ihrer gesellschaftlichen Organisationen in die auf eine Verminderung und stufenweise Liquidation der Kriminalität gerichtete Tätigkeit der staatlichen

<sup>17</sup> Vgl. Barton-Weil: *Salariat et contrainte en Tchécoslovaquie*. Paris 1956, S. 291 ff.

Organe zu nutzen.“ Dieser Satz beruht auf einem Beschluß des Zentralkomitees der KPČS vom 8. Dezember 1960, der richtungweisend für die Einschaltung der sog. gesellschaftlichen Organisationen in die Strafgerichtsbarkeit war. Er fand in das Gesetz Eingang: „Alle Organe, die im Strafverfahren tätig sind, arbeiten in weitestem Maße mit den gesellschaftlichen Organisationen zusammen und nutzen deren erzieherischen Einfluß.“ (§ 2 Abs. 7 StPO)

Bei diesen Organisationen handelt es sich um die „Revolutionäre Gewerkschaftsbewegung“, die landwirtschaftlichen Einheitsgenossenschaften und den Tschechoslowakischen Jugendverband. Das Gesetz beschränkt sich auf diese Organisationen, weil sie — nach der amtlichen Begründung der Strafprozeßordnung — die wichtigsten und größten gesellschaftlichen Massenorganisationen sind, die am erfolgreichsten die ihnen zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen vermögen.

Diese Organisationen haben das Recht, zur Verhandlung einer Sache vor dem Bezirksgericht einen „gesellschaftlichen Ankläger“ und einen „gesellschaftlichen Verteidiger“ zu bestellen, die in der Verhandlung den Standpunkt der Werkstätigen zur Begehung der Straftat, zur Person des Täters und zu den Möglichkeiten seiner Besserung darlegen. Sie sind nicht Gehilfen des Verteidigers oder des Prokurators, sondern treten im Prozeß neben diesen auf und haben prozessual eine völlig selbständige Stellung. Sie sind nach der neuen Strafprozeßordnung<sup>18</sup> befugt, die Strafverfolgungsorgane auf Fälle der Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit aufmerksam zu machen, die Einleitung der Strafverfolgung anzuregen und sich an der Verhandlung förmlich zu beteiligen; sie haben das Recht, in die Akten Einsicht zu nehmen, Beweisanträge und andere Anträge zu stellen, an der mündlichen Verhandlung teilzunehmen, dort den zu vernehmenden Personen Fragen zu stellen und Schlußvorträge zu halten. Das Gericht kann auf ihren Antrag hin auf eine Besserungsmaßnahme oder anstelle der Freiheitsentziehung auf eine andere Strafe erkennen, von der Strafverfolgung oder Bestrafung absehen oder einen bedingten Aufschub der Strafvollstreckung gewähren. Die gesellschaftlichen Organisationen wirken bei der Vollstreckung der Besserungsmaßnahme oder bei der Erziehung der bedingt verurteilten oder bedingt entlassenen Personen mit und tragen dazu bei, daß der Verurteilte das ordentliche Leben eines werktätigen Menschen lebt. Sie können auch ein Gnadengesuch für den Verurteilten einbringen und die Tilgung der Verurteilung beantragen.

Die gesellschaftlichen Organisationen können auch eine „Bürgerschaft für die Besserung des Täters“ übernehmen. Sie verbürgen sich damit für eine Umerziehung und Besserung des Beschuldigten und haben dafür zu sorgen, daß er den durch seine Straftat verursachten Schaden ersetzt und wiedergutmacht. Wenn die angebotene Bürgerschaft vom Gericht angenommen wird, wirkt sie sich dahin aus, daß der Beschuldigte in Freiheit belassen oder aus der Haft entlassen wird, das Gericht von der Bestrafung absieht, die Sache

<sup>18</sup> Vgl. §§ 24 Abs. 1, 26, 58 Abs. 1, 61, 64, 77 Abs. 1 StG; §§ 4—6, 8, 17, 73, 163 Abs. 4, 174 Abs. 3, 186, 188 Abs. 2, 329—332, 337 Abs. 2, 350 StPO.

an das örtliche Volksgericht verweist, den Verurteilten bedingt entläßt oder ihm den Rest der noch nicht voll verbüßten Strafe des Tätigkeitsverbots erläßt. Der Gesetzgeber erwartet, daß die erziehliche Einwirkung des Kollektivs auf den Einzelnen so stark ist, daß der Zweck, der sonst mit der gerichtlichen Strafe angestrebt wird, auf diese Weise wirksamer erreicht werden kann.

Der Einschaltung der gesellschaftlichen Organisationen in das Strafverfahren ist ein überaus interessantes Experiment. Es ist bedauerlich, daß die Politisierung der Justiz und der Strafrechtswissenschaft in der ČSSR eine echte, objektive Diskussion über diese Neuerung und ihre Auswirkungen unmöglich macht. Wenn es sich bei den gesellschaftlichen Organisationen nicht um politische handeln würde, wäre vielleicht mancher Ansatzpunkt für eine beachtliche Neuerung gegeben. So aber ist zu befürchten, daß der Beschuldigte der ordentlichen Gerichtsbarkeit entzogen wird und in die Fänge von politischen Parteistellen gerät, die einen politischen Druck auf ihn ausüben, und denen er dann auf Gnade und Verzeihung ausgeliefert ist.

Noch schwerwiegender ist die Zurückdrängung der ordentlichen Strafgerichtsbarkeit durch die sogenannten örtlichen Volksgerichte. Diese sind zwar in die ordentliche Gerichtsorganisation eingebaut<sup>19</sup>, haben aber nach unseren Rechtsbegriffen den Charakter höchstens von politischen Schiedsstellen. Sie gehen auf die sogenannten Kameradengerichte zurück, die ihr Entstehen einer Lieblingsidee Chruschtschows verdanken. Sie wurden in der ČSSR im Jahre 1959 nach sowjetischem Vorbild in verschiedenen Betrieben als „gewählte gesellschaftliche Organe der Arbeiter“ gebildet, und entschieden — ohne rechtliche Grundlage — in einer Besetzung mit fünf Betriebsangehörigen über kleinere Verstöße von Betriebsangehörigen gegen die Rechtsordnung und Arbeitsdisziplin. Im Frühjahr 1960 begann das Politbüro in Prag mit der Vorbereitung eines Gesetzes über Kameradengerichte. In der neuen Verfassung vom 11. Juli 1960 wurden diese Gerichte bereits unter dem Namen „örtliche Volksgerichte“ vorgesehen. Es wurde ihnen die Aufgabe zugewiesen, die Teilnahme der Werktätigen an der Ausübung der Gerichtsbarkeit in den Gemeinden und an den Arbeitsstätten zu vertiefen und zur Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit, zur Sicherung der gesellschaftlichen Ordnung und der Regeln des sozialistischen Zusammenlebens beizutragen. Im Frühjahr 1961 bekamen die Kameradengerichte unter dem Namen „örtliche Volksgerichte“ eine rechtliche Grundlage<sup>20</sup>. Seither fungieren sie als „Organe der Werktätigen in den Gemeinden und an Arbeitsstätten“. Sie werden von den Nationalausschüssen und der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung errichtet. Die Richter werden auf öffentlichen Versammlungen gewählt. Wenn ein Richter „seine richterlichen Pflichten nicht erfüllt oder aus einem anderen Grunde das Vertrauen der Werktätigen ver-

<sup>19</sup> Vgl. Art. 98 Abs. 2, 101 Verf.; § 1 Ges. v. 26. 6. 1961, Nr. 62 Sb. über die Organisation der Gerichte.

<sup>20</sup> Gesetz vom 18. 4. 1961, Nr. 38 Sb. über die örtlichen Volksgerichte.

liert“, wird er wieder abgewählt. Die örtlichen Volksgerichte entscheiden an Arbeitsstätten über kleinere Straftaten und über Verfehlungen von Betriebsangehörigen, in den Gemeinden über solche Rechtsverletzungen von Gemeindeangehörigen. Der Prokurator sowie das Bezirks- und Kreisgericht können Strafsachen an das zuständige örtliche Volksgericht zur Verhandlung und Entscheidung abtreten. Die örtlichen Volksgerichte erkennen auf folgende Strafen: Ermahnung, öffentliche Rüge, Geldbuße bis zu 500 Kčs, Wiedergutmachung durch Lohnabzug bis zu 15 v. H. auf höchstens drei Monate und Versetzung in einen anderen Arbeitssektor auf die Dauer von sechs Monaten. Gegen die Entscheidungen der örtlichen Volksgerichte ist die Berufung an das Bezirksgericht gegeben.

Die klassische marxistische Doktrin hatte eine wachsende Beteiligung der Massen an der Rechtspflege und eine Durchbrechung des Rechtssprechungsmonopols der Gerichte gefordert und für die letzte Etappe der Entwicklung des Kommunismus ein Verschwinden des Staates und seiner Gerichte erwartet. Es könnte den Anschein haben, daß das Gesetz über die örtlichen Volksgerichte ein Markstein auf diesem Wege sei. Aber der Schein trügt. Der Staat ist nach Übernahme der Macht durch die Kommunisten nicht schwächer, sondern stärker geworden. Wenn die Gerichte abgebaut werden, geschieht das nicht, weil die Menschen von kommunistischem Geiste durchdrungen so geläutert sind, daß die Gerichte entbehrlich werden. Nein, der Abbau der Gerichte ist vielmehr darauf zurückzuführen, daß die allgemeine Reglementierung so tief in das Leben aller Bürger eingreift, daß es unmöglich erscheint mit gerichtlichen Strafen die Einhaltung aller „Regeln des sozialistischen Zusammenlebens“ zu erzwingen. Man bedenke zum Beispiel, wie zahlreich und weitreichend die Forderungen der Arbeitsdisziplin sind oder wie leicht der einzelne gegen die Vorschriften zum Schutze des sozialistischen Eigentums und der sozialistischen Wirtschaft verstößt! Es ist unmöglich, alle diese Verstöße, die meist nur durch das politische Regime bedingt sind, in einem förmlichen Strafverfahren vor dem Bezirksgericht, Kreisgericht und Obersten Gericht zu ahnden. Der totale Staat braucht wendigere Maßnahmen als die der Gerichte. Dazu kommt, daß die Partei sich durch die Gerichte in ihrer unumschränkten Machtfülle beeinträchtigt fühlt und ein gewisses Mißtrauen gegen sie nicht verliert; zumal da die Richter auch in einem Staate, in dem sie einer Partei unterstellt und von ihr abhängig sind, noch zu Gedankengängen, die die Partei als objektivistisch ablehnt, neigen, weil jeder Richter naturgemäß immer wieder zu rechtsstaatlichem Denken tendiert<sup>21</sup>.

---

<sup>21</sup> Vgl. die Kritik des tschechoslowakischen offiziellen Kommunistischen Parteiorgans „Rudé Právo“ vom 26. 7. 1957 an den tschechoslowakischen Gerichten, wonach diese „vom Obersten Gericht bis zum Bezirksgericht herab“ in einigen Fällen nicht als Organe der Diktatur des Proletariats gehandelt hätten und ihre erzieherische Funktion, die ja nur Arbeitern und anderen Werktätigen, nicht aber Feinden und asozialen Schmarotzern zugute kommen sollte, mißverstanden hätten.

In einem Staate, in dem die Schutzfunktionen des Rechts und der Gerichtsbarkeit abgebaut werden und die Strafjustiz zu einem Werkzeug der Politik erniedrigt wird, spielt der Grundsatz der Gewaltentrennung keine Rolle mehr. Er wird darum auch in der tschechoslowakischen Rechtslehre als „ein Überbleibsel aus der Zeit der Monarchie“ abgelehnt. In einem kommunistischen Staate entscheidet nach dieser Rechtslehre in allen Dingen nur der Wille des Volkes, der einheitlich sei und nicht von verschiedenen Organen des Staates verschieden festgestellt oder ausgelegt werden könne. Der Wille des Volkes aber komme am reinsten zum Ausdruck in dem Willen des fortschrittlichsten Teils der werktätigen Bevölkerung, der Kommunistischen Partei. Dazu ist zu sagen: in der Tat, eine Trennung von Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung ist nur eine sinnlose dogmatische Spielerei, wenn diese Gewalten der gleichen Diktatur einer einzigen politischen Partei unterliegen.

Wenn die Rechtsprechung nur als ein Zweig der von der Kommunistischen Partei gelenkten unteilbaren Staatsgewalt angesehen wird, kann es keine unabhängigen Richter geben. Der Grundsatz der Unabhängigkeit der Richter beruht ja gerade darauf, daß die rechtsprechenden Organe frei nicht nur von Einflüssen der Verwaltung, sondern auch von jedem anderen Einfluß als dem des Gesetzes sind. Die sachliche Unabhängigkeit des Richters findet bei uns ihre Ergänzung durch Garantien für die persönliche Rechtsstellung des Richters; er kann wider seinen Willen nur kraft richterlicher Entscheidung seines Amtes enthoben oder in eine andere Stelle oder in den Ruhestand versetzt werden. Die neue tschechoslowakische Verfassung spricht zwar auch von unabhängigen Richtern, ähnlich wie das in westlichen Verfassungen der Fall ist. Nach Art. 98 Verf. üben unabhängige Volksgerichte die Gerichtsbarkeit aus und nach Art. 102 Abs. 1 Verf. sind die Richter „bei der Ausübung ihrer Funktionen unabhängig und nur an die Rechtsordnung des sozialistischen Staates gebunden“. Diese Artikel zeigen, daß man mit gleichen Worten doch verschiedene Sprachen sprechen kann und daß nicht der Wortlaut, sondern der Geist einer Verfassung und ihre praktische Anwendung entscheidend sind. In der tschechoslowakischen Rechtslehre wird mit grotesker Dialektik dargelegt, daß die Unabhängigkeit der Richter nur in den kommunistischen, nicht aber in den „imperialistischen Staaten“ (worunter die Staaten des freien Westens verstanden werden) gewährleistet sei. Unabhängigkeit der Gerichte bedeute Unabhängigkeit von anderen staatlichen Organen, aber nicht etwa Unabhängigkeit vom sozialistischen Staate. „Die Wählbarkeit der Richter und die unmittelbare Teilnahme von Volksrichtern an der Ausübung der Gerichtsbarkeit ist die stärkste Garantie für die Unabhängigkeit der Gerichte. Damit wird das Recht und die Pflicht der Richter festgelegt, aus innerer Überzeugung auf Grund ihres sozialistischen Rechtsbewußtseins und in voller Übereinstimmung mit der Rechtsordnung zu entscheiden. Das Gericht ist bei jeder Entscheidung der Vollstrecker des Willens des arbeitenden Volkes. Die Gerichte als Organe des Staates dürfen keinem anderen Ziele als dem Aufbau des Sozialismus dienen, sie dürfen keine andere Politik als die einheitliche staatliche Politik, wie sie durch die Kommu-

nistische Partei der ČSSR und durch die Regierung bestimmt wird, zur Geltung bringen<sup>22</sup>.“ Im Zusammenhang damit verdient die Äußerung des Justizministers Dr. Škoda<sup>23</sup> Erwähnung: „Die Kommunistische Partei bestimmt die Leitung und die Aufgaben der Gerichte und sorgt für die Wahl, Ernennung und Erziehung der Richter. Sie überwacht laufend die Anwendung des Prinzips der sozialistischen Gesetzlichkeit.“

Man geht also davon aus, daß eine Person, die von den kommunistischen Wahlorganen gerade wegen ihrer parteitreuen Gesinnung zum Richter gewählt wird, von der Partei laufend überwacht wird und von ihren Wahlorganen auch wieder abgesetzt werden kann<sup>24</sup>, der ideale, wahrhaft unabhängige Richter sei, weil er der Partei treu ergeben ist und darum von allen objektivistischen Gedankengängen und Einflüssen unabhängig ist. Welch eine Verkehrung der Begriffe! Der frühere tschechoslowakische Innenminister Bacílek<sup>25</sup> hat ganz unverblümt erklärt: „Die Frage, wer schuldig und wer unschuldig ist, wo die Fehler und Irrtümer aufhören und wo die strafrechtliche Verantwortung beginnt, wird letzten Endes von der Partei, unterstützt durch die Organe der Staatssicherheit, gelöst.“ Die großen Vollmachten der Staatssicherheitsorgane und das Gewicht ihrer Tätigkeit beeinträchtigen schwer die Unabhängigkeit der Richter. Man denke zum Beispiel an die Fälle, in denen angeklagte Geistliche unter dem Eindruck polizeilicher Vorbehandlung in kommunistischem Jargon unvorstellbare Straftaten eingestanden haben. Die Ungeheuerlichkeit der gestandenen Verbrechen und die Unwahrscheinlichkeit der Geständnisse hätten bei einem unabhängigen Richter so große Zweifel an der Haltbarkeit der Anklage hervorgerufen, daß er sich nicht hätte für einen Schuldspruch entscheiden können. Innenminister Bacílek ist inzwischen bei innerpolitischen Machtkämpfen angeblich als Stalinist geopfert worden und die neue Strafprozeßordnung hat — unter dem Eindruck der Vorwürfe Chruschtschows gegen die stalinistische Polizei — auf die richterliche Beweiswürdigung gegenüber polizeilichen Vernehmungsprotokollen und Geständnissen des Angeklagten größeren Wert gelegt<sup>26</sup>. Aber der vielfältig bestimmende Einfluß der Partei auf die Rechtsprechung ist nicht nur geblieben, sondern ist — wie die vorstehenden Abschnitte gezeigt haben — durch die neue Strafgesetzgebung sogar noch verstärkt worden. Der Richter hat weiterhin das Gesetz nicht nach den Erfordernissen der Rechtslogik anzuwenden, sondern als Ausdruck der Politik der Partei und der Regierung, als politische Direktive zu vollstrecken. Unter diesen Umständen kann von einer richterlichen Unabhängigkeit, gemessen an den Maßstäben rechtsstaatlicher Begriffe, keine Rede sein.

<sup>22</sup> Tschechoslowak. Strafrecht (s. Anm. 10) S. 269.

<sup>23</sup> Rudé Právo (s. Anm. 8) vom 24. 7. 1958.

<sup>24</sup> Vgl. § 49 Ges. v. 26. 6. 1961, Nr. 62 Sb. über die Organisation der Gerichte; § 9 Abs. 4 Ges. v. 18. 4. 1961, Nr. 38 Sb. über die örtlichen Volksgerichte; § 50 RegVO v. 6. 7. 1961, Nr. 63 Sb. Richterwahlordnung.

<sup>25</sup> Erklärung vom 17. 12. 1952 auf der Konferenz der KPČS, zitiert nach dem Rudé Právo vom 18. 12. 1952.

<sup>26</sup> Vgl. insbes. §§ 2 Abs. 5, 91 ff., 167 StPO.

## RAPHAEL PACHER UND DIE DEUTSCHRADIKALE BEWEGUNG IN DEN SUDETENLÄNDERN

Aus den Erinnerungen Pachers

*Von Harald Bachmann*

Wer das Werk des Wiener Publizisten Albert Fuchs „Die geistigen Strömungen Österreichs 1867—1914“ kennt, weiß, wie kritisch Fuchs die politische Entwicklung der Deutschnationalen in der Donaumonarchie behandelt und welche für das Geschick Österreichs folgenreichen Einflüsse er der Innenpolitik dieser Parteirichtung zugeschrieben hat.<sup>1</sup> Den interessanten Ausführungen des Autors, der die Vielfalt der ideengeschichtlichen Entwürfe zur Fortentwicklung der zisleithanischen Staats- und Gesellschaftsordnung zergliedert, gebührt zweifellos Anerkennung, da umfassende Quellenkenntnis und kluge Beurteilung der geschichtlichen Phänomene und ihrer Beziehungen zu Philosophie und Zeitgeist das Werk charakterisieren. Es wäre nur im Rahmen einer umfangreichen Ideengeschichte Zisleithaniens möglich, die Auffassungen des Autors zu überprüfen, soweit es auf Grund der Quellen und unter weitgehender Vermeidung ideologischer Konstruktionen möglich ist.

Dies kann allerdings nicht Aufgabe der folgenden Ausführungen sein. Immerhin erscheint es angebracht, gleich zu Beginn auf den heftigen Widerstand hinzuweisen, den die Deutschliberalen den Deutschnationalen entgegensetzten. Von einem raschen Sieg der neuen Parteirichtung konnte durchaus nicht die Rede sein.

Mußten wir uns mit der Erwähnung dieser Tatsache begnügen, so wird es im Folgenden darum gehen, den literarischen Nachlaß eines namhaften Parteipolitikers der Deutschradikalen vor 1914, Raphael Pachers, zu erschließen und auf die Bedeutung dieses altösterreichischen Volksvertreters für die deutschnationale Parteientwicklung hinzuweisen. Pacher zählte seit der Jahrhundertwende neben Schönerer, Wolf, Steinwender und Stölzel zu den Männern, die die Phalanx der Deutschnationalen in der Donaumonarchie bildeten.<sup>2</sup> Pachers politische Arbeit bleibt überdies in besonderem Maß mit der

<sup>1</sup> Fuchs, Albert: Geistige Strömungen in Österreich 1867—1914. Wien 1949, 320 S.

<sup>2</sup> Eine biographische Würdigung Pachers gibt es bisher nicht, der Nachlaß befindet sich im Archiv der Prager Burschenschaft Teutonia zu Erlangen-Nürnberg. — Zur Biographie Pachers sei angeführt: Geboren 21. 7. 1857 in Isertal/Böhmen, studierte 1876—1881 an der deutschen Universität Prag Philosophie, wurde Journalist und Schriftsteller. 1889—1895 war er Redakteur in Brünn, dann in Wien. Im Dezember 1899 wurde er in den böhm. Landtag gewählt, 1901—1918 war er Reichsrats-

Parteipolitik in den Sudetenländern und den nationalen Bestrebungen der Deutschböhmern verbunden.<sup>3</sup>

Schon aus der Prager Gymnasialzeit (1868—1876) stammt Pachers nationale Begeisterung, seine Bewunderung der deutschen Einigungspolitik nach 1866 und seine lebhafteste Schwärmerei für das Hohenzollernreich. Auch später hat er sich, eingedenk der einstmals gefaßten Überzeugung, als „deutscher Irredentist“ bezeichnet.<sup>4</sup> Dies bezog sich wohl auf seine ablehnende Haltung gegenüber der Slawisierungspolitik Österreichs nach der Ära Taaffe. Die Studienzeit Pachers an der Karl-Ferdinands-Universität Prag war erfüllt von den Ideen der deutschen Einigungsbewegung, wie sie die Burschenschaft in Österreich verfocht. Die romantische Verherrlichung des Deutschtums war allen Kreisen der Burschenschaft gemeinsam, ebenso lehnte die junge Generation die herrschende Honoratiorenpartei der Deutschliberalen ab, die seit 1867 stark an Ansehen verloren hatte und sich nur durch Methoden der Wahlgeometrie halten konnte.

Warum hatten die Studenten, deren politische Interessen Pacher bereits auf der Prager Universität eifrig vertrat, den nationalen Gedanken zu ihrer Leitidee erhoben, obwohl Prag gerade damals noch eine Hochburg liberaler Politik in Österreich war? Aus den Schriften der deutschen Hochschulverbindungen im damaligen Österreich spricht die starke Begeisterung, mit der man sich dem Ideal des deutschen Nationalstaates zuwandte. Hatten die staatserhaltenden Parteien Zisleithaniens, namentlich die dominierende (liberale) Verfassungspartei, deren Programm Elizabeth Wiskemann noch im Jahre 1938 besonders lobend beurteilte, der akademischen Jugend nichts mehr zu bieten?<sup>5</sup> Gewiß waren Macht und Ansehen des neuen Deutschen Reiches von großer Anziehungskraft auf viele Deutschösterreicher, so daß sie sich in ihrem politischen Denken von der dynastischen Staatsidee Österreichs abkehrten. Schon Hans Kudlich, dessen revolutionäre Begeisterung auch nach 1848 nicht dahinschwand, hatte sich zum großdeutschen Reichsgedanken bekannt, als er die deutsche Reichsidee vor ein dynastisches

---

abgeordneter, 1918/19 deutschösterreich. Staatssekretär für Unterricht, schließlich bis 1924 Präsident des österr. Schulbuchverlages. Gestorben 23. 3. 1936 in Wien. — Vgl. auch Bachmann, Harald: Adolf Bachmann. Ein österreichischer Historiker und Politiker. München 1962, 143 S., hier S. 96—105.

<sup>3</sup> Vgl. Pachers Erinnerungen an seine Gymnasialzeit in Prag. (Im Nachlaß).

<sup>4</sup> Erinnerungen. Untertitel: Herrmann Bachmann. Eintragung vom 22. 11. 1920. Herrmann B. war zuletzt Hauptschriftleiter der „Vossischen Zeitung“ in Berlin und förderte während des 1. Weltkrieges die Interessen der Deutschösterreicher.

<sup>5</sup> Wiskemann, Elizabeth: Czechs and Germans. A Study on the struggle in the Historic Provinces of Bohemia and Moravia. London 1938, hier S. 35: „Liberale Herrschaft in Österreich war im großen Ausmaß eine Herrschaft der Sudetendeutschen . . . Um einer politischen Partei Gerechtigkeit werden zu lassen, die heutzutage keine Verteidiger findet, sollte nicht vergessen werden, daß die Liberalen eine feine Konzeption der deutschen Zivilisation hatten, die sie hoch bewerteten, und daß es ihrer Regierung zu verdanken war, daß die Polizeiherrschaft einem rechtsstaatlichen Zustand unter Anerkennung der individuellen Rechte wich, einschließlich derer der Juden.“

Österreich stellte.<sup>6</sup> Viel von dem progressistisch-liberalen Ideengut wurde auch von den studentischen Bänden der österreichischen Universitäten weiter gepflegt, später, nach der Reichsgründung von 1871, erhielt es einen stark kleindeutsch-nationalen Einschlag, so daß manche deutsche Studentenverbindung beinahe hohenzollerisch eingestellt war.<sup>7</sup> Auch Pacher zeigte für das Deutsche Reich stets große Sympathien und war vom Beginn seiner Berufstätigkeit als Journalist nur bei Zeitungen beschäftigt, welche die sogenannte „schärfere Tonart“ der Deutschnationalen anschlugen.

#### *Redakteur in Brünn (1889—1894)*

Von der deutschnational eingestellten „Abwehr“ in Warnsdorf, der Pacher seit 1885 angehört hatte, kam er 1889 durch Vermittlung des Fabrikanten Gustav Braß (Niedergrund) als Schriftleiter der nationalen Zeitung „Deutsches Blatt“ nach Brünn.<sup>8</sup> Am 1. Januar 1889 übernahm Pacher die Redaktion dieses antiliberalen Blattes, das der Deutsche Klub von Mähren ins Leben gerufen hatte.

Mähren stand damals mitten im politischen Umbruch. Noch konnten sich die Deutschen trotz Taaffe die Mehrheit im Landtag sichern, aber dies gelang nur mit Hilfe des Kurienwahlrechts und besonders der Kurie des Großgrundbesitzes unter der Führung des Freiherrn Johann von Chlumecky.<sup>9</sup> Seit dem Ministerium des Grafen Hohenwart (1871) waren durch die tschechische Agitation, wie Pacher zu berichten weiß, die deutschen Majoritäten in den Städten zusammengeschmolzen. Die Dezemberverfassung von 1867 hatte die national gemäßigten oder gar indifferenten Mährer, deren Abneigung gegenüber dem national aggressiveren Tschechentum Böhmens noch lange anhielt, in zwei Gruppen gespalten: Gegner und Anhänger dieser Konstitution.<sup>10</sup> Vielfach lehnten die Mährer es noch bis 1880 ab, als Tschechen bezeichnet zu werden.<sup>11</sup>

<sup>6</sup> Kudlich, Hans: Rückblicke und Erinnerungen. 3 Bde. Wien-Leipzig-Budapest 1873, hier Bd. 1, S. 259: „Wir Deutschen müssen zum Urquell unserer Existenz, zum deutschen Volke und Reiche, wieder zurück — mit der Dynastie, wenn sie will, ohne Dynastie, wenn sie sich dagegen sträubt.“

<sup>7</sup> P. Molisch bestätigt dies für einige Prager Verbindungen. Vgl. Molisch, Paul: Politische Geschichte der deutschen Hochschulen in Österreich von 1848 bis 1918. Wien-Leipzig 1939, 267 S., hier S. 95.

<sup>8</sup> Vgl. für die folgenden Ausführungen: Erinnerungen Brünn 1889—1894. S. 1—44.

<sup>9</sup> Chlumecky, Johann Frh. von, geb. 1834 Zara, gest. 1924 Bad Aussee. 1873—1879 Reichsratsabg., 1907 Herrenhausmitglied, 1871—1875 österr. Ackerbauminister, 1875—1879 österr. Handelsminister.

<sup>10</sup> Pacher schreibt hierzu: „Seit 1867 hatten sich die Parteiengegensätze nicht auf rein nationaler Grundlage, sondern nach der Scheidung in Anhänger oder Gegner der Dezember-Verfassung ausgebildet. Mit den Deutschen stimmten eine ganze Menge Tschechen der Dezember-Verfassung zu. Die Anhänger dieser Verfassung nannte man im allgemeinen ‚Deutsche‘, auch wenn sie nicht deutsch sprachen. Die mährischen Slawen nannten sich ‚Mährer‘ und lehnten es mit Entrüstung ab, als Tschechen bezeichnet zu werden. Die Bezeichnung ‚Tschechen‘ führten die Anhänger

Im Jahre 1885 hatte Mähren im Gegensatz zu Böhmen eine einheitliche deutschliberale Parteileitung, so daß ihre Vertreter der Markgrafschaft im Abgeordnetenhaus der „Vereinigten deutschen Linken“ beitraten. Eine klare Trennungslinie zwischen den Deutschnationalen und den Deutschliberalen gab es in den achtziger Jahren noch nicht. Pacher bezeichnete auch die Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen in den Jahren nach 1889 als verhältnismäßig gut und fügte hinzu, daß die deutschen Politiker Dr. Frenzl und Dr. Promber mit dem tschechischen Parteiführer Dr. Praschak verschwägert seien.

Die Vormachtstellung der Deutschliberalen in Brünn erwies sich auf dem Gebiet des Pressewesens als besonders stark. Es dominierten die liberalen Zeitungen, neben der amtlichen „Brünner Zeitung“ besonders „Der Tagesbote aus Mähren und Schlesien“, dessen spiritus rector der Brünner Vizebürgermeister Rudolf M. Rohrer war.<sup>12</sup>

Auch in gesellschaftlicher Beziehung stand das Brünner Deutschtum mit einer bürgerlich-liberalen Repräsentation vor der Öffentlichkeit: der „Deutschen Lesehalle“, die dem Prager „Deutschen Kasino“ an politischer Bedeutung gleichkam. Dagegen kam der deutschnationale, antisemitische „Deutsche Klub“ nicht auf. Eine öffentliche Gegnerschaft gegen die Liberalen wäre auch gar nicht möglich gewesen, da jüngere Leute in abhängiger Position als Anhänger der neuen Parteirichtung kaum gegen die Liberalen aufzutreten wagten.

Erst allmählich sammelte Pacher, der bald eine wichtige Rolle in den deutschnationalen Vereinigungen spielte, eine größere Zahl von Gesinnungsfreunden. In besonderem Maße gewann er die akademischen Kreise, namentlich die Verbindungen der Brünner deutschen Technischen Hochschule und den „Bund der Deutschen in Nordmähren“.<sup>13</sup>

1890 kam es anlässlich der Reichsratsersatzwahl für den Wahlbezirk Mährisch-Trübau—Zwittau zur Spaltung des bisher gemeinsamen Wahlkomitees für Liberale und Deutschnationale und damit zur selbständigen Konstituierung der deutschnationalen Partei in Mähren. Die gemeinsame Parteileitung hatte sich somit nicht lange halten können.<sup>14</sup>

---

der staatsrechtlichen Partei unter der Führung von Dr. Prashak, Schrom usw.“ Vgl. Erinnerungen Brünn 1889—1894, S. 4f. — Altrichter, Anton: Der Volkstumskampf in Mähren. St. Pölten 1941, 32 S., hier S. 16 ff.

<sup>11</sup> Über die Tatsache, daß die Bewohner eines slawischen Dorfes in Südmähren noch Ende der achtziger Jahre als „Verfassungstreue“ ein „Německé Kasino“ hatten, unterrichtet uns Pacher in seinen Erinnerungen Brünn 5.

<sup>12</sup> Altrichter, Anton u. Künstler, Gustav: Anderthalb Jahrhunderte Rudolf M. Rohrer 1786—1936. Die Geschichte einer deutschen Drucker- und Verlegerfamilie. Brünn-Wien 1937, 147 S., hier S. 68 f.

<sup>13</sup> Molisch 123f.; Altrichter: Volkstumskampf 18.

<sup>14</sup> Molisch 124. Molisch erwähnt mit Bezugnahme auf Mitteilungen Pachers, daß bei den Reichsratswahlen 1885 die selbständige Konstituierung der Deutschnationalen neben den Liberalen noch nicht vollzogen worden sei. Es kam vielmehr zu schließlich fruchtlosen Versuchen, einen einheitlichen Parteiverband, wie er in Mähren bis 1890 bestehen blieb, zu begründen.

An der gesellschaftlichen Zusammensetzung der Deutschnationalen dürfte bemerkenswert sein, daß die führenden Schichten der jüngeren Akademikergeneration entstammten. Bei den Gewerbetreibenden und Kaufleuten vermochte sich die deutschnationale Parteiagitation jedoch nicht durchzusetzen. Pacher befürchtete vor allem, die Tschechen könnten sich den Zwist zwischen Deutschliberalen und Deutschnationalen zunutze machen. In der Tat kam es damals aus nationalen Gründen zur Spaltung der Brüner Schuhmachergenossenschaft, da man deren totale Tschechisierung befürchten mußte.

Erst nach dem Wahlkampf, den die Deutschnationalen 1890 um das Mandat des Abg. Dr. Wenzlitzke führten, konstituierte sich die Deutschnationale Partei in Brünn endgültig. Pacher trat als Obmann an die Spitze des Deutschnationalen Vereins, der nun als politische Vereinigung für ganz Mähren wirkte. Für die Erfolge, die die Deutschnationalen nach 1890 errangen, war nicht nur die Entwicklung des Nationalbewußtseins bei den Deutschen entscheidend. Pacher hob auch die Bedeutung der Tatsache hervor, daß der Ausgleichsversuch des Ministerpräsidenten Graf Taaffe (1890/91) in Böhmen am Widerstand der Jungtschechen, die man nicht zu den Verhandlungen hinzugezogen hatte, gescheitert war. Auch die Deutschnationalen waren an diesen Friedenskonferenzen im Nationalitätenstreit nicht beteiligt, kritisierten aber umso mehr den verhängnisvollen Fehlschlag der liberalen Politik. Trotz der Bemühungen gelang es den Deutschnationalen jedoch nicht, in Brünn, der Hochburg der Liberalen, als ernstzunehmende Gegner in der Gemeindevertretung Fuß zu fassen.

Kurz berichtete Pacher in seinen Erinnerungen an die Brüner Jahre auch über die Entwicklung des „Ringes tschechischer Fabrikskolonien“, deren Entstehung er der seines Erachtens verfehlten liberalen Gemeindepolitik der deutschmährischen Großindustriellen zuschrieb. Die an Brünn angrenzenden Dörfer waren infolge Ansiedlung zahlreicher tschechischer Arbeiter gänzlich tschechisch geworden; immerhin konnte die Gemeinde Brünn nicht zur Eingemeindung dieser Vororte gezwungen werden, sie wurde erst durch den Tschechischen Nationalrat nach 1918 vollzogen. Die Gemeinde- und Wirtschaftspolitik der Deutschen habe nach Pachers Auffassung keinen Weitblick bewiesen, es sei ihr nicht gelungen, den alten deutschen Charakter der Städte zu erhalten. Nur die Stadt Eger habe sich öfters geweigert, die Niederlassung von solchen Industriebetrieben zu gestatten, die keine Bürgerschaft für den rein deutschen Charakter des Unternehmens leisten konnten.

Gleich in den ersten Jahren seiner Parteiarbeit hatte sich Pacher der Förderung des gewerblichen Genossenschaftswesens und besonders des Kleingewerbestandes verschrieben, er wurde sogar später als einer der Retter des Kleingewerbes ins Parlament gewählt.<sup>15</sup> Die Kampfansage gegen die Libe-

<sup>15</sup> *Spectator* (Pseudonym): Politische Köpfe aus Österreich. XIV, Rafael Pacher, Deutschradikale Vereinigung. Die Chronik 19 (1917) Nr. 14.

ralen verschärfte den wirtschaftspolitischen Gegensatz zwischen den großbürgerlichen Liberalen und den kleinbürgerlichen Deutschnationalen im Bereich des Handels- und Gewerbestandes. Im „Deutschen Blatt“ betrieb Pacher als Schriftleiter die Herausgabe einer „Deutschen Genossenschaftszeitung“ und einer „Deutschen landwirtschaftlichen Vereinszeitung“. Die Deutschnationalen bemühten sich auch um Anhängerschaft aus den Kreisen des vom Großkapital bedrängten Kleinhandels. In engem Zusammenhang mit der Deutschnationalen Partei erfolgte ferner die Gründung eines „Deutschen Genossenschaftsverbandes für Nordmähren“. Pacher schilderte eindringlich die Versuche der Liberalen, die behördliche Bestätigung der Satzungen des Genossenschaftsverbandes zu verhindern. Erst 1894, als Pacher Brünn verließ, erhielt der Genossenschaftsverband die behördliche Sanktion.

Die Deutschradikale Partei konnte zwar in Mähren bis 1907 einige Reichsrats- und Landtagsmandate erringen, in Brünn gelang es ihr jedoch nicht, über eine schwache Vertretung im Gemeinderat hinauszukommen. Der vermittelnden Tätigkeit des deutschnationalen Abg. Hermann Braß war es zu verdanken, daß im Landtag zwischen den Deutschradikalen, dem deutschen Großgrundbesitz und den Deutschliberalen ein Übereinkommen geschlossen wurde, durch das auch die ausschließliche Vorherrschaft der Liberalen unter den Deutschen beseitigt werden konnte. Allerdings geschah dies erst nach dem Mährischen Ausgleich von 1905. Daneben fanden alle deutschen Parteien im Deutschen Volksrat für Mähren zueinander. Von den liberalen Abgeordneten Brünns, die 1907 nach dem allgemeinen Wahlrecht ins Parlament gewählt wurden, schätzte Pacher den Abg. Heinrich Freiherr d'Elvert hoch, da er stets in engem Kontakt mit den Deutschradikalen stand.<sup>16</sup>

*Redakteur in Wien. Böhmischer Landtagsabgeordneter (1899/1913).  
Im Reichsrat (1901—1918)*

Pacher berichtete in seinen Erinnerungen an die ersten Jahre seines Wiener Aufenthaltes kurz über die Entwicklung des deutschnationalen Pressewesens in Österreich.<sup>17</sup> Erst nach 1871 erfolgte in Wien die Gründung der „Deutschen Zeitung“, als deren Schriftleiter Dr. Karl Pickert, früher Herausgeber eines kleinen Blattes in Prag, der „Deutschen Volkszeitung“, wirkte.<sup>18</sup> Aber diese Zeitung konnte sich nicht lange als Presseorgan der Deutschnationalen behaupten. In den neunziger Jahren stellte sie der unter Führung des Politikers Dr. Bareuther agitierende Verein „Deutsche Presse“ wieder in den Dienst der nationalen Propaganda. Ab Juli 1894 erschien sie als Parteiblatt und war von Anfang an Konkurrent der „Ostdeutschen Rundschau“, die im Mai 1894 Tagblatt geworden war.

<sup>16</sup> Heinrich Freiherr d'Elvert, Mitgl. d. mähr. Landtages seit 1896, Reichsratsabg. 1897—1918, Obmann der deutschen Fortschrittspartei in Mähren bis 20. 10. 1912.

<sup>17</sup> Pachers Erinnerungen 1894—1897, S. 1—37; Titel: Die „Deutsche Zeitung“. P a u p i é, Kurt: Handbuch der österreichischen Pressegeschichte 1848—1959. Bd. 1. Wien 1960, 232 S., hier S. 157 f.

<sup>18</sup> Molisch 83.

Pacher übernahm unter Dr. Theodor Wähler, der die „Deutsche Zeitung“ herausgab, das Referat „Inland-Politik“ gemeinsam mit Dr. Sueti und besorgte die Parlamentsberichterstattung.<sup>19</sup> Zu dieser Zeit (Oktober 1894 bis Juni 1895) war das Koalitionsministerium Fürst Windischgrätz bereits in einer mißlichen Lage, schließlich entbrannte infolge der Schulaffäre von Cilli eine heftige Kontroverse, die den Weiterbestand des Ministeriums gefährdete. Finanzminister von Plener hatte als führender Politiker der Vereinigten Deutschen Linken der Errichtung von slowenischen Parallelklassen am Gymnasium in Cilli zugestimmt und war deshalb von den Deutschnationalen scharf angegriffen worden, denn die Deutschnationalen sahen in der nachgiebigen Haltung der Koalitionspartei eine große Gefahr für das deutsche Sprachgebiet in Österreich. Pacher befürchtete auch, daß den Slowenen auf ähnliche Weise wie den Tschechen in Böhmen und Mähren, die tschechische Schulen in damals noch überwiegend deutschen Städten aufgebaut hatten, die Möglichkeit geboten würde, Cilli slowenisch zu machen. Diese Stadt lag als deutsche Insel inmitten slowenischen Gebietes im Süden der Steiermark. Pacher hatte keinerlei grundsätzliche Bedenken gegen die Errichtung von Mittelschulen mit slowenischer Unterrichtssprache, hielt es aber für verfehlt, eine slowenische Schule in einer deutschen Stadt zu gründen.<sup>20</sup> Nach seiner Auffassung hätte eine solche Lehranstalt auch in einer slowenischen Stadt aufgebaut werden können. Dies wäre dann für die Slowenen von großem Vorteil gewesen, da die slowenischen Orte dann an Bedeutung gewonnen hätten. So aber gefährdete die Errichtung der Parallelklassen in Cilli den deutschen Charakter der Stadt, und außerdem wurde die von der Koalition gegebene Garantie, den nationalen Besitzstand zu wahren, dadurch verletzt. Die Folge war, daß die Abgeordneten der Linken beschlossen, die betreffende Budgetpost für 1894 nicht zu bewilligen. Vor allem die deutschböhmisches Abgeordneten stimmten dagegen und traten aus der Vereinigten Linken aus. Dies geschah jedoch erst, als sie die Empörung der Wähler dazu zwang. Pacher griff die liberalen Abgeordneten wegen ihrer schwankenden Haltung scharf an und nützte die Unsicherheit der Volksvertreter geschickt für deutschnationale Presseagitation aus. Dies führte zu einer Radikalisierung des nationalen Kampfes in Österreich.<sup>21</sup>

Sehr bald befaßte sich Pacher auch mit der Wiener Gemeindepolitik; Karl Luegers christlichsoziale Bewegung war damals in stetem Fortschritt.<sup>22</sup> Den

<sup>19</sup> Über Dr. Theodor Wähler vgl. Molisch 181f.

<sup>20</sup> Bereits unter dem Ministerium Taaffe war die Errichtung von Parallelabteilungen mit slowenischer Unterrichtssprache in den unteren vier Klassen des Gymnasiums Cilli vorgesehen. Vgl. Czedit, Alois Frh. von: Zur Geschichte der k. k. österreichischen Ministerien 1861—1916. Bd. 2. Teschen-Wien-Leipzig 1917, 503 S., hier S. 11. — Molisch 173ff.

<sup>21</sup> Sutter, Berthold: Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897. Bd. 1. Graz-Köln 1960, 310 S., hier S. 120f. (Veröffentlichungen der Kommission für neuere Geschichte Österreichs 46.)

<sup>22</sup> Über Luegers Aufstieg zum führenden Kommunalpolitiker Wiens vgl. Schnee, Heinrich: Die politische Entwicklung des Wiener Bürgermeisters Dr. Karl Lueger.

Deutschen in den Sudetenländern schien, wie Pacher schrieb, die neue Parteirichtung nicht sehr verständlich und sympathisch. Unter den Anhängern Luegers befanden sich, zumindest in den neunziger Jahren, etliche Deutschnationale, die gleich Pacher erklärte Gegner des Liberalismus waren. Trotz politischer Gegensätze schlossen die Deutschnationalen in den Jahren 1894/95 eine Art Zweckbündnis mit den Christlichsozialen, um die liberale Vorherrschaft im Wiener Gemeinderat zu brechen. Die Zusammenarbeit zwischen Deutschnationalen und Christlichsozialen dauerte jedoch nicht lange, überdies zerfiel die deutschnationale Gruppe in die Anhängerschaft Schönerers und die Gefolgsleute der deutschen Nationalpartei Dr. Otto Steinwenders. Die Versammlungen des „Deutschen Vereins“ in Wien, der als Organisation der Nationalpartei galt, erfreuten sich keines großen Zuspruchs. Die große Zeit dieses Vereins fiel bereits in die Ära Taaffe; 1894/95 hatten Otto Steinwender und Ernst Bareuther großen Einfluß auf die Vereinspolitik ausgeübt. Pacher übernahm 1895 als Nachfolger Prof. Gegenbauers die Obmannschaft des Vereins und vertrat in den folgenden Jahren in Wien, Niederösterreich sowie Südmähren den deutschnationalen Parteistandpunkt. Es zeigte sich aber trotz anfänglicher Erfolge, daß Wien und Niederösterreich nicht der beste Boden für die Verbreitung deutschnationaler Ideen waren.

Dies wirkte sich auch auf die Parteipresse aus. Die „Deutsche Zeitung“ geriet sehr bald in finanzielle Schwierigkeiten. Erst 1894 hatte sie, wie bereits erwähnt, Dr. Theodor Wähner als Herausgeber übernommen, unter seiner Leitung gewannen die Christlichsozialen Luegers immer größeren Einfluß auf die Redaktion der Zeitung.<sup>23</sup> Schließlich wurde sie ein christlichsoziales Parteiblatt.

Bedeutungsvoll für den Parlamentsberichtersteller Pacher war die Vorstellung des neuen Ministerpräsidenten, Kasimir Graf Badeni, im Abgeordnetenhaus am 22. Oktober 1895. Seine Amtszeit sollte nach Pachers Auffassung ein wahres Verhängnis für Österreich werden. Gleich in der ersten Rede Badenis fiel es Pacher auf, daß er sich bei Erwähnung der „Tschechischen Frage“ von seiten tschechischer Abgeordneter den Zwischenruf „Böhmische Frage“ gefallen ließ. Er trat auch gleich den Rückzug an, indem er fortan nur noch von der „Böhmischen Frage“ sprach. Pacher sah in dieser Verwechslung der Begriffe eine große Gefahr.

Als wichtiges politisches Ereignis galt die Gründung des „Bundes der Deutschen für Böhmen“ in Prag (1894).<sup>24</sup> Deutschnationale hatten an der erfolgreichen Leitung dieser neuen Organisation führenden Anteil; Obmann der 1. Ortsgruppe in Wien war Dr. Theodor Wähner. Die Schönerianer zeigten diesem Bunde gegenüber keine Sympathien, obwohl sie in Eger, dem Hauptsitz der Anhänger Schönerers, eine Ortsgruppe eingerichtet hatten.

---

Historisches Jahrbuch der Görres-Gesellschaft 76 (1956) 64—78. Ferner: Skalnik, Kurt: Dr. Karl Lueger. Der Mann zwischen den Zeiten. Wien-München 1954, 182 S. (Beiträge zur neueren Geschichte des christlichen Österreich 2.)

<sup>23</sup> Molisch 181f.

<sup>24</sup> Molisch 176.

Bereits im Sommer 1896 griff Karl Hermann Wolf bei der Hauptversammlung des Bundes der Deutschen die Deutschnationalen Wiens wegen ihrer Zusammenarbeit mit den Christlichsozialen heftig an. Wolf stand damals noch als treuer Anhänger Schönereers an der Spitze der Alldutschen Österreichs. Die internen Parteikämpfe zwischen Schönerianern und Anhängern Dr. Wähners wirkten sich nach Pachers Ansicht mehr auf die Wiener Politik als auf den Streit der Deutschnationalen gegen die Altliberalen in den Sudetenländern aus. Die Gründung des „Bundes der Deutschen in Böhmen“ führte alle Kreise der Bevölkerung in einem nationalen Verein zusammen. Im politischen Kampf gab es, da die christlichsoziale Bewegung in den Sudetenländern um die Jahrhundertwende noch keine größere Bedeutung hatte, nur zwei Parteien: die in die Verteidigung gedrängten Liberalen und die zum Angriff vorgehenden Nationalen. Die Sozialdemokraten erwähnte Pacher mit keinem Wort.

Bei den Reichsratswahlen 1897 war Pacher als Kandidat für den Städtewahlbezirk Aussig-Teplitz-Karbitz-Dux aufgestellt worden.<sup>25</sup> Die Liberalen, denen in Aussig, Teplitz und Karbitz liberale Stadtvertretungen Beistand leisten konnten, hatten für dieses wichtige Mandat den Professor der Rechte an der deutschen Universität Prag, Dr. Emil Pfersche, nominiert. Die Führer der Liberalen in Aussig sagten Pacher den härtesten Kampf an. Pacher entsann sich auch der ersten großen Wählerversammlung der Deutschnationalen in der Aussiger Turnhalle. Er hielt bei dieser Parteiversammlung, zu der viele Liberale, unter ihnen der Bürgermeister Dr. Ohnsorg, erschienen waren, das Hauptreferat und behandelte das Linzer Programm der Deutschnationalen (1882). Schärfsten Widerspruch fand er bei der Erwähnung des letzten Programmpunktes: „Zur Durchführung aller dieser Forderungen ist die Zurückdrängung des überwiegend jüdischen Einflusses auf allen Gebieten erforderlich.“<sup>26</sup> Pacher leitete seine Ausführungen hierzu folgendermaßen ein: „Unserer Ansicht nach gibt es in Böhmen drei Nationen: Deutsche, Tschechen und Juden.“ Die Versammlung war entrüstet, und ein alter Herr jüdischen Aussehens rief, er habe im Jahre 1848 für das Deutschtum gekämpft und lasse sich sein Deutschtum nicht nehmen. Auch Bürgermeister Dr. Ohnsorg verurteilte Pachers Auffassung vom Judentum. Mit Erfolgen konnten die Deutschnationalen in Aussig ohnehin nicht rechnen. Trotzdem versicherten sich die liberalen Kommunalpolitiker in Aussig der Unterstützung der Gewerbege nossenschaften, da sich die Deutschnationalen besonders der Forderungen des Gewerbebestandes angenommen hatten. Der 1. Wahlgang brachte keine Entscheidung, so daß es zur Stichwahl zwischen Pfersche und Pacher kam, bei der Pfersche 1830, Pacher 1707 Stimmen erhielt. In Trautenau hatte dagegen Karl Hermann Wolf den Altliberalen Dr. Hermann Hallwisch geschlagen und damit der radikaleren Richtung in Ostböhmen zum Durchbruch verholfen.

<sup>25</sup> Pachers Erinnerungen 1900, S. 1—27.

<sup>26</sup> Fuchs 182.

Über das rasche Anwachsen der deutschnationalen Bewegung nach 1897 und die Schwäche der Altliberalen weiß Pacher manche Aufklärung zu geben. Vor allem hätten die liberalen Abgeordneten, voll beschäftigt mit den parlamentarischen Geschäften, gänzlich den Kontakt mit der Bevölkerung verloren. Ihre Interessen und ihre Arbeitskraft seien gänzlich von innerparlamentarischen Vorgängen absorbiert worden. Die hartnäckige Opposition der Deutschnationalen gegen die Sprachenverordnungen Badenis, vor allem Karl Hermann Wolfs Zweikampf mit dem Ministerpräsidenten, habe eine ganz neue Lage geschaffen. Pacher war selbst Zeuge im Wandelgange des Abgeordnetenhauses, wie nach dieser Auseinandersetzung der liberale Abgeordnete für Tetschen, der Napoleon-Biograph Prof. Dr. August Fournier, ausrief: „Jetzt ist Wolf in Deutschböhmen der Herrgott.“

Pacher wurde 1901 in das Abgeordnetenhaus gewählt, bereits 1899 war es ihm gelungen, in den böhmischen Landtag entsandt zu werden.

Die „Parlamentsrevolution“, von der Joseph Maria Baernreither in seinen Erinnerungen sprach, wurde jedoch nach Pachers Urteil nicht richtig ausgenützt, und es kam deshalb in der Sprachenfrage nicht zu klaren Beschlüssen.<sup>27</sup> Pacher wies zweifellos mit Recht darauf hin, daß es notwendig gewesen wäre, nach Badenis Sturz endlich das fehlende Ausführungsgesetz zu Artikel XIX des Gesetzes über die Rechte der Staatsbürger zu schaffen und das Sprachenrecht ohne Rücksicht auf die Kronländer neu zu ordnen. Damit wäre auch der nach Pachers Meinung lächerliche Streit über die Auslegung des Ausdrucks „landesüblich“ weggefallen.

Für den Sprachenkampf, der sich nach dem Ministerium Clary-Aldringen immer heftiger entwickelte, hätten unter den alpenländischen deutschen Abgeordneten nicht einmal die Steirer und Tiroler, die doch wußten, was Sprachgrenzen bedeuten, geschweige denn die Oberösterreicher, die Niederösterreicher und die Wiener, Verständnis gehabt. Dies mußten die Deutschböhmen bei den Ausgleichsverhandlungen unter Koerber, Bienerth und Stürgkh, aber auch bei den Versuchen zur Lösung der Sprachenfrage auf dem Verordnungswege während des Weltkrieges unter Clam-Martinitz, Seidler und Hussarek erfahren. Pacher konstatierte, daß die Minister für diese Fragen schließlich mehr Verständnis hatten als ein großer Teil der deutschen Abgeordneten.

Pacher gab offen zu, daß sein Wahlerfolg ein Teil des großen Wahlsieges der Deutschnationalen gewesen sei, der dieser Partei 21 Mandate im Abgeordnetenhaus einbrachte. Bereits bei der Konstituierung des „Alldeutschen Verbandes“ am 31. Januar 1901 bemerkte man eine gewisse Rivalität zwischen Schönerer und Wolf. Schönerer lehnte es ab, die Obmannschaft zu übernehmen. So wurde Dr. Ernst Bareuther Obmann, Schönerer und

<sup>27</sup> Josef Maria Baernreither. Der Verfall des Habsburger Reiches und die Deutschen. Fragmente eines politischen Tagebuches 1897—1917. Hrsg. von Oskar Mitis. Wien 1939, hier S. 22.

Wolf wurden Stellvertreter.<sup>28</sup> Sehr bald stellte Pacher auch fest, daß Schönerers enge Freunde an der Bildung eines Grundprogramms der Alldeutschen arbeiteten, dem sodann alle Abgeordneten des Verbandes beitreten sollten. Bei den Beratungen des Alldeutschen Verbandes kamen die Angehörigen des engeren Kreises, der sich um Schönerer gebildet hatte, schon wohlunterrichtet zur Sitzung. Diese Beobachtungen zeigen, daß Schönerer an einem zahlenmäßig allzu großen Klub gar nicht interessiert war. Steinwender hatte Pacher vorausgesagt, Schönerer, der eine große Partei nicht vertrage, werde den Verband auseinandersprengen.

Pacher regte an, der Alldeutsche Verband solle sogleich mit einer großen nationalpolitischen Erklärung hervortreten, fand aber mit diesem Ansinnen keine positive Aufnahme bei der Obmannschaft. Vermutlich dachte er an die Konstituierung einer deutsch-staatsrechtlichen Partei, die in ihrem Programm die Zugehörigkeit der deutschen Länder Österreichs zum Deutschen Bunde betonen sollte. Leider waren seiner Meinung nach die Abgeordneten des Alldeutschen Verbandes für eine solche staatsrechtliche Stellungnahme nicht zu gewinnen. Man denke in diesem Zusammenhang an die staatsrechtlichen Deklarationen der anderen Völker Zisleithaniens!

Pacher schilderte auch seine erste Vorsprache bei Ministerpräsident Dr. v. Koerber. Koerber war der erste österreichische Staatsmann, den Pacher als Abgeordneter näher kennenlernte. Er trug ihm verschiedene Angelegenheiten vor, bei welchen den Wünschen der Deutschen nicht entsprochen worden war. Schließlich fragte Pacher: „Aber warum, Exzellenz, geschieht niemals, was die Deutschen wollen?“ „Können Sie mir sagen, was die Deutschen wollen?“, antwortete der Ministerpräsident. „Ich meine — die Deutschen, nicht die Liberalen oder die Klerikalen oder die Radikalen.“ Pacher war über diese Frage verblüfft, suchte jedoch darzutun, daß ebenso wie Tschechen, Polen und andere Nationalitäten auch die Deutschen Forderungen an den Staat hätten, deren Erfüllung alle Deutschen befriedigen würde.

Die Deutschradikalen hielten sich von Koerbers Ausgleichsversuchen in Böhmen fern, abgeschreckt von den schlechten Erfahrungen, die die Liberalen in dieser Hinsicht gemacht hatten. Koerber hat ihnen dies nicht vergessen, vor allem aber auch nicht, daß die Radikalen 1904 geholfen hatten, ihn zu stürzen.

In der Kriegszeit bemühten sich die Abgeordneten Pacher und Karl Hermann Wolf bei der gemeinsamen Regierung um Verständnis für eine ihrer Hauptforderungen: Zweiteilung Böhmens in ein deutsches und ein tschechisches Verwaltungsgebiet durch kaiserliche Verordnung, die auf dem Oktroiweg in der parlamentslosen Zeit erlassen werden sollte. Koerber war 1915/16 gemeinsamer Finanzminister, und so versuchten die beiden deutschradikalen Abgeordneten, ihn für ihre Pläne zu gewinnen. Koerber ließ sich jedoch nicht davon überzeugen, daß die Zweiteilung dringend nötig wäre.

<sup>28</sup> Über Dr. Ernst Bareuther vgl. Molisch 176—181. Bareuther starb am 17. 8. 1905. Vgl. den ausführlichen Nachruf in: Wiener Deutsches Tagblatt, Nr. 228 vom 19. 8. 1905. Österr. Biogr. Lexikon I, 50. Graz-Köln 1957.

Die Unterredung führte zu keinem anderen Ergebnis, als daß er immer wiederholte: „Ja hätten die Herren damals vor 15 Jahren mich unterstützt, als ich meine Vorlagen über die Sprachenfrage einbrachte, so würde die Sache jetzt anders stehen.“ Die beiden Abgeordneten verzichteten darauf, Koerber daran zu erinnern, daß er ja selbst seine Sprachenpläne fallen gelassen habe.

Nach seinem Rücktritt (1904) war Koerber, wie Pacher ausführte, der Vertrauensmann der Unzufriedenen in den Provinzen geworden. Auch der Deutsche Volksrat für Böhmen (Sitz Trebnitz) stand mit Koerber in Verbindung. Koerber wußte, daß der Volksrat mit den folgenden Regierungen nicht immer einverstanden war und daß er auch mit der Politik der deutschböhmisches Abgeordneten nicht immer konform ging. Diese Situation nützte Koerber nach Pachers Meinung aus.

Obwohl Pacher Koerbers Einstellung gegenüber einem Oktroi in der böhmischen Streitfrage kannte, versuchte er es dennoch erneut, die Forderungen der deutschböhmisches Abgeordneten durchzusetzen. Koerber war als Nachfolger des ermordeten Grafen Stürgkh vom 28. 10. bis 20. 12. 1916 Ministerpräsident, Pacher zur gleichen Zeit Obmann der deutschböhmisches Vereinigung im Abgeordnetenhaus. Er begab sich unverzüglich zu Koerber und verlangte von ihm, was Graf Stürgkh bereits zugesagt, aber noch nicht durchgeführt hatte, als ihn die Kugel Friedrich Adlers traf. Doch Koerber hatte andere Sorgen: Die polnische Frage sollte gelöst werden. Vergebens versuchte ihm Pacher klarzumachen, daß er die bereits ausgearbeiteten Verordnungen für Böhmen, auf die selbst Kaiser Franz Joseph schon vorbereitet war, endlich erlassen könne. Der Ministerpräsident wollte jedoch erst erproben, ob sich die Angelegenheit nicht auf verfassungsmäßigem Wege im wieder einberufenen Parlament erledigen ließe.<sup>29</sup> Pacher deutet auch an, warum Koerber nicht oktroyieren wollte. Die Sekretäre und Zukunftskandidaten der damaligen Deutschen Arbeiterpartei in Österreich hätten gegen die Deutschradikalen Pachers und gegen die anderen deutschen Parteien Böhmens Stimmung gemacht und nicht verabsäumt, Koerber mitzuteilen, daß sie die kommende Partei in Deutschböhmen seien.<sup>30</sup>

Pacher berichtet noch, wie die Deutschradikalen nach dem Thronwechsel mithelfen, Koerber zu stürzen, nachdem sie erfahren hatten, daß Kaiser Karl sich von Koerber zu trennen wünsche, da er mit dessen umständlicher Art nichts anzufangen wisse. Die Nachfolger Koerbers gingen indes auf die Forderungen der Deutschböhmisches Vereinigung ebenfalls nicht ein. Pachers Erinnerungen brechen nach dem Hinweis ab, die Deutschradikalen hätten auch mit den folgenden Ministerpräsidenten keine Freude gehabt.

Die Memoiren fanden ihren Abschluß, ohne daß der Autor über die dramatischen Umsturztag des Jahres 1918 berichtete, in denen er kurze Zeit als Landeshauptmann Deutschböhmens eine politische Rolle spielte.

<sup>29</sup> Schicksalsjahre Österreichs 1908—1919. Das politische Tagebuch Josef Redlichs. Bd. 2. Bearb. von Fritz Fellner. Graz-Köln 1954, hier S. 163.

<sup>30</sup> Whiteside, Andrew G.: Nationaler Sozialismus in Österreich vor 1918. Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte 9 (1961) 333—359.

## DIE AUSLÖSUNG DES ERSTEN WELTKRIEGES VOR 50 JAHREN

*Von Karl Bosl*

Hugo Hantsch, Leopold Graf Berchtold. Grandseigneur und Staatsmann. Verlag Styria, Graz-Wien-Köln 1963. 2 Bde. XIV + 896 Seiten, 27 Bilder, Ln. ö. S. 358.—

Fünfzig Jahre nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges nahe der Mündung des Tagliamento und unweit Triest die historische Biographie eines Staatsmannes zu rezensieren, dessen Entschluß zum Kriege gegen Serbien der zündende Funke zum Ersten Weltkrieg war, hat einen prickelnden Reiz. Der Wiener Neuhistoriker Hugo Hantsch, dem Hause Berchtold offenbar nahe stehend und von der Absicht beseelt, dem sterbenden übernationalen Reich der Habsburger in Südosteuropa einen ehrenden Nachruf zu widmen, hat aus Tagebüchern und Erinnerungen des früheren Legationssekretärs in London und k. k. Botschafters in Petersburg in kritischer Auseinandersetzung mit der deutschen und ausländischen Literatur über den Gesamtkomplex des ersten Weltbrandes sowie aus Gesprächen mit Zeitgenossen und aus Akten verschiedener Provenienz ein überzeugendes und, was den Diplomaten und Außenminister Berchtold betrifft, vorsichtig-positives Bild dieses gewissenhaften, geduldigen, vorsichtigen, überkritischen, konservativen Politikers der alten Donaumonarchie gezeichnet. Hantsch füllt damit eine Lücke aus, was ihm schon darum zu danken ist, weil durch Fritz Fischers Buch „Griff nach der Weltmacht“ die Frage nach Schicksal oder Schuld am Ersten Weltkrieg neu gestellt worden ist. Kein Historiker wird dieser Frage ausweichen wollen, schon um deswillen nicht, weil er weder die Prüfung des Geschichtsbildes an den Maßstäben der Gegenwart und ihrer Probleme ablehnt, noch auch sich scheut, ein ehemals sprengstoffgeladenes politisches Problem in leidenschaftslose historische Problematik umzuwandeln. Es steht zwar außer Frage, daß schon die Kriegsschuldliteratur der Zwischenkriegszeit — mindestens bis 1933 — trotz vorherrschender nationalstaatlicher Befangenheit den Schritt zum historischen Verständnis der Katastrophe von 1914 bereits getan hat. Man braucht nur auf Gerhard Ritters einschneidende Kritik an lange gehüteten Illusionen wie dem Schlieffenplan oder dem deutschen Flottenbau, seine Untersuchung über die Beziehungen zwischen dem deutschen und österreichischen Generalstab vor und während des Juli 1914 verweisen; der deutsche Historiker ging dabei die Grundfragen mit der gleichen Entschiedenheit an wie Ausländer vom Schlage eines Bernadotte E. Schmitt oder eines Luigi Albertini.

Hantsch liefert mit der historischen Biographie eines gewiß nicht überragenden, aber in entscheidender Stunde am Schalthebel des Geschehens stehenden Außenministers ungarischer Nationalität einen ausgezeichneten Beitrag zum Nachdenken über die Frage, was damals Schicksal und was echte Verantwortung von Persönlichkeit und Nation(en) war; er führt den Leser auf den Verständniszusammenhang von 1914 zurück und zeigt an seiner Figur auf, was damals möglich und unmöglich war. Gerade diese führende Figur der mit dem Balkan und auch Rußland auf Gedeih und Verderb gekoppelten Habsburger Donaumonarchie enthüllt uns, wie schmal 1914 für den Außenminister dieses übernationalen Reiches mit vielen unzufriedenen und engagierten Völkern der Pfad freier Entscheidung und Verantwortung war; sie offenbart, daß es wenige Epochen der allgemeinen Geschichte gab, in denen das Wechselspiel und auch der Automatismus hemmender und vorwärtstreibender Kräfte und individueller Ereignisse und Faktoren so eindeutig zutage trat wie damals. Gerade hier läßt sich die österreichische und die deutsche Entwicklung nicht von der allgemeinen Geschichte des modernen Staats- und Bündnissystems ablösen. Hantsch weist mit Nachdruck immer wieder auf den europäischen Charakter der Außenpolitik Berchtolds hin.

Fischer hat für Deutschland die Frage gestellt, ob am Ausbruch des Ersten Weltkrieges ein deutscher Imperialismus schuld war, und dies, obwohl G. P. Gooch und Sidney Bradshaw Fay, die Verfasser großer Bücher des angelsächsischen Revisionismus zur Kriegsschuldfrage, längst ein allgemein angenommenes, abgeglichenes Konto aufgestellt hatten. Die Biographie Berchtolds wirft von gelegentlichen Bemerkungen über Kaiser Wilhelm II., Bethmann Hollweg usw. abgesehen, nichts zu einer Diskussion darüber ab, ob nicht, wie Ludwig Dehio schon betonte, der dynamische Aufstieg der deutschen Nation von 1871—1914 an sich schon das Problem eines deutschen Imperialismus aufwarf. Ganz klar geht aber aus der Biographie hervor, daß der Blankoscheck des 5. Juli 1914 an Wien ein treibender Faktor für Berchtolds Ultimatum an Serbien und für den Beginn des Ersten Weltkrieges war. Von diesem Augenblick an wurde selbst dieser überängstliche, bis ins Kleinste alles durchrechnende und durchberatende Außenminister von hohem bürokratischen Format, aber von geringer Verantwortungsfreudigkeit und Aktivität sich sicher, daß man feste Maßnahmen ergreifen müsse. Es gehört freilich zu den aufschlußreichsten Seiten dieser Biographie, daß er selbst im Bewußtsein voller Rückendeckung noch eine Denkschrift über die Vorgänge mit Rücksicht auf die Zukunft und eine Abrechnung anfertigen ließ und dabei wertvollste Zeit vergeudete. Dieser Blankoscheck war ein Anfangsfehler der deutschen Politik, der kaum mehr berichtigt werden konnte. Man hielt diese Einstellung solange fest, bis es zu spät war, d. h. bis die Automatik oder Mechanik der militärischen Mobilmachungs- und Aufmarschtechnik in Berlin und Petersburg vor allem der deutschen Regierung die politische Bewegungs- und Entschlußfreiheit nahm. Der Glaube, den Krieg Österreichs auf Serbien lokalisieren zu können, gründete sich allein auf die Hoffnung,

England aus dem Krieg heraushalten zu können. Doch der Automatismus oder die Mechanik des europäischen Bündnissystems war stärker als alle illusionäre Hoffnung.

Man bekommt in dieser Biographie deutlich vor Augen geführt, daß eine ganz schmale, standesmäßig homogene, persönlich aber widerstreitende Schicht nach einer veralteten Verfassung — genau wie in Deutschland — über Krieg und Frieden entschied. Vor dem Mord von Sarajewo waren es der alte Kaiser in Schönbrunn, der von Hantsch wie von Berchtold mit hoher Anerkennung seiner Leistungsfähigkeit ohne Kritik dargestellt wird, dann der Erzherzog Thronfolger Franz Ferdinand im Belvedere, auf den einige neue Lichter fallen (ein Bild fehlt), später sein Nachfolger Karl Franz Joseph, auf den hier zum Schluß ein recht ungünstiges Licht fällt, der Außenminister Graf Berchtold mit seinen sehr einflußreichen Ministerialberatern, dem Kabinettschef Graf Hoyos an der Spitze, dann der Generalstabschef Conrad von Hötzendorf sowie die beiden Ministerpräsidenten in Wien und Budapest (Stephan Graf Tisza und sein einflußreicher Berater Baron Burián, der nach Berchtold zweimal Außenminister wurde). Von einigen Aktivisten abgesehen, die zum Losschlagen deshalb drängten, weil sie hofften, in der verzweifelten Situation Zeit zu gewinnen und damit den Krieg lokalisieren zu können, waren Kaiser, Thronfolger, Außenminister und vor allem Graf Tisza auf keinen Fall für das Risiko eines großen Krieges bereit. Die Verhältnisse in Berlin und Wien lagen aber anders. Die deutsche Reichsregierung hatte die Freiheit der Entscheidung bis zu einem bestimmten Zeitpunkt, den Krieg abzublasen; in Wien hatte man diese Möglichkeit nicht; man mußte handeln, da es um Sein oder Nichtsein der Donaumonarchie ging. Ein Versagen der deutschen Waffenhilfe hätte den Zerfall über kurz oder lang gebracht, der dann nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges sowieso eintrat. Wien schlug los in der Hoffnung auf eine Lokalisierung des Krieges, weil es der deutschen Unterstützung sicher war. Deutschland fühlte sich auf einige Jahre Frankreich und Rußland militärisch überlegen. Die Illusion, die man sich in Berlin wie Wien machte, daß der Mord von Sarajewo die konservativen Kräfte Rußlands stärken könnte, trog; man unterschätzte die Kraft des Panslawismus in Rußland, das sich als Protektor des Balkanbundes gebunden hatte; diese Politik war in maßgebenden Schichten des Staates und der Gesellschaft Rußlands tief verwurzelt. Die Rüstungen des Zarenreiches, seine Pläne zur Meerengenfrage und seine Auffassungen über die Fragen des Balkan waren bekannt und hätten desillusionieren müssen. Während für Wien die Frage Sein oder Nichtsein lautete, gewinnt man aus dieser Biographie am Rande den Eindruck, daß selbst der turbulente, weiche und schwankende Kaiser Wilhelm II. kein echter Repräsentant eines aggressiven Imperialismus war. Daß es in Deutschland einflußreiche Kreise bis in die führenden Oberschichten hinein gab, die in nationalem Chauvinismus von einer deutschen Hegemonie in Europa träumten und eine paritätische Stellung Deutschlands unter den Weltmächten erstrebten, ist unbezweifelbar. In Wien ging es nur um die Erhaltung des Status quo im besten Fall für jeden,

der die Zeichen der Zeit erkannte. Wenn Bethmann das Risiko des Blankoschecks an Wien übernahm, so scheint ihn dabei die Sorge vor drohenden Gefahren in absehbarer Zukunft, die Sorge um den Verlust des einzigen Bundesgenossen Österreich geleitet zu haben und nicht die freventliche Lust zum Risiko und die Hoffnung auf Gewinn. Der deutsche Bundesgenosse mußte deshalb auch im eigenen Interesse in Wien auf die unvermeidliche Bereinigung der der Doppelmonarchie von Serbien dräuenden Gefahren drängen, die bisher immer durch das Konzert der europäischen Mächte verhindert worden war, welche um keinen Preis Österreich freie Hand auf dem Balkan lassen, es als Vielvölkerreich zerstören wollten. Die Biographie Graf Berchtolds gibt viele Hinweise dafür, daß eine vereinfachende Bewertung der Julikrise 1914 den Deutschen wie den österreichischen Staatsmännern unrecht tut.

Aus der Biographie von Hantsch geht deutlich der Eindruck hervor, daß der Staatsmann Berchtold sich immer von europäischen Überlegungen leiten ließ. Die Frage, die sich daraus ergibt, lautet, ob die deutsche Nation recht hatte, wenn sie im August 1914 glaubte, das Opfer eines Angriffs durch „Einkreisung“ gewesen zu sein. Die Bemerkungen des Botschafters und des Außenministers lassen von seinem Gesichtswinkel aus diese Annahme England und Frankreich gegenüber viel weniger gerechtfertigt erscheinen als Rußland gegenüber; wie stark persönliche Gefühle und Leidenschaften mitsprachen, wird am Verhältnis Aehrenthals, der Berchtolds Vorgänger im Außenministerium war, zu dem russischen Chef der Außenpolitik Alexander Petrowitsch Iswolsky erschreckend deutlich. Es scheint, daß das konservative kaiserliche Deutschland noch viel weniger Kontakt zur westlichen Welt hatte als das noch konservativere kaiserliche Österreich. Die hier zu besprechende Biographie aber gibt in den Augen eines wachen Lesers der berühmten These von Lloyd George nicht durchweg recht, daß die Nationen Europas und ihre Leiter 1914 mehr Opfer von Irrtümern als von schuldhaften Impulsen geworden seien. Was hier den stärksten Eindruck macht, ist dies, daß jedem rationalen und auch menschlichem Kalkül die Mechanik und Automatik eines Staaten- und Bündnissystems gegenüberstand, die unentrinnbar waren. Das sich aus seiner splendid isolation befreiende England hatte kräftig an diesem Gitterwerk einer gefährlichen balance of power mitgewirkt. Wenn jüngst Butterfield (Cambridge) einen Münchener Vortrag mit der tröstenden Feststellung schloß, daß die englische Politik des Gleichgewichts Europa zwar nicht Kriege erspart, ihm aber dafür die Freiheit erhalten habe, so kann man dem nur mit halben Herzen zustimmen, besonders wenn man an den Kriegsausbruch im Sommer 1914 denkt, der einen zweiten Weltkrieg nach sich zog.

Hantsch hat mit seiner Biographie des Grafen Leopold Berchtold einen echten historischen Beitrag zur erneut aufflackernden Kriegsschuldfrage geliefert, wenn er auch zwingt, die Entwicklung unter den Aspekten des Wiener Ballhausplatzes und mit den Augen eines sehr gewissenhaften, ängstlichen, nicht sehr selbständigen, aber die maßgeblichen Kreise kennenden und beurteilenden Staatsmannes zu sehen und zu würdigen. Die Lektüre dieser Biographie ist nicht leicht; zwingt sie doch Menschen auch anderen Tem-

peraments als der Held des Buches es hatte, die endlosen Denkschriften, Enqueten und Einträge des „Rechners“ zu verdauen, der vor Überlegungen oft die Aktion zu vergessen scheint oder vor lauter Unselbständigkeit sie sogar scheut. Die Frage drängt sich auf, ob dieser lautere, besorgte, unselbständige Edelmann mit großen künstlerischen und sportlichen Neigungen, dem seine Unabhängigkeit fast höher ging als die in jenen Kreisen selbstverständliche Pflicht zum Dienst für Kaiser und Reich, der rechte Mann am rechten Ort zur rechten Zeit war. Als Botschafter und Diplomat war er jedenfalls mehr geeignet, denn als Staatsmann. Es ist ein großes Verdienst des Inhabers der Wiener Lehrkanzel für neuere Geschichte, daß er uns davon überzeugen kann, daß in den entscheidenden Jahren vor dem Krieg und an seinem Anfang am Wiener Ballhausplatz kein Bericht leichtfertig geschrieben und keine Entscheidung ohne lange und quälende Überlegung getroffen wurde; Hantsch zeigt uns vor allem die menschlichen Seiten des erleidenden Ringens um politische Entschlüsse. In dieser Seelenqual vor Entscheidungen äußern sich sowohl die Unentrinnbarkeit des Schicksals der Donaumonarchie, die in ihrem politischem Willen nach keiner Seite mehr frei war, als auch eine Schwäche des Staatsmannes, der lieber alles hinausschob und Entscheidungen aus dem Wege ging, als wäre ihm bewußt gewesen, daß er dadurch das Schicksal des Reiches um Wochen und Monate verlängerte. Nachdem man durch Hantsch von dem großen Einfluß des Baron Burián auf Ministerpräsident Tisza und seinem zeitweiligen Draufgängertum weiß, solange er keine Verantwortung hatte, aus der Biographie aber zugleich auch seine entschlußlose Lethargie als Außenminister kennenlernt, kann man Berchtolds Handeln dadurch noch besser verstehen. Wenn die überlegte und verantwortungsbewußte Tat im rechten Augenblick den großen Staatsmann kennzeichnet, dann war Berchtold kein großer Politiker, aber ein vorsichtiger, dem jede Verantwortung schwerfiel.

Und da erhebt sich gerade nach der oft drückenden Lektüre der zwei Bände denn doch die Frage, ob nicht eine herzhaftere, wenn auch überlegte Tat schon lange vor Sarajewo oder gleich nach dem Fürstenmord die Lokalisierung des Krieges mit Serbien doch möglich gemacht hätte. Eine Beantwortung dieser Frage müßte freilich nicht nur die Mechanik des europäischen Staaten- und Bündnissystems berücksichtigen, sondern auch die Schwierigkeiten der österreichischen Innen- und Reichspolitik, die eigentlich nur der Kaiser, die Aristokratie, die Heerführung und Bürokratie zusammenhielten, hinter der sich aber die niemals richtig angegangenen Probleme des Vielvölkerstaates im Zeichen des hochgesteigerten Nationalismus wie Sturmwolken stauten, reif zur Entladung bei nächster Gelegenheit. Von diesem Standpunkt aus scheint mir deshalb auch die Frage nur zweitrangig zu sein, die vor wenigen Tagen ein Leserbrief in der Süddeutschen Zeitung gestellt hat und die diese Biographie zuvörderst angeht. Stephan von Hartenstein (Mühlheim-Ruhr, Löhberg 45), so bezeichnet sich der Briefschreiber, widerspricht der Charakteristik, die Golo Mann in einem Aufsatz der SZ vom 1./2. August 1964 „Juli 1914“ von dem damals führenden serbischen Politiker Nikola Pa-

šić, einem der bedeutendsten Gegenspieler Berchtolds, gab. Mann hatte den Serben als „verschmitzten, korrupten Bauernpolitiker“ gezeichnet, „der Sonne, Mond und alle Sterne verpuffen würde, um sein serbisches Südslawien zu bekommen“. Berchtold charakterisiert seinen prominentesten Gegner anlässlich dessen Besuches am Ballhausplatz am 3. Oktober 1913 (Hantsch S. 489—491) mit den Worten: „Klein von Gestalt, mit wallendem Patriarchenbart, fanatisch im Blick, dabei bescheiden im Auftreten, bestrebt, durch Liebenswürdigkeit die uns trennenden abgrundtiefen Differenzen vergessen wie auch das Verschlagene seines Wesens übersehen zu machen. Etwas mangelhaft die ostentativ gebrauchte deutsche Sprache beherrschend, wohlthuend sachlich in seinen schmucklosen wortknappen Darlegungen. Im Hintergrund . . . eine leicht durchzufühlende, schwerer abzuwägende Dosis balkandiplomatischer Unaufrichtigkeit.“ Der Vertreter einer vergehenden alten Welt mit dem Instinkt eines aus langer Tradition lebenden konservativen Aristokraten hat für den Vorkämpfer einer neuen Zeit mehr Verständnis als der aus dem Liberalismus kommende Historiker der Gegenwart. Für Berchtold war es kennzeichnend, daß er bei der Unterredung mit dem klugen, verschlagenen und erfolgreichen Staatsmann einen höflichen und ruhigen Ton anschlug und sich hernach Gewissensbisse machte, daß er den Standpunkt der Monarchie besonders in der Albanienfrage und in den Zielen der serbischen Politik, die die Eroberung der von Serbo-Kroaten bewohnten Gebiete im Auge habe, nicht scharf und präzise genug klargemacht und betont habe. Bei der Unterredung handelte es sich vor allem um Wirtschaftsfragen, die ja die tiefste Ursache für den Niedergang der Donaumonarchie waren, wie aus vielen Stellen der Biographie andeutungsweise hervorgeht. Es wäre wichtig gewesen, daß Hantsch diesen wenig beachteten Aspekt stärker hervorgekehrt hätte; seine Quellen boten ihm offensichtlich dafür mehr Stoff, als hier erkennbar wird.

Der oben zitierte Stephan von Hartenstein kannte Pašić gut und rühmt ihn als „überaus gebildeten, an französischer Kultur erzogenen Mann, der nicht nur seiner Gestalt nach, sondern an Einsicht in die politischen Zusammenhänge der damaligen weltpolitischen Fragen alle Staatsmänner, auch die westlichen, um Haupteslänge überragte“. Welche Divergenz zwischen den drei Urteilen, die alle von verschiedenem Standpunkt aus gefällt sind! Hartenstein betont, daß Pašić aus seinen südslawischen Plänen die Kroaten ausgeschlossen wissen wollte, die er für „verächtliche, österreichisch verbastardisierte“ Abtrünnige hielt, während seine politischen Absichten auf Montenegro, Albanien und ganz Mazedonien zielten. Pašić war nicht bauernschlau, sondern war dies nur in den Augen von Aristokraten; er verstand es bewundernswert, sich dem geistigen Niveau seiner bäuerlichen Landsleute anzupassen und ihnen „aufs Maul“ zu schauen. Eine ernste Frage an Hantsch und das von ihm verwendete Quellenmaterial bleibt die Feststellung Hartensteins, daß Pašić im Juli 1914 die österreichische Untersuchungskommission nicht nur weitgehend unterstützte, sondern vertraulich dem Sektionschef Baron Wiesner, der die Untersuchung führte, im persönlichen Gespräch zu ver-

stehen gab, daß die geringe Ablehnung eine „optische Notwendigkeit“ sei, über die man auch außerhalb der offiziellen Gespräche noch verhandeln könne. Legationsrat Graf Forgách, der intime Berater des Grafen Berchtold, habe gegen den Widerstand Wiesners diesen Wink nicht verstehen wollen. Ist dem so, dann war es Forgách, der die Initialzündung zum Kriege gab, dann war es aber im engsten Kreis, der entschied, schon vorher abgemacht, daß diesmal gehandelt werden müsse, weswegen man ja schon unerfüllbare Forderungen im Ultimatum stellte, dann war wirklich der Blankoscheck das im großen auslösende Moment, das den Wienern den Rücken steifte.

Wenn bislang aus aktuellem Anlaß und um die Bedeutung dieser historischen Biographie richtig zu würdigen, der große Gesichtspunkt der Ursachen und Umstände des Ersten Weltkrieges in den Vordergrund der Rezension gestellt wurde, so darf das nicht hindern auf den Reichtum an historischen Urteilen über die handelnden Personen, mit denen Berchtold in Berührung kam, hinzuweisen und auf die minutiöse Darstellung der Schritte und Überlegungen des Staatsmannes aufmerksam zu machen, bevor er zu Entscheidungen kam. Von allgemeinem Interesse ist es, zu ersehen, wie sich am Ballhausplatz Technik und Mechanik der bürokratischen Behandlung der Außenpolitik im einzelnen abspielten. Gerade deshalb ist der Wunsch nicht zu unterdrücken, Hantsch hätte den Anteil der maßgeblichen Ministerialbeamten und ihren Charakter stärker herausarbeiten sollen. Er schreibt doch selber gar oft, daß Berchtold vor jeder Entscheidung herumhörte, alle Welt fragte und sehr beeindruckbar, vor allem vom Urteil seiner Mitarbeiter völlig abhängig war. Da Berchtold der letzte Außenminister der Donaumonarchie von gewissem Format war, hätte der Historiker Hantsch vielleicht noch mehr Gewicht auf die Zeichnung des Milieus und der Persönlichkeit des Helden legen sollen. Ich muß gestehen, daß die menschliche Seite nicht genügend klar hervortritt. Die aristokratische Welt der Donaumonarchie, aus der Berchtold kommt, wird nur am Schluß der zwei Bände zu summarisch abgehandelt. Vor allem fällt mir auf, wie wenig diese Biographie für ein historisches, nicht politisches Urteil für Kaiser Franz Joseph hergibt. Sollte die Zeit für eine solche leidenschaftslose Wertung noch nicht reif sein? Wilhelm II. und der österreichische Kaiser scheinen im Urteil der Deutschen und der Österreicher bislang das gleiche Schicksal gehabt zu haben.

Auch wenn diese historische Biographie keine grundlegend neuen Erkenntnisse zu bieten vermag, die den Gang der Ereignisse anders als bisher zu beurteilen zwingen, so ist sie doch ein wichtiger Beitrag zur politischen Propographie der Zeit um den Ausbruch des Ersten Weltkrieges, ein gelungener Versuch, die politische Verantwortung des Grafen Berchtold richtig abzuschätzen, vor allem auch seine europäischen Aspekte zu sehen, ein überzeugendes Bild der letzten Jahre der Donaumonarchie, das tiefe Schatten zeigt und selbst für den Betrachter nach fünfzig Jahren noch nicht ohne peinlichen Eindruck, ja ohne Alpdruck ist. Eines wird aber deutlich, daß die konservative Welt und Politik des alten Österreich, die hier besonders liebevoll gezeichnet ist, den Kräften der Völker und der neuen Klassen der Gesell-

schaft ebensowenig gewachsen war wie das kaiserliche Deutschland und das zaristische Rußland. Indem der Zar, maßgebliche Politiker und einflußreiche Kreise der Gesellschaft im Balkanbund den jungen Nationalismus der Balkanvölker gegen die beharrende Reichsidee Altösterreichs mobilisierten, schaufelten sie sich ebenso, ja sogar noch früher, ein furchtbares Grab wie die Habsburger Donaumonarchie, indem sie sich den nationalen Wünschen ihrer Völker entgegenstellte oder wenigstens nicht die richtige politische Form für das Eigenleben dieser kleineren Völker fand. Der hocharistokratische Grandseigneur Berchtold ist ein führender Repräsentant jener übernationalen, konservativen Kräfte, die das Vielvölkerreich mit den Methoden bürokratischer Kabinettpolitik zusammenhielten, aus Pflicht- und Verantwortungsbewußtsein, die aber schon das Gefühl hatten, daß ihre Kräfte nicht mehr ausreichten. Es kamen neue Ideen und Kräfte hoch, an deren Anfang Männer wie Josef Redlich, Josef Baernreither, Moritz Benedikt, Karl Renner standen.

## BUCHBESPRECHUNGEN

### *Helmut Preidel, Slawische Altertumskunde des östlichen Mitteleuropas im 9. und 10. Jahrhundert. Teil I.*

Gräfelting bei München 1961. Edmund Gans Verlag. 176 S. Mit 29 Abb. u. Karten. DM 19.60.

In dem vorliegenden 1. Teil behandelt der Verfasser fünf wesentliche Punkte der slawischen Altertumskunde: 1. Die Kultur der aristokratischen Oberschicht. 2. Die Burg. 3. Die slawische Volkskultur (landwirtschaftlicher Lebenskreis und gewerbliche Produktion). 4. Handel und Verkehr. 5. Die Christianisierung. Bevor er sich jedoch der Behandlung dieser Punkte im einzelnen zuwendet, wird in einem Abschnitt „Grundsätzliches“ die Klärung verschiedener, für die slawische Altertumskunde wichtiger Grundbegriffe angestrebt, die mit Exaktheit geführt, weithin Anerkennung finden wird. Dies bezieht sich namentlich auf die Klärung der Begriffe *civitas*, *populus*, *regio*, *gens*. Anderer Ansicht kann man hinsichtlich des Bestrebens des Verfassers sein, die sprachwissenschaftliche Theorie zu negieren, daß die heutigen slawischen Sprachen auf ein gemeinsames Urslawisch zurückzuführen seien. Allerdings ein „weltweites Urslawisch“ wird man schlecht in Ansatz bringen können, darin hat Preidel sicher recht, aber es dürfte doch viele Argumente für die Annahme geben, daß die Träger des Urslawischen eine Volksgruppe kleineren Umfangs gewesen sind, die sich durch jahrhundertelange Machtentfaltung immer weiter vergrößert hat — und schließlich auch zahlreiche nichtslawische Elemente in sich aufgenommen hat, wobei damit gerechnet werden muß, daß diese nichtslawischen Elemente sogar überwiegen. Hier kann die Sprache nicht als Beweismittel gegen diese Auffassung angeführt werden. Sie stellt uns vor die vollendete Tatsache eines historisch gewordenen Bildes.

Der Abschnitt über die Kultur der aristokratischen Oberschicht dürfte als einer der gelungensten in der vorliegenden Arbeit anzusehen sein. Wichtig ist die Feststellung, daß sich vom 7. Jahrhundert ab die Angehörigen der slawischen aristokratischen Oberschicht von der übrigen Bevölkerung streng absonderten. Dies wird namentlich durch kleinere befestigte Siedlungen zum Ausdruck gebracht, die mitten im waldfreien Siedlungsland in Erscheinung treten, ohne in strategisch günstiger Situation zu sein. Die Absonderung der aristokratischen Oberschicht hat zur Folge, daß sich eine „typisch höfische Kultur“ entwickelt, die im Gegensatz steht zur slawischen Volkskultur. Typizismen der höfischen Kultur sind im archäologischen Fundgut die angeblichen „Importgegenstände“. Zu diesen gehören auch die karolingi-

schen und fränkischen Schwerter, deren bisher nachgewiesene geringe Anzahl gegen einen systematisch betriebenen Handel spricht. In diesem speziellen Falle hätte P. vielleicht etwas zurückhaltender mit der Interpretation verfahren sollen. Denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß das bisherige Bild weitgehend durch den Forschungsstand beeinflusst wird, der auf dem Gebiet der Erforschung der slawischen Gräberfelder in Ost- und Mitteldeutschland nicht gerade als hoch bezeichnet werden kann. Dies zeigt vor allem der Umstand an, daß es aus Mecklenburg, Brandenburg, Sachsen oder Schlesien bis heute noch kein einziges systematisch untersuchtes slawisches Gräberfeld gibt. Auf den Gräberfeldern der üblichen kleinen Landsiedlungen treffen wir meist auch nur ein Grab an, das mit einem Schwert ausgestattet worden ist. Dieser Umstand wird in erster Linie wohl mit den Grabsitten zusammenhängen, muß aber nicht unbedingt den Besitzstand an Schwertern für eine Siedlung wiedergeben. Im übrigen wird man darauf verweisen können, daß in den gleichzeitigen germanischen Gräberfeldern, d. h. also in den Produktionsgebieten von Schwertern, dieselben auch nicht in übermäßig großer Zahl vertreten sind — in Niedersachsen scheint es sich meist nur um 1—3 Schwertgräber auf den Friedhöfen der offenen Siedlungen zu handeln. Auf 100 Bestattungen kommt etwa eine mit einem Schwert. Man kann also zu der Auffassung neigen, daß die Friedhöfe auf die von Preidel angesprochenen Probleme eher indifferent reagieren, als eine Aussage in bestimmter Richtung zu machen.

In seiner Untersuchung über die slawischen Burgen gelingt es Preidel in mustergültiger Weise, sie als durch den jeweiligen örtlichen Adel errichtete Anlagen zu definieren. „Die aristokratische Oberschicht bestimmte den Lauf der historischen Entwicklung“, „nicht die arbeitenden Massen“. Begriffe wie Fluchtburgen, Volksburgen etc. fußen auf romantischen Vorstellungen. Ganze Befestigungssysteme von Burgen sind auf Grund des zahlenmäßig geringen Umfangs der damaligen Heere nicht denkbar.

In dem Abschnitt über die slawische Volkskultur zeigt der Verfasser auf, daß die Siedlungen der Landwirtschaft betreibenden Bevölkerung auffallend klein gewesen sind, sodaß man nicht einmal von Dörfern sprechen kann. Ein etwa 100 Gräber umfassender Friedhof gehörte zu einer Ansiedlung von nur 8—12 Einwohnern. Zu diesen mögen etwa 1—3 Wirtschaftshöfe gehört haben, was nicht ausreichen kann, von einem Dorf zu sprechen. Hinsichtlich der handwerklichen Tätigkeit hat man zwischen Hauswerkern (die für den Bedarf des eigenen Hofes arbeiten) und Handwerkern (die nur für andere arbeiten) zu unterscheiden. In slawischer Zeit habe es nur Hauswerker gegeben. „In den befestigten Adels- und Fürstensitzen konnte sich schon deshalb kein ausgesprochenes Handwerk entwickeln, weil nicht etwa besondere Fertigkeiten oder Arbeitsleistungen, sondern schon die bloße Zugehörigkeit zum Herrenhofe den Lebensunterhalt der Werkleute sicherte.“

Gegenstand des Handels waren in slawischen Ländern in erster Linie Sklaven, die durch den Einkäufer — meist ausländische, arabische Händler — mit Silber aufgewogen wurden. Meist wurden die Sklaven nach dem Vorde-

ren Orient gebracht, wie die zahlreichen arabischen Münzen in den slawischen Hacksilberschätzen belegen. Die Hacksilberschätze, die im slawischen Siedlungsgebiet auftreten, werden in der Hauptsache von Adligen stammen, die Sklaven verkauft haben, nicht aber von Händlern, die unterwegs in eine Zwangssituation geraten waren. Die Münze an sich habe damals weniger wirtschaftliche als vielmehr repräsentative Bedeutung gehabt. Seidenstoffe, Schmucksachen usw. sind in damaliger Zeit keine Handelsgegenstände gewesen, sondern seien entweder als Geschenke oder als Beutegut in das Land gekommen. Regelrechte Märkte, auf denen Handel getrieben wurde, habe es nicht gegeben.

Der letzte Abschnitt ist der Christianisierung gewidmet. Die Vorstellung, daß das Christentum bei den Slawen seit dem Wirken Karls des Großen mit Hilfe des Schwertes eingeführt worden ist, kann nur bedingt richtig sein. Der tschechische Kunsthistoriker J. Cibulka führt eine Reihe guter Gründe dafür an, daß die in Bayern und in Österreich wirkende iroschottische Mission auch in Mähren und im westlichen Karpatenbecken am Werke war. Ferner wurden wahrscheinlich auch die Main- und Rednitzwenden, ebenso die in Thüringen und im heutigen Oberösterreich und im Salzburgerischen ansässigen Slawen durch iroschottische Mönche Christen. In Mähren läßt sich die Missionierung durch irische Mönche auf archäologischer Basis dadurch beweisen, daß die typischen Kirchengrundrisse an verschiedenen Orten in Mähren nachgewiesen werden konnten. Fuß fassen konnte die Kirche in den slawischen Siedlungsbereichen durch reiche Geschenke an die slawischen Adligen und durch Freikaufen von Sklaven, die von den Missionaren in ihre Dienste genommen wurden. Bedauerlich ist, daß auf die Religion der heidnischen Slawen nicht näher eingegangen wird, da ihr Einfluß auf die Bildung von Volks- oder Stammesgruppen sicher nicht bedeutungslos gewesen ist. Aber vielleicht wird der Verfasser darauf in dem angekündigten zweiten Teil seiner slawischen Altertumskunde näher eingehen, nach dessen Erscheinen wir erst in der Lage sein werden, ein endgültiges Urteil über das Werk zu gewinnen, für das allerdings schon heute festzustehen scheint, daß es einen kritischen Gegensatz zu der allgemein gewordenen slawophilen Bewegung in der Wissenschaft bildet, die besonders in der archäologischen Forschung auffällt. Die Arbeit Preidels führt uns dabei in aller Deutlichkeit vor Augen, daß mit echten wissenschaftlichen Maximen mehr zu erreichen ist als mit unkritischen Emotionen. Die stärkste Kritik wird der Verfasser von seiten der slawischen Städteforschung zu erwarten haben, die seit Jahren aus Gründen, die jenseits der Wissenschaft liegen, nachzuweisen bemüht ist, daß Städtebildungen im slawischen Siedlungsbereich bereits vor dem Beginn der deutschen Kolonisation vor sich gegangen sind.

*Helmut Preidel, Slawische Altertumskunde des östlichen Mitteleuropas im 9. und 10. Jahrhundert. Teil II.*

Edmund Gans Verlag, Gräfelfing bei München 1964, 255 S., 11 Tafeln, 49 Abb. und Karten, kart. DM 26,40.

Im zweiten Band seiner slawischen Altertumskunde behandelt Preidel zwei Themen: 1. Die slawischen Gräberfunde, 2. Die Bewaffnung.

Der Abschnitt über die slawischen Gräberfunde ist gegliedert nach den drei Hauptbestattungsarten bei den Slawen: Urnengräber, Hügelgräber und Skelettgräber, wobei der Abschnitt über die Hügelgräber untergegliedert wird in Hügelbrandgräber und Skeletthügelgräber. Wie im ersten Band setzt sich auch hier der Verfasser in erster Linie mit den Fehlinterpretationen auseinander, die auf überkommene romantische Vorstellungen zurückgehen. Zunächst bringt er eine eingehende Quellenkritik bezüglich derjenigen historischen Überlieferungen, die über die Brandbestattungssitte bei den Slawen berichten und setzt sich auch mit dem sog. Witwenopfer auseinander, wobei es unvermeidlich ist, daß er auf die bisherige Deutung des berühmten Schädel-fundes in einem slawischen Gefäß auf dem Burgwall von Landsberg, Kr. Delitzsch bei Halle, eingeht und die Deutung als „Witwenopfer“ zu Recht ablehnt. Hier ist es schade, daß er die im Jahre 1963 in der Zeitschrift für Ostforschung von dem Rezensenten erschienene Arbeit „Das Opfer des menschlichen Hauptes bei den Westslawen in Ost- und Mitteldeutschland“, in der die Parallelfunde zu dem Landsberger Schädel-fund zusammengetragen und mit der historischen Überlieferung verglichen werden, noch nicht kennt. Denn an diesem Beispiel hätte er die Prinzipien romantischer Fehlinterpretationen besonders augenfällig machen können.

Im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um den frühslawischen Fund von Prützke, Kr. Zauch-Belzig, wäre an sich ein Hinweis auf die im Jahre 1960 von J. Kostrzewski erschienene Arbeit „Die Brandbestattungssitte bei den polnischen und nordwestslawischen Stämmen“ notwendig gewesen. Dort wird deutlich, daß alle gut datierbaren Beigaben an frühslawischen Leichenbrandurnen nicht slawischer Herkunft sind. Dies trifft auch bei der Armbrustsprossenfibel von Prützke zu. Zudem weist Kostrzewski hinsichtlich des slawischen Gräberfeldes von Praust bei Danzig darauf hin, daß auch der Fundort den Namen der Preußen trägt, und er vermutet, daß hier vielleicht alt-preußische Kriegsgefangene angesiedelt wurden. Nach diesen Gesichtspunkten müßte auch einmal der Ortsname Prützke überprüft werden.

Sehr richtig stellt der Verfasser fest, daß die Untersuchung von Gräberfeldern aus frühmittelalterlicher Zeit und vor allem zusammenfassende Stellungnahmen zu diesem Thema von den Fachkollegen unserer slawischen Nachbarstaaten gemieden werden. Untersuchungen hinsichtlich der Bestattungssitten fehlen fast gänzlich. Ob der Grund für diese Tatsache allein darin liegt, daß die zahlreichen individuellen Züge in den Bestattungssitten dem dialektischen Materialismus zuwiderlaufen, könnte man unter Umständen in Zweifel ziehen; denn es ist doch auffällig, daß auch bei uns in Westdeutschland die Untersuchung von Gräberfeldern nicht in dem gleichen Ansehen

steht wie Burgwall- und Kastellgrabungen. Die meisten Gräberfeld-Publikationen erschöpfen sich in typologischen Studien und der Herausstellung sozialer Rangordnungen auf Grund des Grades der Beigabenausstattung. Letzterer Verhaltensweise begegnet der Verfasser mit bemerkenswerter Kritik, indem er bei dem Körpergräberfeld von Altstadt „Na valách“ die Gräber mit komplizierten Grabeinbauten denen mit reicher Grabausstattung gegenüberstellt, und zeigt, ein wie ungleiches Bild dabei herauskommt.

Im ganzen muß zu dem Abschnitt über die Gräberfunde gesagt werden, daß es dem Verfasser gelungen ist, ein klares Bild über die derzeitige Forschungssituation zu vermitteln, wobei der Schwerpunkt seiner Betrachtungen allerdings vielleicht etwas zu stark auf dem böhmisch-mährischen Raume liegt. Dies kann jedoch dadurch gerechtfertigt erscheinen, daß die Intensität der Slawenforschung in diesem Gebiet größer ist als anderswo.

Diese zusammengefaßte Wertung des Abschnitts über die Gräberfunde kann unbedenklich auch auf den Abschnitt über die Bewaffnung angewendet werden, z. B. läßt sich die für den böhmisch-mährischen Raum gültige Feststellung des zahlreichen Auftretens von eisernen Streitäxten in den Kriegergräbern auf den nordwestslawischen Siedlungsraum kaum anwenden. Hier sind Äxte in den Gräbern eine große Seltenheit ebenso wie auch die Schwerter, die aber bis jetzt noch zahlreicher zu sein scheinen. Überhaupt ist das Auftreten von Waffen in den Gräbern dieses Gebietes selten. Und zwar ist dies nicht nur in den schlecht erforschten Gebieten Ost- und Mitteldeutschlands der Fall, sondern ebenso in Polen, wo sich lediglich in der Umgebung von Lodsch eine Gräbergruppe mit reicherer Beigabenausstattung abzuzeichnen beginnt (Lutomiersk, Psary, Wolbórz), in der auch die eisernen Streitäxte vorhanden sind. Wir haben es also im westslawischen Gebiet mit zwei großen Siedlungsräumen zu tun, die auf dieser Ebene grundsätzlich voneinander zu scheiden sind.

Der Wert der gesamten Arbeit wird durch diese Einzelheiten, die vom Rezensenten der Kritik unterzogen werden, nicht gemindert, denn die wesentlichsten Feststellungen des Verfassers werden dabei kaum berührt. Ihm kommt es viel stärker auf die Klärung grundsätzlicher Dinge an, auf die Klärung des mittelalterlichen Volksbegriffs, wie groß ein mittelalterliches Heer im Durchschnitt gewesen sein mag, ob man für jene Zeit mit ausgeprägten Kriegs- und Friedenszeiten zu rechnen habe. Alles Dinge, für die in der Wissenschaft romantische Klischeevorstellungen vorhanden sind. Da der Verfasser seine Auffassungen gut begründet, dürfte ihm die Erschütterung des Herkömmlichen weitgehend gelungen sein. Ob unsere, dem Zeitgeist entsprechend, heute weitgehend zu übertriebener, somit unbegründeter Slawophilie neigende Gelehrtschaft — häufig auf Unkenntnis slawischer Sprachen beruhend und der daraus folgenden mangelnden Kritikfähigkeit — dem Verfasser dies honorieren wird, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls ist er bis zu dem Punkte vorge drungen, den er selbst auf S. 64 anspricht, wo von der Abweichung von der Generallinie und ihren Folgen die Rede ist. Rezensent möchte aber auf jeden Fall in der vorliegenden Arbeit einen guten Grundstein für

eine echte wissenschaftliche deutschslawische Partnerschaft auf dem Gebiet der Frühgeschichtsforschung sehen.

Marburg

Rudolf Grenz

*Vladimír Nekuda, Zaniklé osady na Moravě v období feudalismu [Wüstungen in Mähren im Zeitalter des Feudalismus].*

Krajské nakladatelství Brno, Brünn 1961, 232 S. mit 1 Karte.

Die Arbeit ist eine willkommene Ergänzung des Übersichts- und Kartenwerkes von F. Roubík für Böhmen vom Jahre 1959. Zum ersten Mal legt Nekuda ein Verzeichnis der mährischen Wüstungen bis zum 18. Jahrhundert vor, soweit sie aus schriftlichen Quellen faßbar sind, und ergänzt seine Ausführungen durch Berichte über die ersten archäologischen Untersuchungen zweier Wüstungsdörfer, nämlich von Pfaffenschlag, einer typischen Rodesiedlung mit erstaunlich normierten Haustypen, und von Mstěnice, das ein Heereszug des Ungarnkönigs Matthias 1463 für immer in Asche legte. Im ganzen konnte Nekuda 1395 wüste Siedlungen erfassen, von denen 15% aber im Laufe der Zeit wieder aufgebaut wurden; 1100 blieben wüst. Den größten Anteil an dieser Entwicklung hat der Zeitraum von 1420 bis 1618 (60%), während im und nach dem 30 jährigen Krieg nur mehr 7% aller Wüstungen entstanden sind. Mit diesen Angaben und einem ausführlichen Wüstungsverzeichnis, mit Quellenhinweisen, ist der Hauptteil des Buches (S. 27—162) ein wertvoller Beitrag zu einem internationalen Problem: denn weit über das landeskundliche Interesse befassen sich Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Demographie und sogar Klimatologie mit den Ursachen der mittelalterlichen Wüstungen und fragen nach Aufschlüssen, die uns die Zeugnisse einer solchen Siedlungsschrumpfung zu bieten haben. Allein die Feststellung einer Siedlungsschrumpfung ist bereits problematisch: ob sie auch einer Bevölkerungsverminderung entspricht; ob die Dörfer verfielen, weil ihre Bewohner durch Krieg und Seuchen umgekommen waren; ob die Leute vor ihren adeligen Grundherren entflohen; ob sie zugunsten des Großgrundbesitzes enteignet und vertrieben wurden; ob sie plötzlichen Klimaschwankungen wichen; ob sie von einer Wirtschaftskrise verdrängt wurden, die ihre Produktion auf schlechteren Böden unrentabel machte oder ob sie schließlich leichterem Broterwerb in den vielleicht durch Seuchen plötzlich entvölkerten Städten folgten — das alles wird seit Jahrzehnten in der Forschung diskutiert und bildet insgesamt ein recht komplexes Rätsel.

Es wäre sehr bedenklich, anstelle vieler hier nur ein Problem zu sehen und die mittelalterlichen Wüstungen als ein einziges Phänomen zu betrachten und demnach auch nur nach einer einzigen Ursache zu fragen. Eine solche Frage erscheint ungerechtfertigt, solange bei den Wüstungen nicht gehörig differenziert wird: nach krisenschwachen Rodesiedlungen auf schlechten Böden; nach kriegsgefährdeten in der Nähe von Grenzen und Heerstraßen und

schließlich mindestens im Umriß nach grundherrlichen Verhältnissen, die eine Landflucht womöglich provozierten. Eine solche Differenzierung nimmt Nekuda nicht vor. Sie erforderte allerdings auch einen ganz außergewöhnlichen Arbeitsaufwand und böte auch dann nur statistische Näherungswerte. So bleibt seine Auseinandersetzung mit der französischen und vornehmlich der deutschen Forschung, die das Problem schon seit 100 Jahren verfolgt hat, so bleiben besonders seine Einwände gegen die Deutungen von M. Bloch und H. Dublond, W. Abel, F. Lütge und E. Kelter, die alle auf besonderen Wegen die Bevölkerungsentwicklung und ihre gewaltige Störung durch die Pestwellen des 14. und 15. Jahrhunderts für den wichtigsten Faktor im Wüstungsprozeß ansehen, auf Gegenbehauptungen beschränkt. Seine Ausführungen über die Flucht aus der Untertänigkeit als Wüstungsursache und Ausdruck des Klassenkampfes verweisen zwar auf ein jahrhundertlang funktionierendes Ventil sozialer Unterdrückung, das schon Otto Brunner als Regulativ angesprochen hat (vgl. Land und Herrschaft, 4. Aufl., 1959, S. 348), aber sie bieten keinen schlüssigen Beweis, daß es sich hier um die Hauptursache gehandelt hatte. Klagen und Erlässe, die Nekuda hier anführt (S. 165—170) belegen nur individuelle Erscheinungen ohne nähere Einblicke auch nur in ihren relativen Umfang. Der Terminus „villa deserta“ in den Landtafeln läßt natürlich, anders als Nekuda meint (S. 167), alle Deutungen offen, abgesehen davon, daß man sich dabei nicht unbedingt an den strengen Wortsinn halten muß; „desertum“ heißt „die Wüste“. Obwohl er also keine Rangfolge demonstrieren kann, hat Nekuda doch die in ganz Europa bekannten Ursachen der mittelalterlichen Wüstungen am mährischen Beispiel überprüft und im übrigen eine wichtige Materialiensammlung vorgelegt.

München

Ferdinand Seibt

*Frederick Hertz, The Development of the German Public Mind. A Social History of German Political Sentiments, Aspirations and Ideas. Bd. 2. The Age of Elightenment.*

George Allen & Unwin Ltd., London 1962, 487 S., Sh. 50.—

Der 1964 mit dem sudetendeutschen Karlspreis ausgezeichnete hochbetagte Verfasser bietet der englischsprechenden Welt den 2. Band seines gehaltvollen, hervorragenden Werkes. Es ist wichtig, vor allem Hertz' Auffassungen und Definitionen in der Vorrede des dem Lord Beveridge gewidmeten Bandes zu berücksichtigen:

Der Verfasser versteht unter „Public Mind“ die breite Vielfalt der politischen Gefühle, Bestrebungen und Ideen, die von verschiedenen sozialen Schichten eines Volkes vertreten werden. Das Wort „politisch“ beinhaltet nach ihm nicht nur das Streben nach der kollektiven Macht und die Ausübung dieser, sondern auch das Ziel einer rechtlichen Ordnung, ohne die die Machtausübung keine Politik treiben kann. Der erwähnte Begriff „Public Mind“

erfaßt Gesichtspunkte und Gefühle, die imstande sind, Menschengruppen zu begeistern. Hertz schließt jedoch Spekulationen abstrakter Denker, die zu schwer oder unpopulär sind, um eine Rolle in der Politik zu spielen, aus. Dieser Begriff kann weiter, nach dem Verfasser, nicht mit dem Begriff „öffentliche Meinung“ gleichgesetzt werden, da dieser eher eine nebelhafte Idee darstellt, die in der Sicht des Verfassers nur für die Gefühle, die an der Oberfläche der Politik schwimmen, nicht jedoch auf die verwurzelten Überzeugungen angewandt werden kann. Wir wollen deshalb den Ausdruck „Public Mind“ im Sinne der Begriffsgrenzziehung des Verfassers mit dem Ausdruck „politische Geistesverfassung“ übersetzen.

Das Studium der Geschichte und der Politik darf sich nach Hertz nicht auf die Ereignisse und deren unmittelbare Ursachen beschränken, sondern muß auch die Erforschung der weiteren Hintergründe, besonders die Wertung in einer Gruppe, Nation oder in einem Zeitalter, umfassen. Daher darf man sich nicht auf die Taten der großen Persönlichkeiten und die offiziellen Dokumente beschränken, sondern man muß auch die psychologische Reaktion der Gruppen mit verwandter Mentalität auf die Taten großer Persönlichkeiten sowie auf Ereignisse erforschen. Jede Menschengruppe wird von einer Kombination von Idealen, Traditionen und Interessen, historischen Legenden und vulgarisierter Philosophie, die nun allgemein als Ideologie bekannt ist, geführt. Eine Nation erfaßt nach Hertz zahlreiche Gruppen, die von sehr verschiedenen Ideologien erfüllt sind, von denen eine der anderen stark widerspricht, und weiter auch zahlreiche Menschen, die nicht zu den erwähnten Menschengruppen gehören.

Der Verfasser gibt also einen Begriff der politischen Geistesverfassung („Public Mind“), der stark soziologisch ausgerichtet ist. Gleichzeitig sieht Hertz jedoch die Gefahren, die ein vereinfachter soziologisch geprägter Begriff zeitigen könnte und tritt auch ganz entschieden gegen eine solche Gefahr auf. Der Begriff des Verfassers ist ganz klar der weit verbreiteten Gepflogenheit entgegengesetzt, den Nationen, Klassen und anderen Gruppen eine einheitliche, unveränderliche Mentalität, wie den angeblichen nationalen Charakter, die Rassenseele oder Klasseninteresse zuzuschreiben. Die generalisierenden Begriffe wurden von der ernstesten Forschung beiseite gelegt, sie spielen jedoch eine mächtige und katastrophale Rolle in der Politik. Nach Hertz bot Hitlers Rassismus den Gipfel dieser Manie, obwohl es auch viele ähnliche Verirrungen bei verschiedenen anderen Völkern gab. Noch der bekannte Lord Vansittart behauptet in seinem Buch, daß der Deutsche sich seit Tacitus' Tagen nicht gewandelt hätte. „Er war ein Barbar und Liebhaber des Krieges, ein Feind der Menschenliebe, des Liberalismus und der christlichen Zivilisation. Das Regime Hitlers ist kein zufälliges Phänomen, sondern eine logische Frucht der deutschen Geschichte. Die Deutschen haben der Menschheit nichts anderes gebracht als Elend in allen Formen.“ Dazu meint Hertz, die Meinungen dieser Art hätten sicher einen großen Anteil an der Vorbereitung der heutigen Lage in der Welt.

In dem vorliegenden zweiten Band untersucht der Verfasser die politische

Geistesverfassung der deutschsprachigen Völker in der Periode der Aufklärung, die er viel weiter als andere Forscher umgrenzt und zwar mit dem Westfälischen Frieden und dem Ende des römisch-deutschen Reiches. Besonders kommen hier Anschauungen über Religion, Toleranz, Recht und Unrecht, Regierung, Krieg und Frieden, Rang und Ehre, Freiheit und Gleichheit, Arbeit, Eigentum und Wohlfahrt, die Aufgabe und Organisation des Staates in Betracht. Dabei ist der Verfasser bestrebt, sowohl Theorie als auch Praxis zu berücksichtigen.

Die Untersuchung setzt die Existenz der deutschen politischen Nation nicht voraus, die nach Hertz zur Zeit des alten Reiches kaum eine Wirklichkeit war. Dem unbegrenzten Charakter des Bereiches der Ideen trägt der Verfasser Rechnung, indem er auch die die Deutschen damals so stark beeinflussenden französischen Persönlichkeiten, Ereignisse und Ideen breit berücksichtigt.

Der Verfasser schildert nun in einundzwanzig Kapiteln die Entfaltung der deutschen politischen Geistesverfassung. Vor allem wird ein Überblick über das Reich, seine Grenzen und seine Struktur sowie über den deutschen Partikularismus geboten. Bemerkenswert ist die verhältnismäßig hohe positive Wertung der Tätigkeit des Reichskammergerichtes sowie des Reichshofrates (S. 33—37) im Kapitel über Kaiser und Reichsstände. Danach folgt das Bild der Wechselbeziehungen zwischen Religion und der Aufklärung. Dabei wird die Lage der Bauern berücksichtigt, die nach dem Verfasser insbesondere in Böhmen und in Teilen Ungarns schlecht war (S. 63f.). Interessant ist der Hinweis auf den Anteil der Emigranten aller Schattierungen an dem Aufbau der Industrie sowie auf die Hoffnungen der sich hebenden intellektuellen Schicht auf den den Fortschritt fördernden landesherrlichen Absolutismus.

Die Übersicht über das politische Denken im 17. Jahrhundert stellen das Widerstandsrecht, die verschiedenen Auffassungen der Staatsraison sowie die Lehre der Kameralisten und besonders der Naturrechtler, wie J. Althusius, S. Pufendorf und C. Thomasius, dar. Hertz nennt Pufendorf einen Vorgänger von Montesquieu und hebt die Verdienste Thomasius' im Kampf gegen den Hexenwahn hervor. Freilich hat die von den deutschen Naturrechtlern gebrauchte lateinische Sprache die Verbreitung von deren Ideen gehemmt, da die französische Sprache immer mehr in Mode kam. Ein besonderes Kapitel wird G. W. Leibniz und seinen Verdiensten um die Annäherung der Kirchen und die Gründung von Akademien gewidmet.

Eingehend wird auch die Epoche Ludwigs XIV. und der Aufstieg des landesherrlichen Absolutismus geschildert. Weiter werden die Bedeutung der Eroberung Ungarns durch das türkische Reich und deren Folgen, die Politik Kaiser Leopolds I. sowie die Befreiung Ungarns und die österreichisch-ungarischen Beziehungen beschrieben. Hertz wertet die Habsburger Politik in Ungarn kritisch, jedoch meist positiv, da nach ihm die Könige die Kräfte ihrer verschiedenen Länder in den Türkenkriegen vereinigen und den Wiederaufbau Ungarns durchführen mußten. Die Repression gegen die ständische und calvinistische Opposition in den Jahren 1670 und 1687 war nach Hertz viel

milder als die gleichzeitigen Bestrafungen der Aufstände der Iren und radikalen Protestanten in Großbritannien (S. 163, 172).

Nach der Analyse der Bedeutung des spanischen Erbfolgekrieges und seiner Folgen prüft Hertz die Politik Karls VI. und der führenden deutschen Länder vor 1740. Dabei werden die Vorschläge, eine Gesamtvertretung auch der breiten Volksschichten einzuführen, betont (S. 191 f.). In diesem Zusammenhang stellt der Verfasser sehr eindringlich die Faszination dar, die von Ludwig XIV. auch auf protestantische Fürsten, wie den Großen Kurfürsten und Friedrich den Großen, ausging.

Besonders wird der große Denker der Früh-Aufklärung, Christian Wolff, und sein Schüler Vattel untersucht. Hertz betont insbesondere das Wolffsche Ringen um religiöse Toleranz und hebt die Reform des Strafrechtes hervor. Ganz zeitnah mutet die Wolffsche Folgerung aus dem Naturrecht an: Keine Nation hat das Recht, eine andere aus ihrer Heimat zu vertreiben, um sich dort anzusiedeln (S. 233). Dabei werden auch Wolffs und Vattels Verdienste um die Programmatik der amerikanischen Revolution betont.

Nun geht Hertz über zu der siegreichen Aufklärung und schildert den Aufstieg Preußens zur Großmacht sowie die Persönlichkeiten: die Gedanken und Werke Friedrichs II. einerseits und Maria Theresia und Joseph II. andererseits. Der Verfasser findet in Friedrich dem Großen zwei Seelen, eine der Strafrechtsreform, der Philanthropie und des Anti-Machiavelli, die andere des Menschenverächters, der die Menschenleben nicht schonte. Dabei wird der Mangel an deutscher Gesinnung bei Friedrich II. betont, der sich sowohl in seiner Politik als auch seiner Bevorzugung französischer Kultur äußerte. Ganz entschieden lehnt Hertz das im Westen häufige Urteil über die enge geistige Verwandtschaft des Kantschen kategorischen Imperativs mit der friderizianischen Idee und Mentalität ab; die philosophischen Ausgangspunkte Kants und seines Königs sind ganz entgegengesetzt. Weiter kritisiert der Verfasser die friderizianische Legende im 20. Jahrhundert und betont, Friedrich der Große sei zur Zeit seines Todes im entfernten Ausland viel populärer gewesen als in Preußen und in anderen deutschen Ländern.

Maria Theresia erscheint als konservative Herrscherin, die sich zu den Reformen größtenteils erst unter dem Druck der Erfolge Friedrichs des Großen entschloß. Dabei wird der menschliche Anteil der Herrscherin an der Abschaffung der Tortur, den Bauernreformen sowie ihre Zurückhaltung bei der ersten Teilung Polens betont. Joseph II. übertrifft seine Mutter an Radikalismus, ist jedoch nicht mehr ein so psychologisch verständnisvoller Herrscher wie Maria Theresia. Freilich in der öffentlichen Meinung sowohl des Volkes als auch der Gebildeten, ja der Klassiker in Deutschland, wurde er überwiegend als der unverstandene Menschenfreund anerkannt.

In der Übersicht über die kleinen deutschen Staaten in der Zeit der Aufklärung schildert Hertz vor allem das Wachsen der absoluten Zahl der Schriftsteller, aber auch des Interesses der breiteren Schichten für Literatur. Die deutsche Aufklärung war sehr fortgeschritten; politisch näherte sie sich öfters radikalen Zielen, verstieg sich jedoch fast nie zum Nationalismus oder

zur Feindschaft gegen fremde Völker. Im folgenden Kapitel über die politischen Ideen im Zeitalter Friedrichs des Großen und Josephs II. wird das Fortschreiten der Aufklärung besonders im Bereich der Erziehung geschildert. Dabei wird der politische Radikalismus besonders der Illuminaten und deren Republikanismus gewürdigt.

Hertz schließt seine Ausführungen mit den Kapiteln über die französische Revolution und die deutsche öffentliche Meinung sowie über das Ende des alten Reiches ab. Er betont die starken Sympathien der Schriftsteller für die französische Revolution, die bei manchen Persönlichkeiten trotz aller Ablehnung der Ausschreitungen nach dem Jahre 1793 (z. B. bei Kant) bestehen blieben. Es ist nicht uninteressant zu erwähnen, daß Schiller und Klopstock Ehrenbürger Frankreichs wurden, während Goethe reserviert blieb. Interessant ist die Frage, die sich Hertz stellt (S. 426 ff.), weshalb die Revolution nicht auch in Deutschland ausbrach. Man kann nach Hertz absolut nicht den deutschen Nationalcharakter dafür verantwortlich machen. In Deutschland gab es damals selbst in den Spitzen sehr viele ideelle Republikaner, wie Klopstock und wohl auch Schiller. Jedoch betont der Verfasser, daß man nie die sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen übersehen darf. Die Stellung der Bauern in Deutschland war wohl besser als in Frankreich; diese waren mancherorts in Landtagen vertreten. Weiter waren die Finanzen der deutschen Staaten nicht so schlecht wie in Frankreich, wo der Steuerdruck sehr schwer wog. Deutschland besaß gegenüber Frankreich weder einen mächtigen Adel noch ein ausgeprägtes und starkes Bürgertum, wohl aber viele Beamte und Professoren. Der Gegensatz zwischen Reichen und Armen war nicht so groß wie in Frankreich. Deutschland fehlte ein entscheidendes Großstadt-Zentrum wie Paris und wohl auch ein schwaches Oberhaupt wie Ludwig XVI.

Weiter betont Hertz sehr richtig den starken sprachlichen Nationalismus der französischen Revolution, der sich sowohl in dem überwiegenden französischen Anteil am Ausbruch des Krieges, als auch im Beginn der Entnationalisierung der nichtfranzösischen Gruppen äußerte und sich dem Totalitarismus näherte. Jedenfalls fehlte die bewußte deutsche Nation; die Kleinstaaterei und der Partikularismus machte eine gesamtdeutsche politische Bewegung unmöglich. Es ist interessant, daß selbst Napoleons starker Nationalismus seine Faszination in Deutschland nicht ganz ausschaltete.

Im eigentlichen Schlußwort betont Hertz den großen Nachteil Deutschlands durch die Verwüstungen im 30 jährigen Krieg, wodurch die Vorteile des Westens indirekt gehoben wurden. Selbst der aufgeklärte Absolutismus konnte die Schranken des Partikularismus nicht überwinden, wie es eben Joseph II. in seiner Reichspolitik feststellen mußte.

Hertz' Arbeit kann man bei aller kritischen Einstellung und Erwähnung einzelner kleinerer Nachteile (zu kurze Wertung F. Lisolas, das Jahr 1773 im Zusammenhang mit der Religionspolitik Maria Theresias und das Sterbealter Josephs II.) als ein Standardwerk der letzten großen Persönlichkeit des österreichischen Liberalismus bezeichnen. Dieses Urteil ist berechtigt, da Hertz als Historiker und Soziologe immer objektiv bleibt und ein großes

Verständnis für die psychologischen Faktoren beweist. Es ist selbstverständlich, daß der österreichische Liberale eine bestimmte Sympathie zum Maria-Theresianisch-Josephinischen Staat zeigt, was ihn jedoch nie zum ungerechten oder zumindest anfechtbaren Urteil verführt.

München

Rudolf Wierer

*Paul Lamatsch, Prager Tragödie. Großböbmen, Experimentierraum für ein geeintes Europa.*

Im Selbstverlag hrsg. vom Deutschen Klub München. Nummer 5 der Schriftenreihe. München 1964, 207 S.

Der Verfasser entstammt dem Inseldeutschum der Tschechoslowakei und nahm an den politischen Auseinandersetzungen vor der Teilung des Teschner Ländchens zwischen der Tschechoslowakei und Polen namhaften Anteil, indem er sich als Vertreter deutscher Interessen für die tschechische Lösung nachdrücklich verwandte. In seinen politischen Anschauungen sympathisiert er mit der damaligen DNSAP; seine Ausführungen über diese Partei, die in ihrem auf die Arbeiterschaft abzielenden Nationalismus mehr mit den tschechischen Nationalsozialisten als mit Hitlers Gefolgschaft gemein hatte, gehören zu den zutreffendsten des Buches. 1932 im Rahmen der Volkssportprozesse wegen seiner Schutzverbandstätigkeit angeklagt, wurde er zu fünf Jahren schweren Kerkers verurteilt, von denen er dreieinhalb Jahre absitzen mußte. Nach seiner Freilassung floh er ins Dritte Reich, von wo er als SS-Obersturmbannführer nach der Eroberung Teschens durch die Wehrmacht in seine Heimat zurückkehrte. Von den schwarzen Uniformträgern in diesem Gebiete war er dank seiner Kenntnis der Bevölkerung und seiner Gesinnung der mit Abstand einsichtsvollste und mutigste. Er versuchte Unheil zu verhindern, soweit dies in dieser Zeit in der Macht eines einzelnen lag. Seine Darstellung der beiden Jahrzehnte des Bestehens der ersten Tschechoslowakei läßt Schlüsse zu auf den geistigen Habitus unserer ersten Kriegsgeneration, die außerhalb des Reiches gezwungen war, sich in der Wirklichkeit der neu geschaffenen Staaten zurechtzufinden.

Überblickt man die zwanzig Jahre, in denen sich das sudetendeutsche Problem zu einem Konfliktstoff entwickelte, dessen Beseitigung die europäischen Großmächte 1938 im sogenannten Münchner Abkommen versuchten, so bietet sich folgende Periodisierung an. Die erste Phase von 1918 bis 1925 beginnt mit der gewaltsamen Einverleibung der deutschen Gebiete Böhmens, Mährens und Schlesiens in den am 28.10.1918 proklamierten tschechoslowakischen Staat; es folgt eine Periode der Konsolidierung der Verhältnisse auf einer für die Deutschen sehr ungünstigen Ausgangslage. L. macht die uncinigen und vornehmlich ihre Partikularinteressen verfolgenden deutschen politischen Parteien für den mangelnden zielstrebigem Widerstand gegen die konsequente Entnationalisierungspolitik verantwortlich, die der neue Staat mit legalen Mit-

teln gegen seine Minderheiten einleitete. Offenkundig übersieht er die damals virulenten sozialen Konflikte, die starken ideologischen Gegensätze zwischen den Parteien, die politisch noch durchaus unfertige Gestalt des Sudetendeutschums, das ohne natürlichen Mittelpunkt erst im zweiten Jahrzehnt des Bestehens der Republik aus vier verschiedenen Stämmen zusammenwuchs. Das politische Monopol der Parteien und die formale Demokratie verhinderten nach L., daß sich aus den vergewaltigten Minderheiten, zu denen fast die Hälfte der Bevölkerung zählte, ein Gegenwille formte, der das Machtmonopol der in nationalen Fragen fast stets geschlossen auftretenden Tschechen gebrochen und dem Staate eine Struktur gegeben hätte, die ihn für jedes der fünf Völker zur politischen Heimat gemacht hätte. Als überzeugter altösterreichischer Föderalist sieht der Verfasser in dem versäumten Nationalitätenausgleich den Hauptgrund des Untergangs der ersten Tschechoslowakei.

Die zweite Phase von 1925—1933 charakterisiert der Aktivismus, d. h. die Beteiligung deutscher Parteien an der Regierung. Zwar änderte dies an der Linie der tschechischen Politik nichts, und L. zitiert als Beleg einen Kernspruch des hinsichtlich seines tschechischen Nationalismus gewiß unverdächtigen Karl Kramář: „Die tschechischen Nationaldemokraten werden so lange Mitglieder der Regierung bleiben, als das Bündnis mit den deutschen Aktivisten keine Opfer auf Kosten des nationalen Charakters des Staates fordern wird“ (S. 52). So hatten die vergeblichen Bemühungen der deutschen Regierungsvertreter um eine Verbesserung der Nationalitätenpolitik namentlich bei der in die verantwortlichen Stellungen allmählich hineinwachsenden Kriegsgeneration eine Parteienverdrossenheit zur Folge, die dazu führte, daß sich die politischen Energien des unter dem Druck des Staates langsam seiner Einheit und Stärke sich bewußt werdenden Deutschtums zunehmend der sogenannten völkischen Schutzarbeit in den ihrer Satzung nach unpolitischen Verbänden zuwandten, während das Parteileben in wachsenden Mißkredit geriet. Zwar ist sich der Verfasser klar darüber, daß angesichts der strengen Staatsaufsicht, denen diese „unpolitischen“ Bestrebungen unterlagen, damit kein Ersatz für eine zielstrebige Politik gegeben war. Einmal bricht er in Klage darüber aus, „wie unschätzbare Gelegenheiten zu stärkster politischer Beeinflussung . . . von deutscher Seite ungenützt vorübergingen“ (S. 82). Man kann aber die politische Unreife und ideologische Verrantheit dieser damaligen, sich dem Parteigeschäft überlegen wählenden Völkischen kaum überzeugender beweisen als mit den Zitaten, die der Verfasser aus der von ihm mitredigierten Zeitschrift „Der Weg“ anführt. Statt nüchtern zu untersuchen, welche Möglichkeiten sich für eine föderalistische, von Parteiegoismen nicht korrumpierte deutsche Politik in der Tschechoslowakei von 1928/29 geboten hätten, als die slowakische Volkspartei die schärfsten Angriffe gegen die tschechische Parteienoligarchie vortrug und der Hader auch im tschechischen Lager hohe Wellen schlug, entwirft er schwülstige Pläne für eine „gesunde und gerechte Neuordnung Europas“, als ob diese im ausschließlichen Kompetenzbereich der Teschner und Troppauer Lokalpolitiker gelegen hätte.

L. versucht bei dieser Gelegenheit eine Rettung der sudetendeutschen

DNSAP, die unter normalen Voraussetzungen möglicherweise Chancen gehabt hätte, sich zu der ersehnten großen Sammelpartei der Sudetendeutschen zu entwickeln. Zweifellos war die DNSAP, der u. a. ihr Name zum Verhängnis wurde, weniger ideologisch verbohrt und bourgeois verkapselt als die Deutsche Nationalpartei, die am Selbstbestimmungsrecht festhielt und die Tschechoslowakei theoretisch nicht anerkannte, obwohl sie daraus so wenig praktische Konsequenzen zog, daß ihr nicht einmal in den hektischen Jahren 1932/33 daraus ein Hochverratsprozeß angehängt werden konnte. Auch bestanden zwischen der DNSAP und der NSDAP gewichtigere Unterschiede als zwischen der Henleinpartei in ihren demokratischen Anfängen und Hitlers Parteimacht. Die DNSAP war bemerkenswert frei von militanten und faschistischen Zügen, sie kannte kein Führerprinzip und hatte ihre Wurzeln im nationalliberalen Erbe der verwesenden Donaumonarchie. In den letzten österreichischen Vorkriegsreichstag entsandte sie zwei Abgeordnete. Sie stand auf dem Boden des neuen Staates und forderte lediglich dessen Umbau in eine Völkerföderation, wobei sie auf Vorstellungen zur Lösung der nationalen Frage zurückgriff, wie sie seit dem Kremsierer Reichstag in diesem Raum immer wieder entwickelt wurden. Sie erwies sich sozialen Fragen gegenüber aufgeschlossener als die bürgerlichen Parteien. Sie setzte auf keine Irredenta sondern auf einen Abbau der nationalen Spannungen im Donaauraum, dem sie in ihrem Denken verhaftet blieb, wie ja ihre markantesten Vertreter, der Senator Jesser sowie die Abgeordneten Jung und Knirsch, durchweg älter waren als Hitler, der es in der Kampfzeit seiner „Bewegung“ eher als störend empfand, daß es anderswo Parteien ähnlichen Namens gab, der gewisse Prioritäten seiner sudetendeutschen „Volksgenossen“ nur widerwillig vermerkte und an sie auch nach der „Machtergreifung“ kaum einen Gedanken wandte (S. 98 ff.). L. weist mit Recht darauf hin, wie zurückhaltend der Diktator nach Zerschlagung der Tschechoslowakei die nationalen Verdienste der ältesten Kämpfer und Vorläufer seiner „Bewegung“ honoriert hat. Dem Senator Jesser, einer charakterlich wie geistig vornehmen Erscheinung, wurde vom Dritten Reich nicht einmal eine formale Ehrung zuteil.

Die sich aufdrängende Frage, warum sich nicht wenigstens eine der fünf herrschenden tschechischen Parteien mit der nach dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise aufstrebenden DNSAP zu arrangieren versuchte, glaubt der Verfasser mit dem Ausbrechen einer gewissen geopolitisch bedingten Hysterie bei den Tschechen nach Hitlers „Machtergreifung“ beantworten zu können. Den historischen Betrachter muß der geringe Kredit, den die nationalistischen Parteien einander gaben, nachdenklich stimmen. Der Berichterstatter weiß sich der Panikstimmung bei der DNSAP vor ihrer Selbstauflösung, die dem staatlichen Verbot vorauskommen wollte, wohl zu entsinnen. Es war nicht so sehr das schlechte Gewissen, sondern die Hoffnungslosigkeit, bei den bestehenden Verhältnissen überhaupt noch politische Arbeit leisten zu können. Auf alle Fälle machte das Verbot der beiden nationalen deutschen Parteien (DNP und DNSAP) die Bühne frei für den dritten Akt der sudetendeutschen Tragödie.

Der Verfasser fühlt sich in der Rolle des Anklägers, da damit eine Entwicklung anhebt, wie sie vom national konservativen sudetendeutschen Bürgertum bestimmt nicht gewollt wurde. Auch fühlt er unbewußt den Unterschied zwischen seiner, der älteren Generation, und den neuen Kräften, die nun unbeschwert von den Bindungen an eine gemeinsame Vergangenheit und mit der Mentalität und den Methoden der totalitären Epoche an die politischen Aufgaben herangingen. Die Herausstellung des Leiters der Ascher Turnschule, Konrad Henlein, als der zugkräftigsten, nach dem gefürchteten Republikenschutzgesetz unangreifbaren Persönlichkeit als den zukünftigen Mittelpunkt der sudetendeutschen Politik bedeutete eine klare Absage an die bisherige politische Übung, nach der nicht Personen sondern Programme das Wesen einer politischen Partei zu bestimmen hatten. L. wird nicht müde, die Profillosigkeit und Unschlüssigkeit des neuen Protagonisten zu betonen, und entwirft ein in großen Zügen zutreffendes Bild von den Kräften, die hinter dieser Gestalt um den bestimmenden Einfluß in der Partei kämpften. Es waren durchweg junge Leute, die von der Vorkriegswelt keine unmittelbare Vorstellung, zu den Tschechen ausschließlich negative Beziehungen, genährt durch 15 jährigen Volkstumskampf, besaßen, die auch ausschließlich aus dem geschlossenen deutschen Sprachgebiet stammten und von den sozialen und politischen Problemen der Zeit denkbar wenig verstanden, was angesichts der faschistischen Verdüsterung über Europa nicht ihre Schuld war, was sich aber in den Krisensituationen, denen die Dinge nun rasch zutrieben, verhängnisvoll auswirken mußte. Die ältere Generation blieb fortan auf die Zuschauerrolle beschränkt. Der Verfasser schildert den erbitterten Kampf im Hintergrund, der zwischen dem nach Berlin tendierenden Aufbruchkreis und dem vom Austrofascismus inspirierten Kameradschaftsbund um den bestimmenden Einfluß auf Henlein ausbrach. Der Kameradschaftsbund war ein Kreis von rund 200 jungen Leuten mit elitären und autoritären Überzeugungen aus der Schule des Wiener Ideologen Othmar Spann, die es überaus geschickt verstanden, die Schlüsselpositionen der 1933 gegründeten Sudetendeutschen Heimatfront zu besetzen, was ihnen allerdings die Verhaftungswelle gegen die Funktionäre und Mitglieder der alten nationalen Parteien ungemein erleichterte. Mit Recht betont L. die verhängnisvolle Tatsache, daß sich nun das Schwergewicht der sudetendeutschen Politik von Mähren-Schlesien, wo die zahlreichen deutschen Sprachinseln nationale Ausschließlichkeitsvorstellungen von vornherein nicht aufkommen ließen, auf den geschlossenen deutschen Nordwesten Böhmens verlagerte.

Angesichts der sehr differenzierten Sachverhalte und der vielen offenen Möglichkeiten in den Jahren 1933—1937 wäre es gewiß falsch, in der Henlein-Partei von Anbeginn eine nazistische Organisation zu sehen, die sich zum Zwecke eines erfolgreichen Starts lediglich demokratisch tarnte. Henlein selbst fehlte in seiner natürlichen Bescheidenheit und unentschlossenen Ängstlichkeit angesichts der auf ihn gehäuften Verantwortung völlig das aggressiv pathologische Selbstbewußtsein der typischen Naziführer, wie es C. J. Fest in seiner ausgezeichneten Studie herausgearbeitet hat. Er meinte es mit seinen

zahlreichen vermittelnden Angeboten und Loyalitätserklärungen an die Tschechen zweifellos ehrlich. Es gab wohl niemanden in dem ihm nahestehenden und wesensverwandten Turnerkreis, der die Abschaffung bürgerlicher Grundrechte, der angesichts der Bedeutung der Juden für das kulturelle Leben der deutschen Provinz die Einführung eines genociden Rassismus, der die Errichtung von Konzentrationslagern für politisch Andersdenkende auch nur im entferntesten für wünschenswert gehalten hätte. Die Tendenz des in den Anfängen maßgeblichen Kameradschaftsbundes ging auch dahin, das Schicksal der Partei eng an das der westlichen Demokratien, vor allem an England, zu binden, wo es der stärksten und weltoffensten Persönlichkeit dieses Kreises, Heinz Rutha, auch gelang, für die Probleme der Deutschen in der Tschechoslowakei Verständnis zu wecken. Aber diese Tendenzen innerhalb der in den Wahlen überwältigend siegreichen Sudetendeutschen Partei wurden durchkreuzt von dem sich bald verschärfenden außenpolitischen Gegensatz zwischen der Tschechoslowakei und dem Deutschen Reich (Beneš Pakt mit Moskau 1935) sowie durch den vorzeitigen Tod des Führers der tschechischen Agrarier Švehla, dem möglicherweise ein Bündnis zwischen der stärksten tschechischen und der stärksten deutschen Partei gelungen wäre. Mit Recht sieht L. eine Wurzel des Verhängnisses ferner in der monolithischen Struktur der Partei, die das föderative Prinzip im Sudetendeutschtum selbst nicht gelten ließ, für das sie im Staate kämpfte und sich dadurch des Rückhalts und der Erfahrung einer Reihe bewährter Kräfte beraubte, für die die Ideologie Othmar Spanns vom Ständestaat wahrlich keinen Ersatz bot. Daß Beneš auf der Monopolstellung der Tschechen in seinem Staate auch um den Preis eines zweiten Weltkrieges beharrte, war gewiß ein Verhängnis, unbestreitbar bleibt aber auch die andere Tatsache, daß schließlich von allen sudetendeutschen Parteien einzig und allein die Sozialdemokratie so viel demokratische Substanz besaß, um selbst vor Hitlers überwältigenden Erfolgen nicht zu kapitulieren. Wie wenig schließlich in den nationalen und völkischen Kreisen des Sudetendeutschtums auch heute noch die wahre Natur des Diktators erkannt wird, beweist L.s Polemik gegen Rönnefahrt sowie das verräterische Zitat: „Wenn Hitler nach München einem Herzschlag erlegen wäre . . . so wäre er sicherlich als einer der größten und erfolgreichsten Staatsmänner der Neuzeit in die Geschichte eingegangen.“ Auch der sonstige Erkenntniswert des mit theoretischem Rasonnement überladenen Bandes ist nicht hoch anzusetzen.

München

Karl Jering

*Immanuel Birnbaum, Tschechoslowakei.*

Verlag für Literatur und Zeitgeschehen GmbH, Hannover 1963, 68 S. (Hefte zur Ostkunde — Heft 4.)

Bei näherer Durchsicht erweist sich diese Landesbiographie als ein Auszug aus František Kavkas umfangreicherem Buch „Die Tschechoslowakei. Ein Abriß ihrer Geschichte“ (Prag 1960, Orbis-Verlag, 195 Seiten). Freilich bemüht

sich der Verfasser, durch Umstilisierung die sozialistische Terminologie zu vermeiden, er versucht aber andererseits seine Darlegungen dadurch aktuell interessant abzufassen, daß er die Ansichten Kavkas über die nationale Entwicklung des tschechischen Volkes als Ansicht der gegenwärtigen tschechoslowakischen Forscher wiedergibt.

Es entspricht der Fragwürdigkeit dieses Vorgehens, wenn I. Birnbaum — ebenfalls im Gefolge Kavkas — den Anteil der Deutschen an der sogenannten „tschechoslowakischen Geschichte“ weitgehend übersieht oder Unzutreffendes über die Deutschen in den Sudeten- und Karpatenländern berichtet. Nicht nur aus der jahrhundertelangen Zugehörigkeit zum Reich, aus vielfachen Beziehungen und Verklammerungen gesellschaftlicher, kirchlicher, wirtschaftlicher, geistiger Art ist eine zumindest den jeweiligen Verhältnissen angemessene Behandlung des deutschen Schicksals und des deutschen Anteils am gemeinsamen Heimatland zu fordern, sondern einfach auch aus dem Befund der Volkszählung von 1930, welche 22,53% bzw. 3,231.688 in der ganzen Tschechoslowakei beheimatete Deutsche, in Böhmen aber 32,38% Deutsche (2,270.943) feststellt.

Zahlreiche Irrtümer und viele unklare, Mißverständnisse herausfordernde Stellen sind sicherlich darauf zurückzuführen, daß der Autor bestrebt war, vermeintlich neueste Erkenntnisse der tschechischen Forschung, wie er sie bei Kavka vorfand, in kurzer Zusammenfassung wiederzugeben. Kavkas Darstellungen sind allerdings in mancher Beziehung für den Historiker annehmbarer als Birnbaums vielfach nachlässige oder mißverstandene Wiedergabe.

Wie wenig eingehende Vorstellungen der Autor von den Historikern der Völker der (späteren) Tschechoslowakei hat, geht aus dem Abschnitt „Literaturhinweise“ (S. 68) hervor. Birnbaum nennt zwar Bert (statt Bertold), Bretholz und F. Palacký, kennt aber vermutlich nicht Adolf Bachmann, Eduard Winter, die beiden Sammelwerke zur sudetendeutschen Geschichte, Plaschkas „Von Palacký bis Pekař“ sowie Münchs „Böhmische Tragödie“. Der Abwertung K. Kroftas, der nicht nur ein „Freund Beneš“, sondern auch Ordinarius für Geschichte in Prag war und der einiges auch in deutscher Sprache und über die Deutschen der böhmischen Länder geschrieben hat, ist nicht zuzustimmen. Pekař hat nicht „nur skizzenhaft“ seine Gesamtauffassung niedergelegt, sondern sich um den „Sinn der tschechischen Geschichte“ bemüht und ein Lehrbuch der gesamten Geschichte der Länder der damaligen Tschechoslowakei verfaßt. Jene Werke, auf welche sich der Autor für die Zwischenkriegszeit bezieht (Brügel, Die Sudetenfrage in europäischer Sicht, César-Cerný), können nicht einzige Unterlagen für eine Darstellung der Tschechoslowakei sein. Das wenige Umfassende, welches in deutscher Sprache über die 1. Republik geschrieben worden ist, nämlich H. Klepetařs „Seit 1918 . . . Eine Geschichte der Tschechoslowakischen Republik“ (M.-Ostrau 1937, 430 Seiten) und G. Rhodes „Die Tschechoslowakei 1918—1939“ (Aus Politik und Zeitgeschichte 1962, Nr. 48 und 49), wurde nicht herangezogen.

Um unsere Feststellungen zu belegen, wird im folgenden auf einige besonders bezeichnende Stellen hingewiesen.

Das Kapitel „Vorgeschichte“ (S. 8) ist durchaus konfus abgefaßt, als einziges Datum wird das 4. Jahrtausend v. Chr. genannt. „Welcher Rasse die Stämme angehörten, die damals die böhmischen Länder bevölkerten, ist umstritten.“ Der Autor kennt anscheinend keinen Unterschied zwischen Rasse („keltischer Volksschlag“), Kulturraum bzw. Fundprovinz und Sprachgemeinschaft.

Kavkas Ansicht (Kavka 14): „nach der Fredegar-Chronik, die allein von diesen Ereignissen Zeugnis gibt, war Samo ein fränkischer Kaufmann, sein Name ist jedoch offenbar slawischen Ursprungs“ wandelt der Verfasser im Abschnitt „Mährische und böhmische Staatsgründungen“ (S. 9—11) um in „ob er ein Slawe oder, wie ein alter Berichterstatter behauptet, ein Franke war, . . . entzieht sich der Nachprüfung“. In dieser Art der Raffung manipuliert I. Birnbaum den Kavka-Text in allen seinen Kapiteln bis nach 1918 und übertrifft dabei vielfach Kavkas Slawomanie.

Das Christentum wäre neben anderen kulturellen Einflüssen aus Byzanz gekommen, die Taufe der vierzehn böhmischen Großen in Regensburg erwähnt der Autor (wie auch Kavka) nicht. Weniger erfolgreich als die „ostkirchliche“ Mission habe sich die aus Bayern kommende römisch-katholische „Missionsbemühung“ erwiesen, deren Träger weniger Deutsche als vielmehr Iren und Engländer gewesen wären. (Kavka 19: „möglicherweise die irthottische Mission, bereits lange vor der Ankunft . . .“).

Der Untergang Großmährens wird vom Autor zurückgeführt auf „separatistische Tendenzen . . . in den Grenzgebieten“ und den „Druck der kriegerischen Nachbarstämme“, von Kavka auf den Abfall der Randgebiete und die angreifenden Ungarn (Kavka 21).

Beide Autoren schreiben von der Anlehnung Böhmens im 9. Jahrhundert an den „Staat von Kiew“ (Birnbaum 10—Kavka 26), eine Beziehung, die zumindest stark überbewertet ist.

Die Beziehungen zum Reich kennzeichnet I. Birnbaum wie folgt: „Ein großer Teil der Geschichte Böhmens im hohen Mittelalter wird von Auseinandersetzungen mit den benachbarten deutschen Fürsten und mit dem deutschen Kaiser ausgefüllt“ (S. 10), Kavka (S. 29) bezeichnet die Gegner Böhmens allgemeiner aber treffender als „deutsche Feudalherren“. Der Verfasser übersieht völlig, daß sich die Auseinandersetzungen des hohen Mittelalters zwischen Landesherren und ihrem Anhang abspielten, wobei nationale Unterschiede fast auf jeder Seite vorhanden, aber nur von geringer Bedeutung waren. Beide Autoren verlieren kein Wort über die ernsthafte Bedrohung der Eigenständigkeit Böhmens durch das Ausgreifen der polnischen Piasten während eines Jahrhunderts.

Abgesehen davon, daß „sich tschechische Stämme anfangs (kirchlich) an . . . Regensburg anlehnen“, daß vorwiegend freundliche Beziehungen zum Kaiserthum bestanden und die Böhmenkönige Kurfürsten waren, kennt und nennt der Autor keine anderen Beziehungen zum Reich und den Reichsteilen.

Falsch sind die Ausführungen über die Königswürde, welche die böhmischen Herrscher bereits vor 1212 „vorübergehend . . . in Anspruch genommen“ hät-

ten (S. 10), über den Beginn der Zugehörigkeit der Slowakei zu Ungarn (statt 11. richtig Anfang 10. Jahrhundert) und über das deutsche Patriziat, das die „Selbstverwaltung der Städte in die Hand nahm“ (statt mitbrachte und ausübte).

Den Luxemburgern war nicht nur die französische Sprache geläufig, wie der Wortlaut im Kapitel „Deutsche Kaiser in Prag“ (S. 12) andeuten könnte. Weder das Wachsen der nationalen Spannungen noch die Versöhnungspolitik der ersten Luxemburger werden erwähnt. Die Angabe, daß an der Prager Universität „sowohl Deutsch wie Tschechisch gelehrt“ wurde, ist für das 14./15. Jahrhundert anachronistisch.

Wie Kavka verschweigt auch I. Birnbaum im Abschnitt „Die Hussiten“ (S. 13—14) die bedeutenden Vorläufer des Jan Hus: Konrad Waldhauser und Militsch von Kremsier. Der Autor gibt ferner ein falsches Bild von der Einstellung Wenzels IV. zur Kirchenfrage und vom ersten Prager Fenstersturz. Er verharmlost die Auswüchse der Hussitenzüge, über deren Ergebnisse (weitgehende Ausrottung des deutschen Bürgertums in Böhmen) er ebenso nichts sagt, wie über den deutschen Anteil an der hussitischen Bewegung und an den Brüdergemeinden (deutschsprachiges geistliches Schrift- und Liedgut).

Die Bedeutung der Reformation für die böhmischen Länder im 16. Jahrhundert, der Wiederaufbau durch die Deutschen nach den Hussitenkriegen, die Blüte des Bergbaues und der deutschen Literatur sind nicht erwähnt, dafür wird unter dem Titel „Habsburgs Gegenreformation“ (S. 15—16) berichtet, daß „die slowakischen Silberbergwerke von deutschen Kapitalisten wie den Augsburger Fuggern ausgebaut“ worden seien, daß es Arbeiterunruhen gegen diese gegeben und eine tschechische Literatur im 16. Jahrhundert bestanden habe. Mit der Bezeichnung „tschechische Literatur“ meint der Autor wohl „böhmisch-mährische Literatur“, mit dem „slowakischen Preßburg“ wohl „Preßburg in der heutigen Slowakei“. Die böhmischen und mährischen Brüdergemeinden in der Zeit des J. Comenius kann man nicht als evangelische „Sekte“ bezeichnen.

Im Kapitel „Industrialisierung bewirkt soziale Umschichtung“ (S. 17—18) spricht der Autor von einer „Tendenz zur Germanisierung der Tschechen“ besonders nach 1620. Die berüchtigte „Verneuerte Landesordnung“ von 1627 brachte die Gleichberechtigung der deutschen mit der tschechischen Sprache sowie Verfassungsänderungen. Der nach 1627 feststellbare Rückgang der tschechischen Sprache war keineswegs angeordnet, sondern eine Zeiterscheinung, für die es vielfältige Parallelen in anderen Ländern und zu verschiedenen Zeiten gibt.

Die Zentralisierungs- und Modernisierungsbestrebungen (Staats-, Sozial-, Schulreform, Beamtentum u. a.), welche die „Germanisierung“ sehr stark gefördert haben, werden ebenso wenig gewürdigt wie das Wirken wissenschaftlicher Gesellschaften oder die patriotische Betätigung der Landstände. Sie veranlaßten die sehr frühe Gründung eines Polytechnikums in Prag und anderer Landeseinrichtungen. Der bedeutende, wenn nicht maßgebliche Anteil „böhmischer“ Patrioten deutscher Sprache am „Wiedererwachen“ des tschechischen Volkes wird unterschlagen.

Bereits für die 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts nimmt I. Birnbaum an, daß soziale Spannungen, die damals tatsächlich aber vor allem im deutschen Gebiet auftraten, auch nationalen Charakter besessen hätten. Spannungen dieser Art kamen jedoch erst im letzten Viertel des Jahrhunderts in breiterem Umfang auf, veranlaßt durch die Industrialisierung auch tschechischer Gebiete und durch den starken tschechischen Arbeiterzuzug in die deutschen Landschaften.

Weder im Abschnitt „Neue nationale Bewegungen“ (S. 19—20) noch an anderer Stelle wird etwas über die verfassungsmäßige Stellung der böhmischen Länder (wie der Slowakei) innerhalb des österreichischen Gesamtstaates gesagt. Die Prager Revolte erscheint als eine tschechische Erhebung, der Initiator des Bauernbefreiungsgesetzes Kudlich findet keine Erwähnung. Die Bedeutung der Aufklärung, der Romantik, des Metternich-Systems für die folgende politische und geistige Entwicklung werden nicht gewürdigt. Ein gewähltes Parlament wurde 1861 (nicht 1851) eingeführt. Alt- und Jungtschechen bestanden als politische Parteien nicht ständig nebeneinander, sondern lösten einander ab. Die Forderungen nach Erneuerung des „Böhmischen Staatsrechtes“ können nicht als Autonomieforderungen bezeichnet werden, sie wurden eigentlich erst nach 1866/67 erhoben. Die westliche Reichshälfte darf nach 1867 nicht mehr als „Kaisertum Österreich“ bezeichnet werden, sie heißt offiziell „Im Reichsrat vertretene Königreiche und Länder“.

Anders als der Autor im Kapitel „Wirtschaftsblüte und Kulturaufstieg“ (S. 21—22) meint, verhielt es sich in Brünn. Diese Stadt hatte 1867 noch eine deutsche Mehrheit, Pilsen und Prag besaßen damals noch starke deutsche Minderheiten. Es gab nicht nur eine tschechische sondern auch eine deutsche Auswanderung, beide richteten sich vor allem nach Wien.

Daß auffallende Unterschiede in der Schärfe des nationalen Bekenntnisses zwischen tschechischen und deutschen Böhmen einerseits sowie tschechischen und deutschen Mähren andererseits aus verschiedenen Gründen bestanden, ist dem Autor nicht bekannt. So kam der Mährische Ausgleich (anders als I. Birnbaum sagt) zustande, ein böhmischer aber nicht.

Die Betonung eines besonderen Kulturaufstiegs im letzten Jahrhundertdrittel dürfte nicht angebracht sein. Nicht damals sondern bereits seit Maria Theresia wurde das Volksschulwesen in beiden Landessprachen ausgebaut. Es gab auch nur eine tschechische Hochschule zu dieser Zeit (Prag).

Andere deutsche Dichter als Rilke, Meyrink, Werfel, Kafka scheinen I. Birnbaum nicht bekannt zu sein. M. v. Ebner-Eschenbach, A. Stifter, Ferdinand von Saar und andere hätten Erwähnung finden können. Der durchgehenden Vernachlässigung des deutschen Anteils an der Geschichte entspricht es, wenn der Autor die tschechischen Parteien nennt und zu charakterisieren versucht, die deutschen insgesamt aber nur als schärfste Opponenten des Ausgleichs bezeichnet. Kavka (S. 113) spricht in diesem Zusammenhang von „deutschen Nationalisten“ im Reichsrat, I. Birnbaum spezifiziert sie als „Deutsch-Böhmen“.

Entgegen der Kapitelüberschrift „Demokratische Führer und Strömungen“ (S. 23—24) wird nur Masaryk breit dargestellt und der Slowakenführer Hlinka

kurz erwähnt. Die Führer der tschechischen Parteien in der Heimat, Švehla, Šmeral, Kramář, Habrman, Klofáč, Soukup, finden keine Würdigung. Daß bedeutende deutsche Politiker aus den böhmischen Ländern wie Ignaz von Plener, Josef Maria Baernreither, Johann von Chlumetzky oder Eduard Herbst nicht genannt werden, entspricht der Konzeption des Verfassers.

Der vom Autor im Abschnitt „Der Erste Weltkrieg“ (S. 25—26) verwendete Begriff „Slawische Wechselseitigkeit“ ist eine ausgesprochen moderne, in Osteuropa geprägte Bezeichnung für „Panslawismus“. Im übrigen beschreibt hier der Autor die Tätigkeit Masaryks und Benešs, handelt von den tschechischen Legionären in Rußland, während er die in Frankreich, Italien und Serbien ausläßt.

An keiner Stelle hat sich I. Birnbaum irgendwie über Situation und Rechtslage der Völker Österreich-Ungarns, im besonderen der Tschechen, Deutschen und Slowaken, ausgesprochen.

Auch für die Gründungstatsachen der 1. „Tschechoslowakischen Republik“ (S. 27—28) hält sich der Autor an die von Kavka (S. 118) formulierten, zur Zeit in der ČSSR herrschenden Thesen, daß die Selbständigkeitsbewegung von der Oktober-Revolution inspiriert worden sei, daß die Westmächte vor der vollendeten Tatsache einer selbständigen tschechoslowakischen Republik gestanden hätten. Die nichtkommunistischen tschechischen Historiker verweisen auf die bereits vor Kriegsende erreichte Anerkennung der provisorischen Auslandsregierung durch die Alliierten.

Mit diesem und den nächsten Kapiteln verläßt I. Birnbaum seine marxistische Vorlage, wie sich bereits aus seinen positiven Ausführungen über die 1. Bodenreform ergibt, die der Autor als „Stärkung des nationalen Besitzstandes“ bezeichnet.

In der Folge werden die Sudetendeutschen zwar öfter genannt, die Sudetenfrage aber keineswegs unbefangener behandelt und die Probleme, mit denen die Tschechoslowakei von ihrer Gründung an behaftet war, gar nicht erkannt und gewürdigt. Soweit die Sudetendeutschen erwähnt werden, beschränkt sich der Autor auf dürftige Fakten, die keineswegs immer zutreffen (S. 27: „Sudetendeutsche Republik“ 1919; S. 34: „Stellungnahme Londons 1938“) sowie auf nachdrückliche Betonung des nationalsozialistischen Einflusses. Er verkennt ebenso die Zwangslage einer „ewigen Minderheit“ wie die Vielfalt der einzelnen nationalen Strömungen (Bünde, Parteien) bei den Sudetendeutschen, die sich bis zum Anschluß meist in mehr als einer Beziehung weitgehend vom Nationalsozialismus Hitlers unterschieden haben.

Daß eine wichtige, wenn nicht gar die Hauptursache für die „Verstümmelung“ der 1. Republik der fehlende Wille oder die Unentschlossenheit zu einer gerechten Lösung der Minderheitenfragen, in außenpolitischer Beziehung das zum Teil aus diesen offenen Fragen resultierende schlechte Verhältnis zu allen Nachbarstaaten gewesen ist, spricht der Autor nicht aus, wenngleich er (S. 30) den ehrlichen Willen der tschechischen Minister in Frage stellt.

Als Fazit aus der Vernachlässigung des Anteils der Deutschen an Geschichte und Kulturentwicklung des behandelten Raumes, aus der einseitigen

Benutzung bestimmter Literatur und der willkürlichen oder verständnislosen Verwendung von Vorlagen ergibt sich, daß das Buch von Birnbaum für den Benutzer wertlos und im Hinblick auf die Erwartungen, welche in eine Schriftenreihe „Hefte zur Ostkunde“ heute gesetzt werden, sogar von Schaden ist. Die anerkennenswerte Absicht des Autors (S. 7), „beizutragen, daß das Bewußtsein der geographischen und historischen Nachbarschaft zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei nicht ganz verdämmert“, ist leider nicht erreicht worden.

München.

Karl Richter



Prälat Adolf Kindermann

## GEDENKTAGE UND NACHRUFE

PRALAT PROF. D. DR. DR. ADOLF KINDERMANN

dem Prodekan, letzten überlebenden sudetendeutschen Professor der Theol. Fakultät der Deutschen Karls-Universität in Prag, Vorstandsmitglied des Collegium Carolinum zum 65. Geburtstag.

Anlässlich seines 60. Geburtstages wurde der Lebenslauf des Jubilars gezeichnet und sein bisheriges Lebenswerk gewürdigt (Bohemia-Jahrbuch 1 (1960) 385—387). Im seither verflossenen Lustrum ist die Schaffensidee Prof. Kindermanns durch einige Ereignisse und Erfolge weithin bestätigt worden. 1962 wurde er von Johannes XXIII zum Apostolischen Protonotar ernannt; damit wurde Dr. Kindermann die — unterhalb des Bischofsranges — höchste kirchliche Anerkennung zuteil.

Schon früher wurde angedeutet, welch wichtige Komponente im Werden und Schicksal dieser Persönlichkeit Rom darstellt. Man ist in früheren Jahrzehnten dem Romstudium deutscher Kleriker nicht immer vorurteilslos gegenübergestanden. Diese würden sich — so argwöhnte man — von den Nöten und Problemen des eigenen Volkstums und der engeren Heimat zu weit entfernen. Daß jedes Auslandsstudium eine — nicht nur räumliche — Distanz zum Eigenen mit sich bringt, ist natürlich; ja, dieser Abstand sollte sogar das erstrebte Bildungsziel solcher Unternehmungen sein. Wie fruchtbar dieser Distanzgewinn durch die römischen Studien sein kann, dafür ist das Wirken und sind die Erfolge Prof. Kindermanns ein anschauliches Zeugnis. Oft mit größerer Klarheit und Treffsicherheit als andere erkennen solche „Römer“ die Gefahrenstellen und Nöte ihres Volkes und ihrer Heimat. Es wäre dem Sudetendeutschtum bekömmlicher gewesen, wenn nach 1918 dem Auslandsstudium mehr Bedeutung beigemessen worden wäre! So erfuhr z. B. die Offenheit für universale, menschheitliche Bezüge der Zwischenkriegszeit nicht die gebührende Wertschätzung. Aus dem Umkreis Dr. Kindermanns war dagegen eines immer verbannt: Provinzialismus jeglicher Art. Es nimmt daher nicht wunder, daß die „Königsteiner Anstalten“ immer mehr zu einer Kontaktstelle für eine Welt geworden sind, die sich heute von Ostasien bis Lateinamerika erstreckt. Unnötig zu sagen, welcher Wert in den persönlichen Bekanntschaften liegt, die Prof. Kindermann seit seiner römischen Zeit mit führenden kirchlichen Männern der Kurie und in verschiedenen Ländern — nicht zuletzt in USA — verbinden.

Ein Höhepunkt im Leben des Jubilars während der letzten Jahre war zweifellos die römische Feier der Seligsprechung des aus Prachatitz im Böh-

merwald stammenden Johann Nep. Neumann, des 1860 verstorbenen Bischofs von Philadelphia/USA. Als der Abschluß des seit mehreren Jahrzehnten bei der römischen Kurie anhängigen Seligsprechungsprozesses in Sicht kam, begann Dr. Kindermann das Leben und die Bedeutung dieses von den Sudetendeutschen bisher viel zu wenig beachteten Missionspioniers weiteren Kreisen bekannt zu machen. Auch für eine weitere kirchliche Öffentlichkeit wurde die sudetendeutsche Herkunft und die Bedeutung des Heimatbes für das Wirken des neuen Seligen hervorgehoben. In diesem Zusammenhang steht auch die Beteiligung an der Unterschriftensammlung für die Seligsprechung: 1962 konnte Prälat Kindermann mit einer Abordnung von Priestern und Laien über hunderttausend sudetendeutsche Unterschriften im Vatikan überreichen. Als Leiter eines Pilgerzuges von über 1000 sudetendeutschen Teilnehmern konnte er in Rom die Genugtuung erleben, wie während der Seligsprechungsfeier im Petersdom am 13. Oktober 1964 Papst Paul VI. an die „geliebten Söhne und Töchter aus Böhmen“ ein Grußwort in deutscher Sprache richtete. Am Abend desselben Tages vereinte eine erhebende und dabei überaus familiäre Festversammlung die große Pilgerschar mit einer zahlreichen Vertretung deutscher, österreichischer und amerikanischer Konzilsväter, den Vertretern der bayer. Staatsregierung, Minister Dr. Hundhammer und Staatssekretär Hans Schütz, den Spitzen der sudetendeutschen Landsmannschaft mit Bundesminister Dr. Ing. Seehofer und Dr. h. c. Wenzel Jaksch und anderen ausländischen Gästen. Prälat Kindermann konnte in mehreren Sprachen die Erschienenen begrüßen. In der darauffolgenden Audienz für die deutschen Pilger dankte der Papst dem Prälaten Kindermann persönlich für seine verdienstvolle Tätigkeit.

Dem Wunsche für noch viele Jahre weiteren vielseitigen und erfolgreichen Schaffens in Gesundheit möchten wir noch den hinzufügen, daß Prof. Kindermann einmal die Muße finden möge, um seine so vielsprechend begonnene wissenschaftliche Forschertätigkeit auf dem Gebiete der kirchlichen Rechtsgeschichte fortsetzen zu können.

Königstein/Taunus

Augustinus Kurt Huber

## RUDOLF SCHREIBER ZUM GEDÄCHTNIS

8. 3. 1907 — 24. 10. 1954

Als nach dem Kriege, der Gefangenschaft und der Internierung die menschliche und wirtschaftliche Eingliederung für die Heimatvertriebenen im Vordergrund stand, befand sich Prof. Rudolf Schreiber unter den Männern an vorderster Stelle, die für eine neue geistige und kulturpolitische Ausrichtung der sudetendeutschen Volksguppe eintraten. Wer einmal die Nachkriegsgeschichte der wissenschaftlichen und kulturellen Organisationen und Bestrebungen der Sudetendeutschen erforschen wird, wird immer den Namen dieses

rastlos tätigen und anregenden Professors der ehemals deutschen Prager Universität finden. Und ebenso sind die Anregungen zur Gründung eines wissenschaftlichen historischen Forschungsinstitutes, wie es heute das Collegium Carolinum darstellt, letztlich von den entscheidenden Entschlüssen Rudolf Schreibers ausgegangen. Zutiefst war es deshalb zu beklagen, daß Schreiber vor 10 Jahren, am 24. 10. 1954, in Speyer aus der geistigen Führungsgruppe des Sudetendeutschums durch den Tod herausgerissen wurde und dadurch auch für die gesamte osteuropäische Geschichtsforschung verloren ging.

Prof. Schreiber hat nach seiner Rückkehr aus der Gefangenschaft und Internierung trotz der eigenen wirtschaftlichen Not des Vertriebenen, seiner angegriffenen Gesundheit und der damals trostlosen Umweltverhältnisse die Tradition der historischen und landeskundlichen Forschungen sofort wieder aufgegriffen. Er war zutiefst davon überzeugt, daß nur die Rückschau auf die eigene Geschichte und auf das eigene gemeisterte Schicksal ein zerschlagenes und verstreutes Volk am Leben erhalten kann. Die vergangenen Jahre hatten zudem gelehrt, daß die Epoche der nationalen Geschichtsideologie überlebt war und vor allem die junge Generation, der einmal die Führung der Volksgruppe zufallen wird, aus der Gedankenwelt der Überlieferung der alten Heimat heraus eine geistige Orientierung durchführen müsse. Schreibers anregende Initiative zu dem von Prof. Preidel herausgegebenen Werk „Die Deutschen in Böhmen und Mähren“ (1950), zu dem er selbst drei umfangreiche Kapitel beisteuerte, ist nicht von der Hand zu weisen. Mit seiner Rede über die weltbedeutenden Leistungen von Männern aus dem Sudetendeutschum versuchte er die Energien und den Schaffenswillen seiner Landsleute wachzuhalten und zu stärken. Nach dem Pfingsttreffen in Bayreuth und anlässlich der Augsburger Hochschultage im September 1949 regte er im Rahmen des Adalbert-Stifter-Vereins den Zusammenschluß der ehemaligen Lehrer an den sudetendeutschen Hochschulen und der übrigen geistig schaffenden Kräfte der Sudetendeutschen an. Er gehörte zu den ersten sudetendeutschen Mitgliedern bei der Gründung des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates in Marburg (1950), wo beschlossen wurde, daß die alten historischen Kommissionen der Sudetenländer, die ehemalige nach 1918 gegründete Prager Kommission und die 1940 ins Leben gerufene Kommission für Geschichte der sudetendeutschen Anstalt für Landes- und Volksforschung wieder erstehen sollten.

Die am 1. Mai 1954 in Heidelberg von einem Kreis alter Mitglieder der ehemaligen historischen Kommissionen konstituierte neue Historische Kommission wählte zu ihrem ersten Vorstand Prof. Schreiber, war er doch bisher die treibende Kraft und der spiritus rector in der gesamten Geschichtsforschung der Sudetendeutschen nach 1945 gewesen. Die Kommission setzte sich die Aufgabe, die Tradition der wissenschaftlichen historischen Institutionen der Sudetenländer, der beiden historischen Kommissionen sowie der beiden Geschichtsvereine von Böhmen und Mähren im Sinne des Völkerverständigungsgedankens und der Toleranz fortzusetzen, durch Forschungshilfen junge Wissenschaftler zu fördern und Veröffentlichungsmöglichkeiten zu schaffen. Schreiber hatte schon vor der eigentlichen Konstituierung der Kommission

einen Arbeitsplan aufgestellt und über die allgemeine Historie hinaus noch die Sonderdisziplinen, wie die Sprach-, Rechts- und Wirtschaftsgeschichte, in den Aufgabenbereich der Neugründung einbezogen. Zugleich hatte er für eine Bibliographie und Biographie vorgearbeitet und die ersten Publikationen, die „Forschungen zur Geschichte und Landeskunde der Sudetenländer“ mit einer umfangreichen Festgabe für Theodor Mayer (1953) und den Studien zur Geschichte der Karls-Universität in Prag (1954) in Angriff genommen. Gleichzeitig nahm er mit den verstreuten Professoren der alten Prager Universität und mit dem Schülerkreis des ehemaligen historischen Seminars Verbindung auf, veranlaßte manchen zu neuer Tätigkeit, regte zu neuen Forschungen an, verhalf neue Geschichtsquellen für die ostdeutschen Gebiete zu erschließen, indem er als Archivar in den westdeutschen Archiven und Bibliotheken unerschlossene Quellen aufzuspüren verstand und deren systematische Sammlung beim Herder-Forschungsrat durchsetzte. Durch diese organisatorische Tätigkeit war Rudolf Schreiber — wie ein Nachruf rühmend hervorhebt — „zum Symbol und Vorbild für den Heimatvertriebenen und seinen ungebrochenen Kolonistengeist geworden“.

Schreiber hat die eigentlichen Anfänge für das erst am 25. Oktober 1956 gegründete Collegium Carolinum gelegt. Ihm schwebte der Plan eines wissenschaftlichen Institutes bereits seit 1949 vor, als er im Rahmen des Adalbert-Stifter-Vereins die ehemaligen Prager Professoren im Collegium Carolinum vereinigte. Seine Idee, eine Realisierung einer Forschungsstelle für die böhmischen Länder, war aber zu jener Zeit wegen des völligen Fehlens der finanziellen Mittel nicht durchführbar. Was Schreiber plante, war die wissenschaftliche Erforschung der Sudetengebiete im allumfassendsten Sinne, zwar in der Tradition der ehemaligen sudetendeutschen wissenschaftlichen Institutionen, jedoch nicht in der schematischen Übernahme der alten Arbeitsweisen und Denkkategorien. Er focht stets für eine Revidierung und Neuordnung unseres Geschichtsbildes, wobei sich der vertriebene Historiker und Wissenschaftler aus den böhmischen Ländern eine neue Geschichtskonzeption im gesamtdeutschen Kulturraum schaffen sollte. Dem durch die Neuorientierung geklärten Wissenschaftler sollte die Aufgabe zuwachsen, sich mit dem tschechischen Nachbarvolke in gegenseitiger Achtung und Verständnisbereitschaft, aber unter Wahrung der strengen historischen Objektivität auszusprechen und neue Wege eines Zusammenlebens zu suchen. Obgleich Schreiber sich darüber klar war, daß gerade die noch zur Verfügung stehenden Fachleute durch den Krieg und die Vertreibung stark dezimiert waren, hoffte er, daß die wissenschaftlichen Kräfte innerhalb der sudetendeutschen Volksgruppe durch eine reiche Erfahrung und den festen Aufbauwillen diese geistigen und kulturellen Leistungen verwirklichen würden. Den Leitgedanken für dieses Schaffen gab er selbst in seiner Rede anläßlich der Pfingsttagung des Adalbert-Stifter-Vereins in Bad Aibling 1948: „Es ist eine deutliche Lehre unserer Geschichte: nie waren es eigentlich Politik und Kampf, die uns emporgebracht oder die schweren Rückschläge unserer Geschichte wieder wettgemacht haben. Unsere Stärke lag und liegt auf anderem Gebiet: in Werken des friedlichen Schaffens.“

Schreibers persönliche Haltung war dazu angetan, ihm Anerkennung und Nachfolge zu zollen. Er diente selbstlos seinem großen Auftrag um der Sache willen, in Lauterkeit und Bescheidenheit, mit Pflichterfüllung und Uneigennützigkeit, wie es seinem tiefen religiösen Wesen entsprach. Schreiber war unermüdlich tätig als Universitätsprofessor und als Archivdirektor sowie als wissenschaftlicher Betreuer verschiedener wissenschaftlicher Publikationen. Seine eigenen Werke, insbesondere seine zahlreichen historischen Untersuchungen weisen ihn als einen profunden Gelehrten aus. Mit ihnen hat er wesentliche Beiträge zur sudetenländischen und ostdeutschen allgemeinen Rechts-, Wirtschafts- und Geistesgeschichte beigesteuert. Obwohl er, der Ostmitteleuropäer, nach den ersten schweren Nachkriegsjahren als Leiter des Speyerer Staatsarchivs ein völlig neues Betätigungsfeld im Westen übernehmen mußte und hier Erstaunliches geleistet hat, war er letztlich seiner sudeten-deutschen Volksgruppe und deren geistigem Schicksal vor allem in der Vertreibung bis zum Tod verpflichtet. Ihn zu ehren und seiner mit Dank zu gedenken, hat das Collegium Carolinum und mit ihm das gesamte Sudeten-deutschtum eine aufrichtige Verpflichtung.

München

Josef Hemmerle

## JOSEF NADLER

23. 5. 1884 — 17. 1. 1963

Josef Nadler ist am 23. Mai 1884 in Neudörfel in Nordböhmen geboren. Am 17. Januar 1963 ist er in Wien gestorben. Diese fast 79 Jahre umschließen einen Lebensgang, der raschen Erfolg und weite Wirkung ebenso umfaßt wie Verkennung und Bekämpfung. Glanz und Elend des Gelehrtenlebens wurde ihm beides in hohem Maße zuteil. Mag er manchen Angriff nicht ganz ohne Schuld auf sich gezogen haben, vor allem durch den letzten Band seiner Literaturgeschichte, die in 4. Auflage Berlin 1941 erschien, so hat Mißverständnis und böser Wille ihm nach 1945 mehr mitgespielt, als er verdient hat. Die Zeit ist jedoch gekommen, sein Werk objektiv zu beurteilen, seine Wirkung deutlich zu sehen in Grenze und Umfang. Daß er auf das geistige Leben seiner Zeit und die engeren Bezirke seiner Wissenschaft bedeutend eingewirkt hat, kann nicht übersehen werden. Soviel man da und dort im einzelnen einzuwenden vermag, so übersteigert uns heute oft seine Diktion erscheinen mag, wo immer man ihn aufschlägt, zumal seine letzten Werke, ist er von eminenter anregender Kraft.

Im Jahre 1954 gab er eine Art Rechenschaftsbericht seines wissenschaftlichen Lebensganges heraus unter dem bescheidenen Titel „Kleines Nachspiel“. Dieser persönliche Bericht, den man nicht übersehen darf, wenn man diesen Gelehrten und sein Werk richtig verstehen will, unterscheidet sich von den üblichen selbstbiographischen Darstellungen dadurch, daß das Persönliche,

wo es im Privaten bleibt, völlig zurücktritt und nur sichtbar wird, wo, um ein Wort Immermanns in seinen „Memorabilien“ zu gebrauchen, die Geschichte ihren Durchzug durch dasselbe hielt. So ist dieser Bericht ein Stück Wissenschafts- und Geistesgeschichte, in der Nadler seinen eigenen geschichtlichen Ort festlegt, das was ihm seine Zeit gab und abforderte und was er selbst seiner Zeit gab. Er ist Zeugnis einer reichen Lebensernte, deren letzte Erträge, die Biographien von Grillparzer (1948), von Hamann (1949) und Weinheber (1952) sowie die großen Editionen der Werke der beiden letzteren, ganz besonders noch eine zukünftige Wirkung haben werden, wenn ihre Bedeutung einmal voll erkannt wird. Daß die unfreiwillige Muße der Nachkriegsjahre diese Werke ermöglichte, hat wohl auch ihn selbst mit dieser Zeit ausgesöhnt.

Es hat nun sein Werk und dessen Grundideen, die von Anfang an, vom 1. Band seiner Literaturgeschichte an, sichtbar sind, soviel Angriffe erfahren und Ablehnung gefunden, nicht immer in objektiver Auseinandersetzung. Das hat ihn, wie auch dieser Werkbericht zeigt, oft verbittert. Man kann heute, sein ganzes Werk zusammenfassend, sagen, daß er die Wissenschaft von der deutschen Literatur wieder voll und ganz in den geschichtlichen Raum hineingestellt und das Eng-Fachliche sprengend sie wieder zu einer Sache unseres geistigen Lebens gemacht hat. Es ist bezeichnend, daß dieses so gewichtige „Nachspiel“ nicht mit Persönlichem einsetzt, sondern zunächst die wissenschaftlichen Wurzeln seines Lebenswerkes aufzeigt, vom 16. Jahrhundert an. Große Linien werden aufgezeigt, Unbekanntes beleuchtet, Unklares geklärt, schief Geschehenes ins rechte Licht gerückt.

Daß die persönliche Rechtfertigung hervortritt, wird ihm, dem oft Mißverständenen und Geschmähten, niemand verwehren können. Daß die Rechnung nicht immer glatt aufgeht — wessen Rechnung geht in dieser wirren Zeit ganz auf!

Welch ein Erfolg in jungen Jahren: 1908 die Promotion beim für ihn so anregenden und seine Gedanken so bestimmenden Lehrer in Prag, August Sauer, über Eichendorffs Lyrik. 1909 nimmt der Fünfundzwanzigjährige die Beziehungen zum Regensburger Verlag Josef Habel auf. 1912 erscheint dort der erste Band seiner „Literaturgeschichte der deutschen Stämme und Landschaften“, 1913, 1918, 1928 die weiteren Bände. 1923 setzt schon die zweite Auflage ein. Dieses Werk hat seinen Ruhm begründet, ein großer Beginn und Umriß, in den sich folgerichtig sein weiteres Schaffen einbaut.

1912 ergeht an ihn, den 28 jährigen, der Ruf nach Freiburg in der Schweiz, 1925 nach Königsberg, 1931 nach Wien. Das sind die großen Stationen, bedeutsam auch für die Richtung seines wissenschaftlichen Weges.

Von seinen Werken ist durch die Kühnheit des Wurfes und die intensive Verdeutlichung seiner Grundkonzeption vor allem das 1934 erschienene „Stammhafte Gefüge des deutschen Volkes“ ausgezeichnet. Von diesem knappen und doch so eindringlichen Versuch aus läßt sich Josef Naders Grundgedanke am ehesten klar erkennen, dessen Fortwirkung noch nicht zu übersehen ist.

Hugo von Hofmannsthal hat in seinen Notizen zu Josef Nadlers Literaturgeschichte („Corona“ 8, 39 ff.) wohl (nicht unkritisch!) das Treffendste über Nadler gesagt, wenn es unter anderem heißt: „Er hat die geistigen Leistungen auf ein letztes sie Bewirkendes zurückgeführt, das die Individuen überdauert und während sie historisch werden gegenwärtig bleibt wie das Dasein unserer Berge und Flüsse; man nenne das Mythologie — so ist es die faszinierendste und ermutigendste die man sich denken kann.“

Würzburg

Josef Dünninger

## SUMMARIES

### THE GERMAN ROMANTIC-LIBERAL VIEW OF HISTORY AND THE „SLAVIC LEGEND“

*Karl Bosl*

In 1962, William E. Griffith called attention to the fact, that a solution of the German-Czech problem has been hindered by a myth-making process which could be observed on both sides. As elsewhere, it is necessary here too to clear away historical ideologies which do not stand up under historical verification. Among the ideologies which have poisoned the relations of the neighbours are, on the one hand, the romantic-liberal German view of history, in its special form of Pan-Germanism, and, on the other, the romantic Slavic legend and Pan-Slavism.

Ever since the middle of the last century, Germany's eastern neighbours have employed a historical argumentation and drawn their supporting evidence from the arsenal of the Slavic legend. In order to counteract these ideologies effectively, the Germans also had to make use of historical arguments. The resulting viewpoints on both sides could conceive of the encounter of the two peoples only in terms of a struggle, not in those of a peaceful resolution.

The national-romantic view of history originated from Herder's concept of „Volk“. Out of the latter developed both Germanism and Slavism. On the German side the national people's struggle for the linguistic border was frequently fought with a self-satisfied feeling of cultural superiority, and one spoke of a useless wasting of „cultural fertilizer“. On the Czech side, the Germans were, from Palacký on, regarded as mere intruders, who could lay claim solely to the right to be treated as guests. This, in turn, led to the union of the Germans in the Sudeten lands, who insisted on a right to homeland that had been gained as a result of „historic achievements“.

The theory advanced by B. Bretholz, according to which Germanic settlement in this area had predated the Slavic, was confronted by one, elaborated by Polish scholars, which attempted to show that the original population had been Slavic. When German students of Eastern Europe described the whole process of colonization as a resettlement, the Slavs sought to strengthen their position partly by means of the theory that the original Slav population had been exterminated, and partly by means of one of Germanization. In the research on towns, the two theories of evolution and colonization were sharply opposed.

Under the aspect of the Volkstum struggle, a theory of „Volk“ was developed by the German side, and the history of peoples placed next to the history of states. Already at an early date took place the merger of the Czech concept of „Volk“ with that of the state, following the French model, and a kind of nationalism was thereby created. German National Socialism, finally, was little concerned about national consciousness, placing rather its master-race ideology in the foreground.

As for the question of the sources of the above-mentioned components of national consciousness, it is established that its discoverers and first representatives, in the case of both the Germans and the Slavs, were members of the intelligentsia. While the traditions of the Polish and Hungarian intelligentsia were predominantly aristocratic, those of the Czechs were bourgeois. The aristocracy imparted to the peoples it led a feeling of superiority („Herrenvolk“) and a Kulturvolk idea. These ideas were also adopted by the Czechs, led by Palacký. The Poles and Hungarians have a great tradition of national uprisings against foreign domination, and the Czechs have that of the victorious Hussite revolution, whose results were undone only by the Battle of the White Mountain. In Germany, on the other hand, the Wars of Liberation against Napoleon, the Restoration and the Revolution of 1848 created a great national tradition in bourgeois liberalism.

The content of Germanism and Slavism, Pan-Germanism and Pan-Slavism in the 19th and 20th centuries did not remain stationary content: on the contrary, it developed and changed, thereby occasioning numerous misunderstandings on the part of the other side. While one's own ideology appeared just, useful and necessary, the other side's was termed untruthful, egoistic and harmful. However, if Pan-Germanism and Pan-Slavism are critically compared, it can be established that Pan-Slavism endeavoured to unite all the peoples of the Slavic linguistic family, for political, economic and cultural-intellectual reasons. The concept of Pan-Germanism, however, originated from a confusion between Teutons and Germans. Its ideology aspired not to uniting all peoples of Germanic origine but to uniting the Germans politically. This ideology was, however, in part combined with a feeling of superiority and cultural arrogance vis-à-vis the Slavic and Latin peoples. The central idea of the romantic-liberal view of history was the „Teutonic“, in which was seen the unalloyed, form of German character in all its primitive strength. The research on the working of the „Volksgeist“ and the Germanic inheritance thereby gained special significance and led to the rejection of the „un-Germanic“, into which category the „Latin and Slavic character“ was placed. This Germanic idea, which indirectly confirmed the national movements of the Slavs and the Latins, gained a devastating impact in the Third Reich, as an ideology and a racial faith.

The „Slavic legend“ is based essentially on Herder's historical interpretation of the Slavs. According to it, the industrious, peaceloving Slavs, who had lived from agriculture and trade, were exterminated or enslaved by the Germans, and their land distributed among bishops and noblemen, but the time

would come for these once happy peoples to shake off their slavish chains. The Slavic legend thus retained, next to its characterization of the Slavs, a prophecy, which appeared to find its confirmation in the events of 1918. Whereas previously, under the influence of Rousseau, the virginal purity of the virtuous Germany was praised, there developed from the same ideological roots, only with a shift in the periods of the process, Slavism. Whereas the German historical interpretation developed its ideal prototype out of the Germania of Tacitus, that of the Slavs had the Byzantine writer Prokopos at its disposal. The Czech missionary sense was fostered in a decisive manner by Hussitism. The far-reaching consequences of the Slavic legend for the Czech historical consciousness are shown especially by the fact that manuscript forgeries of Hanka (the Königinhofer and Grünberger manuscript) were decisive for Palacký's interpretation of early Slavic legal history and were considered up to the most recent period to be a national relic. These forgeries represented also a basic foundation for the theory developed by Palacký of the „eternal meaning of Czech history“ which he saw in the steady confrontation between Czechs and Germans. To this was added the religious tradition of Hussitism. Palacký saw in Hussitism the heroic age of his people. In it the two national principles of primeval Slavic democracy and German feudalism came into conflict with each other. Palacký's historical view shaped and dominated the view of history and national awareness of the Czechs. Even Masaryk, who recognized the manuscript forgeries for what they were, supported Palacký's basic thesis of the conflict between the Czechs and the Germans. Although already the Czech historian Pekař shook off the Slavic legend, the view of history of a large part of the bourgeois Czech emigration of today is still not free of it. Only in the last few years have there been the first signs, both on the German and the Czech side, of a de-politization of the historical judgement.

#### A SIGNIFICANT MONUMENT OF THE PRAGUE BIBLE LITERATURE OF THE LATE MIDDLE AGES

*Josef Werlin*

With the foundation of the first university of the Holy Roman Empire in Prague, an intellectual center embracing all areas of science arose here. Prague's fame as the first great literary center is marked, above all, by the first German prose work, „Ackermann aus Böhmen“ by Johannes von Tepl, by the rise of the modern High German literary language, by intense Bible-translating activity, the most famous monuments of which were the Codex Teplensis and the Wenzel Bible, and by extremely fertile activity in the fields of theology, the liberal arts, jurisprudence and medicine.

Also originating from the Prague school is a Bible manuscript which, in the form of Gospel pericopes, has been handed down in Cod. lit. 146 of the

Bamberg State Library. The manuscript was written in 1477 in the Benedictine monastery of Michelsberg near Bamberg. In the explicit to the pericope collection, the copyist refers to the „good masters of Prague“ as the authors, without, however, giving any details of the persons, their origin or period of activity. A number of pericope manuscripts from Silesia, Bavaria and Austria, written during a period extending over almost a hundred years, are textually related to the Bamberg manuscript. However, while these Codices were solely literal renderings of the Biblical text, the pericopes of the „good masters of Prague“ diverged, due to a certain textual adaptation, from the text of the Canonic Gospels. In the process, however, the authentic provenience of the collection was preserved. Investigations showed that eight manuscripts of the discovered manuscript group could be traced back to a common Bible source which must have existed in the 14th century in Prague, and which served as the basis for many Bible manuscripts in the following century in Bohemia and adjacent lands. The „good masters of Prague“, who must have lived during the period under Emperor Charles IV and King Wenceslas when Prague's literary life flourished, drew their Gospel pericopes from the same source. In so doing, however, they allowed themselves a freer treatment of the text. These „good masters of Prague“ cannot, to be sure, be considered as the translators of the Bible source — a partial translation or a complete German-language version of the Bible.

In the Bamberg Gospel work as a whole, a homiletic undertone can be clearly discerned, which is emphasized by two interspersed sermons. The authors from Prague appear to have been more concerned with treating the Gospel events in a homiletic or tractate-like fashion than with merely copying the Biblical text. In the Gospel pericopes handed down to us in the Bamberg manuscript, we have a hitherto ignored and, in its form, independent Bible manuscript from the period in which the Prague school of translators flourished. This shows once again the intensive and varied efforts made in the translation of the Bible into German in 14th-century Bohemia.

## CONTRIBUTIONS TO THE MATHESIUS BIBLIOGRAPHY

*Herbert Wolf*

Johannes Mathesius (born in 1504 in Rochlitz, died in 1565 in St. Joachimsthal) is regarded as a pioneer of the Reformation in Bohemia and as one of the most gifted preachers of early Protestantism. Beyond this, he gained lasting distinction with a biography of Luther and with a collection of expert sermons on mining.

We are indebted to the Vienna church historian Georg Loesche for a comprehensive account of his lifework (2 vols., Gotha 1895). The present research report deals with the literature on Mathesius which has appeared since this monograph. Although there has been unusually intensive research on the Re-

formation in the last two generations, only a few important studies on Mathesius have been published. Several small contributions have appeared on the biography of Mathesius, supplementing that by Loesche. Valuable insight into his activity in Joachimsthal is furnished by a number of studies by Sturm and Volz. Numerous investigations illuminate his relationship to mining and his significance for literary history, while studies focussing on aspects of linguistic history are almost completely lacking. Among the studies dealing with individual works of Mathesius are distinguished works by Volz on Mathesius' sermons on Luther: this work, which appeared in about fifty editions, is evaluated as a significant contribution to the historiography of the Age of the Reformation. Supplementing this report on literature, the author, who is himself preparing a larger publication on Mathesius, points to the scholarly tasks which are still outstanding.

In the second part of the study, the bibliography produced by Loesche in 1895, which already comprised 56 different titles, is supplemented by numerous addenda and corrections. An examination of the manuscripts which have been handed down, showed that several manuscripts had heretofore been erroneously regarded as Mathesius autographs. In conclusion several new contributions on the correspondence of Mathesius are discussed.

## PROBLEMATICAL MILITARY-POLITICAL ASPECTS OF THE TURKISH QUESTION IN THE 15TH CENTURY

*Hans-Joachim Kießling*

The question whether and to what extent geopolitical factors affected the advance of the Turks into Southeastern Europe has heretofore been examined just as little as the question whether systematic strategic-political features can be found in the spreading of Ottoman rule in Europe. Both questions are to be answered in the affirmative. Various circumstances as well as evidence from Old Ottoman literature show that the early Ottoman sultans were fully aware of the importance of geographical factors. It was especially the course of the Danube which exercised, in spite of the low economic importance of this river, a strong influence on Turkish strategy and policy. The holding of the Danube line and the control over the river crossings were one of the most important concerns of the early Ottoman sultans. A second important factor was the control of the Trans-Balkan military road from Saloniki to Belgrade and the so-called Via Egnatia. Decisively dependent on this were not only economic factors, but also the political attitude of the Ottoman satellites of Moldavia and Walachia as well as of the Serbian despots. Crucial here was the possession, or at least the keeping under control, of the two ends of the Trans-Balkan road — the fortresses of Belgrade and Saloniki — as well as of the passes over the Albanian mountains. These points explain the attitude of both early Ottoman sultans and the Byzantines and Venetians.

The superiority of the Turkish army was by no means based least on the uniformity of the supreme command, the uniformity of language, and the lack of prejudice with respect to new inventions. Compared with these positive factors, the antagonisms which could be traced back to domestic political conditions were only of secondary importance. The „pro memoria“ of Bishop Alexius Celadonius mercilessly exposed the weaknesses of the Occidental position and made impressive proposals for combatting the Turkish threat. They were, however, not only not followed, but, for the most part, not even understood. The flagging of the crusade idea led to illusory „thaw ideas“ and made it possible for the sultan to appear as a partner in the same terms in the diplomatic game. As a result of the misunderstanding of the ideological nature of the Turkish wars, there developed also an overestimation of the allegiance of the Islamic opponents of the Turkish sultan.

## TIN MINING IN BOHEMIA AND ITS RELATIONS WITH THE TIN MINING OF SAXONY

*Siegfried Sieber*

There are important tin deposits on both sides of the Saxon-Bohemian border, especially near Graupen, Zinnwald and Altenberg in the east, in the Karlsbad-Eibenstock granite region in the west, and in the „Bohemian *Zinnländchen*“ around Schlaggenwald, Schönfeld and Lauterbach. Tin-streaming probably antedated mining proper. Near Graupen, tin — presumably stream tin — was probably already mined in c. 1240. There is documentary mention of the Graupen mine for the year 1305. From here the Saxon tin workings of Altenberg and Geising were opened up. Some of the galleries, among them the „Tiefe Bünaustollen“, led underneath the boundary, and miners went down into them from both sides. On the Bohemian side, tin was mined near Zinnwald until the end of the 19th century, and the Altenberg surface dip still yields this metal today.

In the western Erzgebirge, the first tin-streamers and miners worked along the upper Schwarzwasser near Platten, around Neudek, Frühbuß, Sauersack and Heinrichsgrün, which yielded tin as early as in 1340. The forest tin-mining laws of 1494, which were developed for this region, were an important legal creation of these miners, similar to the tin-mining laws of Ehrenfriedersdorf and Geyer from the time around 1450. A part of the western Erzgebirge, which was rich in tin deposits, passed from Saxony to Bohemia in 1554: it included such tin workings as those of Gottesgab and Platten. Also located here were the famous „Hengst“, a very rich tin mine, and, next to it, Zwittermühl, Goldenhöhe, Halbmeil and Irrgang, with stamping mills and smelters. Around Neudek, Frühbuß, Hirschenstand and Sauersack, this „forest“ tin mining flourished until c. 1654. Then, because of their Lutheran faith, the mi-

ners migrated to the newly established Saxon mine workings of Johanngeorgenstadt.

Already at the end of the 15th century, princes of Saxony endeavoured to control the „purchasing of tin“. In 1518 a monopoly was planned for Saxony and Bohemia, in which, aside from the tin-mining towns of the Erzgebirge, Schlaggenwald was also to take part. The cooperation of tin-dealers from Leipzig and Nürnberg was to be enlisted for the project. Later the Fuggers in Augsburg, through Konrad Mayr, took over all of Bohemia's tin and in 1550 cut off the export of tin to Saxony, planning, however, on the other hand a tin cartel with Moritz, the Elector of Saxony. Mayr's monopoly collapsed. In an effort to overcome the resultant misery, miners-union members joined hands with the „forest“ tin-miners. Emperor Maximilian II and the Elector August of Saxony attempted once again to establish a monopolistic control over the tin of Saxony and Bohemia, but were unable to reach agreement. The Thirty Years' War and crises caused tin mining on both sides of the border largely to die out. Only on the Saxon side, in Altenberg and Ehrenfriedersdorf, is tin still mined today.

## THE OLDEST STATISTICS OF BOHEMIA ON INDUSTRY AND TRADES

*Gustav Otruba*

Within the framework of the great economic reforms of Maria Theresa after the loss of her most important industrial province of Silesia, which were designed to provide compensation in Bohemia and Lower Austria, there came about for the first time the systematic outline of „General Manufactory Tables.“ The idea for this went back to the mercantilists of the late 17th century — thus in 1675 Hörnigk, following the instructions of Becher, had conducted statistical surveys of the trades for numerous Bohemian towns — without his work, however, finding any continuation at first. The first new documentary record was for the year 1756, with a description, by districts, of the existing manufactories in Bohemia. It laid special emphasis on the most recent changes and future projects. The „Loscanische Particular Tabellen“, which are probably connected with it and present the results in statistical form, are extant only for a few districts. From the following years, numerous detailed statistics are available on the distribution of certain branches of industry, e. g. glass-works, clothmaking, stocking-factories and others, in individual districts. The first „General Landes Aufnahm und Manufacturs Tabella des Königreiches Böhmeim“, however, appeared only in the year 1766. It was prepared on the initiative of Count Joseph Kinsky, and, as the first summation in this form of the economic situation of a crown land, was given the highest recognition by Maria Theresa and Joseph II. Copies of it were forwarded to all the other commercial councillors for them to emulate. Fur-

ther „Commerzial Landes Aufnahms Tabella“ have remained fully extant for the years 1775—1783, but thereafter only for the years 1787, 1788, 1790, 1794 and 1797. The last summary appeared already on printed forms.

The present article gives complete editions of the surveys of 1756, 1766 and 1788. Beyond this, comparative statistics on the development of the individual branches of industry are presented, with an evaluation being made of the global data of the statistics for 1766, 1776, 1788 and 1797. For the years 1766 and 1797 a comparison of the range of production and the value of the products is also possible to some extent. From this emerges in very impressive fashion the great industrial ascent of Bohemia in the age of Maria Theresa and Joseph II.

## DEVELOPMENT AND NATURE OF VOCATIONAL SCHOOLS IN THE LANDS OF PRESENT-DAY CZECHOSLOVAKIA

*Peter Pontz*

The vocational school system in the lands of the present-day Czechoslovakia was shaped by Austria-Hungary. Its beginnings, as in all the other European states, go back to the time of enlightened absolutism. The Austrian model manifests itself not only in a preference for theoretical training in full-time day schools prior to taking up an occupation, over a lesser degree of training through continuation schools during the apprenticeship, but also in its manysidedness. The following types of schools can be identified: The continuation school (Fortbildungsschule), which was attended during the apprenticeship, educated, above all, apprentices in retail trades, small industry, and the crafts. The predominant vocational technical schools (Berufsfachschule) offered at least a year-long preparation of graduates of higher-grade elementary schools or lower-grade intermediate schools for artisan, commercial or household occupations. The technical schools (Fachschule) at last could be attended only with adequate prior practical vocational preparation and served the purpose of further vocational training.

For all these types of schools, antecedents can be found already as early as in the mid-18th century. In the realization of Maria Theresa's school regulations of 1774, great open-mindedness for vocational schools was displayed, especially in the Crownland of Bohemia. The director of normal schools of Bohemia, Ferdinand Kindermann, not only promoted the Sunday repetition lessons required under the school regulations, but was also the founder of the so-called industrial schools. Around 1792, industrial schools were attached already to 562 elementary schools — i. e. to a quarter of all the elementary schools in Bohemia. From the first half of the last century on, they were supplanted by newly established vocational technical schools. Kindermann's suggestions led in the year 1791 also to the establishment of schools of husbandry

and forestry and artisans' Sunday schools. The first European school of mining, on the other hand, was founded already in 1753 in Joachimsthal.

With the foundation of the first technical school in Prague in the year 1806 — the later school of technology (Technische Hochschule) — Bohemia increasingly acquired the position of a testing ground in Austri-Hungary for the introduction of new types of schools for vocational training. In 1850 the first agricultural college (Landwirtschaftliche Hochschule) of the Monarchy was established in Tetschen-Liebwerd; in 1852 the first trades school in Austria was founded in Reichenberg. Two years earlier than the Viennese, in 1856, the merchants of Prague founded a commercial school, which from 1866 on was called Commercial Academy (Handelsakademie) and was directed by Dr. Carl Arenz from Leipzig. He considered the model countinghouse (practice countinghouse) to be the heart of his school and advocated principles of instruction which are still valid today. In 1855, Steinschönau got the first technical school for glass-making; in 1862, Weißwasser, Kaaden and Chrudim acquired technical schools for agriculture. Five of the eight state trades schools founded in the Monarchy in the year 1876 were in the Sudeten lands. In northern Bohemia the syllabuses for commercial schools and commercial academies which were later prescribed were first tried out.

The Czechoslovak Republic founded in 1918 took over to a large extent this highly developed and strongly specialized vocational school system. The changes which were introduced were above all national in character, as well as representing standardization and nationalization. The standardization planned in 1938 would have endangered the differentiated vocational school system in the Sudetenland, but one finally satisfied oneself with redesignations along the lines of the German Reich and with the introduction of practical periods in the vocational technical schools. Under the Protectorate, on the other hand, the old system, was retained but received no encouragement whatsoever. A complete change was represented only by the new school laws, which first introduced the ten-year comprehensive school in 1948, and in 1953 the eleven-year comprehensive school, which do not allow the making of distinction between the general-education school system and the vocational-training school system.

Now, only the commercial schools and technical schools built up by individual Sudeten German scholars after the Second World War in the Federal Republic of Germany, such as the technical school for glass-making in Rheinbach, recall the former well-developed vocational-school system of the Sudeten lands.

## SUDETEN GERMANS IN „INNER AUSTRIA“

*Nikolaus von Preradovich*

Among the personalities coming from the Sudeten lands who particularly distinguished themselves in Inner Austria (Styria, Carinthia and Carniola), those above all to be mentioned are the general and ambassador Anton Count Prokesch von Osten, the governor (Statthalter) Guido Baron Kübeck von Kübau, the scholar August Jaksch von Wartenhorst, and the Carinthian Landeshauptmann Florian Gröger.

Anton Count Prokesch von Osten (1795—1876) was born in Graz and was the son of the camera official Maximilian Prokesch, who came from Groß-Seelowitz in Moravia. His rise from a petty-bourgeois background into the highest social strata of the Austrian Monarchy is illustrative of the opportunities offered by the Hapsburg Empire to ability and achievement. A further example of this type is the statesman Karl Kübeck von Kübau (1780—1855), the son of a tailor in Iglau, and his nephew Guido Kübeck von Kübau (1829—1907), born in Vienna, who rose to become governor of Styria. The family of August Jaksch von Wartenhorst (1859—1932), born in Prague and later to become Provincial Archives Director of Carinthia, likewise came from the lowest stratum of the population. His grandfather had been a shoemaker in Wartenberg in northern Bohemia. Also the son of a shoemaker was Florian Gröger (1871—1927), born in Wildgrub near Freudenthal, who became Landeshauptmann of Carinthia after the First World War.

In the Styrian economy, special distinction was achieved by the glass manufacturer Adolf Körbitz, who was born in Asch; the industrialist and estate owner Franz Kandler, who came from Wiese; Wilhelm Rösche, the director of the Steyr-Daimler-Puch AG; Streer von Streeruwitz, the managing director of the Nobel Dynamite Works, who came from Mies; and Josef Brix, the road-construction pioneer, born in Bergstadt in northern Moravia.

To be named in the field of the arts are the painter Leo Scheu, from Oimütz, and Fred Hartig, from Gablonz, as well as the music director Hans Gerstner, from Luditz. In Styrian poetry, high reputations were won by Rudolf Hans Bartsch, whose father came from Jägerndorf; Bruno Brehm, whose father was from the Egerland; Wolfgang Burghauser from Prague; Karl Wilhelm Gawalowski from Zubří in Moravia; Karl Adolf Mayer from Mährisch-Rothwasser; Franz Nabl from Lautschin in Bohemia; and Ottokar Kernstock, whose family came from Prachatitz.

## THE PRINZIPAL FEATURES OF THE LENITION IN THE INLAND HIGH GERMAN OF THE SUDETEN LANDS

*Franz J. Beranek*

The lenition in inland High German that was operative from the 13th century on and was discovered by the Prague Old German scholar Primus Lesiak (1878—1937), brought about a lasting change in the state of consonants in large parts of High German. As these changes, in contrast to those caused by the High German *lautverschiebung* scarcely appeared in writing, scientific research has paid only scant attention to them thus far. The German vernacular of the Sudeten lands — namely the dialect as well as the elevated colloquial speech — was more or less affected by the lenition in inland High German.

Map no. 1, appended to the article, shows the fate of the anlaut explosive fortes MHG *p, t, k*, which in the areas designated I, to which the town dialects of Brünn and Iglau also belong, merged with the explosive lenes MHG *b, d, g* to form one sound each. This is in most cases a medial sound (semi-fortis *B, D, G*), but can also be the lenis and occasionally also the fortis. Unchanged remains only the aspirate *kb* preceding vowels. The anlaut MHG *s* became voiceless in this area. In area II, these changes appeared only in part, namely in sentence anlaut or following voiceless consonants. After vowels and sonorities the old fortes and lenes remained as such, e. g. MHG *s* as a voiced sound. But lenition was advancing. In area III, the old relationships were as yet unshaken. The anlaut MHG *s* is always voiced here. (*p* in Schönhengst, etc., is a Bavarian inheritance.)

The situation of the weakening of the anlaut explosive fortes is shown in map no. 2. In the area designated Ia, to which the town dialects of Brünn and Iglau once again belong, the anlaut MHG *p, t, k* became *b, d, g* and merged with the old *b, d, g* (in so far as the latter did not become spirants or were dropped). In the area Ib, *p, t, k* likewise merged with *b, d, g* (in so far as the latter remained explosive consonants). The MHG geminates *pp, tt, ck* are in area I (a and b) always fortes. In area II, geminates, fortes and lenes are without exception spoken as semi-fortes to lenes, while in area III, the old relationships have been preserved. Relationships similar to those in anlaut prevail also in auslaut, but are clearly recognizable only in the dialects.

The anlaut MHG *k* before vowels is spoken in the whole Sudeten German area as an aspirated sound. The distribution of the aspiration of the anlaut *k* before consonants is shown by map no. 3. In the colloquial language of northern Moravia and Silesia, and in part also in the dialect in this region, the anlaut *p* and *t* are frequently also aspirates.

In some connection with lenition is also the prevalent transformation of the explosive lenes into fricatives, above all from *b > w* and *g > x* (ch). In colloquial speech, the change from *g > ch* is found only in the areas shown in map no. 4.

This study is restricted to the explosive sounds: as far as the fricatives are concerned, it attempts solely to clarify the question of the pronunciation of the anlaut *s* in the Sudeten area.

## THE PREREQUISITES OF THE FOREIGN POLICY OF THE FIRST CZECHOSLOVAK REPUBLIC

*Bobumila Wierer*

Not only was the existence of the Czechoslovak Republic (ČSR) as a state primarily the work of T. G. Masaryk, but its state ideology as well bore essentially the mark of the political and philosophical faith of its first President. Masaryk regarded the Czech Hussite revolution and especially the Reformation of the Bohemian Brethren as humanistic movements, which in the 18th century strongly fertilized the democratic ideas of the West. Although historians had in part severely criticized these theses, the Czech resistance during the First World War adopted Masaryk's philosophy of history as its own. The practical result of this philosophy of history was opposition to the Catholic House of Habsburg, and thus also to the Austrian Monarchy. The Czechoslovak state ideology, which bore the imprint of Masaryk's ideas, psychologically influenced the foreign policy of the new state vis-à-vis Austria and Hungary. Essential for the origin of the Czechoslovak Republic was also Masaryk's successful attempt to unite the Czech historical Staatsrecht program, developed in the 19th century, with the modern national law based on natural law. This construction was necessary in order to justify the union of Slovakia with the Bohemian lands.

Geopolitically considered, the ČSR could point only in the Bohemian area to natural boundaries, which already in Moravia were lacking to a small extent, and in Slovakia and Carpathian Ruthenia to a great extent. The composition of the population — the result of centuries of intensive ethnic contest — promised in 1918 a secure state-constituting majority, but not a state consciousness embracing all the nationalities of the state, for the ČSR was founded as a national state. And with the national separation of the Slovaks, the majority sustaining the state decreased. On the other hand, the reserve of the Sudeten Germans vis-à-vis the ČSR also diminished gradually.

Economically, the Bohemian lands were highly industrialized. As the production capacities were tailored to the economic areas of the Austro-Hungarian Monarchy, many branches of industry lacked sales opportunities in the relatively smaller ČSR. The question of the distribution of state investments among the individual ethnic groups created difficult problems. Still more difficult and questionable became the execution of the Land Reform. Since the socially dissatisfied groups of non-Czech nationality tended to turn to neighbouring countries for support, a successful foreign policy of the ČSR required extraordinary ability and skill, for the domestic political problems mentioned above had to be harmonized with the foreign policy plans.

## THE POSITION OF THE COMINTERN AND THE CPCS IN THE QUESTION OF THE GERMANS IN THE SUDETEN LANDS

*Rudolf Hilf*

At the end of the Second World War, the Communist Party of Czechoslovakia advocated the expulsion of all Germans from the Bohemian lands. Originally, however, the policy of both the Czechoslovak CP and the Comintern was quite different. In the first Czechoslovak Republic, the Communist Party was the only party of the state uniting all the nations. It was precisely the Sudeten German Left in Reichenberg, under Karl Kreibich, which made a decisive contribution to its foundation. Kreibich strove, on the basis of class solidarity, for cooperation between Czechs and Germans. The Czech part of the Party, under Šmeral, followed this path only hesitatingly, for he believed that it was necessary to show consideration for the nationalistic temper of the masses of Czech workers.

The CPCS came into an embarrassing situation when the Soviet Union, which until 1933 had expected the revolutionization of Germany, dictated to the Czechoslovak Party that it advocate the right of the Sudeten Germans to self-determination going „as far as separation from the state.“ Such a policy would have meant for the Czech Communists the danger of losing a large part of their supporters, while the Sudeten German Communists were, as leftist dogmatists, unsuited to the task of successfully standing for such a policy among their countrymen. Both the Czech and the Sudeten German Communists were repeatedly warned by the Comintern not to pay only lip service to this policy, but to advocate actively the right of the German minority to self-determination. When at the beginning of the thirties the Stalinist group under Gottwald took over the leadership of the CPCS, the Party unequivocally advocated the Sudeten Germans' right of self-determination.

With Hitler's seizure of power, a new Soviet policy vis-à-vis Central Europe began. Now the Czechoslovak state as a whole had become valuable for Moscow, and the CPCS thus also changed its policy toward the Sudeten Germans. Though it continued to support the full equality of the Sudeten Germans with the Czech people, it did so at the same time emphasizing the integrity of the state and the protection of its boundaries. The CPCS, which had for many years termed „Czechoslovakism“ as „imperialism“ and the First Republic as a „worse prison of the nations than Austria-Hungary“, thereby became a Party of preservation of the state. The Munich Agreement of 1938 gave the CPCS its great chance to appear before the Czech people as the only reliable guarantor of national independence.

The Communists' seizure of power after the Second World War was based to no small part on the prestige which the Czech Communists had been able to gain in the days of Munich. The Czechoslovak CP now became a Czech nationalistic party, and its attitude toward the Sudeten Germans changed

accordingly. Still, the expulsion of the Germans can be traced back primarily to the policy neither of the CPCS nor of Moscow. The Germans of the Bohemian lands were the victim of the internal Czech struggle for power between the Czech National Socialists under Beneš, and the Communists. The expulsion plans, sustained by revanchism and racism, can be traced back to Beneš. The Communists did not want to stay behind and thus lose their influence among the incited masses. Not only did they adapt themselves to this policy, but they even outdid it, in order to be thus able to begin more easily the overthrow of the property system.

## TRANSFORMATIONS IN MARXISM-LENINISM IN EAST-CENTRAL EUROPE

*Eugen Lemberg*

Whoever observes from the West the intellectual development in the countries of East-Central Europe is often inclined to regard the scientific and literary movements grouped together under the name of „revisionism“ as anti-Communist. He expects from them a kind of restoration of the pro-Communist, bourgeois-liberal Western thought and of a corresponding social order. The author examines these processes by means of several examples and comes to the conclusion that they are to be interpreted as intellectual developments within Communism. They differentiate the picture of the forms of Communism in East-Central Europe. But they represent rather a process of adaptation of Marxism-Leninism to the conditions obtaining in East-Central Europe, originating in its Western traditions, rather than a struggle against Communism.

One of these examples is the role of Marxist-Leninist philosophy in Poland. Though at first not taken seriously, it has in the meantime brought forth a younger generation of well-trained philosophers, which has developed an internal Marxist criticism. Characteristic of this are the arguments of Leszek Kołakowski on the ideological character of Marxism-Leninism. Kołakowski rejects Marxism's claim to be a demonstrable science, even though he assigns a necessary and positive function to Marxist ideology. The discussion on the relationship between ideology and science has in the meantime become in all of East-Central Europe a central intellectual issue within Marxism. Taking part in it, next to Ernst Bloch and George Lukács, are also Yugoslavs and Czechs. Although they are to some extent accused of revisionism, they nevertheless stand on the ground of Marxism. This discussion thus seems to be opening a new epoch in the self-comprehension of Marxism.

With regard to the national historical image of the East-Central European countries, Communism avoided a break in its penetration into East-Central Europe. It reverted to the national myths of the Risorgimento, merely incorporating them into the Marxist schema of history. Now, however, as the

author shows, using the example of Czech historiography, historians are rising who do not regard the religious ideologies of the late Middle Ages, which were so especially important for the Czechs, merely as the superstructure or camouflage for social revolutionary processes, but seriously consider them as an intellectual development and primary historical factors. This can be seen, for example, in the treatment of the Hussite ideology by Robert Kalivoda.

With regard to pedagogy, East-Central Europe shows revealing differences from Soviet thought. The identification of the educational and production process which was carried very far in the Soviet educational reform of 1958 is corrected by the Pole Ignacy Szaniawski, who, though firmly on Marxist ground, has made clear the difference in the nature of the two processes.

Finally, the author examines Czech literature to show its revolutionary, anti-bourgeois character; it is now turning, just as it once did against the bourgeois victors of 1918, against the rigid dogmatic leadership and social order of Communism, without, however, leaving the ground of a Communist socialism. Here there are clear parallels not only in East-Central Europe, especially in Poland, but also in the Soviet Union.

## PRINCIPLES OF THE NEW CZECHOSLOVAK CRIMINAL LAW

*Erich Schmied*

This study surveys the development of Czechoslovak criminal law from the Communist revolution of February 1948 up to the present. The changes in the law were carried out parallel with the development of Soviet criminal law. It is demonstrated in particular how the break with Stalinism affected Czechoslovak criminal law. The result of this legal development was the new „socialist“ criminal law, which went into force on 1 January 1962. It was introduced under the guiding principle of „socialist legality“. Lenin and the first Soviet ideologists still cherished Utopian ideas of the abolition of state and laws. However, the nihilistic legal tendencies were soon abandoned; first the thesis of a „revolutionary consciousness of law“ was advanced, and finally a strict legal positivism was arrived at. In the principle of „socialist legality“ which was developed in the process, the law was oriented to Party policy, with all its dynamic. The core of this policy is the class struggle, and the law, too, is placed in the service of it. The class character of the criminal law is reflected above all in the penal system. In meting out punishment, the „class-conscious“ judge must conscientiously examine the „class profile of the offender“. The result of this examination is to establish whether and to what degree „an act which endangers society“ is involved. The dogmatically still undefined concept of danger to society is at the heart of „socialist“ criminal law. Czechoslovak criminal law is explicit about the purpose of punishment. The idea of education and amelioration is placed in the foreground, although what is

actually involved is rendering harmless, deterrent and political intimidation. In view of the declared purpose of punishment, the double-track system of punishment and security measures (protective measures) appears to be obscure, especially since „ameliorative measures“ are counted among the punishments. Special sections are devoted to the penal system and to probation (conditional conviction, conditional release). Probation is measured almost exclusively by the standard of work performed. This involves the danger that the institutions of probation can be misused for the exploitation of labor. Allegedly, the „social organizations“ intervene in the penal proceedings in the service of probation. They can also assume a „guarantee for the improvement of the offender“. It must be feared — from the standpoint of the constitutional state — that these institutions serve only to strengthen the ruling political party, at the expense of justice. Even more serious is the repression of the regular criminal jurisdiction by the so-called local people's courts, which have their origin in the Comrades' Courts established in accordance with the Soviet model. With such a gradual abolition of the protective functions of the law and jurisdiction, the principle of the separation of powers is abandoned. But if the making of legal decisions is regarded only as a branch of the indivisible state power wielded by the Communist Party, then there can be no truly independent judges.

In the last section it is shown what Czechoslovak legal doctrine understands by the independence of judges and how this view is to be appraised in the light of the standards of our concepts of the constitutional state.

## RÉSUMÉS

### CONCEPTION ALLEMANDE ROMANTIQUE ET LIBÉRALE DE L'HISTOIRE ET „LEGENDE SLAVE“

*Karl Bosl*

En 1962, William E. Griffith a attiré l'attention sur le fait que les mythes entretenus par les deux parties rendent difficile une solution du problème germano-tchèque. Comme en d'autres cas, il faut éliminer les idéologies qui ne résistent pas à un examen historique. Parmi les idéologies qui empoisonnent les rapports entre les deux voisins, il faut compter d'une part, la conception allemande romantique et libérale de l'histoire dans sa forme particulière du Germanisme, et de l'autre côté la légende romantique slave et le Panslavisme.

Dès le milieu du siècle dernier, nos voisins de l'est ont toujours utilisé une argumentation historique et puisé leurs considérants dans l'arsenal des légendes slaves. Afin de contrer ces idéologies efficacement, les Allemands durent utiliser eux aussi la même méthode. La conception qui en résulta de chaque côté ne pouvait voir la rencontre que comme une lutte, mais non comme un équilibre pacifique.

La conception nationale et romantique de l'histoire tient son origine du concept de peuple chez Herder. C'est de lui que découlent aussi bien le Germanisme que le Slavisme. Du côté allemand on mena la lutte nationale pour les frontières ethniques, souvent dans un esprit de suffisance fondée sur une supériorité culturelle, et on parla de „l'engrais culturel“ allemand gaspillé sans aucun profit. Du côté tchèque on ne vit dans les Allemands, depuis Palacký, que des intrus ne pouvant prétendre qu'au droit d'hospitalité. Ceci conduisit à une coalition des Allemands dans les Sudètes, qui revendiquèrent l'indigénat (Heimatrecht) en vertu des travaux exécutés au cours de l'histoire (geschichtliche Leistung).

À la théorie des premiers Germains (Urgermanen) défendue par Bretholz, des chercheurs polonais opposèrent une théorie des premiers slaves (Urslawen) et alors que les chercheurs allemands, spécialistes des questions de l'est, voyaient dans le processus de colonisation un nouveau peuplement, les Slaves essayaient d'étayer leur position en développant d'une part la théorie du déracinement et d'autre part celle de la germanisation. Dans les recherches sur les villes la théorie de l'évolution s'opposait à celle de la colonisation.

Dans l'esprit de la lutte des nationalités, on développa du côté allemand une théorie du peuple et à côté de l'histoire de l'état on fit une place à l'histoire

du peuple. Le concept de peuple s'était déjà étatisé chez les Tchèques créant ainsi un nationalisme, sur le modèle français. Finalement le national-socialisme allemand se préoccupa peu de la conscience populaire, mais mit au premier plan une théorie du peuple de seigneurs.

Quand on recherche les sources du contenu de ces consciences nationales, on constate que ses découvreurs et ses premiers représentants, aussi bien chez les Allemands que chez les Tchèques, appartenaient à l'intelligentsia. Il faut remarquer que les traditions de l'intelligentsia polonaise et hongroise étaient surtout aristocratiques, celles des Tchèques par contre bourgeoises. L'aristocratie transmet au peuple qu'elle conduisait une conscience de peuple de seigneurs et une idée de peuple cultivé. Ces idées furent reprises par les Tchèques sous la conduite de Palacký. La Pologne et la Hongrie ont une vieille tradition de soulèvement nationaux contre la domination étrangère, la tradition tchèque remonte à la victorieuse révolution hussite dont les résultats furent anéantis à la bataille de la Montagne Blanche. En Allemagne par contre ce sont les guerres de libération contre Napoléon, la Restauration et la révolution de 1848 qui créèrent une grande tradition nationale dans le libéralisme bourgeois.

Le Germanisme et le Slavisme, le Pangermanisme et le Panslavisme n'avaient au 19<sup>e</sup> et au 20<sup>e</sup> siècle aucun contenu précis, au contraire, les changements de leur contenu idéologique donnaient à la partie adverse l'occasion de maintes interprétations erronées. Alors que l'on considérait sa propre idéologie comme juste, utile et nécessaire, on qualifiait celle de l'autre de mensongère, égoïste et nuisible. Si on fait cependant une comparaison critique du pangermanisme et du panslavisme, on constate que le panslavisme tend à réunir, dans des buts économiques, politiques et culturels, tous les peuples de langue slave. Le concept de pangermanisme, par contre, repose sur une confusion des Germains et des Allemands. Son idéologie n'est pas vraiment pangermanique mais panallemande, et tend par conséquent à réunir les Allemands politiquement. Elle se lia cependant en partie avec une conscience de seigneurs et une suffisance culturelle vis à vis des Slaves et des Latins. L'idée centrale de cette conception romantique libérale de l'histoire était le „Germanique“ dans lequel on voyait, dans sa force originelle, pure de tout mélange, la figure de l'entité allemande. Les recherches sur l'existence de l'esprit national (Volksgeist) et de l'héritage germanique acquirent ainsi un sens particulier et conduisirent au rejet du „non germanique“, ainsi „l'entité latine et slave“. Le germanisme qui contribua indirectement à justifier les mouvements nationaux des Slaves et des Latins, produisit sous le 3<sup>e</sup> Reich, en tant qu'idéologie et profession de foi raciste, des résultats dévastateurs. La „légende slave“ repose essentiellement sur l'interprétation historique de Herder en ce qui concerne les Slaves. Selon cette interprétation, les Slaves industrieux et pacifiques, vivant de l'agriculture et du commerce, furent chassés par les Allemands ou réduits en servage et leurs terres distribuées aux évêques et aux nobles; mais le jour viendra, où ces peuples qui avaient autrefois connu le bonheur, seront délivrés de leurs chaînes. La légende slave contient donc,

en plus du portrait moral des Slaves, une prophétie, qui parut trouver sa réalisation lors des développements de 1918. Alors qu'autrefois, sous l'influence de Rousseau, on prisait la virginité de la pure et vertueuse Allemagne, le slavisme, avec un déplacement des phases historiques, se développait à partir des mêmes racines idéologiques. Alors que l'interprétation historique allemande cherchait ses modèles dans la Germania de Tacite, les Slaves utilisaient l'écrivain byzantin Procôpe. La conscience missionnaire des Tchèques s'inspiraient énormément des Hussites. On peut mesurer la forte influence de la légende slave sur la conscience historique tchèque particulièrement au fait que les falsifications de manuscrits de Hanka (manuscrits de Königinhof et de Grünberg) furent déterminantes pour l'interprétation par Palacký de l'histoire du droit primitif slave et considérées jusqu'à une époque récente comme patrimoine national sacré. Ces falsifications offraient aussi une base importante pour la théorie développée par Palacký du „sens éternel de l'histoire tchèque“, qu'il voyait dans une lutte slavo-allemande ininterrompue. A cela vient s'ajouter encore la tradition religieuse hussite. Il considérait la Révolution hussite comme l'ère des héros de son peuple. Elle aurait été l'affrontement des deux principes nationaux de la vieille démocratie slave et du féodalisme allemand. La conception historique de Palacký a formé et dominé la conception historique et la conscience nationale tchèque. Même Masaryk, qui avait reconnu les falsifications de manuscrits pour ce qu'elles étaient, défendit la thèse fondamentale de Palacký de la lutte slavo-allemande. Bien que l'historien tchèque Pekař fût revenu de la légende slave, celle-ci influence encore la conception historique d'une grande partie de l'émigration bourgeoise tchèque d'aujourd'hui. Ce n'est que depuis ces dernières années que la dépolitisation du jugement historique commence à se faire sentir, aussi bien du côté allemand que du côté tchèque.

#### UN MONUMENT SIGNIFICATIF DE LA LITTÉRATURE BIBLIQUE DE PRAGUE DE LA FIN DU MOYEN-AGE

*Josef Werlin*

La fondation de la première université de l'Empire à Prague créa dans cette ville un centre spirituel comprenant toutes les sphères des sciences. La gloire de Prague comme premier grand centre de littérature repose tout d'abord sur l'édition de premier poème allemand en prose, „Ackermann aus Böhmen“ (Le laboureur de la Bohême) de Jean von Tepl; la formation de la langue littéraire moderne allemande; les activités de traduction de la Bible dont les monuments les plus connus sont le Codex Teplensis et la Bible dite „de Venceslas“; et l'activité littéraire extrêmement féconde dans la sphère de la théologie, de l'art, de la jurisprudence et de la médecine.

De l'école de Prague nous vient aussi une oeuvre biblique en forme de péricopes évangéliques, qui est transmis dans le Cod. lit. 146 de la bibliothè-

que d'Etat à Bamberg. Le manuscrit fut rédigé en 1477 dans le monastère bénédictin de Michelsberg près de Bamberg. Dans la phrase d'explication du recueil de péricopes, le transcripteur cite les „bons maîtres de Prague“, comme auteurs mais sans faire aucune indication sur les personnes, leur origine et leur période d'activité. Toute une série de manuscrits de péricopes provenant de Silésie, de Bavière et d'Autriche et dont la période de transcription s'étend sur près de cent ans, ont des ressemblances textuelles avec les manuscrits de Bamberg. Cependant tandis que ces „codices“ reproduisent le texte biblique sans modifications, les péricopes des „bons maîtres de Prague“ s'écartent du texte canonique des Evangiles par une certaine adaptation. La provenance authentique fut pourtant conservée. Selon des enquêtes faites huit des manuscrits de ce groupe peuvent être ramenés à un modèle biblique commun qui doit avoir existé à Prague au 14<sup>e</sup> siècle, et qui, au siècle suivant, servit comme modèle à un grand nombre de manuscrits en Bohême et dans les pays voisins. Les „bons maîtres de Prague“ qui ont probablement vécu sous l'Empereur Charles IV et le Roi Venceslas pendant l'apogée de belles-lettres à Prague, ont pris leurs péricopes de la même source. Mais ils ont traité le texte d'une manière plus libre. On ne peut pourtant pas les considérer comme les traducteurs du modèle biblique qui était une traduction ou partielle ou complète de la Bible en allemand.

Dans toute l'œuvre évangélique de Bamberg on reconnaît clairement une manière de présentation homilétique, qui est soulignée par deux sermons intercalés. Les auteurs de Prague semblaient tenir plus à traiter les événements de l'Evangile en manière homilétique ou de tract que de transcrire simplement le texte biblique. C'est une œuvre biblique indépendante par sa forme et jusqu'ici passée inaperçue qui nous est transmise avec les péricopes contenues dans le manuscrit de Bamberg. Ces péricopes des „bons maîtres de Prague“ provenant de l'école de traducteurs de Prague pendant son apogée, illustrent de nouveau les efforts intenses et diversifiés faits au 14<sup>e</sup> siècle en Bohême pour traduire la Bible en allemand.

## CONTRIBUTIONS À UNE BIBLIOGRAPHIE DE MATHESIUS

*Herbert Wolf*

Johannes Mathesius (né en 1504 à Rochlitz, décédé en 1565 à St. Joachimsthal) est considéré comme un des premiers champions de la Réforme en Bohême et un des orateurs les plus doués des débuts du Protestantisme. Il s'est acquis de plus une réputation durable grâce à une biographie de Luther et un recueil de sermons qui montre sa compétence sur le travail des mines.

Nous devons une présentation complète de son œuvre au Viennois Georg Loesche (2 volumes, Gotha 1895), spécialiste d'histoire de l'église. Le présent rapport de recherches traite des écrits publiés sur Mathesius depuis cette

monographie. Bien que les recherches sur la Réforme aient été poussées de façon très intensive au cours des deux dernières générations, il n'y eut cependant que peu de publications importantes sur Mathesius. Quelques courtes contributions à sa biographie complètent l'œuvre de Loesche. Des travaux de Sturm et de Volz fournissent des points de vue de grande valeur sur son activité à Joachimsthal. Un grand nombre de recherches jettent de la lumière sur ses rapports avec les mines et son importance dans l'histoire de la littérature, mais des recherches linguistiques sont pratiquement inexistantes. Parmi les travaux qui traitent des différentes œuvres de Mathesius, il faut citer les études pleines de valeur de Volz sur ses „Sermons de Luther“; cette œuvre qui a connu à peu près 50 éditions, est considérée comme une importante contribution à l'histoire de la Réforme. Pour compléter ce rapport, l'auteur qui prépare lui-même une publication plus importante sur Mathesius, indique quelles recherches seraient encore à effectuer.

La bibliographie donnée en 1895 par Loesche et qui compte 56 titres, est complétée dans la deuxième partie du rapport par un grand nombre d'additifs et de corrections. Une vérification des manuscrits a prouvé que certains d'entre eux avaient été attribués par erreur à Mathesius. Enfin il est question des nouvelles contributions sur la correspondance de Mathesius.

## CONSIDÉRATIONS MILITAIRES ET POLITIQUES SUR LA QUESTION TURQUE AU XV<sup>e</sup> SIÈCLE

*Hans-Joachim Kießling*

On s'est jusqu'à présent aussi peu penché sur la question de savoir si, et le cas échéant, dans quelle mesure des données géopolitiques ont influencé l'avance des Turcs dans le sud-est de l'Europe, que sur celle de savoir si on peut affirmer que l'expansion de la domination turque en Europe s'est effectuée suivant un plan stratégique et politique. A ces deux questions il faut répondre par l'affirmative. Un certain nombre de circonstances, mais aussi certaines allusions tirées de vieux textes ottomans, montrent que les Sultans étaient pleinement conscients du sens des données géographiques.

C'est surtout le cours du Danube, malgré la faible importance économique de ce fleuve, qui influença fortement la stratégie et la politique turque. Tenir la ligne du Danube et contrôler les points de passage du fleuve faisaient partie des objectifs les plus importants des premiers Sultans. Un autre objectif important était le contrôle de la route stratégique transbalkanique de Salonique à Belgrade, de même que de la *Via Egnatia*. Il ne s'agissait plus là seulement d'objectifs économiques, mais aussi de l'attitude politique des satellites ottomans de la Moldavie et de la Walachie, ainsi que des despotes serbes. La possession ou tout au moins la tenue en échec des deux terminus de la route transbalkanique, c'est à dire des forteresses Belgrade et Salonique, ainsi que des cols des montagnes d'Albanie, était pour cela d'une importance déci-

sive. C'est à partir de ces faits que s'explique le comportement des premiers Sultans ottomans, mais aussi des Byzantins et des Vénitiens.

La supériorité de l'armée turque ne venait pas en dernier lieu de la centralisation du commandement, de l'unité de la langue et de l'avidité de nouvelles conquêtes. En face de ces avantages, les contradictions résultant de la politique interne de l'empire ottoman n'avaient qu'une importance secondaire. Le „pro memoria“ de l'évêque Alexius Celadonius dévoila sans ménagements les faiblesses de la position occidentale et donna des avis pertinents pour la lutte contre le danger turc. Mais non seulement il n'en fut tenu aucun compte, mais ils ne furent en grande partie même pas compris. L'attiédissement de l'esprit des croisades mena à une illusion de dégel et permit au Sultan d'apparaître comme un partenaire dans le jeu diplomatique. La méconnaissance de la nature idéologique des guerres turques conduisit à une surestimation de la fidélité aux traités des adversaires musulmans du sultan turc.

## LES MINES D'ÉTAI DE BOHÊME ET LEURS RELATIONS AVEC CELLES DE SAXE

*Siegfried Sieber*

L'Erzgebirge présente d'importantes réserves d'étain des deux côtés de la frontière entre la Bohême et la Saxe, particulièrement près de Graupen, Zinnwald et Altenberg à l'est, dans la région granitique de Karlsbad-Eibenstein à l'ouest et dans le „Zinnländchen“ bohémien autour de Schlaggenwald, Schönfeld et Lauterbach. Le flottage de l'étain précéda partout la vraie extraction minière. Près de Graupen on obtint probablement déjà vers 1240 de l'étain de flottage. En 1305 les mines de Graupen sont mentionnées dans les textes. C'est à partir de là que l'on ouvrit les mines saxonnes de Altenberg et de Geising. Certaines galeries, entre autres les „Tiefe Bünaustollen“, s'étendaient sous la frontière d'état et étaient exploitées par les mineurs des deux côtés. Du côté bohémien on put extraire de l'étain jusqu'à la fin du siècle dernier près de Zinnwald, et la fosse d'Altenberg en fournit encore aujourd'hui.

Sur le versant ouest de l'Erzgebirge, les premiers flotteurs d'étain et mineurs travaillèrent sur le cours supérieur du Schwarzwasser près de Platten, autour de Neudek, Frühbuß, Sauersack et Heinrichsgrün, d'où on tira de l'étain dès 1340. La jurisprudence (Waldzinnerrecht) de 1494, développée pour cette région, est une création de ces mineurs, semblable au Zinnerrecht de Ehrenfriedersdorf et de Geyer datant de 1450 environ. Une partie du versant ouest de l'Erzgebirge passa seulement en 1554 de la Saxe à la Bohême, ainsi les mines de Gottesgab et Platten. C'est dans cette région que se trouvait aussi le célèbre „Hengst“, une mine très riche, ainsi que Zwittermühl, Goldenhöhe, Halbmeil et Irrgang, équipés de bocards et de fonderies. Cette exploitation forestière (wäldischer Zinnbergbau) autour de Neudek, Frühbuß,

Hirschenstand, Sauersack, resta florissante jusqu'en 1654 à peu près. A cette époque les mineurs, à cause de leur confession luthérienne, émigrèrent vers les nouvelles mines saxonnes de Johanngeorgenstadt.

Déjà vers la fin du 15<sup>e</sup> siècle les princes saxons essayèrent de réglementer le commerce de l'étain. En 1518 on prévint un monopole pour la Saxe et la Bohême qui n'engloberait pas seulement les villes de l'Erzgebirge mais aussi Schlaggenwald. On voulut y intéresser les commerçants en étain de Leipzig et de Nuremberg. Plus tard les Fugger d'Augsbourg accaparèrent, par l'intermédiaire de Konrad Mayr, tout l'étain de Bohême et bloquèrent l'exportation vers la Saxe; mais ils avaient prévu par contre un cartel de l'étain avec le Prince Electeur de Saxe Moritz. Le monopole créé par Mayr s'effondra. Afin de parer à la détresse des mines qui s'en suivit, les corporations de Graupen et de Schlaggenwald s'unirent aux „forestières“ (Wäldischen). L'empereur Maximilien II et le Prince Electeur Auguste de Saxe essayèrent de nouveau de réunir l'étain de Bohême et celui de Saxe dans un monopole, mais ils n'arrivèrent pas à s'entendre. La Guerre de Trente Ans et les crises affectèrent énormément l'exploitation des mines de chaque côté de la frontière. Actuellement on n'extrait de l'étain plus que du côté saxon, à Altenberg et Ehrenfriedersdorf.

## LES PLUS ANCIENNES STATISTIQUES POUR L'INDUSTRIE ET L'ARTISANAT EN BOHÈME

*Gustav Otruba*

C'est dans le cadre des grandes réformes économiques de Marie-Thérèse, alors qu'elle essayait en Bohême et en Basse-Autriche de compenser la perte de sa province la plus riche en industries: la Silésie, que l'on établit pour la première fois de systématiques Tables générales des manufactures (General Manufactur Tabellen). L'origine de cette idée remonte aux mercantilistes de la fin du 17<sup>e</sup> siècle — c'est ainsi qu'en 1675, à la demande de Becher, Hörnigk avait dressé des relevés statistiques des industries de plusieurs villes de Bohême — sans qu'il y fut tout d'abord donné suite. Ce n'est que pour l'année 1756 que nous avons de nouveau pour la première fois une description des manufactures existant en Bohême, groupées par Kreis. Les plus récents changements et les projets y étaient particulièrement soulignés. Les Loscanischen Particular Tabellen qui y étaient adjointes et qui présentaient les résultats sous une forme statistique, n'ont été conservées que pour un petit nombre de Kreis. Pour les années qui suivent on possède un grand nombre de statistiques de détails sur l'extension, dans différents Kreis, de certaines branches de l'industrie, telles la verrerie, la draperie, la bonneterie. Mais le premier „General Landes Aufnahm und Manufacturs Tabella des Königreiches Böhme“ date de 1766. Il fut fait à la demande de Joseph comte Kinsky, et reçut, en tant que le premier résumé, sous cette forme, de la situation économique d'un

territoire de la couronne, la plus haute attention de Marie-Thérèse et de Joseph II. Des copies en furent envoyées à tous les autres Kommerzkollegien pour servir de modèle. On a conservé d'autres „Commerzial Landes Aufnahms Tabella“ des années 1775 à 1783, puis seulement pour les années 1787, 1788, 1790, 1797. Les derniers relevés étaient même faits sur des formulaires imprimés.

Le présent exposé offre des éditions complètes des relevés de 1766, 1776, 1788. De plus il donne une statistique comparative du développement de différentes branches de l'industrie, où les données globales de 1766, 1776, 1788, et 1797 sont interprétées. Pour les années 1766 et 1797, il est possible en partie de comparer l'ensemble de la production et la valeur des produits. On peut ainsi y voir de façon impressionnante la grande montée industrielle de la Bohême à l'époque de Marie-Thérèse et de Joseph II.

## PRINCIPE ET DÉVELOPPEMENT DES ÉCOLES PROFESSIONNELLES DANS LES RÉGIONS DE LA TCHÉCOSLOVAQUIE CONTEMPORAINE

*Peter Pontz*

L'instruction publique professionnelle dans les régions de Tschécoslovaquie contemporaine fut marquée par l'Autriche-Hongrie. Ses débuts datent, comme pour tous les autres pays d'Europe, de l'époque de l'absolutisme éclairé. Le modèle autrichien est caractérisé par la préférence accordée à une formation théorique dans une école à plein temps, avant l'entrée dans le métier, vis à vis d'une formation moins poussée, donnée dans une école de formation durant l'apprentissage, mais aussi par sa diversité. On peut distinguer les types d'écoles suivants: les écoles de formation (Fortbildungsschule), qui formaient surtout, durant leur stage, les apprentis dans le petit commerce, la petite industrie et l'artisanat; les écoles professionnelles spécialisées (Berufsfachschule), bien plus nombreuses, qui préparaient, à plein temps, pendant au moins un an, les jeunes gens sortant de l'école communale ou de l'école primaire moyenne, à une profession artisanale, commerciale ou d'économie domestique. Les écoles spécialisées (Fachschule) pouvaient seulement être fréquentées par ceux qui possédaient une formation pratique suffisante et servaient au perfectionnement dans le métier.

Dès le milieu du 18<sup>e</sup> siècle on trouve des exemples de ces types d'écoles. La mise en application de l'ordonnance de Marie-Thérèse de 1774 sur les écoles montra, surtout dans le Territoire de la Couronne, en Bohême, une grande ouverture d'esprit en faveur des écoles professionnelles. Le „Normal-schuldirektor für Böhmen“, Ferdinand Kindermann, ne se contenta pas d'encourager les heures de répétition du dimanche prescrites par le règlement, il créa aussi ce que l'on appela les écoles industrielles. Vers 1792, des écoles industrielles étaient rattachées à 562 écoles primaires — un quart de toutes

les écoles primaires de Bohême. Ces écoles industrielles furent abandonnées dès la première moitié du siècle dernier au profit des nouvelles écoles professionnelles spécialisées (Berufsfachschule). Les efforts de Kindermann conduisirent aussi à la création en 1791 d'écoles d'agriculture et forestières et d'écoles du dimanche pour les artisans. Par contre la première école de mines fut fondée dès 1753 à Joachimsthal.

Avec la création du premier établissement technique à Prague en 1806, la future haute école technique, la Bohême prit de plus en plus en Autriche-Hongrie la place d'une terre d'expérience pour l'introduction de nouveaux types d'écoles pour la formation professionnelle. En 1850 fut créé à Tetschen-Liebwerd la première haute école d'agriculture de la monarchie; en 1852 à Reichenberg la première école industrielle d'Autriche. Deux ans avant les Viennois, en 1856, les commerçants de Prague fondèrent une école commerciale, qui prit dès 1866 le nom d'académie commerciale et fut dirigée par le Dr. Carl Arenz de Leipzig. Celui-ci vit dans le comptoir modèle (comptoir d'exercices pratiques) le coeur de son école, et institua les principes d'enseignement qui sont encore actuellement en vigueur. En 1855 Steinschönau reçut la première école de verrerie; 1862 Weißwasser, Kaaden et Chrudim des écoles professionnelles d'agriculture. Des 8 écoles industrielles nationales de la monarchie fondées en 1876, 5 le furent dans les Sudètes. C'est en Bohême du Nord que l'on mit à l'épreuve les programmes d'études imposés par la suite aux écoles et académies de commerce.

La République Tchécoslovaque créée en 1918 reprit dans une grande mesure cette instruction publique professionnelle très développée et fortement spécialisée. Les changements qui y furent portés étaient en premier lieu de caractère national, de même que les uniformisations et les nationalisations. L'uniformisation prévue en 1938 fit courir un grand danger à l'instruction professionnelle très différenciée du pays des Sudètes. Mais on se contenta finalement de nouvelles dénominations à l'instar de celles de l'Empire allemand et de l'introduction de temps de travaux pratiques dans les écoles professionnelles spéciales. Sous le Protectorat l'ancien système fut maintenu mais sans être encouragé en aucune façon. Les nouvelles lois sur l'instruction amenèrent une réglementation toute nouvelle. Elle introduisit en Tchécoslovaquie en 1948 l'école uniforme de 10 ans, et en 1953 de 11 ans, où on ne peut faire de différence entre l'enseignement général et l'enseignement professionnel.

Actuellement seules les écoles commerciales et les écoles professionnelles créées après la deuxième guerre mondiale en République Fédérale par des instituteurs venant des Sudètes, comme par exemple l'école de verrerie de Rheinbach sur le modèle de celle de Steinschönau, rappellent encore le système d'instruction professionnelle bien organisé des régions des Sudètes.

## ALLEMANDS DES SUDÈTES EN „AUTRICHE CENTRALE“

*Nikolaus v. Preradovich*

Parmi les personnalités originaires du pays des Sudètes et qui ont particulièrement bien mérité de l'Autriche Centrale, c.-à-d. de la Styrie, la Carinthie et de Krain, il faut citer tout d'abord le comte Anton Prokesch v. Osten, général et ambassadeur, le gouverneur baron Guido Kübeck v. Kùbau, le savant August Jaksch v. Wartenhorst, et Florian Gröger, le grand capitaine de Carinthie.

Le comte Anton Prokesch v. Osten (1795—1876), né à Graz, était un fils de Maximilian Prokesch, un employé en département des finances, originaire de Groß-Seelowitz (Moravie). Il s'éleva de la petite bourgeoisie aux rangs supérieurs sociaux de la monarchie autrichienne ce qui illustre de façon exemplaire les possibilités offertes par l'Empire des Habsbourg à ceux qui y apportaient les capacités et le travail nécessaires. Un autre semblable exemple offre celui-ci de Karl Kübeck v. Kùbau (1780—1855), qui, fils d'un tailleur de Iglau, devint plus tard homme d'Etat, et son neveu Guido Kübeck v. Kùbau (1829—1907), né à Vienne, qui s'éleva jusqu'à la position de gouverneur de la Styrie. La famille d'August Jaksch v. Wartenhorst (1859—1932), né à Prague, plus tard directeur des archives régionales de la Carinthie, était également issue de couche inférieure. Son grand-père était cordonnier à Wartenberg (Bohême du Nord). Florian Gröger (1871—1927), né à Wildgrub près de Freudenthal, également fils d'un cordonnier, devint après la première guerre mondiale le grand capitaine de la Carinthie.

Dans l'économie de la Styrie se distinguèrent notamment: le possesseur d'une verrerie Adolf Körbitz, originaire d'Asch; Franz Kandler, propriétaire foncier et industriel, originaire de Wiese; Wilhelm Rösche, directeur de la Steyr-Daimler-Puch S.A.; Streer v. Streerowitz, directeur des Usines-Dynamit-Nobel, né à Mies; et le pionnier de la construction des routes Josef Brix, originaire de Bergstadt (Moravie Septentrionale).

Dans le domaine artistique il faut citer: les peintres Leo Scheu, originaire d'Olmütz, et Fred Hartig de Gablonz, ainsi que le chef d'orchestre Hans Gerstner provenu de Luditz. Dans la poésie de la Styrie s'illustrèrent notamment: Rudolf Hans Bartsch, dont le père était originaire de Jägerndorf, Bruno Brehm, dont le père était issu de l'Egerland (région de Cheb), Wolfgang Burghauser de Prague, Karl Wilhelm Gawalowski de Zubří (Moravie), Karl Adolf Mayer de Mährisch-Rothwasser, Franz Nabl de Lautschin (Bohême) et Ottokar Kernstock dont la famille provenait de Prachatitz.

## CARACTÈRES PRINCIPAUX DE LA LÉNITION DANS LE HAUT ALLEMAND DANS LES PAYS DES SUDÈTES

*Franz J. Beranek*

La lénition découverte par le germaniste de Prague Primus Lessiak (1878—1937) et apparue dans l'allemand littéraire dès le 13<sup>e</sup> siècle, a modifié, à partir de cette époque, l'état des consonnes dans de grandes parties de l'allemand littéraire. Comme ces modifications, à l'inverse de celles provoquées par les mutations de l'allemand littéraire, n'apparaissent pas dans la langue écrite, les savants ne leur ont prêté jusqu'à présent que peu d'attention. Le langage populaire des pays des Sudètes, aussi bien le patois que le langage courant plus raffiné, fut lui aussi plus ou moins atteint par cette lénition.

La carte 1 qui accompagne l'article, montre le destin des occlusives initiales fortes p,t,k du moyen de l'allemand littéraire (mha). Elles se confondent, dans les régions indiquées par I, ainsi que dans les patois des villes de Brünn et d'Iglau, avec les occlusives douces b,d,g en un phonème. Ce phonème est un son moyen (moyen-fort B,D,G), mais peut aussi être la douce et parfois aussi la forte. Seul l'aspiré kh, placé devant une voyelle, reste inchangé. Dans cette région, l'initiale mha s est devenue sourde. — Dans la région II, ces changements ne se sont produits que partiellement; à savoir pour l'initiale absolue ou après une consonne sourde. Après les voyelles ou les sonores, les anciennes fortes et douces sont restées telles quelles, par exemple le mha s comme phonème sonore. Néanmoins la lénition gagne du terrain. — Dans la région III, les anciens rapports de sonorité sont encore inchangés. Ici l'initiale mha s reste sonore. (p- dans le Schönhengst par exemple est un héritage bavarois).

La carte 2 montre l'état de la lénition des occlusives fortes intérieures. Dans la région indiquée par Ia, ainsi que dans les patois des villes de Brünn et d'Iglau, les intérieures p,t,k du mha sont devenues b,d,g et se confondent avec les anciens b,d,g (dans la mesure où ceux-ci ne sont pas devenus des spirantes, ou n'ont pas disparus). Dans la région Ib, p,t,k se confondent de nouveau avec b,d,g (dans la mesure où ces occlusives sont demeurées). Les consonnes géminées du mha pp,tt,ck sont restées fortes dans la région I (a et b). — Dans la région II, la prononciation des géminées fortes et douces varie, sans qu'on puisse faire de distinction, de moyen-fort à doux. — Dans la région III, les rapports de sonorité sont de nouveau restés inchangés. Les finales connaissent les mêmes conditions que les initiales, mais on ne le reconnaît que dans les patois.

Le k initial du mha devant une voyelle se prononce comme un phonème aspiré dans toute la région des Sudètes. L'extension de l'aspiration du k initial devant une consonne est indiquée par la carte 3. Dans le langage courant de la Moravie du Nord et de la Silésie, et en partie dans les patois de cette région, le p et la t initial sont souvent aspirés.

Le changement très répandu des explosives douces en fricatives, particu-

lièrement b w et g x (ch), est dans un certain rapport avec la lénition. Dans le langage des Allemands des Sudètes, ce changement se limite au patois. Dans le langage courant le changement g ch ne se présente que dans la région indiquée sur la carte 4.

La recherche se limite aux occlusives; pour les fricatives, elle veut seulement étudier la prononciation du s initial dans le pays des Sudètes.

## LES CONDITIONS DE LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE DE LA PREMIÈRE RÉPUBLIQUE TCHÉCOSLOVAQUE

*Bohumila Wierer*

La République Tchécoslovaque (ČSR) ne fut pas seulement dans son existence en tant qu'Etat l'œuvre de T. G. Masaryk, mais son idéologie fut aussi essentiellement marquée par les opinions politiques et philosophiques de d'Etat Masaryk, son premier Président. Masaryk considérait la révolution tchèque hussite et surtout la réformation des „Brüdergemeinden“ (communautés des Frères moraves) comme des mouvements humanistes qui, au 18<sup>e</sup> siècle, fécondèrent beaucoup les idées démocratiques de l'Occident. Bien que cette thèse fût en partie vivement critiquée par les historiens, la résistance tchèque pendant la première guerre mondiale adopta également cette philosophie de l'histoire de Masaryk. Elle se traduisit dans les faits par une opposition contre la maison catholique de Habsbourg et ainsi contre la monarchie autrichienne. L'idéologie de l'Etat tchécoslovaque, marquée par les idées de Masaryk, eut des influences psychologiques notamment sur la politique étrangère du nouvel Etat vis-à-vis de l'Autriche et de la Hongrie. Un facteur essentiel pour la naissance de la République Tchécoslovaque fut la tentative, couronnée de succès, de Masaryk de mettre d'accord le programme tchèque historique du droit d'Etat avec le droit national moderne basé sur le droit naturel. Cette construction était nécessaire pour motiver le rattachement de la Slovaquie aux pays de Bohême.

Du point de vue géopolitique, la ČSR n'avait de frontières naturelles que dans la région de Bohême; celles-ci manquaient en partie déjà en Moravie et presque entièrement en Slovaquie et en Carpatho-Russie. La composition de la population, résultat de querelles ethniques qui durèrent plusieurs siècles, promettait en 1918 bien une majorité sûre pour constituer l'Etat, mais non une conscience d'Etat comprenant toutes les nationalités, la ČSR ayant été fondée comme Etat national. Lors de la séparation nationale des Slovaques la majorité qui supportait l'Etat diminua. De l'autre côté, la retenue des Allemands des Sudètes vis à vis de la ČSR se relâcha peu à peu.

Quant à l'économie, les pays de Bohême étaient fortement industrialisés. Les capacités productives ayant été calculées pour l'espace économique de la monarchie austro-hongroise, plusieurs branches industrielles manquaient de débouchés dans la ČSR relativement plus petite. La question de la répar-

tition des investissements de l'Etat entre les individuelles groupes ethniques souleva aussi des problèmes difficiles à résoudre. La réalisation de la réforme agraire fut encore plus difficile et problématique. Parceque les groupes de nationalité non-tchèque, insatisfaits de leur situation sociale, avaient tendance à demander de l'aide aux états voisins, il fallait beaucoup de l'habilité et de l'extraordinaire savoir pour faire une politique étrangère couronnée du succès; on voyait pourtant la nécessité de mettre d'accord les problèmes de la politique intérieure ci-cités avec les plans de la politique extérieure.

## LA PRISE DE POSITION DU COMMINTERNE ET DU PCTCH SUR LA QUESTION DES ALLEMANDS DES SUDETES

*Rudolf Hilf*

A la fin de la deuxième guerre mondiale le parti communiste de la Tchécoslovaquie opta pour l'expulsion de tous les Allemands des pays de la Bohême. Cependant, à l'origine, la politique du PC tchécoslovaque aussi bien que celle du Komintern, vis à vis des Allemands des Sudètes avait été toute différente. Dans la première République Tchécoslovaque, le PC était le seul parti dans lequel toutes les nationalités étaient réunies. Les Allemands des Sudètes de gauche à Reichenberg avec Karl Kreibich, avaient contribué de façon décisive à la fondation du parti. Kreibich visait à une action commune des Tchèques et des Allemands, à partir de la solidarité de classe. Le groupe tchèque du parti mené par Šmeral ne suivit ce chemin qu'en hésitant, car celui-ci croyait qu'il faut tenir compte des masses ouvrières tchèques nationalistes.

Le PCTch se trouva dans une situation scabreuse, quand l'Union Soviétique, qui jusqu'en 1933 attendit la révolution en Allemagne, lui prescrivit de prendre la défense du droit des Allemands des Sudètes à l'autodétermination, „jusqu'à la séparation de l'État“. Une telle politique aurait signifié pour les communistes tchèques le danger de perdre une grande partie de leurs adhérents, tandis que les Allemands des Sudètes communistes, en tant que dogmatiques de gauche, n'étaient pas aptes à pouvoir défendre une telle politique nationale avec succès vis à vis de leurs compatriotes. Le Komintern exhorta plusieurs fois aussi bien les communistes tchèques que les allemands à ne pas seulement suivre cette politique du bout des lèvres, mais à s'engager effectivement pour l'autodétermination des Allemands des Sudètes. Quand, au début des années 30, la fraction staliniste avec Gottwald prit la direction du parti, celui-ci défendit sans équivoque le droit à l'autodétermination des Allemands des Sudètes.

Avec la prise du pouvoir par Hitler débuta aussi une nouvelle politique soviétique en Europe Centrale. C'était dès lors l'état tchécoslovaque tout entier qui devenait important pour Moscou, et le PCTch changeait de même sa politique vis à vis des Allemands des Sudètes. Il défendit bien sûr toujours

l'égalité entre les Allemands et le peuple tchèque, mais en insistant sur l'intégrité de l'état et la défense de ses frontières.

Le PCTch qui, durant de longues années, avait traité le „Tchécoslovaquisme“ d' „Impérialisme“, et la première République de „géôle de peuples pire que l'Autriche-Hongrie“, devenait ainsi un défenseur de l'état. L'accord de Munich de 1938 donna au PCTch la grande chance de se présenter au peuple tchèque comme le seul garant sûr de l'indépendance nationale.

La prise du pouvoir par les communistes après la deuxième guerre mondiale s'aïda beaucoup du prestige que les communistes tchèques s'étaient acquis à l'époque de Munich. Le PC tchécoslovaque devint ainsi un parti nationaliste tchèque et orienta en conséquence son attitude vis à vis des Allemands des Sudètes. Malgré cela l'expulsion des Allemands ne doit pas être attribuée en premier lieu à la politique du PC ou à celle de Moscou.

Les Allemands des pays de la Bohême sont la victime des luttes de puissance internes entre les socialistes nationaux tchèques partisans de Beneš et les communistes. Les projets d'expulsion, produits du revanchisme et du racisme, sont issus de Beneš. Les communistes ne voulaient pas rester en arrière, afin de ne pas perdre leur influence sur les excités. Ils ne se contentèrent pas s'adapter à cette politique, ils la dépassèrent afin de pouvoir plus facilement introduire le bouleversement du régime de propriété.

## CHANGEMENTS DANS LE MARXISME-LÉNINISME EN EUROPE ORIENTALE

*Eugen Lemberg*

Celui, qui de l'Occident, observe le développement intellectuel dans les pays de l'Europe centrale orientale, a souvent tendance à considérer les mouvements scientifiques et littéraires qui y prennent naissance, et que l'on groupe le plus souvent sous le terme de révisionisme, comme anti-communistes. Il en attend une sorte de restauration de la pensée pré-communiste, bourgeoise-libérale, occidentale, et d'une forme de société qui corresponde à cette pensée. L'auteur étudie quelques exemples de ces mouvements, et arrive à la conclusion qu'il faut les considérer comme des développements à l'intérieur du communisme. Ils différencient l'image du communisme en Europe centrale orientale. Mais, plutôt qu'une lutte contre le communisme, ils représentent un processus d'adaptation du marxisme-léninisme aux conditions existant en Europe centrale orientale, et héritées de la tradition occidentale.

Un de ces exemples est le rôle de la philosophie marxiste-léniniste en Pologne. Bien qu'elle ne fût au début pas prise au sérieux, elle a donné naissance à une jeune génération de philosophes bien formés, qui ont maintenant développé une critique marxiste du marxisme. Les travaux de Leszek Kolakowski sur le caractère idéologique du marxisme-léninisme sont à ce point de vue caractéristiques. Kolakowski rejette la prétention du marxisme d'être

une science expérimentale, même s'il reconnaît à l'idéologie marxiste une fonction nécessaire et positive. Entretemps les rapports entre idéologie et science sont devenus dans toute l'Europe orientale un sujet de discussion central pour le marxisme. Des Yougoslaves et des Tchèques y prennent aussi part, à côté de Ernst Bloch et de Georg Lukàcs. Bien qu'on les accuse en partie de révisionisme, ils n'en sont pas moins marxistes. Il semble ainsi que cette discussion ouvre une nouvelle époque de compréhension de soi-même du marxisme.

Au point de vue des images historiques nationales des peuples d'Europe centrale orientale, le communisme en s'installant dans cette région a su éviter une rupture. Il a repris les mythes nationaux du „Risorgimento“ et les a ordonnés dans le schéma historique marxiste. Maintenant apparaissent des historiens, comme l'auteur le montre, en prenant l'exemple de l'historiographie tchèque, qui refusent de considérer les idéologies religieuses de la fin du Moyen Age, très importantes pour les Tchèques, comme une simple superstructure ou un camouflage de phénomènes sociaux révolutionnaires, mais comme des développements intellectuels et des facteurs primaires de l'histoire. On le voit, par exemple, dans l'interprétation de l'idéologie hussite par Robert Kalivoda.

Au point de vue pédagogique, l'Europe centrale orientale montre aussi des différences caractéristiques par rapport à la pensée soviétique. L'identification des processus de production et d'instruction, qui est très poussée dans la réforme de l'enseignement soviétique de 1958, est corrigée par le Polonais Ignacy Szaniawski. Celui-ci, tout en restant sur le terrain du marxisme, a souligné la différence essentielle entre les deux processus.

Enfin l'auteur montre dans la littérature tchèque le caractère révolutionnaire, anti-bourgeois de cette poésie, qui autrefois s'attaqua aux vainqueurs bourgeois de 1918, et aujourd'hui, à la direction et à la forme de société dogmatique et figée du communisme, sans laisser le terrain d'un socialisme communiste. Ici les parallèles sont évidents, non seulement en Europe centrale orientale, surtout en Pologne, mais aussi en Union Soviétique.

## PRINCIPES DU NOUVEAU DROIT PÉNAL TCHÉCOSLOVAQUE

*Erich Schmied*

L'étude donne une vue d'ensemble sur l'évolution du droit pénal tchécoslovaque depuis le coup d'Etat communiste en février 1948 jusqu'à maintenant. Les changements du droit furent effectués parallèlement à l'évolution du droit pénal soviétique. L'influence de l'abandon du stalinisme sur le droit pénal tchécoslovaque y est particulièrement soulignée. Le résultat de cette évolution du droit est le nouveau droit pénal „socialiste“, entré en vigueur le premier janvier 1962. Il fut introduit par la thèse de la „légalité socialiste“. Lénine

et les premiers idéologues soviétiques avaient encore des conceptions utopiques au sujet de la disparition de l'état et des lois. Mais on revint bien vite de ces tendances au „nihilisme du droit“, on adopta d'abord la thèse d'une „conscience juridique révolutionnaire“, pour aboutir finalement à un droit positif strict. Cette thèse de la légalité socialiste met le droit à la disposition de la politique du parti avec toute sa dynamique. Un point central de cette politique est la lutte des classes. Le droit pénal est aussi mis à son service. Avant tout, se reflète dans le système pénal le caractère de classe de la loi pénale. En assignant la peine, le juge animé de la conscience de classe doit examiner soigneusement le caractère de classe de l'accusé. Le résultat de cet examen sera de se rendre compte si, et dans quelle mesure, on a affaire à un acte „dangereux pour la société“. Cette conception dogmatique et non encore dépassée de „dangereux pour la société“ est au centre du droit pénal „socialiste“. Le droit pénal tchécoslovaque expose clairement le but de la peine. Le principe de l'éducation et de l'amélioration est mis au premier plan, bien qu'il s'agisse en réalité bien plus de mise hors d'état de nuire, de terreur et d'intimidation politique. A propos du but de la peine exposé, le système à double caractère de peine et de mesure de sécurité, paraît assez obscur, d'autant plus que les mesures d'amélioration font partie des peines. Des paragraphes particuliers sont consacrés au système de peine et au sursis (condamnation avec sursis, mise en liberté sous condition). Le sursis est accordé en tenant compte presque exclusivement du rendement du travail. Ceci comporte le danger d'abus du sursis au profit de l'utilisation des ouvriers. En principe les „organisations sociales“ peuvent intervenir en faveur du sursis dans l'exécution de la peine. Elles peuvent donner une „caution pour l'amélioration de l'accusé“. Il est à craindre, du point de vue juridique, que ces dispositions ne servent qu'à renforcer le parti politique au pouvoir aux dépens de la justice. Mais encore plus grave est la suppression de la juridiction pénale régulière au profit de ce qu'on a convenu d'appeler les tribunaux populaires locaux, qui furent instaurés d'après le modèle soviétique des „tribunaux des camarades“. Avec une telle restriction de la fonction de protection du droit et de la juridiction, c'est le principe même de la séparation des pouvoirs qui est mis de côté. Mais si la justice n'est considérée que comme un bras de l'autorité publique indivise exercée par le parti, il ne peut plus y avoir de juges vraiment impartiaux. Dans le dernier paragraphe se trouve exposé ce que la jurisprudence tchécoslovaque entend par indépendance des juges, et ce que nous devons penser de cette conception, en comparant cette conception à nos concepts juridiques.

PERSONENREGISTER  
DER ABHANDLUNGEN UND MISZELLEN

- Abû 'Abdallâh (Boabdil), muslim. Fürst (um 1490) 136
- Adjukiewicz, Kazimierz (\* 1890), poln. Logiker 416
- Adler, Friedrich (\* 1879), österr. Sozialistenführer 458
- Aehrenthal, Aloys Graf Lexa von (1854—1912), österr. Staatsmann, Außenminister (ab 1906) 462
- Agricola, Georgius (1499—1555), dt. Naturforscher 78, 86, 88 f., 138
- Albich, Siegmund (1347—1427), Arzt, Erzbischof von Prag 54
- Albrecht III., Herzog von Sachsen (1464—1500) 153, 155
- Alexander I. Pawlowitsch, Zar (1801—1825) 37
- Alexander VI., Papst (1492—1503) 122 f.
- Alexander von Roes (13. Jh.), Kölner Kanoniker 47
- Alexandrowski, sowjet. Gesandter in Prag (1938) 392
- Alnpeck, Hans (um 1525), Zinnkäufer 140
- Appelt, Rudolf (\* 1900), kommunist. Politiker 389
- Arenz, Carl (um 1850), Direktor der Prager Handelsakademie 253, 274
- Arndt, Ernst Moritz (1769—1860), dt. Dichter 31 Anm. 55, 34 f., 37
- Astachov, sowjet. Geschäftsträger in Berlin (1939) 393
- Auersperg, Angelika Gräfin von, Gemahlin Guido Kübecks von Kübau 289
- Auersperg, Anton Alexander Graf von (1806—1876) 288
- Auersperg, Josef Graf von (1812—1883), Oberst-Erblandmarschall in Krain 289
- August I., Kurfürst von Sachsen (1553—1586) 157, 159 f.
- Bachheibl Johann (um 1830), Kaufmann 247
- Bacilek, Karol Josef (\* 1896), Partei- u. Regierungsfunktionär 446
- Badeni, Kasimir Felix Graf (1846—1909), österr. Staatsmann 454, 456
- Baernreither, Josef Maria (1845—1925), sudetendt. Politiker 456, 466
- Bainville, Jacques (1879—1936), französ. Historiker u. Politiker 44
- Bâjezid I., türk. Sultan (1389—1402) 116 f.
- Bâjezid II., türk. Sultan (1481—1512) 111, 114 f., 117, 120, 122 f., 131 f., 135 f.
- Ballagi, Géza, ungar. Historiker 26
- Bareuther, Ernst (1838—1905), österr. Politiker 452, 454, 456
- Bartsch, Rudolf Hans (1873—1952), Schriftsteller 297
- Bauer, Otto (1882—1938), österr. Politiker 337 f.
- Beier (Beyer), Dominikus (16. Jh.), Pfarrer 107
- Beksis, Gustav (1847—1906), ungar. Journalist u. Schriftsteller 26
- Benedikt, Moritz (1849—1920), sudetendt. Journalist u. Publizist 466
- Beneš, Eduard (1884—1948), tschech. Staatspräsident 320, 323, 378 f., 390, 393—399, 410
- Berchtold, Leopold Graf (1863—1942), österr. Staatsmann, Außenminister (1912—1915) 459—466
- Bernstein, Eduard (1850—1932), Theoretiker der Sozialdemokratie 410
- Beschorner (um 1820), Bergmeister 155
- Bethmann Hollweg, Moritz August von (1795—1877), Jurist, preuß. Kultusminister (1858—1862) 460, 462
- Bezruč, Petr (\* 1867), tschech. Dichter 427
- Bibancos, Julius Emanuel (19. Jh.), Leiter einer Budapester Sonntagsschule 263
- Biebl, Konstantin (\* 1898), tschech. Dichter 427
- Bienrath-Schmerling, Richard Graf (1863—1918), österr. Staatsmann, Ministerpräsident (1908—1911) 456
- Bismarck, Otto von (1815—1898), preuß. Ministerpräsident (1862—1890) 31—33, 287 f.
- Bloch, Ernst (\* 1885), dt. Philosoph 413, 417

- Blo(c)k, Aleksandr (1880—1921), russ. Schriftsteller 427
- Blonskij, Pavel Petrovič (1884—1941), russ. Pädagoge 420
- Bogner, Christoph (um 1540) 158
- Bogomolow, sowjet. Botschafter in Prag (um 1940) 396 f.
- Branković, Georg (1367—1456), serb. Fürst 128
- Braß, Gustav (1851—1919), sudetendt. Politiker 449
- Braß, Hermann (1855—1938), sudetendt. Politiker 452
- Brecht, Bertold (1898—1956), dt. Dichter 427
- Brehm, Bruno (\* 1892), dt. Schriftsteller 297
- Brenner, Hans (16. Jh.) 145
- Brentano, Franz (1838—1917), dt. Philosoph 416
- Březina, Otakar (1868—1929), tschech. Dichter 415, 427
- Brix, Josef (\* 1878), Hofrat u. Regierungsbaudirektor 295 f.
- Bucharin, Nikolaj Iwanowitsch (1888—1938), sowjet. Politiker u. Wirtschaftstheoretiker 354
- Büdinge, Max (1828—1902), dt. Historiker 49
- Büsch, Johann Georg (1728—1800), dt. Nationalökonom u. Gymnasialprofessor 251, 274
- Brand, Gottfried (um 1800), Prof. f. kaufmänn. Wissenschaften 251
- Burghäuser, Wolfgang (1883—1938), Hofrat u. Schriftsteller 297
- Burián, Stephan Graf (1851—1922), österr. Staatsmann, Außenminister (1915/16) 461, 463
- Butterfield, Prof. in Cambridge 462
- Calvin, Johann (1509—1564), Reformator 319
- Camerarius, Joachim (1500—1574), dt. Humanist 106
- Cammerhöfer, Basilius (16. Jh.), Archidiacon in Freiberg (1557) 107
- Čapek, Karel (1890—1938), tschech. Schriftsteller 415, 426
- Capo d'Istrias, Johann Anton Graf (1776—1857), Präsident von Griechenland 287
- Carlowitz, Christoph von (1507—1578), sächs. Staatsmann 159
- Celadonius, Alexius († 1517), ital. Bischof 117—121, 124, 126 f., 132—136
- Chałasiński, Józef, poln. Soziologe 417, 420
- Chamberlain, Houston Stewart (1855—1927), Schriftsteller u. Kulturphilosoph 37, 42, 392
- Charrière, Isabelle Madame de Tuyll van Zuylen (1740—1805), französ. Schriftstellerin 50
- Chelčický, Peter (ca. 1390—1460), hussit. Laientheologe 50, 313 f.
- Chlumecký, Johann Freiherr von (1834—1924), österr. Staatsmann 449
- Chotek, Rudolf Graf (1707—1771), Statthalter von Böhmen 164
- Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch (\* 1894) 420, 432, 437, 443
- Churchill, Sir Winston Spencer (1874—1965), brit. Staatsmann 395
- Clam-Martinitz, Heinrich Graf (1863—1932), österr. Staatsmann 456
- Clary-Aldringen, Manfred Graf (1852—1928), österr. Staatsmann 456
- Clausewitz, Karl von (1780—1831), General 285
- Clementis, Vladimír (1902—1952), slowak. Jurist u. Politiker 393
- Colditz, Timo von (um 1330), böhm. Adelliger 139 f., 153
- Comenius s. Komenský, Jan Amos
- Conrad von Hötzenhof, Franz Graf (1852—1925), österr. Feldmarschall 461
- Cornaro, Caterina (1454—1510), Königin von Zypern 118
- Cosmas von Prag (1045—1125), böhm. Chronist 47
- Czartoryski, Adam Fürst (1770—1861), poln. Staatsmann 26, 45
- Czech, Ludwig (1870—1942), sudetendt. Politiker 370
- Dahn, Felix (1834—1912), dt. Rechtshistoriker u. Schriftsteller 37
- Dalimil (14. Jh.), böhm. Chronist 47
- Dandolo, Sylvester Graf (1766—1847), Admiral 286
- Danilewskij, Nikolai (1822—1885), russ. Publizist 29
- Denis, Ernest (1849—1921), französ. Historiker u. Slawist 45, 50
- Déry, Tibor, ungar. Dichter 429
- Dewey, John (1859—1952), amerik. Philosoph u. Pädagoge 420
- Dobrovský, Josef (1753—1829), Slawist 47 Anm. 87, 48
- Dolerisch, Liborius von (16. Jh.), böhm. Kuxbesitzer 148

- Dove, Alfred Wilhelm (1844—1916), dt. Historiker 41
- Droysen, Johann Gustav (1808—1884), dt. Historiker u. Politiker 41
- Dschem (1459—1495), türk. Prinz, Sohn Mehmeds II. 115, 123 f., 132
- Dühring, Eugen Karl (1833—1921), dt. Philosoph u. Nationalökonom 42
- Dürich, Josef (1847—?), tschech. Schriftsteller u. Politiker 323
- Durych, Jaroslav (\* 1886), tschech. Dichter 415, 427
- Dwinger, Edwin Erich (\* 1898), Schriftsteller 297
- Dyk, Viktor (1877—1931), tschech. Schriftsteller 319, 427
- Eber, Paul (16. Jh.), Prof. in Wittenberg 106 f.
- Eisenmann, Louis (1869—1942), französ. Historiker 50
- Eissner von Eisenstein, Johann Ignaz (1722—1795), Prager Bürger u. Glasfabrikant 294
- d' Elvert, Heinrich Freiherr (1853—1926), sudetendt. Politiker 452
- Enderlein, Matthes (1493—1556), Bergmeister u. Bergjurist 138
- Engels, Friedrich (1820—1895), dt. Philosoph 420
- Esterházy, Paul Fürst von (\* 1901), ungar. Politiker 379
- Felbiger, Johann Ignaz von (1724—1788), Schulreformer 244, 259, 274
- Ferdinand I., Kaiser (1556—1564) 78, 82, 106, 147, 150, 153, 158 f.
- Ferdinand II., der Katholische, König von Aragonien (1452—1516) 135 f.
- Ferdinand Maximilian (1832—1867), Erzherzog von Österreich 289
- Fichte, Johann Gottlieb (1762—1814), dt. Philosoph 39, 45
- Fierlinger, Zdeněk (\* 1891), kommunist. Regierungsfunktionär 393
- Fischer, Otakar (1883—1938), tschech. Schriftsteller u. Germanist 428
- Forgách, Anton Graf (1819—1885), österr. Staatsmann 465
- Forster, Hans (um 1410), Lehensmann auf der Herrschaft Neudek 144
- Fournier, August (1850—1920), österr. Historiker u. Politiker 456
- Franz I., Kaiser von Österreich (1804—1835), als Franz II. röm.-deutscher Kaiser (1792—1804) 287
- Franz Joseph I. (1830—1916), Kaiser von Österreich (1848—1916) 458, 461, 465
- Franz Ferdinand, Erzherzog von Österreich-Este (1863—1914) 461
- Frendl, Carl (1827—?), sudetendt. Politiker 450
- Freytag, Gustav (1816—1895), dt. Schriftsteller 37, 41
- Friedjung, Heinrich (1851—1920), österr. Historiker u. Journalist 316
- Fugger, Anton (1493—1560), Kaufmann, Reichsgraf (ab 1530) 159
- Fugger, Jakob d. J., der Reiche (1459—1525), dt. Kaufmann 158
- Gallus, Abt von Königssaal (14. Jh.) 58
- Gawalowski, Karl Wilhelm (1861—1945), Direktor der steiermärk. Landesbibliothek 297
- Gebauer, Jan (1838—1907), tschech. Linguist 49
- Geiler von Kaysersberg, Johann. (1445—1510), Volksprediger 58
- Georg der Bärtige (1471—1539), Herzog von Sachsen (ab 1500) 140, 156 f.
- Georg von Leipzig (um 1530), Gewerkebesitzer 146
- Gerlach, Leopold von (1790—1861), General 287
- Gerstner, Hans (1851—1939), Musikdirektor in Laibach 296 f.
- Gervinus, Georg Gottfried (1805—1871), dt. Historiker 38
- Geyer, Johann (um 1840), Großhandelsprokurist 251
- Glaser, Hans (um 1525), Plattener Bergmeister 145
- Gobineau, Arthur Graf (1816—1882), französ. Philosoph u. Dichter 36
- Goethe, Johann Wolfgang von (1749—1832), dt. Dichter 40, 141, 155
- Goll, Jaroslav (1846—1929), tschech. Historiker 49, 422 f.
- Goßmann, Friederike (1838—1906), Wiener Burgschauspielerin 287
- Gottwald, Klement (1896—1953), tschechoslowak. Staatsmann 354, 356, 371, 379, 389 f., 393 f., 400
- Gregorin, Gustav, slowen. Politiker 318
- Grey, Edward Viscount of Faldedon (1862—1933), brit. Staatsmann, Außenminister (1905—1916) 316

- Grimm, Jakob (1785—1863), Prof. f. dt. Altertumswissenschaft 52, 299
- Gröger, Schuhmacher in Ober-Wildgrub bei Freudenthal (um 1870) 292
- Gröger, Florian (1871—1927), Landeshauptmann von Kärnten (1921/23) 286, 292 f.
- Guizot, François (1787—1874), französ. Staatsmann u. Historiker 36
- Halecki, Oskar (\* 1891), poln. Historiker 15, 21
- Hallwich, Hermann (1838—1913), sudent. Historiker, Volkswirtschaftler u. Politiker 455
- Hampel (19 Jh.), Leiter einer Handelsschule in Budapest 263
- Hamsun, Knut (1859—1952), norweg. Dichter 427
- Hanka, Václav (1791—1861), Bibliothekar des böhm. Landesmuseums 47
- Hartig, Fred (\* 1905), Prof. f. Malerei 296
- Hasner, Leopold Ritter von Artha (1818—1891), österr. Nationalökonom u. Staatsmann 274
- Hausen, Christian von (16. Jh.), böhm. Kuxbesitzer 148
- Hausen, Katharina von (16. Jh.), böhm. Kuxbesitzerin 148
- Havlíček Borovský, Karel (1821—1856), tschech. Schriftsteller 29
- Haymerle, Franz Josef Freiherr von (1850—1928), österr. Verwaltungsbeamter 255
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1770—1831), dt. Philosoph 37, 39
- Heinrich von Freiberg (13. Jh.), Minnesänger 54, 65
- Heinrich von Langenstein († 1397), Prof. in Wien 53
- Heinrich von Mügeln (14. Jh.), Minnesänger 59, 71
- Heinrich von Sankt Gallen (\* 1345/50) Prediger 57 f., 65, 71
- Helly, Karl Ritter von (1793—1873), Apotheker in Prag 291
- Henlein, Konrad (1898—1945), sudent. Politiker 379 f., 383, 389, 393
- Herbart, Johann Friedrich (1776—1841), dt. Philosoph u. Pädagoge 420
- Herder, Johann Gottfried (1744—1803), dt. Dichter 29 f., 34, 40, 43—46
- Herman(n), Nikolaus (um 1550), Kantor in Nürnberg 81 f., 91
- Herold (16. Jh.), Seifner 145
- Heyduk, Adolf (1835—1923), tschech. Dichter 26
- Hieronymus von Prag (ca. 1360—1416), Hussit 46 f.
- Hilst, Hans von (16. Jh.), böhm. Kuxbesitzer 148
- Hitler, Adolf (1889—1945), dt. Politiker u. Reichskanzler 31, 33, 342, 376, 379, 392—394, 396, 406, 414
- Hlinka, Andreas (1864—1938), slowak. Politiker 327, 368
- Hochfeld, Julian (\* 1911), poln. Philosoph 417—419
- Hodinová-Spurná, Anežka (1895—1963), Partei- u. Verbandsfunktionärin 393
- Hodža, Milan (1878—1944), slowak. Politiker, tschechoslowak. Minister 389
- Höfler, Konstantin Ritter von (1811—1897), dt. Historiker 49
- Hohenwart, Karl Sigmund Graf (1824—1899), österr. Staatsmann, Ministerpräsident (1871) 449
- Hora, Josef (\* 1891), tschech. Lyriker 427 f.
- Horthy, Nikolaus von (1868—1957), ungar. Reichsverweser 379
- Hoyoš, Alexander Graf (1876—1937), österr. Diplomat 461
- Hrázský, Jan Vladimír (1857—?), Prof. d. Prager TH und Reichsratsabgeordneter 326
- Hrubín, František (\* 1910), tschech. Dichter 428
- Hunyadi János (1385—1456), ungar. Heerführer u. Staatsmann 124
- Hurban Vajanský, Svetozár (1847—1916), slowak. Schriftsteller 323
- Hus, Johannes (ca. 1369—1415), Reformator 50, 313, 344, 394, 424
- Hussarek von Henlein, Max (1865—1935), österr. Staatsmann 456
- Ibrahim Scheitan, Pascha von St. Jean d'Arce (um 1830) 287
- Innozenz VIII., Papst (1484—1492) 113, 122
- Iphof, Kunz von (um 1525), Schneeberger Bergherr 145, 154
- Isabella I., die Katholische (1451—1504), Königin von Kastilien (1474—1504) 32, 136
- Iswolsky, Aleksandr Petrowitsch (1856—1919), russ. Politiker 462
- Iwan III., Zar (1462—1505) 118 f.

- Iwan I. IV., der Schreckliche (1530—1584), Zar 33
- Jagić, Vatroslav (1838—1923), Prof. f. Slawistik 49
- Jaksch, Ignaz (1773—?), Schuhmacher in Wartenberg 290
- Jaksch, Margarete geb. Fiedler 290
- Jaksch von Wartenhorst, Anton (1810—1887), Prof. f. Medizin 290
- Jaksch von Wartenhorst, August (1859—1932), Landesarchivdirektor 286, 291 f.
- Jaksch von Wartenhorst, Friedrich (1846—1908), Hofadvokat u. Reichsratsabgeordneter 291
- Jaksch von Wartenhorst, Karoline geb. von Helly 291
- Jaksch von Wartenhorst, Rudolf (1855—?), Prof. f. Medizin 291
- Jaksch von Wartenhorst, Zdenko (1848—1914), Hofrat 291
- Jellinek, Georg (1851—1911), dt. Jurist u. Staatswissenschaftler 314
- Jewtuschenko, Jewgenij Alexandrowitsch (\* 1933), russ. Dichter 429
- Johann, Erzherzog von Österreich (1782—1859) 286
- Johann der Beständige, Kurfürst von Sachsen (1525—1532) 107
- Johann Friedrich der Großmütige, Kurfürst von Sachsen (1532—1547) 146, 150
- Johann von Iglau (15. Jh.), theol. Schriftsteller 58
- Johann von Neumarkt (1315—1380), Kanzler Kaiser Karls IV. 57 f., 65
- Johannes von Saaz (Tepl), Verf. d. „Ackermann von Böhmen“ (um 1400) 53 f., 91
- Joseph II., Kaiser (1765—1790) 164
- Kalivoda, Robert (\* 1913), tschech. marx. Philosoph 413, 419, 423 f.
- Kalousek, Josef (1838—1935), tschech. Historiker 49
- Kandler, (um 1880) Müller in Wiese (Altwater) 294
- Kandler, Franz (1878—1957), Fabrik- u. Gutsbesitzer 294 f.
- Karátsony, J., ungar. Historiker 26
- Karl I., der Große, König von Franken (768—814), röm. Kaiser (ab 800) 33, 43
- Karl I. (1887—1922), Kaiser von Österreich u. König von Ungarn (1916—1918) 328, 461
- Karl IV., Kaiser (1346—1378) 53, 56 f., 61, 64, 75
- Karl V., Kaiser (1519—1556) 153
- Karl VI., Kaiser (1711—1740) 244
- Karl VIII., französ. König (1483—1498) 124
- Karl, Erzherzog von Österreich (1771—1847), Feldmarschall 286
- Katharina von Medici, Königin von Frankreich (1519—1589) 32
- Kauderbach (17. Jh.), luth. Pfarrer 141
- Kaunitz-Rietberg, Wenzel Anton Fürst (1711—1794), österr. Staatskanzler (1753—1792) 258
- Kernstock, Ottokar (1848—1928), Schriftsteller 298
- Kerschensteiner, Georg (1854—1932), dt. Pädagoge 278, 420
- Kiesewetter von Wiesenbrunn, Irene, Gemahlin Anton Prokeschs 287
- Kiesewetter, Raphael von (1773—1850), Hofrat u. Musikschriftsteller 287
- Kindermann, Ferdinand Ritter von (1740—1801), österr. Schulmann, Bischof von Leitmeritz (ab 1790) 245 f., 258—262
- Kinsky, Joseph Graf (1731—1804), k. k. Feldmarschall 163
- Klopstock, Friedrich Gottlieb (1724—1803), dt. Dichter 34
- Kniezsa, St., ungar. Slawist 26
- Köhler, Bruno (\* 1900), dt. Parteifunktionär in der ČSSR 389, 404
- Koerber, Ernest von (1850—1919), österr. Staatsmann 456—458
- Körbitz, Adolf (\* 1888), Glasfabrikant 294
- Kořakowsky, Leszek (\* 1927), poln. Philosoph 413, 417—419
- Kollár, Jan (1793—1852), slowak. Dichter 46
- Komenský (Comenius), Jan Amos (1592—1670), Pädagoge 50, 272, 277, 314
- Konrad von Waldhausen († 1369), Augustiner 57
- Konrad, Kurt (1908—1941), tschech. marx. Philosoph 423
- Konstantin XI. Paläologus, byzantin. Kaiser (1448—1453) 116, 118
- Kopecký, Václav (1897—1961), tschech. Partei- u. Regierungsfunktionär 393
- Kopitar, Bartholomäus (1780—1844), slowen. Slawist 47 Anm. 87, 48
- Koren, Hanns (\* 1906), Prof. f. Volkskunde 296
- Kosík, Karel, tschech. Philosoph 418 f.

- Kotarbiński, Tadeusz (\* 1886), poln. Logiker 416
- Kramář, Karel (1860—1937), tschech. Politiker, tschechoslowak. Ministerpräsident 316, 323, 370
- Kreibich, Karl (\* 1883), sudetendt. Politiker 341, 343—345, 347—349, 352, 354 f., 357, 360, 371, 382, 389, 393, 400 f.
- Kudlich, Hans (1823—1917), sudetendt. Politiker 448
- Kübeck von Kübau, Aloys Freiherr (1787—1850), Hofrat 289
- Kübeck von Kübau, Aloys Freiherr (1818—1873), Botschafter 289
- Kübeck von Kübau, Guido Freiherr (1829—1907), Statthalter des Herzogtums Steiermark (1870—1895) 286, 289 f.
- Kübeck von Kübau, Karl Freiherr (1780—1855), österr. Staatsmann 289
- Kübeck von Kübau, Leo Freiherr (1869—1944), stellvertr. Sheriff in Arizona 289 f.
- Kübeck von Kübau, Maria Freiin (\* 1879), Präsidentin des Paramentenvereins in Graz 290
- Kurylowicz, Wladimir (\* 1867), ukrain. Politiker 323
- Lagarde, Paul Anton de (1827—1891), dt. Sprachforscher u. Kulturpolitiker 28, 42
- Langbehn, Julius (1851—1907), dt. Schriftsteller 42
- Lange, Friedrich Albert (1828—1875), dt. Philosoph 42
- Leger, Louis (1843—1923), französ. Slawist 45, 50
- Leibnitz, Gottfried Wilhelm Freiherr von (1646—1716), dt. Philosoph, Mathematiker, Physiker u. Diplomat 34
- Lemisch, Arthur (1865—1953), Landeshauptmann von Kärnten (1918/21 u. 1927/31) 293
- Lenin, Wladimir Iljitsch (1870—1924), russ. Staatsmann 338 f., 341, 346, 382, 422, 433
- Leonardo da Vinci (1452—1519), ital. Maler, Plastiker, Architekt u. Ingenieur 123
- Leonhard, Wolfgang (\* 1922), politischer Schriftsteller 394 f.
- Leskovic, Musiker 297
- Lesniewski, Stanislaw (1886—1939), poln. Logiker 416
- Lessiak, Primus (1878—1937), Prof. f. Germanistik 299
- Lessing, Gotthold Ephraim (1729—1781), dt. Dichter, Kritiker u. Philosoph 40
- List, Friedrich (1789—1846), dt. Nationalökonom u. Wirtschaftspolitiker 37
- Lloyd George, David (1863—1945), brit. Staatsmann 462
- Ludwig XIV. (1638—1715), König von Frankreich (1643—1715) 32
- Lueger, Karl (1844—1910), österr. Politiker 453 f.
- Lukács, Georg (\* 1885), ungar. Literaturhistoriker 413, 417, 419
- Łukasiewicz, Jan (\* 1878), poln. Logiker 416
- Luther, Martin (1483—1546), dt. Reformator 40, 74—76, 78, 82, 85, 87, 106 f., 319
- Machar, Josef Svatopluk (1864—1942), tschech. Dichter 426
- Mahr, Jakob Franz (um 1830), Handelsschullehrer 251
- Majakowskij, Wladimir (1894—1930), sowjetruss. Dichter 427 f.
- Malatesta, Sigismondo Randolfo (1417—1468), Condottiere und Herr von Rimini 122
- Maltitz, Sigmund von (um 1500), Erfinder von Naßpochwerken 154
- Manuilski, Dmitri, Vertrauensmann Stalins 360, 364, 367
- Marczali, Henrik (1856—?), ungar. Historiker 26
- Maria I., die Katholische (die Blutige), Königin von England (1553—1558) 33
- Maria Theresia, Königin von Ungarn u. Böhmen (1740—1780), Gemahlin Kaiser Franz' I. 161, 164, 244, 250, 258, 294
- Marković, Mihailo, jugoslaw. Philosoph 418
- Markow, Dimitrij (\* 1868), ukrain. Jurist u. Politiker 323
- Martin von Amberg (um 1400), theol. Schriftsteller 58
- Marx, Karl (1818—1883), dt. Philosoph 381, 420—422
- Masaryk, Thomas Garrigue (1850—1937), tschech. Staatspräsident 27—31, 33, 49—51, 313—323, 329, 394, 415, 423, 426
- Masili, Luigi Ferdinando Conte (1658—1730) 110
- Mathesius, Johannes (1504—1565), luther. Theologe 77—107

- Mathias von Beheim (14. Jh.), theol. Schriftsteller 63
- Mathias von Judenburg (15. Jh.), theol. Schriftsteller 58
- Matthias I., Corvinus, König von Ungarn (1458—1490) 120, 132
- Maximilian II., Kaiser (1564—1576) 78, 94, 154, 159 f.
- Mayer, Karl Adolf (1889—1957), Gymnasiallehrer u. Schriftsteller 298
- Mayr, Conrad (um 1550) 158
- Mehemed Ali (1769—1849), Pascha von Ägypten (1805—1849) 286 f.
- Mehmed I., türk. Sultan (1413—1421) 127
- Mehmed II., türk. Sultan (1451—1481) 109 f., 112, 116, 118 f., 122, 124, 131, 135
- Melanchthon eig. Schwarzerd, Philipp (1497—1560), dt. Humanist u. Reformator 79—83, 106 f.
- Melich, János (\* 1872), ungar. Philologe, Prof. f. Slawistik 26
- Mentelin, Johann († 1478), Straßburger Buchdrucker 59, 75
- Michelangelo Buonarroti (1475—1564), ital. Bildhauer, Maler, Architekt u. Dichter 123
- Miklošič, Franz von (1813—1891), slowen. Slawist 49
- Mikojan, Anastasij Iwanowitsch (\* 1895), sowjet. Politiker 432
- Militsch von Kremsier, Jan († 1374), tschech. Theologe u. Schriftsteller 58
- Miłosz, Czesław (\* 1911), poln. Dichter u. Diplomat 429
- Misenus, Andreas (um 1530), Rektor in Altenburg 107
- Mňačko, Ladislav, slowak. Schriftsteller 428
- Mölzer, Hans (um 1500), Besitzer einer Zinnzeche auf Mückenberg 140
- Molotow, Wjatscheslaw (\* 1890), sowjet. Außenminister 393
- Moltke, Helmuth Graf von (1800—1891), dt. General 37
- Mondok, Ivan (\* 1893), tschech. Redakteur u. Politiker 370
- Montesquieu, Charles de Secondat (1689—1755), französ. Philosoph 38
- Moritz, Herzog von Sachsen (1541—1553), Kurfürst (ab 1547) 150, 158
- Mücke, Hellmuth von (1881—1957), Kapitän 286
- Mühlbauer, Karl (um 1850), Gründer einer Abendschule 251
- Murâd I., türk. Sultan (1359—1389) 127
- Murâd II., türk. Sultan (1421—1451) 116, 119, 127—131, 135
- Mûsâ, türk. Teilsultan (um 1400) 115
- Nabl, Franz (\* 1883), dt. Schriftsteller 298
- Napoleon I. Buonaparte (1769—1821), Kaiser der Franzosen (1804—1815) 33, 37
- Napoleon III. (1808—1873), Kaiser der Franzosen (1852—1870) 33, 37
- Nejedlý, Zdeněk (1878—1962), tschech. Historiker u. Politiker 384, 393, 422 f.
- Nekrassow, Nikolai Alexejewitsch (1821—1878), russ. Dichter u. Journalist 429
- Němec, Antonín (1858—1926), tschech. Politiker 337
- Neuenburg, Lamprecht von der (16. Jh.), böhm. Kuxbesitzer 148
- Neumann, Jaromír (\* 1924), tschech. Kunsthistoriker 426
- Neumann, Stanislav K. (\* 1927), tschech. Dichter 427 f.
- Nider Johann (1380—1438), theol. Schriftsteller 53
- Niege, Georg (16. Jh.), geistl. Lyriker 81
- Nikolaus von Dinkelsbühl (um 1400), Univ. Prof. in Wien 53, 59
- Nikolaus von Lyra (ca. 1270—1349), scholast. Theologe 59
- Nosek, Václav (1892—1955), Bergmann u. Politiker, Gründungsmitglied der KPTsch 393
- Novomeský, Ladislav (\* 1904), slowak. kommunist. Dichter 427 f.
- Novotný, Antonín (\* 1904), Präsident der CSSR 403
- Ohnsorg (um 1880), Bürgermeister von Aussig 455
- Osuský, Štefan (\* 1889), tschechoslowak. Diplomat 323
- Otto, Bischof von Passau († ca. 1390), geistl. Schriftsteller 60
- Pacher, Raphael (1857—1936), sudetendt. Journalist u. Politiker 447—458
- Palacký, František (1798—1876), tschech. Historiker u. Politiker 15, 18 f., 26, 29, 46—50, 422, 424—426
- Pašić, Nikola (1845—1926), serb. Staatsmann 463 f.
- Pastrnek, František (\* 1853), tschech. Slawist 26
- Peithner, Christian (um 1700), Stadtrichter in Gottesgab 149

- Pekař, Josef (1870—1937), tschech. Historiker 49—51, 315, 422—424, 426 f.
- Pernerstorfer, Engelbert (1850—1918), österr. Politiker u. Schriftsteller 337
- Pestalozzi, Johann Heinrich (1746—1827), schweiz. Pädagoge 258
- Pfersche, Emil (1854—1916), Jurist, Univ. Prof. u. Politiker 455
- Pfizer, Paul (1801—1867), dt. Politiker 34
- Pflug, Caspar (um 1500), Schlaggenwalder Bergherr 153
- Pflug, Conrad, Schlaggenwalder Bergherr 153
- Pflug, Hans (um 1490), Schlaggenwalder Bergherr 153, 157
- Philipp II., König von Spanien (1556—1598) 32
- Pfě, Josef Ladislav (1847—1911), tschech. Historiker u. Archäologe 26
- Pichon, Stephan (1857—?), französ. Staatsmann, Außenminister (1917—1920) 242
- Pickert, Karl (1835—1888), Jurist u. Politiker 452
- Pilsudski, Józef (1867—1935), poln. Marschall 379
- Piša, Antonin Matěj (\* 1902), tschech. Dichter u. Kritiker 428
- Pius II., Papst (1458—1464) 122
- Plener, Ignaz von (1810—1908), österr. Staatsmann, Finanzminister (1860—1865) 453
- Pongracz von Szent Miklos, Franz Graf (1865—1931) 287
- Portner, Hans (um 1525), mutmaßl. Erfinder von Pochwerken 154
- Poß, Hieronymus (um 1540), Kuxbesitzer in Böhmen 148
- Pražák, Alois Freiherr von (1820—1901), österr. Politiker 450
- Prokesch, Franz, Handelsmann in Groß-Seelowitz (18. Jh.) 286
- Prokesch, Maximilian (1765—1811), Kameralbeamter 286
- Prokesch von Osten, Anton Graf (1795—1870), General 286—288
- Prokesch von Osten, Anton d. J. Graf (1837—1919) 287
- Prokesch von Osten, Karl Freiherr (1840—1864), Oberleutnant 289
- Prokop von Caesarea († nach 562), byzantin. Geschichtsschreiber 45
- Promber, Adolf (1843—1899), Jurist u. Politiker 450
- Puffler, Martin (um 1515), Zinnverleger in Leipzig 156
- Rabstein, Ludwig Ferdinand Prokop von (um 1750), Manufakturenamtsinspektor 250
- Radič, Stjepan (1871—1928), kroat. Politiker 318
- Ranke, Leopold von (1795—1886), dt. Historiker 24, 29, 39
- Redlich, Josef (1869—1936), österr. Jurist u. Historiker 466
- Rein, Wilhelm (1847—1929), dt. Pädagoge u. Univ. Prof. 420, 466
- Renner, Karl (1870—1950), österr. Politiker, Bundespräsident (1945—1950) 337, 466
- Reyer, Franz Freiherr von (1824—1898), Kaufmann in Triest 287
- Reymont, Władysław Stanisław (1868—1925), poln. Erzähler 427
- Ripka, Hubert (1895—1958), tschech. Journalist u. Politiker 397
- Rochau, Frau von (um 1530), Gewerkebesitzerin 146
- Rösche, Wilhelm (\* 1897), Techniker 295
- Rohrer, Rudolf M. (um 1890), Brünner Vizebürgermeister u. Politiker 450
- Rokitansky, Karl Freiherr von (1804—1878), Prof. f. Medizin 290
- Roosevelt, Franklin Delano (1882—1945), amerik. Staatsmann, Präsident der USA (ab 1933) 395, 397
- Rotlew, Martin, Finanzminister Karls IV. (1377—1383) 59
- Rousseau, Jean-Jacques (1712—1778), französ.-schweiz. Schriftsteller, Kulturkritiker u. Philosoph 34, 37, 44—46
- Rupel, Musiker 297
- Šalda, František Xaver (\* 1867), tschech. Dichter u. Kritiker 427 f.
- Safárik, Pavel Jozef (slow.), Safárik, Pavel Josef (tschech.) (1795—1861), tschechoslowak. Schriftsteller 46
- Savonarola, Girolamo (1452—1498), Florentiner Bußprediger, relig. u. polit. Reformier 122
- Schaff, Adam (\* 1913), poln. Philosoph 417
- Schaller, Linhart (um 1530), Lichtenstadter Seifner 145
- Schellhammer, Melchior (um 1540) 158
- Scheu, Leo (1886—1958), Prof. f. Malerei 296
- Scheurl, Gabriel, Nürnberger Zinnverleger 151, 157
- Schill, Ferdinand von (1776—1809), Freikorpsführer 285

- Schill, Johann Georg von (1736—1822) 285  
 Schlaginhauffen, Sigmund († 1607), böhm. Bergherr 148  
 Schleinitz, Viktor Freiherr von (1865—1960), 287  
 Schlözer, August Ludwig von (1735—1809, dt. Historiker u. Publizist 44 f.  
 Schmucker, Georg (16. Jh.), Stadtrichter von Gottesgab 145  
 Schnöd, Hans (um 1560), Schneeberger-Bergherr 154, 157  
 Schönbach, Bartholomäus (um 1570), Mathesius-Schüler 107  
 Schönberg, Ernst von (um 1480), böhm. Adelige 140  
 Schönberg, Lukas von (um 1470), böhm. Adelige 140  
 Schönberg, Wolf von (um 1550), Schwarzenberger Amtmann 150  
 Schönerer, Georg Ritter von (1842—1921), österr. Politiker 447, 454—457  
 Schütz, Ulrich (um 1480), Kuxbesitzer in Graupen 140  
 Schwarzenberg, Karl Philipp Fürst zu (1771—1820), Feldmarschall 286  
 Seibt, Karl Heinrich (1735—1806), Pädagoge u. Univ. Professor 259  
 Seidler von Feuchtenegg, Ernst (1862—1931), österr. Staatsmann 456  
 Seifert, Jaroslav (\* 1901), tschech. Dichter 428  
 Selim I., türk. Sultan (1512—1520) 136  
 Sichel, Theodor Ritter von (1826—1908), preuß. Historiker 291  
 Sidor, Karol (\* 1901), slowak. Historiker u. Journalist 379  
 Sigmund, dt. Kaiser (1410—1437), König von Ungarn u. Böhmen 117  
 Sixtus IV., Papst (1471—1484) 120, 132, 134  
 Skanderbeg, eigentlich Gjergj Kastriot (1403—1468), alban. Fürst u. Nationalheld 129, 131  
 Skoda, Joseph Ritter von (1805—1881), Prof. f. Medizin 290, 432, 434 f., 446  
 Skuvan, Anton (um 1860), Leiter der Prager Privathandelschule 251  
 Slánský, Rudolf (1901—1952), tschechoslowak. Politiker, kommunist. Parteisekretär 371, 393, 434 Anm. 6  
 Šmeral, Bohumír (1880—1941), tschech. Politiker 341, 345, 347, 356 f., 363, 367, 369, 382  
 Smrček, Antonín (\* 1859), Prof. d. Prager TH und Reichsratsabgeordneter 326  
 Span, Sebastian (17. Jh.), Bergrechtler 154  
 Spannseil (um 1530), Schwarzenberger Bergmeister 146  
 Spindler, Georg (16. Jh.), luth. Pfarrer 107  
 Stadler, Anton, Rentmeister in Seckau/Ob. Steiermark (18. Jh.) 286  
 Staël, Germaine „Madame de S.“ (1766—1817), französ. Schriftstellerin 36, 45  
 Stalin, Josef Wissarionowitsch (1879—1953), sowjetruss. Staatsmann 335, 337 f., 341, 355, 380, 392—394, 415, 420, 431 f., 437  
 Stauffenberg, Franz Graf von (1861—1907) 287  
 Steinwender, Otto, Gymnasial-Prof. in Wien, Reichsratsabgeordneter (um 1900) 447, 454, 457  
 Stephan von Kolin (um 1400), Prediger in Böhmen 58  
 Stern, Viktor (\* 1885), Redakteur, Mitglied der KPTsch 367  
 Stieglitz, Thuisko von (1808—1881), General 285  
 Stöcker, Adolf (1835—1909), evang. Theologe u. Politiker 42  
 Štoll, Ladislav (\* 1902), tschech. Journalist u. Parteifunktionär 428  
 Strasser, Josef, Sozialist in Reichenberg 336 f., 344  
 Streer von Streeruwitz, Ritter (1903—1963), Techniker 295  
 Streer von Streeruwitz, Ernst Ritter (1874—1952), österr. Bundeskanzler (1929) 295  
 Stürgkh, Karl Reichsgraf (1859—1916), österr. Staatsmann, Ministerpräsident (1911—1916) 456, 458  
 Štúr, Ludevít (1815—1856), slowak. Schriftsteller 47  
 Sturm, Georg (um 1570), Nürnberger Zinnkäufer 154  
 Sülejmân der Prächtige, türk. Sultan (1520—1566) 109, 136  
 Sülejmân, türkischer Kronprinz (um 1355) 108, 115, 134  
 Sueti, Dr., Mitarbeiter der „Deutschen Zeitung“, Wien (um 1900) 453  
 Supilo, Frano (1870—1917), kroat. Politiker u. Journalist 318  
 Šusta, Josef (1874—1945), Prof., tschechoslowak. Unterrichtsminister (1920/21) 423  
 Švehla, Antonín (1873—1933), tschechoslowak. Ministerpräsident 368  
 Šverma, Jan (1901—1944), Redakteur u. Mitglied der KPTsch 371, 383, 393

- Sviták, Ivan, tschech. Philosoph 418
- Szalatnay, Jan (um 1910), tschech. evang. Theologe 323
- Szaniawski, Ignacy, poln. Pädagoge 420
- Taaffe, Eduard Graf von (1833—1895), österr. Staatsmann, Ministerpräsident (1879—1893) 448 f., 451, 453 Anm. 20, 454
- Táborský, Eduard, tschech. Politiker u. Publizist 13, 410
- Tacitus, Publius Cornelius (ca. 55—120 n. Chr.), röm. Historiker 34, 38
- Taillandier, Saint-René (1817—1879), französ. Schriftsteller 45, 50
- Tarski, Alfred (\* 1902), poln. Logiker 416
- Teige, Jaroslav, tschech. Lyriker 427
- Teschedik, Johannes (um 1780), Gründer einer Gewerbeschule in Ungarn 263
- Thierry, Amédée Simon (1797—1873), französ. Historiker 36
- Thierry, Augustin (1795—1856), französ. Historiker 35
- Thomas von Aquin (ca. 1225—1274), Kirchenlehrer 410
- Tisza, Koloman (1830—1902), ungar. Staatsmann 461, 463
- Tobolka, Zdeněk Václav (\* 1874), tschech. Historiker u. Politiker 26
- Tocqueville, Alexis Clérel de (1805—1859), französ. Historiker 39
- Tomek, Václav Vladivoj (1818—1905), tschech. Historiker 49
- Toynbee, Arnold Josef (\* 1889), brit. Historiker 41
- Treitschke, Heinrich von (1834—1896), dt. Historiker 28, 32, 42
- Trotzkij, Lew (Leo) Dawidowitsch (1879—1940), sowjetruss. Staatsmann 355
- Tschiang Kai-schek (\* 1886), chines. Staatsmann 367
- Turahan Bej (um 1450), türk. General 130
- Twardowski, Kazimierz (1866—1938), poln. Philosoph 416
- Uhlíř, Antonín (1882—?), tschech. Politiker u. Soziologe 387
- Ulbricht, Walter (\* 1893), kommunist. Politiker 395
- Ulrich von Etzenbach (14. Jh.), mhd. Epiker 54
- Urban, Siebenbürgener Büchsenmeister (15. Jh.) 109, 112
- Uzun Hasan, Herr der „Horde vom weißen Hammel“ (15. Jh.) 118 f.
- Verner, Karl (1846—1896), dän. Sprachforscher 299
- Wähner, Theodor (1864—?), Journalist 453—455
- Wagner, Richard (1813—1883), dt. Komponist 36 f., 42
- Waitz, Georg (1813—1886), dt. Historiker 49
- Weissenbach, Hans Ritter von (um 1530), böhm. Adeliger 146
- Weitz, Christian von der (16. Jh.), böhm. Kuxbesitzer 148
- Welser, Bartholomäus (1488—1561), Bankier Karls V. 156
- Wenzel II., König von Böhmen (1278—1305) 139
- Wenzel IV., König von Böhmen (1378—1419) 59, 61, 64, 75
- Wenzlitzke (um 1890), Brünner Abgeordneter 451
- Wiedemann (um 1550), Schneeberger Ratsherr 154
- Windischgrätz, Alfred Fürst zu (1851—1927), österr. Minister 453
- Wiklif, John (ca. 1330—1384), Reformator 424
- Wilhelm II., dt. Kaiser u. König von Preußen (1888—1918) 28, 460 f., 465
- Winzberger, Michael (um 1530), Gastwirt in Schwarzenberg 146
- Wladislaw II., König von Böhmen (1471—1516) 139
- Wolf, Johann Georg (um 1750), Prof. f. Mathematik 250 f., 174
- Wolf, Karl Hermann (1862—1931), sudent. Politiker 379, 447, 455—457
- Wolker, Jiří (1900—1924), tschech. Dichter 427 f.
- Zainer, Günther († 1478), Augsburger Buchdrucker 74 f.
- Zápotocký, Antonín (1884—?), tschechoslowak. Politiker 428
- Ziller, Tuiskon (1817—1882), dt. Pädagoge 420
- Zinzendorf u. Pottendorf, Karl Graf von (1739—1813), österr. Staatsmann 164
- Zobel, Dvid (um 1630), Hammerwerkbesitzer 149
- Zolchner, Georg (um 1520), Zwickauer Bürger 145

STICHWORTREGISTER  
DER ABHANDLUNGEN UND MISZELLEN

- Absolutismus 19, 243 f.  
 Alldeutscher Verband 456 f.  
 Außenpolitik, tschechoslowakische 315—  
 324, 331
- Baumwollindustrie 173 f., 206 f.  
 Befreiungskriege 41  
 Bergbau, Bergbauprodukte 137—160, 181  
 Bergordnungen 140, 147, 150, 153  
 Berufsschulen, Berufsfachschulen 242,  
 245, 257 f., 261, 264, 267, 269 f., 272 f.,  
 283 f.  
 Bibelliteratur, Bibelübersetzungen (ma.)  
 53—76  
 Bibliographie 77—108  
 Biographien 285—298, 459—466  
 Bodenreform, tschechoslowakische 331 f.  
 Bolschewismus 317  
 Bortenerzeugung 175, 200  
 Brüdergemeinde 313 f.  
 Buchdruck 177  
 Bürgerschule 242, 278
- Chemikalienerzeugung 186—188, 212 f.
- Dichtung, kommunistische 427—429  
 Dreißigjähriger Krieg 139, 148 f., 154
- Einheitsschule 271  
 Evangelienperikopen 59—76
- Fortbildungsschulen 244—249, 257, 262,  
 265 f., 269, 279  
 Frankfurter Nationalversammlung 15  
 Französische Revolution 423  
 Freiheitentzug 439 f.
- Gegenreformation 154  
 Geographie der Tschechoslowakei 324 f.  
 Germanisierung 17  
 Germanismus 14, 27, 33—43, 47, 50, 52  
 Geschichtsschreibung, kommunistische  
 422—426  
 Glasindustrie 179, 211, 294  
 Gleichberechtigung, nationale 360, 379,  
 381, 383 f.  
 sprachliche 379, 383
- Handelsschulen, Handelsakademien 243,  
 247, 249—257, 263, 265—267, 269, 274,  
 —277, 279—282  
 Handschriftenfälschung 49 f.  
 Hanfindustrie 171, 202  
 Heeresformationen 113 f.  
 Heimatforschung 291 f.  
 Heimatrecht 18, 21  
 Historiographie s. Geschichtsschreibung  
 Hussiten, Hussitentum, Hussitismus 46,  
 49, 64, 153, 313, 322, 344, 412, 422—  
 424  
 Hussitenkriege 53 f., 139
- Industrialschulen 259 f.  
 Industrie, Industrieerzeugnisse 161—241,  
 330
- Keramik 180  
 Klassenkampf 334, 345, 368, 370, 374,  
 426, 432, 436 f.  
 Koedukation 257  
 Königgrätz, Schlacht von 18 f., 46  
 Kolonisation 17, 22  
 Kommunismus, kommunistische Partei  
 343—430, 432—446  
 Kreuzzug, Kreuzzugsgedanke 117—122  
 Kriegsgeschichte, osmanische 108—136  
 Kriegstaktik 125—131  
 Kunstgeschichte, kommunistische 426
- Landwirtschaft 329 f.  
 Lebensmittelindustrie 189  
 Lederindustrie 178, 209  
 Leinenindustrie 169—171, 201  
 Leninismus 408—430  
 Literatur, geistliche 57—76
- Madjarisierung 327  
 Marxismus 408—430  
 Metallwarenindustrie 182—186, 214 f.  
 Minderheit, nationale 358 f., 363, 366 f.,  
 380 f., 403—405  
 Münchner Abkommen 12, 396  
 Mundart s. Umgangssprache  
 Mystik 58

- Nationalismus 20, 30, 33, 337 f., 342—344, 348—351, 354, 356, 382, 394, 402, 405, 409, 411, 415, 422, 448, 463
- Nationalitätenkämpfe 12, 332, 343, 361, 374
- Nationalsozialismus 20, 378, 399, 404
- Ostbewegung 17, 19, 21
- Ostforschung 12—22
- Pädagogik, kommunistische 419—421
- Pangermanismus 14, 24, 26—28, 31—34, 319
- Panslawismus 14, 24, 27—31, 317, 461
- Papierindustrie 177, 210 f.
- Parteipolitik, deutschnationale 447—458
- Philologie, deutsche 299—312
- Philosophie, kommunistische 416—419
- Presse, deutschnationale 452 f.
- Prosadichtung (ma.) 54—76
- Republik, Erste Tschechoslowakische 12, 313—333
- Romanismus 14, 36 f., 39, 41
- Russophilismus 323
- Schafwollindustrie 171 f., 202 f.
- Schulwesen 242—284, 328
- Schulordnung 244 f., 262
- Seidenindustrie 174, 207 f.
- Siedlung, s. a. Kolonisation 21
- Silberbergbau 140, 150
- Slawismus 14, 27, 37, 43—51
- Selbstbestimmungsrecht 358, 360, 363, 366 f., 369—371, 374, 376, 378 f., 381, 384, 391, 400, 402
- Sonntagsschulen 247, 262
- Sozialdemokraten, Sozialdemokratie 321, 344—346, 369 f., 374, 376, 410
- Sozialismus 337, 343 f., 350, 381, 411, 427, 433
- Sowjetisierung 414—419, 425, 432—446
- Spinnerei 165 f., 168 f., 198
- Spitzenerzeugung 175, 200
- Sprachengesetz 386 f.
- Staatsgewerbeschulen 261
- Staatsprache 327
- Stalinismus 413, 427
- Statistik, Gerwerbe- und Manufaktur- 161—241
- Strafrecht, tschechoslowakisches 431—446
- Textilindustrie 165—176, 198—208, 330
- Todesstrafe 440
- Tschechisierung 372
- Türkenkriege 114, 124—132
- Umgangssprache 300—312
- Umvolkung 20
- Vertreibung 12 f., 21, 278, 395
- Volksgerichte 443 f.
- Volkstum, Volkstumskampf 15—17, 20
- Weißes Berg, Schlacht am 314—316
- Weltkrieg, Erster 13, 15
- Weltwirtschaftskrise 369, 372, 382
- Westfälischer Friede 13
- Wiederholungsschulen 245 f.
- Wollindustrie s. Schafwoll-, Baumwollindustrie
- Zinnbergbau 137—160
- Zinngewinnung, Arten der 138, 141, 158
- Zinnhandel 155—166
- Zinnkartell 156

AUSWAHLVERZEICHNIS DER PUBLIKATIONEN  
DES COLLEGIUM CAROLINUM

*Verlag Robert Lerche, München (vorm. J. G. Calve, Prag)*

REIHE: VERÖFFENTLICHUNGEN DES COLLEGIUM CAROLINUM

- Bd. 1: Böhmen und Bayern. Vorträge der Arbeitstagung des Collegium Carolinum in Cham.  
1958 — 127 Seiten — kart. DM 8.50, Ln. DM 12.—
- Bd. 2: Franz Streinz: Die Singschule in Iglau und ihre Beziehungen zum allgemeinen deutschen Meistergesang. Mit einem Beitrag von G. Becking, Musikkritische Bewertung eines Iglauer Meisterliedes.  
1958 — 296 Seiten — kart. DM 13.50, Ln. DM 17.—
- Bd. 3: Kurt Rabl: Das Ringen um das sudetendeutsche Selbstbestimmungsrecht 1918/19. Materialien und Dokumente.  
1958 — 245 Seiten — kart. DM 10.20, Ln. 12.80.
- Bd. 4: Horst Preiß: Böhmen, wie es Johannes Butzbach von 1488—1494 erlebte.  
1958 — 119 Seiten — kart. DM 8.—, Ln. DM 10.50
- Bd. 5: Gustav Korkisch: Die Mährisch-Trübauer Stadtlandschaft auf Grund des ältesten Urbars von 1535—1548.  
1960 — 108 Seiten — kart. DM 9.—, Ln. DM 12.—
- Bd. 6: Kurt Rabl: Staatsbürgerliche Loyalität im Nationalitätenstaat. Dargestellt an den Verhältnissen in den böhmischen Ländern zwischen 1914 und 1938.  
1959 — 150 Seiten — kart. DM 10.—, Ln. DM 13.—
- Bd. 7: Quellenbuch zur Geschichte der Sudetenländer. Bd. I. Von der Urzeit bis zu den Verneuertem Landesordnungen (1627/28). Bearb. von Wilhelm Weizsäcker.  
1960 — 128 Seiten mit 12 Abb. — kart. DM 11.50, Ln. DM 14.—
- Bd. 8: Walter Wannemacher: Die Umstellung auf sozialistische Ernährungswirtschaft. Untersucht an dem Beispiel der Tschechoslowakei.  
1960 — 228 Seiten und 11 Diagramme — kart. DM 15.—, Ln. DM 18.—
- Bd. 9: Josef Kühnel: Thaddäus Haenke. Leben und Wirken eines Forschers.  
1960 — 276 Seiten m. 27 Abb. u. 2 Karten — kart. DM 16.50, Ln. DM 19.50
- Bd. 10: Georg Tilscher: Runarz. Das Bild eines deutschen Sprachinseldorfes.  
1961 — 187 Seiten mit 12 Abb. u. 3 Karten — kart. DM 12.50, Ln. DM 15.—
- Bd. 11: Friedrich Prinz: Hans Kudlich (1823—1917). Versuch einer historisch-politischen Biographie. [Mit englischer Zusammenfassung.]  
1962 — 214 Seiten mit 3 Abb. — kart. DM 25.—, Ln. DM 30.—
- Bd. 12: Die Sudetenfrage in europäischer Sicht. Bericht über die Vorträge und Aussprachen der wissenschaftlichen Fachtagung des Collegium Carolinum in München-Grünwald am 1.—3. Juni 1959.  
1962 — 281 Seiten — kart. DM 25.—, Ln. DM 30.—
- Bd. 13: Heribert Sturm: Egerer Reliefintarsien.  
1961 — 280 Seiten Text mit 112 teils farbigen Abb. — Ln. DM 36.—
- Bd. 14: Anton Ernstberger: Böhmens freiw. Kriegseinsatz gegen Napoleon 1809.  
1963 — 200 Seiten — kart. DM 15.—, Ln. DM 18.—

- Bd. 15: Die Slowakei als mitteleuropäisches Problem in Geschichte und Gegenwart. Vorträge der wissenschaftlichen Tagung des Collegium Carolinum in München-Grünwald vom 1. bis 3. August 1962 (im Druck).
- Bd. 16: Probleme der böhmischen Geschichte. Vorträge der wissenschaftlichen Tagung des Collegium Carolinum in Stuttgart vom 29. bis 31. Mai 1963.  
1964 — 145 Seiten — Ln. DM 14.50
- Bd. 17: Erwin Herrmann: Slawisch-germanische Beziehungen im südostdeutschen Raum von der Spätantike bis zum Ungarnsturm. Ein Quellenbuch mit Erläuterungen.  
1965 — 286 Seiten — kart. DM 24.—, Ln. DM 29.—
- Bd. 18: Ernst Karl Sieber: Ludwig von Löhner. Ein Vorkämpfer des Deutschtums in Böhmen, Mähren und Schlesien im Jahre 1848/1849.  
1965 — 157 Seiten — kart. DM 14.—, Ln. DM 16.—

#### HANDBUCH DER SUDETENDEUTSCHEN KULTURGESCHICHTE

- Bd. 1: Ernst Schwarz: Die Ortsnamen der Sudetenländer als Geschichtsquelle. 2. durchgesehene, teilweise umgearbeitete und erweiterte Auflage.  
1961 — 405 Seiten mit 12 Abbildungen, 1 Grundkarte und 13 Deckblättern — kart. DM 37.—, Ln. DM 40.—
- Bd. 2: Ernst Schwarz: Sudetendeutsche Sprachräume. 2. durchgesehene und teilweise erweiterte Auflage.  
1962 — 386 Seiten mit 59 Abbildungen — kart. DM 39.—, Ln. DM 42.—
- Bd. 3: Ernst Schwarz: Volkstumsgeschichte der Sudetenländer. Teil 1: Böhmen.  
1965 — 455 Seiten mit 81 Abbildungen — kart. DM 42.—, Ln. DM 46.—

#### BOHEMIA — JAHRBUCH DES COLLEGIUM CAROLINUM

- Bd. 1: 1960 — 452 Seiten — Ln. DM 25.—
- Bd. 2: 1961 — 673 Seiten — Ln. DM 49.—  
Mit englischen und französischen Zusammenfassungen.
- Bd. 3: 1962 — 657 Seiten — Ln. DM 49.—  
Mit englischen und französischen Zusammenfassungen.
- Bd. 4: 1963 — 500 Seiten — Ln. DM 40.—  
Mit englischen und französischen Zusammenfassungen.
- Bd. 5: 1964 — 539 Seiten — Ln. DM 40.—  
Mit englischen und französischen Zusammenfassungen.
- Bd. 6: (im Druck).

#### SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

- Heinrich Kuhn — Otto Böss: Biographisches Handbuch der Tschechoslowakei.  
1961 — 640 Seiten — vergriffen, 2. Auflage in Vorbereitung.
- Zwischen Frankfurt und Prag. Vorträge der wissenschaftlichen Tagung des Collegium Carolinum in Frankfurt/Main am 7. und 8. Juni 1962.  
1963 — 155 Seiten mit 1 Karte — Ln. DM 20.—
- Sudetendeutsches Ortsnamenverzeichnis.  
1963 — 374 Seiten — kart. DM 13.50

Weiters sind erschienen:

- 6 Bände in der Reihe: Wissenschaftliche Materialien zur Landeskunde der böhmischen Länder.
- 4 Bände in der Reihe: Forschungen zur Geschichte und Landeskunde der Sudetenländer.

Ausführliche Veröffentlichungsverzeichnisse können vom Verlag Robert Lerche, München 15, Waltherstraße 27, angefordert werden.